Bundesrat **Drucksache 482/94**

20. 05. 94 338 Seiten

AA

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (Vertragsgesetz Seerechtsübereinkommen)

A. Zielsetzung

Das Seerechtsübereinkommen ist das Ergebnis der Dritten VN-Seerechtskonferenz (1973–1982), an der die Bundesrepublik Deutschland aktiv mitgewirkt hat. Es tritt am 16. November 1994 in Kraft. Das Vertragswerk, das 9 Anlagen einschließt, regelt die verschiedenen Meeresnutzungen (Schiffahrt, Überflug, Fischerei, Meeresbergbau, Meeresforschung) sowie den Meeresumweltschutz und enthält ein Streitbeilegungssystem. Es ist als eine umfassende Rechtsordnung für den Meeresraum anzusehen. Das Übereinkommen sieht die Errichtung von 3 neuen Institutionen vor: die Internationale Meeresbodenbehörde mit Sitz in Jamaika, die Festlandsockelgrenzkommission mit Sitz in New York und den Internationalen Seegerichtshof mit Sitz in Hamburg.

Die Bundesregierung hat in ihrer Entscheidung vom 27. November 1984 über die Nichtzeichnung des VN-Seerechtsübereinkommens darauf hingewiesen, daß ein deutscher Beitritt zu dem Übereinkommen von Verbesserungen im Tiefseebergbauteil abhängt. Die Bemühungen um Modifikation der Tiefseebergbauregelung führten zu einem im Juli 1990 begonnenen Konsultationsprozeß unter Leitung des VN-Generalsekretärs. Im Rahmen dieser Konsultationen kam es am 8. April 1994 zu einer vorläufigen Einigung über ein Übereinkommen zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens. Dieser Entwurf wird derzeit in den Hauptstädten geprüft. In einer letzten Konsultationsrunde vom 31. 5.–3. 6. 1994 soll er endgültig gebilligt und redaktionell überprüft werden. Anschließend wird der VN-Generalsekretär den Text der VN-Generalversammlung zuleiten, die ihn in der letzten Juli-Woche annehmen soll. Das Durchführungsübereinkommen soll ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Seerechtsüberein-

Fristablauf: 01. 07. 94

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 427352 5.94
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 40, Telefax: (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0720-2946

kommens vorläufig angewandt werden. Mit ihm wird das für den Tiefseebergbau geltende Vertragsregime in zentralen Punkten modifiziert werden. Damit wird aus unserer Sicht der Kritik, die von allen Industrieländern an der im Seerechtsübereinkommen enthaltenen Tiefseebergbauregelung geäußert wurde, in zufriedenstellender Weise Rechnung getragen.

Der von der Bundesregierung zu beschließende Gesetzesentwurf stellt über die in Artikel 2 enthaltene Verordnungsermächtigung sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland dem VN-Seerechtsübereinkommen nur zusammen mit dem Durchführungsübereinkommen zu dessen Tiefseebergbauteil beitreten kann. Zugleich wird mit dem Gesetz ermöglicht, daß der Beitritt zum Seerechtsübereinkommen nebst seinem Durchführungsübereinkommen noch so rechtzeitig erfolgen kann, daß die Bundesrepublik Deutschland zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Seerechtsübereinkommens am 16. November 1994 zu den Vertragsstaaten gehört. Damit erfüllt die Bundesregierung die Erwartung, die die Dritte VN-Seerechtskonferenz an die Errichtung des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg geknüpft hat.

Ein rechtzeitiger deutscher Beitritt zum bislang bedeutendsten Vertragswerk der VN ist darüber hinaus auch in seinen positiven Auswirkungen auf die Erfolgsaussichten der deutschen Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat (Entscheidung Herbst 1994) und der Bemühungen um einen ständigen Sicherheitsratssitz zu sehen.

Die Bundesregierung wird rechtzeitig befaßt werden mit

- einer Vorlage zur Zeichnung des Durchführungsübereinkommens durch die Bundesregierung gemäß dessen Artikel 4 Absatz 3 (a) und zur Zustimmung der Bundesregierung zur Zeichnung durch die EG;
- einer Vorlage mit dem Entwurf einer Verordnung gemäß Artikel 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs, deren Erlaß nach Artikel 1 Absatz 2 Voraussetzung für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Seerechtsübereinkommen ist.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz werden die Voraussetzungen für den Beitritt der Bundesrepublik zum Seerechtsübereinkommen geschaffen.

C. Alternative

Keine

D. Kosten

Der Bund und die Freie und Hansestadt Hamburg werden durch das Vertragsgesetz mit Kosten belastet, da mit dem Beitritt zum Seerechtsübereinkommen die Verpflichtung wirksam wird, dem Internationalen Seegerichtshof in Hamburg das Gebäude und die Einrichtung kostenlos zur Verfügung zu stellen und bis zur Fertigstellung des geplanten Neubaus für die vorläufige Unterbringung zu sorgen. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat einen substantiellen Beitrag zugesagt. Die Kosten belaufen sich für die Errichtung des Gebäudes auf 133,8 Mio DM, für die vorläufige Unterbringung auf 6,09 Mio DM.

Für die laufenden Kosten des Seegerichtshofs ist nach heutiger Schätzung ein deutscher Beitrag für 1995 von ca. 1,256 Mio DM, für die Jahre 1996–1998 von je 1,26 Mio DM anzusetzen. Die Kosten könnten sich erhöhen, falls die übrigen VN-Hauptbeitragszahler dem Seerechtsübereinkommen nicht rechtzeitig beitreten. Allerdings gibt es auch Überlegungen, die Kosten des Gerichtshofs in der Anfangsphase aus dem VN-Haushalt zu bestreiten. Aus diesem Grunde ist zunächst davon abgesehen worden, die genannten Beiträge in den Haushalt einzustellen.

Die Kosten der Internationalen Meeresbodenbehörde werden in der ersten Phase, die etwa 3 Jahre betragen könnte (bis Ende 1997), aus dem VN-Haushalt, danach aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten des Seerechtsübereinkommens bezahlt. Nach heutiger Schätzung beliefe sich der deutsche Beitrag aufgrund des VN-Beitragsschlüssels auf ca. 600 000 DM. Die Kosten könnten sich erhöhen, falls mehrere VN-Hauptbeitragszahler nicht endgültiges oder vorläufiges Mitglied der Meeresbodenbehörde werden.

Weitere Kosten in Höhe von ca. 100 000 DM werden durch das vom Bundesministerium für Verkehr später vorgelegte Ausführungsgesetz entstehen, weil darin Verwaltungsbehörden des Bundes und der Länder neue Aufgaben übertragen werden.

482/94

Bundesrat **Drucksache 482/94**

20. 05. 94

AA

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (Vertragsgesetz Seerechtsübereinkommen)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (215) – 310 50 – Ve 28/94

Bonn, den 20. Mai 1994

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (Vertragsgesetz Seerechtsübereinkommen)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 01. 07. 94

482/94

Entwurf

Gesetz zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (Vertragsgesetz Seerechtsübereinkommen)

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von Montego Bay vom 10. Dezember 1982 (Seerechtsübereinkommen) wird zugestimmt. Das Seerechtsübereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

(2) Die Beitrittsurkunde darf erst hinterlegt werden, wenn die Bundesregierung eine Rechtsverordnung gemäß Artikel 2 dieses Gesetzes erlassen hat.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, ohne Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung ein Übereinkommen zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 (Durchführungsübereinkommen) in Kraft zu setzen, das nach Zielsetzung, Inhalt und Art der Regelung dem Entwurf eines solchen Übereinkommens in der Fassung vom 8. April 1994 (Bundestags-Drucksache 12/...) entspricht.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Seerechtsübereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (Seerechtsübereinkommen) findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Seerechtsübereinkommen für die neu geschaffenen Institutionen der Internationalen Meeresbodenbehörde und des Internationalen Seegerichtshofs auch Befreiungen von Steuern vorsieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Durch die in Absatz 2 vorgesehene Regelung zur Hinterlegung der Beitrittsurkunde wird sichergestellt, daß das Seerechtsübereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland nur zusammen mit dem in Artikel 2 des Gesetzentwurfs genannten Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (Durchführungsübereinkommen) in Kraft treten kann.

Zu Artikel 2

Ein Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Seerechtsübereinkommen ist nach Auffassung der Bundesregierung nur zu verantworten, wenn zentrale Bestimmungen von Teil XI des Seerechtsübereinkommens, die den Tiefseebergbau betreffen, geändert werden – Regelungen, die bisher einer Ratifikation des Seerechtsübereinkommens durch die Industriestaaten und andere am Tiefseebergbau interessierte Staaten wie Rußland, China, Indien, Südkorea entgegenstanden. Zur Lösung dieser Probleme des Tiefseebergbauteils und zur Sicherung der universellen Annehmbarkeit des Seerechtsübereinkommens führt der Generalsekretär der Vereinten Nationen seit 1990 informelle Konsultationen. Bei diesen kam es am 8. April 1994 zu einer vorläufigen Einigung über ein Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens. Dieser Entwurf wird gegenwärtig in den Hauptstädten geprüft. In einer letzten Konsultationsrunde vom 31. 5.–3. 6. 1994 soll er endgültig gebilligt und redaktionell überprüft werden. Anschließend wird der VN-Generalsekretär den Text der VN-Generalversammlung zuleiten, die ihn in der letzten Juli-Woche annehmen soll. Das Durchführungsübereinkommen soll ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Seerechtsübereinkommens vorläufig angewandt werden.

Durch Artikel 2 wird sichergestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Bindung an dieses Durchführungsübereinkommen – trotz Beendigung der Arbeit des 12. Deutschen Bundestages – unmittelbar nach seiner Annahme durch die VN-Generalversammlung noch so rechtzeitig herbeiführen kann, daß sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Seerechtsübereinkommens am 16. November 1994 Vertragsstaat des Seerechtsübereinkommens und des Durchführungsübereinkommens ist. Auf diese Weise erfüllt die Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzung, an die die Errichtung des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg geknüpft ist: Die Entscheidung zugunsten Hamburgs wurde von der Dritten Seerechtskonferenz in der Erwartung getroffen, daß die Bundesrepublik Deutschland bei Inkrafttreten des Übereinkommens Vertragsstaat sein soll und es danach auch bleibt (vgl. Nr. 38 der – von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten – Schlußakte i. V. m. Absatz 3 der Einführungsnote zum Entwurf des Seerechtsübereinkommens vom 28. August 1981 – UN Doc. A/CONF 62/L. 78).

Der Entwurf, der früheren Vorbildern in vergleichbaren Situationen folgt (vgl. z. B. Ermächtigung zu einer Verordnung über Inspektionen nach dem INF-Vertrag – BGBl. 1988 II S. 429, 534), ist sehr eng gefaßt. Die Bundesregierung kann nur tätig werden, wenn das endgültige Übereinkommen dem hier vorgelegten Entwurf (vgl. Anhang zu Anlage 5) nach Zielsetzung, Inhalt und Art der Regelung entspricht. Andernfalls ist eine erneute Befassung der gesetzgebenden Körperschaften erforderlich.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Seerechtsübereinkommen nach seinem Artikel 308 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund und Länder werden durch die Ausführung des Gesetzes mit Kosten belastet, deren Art und Umfang unter Punkt D des Vorblatts zum Gesetzentwurf aufgeführt sind.

Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen

United Nations Convention on the Law of Sea

Convention des Nations Unies sur le droit de la mer

(Übersetzung)

The States Parties to this Convention,

Les Etats Parties à la Convention,

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens,

Prompted by the desire to settle, in a spirit of mutual understanding and co-operation, all issues relating to the law of the sea and aware of the historic significance of this Convention as an important contribution to the maintenance of peace, justice and progress for all peoples of the world,

Animés du désir de régler, dans un esprit de compréhension et de coopération mutuelles, tous les problèmes concernant le droit de la mer et conscients de la portée historique de la Convention qui constitue une contribution importante au maintien de la paix, à la justice et au progrès pour tous les peuples du monde,

von dem Bestreben geleitet, alle das Seerecht betreffenden Fragen im Geiste gegenseitiger Verständigung und Zusammenarbeit zu regeln, und eingedenk der historischen Bedeutung dieses Übereinkommens als eines wichtigen Beitrags zur Erhaltung von Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt für alle Völker der Welt;

Noting that developments since the United Nations Conferences on the Law of the Sea held at Geneva in 1958 and 1960 have accentuated the need for a new and generally acceptable Convention on the law of the sea,

Constatant que les faits nouveaux intervenus depuis les Conférences des Nations Unies sur le droit de la mer qui se sont tenues à Genève en 1958 et en 1960 ont renforcé la nécessité d'une convention nouvelle sur le droit de la mer généralement acceptable,

im Hinblick darauf, daß die Entwicklungen seit den 1958 und 1960 in Genf abgehaltenen Seerechtskonferenzen der Vereinten Nationen die Notwendigkeit eines neuen allgemein annehmbaren Seerechtsübereinkommens verstärkt haben;

Conscious that the problems of ocean space are closely interrelated and need to be considered as a whole,

Conscients que les problèmes des espaces marins sont étroitement liés entre eux et doivent être envisagés dans leur ensemble,

in dem Bewußtsein, daß die Probleme des Meeresraums eng miteinander verbunden sind und als Ganzes betrachtet werden müssen;

Recognizing the desirability of establishing through this Convention, with due regard for the sovereignty of all States, a legal order for the seas and oceans which will facilitate international communication, and will promote the peaceful uses of the seas and oceans, the equitable and efficient utilization of their resources, the conservation of their living resources, and the study, protection and preservation of the marine environment,

Reconnaissant qu'il est souhaitable d'établir, au moyen de la Convention, compte dûment tenu de la souveraineté de tous les Etats, un ordre juridique pour les mers et les océans qui facilite les communications internationales et favorise les utilisations pacifiques des mers et des océans, l'utilisation équitable et efficace de leurs ressources, la conservation de leurs ressources biologiques et l'étude, la protection et la préservation du milieu marin,

in der Erkenntnis, daß es wünschenswert ist, durch dieses Übereinkommen unter gebührender Berücksichtigung der Souveränität aller Staaten eine Rechtsordnung für die Meere und Ozeane zu schaffen, die den internationalen Verkehr erleichtern sowie die Nutzung der Meere und Ozeane zu friedlichen Zwecken, die ausgewogene und wirkungsvolle Nutzung ihrer Ressourcen, die Erhaltung ihrer lebenden Ressourcen und die Untersuchung, den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt fördern wird;

Bearing in mind that the achievement of these goals will contribute to the realization of a just and equitable international economic order which takes into account the interests and needs of mankind as a whole and, in particular, the special interests and needs of developing countries, whether coastal or land-locked,

Considérant que la réalisation de ces objectifs contribuera à la mise en place d'un ordre économique international juste et équitable dans lequel il serait tenu compte des intérêts et besoins de l'humanité tout entière et, en particulier, des intérêts et besoins spécifiques des pays en développement, qu'ils soient côtiers ou sans littoral,

in dem Bewußtsein, daß die Erreichung dieser Ziele zur Verwirklichung einer gerechten und ausgewogenen internationalen Wirtschaftsordnung beitragen wird, welche die Interessen und Bedürfnisse der gesamten Menschheit und vor allem die besonderen Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer, ob Küsten- oder Binnenländer, berücksichtigt;

Desiring by this Convention to develop the principles embodied in resolution 2749 (XXV) of 17 December 1970 in which the General Assembly of the United Nations solemnly declared inter alia that the area of the sea-bed and ocean floor and the subsoil thereof, beyond the limits of national jurisdiction, as well as its resources, are the

Souhaitant développer, par la Convention, les principes contenus dans la résolution 2749 (XXV) du 17 décembre 1970, dans laquelle l'Assemblée générale des Nations Unies a déclaré solennellement, notamment, que la zone du fond des mers et des océans, ainsi que de leur sous-sol, au-delà des limites de la juridiction nationa-

in dem Wunsch, durch dieses Übereinkommen die in der Resolution 2749 (XXV) vom 17. Dezember 1970 enthaltenen Grundsätze weiterzuentwickeln, in der die Generalversammlung der Vereinten Nationen feierlich unter anderem erklärte, daß das Gebiet des Meeresbodens und des Meeresuntergrunds jenseits der Grenzen

common heritage of mankind, the exploration and exploitation of which shall be carried out for the benefit of mankind as a whole, irrespective of the geographical location of States,

le et les ressources de cette zone sont le patrimoine commun de l'humanité et que l'exploration et l'exploitation de la zone se feront dans l'intérêt de l'humanité tout entière, indépendamment de la situation géographique des Etats,

des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse sowie seine Ressourcen gemeinsames Erbe der Menschheit sind, deren Erforschung und Ausbeutung zum Nutzen der gesamten Menschheit ungeachtet der geographischen Lage der Staaten durchgeführt werden;

Believing that the codification and progressive development of the law of the sea achieved in this Convention will contribute to the strengthening of peace, security, co-operation and friendly relations among all nations in conformity with the principles of justice and equal rights and will promote the economic and social advancement of all peoples of the world, in accordance with the Purposes and Principles of the United Nations as set forth in the Charter,

Convaincus que la codification et le développement progressif du droit de la mer réalisés dans la Convention contribueront au renforcement de la paix, de la sécurité, de la coopération et des relations amicales entre toutes les nations, conformément aux principes de justice et d'égalité des droits, et favoriseront le progrès économique et social de tous les peuples du monde, conformément aux buts et principes des Nations Unies, tels qu'ils sont énoncés dans la Charte,

überzeugt, daß die in diesem Übereinkommen verwirklichte Kodifizierung und fortschreitende Entwicklung des Seerechts zur Festigung des Friedens, der Sicherheit, der Zusammenarbeit und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen Nationen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung beitragen und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker der Welt in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen fördern werden, wie sie in deren Charta verkündet sind;

Affirming that matters not regulated by this Convention continue to be governed by the rules and principles of general international law,

Affirmant que les questions qui ne sont pas réglementées par la Convention continueront d'être régies par les règles et principes du droit international général,

in Bekräftigung des Grundsatzes, daß für Fragen, die in diesem Übereinkommen nicht geregelt sind, weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

haben folgendes vereinbart:

Part I
Introduction

Article 1
Use of terms and scope

1. For the purposes of this Convention:

(1) "Area" means the sea-bed and ocean floor and subsoil thereof, beyond the limits of national jurisdiction;

(2) "Authority" means the International Sea-Bed Authority;

(3) "activities in the Area" means all activities of exploration for, and exploitation of, the resources of the Area;

(4) "pollution of the marine environment" means the introduction by man, directly or indirectly, of substances or energy into the marine environment, including estuaries, which results or is likely to result in such deleterious effects as harm to living resources and marine life, hazards to human health, hindrance to marine activities, including fishing and other legitimate uses of the sea, impairment of quality for use of sea water and reduction of amenities;

(5) (a) "dumping" means:

(i) any deliberate disposal of wastes or other matter from

Partie I
Introduction

Article premier
Emploi des termes et champ d'application

1. Aux fins de la Convention:

1) on entend par «Zone» les fonds marins et leur sous-sol au-delà des limites de la juridiction nationale;

2) on entend par «Autorité» l'Autorité internationale des fonds marins;

3) on entend par «activités menées dans la Zone» toutes les activités d'exploration et d'exploitation des ressources de la Zone;

4) on entend par «pollution du milieu marin» l'introduction directe ou indirecte, par l'homme, de substances ou d'énergie dans le milieu marin, y compris les estuaires, lorsqu'elle a ou peut avoir des effets nuisibles tels que dommages aux ressources biologiques et à la faune et la flore marines, risques pour la santé de l'homme, entrave aux activités maritimes, y compris la pêche et les autres utilisations légitimes de la mer, altération de la qualité de l'eau de mer du point de vue de son utilisation et dégradation des valeurs d'agrément;

5) a) on entend par «immersion»:

i) tout déversement délibéré de déchets ou autres matières, à partir

Teil I
Einleitung

Artikel 1
Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens

1. bedeutet „Gebiet" den Meeresboden und den Meeresuntergrund jenseits der Grenzen des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse;

2. bedeutet „Behörde" die Internationale Meeresbodenbehörde;

3. bedeutet „Tätigkeiten im Gebiet" alle Tätigkeiten zur Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets;

4. bedeutet „Verschmutzung der Meeresumwelt" die unmittelbare oder mittelbare Zuführung von Stoffen oder Energie durch den Menschen in die Meeresumwelt einschließlich der Flußmündungen, aus der sich abträgliche Wirkungen wie eine Schädigung der lebenden Ressourcen sowie der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres, eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Behinderung der maritimen Tätigkeiten einschließlich der Fischerei und der sonstigen rechtmäßigen Nutzung des Meeres, eine Beeinträchtigung des Gebrauchswerts des Meerwassers und eine Verringerung der Annehmlichkeiten der Umwelt ergeben oder ergeben können;

5. a) bedeutet „Einbringen" (dumping)

i) jede vorsätzliche Beseitigung von Abfällen oder sonstigen

vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea;

(ii) any deliberate disposal of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea;

(b) "dumping" does not include:

(i) the disposal of wastes or other matter incidental to, or derived from the normal operations of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea and their equipment, other than wastes or other matter transported by or to vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea, operating for the purpose of disposal of such matter or derived from the treatment of such wastes or other matter on such vessels, aircraft, platforms or structures;

(ii) placement of matter for a purpose other than the mere disposal thereof, provided that such placement is not contrary to the aims of this Convention.

2. (1) "States Parties" means States which have consented to be bound by this Convention and for which this Convention is in force.

(2) This Convention applies mutatis mutandis to the entities referred to in article 305, paragraph 1(b), (c), (d), (e) and (f), which become Parties to this Convention in accordance with the conditions relevant to each, and to that extent "States Parties" refers to those entities.

de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages placés en mer;

ii) tout sabordage en mer de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages.

b) le terme «immersion» ne vise pas

i) le déversement de déchets ou autres matières produits directement ou indirectement lors de l'exploitation normale de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages placés en mer, ainsi que de leur équipement, à l'exception des déchets ou autres matières transportés par ou transbordés sur des navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages placés en mer qui sont utilisés pour l'élimination de ces matières, ou provenant du traitement de tels déchets ou autres matières à bord de ces navires, aéronefs, plates-formes ou ouvrages;

ii) le dépôt de matières à des fins autres que leur simple élimination, sous réserve que ce dépôt n'aille pas à l'encontre des buts de la Convention.

2. 1) On entend par «Etats Parties» les Etats qui ont consenti à être liés par la Convention et à l'égard desquels la Convention est en vigueur.

2) La Convention s'applique mutatis mutandis aux entités visées à l'article 305, paragraphe 1, lettres b), c), d), e) et f), qui deviennent Parties à la Convention conformément aux conditions qui concernent chacune d'entre elles; dans cette mesure, le terme «Etats Parties» s'entend de ces entités.

Stoffen von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken aus,

ii) jede vorsätzliche Beseitigung von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken;

b) umfaßt „Einbringen" nicht

i) die Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken sowie mit ihrer Ausrüstung zusammenhängen oder davon herrühren, mit Ausnahme von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die durch zur Beseitigung dieser Stoffe betriebene Schiffe, Luftfahrzeuge, Plattformen oder sonstige auf See errichtete Bauwerke befördert oder auf sie verladen werden, sowie von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die aus der Behandlung solcher Abfälle oder sonstigen Stoffe auf solchen Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder Bauwerken herrühren,

ii) das Absetzen von Stoffen zu einem anderen Zweck als dem der bloßen Beseitigung, sofern es nicht den Zielen dieses Übereinkommens widerspricht.

(2) 1. „Vertragsstaaten" bedeutet Staaten, die zugestimmt haben, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, und für die es in Kraft ist.

2. Dieses Übereinkommen gilt sinngemäß für die in Artikel 305 Absatz 1 Buchstaben b, c, d, e und f bezeichneten Rechtsträger, die zu den jeweils für sie geltenden Bedingungen Vertragsparteien des Übereinkommens werden, und insoweit bezieht sich der Begriff "Vertragsstaaten" auf diese Rechtsträger.

Part II
Territorial sea and contiguous zone

Partie II
Mer territoriale et zone contiguë

Teil II
Küstenmeer und Anschlußzone

Section 1
General provisions

Section 1
Dispositions générales

Abschnitt 1
Allgemeine Bestimmungen

Article 2
Legal status of the territorial sea, of the airspace over the territorial sea and of its bed and subsoil

1. The sovereignty of a coastal State extends, beyond its land territory and internal waters and, in the case of an archipelagic

Article 2
Régime juridique de la mer territoriale et de l'espace aérien surjacent, ainsi que du fond de cette mer et de son sous-sol

1. La souveraineté de l'Etat côtier s'étend, au-delà de son territoire et de ses eaux intérieures et, dans le cas d'un Etat

Artikel 2
Rechtsstatus des Küstenmeers, des Luftraums über dem Küstenmeer und des Meeresbodens und Meeresuntergrunds des Küstenmeers

(1) Die Souveränität eines Küstenstaats erstreckt sich jenseits seines Landgebiets und seiner inneren Gewässer sowie im Fall

State, its archipelagic waters, to an adjacent belt of sea, described as the territorial sea.

2. This sovereignty extends to the air space over the territorial sea as well as to its bed and subsoil.

3. The sovereignty over the territorial sea is exercised subject to this Convention and to other rules of international law.

archipel, de ses eaux archipélagiques, à une zone de mer adjacente désignée sous le nom de mer territoriale.

2. Cette souveraineté s'étend à l'espace aérien au-dessus de la mer territoriale, ainsi qu'au fond de cette mer et à son sous-sol.

3. La souveraineté sur la mer territoriale s'exerce dans les conditions prévues par les dispositions de la Convention et les autres règles du droit international.

eines Archipelstaats jenseits seiner Archipelgewässer auf einen angrenzenden Meeresstreifen, der als Küstenmeer bezeichnet wird.

(2) Diese Souveränität erstreckt sich sowohl auf den Luftraum über dem Küstenmeer als auch auf den Meeresboden und Meeresuntergrund des Küstenmeers.

(3) Die Souveränität über das Küstenmeer wird nach Maßgabe dieses Übereinkommens und der sonstigen Regeln des Völkerrechts ausgeübt.

Section 2
Limits of the territorial sea

Article 3
Breadth of the territorial sea

Every State has the right to establish the breadth of its territorial sea up to a limit not exceeding 12 nautical miles, measured from baselines determined in accordance with this Convention.

Article 4
Outer limit of the territorial sea

The outer limit of the territorial sea is the line every point of which is at a distance from the nearest point of the baseline equal to the breadth of the territorial sea.

Article 5
Normal baseline

Except where otherwise provided in this Convention, the normal baseline for measuring the breadth of the territorial sea is the low-water line along the coast as marked on large-scale charts officially recognized by the coastal State.

Article 6
Reefs

In the case of islands situated on atolls or of islands having fringing reefs, the baseline for measuring the breadth of the territorial sea is the seaward low-water line of the reef, as shown by the appropriate symbol on charts officially recognized by the coastal State.

Article 7
Straight baselines

1. In localities where the coastline is deeply indented and cut into, or if there is a fringe of islands along the coast in its immediate vicinity, the method of straight baselines joining appropriate points may be employed in drawing the baseline from which the breadth of the territorial sea is measured.

Section 2
Limites de la mer territoriale

Article 3
Largeur de la mer territoriale

Tout Etat a le droit de fixer la largeur de sa mer territoriale; cette largeur ne dépasse pas 12 milles marins mesurés à partir de lignes de base établies conformément à la Convention.

Article 4
Limite extérieure de la mer territoriale

La limite extérieure de la mer territoriale est constituée par la ligne dont chaque point est à une distance égale à la largeur de la mer territoriale du point le plus proche de la ligne de base.

Article 5
Ligne de base normale

Sauf disposition contraire de la Convention, la ligne de base normale à partir de laquelle est mesurée la largeur de la mer territoriale est la laisse de basse mer le long de la côte, telle qu'elle est indiquée sur les cartes marines à grande échelle reconnues officiellement par l'Etat côtier.

Article 6
Récifs

Lorsqu'il s'agit de parties insulaires d'une formation atollienne ou d'îles bordées de récifs frangeants, la ligne de base à partir de laquelle est mesurée la largeur de la mer territoriale est la laisse de basse mer sur le récif, côté large, telle qu'elle est indiquée sur les cartes marines reconnues officiellement par l'Etat côtier.

Article 7
Lignes de base droites

1. Là où la côte est profondément échancrée et découpée, ou s'il existe un chapelet d'îles le long de la côte, à proximité immédiate de celle-ci, la méthode des lignes de base droites reliant des points appropriés peut être employée pour tracer la ligne de base à partir de laquelle est mesurée la largeur de la mer territoriale.

Abschnitt 2
Grenzen des Küstenmeers

Artikel 3
Breite des Küstenmeers

Jeder Staat hat das Recht, die Breite seines Küstenmeers bis zu einer Grenze festzulegen, die höchstens 12 Seemeilen von den in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen festgelegten Basislinien entfernt sein darf.

Artikel 4
Seewärtige Grenze des Küstenmeers

Die seewärtige Grenze des Küstenmeers ist die Linie, auf der jeder Punkt vom nächstgelegenen Punkt der Basislinie um die Breite des Küstenmeers entfernt ist.

Artikel 5
Normale Basislinie

Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt wird, ist die normale Basislinie für die Messung der Breite des Küstenmeers die Niedrigwasserlinie entlang der Küste, wie sie in den vom Küstenstaat amtlich anerkannten Seekarten großen Maßstabs eingetragen ist.

Artikel 6
Riffe

Bei Inseln, die sich auf Atollen befinden oder von Riffen gesäumt sind, ist die Basislinie für die Messung der Breite des Küstenmeers die seewärtige Niedrigwasserlinie des Riffes, wie sie durch das entsprechende Symbol auf den vom Küstenstaat amtlich anerkannten Seekarten angegeben ist.

Artikel 7
Gerade Basislinien

(1) Wo die Küste tiefe Einbuchtungen und Einschnitte aufweist oder wo sich eine Inselkette entlang der Küste in ihrer unmittelbaren Nähe erstreckt, kann zur Festlegung der Basislinie, von der aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, die Methode der geraden Basislinien angewandt werden, die geeignete Punkte miteinander verbinden.

2. Where because of the presence of a delta and other natural conditions the coastline is highly unstable, the appropriate points may be selected along the furthest seaward extent of the low-water line and, notwithstanding subsequent regression of the low-water line, the straight baselines shall remain effective until changed by the coastal State in accordance with this Convention.

3. The drawing of straight baselines must not depart to any appreciable extent from the general direction of the coast, and the sea areas lying within the lines must be sufficiently closely linked to the land domain to be subject to the régime of internal waters.

4. Straight baselines shall not be drawn to and from low-tide elevations, unless lighthouses or similar installations which are permanently above sea level have been built on them or except in instances where the drawing of baselines to and from such elevations has received general international recognition.

5. Where the method of straight baselines is applicable under paragraph 1, account may be taken, in determining particular baselines, of economic interests peculiar to the region concerned, the reality and the importance of which are clearly evidenced by long usage.

6. The system of straight baselines may not be applied by a State in such a manner as to cut off the territorial sea of another State from the high seas or an exclusive economic zone.

2. Là où la côte est extrêmement instable en raison de la présence d'un delta et d'autres caractéristiques naturelles, les points appropriés peuvent être choisis le long de la laisse de basse mer la plus avancée et, même en cas de recul ultérieur de la laisse de basse mer, ces lignes de base droites restent en vigueur tant qu'elles n'ont pas été modifiées par l'Etat côtier conformément à la Convention.

3. Le tracé des lignes de base droites ne doit pas s'écarter sensiblement de la direction générale de la côte et les étendues de mer situées en deçà doivent être suffisamment liées au domaine terrestre pour être soumises au régime des eaux intérieures.

4. Les lignes de base droites ne doivent pas être tirées vers ou depuis des hauts-fonds découvrants, à moins que des phares ou des installations similaires émergées en permanence n'y aient été construits ou que le tracé de telles lignes de base droites n'ait fait l'objet d'une reconnaissance internationale générale.

5. Dans les cas où la méthode des lignes de base droites s'applique en vertu du paragraphe 1, il peut être tenu compte, pour l'établissement de certaines lignes de base, des intérêts économiques propres à la région considérée dont la réalité et l'importance sont manifestement attestées par un long usage.

6. La méthode des lignes de base droites ne peut être appliquée par un Etat de manière telle que la mer territoriale d'un autre Etat se trouve coupée de la haute mer ou d'une zone économique exclusive.

(2) Wo wegen eines Deltas oder anderer natürlicher Gegebenheiten die Küstenlinie sehr veränderlich ist, können die geeigneten Punkte auf der am weitesten seewärts verlaufenden Niedrigwasserlinie gewählt werden; diese geraden Basislinien bleiben ungeachtet eines späteren Rückgangs der Niedrigwasserlinie so lange gültig, bis sie vom Küstenstaat in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen geändert werden.

(3) Der Verlauf gerader Basislinien darf nicht erheblich von der allgemeinen Richtung der Küste abweichen; die innerhalb dieser Linien gelegenen Seegebiete müssen mit dem Landgebiet so eng verbunden sein, daß sie der Ordnung der inneren Gewässer unterstellt werden können.

(4) Gerade Basislinien dürfen nicht zu und von trockenfallenden Erhebungen gezogen werden, es sei denn, daß Leuchttürme oder ähnliche ständig über den Wasserspiegel hinausragende Anlagen auf ihnen errichtet sind oder daß die Ziehung der Basislinien zu und von solchen Erhebungen allgemeine internationale Anerkennung gefunden hat.

(5) Wo die Methode der geraden Basislinien nach Absatz 1 anwendbar ist, können bei der Festlegung bestimmter Basislinien die dem betreffenden Gebiet eigenen wirtschaftlichen Interessen, deren Vorhandensein und Bedeutung durch lange Übung eindeutig erwiesen sind, berücksichtigt werden.

(6) Ein Staat darf das System der geraden Basislinien nicht so anwenden, daß dadurch das Küstenmeer eines anderen Staates von der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone abgeschnitten wird.

Article 8

Internal waters

1. Except as provided in Part IV, waters on the landward side of the baseline of the territorial sea form part of the internal waters of the State.

2. Where the establishment of a straight baseline in accordance with the method set forth in article 7 has the effect of enclosing as internal waters areas which had not previously been considered as such, a right of innocent passage as provided in this Convention shall exist in those waters.

Article 8

Eaux intérieures

1. Sous réserve de la partie IV, les eaux situées en deçà de la ligne de base de la mer territoriale font partie des eaux intérieures de l'Etat.

2. Lorsque le tracé d'une ligne de base droite établie conformément à la méthode décrite à l'article 7 inclut dans les eaux intérieures des eaux qui n'étaient pas précédemment considérées comme telles, le droit de passage inoffensif prévu dans la Convention s'étend à ces eaux.

Artikel 8

Innere Gewässer

(1) Soweit in Teil IV nichts anderes bestimmt ist, gehören die landwärts der Basislinie des Küstenmeers gelegenen Gewässer zu den inneren Gewässern des Staates.

(2) Wo die Festlegung einer geraden Basislinie nach der in Artikel 7 bezeichneten Methode dazu führt, daß Gebiete, die vorher nicht als innere Gewässer galten, in diese einbezogen werden, besteht in solchen Gewässern das in diesem Übereinkommen vorgesehene Recht der friedlichen Durchfahrt.

Article 9

Mouths of rivers

If a river flows directly into the sea, the baseline shall be a straight line across the mouth of the river between points on the low-water line of its banks.

Article 9

Embouchure des fleuves

Si un fleuve se jette dans la mer sans former d'estuaire, la ligne de base est une ligne droite tracée à travers l'embouchure du fleuve entre les points limites de la laisse de basse mer sur les rives.

Artikel 9

Flußmündungen

Mündet ein Fluß unmittelbar ins Meer, so ist die Basislinie eine Gerade, die quer über die Mündung des Flusses zwischen den Punkten gezogen wird, die auf der Niedrigwasserlinie seiner Ufer liegen.

Article 10

Bays

1. This article relates only to bays the coasts of which belong to a single State.

Article 10

Baies

1. Le présent article ne concerne que les baies dont un seul Etat est riverain.

Artikel 10

Buchten

(1) Dieser Artikel bezieht sich nur auf Buchten, deren Küsten zu einem einzigen Staat gehören.

2. For the purposes of this Convention, a bay is a well-marked indentation whose penetration is in such proportion to the width of its mouth as to contain land-locked waters and constitute more than a mere curvature of the coast. An indentation shall not, however, be regarded as a bay unless its area is as large as, or larger than, that of the semi-circle whose diameter is a line drawn across the mouth of that indentation.

3. For the purpose of measurement, the area of an indentation is that lying between the low-water mark around the shore of the indentation and a line joining the low-water mark of its natural entrance points. Where, because of the presence of islands, an indentation has more than one mouth, the semicircle shall be drawn on a line as long as the sum total of the lengths of the lines across the different mouths. Islands within an indentation shall be included as if they were part of the water area of the indentation.

4. If the distance between the low-water marks of the natural entrance points of a bay does not exceed 24 nautical miles, a closing line may be drawn between these two low-water marks, and the waters enclosed thereby shall be considered as internal waters.

5. Where the distance between the low-water marks of the natural entrance points of a bay exceeds 24 nautical miles, a straight baseline of 24 nautical miles shall be drawn within the bay in such a manner as to enclose the maximum area of water that is possible with a line of that length.

6. The foregoing provisions do not apply to so-called "historic" bays, or in any case where the system of straight baselines provided for in article 7 is applied.

2. Aux fins de la Convention, on entend par «baie» une échancrure bien marquée dont la pénétration dans les terres par rapport à sa largeur à l'ouverture est telle que les eaux qu'elle renferme sont cernées par la côte et qu'elle constitue plus qu'une simple inflexion de la côte. Toutefois, une échancrure n'est considérée comme une baie que si sa superficie est au moins égale à celle d'un demi-cercle ayant pour diamètre la droite tracée en travers de l'entrée de l'échancrure.

3. La superficie d'une échancrure est mesurée entre la laisse de basse mer le long du rivage de l'échancrure et la droite joignant les laisses de basse mer aux points d'entrée naturels. Lorsque, en raison de la présence d'îles, une échancrure a plusieurs entrées, le demi-cercle a pour diamètre la somme des longueurs des droites fermant les différentes entrées. La superficie des îles situées à l'intérieur d'une échancrure est comprise dans la superficie totale de celle-ci.

4. Si la distance entre les laisses de basse mer aux points d'entrée naturels d'une baie n'excède pas 24 milles marins, une ligne de délimitation peut être tracée entre ces deux laisses de basse mer, et les eaux se trouvant en deçà de cette ligne sont considérées comme eaux intérieures.

5. Lorsque la distance entre les laisses de basse mer aux points d'entrée naturels d'une baie excède 24 milles marins, une ligne de base droite de 24 milles marins est tracée à l'intérieur de la baie de manière à enfermer l'étendue d'eau maximale.

6. Les dispositions précédentes ne s'appliquent pas aux baies dites «historiques» ni dans les cas où la méthode des lignes de base droites prévue à l'article 7 est suivie.

(2) Eine Bucht im Sinne dieses Übereinkommens ist ein deutlich erkennbarer Einschnitt, dessen Länge in einem solchen Verhältnis zur Breite seiner Öffnung steht, daß er von Land umschlossene Gewässer enthält und mehr als eine bloße Krümmung der Küste bildet. Ein Einschnitt gilt jedoch nur dann als Bucht, wenn seine Fläche so groß oder größer ist als die eines Halbkreises, dessen Durchmesser eine quer über die Öffnung dieses Einschnitts gezogene Linie ist.

(3) Für Messungszwecke ist die Fläche eines Einschnitts jene Fläche, die innerhalb der Niedrigwasserlinie entlang der Küste des Einschnitts und einer die Niedrigwassermarken seiner natürlichen Öffnungspunkte verbindenden Linie liegt. Hat ein Einschnitt wegen vorhandener Inseln mehr als eine Öffnung, so hat der Durchmesser des Halbkreises eine Länge, die der Summe jener Strecken gleich ist, die über die verschiedenen Öffnungen führen. Inseln innerhalb eines Einschnitts werden seiner Wasserfläche zugerechnet.

(4) Ist die Entfernung zwischen den Niedrigwassermarken der natürlichen Öffnungspunkte einer Bucht nicht größer als 24 Seemeilen, so kann eine Abschlußlinie zwischen diesen beiden Niedrigwassermarken gezogen werden; die so eingeschlossenen Gewässer gelten als innere Gewässer.

(5) Ist die Entfernung zwischen den Niedrigwassermarken der natürlichen Öffnungspunkte einer Bucht größer als 24 Seemeilen, so wird eine gerade Basislinie von 24 Seemeilen innerhalb der Bucht in der Weise gezogen, daß mit einer Linie dieser Länge die größtmögliche Wasserfläche eingeschlossen wird.

(6) Die vorstehenden Bestimmungen finden weder auf sogenannte „historische" Buchten noch auf Fälle Anwendung, in denen das in Artikel 7 vorgesehene System der geraden Basislinien angewandt wird.

Article 11

Ports

For the purpose of delimiting the territorial sea, the outermost permanent harbour works which form an integral part of the harbour system are regarded as forming part of the coast. Off-shore installations and artificial islands shall not be considered as permanent harbour works.

Article 11

Ports

Aux fins de la délimitation de la mer territoriale, les installations permanentes faisant partie intégrante d'un système portuaire qui s'avancent le plus vers le large sont considérées comme faisant partie de la côte. Les installations situées au large des côtes et les îles artificielles ne sont pas considérées comme des installations portuaires permanentes.

Artikel 11

Häfen

Für die Abgrenzung des Küstenmeers gelten die äußersten ständigen Hafenanlagen, die Bestandteil des Hafensystems sind, als Teil der Küste. Anlagen vor der Küste und künstliche Inseln gelten nicht als ständige Hafenanlagen.

Article 12

Roadsteads

Roadsteads which are normally used for the loading, unloading and anchoring of ships, and which would otherwise be situated wholly or partly outside the outer limit of the territorial sea, are included in the territorial sea.

Article 12

Rades

Lorsqu'elles servent habituellement au chargement, au déchargement et au mouillage des navires, les rades qui normalement se trouveraient entièrement ou partiellement au-delà de la limite extérieure de la mer territoriale sont considérées comme faisant partie de la mer territoriale.

Artikel 12

Reeden

Reeden, die üblicherweise zum Laden, Entladen und Ankern von Schiffen dienen, werden in das Küstenmeer einbezogen, wenn sie ganz oder teilweise außerhalb der seewärtigen Grenze des Küstenmeers gelegen wären.

Article 13

Low-tide elevations

1. A low-tide elevation is a naturally formed area of land which is surrounded by and above water at low tide but submerged at high tide. Where a low-tide elevation is situated wholly or partly at a distance not exceeding the breadth of the territorial sea from the mainland or an island, the low-water line on that elevation may be used as the baseline for measuring the breadth of the territorial sea.

2. Where a low-tide elevation is wholly situated at a distance exceeding the breadth of the territorial sea from the mainland or an island, it has no territorial sea of its own.

Article 14

Combination of methods for determining baselines

The coastal State may determine baselines in turn by any of the methods provided for in the foregoing articles to suit different conditions.

Article 15

Delimitation of the territorial sea between States with opposite or adjacent coasts

Where the coasts of two States are opposite or adjacent to each other, neither of the two States is entitled, failing agreement between them to the contrary, to extend its territorial sea beyond the median line every point of which is equidistant from the nearest points on the baselines from which the breadth of the territorial seas of each of the two States is measured. The above provision does not apply, however, where it is necessary by reason of historic title or other special circumstances to delimit the territorial seas of the two States in a way which is at variance therewith.

Article 16

Charts and lists of geographical co-ordinates

1. The baselines for measuring the breadth of the territorial sea determined in accordance with articles 7, 9 and 10, or the limits derived therefrom, and the lines of delimitation drawn in accordance with articles 12 and 15 shall be shown on charts of a scale or scales adequate for ascertaining their position. Alternatively, a list of geographical co-ordinates of points, specifying the geodetic datum, may be substituted.

2. The coastal State shall give due publicity to such charts or lists of geographical

Article 13

Hauts-fonds découvrants

1. Par «hauts-fonds découvrants», on entend les élévations naturelles de terrain qui sont entourées par la mer, découvertes à marée basse et recouvertes à marée haute. Lorsque des hauts-fonds découvrants se trouvent, entièrement ou en partie, à une distance du continent ou d'une île ne dépassant pas la largeur de la mer territoriale, la laisse de basse mer sur ces hauts-fonds peut être prise comme ligne de base pour mesurer la largeur de la mer territoriale.

2. Lorsque des hauts-fonds découvrants se trouvent entièrement à une distance du continent ou d'une île qui dépasse la largeur de la mer territoriale, ils n'ont pas de mer territoriale qui leur soit propre.

Article 14

Combinaison de méthodes pour établir les lignes de base

L'Etat côtier peut, en fonction des différentes situations, établir les lignes de base selon une ou plusieurs des méthodes prévues dans les articles précédents.

Article 15

Délimitation de la mer territoriale entre Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face

Lorsque les côtes de deux Etats sont adjacentes ou se font face, ni l'un ni l'autre de ces Etats n'est en droit, sauf accord contraire entre eux, d'étendre sa mer territoriale au-delà de la ligne médiane dont tous les points sont équidistants des points les plus proches des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale de chacun des deux Etats. Cette disposition ne s'applique cependant pas dans le cas où, en raison de l'existence de titres historiques ou d'autres circonstances spéciales, il est nécessaire de délimiter autrement la mer territoriale des deux Etats.

Article 16

Cartes marines et listes des coordonnées géographiques

1. Les lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale établies conformément aux articles 7, 9 et 10 ou les limites qui en découlent et les lignes de délimitation tracées conformément aux articles 12 et 15 sont indiquées sur des cartes marines à l'échelle appropriée pour en déterminer l'emplacement. A défaut, une liste des coordonnées géographiques de points précisant le système géodésique utilisé peut y être substituée.

2. L'Etat côtier donne la publicité voulue aux cartes ou listes des coordonnées géo-

Artikel 13

Trockenfallende Erhebungen

(1) Eine trockenfallende Erhebung ist natürlich entstandenes Land, das bei Ebbe von Wasser umgeben ist und über den Wasserspiegel hinausragt, bei Flut jedoch unter Wasser liegt. Ist eine trockenfallende Erhebung ganz oder teilweise um nicht mehr als die Breite des Küstenmeers vom Festland oder einer Insel entfernt, so kann die Niedrigwasserlinie dieser Erhebung als Basislinie für die Messung der Breite des Küstenmeers verwendet werden.

(2) Ist die gesamte trockenfallende Erhebung um mehr als die Breite des Küstenmeers vom Festland oder einer Insel entfernt, so hat die Erhebung kein eigenes Küstenmeer.

Artikel 14

Kombination von Methoden zur Festlegung von Basislinien

Der Küstenstaat kann Basislinien nach einer oder mehreren der in den vorstehenden Artikeln vorgesehenen Methoden festlegen, um unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht zu werden.

Artikel 15

Abgrenzung des Küstenmeers zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten

Liegen die Küsten zweier Staaten einander gegenüber oder grenzen sie aneinander an, so ist mangels einer gegenteiligen Vereinbarung zwischen diesen beiden Staaten keiner von ihnen berechtigt, sein Küstenmeer über die Mittellinie auszudehnen, auf der jeder Punkt gleich weit von den nächstgelegenen Punkten der Basislinien entfernt ist, von denen aus die Breite des Küstenmeers jedes der beiden Staaten gemessen wird. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn es aufgrund historischer Rechtstitel oder anderer besonderer Umstände erforderlich ist, die Küstenmeere der beiden Staaten abweichend davon gegeneinander abzugrenzen.

Artikel 16

Seekarten und Verzeichnisse geographischer Koordinaten

(1) Die in Übereinstimmung mit den Artikeln 7, 9 und 10 festgelegten Basislinien zur Messung der Breite des Küstenmeers oder die daraus abgeleiteten Grenzen sowie die in Übereinstimmung mit den Artikeln 12 und 15 gezogenen Abgrenzungslinien werden in Seekarten eingetragen, deren Maßstab oder Maßstäbe zur genauen Feststellung ihres Verlaufs ausreichen. Statt dessen kann auch ein Verzeichnis der geographischen Koordinaten von Punkten unter genauer Angabe der geodätischen Daten verwendet werden.

(2) Der Küstenstaat veröffentlicht diese Seekarten oder Verzeichnisse geographi-

co-ordinates and shall deposit a copy of each such chart or list with the Secretary-General of the United Nations.

graphiques et en dépose un exemplaire auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

scher Koordinaten ordnungsgemäß und hinterlegt jeweils eine Ausfertigung davon beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Section 3

Innocent passage in the territorial sea

Subsection A

Rules applicable to all ships

Article 17

Right of innocent passage

Subject to this Convention, ships of all States, whether coastal or land-locked, enjoy the right of innocent passage through the territorial sea.

Article 18

Meaning of passage

1. Passage means navigation through the territorial sea for the purpose of:

(a) traversing that sea without entering internal waters or calling at a roadstead or port facility outside internal waters; or

(b) proceeding to or from internal waters or a call at such roadstead or port facility.

2. Passage shall be continuous and expeditious. However, passage includes stopping and anchoring, but only in so far as the same are incidental to ordinary navigation or are rendered necessary by force majeure or distress or for the purpose of rendering assistance to persons, ships or aircraft in danger or distress.

Article 19

Meaning of innocent passage

1. Passage is innocent so long as it is not prejudicial to the peace, good order or security of the coastal State. Such passage shall take place in conformity with this Convention and with other rules of international law.

2. Passage of a foreign ship shall be considered to be prejudicial to the peace, good order or security of the coastal State if in the territorial sea it engages in any of the following activities:

(a) any threat or use of force against the sovereignty, territorial integrity or political independence of the coastal State, or in any other manner in violation of the principles of international law embodied in the Charter of the United Nations;

Section 3

Passage inoffensif dans la mer territoriale

Sous-Section A

Règles applicables a tous les navires

Article 17

Droit de passage inoffensif

Sous réserve de la Convention, les navires de tous les Etats, côtiers ou sans littoral, jouissent du droit de passage inoffensif dans la mer territoriale.

Article 18

Signification du terme «passage»

1. On entend par «passage» le fait de naviguer dans la mer territoriale aux fins de:

a) la traverser sans entrer dans les eaux intérieures ni faire escale dans une rade ou une installation portuaire située en dehors des eaux intérieures; ou

b) se rendre dans les eaux intérieures ou les quitter, ou faire escale dans une telle rade ou installation portuaire ou la quitter.

2. Le passage doit être continu et rapide. Toutefois, le passage comprend l'arrêt et le mouillage, mais seulement s'ils constituent des incidents ordinaires de navigation ou s'imposent par suite d'un cas de force majeure ou de détresse ou dans le but de porter secours à des personnes, des navires ou des aéronefs en danger ou en détresse.

Article 19

Signification de l'expression «passage inoffensif»

1. Le passage est inoffensif aussi longtemps qu'il ne porte pas atteinte à la paix, au bon ordre ou à la sécurité de l'Etat côtier. Il doit s'effectuer en conformité avec les dispositions de la Convention et les autres règles du droit international.

2. Le passage d'un navire étranger est considéré comme portant atteinte à la paix, au bon ordre ou à la sécurité de l'Etat côtier si, dans la mer territoriale, ce navire se livre à l'une quelconque des activités suivantes:

a) menace ou emploi de la force contre la souveraineté, l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique de l'Etat côtier ou de toute autre manière contraire aux principes du droit international énoncés dans la Charte des Nations Unies;

Abschnitt 3

Friedliche Durchfahrt im Küstenmeer

Unterabschnitt A

Regeln für alle Schiffe

Artikel 17

Recht der friedlichen Durchfahrt

Vorbehaltlich dieses Übereinkommens genießen die Schiffe aller Staaten, ob Küsten- oder Binnenstaaten, das Recht der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer.

Artikel 18

Bedeutung der Durchfahrt

(1) „Durchfahrt" bedeutet die Fahrt durch das Küstenmeer zu dem Zweck,

a) es ohne Einlaufen in die inneren Gewässer oder Anlaufen einer Reede oder Hafenanlage außerhalb der inneren Gewässer zu durchqueren oder

b) in die inneren Gewässer einzulaufen oder sie zu verlassen oder eine solche Reede oder Hafenanlage anzulaufen oder zu verlassen.

(2) Die Durchfahrt muß ohne Unterbrechung und zügig erfolgen. Die Durchfahrt schließt jedoch das Anhalten und Ankern ein, aber nur insoweit, als dies zur normalen Schiffahrt gehört oder infolge höherer Gewalt oder eines Notfalls oder zur Hilfeleistung für Personen, Schiffe oder Luftfahrzeuge in Gefahr oder Not erforderlich wird.

Artikel 19

Bedeutung der friedlichen Durchfahrt

(1) Die Durchfahrt ist friedlich, solange sie nicht den Frieden, die Ordnung oder die Sicherheit des Küstenstaats beeinträchtigt. Die Durchfahrt hat in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen und den sonstigen Regeln des Völkerrechts zu erfolgen.

(2) Die Durchfahrt eines fremden Schiffes gilt als Beeinträchtigung des Friedens, der Ordnung oder der Sicherheit des Küstenstaats, wenn das Schiff im Küstenmeer eine der folgenden Tätigkeiten vornimmt:

a) eine Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit des Küstenstaats gerichtet ist oder sonst die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts verletzt;

(b) any exercise or practice with weapons of any kind;

(c) any act aimed at collecting information to the prejudice of the defence or security of the coastal State;

(d) any act of propaganda aimed at affecting the defence or security of the coastal State;

(e) the launching, landing or taking on board of any aircraft;

(f) the launching, landing or taking on board of any military device;

(g) the loading or unloading of any commodity, currency or person contrary to the customs, fiscal, immigration or sanitary laws and regulations of the coastal State;

(h) any act of wilful and serious pollution contrary to this Convention;

(i) any fishing activities;

(j) the carrying out of research or survey activities;

(k) any act aimed at interfering with any systems of communication or any other facilities or installations of the coastal State;

(l) any other activity not having a direct bearing on passage.

b) exercice ou manoeuvre avec armes de tout type;

c) collecte de renseignements au détriment de la défense ou de la sécurité de l'Etat côtier;

d) propagande visant à nuire à la défense ou à la sécurité de l'Etat côtier;

e) lancement, appontage ou embarquement d'aéronefs;

f) lancement, appontage ou embarquement d'engins militaires;

g) embarquement ou débarquement de marchandises, de fonds ou de personnes en contravention aux lois et règlements douaniers, fiscaux, sanitaires ou d'immigration de l'Etat côtier;

h) pollution délibérée et grave, en violation de la Convention;

i) pêche;

j) recherches ou levés;

k) perturbation du fonctionnement de tout système de communication ou de tout autre équipement ou installation de l'Etat côtier;

l) toute autre activité sans rapport direct avec le passage.

b) eine Übung oder ein Manöver mit Waffen jeder Art;

c) eine Handlung, die auf das Sammeln von Informationen zum Schaden der Verteidigung oder Sicherheit des Küstenstaats gerichtet ist;

d) eine Propagandahandlung, die auf die Beeinträchtigung der Verteidigung oder Sicherheit des Küstenstaats gerichtet ist;

e) das Starten, Landen oder Anbordnehmen von Luftfahrzeugen;

f) das Aussetzen, Landen oder Anbordnehmen von militärischem Gerät;

g) das Laden oder Entladen von Waren, Zahlungsmitteln oder Personen entgegen den Zoll- und sonstigen Finanzgesetzen, Einreise- oder Gesundheitsgesetzen und diesbezüglichen sonstigen Vorschriften des Küstenstaats;

h) eine vorsätzliche schwere Verschmutzung entgegen diesem Übereinkommen;

i) Fischereitätigkeiten;

j) Forschungs- oder Vermessungsarbeiten;

k) eine Handlung, die auf die Störung eines Nachrichtenübermittlungssystems oder anderer Einrichtungen oder Anlagen des Küstenstaats gerichtet ist;

l) eine andere Tätigkeit, die nicht unmittelbar mit der Durchfahrt zusammenhängt.

Article 20

Submarines and other underwater vehicles

In the territorial sea, submarines and other underwater vehicles are required to navigate on the surface and to show their flag.

Article 20

Sous-marins et autres véhicules submersibles

Dans la mer territoriale, les sous-marins et autres véhicules submersibles sont tenus de naviguer en surface et d'arborer leur pavillon.

Artikel 20

Unterseeboote und andere Unterwasserfahrzeuge

Unterseeboote und andere Unterwasserfahrzeuge müssen im Küstenmeer über Wasser fahren und ihre Flagge zeigen.

Article 21

Laws and regulations of the coastal State relating to innocent passage

1. The coastal State may adopt laws and regulations, in conformity with the provisions of this Convention and other rules of international law, relating to innocent passage through the territorial sea, in respect of all or any of the following:

(a) the safety of navigation and the regulation of maritime traffic;

(b) the protection of navigational aids and facilities and other facilities or installations;

(c) the protection of cables and pipelines;

(d) the conservation of the living resources of the sea;

(e) the prevention of infringement of the fisheries laws and regulations of the coastal State;

Article 21

Lois et règlements de l'Etat côtier relatifs au passage inoffensif

1. L'Etat côtier peut adopter, en conformité avec les dispositions de la Convention et les autres règles du droit international, des lois et règlements relatifs au passage inoffensif dans sa mer territoriale, qui peuvent porter sur les questions suivantes:

a) sécurité de la navigation et régulation du trafic maritime;

b) protection des équipements et systèmes d'aide à la navigation et des autres équipements ou installations;

c) protection des câbles et des pipelines;

d) conservation des ressources biologiques de la mer;

e) prévention des infractions aux lois et règlements de l'Etat côtier relatifs à la pêche;

Artikel 21

Gesetze und sonstige Vorschriften des Küstenstaats über die friedliche Durchfahrt

(1) Der Küstenstaat kann in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen und den sonstigen Regeln des Völkerrechts Gesetze und sonstige Vorschriften über die friedliche Durchfahrt durch das Küstenmeer in bezug auf alle oder einzelne der folgenden Bereiche erlassen:

a) Sicherheit der Schiffahrt und Regelung des Seeverkehrs;

b) Schutz der Seezeichen und Navigationseinrichtungen und anderer Einrichtungen oder Anlagen;

c) Schutz von Kabeln und Rohrleitungen;

d) Erhaltung der lebenden Ressourcen des Meeres;

e) Verhütung von Verstößen gegen die Fischereigesetze und diesbezüglichen sonstigen Vorschriften des Küstenstaats;

(f) the preservation of the environment of the coastal State and the prevention, reduction and control of pollution thereof;

(g) marine scientific research and hydrographic surveys;

(h) the prevention of infringement of the customs, fiscal, immigration or sanitary laws and regulations of the coastal State.

2. Such laws and regulations shall not apply to the design, construction, manning or equipment of foreign ships unless they are giving effect to generally accepted international rules or standards.

3. The coastal State shall give due publicity to all such laws and regulations.

4. Foreign ships exercising the right of innocent passage through the territorial sea shall comply with all such laws and regulations and all generally accepted international regulations relating to the prevention of collisions at sea.

f) préservation de l'environnement de l'Etat côtier et prévention, réduction et maîtrise de sa pollution;

g) recherche scientifique marine et levés hydrographiques;

h) prévention des infractions aux lois et règlements douaniers, fiscaux, sanitaires ou d'immigration de l'Etat côtier.

2. Ces lois et règlements ne s'appliquent pas à la conception, à la construction ou à l'armement des navires étrangers, à moins qu'ils ne donnent effet à des règles ou des normes internationales généralement acceptées.

3. L'Etat côtier donne la publicité voulue à ces lois et règlements.

4. Les navires étrangers exerçant le droit de passage inoffensif dans la mer territoriale se conforment à ces lois et règlements ainsi qu'à tous les règlements internationaux généralement acceptés relatifs à la prévention des abordages en mer.

f) Schutz der Umwelt des Küstenstaats und Verhütung, Verringerung und Überwachung ihrer Verschmutzung;

g) wissenschaftliche Meeresforschung und hydrographische Vermessungen;

h) Verhütung von Verstößen gegen die Zoll- und sonstigen Finanzgesetze, Einreise- oder Gesundheitsgesetze und diesbezüglichen sonstigen Vorschriften des Küstenstaats.

(2) Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften dürfen sich nicht auf den Entwurf, den Bau, die Bemannung oder die Ausrüstung von fremden Schiffen erstrecken, sofern sie nicht allgemein anerkannten internationalen Regeln oder Normen Wirksamkeit verleihen.

(3) Der Küstenstaat veröffentlicht diese Gesetze und sonstigen Vorschriften ordnungsgemäß.

(4) Fremde Schiffe, die das Recht der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer ausüben, müssen diese Gesetze und sonstigen Vorschriften sowie alle allgemein anerkannten internationalen Vorschriften über die Verhütung von Zusammenstößen auf See einhalten.

Article 22

Sea lanes and traffic separatioin schemes in the territorial sea

1. The coastal State may, where necessary having regard to the safety of navigation, require foreign ships exercising the right of innocent passage through its territorial sea to use such sea lanes and traffic separation schemes as it may designate or prescribe for the regulation of the passage of ships.

2. In particular, tankers, nuclear-powered ships and ships carrying nuclear or other inherently dangerous or noxious substances or materials may be required to confine their passage to such sea lanes.

3. In the designation of sea lanes and the prescription of traffic separation schemes under this article, the coastal State shall take into account:

(a) the recommendations of the competent international organization;

(b) any channels customarily used for international navigation;

(c) the special characteristics of particular ships and channels; and

(d) the density of traffic.

4. The coastal State shall clearly indicate such sea lanes and traffic separation schemes on charts to which due publicity shall be given.

Article 22

Voies de circulation et dispositifs de séparation du trafic dans la mer territoriale

1. L'Etat côtier peut, lorsque la sécurité de la navigation le requiert, exiger des navires étrangers qui exercent le droit de passage inoffensif dans sa mer territoriale qu'ils empruntent les voies de circulation désignées par lui et respectent les dispositifs de séparation du trafic prescrits par lui pour la régulation du passage des navires.

2. En particulier, les navires-citernes, les navires à propulsion nucléaire et les navires transportant des substances ou des matières radioactives ou autres substances intrinsèquement dangereuses ou nocives peuvent être requis de n'emprunter que ces voies de circulation.

3. Lorsqu'il désigne des voies de circulation et prescrit des dispositifs de séparation du trafic en vertu du présent article, l'Etat côtier tient compte

a) des recommandations de l'organisation internationale compétente;

b) de tous chenaux utilisés habituellement pour la navigation maritime internationale;

c) des caractéristiques particulières de certains navires et chenaux; et

d) de la densité du trafic.

4. L'Etat côtier indique clairement ces voies de circulation et ces dispositifs de séparation du trafic sur des cartes marines auxquelles il donne la publicité voulue.

Artikel 22

Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete im Küstenmeer

(1) Der Küstenstaat kann, wo es die Sicherheit der Schiffahrt erfordert, von fremden Schiffen, die das Recht der friedlichen Durchfahrt durch sein Küstenmeer ausüben, verlangen, daß sie diejenigen Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete benutzen, die er zur Regelung der Durchfahrt von Schiffen festlegen oder vorschreiben kann.

(2) Insbesondere kann von Tankschiffen, Schiffen mit Kernenergieantrieb und Schiffen, die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder schädliche Stoffe oder Materialien befördern, verlangt werden, bei der Durchfahrt nur diese Schiffahrtswege zu benutzen.

(3) Wenn der Küstenstaat aufgrund dieses Artikels Schiffahrtswege festlegt und Verkehrstrennungsgebiete vorschreibt, hat er folgendes zu berücksichtigen:

a) die Empfehlungen der zuständigen internationalen Organisation;

b) alle üblicherweise für die internationale Schiffahrt benutzten Fahrwasser;

c) die besonderen Merkmale bestimmter Schiffe und Fahrwasser und

d) die Verkehrsdichte.

(4) Der Küstenstaat trägt diese Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete deutlich in Seekarten ein und veröffentlicht diese ordnungsgemäß.

Article 23

Foreign nuclear-powered ships and ships carrying nuclear or other inherently dangerous or noxious substances

Foreign nuclear-powered ships and ships carrying nuclear or other inherently dangerous or noxious substances shall, when exercising the right of innocent passage through the territorial sea, carry documents and observe special precautionary measures established for such ships by international agreements.

Article 23

Navires étrangers à propulsion nucléaire et navires transportant des substances radioactives ou autres substances intrinsèquement dangereuses ou nocives

Les navires étrangers à propulsion nucléaire, ainsi que ceux transportant des substances radioactives ou autres substances intrinsèquement dangereuses ou nocives, sont tenus, lorsqu'ils exercent leur droit de passage inoffensif dans la mer territoriale, d'être munis des documents et de prendre les mesures spéciales de précaution prévus par des accords internationaux pour ces navires.

Artikel 23

Fremde Schiffe mit Kernenergieantrieb und Schiffe, die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder schädliche Stoffe befördern

Fremde Schiffe mit Kernenergieantrieb und Schiffe, die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder schädliche Stoffe befördern, müssen bei der Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer die Dokumente mitführen und die besonderen Vorsichtsmaßnahmen beachten, die in internationalen Übereinkünften für solche Schiffe vorgeschrieben sind.

Article 24

Duties of the coastal State

1. The coastal State shall not hamper the innocent passage of foreign ships through the territorial sea except in accordance with this Convention. In particular, in the application of this Convention or of any laws or regulations adopted in conformity with this Convention, the coastal State shall not:

(a) impose requirements on foreign ships which have the practical effect of denying or impairing the right of innocent passage; or

(b) discriminate in form or in fact against the ships of any State or against ships carrying cargoes to, from or on behalf of any State.

2. The coastal State shall give appropriate publicity to any danger to navigation, of which it has knowledge, within its territorial sea.

Article 24

Obligations de l'Etat côtier

1. L'Etat côtier ne doit pas entraver le passage inoffensif des navires étrangers dans la mer territoriale, en dehors des cas prévus par la Convention. En particulier, lorsqu'il applique la Convention ou toute loi ou tout règlement adopté conformément à la Convention, l'Etat côtier ne doit pas:

a) imposer aux navires étrangers des obligations ayant pour effet d'empêcher ou de restreindre l'exercice du droit de passage inoffensif de ces navires;

b) exercer de discrimination de droit ou de fait contre les navires d'un Etat déterminé ou les navires transportant des marchandises en provenance ou à destination d'un Etat déterminé ou pour le compte d'un Etat déterminé.

2. L'Etat côtier signale par une publicité adéquate tout danger pour la navigation dans sa mer territoriale dont il a connaissance.

Artikel 24

Pflichten des Küstenstaats

(1) Der Küstenstaat darf, außer in den von diesem Übereinkommen vorgesehenen Fällen, die friedliche Durchfahrt fremder Schiffe durch das Küstenmeer nicht behindern. Insbesondere darf der Küstenstaat bei der Anwendung des Übereinkommens oder der in Übereinstimmung mit ihm erlassenen Gesetze oder sonstigen Vorschriften nicht

a) fremden Schiffen Auflagen machen, die im Ergebnis eine Verweigerung oder Beeinträchtigung der Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt bewirken, oder

b) die Schiffe eines bestimmten Staates oder Schiffe, die Ladung nach oder von einem bestimmten Staat oder in dessen Auftrag befördern, rechtlich oder tatsächlich diskriminieren.

(2) Der Küstenstaat macht alle in seinem Küstenmeer für die Schiffahrt bestehenden und ihm zur Kenntnis gelangten Gefahren in geeigneter Weise bekannt.

Article 25

Rights of protection of the coastal State

1. The coastal State may take the necessary steps in its territorial sea to prevent passage which is not innocent.

2. In the case of ships proceeding to internal waters or a call at a port facility outside internal waters, the coastal State also has the right to take the necessary steps to prevent any breach of the conditions to which admission of those ships to internal waters or such a call is subject.

3. The coastal State may, without discrimination in form or in fact among foreign ships, suspend temporarily in specified areas of its territorial sea the innocent passage of foreign ships if such suspension is essential for the protection of its security, including weapons exercises. Such suspension shall take effect only after having been duly published.

Article 25

Droits de protection de l'Etat côtier

1. L'Etat côtier peut prendre, dans sa mer territoriale, les mesures nécessaires pour empêcher tout passage qui n'est pas inoffensif.

2. En ce qui concerne les navires qui se rendent dans les eaux intérieures ou dans une installation portuaire située en dehors de ces eaux, l'Etat côtier a également le droit de prendre les mesures nécessaires pour prévenir toute violation des conditions auxquelles est subordonnée l'admission de ces navires dans ces eaux ou cette installation portuaire.

3. L'Etat côtier peut, sans établir aucune discrimination de droit ou de fait entre les navires étrangers, suspendre temporairement, dans des zones déterminées de sa mer territoriale, l'exercice du droit de passage inoffensif des navires étrangers, si cette mesure est indispensable pour assurer sa sécurité, entre autres pour lui permettre de procéder à des exercices d'armes. La suspension ne prend effet qu'après avoir été dûment publiée.

Artikel 25

Schutzrechte des Küstenstaats

(1) Der Küstenstaat kann in seinem Küstenmeer die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um eine nichtfriedliche Durchfahrt zu verhindern.

(2) Der Küstenstaat ist ferner berechtigt, in bezug auf Schiffe, die in seine inneren Gewässer einlaufen oder eine Hafenanlage außerhalb der inneren Gewässer anlaufen wollen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Verletzung der Bedingungen zu verhindern, die für das Einlaufen solcher Schiffe in die inneren Gewässer oder für ihr Anlaufen solcher Anlagen bestehen.

(3) Der Küstenstaat kann, ohne fremde Schiffe untereinander rechtlich oder tatsächlich zu diskriminieren, in bestimmten Gebieten seines Küstenmeers die friedliche Durchfahrt fremder Schiffe vorübergehend aussetzen, sofern dies für den Schutz seiner Sicherheit, einschließlich Waffenübungen, unerläßlich ist. Eine solche Aussetzung wird erst nach ordnungsgemäßer Bekanntmachung wirksam.

Article 26

Charges which may be levied upon foreign ships

1. No charge may be levied upon foreign ships by reason only of their passage through the territorial sea.

2. Charges may be levied upon a foreign ship passing through the territorial sea as payment only for specific services rendered to the ship. These charges shall be levied without discrimination.

Article 26

Droits perçus sur les navires étrangers

1. Il ne peut être perçu de droits sur les navires étrangers en raison de leur simple passage dans la mer territoriale.

2. Il ne peut être perçu de droits sur un navire étranger passant dans la mer territoriale sinon en rémunération de services particuliers rendus à ce navire. Ces droits sont perçus de façon non discriminatoire.

Artikel 26

Gebühren, die von fremden Schiffen erhoben werden können

(1) Für die bloße Durchfahrt durch das Küstenmeer dürfen von fremden Schiffen keine Abgaben erhoben werden.

(2) Von einem das Küstenmeer durchfahrenden fremden Schiff dürfen Gebühren nur als Vergütung für bestimmte, dem Schiff geleistete Dienste erhoben werden. Diese Gebühren sind ohne Diskriminierung zu erheben.

Subsection B

Rules applicable to merchant ships and government ships operating for commercial purposes

Sous-Section B

Règles applicables aux navires marchands et aux navires d'état utilisés à des fins commerciales

Unterabschnitt B

Regeln für Handelsschiffe und für Staatsschiffe, die Handelszwecken dienen

Article 27

Criminal jurisdiction on board a foreign ship

1. The criminal jurisdiction of the coastal State should not be exercised on board a foreign ship passing through the territorial sea to arrest any person or to conduct any investigation in connection with any crime committed on board the ship during its passage, save only in the following cases:

(a) if the consequences of the crime extend to the coastal State;

(b) if the crime is of a kind to disturb the peace of the country or the good order of the territorial sea;

(c) if the assistance of the local authorities has been requested by the master of the ship or by a diplomatic agent or consular officer of the flag State; or

(d) if such measures are necessary for the suppression of illicit traffic in narcotic drugs or psychotropic substances.

2. The above provisions do not affect the right of the coastal State to take any steps authorized by its laws for the purpose of an arrest or investigation on board a foreign ship passing through the territorial sea after leaving internal waters.

3. In the cases provided for in paragraphs 1 and 2, the coastal State shall, if the master so requests, notify a diplomatic agent or consular officer of the flag State before taking any steps, and shall facilitate contact between such agent or officer and the ship's crew. In cases of emergency this notification may be communicated while the measures are being taken.

4. In considering whether or in what manner an arrest should be made, the local authorities shall have due regard to the interests of navigation.

Article 27

Juridiction pénale à bord d'un navire étranger

1. L'Etat côtier ne devrait pas exercer sa juridiction pénale à bord d'un navire étranger passant dans la mer territoriale pour y procéder à une arrestation ou à l'exécution d'actes d'instruction à la suite d'une infraction pénale commise à bord pendant le passage, sauf dans les cas suivants:

a) si les conséquences de l'infraction s'étendent à l'Etat côtier;

b) si l'infraction est de nature à troubler la paix du pays ou l'ordre dans la mer territoriale;

c) si l'assistance des autorités locales a été demandée par le capitaine du navire ou par un agent diplomatique ou un fonctionnaire consulaire de l'Etat de pavillon; ou

d) si ces mesures sont nécessaires pour la répression du trafic illicite des stupéfiants ou des substances psychotropes.

2. Le paragraphe 1 ne porte pas atteinte au droit de l'Etat côtier de prendre toutes mesures prévues par son droit interne en vue de procéder à des arrestations ou à des actes d'instruction à bord d'un navire étranger qui passe dans la mer territoriale après avoir quitté les eaux intérieures.

3. Dans les cas prévus aux paragraphes 1 et 2, l'Etat côtier doit, si le capitaine le demande, notifier préalablement toute mesure à un agent diplomatique ou à un fonctionnaire consulaire de l'Etat du pavillon et doit faciliter le contact entre cet agent ou ce fonctionnaire et l'équipage du navire. Toutefois, en cas d'urgence, cette notification peut être faite alors que les mesures sont en cours d'exécution.

4. Lorsqu'elle examine l'opportunité et les modalités de l'arrestation, l'autorité locale tient dûment compte des intérêts de la navigation.

Artikel 27

Strafgerichtsbarkeit an Bord eines fremden Schiffes

(1) Die Strafgerichtsbarkeit des Küstenstaats soll an Bord eines das Küstenmeer durchfahrenden fremden Schiffes nicht ausgeübt werden, um wegen einer während der Durchfahrt an Bord des Schiffes begangenen Straftat eine Person festzunehmen oder eine Untersuchung durchzuführen, außer in folgenden Fällen:

a) wenn sich die Folgen der Straftat auf den Küstenstaat erstrecken;

b) wenn die Straftat geeignet ist, den Frieden des Landes oder die Ordnung im Küstenmeer zu stören;

c) wenn die Hilfe der örtlichen Behörden vom Kapitän des Schiffes oder von einem Diplomaten oder Konsularbeamten des Flaggenstaats erbeten worden ist oder

d) wenn solche Maßnahmen zur Unterdrückung des unerlaubten Verkehrs mit Suchtstoffen oder psychotropen Stoffen erforderlich sind.

(2) Absatz 1 berührt nicht das Recht des Küstenstaats, alle nach seinen Gesetzen zulässigen Maßnahmen zur Festnahme oder Untersuchung an Bord eines fremden Schiffes zu ergreifen, das nach Verlassen der inneren Gewässer das Küstenmeer durchfährt.

(3) In den in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Fällen hat der Küstenstaat, bevor er irgendwelche Maßnahmen ergreift, auf Ersuchen des Kapitäns einen Diplomaten oder Konsularbeamten des Flaggenstaats zu benachrichtigen und die Verbindung zwischen diesem Diplomaten oder Konsularbeamten und der Besatzung des Schiffes zu erleichtern. In dringenden Fällen kann diese Benachrichtigung erfolgen, während die Maßnahmen durchgeführt werden.

(4) Bei der Prüfung der Frage, ob oder auf welche Weise eine Festnahme erfolgen soll, tragen die örtlichen Behörden den Interessen der Schiffahrt gebührend Rechnung.

5. Except as provided in Part XII or with respect to violations of laws and regulations adopted in accordance with Part V, the coastal State may not take any steps on board a foreign ship passing through the territorial sea to arrest any person or to conduct any investigation in connection with any crime committed before the ship entered the territorial sea, if the ship, proceeding from a foreign port, is only passing through the territorial sea without entering internal waters.

Article 28

Civil jurisdiction in relation to foreign ships

1. The coastal State should not stop or divert a foreign ship passing through the territorial sea for the purpose of exercising civil jurisdiction in relation to a person on board the ship.

2. The coastal State may not levy execution against or arrest the ship for the purpose of any civil proceedings, save only in respect of obligations or liabilities assumed or incurred by the ship itself in the course or for the purpose of its voyage through the waters of the coastal State.

3. Paragraph 2 is without prejudice to the right of the coastal State, in accordance with its laws, to levy execution against or to arrest, for the purpose of any civil proceedings, a foreign ship lying in the territorial sea, or passing through the territorial sea after leaving internal waters.

Subsection C

Rules applicable to warships and other government ships operating for non-commercial purposes

Article 29

Definition of warships

For the purposes of this Convention, "warship" means a ship belonging to the armed forces of a State bearing the external marks distinguishing such ships of its nationality, under the command of an officer duly commissioned by the government of the State and whose name appears in the appropriate service list or its equivalent, and manned by a crew which is under regular armed forces discipline.

Article 30

Non-compliance by warships with the laws and regulations of the coastal State

If any warship does not comply with the laws and regulations of the coastal State concerning passage through the territorial sea and disregards any request for compliance therewith which is made to it, the coastal State may require it to leave the territorial sea immediately.

5. Sauf en application de la partie XII ou en cas d'infraction à des lois et règlements adoptés conformément à la partie V, l'Etat côtier ne peut prendre aucune mesure à bord d'un navire étranger qui passe dans la mer territoriale en vue de procéder à une arrestation ou à des actes d'instruction à la suite d'une infraction pénale commise avant l'entrée du navire dans la mer territoriale si le navire, en provenance d'un port étranger, ne fait que passer dans la mer territoriale sans entrer dans les eaux intérieures.

Article 28

Juridiction civile à l'égard des navires étrangers

1. L'Etat côtier ne devrait ni stopper ni dérouter un navire étranger passant dans la mer territoriale pour exercer sa juridiction civile à l'égard d'une personne se trouvant à bord.

2. L'Etat côtier ne peut prendre de mesures d'exécution ou de mesures conservatoires en matière civile à l'égard de ce navire, si ce n'est en raison d'obligations contractées ou de responsabilités encourues par le navire au cours ou en vue de son passage dans les eaux de l'Etat côtier.

3. Le paragraphe 2 ne porte pas atteinte au droit de l'Etat côtier de prendre les mesures d'exécution ou les mesures conservatoires en matière civile prévues par son droit interne à l'égard d'un navire étranger qui stationne dans la mer territoriale ou qui passe dans la mer territoriale après avoir quitté les eaux intérieures.

Sous-Section C

Règles applicables aux navires de guerre et autres navires d'Etat utilisés à des fins non commerciales

Article 29

Définition de «navire de guerre»

Aux fins de la Convention, on entend par „navire de guerre" tout navire qui fait partie des forces armées d'un Etat et porte les marques extérieures distinctives des navires militaires de sa nationalité, qui est placé sous le commandement d'un officier de marine au service de cet Etat et inscrit sur la liste des officiers ou un document équivalent, et dont l'équipage est soumis aux règles de la discipline militaire.

Article 30

!nobservation par un navire de guerre des lois et règlements de l'Etat côtier

Si un navire de guerre ne respecte pas les lois et règlements de l'Etat côtier relatif au passage dans la mer territoriale et passe outre à la demande qui lui est faite de s'y conformer, l'Etat côtier peut exiger que ce navire quitte immédiatement la mer territoriale.

(5) Abgesehen von der Anwendung des Teiles XII oder von Fällen von Verstößen gegen die in Übereinstimmung mit Teil V erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften darf der Küstenstaat an Bord eines sein Küstenmeer durchfahrenden fremden Schiffes keine Maßnahmen ergreifen, um wegen einer Straftat, die vor der Einfahrt des Schiffes in das Küstenmeer begangen wurde, eine Person festzunehmen oder eine Untersuchung durchzuführen, wenn dieses Schiff aus einem fremden Hafen kommt und das Küstenmeer nur durchfährt, ohne in die inneren Gewässer einzulaufen.

Artikel 28

Zivilgerichtsbarkeit in bezug auf fremde Schiffe

(1) Der Küstenstaat soll ein das Küstenmeer durchfahrendes fremdes Schiff weder anhalten noch umleiten, um seine Zivilgerichtsbarkeit gegenüber einer an Bord des Schiffes befindlichen Person auszuüben.

(2) Der Küstenstaat darf Vollstreckungs- oder Sicherungsmaßnahmen in Zivilsachen gegen das Schiff nur wegen Verbindlichkeiten oder der Haftung ergreifen, die für das Schiff selbst während oder wegen seiner Durchfahrt durch die Gewässer des Küstenstaats entstanden sind.

(3) Absatz 2 berührt nicht das Recht des Küstenstaats, in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften Vollstreckungs- oder Sicherungsmaßnahmen in Zivilsachen gegen ein fremdes Schiff zu ergreifen, das in seinem Küstenmeer liegt oder dieses nach Verlassen der inneren Gewässer durchfährt.

Unterabschnitt C

Regeln für Kriegsschiffe und sonstige Staatsschiffe, die anderen als Handelszwecken dienen

Artikel 29

Definition der Kriegsschiffe

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „Kriegsschiff" ein zu den Streitkräften eines Staates gehörendes Schiff, das die äußeren Kennzeichen eines solchen Schiffes seiner Staatszugehörigkeit trägt; es muß unter dem Befehl eines Offiziers stehen, der sich im Dienst des jeweiligen Staates befindet und dessen Name in der entsprechenden Rangliste der Streitkräfte oder in einer gleichwertigen Liste enthalten ist; die Besatzung muß den Regeln der militärischen Disziplin unterliegen.

Artikel 30

Nichteinhaltung der Gesetze und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats durch Kriegsschiffe

Wenn ein Kriegsschiff die Gesetze und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats über die Durchfahrt durch das Küstenmeer nicht einhält und eine ihm übermittelte Aufforderung, sie einzuhalten, mißachtet, kann der Küstenstaat von dem Kriegsschiff verlangen, das Küstenmeer sofort zu verlassen.

Article 31

Responsibility of the flag State for damage caused by a warship or other government ship operated for non-commercial purposes

The flag State shall bear international responsibility for any loss or damage to the coastal State resulting from the non-compliance by a warship or other government ship operated for non-commercial purposes with the laws and regulations of the coastal State concerning passage through the territorial sea or with the provisions of this Convention or other rules of international law.

Article 32

Immunities of warships and other government ships operated for non-commercial purposes

With such exceptions as are contained in subsection A and in articles 30 and 31, nothing in this Convention affects the immunities of warships and other government ships operated for non-commercial purposes.

Section 4

Contiguous zone

Article 33

Contiguous zone

1. In a zone contiguous to its territorial sea, described as the contiguous zone, the coastal State may exercise the control necessary to:

(a) prevent infringement of its customs, fiscal, immigration or sanitary laws and regulations within its territory or territorial sea;

(b) punish infringement of the above laws and regulations committed within its territory or territorial sea.

2. The contiguous zone may not extend beyond 24 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured.

Part III

Straits used for international navigation

Section 1

General provisions

Article 34

Legal status of waters forming straits used for international navigation

1. The régime of passage through straits used for international navigation estab-

Article 31

Responsabilité de l'Etat du pavillon du fait d'un navire de guerre ou d'un autre navire d'Etat

L'Etat du pavillon porte la responsabilité internationale de toute perte ou de tout dommage causé à l'Etat côtier du fait de l'inobservation par un navire de guerre ou par tout autre navire d'Etat utilisé à des fins non commerciales des lois et règlements de l'Etat côtier relatifs au passage dans la mer territoriale ou des dispositions de la Convention ou d'autres règles du droit international.

Article 32

Immunités des navires de guerre et autres navires d'Etat utilisés à des fins non commerciales

Sous réserve des exceptions prévues à la sous-section A et aux articles 30 et 31, aucune disposition de la Convention ne porte atteinte aux immunités dont jouissent les navires de guerre et les autres navires d'Etat utilisés à des fins non commerciales.

Section 4

Zone contiguë

Article 33

Zone contiguë

1. Dans une zone contiguë à sa mer territoriale, désignée sous le nom de zone contiguë, l'Etat côtier peut exercer le contrôle nécessaire en vue de:

a) prévenir les infractions à ses lois et règlements douaniers, fiscaux, sanitaires ou d'immigration sur son territoire ou dans sa mer territoriale;

b) réprimer les infractions à ces mêmes lois et règlements commises sur son territoire ou dans sa mer territoriale.

2. La zone contiguë ne peut s'étendre au-delà de 24 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale.

Partie III

Détroits servant à la navigation internationale

Section 1

Dispositions générales

Article 34

Régime juridique des eaux des détroits servant à la navigation internationale

1. Le régime du passage par les détroits servant à la navigation internationale qu'é-

Artikel 31

Verantwortlichkeit des Flaggenstaats für Schäden, die ein Kriegsschiff oder ein sonstiges Staatsschiff, das anderen als Handelszwecken dient, verursacht

Der Flaggenstaat ist völkerrechtlich verantwortlich für jeden dem Küstenstaat zugefügten Verlust oder Schaden, der sich aus der Nichteinhaltung der Gesetze und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats über die Durchfahrt durch das Küstenmeer oder der Bestimmungen dieses Übereinkommens oder der sonstigen Regeln des Völkerrechts durch ein Kriegsschiff oder ein sonstiges Staatsschiff, das anderen als Handelszwecken dient, ergibt.

Artikel 32

Immunitäten der Kriegsschiffe und der sonstigen Staatsschiffe, die anderen als Handelszwecken dienen

Vorbehaltlich der in Unterabschnitt A und in den Artikeln 30 und 31 vorgesehenen Ausnahmen berührt dieses Übereinkommen nicht die Immunitäten der Kriegsschiffe und der sonstigen Staatsschiffe, die anderen als Handelszwecken dienen.

Abschnitt 4

Anschlußzone

Artikel 33

Anschlußzone

(1) In einer an sein Küstenmeer angrenzenden Zone, die als Anschlußzone bezeichnet wird, kann der Küstenstaat die erforderliche Kontrolle ausüben, um

a) Verstöße gegen seine Zoll- und sonstigen Finanzgesetze, Einreise- oder Gesundheitsgesetze und diesbezüglichen sonstigen Vorschriften in seinem Hoheitsgebiet oder in seinem Küstenmeer zu verhindern;

b) Verstöße gegen diese Gesetze und sonstigen Vorschriften, die in seinem Hoheitsgebiet oder in seinem Küstenmeer begangen worden sind, zu ahnden.

(2) Die Anschlußzone darf sich nicht weiter als 24 Seemeilen über die Basislinien hinaus erstrecken, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird.

Teil III

Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 34

Rechtsstatus der Gewässer von Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen

(1) Die in diesem Teil festgelegte Durchfahrtsordnung für Meerengen, die der inter-

lished in this Part shall not in other respects affect the legal status of the waters forming such straits or the exercise by the States bordering the straits of their sovereignty or jurisdiction over such waters and their air space, bed and subsoil.

2. The sovereignty or jurisdiction of the States bordering the straits is exercised subject to this Part and to other rules of international law.

tablit la présente partie n'affecte à aucun autre égard le régime juridique des eaux de ces détroits ni l'exercice, par les Etats riverains, de leur souveraineté ou de leur juridiction sur ces eaux, les fonds marins correspondants et leur sous-sol ainsi que sur l'espace aérien surjacent.

2. Les Etats riverains des détroits exercent leur souveraineté ou leur juridiction dans les conditions prévues par les dispositions de la présente partie et les autres règles du droit international.

nationalen Schiffahrt dienen, berührt im übrigen nicht den Rechtsstatus der solche Meerengen bildenden Gewässer oder die Ausübung der Souveränität oder der Hoheitsbefugnisse über diese Gewässer und deren Luftraum, Meeresboden und Meeresuntergrund durch die Meerengenanliegerstaaten.

(2) Die Souveränität oder die Hoheitsbefugnisse der Meerengenanliegerstaaten werden nach Maßgabe dieses Teiles und der sonstigen Regeln des Völkerrechts ausgeübt.

Article 35

Scope of this Part

Nothing in this Part affects:

(a) any areas of internal waters within a strait, except where the establishment of a straight baseline in accordance with the method set forth in article 7 has the effect of enclosing as internal waters areas which had not previously been considered as such;

(b) the legal status of the waters beyond the territorial seas of States bordering straits as exclusive economic zones or high seas; or

(c) the legal régime in straits in which passage is regulated in whole or in part by long-standing international conventions in force specifically relating to such straits.

Article 35

Champ d'application de la présente partie

Aucune disposition de la présente partie n'affecte:

a) les eaux intérieures faisant partie d'un détroit, sauf lorsque le tracé d'une ligne de base droite établie conformément à la méthode décrite à l'article 7 inclut dans les eaux intérieures des eaux qui n'étaient pas précédemment considérées comme telles;

b) le régime juridique des eaux situées au-delà de la mer territoriale des Etats riverains des détroits, qu'elles fassent partie d'une zone économique exclusive ou de la haute mer;

c) le régime juridique des détroits où le passage est réglementé, en tout ou en partie, par des conventions internationales existant de longue date et toujours en vigueur qui les visent spécifiquement.

Artikel 35

Geltungsbereich dieses Teiles

Dieser Teil berührt nicht

a) die Gebiete innerer Gewässer innerhalb einer Meerenge, es sei denn, die Festlegung einer geraden Basislinie nach der in Artikel 7 bezeichneten Methode führt dazu, daß Gebiete, die vorher nicht als innere Gewässer galten, in diese einbezogen werden;

b) den Rechtsstatus der Gewässer außerhalb der Küstenmeere der Meerengenanliegerstaaten als ausschließliche Wirtschaftszone oder als Hohe See oder

c) die Rechtsordnung in Meerengen, in denen die Durchfahrt ganz oder teilweise durch lange bestehende und in Kraft befindliche internationale Übereinkünfte geregelt ist, die sich im besonderen auf diese Meerengen beziehen.

Article 36

High seas routes or routes through exclusive economic zones through straits used for international navigation

This Part does not apply to a strait used for international navigation if there exists through the strait a route through the high seas or through an exclusive economic zone of similar convenience with respect to navigational and hydrographical characteristics; in such routes, the other relevant Parts of this Convention, including the provisions regarding the freedoms of navigation and overflight, apply.

Article 36

Routes de haute mer ou routes passant par une zone économique exclusive dans les détroits servant à la navigation internationale

La présente partie ne s'applique pas aux détroits servant à la navigation internationale qu'il est possible de franchir par une route de haute mer ou une route passant par une zone économique exclusive de commodité comparable du point de vue de la navigation et des caractéristiques hydrographiques; en ce qui concerne ces routes, sont applicables les autres parties pertinentes de la Convention, y compris les dispositions relatives à la liberté de navigation et de survol.

Artikel 36

Durch Hohe See oder ausschließliche Wirtschaftszonen führende Seewege in Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen

Dieser Teil gilt nicht für eine Meerenge, die der internationalen Schiffahrt dient, wenn ein in navigatorischer und hydrographischer Hinsicht gleichermaßen geeigneter, durch die Hohe See oder eine ausschließliche Wirtschaftszone führender Seeweg durch die Meerenge vorhanden ist; auf diesen Seewegen finden die anderen diesbezüglichen Teile dieses Übereinkommens einschließlich der Bestimmungen über die Freiheit der Schiffahrt und des Überflugs Anwendung.

Section 2

Transit passage

Article 37

Scope of this section

This section applies to straits which are used for international navigation between one part of the high seas or an exclusive economic zone and another part of the high seas or an exclusive economic zone.

Section 2

Passage en transit

Article 37

Champ d'application de la présente section

La présente section s'applique aux détroits qui servent à la navigation internationale entre une partie de la haute mer ou une zone économique exclusive et une autre partie de la haute mer ou une zone économique exclusive.

Abschnitt 2

Transitdurchfahrt

Artikel 37

Geltungsbereich dieses Abschnitts

Dieser Abschnitt gilt für Meerengen, die der internationalen Schiffahrt zwischen einem Teil der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone und einem anderen Teil der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone dienen.

Article 38

Right of transit passage

1. In straits referred to in article 37, all ships and aircraft enjoy the right of transit passage, which shall not be impeded; except that, if the strait is formed by an island of a State bordering the strait and its mainland, transit passage shall not apply if there exists seaward of the island a route through the high seas or through an exclusive economic zone of similar convenience with respect to navigational and hydrographical characteristics.

2. Transit passage means the exercise in accordance with this Part of the freedom of navigation and overflight solely for the purpose of continuous and expeditious transit of the strait between one part of the high seas or an exclusive economic zone and another part of the high seas or an exclusive economic zone. However, the requirement of continuous and expeditious transit does not preclude passage through the strait for the purpose of entering, leaving or returning from a State bordering the strait, subject to the conditions of entry to that State.

3. Any activity which is not an exercise of the right of transit passage through a strait remains subject to the other applicable provisions of this Convention.

Article 38

Droit de passage en transit

1. Dans les détroits visés à l'article 37, tous les navires et aéronefs jouissent du droit de passage en transit sans entrave, à cette restriction près que ce droit ne s'étend pas aux détroits formés par le territoire continental d'un Etat et une île appartenant à cet Etat, lorsqu'il existe au large de l'île une route de haute mer, ou une route passant par une zone économique exclusive, de commodité comparable du point de vue de la navigation et des caractéristiques hydrographiques.

2. On entend par «passage en transit» l'exercice, conformément à la présente partie, de la liberté de navigation et de survol à seule fin d'un transit continu et rapide par le détroit entre une partie de la haute mer ou une zone économique exclusive et une autre partie de la haute mer ou une zone économique exclusive. Toutefois, l'exigence de la continuité et de la rapidité du transit n'interdit pas le passage par le détroit pour accéder au territoire d'un Etat riverain, le quitter ou en repartir, sous réserve des conditions d'admission sur le territoire de cet Etat.

3. Toute activité qui ne relève pas de l'exercice du droit de passage en transit par les détroits reste subordonnée aux autres dispositions applicables de la Convention.

Artikel 38

Recht der Transitdurchfahrt

(1) In den in Artikel 37 bezeichneten Meerengen genießen alle Schiffe und Luftfahrzeuge das Recht der Transitdurchfahrt, die nicht behindert werden darf; jedoch gilt in einer Meerenge, die durch eine Insel eines Meerengenanliegerstaats und sein Festland gebildet wird, das Recht der Transitdurchfahrt nicht, wenn seewärts der Insel ein in navigatorischer und hydrographischer Hinsicht gleichermaßen geeigneter Seeweg durch die Hohe See oder eine ausschließliche Wirtschaftszone vorhanden ist.

(2) „Transitdurchfahrt" bedeutet die in Übereinstimmung mit diesem Teil erfolgende Ausübung der Freiheit der Schiffahrt und des Überflugs lediglich zum Zweck des ununterbrochenen und zügigen Transits durch die Meerenge zwischen einem Teil der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone und einem anderen Teil der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone. Jedoch schließt das Erfordernis des ununterbrochenen und zügigen Transits die Durchfahrt durch die Meerenge zu dem Zweck nicht aus, einen Meerengenanliegerstaat unter Beachtung seiner Einreisebedingungen aufzusuchen, zu verlassen oder von ihm zurückzukehren.

(3) Jede Tätigkeit, die keine Ausübung des Rechts der Transitdurchfahrt durch eine Meerenge ist, unterliegt den anderen anwendbaren Bestimmungen dieses Übereinkommens.

Article 39

Duties of ships and aircraft during transit passage

1. Ships and aircraft, while exercising the right of transit passage, shall:

(a) proceed without delay through or over the strait;

(b) refrain from any threat or use of force against the sovereignty, territorial integrity or political independence of States bordering the strait, or in any other manner in violation of the principles of international law embodied in the Charter of the United Nations;

(c) refrain from any activities other than those incident to their normal modes of continuous and expeditious transit unless rendered necessary by force majeure or by distress;

(d) comply with other relevant provisions of this Part.

2. Ships in transit passage shall:

(a) comply with generally accepted international regulations, procedures and practices for safety at sea, including the International Regulations for Preventing Collisions at Sea;

Article 39

Obligations des navires et aéronefs pendant le passage en transit

1. Dans l'exercice du droit de passage en transit, les navires et aéronefs:

a) traversent ou survolent le détroit sans délai;

b) s'abstiennent de recourir à la menace ou à l'emploi de la force contre la souveraineté, l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique des Etats riverains du détroit ou de toute autre manière contraire aux principes du droit international énoncés dans la Charte des Nations Unies;

c) s'abstiennent de toute activité autre que celles qu'implique un transit continu et rapide, selon leur mode normal de navigation, sauf cas de force majeure ou de détresse;

d) se conforment aux autres dispositions pertinentes de la présente partie.

2. Pendant le passage en transit, les navires se conforment:

a) aux règlements, procédures et pratiques internationaux généralement acceptés en matière de sécurité de la navigation, notamment au Règlement international pour prévenir les abordages en mer;

Artikel 39

Pflichten der Schiffe und Luftfahrzeuge während der Transitdurchfahrt

(1) Schiffe und Luftfahrzeuge müssen, wenn sie das Recht der Transitdurchfahrt ausüben,

a) die Meerenge unverzüglich durchfahren oder überfliegen;

b) sich jeder Androhung oder Anwendung von Gewalt enthalten, die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Meerengenanliegerstaats gerichtet ist oder sonst die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts verletzt;

c) sich jeder Tätigkeit enthalten, die nicht mit ihrem normalen ununterbrochenen und zügigen Transit zusammenhängt, sofern sie nicht durch höhere Gewalt oder einen Notfall erforderlich wird;

d) die anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Teiles befolgen.

(2) Schiffe in der Transitdurchfahrt müssen

a) die allgemein anerkannten internationalen Vorschriften, Verfahren und Gebräuche für die Sicherheit auf See einschließlich der Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See befolgen;

(b) comply with generally accepted international regulations, procedures and practices for the prevention, reduction and control of pollution from ships.

3. Aircraft in transit passage shall:

(a) observe the Rules of the Air established by the International Civil Aviation Organization as they apply to civil aircraft; state aircraft will normally comply with such safety measures and will at all times operate with due regard for the safety of navigation;

(b) at all times monitor the radio frequency assigned by the competent internationally designated air traffic control authority or the appropriate international distress radio frequency.

b) aux règlements, procédures et pratiques internationaux généralement acceptés visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires.

3. Pendant le passage en transit, les aéronefs:

a) respectent les règlements aériens établis par l'Organisation de l'aviation civile internationale qui sont applicables aux aéronefs civils; les aéronefs d'Etat se conforment normalement aux mesures de sécurité prévues par ces règlements et manoeuvrent en tenant dûment compte, à tout moment, de la sécurité de la navigation;

b) surveillent en permanence la fréquence radio que l'autorité compétente internationalement désignée pour le contrôle de la circulation aérienne leur a attribuée, ou la fréquence internationale de détresse.

b) die allgemein anerkannten internationalen Vorschriften, Verfahren und Gebräuche zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe befolgen.

(3) Luftfahrzeuge in der Transitdurchfahrt müssen

a) die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation aufgestellten Regeln für die Luftfahrt einhalten, soweit sie auf zivile Luftfahrzeuge Anwendung finden; Staatsluftfahrzeuge halten sich in der Regel an solche Sicherheitsmaßnahmen und fliegen jederzeit mit der gebotenen Rücksicht auf die Sicherheit der Luftfahrt;

b) jederzeit die von der zuständigen international bestimmten Luftverkehrskontrollbehörde zugewiesene Funkfrequenz oder die entsprechende internationale Notfunkfrequenz abhören.

Article 40

Research and survey activities

During transit passage, foreign ships, including marine scientific research and hydrographic survey ships, may not carry out any research or survey activities without the prior authorization of the States bordering straits.

Article 40

Recherche et levés hydrographiques

Pendant le passage en transit, les navires étrangers, y compris ceux qui sont affectés à la recherche scientifique marine ou à des levés hydrographiques, ne peuvent être utilisés pour des recherches ou des levés sans l'autorisation préalable des Etats riverains.

Artikel 40

Forschungs- und Vermessungsarbeiten

Während der Transitdurchfahrt dürfen fremde Schiffe, einschließlich solcher für wissenschaftliche Meeresforschung oder hydrographische Vermessung, ohne vorherige Genehmigung der Meerengenanliegerstaaten keine Forschungs- oder Vermessungsarbeiten durchführen.

Article 41

Sea lanes and traffic separation schemes in straits used for international navigation

1. In conformity with this Part, States bordering straits may designate sea lanes and prescribe traffic separation schemes for navigation in straits where necessary to promote the safe passage of ships.

2. Such States may, when circumstances require, and after giving due publicity thereto, substitute other sea lanes or traffic separation schemes for any sea lanes or traffic separation schemes previously designated or prescribed by them.

3. Such sea lanes and traffic separation schemes shall conform to generally accepted international regulations.

4. Before designating or substituting sea lanes or prescribing or substituting traffic separation schemes, States bordering straits shall refer proposals to the competent international organization with a view to their adoption. The organization may adopt only such sea lanes and traffic separation schemes as may be agreed with the States bordering the straits, after which the States may designate, prescribe or substitute them.

Article 41

Voies de circulation et dispositifs de séparation du trafic dans tes détroits servant à la navigation internationale

1. Conformément à la présente partie, les Etats riverains de détroits peuvent, lorsque la sécurité des navires dans les détroits l'exige, désigner des voies de circulation et prescrire des dispositifs de séparation du trafic.

2. Ces Etats peuvent, lorsque les circonstances l'exigent et après avoir donné la publicité voulue à cette mesure, désigner de nouvelles voies de circulation ou prescrire de nouveaux dispositifs de séparation du trafic en remplacement de toute voie ou de tout dispositif qu'ils avaient désigné ou prescrit antérieurement.

3. Les voies de circulation et les dispositifs de séparation du trafic doivent être conformes à la réglementation internationale généralement acceptée.

4. Avant de désigner ou remplacer des voies de circulation ou de prescrire ou remplacer des dispositifs de séparation du trafic, les Etats riverains de détroits soumettent leurs propositions, pour adoption, à l'organisation internationale compétente. Cette organisation ne peut adopter que les voies de circulation et les dispositifs de séparation du trafic dont il a pu être convenu avec les Etats riverains; ceux-ci peuvent alors les désigner, les prescrire ou les remplacer.

Artikel 41

Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete in Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen

(1) In Übereinstimmung mit diesem Teil können Meerengenanliegerstaaten für die Schiffahrt in Meerengen Schiffahrtswege festlegen und Verkehrstrennungsgebiete vorschreiben, wo es die sichere Durchfahrt der Schiffe erfordert.

(2) Wenn es die Umstände erfordern, können diese Staaten nach ordnungsgemäßer Bekanntmachung vorher von ihnen festgelegte Schiffahrtswege oder vorgeschriebene Verkehrstrennungsgebiete durch andere Schiffahrtswege oder Verkehrstrennungsgebiete ersetzen.

(3) Diese Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete haben den allgemein anerkannten internationalen Vorschriften zu entsprechen.

(4) Bevor die Meerengenanliegerstaaten Schiffahrtswege festlegen oder ersetzen oder Verkehrstrennungsgebiete vorschreiben oder ersetzen, unterbreiten sie der zuständigen internationalen Organisation Vorschläge zur Annahme. Die Organisation darf nur solche Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete annehmen, die mit den Meerengenanliegerstaaten vereinbart werden konnten; danach können diese Staaten sie festlegen, vorschreiben oder ersetzen.

5. In respect of a strait where sea lanes or traffic separation schemes through the waters of two or more States bordering the strait are being proposed, the States concerned shall co-operate in formulating proposals in consultation with the competent international organization.

6. States bordering straits shall clearly indicate all sea lanes and traffic separation schemes designated or prescribed by them on charts to which due publicity shall be given.

7. Ships in transit passage shall respect applicable sea lanes and traffic separation schemes established in accordance with this article.

5. Lorsqu'il est proposé d'établir dans un détroit des voies de circulation ou des dispositifs de séparation du trafic intéressant les eaux de plusieurs Etats riverains, les Etats concernés coopèrent pour formuler des propositions en consultation avec l'organisation internationale compétente.

6. Les Etats riverains de détroits indiquent clairement sur des cartes marines auxquelles ils donnent la publicité voulue toutes les voies de circulation ou tous les dispositifs de séparation du trafic qu'ils ont établis.

7. Pendant le passage en transit, les navires respectent les voies de circulation et les dispositifs de séparation du trafic établis conformément au présent article.

(5) Werden für eine Meerenge Schiffahrtswege oder Verkehrstrennungsgebiete durch die Gewässer von zwei oder mehr Meerengenanliegerstaaten vorgeschlagen, so arbeiten die betreffenden Staaten bei der Ausarbeitung der Vorschläge in Konsultation mit der zuständigen internationalen Organisation zusammen.

(6) Die Meerengenanliegerstaaten tragen alle von ihnen festgelegten Schiffahrtswege und vorgeschriebenen Verkehrstrennungsgebiete deutlich in Seekarten ein und veröffentlichen diese ordnungsgemäß.

(7) Schiffe in der Transitdurchfahrt müssen die in Übereinstimmung mit diesem Artikel festgelegten Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete beachten.

Article 42

Laws and regulations of States bordering straits relating to transit passage

1. Subject to the provisions of this section, States bordering straits may adopt laws and regulations relating to transit passage through straits, in respect of all or any of the following:

(a) the safety of navigation and the regulation of maritime traffic, as provided in article 41;

(b) the prevention, reduction and control of pollution, by giving effect to applicable international regulations regarding the discharge of oil, oily wastes and other noxious substances in the strait;

(c) with respect to fishing vessels, the prevention of fishing, including the stowage of fishing gear;

(d) the loading or unloading of any commodity, currency or person in contravention of the customs, fiscal, immigration or sanitary laws and regulations of States bordering straits.

2. Such laws and regulations shall not discriminate in form or in fact among foreign ships or in their application have the practical effect of denying, hampering or impairing the right of transit passage as defined in this section.

3. States bordering straits shall give due publicity to all such laws and regulations.

4. Foreign ships exercising the right of transit passage shall comply with such laws and regulations.

5. The flag State of a ship or the State of registry of an aircraft entitled to sovereign immunity which acts in a manner contrary to

Article 42

Lois et règlements des Etats riverains de détroits relatifs au passage en transit

1. Sous réserve de la présente section, les Etats riverains d'un détroit peuvent adopter des lois et règlements relatifs au passage par le détroit portant sur:

a) la sécurité de la navigation et la régulation du trafic maritime, comme il est prévu à l'article 41;

b) la prévention, la réduction et la maîtrise de la pollution, en donnant effet à la réglementation internationale applicable visant le rejet dans le détroit d'hydrocarbures, de résidus d'hydrocarbures et d'autres substances nocives;

c) s'agissant des navires de pêche, l'interdiction de la pêche, y compris la réglementation de l'arrimage des engins de pêche;

d) l'embarquement ou le débarquement de marchandises, de fonds ou de personnes en contravention aux lois et règlements douaniers, fiscaux, sanitaires ou d'immigration des Etats riverains.

2. Ces lois et règlements ne doivent entraîner aucune discrimination de droit ou de fait entre les navires étrangers, ni leur application avoir pour effet d'empêcher, de restreindre ou d'entraver l'exercice du droit de passage en transit tel qu'il est défini dans la présente section.

3. Les Etats riverains donnent la publicité voulue à ces lois et règlements.

4. Les navires étrangers exerçant le droit de passage en transit par le détroit doivent se conformer à ces lois et règlements.

5. En cas de contravention à ces lois et règlements ou aux dispositions de la présente partie par un navire ou un aéronef

Artikel 42

Gesetze und sonstige Vorschriften der Meerengenanliegerstaaten zur Transitdurchfahrt

(1) Vorbehaltlich dieses Abschnitts können die Meerengenanliegerstaaten Gesetze und sonstige Vorschriften zur Transitdurchfahrt durch Meerengen für folgende Bereiche erlassen:

a) Sicherheit der Schiffahrt und Regelung des Seeverkehrs nach Artikel 41;

b) Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung, indem sie den anwendbaren internationalen Vorschriften über das Einleiten von Öl, ölhaltigen Abfällen und anderen schädlichen Stoffen in der Meerenge Wirksamkeit verleihen;

c) für Fischereifahrzeuge ein Fischereiverbot einschließlich des Verstauens von Fischfanggerät;

d) das Laden oder Entladen von Waren, Zahlungsmitteln oder Personen entgegen den Zoll- und sonstigen Finanzgesetzen, Einreise- oder Gesundheitsgesetzen und diesbezüglichen sonstigen Vorschriften der Meerengenanliegerstaaten.

(2) Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften dürfen fremde Schiffe untereinander weder rechtlich noch tatsächlich diskriminieren, und ihre Anwendung darf im Ergebnis nicht eine Verweigerung, Behinderung oder Beeinträchtigung des Rechts der Transitdurchfahrt nach diesem Abschnitt bewirken.

(3) Die Meerengenanliegerstaaten veröffentlichen diese Gesetze und sonstigen Vorschriften ordnungsgemäß.

(4) Fremde Schiffe, die das Recht der Transitdurchfahrt ausüben, müssen diese Gesetze und sonstigen Vorschriften einhalten.

(5) Verletzt ein Staatenimmunität genießendes Schiff oder Luftfahrzeug diese Gesetze und sonstigen Vorschriften oder an-

such laws and regulations or other provisions of this Part shall bear international responsibility for any loss or damage which results to States bordering straits.

jouissant de l'immunité souveraine, l'Etat du pavillon du navire ou l'Etat d'immatriculation de l'aéronef porte la responsabilité internationale de toute perte ou de tout dommage qui peut en résulter pour les Etats riverains.

dere Bestimmungen dieses Teiles, so trägt der Flaggenstaat des Schiffes beziehungsweise der Eintragungsstaat des Luftfahrzeugs die völkerrechtliche Verantwortlichkeit für jeden den Meerengenanliegerstaaten zugefügten Verlust oder Schaden.

Article 43

Navigational and safety aids and other improvements and the prevention, reduction and control of pollution

User States and States bordering a strait should by agreement co-operate:

(a) in the establishment and maintenance in a strait of necessary navigational and safety aids or other improvements in aid of international navigation; and

(b) for the prevention, reduction and control of pollution from ships.

Article 43

Installations de sécurité, aides à la navigation et autres équipements, et prévention, réduction et maîtrise de la pollution

Les Etats utilisateurs d'un détroit et les Etats riverains devraient, par voie d'accord, coopérer pour:

a) établir et entretenir dans le détroit les installations de sécurité et les aides à la navigation nécessaires, ainsi que les autres équipements destinés à faciliter la navigation internationale; et

b) prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires.

Artikel 43

Navigationshilfen, Sicherheitsanlagen und andere Einrichtungen sowie Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung

Benutzerstaaten und Meerengenanliegerstaaten sollen einvernehmlich zusammenarbeiten,

a) um in einer Meerenge die erforderlichen Navigationshilfen und Sicherheitsanlagen oder andere Einrichtungen zur Erleichterung der internationalen Schiffahrt einzurichten und zu unterhalten und

b) um Verschmutzung durch Schiffe zu verhüten, zu verringern und zu überwachen.

Article 44

Duties of States bordering straits

States bordering straits shall not hamper transit passage and shall give appropriate publicity to any danger to navigation or overflight within or over the strait of which they have knowledge. There shall be no suspension of transit passage.

Article 44

Obligations des Etats riverains de détroits

Les Etats riverains de détroits ne doivent pas entraver le passage en transit et doivent signaler par une publicité adéquate tout danger pour la navigation dans le détroit ou le survol du détroit dont ils ont connaissance. L'exercice du droit de passage en transit ne peut être suspendu.

Artikel 44

Pflichten der Meerengenanliegerstaaten

Meerengenanliegerstaaten dürfen die Transitdurchfahrt nicht behindern und machen alle ihnen bekannten Gefahren für die Schiffahrt in der Meerenge oder den Überflug über der Meerenge in geeigneter Weise bekannt. Die Ausübung des Rechts der Transitdurchfahrt darf nicht ausgesetzt werden.

Section 3

Innocent passage

Article 45

Innocent passage

1. The régime of innocent passage, in accordance with Part II, section 3, shall apply in straits used for international navigation:

(a) excluded from the application of the régime of transit passage under article 38, paragraph 1; or

(b) between a part of the high seas or an exclusive economic zone and the territorial sea of a foreign State.

2. There shall be no suspension of innocent passage through such straits.

Section 3

Passage inoffensif

Article 45

Passage inoffensif

1. Le régime du passage inoffensif prévu à la section 3 de la partie II s'applique aux détroits servant à la navigation internationale qui:

a) sont exclus du champ d'application du régime du passage en transit en vertu de l'article 38, paragraphe 1; ou

b) relient la mer territoriale d'un Etat à une partie de la haute mer ou à la zone économique exclusive d'un autre Etat.

2. L'exercice du droit de passage inoffensif dans ces détroits ne peut être suspendu.

Abschnitt 3

Friedliche Durchfahrt

Artikel 45

Friedliche Durchfahrt

(1) Die Ordnung der friedlichen Durchfahrt nach Teil II Abschnitt 3 gilt in den der internationalen Schiffahrt dienenden Meerengen,

a) die nach Artikel 38 Absatz 1 von der Anwendung der Ordnung der Transitdurchfahrt ausgeschlossen sind oder

b) die das Küstenmeer eines Staates mit einem Teil der Hohen See oder mit der ausschließlichen Wirtschaftszone eines anderen Staates verbinden.

(2) Die Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt durch solche Meerengen darf nicht ausgesetzt werden.

Part IV

Archipelagic States

Article 46

Use of terms

For the purposes of this Convention:

(a) "archipelagic State" means a State constituted wholly by one or more archipela-

Partie IV

Etats archipels

Article 46

Emploi des termes

Aux fins de la Convention, on entend par:

a) «Etat archipel»: un Etat constitué entièrement par un ou plusieurs archipels et

Teil IV

Archipelstaaten

Artikel 46

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

a) bedeutet „Archipelstaat" einen Staat, der vollständig aus einem oder mehre-

gos and may include other islands;

(b) "archipelago" means a group of islands, including parts of islands, interconnecting waters and other natural features which are so closely interrelated that such islands, waters and other natural features form an intrinsic geographical, economic and political entity, or which historically have been regarded as such.

éventuellement d'autres îles;

b) «archipel»: un ensemble d'îles, y compris des parties d'îles, les eaux attenantes et les autres éléments naturels qui ont les uns avec les autres des rapports si étroits qu'ils forment intrinsèquement un tout géographique, économique et politique, ou qui sont historiquement considérés comme tels.

ren Archipelen und gegebenenfalls anderen Inseln besteht;

b) bedeutet „Archipel" eine Gruppe von Inseln einschließlich Teilen von Inseln, dazwischenliegende Gewässer und andere natürliche Gebilde, die so eng miteinander in Beziehung stehen, daß diese Inseln, Gewässer und anderen natürlichen Gebilde eine wirkliche geographische, wirtschaftliche und politische Einheit bilden, oder die von alters her als solche angesehen worden sind.

Article 47

Archipelagic baselines

1. An archipelagic State may draw straight archipelagic baselines joining the outermost points of the outermost islands and drying reefs of the archipelago provided that within such baselines are included the main islands and an area in which the ratio of the area of the water to the area of the land, including atolls, is between 1 to 1 and 9 to 1.

2. The length of such baselines shall not exceed 100 nautical miles, except that up to 3 per cent of the total number of baselines enclosing any archipelago may exceed that length, up to a maximum length of 125 nautical miles.

3. The drawing of such baselines shall not depart to any appreciable extent from the general configuration of the archipelago.

4. Such baselines shall not be drawn to and from low-tide elevations, unless lighthouses or similar installations which are permanently above sea level have been built on them or where a low-tide elevation is situated wholly or partly at a distance not exceeding the breadth of the territorial sea from the nearest island.

5. The system of such baselines shall not be applied by an archipelagic State in such a manner as to cut off from the high seas or the exclusive economic zone the territorial sea of another State.

6. If a part of the archipelagic waters of an archipelagic State lies between two parts of an immediately adjacent neighbouring State, existing rights and all other legitimate interests which the latter State has traditionally exercised in such waters and all rights stipulated by agreement between those States shall continue and be respected.

7. For the purpose of computing the ratio of water to land under paragraph 1, land areas may include waters lying within the fringing reefs of islands and atolls, including that part of a steep-sided oceanic plateau which is enclosed or nearly enclosed by a chain of limestone islands and drying reefs

Article 47

Lignes de base archipélagiques

1. Un Etat archipel peut tracer des lignes de base archipélagiques droites reliant les points extrêmes des îles les plus éloignées et des récifs découvrants de l'archipel à condition que le tracé de ces lignes de base englobe les îles principales et définisse une zone où le rapport de la superficie des eaux à celle des terres, atolls inclus, soit compris entre 1 à 1 et 9 à 1.

2. La longueur de ces lignes de base ne doit pas dépasser 100 milles marins; toutefois, 3 p. 100 au maximum du nombre total des lignes de base entourant un archipel donné peuvent avoir une longueur supérieure, n'excédant pas 125 milles marins.

3. Le tracé de ces lignes de base ne doit pas s'écarter sensiblement du contour général de l'archipel.

4. Ces lignes de base ne peuvent être tirées vers ou depuis des hautsfonds découvrants, à moins que des phares ou des installations similaires émergées en permanence n'y aient été construits ou que le haut-fond ne soit situé, entièrement ou en partie, à une distance de l'île la plus proche ne dépassant pas la largeur de la mer territoriale.

5. Un Etat archipel ne peut appliquer la méthode de tracé de ces lignes de base d'une manière telle que la mer territoriale d'un autre Etat se trouve coupée de la haute mer ou d une zone économique exclusive.

6. Si une partie des eaux archipélagiques d'un Etat archipel est située entre deux portions du territoire d'un Etat limitrophe, les droits et tous intérêts légitimes que ce dernier Etat fait valoir traditionnellement dans ces eaux, ainsi que tous les droits découlant d'accords conclus entre les deux Etats, subsistent et sont respectés.

7. Aux fins du calcul du rapport de la superficie des eaux à la superficie des terres prévu au paragraphe 1, peuvent être considérées comme faisant partie des terres les eaux situées en deçà des récifs frangeants bordant les îles et les atolls ainsi que toute partie d'un plateau océanique à

Artikel 47

Archipelbasislinien

(1) Ein Archipelstaat kann gerade Archipelbasislinien ziehen, welche die äußersten Punkte der äußersten Inseln und trockenfallenden Riffe des Archipels verbinden, sofern davon die Hauptinseln und ein Gebiet umschlossen sind, in dem das Verhältnis der Wasserfläche zur Landfläche einschließlich der Atolle zwischen 1 zu 1 und 9 zu 1 beträgt.

(2) Die Länge derartiger Basislinien darf 100 Seemeilen nicht überschreiten; jedoch dürfen bis zu 3 Prozent der Gesamtzahl der einen einzelnen Archipel umschließenden Basislinien diese Länge überschreiten, wobei die Länge nicht mehr als 125 Seemeilen betragen darf.

(3) Der Verlauf dieser Basislinien darf nicht erheblich vom allgemeinen Umriß des Archipels abweichen.

(4) Derartige Basislinien dürfen nicht zu und von trockenfallenden Erhebungen gezogen werden, es sei denn, daß Leuchttürme oder ähnliche ständig über den Wasserspiegel hinausragende Anlagen auf ihnen errichtet sind oder daß die trockenfallende Erhebung ganz oder teilweise um nicht mehr als die Breite des Küstenmeers von der nächstgelegenen Insel entfernt ist.

(5) Ein Archipelstaat darf das System derartiger Basislinien nicht so anwenden, daß dadurch das Küstenmeer eines anderen Staates von der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone abgeschnitten wird.

(6) Liegt ein Teil der Archipelgewässer eines Archipelstaats zwischen zwei Teilen eines unmittelbar angrenzenden Nachbarstaats, so gelten die bestehenden Rechte und alle sonstigen berechtigten Interessen, die der letztgenannte Staat herkömmlicherweise in diesen Gewässern ausgeübt hat, sowie alle vertraglich zwischen beiden Staaten vereinbarten Rechte fort und sind zu beachten.

(7) Zum Zweck der Berechnung des Verhältnisses der Wasser- zur Landfläche nach Absatz 1 können zu Landflächen auch Gewässer gezählt werden, die innerhalb der Saumriffe von Inseln und Atollen liegen, einschließlich desjenigen Teiles eines steil abfallenden Ozeanplateaus, der von einer

lying on the perimeter of the plateau.

8. The baselines drawn in accordance with this article shall be shown on charts of a scale or scales adequate for ascertaining their position. Alternatively, lists of geographical co-ordinates of points, specifying the geodetic datum, may be substituted.

9. The archipelagic State shall give due publicity to such charts or lists of geographical co-ordinates and shall deposit a copy of each such chart or list with the Secretary-General of the United Nations.

flancs abrupts entièrement ou presque entièrement cernée par une chaîne d'îles calcaires et de récifs découvrants.

8. Les lignes de base tracées conformément au présent article doivent être indiquées sur des cartes marines à l'échelle appropriée pour en déterminer l'emplacement. Des listes des coordonnées géographiques de points précisant le système géodésique utilisé peuvent être substituées à ces cartes.

9. L'Etat archipel donne la publicité voulue aux cartes ou listes de coordonnées géographiques et en dépose un exemplaire auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Kette am Rand des Plateaus liegender Kalksteininseln und trockenfallender Riffe ganz oder fast ganz umschlossen ist.

(8) Die nach diesem Artikel gezogenen Basislinien werden in Seekarten eingetragen, deren Maßstab oder Maßstäbe zur genauen Feststellung ihres Verlaufs ausreichen. Statt dessen können auch Verzeichnisse der geographischen Koordinaten von Punkten unter genauer Angabe der geodätischen Daten verwendet werden.

(9) Der Archipelstaat veröffentlicht diese Seekarten oder Verzeichnisse geographischer Koordinaten ordnungsgemäß und hinterlegt jeweils eine Ausfertigung davon beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Article 48

Measurement of the breadth of the territorial sea, the contiguous zone, the exclusive economic zone and the continental shelf

The breadth of the territorial sea, the contiguous zone, the exclusive economic zone and the continental shelf shall be measured from archipelagic baselines drawn in accordance with article 47.

Article 48

Mesures de la largeur de la mer territoriale, de la zone contiguë, de la zone économique exclusive et du plateau continental

La largeur de la mer territoriale, de la zone contiguë, de la zone économique exclusive et du plateau continental est mesurée à partir des lignes de base archipélagiques conformément à l'article 47.

Artikel 48

Messung der Breite des Küstenmeers, der Anschlußzone, der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels

Die Breite des Küstenmeers, der Anschlußzone, der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels wird von den in Übereinstimmung mit Artikel 47 gezogenen Archipelbasislinien aus gemessen.

Article 49

Legal status of archipelagic waters, of the air space over archipelagic waters and of their bed and subsoil

1. The sovereignty of an archipelagic State extends to the waters enclosed by the archipelagic baselines drawn in accordance with article 47, described as archipelagic waters, regardless of their depth or distance from the coast.

2. This sovereignty extends to the air space over the archipelagic waters, as well as to their bed and subsoil, and the resources contained therein.

3. This sovereignty is exercised subject to this Part.

4. The régime of archipelagic sea lanes passage established in this Part shall not in other respects affect the status of the archipelagic waters, including the sea lanes, or the exercise by the archipelagic State of its sovereignty over such waters and their air space, bed and subsoil, and the resources contained therein.

Article 49

Régime juridique des eaux archipélagiques et de l'espace aérien surjacent ainsi que des fonds marins correspondants et de leur sous-sol

1. La souveraineté de l'Etat archipel s'étend aux eaux situées en deçà des lignes de base archipélagiques tracées conformément à l'article 47, désignées sous le nom d'eaux archipélagiques, quelle que soit leur profondeur ou leur éloignement de la côte.

2. Cette souveraineté s'étend à l'espace aérien surjacent aux èaux archipélagiques, ainsi qu'au fond de ces eaux et au sous-sol correspondant, et aux ressources qui s'y trouvent.

3. Cette souveraineté s'exerce dans les conditions prévues par la présente partie.

4. Le régime du passage archipélagique qu'établit la présente partie n'affecte à aucun autre égard le régime juridique des eaux archipélagiques, y compris les voies de circulation, ni l'exercice par l'Etat archipel de sa souveraineté sur ces eaux, l'espace aérien surjacent, le fond de ces eaux et le sous-sol correspondant, ainsi que sur les ressources qui s'y trouvent.

Artikel 49

Rechtsstatus der Archipelgewässer, des Luftraums über den Archipelgewässern sowie ihres Meeresbodens und Meeresuntergrunds

(1) Die Souveränität eines Archipelstaats erstreckt sich auf die Gewässer, die von den in Übereinstimmung mit Artikel 47 gezogenen Archipelbasislinien umschlossen sind; sie werden unabhängig von ihrer Tiefe oder ihrer Entfernung von der Küste als Archipelgewässer bezeichnet.

(2) Diese Souveränität erstreckt sich sowohl auf den Luftraum über den Archipelgewässern als auch auf deren Meeresboden und Meeresuntergrund und die darin enthaltenen Ressourcen.

(3) Diese Souveränität wird nach Maßgabe dieses Teiles ausgeübt.

(4) Die in diesem Teil festgelegte Ordnung der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen berührt im übrigen nicht den Rechtsstatus der Archipelgewässer einschließlich der Schiffahrtswege oder die Ausübung der Souveränität des Archipelstaats über diese Gewässer und deren Luftraum, Meeresboden und Meeresuntergrund sowie die darin enthaltenen Ressourcen.

Article 50

Delimitation in of internal waters

Within its archipelagic waters, the archipelagic State may draw closing lines for the delimitation of internal waters, in accordance with articles 9, 10 and 11.

Article 50

Délimitation des eaux intérieures

A l'intérieur de ses eaux archipélagiques, l'Etat archipel peut tracer des lignes de fermeture pour délimiter ses eaux intérieures, conformément aux articles 9, 10 et 11.

Artikel 50

Abgrenzung der inneren Gewässer

Innerhalb seiner Archipelgewässer kann der Archipelstaat in Übereinstimmung mit den Artikeln 9, 10 und 11 Abschlußlinien zur Abgrenzung der inneren Gewässer ziehen.

Article 51

Existing agreements, traditional fishing rights and existing submarine cables

1. Without prejudice to article 49, an archipelagic State shall respect existing agreements with other States and shall recognize traditional fishing rights and other legitimate activities of the immediately adjacent neighbouring States in certain areas falling within archipelagic waters. The terms and conditions for the exercise of such rights and activities, including the nature, the extent and the areas to which they apply, shall, at the request of any of the States concerned, be regulated by bilateral agreements between them. Such rights shall not be transferred to or shared with third States or their nationals.

2. An archipelagic State shall respect existing submarine cables laid by other States and passing through its waters without making a landfall. An archipelagic State shall permit the maintenance and replacement of such cables upon receiving due notice of their location and the intention to repair or replace them.

Article 51

Accords existants, droits de pêche traditionnels et câbles sous-marins déjà en place

1. Sans préjudice de l'article 49, les Etats archipels respectent les accords existants conclus avec d'autres Etats et reconnaissent les droits de pêche traditionnels et les activités légitimes des Etats limitrophes dans certaines zones faisant partie de leurs eaux archipélagiques. Les conditions et modalités de l'exercice de ces droits et activités, y compris leur nature, leur étendue et les zones dans lesquelles ils s'exercent, sont, à la demande de l'un quelconque des Etats concernés, définies par voie d'accords bilatéraux conclus entre ces Etats. Ces droits ne peuvent faire l'objet d'un transfert ou d'un partage au bénéfice d'Etats tiers ou de leurs ressortissants.

2. Les Etats archipels respectent les câbles sous-marins déjà en place qui ont été posés par d'autres Etats et passent dans leurs eaux sans toucher le rivage. Ils autorisent l'entretien et le remplacement de ces câbles après avoir été avisés de leur emplacement et des travaux d'entretien ou de remplacement envisagés.

Artikel 51

Bestehende Übereinkünfte, herkömmliche Fischereirechte und vorhandene unterseeische Kabel

(1) Unbeschadet des Artikels 49 beachtet ein Archipelstaat bestehende Übereinkünfte mit anderen Staaten und erkennt herkömmliche Fischereirechte sowie andere rechtmäßige Tätigkeiten der unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten in bestimmten Gebieten innerhalb der Archipelgewässer an. Die Bedingungen der Ausübung solcher Rechte und Tätigkeiten, einschließlich ihrer Natur, ihres Ausmaßes und ihres Anwendungsbereichs, werden auf Ersuchen eines der betroffenen Staaten durch zweiseitige Übereinkünfte zwischen ihnen geregelt. Solche Rechte dürfen dritten Staaten oder ihren Angehörigen nicht übertragen und nicht mit ihnen geteilt werden.

(2) Ein Archipelstaat nimmt Rücksicht auf die vorhandenen von anderen Staaten gelegten unterseeischen Kabel, die durch seine Gewässer führen, ohne das Ufer zu berühren. Ein Archipelstaat gestattet die Unterhaltung und den Ersatz dieser Kabel, nachdem ihm ihre Lage und die Absicht, sie zu reparieren oder zu ersetzen, ordnungsgemäß mitgeteilt worden sind.

Article 52

Right of innocent passage

1. Subject to article 53 and without prejudice to article 50, ships of all States enjoy the right of innocent passage through archipelagic waters, in accordance with Part II, section 3.

2. The archipelagic State may, without discrimination in form or in fact among foreign ships, suspend temporarily in specified areas of its archipelagic waters the innocent passage of foreign ships if such suspension is essential for the protection of its security. Such suspension shall take effect only after having been duly published.

Article 52

Droit de passage inoffensif

1. Sous réserve de l'article 53 et sans préjudice de l'article 50, les navires de tous les Etats jouissent dans les eaux archipélagiques du droit de passage inoffensif défini à la section 3 de la partie II.

2. L'Etat archipel peut, sans établir aucune discrimination de droit ou de fait entre les navires étrangers, suspendre temporairement, dans des zones déterminées de ses eaux archipélagiques, l'exercice du droit de passage inoffensif des navires étrangers si cette mesure est indispensable pour assurer sa sécurité. La suspension ne prend effet qu'après avoir été dûment publiée.

Artikel 52

Recht der friedlichen Durchfahrt

(1) Vorbehaltlich des Artikels 53 und unbeschadet des Artikels 50 genießen die Schiffe aller Staaten das Recht der friedlichen Durchfahrt durch die Archipelgewässer, wie es in Teil II Abschnitt 3 geregelt ist.

(2) Der Archipelstaat kann, ohne fremde Schiffe untereinander rechtlich oder tatsächlich zu diskriminieren, in bestimmten Gebieten seiner Archipelgewässer die Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt fremder Schiffe vorübergehend aussetzen, sofern dies für den Schutz seiner Sicherheit unerläßlich ist. Eine solche Aussetzung wird erst nach ordnungsgemäßer Bekanntmachung wirksam.

Article 53

Right of archipelagic sea lanes passage

1. An archipelagic State may designate sea lanes and air routes thereabove, suitable for the continuous and expeditious passage of foreign ships and aircraft through or over its archipelagic waters and the adjacent territorial sea.

2. All ships and aircraft enjoy the right of archipelagic sea lanes passage in such sea lanes and air routes.

3. Archipelagic sea lanes passage means the exercise in accordance with this Convention of the rights of navigation and overflight in the normal mode solely for the pur-

Article 53

Droit de passage archipélagique

1. Dans ses eaux archipélagiques et la mer territoriale adjacente, l'Etat archipel peut désigner des voies de circulation et, dans l'espace aérien surjacent à ces voies, des routes aériennes qui permettent le passage continu et rapide des navires ou aéronefs étrangers.

2. Tous les navires et aéronefs jouissent du droit de passage archipélagique par ces voies de circulation et ces routes aériennes.

3. On entend par «passage archipélagique» l'exercice sans entrave par les navires et aéronefs, selon leur mode normal de navigation et conformément à la Conven-

Artikel 53

Recht der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen

(1) Ein Archipelstaat kann in seinen Archipelgewässern und seinem angrenzenden Küstenmeer Schiffahrtswege und darüberliegende Flugstrecken festlegen, die für die ununterbrochene und zügige Durchfahrt fremder Schiffe sowie den ununterbrochenen und zügigen Durchflug fremder Luftfahrzeuge geeignet sind.

(2) Alle Schiffe und Luftfahrzeuge genießen auf diesen Schiffahrtswegen und Flugstrecken das Recht der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen.

(3) „Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen" bedeutet die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erfolgende Ausübung des Rechts auf Schiffahrt und

pose of continuous, expeditious and unobstructed transit between one part of the high seas or an exclusive economic zone and another part of the high seas or an exclusive economic zone.

tion, des droits de navigation et de survol, à seule fin d'un transit continu et rapide entre un point de la haute mer ou d'une zone économique exclusive et un autre point de la haute mer ou d'une zone économique exclusive.

Überflug in normaler Weise lediglich zum Zweck des ununterbrochenen, zügigen und unbehinderten Transits zwischen einem Teil der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone und einem anderen Teil der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone.

4. Such sea lanes and air routes shall traverse the archipelagic waters and the adjacent territorial sea and shall include all normal passage routes used as routes for international navigation or overflight through or over archipelagic waters and, within such routes, so far as ships are concerned, all normal navigational channels, provided that duplication of routes of similar convenience between the same entry and exit points shall not be necessary.

4. Ces voies de circulation et routes aériennes qui traversent les eaux archipélagiques et la mer territoriale adjacente ou l'espace aérien surjacent doivent comprendre toutes les routes servant normalement à la navigation internationale dans les eaux archipélagiques et l'espace aérien surjacent; les voies de circulation doivent suivre tous les chenaux servant normalement à la navigation, étant entendu qu'il n'est pas nécessaire d'établir entre un point d'entrée et un point de sortie donnés plusieurs voies de commodité comparables.

(4) Diese Schiffahrtswege und Flugstrekken müssen durch die Archipelgewässer und das angrenzende Küstenmeer führen und alle üblichen Durchfahrtswege einschließen, die der internationalen Schiffahrt oder dem internationalen Überflug durch beziehungsweise über die Archipelgewässer dienen; diese Schiffahrtswege müssen den Fahrwassern folgen, die von der Schiffahrt üblicherweise genutzt werden, wobei jedoch die Einrichtung mehrerer gleichermaßen geeigneter Wege zwischen denselben Eingangs- und Ausgangspunkten nicht erforderlich ist.

5. Such sea lanes and air routes shall be defined by a series of continuous axis lines from the entry points of passage routes to the exit points. Ships and aircraft in archipelagic sea lanes passage shall not deviate more than 25 nautical miles to either side of such axis lines during passage, provided that such ships and aircraft shall not navigate closer to the coasts than 10 per cent of the distance between the nearest points on islands bordering the sea lane.

5. Ces voies de circulation et routes aériennes sont définies par une série de lignes axiales continues joignant leurs points d'entrée aux points de sortie. Durant leur passage, les navires et aéronefs ne peuvent s'écarter de plus de 25 milles marins de ces lignes axiales, étant entendu qu'ils ne doivent pas naviguer à une distance des côtes inférieure au dixième de la distance qui sépare les points les plus proches des îles bordant une voie de circulation.

(5) Diese Schiffahrtswege und Flugstrekken werden durch eine Reihe fortlaufender Mittellinien bestimmt, die von den Eingangspunkten zu den Ausgangspunkten der Durchfahrtswege führen. Bei der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen dürfen Schiffe und Luftfahrzeuge nicht mehr als 25 Seemeilen nach jeder Seite von diesen Mittellinien abweichen; sie dürfen sich dabei aber den Küsten höchstens bis zu einer Entfernung nähern, die 10 Prozent der Gesamtentfernung zwischen den nächstgelegenen Punkten der Inseln beiderseits des Schiffahrtswegs beträgt.

6. An archipelagic State which designates sea lanes under this article may also prescribe traffic separation schemes for the safe passage of ships through narrow channels in such sea lanes.

6. L'Etat archipel qui désigne des voies de circulation en vertu du présent article peut aussi prescrire des dispositifs de séparation du trafic pour assurer la sécurité du passage des navires empruntant des chenaux étroits à l'intérieur de ces voies.

(6) Ein Archipelstaat, der Schiffahrtswege aufgrund dieses Artikels festlegt, kann auch Verkehrstrennungsgebiete für die sichere Durchfahrt von Schiffen durch enge Fahrwasser innerhalb solcher Schiffahrtswege vorschreiben.

7. An archipelagic State may, when circumstances require, after giving due publicity thereto, substitute other sea lanes or traffic separation schemes for any sea lanes or traffic separation schemes previously designated or prescribed by it.

7. Quand les circonstances l'exigent, l'Etat archipel peut, après avoir donné à cette mesure la publicité voulue, désigner de nouvelles voies de circulation ou prescrire de nouveaux dispositifs de séparation du trafic en remplacement de toutes voies ou de tous dispositifs antérieurement établis par lui.

(7) Wenn es die Umstände erfordern, kann ein Archipelstaat nach ordnungsgemäßer Bekanntmachung die vorher von ihm festgelegten Schiffahrtswege oder vorgeschriebenen Verkehrstrennungsgebiete durch andere Schiffahrtswege oder Verkehrstrennungsgebiete ersetzen.

8. Such sea lanes and traffic separation schemes shall conform to generally accepted international regulations.

8. Ces voies de circulation et dispositifs de séparation du trafic doivent être conformes à la réglementation internationale généralement acceptée.

(8) Diese Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete haben den allgemein anerkannten internationalen Vorschriften zu entsprechen.

9. In designating or substituting sea lanes or prescribing or substituting traffic separation schemes, an archipelagic State shall refer proposals to the competent international organization with a view to their adoption. The organization may adopt only such sea lanes and traffic separation schemes as may be agreed with the archipelagic State, after which the archipelagic State may designate, prescribe or substitute them.

9. Lorsqu'il désigne ou remplace des voies de circulation ou qu'il prescrit ou remplace des dispositifs de séparation du trafic, l'Etat archipel soumet ses propositions pour adoption à l'organisation internationale compétente. Cette organisation ne peut adopter que les voies de circulation et les dispositifs de séparation du trafic dont il a pu être convenu avec l'Etat archipel; celui-ci peut alors les désigner, les prescrire ou les remplacer.

(9) Wenn ein Archipelstaat Schiffahrtswege festlegt oder ersetzt oder Verkehrstrennungsgebiete vorschreibt oder ersetzt, unterbreitet er der zuständigen internationalen Organisation Vorschläge zur Annahme. Die Organisation darf nur solche Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete annehmen, die mit dem Archipelstaat vereinbart werden konnten; danach kann er sie festlegen, vorschreiben oder ersetzen.

10. The archipelagic State shall clearly indicate the axis of the sea lanes and the traffic separation schemes designated or prescribed by it on charts to which due publicity shall be given.

10. L'Etat archipel indique clairement sur des cartes marines auxquelles il donne la publicité voulue les lignes axiales des voies de circulation qu'il désigne et les dispositifs de séparation du trafic qu'il prescrit.

(10) Der Archipelstaat trägt die Mittellinien der von ihm festgelegten Schiffahrtswege und vorgeschriebenen Verkehrstrennungsgebiete deutlich in Seekarten ein und veröffentlicht diese ordnungsgemäß.

11. Ships in archipelagic sea lanes passage shall respect applicable sea lanes and traffic separation schemes established in accordance with this article.

12. If an archipelagic State does not designate sea lanes or air routes, the right of archipelagic sea lanes passage may be exercised through the routes normally used for international navigation.

11. Lors du passage archipélagique, les navires respectent les voies de circulation et les dispositifs de séparation du trafic établis conformément au présent article.

12. Si l'Etat archipel n'a pas désigné de voies de circulation ou de routes aériennes, le droit de passage archipélagique peut s'exercer en utilisant les voies et routes servant normalement à la navigation internationale.

(11) Bei der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen müssen Schiffe die in Übereinstimmung mit diesem Artikel festgelegten Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete beachten.

(12) Wenn ein Archipelstaat keine Schiffahrtswege oder Flugstrecken festgelegt hat, kann das Recht der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen auf den Wegen und Strecken ausgeübt werden, die üblicherweise der internationalen Schiffahrt und Luftfahrt dienen.

Article 54

Duties of ships and aircraft during their passage, research and survey activities, duties of the archipelagic State and laws and regulations of the archipelagic State relating to archipelagic sea lanes passage

Articles 39, 40, 42 and 44 apply mutatis mutandis to archipelagic sea lanes passage.

Article 54

Obligations des navires et des aéronefs pendant leur passage, recherche et levés hydrographiques, obligations des Etats archipels et lois et règlements de l'Etat archipel concernant le passage archipélagique

Les articles 39, 40, 42 et 44 s'appliquent mutatis mutandis au passage archipélagique.

Artikel 54

Pflichten der Schiffe und Luftfahrzeuge während ihrer Durchfahrt, Forschungs- und Vermessungsarbeiten, Pflichten des Archipelstaats und Gesetze und sonstige Vorschriften des Archipelstaats zur Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen

Die Artikel 39, 40, 42 und 44 gelten sinngemäß für die Durchfahrt auf Archipelschifffahrtswegen.

Part V
Exclusive economic zone

Article 55

Specific legal régime of the exclusive economic zone

The exclusive economic zone is an area beyond and adjacent to the territorial sea, subject to the specific legal régime established in this Part, under which the rights and jurisdiction of the coastal State and the rights and freedoms of other States are governed by the relevant provisions of this Convention.

Partie V
Zone economique exclusive

Article 55

Régime juridique particulier de la zone économique exclusive

La zone économique exclusive est une zone située au-delà de la mer territoriale et adjacente à celle-ci, soumise au régime juridique particulier établi par la présente partie, en vertu duquel les droits et la juridiction de l'Etat côtier et les droits et libertés des autres Etats sont gouvernés par les dispositions pertinentes de la Convention.

Teil V
Ausschließliche Wirtschaftszone

Artikel 55

Besondere Rechtsordnung der ausschließlichen Wirtschaftszone

Die ausschließliche Wirtschaftszone ist ein jenseits des Küstenmeers gelegenes und an dieses angrenzendes Gebiet, das der in diesem Teil festgelegten besonderen Rechtsordnung unterliegt, nach der die Rechte und Hoheitsbefugnisse des Küstenstaats und die Rechte und Freiheiten anderer Staaten durch die diesbezüglichen Bestimmungen dieses Übereinkommens geregelt werden.

Article 56

Rights, jurisdiction and duties of the coastal State in the exclusive economic zone

1. In the exclusive economic zone, the coastal State has:

(a) sovereign rights for the purpose of exploring and exploiting, conserving and managing the natural resources, whether living or non-living, of the waters superjacent to the sea-bed and of the sea-bed and its subsoil, and with regard to other activities for the economic exploitation and exploration of the zone, such as the production of energy from the water, currents and winds;

(b) jurisdiction as provided for in the relevant provisions of this Convention with regard to:

(i) the establishment and use of artificial islands, installations and structures;

(ii) marine scientific research;

Article 56

Droits, juridiction et obligations de l'Etat côtier dans la zone économique exclusive

1. Dans la zone économique exclusive, l'Etat côtier a:

a) des droits souverains aux fins d'exploration et d'exploitation, de conservation et de gestion des ressources naturelles, biologiques ou non biologiques, des eaux surjacentes aux fonds marins, des fonds marins et de leur sous-sol, ainsi qu'en ce qui concerne d'autres activités tendant à l'exploration et à l'exploitation de la zone à des fins économiques, telles que la production d'énergie à partir de l'eau, des courants et des vents;

b) juridiction, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention, en ce qui concerne:

i) la mise en place et l'utilisation d'îles artificielles, d'installations et d'ouvrages;

ii) la recherche scientifique marine;

Artikel 56

Rechte, Hoheitsbefugnisse und Pflichten des Küstenstaats in der ausschließlichen Wirtschaftszone

(1) In der ausschließlichen Wirtschaftszone hat der Küstenstaat

a) souveräne Rechte zum Zweck der Erforschung und Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nichtlebenden natürlichen Ressourcen der Gewässer über dem Meeresboden, des Meeresbodens und seines Untergrunds sowie hinsichtlich anderer Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung der Zone wie der Energieerzeugung aus Wasser, Strömung und Wind;

b) Hoheitsbefugnisse, wie in den diesbezüglichen Bestimmungen dieses Übereinkommens vorgesehen, in bezug auf

i) die Errichtung und Nutzung von künstlichen Inseln, von Anlagen und Bauwerken;

ii) die wissenschaftliche Meeresforschung;

(iii) the protection and preservation of the marine environment;

(c) other rights and duties provided for in this Convention.

2. In exercising its rights and performing its duties under this Convention in the exclusive economic zone, the coastal State shall have due regard to the rights and duties of other States and shall act in a manner compatible with the provisions of this Convention.

3. The rights set out in this article with respect to the sea-bed and subsoil shall be exercised in accordance with Part VI.

iii) la protection et la préservation du milieu marin;

c) les autres droits et obligations prévus par la Convention.

2. Lorsque, dans la zone économique exclusive, il exerce ses droits et s'acquitte de ses obligations en vertu de la Convention, l'Etat côtier tient dûment compte des droits et des obligations des autres Etats et agit d'une manière compatible avec la Convention.

3. Les droits relatifs aux fonds marins et à leur sous-sol énoncés dans le présent article s'exercent conformément à la partie VI.

iii) den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt;

c) andere in diesem Übereinkommen vorgesehene Rechte und Pflichten.

(2) Der Küstenstaat berücksichtigt bei der Ausübung seiner Rechte und der Erfüllung seiner Pflichten aus diesem Übereinkommen in der ausschließlichen Wirtschaftszone gebührend die Rechte und Pflichten anderer Staaten und handelt in einer Weise, die mit dem Übereinkommen vereinbar ist.

(3) Die in diesem Artikel niedergelegten Rechte hinsichtlich des Meeresbodens und seines Untergrunds werden in Übereinstimmung mit Teil VI ausgeübt.

Article 57

Breadth of the exclusive economic zone

The exclusive economic zone shall not extend beyond 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured.

Article 57

Largeur de la zone économique exclusive

La zone économique exclusive ne s'étend pas au-delà de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale.

Artikel 57

Breite der ausschließlichen Wirtschaftszone

Die ausschließliche Wirtschaftszone darf sich nicht weiter als 200 Seemeilen von den Basislinien erstrecken, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird.

Article 58

Rights and duties of other States in the exclusive economic zone

1. In the exclusive economic zone, all States, whether coastal or land-locked, enjoy, subject to the relevant provisions of this Convention, the freedoms referred to in article 87 of navigation and overflight and of the laying of submarine cables and pipelines, and other internationally lawful uses of the sea related to these freedoms, such as those associated with the operation of ships, aircraft and submarine cables and pipelines, and compatible with the other provisions of this Convention.

2. Articles 88 to 115 and other pertinent rules of international law apply to the exclusive economic zone in so far as they are not incompatible with this Part.

3. In exercising their rights and performing their duties under this Convention in the exclusive economic zone, States shall have due regard to the rights and duties of the coastal State and shall comply with the laws and regulations adopted by the coastal State in accordance with the provisions of this Convention and other rules of international law in so far as they are not incompatible with this Part.

Article 58

Droits et obligations des autres Etats dans la zone économique exclusive

1. Dans la zone économique exclusive, tous les Etats, qu'ils soient côtiers ou sans littoral, jouissent, dans les conditions prévues par les dispositions pertinentes de la Convention, des libertés de navigation et de survol et de la liberté de poser des câbles et pipelines sous-marins visées à l'article 87, ainsi que de la liberté d'utiliser la mer à d'autres fins internationalement licites liées à l'exercice de ces libertés et compatibles avec les autres dispositions de la Convention, notamment dans le cadre de l'exploitation des navires, d'aéronefs et de câbles et pipelines sous-marins.

2. Les articles 88 à 115, ainsi que les autres règles pertinentes du droit international, s'appliquent à la zone économique exclusive dans la mesure où ils ne sont pas incompatibles avec la présente partie.

3. Lorsque, dans la zone économique exclusive, ils exercent leurs droits et s'acquittent de leurs obligations en vertu de la Convention, les Etats tiennent dûment compte des droits et des obligations de l'Etat côtier et respectent les lois et règlements adoptés par celui-ci conformément aux dispositions de la Convention et, dans la mesure où elles ne sont pas incompatibles avec la présente partie, aux autres règles du droit international.

Artikel 58

Rechte und Pflichten anderer Staaten in der ausschließlichen Wirtschaftszone

(1) Alle Staaten, ob Küsten- oder Binnenstaaten, genießen in der ausschließlichen Wirtschaftszone vorbehaltlich der diesbezüglichen Bestimmungen dieses Übereinkommens die in Artikel 87 genannten Freiheiten der Schiffahrt, des Überflugs und der Verlegung unterseeischer Kabel und Rohrleitungen sowie andere völkerrechtlich zulässige, mit diesen Freiheiten zusammenhängende Nutzungen des Meeres, insbesondere im Rahmen des Einsatzes von Schiffen und Luftfahrzeugen sowie des Betriebs unterseeischer Kabel und Rohrleitungen, die mit den anderen Bestimmungen des Übereinkommens vereinbar sind.

(2) Die Artikel 88 bis 115 und sonstige diesbezügliche Regeln des Völkerrechts gelten für die ausschließliche Wirtschaftszone, soweit sie mit diesem Teil nicht unvereinbar sind.

(3) Die Staaten berücksichtigen bei der Ausübung ihrer Rechte und der Erfüllung ihrer Pflichten aus diesem Übereinkommen in der ausschließlichen Wirtschaftszone gebührend die Rechte und Pflichten des Küstenstaats und halten die von ihm in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen und den sonstigen Regeln des Völkerrechts erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften ein, soweit sie mit diesem Teil nicht unvereinbar sind.

Article 59

Basis for the resolution of conflicts regarding the attribution of rights and jurisdiction in the exclusive economic zone

In cases where this Convention does not attribute rights or jurisdiction to the coastal

Article 59

Base de règlement des conflits dans le cas où la Convention n'attribue ni droits ni juridiction à l'intérieur de la zone économique exclusive

Dans les cas où la Convention n'attribue de droits ou de juridiction, à l'intérieur de la

Artikel 59

Grundlage für die Lösung von Konflikten über die Zuweisung von Rechten und Hoheitsbefugnissen in der ausschließlichen Wirtschaftszone

In Fällen, in denen dieses Übereinkommen weder dem Küstenstaat noch anderen

State or to other States within the exclusive economic zone, and a conflict arises between the interests of the coastal State and any other State or States, the conflict should be resolved on the basis of equity and in the light of all the relevant circumstances, taking into account the respective importance of the interests involved to the parties as well as to the international community as a whole.

zone économique exclusive, ni à l'Etat côtier ni à d'autres Etats et où il y a conflit entre les intérêts de l'Etat côtier et ceux d'un ou de plusieurs autres Etats, ce conflit devrait être résolu sur la base de l'équité et eu égard à toutes les circonstances pertinentes, compte tenu de l'importance que les intérêts en cause présentent pour les différentes parties et pour la communauté internationale dans son ensemble.

Staaten Rechte oder Hoheitsbefugnisse innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone zuweist und ein Konflikt zwischen den Interessen des Küstenstaats und denen eines oder mehrerer anderer Staaten entsteht, soll dieser Konflikt auf der Grundlage der Billigkeit und unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Umstände gelöst werden, wobei der Bedeutung dieser Interessen für die einzelnen Parteien sowie für die internationale Gemeinschaft als Ganzes Rechnung zu tragen ist.

Article 60

Artificial islands, installations and structures in the exclusive economic zone

1. In the exclusive economic zone, the coastal State shall have the exclusive right to construct and to authorize and regulate the construction, operation and use of:

(a) artificial islands;

(b) installations and structures for the purposes provided for in article 56 and other economic purposes;

(c) installations and structures which may interfere with the exercise of the rights of the coastal State in the zone.

2. The coastal State shall have exclusive jurisdiction over such artificial islands, installations and structures, including jurisdiction with regard to customs, fiscal, health, safety and immigration laws and regulations.

3. Due notice must be given of the construction of such artificial islands, installations or structures, and permanent means for giving warning of their presence must be maintained. Any installations or structures which are abandoned or disused shall be removed to ensure safety of navigation, taking into account any generally accepted international standards established in this regard by the competent international organization. Such removal shall also have due regard to fishing, the protection of the marine environment and the rights and duties of other States. Appropriate publicity shall be given to the depth, position and dimensions of any installations or structures not entirely removed.

4. The coastal State may, where necessary, establish reasonable safety zones around such artificial islands, installations and structures in which it may take appropriate measures to ensure the safety both of navigation and of the artificial islands, installations and structures.

5. The breadth of the safety zones shall be determined by the coastal State, taking into account applicable international standards. Such zones shall be designed to ensure that they are reasonably related to the nature and function of the artificial islands, installations or structures, and shall

Article 60

Iles artificielles, installations et ouvrages dans la zone économique exclusive

1. Dans la zone économique exclusive, l'Etat côtier a le droit exclusif de procéder à la construction et d'autoriser et réglementer la construction, l'exploitation et l'utilisation:

a) d'îles artificielles;

b) d'installations et d'ouvrages affectés aux fins prévues à l'article 56 ou à d'autres fins économiques;

c) d'installations et d'ouvrages pouvant entraver l'exercice des droits de l'Etat côtier dans la zone.

2. L'Etat côtier a juridiction exclusive sur ces îles artificielles, installations et ouvrages, y compris en matière de lois et règlements douaniers, fiscaux, sanitaires, de sécurité et d'immigration.

3. La construction de ces îles artificielles, installations et ouvrages doit être dûment notifiée et l'entretien de moyens permanents pour signaler leur présence doit être assuré. Les installations ou ouvrages abandonnés ou désaffectés doivent être enlevés afin d'assurer la sécurité de la navigation, compte tenu des normes internationales généralement acceptées établies en la matière par l'organisation internationale compétente. Il est procédé à leur enlèvement en tenant dûment compte aussi de la pêche, de la protection du milieu marin et des droits et obligations des autres Etats. Une publicité adéquate est donnée à la position, aux dimensions et à la profondeur des éléments restant d'une installation ou d'un ouvrage qui n'a pas été complètement enlevé.

4. L'Etat côtier peut, si nécessaire, établir autour de ces îles artificielles, installations ou ouvrages des zones de sécurité de dimension raisonnable dans lesquelles il peut prendre les mesures appropriées pour assurer la sécurité de la navigation comme celle des îles artificielles, installations et ouvrages.

5. L'Etat côtier fixe la largeur des zones de sécurité compte tenu des normes internationales applicables. Ces zones de sécurité sont conçues de manière à répondre raisonnablement à la nature et aux fonctions des îles artificielles, installations et ouvrages et elles ne peuvent s'étendre sur

Artikel 60

Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke in der ausschließlichen Wirtschaftszone

(1) In der ausschließlichen Wirtschaftszone hat der Küstenstaat das ausschließliche Recht zur Errichtung sowie zur Genehmigung und Regelung der Errichtung, des Betriebs und der Nutzung von

a) künstlichen Inseln;

b) Anlagen und Bauwerken für die in Artikel 56 vorgesehenen und für andere wirtschaftliche Zwecke;

c) Anlagen und Bauwerken, welche die Ausübung der Rechte des Küstenstaats in der Zone beeinträchtigen können.

(2) Der Küstenstaat hat über diese künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerke ausschließliche Hoheitsbefugnisse, einschließlich derjenigen in bezug auf Zoll- und sonstige Finanzgesetze, Gesundheits-, Sicherheits- und Einreisegesetze und diesbezügliche sonstige Vorschriften.

(3) Die Errichtung solcher künstlichen Inseln, Anlagen oder Bauwerke ist ordnungsgemäß bekanntzumachen, und es sind ständige Warneinrichtungen zu unterhalten. Alle aufgegebenen oder nicht mehr benutzten Anlagen oder Bauwerke sind zu beseitigen, um die Sicherheit der Schiffahrt zu gewährleisten; dabei sind die allgemein anerkannten internationalen Normen zu berücksichtigen, die in dieser Hinsicht von der zuständigen internationalen Organisation festgelegt sind. Bei der Beseitigung ist auch auf die Fischerei, den Schutz der Meeresumwelt sowie auf die Rechte und Pflichten anderer Staaten gebührend Rücksicht zu nehmen. Tiefe, Lage und Ausdehnungen nicht vollständig beseitigter Anlagen oder Bauwerke sind in geeigneter Weise bekanntzumachen.

(4) Der Küstenstaat kann, wo es notwendig ist, um diese künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerke angemessene Sicherheitszonen einrichten, in denen er geeignete Maßnahmen ergreifen kann, um die Sicherheit der Schiffahrt sowie der künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerke zu gewährleisten.

(5) Die Breite der Sicherheitszonen wird vom Küstenstaat unter Berücksichtigung der geltenden internationalen Normen festgelegt. Diese Zonen sind so anzulegen, daß sie in sinnvoller Weise der Art und Aufgabe der künstlichen Inseln, Anlagen oder Bauwerke entsprechen; sie dürfen sich

not exceed a distance of 500 metres around them, measured from each point of their outer edge, except as authorized by generally accepted international standards or as recommended by the competent international organization. Due notice shall be given of the extent of safety zones.

6. All ships must respect these safety zones and shall comply with generally accepted international standards regarding navigation in the vicinity of artificial islands, installations, structures and safety zones.

7. Artificial islands, installations and structures and the safety zones around them may not be established where interference may be caused to the use of recognized sea lanes essential to international navigation.

8. Artificial islands, installations and structures do not possess the status of islands. They have no territorial sea of their own, and their presence does not affect the delimitation of the territorial sea, the exclusive economic zone or the continental shelf.

Article 61

Conservation of the living resources

1. The coastal State shall determine the allowable catch of the living resources in its exclusive economic zone.

2. The coastal State, taking into account the best scientific evidence available to it, shall ensure through proper conservation and management measures that the maintenance of the living resources in the exclusive economic zone is not endangered by over-exploitation. As appropriate, the coastal State and competent international organizations, whether subregional, regional or global, shall co-operate to this end.

3. Such measures shall also be designed to maintain or restore populations of harvested species at levels which can produce the maximum sustainable yield, as qualified by relevant environmental and economic factors, including the economic needs of coastal fishing communities and the special requirements of developing States, and taking into account fishing patterns, the interdependence of stocks and any generally recommended international minimum standards, whether subregional, regional or global.

4. In taking such measures the coastal State shall take into consideration the effects on species associated with or depend-

une distance de plus de 500 mètres autour des îles artificielles, installations ou ouvrages, mesurés à partir de chaque point de leur bord extérieur, sauf dérogation autorisée par les normes internationales généralement acceptées ou recommandée par l'organisation internationale compétente. L'étendue des zones de sécurité est dûment notifiée.

6. Tous les navires doivent respecter ces zones de sécurité et se conformer aux normes internationales généralement acceptées concernant la navigation dans les parages des îles artificielles, installations, ouvrages et zones de sécurité.

7. Il ne peut être mis en place d'îles artificielles, installations ou ouvrages, ni établi de zones de sécurité à leur entour, lorsque cela risque d'entraver l'utilisation de voies de circulation reconnues essentielles pour la navigation internationale.

8. Les îles artificielles, installations et ouvrages n'ont pas le statut d'îles. Ils n'ont pas de mer territoriale qui leur soit propre et leur présence n'a pas d'incidence sur la délimitation de la mer territoriale, de la zone économique exclusive ou du plateau continental.

Article 61

Conservation des ressources biologiques

1. L'Etat côtier fixe le volume admissible des captures en ce qui concerne les ressources biologiques dans sa zone économique exclusive.

2. L'Etat côtier, compte tenu des données scientifiques les plus fiables dont il dispose, prend des mesures appropriées de conservation et de gestion pour éviter que le maintien des ressources biologiques de sa zone économique exclusive ne soit compromis par une surexploitation. L'Etat côtier et les organisations internationales compétentes, sous-régionales, régionales ou mondiales, coopèrent selon qu'il convient à cette fin.

3. Ces mesures visent aussi à maintenir ou rétablir les stocks des espèces exploitées à des niveaux qui assurent le rendement constant maximum, eu égard aux facteurs écologiques et économiques pertinents, y compris les besoins économiques des collectivités côtières vivant de la pêche et les besoins particuliers des Etats en développement, et compte tenu des méthodes en matière de pêche, de l'interdépendance des stocks et de toutes normes minimales internationales généralement recommandées au plan sous-régional, régional ou mondial.

4. Lorsqu'il prend ces mesures, l'Etat côtier prend en considération leurs effets sur les espèces associées aux espèces exploi-

nicht über eine Entfernung von 500 Metern hinaus erstrecken, gemessen von jedem Punkt des äußeren Randes der künstlichen Inseln, Anlagen oder Bauwerke, sofern nicht allgemein anerkannte internationale Normen etwas anderes gestatten oder die zuständige internationale Organisation etwas anderes empfiehlt. Die Ausdehnung der Sicherheitszonen ist ordnungsgemäß bekanntzumachen.

(6) Alle Schiffe müssen diese Sicherheitszonen beachten und die allgemein anerkannten internationalen Normen über die Schiffahrt in der Nähe von künstlichen Inseln, Anlagen, Bauwerken und Sicherheitszonen einhalten.

(7) Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke und die sie umgebenden Sicherheitszonen dürfen dort nicht errichtet werden, wo dies die Benutzung anerkannter und für die internationale Schiffahrt wichtiger Schiffahrtswege behindern kann.

(8) Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke haben nicht den Status von Inseln. Sie haben kein eigenes Küstenmeer, und ihr Vorhandensein berührt nicht die Abgrenzung des Küstenmeers, der ausschließlichen Wirtschaftszone oder des Festlandsockels.

Artikel 61

Erhaltung der lebenden Ressourcen

(1) Der Küstenstaat legt die zulässige Fangmenge für die lebenden Ressourcen in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone fest.

(2) Der Küstenstaat sorgt unter Berücksichtigung der besten ihm zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Angaben durch geeignete Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen dafür, daß der Fortbestand der lebenden Ressourcen in der ausschließlichen Wirtschaftszone nicht durch übermäßige Ausbeutung gefährdet wird. Zur Erreichung dieses Zieles arbeiten der Küstenstaat und die zuständigen internationalen Organisationen, gleichviel ob subregionaler, regionaler oder weltweiter Art, soweit angemessen, zusammen.

(3) Diese Maßnahmen müssen auch darauf gerichtet sein, die Populationen befischter Arten auf einem Stand zu erhalten oder auf diesen zurückzuführen, der den größtmöglich erreichbaren Dauerertrag sichert, wie er sich im Hinblick auf die in Betracht kommenden Umwelt- und Wirtschaftsfaktoren, einschließlich der wirtschaftlichen Bedürfnisse der vom Fischfang lebenden Küstengemeinden und der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, ergibt, wobei die Fischereistrukturen, die gegenseitige Abhängigkeit der Bestände sowie alle allgemein empfohlenen internationalen Mindestnormen, gleichviel ob subregionaler, regionaler oder weltweiter Art, zu berücksichtigen sind.

(4) Beim Ergreifen dieser Maßnahmen berücksichtigt der Küstenstaat die Wirkung auf jene Arten, die mit den befischten Arten

ent upon harvested species with a view to maintaining or restoring populations of such associated or dependent species above levels at which their reproduction may become seriously threatened.

5. Available scientific information, catch and fishing effort statistics, and other data relevant to the conservation of fish stocks shall be contributed and exchanged on a regular basis through competent international organizations, whether subregional, regional or global, where appropriate and with participation by all States concerned, including States whose nationals are allowed to fish in the exclusive economic zone.

tées ou dépendant de celles-ci afin de maintenir ou de rétablir les stocks de ces espèces associées ou dépendantes à un niveau tel que leur reproduction ne risque pas d'être sérieusement compromise.

5. Les informations scientifiques disponibles, les statistiques relatives aux captures et à l'effort de pêche et les autres données concernant la conservation des stocks de poissons sont diffusées et échangées régulièrement par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, sous-régionales, régionales ou mondiales, lorsqu'il y a lieu, avec la participation de tous les Etats concernés, notamment de ceux dont les ressortissants sont autorisés à pêcher dans la zone économique exclusive.

vergesellschaftet oder von ihnen abhängig sind, um die Populationen dieser vergesellschafteten oder abhängigen Arten über einem Stand zu erhalten oder auf diesen zurückzuführen, auf dem ihre Fortpflanzung nicht ernstlich gefährdet wird.

(5) Die verfügbaren wissenschaftlichen Informationen, die statistischen Angaben über Fänge und Fischereiaufwand und andere für die Erhaltung der Fischbestände wesentliche Daten werden regelmäßig mitgeteilt und ausgetauscht, gegebenenfalls im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen, gleichviel ob subregionaler, regionaler oder weltweiter Art, sowie unter Beteiligung aller betroffenen Staaten einschließlich derjenigen, deren Angehörige in der ausschließlichen Wirtschaftszone fischen dürfen.

Article 62

Utilization of the living resources

1. The coastal State shall promote the objective of optimum utilization of the living resources in the exclusive economic zone without prejudice to article 61.

2. The coastal State shall determine its capacity to harvest the living resources of the exclusive economic zone. Where the coastal State does not have the capacity to harvest the entire allowable catch, it shall, through agreements or other arrangements and pursuant to the terms, conditions, laws and regulations referred to in paragraph 4, give other States access to the surplus of the allowable catch, having particular regard to the provisions of articles 69 and 70, especially in relation to the developing States mentioned therein.

3. In giving access to other States to its exclusive economic zone under this article, the coastal State shall take into account all relevant factors including, inter alia, the significance of the living resources of the area to the economy of the coastal State concerned and its other national interests, the provisions of articles 69 and 70, the requirements of developing States in the subregion or region in harvesting part of the surplus and the need to minimize economic dislocation in States whose nationals have habitually fished in the zone or which have made substantial efforts in research and identification of stocks.

4. Nationals of other States fishing in the exclusive economic zone shall comply with the conservation measures and with the other terms and conditions established in the laws and regulations of the coastal State. These laws and regulations shall be consistent with this Convention and may relate, inter alia, to the following:

Article 62

Exploitation des ressources biologiques

1. L'Etat côtier se fixe pour objectif de favoriser une exploitation optimale des ressources biologiques de la zone économique exclusive, sans préjudice de l'article 61.

2. L'Etat côtier détermine sa capacité d'exploitation des ressources biologiques de la zone économique exclusive. Si cette capacité d'exploitation est inférieure à l'ensemble du volume admissible des captures, il autorise d'autres Etats, par voie d'accords ou d'autres arrangements et conformément aux modalités, aux conditions et aux lois et règlements visés au paragraphe 4, à exploiter le reliquat du volume admissible; ce faisant, il tient particulièrement compte des articles 69 et 70, notamment à l'égard des Etats en développement visés par ceux-ci.

3. Lorsqu'il accorde à d'autres Etats l'accès à sa zone économique exclusive en vertu du présent article, l'Etat côtier tient compte de tous les facteurs pertinents, entre autres: l'importance que les ressources biologiques de la zone présentent pour son économie et ses autres intérêts nationaux, les articles 69 et 70, les besoins des Etats en développement de la région ou de la sous-région pour ce qui est de l'exploitation d'une partie du reliquat, et la nécessité de réduire à un minimum les perturbations économiques dans les Etats dont les ressortissants pratiquent habituellement la pêche dans la zone ou qui ont beaucoup contribué à la recherche et à l'inventaire des stocks.

4. Les ressortissants d'autres Etats qui pêchent dans la zone économique exclusive se conforment aux mesures de conservation et aux autres modalités et conditions fixées par les lois et règlements de l'Etat côtier. Ces lois et règlements doivent être compatibles avec la Convention et peuvent porter notamment sur les questions suivantes:

Artikel 62

Nutzung der lebenden Ressourcen

(1) Der Küstenstaat setzt sich zum Ziel, die optimale Nutzung der lebenden Ressourcen in der ausschließlichen Wirtschaftszone zu fördern; dies gilt unbeschadet des Artikels 61.

(2) Der Küstenstaat legt seine Kapazität zum Fang der lebenden Ressourcen in der ausschließlichen Wirtschaftszone fest. Hat der Küstenstaat nicht die Kapazität zum Fang der gesamten zulässigen Fangmenge, so gewährt er anderen Staaten durch Abkommen oder andere Vereinbarungen und entsprechend den in Absatz 4 vorgesehenen Bedingungen, Gesetzen und sonstigen Vorschriften Zugang zum Überschuß der zulässigen Fangmenge; dabei sind vor allem die Artikel 69 und 70 zu berücksichtigen, insbesondere in bezug auf die dort erwähnten Entwicklungsstaaten.

(3) Gewährt ein Küstenstaat anderen Staaten nach diesem Artikel Zugang zu seiner ausschließlichen Wirtschaftszone, so berücksichtigt er dabei alle in Betracht kommenden Faktoren, unter anderem die Bedeutung der lebenden Ressourcen des jeweiligen Gebiets für die Wirtschaft des betreffenden Küstenstaats und seine sonstigen nationalen Interessen, die Bestimmungen der Artikel 69 und 70, die Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten der Subregion oder Region am Fang eines Teiles des Überschusses und die Notwendigkeit, wirtschaftliche Störungen in Staaten auf ein Mindestmaß zu beschränken, deren Angehörige gewohnheitsmäßig in dieser Zone gefischt haben oder die wesentliche Bemühungen zur Erforschung und Bestimmung der Bestände unternommen haben.

(4) Angehörige anderer Staaten, die in der ausschließlichen Wirtschaftszone fischen, haben die Erhaltungsmaßnahmen und die anderen Bedingungen einzuhalten, die in den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats festgelegt sind. Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften müssen mit diesem Übereinkommen vereinbar sein; sie können sich insbesondere auf folgendes beziehen:

(a) licensing of fishermen, fishing vessels and equipment, including payment of fees and other forms of remuneration, which, in the case of developing coastal States, may consist of adequate compensation in the field of financing, equipment and technology relating to the fishing industry;

a) délivrance de licences aux pêcheurs ou pour les navires et engins de pêche, y compris le paiement de droits ou toute autre contrepartie qui, dans le cas des Etats côtiers en développement, peut consister en une contribution adéquate au financement, à l'équipement et au développement technique de l'industrie de la pêche;

a) die Erteilung von Genehmigungen für Fischer, Fischereifahrzeuge und -ausrüstung, einschließlich der Zahlung von Gebühren und anderen Formen des Entgelts, die im Fall von Küstenstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, aus einer angemessenen Gegenleistung im Bereich der Finanzierung, Ausrüstung und technischen Entwicklung der Fischereiwirtschaft bestehen können;

(b) determining the species which may be caught, and fixing quotas of catch, whether in relation to particular stocks or groups of stocks or catch per vessel over a period of time or to the catch by nationals of any State during a specified period;

b) indication des espèces dont la pêche est autorisée et fixation de quotas, soit pour des stocks ou groupes de stocks particuliers ou pour les captures par navire pendant un laps de temps donné, soit pour les captures par les ressortissants d'un Etat pendant une période donnée;

b) die Bestimmung der Arten, die gefangen werden dürfen, und die Festlegung von Fangquoten entweder in bezug auf einzelne Bestände oder Gruppen von Beständen oder in bezug auf den Fang durch jedes Schiff während eines bestimmten Zeitabschnitts oder in bezug auf den Fang durch Angehörige eines Staates während eines bestimmten Zeitabschnitts;

(c) regulating seasons and areas of fishing, the types, sizes and amount of gear, and the types, sizes and number of fishing vessels that may be used;

c) réglementation des campagnes et des zones de pêche, du type, de la taille et du nombre des engins, ainsi que du type, de la taille et du nombre des navires de pêche qui peuvent être utilisés;

c) die Regelung der Fangzeiten und -gebiete, der Art, Größe und Anzahl von Fanggerät und der Art, Größe und Anzahl der Fischereifahrzeuge, die eingesetzt werden dürfen;

(d) fixing the age and size of fish and other species that may be caught;

d) fixation de l'âge et de la taille des poissons et des autres organismes qui peuvent être pêchés;

d) die Festlegung des Alters und der Größe von Fischen und anderen Arten, die gefangen werden dürfen;

(e) specifying information required of fishing vessels, including catch and effort statistics and vessel position reports;

e) renseignements exigés des navires de pêche, notamment statistiques relatives aux captures et à l'effort de pêche et communication de la position des navires;

e) die Bestimmung der Angaben, die von Fischereifahrzeugen zu machen sind, einschließlich statistischer Angaben über Fänge und Fischereiaufwand sowie Positionsmeldungen der Schiffe;

(f) requiring, under the authorization and control of the coastal State, the conduct of specified fisheries research programmes and regulating the conduct of such research, including the sampling of catches, disposition of samples and reporting of associated scientific data;

f) obligation de mener, avec l'autorisation et sous le contrôle de l'Etat côtier, des programmes de recherche déterminés sur les pêches et réglementation de la conduite de ces recherches, y compris l'échantillonnage des captures, la destination des échantillons et la communication de données scientifiques connexes;

f) die Verpflichtung, bestimmte Fischereiforschungsprogramme mit Genehmigung und unter Kontrolle des Küstenstaats durchzuführen, und die Regelung der Durchführung dieser Forschungsaufgaben einschließlich der Probenentnahme aus den Fängen, der Verwendung der Proben sowie der Mitteilung damit verbundener wissenschaftlicher Daten;

(g) the placing of observers or trainees on board such vessels by the coastal State;

g) placement, par l'Etat côtier, d'observateurs ou de stagiaires à bord de ces navires;

g) die Entsendung von Beobachtern oder Praktikanten an Bord dieser Schiffe durch den Küstenstaat;

(h) the landing of all or any part of the catch by such vessels in the ports of the coastal State;

h) déchargement de la totalité ou d'une partie des captures de ces navires dans les ports de l'Etat côtier;

h) die Anlandung des gesamten oder eines Teiles des Fanges dieser Schiffe in den Häfen des Küstenstaats;

(i) terms and conditions relating to joint ventures or other co-operative arrangements;

i) modalités et conditions relatives aux entreprises conjointes ou autres formes de coopération;

i) die Bedingungen für gemeinschaftliche Unternehmungen oder sonstige Formen der Zusammenarbeit;

(j) requirements for the training of personnel and the transfer of fisheries technology, including enhancement of the coastal State's capability of undertaking fisheries research;

j) conditions requises en matière de formation du personnel et de transfert des techniques dans le domaine des pêches, y compris le renforcement de la capacité de recherche halieutique de l'Etat côtier;

j) die Erfordernisse für die Ausbildung von Personal und die Weitergabe von Fischereitechnologie einschließlich der Verbesserung der Fähigkeit des Küstenstaats, Fischereiforschung zu betreiben;

(k) enforcement procedures.

k) mesures d'exécution.

k) die Durchsetzungsverfahren.

5. Coastal States shall give due notice of conservation and management laws and regulations.

5. L'Etat côtier notifie dûment les lois et règlements qu'il adopte en matière de conservation et de gestion.

(5) Die Küstenstaaten geben ihre Gesetze und sonstigen Vorschriften über Erhaltung und Bewirtschaftung ordnungsgemäß bekannt.

Article 63

Stocks occurring within the exclusive economic zones of two or more coastal States or both within the exclusive economic zone and in an area beyond and adjacent to it

1. Where the same stock or stocks of associated species occur within the exclusive economic zones of two or more coastal States, these States shall seek, either directly or through appropriate subregional or regional organizations, to agree upon the measures necessary to co-ordinate and ensure the conservation and development of such stocks without prejudice to the other provisions of this Part.

2. Where the same stock or stocks of associated species occur both within the exclusive economic zone and in an area beyond and adjacent to the zone, the coastal State and the States fishing for such stocks in the adjacent area shall seek, either directly or through appropriate subregional or regional organizations, to agree upon the measures necessary for the conservation of these stocks in the adjacent area.

Article 63

Stocks de poissons se trouvant dans les zones économiques exclusives de plusieurs Etats côtiers ou à la fois dans la zone économique exclusive et dans un secteur adjacent à la zone

1. Lorsqu'un même stock de poissons ou des stocks d'espèces associées se trouvent dans les zones économiques exclusives de plusieurs Etats côtiers, ces Etats s'efforcent, directement ou par l'intermédiaire des organisations sous-régionales ou régionales appropriées, de s'entendre sur les mesures nécessaires pour coordonner et assurer la conservation et le développement de ces stocks, sans préjudice des autres dispositions de la présente partie.

2. Lorsqu'un même stock de poissons ou des stocks d'espèces associées se trouvent à la fois dans la zone économique exclusive et dans un secteur adjacent à la zone, l'Etat côtier et les Etats qui exploitent ces stocks dans le secteur adjacent s'efforcent, directement ou par l'intermédiaire des organisations sous-régionales ou régionales appropriées, de s'entendre sur les mesures nécessaires à la conservation de ces stocks dans le secteur adjacent.

Artikel 63

Bestände, die innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszonen mehrerer Küstenstaaten oder sowohl innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone als auch in einem seewärts an sie angrenzenden Gebiet vorkommen

(1) Kommen derselbe Bestand oder Bestände miteinander vergesellschafteter Arten innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszonen von zwei oder mehr Küstenstaaten vor, so bemühen sich diese Staaten entweder unmittelbar oder im Rahmen geeigneter subregionaler oder regionaler Organisationen, die erforderlichen Maßnahmen zu vereinbaren, um unbeschadet der anderen Bestimmungen dieses Teiles die Erhaltung und Entwicklung dieser Bestände zu koordinieren und zu gewährleisten.

(2) Kommen derselbe Bestand oder Bestände miteinander vergesellschafteter Arten sowohl innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone als auch in einem seewärts an sie angrenzenden Gebiet vor, so bemühen sich der Küstenstaat und die Staaten, die diese Bestände in dem angrenzenden Gebiet befischen, entweder unmittelbar oder im Rahmen geeigneter subregionaler oder regionaler Organisationen, die zur Erhaltung dieser Bestände in dem angrenzenden Gebiet erforderlichen Maßnahmen zu vereinbaren.

Article 64

Highly migratory species

1. The coastal State and other States whose nationals fish in the region for the highly migratory species listed in Annex I shall co-operate directly or through appropriate international organizations with a view to ensuring conservation and promoting the objective of optimum utilization of such species throughout the region, both within and beyond the exclusive economic zone. In regions for which no appropriate international organization exists, the coastal State and other States whose nationals harvest these species in the region shall co-operate to establish such an organization and participate in its work.

2. The provisions of paragraph 1 apply in addition to the other provisions of this Part.

Article 64

Grands migrateurs

1. L'Etat côtier et les autres Etats dont les ressortissants se livrent dans la région à la pêche de grands migrateurs figurant sur la liste de l'annexe I coopèrent, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales appropriées, afin d'assurer la conservation des espèces en cause et de promouvoir l'exploitation optimale de ces espèces dans l'ensemble de la région, aussi bien dans la zone économique exclusive qu'au-delà de celle-ci. Dans les régions pour lesquelles il n'existe pas d'organisation internationale appropriée, l'Etat côtier et les autres Etats dont les ressortissants exploitent ces espèces dans la région coopèrent pour créer une telle organisation et participer à ses travaux.

2. Le paragraphe 1 s'applique en sus des autres dispositions de la présente partie.

Artikel 64

Weit wandernde Arten

(1) Der Küstenstaat und andere Staaten, deren Angehörige in der Region die in Anlage I aufgeführten weit wandernden Arten befischen, arbeiten unmittelbar oder im Rahmen geeigneter internationaler Organisationen zusammen, um die Erhaltung dieser Arten zu gewährleisten und ihre optimale Nutzung in der gesamten Region sowohl innerhalb als auch außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone zu fördern. In Regionen, für die es keine geeignete internationale Organisation gibt, arbeiten der Küstenstaat und die anderen Staaten, deren Angehörige diese Arten in der Region befischen, bei der Errichtung einer solchen Organisation zusammen und beteiligen sich an ihrer Arbeit.

(2) Absatz 1 gilt zusätzlich zu den anderen Bestimmungen dieses Teiles.

Article 65

Marine mammals

Nothing in this Part restricts the right of a coastal State or the competence of an international organization, as appropriate, to prohibit, limit or regulate the exploitation of marine mammals more strictly than provided for in this Part. States shall co-operate with a view to the conservation of marine mammals and in the case of cetaceans shall in particular work through the appropriate international organizations for their conservation, management and study.

Article 65

Mammifères marins

Aucune disposition de la présente partie ne restreint le droit d'un Etat côtier d'interdire, de limiter ou de réglementer l'exploitation des mammifères marins plus rigoureusement que ne le prévoit cette partie, ni éventuellement la compétence d'une organisation internationale pour ce faire. Les Etats coopèrent en vue d'assurer la protection des mammifères marins et ils s'emploient en particulier, par l'intermédiaire des organisations internationales appropriées, à protéger, gérer et étudier les cétacés.

Artikel 65

Meeressäugetiere

Dieser Teil schränkt nicht das Recht eines Küstenstaats oder gegebenenfalls die Zuständigkeit einer internationalen Organisation ein, die Ausbeutung von Meeressäugetieren stärker als in diesem Teil vorgesehen zu verbieten, zu begrenzen oder zu regeln. Die Staaten arbeiten zusammen, um die Meeressäugetiere zu erhalten; sie setzen sich im Rahmen der geeigneten internationalen Organisationen insbesondere für die Erhaltung, Bewirtschaftung und Erforschung der Wale ein.

Article 66

Anadromous stocks

1. States in whose rivers anadromous stocks originate shall have the primary interest in and responsibility for such stocks.

2. The State of origin of anadromous stocks shall ensure their conservation by the establishment of appropriate regulatory measures for fishing in all waters landward of the outer limits of its exclusive economic zone and for fishing provided for in paragraph 3(b). The State of origin may, after consultations with the other States referred to in paragraphs 3 and 4 fishing these stocks, establish total allowable catches for stocks originating in its rivers.

3. (a) Fisheries for anadromous stocks shall be conducted only in waters landward of the outer limits of exclusive economic zones, except in cases where this provision would result in economic dislocation for a State other than the State of origin. With respect to such fishing beyond the outer limits of the exclusive economic zone, States concerned shall maintain consultations with a view to achieving agreement on terms and conditions of such fishing giving due regard to the conservation requirements and the needs of the State of origin in respect of these stocks.

(b) The State of origin shall co-operate in minimizing economic dislocation in such other States fishing these stocks, taking into account the normal catch and the mode of operations of such States, and all the areas in which such fishing has occurred.

(c) States referred to in subparagraph (b), participating by agreement with the State of origin in measures to renew anadromous stocks, particularly by expenditures for that purpose, shall be given special consideration by the State of origin in the harvesting of stocks originating in its rivers.

(d) Enforcement of regulations regarding anadromous stocks beyond the exclusive economic zone shall be by agreement between the State of origin and the other States concerned.

4. In cases where anadromous stocks migrate into or through the waters landward of the outer limits of the exclusive economic zone of a State other than the State of origin, such State shall co-operate with the State of origin with regard to the conservation and management of such stocks.

Article 66

Stocks de poissons anadromes

1. Les Etats dans les cours d'eau desquels se reproduisent des stocks de poissons anadromes sont les premiers intéressés par ceux-ci et en sont responsables au premier chef.

2. Un Etat dont sont originaires des stocks de poissons anadromes veille à leur conservation par l'adoption de mesures appropriées de réglementation de la pêche dans toutes les eaux situées en deçà des limites extérieures de sa zone économique exclusive, ainsi que de la pêche visée au paragraphe 3, lettre b). L'Etat d'origine peut, après avoir consulté les autres Etats visés aux paragraphes 3 et 4 qui exploitent ces stocks, fixer le total admissible des captures de poissons originaires de ses cours d'eau.

3. a) Les stocks de poissons anadromes ne peuvent être pêchés que dans les eaux situées en deçà des limites extérieures des zones économiques exclusives, sauf dans les cas où l'application de cette disposition entraînerait des perturbations économiques pour un Etat autre que l'Etat d'origine. En ce qui concerne la pêche au-delà des limites extérieures des zones économiques exclusives, les Etats concernés se consultent en vue de s'entendre sur les modalités et conditions de cette pêche, en tenant dûment compte des exigences de la conservation et des besoins de l'Etat d'origine pour ce qui est des stocks en question.

b) L'Etat d'origine contribue à réduire à un minimum les perturbations économiques dans les autres Etats qui exploitent ces espèces, en tenant compte des captures normales de ces Etats et de la façon dont ils exploitent ces stocks ainsi que de tous les secteurs où ceux-ci sont exploités.

c) Les Etats visés à la lettre b) qui participent, par voie d'accord avec l'Etat d'origine, à des mesures visant à assurer le renouvellement des stocks de poissons anadromes, particulièrement en contribuant au financement de ces mesures, sont spécialement pris en considération par l'Etat d'origine pour ce qui est de l'exploitation des espèces originaires de ses cours d'eau.

d) L'application de la réglementation concernant les stocks de poissons anadromes au-delà de la zone économique exclusive est assurée par voie d'accord entre l'Etat d'origine et les autres Etats concernés.

4. Lorsque les stocks de poissons anadromes migrent vers des eaux ou traversent des eaux situées en deçà des limites extérieures de la zone économique exclusive d'un Etat autre que l'Etat d'origine, cet Etat coopère avec l'Etat d'origine à la conservation et à la gestion de ces stocks.

Artikel 66

Anadrome Bestände

(1) Staaten, aus deren Flüssen anadrome Bestände stammen, haben das vorrangige Interesse an diesen Beständen und sind für sie in erster Linie verantwortlich.

(2) Der Ursprungsstaat anadromer Bestände gewährleistet ihre Erhaltung durch die Einführung geeigneter Maßnahmen zur Regelung der Fischerei in allen Gewässern landwärts der äußeren Grenzen seiner ausschließlichen Wirtschaftszone und der in Absatz 3 Buchstabe b genannten Fischerei. Der Ursprungsstaat kann nach Konsultationen mit den anderen in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Staaten, die diese Bestände befischen, die zulässigen Gesamtfangmengen für die aus seinen Flüssen stammenden Bestände festlegen.

(3) a) Die Fischerei nach anadromen Beständen darf nur in den Gewässern landwärts der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen ausgeübt werden; ausgenommen sind Fälle, in denen diese Bestimmung zu wirtschaftlichen Störungen für einen anderen als den Ursprungsstaat führen würde. Hinsichtlich der Fischerei außerhalb der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen konsultieren die beteiligten Staaten einander, um Einvernehmen über die Bedingungen dieser Fischerei unter gebührender Berücksichtigung der Erhaltungserfordernisse und der Bedürfnisse des Ursprungsstaats in bezug auf diese Bestände zu erzielen.

b) Der Ursprungsstaat trägt dazu bei, wirtschaftliche Störungen in anderen Staaten, die diese Bestände befischen, auf ein Mindestmaß zu beschränken, wobei er die übliche Fangmenge und die Fangmethoden dieser anderen Staaten sowie alle Gebiete berücksichtigt, in denen diese Fischerei ausgeübt wird.

c) Die unter Buchstabe b bezeichneten Staaten, die durch Vereinbarung mit dem Ursprungsstaat an Maßnahmen zur Erneuerung anadromer Bestände, insbesondere durch Aufwendungen für diesen Zweck, teilnehmen, werden vom Ursprungsstaat bei der Befischung der aus seinen Flüssen stammenden Bestände besonders berücksichtigt.

d) Die Durchsetzung der Vorschriften über anadrome Bestände außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone erfolgt auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen dem Ursprungsstaat und den anderen beteiligten Staaten.

(4) In Fällen, in denen anadrome Bestände in die Gewässer landwärts der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszone eines anderen als des Ursprungsstaats wandern oder durch diese Gewässer wandern, arbeitet dieser andere Staat mit dem Ursprungsstaat bei der Erhaltung und Bewirtschaftung dieser Bestände zusammen.

5. The State of origin of anadromous stocks and other States fishing these stocks shall make arrangements for the implementation of the provisions of this article, where appropriate, through regional organizations.

5. L'Etat dont sont originaires des stocks de poissons anadromes et les autres Etats qui pratiquent la pêche de ces poissons concluent des arrangements en vue de l'application du présent article, s'il y a lieu, par l'intermédiaire d'organisations régionales.

(5) Der Ursprungsstaat anadromer Bestände und die anderen Staaten, die diese Bestände befischen, schließen Vereinbarungen zur Durchführung dieses Artikels, gegebenenfalls im Rahmen regionaler Organisationen.

Article 67

Catadromous species

1. A coastal State in whose waters catadromous species spend the greater part of their life cycle shall have responsibility for the management of these species and shall ensure the ingress and egress of migrating fish.

2. Harvesting of catadromous species shall be conducted only in waters landward of the outer limits of exclusive economic zones. When conducted in exclusive economic zones, harvesting shall be subject to this article and the other provisions of this Convention concerning fishing in these zones.

3. In cases where catadromous fish migrate through the exclusive economic zone of another State, whether as juvenile or maturing fish, the management, including harvesting, of such fish shall be regulated by agreement between the State mentioned in paragraph 1 and the other State concerned. Such agreement shall ensure the rational management of the species and take into account the responsibilities of the State mentioned in paragraph 1 for the maintenance of these species.

Article 67

Espèces catadromes

1. Un Etat côtier dans les eaux duquel des espèces catadromes passent la majeure partie de leur existence est responsable de la gestion de ces espèces et veille à ce que les poissons migrateurs puissent y entrer et en sortir.

2. Les espèces catadromes ne sont exploitées que dans les eaux situées en deçà des limites extérieures des zones économiques exclusives. Dans les zones économiques exclusives, l'exploitation est régie par le présent article et les autres dispositions de la Convention relative à la pêche dans ces zones.

3. Dans les cas où les poissons catadromes, qu'ils soient parvenus ou non au stade de la maturation, migrent à travers la zone économique exclusive d'un autre Etat, la gestion de ces poissons, y compris leur exploitation, est réglementée par voie d'accord entre l'Etat visé au paragraphe 1 et l'autre Etat concerné. Cet accord doit assurer la gestion rationnelle des espèces considérées et tenir compte des responsabilités de l'Etat visé au paragraphe 1 concernant la conservation de ces espèces.

Artikel 67

Katadrome Arten

(1) Ein Küstenstaat, in dessen Gewässern katadrome Arten den größeren Teil ihres Lebenszyklus verbringen, ist für die Bewirtschaftung dieser Arten verantwortlich und gewährleistet den Ein- und Austritt der wandernden Fische.

(2) Die Fischerei auf katadrome Arten darf nur in Gewässern landwärts der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen ausgeübt werden. Wird die Fischerei in ausschließlichen Wirtschaftszonen ausgeübt, so erfolgt sie nach Maßgabe dieses Artikels und der anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens über die Fischerei in diesen Zonen.

(3) In Fällen, in denen katadrome Fische durch die ausschließliche Wirtschaftszone eines anderen Staates wandern, sei es als Jungfisch oder als heranreifender Fisch, wird die Bewirtschaftung einschließlich des Fanges dieser Fische durch Vereinbarung zwischen dem in Absatz 1 genannten Staat und dem anderen beteiligten Staat geregelt. Diese Vereinbarung muß die rationelle Bewirtschaftung der Arten gewährleisten und die Verantwortung des in Absatz 1 genannten Staates für den Fortbestand dieser Arten berücksichtigen.

Article 68

Sedentary species

This Part does not apply to sedentary species as defined in article 77, paragraph 4.

Article 68

Espèces sédentaires

La présente partie ne s'applique pas aux espèces sédentaires, telles qu'elles sont définies à l'article 77, paragraphe 4.

Artikel 68

Seßhafte Arten

Dieser Teil findet keine Anwendung auf seßhafte Arten, wie sie in Artikel 77 Absatz 4 definiert sind.

Article 69

Right of land-locked States

1. Land-locked States shall have the right to participate, on an equitable basis, in the exploitation of an appropriate part of the surplus of the living resources of the exclusive economic zones of coastal States of the same subregion or region, taking into account the relevant economic and geographical circumstances of all the States concerned and in conformity with the provisions of this article and of articles 61 and 62.

2. The terms and modalities of such participation shall be established by the States concerned through bilateral, subregional or regional agreements taking into account, inter alia:

Article 69

Droit des Etats sans littoral

1. Un Etat sans littoral a le droit de participer, selon une formule équitable, à l'exploitation d'une part appropriée du reliquat des ressources biologiques des zones économiques exclusives des Etats côtiers de la même sous-région ou région, compte tenu des caractéristiques économiques et géographiques pertinentes de tous les Etats concernés et conformément au présent article et aux articles 61 et 62.

2. Les conditions et modalités de cette participation sont arrêtées par les Etats concernés par voie d'accords bilatéraux, sous-régionaux ou régionaux, compte tenu notamment:

Artikel 69

Recht der Binnenstaaten

(1) Binnenstaaten haben das Recht, auf der Grundlage der Billigkeit an der Ausbeutung eines angemessenen Teiles des Überschusses der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Küstenstaaten derselben Subregion oder Region teilzunehmen; dabei sind die in Betracht kommenden wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten aller beteiligten Staaten zu berücksichtigen und die Bestimmungen dieses Artikels und der Artikel 61 und 62 zu beachten.

(2) Die Umstände und Einzelheiten für diese Teilnahme werden von den beteiligten Staaten durch zweiseitige, subregionale oder regionale Übereinkünfte festgelegt, wobei unter anderem folgendes zu berücksichtigen ist:

(a) the need to avoid effects detrimental to fishing communities or fishing industries of the coastal State;

(b) the extent to which the land-locked State, in accordance with the provisions of this article, is participating or is entitled to participate under existing bilateral, subregional or regional agreements in the exploitation of living resources of the exclusive economic zones of other coastal States;

(c) the extent to which other land-locked States and geographically disadvantaged States are participating in the exploitation of the living resources of the exclusive economic zone of the coastal State and the consequent need to avoid a particular burden for any single coastal State or a part of it;

(d) the nutritional needs of the populations of the respective States.

3. When the harvesting capacity of a coastal State approaches a point which would enable it to harvest the entire allowable catch of the living resources in its exclusive economic zone, the coastal State and other States concerned shall co-operate in the establishment of equitable arrangements on a bilateral, subregional or regional basis to allow for participation of developing land-locked States of the same subregion or region in the exploitation of the living resources of the exclusive economic zones of coastal States of the subregion or region, as may be appropriate in the circumstances and on terms satisfactory to all parties. In the implementation of this provision the factors mentioned in paragraph 2 shall also be taken into account.

4. Developed land-locked States shall, under the provisions of this article, be entitled to participate in the exploitation of living resources only in the exclusive economic zones of developed coastal States of the same subregion or region having regard to the extent to which the coastal State, in giving access to other States to the living resources of its exclusive economic zone, has taken into account the need to minimize detrimental effects on fishing communities and economic dislocation in States whose nationals have habitually fished in the zone.

5. The above provisions are without prejudice to arrangements agreed upon in subregions or regions where the coastal States may grant to land-locked States of the same subregion or region equal or preferential rights for the exploitation of the living resources in the exclusive economic zones.

a) de la nécessité d'éviter tous effets préjudiciables aux communautés de pêcheurs ou à l'industrie de la pêche des Etats côtiers;

b) de la mesure dans laquelle l'Etat sans littoral, conformément au présent article, participe ou a le droit de participer, en vertu d'accords bilatéraux, sous-régionaux ou régionaux existants, à l'exploitation des ressources biologiques des zones économiques exclusives d'autres Etats côtiers;

c) de la mesure dans laquelle d'autres Etats sans littoral ou des Etats géographiquement désavantagés participent déjà à l'exploitation des ressources biologiques de la zone économique exclusive de l'Etat côtier et de la nécessité d'éviter d'imposer à tel Etat côtier ou à telle région de cet Etat une charge particulièrement lourde;

d) des besoins alimentaires de la population des Etats considérés.

3. Lorsque la capacité de pêche d'un Etat côtier lui permettrait presque d'atteindre à lui seul l'ensemble du volume admissible des captures fixé pour l'exploitation des ressources biologiques de sa zone économique exclusive, cet Etat et les autres Etats concernés coopèrent en vue de conclure des arrangements bilatéraux, sous-régionaux ou régionaux équitables permettant aux Etats en développement sans littoral de la même région ou sous-région de participer à l'exploitation des ressources biologiques des zones économiques exclusives des Etats côtiers de la sous-région ou région, selon qu'il convient, eu égard aux circonstances et à des conditions satisfaisantes pour toutes les parties. Pour l'application de la présente disposition, il est tenu compte également des facteurs mentionnés au paragraphe 2.

4. Les Etats développés sans littoral n'ont le droit de participer à l'exploitation des ressources biologiques, en vertu du présent article, que dans les zones économiques exclusives d'Etats côtiers développés de la même sous-région ou région, compte tenu de la mesure dans laquelle l'Etat côtier, en donnant accès aux ressources biologiques de sa zone économique exclusive à d'autres Etats, a pris en considération la nécessité de réduire à un minimum les effets préjudiciables aux communautés de pêcheurs ainsi que les perturbations économiques dans les Etats dont les ressortissants pratiquent habituellement la pêche dans la zone.

5. Les dispositions précédentes s'appliquent sans préjudice des arrangements éventuellement conclus dans des sous-régions ou régions où les Etats 46 Convention côtiers peuvent accorder à des Etats sans littoral de la même sous-région ou région des droits égaux ou préférentiels pour l'exploitation des ressources biologiques de leur zone économique exclusive.

a) die Notwendigkeit, schädliche Auswirkungen auf Fischergemeinden oder auf die Fischereiwirtschaft des Küstenstaats zu vermeiden;

b) der Umfang, in dem der Binnenstaat in Übereinstimmung mit diesem Artikel aufgrund geltender zweiseitiger, subregionaler oder regionaler Übereinkünfte an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen anderer Küstenstaaten teilnimmt oder teilzunehmen berechtigt ist;

c) der Umfang, in dem andere Binnenstaaten und geographisch benachteiligte Staaten an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszone des Küstenstaats teilnehmen, und die daraus folgende Notwendigkeit, eine besondere Belastung für einen einzelnen Küstenstaat oder einen Teil davon zu vermeiden;

d) die Nahrungsmittelbedürfnisse der Bevölkerung der betreffenden Staaten.

(3) Nähert sich die Fangkapazität eines Küstenstaats einem Zustand, der ihn in die Lage versetzen würde, die gesamte zulässige Fangmenge der lebenden Ressourcen in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone zu fischen, so arbeiten der Küstenstaat und die anderen beteiligten Staaten bei der Festlegung ausgewogener Vereinbarungen auf zweiseitiger, subregionaler oder regionaler Grundlage zusammen, um die Teilnahme von Binnenstaaten derselben Subregion oder Region, die Entwicklungsstaaten sind, an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Küstenstaaten der Subregion oder Region zu ermöglichen, soweit dies unter den gegebenen Umständen angemessen ist, und zu Bedingungen, die für alle Parteien zufriedenstellend sind. Bei der Durchführung dieser Bestimmung sind die in Absatz 2 genannten Faktoren ebenfalls zu berücksichtigen.

(4) Entwickelte Binnenstaaten sind nach diesem Artikel berechtigt, an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen nur in den ausschließlichen Wirtschaftszonen entwickelter Küstenstaaten derselben Subregion oder Region teilzunehmen, wobei zu berücksichtigen ist, in welchem Umfang der Küstenstaat, der anderen Staaten Zugang zu den lebenden Ressourcen seiner ausschließlichen Wirtschaftszone gewährt, der Notwendigkeit Rechnung getragen hat, schädliche Auswirkungen auf Fischergemeinden und wirtschaftliche Störungen in Staaten, deren Angehörige gewohnheitsmäßig in der Zone Fischfang betrieben haben, auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(5) Die vorstehenden Bestimmungen berühren nicht die in Subregionen oder Regionen vereinbarten Regelungen, in denen die Küstenstaaten den Binnenstaaten derselben Subregion oder Region gleiche Rechte oder Vorzugsrechte für die Ausbeutung der lebenden Ressourcen in den ausschließlichen Wirtschaftszonen gewähren.

Article 70

Right of geographically disadvantaged States

1. Geographically disadvantaged States shall have the right to participate, on an equitable basis, in the exploitation of an appropriate part of the surplus of the living resources of the exclusive economic zones of coastal States of the same subregion or region, taking into account the relevant economic and geographical circumstances of all the States concerned and in conformity with the provisions of this article and of articles 61 and 62.

2. For the purposes of this Part, "geographically disadvantaged States" means coastal States, including States bordering enclosed or semi-enclosed seas, whose geographical situation makes them dependent upon the exploitation of the living resources of the exclusive economic zones of other States in the subregion or region for adequate supplies of fish for the nutritional purposes of their populations or parts thereof, and coastal States which can claim no exclusive economic zones of their own.

3. The terms and modalities of such participation shall be established by the States concerned through bilateral, subregional or regional agreements taking into account, inter alia:

(a) the need to avoid effects detrimental to fishing communities or fishing industries of the coastal State;

(b) the extent to which the geographically disadvantaged State, in accordance with the provisions of this article, is participating or is entitled to participate under existing bilateral, subregional or regional agreements in the exploitation of living resources of the exclusive economic zones of other coastal States;

(c) the extent to which other geographically disadvantaged States and land-locked States are participating in the exploitation of the living resources of the exclusive economic zone of the coastal State and the consequent need to avoid a particular burden for any single coastal State or a part of it;

(d) the nutritional needs of the populations of the respective States.

4. When the harvesting capacity of a coastal State approaches a point which would enable it to harvest the entire allowable catch of the living resources in its exclusive economic zone, the coastal State and other States concerned shall co-operate in the establishment of equitable arrangements on a bilateral, subregional or

Article 70

Droit des Etats géographiquement désavantagés

1. Les Etats géographiquement désavantagés ont le droit de participer, selon une formule équitable, à l'exploitation d'une part appropriée du reliquat des ressources biologiques des zones économiques exclusives des Etats côtiers de la même sous-région ou région, compte tenu des caractéristiques économiques et géographiques pertinentes de tous les Etats concernés et conformément au présent article et aux articles 61 et 62.

2. Aux fins de la présente partie, l'expression «Etats géographiquement désavantagés» s'entend des Etats côtiers, y compris les Etats riverains d'une mer fermée ou semi-fermée, que leur situation géographique rend tributaires de l'exploitation des ressources biologiques des zones économiques exclusives d'autres Etats de la sous-région ou région pour un approvisionnement suffisant en poisson destiné à l'alimentation de leur population ou d'une partie de leur population, ainsi que des Etats côtiers qui ne peuvent prétendre à une zone économique exclusive propre.

3. Les conditions et modalités de cette participation sont arrêtées par les Etats concernés par voie d'accords bilatéraux, sous-régionaux ou régionaux, compte tenu notamment:

a) de la nécessité d'éviter tous effets préjudiciables aux communautés de pêcheurs ou à l'industrie de la pêche des Etats côtiers;

b) de la mesure dans laquelle l'Etat géographiquement désavantagé, conformément au présent article, participe ou a le droit de participer, en vertu d'accords bilatéraux, sous-régionaux ou régionaux existants, à l'exploitation des ressources biologiques des zones économiques exclusives d'autres Etats côtiers;

c) de la mesure dans laquelle d'autres Etats géographiquement désavantagés et des Etats sans littoral participent déjà à l'exploitation des ressources biologiques de la zone économique exclusive de l'Etat côtier et de la nécessité d'éviter d'imposer à tel Etat côtier ou à telle région de cet Etat une charge particulièrement lourde;

d) des besoins alimentaires de la population des Etats considérés.

4. Lorsque la capacité de la pêche d'un Etat côtier lui permettrait presque d'atteindre à lui seul l'ensemble du volume admissible des captures fixé pour l'exploitation des ressources biologiques de sa zone économique exclusive, cet Etat et les autres Etats concernés coopèrent en vue de conclure des arrangements bilatéraux, sous-régio-

Artikel 70

Recht der geographisch benachteiligten Staaten

(1) Geographisch benachteiligte Staaten haben das Recht, auf der Grundlage der Billigkeit an der Ausbeutung eines angemessenen Teiles des Überschusses der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Küstenstaaten derselben Subregion oder Region teilzunehmen; dabei sind die in Betracht kommenden wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten aller beteiligten Staaten zu berücksichtigen und die Bestimmungen dieses Artikels und der Artikel 61 und 62 zu beachten.

(2) Im Sinne dieses Teiles bedeutet „geographisch benachteiligte Staaten" diejenigen Küstenstaaten – einschließlich Staaten, die an umschlossenen oder halbumschlossenen Meeren liegen –, deren geographische Lage sie von der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen anderer Staaten in der Subregion oder Region für die angemessene Versorgung mit Fisch zu Nahrungszwecken für ihre gesamte oder einen Teil ihrer Bevölkerung abhängig macht, sowie jene Küstenstaaten, die keine eigene ausschließliche Wirtschaftszone beanspruchen können.

(3) Die Umstände und Einzelheiten für diese Teilnahme werden von den beteiligten Staaten durch zweiseitige, subregionale oder regionale Übereinkünfte festgelegt, wobei unter anderem folgendes zu berücksichtigen ist:

a) die Notwendigkeit, schädliche Auswirkungen auf Fischergemeinden oder auf die Fischereiwirtschaft des Küstenstaats zu vermeiden;

b) der Umfang, in dem der geographisch benachteiligte Staat in Übereinstimmung mit diesem Artikel aufgrund geltender zweiseitiger, subregionaler oder regionaler Übereinkünfte an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen anderer Küstenstaaten teilnimmt oder teilzunehmen berechtigt ist;

c) der Umfang, in dem andere geographisch benachteiligte Staaten und Binnenstaaten an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszone des Küstenstaats teilnehmen, und die daraus folgende Notwendigkeit, eine besondere Belastung für einen einzelnen Küstenstaat oder einen Teil davon zu vermeiden;

d) die Nahrungsmittelbedürfnisse der Bevölkerung der betreffenden Staaten.

(4) Nähert sich die Fangkapazität eines Küstenstaats einem Zustand, der ihn in die Lage versetzen würde, die gesamte zulässige Fangmenge der lebenden Ressourcen in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone zu fischen, so arbeiten der Küstenstaat und die anderen beteiligten Staaten bei der Festlegung ausgewogener Vereinbarungen auf

regional basis to allow for participation of developing geographically disadvantaged States of the same subregion or region in the exploitation of the living resources of the exclusive economic zones of coastal States of the subregion or region, as may be appropriate in the circumstances and on terms satisfactory to all parties. In the implementation of this provision the factors mentioned in paragraph 3 shall also be taken into account.

5. Developed geographically disadvantaged States shall, under the provisions of this article, be entitled to participate in the exploitation of living resources only in the exclusive economic zones of developed coastal States of the same subregion or region having regard to the extent to which the coastal State, in giving access to other States to the living resources of its exclusive economic zone, has taken into account the need to minimize detrimental effects on fishing communities and economic dislocation in States whose nationals have habitually fished in the zone.

6. The above provisions are without prejudice to arrangements agreed upon in subregions or regions where the coastal States may grant to geographically disadvantaged States of the same subregion or region equal or preferential rights for the exploitation of the living resources in the exclusive economic zones.

Article 71

Non-applicability of articles 69 and 70

The provisions of articles 69 and 70 do not apply in the case of a coastal State whose economy is overwhelmingly dependent on the exploitation of the living resources of its exclusive economic zone.

Article 72

Restrictions on transfer of rights

1. Rights provided under articles 69 and 70 to exploit living resources shall not be directly or indirectly transferred to third States or their nationals by lease or licence, by establishing joint ventures or in any other manner which has the effect of such transfer unless otherwise agreed by the States concerned.

2. The foregoing provision does not preclude the States concerned from obtaining technical or financial assistance from third

naux ou régionaux équitables permettant aux Etats en développement géographiquement désavantagés de la même sous-région ou région de participer à l'exploitation des ressources biologiques des zones économiques exclusives des Etats côtiers de la sous-région ou région, selon qu'il convient, eu égard aux circonstances et à des conditions satisfaisantes pour toutes les parties. Pour l'application de la présente disposition, il est tenu compte également des facteurs mentionnés au paragraphe 3.

5. Les Etats développés géographiquement désavantagés n'ont le droit de participer à l'exploitation des ressources biologiques, en vertu du présent article, que dans les zones économiques exclusives d'Etats côtiers développés de la même sous-région ou région, compte tenu de la mesure dans laquelle l'Etat côtier, en donnant accès aux ressources biologiques de sa zone économique exclusive à d'autres Etats, a pris en considération la nécessité de réduire à un minimum les effets préjudiciables aux communautés de pêcheurs ainsi que les perturbations économiques dans les Etats dont les ressortissants pratiquent habituellement la pêche dans la zone.

6. Les dispositions précédentes s'appliquent sans préjudice des arrangements éventuellement conclus dans des sous-régions ou régions où les Etats côtiers peuvent accorder à des Etats géographiquement désavantagés de la même sous-région ou région des droits égaux ou préférentiels pour l'exploitation des ressources biologiques de leur zone économique exclusive.

Article 71

Cas où les articles 69 et 70 ne sont pas applicables

Les articles 69 et 70 ne s'appliquent pas aux Etats côtiers dont l'économie est très lourdement tributaire de l'exploitation des ressources biologiques de leur zone économique exclusive.

Article 72

Restrictions au transfert des droits

1. Les droits d'exploitation des ressources biologiques prévus aux articles 69 et 70 ne peuvent être transférés directement ou indirectement à des Etats tiers ou à leurs ressortissants, ni par voie de bail ou de licence, ni par la création d'entreprises conjointes, ni en vertu d'aucun autre arrangement ayant pour effet un tel transfert, sauf si les Etats concernés en conviennent autrement.

2. La disposition ci-dessus n'interdit pas aux Etats concernés d'obtenir d'Etats tiers ou d'organisations internationales une

zweiseitiger, subregionaler oder regionaler Grundlage zusammen, um die Teilnahme von geographisch benachteiligten Staaten derselben Subregion oder Region, die Entwicklungsstaaten sind, an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Küstenstaaten der Subregion oder Region zu ermöglichen, soweit dies unter den gegebenen Umständen angemessen ist, und zu Bedingungen, die für alle Parteien zufriedenstellend sind. Bei der Durchführung dieser Bestimmung sind die in Absatz 3 genannten Faktoren ebenfalls zu berücksichtigen.

(5) Entwickelte geographisch benachteiligte Staaten sind nach diesem Artikel berechtigt, an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen nur in den ausschließlichen Wirtschaftszonen entwickelter Küstenstaaten derselben Subregion oder Region teilzunehmen, wobei zu berücksichtigen ist, in welchem Umfang der Küstenstaat, der anderen Staaten Zugang zu den lebenden Ressourcen seiner ausschließlichen Wirtschaftszone gewährt, der Notwendigkeit Rechnung getragen hat, schädliche Auswirkungen auf Fischergemeinden und wirtschaftliche Störungen in Staaten, deren Angehörige gewohnheitsmäßig in der Zone Fischfang betrieben haben, auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(6) Die vorstehenden Bestimmungen berühren nicht die in Subregionen oder Regionen vereinbarten Regelungen, in denen die Küstenstaaten den geographisch benachteiligten Staaten derselben Subregion oder Region gleiche Rechte oder Vorzugsrechte für die Ausbeutung der lebenden Ressourcen in den ausschließlichen Wirtschaftszonen gewähren.

Artikel 71

Nichtanwendbarkeit der Artikel 69 und 70

Die Artikel 69 und 70 finden keine Anwendung auf einen Küstenstaat, dessen Wirtschaft weitestgehend von der Ausbeutung der lebenden Ressourcen seiner ausschließlichen Wirtschaftszone abhängig ist.

Artikel 72

Einschränkungen der Übertragung von Rechten

(1) Die in den Artikeln 69 und 70 vorgesehenen Rechte zur Ausbeutung von lebenden Ressourcen dürfen, sofern die beteiligten Staaten nichts anderes vereinbaren, nicht unmittelbar oder mittelbar durch Verpachtung oder Lizenzerteilung, durch Schaffung gemeinschaftlicher Unternehmungen oder auf andere eine solche Übertragung bewirkende Weise auf dritte Staaten oder ihre Angehörigen übertragen werden.

(2) Der vorstehende Absatz schließt nicht aus, daß die beteiligten Staaten von dritten Staaten oder internationalen Organisatio-

States or international organizations in order to facilitate the exercise of the rights pursuant to articles 69 and 70, provided that it does not have the effect referred to in paragraph 1.

assistance technique ou financière destinée à leur faciliter l'exercice de leurs droits conformément aux articles 69 et 70, à condition que cela n'entraîne pas l'effet visé au paragraphe 1.

nen technische oder finanzielle Hilfe erhalten, die ihnen die Ausübung ihrer Rechte nach den Artikeln 69 und 70 erleichtern soll, sofern dies nicht die in jenem Absatz genannte Wirkung hat.

Article 73

Enforcement of laws and regulations of the coastal State

1. The coastal State may, in the exercise of its sovereign rights to explore, exploit, conserve and manage the living resources in the exclusive economic zone, take such measures, including boarding, inspection, arrest and judicial proceedings, as may be necessary to ensure compliance with the laws and regulations adopted by it in conformity with this Convention.

2. Arrested vessels and their crews shall be promptly released upon the posting of reasonable bond or other security.

3. Coastal State penalties for violations of fisheries laws and regulations in the exclusive economic zone may not include imprisonment, in the absence of agreements to the contrary by the States concerned, or any other form of corporal punishment.

4. In cases of arrest or detention of foreign vessels the coastal State shall promptly notify the flag State, through appropriate channels, of the action taken and of any penalties subsequently imposed.

Article 73

Mise en application des lois et règlements de l'Etat côtier

1. Dans l'exercice de ses droits souverains d'exploration, d'exploitation, de conservation et de gestion des ressources biologiques de la zone économique exclusive, l'Etat côtier peut prendre toutes mesures, y compris l'arraisonnement, l'inspection, la saisie et l'introduction d'une instance judiciaire, qui sont nécessaires pour assurer le respect des lois et règlements qu'il a adoptés conformément à la Convention.

2. Lorsqu'une caution ou autre garantie suffisante a été fournie, il est procédé sans délai à la mainlevée de la saisie dont un navire aurait fait l'objet et à la libération de son équipage.

3. Les sanctions prévues par l'Etat côtier pour les infractions aux lois et règlements en matière de pêche dans la zone économique exclusive ne peuvent comprendre l'emprisonnement, à moins que les Etats concernés n'en conviennent autrement, ni aucun autre châtiment corporel.

4. Dans les cas de saisie ou d'immobilisation d'un navire étranger, l'Etat côtier notifie sans délai à l'Etat du pavillon, par les voies appropriées, les mesures prises ainsi que les sanctions qui seraient prononcées par la suite.

Artikel 73

Durchsetzung der Gesetze und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats

(1) Der Küstenstaat kann bei der Ausübung seiner souveränen Rechte zur Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen in der ausschließlichen Wirtschaftszone die erforderlichen Maßnahmen einschließlich des Anhaltens, der Überprüfung, des Festhaltens und gerichtlicher Verfahren ergreifen, um die Einhaltung der von ihm in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften sicherzustellen.

(2) Festgehaltene Schiffe und ihre Besatzung werden nach Hinterlegung einer angemessenen Kaution oder anderen Sicherheit sofort freigegeben.

(3) Die vom Küstenstaat vorgesehenen Strafen für Verstöße gegen die Fischereigesetze und diesbezüglichen sonstigen Vorschriften in der ausschließlichen Wirtschaftszone dürfen Haft nicht einschließen, sofern die beteiligten Staaten nichts Gegenteiliges vereinbart haben, und auch keine sonstige Form der körperlichen Bestrafung.

(4) Wird ein fremdes Schiff festgehalten oder zurückgehalten, so setzt der Küstenstaat sofort den Flaggenstaat auf geeigneten Wegen von den ergriffenen Maßnahmen sowie von allen später verhängten Strafen in Kenntnis.

Article 74

Delimitation of the exclusive economic zone between States with opposite or adjacent coasts

1. The delimitation of the exclusive economic zone between States with opposite or adjacent coasts shall be effected by agreement on the basis of international law, as referred to in Article 38 of the Statute of the International Court of Justice, in order to achieve an equitable solution.

2. If no agreement can be reached within a reasonable period of time, the States concerned shall resort to the procedures provided for in Part XV.

3. Pending agreement as provided for in paragraph 1, the States concerned, in a spirit of understanding and co-operation, shall make every effort to enter into provisional arrangements of a practical nature and, during this transitional period, not to jeopardize or hamper the reaching of the final agreement. Such arrangements shall

Article 74

Délimitation de la zone économique exclusive entre Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face

1. La délimitation de la zone économique exclusive entre Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face est effectuée par voie d'accord conformément au droit international tel qu'il est visé à l'article 38 du Statut de la Cour internationale de Justice, afin d'aboutir à une solution équitable.

2. S'ils ne parviennent pas à un accord dans un délai raisonnable, les Etats concernés ont recours aux procédures prévues à la partiè XV.

3. En attendant la conclusion de l'accord visé au paragraphe 1, les Etats concernés, dans un esprit de compréhension et de coopération, font tout leur possible pour conclure des arrangements provisoires de caractère pratique et pour ne pas compromettre ou entraver pendant cette période de transition la conclusion de l'accord définitif.

Artikel 74

Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszone zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten

(1) Die Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszone zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten erfolgt durch Übereinkunft auf der Grundlage des Völkerrechts im Sinne des Artikels 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs, um eine der Billigkeit entsprechende Lösung zu erzielen.

(2) Kommt innerhalb einer angemessenen Frist keine Übereinkunft zustande, so nehmen die beteiligten Staaten die in Teil XV vorgesehenen Verfahren in Anspruch.

(3) Bis zum Abschluß der in Absatz 1 vorgesehenen Übereinkunft bemühen sich die beteiligten Staaten nach besten Kräften und im Geist der Verständigung und Zusammenarbeit, vorläufige Vereinbarungen praktischer Art zu treffen und während dieser Übergangszeit die Erzielung der endgültigen Übereinkunft nicht zu gefährden oder

be without prejudice to the final delimitation.

4. Where there is an agreement in force between the States concerned, questions relating to the delimitation of the exclusive economic zone shall be determined in accordance with the provisions of that agreement.

Article 75

Charts and lists of geographical co-ordinates

1. Subject to this Part, the outer limit lines of the exclusive economic zone and the lines of delimitation drawn in accordance with article 74 shall be shown on charts of a scale or scales adequate for ascertaining their position. Where appropriate, lists of geographical co-ordinates of points, specifying the geodetic datum, may be substituted for such outer limit lines or lines of delimitation.

2. The coastal State shall give due publicity to such charts or lists of geographical co-ordinates and shall deposit a copy of each such chart or list with the Secretary-General of the United Nations.

Part VI
Continental shelf

Article 76

Definition of the continental shelf

1. The continental shelf of a coastal State comprises the sea-bed and subsoil of the submarine areas that extend beyond its territorial sea throughout the natural prolongation of its land territory to the outer edge of the continental margin, or to a distance of 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured where the outer edge of the continental margin does not extend up to that distance.

2. The continental shelf of a coastal State shall not extend beyond the limits provided for in paragraphs 4 to 6.

3. The continental margin comprises the submerged prolongation of the land mass of the coastal State, and consists of the sea-bed and subsoil of the shelf, the slope and the rise. It does not include the deep ocean floor with its oceanic ridges or the subsoil thereof.

4. (a) For the purposes of this Convention, the coastal State shall establish the outer edge of the continental margin wherever the margin extends beyond 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured, by either:

Les arrangements provisoires sont sans préjudice de la délimitation finale.

4. Lorsqu'un accord est en vigueur entre les Etats concernés, les questions relatives à la délimitation de la zone économique exclusive sont réglées conformément à cet accord.

Article 75

Cartes marines et listes des coordonnées géographiques

1. Sous réserve de la présente partie, les limites extérieures de la zone économique exclusive et les lignes de délimitation tracées conformément à l'article 74 sont indiquées sur des cartes marines à l'échelle appropriée pour en déterminer l'emplacement. Le cas échéant, le tracé de ces limites extérieures ou de ces lignes de délimitation peut être remplacé par des listes des coordonnées géographiques de points précisant le système géodésique utilisé.

2. L'Etat côtier donne la publicité voulue aux cartes ou listes de coordonnées géographiques et en dépose un exemplaire auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Partie VI
Plateau continental

Article 76

Définition du plateau continental

1. Le plateau continental d'un Etat côtier comprend les fonds marins et leur sous-sol au-delà de sa mer territoriale, sur toute l'étendue du prolongement naturel du territoire terrestre de cet Etat jusqu'au rebord externe de la marge continentale, ou jusqu'à 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale, lorsque le rebord externe de la marge continentale se trouve à une distance inférieure.

2. Le plateau continental ne s'étend pas au-delà des limites prévues aux paragraphes 4 à 6.

3. La marge continentale est le prolongement immergé de la masse terrestre de l'Etat côtier; elle est constituée par les fonds marins correspondant au plateau, au talus et au glacis ainsi que leur sous-sol. Elle ne comprend ni les grands fonds des océans, avec leurs dorsales océaniques, ni leur sous-sol.

4. a) Aux fins de la Convention, l'Etat côtier définit le rebord externe de la marge continentale, lorsque celle-ci s'étend au-delà de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale, par:

zu verhindern. Diese Vereinbarungen lassen die endgültige Abgrenzung unberührt.

(4) Ist zwischen den beteiligten Staaten eine Übereinkunft in Kraft, so werden Fragen der Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszone in Übereinstimmung mit dieser Übereinkunft geregelt.

Artikel 75

Seekarten und Verzeichnisse geographischer Koordinaten

(1) Vorbehaltlich dieses Teiles werden die seewärtigen Grenzlinien der ausschließlichen Wirtschaftszone und die in Übereinstimmung mit Artikel 74 gezogenen Abgrenzungslinien in Seekarten eingetragen, deren Maßstab oder Maßstäbe zur genauen Feststellung ihres Verlaufs ausreichen. Gegebenenfalls können statt dieser seewärtigen Grenzlinien oder Abgrenzungslinien auch Verzeichnisse der geographischen Koordinaten von Punkten unter genauer Angabe der geodätischen Daten verwendet werden.

(2) Der Küstenstaat veröffentlicht diese Seekarten oder Verzeichnisse geographischer Koordinaten ordnungsgemäß und hinterlegt jeweils eine Ausfertigung davon beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Teil VI
Festlandsockel

Artikel 76

Definition des Festlandsockels

(1) Der Festlandsockel eines Küstenstaats umfaßt den jenseits seines Küstenmeers gelegenen Meeresboden und Meeresuntergrund der Unterwassergebiete, die sich über die gesamte natürliche Verlängerung seines Landgebiets bis zur äußeren Kante des Festlandrands erstrecken oder bis zu einer Entfernung von 200 Seemeilen von den Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, wo die äußere Kante des Festlandrands in einer geringeren Entfernung verläuft.

(2) Der Festlandsockel eines Küstenstaats erstreckt sich nicht über die in den Absätzen 4 bis 6 vorgesehenen Grenzen hinaus.

(3) Der Festlandrand umfaßt die unter Wasser gelegene Verlängerung der Landmasse des Küstenstaats und besteht aus dem Meeresboden und dem Meeresuntergrund des Sockels, des Abhangs und des Anstiegs. Er umfaßt weder den Tiefseeboden mit seinen unterseeischen Bergrücken noch dessen Untergrund.

(4) a) Wenn sich der Festlandrand über 200 Seemeilen von den Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, hinaus erstreckt, legt der Küstenstaat die äußere Kante des Festlandrands für die Zwecke dieses Übereinkommens fest, und zwar entweder

(i) a line delineated in accordance with paragraph 7 by reference to the outermost fixed points at each of which the thickness of sedimentary rocks is at least 1 per cent of the shortest distance from such point to the foot of the continental slope; or

(ii) a line delineated in accordance with paragraph 7 by reference to fixed points not more than 60 nautical miles from the foot of the continental slope.

(b) In the absence of evidence to the contrary, the foot of the continental slope shall be determined as the point of maximum change in the gradient at its base.

5. The fixed points comprising the line of the outer limits of the continental shelf on the sea-bed, drawn in accordance with paragraph 4 (a) (i) and (ii), either shall not exceed 350 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured or shall not exceed 100 nautical miles from the 2,500 metre isobath, which is a line connecting the depth of 2,500 metres.

6. Notwithstanding the provisions of paragraph 5, on submarine ridges, the outer limit of the continental shelf shall not exceed 350 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured. This paragraph does not apply to submarine elevations that are natural components of the continental margin, such as its plateaux, rises, caps, banks and spurs.

7. The coastal State shall delineate the outer limits of its continental shelf, where that shelf extends beyond 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured, by straight lines not exceeding 60 nautical miles in length, connecting fixed points, defined by co-ordinates of latitude and longitude.

8. Information on the limits of the continental shelf beyond 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured shall be submitted by the coastal State to the Commission on the Limits of the Continental Shelf set up under Annex II on the basis of equitable geographical representation. The Commission shall make recommendations to coastal States on matters related to the establishment of the outer limits of their continental shelf. The limits of the shelf established by a coastal State on the basis of these recommendations shall be final and binding.

9. The coastal State shall deposit with the Secretary-General of the United Nations charts and relevant information, including geodetic data, permanently describing the outer limits of its continental shelf. The Secretary-General shall give due publicity thereto.

i) Une ligne tracée conformément au paragraphe 7 par référence aux points fixes extrêmes où l'épaisseur des roches sédimentaires est égale au centième au moins de la distance entre le point considéré et le pied du talus continental; ou

ii) Une ligne tracée conformément au paragraphe 7 par référence à des points fixes situés à 60 milles marins au plus du pied du talus continental.

b) Sauf preuve du contraire, le pied du talus continental coïncide avec la rupture de pente la plus marquée à la base du talus.

5. Les points fixes qui définissent la ligne marquant, sur les fonds marins, la limite extérieure du plateau continental, tracée conformément au paragraphe 4, lettre a), i) et ii), sont situés soit à une distance n'excédant pas 350 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale, soit à une distance n'excédant pas 100 milles marins de l'isobathe de 2 500 mètres, qui est la ligne reliant les points de 2 500 mètres de profondeur.

6. Nonobstant le paragraphe 5, sur une dorsale sous-marine, la limite extérieure du plateau continental ne dépasse pas une ligne tracée à 350 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale. Le présent paragraphe ne s'applique pas aux hauts-fonds qui constituent des éléments naturels de la marge continentale, tels que les plateaux, seuils, crêtes, bancs ou éperons qu'elle comporte.

7. L'Etat côtier fixe la limite extérieure de son plateau continental, quand ce plateau s'étend au-delà de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale, en reliant par des droites d'une longueur n'excédant pas 60 milles marins des points fixes définis par des coordonnées en longitude et en latitude.

8. L'Etat côtier communique des informations sur les limites de son plateau continental, lorsque celui-ci s'étend au-delà de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale, à la Commission des limites du plateau continental constituée en vertu de l'annexe II sur la base d'une représentation géographique équitable. La Commission adresse aux Etats côtiers des recommandations sur les questions concernant la fixation des limites extérieures de leur plateau continental. Les limites fixées par un Etat côtier sur la base de ces recommandations sont définitives et de caractère obligatoire.

9. L'Etat côtier remet au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies les cartes et renseignements pertinents, y compris les données géodésiques, qui indiquent de façon permanente la limite extérieure de son plateau continental. Le Secrétaire général donne à ces documents la publicité voulue.

i) durch eine Linie, die nach Absatz 7 über die äußersten Festpunkte gezogen wird, an denen die Dicke des Sedimentgesteins jeweils mindestens 1 Prozent der kürzesten Entfernung von diesem Punkt bis zum Fuß des Festlandabhangs beträgt, oder

ii) durch eine Linie, die nach Absatz 7 über Festpunkte gezogen wird, die nicht weiter als 60 Seemeilen vom Fuß des Festlandabhangs entfernt sind.

b) Solange das Gegenteil nicht bewiesen ist, wird der Fuß des Festlandabhangs als der Punkt des stärksten Gefällwechsels an seiner Basis festgelegt.

(5) Die Festpunkte auf der nach Absatz 4 Buchstabe a Ziffern i und ii gezogenen und auf dem Meeresboden verlaufenden Linie der äußeren Grenzen des Festlandsockels dürfen entweder nicht weiter als 350 Seemeilen von den Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, oder nicht weiter als 100 Seemeilen von der 2 500-Meter-Wassertiefenlinie, einer die Tiefenpunkte von 2 500 Metern verbindenden Linie, entfernt sein.

(6) Ungeachtet des Absatzes 5 darf auf unterseeischen Bergrücken die äußere Grenze des Festlandsockels 350 Seemeilen von den Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, nicht überschreiten. Dieser Absatz bezieht sich nicht auf unterseeische Erhebungen, die natürliche Bestandteile des Festlandrands sind, wie seine Plateaus, Anstiege, Gipfel, Bänke und Ausläufer.

(7) Wo sich der Festlandsockel über 200 Seemeilen von den Basislinien hinaus erstreckt, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, legt der Küstenstaat die äußeren Grenzen seines Festlandsockels durch gerade Linien fest, die nicht länger als 60 Seemeilen sind und die Festpunkte verbinden, welche durch Koordinaten der Breite und Länge angegeben werden.

(8) Der Küstenstaat übermittelt der Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels, die nach Anlage II auf der Grundlage einer gerechten geographischen Vertretung gebildet wird, Angaben über die Grenzen seines Festlandsockels, sofern sich dieser über 200 Seemeilen von den Basislinien hinaus erstreckt, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird. Die Kommission richtet an die Küstenstaaten Empfehlungen in Fragen, die sich auf die Festlegung der äußeren Grenzen ihrer Festlandsockel beziehen. Die von einem Küstenstaat auf der Grundlage dieser Empfehlungen festgelegten Grenzen des Festlandsockels sind endgültig und verbindlich.

(9) Der Küstenstaat hinterlegt beim Generalsekretär der Vereinten Nationen Seekarten und sachbezogene Unterlagen, einschließlich geodätischer Daten, welche die äußeren Grenzen seines Festlandsockels dauerhaft beschreiben. Der Generalsekretär veröffentlicht diese ordnungsgemäß.

10. The provisions of this article are without prejudice to the question of delimitation of the continental shelf between States with opposite or adjacent coasts.

Article 77

Rights of the coastal State over the continental shelf

1. The coastal State exercises over the continental shelf sovereign rights for the purpose of exploring it and exploiting its natural resources.

2. The rights referred to in paragraph 1 are exclusive in the sense that if the coastal State does not explore the continental shelf or exploit its natural resources, no one may undertake these activities without the express consent of the coastal State.

3. The rights of the coastal State over the continental shelf do not depend on occupation, effective or notional, or on any express proclamation.

4. The natural resources referred to in this Part consist of the mineral and other non-living resources of the sea-bed and subsoil together with living organisms belonging to sedentary species, that is to say, organisms which, at the harvestable stage, either are immobile on or under the sea-bed or are unable to move except in constant physical contact with the sea-bed or the subsoil.

Article 78

Legal status of the superjacent waters and air space and the rights and freedoms of other States

1. The rights of the coastal State over the continental shelf do not affect the legal status of the superjacent waters or of the air space above those waters.

2. The exercise of the rights of the coastal State over the continental shelf must not infringe or result in any unjustifiable interference with navigation and other rights and freedoms of other States as provided for in this Convention.

Article 79

Submarine cables and pipe lines on the continental shelf

1. All States are entitled to lay submarine cables and pipelines on the continental shelf, in accordance with the provisions of this article.

2. Subject to its right to take reasonable measures for the exploration of the continental shelf, the exploitation of its natural resources and the prevention, reduction and control of pollution from pipelines, the coastal State may not impede the laying or maintenance of such cables or pipelines.

10. Le présent article ne préjuge pas de la question de la délimitation du plateau continental entre des Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face.

Article 77

Droits de l'Etat côtier sur le plateau continental

1. L'Etat côtier exerce des droits souverains sur le plateau continental aux fins de son exploration et de l'exploitation de ses ressources naturelles.

2. Les droits visés au paragraphe 1 sont exclusifs en ce sens que si l'Etat côtier n'explore pas le plateau continental ou n'en exploite pas les ressources naturelles, nul ne peut entreprendre de telles activités sans son consentement exprès.

3. Les droits de l'Etat côtier sur le plateau continental sont indépendants de l'occupation effective ou fictive, aussi bien que de toute proclamation expresse.

4. Les ressources naturelles visées dans la présente partie comprennent les ressources minérales et autres ressources non biologiques des fonds marins et de leur sous-sol, ainsi que les organismes vivants qui appartiennent aux espèces sédentaires, c'est-à-dire les organismes qui, au stade où ils peuvent être pêchés, sont soit immobiles sur le fond ou au-dessous du fond, soit incapables de se déplacer autrement qu'en restant constamment en contact avec le fond ou le sous-sol.

Article 78

Régime juridique des eaux et de l'espace aérien surjacents, et droits et libertés des autres Etats

1. Les droits de l'Etat côtier sur le plateau continental n'affectent pas le régime juridique des eaux surjacentes ou de l'espace aérien situé au-dessus de ces eaux.

2. L'exercice par l'Etat côtier de ses droits sur le plateau continental ne doit pas porter atteinte à la navigation ou aux autres droits et libertés reconnus aux autres Etats par la Convention, ni en gêner l'exercice de manière injustifiable.

Article 79

Câbles et pipelines sous-marins sur le plateau continental

1. Tous les Etats ont le droit de poser des câbles et des pipelines sous-marins sur le plateau continental conformément au présent article.

2. Sous réserve de son droit de prendre des mesures raisonnables pour l'exploration du plateau continental, l'exploitation de ses ressources naturelles et la prévention, la réduction et la maîtrise de la pollution par les pipelines, l'Etat côtier ne peut entraver la pose ou l'entretien de ces câbles ou pipelines.

(10) Dieser Artikel berührt nicht die Frage der Abgrenzung des Festlandsockels zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten.

Artikel 77

Rechte des Küstenstaats am Festlandsockel

(1) Der Küstenstaat übt über den Festlandsockel souveräne Rechte zum Zweck seiner Erforschung und der Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen aus.

(2) Die in Absatz 1 genannten Rechte sind insoweit ausschließlich, als niemand ohne ausdrückliche Zustimmung des Küstenstaats den Festlandsockel erforschen oder seine natürlichen Ressourcen ausbeuten darf, selbst wenn der Küstenstaat diese Tätigkeiten unterläßt.

(3) Die Rechte des Küstenstaats am Festlandsockel sind weder von einer tatsächlichen oder nominellen Besitzergreifung noch von einer ausdrücklichen Erklärung abhängig.

(4) Die in diesem Teil genannten natürlichen Ressourcen umfassen die mineralischen und sonstigen nichtlebenden Ressourcen des Meeresbodens und seines Untergrunds sowie die zu den seßhaften Arten gehörenden Lebewesen, das heißt solche, die im nutzbaren Stadium entweder unbeweglich auf oder unter dem Meeresboden verbleiben oder sich nur in ständigem körperlichen Kontakt mit dem Meeresboden oder seinem Untergrund fortbewegen können.

Artikel 78

Rechtsstatus der Gewässer und des Luftraums über dem Festlandsockel sowie Rechte und Freiheiten anderer Staaten

(1) Die Rechte des Küstenstaats am Festlandsockel berühren weder den Rechtsstatus der darüber befindlichen Gewässer noch den des Luftraums über diesen Gewässern.

(2) Die Ausübung der Rechte des Küstenstaats über den Festlandsockel darf die Schiffahrt sowie sonstige Rechte und Freiheiten anderer Staaten nach diesem Übereinkommen weder beeinträchtigen noch in ungerechtfertigter Weise behindern.

Artikel 79

Unterseeische Kabel und Rohrleitungen auf dem Festlandsockel

(1) Alle Staaten haben das Recht, in Übereinstimmung mit diesem Artikel auf dem Festlandsockel unterseeische Kabel und Rohrleitungen zu legen.

(2) Der Küstenstaat darf das Legen oder die Unterhaltung dieser Kabel oder Rohrleitungen nicht behindern, vorbehaltlich seines Rechts, angemessene Maßnahmen zur Erforschung des Festlandsockels, zur Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen und zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Rohrleitungen zu ergreifen.

3. The delineation of the course for the laying of such pipelines on the continental shelf is subject to the consent of the coastal State.

4. Nothing in this Part affects the right of the coastal State to establish conditions for cables or pipelines entering its territory or territorial sea, or its jurisdiction over cables and pipelines constructed or used in connection with the exploration of its continental shelf or exploitation of its resources or the operations of artificial islands, installations and structures under its jurisdiction.

5. When laying submarine cables or pipelines, States shall have due regard to cables or pipelines already in position. In particular, possibilities of repairing existing cables or pipelines shall not be prejudiced.

3. Le tracé des pipelines posés sur le plateau continental doit être agréé par l'Etat côtier.

4. Aucune disposition de la présente partie n'affecte le droit de l'Etat côtier d'établir des conditions s'appliquant aux câbles ou pipelines qui pénètrent dans son territoire ou dans sa mer territoriale, ou sa juridiction sur les câbles et pipelines installés ou utilisés dans le cadre de l'exploration de son plateau continental ou de l'exploitation de ses ressources, ou de l'exploitation d'îles artificielles, d'installations ou d'ouvrages relevant de sa juridiction.

5. Lorsqu'ils posent des câbles ou des pipelines sous-marins, les Etats tiennent dûment compte des câbles et pipelines déjà en place. Ils veillent en particulier à ne pas compromettre la possibilité de réparer ceux-ci.

(3) Die Festlegung der Trasse für das Legen solcher Rohrleitungen auf dem Festlandsockel bedarf der Zustimmung des Küstenstaats.

(4) Dieser Teil berührt nicht das Recht des Küstenstaats, Bedingungen für Kabel oder Rohrleitungen festzulegen, die in sein Hoheitsgebiet oder sein Küstenmeer führen, oder seine Hoheitsbefugnisse über Kabel und Rohrleitungen zu begründen, die im Zusammenhang mit der Erforschung seines Festlandsockels, der Ausbeutung seiner Ressourcen oder dem Betrieb von seinen Hoheitsbefugnissen unterliegenden künstlichen Inseln, Anlagen oder Bauwerken gebaut oder genutzt werden.

(5) Beim Legen unterseeischer Kabel oder Rohrleitungen nehmen die Staaten auf die bereits vorhandenen Kabel oder Rohrleitungen gebührend Rücksicht. Insbesondere dürfen die Möglichkeiten für die Reparatur vorhandener Kabel oder Rohrleitungen nicht beeinträchtigt werden.

Article 80

Artficial islands, installations and structures on the continental shelf

Article 60 applies mutatis mutandis to artificial islands, installations and structures on the continental shelf.

Article 81

Drilling on the continental shelf

The coastal State shall have the exclusive right to authorize and regulate drilling on the continental shelf for all purposes.

Article 82

Payments and contributions with respect to the exploitation of the continental shelf beyond 200 nautical miles

1. The coastal State shall make payments or contributions in kind in respect of the exploitation of the non-living resources of the continental shelf beyond 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured.

2. The payments and contributions shall be made annually with respect to all production at a site after the first five years of production at that site. For the sixth year, the rate of payment or contribution shall be 1 per cent of the value or volume of production at the site. The rate shall increase by 1 per cent for each subsequent year until the twelfth year and shall remain at 7 per cent thereafter. Production does not include resources used in connection with exploitation.

3. A developing State which is a net importer of a mineral resource produced from its continental shelf is exempt from making such payments or contributions in respect of that mineral resource.

Article 80

Iles artificielles, installations et ouvrages sur le plateau continental

L'article 60 s'applique, *mutatis mutandis*, aux îles artificielles, installations et ouvrages situés sur le plateau continental.

Article 81

Forages sur le plateau continental

L'Etat côtier a le droit exclusif d'autoriser et de réglementer les forages sur le plateau continental, quelles qu'en soient les fins.

Article 82

Contributions en espèces ou en nature au titre de l'exploitation du plateau continental au-delà de 200 milles marins

1. L'Etat côtier acquitte des contributions en espèces ou en nature au titre de l'exploitation des ressources non biologiques du plateau continental au-delà de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale.

2. Les contributions sont acquittées chaque année pour l'ensemble de la production d'un site d'exploitation donné, après les cinq premières années d'exploitation de ce site. La sixième année, le taux de contribution est de 1 p. 100 de la valeur ou du volume de la production du site d'exploitation. Ce taux augmente ensuite d'un point de pourcentage par an jusqu'à la douzième année, à partir de laquelle il reste 7 p. 100. La production ne comprend pas les ressources utilisées dans le cadre de l'exploitation.

3. Tout Etat en développement qui est importateur net d'un minéral extrait de son plateau continental est dispensé de ces contributions en ce qui concerne ce minéral.

Artikel 80

Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke auf dem Festlandsockel

Artikel 60 gilt sinngemäß für künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke auf dem Festlandsockel.

Artikel 81

Bohrarbeiten auf dem Festlandsockel

Der Küstenstaat hat das ausschließliche Recht, Bohrarbeiten auf dem Festlandsockel für alle Zwecke zu genehmigen und zu regeln.

Artikel 82

Zahlungen und Leistungen aus der Ausbeutung des Festlandsockels jenseits von 200 Seemeilen

(1) Der Küstenstaat erbringt Zahlungen oder Sachleistungen im Zusammenhang mit der Ausbeutung der nichtlebenden Ressourcen des Festlandsockels jenseits von 200 Seemeilen von den Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird.

(2) Die Zahlungen und Leistungen erfolgen jährlich aus der gesamten Produktion einer Abbaustätte, nachdem die ersten fünf Jahre des Abbaus an dieser Stätte abgelaufen sind. Für das sechste Jahr beträgt der Satz der Zahlungen oder Leistungen 1 Prozent des Wertes oder des Umfangs der Produktion dieser Abbaustätte. Dieser Satz erhöht sich in jedem folgenden Jahr um 1 Prozent bis zum zwölften Jahr und verbleibt danach bei 7 Prozent. Ressourcen, die im Zusammenhang mit der Ausbeutung verwendet werden, gehören nicht zur Produktion.

(3) Ein Entwicklungsstaat, der Nettoimporteur einer von seinem Festlandsockel gewonnenen mineralischen Ressource ist, ist von solchen Zahlungen oder Leistungen in bezug auf diese mineralische Ressource befreit.

4. The payments or contributions shall be made through the Authority, which shall distribute them to States Parties to this Convention, on the basis of equitable sharing criteria, taking into account the interests and needs of developing States, particularly the least developed and the land-locked among them.

Article 83

Delimitation of the continental shelf between States with opposite or adjacent coasts

1. The delimitation of the continental shelf between States with opposite or adjacent coasts shall be effected by agreement on the basis of international law, as referred to in Article 38 of the Statute of the International Court of Justice, in order to achieve an equitable solution.

2. If no agreement can be reached within a reasonable period of time, the States concerned shall resort to the procedures provided for in Part XV.

3. Pending agreement as provided for in paragraph 1, the States concerned, in a spirit of understanding and co-operation, shall make every effort to enter into provisional arrangements of a practical nature and, during this transitional period, not to jeopardize or hamper the reaching of the final agreement. Such arrangements shall be without prejudice to the final delimitation.

4. Where there is an agreement in force between the States concerned, questions relating to the delimitation of the continental shelf shall be determined in accordance with the provisions of that agreement.

Article 84

Charts and lists of geographical co-ordinates

1. Subject to this Part, the outer limit lines of the continental shelf and the lines of delimitation drawn in accordance with article 83 shall be shown on charts of a scale or scales adequate for ascertaining their position. Where appropriate, lists of geographical co-ordinates of points, specifying the geodetic datum, may be substituted for such outer limit lines or lines of delimitation.

2. The coastal State shall give due publicity to such charts or lists of geographical co-ordinates and shall deposit a copy of each such chart or list with the Secretary-General of the United Nations and, in the case of those showing the outer limit lines of the continental shelf, with the Secretary-General of the Authority.

Article 85

Tunnelling

This Part does not prejudice the right of the coastal State to exploit the subsoil by

4. Les contributions s'effectuent par le canal de l'Autorité, qui les répartit entre les Etats Parties selon des critères de partage équitables, compte tenu des intérêts et besoins des Etats en développement, en particulier des Etats en développement les moins avancés ou sans littoral.

Article 83

Délimitation du plateau continental entre Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face

1. La délimitation du plateau continental entre Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face est effectuée par voie d'accord conformément au droit international tel qu'il est visé à l'article 38 du Statut de la Cour internationale de Justice, afin d'aboutir à une solution équitable.

2. S'ils ne parviennent pas à un accord dans un délai raisonnable, les Etats concernés ont recours aux procédures prévues à la partie XV.

3. En attendant la conclusion de l'accord visé au paragraphe 1, les Etats concernés, dans un esprit de compréhension et de coopération, font tout leur possible pour conclure des arrangements provisoires de caractère pratique et pour ne pas compromettre ou entraver pendant cette période de transition la conclusion de l'accord définitif. Les arrangements provisoires sont sans préjudice de la délimitation finale.

4. Lorsqu'un accord est en vigueur entre les Etats concernés, les questions relatives à la délimitation du plateau continental sont réglées conformément à cet accord.

Article 84

Cartes marines et listes des coordonnées géographiques

1. Sous réserve de la présente partie, les limites extérieures du plateau continental et les lignes de délimitation tracées conformément à l'article 83 sont indiquées sur des cartes marines à l'échelle appropriée pour en déterminer l'emplacement. Le cas échéant, le tracé de ces limites extérieures ou lignes de délimitation peut être remplacé par des listes des coordonnées géographiques de points précisant le système géodésique utilisé.

2. L'Etat côtier donne la publicité voulue aux cartes ou listes des coordonnées géographiques et en dépose un exemplaire auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies et, dans le cas de celles indiquant l'emplacement de la limite extérieure du plateau continental, auprès du Secrétaire général de l'Autorité.

Article 85

Creusement de galeries

La présente partie ne porte pas atteinte au droit qu'a l'Etat côtier d'exploiter le

(4) Die Zahlungen oder Leistungen erfolgen über die Behörde; diese verteilt sie an die Vertragsstaaten nach gerechten Verteilungsmaßstäben unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, insbesondere der am wenigsten entwickelten und der Binnenstaaten unter ihnen.

Artikel 83

Abgrenzung des Festlandsockels zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten

(1) Die Abgrenzung des Festlandsockels zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten erfolgt durch Übereinkunft auf der Grundlage des Völkerrechts im Sinne des Artikels 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs, um eine der Billigkeit entsprechende Lösung zu erzielen.

(2) Kommt innerhalb einer angemessenen Frist keine Übereinkunft zustande, so nehmen die beteiligten Staaten die in Teil XV vorgesehenen Verfahren in Anspruch.

(3) Bis zum Abschluß der in Absatz 1 vorgesehenen Übereinkunft bemühen sich die beteiligten Staaten nach besten Kräften und im Geist der Verständigung und Zusammenarbeit, vorläufige Vereinbarungen praktischer Art zu treffen und während dieser Übergangszeit die Erzielung der endgültigen Übereinkunft nicht zu gefährden oder zu verhindern. Diese Vereinbarungen lassen die endgültige Abgrenzung unberührt.

(4) Ist zwischen den beteiligten Staaten eine Übereinkunft in Kraft, so werden Fragen der Abgrenzung des Festlandsockels in Übereinstimmung mit dieser Übereinkunft geregelt.

Artikel 84

Seekarten und Verzeichnisse geographischer Koordinaten

(1) Vorbehaltlich dieses Teiles werden die äußeren Grenzlinien des Festlandsockels und die in Übereinstimmung mit Artikel 83 gezogenen Abgrenzungslinien in Seekarten eingetragen, deren Maßstab oder Maßstäbe zur genauen Feststellung ihres Verlaufs ausreichen. Gegebenenfalls können statt dieser äußeren Grenzlinien oder Abgrenzungslinien auch Verzeichnisse der geographischen Koordinaten von Punkten unter genauer Angabe der geodätischen Daten verwendet werden.

(2) Der Küstenstaat veröffentlicht diese Seekarten oder Verzeichnisse geographischer Koordinaten ordnungsgemäß und hinterlegt jeweils eine Ausfertigung davon beim Generalsekretär der Vereinten Nationen und, sofern die äußeren Grenzlinien des Festlandsockels darauf eingetragen sind, beim Generalsekretär der Behörde.

Artikel 85

Anlage von Tunneln

Dieser Teil berührt nicht das Recht des Küstenstaats, den Meeresuntergrund unab-

means of tunnelling, irrespective of the depth of water above the subsoil.

sous-sol en creusant des galeries, quelle que soit la profondeur des eaux à l'endroit considéré.

hängig von der Tiefe des darüber befindlichen Wassers durch Anlage von Tunneln zu nutzen.

Part VII
High seas

Section 1
General provisions

Article 86
Application of the provisions of this Part

The provisions of this Part apply to all parts of the sea that are not included in the exclusive economic zone, in the territorial sea or in the internal waters of a State, or in the archipelagic waters of an archipelagic State. This article does not entail any abridgement of the freedoms enjoyed by all States in the exclusive economic zone in accordance with article 58.

Partie VII
Haute mer

Section 1
Dispositions générales

Article 86
Champ d'application de la présente partie

La présente partie s'applique à toutes les parties de la mer qui ne sont comprises ni dans la zone économique exclusive, la mer territoriale ou les eaux intérieures d'un Etat, ni dans les eaux archipélagiques d'un Etat archipel. Le présent article ne restreint en aucune manière les libertés dont jouissent tous les Etats dans la zone économique exclusive en vertu de l'article 58.

Teil VII
Hohe See

Abschnitt 1
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 86
Anwendung dieses Teiles

Dieser Teil gilt für alle Teile des Meeres, die nicht zur ausschließlichen Wirtschaftszone, zum Küstenmeer oder zu den inneren Gewässern eines Staates oder zu den Archipelgewässern eines Archipelstaats gehören. Dieser Artikel hat keinesfalls Beschränkungen der Freiheiten zur Folge, die alle Staaten in Übereinstimmung mit Artikel 58 in der ausschließlichen Wirtschaftszone genießen.

Article 87
Freedom of the high seas

1. The high seas are open to all States, whether coastal or land-locked. Freedom of the high seas is exercised under the conditions laid down by this Convention and by other rules of international law. It comprises, inter alia, both for coastal and land-locked States:

(a) freedom of navigation;

(b) freedom of overflight;

(c) freedom to lay submarine cables and pipelines, subject to Part VI;

(d) freedom to construct artificial islands and other installations permitted under international law, subject to Part VI;

(e) freedom of fishing, subject to the conditions laid down in section 2;

(f) freedom of scientific research, subject to Parts VI and XIII.

2. These freedoms shall be exercised by all States with due regard for the interests of other States in their exercise of the freedom of the high seas, and also with due regard for the rights under this Convention with respect to activities in the Area.

Article 87
Liberté de la haute mer

1. La haute mer est ouverte à tous les Etats, qu'ils soient côtiers ou sans littoral. La liberté de la haute mer s'exerce dans les conditions prévues par les dispositions de la Convention et les autres règles du droit international. Elle comporte notamment pour les Etats, qu'ils soient côtiers ou sans littoral:

a) la liberté de navigation;

b) la liberté de survol;

c) la liberté de poser des câbles et des pipelines sous-marins, sous réserve de la partie VI;

d) la liberté de construire des îles artificielles et autres installations autorisées par le droit international, sous réserve de la partie VI;

e) la liberté de la pêche, sous réserve des conditions énoncées à la section 2;

f) la liberté de la recherche scientifique, sous réserve des parties VI et XIII.

2. Chaque Etat exerce ces libertés en tenant dûment compte de l'intérêt que présente l'exercice de la liberté de la haute mer pour les autres Etats, ainsi que des droits reconnus par la Convention concernant les activités menées dans la zone.

Artikel 87
Freiheit der Hohen See

(1) Die Hohe See steht allen Staaten, ob Küsten- oder Binnenstaaten, offen. Die Freiheit der Hohen See wird gemäß den Bedingungen dieses Übereinkommens und den sonstigen Regeln des Völkerrechts ausgeübt. Sie umfaßt für Küsten- und Binnenstaaten unter anderem

a) die Freiheit der Schiffahrt,

b) die Freiheit des Überflugs,

c) die Freiheit, vorbehaltlich des Teiles VI, unterseeische Kabel und Rohrleitungen zu legen,

d) die Freiheit, vorbehaltlich des Teiles VI, künstliche Inseln und andere nach dem Völkerrecht zulässige Anlagen zu errichten,

e) die Freiheit der Fischerei unter den Bedingungen des Abschnitts 2,

f) die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung vorbehaltlich der Teile VI und XIII.

(2) Diese Freiheiten werden von jedem Staat unter gebührender Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten an der Ausübung der Freiheit der Hohen See sowie der Rechte ausgeübt, die dieses Übereinkommen im Hinblick auf die Tätigkeiten im Gebiet vorsieht.

Article 88
Reservation of the high seas for peaceful purposes

The high seas shall be reserved for peaceful purposes.

Article 88
Affectation de la haute mer à des fins pacifiques

La haute mer est affectée à des fins pacifiques.

Artikel 88
Bestimmung der Hohen See für friedliche Zwecke

Die Hohe See ist friedlichen Zwecken vorbehalten.

Article 89

Invalidity of claims of sovereignty over the high seas

No State may validly purport to subject any part of the high seas to its sovereignty.

Article 89

Illégitimité des revendications de souveraineté sur la haute mer

Aucun Etat ne peut légitimement prétendre soumettre une partie quelconque de la haute mer à sa souveraineté.

Artikel 89

Ungültigkeit von Souveränitätsansprüchen über die Hohe See

Kein Staat darf den Anspruch erheben, irgendeinen Teil der Hohen See seiner Souveränität zu unterstellen.

Article 90

Right of navigation

Every State, whether coastal or landlocked, has the right to sail ships flying its flag on the high seas.

Article 90

Droit de navigation

Tout Etat, qu'il soit côtier ou sans littoral, a le droit de faire naviguer en haute mer des navires battant son pavillon.

Artikel 90

Recht der Schiffahrt

Jeder Staat, ob Küsten- oder Binnenstaat, hat das Recht, Schiffe, die seine Flagge führen, auf der Hohen See fahren zu lassen.

Article 91

Nationality of ships

1. Every State shall fix the conditions for the grant of its nationality to ships, for the registration of ships in its territory, and for the right to fly its flag. Ships have the nationality of the State whose flag they are entitled to fly. There must exist a genuine link between the State and the ship.

2. Every State shall issue to ships to which it has granted the right to fly its flag documents to that effect.

Article 91

Nationalité des navires

1. Chaque Etat fixe les conditions auxquelles il soumet l'attribution de sa nationalité aux navires, les conditions d'immatriculation des navires sur son territoire et les conditions requises pour qu'ils aient le droit de battre son pavillon. Les navires possèdent la nationalité de l'Etat dont ils sont autorisés à battre le pavillon. Il doit exister un lien substantiel entre l'Etat et le navire.

2. Chaque Etat délivre aux navires auxquels il a accordé le droit de battre son pavillon des documents à cet effet.

Artikel 91

Staatszugehörigkeit der Schiffe

(1) Jeder Staat legt die Bedingungen fest, zu denen er Schiffen seine Staatszugehörigkeit gewährt, sie in seinem Hoheitsgebiet in das Schiffsregister einträgt und ihnen das Recht einräumt, seine Flagge zu führen. Schiffe besitzen die Staatszugehörigkeit des Staates, dessen Flagge zu führen sie berechtigt sind. Zwischen dem Staat und dem Schiff muß eine echte Verbindung bestehen.

(2) Jeder Staat stellt den Schiffen, denen er das Recht einräumt, seine Flagge zu führen, entsprechende Dokumente aus.

Article 92

Status of ships

1. Ships shall sail under the flag of one State only and, save in exceptional cases expressly provided for in international treaties or in this Convention, shall be subject to its exclusive jurisdiction on the high seas. A ship may not change its flag during a voyage or while in a port of call, save in the case of a real transfer of ownership or change of registry.

2. A ship which sails under the flags of two or more States, using them according to convenience, may not claim any of the nationalities in question with respect to any other State, and may be assimilated to a ship without nationality.

Article 92

Condition juridique des navires

1. Les navires naviguent sous le pavillon d'un seul Etat et sont soumis, sauf dans les cas exceptionnels expressément prévus par des traités internationaux ou par la Convention, à sa juridiction exclusive en haute mer. Aucun changement de pavillon ne peut intervenir au cours d'un voyage ou d'une escale, sauf en cas de transfert réel de la propriété ou de changement d'immatriculation.

2. Un navire qui navigue sous les pavillons de plusieurs Etats, dont il fait usage à sa convenance, ne peut se prévaloir, vis-à-vis de tout Etat tiers, d'aucune de ces nationalités et peut être assimilé à un navire sans nationalité.

Artikel 92

Rechtsstellung der Schiffe

(1) Schiffe fahren unter der Flagge eines einzigen Staates und unterstehen auf Hoher See seiner ausschließlichen Hoheitsgewalt, mit Ausnahme der besonderen Fälle, die ausdrücklich in internationalen Verträgen oder in diesem Übereinkommen vorgesehen sind. Ein Schiff darf seine Flagge während einer Fahrt oder in einem angelaufenen Hafen nicht wechseln, außer im Fall eines tatsächlichen Eigentumsübergangs oder eines Wechsels des Registers.

(2) Ein Schiff, das unter den Flaggen von zwei oder mehr Staaten fährt, von denen es nach Belieben Gebrauch macht, kann keine dieser Staatszugehörigkeiten gegenüber dritten Staaten geltend machen; es kann einem Schiff ohne Staatszugehörigkeit gleichgestellt werden.

Article 93

Ships flying the flag of the United Nations, its specialized agencies and the International Atomic Energy Agency

The preceding articles do not prejudice the question of ships employed on the official service of the United Nations, its specialized agencies or the International Atomic Energy Agency, flying the flag of the organization.

Article 93

Navires battant le pavillon de l'Organisation des Nations Unies, des institutions spécialisées des Nations Unies ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique

Les articles précédents ne préjugent en rien la question des navires affectés au service officiel de l'Organisation des Nations Unies, de ses institutions spécialisées ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique battant pavillon de l'Organisation.

Artikel 93

Schiffe, welche die Flagge der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation führen

Durch die vorstehenden Artikel wird die Frage der Schiffe, die im Dienst der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation stehen und deren Flagge führen, nicht berührt.

Article 94

Duties of the flag State

1. Every State shall effectively exercise its jurisdiction and control in administrative,

Article 94

Obligations de l'Etat du pavillon

1. Tout Etat exerce effectivement sa juridiction et son contrôle dans les domaines

Artikel 94

Pflichten des Flaggenstaats

(1) Jeder Staat übt seine Hoheitsgewalt und Kontrolle in verwaltungsmäßigen, tech-

technical and social matters over ships flying its flag.

2. In particular every State shall:

(a) maintain a register of ships containing the names and particulars of ships flying its flag, except those which are excluded from generally accepted international regulations on account of their small size; and

(b) assume jurisdiction under its internal law over each ship flying its flag and its master, officers and crew in respect of administrative, technical and social matters concerning the ship.

3. Every State shall take such measures for ships flying its flag as are necessary to ensure safety at sea with regard, inter alia, to:

(a) the construction, equipment and seaworthiness of ships;

(b) the manning of ships, labour conditions and the training of crews, taking into account the applicable international instruments;

(c) the use of signals, the maintenance of communications and the prevention of collisions.

4. Such measures shall include those necessary to ensure:

(a) that each ship, before registration and thereafter at appropriate intervals, is surveyed by a qualified surveyor of ships, and has on board such charts, nautical publications and navigational equipment and instruments as are appropriate for the safe navigation of the ship;

(b) that each ship is in the charge of a master and officers who possess appropriate qualifications, in particular in seamanship, navigation, communications and marine engineering, and that the crew is appropriate in qualification and numbers for the type, size, machinery and equipment of the ship;

(c) that the master, officers and, to the extent appropriate, the crew are fully conversant with and required to observe the applicable international regulations concerning the safety of life at sea, the prevention of collisions, the prevention, reduction and control of marine pollution, and the maintenance of communications by radio.

5. In taking the measures called for in paragraphs 3 and 4 each State is required

administratif, technique et social sur les navires battant son pavillon.

2. En particulier tout Etat

a) tient un registre maritime où figurent les noms et les caractéristiques des navires battant son pavillon, à l'exception de ceux qui, du fait de leur petite taille, ne sont pas visés par la réglementation internationale généralement acceptée;

b) exerce sa juridiction conformément à son droit interne sur tout navire battant son pavillon, ainsi que sur le capitaine, les officiers et l'équipage pour les questions d'ordre administratif, technique et social concernant le navire.

3. Tout Etat prend à l'égard des navires battant son pavillon les mesures nécessaires pour assurer la sécurité en mer, notamment en ce qui concerne

a) la construction et l'équipement du navire et sa navigabilité;

b) la composition, les conditions de travail et la formation des équipages, en tenant compte des instruments internationaux applicables;

c) l'emploi des signaux, le bon fonctionnement des communications et la prévention des abordages.

4. Ces mesures comprennent celles qui sont nécessaires pour s'assurer que:

a) tout navire est inspecté, avant son inscription au registre et, ultérieurement, à des intervalles appropriés, par un inspecteur maritime qualifié, et qu'il a à son bord les cartes maritimes, les publications nautiques ainsi que le matériel et les instruments de navigation que requiert la sécurité de la navigation;

b) tout navire est confié à un capitaine et à des officiers possédant les qualifications voulues, en particulier en ce qui concerne la manœuvre, la navigation, les communications et la conduite des machines, et que l'équipage possède les qualifications voulues et est suffisamment nombreux eu égard au type, à la dimension, à la machinerie et à l'équipement du navire;

c) le capitaine, les officiers et, dans la mesure du nécessaire, l'équipage connaissent parfaitement et sont tenus de respecter les règles internationales applicables concernant la sauvegarde de la vie humaine en mer, la prévention des abordages, la prévention, la réduction et la maîtrise de la pollution et le maintien des services de radiocommunication.

5. Lorsqu'il prend les mesures visées aux paragraphes 3 et 4, chaque Etat est tenu de

nischen und sozialen Angelegenheiten über die seine Flagge führenden Schiffe wirksam aus.

(2) Insbesondere hat jeder Staat

a) ein Schiffsregister zu führen, das die Namen und Einzelheiten der seine Flagge führenden Schiffe enthält, mit Ausnahme derjenigen Schiffe, die wegen ihrer geringen Größe nicht unter die allgemein anerkannten internationalen Vorschriften fallen;

b) die Hoheitsgewalt nach seinem innerstaatlichen Recht über jedes seine Flagge führende Schiff sowie dessen Kapitän, Offiziere und Besatzung in bezug auf die das Schiff betreffenden verwaltungsmäßigen, technischen und sozialen Angelegenheiten auszuüben.

(3) Jeder Staat ergreift für die seine Flagge führenden Schiffe die Maßnahmen, die zur Gewährleistung der Sicherheit auf See erforderlich sind, unter anderem in bezug auf

a) den Bau, die Ausrüstung und die Seetüchtigkeit der Schiffe;

b) die Bemannung der Schiffe, die Arbeitsbedingungen und die Ausbildung der Besatzungen, unter Berücksichtigung der anwendbaren internationalen Übereinkünfte;

c) die Verwendung von Signalen, die Aufrechterhaltung von Nachrichtenverbindungen und die Verhütung von Zusammenstößen.

(4) Diese Maßnahmen umfassen solche, die notwendig sind, um sicherzustellen,

a) daß jedes Schiff vor der Eintragung in das Schiffsregister und danach in angemessenen Abständen von einem befähigten Schiffsbesichtiger besichtigt wird und diejenigen Seekarten, nautischen Veröffentlichungen sowie Navigationsausrüstungen und -instrumente an Bord hat, die für die sichere Fahrt des Schiffes erforderlich sind;

b) daß jedes Schiff einem Kapitän und Offizieren mit geeigneter Befähigung, insbesondere im Hinblick auf Seemannschaft, Navigation, Nachrichtenwesen und Schiffsmaschinentechnik, unterstellt ist und daß die Besatzung nach Befähigung und Anzahl dem Typ, der Größe, der Maschinenanlage und der Ausrüstung des Schiffes entspricht;

c) daß der Kapitän, die Offiziere und, soweit erforderlich, die Besatzung mit den anwendbaren internationalen Vorschriften zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, zur Verhütung von Zusammenstößen, zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Meeresverschmutzung sowie zur Unterhaltung von Funkverbindungen vollständig vertraut und verpflichtet sind, sie zu beachten.

(5) Wenn ein Staat Maßnahmen nach den Absätzen 3 und 4 ergreift, ist er ver-

to conform to generally accepted international regulations, procedures and practices and to take any steps which may be necessary to secure their observance.

6. A State which has clear grounds to believe that proper jurisdiction and control with respect to a ship have not been exercised may report the facts to the flag State. Upon receiving such a report, the flag State shall investigate the matter and, if appropriate, take any action necessary to remedy the situation.

7. Each State shall cause an inquiry to be held by or before a suitably qualified person or persons into every marine casualty or incident of navigation on the high seas involving a ship flying its flag and causing loss of life or serious injury to nationals of another State or serious damage to ships or installations of another State or to the marine environment. The flag State and the other State shall co-operate in the conduct of any inquiry held by that other State into any such marine casualty or incident of navigation.

se conformer aux règles, procédures et pratiques internationales généralement acceptées et de prendre toutes les dispositions nécessaires pour en assurer le respect.

6. Tout Etat qui a des motifs sérieux de penser que la juridiction et le contrôle appropriés sur un navire n'ont pas été exercés peut signaler les faits à l'Etat du pavillon. Une fois avisé, celui-ci procède à une enquête et prend, s'il y a lieu, les mesures nécessaires pour remédier à la situation.

7. Chaque Etat ordonne l'ouverture d'une enquête, menée par ou devant une ou plusieurs personnes dûment qualifiées, sur tout accident de mer ou incident de navigation survenu en haute mer dans lequel est impliqué un navire battant son pavillon et qui a coûté la vie ou occasionné de graves blessures à des ressortissants d'un autre Etat, ou des dommages importants à des navires ou installations d'un autre Etat ou au milieu marin. L'Etat du pavillon et l'autre Etat coopèrent dans la conduite de toute enquête menée par ce dernier au sujet d'un accident de mer ou incident de navigation de ce genre.

pflichtet, sich an die allgemein anerkannten internationalen Vorschriften, Verfahren und Gebräuche zu halten und alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um ihre Beachtung sicherzustellen.

(6) Ein Staat, der eindeutige Gründe zu der Annahme hat, daß keine ordnungsgemäße Hoheitsgewalt und Kontrolle über ein Schiff ausgeübt worden sind, kann dem Flaggenstaat die Tatsachen mitteilen. Nach Empfang einer solchen Mitteilung untersucht der Flaggenstaat die Angelegenheit und ergreift gegebenenfalls die notwendigen Abhilfemaßnahmen.

(7) Jeder Staat läßt über jeden Seeunfall oder jedes andere mit der Führung eines Schiffes zusammenhängende Ereignis auf Hoher See, an dem ein seine Flagge führendes Schiff beteiligt war und wodurch der Tod oder schwere Verletzungen von Angehörigen eines anderen Staates oder schwere Schäden an Schiffen oder Anlagen eines anderen Staates oder an der Meeresumwelt verursacht wurden, von oder vor einer entsprechend befähigten Person oder Personen eine Untersuchung durchführen. Der Flaggenstaat und der andere Staat arbeiten bei der Durchführung jeder vom letzteren vorgenommenen Untersuchung über einen solchen Seeunfall oder ein solches mit der Führung eines Schiffes zusammenhängende Ereignis zusammen.

Article 95

Immunity of warships on the high seas

Warships on the high seas have complete immunity from the jurisdiction of any State other than the flag State.

Article 95

Immunité des navires de guerre en haute mer

Les navires de guerre jouissent en haute mer de l'immunité complète de juridiction vis-à-vis de tout Etat autre que l'Etat du pavillon.

Artikel 95

Immunität von Kriegsschiffen auf Hoher See

Kriegsschiffe genießen auf Hoher See vollständige Immunität von der Hoheitsgewalt jedes anderen als des Flaggenstaats.

Article 96

Immunity of ships used only on government non-commercial service

Ships owned or operated by a State and used only on government non-commercial service shall, on the high seas, have complete immunity from the jurisdiction of any State other than the flag State.

Article 96

Immunité des navires utilisés exclusivement pour un service public non commercial

Les navires appartenant à un Etat ou exploités par lui et utilisés exclusivement pour un service public non commercial jouissent, en haute mer, de l'immunité complète de juridiction vis-à-vis de tout Etat autre que l'Etat du pavillon.

Artikel 96

Immunität von Schiffen, die im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden

Einem Staat gehörende oder von ihm eingesetzte Schiffe, die im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden, genießen auf Hoher See vollständige Immunität von der Hoheitsgewalt jedes anderen als des Flaggenstaats.

Article 97

Penal jurisdiction in matters of collision or any other incident of navigation

1. In the event of a collision or any other incident of navigation concerning a ship on the high seas, involving the penal or disciplinary responsibility of the master or of any other person in the service of the ship, no penal or disciplinary proceedings may be instituted against such person except before the judicial or administrative authorities either of the flag State or of the State of which such person is a national.

Article 97

Juridiction pénale en matière d'abordage ou en ce qui concerne tout autre incident de navigation maritime

1. En cas d'abordage ou de tout autre incident de navigation maritime en haute mer qui engage la responsabilité pénale ou disciplinaire du capitaine ou de tout autre membre du personnel du navire, il ne peut être intenté de poursuites pénales ou disciplinaires que devant les autorités judiciaires ou administratives soit de l'Etat du pavillon, soit de l'Etat dont l'intéressé a la nationalité.

Artikel 97

Strafgerichtsbarkeit in bezug auf Zusammenstöße oder andere mit der Führung eines Schiffes zusammenhängende Ereignisse

(1) Im Fall eines Zusammenstoßes oder eines anderen mit der Führung eines Schiffes zusammenhängenden Ereignisses auf Hoher See, welche die strafrechtliche oder disziplinarische Verantwortlichkeit des Kapitäns oder einer sonstigen im Dienst des Schiffes stehenden Person nach sich ziehen könnten, darf ein Straf- oder Disziplinarverfahren gegen diese Personen nur vor den Justiz- oder Verwaltungsbehörden des Flaggenstaats oder des Staates eingeleitet werden, dessen Staatsangehörigkeit die betreffende Person besitzt.

2. In disciplinary matters, the State which has issued a master's certificate or a certificate of competence or licence shall alone be competent, after due legal process, to pronounce the withdrawal of such certificates, even if the holder is not a national of the State which issued them.

3. No arrest or detention of the ship, even as a measure of investigation, shall be ordered by any authorities other than those of the flag State.

2. En matière disciplinaire, l'Etat qui a délivré un brevet de commandement ou un certificat de capacité ou permis est seul compétent pour prononcer, en respectant les voies légales, le retrait de ces titres, même si le titulaire n'a pas la nationalité de cet Etat.

3. Il ne peut être ordonné de saisie ou d'immobilisation du navire, même dans l'exécution d'actes d'instruction, par d'autres autorités que celle de l'Etat du pavillon.

(2) In Disziplinarangelegenheiten ist nur der Staat, der ein Kapitänspatent, ein Befähigungszeugnis oder eine andere Erlaubnis erteilt hat, zuständig, die Entziehung dieser Urkunden nach dem vorgeschriebenen gesetzlichen Verfahren zu erklären, auch wenn der Inhaber nicht die Staatsangehörigkeit des ausstellenden Staates besitzt.

(3) Ein Festhalten oder ein Zurückhalten des Schiffes darf, selbst zu Untersuchungszwecken, nur von den Behörden des Flaggenstaats angeordnet werden.

Article 98

Duty to render assistance

1. Every State shall require the master of a ship flying its flag, in so far as he can do so without serious danger to the ship, the crew or the passengers:

(a) to render assistance to any person found at sea in danger of being lost;

(b) to proceed with all possible speed to the rescue of persons in distress, if informed of their need of assistance, in so far as such action may reasonably be expected of him;

(c) after a collision, to render assistance to the other ship, its crew and its passengers and, where possible, to inform the other ship of the name of his own ship, its port of registry and the nearest port at which it will call.

2. Every coastal State shall promote the establishment, operation and maintenance of an adequate and effective search and rescue service regarding safety on and over the sea and, where circumstances so require, by way of mutual regional arrangements co-operate with neighbouring States for this purpose.

Article 98

Obligation de prêter assistance

1. Tout Etat exige du capitaine d'un navire battant son pavillon que, pour autant que cela lui est possible sans faire courir de risques graves au navire, à l'équipage ou aux passagers:

a) il prête assistance à quiconque est trouvé en péril en mer;

b) il se porte aussi vite que possible au secours des personnes en détresse s'il est informé qu'elles ont besoin d'assistance, dans la mesure où l'on peut raisonnablement s'attendre qu'il agisse de la sorte;

c) en cas d'abordage, il prête assistance à l'autre navire, à son équipage et à ses passagers, et, dans la mesure du possible, indique à l'autre navire le nom et le port d'enregistrement de son propre navire et le port le plus proche qu'il touchera.

2. Tous les Etats côtiers facilitent la création et le fonctionnement d'un service permanent de recherche et de sauvetage adéquat et efficace pour assurer la sécurité maritime et aérienne et, s'il y a lieu, collaborent à cette fin avec leurs voisins dans le cadre d'arrangements régionaux.

Artikel 98

Pflicht zur Hilfeleistung

(1) Jeder Staat verpflichtet den Kapitän eines seine Flagge führenden Schiffes, soweit der Kapitän ohne ernste Gefährdung des Schiffes, der Besatzung oder der Fahrgäste dazu imstande ist,

a) jeder Person, die auf See in Lebensgefahr angetroffen wird, Hilfe zu leisten;

b) so schnell wie möglich Personen in Seenot zu Hilfe zu eilen, wenn er von ihrem Hilfsbedürfnis Kenntnis erhält, soweit diese Handlung vernünftigerweise von ihm erwartet werden kann;

c) nach einem Zusammenstoß dem anderen Schiff, dessen Besatzung und dessen Fahrgästen Hilfe zu leisten und diesem Schiff nach Möglichkeit den Namen seines eigenen Schiffes, den Registerhafen und den nächsten Anlaufhafen mitzuteilen.

(2) Alle Küstenstaaten fördern die Errichtung, den Einsatz und die Unterhaltung eines angemessenen und wirksamen Such- und Rettungsdienstes, um die Sicherheit auf und über der See zu gewährleisten; sie arbeiten erforderlichenfalls zu diesem Zweck mit den Nachbarstaaten mittels regionaler Übereinkünfte zusammen.

Article 99

Prohibition of the transport of slaves

Every State shall take effective measures to prevent and punish the transport of slaves in ships authorized to fly its flag and to prevent the unlawful use of its flag for that purpose. Any slave taking refuge on board any ship, whatever its flag, shall ipso facto be free.

Article 99

Interdiction de transport d'esclaves

Tout Etat prend des mesures efficaces pour prévenir et réprimer le transport d'esclaves par les navires autorisés à battre son pavillon et pour prévenir l'usurpation de son pavillon à cette fin. Tout esclave qui se réfugie sur un navire, quel que soit son pavillon, est libre *ipso facto*.

Artikel 99

Verbot der Beförderung von Sklaven

Jeder Staat ergreift wirksame Maßnahmen, um die Beförderung von Sklaven auf Schiffen, die seine Flagge zu führen berechtigt sind, zu verhindern und zu bestrafen sowie die unrechtmäßige Verwendung seiner Flagge zu diesem Zweck zu verhindern. Jeder Sklave, der auf einem Schiff gleich welcher Flagge Zuflucht nimmt, ist ipso facto frei.

Article 100

Duty to co-operate in the repression of piracy

All States shall co-operate to the fullest possible extent in the repression of piracy on the high seas or in any other place outside the jurisdiction of any State.

Article 100

Obligation de coopérer à la répression de la piraterie

Tous les Etats coopèrent dans toute la mesure du possible à la répression de la piraterie en haute mer ou en tout autre lieu ne relevant de la juridiction d'aucun Etat.

Artikel 100

Pflicht zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Seeräuberei

Alle Staaten arbeiten in größtmöglichem Maße zusammen, um die Seeräuberei auf Hoher See oder an jedem anderen Ort zu bekämpfen, der keiner staatlichen Hoheitsgewalt untersteht.

Article 101

Definition of piracy

Piracy consists of any of the following acts:

(a) any illegal acts of violence or detention, or any act of depredation, committed for private ends by the crew or the passengers of a private ship or a private aircraft, and directed:

(i) on the high seas, against another ship or aircraft, or against persons or property on board such ship or aircraft;

(ii) against a ship, aircraft, persons or property in a place outside the jurisdiction of any State;

(b) any act of voluntary participation in the; operation of a ship or of an aircraft with knowledge of facts making it a pirate ship or aircraft;

(c) any act of inciting or of intentionally facilitating an act described in sub paragraph (a) or (b)

Article 101

Définition de la piraterie

On entend par piraterie l'un quelconque des actes suivants

a) tout acte illicite de violence ou de détention ou toute déprédation commis par l'équipage ou des passagers d'un navire ou d'un aéronef privé, agissant à des fins privées, et dirigé:

i) contre un autre navire ou aéronef, ou contre des personnes ou des biens à leur bord, en haute mer;

ii) contre un navire ou aéronef, des personnes ou des biens, dans un lieu ne relevant de la juridiction d'aucun Etat;

b) tout acte de participation volontaire à l'utilisation d'un navire ou d'un aéronef, lorsque son auteur a connaissance de faits dont il découle que ce navire ou aéronef est un navire ou aéronef pirate;

c) tout acte ayant pour but d'inciter à commettre les actes définis aux lettres a) ou b), ou commis dans l'intention de les faciliter.

Artikel 101

Definition der Seeräuberei

Seeräuberei ist jede der folgenden Handlungen:

a) jede rechtswidrige Gewalttat oder Freiheitsberaubung oder jede Plünderung, welche die Besatzung oder die Fahrgäste eines privaten Schiffes oder Luftfahrzeugs zu privaten Zwecken begehen und die gerichtet ist

i) auf Hoher See gegen ein anderes Schiff oder Luftfahrzeug oder gegen Personen oder Vermögenswerte an Bord dieses Schiffes oder Luftfahrzeugs;

ii) an einem Ort, der keiner staatlichen Hoheitsgewalt untersteht, gegen ein Schiff, ein Luftfahrzeug, Personen oder Vermögenswerte;

b) jede freiwillige Beteiligung am Einsatz eines Schiffes oder Luftfahrzeugs in Kenntnis von Tatsachen, aus denen sich ergibt, daß es ein Seeräuberschiff oder -luftfahrzeug ist;

c) jede Anstiftung zu einer unter Buchstabe a oder b bezeichneten Handlung oder jede absichtliche Erleichterung einer solchen Handlung.

Article 102

Piracy by a warship, government ship or government aircraft whose crew has mutinied

The acts of piracy, as defined in article 101, committed by a warship, government ship or government aircraft whose crew has mutinied and taken control of the ship or aircraft are assimilated to acts committed by a private ship or aircraft.

Article 102

Piraterie du fait d'un navire de guerre, d'un navire d'Etat ou d'un aéronef d'Etat dont l'équipage s'est mutiné

Les actes de piraterie, tels qu'ils sont définis à l'article 101, perpétrés par un navire de guerre, un navire d'Etat ou un aéronef d'Etat dont l'équipage mutiné s'est rendu maître sont assimilés à des actes commis par un navire ou un aéronef privé.

Artikel 102

Seeräuberei durch ein Kriegsschiff, Staatsschiff oder staatliches Luftfahrzeug, dessen Besatzung gemeutert hat

Seeräuberische Handlungen, wie in Artikel 101 definiert, die von einem Kriegsschiff, Staatsschiff oder staatlichen Luftfahrzeug begangen werden, dessen Besatzung gemeutert und die Gewalt über das Schiff oder Luftfahrzeug erlangt hat, werden den von einem privaten Schiff oder Luftfahrzeug begangenen Handlungen gleichgestellt.

Article 103

Definition of a pirate ship or aircraft

A ship or aircraft is considered a pirate ship or aircraft if it is intended by the persons in dominant control to be used for the purpose of committing one of the acts referred to in article 101. The same applies if the ship or aircraft has been used to commit any such act, so long as it remains under the control of the persons guilty of that act.

Article 103

Définition d'un navire ou d'un aéronef pirate

Sont considérés comme navires ou aéronefs pirates les navires ou aéronefs dont les personnes qui les contrôlent effectivement entendent se servir pour commettre l'un des actes visés à l'article 101. Il en est de même des navires ou aéronefs qui ont servi à commettre de tels actes tant qu'ils demeurent sous le contrôle des personnes qui s'en sont rendues coupables.

Artikel 103

Definition eines Seeräuberschiffs oder -luftfahrzeugs

Ein Schiff oder Luftfahrzeug gilt als Seeräuberschiff oder -luftfahrzeug, wenn es von den Personen, unter deren tatsächlicher Gewalt es steht, dazu bestimmt ist, zur Begehung einer Handlung nach Artikel 101 benutzt zu werden. Das gleiche gilt für ein Schiff oder Luftfahrzeug, das zur Begehung einer derartigen Handlung benutzt worden ist, solange es unter der Gewalt der Personen verbleibt, die sich dieser Handlung schuldig gemacht haben.

Article 104

Retention or loss of the nationality of a pirate ship or aircraft

A ship or aircraft may retain its nationality although it has become a pirate ship or

Article 104

Conservation ou perte de la nationalité d'un navire ou d'un aéronef pirate

Un navire ou aéronef devenu pirate peut conserver sa nationalité. La conservation

Artikel 104

Beibehaltung oder Verlust der Staatszugehörigkeit eines Seeräuberschiffs oder -luftfahrzeugs

Ein Schiff oder Luftfahrzeug kann seine Staatszugehörigkeit beibehalten, obwohl es

aircraft. The retention or loss of nationality is determined by the law of the State from which such nationality was derived.

ou la perte de la nationalité est régie par le droit interne de l'Etat qui l'a conférée.

zum Seeräuberschiff oder -luftfahrzeug geworden ist. Die Beibehaltung oder der Verlust der Staatszugehörigkeit bestimmt sich nach dem Recht des Staates, der sie gewährt hat.

Article 105

Seizure of a pirate ship or aircraft

On the high seas, or in any other place outside the jurisdiction of any State, every State may seize a pirate ship or aircraft, or a ship or aircraft taken by piracy and under the control of pirates, and arrest the persons and seize the property on board. The courts of the State which carried out the seizure may decide upon the penalties to be imposed, and may also determine the action to be taken with regard to the ships, aircraft or property, subject to the rights of third parties acting in good faith.

Article 105

Saisie d'un navire ou d'un aéronef pirate

Tout Etat peut, en haute mer ou en tout autre lieu ne relevant de la juridiction d'aucun Etat, saisir un navire ou un aéronef pirate, ou un navire ou un aéronef capturé à la suite d'un acte de piraterie et aux mains de pirates, et appréhender les personnes et saisir les biens se trouvant à bord. Les tribunaux de l'Etat qui a opéré la saisie peuvent se prononcer sur les peines à infliger, ainsi que sur les mesures à prendre en ce qui concerne le navire, l'aéronef ou les biens, réserve faite des tiers de bonne foi.

Artikel 105

Aufbringen eines Seeräuberschiffs oder -luftfahrzeugs

Jeder Staat kann auf Hoher See oder an jedem anderen Ort, der keiner staatlichen Hoheitsgewalt untersteht, ein Seeräuberschiff oder -luftfahrzeug oder ein durch Seeräuberei erbeutetes und in der Gewalt von Seeräubern stehendes Schiff oder Luftfahrzeug aufbringen, die Personen an Bord des Schiffes oder Luftfahrzeugs festnehmen und die dort befindlichen Vermögenswerte beschlagnahmen. Die Gerichte des Staates, der das Schiff oder Luftfahrzeug aufgebracht hat, können über die zu verhängenden Strafen entscheiden sowie die Maßnahmen festlegen, die hinsichtlich des Schiffes, des Luftfahrzeugs oder der Vermögenswerte zu ergreifen sind, vorbehaltlich der Rechte gutgläubiger Dritter.

Article 106

Liability for seizure without adequate grounds

Where the seizure of a ship or aircraft on suspicion of piracy has been effected without adequate grounds, the State making the seizure shall be liable to the State the nationality of which is possessed by the ship or aircraft for any loss or damage caused by the seizure.

Article 106

Responsabilité en cas de saisie arbitraire

Lorsque la saisie d'un navire ou aéronef suspect de piraterie a été effectuée sans motif suffisant, l'Etat qui y a procédé est responsable vis-à-vis de l'Etat dont le navire ou l'aéronef a la nationalité de toute perte ou de tout dommage causé de ce fait.

Artikel 106

Haftung für Aufbringen ohne hinreichenden Grund

Erfolgte das Aufbringen eines der Seeräuberei verdächtigen Schiffes oder Luftfahrzeugs ohne hinreichenden Grund, so haftet der aufbringende Staat dem Staat, dessen Zugehörigkeit das Schiff oder Luftfahrzeug besitzt, für jeden durch das Aufbringen verursachten Verlust oder Schaden.

Article 107

Ships and aircraft which are entitled to seize on account of piracy

A seizure on account of piracy may be carried out only by warships or military aircraft, or other ships or aircraft clearly marked and identifiable as being on government service and authorized to that effect.

Article 107

Navires et aéronefs habilités à effectuer une saisie pour raison de piraterie

Seuls les navires de guerre ou aéronefs militaires, ou les autres navires ou aéronefs qui portent des marques extérieures indiquant clairement qu'ils sont affectés à un service public et qui sont autorisés à cet effet, peuvent effectuer une saisie pour cause de piraterie.

Artikel 107

Schiffe und Luftfahrzeuge, die zum Aufbringen wegen Seeräuberei berechtigt sind

Ein Aufbringen wegen Seeräuberei darf nur von Kriegsschiffen oder Militärluftfahrzeugen oder von anderen Schiffen oder Luftfahrzeugen vorgenommen werden, die deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet und als solche erkennbar sind und die hierzu befugt sind.

Article 108

Illicit traffic in narcotic drugs or psychotropic substances

1. All States shall co-operate in the suppression of illicit traffic in narcotic drugs and psychotropic substances engaged in by ships on the high seas contrary to international conventions.

2. Any State which has reasonable grounds for believing that a ship flying its flag is engaged in illicit traffic in narcotic drugs or psychotropic substances may request the co-operation of other States to suppress such traffic.

Article 108

Trafic illicite de stupéfiants et de substances psychotropes

1. Tous les Etats coopèrent à la répression du trafic illicite de stupéfiants et de substances psychotropes auquel se livrent, en violation des conventions internationales, des navires naviguant en haute mer.

2. Tout Etat qui a de sérieuses raisons de penser qu'un navire battant son pavillon se livre au trafic illicite de stupéfiants ou de substances psychotropes peut demander la coopération d'autres Etats pour mettre fin à ce trafic.

Artikel 108

Unerlaubter Verkehr mit Suchtstoffen oder psychotropen Stoffen

(1) Alle Staaten arbeiten bei der Bekämpfung des unerlaubten Verkehrs mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen zusammen, an dem Schiffe auf Hoher See unter Verletzung internationaler Übereinkünfte beteiligt sind.

(2) Jeder Staat, der begründeten Anlaß zu der Annahme hat, daß ein seine Flagge führendes Schiff am unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen oder psychotropen Stoffen beteiligt ist, kann andere Staaten um Zusammenarbeit zur Unterbindung dieses Verkehrs ersuchen.

Article 109

Unauthorized broadcasting from the high seas

1. All States shall co-operate in the suppression of unauthorized broadcasting from the high seas.

2. For the purposes of this Convention, "unauthorized broadcasting" means the transmission of sound radio or television broadcasts from a ship or installation on the high seas intended for reception by the general public contrary to international regulations, but excluding the transmission of distress calls.

3. Any person engaged in unauthorized broadcasting may be prosecuted before the court of:

(a) the flag State of the ship;

(b) the State of registry of the installation;

(c) the State of which the person is a national;

(d) any State where the transmissions can be received; or

(e) any State where authorized radio communication is suffering interference.

4. On the high seas, a State having jurisdiction in accordance with paragraph 3 may, in conformity with article 110, arrest any person or ship engaged in unauthorized broadcasting and seize the broadcasting apparatus.

Article 109

Emissions non autorisées diffusées depuis la haute mer

1. Tous les Etats coopèrent à la répression des émissions non autorisées diffusées depuis la haute mer.

2. Aux fins de la Convention, on entend par «émissions non autorisées» les émissions de radio ou de télévision diffusées à l'intention du grand public depuis un navire ou une installation en haute mer en violation des règlements internationaux, à l'exclusion de la transmission des appels de détresse.

3. Toute personne qui diffuse des émissions non autorisées peut être poursuivie devant les tribunaux de

a) l'Etat du pavillon du navire émetteur;

b) l'Etat d'immatriculation de l'installation;

c) l'Etat dont la personne en question est ressortissante;

d) tout Etat où les émissions peuvent être captées; ou

e) tout Etat dont les radiocommunications autorisées sont brouillées par ces émissions.

4. En haute mer, un Etat ayant juridiction conformément au paragraphe 3 peut, en conformité avec l'article 110, arrêter toute personne ou immobiliser tout navire qui diffuse des émissions non autorisées et saisir le matériel d'émission.

Artikel 109

Nicht genehmigte Rundfunksendungen von Hoher See aus

(1) Alle Staaten arbeiten bei der Bekämpfung nicht genehmigter Rundfunksendungen von der Hohen See aus zusammen.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „nicht genehmigte Rundfunksendungen" die Übertragung von Hörfunk- oder Fernsehsendungen zum Empfang durch die Allgemeinheit von einem Schiff oder einer Anlage auf Hoher See aus unter Verletzung internationaler Vorschriften, jedoch ausschließlich der Übermittlung von Notrufen.

(3) Wer nicht genehmigte Rundfunksendungen verbreitet, kann gerichtlich verfolgt werden

a) vom Flaggenstaat des Schiffes;

b) vom Staat, in dem die Anlage eingetragen ist;

c) vom Staat, dessen Angehöriger die betreffende Person ist;

d) von jedem Staat, in dem die Sendungen empfangen werden können, oder

e) von jedem Staat, in dem genehmigte Funkverbindungen dadurch gestört werden.

(4) Auf Hoher See kann ein Staat, der nach Absatz 3 Gerichtsbarkeit hat, in Übereinstimmung mit Artikel 110 alle Personen festnehmen oder alle Schiffe festhalten, die nicht genehmigte Rundfunksendungen verbreiten, und das Sendegerät beschlagnahmen.

Article 110

Right of visit

1. Except where acts of interference derive from powers conferred by treaty, a warship which encounters on the high seas a foreign ship, other than a ship entitled to complete immunity in accordance with articles 95 and 96, is not justified in boarding it unless there is reasonable ground for suspecting that:

(a) the ship is engaged in piracy;

(b) the ship is engaged in the slave trade;

(c) the ship is engaged in unauthorized broadcasting and the flag State of the warship has jurisdiction under article 109;

(d) the ship is without nationality; or

(e) though flying a foreign flag or refusing to show its flag, the ship is, in reality, of the same nationality as the warship.

2. In the cases provided for in paragraph 1, the warship may proceed to verify the ship's right to fly its flag. To this end, it may send a boat under the command of an officer to the suspected ship. If suspicion remains after the documents have been

Article 110

Droit de visite

1. Sauf dans les cas où l'intervention procède de pouvoirs conférés par traité, un navire de guerre qui croise en haute mer un navire étranger, autre qu'un navire jouissant de l'immunité prévue aux articles 95 et 96, ne peut l'arraisonner que s'il a de sérieuses raisons de soupçonner que ce navire:

a) se livre à la piraterie;

b) se livre au transport d'esclaves;

c) sert à des émissions non autorisées, l'Etat du pavillon du navire de guerre ayant juridiction en vertu de l'article 109;

d) est sans nationalité; ou

e) a en réalité la même nationalité que le navire de guerre, bien qu'il batte pavillon étranger ou refuse d'arborer son pavillon.

2. Dans les cas visés au paragraphe 1, le navire de guerre peut procéder à la vérification des titres autorisant le port du pavillon. A cette fin, il peut dépêcher une embarcation, sous le commandement d'un officier, auprès du navire suspect. Si, après vérifica-

Artikel 110

Recht zum Betreten

(1) Abgesehen von den Fällen, in denen ein Eingreifen auf vertraglich begründeten Befugnissen beruht, darf ein Kriegsschiff, das auf Hoher See einem fremden Schiff begegnet, ausgenommen ein Schiff, das nach den Artikeln 95 und 96 vollständige Immunität genießt, dieses nur anhalten, wenn begründeter Anlaß für den Verdacht besteht, daß

a) das Schiff Seeräuberei betreibt;

b) das Schiff Sklavenhandel betreibt;

c) das Schiff nicht genehmigte Rundfunksendungen verbreitet und der Flaggenstaat des Kriegsschiffs nach Artikel 109 Gerichtsbarkeit hat;

d) das Schiff keine Staatszugehörigkeit besitzt oder

e) das Schiff, obwohl es eine fremde Flagge führt oder sich weigert, seine Flagge zu zeigen, in Wirklichkeit dieselbe Staatszugehörigkeit wie das Kriegsschiff besitzt.

(2) In den in Absatz 1 vorgesehenen Fällen kann das Kriegsschiff die Berechtigung des Schiffes zur Flaggenführung überprüfen. Zu diesem Zweck kann es ein Boot unter dem Kommando eines Offiziers zu dem verdächtigen Schiff entsenden. Bleibt

checked, it may proceed to a further examination on board the ship, which must be carried out with all possible consideration.

3. If the suspicions prove to be unfounded, and provided that the ship boarded has not committed any act justifying them, it shall be compensated for any loss or damage that may have been sustained.

4. These provisions apply mutatis mutandis to military aircraft.

5. These provisions also apply to any other duly authorized ships or aircraft clearly marked and identifiable as being on government service.

Article 111

Right of hot pursuit

1. The hot pursuit of a foreign ship may be undertaken when the competent authorities of the coastal State have good reason to believe that the ship has violated the laws and regulations of that State. Such pursuit must be commenced when the foreign ship or one of its boats is within the internal waters, the archipelagic waters, the territorial sea or the contiguous zone of the pursuing State, and may only be continued outside the territorial sea or the contiguous zone if the pursuit has not been interrupted. It is not necessary that, at the time when the foreign ship within the territorial sea or the contiguous zone receives the order to stop, the ship giving the order should likewise be within the territorial sea or the contiguous zone. If the foreign ship is within a contiguous zone, as defined in article 33, the pursuit may only be undertaken if there has been a violation of the rights for the protection of which the zone was established.

2. The right of hot pursuit shall apply mutatis mutandis to violations in the exclusive economic zone or on the continental shelf, including safety zones around continental shelf installations, of the laws and regulations of the coastal State applicable in accordance with this Convention to the exclusive economic zone or the continental shelf, including such safety zones.

3. The right of hot pursuit ceases as soon as the ship pursued enters the territorial sea of its own State or of a third State.

4. Hot pursuit is not deemed to have begun unless the pursuing ship has satisfied itself by such practicable means as may be available that the ship pursued or one of its boats or other craft working as a team and using the ship pursued as a mother ship is within the limits of the territorial sea, or, as

tion des documents, les soupçons subsistent, il peut poursuivre l'examen à bord du navire, en agissant avec tous les égards possibles.

3. Si les soupçons se révèlent dénués de fondement, le navire arraisonné est indemnisé de toute perte ou de tout dommage éventuel, à condition qu'il n'ait commis aucun acte le rendant suspect.

4. Les présentes dispositions s'appliquent *mutatis mutandis* aux aéronefs militaires.

5. Les présentes dispositions s'appliquent également à tous autres navires ou aéronefs dûment autorisés et portant des marques extérieures indiquant clairement qu'ils sont affectés à un service public.

Article 111

Droit de poursuite

1. La poursuite d'un navire étranger peut être engagée si les autorités compétentes de l'Etat côtier ont de sérieuses raisons de penser que ce navire a contrevenu aux lois et règlements de cet Etat. Cette poursuite doit commencer lorsque le navire étranger ou une de ses embarcations se trouve dans les eaux intérieures, dans les eaux archipélagiques, dans la mer territoriale ou dans la zone contiguë de l'Etat poursuivant, et ne peut être continuée au-delà des limites de la mer territoriale ou de la zone contiguë qu'à la condition de ne pas avoir été interrompue. Il n'est pas nécessaire que le navire qui ordonne de stopper au navire étranger naviguant dans la mer territoriale ou dans la zone contiguë s'y trouve également au moment de la réception de l'ordre par le navire visé. Si le navire étranger se trouve dans la zone contiguë, définie à l'article 33, la poursuite ne peut être engagée que s'il a violé des droits que l'institution de cette zone a pour objet de protéger.

2. Le droit de poursuite s'applique *mutatis mutandis* aux infractions aux lois et règlements de l'Etat côtier applicables, conformément à la Convention, à la zone économique exclusive ou au plateau continental, y compris les zones de sécurité entourant les installations situées sur le plateau continental, si ces infractions ont été commises dans les zones mentionnées.

3. Le droit de poursuite cesse dès que le navire poursuivi entre dans la mer territoriale de l'Etat dont il relève ou d'un autre Etat.

4. La poursuite n'est considérée comme commencée que si le navire poursuivant s'est assuré, par tous les moyens utilisables dont il dispose, que le navire poursuivi ou l'une de ses embarcations ou d'autres embarcations fonctionnant en équipe et utilisant le navire poursuivi comme navire gigo-

der Verdacht nach Prüfung der Dokumente bestehen, so kann es eine weitere Untersuchung an Bord des Schiffes vornehmen, die so rücksichtsvoll wie möglich durchzuführen ist.

(3) Erweist sich der Verdacht als unbegründet und hat das angehaltene Schiff keine den Verdacht rechtfertigende Handlung begangen, so ist ihm jeder Verlust oder Schaden zu ersetzen.

(4) Diese Bestimmungen gelten sinngemäß für Militärluftfahrzeuge.

(5) Diese Bestimmungen gelten auch für jedes andere ordnungsgemäß befugte Schiff oder Luftfahrzeug, das deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet und als solches erkennbar ist.

Artikel 111

Recht der Nacheile

(1) Die Nacheile nach einem fremden Schiff kann vorgenommen werden, wenn die zuständigen Behörden des Küstenstaats guten Grund zu der Annahme haben, daß das Schiff gegen die Gesetze und sonstigen Vorschriften dieses Staates verstoßen hat. Diese Nacheile muß beginnen, solange sich das fremde Schiff oder eines seiner Boote innerhalb der inneren Gewässer, der Archipelgewässer, des Küstenmeers oder der Anschlußzone des nacheilenden Staates befindet, und darf außerhalb des Küstenmeers oder der Anschlußzone nur dann fortgesetzt werden, wenn sie nicht unterbrochen wurde. Ein Schiff, das ein innerhalb des Küstenmeers oder der Anschlußzone fahrendes fremdes Schiff zum Stoppen auffordert, muß sich zum Zeitpunkt, in dem das fremde Schiff diese Aufforderung erhält, nicht selbst innerhalb des Küstenmeers oder der Anschlußzone befinden. Befindet sich das fremde Schiff in einer Anschlußzone, wie sie in Artikel 33 bestimmt ist, so darf die Nacheile nur wegen einer Verletzung der Rechte vorgenommen werden, zu deren Schutz diese Zone errichtet wurde.

(2) Das Recht der Nacheile gilt sinngemäß für die in der ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf dem Festlandsockel einschließlich der Sicherheitszonen um Anlagen auf dem Festlandsockel begangenen Verstöße gegen die Gesetze und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats, die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen auf die ausschließliche Wirtschaftszone oder den Festlandsockel einschließlich dieser Sicherheitszonen anwendbar sind.

(3) Das Recht der Nacheile endet, sobald das verfolgte Schiff das Küstenmeer seines eigenen oder eines dritten Staates erreicht.

(4) Die Nacheile gilt erst dann als begonnen, wenn sich das nacheilende Schiff durch die ihm zur Verfügung stehenden geeigneten Mittel davon überzeugt hat, daß das verfolgte Schiff, eines seiner Boote oder andere im Verband arbeitende Fahrzeuge, die das verfolgte Schiff als Mutter-

the case may be, within the contiguous zone or the exclusive economic zone or above the continental shelf. The pursuit may only be commenced after a visual or auditory signal to stop has been given at a distance which enables it to be seen or heard by the foreign ship.

gne se trouvent à l'intérieur des limites de la mer territoriale ou, le cas échéant, dans la zone contiguë, dans la zone économique exclusive ou au-dessus du plateau continental. La poursuite ne peut commencer qu'après l'émission d'un signal de stopper, visuel ou sonore, donné à une distance permettant au navire visé de le percevoir.

schiff benutzen, sich innerhalb der Grenzen des Küstenmeers oder gegebenenfalls innerhalb der Anschlußzone, der ausschließlichen Wirtschaftszone oder über dem Festlandsockel befinden. Die Nacheile darf erst begonnen werden, nachdem ein Sicht- oder Schallsignal zum Stoppen aus einer Entfernung gegeben wurde, in der es von dem fremden Schiff wahrgenommen werden kann.

5. The right of hot pursuit may be exercised only by warships or military aircraft, or other ships or aircraft clearly marked and identifiable as being on government service and authorized to that effect.

5. Le droit de poursuite ne peut être exercé que par des navires de guerre ou des aéronefs militaires ou d'autres navires ou aéronefs qui portent des marques extérieures indiquant clairement qu'ils sont affectés à un service public et qui sont autorisés à cet effet.

(5) Das Recht der Nacheile darf nur von Kriegsschiffen oder Militärluftfahrzeugen oder von anderen Schiffen oder Luftfahrzeugen ausgeübt werden, die deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet und als solche erkennbar sind und die hierzu befugt sind.

6. Where hot pursuit is effected by an aircraft:

(a) the provisions of paragraphs 1 to 4 shall apply mutatis mutandis;

(b) the aircraft giving the order to stop must itself actively pursue the ship until a ship or another aircraft of the coastal State, summoned by the aircraft, arrives to take over the pursuit, unless the aircraft is itself able to arrest the ship. It does not suffice to justify an arrest outside the territorial sea that the ship was merely sighted by the aircraft as an offender or suspected offender, if it was not both ordered to stop and pursued by the aircraft itself or other aircraft or ships which continue the pursuit without interruption.

6. Dans le cas où le navire est poursuivi par un aéronef:

a) les paragraphes 1 à 4 s'appliquent *mutatis mutandis;*

b) l'aéronef qui donne l'ordre de stopper doit lui-même poursuivre le navire jusqu'à ce qu'un navire ou un autre aéronef de l'Etat côtier, alerté par le premier aéronef, arrive sur les lieux pour continuer la poursuite, à moins qu'il ne puisse lui-même arrêter le navire. Pour justifier l'arrêt d'un navire en dehors de la mer territoriale, il ne suffit pas que celui-ci ait été simplement repéré comme ayant commis une infraction ou comme étant suspect d'infraction; il faut encore qu'il ait été à la fois requis de stopper et poursuivi par l'aéronef qui l'a repéré ou par d'autres aéronefs ou navires sans que la poursuite ait été interrompue.

(6) Erfolgt die Nacheile durch ein Luftfahrzeug, so

a) finden die Absätze 1 bis 4 sinngemäß Anwendung;

b) muß das Luftfahrzeug, welches das Schiff zum Stoppen auffordert, dieses so lange selbst aktiv verfolgen, bis ein von ihm herbeigerufenes Schiff oder anderes Luftfahrzeug des Küstenstaats an Ort und Stelle eintrifft, um die Nacheile fortzusetzen, es sei denn, das Luftfahrzeug kann das Schiff selbst festhalten. Um das Festhalten eines Schiffes außerhalb des Küstenmeers zu rechtfertigen, genügt es nicht, daß dieses von dem Luftfahrzeug bei einer tatsächlichen oder vermuteten Rechtsverletzung lediglich gesichtet wurde, sondern es muß auch von dem Luftfahrzeug selbst oder anderen Luftfahrzeugen oder Schiffen, welche die Nacheile ohne Unterbrechung fortsetzen, zum Stoppen aufgefordert und verfolgt worden sein.

7. The release of a ship arrested within the jurisdiction of a State and escorted to a port of that State for the purposes of an inquiry before the competent authorities may not be claimed solely on the ground that the ship, in the course of its voyage, was escorted across a portion of the exclusive economic zone or the high seas, if the circumstances rendered this necessary.

7. La mainlevée de l'immobilisation d'un navire arrêté en un lieu relevant de la juridiction d'un Etat et escorté vers un port de cet Etat en vue d'une enquête par les autorités compétentes ne peut être exigée pour le seul motif que le navire a traversé sous escorte, parce que les circonstances l'imposaient, une partie de la zone économique exclusive ou de la haute mer.

(7) Die Freigabe eines Schiffes, das im Hoheitsbereich eines Staates festgehalten und zur Untersuchung durch die zuständigen Behörden dieses Staates in einen seiner Häfen geleitet wurde, kann nicht allein aus dem Grund gefordert werden, daß das Schiff auf seiner Fahrt, weil die Umstände dies erforderlich machten, über einen Teil der ausschließlichen Wirtschaftszone oder der Hohen See geleitet wurde.

8. Where a ship has been stopped or arrested outside the territorial sea in circumstances which do not justify the exercise of the right of hot pursuit, it shall be compensated for any loss or damage that may have been thereby sustained.

8. Un navire qui a été stoppé ou arrêté en dehors de la mer territoriale dans des circonstances ne justifiant pas l'exercice du droit de poursuite est indemnisé de toute perte ou de tout dommage éventuels.

(8) Wurde ein Schiff außerhalb des Küstenmeers unter Umständen gestoppt oder festgehalten, welche die Ausübung des Rechts der Nacheile nicht rechtfertigen, so ist ihm jeder dadurch erlittene Verlust oder Schaden zu ersetzen.

Article 112

Right to lay submarine cables and pipelines

1. All States are entitled to lay submarine cables and pipelines on the bed of the high seas beyond the continental shelf.

2. Article 79, paragraph 5, applies to such cables and pipelines.

Article 112

Droit de poser des câbles ou des pipelines sous-marins

1. Tout Etat a le droit de poser des câbles ou des pipelines sous-marins sur le fond de la haute mer, au-delà du plateau continental.

2. L'article 79, paragraphe 5, s'applique à ces câbles et pipelines.

Artikel 112

Recht zum Legen unterseeischer Kabel und Rohrleitungen

(1) Jeder Staat hat das Recht, auf dem Boden der Hohen See jenseits des Festlandsockels unterseeische Kabel und Rohrleitungen zu legen.

(2) Artikel 79 Absatz 5 findet auf diese Kabel und Rohrleitungen Anwendung.

Article 113

Breaking or injury of a submarine cable or pipeline

Every State shall adopt the laws and regulations necessary to provide that the breaking or injury by a ship flying its flag or by a person subject to its jurisdiction of a submarine cable beneath the high seas done wilfully or through culpable negligence, in such a manner as to be liable to interrupt or obstruct telegraphic or telephonic communications, and similarly the breaking or injury of a submarine pipeline or high-voltage power cable, shall be a punishable offence. This provision shall apply also to conduct calculated or likely to result in such breaking or injury. However, it shall not apply to any break or injury caused by persons who acted merely with the legitimate object of saving their lives or their ships, after having taken all necessary precautions to avoid such break or injury.

Article 113

Rupture ou détérioration d'un câble ou d'un pipeline sous-marin

Tout Etat adopte les lois et règlements nécessaires pour que constituent des infractions passibles de sanctions, la rupture ou la détérioration délibérée ou due à une négligence coupable par un navire battant son pavillon ou une personne relevant de sa juridiction d'un câble à haute tension ou d'un pipeline sous-marin en haute mer, ainsi que d'un câble télégraphique ou téléphonique sous-marin dans la mesure où il risque de s'ensuivre des perturbations ou l'intenruption des communications télégraphiques ou téléphoniques. Cette disposition vise également tout comportement susceptible de provoquer la rupture ou la détérioration de tels câbles ou pipelines, ou y tendant délibérément. Toutefois, elle ne s'applique pas lorsque la rupture ou la détérioration de tels câbles et pipelines est le fait de personnes qui, après avoir pris toutes les précautions nécessaires pour l'éviter, n'ont agi que dans le but légitime de sauver leur vie ou leur navire.

Artikel 113

Unterbrechung oder Beschädigung eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung

Jeder Staat erläßt die erforderlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften, die vorsehen, daß jede vorsätzliche oder fahrlässige Unterbrechung oder Beschädigung eines unterseeischen Kabels auf Hoher See durch ein seine Flagge führendes Schiff oder durch eine seiner Gerichtsbarkeit unterstehende Person, wenn dadurch die Telegrafen- oder Fernsprechverbindungen unterbrochen oder gestört werden könnten, sowie jede in gleicher Weise erfolgte Unterbrechung oder Beschädigung unterseeischer Rohrleitungen oder Hochspannungskabel eine strafbare Handlung ist. Diese Bestimmung gilt auch für ein Verhalten, das darauf gerichtet oder dazu geeignet ist, eine solche Unterbrechung oder Beschädigung herbeizuführen. Sie findet jedoch keine Anwendung, wenn die Unterbrechung oder Beschädigung durch Personen verursacht wurde, die lediglich das rechtmäßige Ziel verfolgten, ihr Leben oder ihr Schiff zu schützen, nachdem sie alle erforderlichen Vorkehrungen zur Vermeidung einer derartigen Unterbrechung oder Beschädigung getroffen hatten.

Article 114

Breaking or injury by owners of a submarine cable or pipeline of another submarine cable or pipeline

Every State shall adopt the laws and regulations necessary to provide that, if persons subject to its jurisdiction who are the owners of a submarine cable or pipeline beneath the high seas, in laying or repairing that cable or pipeline, cause a break in or injury to another cable or pipeline, they shall bear the cost of the repairs.

Article 114

Rupture ou détérioration d'un câble ou d'un pipeline sous-marin par le propriétaire d'un autre câble ou pipeline

Tout Etat adopte les lois et règlements nécessaires pour qu'en cas de rupture ou de détérioration en haute mer d'un câble ou d'un pipeline sous-marin causée par la pose d'un autre câble ou pipeline appartenant à une personne relevant de sa juridiction, cette personne supporte les frais de réparation des dommages qu'elle a causés.

Artikel 114

Unterbrechung oder Beschädigung eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung durch Eigentümer eines anderen unterseeischen Kabels oder einer anderen unterseeischen Rohrleitung

Jeder Staat erläßt die erforderlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften, die vorsehen, daß die seiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Personen, die Eigentümer eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung auf Hoher See sind und beim Legen oder bei der Reparatur dieses Kabels oder dieser Rohrleitung die Unterbrechung oder Beschädigung eines anderen Kabels oder einer anderen Rohrleitung verursachen, die dadurch entstandenen Reparaturkosten tragen.

Article 115

Indemnity for loss incurred in avoiding injury to a submarine cable or pipeline

Every State shall adopt the laws and regulations necessary to ensure that the owners of ships who can prove that they have sacrificed an anchor, a net or any other fishing gear, in order to avoid injuring a submarine cable or pipeline, shall be indemnified by the owner of the cable or pipeline, provided that the owner of the ship has taken all reasonable precautionary measures beforehand.

Article 115

Indemnisation des pertes encourues pour avoir évité de détériorer un câble ou un pipeline sous-marin

Tout Etat adopte les lois et règlements nécessaires pour que le propriétaire d'un navire qui apporte la preuve qu'il a sacrifié une ancre, un filet ou un autre engin de pêche pour éviter d'endommager un câble ou un pipeline sous-marin soit indemnisé par le propriétaire du câble ou du pipeline à condition que le propriétaire du navire ait pris toutes mesures de précaution raisonnables.

Artikel 115

Entschädigung für Verluste, die durch die Vermeidung der Beschädigung eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung entstanden sind

Jeder Staat erläßt die erforderlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften, um sicherzustellen, daß Schiffseigentümer, die beweisen können, daß sie einen Anker, ein Netz oder ein anderes Fischfanggerät geopfert haben, um die Beschädigung eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung zu vermeiden, vom Eigentümer des Kabels oder der Rohrleitung entschädigt werden, sofern der Schiffseigentümer zuvor alle angemessenen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen hat.

Section 2

Conservation and management of the living resources of the high seas

Article 116

Right to fish on the high seas

All States have the right for their nationals to engage in fishing on the high seas subject to:

(a) their treaty obligations;

(b) the rights and duties as well as the interests of coastal States provided for, inter alia, in article 63, paragraph 2, and articles 64 to 67; and

(c) the provisions of this section.

Article 117

Duty of States to adopt with respect to their nationals measures for the conservation of the living resources of the high seas

All States have the duty to take, or to co-operate with other States in taking, such measures for their respective nationals as may be necessary for the conservation of the living resources of the high seas.

Article 118

Co-operation of States in the conservation and management of living resources

States shall co-operate with each other in the conservation and management of living resources in the areas of the high seas. States whose nationals exploit identical living resources, or different living resources in the same area, shall enter into negotiations with a view to taking the measures necessary for the conservation of the living resources concerned. They shall, as appropriate, co-operate to establish subregional or regional fisheries organizations to this end.

Article 119

Conservation of the living resources of the high seas

1. In determining the allowable catch and establishing other conservation measures for the living resources in the high seas, States shall:

(a) take measures which are designed, on the best scientific evidence available to the States concerned, to maintain or restore populations of harvested species at levels which can produce the maximum sustainable yield, as qualified by relevant environmental and economic factors, including the special re-

Section 2

Conservation et gestion des ressources biologiques de la haute mer

Article 116

Droit de pêche en haute mer

Tous les Etats ont droit à ce que leurs ressortissants pêchent en haute mer, sous réserve

a) de leurs obligations conventionnelles;

b) des droits et obligations ainsi que des intérêts des Etats côtiers tels qu'ils sont prévus, entre autres, à l'article 63, paragraphe 2, et aux articles 64 à 67; et

c) de la présente section.

Article 117

Obligation pour les Etats de prendre à l'égard de leurs ressortissants des mesures de conservation des ressources biologiques de la haute mer

Tous les Etats ont l'obligation de prendre les mesures, applicables à leurs ressortissants, qui peuvent être nécessaires pour assurer la conservation des ressources biologiques de la haute mer, ou de coopérer avec d'autres Etats à la prise de telles mesures.

Article 118

Coopération des Etats à la conservation et à la gestion des ressources biologiques

Les Etats coopèrent à la conservation et à la gestion des ressources biologiques en haute mer. Les Etats dont les ressortissants exploitent des ressources biologiques différentes situées dans une même zone ou des ressources biologiques identiques négocient en vue de prendre les mesures nécessaires à la conservation des ressources concernées. A cette fin, ils coopèrent, si besoin est, pour créer des organisations de pêche sous-régionales ou régionales.

Article 119

Conservation des ressources biologiques de la haute mer

1. Lorsqu'ils fixent le volume admissible des captures et prennent d'autres mesures en vue de la conservation des ressources biologiques en haute mer, les Etats

a) s'attachent, en se fondant sur les données scientifiques les plus fiables dont ils disposent, à maintenir ou rétablir les stocks des espèces exploitées à des niveaux qui assurent le rendement constant maximum, eu égard aux facteurs écologiques et économiques pertinents, y compris les besoins particu-

Abschnitt 2

Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen der Hohen See

Artikel 116

Recht zur Fischerei auf Hoher See

Jeder Staat hat das Recht, daß seine Angehörigen Fischerei auf Hoher See ausüben können, vorbehaltlich

a) seiner vertraglichen Verpflichtungen;

b) der Rechte und Pflichten sowie der Interessen der Küstenstaaten, wie sie unter anderem in Artikel 63 Absatz 2 und in den Artikeln 64 bis 67 vorgesehen sind, und

c) der Bestimmungen dieses Abschnitts.

Artikel 117

Pflicht der Staaten, in bezug auf ihre Angehörigen Maßnahmen zur Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See zu ergreifen

Jeder Staat ist verpflichtet, in bezug auf seine Angehörigen die erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See zu ergreifen oder mit anderen Staaten zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten.

Artikel 118

Zusammenarbeit der Staaten bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen

Die Staaten arbeiten bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen in den Gebieten der Hohen See zusammen. Staaten, deren Angehörige dieselben lebenden Ressourcen oder verschiedene lebende Ressourcen in demselben Gebiet ausbeuten, nehmen Verhandlungen auf, um die für die Erhaltung der betreffenden lebenden Ressourcen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Gegebenenfalls arbeiten sie bei der Errichtung subregionaler oder regionaler Fischereiorganisationen zu diesem Zweck zusammen.

Artikel 119

Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See

(1) Bei der Festlegung der zulässigen Fangmenge und anderer Maßnahmen für die Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See

a) ergreifen die Staaten Maßnahmen, die auf der Grundlage der besten den betreffenden Staaten zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Angaben darauf gerichtet sind, die Populationen befischter Arten auf einem Stand zu erhalten oder auf diesen zurückzuführen, der den größtmöglichen Dauerertrag

quirements of developing States, and taking into account fishing patterns, the interdependence of stocks and any generally recommended international minimum standards, whether subregional, regional or global;

liers des Etats en développement, et compte tenu des méthodes en matière de pêche, de l'interdépendance des stocks et de toutes normes minimales internationales généralement recommandées au plan sous-régional, régional ou mondial;

sichert, wie er sich im Hinblick auf die in Betracht kommenden Umwelt- und Wirtschaftsfaktoren, einschließlich der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, ergibt, wobei die Fischereistrukturen, die gegenseitige Abhängigkeit der Bestände sowie alle allgemein empfohlenen internationalen Mindestnormen, gleichviel ob subregionaler, regionaler oder weltweiter Art, zu berücksichtigen sind;

(b) take into consideration the effects on species associated with or dependent upon harvested species with a view to maintaining or restoring populations of such associated or dependent species above levels at which their reproduction may become seriously threatened.

b) prennent en considération les effets de ces mesures sur les espèces associées aux espèces exploitées ou dépendant de celles-ci, afin de maintenir ou de rétablir les stocks de ces espèces associées ou dépendantes à un niveau tel que leur reproduction ne risque pas d'être sérieusement compromise.

b) berücksichtigen die Staaten die Wirkung auf jene Arten, die mit den befischten Arten vergesellschaftet oder von ihnen abhängig sind, um die Populationen dieser vergesellschafteten oder abhängigen Arten über einem Stand zu erhalten oder auf diesen zurückzuführen, auf dem ihre Fortpflanzung nicht ernstlich gefährdet wird.

2. Available scientific information, catch and fishing effort statistics, and other data relevant to the conservation of fish stocks shall be contributed and exchanged on a regular basis through competent international organizations, whether subregional, regional or global, where appropriate and with participation by all States concerned.

2. Les informations scientifiques disponibles, les statistiques relatives aux captures et à l'effort de pêche et les autres données concernant la conservation des stocks de poisson sont diffusées et échangées régulièrement par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, sous-régionales, régionales ou mondiales, lorsqu'il y a lieu, et avec la participation de tous les Etats concernés.

(2) Die verfügbaren wissenschaftlichen Informationen, die statistischen Angaben über Fänge und Fischereiaufwand und andere für die Erhaltung der Fischbestände wesentliche Daten werden regelmäßig mitgeteilt und ausgetauscht, gegebenenfalls im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen, gleichviel ob subregionaler, regionaler oder weltweiter Art, sowie unter Beteiligung aller betroffenen Staaten.

3. States concerned shall ensure that conservation measures and their implementation do not discriminate in form or in fact against the fishermen of any State.

3. Les Etats concernés veillent à ce que les mesures de conservation et leur application n'entraînent aucune discrimination de droit ou de fait à l'encontre d'aucun pêcheur, quel que soit l'Etat dont il est ressortissant.

(3) Die betroffenen Staaten stellen sicher, daß durch die Erhaltungsmaßnahmen und ihre Anwendung die Fischer irgendeines Staates weder rechtlich noch tatsächlich diskriminiert werden.

Article 120

Marine mammals

Article 65 also applies to the conservation and management of marine mammals in the high seas.

Article 120

Mammifères marins

L'article 65 s'applique aussi à la conservation et à la gestion de mammifères marins en haute mer.

Artikel 120

Meeressäugetiere

Artikel 65 findet auch auf die Erhaltung und Bewirtschaftung der Meeressäugetiere der Hohen See Anwendung.

Part VIII
Régime of islands

Article 121

Régime of islands

1. An island is a naturally formed area of land, surrounded by water, which is above water at high tide.

2. Except as provided for in paragraph 3, the territorial sea, the contiguous zone, the exclusive economic zone and the continental shelf of an island are determined in accordance with the provisions of this Convention applicable to other land territory.

3. Rocks which cannot sustain human habitation or economic life of their own shall have no exclusive economic zone or continental shelf.

Partie VIII
Régime des îles

Article 121

Régime des îles

1. Une île est une étendue naturelle de terre entourée d'eau qui reste découverte à marée haute.

2. Sous réserve du paragraphe 3, la mer territoriale, la zone contiguë, la zone économique exclusive et le plateau continental d'une île sont délimités conformément aux dispositions de la Convention applicable aux autres territoires terrestres.

3. Les rochers qui ne se prêtent pas à l'habitation humaine ou à une vie économique propre n'ont pas de zone économique exclusive ni de plateau continental.

Teil VIII
Ordnung der Inseln

Artikel 121

Ordnung der Inseln

(1) Eine Insel ist eine natürlich entstandene Landfläche, die vom Wasser umgeben ist und bei Flut über den Wasserspiegel hinausragt.

(2) Sofern in Absatz 3 nichts anderes vorgesehen ist, bestimmen sich das Küstenmeer, die Anschlußzone, die ausschließliche Wirtschaftszone und der Festlandsokkel einer Insel nach den für andere Landgebiete geltenden Bestimmungen dieses Übereinkommens.

(3) Felsen, die für die menschliche Besiedlung nicht geeignet sind oder ein wirtschaftliches Eigenleben nicht zulassen, haben keine ausschließliche Wirtschaftszone und keinen Festlandsockel.

Part IX

Enclosed or semi-enclosed seas

Article 122

Definition

For the purposes of this Convention, "enclosed or semi-enclosed sea" means a gulf, basin or sea surrounded by two or more States and connected to another sea or the ocean by a narrow outlet or consisting entirely or primarily of the territorial seas and exclusive economic zones of two or more coastal States.

Article 123

Co-operation of States bordering enclosed or semi-enclosed seas

States bordering an enclosed or semi-enclosed sea should co-operate with each other in the exercise of their rights and in the performance of their duties under this Convention. To this end they shall endeavour, directly or through an appropriate regional organization:

(a) to co-ordinate the management, conservation, exploration and exploitation of the living resources of the sea;

(b) to co-ordinate the implementation of their rights and duties with respect to the protection and preservation of the marine environment;

(c) to co-ordinate their scientific research policies and undertake where appropriate joint programmes of scientific research in the area;

(d) to invite, as appropriate, other interested States or international organizations to co-operate with them in furtherance of the provisions of this article.

Partie IX

Mers fermées ou semi-fermées

Article 122

Définition

Aux fins de la Convention, on entend par «mer fermée ou semi-fermée» un golfe, un bassin ou une mer entouré par plusieurs Etats et relié à une autre mer ou à l'océan par un passage étroit, ou constitué, entièrement ou principalement, par les mers territoriales et les zones économiques exclusives de plusieurs Etats.

Article 123

Coopération entre Etats riverains de mers fermées ou semi-fermées

Les Etats riverains d'une mer fermée ou semi-fermée devraient coopérer entre eux dans l'exercice des droits et l'exécution des obligations qui sont les leurs en vertu de la Convention. A cette fin, ils s'efforcent, directement ou par l'intermédiaire d'une organisation régionale appropriée, de

a) coordonner la gestion, la conservation, l'exploration et l'exploitation des ressources biologiques de la mer;

b) coordonner l'exercice de leurs droits et l'exécution de leurs obligations concernant la protection et la préservation du milieu marin;

c) coordonner leurs politiques de recherche scientifique et entreprendre, s'il y a lieu, des programmes communs de recherche scientifique dans la zone considérée;

d) inviter, le cas échéant, d'autres Etats ou organisations internationales concernés à coopérer avec eux à l'application du présent article.

Teil IX

Umschlossene oder halbumschlossene Meere

Artikel 122

Definition

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „umschlossenes oder halbumschlossenes Meer" einen Meerbusen, ein Becken oder ein Meer, die von zwei oder mehr Staaten umgeben und mit einem anderen Meer oder dem Ozean durch einen engen Ausgang verbunden sind oder die ganz oder überwiegend aus den Küstenmeeren und den ausschließlichen Wirtschaftszonen von zwei oder mehr Küstenstaaten bestehen.

Artikel 123

Zusammenarbeit der Anliegerstaaten von umschlossenen oder halbumschlossenen Meeren

Die Anliegerstaaten eines umschlossenen oder halbumschlossenen Meeres sollen bei der Ausübung ihrer Rechte und der Erfüllung ihrer Pflichten aus diesem Übereinkommen zusammenarbeiten. Zu diesem Zweck bemühen sie sich unmittelbar oder im Rahmen einer geeigneten regionalen Organisation,

a) die Bewirtschaftung, Erhaltung, Erforschung und Ausbeutung der lebenden Ressourcen des Meeres zu koordinieren;

b) die Ausübung ihrer Rechte und die Erfüllung ihrer Pflichten hinsichtlich des Schutzes und der Bewahrung der Meeresumwelt zu koordinieren;

c) ihre wissenschaftliche Forschungspolitik zu koordinieren und gegebenenfalls gemeinsame wissenschaftliche Forschungsprogramme in diesem Gebiet durchzuführen;

d) andere interessierte Staaten oder internationale Organisationen gegebenenfalls aufzufordern, mit ihnen bei der Verwirklichung der Bestimmungen dieses Artikels zusammenzuarbeiten.

Part X

Right of access of land-locked States to and from the sea and freedom of transit

Article 124

Use of terms

1. For the purposes of this Convention:

(a) "land-locked State" means a State which has no sea-coast;

(b) "transit State" means a State, with or without a sea-coast, situated between a

Partie X

Droit d'accès des Etats sans littoral à la mer et depuis la mer et liberté de transit

Article 124

Emploi des termes

1. Aux fins de la Convention, on entend par

a) «Etat sans littoral» tout Etat qui ne possède pas de côte maritime;

b) «Etat de transit» tout Etat avec ou sans côte maritime, situé entre un Etat sans

Teil X

Recht der Binnenstaaten auf Zugang zum und vom Meer und Transitfreiheit

Artikel 124

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens

a) bedeutet „Binnenstaat" einen Staat, der keine Meeresküste hat;

b) bedeutet „Transitstaat" einen Staat mit oder ohne Meeresküste, der zwischen

land-locked State and the sea, through whose territory traffic in transit passes;

(c) "traffic in transit" means transit of persons, baggage, goods and means of transport across the territory of one or more transit States, when the passage across such territory, with or without trans-shipment, warehousing, breaking bulk or change in the mode of transport, is only a portion of a complete journey which begins or terminates within the territory of the land-locked State;

(d) "means of transport" means:

(i) railway rolling stock, sea, lake and river craft and road vehicles;

(ii) where local conditions so require, porters and pack animals.

2. Land-locked States and transit States may, by agreement between them, include as means of transport pipelines and gas lines and means of transport other than those included in paragraph 1.

littoral et la mer, à travers le territoire duquel passe le trafic en transit;

c) «trafic en transit» le transit de personnes, de bagages, de biens et de moyens de transport à travers le territoire d'un ou de plusieurs Etats de transit, lorsque le trajet dans ce territoire, qu'il y ait ou non transbordement, entreposage, rupture de charge ou changement de mode de transport, ne représente qu'une fraction d'un voyage complet qui commence ou se termine sur le territoire de l'Etat sans littoral;

d) «moyens de transport»:

i) le matériel ferroviaire roulant, les navires servant à la navigation maritime, lacustre ou fluviale et les véhicules routiers;

ii) lorsque les conditions locales l'exigent, les porteurs et les bêtes de charge.

2. Les Etats sans littoral et les Etats de transit peuvent convenir d'inclure dans les moyens de transport les pipelines et les gazoducs et des moyens de transport autres que ceux mentionnés au paragraphe 1.

einem Binnenstaat und dem Meer liegt und durch dessen Hoheitsgebiet Transitverkehr geführt wird;

c) bedeutet „Transitverkehr" den Transit von Personen, Gepäck, Gütern und Verkehrsmitteln durch das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Transitstaaten, wenn der Durchgang durch dieses Hoheitsgebiet mit oder ohne Umladen, Lagern, Löschen von Ladung oder Wechsel des Verkehrsmittels nur Teil eines gesamten Weges ist, der im Hoheitsgebiet des Binnenstaats beginnt oder endet;

d) bedeutet „Verkehrsmittel"

i) rollendes Eisenbahnmaterial, See- und Binnenschiffe und Straßenfahrzeuge;

ii) Träger und Lasttiere, wenn es die örtlichen Bedingungen erfordern.

(2) Binnenstaaten und Transitstaaten können durch Vereinbarung in die Verkehrsmittel Rohrleitungen und Gasleitungen sowie andere als die in Absatz 1 genannten einbeziehen.

Article 125

Right of access to and from the sea and freedom of transit

1. Land-locked States shall have the right of access to and from the sea for the purpose of exercising the rights provided for in this Convention including those relating to the freedom of the high seas and the common heritage of mankind. To this end, land-locked States shall enjoy freedom of transit through the territory of transit States by all means of transport.

2. The terms and modalities for exercising freedom of transit shall be agreed between the land-locked States and transit States concerned through bilateral, subregional or regional agreements.

3. Transit States, in the exercise of their full sovereignty over their territory, shall have the right to take all measures necessary to ensure that the rights and facilities provided for in this Part for land-locked States shall in no way infringe their legitimate interests.

Article 125

Droit d'accès à la mer et depuis la mer et liberté de transit

1. Les Etats sans littoral ont le droit d'accès à la mer et depuis la mer pour l'exercice des droits prévus dans la Convention, y compris ceux relatifs à la liberté de la haute mer et au patrimoine commun de l'humanité. A cette fin, ils jouissent de la liberté de transit à travers le territoire des Etats de transit par tous moyens de transport.

2. Les conditions et modalités de l'exercice de la liberté de transit sont convenues entre les Etats sans littoral et les Etats de transit concernés par voie d'accords bilatéraux, sous-régionaux ou régionaux.

3. Dans l'exercice de leur pleine souveraineté sur leur territoire, les Etats de transit ont le droit de prendre toutes mesures nécessaires pour s'assurer que les droits et facilités stipulés dans la présente partie au profit des Etats sans littoral ne portent en aucune façon atteinte à leurs intérêts légitimes.

Artikel 125

Recht auf Zugang zum und vom Meer und Transitfreiheit

(1) Die Binnenstaaten haben das Recht auf Zugang zum und vom Meer zur Ausübung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte einschließlich der Rechte, die sich auf die Freiheit der Hohen See und das gemeinsame Erbe der Menschheit beziehen. Zu diesem Zweck genießen die Binnenstaaten die Freiheit des Transits durch das Hoheitsgebiet der Transitstaaten mit allen Verkehrsmitteln.

(2) Die Umstände und Einzelheiten für die Ausübung der Transitfreiheit werden zwischen den betreffenden Binnenstaaten und Transitstaaten durch zweiseitige, subregionale oder regionale Übereinkünfte vereinbart.

(3) Die Transitstaaten haben in Ausübung ihrer vollen Souveränität über ihr Hoheitsgebiet das Recht, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die in diesem Teil für die Binnenstaaten vorgesehenen Rechte und Erleichterungen in keiner Weise ihre berechtigten Interessen beeinträchtigen.

Article 126

Exclusion of application of the most-favoured-nation clause

The provisions of this Convention, as well as special agreements relating to the exercise of the right of access to and from the sea, establishing rights and facilities on account of the special geographical position of land-locked States, are excluded from the application of the most-favoured-nation clause.

Article 126

Exclusion de l'application de la clause de la nation la plus favorisée

Les dispositions de la Convention ainsi que les accords particuliers relatifs à l'exercice du droit d'accès à la mer et depuis la mer qui prévoient des droits et des facilités en faveur des Etats sans littoral en raison de leur situation géographique particulière sont exclus de l'application de la clause de la nation la plus favorisée.

Artikel 126

Ausschluß der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel

Die Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie besondere Übereinkünfte betreffend die Ausübung des Rechts auf Zugang zum und vom Meer, die Rechte und Erleichterungen aufgrund der besonderen geographischen Lage der Binnenstaaten vorsehen, sind von der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel ausgeschlossen.

Article 127

Customs duties, taxes and other charges

1. Traffic in transit shall not be subject to any customs duties, taxes or other charges except charges levied for specific services rendered in connection with such traffic.

2. Means of transport in transit and other facilities provided for and used by land-locked States shall not be subject to taxes or charges higher than those levied for the use of means of transport of the transit State.

Article 128

Free zones and other customs facilities

For the convenience of traffic in transit, free zones or other customs facilities may be provided at the ports of entry and exit in the transit States, by agreement between those States and the land-locked States.

Article 129

Co-operation in the construction and improvement of means of transport

Where there are no means of transport in transit States to give effect to the freedom of transit or where the xwexisting means, including the port installations and equipment, are inadequate in any respect, the transit States and land-locked States concerned may co-operate in constructing or improving them.

Article 130

Measures to avoid or eliminate delays or other difficulties of a technical nature in traffic in transit

1. Transit States shall take all appropriate measures to avoid delays or other difficulties of a technical nature in traffic in transit.

2. Should such delays or difficulties occur, the competent authorities of the transit States and land-locked States concerned shall co-operate towards their expeditious elimination.

Article 131

Equal treatment in maritime ports

Ships flying the flag of land-locked States shall enjoy treatment equal to that accorded to other foreign ships in maritime ports.

Article 132

Grant of greater transit facilities

This Convention does not entail in any way the withdrawal of transit facilities which

Article 127

Droits de douane, taxes et autres redevances

1. Le trafic en transit n'est soumis à aucun droit de douane, taxe ou autre redevance, à l'exception des droits perçus pour la prestation de services particuliers en rapport avec ce trafic.

2. Les moyens de transport en transit et les autres facilités de transit prévus pour l'Etat sans littoral et utilisés par lui ne sont pas soumis à des taxes ou redevances plus élevées que celles qui sont perçues pour l'utilisation de moyens de transport de l'Etat de transit.

Article 128

Zones franches et autres facilités douanières

Pour faciliter le trafic en transit, des zones franches ou d'autres facilités douanières peuvent être prévues aux ports d'entrée et de sortie des Etats de transit, par voie d'accord entre ces Etats et les Etats sans littoral.

Article 129

Coopération dans la construction et l'amélioration des moyens de transport

Lorsqu'il n'existe pas dans l'Etat de transit de moyens de transport permettant l'exercice effectif de la liberté de transit, ou lorsque les moyens existants, y compris les installations et les équipements portuaires, sont inadéquats à quelque égard que ce soit, l'Etat de transit et l'Etat sans littoral concerné peuvent coopérer pour en construire ou améliorer ceux qui existent.

Article 130

Mesures destinées à éviter les retards ou les difficultés de caractère technique dans l'acheminement du trafic en transit, ou à en éliminer les causes

1. L'Etat de transit prend toutes les mesures appropriées pour éviter les retards ou les difficultés de caractère technique dans l'acheminement du trafic en transit.

2. Les autorités compétentes de l'Etat de transit et celles de l'Etat sans littoral coopèrent, en cas de retard ou de difficultés, afin d'en éliminer rapidement les causes.

Article 131

Egalité de traitement dans les ports de mer

Les navires battant pavillon d'un Etat sans littoral jouissent dans les ports de mer d'un traitement égal à celui qui est accordé aux autres navires étrangers.

Article 132

Octroi de facilités de transit plus étendues

La Convention n'implique en aucune façon le retrait de facilités de transit plus

Artikel 127

Zölle, Steuern und sonstige Abgaben

(1) Der Transitverkehr unterliegt keinen Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben mit Ausnahme der Gebühren, die für besondere Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesem Verkehr erhoben werden.

(2) Die für die Binnenstaaten im Transit bereitgestellten und von ihnen benutzten Verkehrsmittel und anderen Einrichtungen unterliegen keinen höheren Steuern oder sonstigen Abgaben als denjenigen, die für die Benutzung von Verkehrsmitteln des Transitstaats erhoben werden.

Artikel 128

Freizonen und andere Zollerleichterungen

Zur Erleichterung des Transitverkehrs können in den Ein- und Ausgangshäfen der Transitstaaten durch Vereinbarung zwischen diesen und den Binnenstaaten Freizonen oder andere Zollerleichterungen vorgesehen werden.

Artikel 129

Zusammenarbeit beim Bau und bei der Verbesserung von Verkehrsmitteln

Sind in Transitstaaten keine Verkehrsmittel vorhanden, um die Transitfreiheit zu verwirklichen, oder sind die vorhandenen Mittel, einschließlich der Hafenanlagen und -ausrüstungen, in irgendeiner Hinsicht unzureichend, so können die betreffenden Transitstaaten und Binnenstaaten bei ihrem Bau oder ihrer Verbesserung zusammenarbeiten.

Artikel 130

Maßnahmen zur Vermeidung oder Beseitigung von Verzögerungen oder sonstigen Schwierigkeiten technischer Art im Transitverkehr

(1) Die Transitstaaten ergreifen alle geeigneten Maßnahmen, um Verzögerungen oder sonstige Schwierigkeiten technischer Art im Transitverkehr zu vermeiden.

(2) Falls solche Verzögerungen oder Schwierigkeiten auftreten, arbeiten die zuständigen Behörden der betreffenden Transitstaaten und Binnenstaaten zusammen, um sie zügig zu beheben.

Artikel 131

Gleichbehandlung in Seehäfen

Schiffe, welche die Flagge von Binnenstaaten führen, genießen in den Seehäfen dieselbe Behandlung wie andere fremde Schiffe.

Artikel 132

Gewährung größerer Transiterleichterungen

Dieses Übereinkommen bewirkt nicht die Aufhebung von Transiterleichterungen, die

are greater than those provided for in this Convention and which are agreed between States Parties to this Convention or granted by a State Party. This Convention also does not preclude such grant of greater facilities in the future.

étendue que celles qu'elle prévoit, qui auraient été convenues entre des Etats Parties ou accordées par un Etat Partie. De même, la Convention n'interdit aucunement aux Etats Parties d'accorder ainsi à l'avenir des facilités plus étendues.

größer als die in dem Übereinkommen vorgesehenen sind und zwischen seinen Vertragsstaaten vereinbart sind oder von einem Vertragsstaat gewährt werden. Es schließt auch die Gewährung größerer Erleichterungen in Zukunft nicht aus.

Part XI
The Area

Partie XI
La Zone

Teil XI
Das Gebiet

Section 1
General provisions

Section 1
Dispositions générales

Abschnitt 1
Allgemeine Bestimmungen

Article 133
Use of terms

For the purposes of this Part:

(a) "resources" means all solid, liquid or gaseous mineral resources in situ in the Area at or beneath the sea-bed, including polymetallic nodules,

(b) resources, when recovered from the Area, are referred to as "minerals".

Article 133
Emploi des termes

Aux fins de la présente partie:

a) on entend par «ressources» toutes les ressources minérales solides, liquides ou gazeuses *in situ* qui, dans la Zone, se trouvent sur les fonds marins ou dans leur sous-sol, y compris les nodules polymétalliques;

b) les ressources, une fois extraites de la Zone, sont dénommées «minéraux».

Artikel 133
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Teiles

a) bedeutet „Ressourcen" alle festen, flüssigen oder gasförmigen mineralischen Ressourcen in situ, die sich im Gebiet auf oder unter dem Meeresboden befinden, einschließlich polymetallischer Knollen;

b) werden Ressourcen, die aus dem Gebiet gewonnen worden sind, als „Mineralien" bezeichnet.

Article 134
Scope of this Part

1. This Part applies to the Area.

2. Activities in the Area shall be governed by the provisions of this Part.

3. The requirements concerning deposit of, and publicity to be given to, the charts or lists of geographical co-ordinates showing the limits referred to in article 1, paragraph 1(1), are set forth in Part VI.

4. Nothing in this article affects the establishment of the outer limits of the continental shelf in accordance with Part VI or the validity of agreements relating to delimitation between States with opposite or adjacent coasts.

Article 134
Champ d'application de la présente partie

1. La présente partie s'applique à la Zone.

2. Les activités menées dans la Zone sont régies par la présente partie.

3. Le dépôt des cartes ou listes des coordonnées géographiques indiquant l'emplacement des limites visées à l'article premier, paragraphe 1, sous-paragraphe 1), ainsi que la publicité à donner à ces cartes ou listes, sont régis par la partie VI.

4. Aucune disposition du présent article ne porte atteinte à la définition de la limite extérieure du plateau continental conformément à la partie VI ou à la validité des accords relatifs à la délimitation entre Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face.

Artikel 134
Geltungsbereich dieses Teiles

(1) Dieser Teil gilt für das Gebiet.

(2) Die Tätigkeiten im Gebiet werden durch diesen Teil geregelt.

(3) Die Erfordernisse für die Hinterlegung und Veröffentlichung der Seekarten oder Verzeichnisse geographischer Koordinaten mit den in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 genannten Grenzen sind in Teil VI wiedergegeben.

(4) Dieser Artikel berührt nicht die Festlegung der äußeren Grenzen des Festlandsockels nach Teil VI oder die Gültigkeit von Übereinkünften betreffend die Abgrenzung zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten.

Article 135
Legal status of the superjacent waters and air space

Neither this Part nor any rights granted or exercised pursuant thereto shall affect the legal status of the waters superjacent to the Area or that of the air space above those waters.

Article 135
Régime juridique des eaux et de l'espace aérien surjacents

Ni la présente partie, ni les droits accordés ou exercés en vertu de celle-ci n'affectent le régime juridique des eaux surjacentes à la Zone ou celui de l'espace aérien situé au-dessus de ces eaux.

Artikel 135
Rechtsstatus der Gewässer und des Luftraums über dem Gebiet

Weder dieser Teil noch die aufgrund seiner Bestimmungen gewährten oder ausgeübten Rechte berühren den Rechtsstatus der Gewässer über dem Gebiet oder des Luftraums über ihnen.

Section 2
Principles governing the Area

Section 2
Principes régissant la Zone

Abschnitt 2
Für das Gebiet geltende Grundsätze

Article 136
Common heritage of mankind

The Area and its resources are the common heritage of mankind.

Article 136
Patrimoine commun de l'humanité

La Zone et ses ressources sont le patrimoine commun de l'humanité.

Artikel 136
Gemeinsames Erbe der Menschheit

Das Gebiet und seine Ressourcen sind das gemeinsame Erbe der Menschheit.

Article 137

Legal status of the Area and its resources

1. No State shall claim or exercise sovereignty or sovereign rights over any part of the Area or its resources, nor shall any State or natural or juridical person appropriate any part thereof. No such claim or exercise of sovereignty or sovereign rights nor such appropriation shall be recognized.

2. All rights in the resources of the Area are vested in mankind as a whole, on whose behalf the Authority shall act. These resources are not subject to alienation. The minerals recovered from the Area, however, may only be alienated in accordance with this Part and the rules, regulations and procedures of the Authority.

3. No State or natural or juridical person shall claim, acquire or exercise rights with respect to the minerals recovered from the Area except in accordance with this Part. Otherwise, no such claim, acquisition or exercise of such rights shall be recognized.

Article 137

Régime juridique de la Zone et de ses ressources

1. Aucun Etat ne peut revendiquer ou exercer de souveraineté ou de droits souverains sur une partie quelconque de la Zone ou de ses ressources; aucun Etat ni aucune personne physique ou morale ne peut s'approprier une partie quelconque de la Zone ou de ses ressources. Aucune revendication, aucun exercice de souveraineté ou de droits souverains ni aucun acte d'appropriation n'est reconnu.

2. L'humanité tout entière, pour le compte de laquelle agit l'Autorité, est investie de tous les droits sur les ressources de la Zone. Ces ressources sont inaliénables. Les minéraux extraits de la Zone ne peuvent, quant à eux, être aliénés que conformément à la présente partie et aux règles, règlements et procédures de l'Autorité.

3. Un Etat ou une personne physique ou morale ne revendique, n'acquiert ou n'exerce de droits sur les minéraux extraits de la Zone que conformément à la présente partie. Les droits autrement revendiqués, acquis ou exercés ne sont pas reconnus.

Artikel 137

Rechtsstatus des Gebiets und seiner Ressourcen

(1) Kein Staat darf über einen Teil des Gebiets oder seiner Ressourcen Souveränität oder souveräne Rechte beanspruchen oder ausüben; ebensowenig darf sich ein Staat oder eine natürliche oder juristische Person einen Teil des Gebiets oder seiner Ressourcen aneignen. Weder eine solche Beanspruchung oder Ausübung von Souveränität oder souveränen Rechten noch eine solche Aneignung wird anerkannt.

(2) Alle Rechte an den Ressourcen des Gebiets stehen der gesamten Menschheit zu, in deren Namen die Behörde handelt. Diese Ressourcen sind unveräußerlich. Die aus dem Gebiet gewonnenen Mineralien dürfen jedoch nur in Übereinstimmung mit diesem Teil und den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde veräußert werden.

(3) Ein Staat oder eine natürliche oder juristische Person kann Rechte in bezug auf die aus dem Gebiet gewonnenen Mineralien nur in Übereinstimmung mit diesem Teil beanspruchen, erwerben oder ausüben. Auf andere Weise beanspruchte, erworbene oder ausgeübte Rechte werden nicht anerkannt.

Article 138

General conduct of States in relation to the Area

The general conduct of States in relation to the Area shall be in accordance with the provisions of this Part, the principles embodied in the Charter of the United Nations and other rules of international law in the interests of maintaining peace and security and promoting international co-operation and mutual understanding.

Article 138

Conduite générale des Etats concernant la Zone

Dans leur conduite générale concernant la Zone, les Etats se conforment à la présente partie, aux principes énoncés dans la Charte des Nations Unies et aux autres règles du droit international, avec le souci de maintenir la paix et la sécurité et de promouvoir la coopération internationale et la compréhension mutuelle.

Artikel 138

Allgemeines Verhalten der Staaten in bezug auf das Gebiet

Das allgemeine Verhalten der Staaten in bezug auf das Gebiet muß im Interesse der Erhaltung von Frieden und Sicherheit sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit und gegenseitigen Verständigung den Bestimmungen dieses Teiles, den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen und den sonstigen Regeln des Völkerrechts entsprechen.

Article 139

Responsibility to ensure compliance and liability for damage

1. States Parties shall have the responsibility to ensure that activities in the Area, whether carried out by States Parties, or state enterprises or natural or juridical persons which possess the nationality of States Parties or are effectively controlled by them or their nationals, shall be carried out in conformity with this Part. The same responsibility applies to international organizations for activities in the Area carried out by such organizations.

2. Without prejudice to the rules of international law and Annex III, article 22, damage caused by the failure of a State Party or international organization to carry out its responsibilities under this Part shall entail liability; States Parties or international organizations acting together shall bear joint

Article 139

Obligation de veiller au respect de la Convention et responsabilité en cas de dommages

1. Il incombe aux Etats Parties de veiller à ce que les activités menées dans la Zone, que ce soit par eux-mêmes, par leurs entreprises d'Etat ou par des personnes physiques ou morales possédant leur nationalité ou effectivement contrôlées par eux ou leurs ressortissants, le soient conformément à la présente partie. La même obligation incombe aux organisations internationales pour les activités menées dans la Zone par elles.

2. Sans préjudice des règles du droit international et de l'article 22 de l'annexe III, un Etat Partie ou une organisation internationale est responsable des dommages résultant d'un manquement de sa part aux obligations qui lui incombent en vertu de la présente partie; des Etats Parties ou organi-

Artikel 139

Verantwortlichkeit für die Einhaltung des Übereinkommens und Haftung für Schäden

(1) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet sicherzustellen, daß die im Gebiet ausgeübten Tätigkeiten in Übereinstimmung mit diesem Teil durchgeführt werden, gleichviel ob es sich um Tätigkeiten dieser Staaten selbst oder um die ihrer staatlichen Unternehmen oder natürlicher oder juristischer Personen handelt, welche die Staatsangehörigkeit von Vertragsstaaten besitzen oder tatsächlich der Kontrolle dieser Staaten oder ihrer Staatsangehörigen unterliegen. Internationale Organisationen, die Tätigkeiten im Gebiet ausüben, sind in gleicher Weise verantwortlich.

(2) Unbeschadet der Regeln des Völkerrechts und der Anlage III Artikel 22 haftet ein Vertragsstaat oder eine internationale Organisation für einen Schaden, der auf das Versäumnis zurückzuführen ist, die ihnen aus diesem Teil erwachsenden Verantwortlichkeiten zu erfüllen; Vertragsstaaten

and several liability. A State Party shall not however be liable for damage caused by any failure to comply with this Part by a person whom it has sponsored under article 153, paragraph 2(b), if the State Party has taken all necessary and appropriate measures to secure effective compliance under article 153, paragraph 4, and Annex III, article 4, paragraph 4.

3. States Parties that are members of international organizations shall take appropriate measures to ensure the implementation of this article with respect to such organizations.

sations internationales agissant de concert assument conjointement et solidairement cette responsabilité. Toutefois, l'Etat Partie n'est pas responsable des dommages résultant d'un tel manquement de la part d'une personne patronnée par lui en vertu de l'article 153, paragraphe 2, lettre b), s'il a pris toutes les mesures nécessaires et appropriées pour assurer le respect effectif de la présente partie et des annexes qui s'y rapportent, comme le prévoient l'article 153, paragraphe 4, et l'article 4, paragraphe 4, de l'annexe III.

3. Les Etats Parties qui sont membres d'organisations internationales prennent les mesures appropriées pour assurer l'application du présent article en ce qui concerne ces organisations.

oder internationale Organisationen, die gemeinsam handeln, haften gesamtschuldnerisch. Ein Vertragsstaat haftet jedoch nicht für einen Schaden, der durch Nichteinhaltung dieses Teiles durch eine von ihm nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b befürwortete Person verursacht wurde, sofern der Vertragsstaat alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen ergriffen hat, um die wirksame Einhaltung nach Artikel 153 Absatz 4 und Anlage III Artikel 4 Absatz 4 zu gewährleisten.

(3) Vertragsstaaten, die Mitglied internationaler Organisationen sind, ergreifen angemessene Maßnahmen, um die Anwendung dieses Artikels in bezug auf diese Organisationen sicherzustellen.

Article 140

Benefit of mankind

1. Activities in the Area shall, as specifically provided for in this Part, be carried out for the benefit of mankind as a whole, irrespective of the geographical location of States, whether coastal or land-locked, and taking into particular consideration the interests and needs of developing States and of peoples who have not attained full independence or other self-governing status recognized by the United Nations in accordance with General Assembly resolution 1514 (XV) and other relevant General Assembly resolutions.

2. The Authority shall provide for the equitable sharing of financial and other economic benefits derived from activities in the Area through any appropriate mechanism, on a non-discriminatory basis, in accordance with article 160, paragraph 2(f) (i).

Article 140

Intérêt de l'humanité

1. Les activités menées dans la Zone le sont, ainsi qu'il est prévu expressément dans la présente partie, dans l'intérêt de l'humanité tout entière, indépendamment de la situation géographique des Etats, qu'il s'agisse d'Etats côtiers ou sans littoral, et compte tenu particulièrement des intérêts et besoins des Etats en développement et des peuples qui n'ont pas accédé à la pleine indépendance ou à un autre régime d'autonomie reconnu par les Nations Unies conformément à la résolution 1514 (XV) et aux autres résolutions pertinentes de l'Assemblée générale.

2. L'Autorité assure le partage équitable, sur une base non discriminatoire, des avantages financiers et autres avantages économiques tirés des activités menées dans la Zone par un mécanisme approprié conformément à l'article 160, paragraphe 2, lettre f), i).

Artikel 140

Nutzen für die Menschheit

(1) Die Tätigkeiten im Gebiet werden, wie in diesem Teil ausdrücklich vorgesehen, zum Nutzen der gesamten Menschheit ausgeübt, ungeachtet der geographischen Lage der Staaten als Küsten- oder Binnenstaaten und unter besonderer Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten und der Völker, die noch nicht die volle Unabhängigkeit oder einen sonstigen von den Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit der Resolution 1514 (XV) und anderen einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung anerkannten Status der Selbstregierung erlangt haben.

(2) Die Behörde sorgt mit Hilfe geeigneter Mechanismen in Übereinstimmung mit Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe f Ziffer i auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung für die gerechte Verteilung der finanziellen und der sonstigen wirtschaftlichen Vorteile, die aus Tätigkeiten im Gebiet stammen.

Article 141

Use of the Area exclusively for peaceful purposes

The Area shall be open to use exclusively for peaceful purposes by all States, whether coastal or land-locked, without discrimination and without prejudice to the other provisions of this Part.

Article 141

Utilisation de la Zone à des fins exclusivement pacifiques

La Zone est ouverte à l'utilisation à des fins exclusivement pacifiques par tous les Etats, qu'il s'agisse d'Etats côtiers ou sans littoral, sans discrimination et sans préjudice des autres dispositions de la présente partie.

Artikel 141

Nutzung des Gebiets für ausschließlich friedliche Zwecke

Das Gebiet steht allen Staaten, sowohl Küsten- als auch Binnenstaaten, ohne Diskriminierung und unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Teiles für eine ausschließlich friedlichen Zwecken dienende Nutzung offen.

Article 142

Rights and legitimate interests of coastal States

1. Activities in the Area, with respect to resource deposits in the Area which lie across limits of national jurisdiction, shall be conducted with due regard to the rights and legitimate interests of any coastal State across whose jurisdiction such deposits lie.

2. Consultations, including a system of prior notification, shall be maintained with the State concerned, with a view to avoiding infringement of such rights and interests. In

Article 142

Droits et intérêts légitimes des Etats côtiers

1. Dans le cas de gisements de ressources de la Zone qui s'étendent au-delà des limites de celle-ci, les activités menées dans la Zone le sont compte dûment tenu des droits et intérêts légitimes de l'Etat côtier sous la juridiction duquel s'étendent ces gisements.

2. Un système de consultations avec l'Etat concerné, et notamment de notification préalable, est établi afin d'éviter toute atteinte à ces droits et intérêts. Dans les cas

Artikel 142

Rechte und berechtigte Interessen der Küstenstaaten

(1) Die Tätigkeiten im Gebiet in bezug auf dort befindliche Vorkommen von Ressourcen, die beiderseits der Grenzen des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse liegen, werden unter gebührender Berücksichtigung der Rechte und berechtigten Interessen des Küstenstaats ausgeübt, in dessen Bereich sich diese Vorkommen befinden.

(2) Um eine Beeinträchtigung solcher Rechte und Interessen zu vermeiden, werden mit dem betreffenden Staat Konsultationen einschließlich vorheriger Benachrich-

cases where activities in the Area may result in the exploitation of resources lying within national jurisdiction, the prior consent of the coastal State concerned shall be required.

3. Neither this Part nor any rights granted or exercised pursuant thereto shall affect the rights of coastal States to take such measures consistent with the relevant provisions of Part XII as may be necessary to prevent, mitigate or eliminate grave and imminent danger to their coastline, or related interests from pollution or threat thereof or from other hazardous occurrences resulting from or caused by any activities in the Area.

où des activités menées dans la Zone peuvent entraîner l'exploitation de ressources se trouvant en deçà des limites de la juridiction nationale d'un Etat côtier, le consentement préalable de cet Etat est nécessaire.

3. Ni la présente partie ni les droits accordés ou exercés en vertu de celle-ci ne portent atteinte au droit qu'ont les Etats côtiers de prendre les mesures compatibles avec les dispositions pertinentes de la partie XII qui peuvent être nécessaires pour prévenir, atténuer ou éliminer un danger grave et imminent pour leur littoral ou pour des intérêts connexes, imputable à une pollution ou à une menace de pollution résultant de toutes activités menées dans la Zone ou à tous autres accidents causés par de telles activités.

tigungen durchgeführt. In Fällen, in denen Tätigkeiten im Gebiet zur Ausbeutung von Ressourcen führen können, die sich im Bereich nationaler Hoheitsbefugnisse befinden, ist die vorherige Zustimmung des betreffenden Küstenstaats erforderlich.

(3) Dieser Teil und die aufgrund desselben gewährten oder ausgeübten Rechte berühren nicht das Recht der Küstenstaaten, die gegebenenfalls notwendigen, mit Teil XII übereinstimmenden Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung oder Beseitigung einer ernsten und unmittelbar bevorstehenden Gefahr zu ergreifen, die ihre Küste oder damit zusammenhängende Interessen bedroht und durch vorhandene oder drohende Verschmutzung oder durch sonstige gefährliche Vorfälle entsteht, die sich aus Tätigkeiten im Gebiet ergeben oder durch sie verursacht werden.

Article 143

Marine scientific research

1. Marine scientific research in the Area shall be carried out exclusively for peaceful purposes and for the benefit of mankind as a whole, in accordance with Part XIII.

2. The Authority may carry out marine scientific research concerning the Area and its resources, and may enter into contracts for that purpose. The Authority shall promote and encourage the conduct of marine scientific research in the Area, and shall co-ordinate and disseminate the results of such research and analysis when available.

3. States Parties may carry out marine scientific research in the Area. States Parties shall promote international co-operation in marine scientific research in the Area by:

(a) participating in international programmes and encouraging co-operation in marine scientific research by personnel of different countries and of the Authority;

(b) ensuring that programmes are developed through the Authority or other international organizations as appropriate for the benefit of developing States and technologically less developed States with a view to:

(i) strengthening their research capabilities;

(ii) training their personnel and the personnel of the Authority in the techniques and applications of research;

(iii) fostering the employment of their qualified personnel in research in the Area;

(c) effectively disseminating the results of research and analysis when available, through the Authority or other international channels when appropriate.

Article 143

Recherche scientifique marine

1. La recherche scientifique marine dans la Zone est conduite à des fins exclusivement pacifiques et dans l'intérêt de l'humanité tout entière, conformément à la partie XIII.

2. L'Autorité peut effectuer des recherches scientifiques marines sur la Zone et ses ressources et peut passer des contrats à cette fin. Elle favorise et encourage la recherche scientifique marine dans la Zone, et elle coordonne et diffuse les résultats de ces recherches et analyses, lorsqu'ils sont disponibles.

3. Les Etats Parties peuvent effectuer des recherches scientifiques marines dans la Zone. Ils favorisent la coopération internationale en matière de recherches scientifiques marines dans la Zone:

a) en participant à des programmes internationaux et en encourageant la coopération en matière de recherches scientifiques marines effectuées par le personnel de différents pays et celui de l'Autorité;

b) en veillant à ce que des programmes soient élaborés par l'intermédiaire de l'Autorité ou d'autres organisations internationales, le cas échéant, au bénéfice des Etats en développement et des Etats technologiquement moins avancés en vue de:

i) renforcer leur potentiel de recherche;

ii) former leur personnel et celui de l'Autorité aux techniques et aux applications de la recherche;

iii) favoriser l'emploi de leur personnel qualifié pour les recherches menées dans la Zone;

c) en diffusant effectivement les résultats des recherches et analyses, lorsqu'ils sont disponibles, par l'intermédiaire de l'Autorité ou par d'autres mécanismes internationaux, s'il y a lieu.

Artikel 143

Wissenschaftliche Meeresforschung

(1) Die wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet wird in Übereinstimmung mit Teil XIII für ausschließlich friedliche Zwecke und zum Nutzen der gesamten Menschheit durchgeführt.

(2) Die Behörde kann wissenschaftliche Meeresforschung in bezug auf das Gebiet und seine Ressourcen durchführen und zu diesem Zweck Verträge schließen. Die Behörde fördert und ermutigt die Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung im Gebiet; sie koordiniert und verbreitet die verfügbaren Ergebnisse dieser Forschungen und Analysen.

(3) Die Vertragsstaaten können wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet durchführen. Sie fördern die internationale Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Meeresforschung im Gebiet,

a) indem sie sich an internationalen Programmen beteiligen und die Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Meeresforschung durch Personal verschiedener Länder und der Behörde ermutigen;

b) indem sie dafür sorgen, daß durch die Behörde oder gegebenenfalls durch sonstige internationale Organisationen Programme zum Nutzen der Entwicklungsstaaten und der technisch weniger entwickelten Staaten ausgearbeitet werden, um

i) deren Forschungspotential zu stärken;

ii) deren Personal und das Personal der Behörde im Bereich der Technik und Anwendung der Forschung zu schulen;

iii) den Einsatz deren befähigten Personals bei der Forschung im Gebiet zu fördern;

c) indem sie die verfügbaren Ergebnisse der Forschungen und Analysen über die Behörde oder gegebenenfalls auf anderem internationalem Weg wirksam verbreiten.

Article 144

Transfer of technology

1. The Authority shall take measures in accordance with this Convention:

(a) to acquire technology and scientific knowledge relating to activities in the Area;

(b) to promote and encourage the transfer to developing States of such technology and scientific knowledge so that all States Parties benefit therefrom.

2. To this end the Authority and States Parties shall co-operate in promoting the transfer of technology and scientific knowledge relating to activities in the Area so that the Enterprise and all States Parties may benefit therefrom. In particular they shall initiate and promote:

(a) programmes for the transfer of technology to the Enterprise and to developing States with regard to activities in the Area, including, inter alia, facilitating the access of the Enterprise and of developing States to the relevant technology, under fair and reasonable terms and conditions;

(b) measures directed towards the advancement of the technology of the Enterprise and the domestic technology of developing States, particularly by providing opportunities to personnel from the Enterprise and from developing States for training in marine science and technology and for their full participation in activities in the Area.

Article 144

Transfert des techniques

1. Conformément à la Convention, l'Autorité prend des mesures:

a) pour acquérir les techniques et les connaissances scientifiques relatives aux activités menées dans la Zone; et

b) pour favoriser et encourager le transfert aux Etats en développement de ces techniques et connaissances scientifiques, de façon que tous les Etats Parties puissent en bénéficier.

2. A cette fin, l'Autorité et les Etats Parties coopèrent pour promouvoir le transfert des techniques et des connaissances scientifiques relatives aux activités menées dans la Zone, de façon que l'Entreprise et tous les Etats Parties puissent en bénéficier. En particulier, ils prennent ou encouragent l'initiative:

a) de programmes pour le transfert à l'Entreprise et aux Etats en développement de techniques relatives aux activités menées dans la Zone, prévoyant notamment, pour l'Entreprise et les Etats en développement, des facilités d'accès aux techniques pertinentes selon des modalités et à des conditions justes et raisonnables;

b) de mesures visant à assurer le progrès des techniques de l'Entreprise et des techniques autochtones des Etats en développement, et particulièrement à permettre au personnel de l'Entreprise et de ces Etats de recevoir une formation aux sciences et techniques marines, ainsi que de participer pleinement aux activités menées dans la Zone.

Artikel 144

Weitergabe von Technologie

(1) Die Behörde ergreift Maßnahmen in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen, um

a) Technologie und wissenschaftliche Kenntnisse betreffend Tätigkeiten im Gebiet zu erwerben und

b) die Weitergabe dieser Technologie und wissenschaftlichen Kenntnisse an Entwicklungsstaaten zu fördern und zu ermutigen, damit alle Vertragsstaaten daraus Nutzen ziehen können.

(2) Zu diesem Zweck arbeiten die Behörde und die Vertragsstaaten bei der Förderung der Weitergabe von Technologie und wissenschaftlichen Kenntnissen betreffend Tätigkeiten im Gebiet zusammen, damit das Unternehmen und alle Vertragsstaaten daraus Nutzen ziehen können. Sie veranlassen und fördern insbesondere

a) Programme zur Weitergabe von Technologie an das Unternehmen und an Entwicklungsstaaten im Zusammenhang mit Tätigkeiten im Gebiet, einschließlich solcher, die dem Unternehmen und den Entwicklungsstaaten den Zugang zu der betreffenden Technologie unter angemessenen und annehmbaren Bedingungen erleichtern;

b) Maßnahmen, die auf die Weiterentwicklung der Technologie des Unternehmens und der einheimischen Technologie der Entwicklungsstaaten gerichtet sind und die insbesondere für Personal des Unternehmens und der Entwicklungsstaaten Möglichkeiten schaffen, sich in der Meereswissenschaft und -technologie auszubilden und an Tätigkeiten im Gebiet voll teilzunehmen.

Article 145

Protection of the marine environment

Necessary measures shall be taken in accordance with this Convention with respect to activities in the Area to ensure effective protection for the marine environment from harmful effects which may arise from such activities. To this end the Authority shall adopt appropriate rules, regulations and procedures for inter alia:

(a) the prevention, reduction and control of pollution and other hazards to the marine environment, including the coastline, and of interference with the ecological balance of the marine environment, particular attention being paid to the need for protection from harmful effects of such activities as drilling, dredging, excavation, disposal of waste, construction and operation or maintenance of installations, pipelines and other devices related to such activities;

Article 145

Protection du milieu marin

En ce qui concerne les activités menées dans la Zone, les mesures nécessaires doivent être prises conformément à la Convention pour protéger efficacement le milieu marin des effets nocifs que pourraient avoir ces activités. L'Autorité adopte à cette fin des règles, règlements et procédures appropriés visant notamment à:

a) prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin, y compris le littoral, et faire face aux autres risques qui le menacent, ainsi qu'à toute perturbation de l'équilibre écologique du milieu marin, en accordant une attention particulière à la nécessité de protéger celui-ci des effets nocifs d'activités telles que forages, dragages, excavations, élimination de déchets, construction et exploitation ou entretien d'installations, de pipelines et d'autres engins utilisés pour ces activités;

Artikel 145

Schutz der Meeresumwelt

Hinsichtlich der Tätigkeiten im Gebiet werden in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Meeresumwelt vor schädlichen Auswirkungen, die sich aus diesen Tätigkeiten ergeben können, wirksam zu schützen. Zu diesem Zweck beschließt die Behörde geeignete Regeln, Vorschriften und Verfahren, um unter anderem

a) die Verschmutzung und sonstige Gefahren für die Meeresumwelt, einschließlich der Küste, sowie Störungen des ökologischen Gleichgewichts der Meeresumwelt zu verhüten, zu verringern und zu überwachen, wobei insbesondere auf die Notwendigkeit zu achten ist, die Meeresumwelt vor schädlichen Auswirkungen von Tätigkeiten wie Bohr-, Dredsch- und Baggerarbeiten, Abfallbeseitigung, Errichtung, Betrieb oder Unterhaltung von Anlagen, Rohrleitungen und sonstigen mit diesen Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden Geräten zu schützen;

(b) the protection and conservation of the natural resources of the Area and the prevention of damage to the flora and fauna of the marine environment.

Article 146

Protection of human life

With respect to activities in the Area, necessary measures shall be taken to ensure effective protection of human life. To this end the Authority shall adopt appropriate rules, regulations and procedures to supplement existing international law as embodied in relevant treaties.

Article 147

Accommodation of activities in the Area and in the marine environment

1. Activities in the Area shall be carried out with reasonable regard for other activities in the marine environment.

2. Installations used for carrying out activities in the Area shall be subject to the following conditions:

(a) such installations shall be erected, emplaced and removed solely in accordance with this Part and subject to the rules, regulations and procedures of the Authority. Due notice must be given of the erection, emplacement and removal of such installations, and permanent means for giving warning of their presence must be maintained;

(b) such installations may not be established where interference may be caused to the use of recognized sea lanes essential to international navigation or in areas of intense fishing activity;

(c) safety zones shall be established around such installations with appropriate markings to ensure the safety of both navigation and the installations. The configuration and location of such safety zones shall not be such as to form a belt impeding the lawful access of shipping to particular maritime zones or navigation along international sea lanes;

(d) such installations shall be used exclusively for peaceful purposes;

(e) such installations do not possess the status of islands. They have no territorial sea of their own, and their presence does not affect the delimitation of the territorial sea, the exclusive economic zone or the continental shelf.

3. Other activities in the marine environment shall be conducted with reasonable regard for activities in the Area.

b) protéger et conserver les ressources naturelles de la Zone et prévenir les dommages à la flore et à la faune marines.

Article 146

Protection de la vie humaine

En ce qui concerne les activités menées dans la Zone, les mesures nécessaires doivent être prises en vue d'assurer une protection efficace de la vie humaine. L'Autorité adopte à cette fin des règles, règlements et procédures appropriés pour compléter le droit international existant tel qu'il est contenu dans les traités en la matière.

Article 147

Compatibilité des activités menées dans la Zone et des autres activités s'exerçant dans le milieu marin

1. Les activités menées dans la Zone le sont en tenant raisonnablement compte des autres activités s'exerçant dans le milieu marin.

2. Les conditions ci-après s'appliquent aux installations utilisées pour des activités menées dans la Zone:

a) ces installations ne doivent être montées, mises en place et enlevées que conformément à la présente partie et dans les conditions fixées par les règles, règlements et procédures de l'Autorité. Leur montage, leur mise en place et leur enlèvement doivent être dûment notifiés et l'entretien de moyens permanents pour signaler leur présence doit être assuré;

b) ces installations ne doivent pas être mises en place là où elles risquent d'entraver l'utilisation de voies de circulation reconnues essentielles pour la navigation internationale, ni dans des zones où se pratique une pêche intensive;

c) ces installations doivent être entourées de zones de sécurité convenablement balisées de façon à assurer la sécurité des installations elles-mêmes et celle de la navigation. La configuration et l'emplacement de ces zones de sécurité sont déterminés de telle sorte qu'elles ne forment pas un cordon empêchant l'accès licite des navires à certaines zones marines ou la navigation dans des voies servant à la navigation internationale;

d) ces installations sont utilisées à des fins exclusivement pacifiques;

e) ces installations n'ont pas le statut d'îles. Elles n'ont pas de mer territoriale qui leur soit propre et leur présence n'a pas d'incidence sur la délimitation de la mer territoriale, de la zone économique exclusive ou du plateau continental.

3. Les autres activités s'exerçant dans le milieu marin sont menées en tenant raisonnablement compte des activités menées dans la Zone.

b) die natürlichen Ressourcen des Gebiets zu schützen und zu erhalten sowie Schäden für die Tiere und Pflanzen der Meeresumwelt zu vermeiden.

Artikel 146

Schutz des menschlichen Lebens

Hinsichtlich der Tätigkeiten im Gebiet sind die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den wirksamen Schutz des menschlichen Lebens zu gewährleisten. Zu diesem Zweck beschließt die Behörde geeignete Regeln, Vorschriften und Verfahren, um das bestehende Völkerrecht, wie es in den einschlägigen Verträgen niedergelegt ist, zu ergänzen.

Artikel 147

Vereinbarkeit der Tätigkeiten im Gebiet mit anderen Tätigkeiten in der Meeresumwelt

(1) Bei Tätigkeiten im Gebiet ist auf andere Tätigkeiten in der Meeresumwelt in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen.

(2) Die für Tätigkeiten im Gebiet benutzten Anlagen müssen folgenden Bedingungen genügen:

a) Die Anlagen werden nur in Übereinstimmung mit diesem Teil und vorbehaltlich der Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde errichtet, aufgestellt und entfernt. Ihre Errichtung, Aufstellung und Entfernung sind ordnungsgemäß bekanntzumachen, und es sind fest angebrachte Warneinrichtungen zu unterhalten, die auf das Vorhandensein der Anlagen hinweisen;

b) die Anlagen dürfen weder dort errichtet werden, wo die Benutzung anerkannter und für die internationale Schiffahrt wichtiger Schiffahrtswege behindert werden kann, noch in Gebieten, in denen intensive Fischerei betrieben wird;

c) um die Anlagen werden Sicherheitszonen mit entsprechenden Markierungen eingerichtet, um die Sicherheit sowohl der Schiffahrt als auch der Anlagen zu gewährleisten. Form und Lage dieser Sicherheitszonen dürfen nicht so beschaffen sein, daß sie einen Gürtel bilden, der den rechtmäßigen Zugang der Schiffe zu besonderen Meereszonen oder die Schiffahrt auf internationalen Schiffahrtswegen behindert;

d) die Anlagen werden für ausschließlich friedliche Zwecke genutzt;

e) die Anlagen haben nicht den Status von Inseln. Sie haben kein eigenes Küstenmeer, und ihr Vorhandensein hat keinen Einfluß auf die Abgrenzung des Küstenmeers, der ausschließlichen Wirtschaftszone oder des Festlandsokkels.

(3) Bei anderen Tätigkeiten in der Meeresumwelt ist auf die Tätigkeiten im Gebiet in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen.

Article 148

Participation of developing States in activities in the Area

The effective participation of developing States in activities in the Area shall be promoted as specifically provided for in this Part, having due regard to their special interests and needs, and in particular to the special need of the land-locked and geographically disadvantaged among them to overcome obstacles arising from their disadvantaged location, including remoteness from the Area and difficulty of access to and from it.

Article 148

Participation des Etats en développement aux activités menées dans la Zone

La participation effective des Etats en développement aux activités menées dans la Zone est encouragée, comme le prévoit expressément la présente partie, compte dûment tenu des intérêts et besoins particuliers de ces Etats, et notamment du besoin particulier qu'ont ceux d'entre eux qui sont sans littoral ou géographiquement désavantagés de surmonter les obstacles qui résultent de leur situation défavorable, notamment de leur éloignement de la Zone et de leurs difficultés d'accès à la Zone et depuis celle-ci.

Artikel 148

Teilnahme von Entwicklungsstaaten an Tätigkeiten im Gebiet

Es wird eine wirksame Teilnahme der Entwicklungsstaaten an Tätigkeiten im Gebiet gefördert, wie in diesem Teil ausdrücklich vorgesehen, wobei deren besondere Interessen und Bedürfnisse und vor allem das besondere Bedürfnis der Binnenstaaten und geographisch benachteiligten Staaten unter ihnen zu berücksichtigen sind, die sich aus ihrer nachteiligen Lage ergebenden Hindernisse zu überwinden, insbesondere ihre Entlegenheit im Verhältnis zum Gebiet sowie die Schwierigkeit ihres Zugangs zum und vom Gebiet.

Article 149

Archaeological and historical objects

All objects of an archaeological and historical nature found in the Area shall be preserved or disposed of for the benefit of mankind as a whole, particular regard being paid to the preferential rights of the State or country of origin, or the State of cultural origin, or the State of historical and archaeological origin.

Article 149

Objets archéologiques et historiques

Tous les objets de caractère archéologique ou historique trouvés dans la Zone sont conservés ou cédés dans l'intérêt de l'humanité tout entière, compte tenu en particulier des droits préférentiels de l'Etat ou du pays d'origine, ou de l'Etat d'origine culturelle, ou encore de l'Etat d'origine historique ou archéologique.

Artikel 149

Archäologische und historische Gegenstände

Alle im Gebiet gefundenen Gegenstände archäologischer oder historischer Art werden zum Nutzen der gesamten Menschheit bewahrt oder verwendet, wobei die Vorzugsrechte des Ursprungsstaats oder -lands, des Staates des kulturellen Ursprungs oder des Staates des historischen oder archäologischen Ursprungs besonders zu beachten sind.

Section 3

Developement of resources of the Area

Section 3

Mise en valeur des ressources de la Zone

Abschnitt 3

Erschließung der Ressourcen im Gebiet

Article 150

Policies relating to activities in the Area

Activities in the Area shall, as specifically provided for in this Part, be carried out in such a manner as to foster healthy development of the world economy and balanced growth of international trade, and to promote international cooperation for the overall development of all countries, especially developing States, and with a view to ensuring:

(a) the development of the resources of the Area;

(b) orderly, safe and rational management of the resources of the Area, including the efficient conduct of activities in the Area and, in accordance with sound principles of conservation, the avoidance of unnecessary waste;

(c) the expansion of opportunities for participation in such activities consistent in particular with articles 144 and 148;

(d) participation in revenues by the Authority and the transfer of technology to the Enterprise and developing States as provided for in this Convention;

Article 150

Politique générale relative aux activités menées dans la Zone

Les activités menées dans la Zone le sont, ainsi que le prévoit expressément la présente partie, de manière à favoriser le développement harmonieux de l'économie mondiale et l'expansion équilibrée du commerce international, à promouvoir la coopération internationale aux fins du développement général de tous les pays, et spécialement les Etats en développement, et en vue:

a) de mettre en valeur les ressources de la Zone;

b) de gérer de façon méthodique, sûre et rationnelle les ressources de la Zone, notamment en veillant à ce que les activités menées dans la Zone le soient efficacement, en évitant tout gaspillage conformément à de sains principes de conservation;

c) d'accroître les possibilités de participation à ces activités, en particulier d'une manière compatible avec les articles 144 et 148;

d) d'assurer la participation de l'Autorité aux revenus et le transfert des techniques à l'Entreprise et aux Etats en développement conformément à la Convention;

Artikel 150

Leitsätze für die Tätigkeiten im Gebiet

Die Tätigkeiten im Gebiet werden, wie in diesem Teil ausdrücklich vorgesehen, so ausgeübt, daß sie die gesunde Entwicklung der Weltwirtschaft und das ausgewogene Wachstum des Welthandels begünstigen und die internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel einer umfassenden Entwicklung aller Länder, insbesondere der Entwicklungsstaaten, fördern, und um folgendes sicherzustellen:

a) die Erschließung der Ressourcen des Gebiets;

b) die ordnungsgemäße, sichere und rationelle Bewirtschaftung der Ressourcen des Gebiets einschließlich der wirksamen Ausübung der Tätigkeiten im Gebiet, wobei in Übereinstimmung mit vernünftigen Grundsätzen der Erhaltung der Ressourcen eine unnötige Vergeudung zu vermeiden ist;

c) die Erweiterung von Möglichkeiten für eine Teilnahme an diesen Tätigkeiten, insbesondere im Einklang mit den Artikeln 144 und 148;

d) die Beteiligung der Behörde an den Einnahmen und die Weitergabe von Technologie an das Unternehmen und an Entwicklungsstaaten, wie in diesem Übereinkommen vorgesehen;

(e) increased availability of the minerals derived from the Area as needed in conjunction with minerals derived from other sources, to ensure supplies to consumers of such minerals;

e) d'augmenter, en fonction des besoins, les quantités disponibles des minéraux provenant de la Zone conjointement avec les minéraux provenant d'autres sources, pour assurer l'approvisionnement des consommateurs de ces minéraux;

e) die zunehmende, bedarfsentsprechende Verfügbarkeit der aus dem Gebiet stammenden Mineralien zusammen mit den aus anderen Vorkommen stammenden Mineralien, um die Versorgung der Verbraucher dieser Mineralien sicherzustellen;

(f) the promotion of just and stable prices remunerative to producers and fair to consumers for minerals derived both from the Area and from other sources, and the promotion of long-term equilibrium between supply and demand;

f) de favoriser pour les minéraux provenant de la Zone comme pour les minéraux provenant d'autres sources, la formation de prix justes et stables, rémunérateurs pour les producteurs et justes pour les consommateurs, et d'assurer à long terme l'équilibre de l'offre et de la demande;

f) die Förderung gerechter und stabiler, für Erzeuger lohnender und für Verbraucher angemessener Preise sowohl für die aus dem Gebiet als auch aus anderen Vorkommen stammenden Mineralien und die Förderung eines langfristigen Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage;

(g) the enhancement of opportunities for all States Parties, irrespective of their social and economic systems or geographical location, to participate in the development of the resources of the Area and the prevention of monopolization of activities in the Area;

g) de donner à tous les Etats Parties, indépendamment de leur système social et économique ou de leur situation géographique, de plus grandes possibilités de participation à la mise en valeur des ressources de la Zone, et d'empêcher la monopolisation des activités menées dans la Zone;

g) die Erweiterung der Möglichkeiten für alle Vertragsstaaten ungeachtet ihres sozialen und wirtschaftlichen Systems oder ihrer geographischen Lage, an der Erschließung der Ressourcen des Gebiets teilzunehmen, und die Verhinderung einer Monopolisierung der Tätigkeiten im Gebiet;

(h) the protection of developing countries from adverse effects on their economies or on their export earnings resulting from a reduction in the price of an affected mineral, or in the volume of exports of that mineral, to the extent that such reduction is caused by activities in the Area, as provided in article 151;

h) de protéger les Etats en développement des effets défavorables que pourrait avoir sur leur économie ou sur leurs recettes d'exportation la baisse du cours d'un minéral figurant parmi ceux extraits de la Zone ou la réduction du volume de leurs exportations de ce minéral, pour autant que cette baisse ou réduction soit due à des activités menées dans la Zone, conformément à l'article 151;

h) den Schutz der Entwicklungsstaaten vor nachteiligen Auswirkungen auf ihre Wirtschaft oder ihre Ausfuhreinnahmen, die sich aus einem Rückgang des Preises des betroffenen Minerals oder der Ausfuhrmenge dieses Minerals ergeben, soweit ein solcher Rückgang auf Tätigkeiten im Gebiet zurückzuführen ist, wie in Artikel 151 vorgesehen;

(i) the development of the common heritage for the benefit of mankind as a whole; and

i) de mettre en valeur le patrimoine commun dans l'intérêt de l'humanité tout entière;

i) die Entwicklung des gemeinsamen Erbes zum Nutzen der gesamten Menschheit;

(j) conditions of access to markets for the imports of minerals produced from the resources of the Area and for imports of commodities produced from such minerals shall not be more favourable than the most favourable applied to imports from other sources.

j) de faire en sorte que les conditions d'accès aux marchés pour l'importation de minéraux provenant de la Zone et pour l'importation de produits de base tirés de ces minéraux ne soient pas plus favorables que les conditions les plus favorables appliquées aux importations de ceux provenant d'autres sources.

j) Marktzugangsbedingungen für die Einfuhr der aus den Ressourcen des Gebiets erzeugten Mineralien sowie für die Einfuhr der aus diesen Mineralien erzeugten Rohstoffe, die nicht günstiger als die für Einfuhren aus anderen Vorkommen geltenden günstigsten Bedingungen sein dürfen.

Article 151

Production policies

1. (a) Without prejudice to the objectives set forth in article 150 and for the purpose of implementing subparagraph (h) of that article, the Authority, acting through existing forums or such new arrangements or agreements as may be appropriate, in which all interested parties, including both producers and consumers, participate, shall take measures necessary to promote the growth, efficiency and stability of markets for those commodities produced from the minerals derived from the Area, at prices remunerative to producers and fair to consumers. All States Parties shall co-operate to this end.

(b) The Authority shall have the right to participate in any commodity conference dealing with those commodities and in which all interested parties including both producers and consumers participate. The Authority shall have the right to become a

Article 151

Politique en matière de production

1. a) Sans préjudice des objectifs énoncés à l'article 150 et en vue d'appliquer la lettre h), de cet article, l'Autorité, agissant par l'intermédiaire d'instances existantes ou, si besoin est, dans le cadre de nouveaux arrangements ou accords avec la participation de toutes les parties intéressées, producteurs et consommateurs compris, prend les mesures nécessaires pour favoriser la croissance, le fonctionnement efficace et la stabilité des marchés pour les produits de base tirés des minéraux provenant de la Zone, à des prix rémunérateurs pour les producteurs et justes pour les consommateurs. Tous les Etats Parties coopèrent à cette fin.

b) L'Autorité a le droit de prendre part à toute conférence de produit dont les travaux portent sur ces produits de base et à laquelle participent toutes les parties intéressées, y compris les producteurs et les consommateurs. Elle a le droit de devenir

Artikel 151

Leitsätze für die Produktion

(1) a) Unbeschadet der in Artikel 150 genannten Ziele und zur Durchführung des Artikels 150 Buchstabe h ergreift die Behörde im Rahmen bestehender Gremien oder gegebenenfalls erforderlicher neuer Vereinbarungen oder sonstiger Übereinkünfte, an denen alle interessierten Parteien, einschließlich Erzeuger und Verbraucher, beteiligt sind, die notwendigen Maßnahmen, um das Wachstum, die Leistungsfähigkeit und die Stabilität der Märkte für die aus den Mineralien des Gebiets erzeugten Rohstoffe zu Preisen zu fördern, die für die Erzeuger lohnend und für die Verbraucher angemessen sind. Alle Vertragsstaaten arbeiten zu diesem Zweck zusammen.

b) Die Behörde hat das Recht, an jeder Rohstoffkonferenz teilzunehmen, die sich mit diesen Rohstoffen befaßt und an der alle interessierten Parteien, einschließlich Erzeuger und Verbraucher, teilnehmen. Die Behörde hat das Recht, Vertragspartei

party to any arrangement or agreement resulting from such conferences. Participation of the Authority in any organs established under those arrangements or agreements shall be in respect of production in the Area and in accordance with the relevant rules of those organs.

(c) The Authority shall carry out its obligations under the arrangements or agreements referred to in this paragraph in a manner which assures a uniform and non-discriminatory implementation in respect of all production in the Area of the minerals concerned. In doing so, the Authority shall act in a manner consistent with the terms of existing contracts and approved plans of work of the Enterprise.

2. (a) During the interim period specified in paragraph 3, commercial production shall not be undertaken pursuant to an approved plan of work until the operator has applied for and has been issued a production authorization by the Authority. Such production authorizations may not be applied for or issued more than five years prior to the planned commencement of commercial production under the plan of work unless, having regard to the nature and timing of project development, the rules, regulations and procedures of the Authority prescribe another period.

(b) In the application for the production authorization, the operator shall specify the annual quantity of nickel expected to be recovered under the approved plan of work. The application shall include a schedule of expenditures to be made by the operator after he has received the authorization which are reasonably calculated to allow him to begin commercial production on the date planned.

(c) For the purposes of subparagraphs (a) and (b), the Authority shall establish appropriate performance requirements in accordance with Annex III, article 17.

(d) The Authority shall issue a production authorization for the level of production applied for unless the sum of that level and the levels already authorized exceeds the nickel production ceiling, as calculated pursuant to paragraph 4 in the year of issuance of the authorization, during any year of planned production falling within the interim period.

(e) When issued, the production authorization and approved application shall become a part of the approved plan of work.

(f) If the operator's application for a production authorization is denied pursuant to subparagraph (d), the operator may apply again to the Authority at any time.

3. The interim period shall begin five years prior to 1 January of the year in which the earliest commercial production is

partie à tout arrangement ou accord conclu à l'issue de telles conférences. Elle participe, pour ce qui a trait à la production dans la Zone, à tout organe créé en vertu d'un tel arrangement ou accord conformément aux règles relatives à l'organe en question.

c) L'Autorité s'acquitte des obligations qui lui incombent en vertu des arrangements ou accords visés au présent paragraphe de manière à en assurer l'application uniforme et non discriminatoire à l'intégralité de la production des minéraux en cause, dans la Zone. Ce faisant, elle agit d'une manière compatible avec les clauses des contrats en vigueur et les dispositions des plans de travail approuvés de l'Entreprise.

2. a) Pendant la période intérimaire définie au paragraphe 3, la production commerciale ne peut commencer au titre d'un plan de travail approuvé que si l'exploitant a demandé à l'Autorité et obtenu d'elle une autorisation de production; cette autorisation ne peut être demandée ou délivrée plus de cinq ans avant la date prévue pour le démarrage de la production commerciale en vertu du plan de travail, à moins que l'Autorité ne prescrive un autre délai dans ses règles, règlements et procédures, eu égard à la nature et au calendrier d'exécution des projets.

b) Dans sa demande d'autorisation, l'exploitant indique la quantité annuelle du nickel qu'il prévoit d'extraire au titre du plan de travail approuvé. La demande comprend un tableau des dépenses qui seront engagées par l'exploitant après la réception de l'autorisation et qui ont été raisonnablement calculées pour permettre le démarrage de la production commerciale à la date prévue.

c) Aux fins de l'application des lettres a) et b), l'Autorité adopte des normes d'efficacité conformément à l'article 17 de l'annexe III.

d) L'Autorité délivre une autorisation de production pour la quantité spécifiée dans la demande, à moins que la somme de cette quantité et des quantités précédemment autorisées n'excède, pour une année quelconque de production comprise dans la période intérimaire, le plafond de la production de nickel calculé conformément au paragraphe 4 pour l'année au cours de laquelle l'autorisation est délivrée.

e) La demande et l'autorisation de production deviennent partie intégrante du plan de travail approuvé.

f) Si la demande d'autorisation présentée par l'exploitant lui est refusée en vertu de la lettre d), celui-ci peut à tout moment présenter une nouvelle demande à l'Autorité.

3. La période intérimaire commence cinq ans avant le 1er janvier de l'année prévue pour le démarrage de la première produc-

der auf diesen Konferenzen geschlossenen Vereinbarungen oder sonstigen Übereinkünfte zu werden. Die Beteiligung der Behörde an den aufgrund der Vereinbarungen oder sonstigen Übereinkünfte geschaffenen Organen bezieht sich auf die Produktion im Gebiet und erfolgt in Übereinstimmung mit den einschlägigen Regeln dieser Organe.

c) Die Behörde erfüllt ihre Verpflichtungen aus den in diesem Absatz genannten Vereinbarungen oder sonstigen Übereinkünften derart, daß in bezug auf die Gesamtproduktion der betreffenden Mineralien im Gebiet einheitlich und ohne Diskriminierung verfahren wird. Dabei handelt die Behörde in einer Weise, die mit den Bedingungen geltender Verträge und bestätigter Arbeitspläne des Unternehmens vereinbar ist.

(2) a) Während der in Absatz 3 bezeichneten Übergangszeit kann die kommerzielle Produktion nach einem bestätigten Arbeitsplan erst dann aufgenommen werden, wenn der Unternehmer bei der Behörde eine Produktionsgenehmigung beantragt und von ihr erhalten hat. Die Produktionsgenehmigungen dürfen höchstens fünf Jahre vor der nach dem Arbeitsplan beabsichtigten Aufnahme der kommerziellen Produktion beantragt oder erteilt werden, es sei denn, die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde schreiben unter Berücksichtigung der Art und des zeitlichen Ablaufs des Vorhabens eine andere Frist vor.

b) In dem Antrag auf Produktionsgenehmigung gibt der Unternehmer die jährliche Nickelmenge an, mit deren Gewinnung im Rahmen des bestätigten Arbeitsplans gerechnet wird. Der Antrag enthält eine Aufstellung der Kosten, die der Unternehmer nach Erhalt der Genehmigung aufwenden muß und die so hinreichend berechnet sind, daß er die kommerzielle Produktion zum beabsichtigten Zeitpunkt aufnehmen kann.

c) Für die Zwecke der Buchstaben a und b legt die Behörde in Übereinstimmung mit Anlage III Artikel 17 geeignete Leistungsanforderungen fest.

d) Die Behörde erteilt eine Produktionsgenehmigung für die beantragte Produktionsmenge, sofern nicht die Summe dieser Menge und der bereits genehmigten Mengen in irgendeinem Jahr der geplanten Produktion während der Übergangszeit die nach Absatz 4 berechnete Höchstgrenze der Nickelproduktion für das Jahr übersteigt, in dem die Genehmigung erteilt wird.

e) Die Produktionsgenehmigung und der genehmigte Antrag werden, sobald sie erteilt sind, Teil des bestätigten Arbeitsplans.

f) Wird der Antrag des Unternehmers auf Produktionsgenehmigung nach Buchstabe d abgelehnt, so kann der Unternehmer jederzeit bei der Behörde einen neuen Antrag stellen.

(3) Die Übergangszeit beginnt fünf Jahre vor dem 1. Januar des Jahres, in dem die erste kommerzielle Produktion im Rahmen

planned to commence under an approved plan of work. If the earliest commercial production is delayed beyond the year originally planned, the beginning of the interim period and the production ceiling originally calculated shall be adjusted accordingly. The interim period shall last 25 years or until the end of the Review Conference referred to in article 155 or until the day when such new arrangements or agreements as are referred to in paragraph 1 enter into force, whichever is earliest. The Authority shall resume the power provided in this article for the remainder of the interim period if the said arrangements or agreements should lapse or become ineffective for any reason whatsoever.

4. (a) The production ceiling for any year of the interim period shall be the sum of:

(i) the difference between the trend line values for nickel consumption, as calculated pursuant to subparagraph (b), for the year immediately prior to the year of the earliest commercial production and the year immediately prior to the commencement of the interim period; and

(ii) sixty per cent of the difference between the trend line values for nickel consumption, as calculated pursuant to subparagraph (b), for the year for which the production authorization is being applied for and the year immediately prior to the year of the earliest commercial production.

(b) For the purposes of subparagraph (a):

(i) trend line values used for computing the nickel production ceiling shall be those annual nickel consumption values on a trend line computed during the year in which a production authorization is issued. The trend line shall be derived from a linear regression of the logarithms of actual nickel consumption for the most recent 15-year period for which such data are available, time being the independent variable. This trend line shall be referred to as the original trend line;

(ii) if the annual rate of increase of the original trend line is less than 3 per cent, then the trend line used to determine the quantities referred to in subparagraph (a) shall instead be one passing through the original trend line at the value for the first year of the relevant 15-year period, and increasing at 3 per cent annually; provided however that the production ceiling established for any year of the interim period may not in any case exceed the difference between the original

tion commerciale au titre d'un plan de travail approuvé. Si le démarrage de cette production commerciale est reporté à une année postérieure à celle qui était prévue, le début de la période intérimaire et le plafond de production initialement calculé sont ajustés en conséquence. La période intérimaire prend fin au bout de 25 ans ou à la fin de la Conférence de révision visée à l'article 155 ou à l'entrée en vigueur des nouveaux accords ou arrangements visés au paragraphe 1, la date la plus proche étant retenue. Si ces arrangements ou accords deviennent caducs ou cessent d'avoir effet pour une raison quelconque, l'Autorité recouvre pour le reste de la période intérimaire les pouvoirs prévus au présent article.

4. a) Le plafond de production valable pour une année quelconque de la période intérimaire est donné par la somme de:

i) la différence entre la valeur de la courbe de tendance de la consommation de nickel pour l'année précédant l'année de démarrage de la première production commerciale et la valeur de cette courbe pour l'année précédant le début de la période intérimaire, ces valeurs étant calculées conformément à la lettre b); et

ii) soixante pour cent de la différence entre la valeur de la courbe de tendance de la consommation de nickel pour l'année pour laquelle l'autorisation de production est demandée et la valeur de cette courbe pour l'année précédant l'année de démarrage de la première production commerciale, ces valeurs étant calculées conformément à la lettre b).

b) Aux fins de la lettre a):

i) les valeurs de la courbe de tendance utilisée pour calculer le plafond de la production de nickel sont les valeurs annuelles de la consommation de nickel lues sur une courbe de tendance établie au cours de l'année pendant laquelle l'autorisation de production est délivrée. La courbe de tendance s'obtient par régression linéaire des logarithmes des données sur la consommation annuelle effective de nickel correspondant à la période de 15 ans la plus récente pour laquelle on dispose de données, le temps étant pris comme variable indépendante. Cette courbe de tendance est dite courbe de tendance initiale;

ii) si le taux annuel d'accroissement indiqué par la courbe de tendance est inférieur à 3 p. 100, on substitue à cette courbe, pour déterminer les quantités visées à la lettre a), une courbe de tendance construite de telle façon qu'elle coupe la courbe de tendance initiale au point représentant la valeur de la consommation pour la première année de la période de 15 ans considérée et que sa pente corresponde à une augmentation annuelle de 3 p. 100. Toute-

eines bestätigten Arbeitsplans aufgenommen werden soll. Verzögert sich der Anlauf dieser kommerziellen Produktion über das ursprünglich vorgesehene Jahr hinaus, so werden der Beginn der Übergangszeit und die ursprünglich berechnete Produktionshöchstgrenze entsprechend angeglichen. Die Übergangszeit dauert 25 Jahre oder bis zum Ende der in Artikel 155 genannten Überprüfungskonferenz oder aber bis zu dem Tag, an dem die in Absatz 1 genannten neuen Vereinbarungen oder sonstigen Übereinkünfte in Kraft treten, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist. Die Behörde nimmt die in diesem Artikel vorgesehenen Befugnisse für den Rest der Übergangszeit wieder in Anspruch, wenn die genannten Vereinbarungen oder sonstigen Übereinkünfte aus irgendeinem Grund hinfällig oder unwirksam werden.

(4) a) Die Produktionshöchstgrenze für jedes Jahr der Übergangszeit ergibt sich aus der Summe

i) des Unterschieds zwischen den nach Buchstabe b berechneten Trendlinienwerten des Nickelverbrauchs des Jahres, das dem Anlauf der ersten kommerziellen Produktion unmittelbar vorausgeht, und des Jahres, das dem Beginn der Übergangszeit unmittelbar vorausgeht, und

ii) von sechzig Prozent des Unterschieds zwischen den nach Buchstabe b berechneten Trendlinienwerten des Nikkelverbrauchs des Jahres, für das die Produktionsgenehmigung beantragt wird, und des Jahres, das dem Anlauf der ersten kommerziellen Produktion unmittelbar vorausgeht.

b) Im Sinne des Buchstabens a

i) sind die zur Berechnung der Höchstgrenze der Nickelproduktion verwendeten Trendlinienwerte die jährlichen Nikkelverbrauchswerte auf einer Trendlinie, die während des Jahres errechnet wird, in dem die Produktionsgenehmigung erteilt wird. Die Trendlinie wird aus einer linearen Regression der Logarithmen des tatsächlichen jährlichen Nickelverbrauchs während der letzten 15 Jahre gewonnen, für die solche Angaben verfügbar sind, wobei die Zeit als unabhängige Variable angenommen wird. Diese Trendlinie wird als die ursprüngliche Trendlinie bezeichnet;

ii) liegt die jährliche Steigungsrate der ursprünglichen Trendlinie unter 3 Prozent, so verläuft die zur Festlegung der Mengen nach Buchstabe a verwendete Trendlinie statt dessen durch die ursprüngliche Trendlinie bei dem Wert für das erste Jahr des betreffenden Zeitabschnitts von 15 Jahren und steigt jährlich um 3 Prozent; allerdings darf die für irgendein Jahr der Übergangszeit festgelegte Produktionshöchstgrenze in keinem Fall den Unterschied zwischen

trend line value for that year and the original trend line value for the year immediately prior to the commencement of the interim period.

fois, le plafond de production fixé pour une année quelconque de la période intérimaire ne peut en aucun cas excéder la différence entre la valeur de la courbe de tendance initiale pour l'année considérée et la valeur de cette courbe pour l'année précédant le début de la période intérimaire.

dem ursprünglichen Trendlinienwert für das betreffende Jahr und dem ursprünglichen Trendlinienwert für das Jahr unmittelbar vor Beginn der Übergangszeit überschreiten.

5. The Authority shall reserve to the Enterprise for its initial production a quantity of 38,000 metric tonnes of nickel from the available production ceiling calculated pursuant to paragraph 4.

5. L'Autorité réserve à l'Entreprise, pour sa production initiale, une quantité de 38 000 tonnes métriques de nickel sur la quantité fixée de production conformément au paragraphe 4.

(5) Die Behörde behält dem Unternehmen für dessen Anfangsproduktion eine Menge von 38 000 metrischen Tonnen Nikkel aus der nach Absatz 4 errechneten verfügbaren Produktionshöchstgrenze vor.

6. (a) An operator may in any year produce less than or up to 8 per cent more than the level of annual production of minerals from polymetallic nodules specified in his production authorization, provided that the over-all amount of production shall not exceed that specified in the authorization. Any excess over 8 per cent and up to 20 per cent in any year, or any excess in the first and subsequent years following two consecutive years in which excesses occur, shall be negotiated with the Authority, which may require the operator to obtain a supplementary production authorization to cover additional production.

6. a) Un exploitant peut, au cours d'une année quelconque, produire moins que la production annuelle de minéraux provenant de nodules polymétalliques qui est indiquée dans son autorisation de production ou dépasser cette production de 8 p. 100 au maximum, pourvu que l'ensemble de sa production ne dépasse pas celle indiquée dans cette autorisation. Tout dépassement compris entre 8 et 20 p. 100 pour une année quelconque ou tout dépassement pour toute année qui suit deux années consécutives au cours desquelles la production fixée a déjà été dépassée fait l'objet de négociations avec l'Autorité qui peut exiger de l'exploitant qu'il demande une autorisation de production supplémentaire.

(6) a) Ein Unternehmer kann in einem Jahr weniger oder bis zu 8 Prozent mehr als die in seiner Produktionsgenehmigung festgelegte Jahresproduktion von Mineralien aus polymetallischen Knollen erzeugen, sofern die Gesamtproduktion die in der Genehmigung festgelegte Menge nicht überschreitet. Jede Überschreitung über 8 Prozent hinaus bis zu 20 Prozent innerhalb eines Jahres oder jede Überschreitung im ersten und in daran anschließenden Jahren nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren, in denen Überschreitungen vorkommen, muß mit der Behörde ausgehandelt werden; diese kann vom Unternehmer verlangen, eine ergänzende Produktionsgenehmigung für die überschüssige Produktion zu erwirken.

(b) Applications for such supplementary production authorizations shall be considered by the Authority only after all pending applications by operators who have not yet received production authorizations have been acted upon and due account has been taken of other likely applicants. The Authority shall be guided by the principle of not exceeding the total production allowed under the production ceiling in any year of the interim period. It shall not authorize the production under any plan of work of a quantity in excess of 46,500 metric tonnes of nickel per year.

b) L'Autorité n'examine les demandes d'autorisations de production supplémentaire que lorsqu'elle a statué sur toutes les demandes d'autorisations de production en instance et a dûment considéré l'éventualité d'autres demandes. Le principe qui guide l'Autorité à cet égard est que, pendant une année quelconque de la période intérimaire, la production totale autorisée en vertu de la formule de limitation de la production ne doit pas être dépassée. L'Autorité n'autorise pour aucun plan de travail la production d'une quantité supérieure à 46 500 tonnes métriques de nickel par an.

b) Anträge auf diese ergänzenden Produktionsgenehmigungen werden von der Behörde erst dann geprüft, wenn alle eingereichten Anträge von Unternehmern, die noch keine Produktionsgenehmigung erhalten haben, bearbeitet und sonstige mögliche Antragsteller gebührend berücksichtigt worden sind. Die Behörde läßt sich von dem Grundsatz leiten, die Gesamtproduktion, die im Rahmen der Produktionshöchstgrenze jedes beliebigen Jahres der Übergangszeit genehmigt worden ist, nicht zu überschreiten. Sie genehmigt in keinem Arbeitsplan eine Produktionsmenge von mehr als 46 500 metrischen Tonnen Nickel im Jahr.

7. The levels of production of other metals such as copper, cobalt and manganese extracted from the polymetallic nodules that are recovered pursuant to a production authorization should not be higher than those which would have been produced had the operator produced the maximum level of nickel from those nodules pursuant to this article. The Authority shall establish rules, regulations and procedures pursuant to Annex III, article 17, to implement this paragraph.

7. La production d'autres métaux, tels que le cuivre, le cobalt et le manganèse, provenant des nodules polymétalliques extraits en vertu d'une autorisation de production ne devrait pas dépasser le niveau qu'elle aurait atteint si l'exploitant avait produit à partir de ces nodules la quantité maximale de nickel calculée conformément au présent article. L'Autorité adopte, conformément à l'article 17 de l'annexe III, des règles, règlements et procédures prévoyant les modalités d'application du présent paragraphe.

(7) Die Produktionsmengen anderer Metalle wie Kupfer, Kobalt und Mangan, die aus den im Rahmen einer Produktionsgenehmigung gewonnenen polymetallischen Knollen stammen, sollen nicht größer sein als diejenigen, die erzeugt worden wären, wenn der Unternehmer aus diesen Knollen die nach diesem Artikel berechnete Höchstmenge an Nickel erzeugt hätte. Die Behörde beschließt zur Durchführung dieses Absatzes Regeln, Vorschriften und Verfahren nach Anlage III Artikel 17.

8. Rights and obligations relating to unfair economic practices under relevant multilateral trade agreements shall apply to the exploration for and exploitation of minerals from the Area. In the settlement of disputes arising under this provision, States Parties which are Parties to such multilateral trade agreements shall have recourse to the dispute settlement procedures of such agreements.

8. Les droits et obligations relatifs aux pratiques économiques déloyales qui sont prévus dans le cadre des accords commerciaux multilatéraux pertinents s'appliquent à l'exploration et à l'exploitation des minéraux de la Zone. Pour le règlement des différends relevant de la présente disposition, les Etats Parties qui sont parties à ces accords commerciaux multilatéraux ont recours aux procédures de règlement des différends prévues par ceux-ci.

(8) Die Rechte und Pflichten in bezug auf unlautere Wirtschaftspraktiken, die sich aus einschlägigen mehrseitigen Handelsübereinkünften ergeben, finden auf die Erforschung und Ausbeutung der Mineralien aus dem Gebiet Anwendung. Zur Beilegung von Streitigkeiten, die hinsichtlich dieser Bestimmung entstehen, nehmen die Vertragsstaaten, die diesen mehrseitigen Handelsübereinkünften angehören, die Streitbeilegungsverfahren dieser Übereinkünfte in Anspruch.

9. The Authority shall have the power to limit the level of production of minerals from the Area, other than minerals from polymetallic nodules, under such conditions and applying such methods as may be appropriate by adopting regulations in accordance with article 161, paragraph 8.

10. Upon the recommendation of the Council on the basis of advice from the Economic Planning Commission, the Assembly shall establish a system of compensation or take other measures of economic adjustment assistance including co-operation with specialized agencies and other international organizations to assist developing countries which suffer serious adverse effects on their export earnings or economies resulting from a reduction in the price of an affected mineral or in the volume of exports of that mineral, to the extent that such reduction is caused by activities in the Area. The Authority on request shall initiate studies on the problems of those States which are likely to be most seriously affected with a view to minimizing their difficulties and assisting them in their economic adjustment.

9. L'Autorité a le pouvoir de limiter le niveau de la production de minéraux dans la Zone autres que les minéraux extraits de nodules polymétalliques, selon des conditions et méthodes qu'elle juge appropriées, en adoptant des règlements conformément à l'article 161, paragraphe 8.

10. Sur recommandation du Conseil, fondée sur l'avis de la Commission de planification économique, l'Assemblée institue un système de compensation ou prend d'autres mesures d'assistance propres à faciliter l'ajustement économique, y compris la coopération avec les institutions spécialisées et d'autres organisations internationales, afin de venir en aide aux Etats en développement dont l'économie et les recettes d'exportation se ressentent gravement des effets défavorables d'une baisse du cours d'un minéral figurant parmi ceux extraits de la Zone ou d'une réduction du volume de leurs exportations de ce minéral, pour autant que cette baisse ou réduction est due à des activités menées dans la Zone. Sur demande, l'Autorité entreprend des études sur les problèmes des Etats qui risquent d'être le plus gravement touchés, en vue de réduire à un minimum leurs difficultés et de les aider à opérer leur ajustement économique.

(9) Die Behörde ist befugt, die Produktionsmenge der Mineralien aus dem Gebiet, die nicht aus polymetallischen Knollen stammen, zu geeigneten Bedingungen und nach geeigneten Methoden durch Vorschriften nach Artikel 161 Absatz 8 zu beschränken.

(10) Auf Empfehlung des Rates, die sich auf Gutachten der Kommission für wirtschaftliche Planung stützt, errichtet die Versammlung ein System für Ausgleichszahlungen oder ergreift sonstige die wirtschaftliche Anpassung erleichternde Hilfsmaßnahmen, einschließlich Zusammenarbeit mit Sonderorganisationen und anderen internationalen Organisationen, zur Unterstützung von Entwicklungsländern, die ernste nachteilige Auswirkungen auf ihre Ausfuhreinnahmen oder ihre Wirtschaft aus einem Rückgang des Preises für das betroffene Mineral oder der Ausfuhrmenge dieses Minerals erleiden, soweit ein solcher Rückgang auf Tätigkeiten im Gebiet zurückzuführen ist. Auf Antrag veranlaßt die Behörde Untersuchungen über die Probleme derjenigen Staaten, die wahrscheinlich am schwersten betroffen werden, um ihre Schwierigkeiten auf ein Mindestmaß zu beschränken und ihnen bei ihrer wirtschaftlichen Anpassung zu helfen.

Article 152

Exercise of powers and functions by the Authority

1. The Authority shall avoid discrimination in the exercise of its powers and functions, including the granting of opportunities for activities in the Area.

2. Nevertheless, special consideration for developing States, including particular consideration for the land-locked and geographically disadvantaged among them, specifically provided for in this Part shall be permitted.

Article 152

Exercice des pouvoirs et fonctions

1. L'Autorité évite toute discrimination dans l'exercice de ses pouvoirs et fonctions, notamment quand elle accorde la possibilité de mener des activités dans la Zone.

2. Néanmoins, elle peut accorder, en vertu des dispositions expresses de la présente partie, une attention particulière aux Etats en développement, et spécialement à ceux d'entre eux qui sont sans littoral ou géographiquement désavantagés.

Artikel 152

Wahrnehmung der Befugnisse und Aufgaben der Behörde

(1) Die Behörde vermeidet jede Diskriminierung bei der Wahrnehmung ihrer Befugnisse und Aufgaben, einschließlich der Gewährung von Möglichkeiten zur Ausübung von Tätigkeiten im Gebiet.

(2) Dessen ungeachtet ist die in diesem Teil ausdrücklich vorgesehene besondere Berücksichtigung der Entwicklungsstaaten, vor allem der Binnenstaaten und der geographisch benachteiligten Staaten unter ihnen, zulässig.

Article 153

System of exploration and exploitation

1. Activities in the Area shall be organized, carried out and controlled by the Authority on behalf of mankind as a whole in accordance with this article as well as other relevant provisions of this Part and the relevant Annexes, and the rules, regulations and procedures of the Authority.

2. Activities in the Area shall be carried out as prescribed in paragraph 3:

(a) by the Enterprise, and

(b) in association with the Authority by States Parties, or state enterprises or natural or juridical persons which possess the nationality of States Parties or are effectively controlled by them or their nationals, when sponsored by such States, or any group of the foregoing which meets the requirements provided in this Part and in Annex III.

Article 153

Système d'exploration et d'exploitation

1. Les activités, dans la Zone, sont organisées, menées et contrôlées par l'Autorité pour le compte de l'humanité tout entière conformément au présent article, et aux autres dispositions pertinentes de la présente partie et des annexes qui s'y rapportent ainsi qu'aux règles, règlements et procédures de l'Autorité.

2. Les activités menées dans la Zone le sont conformément au paragraphe 3:

a) par l'Entreprise et,

b) en association avec l'Autorité, par des Etats Parties ou des entreprises d'Etat ou par des personnes physiques ou morales possédant la nationalité d'Etats Parties ou effectivement contrôlées par eux ou leurs ressortissants, lorsqu'elles sont patronnées par ces Etats ou par tout groupe des catégories précitées qui satisfait aux conditions stipulées dans la présente partie et à l'annexe III.

Artikel 153

System der Erforschung und Ausbeutung

(1) Die Tätigkeiten im Gebiet werden von der Behörde im Namen der gesamten Menschheit in Übereinstimmung mit diesem Artikel und mit den sonstigen einschlägigen Bestimmungen dieses Teiles und der einschlägigen Anlagen sowie mit den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde organisiert, ausgeübt und überwacht.

(2) Die Tätigkeiten im Gebiet werden nach Maßgabe des Absatzes 3 ausgeübt

a) vom Unternehmen und

b) unter Einbeziehung der Behörde von Vertragsstaaten, staatlichen Unternehmen sowie natürlichen oder juristischen Personen, welche die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen oder von ihm oder seinen Staatsangehörigen tatsächlich kontrolliert werden, wenn sie von diesen Staaten befürwortet werden, oder von einer Gruppe der vorgenannten Kategorien, welche die in diesem Teil und in Anlage III genannten Voraussetzungen erfüllt.

3. Activities in the Area shall be carried out in accordance with a formal written plan of work drawn up in accordance with Annex III and approved by the Council after review by the Legal and Technical Commission. In the case of activities in the Area carried out as authorized by the Authority by the entities specified in paragraph 2(b), the plan of work shall, in accordance with Annex III, article 3, be in the form of a contract. Such contracts may provide for joint arrangements in accordance with Annex III, article 11.

4. The Authority shall exercise such control over activities in the Area as is necessary for the purpose of securing compliance with the relevant provisions of this Part and the Annexes relating thereto, and the rules, regulations and procedures of the Authority, and the plans of work approved in accordance with paragraph 3. States Parties shall assist the Authority by taking all measures necessary to ensure such compliance in accordance with article 139.

5. The Authority shall have the right to take at any time any measures provided for under this Part to ensure compliance with its provisions and the exercise of the functions of control and regulation assigned to it thereunder or under any contract. The Authority shall have the right to inspect all installations in the Area used in connection with activities in the Area.

6. A contract under paragraph 3 shall provide for security of tenure. Accordingly, the contract shall not be revised, suspended or terminated except in accordance with Annex III, articles 18 and 19.

Article 154

Periodic review

Every five years from the entry into force of this Convention, the Assembly shall undertake a general and systematic review of the manner in which the international régime of the Area established in this Convention has operated in practice. In the light of this review the Assembly may take, or recommend that other organs take, measures in accordance with the provisions and procedures of this Part and the Annexes relating thereto which will lead to the improvement of the operation of the régime.

Article 155

The Review Conference

1. Fifteen years from 1 January of the year in which the earliest commercial production commences under an approved plan of work, the Assembly shall convene a conference for the review of those provisions of this Part and the relevant Annexes which govern the system of exploration and exploitation of the resources of the Area. The Review Conference shall consider in

3. Les activités menées dans la Zone le sont selon un plan de travail formel et écrit, établi conformément à l'annexe III et approuvé par le Conseil après examen par la Commission juridique et technique. Lorsque, sur autorisation de l'Autorité, des activités sont menées dans la Zone par les entités ou personnes mentionnées au paragraphe 2, lettre b), le plan de travail revêt la forme d'un contrat conformément à l'article 3 de l'annexe III. Ce contrat peut prévoir des accords de co-entreprise conformément à l'article 11 de l'annexe III.

4. L'Autorité exerce sur les activités menées dans la Zone le contrôle nécessaire pour assurer le respect des dispositions pertinentes de la présente partie et des annexes qui s'y rapportent, des règles, règlements et procédures de l'Autorité ainsi que des plans de travail approuvés conformément au paragraphe 3. Les Etats Parties aident l'Autorité en prenant toutes les mesures nécessaires pour assurer le respect de ces textes conformément à l'article 139.

5. L'Autorité a le droit de prendre, à tout moment, toute mesure prévue dans la présente partie pour en assurer le respect et pour être à même d'exercer les fonctions de contrôle et de réglementation qui lui incombent en vertu de la présente partie ou d'un contrat. Elle a le droit d'inspecter toutes les installations qui sont utilisées pour des activités menées dans la Zone et qui sont situées dans celle-ci.

6. Tout contrat passé conformément au paragraphe 3 prévoit la garantie du titre. Il ne peut donc être révisé, suspendu ou résilié qu'en application des articles 18 et 19 de l'annexe III.

Article 154

Examen périodique

Tous les cinq ans à compter de l'entrée en vigueur de la Convention, l'Assemblée procède à un examen général et systématique de la manière dont le régime international de la Zone établi par la Convention a fonctionné dans la pratique. A la lumière de cet examen, l'Assemblée peut prendre ou recommander à d'autres organes de prendre des mesures conformes aux dispositions et procédures prévues dans la présente partie et les annexes qui s'y rapportent et permettant d'améliorer le fonctionnement du régime.

Article 155

Conférence de révision

1. Quinze ans après le 1er janvier de l'année du démarrage de la première production commerciale au titre d'un plan de travail approuvé, l'Assemblée convoquera une conférence pour la révision des dispositions de la présente partie et des annexes qui s'y rapportent régissant le système d'exploration et d'exploitation des ressources de la Zone. La Conférence de révision exami-

(3) Die Tätigkeiten im Gebiet werden nach einem förmlichen schriftlichen Arbeitsplan ausgeübt, der in Übereinstimmung mit Anlage III aufgestellt und nach Prüfung durch die Rechts- und Fachkommission vom Rat bestätigt worden ist. Bei Tätigkeiten, die im Gebiet mit Genehmigung der Behörde von den in Absatz 2 Buchstabe b bezeichneten Rechtsträgern ausgeübt werden, erhält der Arbeitsplan in Übereinstimmung mit Anlage III Artikel 3 die Form eines Vertrags. Diese Verträge können gemeinschaftliche Vereinbarungen nach Anlage III Artikel 11 vorsehen.

(4) Die Behörde übt die erforderliche Kontrolle über die Tätigkeiten im Gebiet aus, um die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieses Teiles und der betreffenden Anlagen sowie der Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde und der in Übereinstimmung mit Absatz 3 bestätigten Arbeitspläne zu gewährleisten. Die Vertragsstaaten unterstützen die Behörde, indem sie alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um diese Einhaltung entsprechend Artikel 139 zu gewährleisten.

(5) Die Behörde ist berechtigt, jederzeit alle nach diesem Teil vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, daß seine Bestimmungen eingehalten und daß die ihr aufgrund dieses Teiles oder aufgrund eines Vertrags obliegenden Kontroll- und Regelungsaufgaben wahrgenommen werden. Die Behörde ist berechtigt, alle Anlagen im Gebiet zu überprüfen, die im Zusammenhang mit Tätigkeiten im Gebiet benutzt werden.

(6) Ein Vertrag nach Absatz 3 gewährleistet die Rechte des Vertragsnehmers. Er kann daher nur in Übereinstimmung mit Anlage III Artikel 18 und 19 geändert, ausgesetzt oder beendet werden.

Artikel 154

Regelmäßige Überprüfung

Alle fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens führt die Versammlung eine allgemeine und systematische Überprüfung darüber durch, wie sich die in dem Übereinkommen festgelegte internationale Ordnung des Gebiets in der Praxis bewährt hat. Die Versammlung kann angesichts dieser Überprüfung Maßnahmen nach den Bestimmungen und Verfahren dieses Teiles und der betreffenden Anlagen ergreifen oder empfehlen, daß andere Organe solche Maßnahmen ergreifen, die zur größeren Wirksamkeit dieser Ordnung führen.

Artikel 155

Die Überprüfungskonferenz

(1) Fünfzehn Jahre nach dem 1. Januar des Jahres, in dem die erste kommerzielle Produktion aufgrund eines bestätigten Arbeitsplans aufgenommen wurde, beruft die Versammlung eine Konferenz zur Überprüfung derjenigen Bestimmungen dieses Teiles und der betreffenden Anlagen ein, die das System der Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets regeln.

detail, in the light of the experience acquired during that period:

(a) whether the provisions of this Part which govern the system of exploration and exploitation of the resources of the Area have achieved their aims in all respects, including whether they have benefited mankind as a whole;

(b) whether, during the 15-year period, reserved areas have been exploited in an effective and balanced manner in comparison with non-reserved areas;

(c) whether the development and use of the Area and its resources have been undertaken in such a manner as to foster healthy development of the world economy and balanced growth of international trade;

(d) whether monopolization of activities in the Area has been prevented;

(e) whether the policies set forth in articles 150 and 151 have been fulfilled; and

(f) whether the system has resulted in the equitable sharing of benefits derived from activities in the Area, taking into particular consideration the interests and needs of the developing States.

2. The Review Conference shall ensure the maintenance of the principle of the common heritage of mankind, the international regime designed to ensure equitable exploitation of the resources of the Area for the benefit of all countries, especially the developing States, and an Authority to organize, conduct and control activities in the Area. It shall also ensure the maintenance of the principles laid down in this Part with regard to the exclusion of claims or exercise of sovereignty over any part of the Area, the rights of States and their general conduct in relation to the Area, and their participation in activities in the Area in conformity with this Convention, the prevention of monopolization of activities in the Area, the use of the Area exclusively for peaceful purposes, economic aspects of activities in the Area, marine scientific research, transfer of technology, protection of the marine environment, protection of human life, rights of coastal States, the legal status of the waters superjacent to the Area and that of the air space above those waters and accommodation between activities in the Area and other activities in the marine environment.

3. The decision-making procedure applicable at the Review Conference shall be the same as that applicable at the Third United Nations Conference on the Law of the Sea. The Conference shall make every effort to reach agreement on any amendments by way of consensus and there should be no

nera en détail, à la lumière de l'expérience acquise pendant la période écoulée:

a) si les dispositions de la présente partie qui régissent le système d'exploration et d'exploitation des ressources de la Zone ont atteint leurs objectifs à tous égards, et notamment si l'humanité tout entière en a bénéficié;

b) si, pendant la période de 15 ans, les secteurs réservés ont été exploités de façon efficace et équilibrée par rapport aux secteurs non réservés;

c) si la mise en valeur et l'utilisation de la Zone et de ses ressources ont été entreprises de manière à favoriser le développement harmonieux de l'économie mondiale et l'expansion équilibrée du commerce international;

d) si la monopolisation des activités menées dans la Zone a été empêchée;

e) si les politiques visées aux articles 150 et 151 ont été suivies; et

f) si le système a permis de partager équitablement les avantages tirés des activités menées dans la Zone, compte tenu particulièrement des intérêts et besoins des Etats en développement.

2. La Conférence de révision veillera à ce que soient maintenus le principe du patrimoine commun de l'humanité, le régime international visant à son exploitation équitable au bénéfice de tous les pays, en particulier des Etats en développement, et l'existence d'une autorité chargée d'organiser, de mener et de contrôler les activités dans la Zone. Elle veillera également au maintien des principes énoncés dans la présente partie en ce qui concerne l'exclusion de toute revendication et de tout exercice de souveraineté sur une partie quelconque de la Zone, les droits des Etats et leur conduite générale ayant trait à la Zone, ainsi que leur participation aux activités menées dans la Zone, conformément à la Convention, la prévention de la monopolisation des activités menées dans la Zone, l'utilisation de la Zone à des fins exclusivement pacifiques, les aspects économiques des activités menées dans la Zone, la recherche scientifique marine, le transfert des techniques, la protection du milieu marin et la protection de la vie humaine, les droits des Etats côtiers, le régime juridique des eaux surjacentes à la Zone et celui de l'espace aérien situé au-dessus de ces eaux et la compatibilité des activités menées dans la Zone et des autres activités s'exerçant dans le milieu marin.

3. La Conférence de révision suivra la même procédure de prise de décisions que la troisième Conférence des Nations Unies sur le droit de la mer. Elle ne devrait ménager aucun effort pour aboutir à un accord sur tous amendements éventuels par voie de consensus et il ne devrait pas y avoir de

Die Überprüfungskonferenz prüft im einzelnen angesichts der während dieser Zeit gesammelten Erfahrungen,

a) ob die Bestimmungen dieses Teiles, die das System der Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets regeln, ihren Zweck in jeder Hinsicht erfüllt haben, insbesondere, ob sie für die gesamte Menschheit von Nutzen waren;

b) ob die reservierten Felder im Vergleich zu den nichtreservierten Feldern während der 15 Jahre-Frist in wirksamer und ausgewogener Weise ausgebeutet worden sind;

c) ob die Erschließung und Nutzung des Gebiets und seiner Ressourcen so durchgeführt wurden, daß sie die gesunde Entwicklung der Weltwirtschaft und ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels begünstigen;

d) ob eine Monopolisierung der Tätigkeiten im Gebiet verhindert wurde;

e) ob die Leitsätze der Artikel 150 und 151 befolgt wurden und

f) ob das System unter besonderer Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten zu einer gerechten Verteilung der aus Tätigkeiten im Gebiet stammenden Vorteile geführt hat.

(2) Die Überprüfungskonferenz gewährleistet, daß der Grundsatz des gemeinsamen Erbes der Menschheit, die internationale Ordnung zur Sicherung einer gerechten Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets zum Nutzen aller Länder, insbesondere der Entwicklungsstaaten, und eine Behörde, welche die Tätigkeiten im Gebiet organisiert, ausübt und kontrolliert, erhalten bleiben. Sie gewährleistet ferner die Aufrechterhaltung der in diesem Teil niedergelegten Grundsätze in bezug auf den Ausschluß einer Beanspruchung oder Ausübung von Souveränität über einen Teil des Gebiets, die Rechte der Staaten und ihr allgemeines Verhalten hinsichtlich des Gebiets, ihre Beteiligung an Tätigkeiten im Gebiet im Einklang mit diesem Übereinkommen, die Verhinderung einer Monopolisierung von Tätigkeiten im Gebiet, die Nutzung des Gebiets für ausschließlich friedliche Zwecke, die wirtschaftlichen Aspekte der Tätigkeiten im Gebiet, die wissenschaftliche Meeresforschung, die Weitergabe von Technologie, den Schutz der Meeresumwelt, den Schutz des menschlichen Lebens, die Rechte der Küstenstaaten, den Rechtsstatus der Gewässer über dem Gebiet und des Luftraums über ihnen sowie die Vereinbarkeit der Tätigkeiten im Gebiet mit anderen Tätigkeiten in der Meeresumwelt.

(3) Auf der Überprüfungskonferenz wird das gleiche Verfahren zur Beschlußfassung angewendet wie auf der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen. Die Konferenz bemüht sich nach Kräften, Änderungen durch Konsens zu vereinbaren; es soll erst dann darüber abgestimmt werden,

voting on such matters until all efforts at achieving consensus have been exhausted.

4. If, five years after its commencement, the Review Conference has not reached agreement on the system of exploration and exploitation of the resources of the Area, it may decide during the ensuing 12 months, by a three-fourths majority of the States Parties, to adopt and submit to the States Parties for ratification or accession such amendments changing or modifying the system as it determines necessary and appropriate. Such amendments shall enter into force for all States Parties 12 months after the deposit of instruments of ratification or accession by three fourths of the States Parties.

5. Amendments adopted by the Review Conference pursuant to this article shall not affect rights acquired under existing contracts.

vote sur ces questions tant que tous les efforts en vue d'aboutir à un consensus n'auront pas été épuisés.

4. Si, cinq ans après son début, la Conférence de révision n'est pas parvenue à un accord sur le système d'exploration et d'exploitation des ressources de la Zone, elle pourra, dans les 12 mois qui suivront, décider à la majorité des trois quarts des Etats Parties d'adopter et de soumettre aux Etats Parties pour ratification ou adhésion les amendements portant changement ou modification du système qu'elle juge nécessaires et appropriés. Ces amendements entreront en vigueur pour tous les Etats Parties 12 mois après le dépôt des instruments de ratification ou d'adhésion par les trois quarts des Etats Parties.

5. Les amendements adoptés par la Conférence de révision en application du présent article ne porteront pas atteinte aux droits acquis en vertu de contrats existants.

wenn alle Bemühungen, einen Konsens zu erreichen, erschöpft sind.

(4) Hat die Überprüfungskonferenz fünf Jahre nach ihrem Beginn keine Einigung über das System der Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets erzielt, so kann sie während der folgenden 12 Monate mit Dreiviertelmehrheit der Vertragsstaaten beschließen, die von ihr für notwendig und zweckmäßig erachteten Änderungen zur Abwandlung oder Modifikation des Systems anzunehmen und den Vertragsstaaten zur Ratifikation oder zum Beitritt vorzulegen. Diese Änderungen treten für alle Vertragsstaaten 12 Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch drei Viertel der Vertragsstaaten in Kraft.

(5) Änderungen, die von der Überprüfungskonferenz nach diesem Artikel angenommen werden, berühren nicht aufgrund bestehender Verträge erworbene Rechte.

Section 4
The Authority

Subsection A
General provisions

Article 156
Establishment of the Authority

1. There is hereby established the International Sea-Bed Authority, which shall function in accordance with this Part.

2. All States Parties are ipso facto members of the Authority.

3. Observers at the Third United Nations Conference on the Law of the Sea who have signed the Final Act and who are not referred to in article 305, paragraph 1 (c), (d), (e) or (f), shall have the right to participate in the Authority as observers, in accordance with its rules, regulations and procedures.

4. The seat of the Authority shall be in Jamaica.

5. The Authority may establish such regional centres or offices as it deems necessary for the exercise of its functions.

Article 157
Nature and fundamental principles of the Authority

1. The Authority is the organization through which States Parties shall, in accordance with this Part, organize and control activities in the Area, particularly with a view to administering the resources of the Area.

2. The powers and functions of the Authority shall be those expressly conferred upon it by this Convention. The Authority

Section 4
L'Autorité

Sous-section A
Dispositions générales

Article 156
Création de l'Autorité

1. Il est créé une Autorité internationale des fonds marins dont le fonctionnement est régi par la présente partie.

2. Tous les Etats Parties sont *ipso facto* membres de l'Autorité.

3. Les observateurs auprès de la troisième Conférence des Nations Unies sur le droit de la mer, qui ont signé l'Acte final et qui ne sont pas visés à l'article 305, paragraphe 1, lettres c), d), e) ou f), ont le droit de participer aux travaux de l'Autorité en qualité d'observateurs, conformément à ses règles, règlements et procédures.

4. L'Autorité a son siège à la Jamaïque.

5. L'Autorité peut créer les centres ou bureaux régionaux qu'elle juge nécessaires à l'exercice de ses fonctions.

Article 157
Nature de l'Autorité et principes fondamentaux régissant son fonctionnement

1. L'Autorité est l'organisation par l'intermédiaire de laquelle les Etats Parties organisent et contrôlent les activités menées dans la Zone, notamment aux fins de l'administration des ressources de celle-ci, conformément à la présente partie.

2. L'Autorité détient les pouvoirs et fonctions qui lui sont expressément conférés par la Convention. Elle est investie des pouvoirs

Abschnitt 4
Die Behörde

Unterabschnitt A
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 156
Errichtung der Behörde

(1) Hiermit wird die Internationale Meeresbodenbehörde errichtet, die in Übereinstimmung mit diesem Teil tätig wird.

(2) Alle Vertragsstaaten sind ipso facto Mitglieder der Behörde.

(3) Beobachter auf der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, welche die Schlußakte unterzeichnet haben, aber nicht in Artikel 305 Absatz 1 Buchstabe c, d, e oder f bezeichnet sind, haben das Recht, an den Arbeiten der Behörde in Übereinstimmung mit deren Regeln, Vorschriften und Verfahren als Beobachter teilzunehmen.

(4) Die Behörde hat ihren Sitz in Jamaika.

(5) Die Behörde kann regionale Zentren oder Büros errichten, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben für notwendig hält.

Artikel 157
Charakter und wesentliche Grundsätze der Behörde

(1) Die Behörde ist die Organisation, durch welche die Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit diesem Teil die Tätigkeiten im Gebiet organisieren und überwachen, insbesondere im Hinblick auf die Verwaltung der Ressourcen des Gebiets.

(2) Die Befugnisse und Aufgaben der Behörde sind diejenigen, die ihr durch dieses Übereinkommen ausdrücklich übertra-

shall have such incidental powers, consistent with this Convention, as are implicit in and necessary for the exercise of those powers and functions with respect to activities in the Area.

3. The Authority is based on the principle of the sovereign equality of all its members.

4. All members of the Authority shall fulfil in good faith the obligations assumed by them in accordance with this Part in order to ensure to all of them the rights and benefits resulting from membership.

subsidiaires, compatibles avec la Convention, qu'implique nécessairement l'exercice de ces pouvoirs et fonctions quant aux activités menées dans la Zone.

3. L'Autorité est fondée sur le principe de l'égalité souveraine de tous ses membres.

4. Afin d'assurer à chacun d'eux les droits et avantages découlant de sa qualité de membre, tous les membres de l'Autorité s'acquittent de bonne foi des obligations qui leur incombent en vertu de la présente partie.

gen sind. Sie hat die mit dem Übereinkommen im Einklang stehenden Nebenbefugnisse, die mit der Wahrnehmung dieser Befugnisse und Aufgaben in bezug auf Tätigkeiten im Gebiet zusammenhängen und dafür erforderlich sind.

(3) Die Behörde stützt sich auf den Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.

(4) Alle Mitglieder der Behörde erfüllen die von ihnen in Übereinstimmung mit diesem Teil übernommenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben, damit jedem von ihnen die Rechte und Vorteile aus ihrer Mitgliedschaft gewährleistet werden.

Article 158

Organs of the Authority

1. There are hereby established, as the principal organs of the Authority, an Assembly, a Council and a Secretariat.

2. There is hereby established the Enterprise, the organ through which the Authority shall carry out the functions referred to in article 170, paragraph 1.

3. Such subsidiary organs as may be found necessary may be established in accordance with this Part.

4. Each principal organ of the Authority and the Enterprise shall be responsible for exercising those powers and functions which are conferred upon it. In exercising such powers and functions each organ shall avoid taking any action which may derogate from or impede the exercise of specific powers and functions conferred upon another organ.

Article 158

Organes de l'Autorité

1. Il est créé une Assemblée, un Conseil et un Secrétariat, qui sont les organes principaux de l'Autorité.

2. Il est créé une Entreprise, qui est l'organe par l'intermédiaire duquel l'Autorité exerce les fonctions visées à l'article 170, paragraphe 1.

3. Les organes subsidiaires jugés nécessaires peuvent être créés conformément à la présente partie.

4. Il incombe à chacun des organes principaux de l'Autorité et à l'Entreprise d'exercer les pouvoirs et fonctions qui leur sont conférés. Dans l'exercice de ces pouvoirs et fonctions, chaque organe évite d'agir d'une manière qui puisse porter atteinte ou nuire à l'exercice des pouvoirs et fonctions particuliers conférés à un autre organe.

Artikel 158

Organe der Behörde

(1) Als Hauptorgane der Behörde werden hiermit eine Versammlung, ein Rat und ein Sekretariat gebildet.

(2) Als Organ, durch das die Behörde die in Artikel 170 Absatz 1 genannten Aufgaben wahrnimmt, wird hiermit das Unternehmen gegründet.

(3) In Übereinstimmung mit diesem Teil können die für notwendig befundenen Nebenorgane gebildet werden.

(4) Jedes Hauptorgan der Behörde und das Unternehmen sind für die Wahrnehmung der ihnen übertragenen Befugnisse und Aufgaben verantwortlich. Bei der Wahrnehmung dieser Befugnisse und Aufgaben vermeidet jedes Organ Handlungen, welche die Wahrnehmung der besonderen Befugnisse und Aufgaben, die einem anderen Organ übertragen wurden, beeinträchtigen oder verhindern könnten.

Subsection B

The Assembly

Article 159

Composition, procedure and voting

1. The Assembly shall consist of all the members of the Authority. Each member shall have one representative in the Assembly, who may be accompanied by alternates and advisers.

2. The Assembly shall meet in regular annual sessions and in such special sessions as may be decided by the Assembly, or convened by the Secretary-General at the request of the Council or of a majority of the members of the Authority.

3. Sessions shall take place at the seat of the Authority unless otherwise decided by the Assembly.

4. The Assembly shall adopt its rules of procedure. At the beginning of each regular session, it shall elect its President and such other officers as may be required. They shall hold office until a new President and other officers are elected at the next regular session.

Sous-section B

L'Assemblée

Article 159

Composition, procédure et vote

1. L'Assemblée se compose de tous les membres de l'Autorité. Chaque membre a un représentant à l'Assemblée, qui peut être accompagné de suppléants et de conseillers.

2. L'Assemblée se réunit en session ordinaire tous les ans, et en session extraordinaire chaque fois qu'elle le décide ou lorsqu'elle est convoquée par le Secrétaire général à la demande du Conseil ou de la majorité des membres de l'Autorité.

3. Les sessions de l'Assemblée, à moins qu'elle n'en décide autrement, ont lieu au siège de l'Autorité.

4. L'Assemblée adopte son règlement intérieur. A l'ouverture de chaque session ordinaire, elle élit son président et autant d'autres membres du bureau qu'il est nécessaire. Ils restent en fonction jusqu'à l'élection d'un nouveau bureau à la session ordinaire suivante.

Unterabschnitt B

Die Versammlung

Artikel 159

Zusammensetzung, Verfahren und Abstimmung

(1) Die Versammlung besteht aus allen Mitgliedern der Behörde. Jedes Mitglied hat einen Vertreter in der Versammlung, den Stellvertreter und Berater begleiten können.

(2) Die Versammlung tritt zu ordentlichen Jahrestagungen sowie zu Sondertagungen zusammen, die von ihr beschlossen oder vom Generalsekretär auf Ersuchen des Rates oder der Mehrheit der Mitglieder der Behörde einberufen werden.

(3) Die Tagungen finden am Sitz der Behörde statt, sofern die Versammlung nichts anderes beschließt.

(4) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung. Zu Beginn jeder ordentlichen Tagung wählt sie ihren Präsidenten und sonstige erforderliche Amtsträger. Sie bleiben so lange im Amt, bis auf der nächsten ordentlichen Tagung ein neuer Präsident und andere Amtsträger gewählt werden.

5. A majority of the members of the Assembly shall constitute a quorum.

6. Each member of the Assembly shall have one vote.

7. Decisions on questions of procedure, including decisions to convene special sessions of the Assembly, shall be taken by a majority of the members present and voting.

8. Decisions on questions of substance shall be taken by a two-thirds majority of the members present and voting, provided that such majority includes a majority of the members participating in the session. When the issue arises as to whether a question is one of substance or not, that question shall be treated as one of substance unless otherwise decided by the Assembly by the majority required for decisions on questions of substance.

9. When a question of substance comes up for voting for the first time, the President may, and shall, if requested by at least one fifth of the members of the Assembly, defer the issue of taking a vote on that question for a period not exceeding five calendar days. This rule may be applied only once to any question, and shall not be applied so as to defer the question beyond the end of the session.

10. Upon a written request addressed to the President and sponsored by at least one fourth of the members of the Authority for an advisory opinion on the conformity with this Convention of a proposal before the Assembly on any matter, the Assembly shall request the Sea-Bed Disputes Chamber of the International Tribunal for the Law of the Sea to give an advisory opinion thereon and shall defer voting on that proposal pending receipt of the advisory opinion by the Chamber. If the advisory opinion is not received before the final week of the session in which it is requested, the Assembly shall decide when it will meet to vote upon the deferred proposal.

Article 160

Powers and functions

1. The Assembly, as the sole organ of the Authority consisting of all the members, shall be considered the supreme organ of the Authority to which the other principal organs shall be accountable as specifically provided for in this Convention. The Assembly shall have the power to establish general policies in conformity with the relevant provisions of this Convention on any question or matter within the competence of the Authority.

2. In addition, the powers and functions of the Assembly shall be:

(a) to elect the members of the Council in accordance with article 161;

5. Le quorum est constitué par la majorité des membres de l'Assemblée.

6. Chaque membre de l'Assemblée a une voix.

7. Leurs décisions sur les questions de procédure, y compris la convocation d'une session extraordinaire de l'Assemblée, sont prises à la majorité des membres présents et votants.

8. Les décisions sur les questions de fond sont prises à la majorité des deux tiers des membres présents et votants, à condition que cette majorité comprenne celle des membres participant à la session. En cas de doute sur le point de savoir s'il s'agit d'une question de fond, la question débattue est considérée comme telle, à moins que l'Autorité n'en décide autrement à la majorité requise pour les décisions sur les questions de fond.

9. Lorsqu'une question de fond est sur le point d'être mise aux voix pour la première fois, le Président peut, et doit si un cinquième au moins des membres de l'Assemblée en font la demande, ajourner la décision de recourir au vote sur cette question pendant un délai ne dépassant pas cinq jours civils. Cette règle ne peut s'appliquer qu'une seule fois à propos de la même question, et son application ne doit pas entraîner l'ajournement de questions au-delà de la clôture de la session.

10. Lorsque le Président est saisi par un quart au moins des membres de l'Autorité d'une requête écrite tendant à ce que l'Assemblée demande un avis consultatif sur la conformité avec la Convention d'une proposition qui lui est soumise au sujet d'une question quelconque, l'Assemblée demande un avis consultatif à la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins du Tribunal international du droit de la mer. Le vote est reporté jusqu'à ce que la Chambre ait rendu son avis. Si celui-ci ne lui est pas parvenu avant la dernière semaine de la session au cours de laquelle il a été demandé, l'Assemblée décide quand elle se réunira pour voter sur la proposition ajournée.

Article 160

Pouvoirs et fonctions

1. L'Assemblée, seul organe composé de tous les membres de l'Autorité, est considérée comme l'organe suprême de celle-ci devant lequel les autres organes principaux sont responsables, ainsi qu'il est expressément prévu dans la Convention. L'Assemblée a le pouvoir d'arrêter, en conformité avec les dispositions pertinentes de la Convention, la politique générale de l'Autorité sur toute question ou tout sujet relevant de la compétence de celle-ci.

2. En outre, l'Assemblée a les pouvoirs et fonctions ci-après:

a) élire les membres du Conseil conformément à l'article 161;

(5) Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

(6) Jedes Mitglied der Versammlung hat eine Stimme.

(7) Beschlüsse über Verfahrensfragen, einschließlich der Beschlüsse, Sondertagungen der Versammlung einzuberufen, bedürfen der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

(8) Beschlüsse über Sachfragen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, wobei diese Mehrheit eine Mehrheit der an der Tagung teilnehmenden Mitglieder einschließen muß. Ist strittig, ob es sich um eine Sachfrage handelt, so wird diese Frage als Sachfrage behandelt, sofern nicht die Versammlung mit der für Beschlüsse über Sachfragen erforderlichen Mehrheit etwas anderes beschließt.

(9) Wird eine Sachfrage erstmalig zur Abstimmung gestellt, so kann der Präsident den Beschluß darüber, ob über diese Frage abgestimmt werden soll, um höchstens fünf Kalendertage verschieben; er ist dazu verpflichtet, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder der Versammlung darum ersucht. Diese Regel darf auf dieselbe Frage nur einmal angewendet werden; ihre Anwendung darf nicht dazu führen, daß die Frage über das Ende der Tagung hinaus verschoben wird.

(10) Liegt dem Präsidenten ein von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Behörde unterstützter schriftlicher Antrag auf Einholung eines Gutachtens darüber vor, ob ein der Versammlung in einer Angelegenheit vorliegender Vorschlag mit diesem Übereinkommen vereinbar ist, so ersucht die Versammlung die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten des Internationalen Seegerichtshofs um ein Gutachten dazu und vertagt die Abstimmung über diesen Vorschlag, bis ein Gutachten der Kammer eingegangen ist. Geht das Gutachten nicht vor der letzten Woche der Tagung ein, auf der es angefordert wurde, so beschließt die Versammlung, wann sie zur Abstimmung über den vertagten Vorschlag zusammentreten wird.

Artikel 160

Befugnisse und Aufgaben

(1) Die Versammlung als einziges Organ der Behörde, das aus allen Mitgliedern besteht, gilt als oberstes Organ der Behörde, dem gegenüber die anderen Hauptorgane, wie in diesem Übereinkommen ausdrücklich vorgesehen, rechenschaftspflichtig sind. Die Versammlung ist befugt, im Einklang mit den diesbezüglichen Bestimmungen des Übereinkommens allgemeine Leitsätze zu allen Fragen oder Angelegenheiten aufzustellen, die in die Zuständigkeit der Behörde fallen.

(2) Die Versammlung hat außerdem folgende Befugnisse und Aufgaben:

a) Sie wählt die Mitglieder des Rates in Übereinstimmung mit Artikel 161;

(b) to elect the Secretary-General from among the candidates proposed by the Council;

b) élire le Secrétaire général parmi les candidats proposés par le Conseil;

b) sie wählt den Generalsekretär aus den vom Rat vorgeschlagenen Kandidaten;

(c) to elect, upon the recommendation of the Council, the members of the Governing Board of the Enterprise and the Director-General of the Enterprise;

c) élire, sur recommandation du Conseil, les membres du Conseil d'administration de l'Entreprise et le Directeur général de celle-ci;

c) sie wählt auf Empfehlung des Rates die Mitglieder des Verwaltungsrats des Unternehmens und den Generaldirektor des Unternehmens;

(d) to establish such subsidiary organs as it finds necessary for the exercise of its functions in accordance with this Part. In the composition of these subsidiary organs due account shall be taken of the principle of equitable geographical distribution and of special interests and the need for members qualified and competent in the relevant technical questions dealt with by such organs;

d) créer les organes subsidiaires qu'elle juge nécessaires pour exercer ses fonctions conformément à la présente partie. En ce qui concerne la composition de tels organes, il est dûment tenu compte du principe de la répartition géographique équitable des sièges, des intérêts particuliers et de la nécessité d'assurer à ces organes le concours de membres qualifiés et compétents dans les domaines techniques dont ils s'occupent;

d) sie bildet die Nebenorgane, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Übereinstimmung mit diesem Teil für notwendig hält. Bei der Zusammensetzung dieser Nebenorgane ist dem Grundsatz der gerechten geographischen Verteilung der Sitze, den besonderen Interessen und der Notwendigkeit gebührend Rechnung zu tragen, die Mitarbeit befähigter Mitglieder zu gewinnen, die auf den von diesen Organen bearbeiteten Fachgebieten sachkundig sind;

(e) to assess the contributions of members to the administrative budget of the Authority in accordance with an agreed scale of assessment based upon the scale used for the regular budget of the United Nations until the Authority shall have sufficient income from other sources to meet its administrative expenses;

e) fixer les contributions des membres au budget d'administration de l'Autorité conformément à un barème convenu, fondé sur le barème utilisé pour le budget ordinaire de l'Organisation des Nations Unies, jusqu'à ce que l'Autorité dispose de recettes suffisantes provenant d'autres sources pour faire face à ses dépenses d'administration;

e) sie berechnet die Beiträge der Mitglieder zum Verwaltungshaushalt der Behörde entsprechend einem vereinbarten Berechnungsschlüssel, dem der für den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen angewandte Schlüssel zugrunde liegt, bis die Behörde über ausreichende Einnahmen aus anderen Quellen zur Bestreitung ihrer Verwaltungskosten verfügt;

(f) (i) to consider and approve, upon the recommendation of the Council, the rules, regulations and procedures on the equitable sharing of financial and other economic benefits derived from activities in the Area and the payments and contributions made pursuant to article 82, taking into particular consideration the interests and needs of developing States and peoples who have not attained full independence or other self-governing status. If the Assembly does not approve the recommendations of the Council, the Assembly shall return them to the Council for reconsideration in the light of the views expressed by the Assembly;

f) i) examiner et approuver sur recommandation du Conseil, les règles, règlements et procédures relatifs au partage équitable des avantages financiers et autres avantages économiques tirés des activités menées dans la Zone, ainsi qu'aux contributions prévues à l'article 82, en tenant particulièrement compte des intérêts et besoins des Etats en développement et des peuples qui n'ont pas accédé à la pleine indépendance ou à un autre régime d'autonomie. Si l'Assemblée n'approuve pas les recommandations du Conseil, elle les renvoie à celui-ci pour qu'il les réexamine à la lumière des vues qu'elle a exprimées;

f) i) sie prüft und genehmigt auf Empfehlung des Rates die Regeln, Vorschriften und Verfahren für die gerechte Verteilung der finanziellen und der sonstigen wirtschaftlichen Vorteile, die aus Tätigkeiten im Gebiet stammen, sowie für die Zahlungen und Leistungen nach Artikel 82, wobei die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten und der Völker, die noch nicht die volle Unabhängigkeit oder einen sonstigen Status der Selbstregierung erlangt haben, besondere Berücksichtigung finden. Genehmigt die Versammlung die Empfehlungen des Rates nicht, so verweist sie diese an den Rat zurück, damit dieser sie im Lichte der von der Versammlung geäußerten Meinungen erneut prüft;

(ii) to consider and approve the rules, regulations and procedures of the Authority, and any amendments thereto, provisionally adopted by the Council pursuant to article 162, paragraph 2 (o) (ii). These rules, regulations and procedures shall relate to prospecting, exploration and exploitation in the Area, the financial management and internal administration of the Authority, and, upon the recommendation of the Governing Board of the Enterprise, to the transfer of funds from the Enterprise to the Authority;

ii) examiner et approuver les règles, règlements et procédures de l'Autorité, ainsi que tous amendements à ces textes, que le Conseil a provisoirement adoptés en application de l'article 162, paragraphe 2, lettre o), ii). Ces règles, règlements et procédures ont pour objet la prospection, l'exploration et l'exploitation dans la Zone, la gestion financière de l'Autorité et son administration interne et, sur recommandation du Conseil d'administration de l'Entreprise, les virements de fonds de l'Entreprise à l'Autorité;

ii) sie prüft und genehmigt die vom Rat nach Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe o Ziffer ii vorläufig angenommenen Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde sowie diesbezügliche Änderungen. Diese Regeln, Vorschriften und Verfahren betreffen die Prospektion, Erforschung und Ausbeutung im Gebiet, die Verwaltung der Finanzen und die innere Verwaltung der Behörde sowie, auf Empfehlung des Verwaltungsrats des Unternehmens, die Weitergabe finanzieller Mittel vom Unternehmen an die Behörde;

(g) to decide upon the equitable sharing of financial and other economic benefits derived from activities in the Area, consistent with this Convention and the rules, regulations and procedures of the Authority;

g) décider du partage équitable des avantages financiers et autres avantages économiques tirés des activités menées dans la Zone, d'une manière compatible avec la Convention et les règles, règlements et procédures de l'Autorité;

g) sie entscheidet im Einklang mit diesem Übereinkommen und den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde über die gerechte Verteilung der finanziellen und der sonstigen wirtschaftlichen Vorteile, die aus Tätigkeiten im Gebiet stammen;

(h) to consider and approve the proposed annual budget of the Authority submitted by the Council;

(i) to examine periodic reports from the Council and from the Enterprise and special reports requested from the Council or any other organ of the Authority;

(j) to initiate studies and make recommendations for the purpose of promoting international co-operation concerning activities in the Area and encouraging the progressive development of international law relating thereto and its codification;

(k) to consider problems of a general nature in connection with activities in the Area arising in particular for developing States, as well as those problems for States in connection with activities in the Area that are due to their geographical location, particularly for land-locked and geographically disadvantaged States;

(l) to establish, upon the recommendation of the Council, on the basis of advice from the Economic Planning Commission, a system of compensation or other measures of economic adjustment assistance as provided in article 151, paragraph 10;

(m) to suspend the exercise of rights and privileges of membership pursuant to article 185;

(n) to discuss any question or matter within the competence of the Authority and to decide as to which organ of the Authority shall deal with any such question or matter not specifically entrusted to a particular organ, consistent with the distribution of powers and functions among the organs of the Authority.

h) examiner et approuver le projet de budget annuel de l'Autorité soumis par le Conseil;

i) examiner les rapports périodiques du Conseil et de l'Entreprise ainsi que les rapports spéciaux demandés au Conseil et à tout autre organe de l'Autorité;

j) faire procéder à des études et formuler des recommandations tendant à promouvoir la coopération internationale concernant les activités menées dans la Zone et à encourager le développement progressif du droit international et sa codification;

k) examiner les problèmes de caractère général ayant trait aux activités menées dans la Zone, qui surgissent en particulier pour les Etats en développement, ainsi que les problèmes qui se posent à propos de ces activités à certains Etats en raison de leur situation géographique, notamment aux Etats sans littoral et aux Etats géographiquement désavantagés;

e) sur recommandation du Conseil, fondée sur l'avis de la Commission de planification économique, instituer un système de compensation ou prendre d'autres mesures d'assistance propres à faciliter l'ajustement économique comme le prévoit l'article 151, paragraphe 10;

m) prononcer la suspension de l'exercice des droits et privilèges inhérents à la qualité de membre, en application de l'article 185;

n) délibérer de toute question ou de tout sujet relevant de la compétence de l'Autorité et décider, d'une manière compatible avec la répartition des pouvoirs et fonctions entre les organes de l'Autorité, lequel de ces organes traitera d'une question ou d'un sujet dont l'examen n'a pas été expressément attribué à l'un d'eux.

h) sie prüft und genehmigt den vom Rat vorgelegten Entwurf des jährlichen Haushalts der Behörde;

i) sie prüft die regelmäßigen Berichte des Rates und des Unternehmens sowie die vom Rat oder von jedem anderen Organ der Behörde angeforderten Sonderberichte;

j) sie leitet Untersuchungen ein und gibt Empfehlungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei Tätigkeiten im Gebiet und fördert die fortschreitende Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts in diesem Bereich;

k) sie prüft Probleme allgemeiner Art, die sich im Zusammenhang mit Tätigkeiten im Gebiet, insbesondere für Entwicklungsstaaten, ergeben, sowie solche Probleme, die sich für Staaten im Zusammenhang mit Tätigkeiten im Gebiet aufgrund ihrer geographischen Lage, insbesondere für Binnenstaaten und geographisch benachteiligte Staaten, ergeben;

l) sie errichtet auf Empfehlung des Rates, die sich auf Gutachten der Kommission für wirtschaftliche Planung stützt, ein System für Ausgleichszahlungen oder ergreift sonstige die wirtschaftliche Anpassung erleichternde Hilfsmaßnahmen, wie in Artikel 151 Absatz 10 vorgesehen;

m) sie suspendiert die Ausübung der Rechte und Vorrechte aus der Mitgliedschaft nach Artikel 185;

n) sie erörtert Fragen oder Angelegenheiten innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Behörde und entscheidet entsprechend der Befugnis und Aufgabenverteilung unter den Organen der Behörde, welches dieser Organe sich mit Fragen oder Angelegenheiten befassen soll, die nicht ausdrücklich einem bestimmten Organ übertragen sind.

Subsection C

The Council

Article 161

Composition, procedure and voting

1. The Council shall consist of 36 members of the Authority elected by the Assembly in the following order:

(a) four members from among those States Parties which, during the last five years for which statistics are available, have either consumed more than 2 per cent of total world consumption or have had net imports of more than 2 per cent of total world imports of the commodities produced from the categories of minerals to be derived from the Area, and in any case one State from the Eastern Euro-

Sous-Section C

Le Conseil

Article 161

Composition, procédure et vote

1. Le Conseil se compose de 36 membres de l'Autorité, élus par l'Assemblée dans l'ordre suivant:

a) quatre membres choisis parmi les Etats Parties dont la consommation ou les importations nettes de produits de base relevant des catégories de minéraux devant être extraits de la Zone ont dépassé, au cours des cinq dernières années pour lesquelles il existe des statistiques, 2 p. 100 du total mondial de la consommation ou des importations de ces produits de base, dont au moins un Etat de

Unterabschnitt C

Der Rat

Artikel 161

Zusammensetzung, Verfahren und Abstimmung

(1) Der Rat besteht aus 36 Mitgliedern der Behörde, die von der Versammlung in folgender Reihenfolge gewählt werden:

a) vier Mitglieder aus den Vertragsstaaten, die während der letzten fünf Jahre, für die Statistiken vorliegen, entweder mehr als 2 Prozent des gesamten Weltverbrauchs der Rohstoffe, die aus den aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen erzeugt werden, verbraucht oder Nettoeinfuhren von mehr als 2 Prozent der gesamten Welteinfuhr dieser Rohstoffe vorgenommen haben; darun-

pean (Socialist) region, as well as the largest consumer;

(b) four members from among the eight States Parties which have the largest investments in preparation for and in the conduct of activities in the Area, either directly or through their nationals, including at least one State from the Eastern European (Socialist) region;

(c) four members from among States Parties which on the basis of production in areas under their jurisdiction are major net exporters of the categories of minerals to be derived from the Area, including at least two developing States whose exports of such minerals have a substantial bearing upon their economies;

(d) six members from among developing States Parties, representing special interests. The special interests to be represented shall include those of States with large populations, States which are land-locked or geographically disadvantaged, States which are major importers of the categories of minerals to be derived from the Area, States which are potential producers of such minerals, and least developed States;

(e) eighteen members elected according to the principle of ensuring an equitable geographical distribution of seats in the Council as a whole, provided that each geographical region shall have at least one member elected under this subparagraph. For this purpose, the geographical regions shall be Africa, Asia, Eastern European (Socialist), Latin America and Western European and Others.

2. In electing the members of the Council in accordance with paragraph 1, the Assembly shall ensure that:

(a) land-locked and geographically disadvantaged States are represented to a degree which is reasonably proportionate to their representation in the Assembly;

(b) coastal States, especially developing States, which do not qualify under paragraph 1 (a), (b), (c) or (d) are represented to a degree which is reasonably proportionate to their representation in the Assembly;

(c) each group of States Parties to be represented on the Council is represented by those members, if any, which are nominated by that group.

3. Elections shall take place at regular sessions of the Assembly. Each member of

la région de l'Europe orientale (socialiste), ainsi que le plus grand consommateur;

b) quatre membres choisis parmi les huit Etats Parties qui ont effectué, directement ou par l'intermédiaire de leurs ressortissants, les investissements les plus importants pour la préparation et la réalisation d'activités menées dans la Zone, dont au moins un Etat de la région de l'Europe orientale (socialiste);

c) quatre membres choisis parmi les Etats Parties qui, sur la base de la production provenant des zones soumises à leur juridiction, sont parmi les principaux exportateurs nets des catégories de minéraux devant être extraits de la Zone, dont au moins deux Etats en développement dont l'économie est fortement tributaire de leurs exportations de ces minéraux;

d) six membres choisis parmi les Etats Parties en développement et représentant des intérêts particuliers. Les intérêts particuliers devant être représentés comprennent ceux des Etats à population nombreuse, des Etats sans littoral ou géographiquement désavantagés, des Etats qui figurent parmi les principaux importateurs des catégories de minéraux devant être extraits de la Zone, des Etats potentiellement producteurs de tels minéraux et des Etats les moins avancés;

e) dix-huit membres élus suivant le principe d'une répartition géographique équitable de l'ensemble des sièges du Conseil, étant entendu qu'au moins un membre par région géographique est élu membre en application de la présente disposition. A cette fin, les régions géographiques sont: l'Afrique, l'Amérique latine, l'Asie, l'Europe orientale (socialiste), ainsi que l'Europe occidentale et autres Etats.

2. Lorsqu'elle élit les membres du Conseil conformément au paragraphe 1, l'Assemblée veille à ce que:

a) la représentation des Etats sans littoral et des Etats géographiquement désavantagés corresponde raisonnablement à leur représentation au sein de l'Assemblée;

b) la représentation des Etats côtiers, en particulier des Etats en développement, qui ne remplissent pas les conditions énoncées au paragraphe 1, lettre a), b), c) ou d), corresponde raisonnablement à leur représentation au sein de l'Assemblée;

c) chaque groupe d'Etats Parties devant être représentés au Conseil soit représenté par les membres éventuellement désignés par ce groupe.

3. Les élections ont lieu lors d'une session ordinaire de l'Assemblée. Chaque

ter muß sich in jedem Fall ein Staat der osteuropäischen (sozialistischen) Region sowie der größte Verbraucher befinden;

b) vier Mitglieder aus den acht Vertragsstaaten, die unmittelbar oder durch ihre Staatsangehörigen die umfangreichsten Investitionen zur Vorbereitung und Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet vorgenommen haben; darunter muß sich mindestens ein Staat der osteuropäischen (sozialistischen) Region befinden;

c) vier Mitglieder aus den Vertragsstaaten, die aufgrund der Produktion im Bereich ihrer Hoheitsbefugnisse die wichtigsten Nettoexporteure der aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen sind; darunter müssen sich mindestens zwei Entwicklungsstaaten befinden, deren Wirtschaft in hohem Maße von der Ausfuhr dieser Mineralien abhängig ist;

d) sechs Mitglieder aus Entwicklungsstaaten, die Vertragsstaaten sind und die besondere Interessen vertreten. Zu diesen zu vertretenden besonderen Interessen gehören die von Staaten mit großer Bevölkerung, von Binnenstaaten oder geographisch benachteiligten Staaten, von Staaten, die wichtigste Importeure der aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen sind, von Staaten, die mögliche Erzeuger dieser Mineralien sind, und von am wenigsten entwickelten Staaten;

e) achtzehn Mitglieder, die nach dem Grundsatz der gerechten geographischen Verteilung der Gesamtheit der Sitze im Rat gewählt werden; aus jeder geographischen Region muß mindestens ein Mitglied nach diesem Buchstaben gewählt werden. Zu diesem Zweck gelten als geographische Regionen die folgenden: Afrika, Asien, (sozialistisches) Osteuropa, Lateinamerika sowie Westeuropa und andere Staaten.

(2) Bei der Wahl der Mitglieder des Rates nach Absatz 1 gewährleistet die Versammlung,

a) daß die Binnenstaaten und geographisch benachteiligten Staaten in einem Umfang vertreten sind, der ihrer Vertretung in der Versammlung in angemessener Weise entspricht;

b) daß die Küstenstaaten, insbesondere Entwicklungsstaaten, die nicht unter Absatz 1 Buchstabe a, b, c oder d fallen, in einem Umfang vertreten sind, der ihrer Vertretung in der Versammlung in angemessener Weise entspricht;

c) daß jede Gruppe von Vertragsstaaten, die im Rat vertreten sein muß, durch die Mitglieder vertreten ist, die gegebenenfalls von dieser Gruppe benannt werden.

(3) Die Wahlen finden auf ordentlichen Tagungen der Versammlung statt. Jedes

the Council shall be elected for four years. At the first election, however, the term of one half of the members of each group referred to in paragraph 1 shall be two years.

4. Members of the Council shall be eligible for re-election, but due regard should be paid to the desirability of rotation of membership.

5. The Council shall function at the seat of the Authority, and shall meet as often as the business of the Authority may require, but not less than three times a year.

6. A majority of the members of the Council shall constitute a quorum.

7. Each member of the Council shall have one vote.

8. (a) Decisions on questions of procedure shall be taken by a majority of the members present and voting.

(b) Decisions on questions of substance arising under the following provisions shall be taken by a two-thirds majority of the members present and voting, provided that such majority includes a majority of the members of the Council: article 162, paragraph 2, subparagraphs (f); (g); (h); (i); (n); (p); (v); article 191.

(c) Decisions on questions of substance arising under the following provisions shall be taken by a three-fourths majority of the members present and voting, provided that such majority includes a majority of the members of the Council: article 162, paragraph 1; article 162, paragraph 2, subparagraphs (a); (b); (c); (d); (e); (l); (q); (r); (s); (t); (u) in cases of non-compliance by a contractor or a sponsor; (w) provided that orders issued thereunder may be binding for not more than 30 days unless confirmed by a decision taken in accordance with subparagraph (d); article 162, paragraph 2, subparagraphs (x); (y); (z); article 163, paragraph 2; article 174, paragraph 3; Annex IV, article 11.

(d) Decisions on questions of substance arising under the following provisions shall be taken by consensus: article 162, paragraph 2 (m) and (o); adoption of amendments to Part XI.

(e) For the purposes of subparagraphs (d), (f) and (g), "consensus" means the absence of any formal objection. Within 14 days of the submission of a proposal to the Council, the President of the Council shall determine whether there would be a formal objection to the adoption of the proposal. If the President determines that there would be such an objection, the President shall establish and convene, within three days following such determination, a conciliation committee consisting of not more than nine members of the Council, with the President as chairman, for the purpose of reconciling the differences and producing a proposal which can be adopted by consensus. The committee shall work expeditiously and re-

membre du Conseil est élu pour quatre ans. Toutefois, lors de la première élection, la durée du mandat de la moitié des membres représentant chacun des groupes visés au paragraphe 1 est de deux ans.

4. Les membres du Conseil sont rééligibles, mais il devrait être dûment tenu compte du fait qu'une rotation des sièges est souhaitable.

5. Le Conseil exerce ses fonctions au siège de l'Autorité; il se réunit aussi souvent que l'exigent les activités de l'Autorité, mais en tout cas trois fois par an.

6. Le quorum est constitué par la majorité des membres du Conséil.

7. Chaque membre du Conseil a une voix.

8. a) Les décisions sur les questions de procédure sont prises à la majorité des membres présents et votants;

b) les décisions sur les questions de fond qui se posent à propos de l'article 162, paragraphe 2, lettres f), g), h), i), n), p), v), et de l'article 191 sont prises à la majorité des deux tiers des membres présents et votants, à condition que cette majorité comprenne celle des membres du Conseil;

c) les décisions sur les questions de fond qui se posent à propos des dispositions énumérées ci-après sont prises à la majorité des trois quarts des membres présents et votants, à condition que cette majorité comprenne celle des membres du Conseil: article 162, paragraphe 1; article 162, paragraphe 2, lettres a), b), c), d), e), l), q), r), s), t); article 162, paragraphe 2, lettre u), dans les cas d'inobservation par un contractant ou l'Etat qui le patronne; article 162, paragraphe 2, lettre w), étant entendu que les ordres émis en vertu de cette disposition ne peuvent être obligatoires pendant plus de 30 jours que s'ils sont confirmés par une décision prise conformément à la lettre d); article 162, paragraphe 2, lettres x), y) et z); article 163, paragraphe 2; article 174, paragraphe 3; article 11 de l'annexe IV;

d) les décisions sur les questions de fond qui se posent à propos de l'article 162, paragraphe 2, lettres m) et o), ainsi qu'à propos de l'adoption des amendements à la partie XI, sont prises par consensus;

e) aux fins des lettres d), f) et g), on entend par „consensus" l'absence de toute objection formelle. Dans les 14 jours qui suivent la soumission d'une proposition au Conseil, le Président examine s'il y aurait une objection à son adoption. S'il constate qu'une telle objection serait formulée, le Président constitue et convoque, dans les trois jours, une commission de conciliation composée, au plus, de neuf membres du Conseil et présidée par lui-même, chargée d'éliminer les divergences et de formuler une proposition susceptible d'être adoptée par consensus. La commission s'acquitte promptement de sa tâche et fait rapport au Conseil dans les 14 jours qui suivent sa constitution. Si elle n'est pas en mesure de

Mitglied des Rates wird für vier Jahre gewählt. Bei der ersten Wahl beträgt jedoch die Amtszeit für die Hälfte der Mitglieder jeder der in Absatz 1 genannten Gruppen zwei Jahre.

(4) Die Mitglieder des Rates können wiedergewählt werden; allerdings ist eine Rotation in der Mitgliedschaft erwünscht.

(5) Der Rat amtiert am Sitz der Behörde; er tritt so oft zusammen, wie die Geschäfte der Behörde es erfordern, mindestens jedoch dreimal jährlich.

(6) Der Rat ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.

(7) Jedes Mitglied des Rates hat eine Stimme.

(8) a) Beschlüsse über Verfahrensfragen bedürfen der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

b) Beschlüsse über Sachfragen hinsichtlich des Artikels 162 Absatz 2 Buchstaben f, g, h, i, n, p und v und des Artikels 191 bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, wobei diese Mehrheit eine Mehrheit der Mitglieder des Rates einschließen muß.

c) Beschlüsse über Sachfragen hinsichtlich der folgenden Bestimmungen bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, wobei diese Mehrheit eine Mehrheit der Mitglieder des Rates einschließen muß: Artikel 162 Absatz 1; Artikel 162 Absatz 2 Buchstaben a, b, c, d, e, l, q, r, s und t; Buchstabe u im Fall der Nichteinhaltung durch einen Vertragsnehmer oder durch einen ihn befürwortenden Staat; Buchstabe w, vorausgesetzt, daß die hiernach erteilten Anordnungen nicht länger als 30 Tage verbindlich sind, sofern sie nicht durch einen Beschluß nach Buchstabe d bestätigt werden; Artikel 162 Absatz 2 Buchstaben x, y und z; Artikel 163 Absatz 2; Artikel 174 Absatz 3; Anlage IV Artikel 11.

d) Beschlüsse über Sachfragen hinsichtlich des Artikels 162 Absatz 2 Buchstaben m und o sowie die Annahme von Änderungen des Teiles XI werden durch Konsens gefaßt.

e) Im Sinne der Buchstaben d, f und g bedeutet "Konsens" das Fehlen jedes förmlichen Einspruchs. Innerhalb von 14 Tagen nach Unterbreitung eines Vorschlags beim Rat stellt der Präsident des Rates fest, ob gegen die Annahme des Vorschlags förmlicher Einspruch erhoben würde. Stellt der Präsident fest, daß ein solcher Einspruch erhoben würde, so setzt und beruft er innerhalb von drei Tagen, nachdem er die Feststellung getroffen hat, einen aus höchstens neun Mitgliedern des Rates bestehenden Vergleichsausschuß ein, dessen Vorsitz er selbst wahrnimmt, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und einen Vorschlag auszuarbeiten, der durch Konsens angenommen werden

port to the Council within 14 days following its establishment. If the committee is unable to recommend a proposal which can be adopted by consensus, it shall set out in its report the grounds on which the proposal is being opposed.

(f) Decisions on questions not listed above which the Council is authorized to take by the rules, regulations and procedures of the Authority or otherwise shall be taken pursuant to the subparagraphs of this paragraph specified in the rules, regulations and procedures or, if not specified therein, then pursuant to the subparagraph determined by the Council if possible in advance, by consensus.

(g) When the issue arises as to whether a question is within subparagraph (a), (b), (c) or (d), the question shall be treated as being within the subparagraph requiring the higher or highest majority or consensus as the case may be, unless otherwise decided by the Council by the said majority or by consensus.

9. The Council shall establish a procedure whereby a member of the Authority not represented on the Council may send a representative to attend a meeting of the Council when a request is made by such member, or a matter particularly affecting it is under consideration. Such a representative shall be entitled to participate in the deliberations but not to vote.

Article 162

Powers and functions

1. The Council is the executive organ of the Authority. The Council shall have the power to establish, in conformity with this Convention and the general policies established by the Assembly, the specific policies to be pursued by the Authority on any question or matter within the competence of the Authority.

2. In addition, the Council shall:

(a) supervise and co-ordinate the implementation of the provisions of this Part on all questions and matters within the competence of the Authority and invite the attention of the Assembly to cases of non-compliance;

(b) propose to the Assembly a list of candidates for the election of the Secretary-General;

(c) recommend to the Assembly candidates for the election of the members of the Governing Board of the Enterprise and the Director-General of the Enterprise;

(d) establish, as appropriate, and with due regard to economy and efficiency, such subsidiary organs as it finds necessary for the exercise of its functions in ac-

recommander une proposition susceptible d'être adoptée par consensus, elle expose dans son rapport les motifs de l'opposition à la proposition;

f) les décisions sur les questions non énumérées ci-dessus que le Conseil est habilité à prendre en vertu des règles, règlements et procédures de l'Autorité ou à tout autre titre sont prises conformément aux dispositions du présent paragraphe indiquées dans ces règles, règlements et procédures ou, à défaut, conformément à la disposition déterminée par une décision du Conseil prise par consensus;

g) en cas de doute sur le point de savoir si une question relève des catégories visées aux lettres a), b), c) ou d), la question est réputée relever de la disposition exigeant la majorité la plus élevée ou le consensus, selon le cas, à moins que le Conseil n'en décide autrement à cette majorité ou par consensus.

9. Le Conseil établit une procédure permettant à un membre de l'Autorité qui n'est pas représenté au sein du Conseil de se faire représenter à une séance de celui-ci lorsque ce membre présente une demande à cet effet ou que le Conseil examine une question qui le concerne particulièrement. Le représentant de ce membre peut participer aux débats sans droit de vote.

Article 162

Pouvoirs et fonctions

1. Le Conseil est l'organe exécutif de l'Autorité. Il a le pouvoir d'arrêter, en conformité avec la Convention et avec la politique générale définie par l'Assemblée, les politiques spécifiques à suivre par l'Autorité sur toute question ou tout sujet relevant de sa compétence.

2. En outre, le Conseil:

a) surveille et coordonne l'application de la présente partie pour toutes les questions et tous les sujets relevant de la compétence de l'Autorité et appelle l'attention de l'Assemblée sur les cas d'inobservation;

b) soumet à l'Assemblée une liste de candidats au poste de Secrétaire général;

c) recommande à l'Assemblée des candidats aux fonctions de membres du Conseil d'administration de l'Entreprise et au poste de Directeur général de celle-ci;

d) crée, selon qu'il convient, et compte dûment tenu des impératifs d'économie et d'efficacité, les organes subsidiaires qu'il juge nécessaires pour exercer ses

kann. Der Ausschuß führt seine Arbeit zügig durch und erstattet dem Rat innerhalb von 14 Tagen nach seiner Einsetzung Bericht. Ist es dem Ausschuß nicht möglich, einen Vorschlag zu empfehlen, der durch Konsens angenommen werden kann, so legt er in seinem Bericht die Gründe für den Einspruch gegen den Vorschlag dar.

f) Beschlüsse über oben nicht aufgeführte Fragen, die der Rat aufgrund der Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde oder auf andere Weise zu fassen berechtigt ist, werden entsprechend den Buchstaben dieses Absatzes gefaßt, die in den Regeln, Vorschriften und Verfahren genannt sind, oder, falls sie dort nicht genannt sind, entsprechend dem vom Rat nach Möglichkeit vorher durch Konsens bestimmten Buchstaben.

g) Ist strittig, ob eine Frage unter Buchstabe a, b, c oder d fällt, so wird sie nach dem Buchstaben behandelt, der die größere oder größte Mehrheit oder gegebenenfalls Konsens erfordert, sofern der Rat nicht mit der genannten Mehrheit oder durch Konsens etwas anderes beschließt.

(9) Der Rat legt ein Verfahren fest, wonach ein Mitglied der Behörde, das nicht im Rat vertreten ist, einen Vertreter zur Teilnahme an einer Sitzung des Rates entsenden kann, wenn dieses Mitglied darum ersucht oder wenn eine Angelegenheit erörtert wird, die das Mitglied besonders betrifft. Der Vertreter ist berechtigt, ohne Stimmrecht an den Beratungen teilzunehmen.

Artikel 162

Befugnisse und Aufgaben

(1) Der Rat ist das ausführende Organ der Behörde. Er ist befugt, im Einklang mit diesem Übereinkommen und den von der Versammlung aufgestellten allgemeinen Leitsätzen die von der Behörde zu befolgenden besonderen Leitsätze zu allen Fragen oder Angelegenheiten aufzustellen, die in die Zuständigkeit der Behörde fallen.

(2) Außerdem nimmt der Rat folgende Aufgaben wahr:

a) Er überwacht und koordiniert die Durchführung der Bestimmungen dieses Teiles in bezug auf alle Fragen und Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Behörde fallen, und macht die Versammlung auf Fälle der Nichteinhaltung aufmerksam;

b) er schlägt der Versammlung eine Liste der Kandidaten für die Wahl des Generalsekretärs vor;

c) er empfiehlt der Versammlung Kandidaten für die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats des Unternehmens und des Generaldirektors des Unternehmens;

d) er bildet gegebenenfalls und unter gebührender Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit die Nebenorgane, die er zur Wahrnehmung

cordance with this Part. In the composition of subsidiary organs, emphasis shall be placed on the need for members qualified and competent in relevant technical matters dealt with by those organs provided that due account shall be taken of the principle of equitable geographical distribution and of special interests;

fonctions conformément à la présente partie. En ce qui concerne la composition de tels organes, l'accent doit être mis sur la nécessité de leur assurer le concours de membres qualifiés et compétents dans les domaines techniques dont ils s'occupent, compte dûment tenu néanmoins du principe de la répartition géographique équitable et d'intérêts particuliers;

seiner Aufgaben in Übereinstimmung mit diesem Teil für notwendig hält. Bei der Zusammensetzung der Nebenorgane ist vor allem auf die Notwendigkeit Gewicht zu legen, die Mitarbeit befähigter Mitglieder zu gewinnen, die auf den von diesen Organen bearbeiteten Fachgebieten sachkundig sind, wobei dem Grundsatz der gerechten geographischen Verteilung und den besonderen Interessen gebührend Rechnung zu tragen ist;

(e) adopt its rules of procedure including the method of selecting its president;

e) adopte son règlement intérieur, dans lequel il fixe notamment le mode de désignation de son président;

e) er gibt sich eine Geschäftsordnung, in der er auch das Verfahren für die Ernennung seines Präsidenten festlegt;

(f) enter into agreements with the United Nations or other international organizations on behalf of the Authority and within its competence, subject to approval by the Assembly;

f) conclut, au nom de l'Autorité, des accords avec l'Organisation des Nations Unies et d'autres organisations internationales, dans les limites de sa compétence et sous réserve de l'approbation de l'Assemblée;

f) er schließt im Namen der Behörde im Rahmen seiner Zuständigkeit und vorbehaltlich der Genehmigung durch die Versammlung Übereinkünfte mit den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Organisationen;

(g) consider the reports of the Enterprise and transmit them to the Assembly with its recommendations;

g) examine les rapports de l'Entreprise et les transmet à l'Assemblée, en y joignant ses recommandations;

g) er prüft die Berichte des Unternehmens und legt sie mit seinen Empfehlungen der Versammlung vor;

(h) present to the Assembly annual reports and such special reports as the Assembly may request;

h) présente à l'Assemblée des rapports annuels ainsi que les rapports spéciaux que celle-ci lui demande;

h) er unterbreitet der Versammlung Jahresberichte und die von ihr gegebenenfalls angeforderten Sonderberichte;

(i) issue directives to the Enterprise in accordance with article 170;

i) donne des directives à l'Entreprise conformément à l'article 170;

i) er erläßt in Übereinstimmung mit Artikel 170 Richtlinien für das Unternehmen;

(j) approve plans of work in accordance with Annex III, article 6. The Council shall act upon each plan of work within 60 days of its submission by the Legal and Technical Commission at a session of the Council in accordance with the following procedures:

j) approuve les plans de travail conformément à l'article 6 de l'annexe III. Le Conseil statue sur chaque plan de travail dans les 60 jours suivant la date à laquelle celui-ci lui a été soumis à une de ses sessions par la Commission juridique et technique, conformément aux procédures indiquées ci-après:

j) er bestätigt Arbeitspläne in Übereinstimmung mit Anlage III Artikel 6. Der Rat behandelt jeden Arbeitsplan innerhalb von 60 Tagen nach dessen Vorlage durch die Rechts- und Fachkommission auf einer Tagung des Rates nach folgenden Verfahren:

(i) if the Commission recommends the approval of a plan of work, it shall be deemed to have been approved by the Council if no member of the Council submits in writing to the President within 14 days a specific objection alleging non-compliance with the requirements of Annex III, article 6. If there is an objection, the conciliation procedure set forth in article 161, paragraph 8 (e), shall apply. If, at the end of the conciliation procedure, the objection is still maintained, the plan of work shall be deemed to have been approved by the Council unless the Council disapproves it by consensus among its members excluding any State or States making the application or sponsoring the applicant;

i) lorsque la Commission recommande l'approbation d'un plan de travail, celui-ci est réputé accepté par le Conseil si aucun membre de ce dernier ne soumet par écrit au Président, dans un délai de 14 jours, une objection précise dans laquelle il allègue l'inobservation des conditions énoncées à l'article 6 de l'annexe III. Si une telle objection est formulée, la procédure de conciliation prévue à l'article 161, paragraphe 8, lettre e), s'applique. Si, au terme de cette procédure, l'objection est maintenue, le plan de travail est réputé approuvé par le Conseil, à moins qu'il ne le rejette par consensus à l'exclusion de l'Etat ou des Etats qui ont fait la demande ou patronné le demandeur;

i) Empfiehlt die Kommission, einen Arbeitsplan zu bestätigen, so gilt er als vom Rat bestätigt, sofern kein Mitglied des Rates dem Präsidenten innerhalb von 14 Tagen schriftlich einen bestimmten Einspruch mit der Behauptung vorlegt, die Anforderungen der Anlage III Artikel 6 seien nicht erfüllt. Wird ein solcher Einspruch erhoben, so wird das in Artikel 161 Absatz 8 Buchstabe e vorgesehene Vergleichsverfahren angewendet. Wird nach Beendigung des Vergleichsverfahrens der Einspruch aufrechterhalten, so gilt der Arbeitsplan als vom Rat bestätigt, sofern dieser ihn nicht durch Konsens ablehnt, wobei der Staat oder die Staaten vom Konsens ausgenommen sind, die den Antrag gestellt oder den Antragsteller befürwortet haben;

(ii) if the Commission recommends the disapproval of a plan of work or does not make a recommendation, the Council may approve the plan of work by a three-fourths majority of the members present and voting, provided that such majority includes a majority of the members participating in the session;

ii) lorsque la Commission recommande le rejet d'un plan de travail ou ne formule pas de recommandation, le Conseil peut approuver celui-ci à la majorité des trois quarts des membres présents et votants, à condition que cette majorité comprenne celle des membres participant à la session;

ii) empfiehlt die Kommission, einen Arbeitsplan abzulehnen, oder gibt sie keine Empfehlung, so kann der Rat den Arbeitsplan mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder bestätigen, wobei diese Mehrheit eine Mehrheit der an der Tagung teilnehmenden Mitglieder einschließen muß;

(k) approve plans of work submitted by the Enterprise in accordance with Annex

k) approuve les plans de travail présentés par l'Entreprise conformément à l'arti-

k) er bestätigt die vom Unternehmen in Übereinstimmung mit Anlage IV Arti-

IV, article 12, applying, *mutatis mutandis*, the procedures set forth in subparagraph (j);

(l) exercise control over activities in the Area in accordance with article 153, paragraph 4, and the rules, regulations and procedures of the Authority;

(m) take, upon the recommendation of the Economic Planning Commission, necessary and appropriate measures in accordance with article 150, subparagraph (h), to provide protection from the adverse economic effects specified therein;

(n) make recommendations to the Assembly, on the basis of advice from the Economic Planning Commission, for a system of compensation or other measures of economic adjustment assistance as provided in article 151, paragraph 10;

(o) (i) recommend to the Assembly rules, regulations and procedures on the equitable sharing of financial and other economic benefits derived from activities in the Area and the payments and contributions made pursuant to article 82, taking into particular consideration the interests and needs of the developing States and peoples who have not attained full independence or other self-governing status;

(ii) adopt and apply provisionally, pending approval by the Assembly, the rules, regulations and procedures of the Authority, and any amendments thereto, taking into account the recommendations of the Legal and Technical Commission or other subordinate organ concerned. These rules, regulations and procedures shall relate to prospecting, exploration and exploitation in the Area and the financial management and internal administration of the Authority. Priority shall be given to the adoption of rules, regulations and procedures for the exploration for and exploitation of polymetallic nodules. Rules, regulations and procedures for the exploration for and exploitation of any resource other than polymetallic nodules shall be adopted within three years from the date of a request to the Authority by any of its members to adopt such rules, regulations and procedures in respect of such resource. All rules, regulations and procedures shall remain in effect on a provisional basis until approved by the Assembly or until amended by the Council in the light of any views expressed by the Assembly;

cle 12 de l'annexe IV, en appliquant, mutatis mutandis, les procédures prévues à la lettre j);

l) exerce un contrôle sur les activités menées dans la Zone, conformément à l'article 153, paragraphe 4, et aux règles, règlements et procédures de l'Autorité;

m) prend, sur recommandation de la Commission de planification économique, les mesures nécessaires et appropriées pour protéger les Etats en développement, conformément à l'article 150, lettre h), des effets économiques défavorables visés dans cette disposition;

n) fait à l'Assemblée, en se fondant sur l'avis de la Commission de planification économique, des recommandations concernant l'institution d'un système de compensation ou la prise d'autres mesures d'assistance propres à faciliter l'ajustement économique, comme le prévoit l'article 151, paragraphe 10;

o) i) recommande à l'Assemblée des règles, règlements et procédures relatifs au partage équitable des avantages financiers et autres avantages économiques tirés des activités menées dans la Zone, ainsi qu'aux contributions prévues à l'article 82, en tenant particulièrement compte des intérêts et besoins des Etats en développement et des peuples qui n'ont pas accédé à la pleine indépendance ou à un autre régime d'autonomie;

ii) adopte et applique provisoirement, en attendant l'approbation de l'Assemblée, les règles, règlements et procédures de l'Autorité et tous amendements à ces textes en tenant compte des recommandations de la Commission juridique et technique ou de tout autre organe subordonné concerné. Ces règles, règlements et procédures ont pour objet la prospection, l'exploration et l'exploitation dans la Zone, ainsi que la gestion financière de l'Autorité et son administration interne. La priorité est accordée à l'adoption de règles, règlements et procédures relatifs à l'exploration et l'exploitation de nodules polymétalliques. Les règles, règlements et procédures portant sur l'exploration et l'exploitation de toute ressource autre que les nodules polymétalliques sont adoptés dans un délai de trois ans à compter de la date à laquelle l'Autorité a été saisie d'une demande à cet effet par un de ses membres. Ils demeurent tous en vigueur à titre provisoire jusqu'à leur approbation par l'Assemblée ou jusqu'à leur modification par le Conseil, à la lumière des vues exprimées par l'Assemblée;

kel 12 vorgelegten Arbeitspläne und wendet dabei die Verfahren nach Buchstabe j sinngemäß an;

l) er übt in Übereinstimmung mit Artikel 153 Absatz 4 und den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde die Kontrolle über die Tätigkeiten im Gebiet aus;

m) er ergreift auf Empfehlung der Kommission für wirtschaftliche Planung die notwendigen und geeigneten Maßnahmen nach Artikel 150 Buchstabe h zum Schutz vor den dort genannten nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen;

n) er richtet auf der Grundlage eines Gutachtens der Kommission für wirtschaftliche Planung Empfehlungen an die Versammlung hinsichtlich eines Systems für Ausgleichszahlungen oder sonstiger die wirtschaftliche Anpassung erleichternder Hilfsmaßnahmen, wie in Artikel 151 Absatz 10 vorgesehen;

o) i) er empfiehlt der Versammlung Regeln, Vorschriften und Verfahren für eine gerechte Verteilung der finanziellen und der sonstigen wirtschaftlichen Vorteile, die aus Tätigkeiten im Gebiet stammen, sowie für die Zahlungen und Leistungen nach Artikel 82, wobei die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten und der Völker, die noch nicht die volle Unabhängigkeit oder einen sonstigen Status der Selbstregierung erlangt haben, besondere Berücksichtigung finden;

ii) er beschließt unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Rechts- und Fachkommission oder eines anderen betroffenen Unterorgans die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde mit etwaigen Änderungen und wendet sie bis zu ihrer Genehmigung durch die Versammlung vorläufig an. Diese Regeln, Vorschriften und Verfahren betreffen die Prospektion, Erforschung und Ausbeutung im Gebiet sowie die Verwaltung der Finanzen und die innere Verwaltung der Behörde. Die Verabschiedung von Regeln, Vorschriften und Verfahren für die Erforschung und Ausbeutung polymetallischer Knollen hat Vorrang. Die Regeln, Vorschriften und Verfahren für die Erforschung und Ausbeutung anderer Ressourcen als polymetallischer Knollen werden innerhalb von drei Jahren nach dem Tag verabschiedet, an dem die Behörde von einem ihrer Mitglieder ersucht wurde, Regeln, Vorschriften und Verfahren für diese Ressourcen zu verabschieden. Alle Regeln, Vorschriften und Verfahren bleiben vorläufig in Kraft, bis sie von der Versammlung genehmigt oder vom Rat im Lichte etwaiger von der Versammlung geäußerter Meinungen geändert worden sind;

(p) review the collection of all payments to be made by or to the Authority in connection with operations pursuant to this Part;

(q) make the selection from among applicants for production authorizations pursuant to Annex III, article 7, where such selection is required by that provision;

(r) submit the proposed annual budget of the Authority to the Assembly for its approval;

(s) make recommendations to the Assembly concerning policies on any question or matter within the competence of the Authority;

(t) make recommendations to the Assembly concerning suspension of the exercise of the rights and privileges of membership pursuant to article 185;

(u) institute proceedings on behalf of the Authority before the Sea-Bed Disputes Chamber in cases of non-compliance;

(v) notify the Assembly upon a decision by the Sea-Bed Disputes Chamber in proceedings instituted under subparagraph (u), and make any recommendations which it may find appropriate with respect to measures to be taken;

(w) issue emergency orders, which may include orders for the suspension or adjustment of operations, to prevent serious harm to the marine environment arising out of activities in the Area;

(x) disapprove areas for exploitation by contractors or the Enterprise in cases where substantial evidence indicates the risk of serious harm to the marine environment;

(y) establish a subsidiary organ for the elaboration of draft financial rules, regulations and procedures relating to:

(i) financial management in accordance with articles 171 to 175; and

(ii) financial arrangements in accordance with Annex III, article 13 and article 17, paragraph 1 (c);

(z) establish appropriate mechanisms for directing and supervising a staff of inspectors who shall inspect activities in the Area to determine whether this Part, the rules, regulations and procedures of the Authority, and the terms and conditions of any contract with the Authority are being complied with.

p) veille au paiement de toutes les sommes dues par l'Autorité ou à celle-ci au titre des opérations effectuées conformément à la présente partie;

q) fait un choix entre les demandeurs d'autorisation de production en vertu de l'article 7 de l'annexe III dans les cas prévus à cet article;

r) soumet le projet de budget annuel de l'Autorité à l'approbation de l'Assemblée;

s) fait à l'Assemblée des recommandations sur la politique à suivre sur toute question ou tout sujet qui relève de la compétence de l'Autorité;

t) fait à l'Assemblée des recommandations sur la suspension de l'exercice des droits et privilèges inhérents à la qualité de membre en application de l'article 185;

u) saisit, au nom de l'Autorité, la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins dans les cas d'inobservation;

v) notifie à l'Assemblée la décision rendue par la Chambre pour le règlement de différends relatifs aux fonds marins, saisie conformément à la lettre u), et lui fait les recommandations qu'il juge nécessaires sur les mesures à prendre;

w) émet des ordres en cas d'urgence, y compris éventuellement l'ordre de suspendre ou de modifier les opérations, afin de prévenir tout dommage grave pouvant être causé au milieu marin par des activités menées dans la Zone;

x) exclut la mise en exploitation de certaines zones par des contractants ou par l'Entreprise lorsqu'il y a de sérieuses raisons de penser qu'il en résulterait un risque de dommage grave pour le milieu marin;

y) crée un organe subsidiaire chargé de l'élaboration de projets de règles, règlements et procédures financiers relatifs:

i) à la gestion financière conformément aux articles 171 à 175; et

ii) aux modalités financières prévues à l'article 13 et à l'article 17, paragraphe 1, lettre c), de l'annexe III;

z) met en place des mécanismes appropriés pour diriger et superviser un corps d'inspecteurs chargés de surveiller les activités menées dans la Zone pour déterminer si la présente partie, les règles, règlements et procédures de l'Autorité et les clauses et conditions des contrats conclus avec l'Autorité sont observés.

p) er überprüft alle Zahlungen durch oder an die Behörde, die im Zusammenhang mit Arbeiten aufgrund dieses Teiles geleistet werden müssen;

q) er trifft nach Anlage III Artikel 7 eine Auswahl unter den Antragstellern um Produktionsgenehmigungen, soweit eine solche Auswahl nach jenem Artikel erforderlich ist;

r) er legt der Versammlung den Entwurf des jährlichen Haushalts der Behörde zur Genehmigung vor;

s) er richtet an die Versammlung Empfehlungen hinsichtlich der Leitsätze zu jeder Frage oder Angelegenheit, die in die Zuständigkeit der Behörde fällt;

t) er richtet an die Versammlung Empfehlungen über die Suspendierung der Ausübung der Rechte und Vorrechte aus der Mitgliedschaft nach Artikel 185;

u) er leitet im Namen der Behörde in Fällen der Nichteinhaltung Verfahren vor der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten ein;

v) er teilt der Versammlung die Entscheidung mit, die von der nach Buchstabe u angerufenen Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten getroffen wurde, und gibt die von ihm für notwendig gehaltenen Empfehlungen über zu ergreifende Maßnahmen;

w) er erläßt Anordnungen für Notfälle, darunter gegebenenfalls Anordnungen zur Unterbrechung oder Änderung von Arbeiten, um schwere Schäden für die Meeresumwelt zu verhüten, die durch Tätigkeiten im Gebiet verursacht werden können;

x) er schließt bestimmte Felder von der Ausbeutung durch Vertragsnehmer oder das Unternehmen aus, wenn ernsthafte Gründe für die Annahme bestehen, daß daraus schwere Schäden für die Meeresumwelt entstehen könnten;

y) er bildet ein Nebenorgan zur Ausarbeitung eines Entwurfs von Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren in bezug auf

i) die Verwaltung der Finanzen in Übereinstimmung mit den Artikeln 171 bis 175 und

ii) die finanziellen Regelungen in Übereinstimmung mit Anlage III Artikel 13 und Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c;

z) er schafft geeignete Einrichtungen zur Leitung und Kontrolle eines Stabes von Inspektoren, welche die Tätigkeiten im Gebiet überwachen, um festzustellen, ob dieser Teil, die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde sowie die Bedingungen der mit der Behörde geschlossenen Verträge eingehalten werden.

Article 163

Organs of the Council

1. There are hereby established the following organs of the Council:

(a) an Economic Planning Commission;

(b) a Legal and Technical Commission.

2. Each Commission shall be composed of 15 members, elected by the Council from among the candidates nominated by the States Parties. However, if necessary, the Council may decide to increase the size of either Commission having due regard to economy and efficiency.

3. Members of a Commission shall have appropriate qualifications in the area of competence of that Commission. States Parties shall nominate candidates of the highest standards of competence and integrity with qualifications in relevant fields so as to ensure the effective exercise of the functions of the Commissions.

4. In the election of members of the Commissions, due account shall be taken of the need for equitable geographical distribution and the representation of special interests.

5. No State Party may nominate more than one candidate for the same Commission. No person shall be elected to serve on more than one Commission.

6. Members of the Commissions shall hold office for a term of five years. They shall be eligible for re-election for a further term.

7. In the event of the death, incapacity or resignation of a member of a Commission prior to the expiration of the term of office, the Council shall elect for the remainder of the term, a member from the same geographical region or area of interest.

8. Members of Commissions shall have no financial interest in any activity relating to exploration and exploitation in the Area. Subject to their responsibilities to the Commissions upon which they serve, they shall not disclose, even after the termination of their functions, any industrial secret, proprietary data which are transferred to the Authority in accordance with Annex III, article 14, or any other confidential information coming to their knowledge by reason of their duties for the Authority.

9. Each Commission shall exercise its functions in accordance with such guidelines and directives as the Council may adopt.

10. Each Commission shall formulate and submit to the Council for approval such rules and regulations as may be necessary for the efficient conduct of the Commission's functions.

Article 163

Organes du Conseil

1. Il est créé en tant qu'organes du Conseil:

a) une Commission de planification économique;

b) une Commission juridique et technique.

2. Chaque commission est composée de 15 membres, élus par le Conseil parmi les candidats présentés par les Etats Parties. Le Conseil peut néanmoins, si besoin est, décider d'élargir la composition de l'une ou de l'autre en tenant dûment compte des impératifs d'économie et d'efficacité.

3. Les membres d'une commission doivent avoir les qualifications requises dans les domaines relevant de la compétence de celle-ci. Afin de permettre aux commissions d'exercer leurs fonctions efficacement, les Etats Parties désignent des candidats de la plus haute compétence et de la plus haute intégrité, ayant les qualifications requises dans les domaines pertinents.

4. Lors de l'élection, il est dûment tenu compte de la nécessité d'une répartition géographique équitable des sièges et d'une représentation des intérêts particuliers.

5. Aucun Etat Partie ne peut présenter plus d'un candidat à une même commission. Nul ne peut être élu à plus d'une commission.

6. Les membres des commissions sont élus pour cinq ans. Ils sont rééligibles pour un nouveau mandat.

7. En cas de décès, d'incapacité ou de démission d'un membre d'une commission avant l'expiration de son mandat, le Conseil élit, pour la durée du mandat restant à courir, un membre de la même région géographique ou représentant la même catégorie d'intérêts.

8. Les membres des commissions ne doivent posséder d'intérêts financiers dans aucune des activités touchant l'exploration et l'exploitation dans la Zone. Sous réserve de leurs obligations envers la commission dont ils font partie, ils ne doivent divulguer, même après la cessation de leurs fonctions, aucun secret industriel, aucune donnée qui est propriété industrielle et qui a été transférée à l'Autorité en application de l'article 14 de l'annexe III, ni aucun autre renseignement confidentiel dont ils ont connaissance à raison de leurs fonctions.

9. Chaque commission exerce ses fonctions conformément aux principes et directives arrêtés par le Conseil.

10. Chaque commission élabore et soumet à l'approbation du Conseil les règles et règlements nécessaires à son bon fonctionnement.

Artikel 163

Organe des Rates

(1) Hiermit werden folgende Organe des Rates gebildet:

a) eine Kommission für wirtschaftliche Planung;

b) eine Rechts- und Fachkommission.

(2) Jede Kommission setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen, die vom Rat aus den von den Vertragsstaaten vorgeschlagenen Kandidaten gewählt werden. Der Rat kann jedoch erforderlichenfalls beschließen, jede Kommission unter gebührender Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit zu vergrößern.

(3) Die Mitglieder einer Kommission müssen geeignete Fähigkeiten auf den Gebieten besitzen, für welche die betreffende Kommission zuständig ist. Um die wirksame Wahrnehmung der Aufgaben der Kommissionen zu gewährleisten, benennen die Vertragsstaaten Kandidaten, die ein Höchstmaß an fachlicher Eignung und Ehrenhaftigkeit sowie Fähigkeiten auf den entsprechenden Gebieten besitzen.

(4) Bei der Wahl der Mitglieder der Kommissionen ist der Notwendigkeit einer gerechten geographischen Verteilung und der Vertretung besonderer Interessen gebührend Rechnung zu tragen.

(5) Jeder Vertragsstaat darf nur einen Kandidaten für dieselbe Kommission vorschlagen. Keine Person darf in mehr als eine Kommission gewählt werden.

(6) Die Mitglieder der Kommissionen werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Sie können für eine weitere Amtszeit wiedergewählt werden.

(7) Wenn ein Mitglied einer Kommission vor Ablauf seiner Amtszeit stirbt, dienstunfähig wird oder zurücktritt, wählt der Rat ein Mitglied, das derselben geographischen Region oder derselben Interessengruppe angehört, für die verbleibende Amtszeit seines Vorgängers.

(8) Die Mitglieder der Kommissionen dürfen an einer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Erforschung und Ausbeutung im Gebiet nicht finanziell beteiligt sein. Vorbehaltlich ihrer Verpflichtungen gegenüber den Kommissionen, in denen sie tätig sind, dürfen sie, selbst nach Beendigung ihrer Aufgaben, keine Wirtschaftsgeheimnisse, keine rechtlich geschützten Daten, die nach Anlage III Artikel 14 an die Behörde weitergegeben wurden, und keine sonstigen vertraulichen Informationen preisgeben, die aufgrund ihrer Aufgaben im Dienst der Behörde zu ihrer Kenntnis gelangt sind.

(9) Jede Kommission nimmt ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den vom Rat beschlossenen Grundsätzen und Richtlinien wahr.

(10) Jede Kommission erarbeitet die für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendigen Regeln und Vorschriften und legt sie dem Rat zur Genehmigung vor.

11. The decision-making procedures of the Commissions shall be established by the rules, regulations and procedures of the Authority. Recommendations to the Council shall, where necessary, be accompanied by a summary on the divergencies of opinion in the Commission.

12. Each Commission shall normally function at the seat of the Authority and shall meet as often as is required for the efficient exercise of its functions.

13. In the exercise of its functions, each Commission may, where appropriate, consult another commission, any competent organ of the United Nations or of its specialized agencies or any international organizations with competence in the subject-matter of such consultation.

Article 164

The Economic Planning Commission

1. Members of the Economic Planning Commission shall have appropriate qualifications such as those relevant to mining, management of mineral resource activities, international trade or international economics. The Council shall endeavour to ensure that the membership of the Commission reflects all appropriate qualifications. The Commission shall include at least two members from developing States whose exports of the categories of minerals to be derived from the Area have a substantial bearing upon their economies.

2. The Commission shall:

(a) propose, upon the request of the Council, measures to implement decisions relating to activities in the Area taken in accordance with this Convention;

(b) review the trends of and the factors affecting supply, demand and prices of minerals which may be derived from the Area, bearing in mind the interests of both importing and exporting countries, and in particular of the developing States among them;

(c) examine any situation likely to lead to the adverse effects referred to in article 150, subparagraph (h), brought to its attention by the State Party or States Parties concerned, and make appropriate recommendations to the Council;

(d) propose to the Council for submission to the Assembly, as provided in article 151, paragraph 10, a system of compensation or other measures of economic adjustment assistance for developing States which suffer adverse effects caused by activities in the Area. The Commission shall make the recommen-

11. Les procédures de prise de décision des commissions sont fixées par les règles, règlements et procédures de l'Autorité. Les recommandations faites au Conseil sont accompagnées, le cas échéant, d'un exposé succinct des divergences qui sont apparues au sein de la commission.

12. Les commissions exercent normalement leurs fonctions au siège de l'Autorité et se réunissent aussi souvent que nécessaire pour s'acquitter efficacement de leur tâche.

13. Dans l'exercice de ses fonctions, chaque commission consulte, le cas échéant, une autre commission ou tout organe compétent de l'Organisation des Nations Unies et de ses institutions spécialisées ou toute autre organisation internationale ayant compétence dans le domaine considéré.

Article 164

La Commission de planification économique

1. Les membres de la Commission de planification économique doivent posséder les qualifications voulues, notamment en matière d'activités minières, de gestion des ressources minérales, de commerce international et d'économie internationale. Le Conseil s'efforce de faire en sorte que, par sa composition, la Commission dispose de l'éventail complet des qualifications requises. La Commission doit compter parmi ses membres au moins deux ressortissants d'Etats en développement dont l'économie est fortement tributaire des exportations de catégories de minéraux devant être extraits de la Zone.

2. La Commission:

a) propose au Conseil, à la demande de celui-ci, des mesures d'application des décisions prises conformément à la Convention en ce qui concerne les activités menées dans la Zone;

b) étudie les tendances de l'offre et de la demande de minéraux pouvant provenir de la Zone et de leur prix, ainsi que les facteurs qui affectent ces données, en prenant en considération les intérêts des Etats importateurs comme des Etats exportateurs, notamment de ceux d'entre eux qui sont des Etats en développement;

c) examine toute situation susceptible d'entraîner les effets défavorables visés à l'article 150, lettre h), portée à son attention par l'Etat Partie ou les Etats Parties concernés et fait au Conseil les recommandations appropriées;

d) propose au Conseil, pour soumission à l'Assemblée, comme le prévoit l'article 151, paragraphe 10, un système de compensation en faveur des Etats en développement pour lesquels les activités menées dans la Zone ont des effets défavorables, ou d'autres mesures d'assistance propres à faciliter l'ajustement

(11) Die Verfahren zur Beschlußfassung in den Kommissionen werden in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde festgelegt. Den an den Rat gerichteten Empfehlungen wird erforderlichenfalls eine Zusammenfassung der in der Kommission aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten beigefügt.

(12) Jede Kommission amtiert in der Regel am Sitz der Behörde und tritt so oft zusammen, wie es für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

(13) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben kann jede Kommission gegebenenfalls eine andere Kommission, ein zuständiges Organ der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen oder jede internationale Organisation, die für die betreffende Sachfrage zuständig ist, konsultieren.

Artikel 164

Die Kommission für wirtschaftliche Planung

(1) Die Mitglieder der Kommission für wirtschaftliche Planung müssen geeignete Fähigkeiten, namentlich auf dem Gebiet des Bergbaus, der leitenden Tätigkeit im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen, des Welthandels oder der Weltwirtschaft besitzen. Der Rat trägt nach Kräften dafür Sorge, daß unter den Mitgliedern der Kommission alle erforderlichen Fähigkeiten vertreten sind. Der Kommission müssen mindestens zwei Mitglieder aus Entwicklungsstaaten angehören, deren Wirtschaft in hohem Maße von der Ausfuhr der aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen abhängig ist.

(2) Die Kommission

a) schlägt auf Ersuchen des Rates Maßnahmen vor, um die nach diesem Übereinkommen gefaßten Beschlüsse über Tätigkeiten im Gebiet durchzuführen;

b) überprüft Entwicklungstendenzen und Faktoren, die Angebot, Nachfrage und Preise der Mineralien beeinflussen, die aus dem Gebiet gewonnen werden können, wobei auf die Interessen sowohl der Einfuhr- als auch der Ausfuhrländer, vor allem jedoch der Entwicklungsstaaten unter ihnen, Rücksicht zu nehmen ist;

c) prüft jede Situation, die zu den in Artikel 150 Buchstabe h erwähnten nachteiligen Auswirkungen führen könnte, auf die sie von einem oder mehreren betroffenen Vertragsstaaten aufmerksam gemacht wurde, und richtet geeignete Empfehlungen an den Rat;

d) schlägt dem Rat zur Vorlage an die Versammlung, wie in Artikel 151 Absatz 10 vorgesehen, ein System für Ausgleichszahlungen oder sonstige die wirtschaftliche Anpassung erleichternde Hilfsmaßnahmen zugunsten von Entwicklungsstaaten vor, die nachteilige Auswirkungen durch Tätigkeiten im Ge-

dations to the Council that are necessary for the application of the system or other measures adopted by the Assembly in specific cases.

Article 165

The Legal and Technical Commission

1. Members of the Legal and Technical Commission shall have appropriate qualifications such as those relevant to exploration for and exploitation and processing of mineral resources, oceanology, protection of the marine environment, or economic or legal matters relating to ocean mining and related fields of expertise. The Council shall endeavour to ensure that the membership of the Commission reflects all appropriate qualifications.

2. The Commission shall:

(a) make recommendations with regard to the exercise of the Authority's functions upon the request of the Council;

(b) review formal written plans of work for activities in the Area in accordance with article 153, paragraph 3, and submit appropriate recommendations to the Council. The Commission shall base its recommendations solely on the grounds stated in Annex III and shall report fully thereon to the Council;

(c) supervise, upon the request of the Council, activities in the Area, where appropriate, in consultation and collaboration with any entity carrying out such activities or State or States concerned and report to the Council;

(d) prepare assessments of the environmental implications of activities in the Area;

(e) make recommendations to the Council on the protection of the marine environment, taking into account the views of recognized experts in that field;

(f) formulate and submit to the Council the rules, regulations and procedures referred to in article 162, paragraph 2 (o), taking into account all relevant factors including assessments of the environmental implications of activities in the Area;

(g) keep such rules, regulations and procedures under review and recommend to the Council from time to time such amendments thereto as it may deem necessary or desirable;

(h) make recommendations to the Council regarding the establishment of a monitoring programme to observe, measure, evaluate and analyse, by recognized scientific methods, on a regu-

économique, et fait au Conseil les recommandations nécessaires à la mise en oeuvre, dans des cas précis, du système ou des mesures adoptés par l'Assemblée.

Article 165

La Commission juridique et technique

1. Les membres de la Commission juridique et technique doivent posséder les qualifications voulues, notamment en matière d'exploration, d'exploitation et de traitement des ressources minérales, d'océanologie et de protection du milieu marin, ou en ce qui concerne les questions économiques ou juridiques relatives aux activités minières en mer, ou dans d'autres domaines connexes. Le Conseil s'efforce de faire en sorte que, par sa composition, la Commission dispose de l'éventail complet des qualifications requises.

2. La Commission:

a) fait au Conseil, à la demande de celui-ci, des recommandations concernant l'exercice des fonctions de l'Autorité;

b) examine les plans de travail formels et écrits concernant les activités à mener dans la Zone conformément à l'article 153, paragraphe 3, et fait au Conseil des recommandations appropriées. La Commission fonde ses recommandations sur les seules dispositions de l'annexe III et présente au Conseil un rapport complet sur le sujet;

c) surveille, à la demande du Conseil, les activités menées dans la Zone, le cas échéant, en consultation et en collaboration avec toute entité ou personne qui mène ces activités ou avec l'Etat ou les Etats concernés, et fait rapport au Conseil;

d) évalue les incidences écologiques des activités menées ou à mener dans la Zone;

e) fait au Conseil des recommandations sur la protection du milieu marin, en tenant compte de l'opinion d'experts reconnus;

f) élabore et soumet au Conseil les règles, règlements et procédures visés à l'article 162, paragraphe 2, lettre o), compte tenu de tous les facteurs pertinents, y compris l'évaluation des incidences écologiques des activités menées dans la Zone;

g) réexamine de temps à autre ces règles, règlements et procédures et recommande au Conseil les amendements qu'elle juge nécessaires ou souhaitables;

h) fait au Conseil des recommandations concernant la mise en place d'un programme de surveillance consistant à observer, mesurer, évaluer et analyser régulièrement, par des méthodes scien-

biet erleiden. Die Kommission richtet die erforderlichen Empfehlungen an den Rat, um das System oder die Maßnahmen, die von der Versammlung angenommen sind, in bestimmten Fällen anzuwenden.

Artikel 165

Die Rechts- und Fachkommission

(1) Die Mitglieder der Rechts- und Fachkommission müssen geeignete Fähigkeiten, namentlich auf dem Gebiet der Erforschung, Ausbeutung und Verarbeitung von mineralischen Ressourcen, der Ozeanologie, des Schutzes der Meeresumwelt oder der Wirtschafts- oder Rechtsfragen des Meeresbergbaus und auf anderen damit im Zusammenhang stehenden Fachgebieten besitzen. Der Rat trägt nach Kräften dafür Sorge, daß unter den Mitgliedern der Kommission alle erforderlichen Fähigkeiten vertreten sind.

(2) Die Kommission

a) gibt auf Ersuchen des Rates Empfehlungen hinsichtlich der Wahrnehmung der Aufgaben der Behörde;

b) überprüft förmliche schriftliche Arbeitspläne für Tätigkeiten im Gebiet in Übereinstimmung mit Artikel 153 Absatz 3 und richtet geeignete Empfehlungen an den Rat. Die Kommission stützt ihre Empfehlungen ausschließlich auf die Bestimmungen der Anlage III und erstattet dem Rat hierüber ausführlich Bericht;

c) überwacht auf Ersuchen des Rates die Tätigkeiten im Gebiet, gegebenenfalls in Konsultation und Zusammenarbeit mit jedem Rechtsträger, der diese Tätigkeiten ausübt, oder mit den betreffenden Staaten, und erstattet dem Rat Bericht;

d) arbeitet Einschätzungen der Auswirkungen von Tätigkeiten im Gebiet auf die Umwelt aus;

e) richtet an den Rat Empfehlungen zum Schutz der Meeresumwelt unter Berücksichtigung der Ansichten anerkannter Fachleute auf diesem Gebiet;

f) arbeitet die in Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe o genannten Regeln, Vorschriften und Verfahren aus und legt sie dem Rat vor; dabei berücksichtigt sie alle maßgeblichen Faktoren, einschließlich von Einschätzungen der Auswirkungen von Tätigkeiten im Gebiet auf die Umwelt;

g) überprüft laufend diese Regeln, Vorschriften und Verfahren und empfiehlt dem Rat von Zeit zu Zeit die von ihr für notwendig oder wünschenswert erachteten Änderungen;

h) richtet an den Rat Empfehlungen zur Einführung eines Überwachungsprogramms, um die Gefahren oder Auswirkungen einer Verschmutzung der Meeresumwelt infolge von Tätigkeiten im

lar basis, the risks or effects of pollution of the marine environment resulting from activities in the Area, ensure that existing regulations are adequate and are complied with and co-ordinate the implementation of the monitoring programme approved by the Council;

(i) recommend to the Council that proceedings be instituted on behalf of the Authority before the Sea-Bed Disputes Chamber, in accordance with this Part and the relevant Annexes taking into account particularly article 187;

(j) make recommendations to the Council with respect to measures to be taken, upon a decision by the Sea-Bed Disputes Chamber in proceedings instituted in accordance with subparagraph (i);

(k) make recommendations to the Council to issue emergency orders, which may include orders for the suspension or adjustment of operations, to prevent serious harm to the marine environment arising out of activities in the Area. Such recommendations shall be taken up by the Council on a priority basis;

(l) make recommendations to the Council to disapprove areas for exploitation by contractors or the Enterprise in cases where substantial evidence indicates the risk of serious harm to the marine environment;

(m) make recommendations to the Council regarding the direction and supervision of a staff of inspectors who shall inspect activities in the Area to determine whether the provisions of this Part, the rules, regulations and procedures of the Authority, and the terms and conditions of any contract with the Authority are being complied with;

(n) calculate the production ceiling and issue production authorizations on behalf of the Authority pursuant to article 151, paragraphs 2 to 7, following any necessary selection among applicants for production authorizations by the Council in accordance with Annex III, article 7.

3. The members of the Commission shall, upon request by any State Party or other party concerned, be accompanied by a representative of such State or other party concerned when carrying out their function of supervision and inspection.

tifiques reconnues, les risques ou les conséquences des activités menées dans la Zone quant à la pollution du milieu marin, s'assure que les réglementations existantes sont appropriées et respectées et coordonne l'exécution du programme de surveillance une fois celui-ci approuvé par le Conseil;

i) recommande au Conseil de saisir, au nom de l'Autorité, la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins, compte tenu en particulier de l'article 187, conformément à la présente partie et aux annexes qui s'y rapportent;

j) fait au Conseil des recommandations sur les mesures à prendre après que la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins, saisie conformément à la lettre i), a rendu sa décision;

k) recommande au Conseil d'émettre des ordres en cas d'urgence, y compris éventuellement l'ordre de suspendre ou de modifier les opérations, afin de prévenir tout dommage grave pouvant être causé au milieu marin par des activités menées dans la Zone; le Conseil examine ces recommandations en priorité;

l) recommande au Conseil d'exclure la mise en exploitation de certaines zones par des contractants ou par l'Entreprise lorsqu'il y a de sérieuses raisons de penser qu'il en résulterait un risque de dommage grave pour le milieu marin;

m) fait au Conseil des recommandations concernant la direction et la supervision d'un corps d'inspecteurs chargés de surveiller les activités menées dans la Zone et de déterminer si la présente partie, les règles, règlements et procédures de l'Autorité et les clauses et conditions de tout contrat conclu avec l'Autorité sont observés;

n) calcule le plafond de production et délivre des autorisations de production au nom de l'Autorité en application de l'article 151, paragraphes 2 à 7, une fois que le Conseil a opéré, le cas échéant, le choix nécessaire entre les demandeurs conformément à l'article 7 de l'annexe III.

3. A la demande de tout Etat Partie ou de toute autre partie concernée, les membres de la Commission se font accompagner d'un représentant de cet Etat ou de cette partie concernée lorsqu'ils exercent leurs fonctions de surveillance et d'inspection.

Gebiet durch anerkannte wissenschaftliche Methoden regelmäßig zu beobachten, zu messen, auszuwerten und zu analysieren; sie sorgt dafür, daß geltende Vorschriften angemessen sind und eingehalten werden, und koordiniert die Durchführung des vom Rat genehmigten Überwachungsprogramms;

i) empfiehlt dem Rat, im Namen der Behörde Verfahren vor der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten in Übereinstimmung mit diesem Teil und den entsprechenden Anlagen unter besonderer Berücksichtigung des Artikels 187 einzuleiten;

j) richtet nach einer Entscheidung der gemäß Buchstabe i angerufenen Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten an den Rat Empfehlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen;

k) richtet an den Rat Empfehlungen, Anordnungen für Notfälle zu erlassen, darunter gegebenenfalls Anordnungen zur Unterbrechung oder Änderung von Arbeiten, um schwere Schäden für die Meeresumwelt zu verhüten, die durch Tätigkeiten im Gebiet verursacht werden können; diese Empfehlungen werden vom Rat vorrangig behandelt;

l) richtet an den Rat Empfehlungen, bestimmte Felder von der Ausbeutung durch Vertragsnehmer oder das Unternehmen auszuschließen, wenn ernsthafte Gründe für die Annahme bestehen, daß daraus schwere Schäden für die Meeresumwelt entstehen könnten;

m) richtet an den Rat Empfehlungen in bezug auf die Leitung und Kontrolle eines Stabes von Inspektoren, welche die Tätigkeiten im Gebiet überwachen, um festzustellen, ob dieser Teil, die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde sowie die Bedingungen der mit der Behörde geschlossenen Verträge eingehalten werden;

n) berechnet die Produktionshöchstgrenze und erteilt Produktionsgenehmigungen im Namen der Behörde nach Artikel 151 Absätze 2 bis 7, nachdem der Rat die notwendige Auswahl unter den Antragstellern um Produktionsgenehmigungen in Übereinstimmung mit Anlage III Artikel 7 getroffen hat.

(3) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats oder einer anderen betroffenen Partei werden die Mitglieder der Kommission bei der Durchführung ihrer Kontroll- und Überwachungsaufgaben von einem Vertreter dieses Vertragsstaats oder dieser anderen betroffenen Partei begleitet.

Subsection D

The Secretariat

Article 166

The Secretariat

1. The Secretariat of the Authority shall comprise a Secretary-General and such staff as the Authority may require.

Sous-Section D

Le Secrétariat

Article 166

Le Secrétariat

1. Le Secrétariat de l'Autorité comprend un Secrétaire général et le personnel nécessaire à l'Autorité.

Unterabschnitt D

Das Sekretariat

Artikel 166

Das Sekretariat

(1) Das Sekretariat der Behörde besteht aus einem Generalsekretär und dem von der Behörde benötigten Personal.

2. The Secretary-General shall be elected for four years by the Assembly from among the candidates proposed by the Council and may be re-elected.

3. The Secretary-General shall be the chief administrative officer of the Authority, and shall act in that capacity in all meetings of the Assembly, of the Council and of any subsidiary organ, and shall perform such other administrative functions as are entrusted to the Secretary-General by these organs.

4. The Secretary-General shall make an annual report to the Assembly on the work of the Authority.

Article 167

The staff of the Authority

1. The staff of the Authority shall consist of such qualified scientific and technical and other personnel as may be required to fulfil the administrative functions of the Authority.

2. The paramount consideration in the recruitment and employment of the staff and in the determination of their conditions of service shall be the necessity of securing the highest standards of efficiency, competence and integrity. Subject to this consideration, due regard shall be paid to the importance of recruiting the staff on as wide a geographical basis as possible.

3. The staff shall be appointed by the Secretary-General. The terms and conditions on which they shall be appointed, remunerated and dismissed shall be in accordance with the rules, regulations and procedures of the Authority.

Article 168

International character of the Secretariat

1. In the performance of their duties the Secretary-General and the staff shall not seek or receive instructions from any government or from any other source external to the Authority. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Authority. Each State Party undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Secretary-General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities. Any violation of responsibilities by a staff member shall be submitted to the appropriate administrative tribunal as provided in the rules, regulations and procedures of the Authority.

2. The Secretary-General and the staff shall have no financial interest in any activity relating to exploration and exploitation in the Area. Subject to their responsibilities to the Authority, they shall not disclose, even after the termination of their functions, any industrial secret, proprietary data which are transferred to the Authority in accordance with

2. Le Secrétaire général est élu par l'Assemblée parmi les candidats proposés par le Conseil pour une durée de quatre ans et il est rééligible.

3. Le Secrétaire général est le plus haut fonctionnaire de l'Autorité et agit en cette qualité à toutes les réunions de l'Assemblée et du Conseil et de tout organe subsidiaire; il exerce toutes autres fonctions administratives dont il est chargé par ces organes.

4. Le Secrétaire général présente à l'Assemblée un rapport annuel sur l'activité de l'Autorité.

Article 167

Personnel de l'Autorité

1. Le personnel de l'Autorité comprend les personnes qualifiées dans les domaines scientifique, technique et autres dont elle a besoin pour exercer ses fonctions administratives.

2. La considération dominante dans le recrutement et la fixation des conditions d'emploi du personnel est d'assurer à l'Autorité les services de personnes possédant les plus hautes qualités de travail, de compétence et d'intégrité. Sous cette réserve, il est dûment tenu compte de l'importance d'un recrutement effectué sur une base géographique aussi large que possible.

3. Le personnel est nommé par le Secrétaire général. Les conditions et modalités de nomination, de rémunération et de licenciement du personnel doivent être conformes aux règles, règlements et procédures de l'Autorité.

Article 168

Caractère international du Secrétariat

1. Dans l'exercice de leurs fonctions, le Secrétaire général et le personnel ne sollicitent et n'acceptent d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autre source extérieure à l'Autorité. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec leur qualité de fonctionnaires internationaux et ne sont responsables qu'envers l'Autorité. Chaque Etat Partie s'engage à respecter le caractère exclusivement international des fonctions du Secrétaire général et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche. Tout manquement à ses obligations de la part d'un fonctionnaire est soumis à un tribunal administratif désigné selon les règles, règlements et procédures de l'Autorité.

2. Le Secrétaire général et le personnel ne doivent posséder d'intérêts financiers dans aucune des activités touchant l'exploration et l'exploitation dans la Zone. Sous réserve de leurs obligations envers l'Autorité, ils ne doivent divulguer, même après la cessation de leurs fonctions, aucun secret industriel, aucune donnée qui est propriété

(2) Der Generalsekretär wird von der Versammlung aus den vom Rat vorgeschlagenen Kandidaten für die Dauer von vier Jahren gewählt; er kann wiedergewählt werden.

(3) Der Generalsekretär ist der höchste Verwaltungsbeamte der Behörde und ist in dieser Eigenschaft bei allen Sitzungen der Versammlung, des Rates sowie jedes Nebenorgans tätig; er nimmt alle sonstigen Verwaltungsaufgaben wahr, die ihm von diesen Organen übertragen werden.

(4) Der Generalsekretär erstattet der Versammlung einen Jahresbericht über die Arbeit der Behörde.

Artikel 167

Das Personal der Behörde

(1) Das Personal der Behörde besteht aus denjenigen befähigten wissenschaftlichen, technischen und sonstigen Mitarbeitern, die zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben der Behörde erforderlich sind.

(2) Bei der Auswahl und Einstellung des Personals und der Festsetzung der Dienstverhältnisse ist vorrangig der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlicher Eignung und Ehrenhaftigkeit zu gewährleisten. Unter Beachtung dieses Erfordernisses ist die Wichtigkeit der Auswahl des Personals auf möglichst breiter geographischer Grundlage gebührend zu berücksichtigen.

(3) Das Personal wird vom Generalsekretär ernannt. Die Bedingungen für die Ernennung, Vergütung und Entlassung des Personals unterliegen den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde.

Artikel 168

Internationaler Charakter des Sekretariats

(1) Der Generalsekretär und das Personal dürfen in Erfüllung ihrer Pflichten von einer Regierung oder von einer anderen Stelle außerhalb der Behörde Weisungen weder einholen noch entgegennehmen. Sie haben sich jeder Handlung zu enthalten, die ihrer Stellung als internationale, nur der Behörde verantwortliche Beamte abträglich sein könnte. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Aufgaben des Generalsekretärs und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen. Jeder Verstoß eines Mitglieds des Personals gegen seine Pflichten wird nach den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde dem zuständigen Verwaltungsgericht unterbreitet.

(2) Der Generalsekretär und das Personal dürfen an einer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Erforschung und Ausbeutung im Gebiet nicht finanziell beteiligt sein. Vorbehaltlich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Behörde dürfen sie, selbst nach Beendigung ihrer Aufgaben, keine Wirtschaftsgeheimnisse, keine rechtlich geschützten Da-

Annex III, article 14, or any other confidential information coming to their knowledge by reason of their employment with the Authority.

3. Violations of the obligations of a staff member of the Authority set forth in paragraph 2 shall, on the request of a State Party affected by such violation, or a natural or juridical person, sponsored by a State Party as provided in article 153, paragraph 2 (b), and affected by such violation, be submitted by the Authority against the staff member concerned to a tribunal designated by the rules, regulations and procedures of the Authority. The Party affected shall have the right to take part in the proceedings If the tribunal so recommends, the Secretary-General shall dismiss the staff member concerned.

4. The rules, regulations and procedures of the Authority shall contain such provisions as are necessary to implement this article.

Article 169

Consultation and co-operation with international and non-governmental organizations

1. The Secretary-General shall, on matters within the competence of the Authority, make suitable arrangements, with the approval of the Council, for consultation and co-operation with international and non-governmental organizations recognized by the Economic and Social Council of the United Nations.

2. Any organization with which the Secretary-General has entered into an arrangement under paragraph 1 may designate representatives to attend meetings of the organs of the Authority as observers in accordance with the rules of procedure of these organs. Procedures shall be established for obtaining the views of such organizations in appropriate cases.

3. The Secretary-General may distribute to States Parties written reports submitted by the non-governmental organizations referred to in paragraph on subjects in which they have special competence and which are related to the work of the Authority.

Subsection E

The Enterprise

Article 170

The Enterprise

1. The Enterprise shall be the organ of the Authority which shall carry out activities in the Area directly, pursuant to article 153, paragraph 2 (a), as well as the transporting, processing and marketing of minerals recovered from the Area.

industrielle et qui a été transférée à l'Autorité en application de l'article 14 de l'annexe III, ni aucun autre renseignement confidentiel dont ils ont connaissance à raison de leurs fonctions.

3. Les manquements de la part d'un fonctionnaire de l'Autorité aux obligations énoncées au paragraphe 2 donnent lieu, à la demande d'un Etat Partie lésé par un tel manquement ou d'une personne physique ou morale patronnée par un Etat Partie conformément à l'article 153, paragraphe 2, lettre b), et lésée par un tel manquement, à des poursuites de l'Autorité contre le fonctionnaire en cause devant un tribunal désigné selon les règles, règlements et procédures de l'Autorité. La partie lésée a le droit de participer à la procédure. Si le tribunal le recommande, le Secrétaire général licencie le fonctionnaire en cause.

4. Les règles, règlements et procédures de l'Autorité prévoient les modalités d'application du présent article.

Article 169

Consultations et coopération avec les organisations internationales et les organisations non gouvernementales

1. Pour les questions qui sont du ressort de l'Autorité, le Secrétaire général conclut, après approbation du Conseil, des accords aux fins de consultations et de coopération avec les organisations internationales et les organisations non gouvernementales reconnues par le Conseil économique et social de l'Organisation des Nations Unies.

2. Toute organisation avec laquelle le Secrétaire général a conclu un accord en vertu du paragraphe 1 peut désigner des représentants qui assistent en qualité d'observateurs aux réunions des organes de l'Autorité conformément au règlement intérieur de ceux-ci. Des procédures sont instituées pour permettre à ces organisations de faire connaître leurs vues dans les cas appropriés.

3. Le Secrétaire général peut faire distribuer aux Etats Parties des rapports écrits présentés par les organisations non gouvernementales visées au paragraphe 1 sur des sujets qui relèvent de leur compétence particulière et se rapportent aux travaux de l'Autorité.

Sous-Section E

L'Entreprise

Article 170

L'Entreprise

1. L'Entreprise est l'organe de l'Autorité qui mène des activités dans la Zone directement en application de l'article 153, paragraphe 2, lettre a), ainsi que des activités de transport, de traitement et de commercialisation des minéraux tirés de la Zone.

ten, die in Übereinstimmung mit Anlage III Artikel 14 an die Behörde weitergegeben wurden, und keine sonstigen vertraulichen Informationen preisgeben, die aufgrund ihrer Aufgaben im Dienst der Behörde zu ihrer Kenntnis gelangt sind.

(3) Verstöße eines Mitglieds des Personals der Behörde gegen die in Absatz 2 genannten Verpflichtungen werden auf Ersuchen eines von dem Verstoß betroffenen Vertragsstaats oder einer natürlichen oder juristischen Person, die von einem Vertragsstaat nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b befürwortet wird und von diesem Verstoß betroffen ist, von der Behörde gegen das betreffende Mitglied des Personals einem nach den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde bestimmten Gericht unterbreitet. Die betroffene Partei hat das Recht, an dem Verfahren teilzunehmen. Auf Empfehlung des Gerichts entläßt der Generalsekretär das betreffende Mitglied des Personals.

(4) Die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde müssen die zur Durchführung dieses Artikels erforderlichen Bestimmungen enthalten.

Artikel 169

Konsultation und Zusammenarbeit mit internationalen und nichtstaatlichen Organisationen

(1) Zu Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Behörde fallen, schließt der Generalsekretär mit Genehmigung des Rates geeignete Vereinbarungen über Konsultation und Zusammenarbeit mit internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, die vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen anerkannt sind.

(2) Jede Organisation, mit welcher der Generalsekretär eine Vereinbarung nach Absatz 1 geschlossen hat, kann Vertreter bestimmen, die als Beobachter an den Tagungen der Organe der Behörde in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung dieser Organe teilnehmen. Es werden Verfahren eingeführt, um in geeigneten Fällen die Ansichten dieser Organisationen einzuholen.

(3) Der Generalsekretär kann an die Vertragsstaaten schriftliche Berichte weiterleiten, welche die in Absatz 1 bezeichneten nichtstaatlichen Organisationen zu Themen unterbreiten, für die sie besonders zuständig sind und die mit der Arbeit der Behörde im Zusammenhang stehen.

Unterabschnitt E

Das Unternehmen

Artikel 170

Das Unternehmen

(1) Das Unternehmen ist das Organ der Behörde, das nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe a unmittelbar Tätigkeiten im Gebiet sowie die Beförderung, die Verarbeitung und den Absatz der aus dem Gebiet gewonnenen Mineralien durchführt.

2. The Enterprise shall, within the framework of the international legal personality of the Authority, have such legal capacity as is provided for in the Statute set forth in Annex IV. The Enterprise shall act in accordance with this Convention and the rules, regulations and procedures of the Authority, as well as the general policies established by the Assembly, and shall be subject to the directives and control of the Council.

3. The Enterprise shall have its principal place of business at the seat of the Authority.

4. The Enterprise shall, in accordance with article 173, paragraph 2, and Annex IV, article 11, be provided with such funds as it may require to carry out its functions, and shall receive technology as provided in article 144 and other relevant provisions of this Convention.

2. Dans le cadre de l'Autorité, personne juridique internationale, l'Entreprise a la capacité juridique prévue à l'annexe IV. L'Entreprise agit conformément à la Convention et aux règles, règlements et procédures de l'Autorité, ainsi qu'à la politique générale arrêtée par l'Assemblée, et elle observe les directives du Conseil et est soumise à son contrôle.

3. L'Entreprise a son établissement principal au siège de l'Autorité.

4. L'Entreprise est dotée, conformément à l'article 173, paragraphe 2, et à l'article 11 de l'annexe IV, des ressources financières dont elle a besoin pour exercer ses fonctions, et elle dispose des techniques qui lui sont transférées en application de l'article 144 et des autres dispositions pertinentes de la Convention.

(2) Das Unternehmen besitzt im Rahmen der Völkerrechtspersönlichkeit der Behörde die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die in der in Anlage IV enthaltenen Satzung vorgesehen ist. Das Unternehmen handelt in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen und den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde sowie den von der Versammlung aufgestellten allgemeinen Leitsätzen und unterliegt den Richtlinien und der Kontrolle des Rates.

(3) Das Unternehmen hat seine Hauptgeschäftsstelle am Sitz der Behörde.

(4) Das Unternehmen wird in Übereinstimmung mit Artikel 173 Absatz 2 und Anlage IV Artikel 11 mit den finanziellen Mitteln ausgestattet, die es zur Wahrnehmung seiner Aufgaben benötigt; es erhält Technologie, wie in Artikel 144 und anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens vorgesehen.

Subsection F

Financial Arrangements of the Authority

Article 171

Funds of the Authority

The funds of the Authority shall include:

(a) assessed contributions made by members of the Authority in accordance with article 160, paragraph 2 (e);

(b) funds received by the Authority pursuant to Annex III, article 13, in connection with activities in the Area;

(c) funds transferred from the Enterprise in accordance with Annex IV, article 10;

(d) funds borrowed pursuant to article 174;

(e) voluntary contributions made by members or other entities; and

(f) payments to a compensation fund, in accordance with article 151, paragraph 10, whose sources are to be recommended by the Economic Planning Commission.

Article 172

Annual budget of the Authority

The Secretary-General shall draft the proposed annual budget of the Authority and submit it to the Council. The Council shall consider the proposed annual budget and submit it to the Assembly, together with any recommendations thereon. The Assembly shall consider and approve the proposed annual budget in accordance with article 160, paragraph 2 (h).

Sous-Section F

Organisation financière de L'Autorité

Article 171

Ressources financières de l'Autorité

Les ressources financières de l'Autorité comprennent:

a) les contributions des membres de l'Autorité fixées conformément à l'article 160, paragraphe 2, lettre e);

b) les recettes que perçoit l'Autorité, en application de l'article 13 de l'annexe III, au titre des activités menées dans la Zone;

c) les sommes virées par l'Entreprise conformément à l'article 10 de l'annexe IV;

d) le produit des emprunts contractés en application de l'article 174;

e) les contributions volontaires versées par les membres ou provenant d'autres sources; et

f) les paiements effectués à un fonds de compensation conformément à l'article 151, paragraphe 10, dont la Commission de la planification économique doit recommander les sources.

Article 172

Budget annuel de l'Autorité

Le Secrétaire général établit le projet de budget annuel de l'Autorité et le présente au Conseil. Celui-ci l'examine et le soumet, avec ses recommandations, à l'approbation de l'Assemblée en application de l'article 160, paragraphe 2, lettre h).

Unterabschnitt F

Finanzielle Regelungen der Behörde

Artikel 171

Finanzielle Mittel der Behörde

Die finanziellen Mittel der Behörde umfassen

a) die in Übereinstimmung mit Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe e berechneten Beiträge der Mitglieder der Behörde;

b) die von der Behörde nach Anlage III Artikel 13 im Zusammenhang mit Tätigkeiten im Gebiet vereinnahmten Mittel;

c) die vom Unternehmen in Übereinstimmung mit Anlage IV Artikel 10 überwiesenen Mittel;

d) die nach Artikel 174 aufgenommenen Kredite;

e) die freiwilligen Beiträge von Mitgliedern oder anderen Rechtsträgern und

f) die Einzahlungen in einen Fonds für Ausgleichszahlungen in Übereinstimmung mit Artikel 151 Absatz 10, deren Quellen von der Kommission für wirtschaftliche Planung empfohlen werden sollen.

Artikel 172

Jahreshaushalt der Behörde

Der Generalsekretär arbeitet den Entwurf des jährlichen Haushalts der Behörde aus und unterbreitet ihn dem Rat. Der Rat prüft den Entwurf und legt ihn mit seinen Empfehlungen der Versammlung vor. Die Versammlung prüft und genehmigt den Entwurf des jährlichen Haushalts in Übereinstimmung mit Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe h.

Article 173

Expenses of the Authority

1. The contributions referred to in article 171, subparagraph (a), shall be paid into a special account to meet the administrative expenses of the Authority until the Authority has sufficient funds from other sources to meet those expenses.

2. The administrative expenses of the Authority shall be a first call upon the funds of the Authority. Except for the assessed contributions referred to in article 171, subparagraph (a), the funds which remain after payment of administrative expenses may, *inter alia:*

(a) be shared in accordance with article 140 and article 160, paragraph 2 (g);

(b) be used to provide the Enterprise with funds in accordance with article 170, paragraph 4;

(c) be used to compensate developing States in accordance with article 151, paragraph 10, and article 160, paragraph 2 (l).

Article 174

Borrowing power of the Authority

1. The Authority shall have the power to borrow funds.

2. The Assembly shall prescribe the limits on the borrowing power of the Authority in the financial regulations adopted pursuant to article 160, paragraph 2 (f).

3. The Council shall exercise the borrowing power of the Authority.

4. States Parties shall not be liable for the debts of the Authority.

Article 175

Annual audit

The records, books and accounts of the Authority, including its annual financial statements, shall be audited annually by an independent auditor appointed by the Assembly.

Subsection G

Legal status, privileges and immunities

Article 176

Legal status

The Authority shall have international legal personality and such legal capacity as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes.

Article 177

Privileges and immunities

To enable the Authority to exercise its functions, it shall enjoy in the territory of

Article 173

Dépenses de l'Autorité

1. Les contributions visées à l'article 171, lettre a), sont versées à un compte spécial et servent à couvrir les dépenses d'administration de l'Autorité jusqu'au moment où celle-ci dispose, à cette fin, de recettes suffisantes provenant d'autres sources.

2. Les ressources financières de l'Autorité servent d'abord à régler les dépenses d'administration. A l'exception des contributions visées à l'article 171, lettre a), les fonds qui restent après paiement de ces dépenses peuvent notamment:

a) être partagés conformément à l'article 140 et à l'article 160, paragraphe 2, lettre g);

b) servir à doter l'Entreprise des ressources financières visées à l'article 170, paragraphe 4;

c) servir à dédommager les Etats en développement conformément à l'article 151, paragraphe 10, et à l'article 160, paragraphe 2, lettre l).

Article 174

Capacité de l'Autorité de contracter des emprunts

1. L'Autorité a la capacité de contracter des emprunts.

2. L'Assemblée fixe les limites de cette capacité dans le règlement financier adopté en application de l'article 160, paragraphe 2, lettre f).

3. Le Conseil exerce cette capacité.

4. Les Etats Parties ne sont pas responsables des dettes de l'Autorité.

Article 175

Vérification annuelle des comptes

Les rapports, livres et comptes de l'Autorité, y compris ses états financiers annuels, sont vérifiés chaque année par un contrôleur indépendant, nommé par l'Assemblée.

Sous-Section G

Statut juridique, privilèges et immunités

Article 176

Statut juridique

L'Autorité possède la personnalité juridique internationale et a la capacité juridique qui lui est nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses buts.

Article 177

Privilèges et immunités

Pour pouvoir exercer ses fonctions, l'Autorité jouit, sur le territoire de chaque Etat

Artikel 173

Ausgaben der Behörde

(1) Die Beiträge nach Artikel 171 Buchstabe a werden auf ein Sonderkonto eingezahlt und dienen zur Bestreitung der Verwaltungskosten der Behörde, bis diese über ausreichende finanzielle Mittel aus anderen Quellen zur Bestreitung dieser Kosten verfügt.

(2) Aus den finanziellen Mitteln der Behörde werden zuerst die Kosten für die Verwaltung der Behörde bestritten. Mit Ausnahme der Beiträge nach Artikel 171 Buchstabe a können die nach Zahlung der Verwaltungskosten verbleibenden Mittel unter anderem

a) in Übereinstimmung mit Artikel 140 und Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe g verteilt werden;

b) zur Ausstattung des Unternehmens mit Mitteln in Übereinstimmung mit Artikel 170 Absatz 4 genutzt werden;

c) als Ausgleichszahlungen an Entwicklungsstaaten in Übereinstimmung mit Artikel 151 Absatz 10 und Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe l genutzt werden.

Artikel 174

Befugnis der Behörde zur Kreditaufnahme

(1) Die Behörde ist befugt, Kredite aufzunehmen.

(2) Die Versammlung legt die Grenzen für die Befugnis der Behörde zur Kreditaufnahme in den nach Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe f angenommenen Finanzvorschriften fest.

(3) Der Rat übt die Befugnis der Behörde zur Kreditaufnahme aus.

(4) Die Vertragsstaaten haften nicht für die Schulden der Behörde.

Artikel 175

Jährliche Rechnungsprüfung

Die Unterlagen, Bücher und Konten der Behörde, einschließlich ihrer Jahresabschlüsse, werden jedes Jahr von einem von der Versammlung bestellten unabhängigen Rechnungsprüfer geprüft.

Unterabschnitt G

Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten

Artikel 176

Rechtsstellung

Die Behörde besitzt Völkerrechtspersönlichkeit sowie die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich ist.

Artikel 177

Vorrechte und Immunitäten

Um der Behörde die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, werden ihr im

each State Party the privileges and immunities set forth in this subsection. The privileges and immunities relating to the Enterprise shall be those set forth in Annex IV, article 13.

Partie, des privilèges et immunités prévus dans la présente sous-section. Les privilèges et immunités relatifs à l'Entreprise sont prévus à l'article 13 de l'annexe IV.

Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats die in diesem Unterabschnitt vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten gewährt. Die Vorrechte und Immunitäten, die sich auf das Unternehmen beziehen, sind in Anlage IV Artikel 13 vorgesehen.

Article 178

Immunity from legal process

The Authority, its property and assets, shall enjoy immunity from legal process except to the extent that the Authority expressly waives this immunity in a particular case.

Article 178

Immunité de juridiction et d'exécution

L'Autorité, ainsi que ses biens et ses avoirs, jouissent de l'immunité de juridiction et d'exécution, sauf dans la mesure où l'Autorité y renonce expressément dans un cas particulier.

Artikel 178

Immunität von der Gerichtsbarkeit

Die Behörde, ihr Vermögen und ihre Guthaben genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit, sofern die Behörde nicht im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet.

Article 179

Immunity from search and any form of seizure

The property and assets of the Authority, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation or any other form of seizure by executive or legislative action.

Article 179

Exemption de perquisition et de toute autre forme de contrainte

Les biens et les avoirs de l'Autorité, où qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation et de toute autre forme de contrainte procédant d'une mesure du pouvoir exécutif ou du pouvoir législatif.

Artikel 179

Immunität von Durchsuchung und jeder sonstigen Form des Zugriffs

Das Vermögen und die Guthaben der Behörde, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form des Zugriffs durch vollziehende oder gesetzgeberische Maßnahmen entzogen.

Article 180

Exemption from restrictions, regulations, controls and moratoria

The property and assets of the Authority shall be exempt from restrictions, regulations, controls and moratoria of any nature.

Article 180

Exemption de tout contrôle, restriction, réglementation ou moratoire

Les biens et les avoirs de l'Autorité sont exempts de tout contrôle, de toute restriction ou réglementation et de tout moratoire.

Artikel 180

Befreiung von Beschränkungen, Vorschriften, Kontrollen und Moratorien

Das Vermögen und die Guthaben der Behörde sind von Beschränkungen, Vorschriften, Kontrollen und Moratorien jeder Art befreit.

Article 181

Archives and official communications of the Authority

1. The archives of the Authority, wherever located, shall be inviolable.

2. Proprietary data, industrial secrets or similar information and personnel records shall not be placed in archives which are open to public inspection.

3. With regard to its official communications, the Authority shall be accorded by each State Party treatment no less favourable than that accorded by that State to other international organizations.

Article 181

Archives et communications officielles de l'Autorité

1. Les archives de l'Autorité sont inviolables, où qu'elles se trouvent.

2. Les données qui sont propriété industrielle, les renseignements couverts par le secret industriel et les informations analogues, ainsi que les dossiers du personnel, ne doivent pas être conservés dans des archives accessibles au public.

3. Chaque Etat Partie accorde à l'Autorité, pour ses communications officielles, un traitement au moins aussi favorable que celui qu'il accorde aux autres organisations internationales.

Artikel 181

Archive und amtlicher Nachrichtenverkehr der Behörde

(1) Die Archive der Behörde sind unverletzlich, gleichviel wo sie sich befinden.

(2) Rechtlich geschützte Daten, Wirtschaftsgeheimnisse oder ähnliche Informationen sowie Personalakten dürfen nicht in Archiven aufbewahrt werden, die der Öffentlichkeit zugänglich sind.

(3) Jeder Vertragsstaat gewährt der Behörde für ihren amtlichen Nachrichtenverkehr keine weniger günstige Behandlung als diejenige, die er anderen internationalen Organisationen gewährt.

Article 182

Privileges and immunities of certain persons connected with the Authority

Representatives of States Parties attending meetings of the Assembly, the Council or organs of the Assembly or the Council, and the Secretary-General and staff of the Authority, shall enjoy in the territory of each State Party:

(a) immunity from legal process with respect to acts performed by them in the exercise of their functions, except to the extent that the State which they represent or the Authority, as appropriate, expressly waives this immunity in a particular case;

Article 182

Privilèges et immunités des personnes agissant dans le cadre de l'Autorité

Les représentants des Etats Parties qui assistent aux réunions de l'Assemblée, du Conseil ou des organes de l'Assemblée ou du Conseil, ainsi que le Secrétaire général et le personnel de l'Autorité, jouissent, sur le territoire de chaque Etat Partie:

a) de l'immunité de juridiction et d'exécution pour les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions, sauf dans la mesure où l'Etat qu'ils représentent ou l'Autorité, selon le cas, y renonce expressément dans un cas particulier;

Artikel 182

Vorrechte und Immunitäten bestimmter im Rahmen der Behörde tätiger Personen

Die Vertreter der Vertragsstaaten, die an Sitzungen der Versammlung, des Rates oder der Organe der Versammlung oder des Rates teilnehmen, sowie der Generalsekretär und das Personal der Behörde genießen im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats

a) Immunität von der Gerichtsbarkeit für die in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen, sofern nicht der Staat, den sie vertreten, oder gegebenenfalls die Behörde im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet;

(b) if they are not nationals of that State Party, the same exemptions from immigration restrictions, alien registration requirements and national service obligations, the same facilities as regards exchange restrictions and the same treatment in respect of travelling facilities as are accorded by that State to the representatives, officials and employees of comparable rank of other States Parties.

Article 183

Exemption from taxes and customs duties

1. Within the scope of its official activities, the Authority, its assets and property, its income, and its operations and transactions, authorized by this Convention, shall be exempt from all direct taxation and goods imported or exported for its official use shall be exempt from all customs duties. The Authority shall not claim exemption from taxes which are no more than charges for services rendered.

2. When purchases of goods or services of substantial value necessary for the official activities of the Authority are made by or on behalf of the Authority, and when the price of such goods or services includes taxes or duties, appropriate measures shall, to the extent practicable, be taken by States Parties to grant exemption from such taxes or duties or provide for their reimbursement. Goods imported or purchased under an exemption provided for in this article shall not be sold or otherwise disposed of in the territory of the State Party which granted the exemption, except under conditions agreed with that State Party.

3. No tax shall be levied by States Parties on or in respect of salaries and emoluments paid or any other form of payment made by the Authority to the Secretary-General and staff of the Authority, as well as experts performing missions for the Authority, who are not their nationals.

Subsection H

Suspension of the exercise of rights and privileges of members

Article 184

Suspension of the exercise of voting rights

A State Party which is in arrears in the payment of its financial contributions to the Authority shall have no vote if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of

b) des mêmes exemptions que celles accordées par l'Etat sur le territoire duquel ils se trouvent aux représentants, fonctionnaires et employés de rang comparable des autres Etats Parties en ce qui concerne les conditions d' immigration, les formalités d'enregistrement des étrangers et les obligations de service national, ainsi que des mêmes facilités relatives à la réglementation des changes et aux déplacements, à moins qu'il ne s'agisse de ressortissants de l'Etat concerné.

Article 183

Exemption d'impôts ou taxes et de droits de douane

1. L'Autorité, dans l'exercice de ses fonctions, ainsi que ses biens, avoirs et revenus, de même que ses activités et transactions autorisées par la Convention, sont exempts de tout impôt direct, et les biens qu'elle importe ou exporte pour son usage officiel sont exempts de tous droits de douane. L'Autorité ne peut demander aucune exemption de droits perçus en rémunération de services rendus.

2. Si des achats de biens ou de services d'une valeur substantielle, nécessaires à l'exercice des fonctions de l'Autorité, sont effectués par elle ou pour son compte et si le prix de ces biens ou services inclut des impôts, taxes ou droits, les Etats Parties prennent, autant que possible, les mesures appropriées pour accorder l'exemption de ces impôts, taxes ou droits ou pour en assurer le remboursement. Les biens importés ou achetés sous le régime d'exemption prévu au présent article ne doivent être ni vendus ni aliénés d'une autre manière sur le territoire de l'Etat Partie qui a accordé l'exemption, à moins que ce ne soit à des conditions convenues avec cet Etat.

3. Les Etats Parties ne perçoivent aucun impôt prenant directement ou indirectement pour base les traitements, émoluments et autres sommes versés par l'Autorité au Secrétaire général et aux membres du personnel de l'Autorité, ainsi qu'aux experts qui accomplissent des missions pour l'Autorité, à moins qu'ils ne soient leurs ressortissants.

Sous-Section H

Suspension de l'exercice des droits et privilèges des membres

Article 184

Suspension du droit de vote

Un Etat Partie en retard dans le paiement de ses contributions à l'Autorité ne peut participer aux votes si le montant de ses arriérés est égal ou supérieur aux contribu-

b) sofern sie nicht Angehörige des betreffenden Vertragsstaats sind, die gleiche Befreiung von Einreisebeschränkungen, von der Ausländermeldepflicht und von den Verpflichtungen zur nationalen Dienstleistung sowie die gleichen Erleichterungen in bezug auf Devisenbeschränkungen und die gleiche Behandlung im Hinblick auf Reiseerleichterungen, wie sie der betreffende Vertragsstaat den Vertretern, Beamten und Angestellten vergleichbaren Ranges anderer Vertragsstaaten gewährt.

Artikel 183

Befreiung von Steuern und Zöllen

(1) Im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit sind die Behörde, ihre Guthaben, ihr Vermögen, ihre Einkünfte und ihre nach diesem Übereinkommen zugelassenen Operationen und Transaktionen von jeder direkten Steuer befreit; die für ihren amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Güter sind von allen Zöllen befreit. Die Behörde beansprucht keine Befreiung von Steuern, bei denen es sich lediglich um eine Vergütung für Dienstleistungen handelt.

(2) Werden von oder im Namen der Behörde Güter oder Dienstleistungen von beträchtlichem Wert erworben, die für die amtliche Tätigkeit der Behörde erforderlich sind, und schließt der Preis solcher Güter oder Dienstleistungen Steuern oder sonstige Abgaben ein, so ergreifen die Vertragsstaaten, soweit durchführbar, geeignete Maßnahmen, um eine Befreiung von diesen Steuern oder sonstigen Abgaben zu gewähren oder für ihre Erstattung zu sorgen. Güter, die im Rahmen einer in diesem Artikel vorgesehenen Befreiung eingeführt oder erworben werden, dürfen im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, der die Befreiung gewährt hat, weder verkauft noch anderweitig veräußert werden, es sei denn zu Bedingungen, die mit diesem Vertragsstaat vereinbart worden sind.

(3) Die Vertragsstaaten erheben keine Steuern, die sich auf Gehälter und andere Bezüge oder sonstige Zahlungen seitens der Behörde an den Generalsekretär und das Personal der Behörde sowie an Aufträge der Behörde ausführende Fachleute beziehen, sofern es sich nicht um ihre Staatsangehörigen handelt.

Unterabschnitt H

Suspendierung der Ausübung von Rechten und Vorrechten der Mitglieder

Artikel 184

Suspendierung der Ausübung des Stimmrechts

Ein Vertragsstaat, der mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge an die Behörde im Rückstand ist, hat kein Stimmrecht, wenn seine Rückstände die Höhe seiner für

the contributions due from it for the preceding two full years. The Assembly may, nevertheless, permit such a member to vote if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the member.

tions dues par lui pour les deux années complètes écoulées. L'Assemblée peut néanmoins autoriser cet Etat à participer aux votes si elle constate que le manquement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

die beiden vorangegangenen vollen Jahre fälligen Beiträge erreichen oder übersteigen. Die Versammlung kann jedoch einem solchen Mitglied die Teilnahme an Abstimmungen gestatten, wenn sie davon überzeugt ist, daß das Versäumnis auf Umstände zurückzuführen ist, auf die das Mitglied keinen Einfluß hat.

Article 185

Suspension of exercise of rights and privileges of membership

1. A State Party which has grossly and persistently violated the provisions of this Part may be suspended from the exercise of the rights and privileges of membership by the Assembly upon the recommendation of the Council.

2. No action may be taken under paragraph 1 until the Sea-Bed Disputes Chamber has found that a State Party has grossly and persistently violated the provisions of this Part.

Article 185

Suspension de l'exercice des droits et privilèges inhérents à la qualité de membre

1. Un Etat Partie qui a enfreint gravement et de façon persistante la présente partie peut, sur recommandation du Conseil, être suspendu de l'exercice des droits et privilèges inhérents à la qualité de membre par l'Assemblée.

2. Aucune décision ne peut être prise en vertu du paragraphe 1 tant que la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins n'a pas constaté que l'Etat Partie en cause a enfreint gravement et de façon persistante la présente partie.

Artikel 185

Suspendierung der Ausübung von Rechten und Vorrechten aus der Mitgliedschaft

(1) Ein Vertragsstaat, der gegen die Bestimmungen dieses Teiles grob und beharrlich verstößt, kann auf Empfehlung des Rates durch die Versammlung von der Ausübung der Rechte und Vorrechte aus seiner Mitgliedschaft suspendiert werden.

(2) Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen nicht ergriffen werden, solange die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten nicht festgestellt hat, daß ein Vertragsstaat gegen die Bestimmungen dieses Teiles grob und beharrlich verstoßen hat.

Section 5

Settlement of disputes and advisory opinions

Section 5

Règlement des différends et avis consultatifs

Abschnitt 5

Beteiligung von Streitigkeiten und Gutachten

Article 186

Sea-Bed Disputes Chamber of the International Tribunal for the Law of the Sea

The establishment of the Sea-Bed Disputes Chamber and the manner in which it shall exercise its jurisdiction shall be governed by the provisions of this section, of Part XV and of Annex VI.

Article 186

Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins du Tribunal international du droit de la mer

La présente section, la partie XV et l'annexe VI régissent la constitution de la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins et la manière dont elle exerce sa compétence.

Artikel 186

Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten des Internationalen Seegerichtshofs

Die Bildung der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten und die Art der Wahrnehmung ihrer Zuständigkeit sind in diesem Abschnitt, in Teil XV und in Anlage VI geregelt.

Article 187

Jurisdiction of the Sea-Bed Disputes Chamber

The Sea-Bed Disputes Chamber shall have jurisdiction under this Part and the Annexes relating thereto in disputes with respect to activities in the Area falling within the following categories:

(a) disputes between States Parties concerning the interpretation or application of this Part and the Annexes relating thereto;

(b) disputes between a State Party and the Authority concerning:

(i) acts or omissions of the Authority or of a State Party alleged to be in violation of this Part or the Annexes relating thereto or of rules, regulations and procedures of the Authority adopted in accordance therewith; or

Article 187

Compétence de la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins

La Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins a compétence, en vertu de la présente partie et des annexes qui s'y rapportent, pour connaître des catégories suivantes de différends portant sur des activités menées dans la Zone:

a) différends entre Etats Parties relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente partie et des annexes qui s'y rapportent;

b) différends entre un Etat Partie et l'Autorité relatifs à:

i) des actes ou omissions de l'Autorité ou d'un Etat Partie dont il est allégué qu'ils contreviennent aux dispositions de la présente partie ou des annexes qui s'y rapportent ou à des règles, règlements ou procédures adoptés par l'Autorité conformément à ces dispositions; ou

Artikel 187

Zuständigkeit der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten

Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten ist nach diesem Teil und den sich darauf beziehenden Anlagen für folgende Kategorien von Streitigkeiten zuständig, die Tätigkeiten im Gebiet betreffen:

a) Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Teiles und der sich darauf beziehenden Anlagen;

b) Streitigkeiten zwischen einem Vertragsstaat und der Behörde über

i) Handlungen oder Unterlassungen der Behörde oder eines Vertragsstaats, von denen behauptet wird, daß sie einen Verstoß gegen diesen Teil, die sich darauf beziehenden Anlagen oder die in Übereinstimmung damit angenommenen Regeln, Vorschriften oder Verfahren der Behörde darstellen, oder

(ii) acts of the Authority alleged to be in excess of jurisdiction or a misuse of power;

(c) disputes between parties to a contract, being States Parties, the Authority or the Enterprise, state enterprises and natural or juridical persons referred to in article 153, paragraph 2 (b), concerning:

(i) the interpretation or application of a relevant contract or a plan of work; or

(ii) acts or omissions of a party to the contract relating to activities in the Area and directed to the other party or directly affecting its legitimate interests;

(d) disputes between the Authority and a prospective contractor who has been sponsored by a State as provided in article 153, paragraph 2 (b), and has duly fulfilled the conditions referred to in Annex III, article 4, paragraph 6, and article 13, paragraph 2, concerning the refusal of a contract or a legal issue arising in the negotiation of the contract;

(e) disputes between the Authority and a State Party, a state enterprise or a natural or juridical person sponsored by a State Party as provided for in article 153, paragraph 2 (b), where it is alleged that the Authority has incurred liability as provided in Annex III, article 22;

(f) any other disputes for which the jurisdiction of the Chamber is specifically provided in this Convention.

Article 188

Submission of disputes to a special chamber of the International Tribunal for the Law of the Sea or an ad hoc chamber of the Sea-Bed Disputes Chamber or to binding commercial arbitration

1. Disputes between States Parties referred to in article 187, subparagraph (a), may be submitted:

(a) at the request of the parties to the dispute, to a special chamber of the International Tribunal for the Law of the Sea to be formed in accordance with Annex VI, articles 15 and 17; or

(b) at the request of any party to the dispute, to an ad hoc chamber of the Sea-Bed Disputes Chamber to be formed in accordance with Annex VI, article 36.

2. (a) Disputes concerning the interpretation or application of a contract referred to in article 187, subparagraph (c) (i), shall be submitted, at the request of any party to the dispute, to binding commercial arbitration,

ii) des actes de l'Autorité dont il est allégué qu'ils excèdent sa compétence ou constituent un détournement de pouvoir;

c) différends entre parties à un contrat, qu'il s'agisse d'Etats Parties, de l'Autorité ou de l'Entreprise, ou d'entreprises d'Etat ou de personnes physiques ou morales visées à l'article 153, paragraphe 2, lettre b), relatifs à:

i) l'interprétation ou l'exécution d'un contrat ou d'un plan de travail; ou

ii) des actes ou omissions d'une partie au contrat concernant des activités menées dans la Zone et affectant l'autre partie ou portant directement atteinte à ses intérêts légitimes;

d) différends entre l'Autorité et un demandeur qui est patronné par un Etat conformément à l'article 153, paragraphe 2, lettre b), et qui a satisfait aux conditions stipulées à l'article 4, paragraphe 6, et à l'article 13, paragraphe 2, de l'annexe III, relatifs à un refus de contracter ou à une question juridique surgissant lors de la négociation du contrat;

e) différends entre l'Autorité et un Etat Partie, une entreprise d'Etat ou une personne physique ou morale patronnée par un Etat Partie conformément à l'article 153, paragraphe 2, lettre b), lorsqu'il est allégué que la responsabilité de l'Autorité est engagée en vertu de l'article 22 de l'annexe III;

f) tout autre différend pour lequel la compétence de la Chambre est expressément prévue par la Convention.

Article 188

Soumission des différends à une chambre spéciale du Tribunal international du droit de la mer ou à une chambre ad hoc de la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins ou à un arbitrage commercial obligatoire

1. Les différends entre Etats Parties visés à l'article 187, lettre a), peuvent être soumis:

a) à une chambre spéciale du Tribunal international du droit de la mer constituée conformément aux articles 15 et 17 de l'annexe VI, à la demande des parties au différend; ou

b) à une chambre ad hoc de la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins constituée conformément à l'article 36 de l'annexe VI, à la demande de toute partie au différend.

2. a) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application d'un contrat visés à l'article 187, lettre c), i), sont soumis, à la demande de toute partie au différend, à un arbitrage commercial obligatoire, à moins

ii) Handlungen der Behörde, von denen behauptet wird, daß sie deren Zuständigkeit überschreiten oder einen Mißbrauch ihrer Befugnisse darstellen;

c) Streitigkeiten zwischen Parteien eines Vertrags, die Vertragsstaaten sind, der Behörde oder dem Unternehmen, staatlichen Unternehmen und natürlichen oder juristischen Personen nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b über

i) die Auslegung oder Anwendung eines entsprechenden Vertrags oder eines Arbeitsplans oder

ii) Handlungen oder Unterlassungen einer Partei des Vertrags, die sich auf Tätigkeiten im Gebiet beziehen und gegen die andere Partei gerichtet sind oder deren berechtigte Interessen unmittelbar berühren;

d) Streitigkeiten zwischen der Behörde und einem künftigen Vertragsnehmer, den ein Staat nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b befürwortet und der die Bedingungen der Anlage III Artikel 4 Absatz 6 und Artikel 13 Absatz 2 ordnungsgemäß erfüllt hat, über die Ablehnung eines Vertrags oder eine bei der Aushandlung des Vertrags auftretende Rechtsfrage;

e) Streitigkeiten zwischen der Behörde und einem Vertragsstaat, einem staatlichen Unternehmen oder einer natürlichen oder juristischen Person, die nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b von einem Vertragsstaat befürwortet wird, wenn behauptet wird, daß die Behörde nach Anlage III Artikel 22 haftet;

f) jede sonstige Streitigkeit, für die in diesem Übereinkommen die Zuständigkeit der Kammer ausdrücklich vorgesehen ist.

Artikel 188

Verweisung von Streitigkeiten an eine Sonderkammer des Internationalen Seegerichtshofs, eine Ad-hoc-Kammer der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten oder Unterwerfung unter ein bindendes Handelsschiedsverfahren

(1) Die in Artikel 187 Buchstabe a genannten Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten können unterbreitet werden

a) auf Antrag der Streitparteien einer in Übereinstimmung mit Anlage VI Artikel 15 und 17 zu bildenden Sonderkammer des Internationalen Seegerichtshofs oder

b) auf Antrag einer Streitpartei einer in Übereinstimmung mit Anlage VI Artikel 36 zu bildenden Adhoc-Kammer der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten.

(2) a) Die in Artikel 187 Buchstabe c Ziffer i genannten Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung eines Vertrags werden auf Antrag einer Streitpartei einem bindenden Handelsschiedsverfahren un-

unless the parties otherwise agree. A commercial arbitral tribunal to which the dispute is submitted shall have no jurisdiction to decide any question of interpretation of this Convention. When the dispute also involves a question of the interpretation of Part XI and the Annexes relating thereto, with respect to activities in the Area, that question shall be referred to the Sea-Bed Disputes Chamber for a ruling.

(b) If, at the commencement of or in the course of such arbitration, the arbitral tribunal determines, either at the request of any party to the dispute or *proprio motu*, that its decision depends upon a ruling of the Sea-Bed Disputes Chamber, the arbitral tribunal shall refer such question to the Sea-Bed Disputes Chamber for such ruling. The arbitral tribunal shall then proceed to render its award in conformity with the ruling of the Sea-Bed Disputes Chamber.

(c) In the absence of a provision in the contract on the arbitration procedure to be applied in the dispute, the arbitration shall be conducted in accordance with the UNCITRAL Arbitration Rules or such other arbitration rules as may be prescribed in the rules, regulations and procedures of the Authority, unless the parties to the dispute otherwise agree.

que les parties au différend n'en conviennent autrement. Le tribunal arbitral commercial saisi d'un tel différend n'a pas compétence pour se prononcer sur un point d'interprétation de la Convention. Si le différend comporte un point d'interprétation de la partie XI et des annexes qui s'y rapportent au sujet des activités menées dans la Zone, ce point est renvoyé pour décision à la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins.

b) Si, au début ou au cours d'une telle procédure d'arbitrage, le tribunal arbitral commercial, agissant à la demande de l'une des parties au différend ou d'office, constate que sa décision est subordonnée à une décision de la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins, il renvoie ce point à la Chambre pour décision. Le tribunal arbitral rend ensuite sa sentence conformément à la décision de la Chambre.

c) En l'absence, dans le contrat, d'une disposition sur la procédure arbitrale applicable au différend, l'arbitrage se déroule, à moins que les parties n'en conviennent autrement, conformément au Règlement d'arbitrage de la CNUDCI ou à tout autre règlement d'arbitrage qui pourrait être prévu dans les règles, règlements et procédures de l'Autorité.

terworfen, sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren. Ein Handelsschiedsgericht, dem eine solche Streitigkeit unterbreitet wird, ist für die Entscheidung über Fragen der Auslegung dieses Übereinkommens nicht zuständig. Ist mit dieser Streitigkeit auch eine Frage über die Auslegung des Teiles XI und der sich darauf beziehenden Anlagen verbunden, die Tätigkeiten im Gebiet betrifft, so wird diese Frage an die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten zur Entscheidung verwiesen.

b) Stellt das Schiedsgericht zu Beginn oder im Verlauf des Schiedsverfahrens entweder auf Antrag einer Streitpartei oder von Amts wegen fest, daß seine Entscheidung von einer Entscheidung der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten abhängt, so verweist das Schiedsgericht diese Frage zur Entscheidung an die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten. Das Schiedsgericht fällt dann seinen Spruch nach Maßgabe der Entscheidung der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten.

c) Enthält der Vertrag keine Bestimmung über das bei der Streitigkeit anzuwendende Schiedsverfahren, so wird, falls die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, das Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit der UNCITRAL-Schiedsordnung oder einer anderen Schiedsordnung durchgeführt, die in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde vorgeschrieben sein kann.

Article 189

Limitation on jurisdiction with regard to decisions of the Authority

The Sea-Bed Disputes Chamber shall have no jurisdiction with regard to the exercise by the Authority of its discretionary powers in accordance with this Part; in no case shall it substitute its discretion for that of the Authority. Without prejudice to article 191, in exercising its jurisdiction pursuant to article 187, the Sea-Bed Disputes Chamber shall not pronounce itself on the question of whether any rules, regulations and procedures of the Authority are in conformity with this Convention, nor declare invalid any such rules, regulations and procedures. Its jurisdiction in this regard shall be confined to deciding claims that the application of any rules, regulations and procedures of the Authority in individual cases would be in conflict with the contractual obligations of the parties to the dispute or their obligations under this Convention, claims concerning excess of jurisdiction or misuse of power, and to claims for damages to be paid or other remedy to be given to the party concerned for the failure of the other party to comply with its contractual obligations or its obligations under this Convention.

Article 189

Limitation de compétence en ce qui concerne les décisions de l'Autorité

La Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins n'a pas compétence pour se prononcer sur l'exercice par l'Autorité, conformément à la présente partie, de ses pouvoirs discrétionnaires; elle ne peut en aucun cas se substituer à l'Autorité dans l'exercice des pouvoirs discrétionnaires de celle-ci. Sans préjudice de l'article 191, lorsqu'elle exerce la compétence qui lui est reconnue en vertu de l'article 187, la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins ne se prononce pas sur la question de savoir si une règle, un règlement ou une procédure de l'Autorité est conforme à la Convention et ne peut déclarer nul cette règle, ce règlement ou cette procédure. Sa compétence se limite à établir si l'application de règles, règlements ou procédures de l'Autorité dans des cas particuliers serait en conflit avec les obligations contractuelles des parties au différend ou les obligations qui leur incombent en vertu de la Convention et à connaître des recours pour incompétence ou détournement de pouvoir, ainsi que des demandes de dommages-intérêts et autres demandes de réparation introduites par l'une des parties contre l'autre pour manquement de celle-ci à ses obligations contractuelles ou aux obligations qui lui incombent en vertu de la Convention.

Artikel 189

Begrenzung der Zuständigkeit hinsichtlich der Beschlüsse der Behörde

Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten ist nicht zuständig in bezug auf die Ausübung der Ermessensbefugnisse durch die Behörde in Übereinstimmung mit diesem Teil; sie darf keinesfalls das Ermessen der Behörde durch ihr eigenes ersetzen. Unbeschadet des Artikels 191 äußert sich die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten bei der Ausübung ihrer Zuständigkeit nach Artikel 187 nicht zu der Frage, ob Regeln, Vorschriften oder Verfahren der Behörde mit diesem Übereinkommen vereinbar sind, noch erklärt sie solche Regeln, Vorschriften oder Verfahren für ungültig. Ihre Zuständigkeit in dieser Hinsicht beschränkt sich auf die Entscheidung der Frage, ob die Anwendung von Regeln, Vorschriften oder Verfahren der Behörde im Einzelfall den vertraglichen Verpflichtungen der Streitparteien oder ihren Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen widerspricht, der Frage eines Überschreitens der Zuständigkeit oder eines Mißbrauchs von Befugnissen sowie von Forderungen auf Schadenersatz oder sonstige Ersatzleistung, die der betroffenen Partei wegen Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen der anderen Partei oder deren Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu gewähren ist.

Article 190

Participation and appearance of sponsoring States Parties in proceedings

1. If a natural or juridical person is a party to a dispute referred to in article 187, the sponsoring State shall be given notice thereof and shall have the right to participate in the proceedings by submitting written or oral statements.

2. If an action is brought against a State Party by a natural or juridical person sponsored by another State Party in a dispute referred to in article 187, subparagraph (c), the respondent State may request the State sponsoring that person to appear in the proceedings on behalf of that person. Failing such appearance, the respondent State may arrange to be represented by a juridical person of its nationality.

Article 190

Participation à la procédure et comparution des Etats Parties ayant accordé leur patronage

1. L'Etat Partie qui patronne une personne physique ou morale partie à un différend visé à l'article 187 reçoit notification du différend et a le droit de participer à la procédure en présentant des observations écrites ou orales.

2. Lorsqu'une action est intentée contre un Etat Partie par une personne physique ou morale patronnée par un autre Etat Partie pour un différend visé à l'article 187, lettre c), l'Etat défendeur peut demander à l'Etat qui patronne cette personne de comparaître au nom de celle-ci. A défaut de comparaître, l'Etat défendeur peut se faire représenter par une personne morale possédant sa nationalité.

Artikel 190

Teilnahme und Auftreten der befürwortenden Vertragsstaaten in Verfahren

(1) Ist eine natürliche oder juristische Person Partei einer in Artikel 187 genannten Streitigkeit, so wird der sie befürwortende Staat davon unterrichtet und ist berechtigt, an dem Verfahren durch Abgabe schriftlicher oder mündlicher Erklärungen teilzunehmen.

(2) Wird in einer in Artikel 187 Buchstabe c genannten Streitigkeit von einer natürlichen oder juristischen Person, die von einem Vertragsstaat befürwortet wird, gegen einen anderen Vertragsstaat Klage erhoben, so kann der beklagte Staat den diese Person befürwortenden Staat ersuchen, im Namen dieser Person im Verfahren aufzutreten. Tritt jener Staat nicht in dem Verfahren auf, so kann sich der beklagte Staat durch eine juristische Person seiner Staatszugehörigkeit vertreten lassen.

Article 191

Advisory opinions

The Sea-Bed Disputes Chamber shall give advisory opinions at the request of the Assembly or the Council on legal questions arising within the scope of their activities. Such opinions shall be given as a matter of urgency.

Article 191

Avis consultatifs

La Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins donne des avis consultatifs, à la demande de l'Assemblée ou du Conseil, sur les questions juridiques qui se posent dans le cadre de leur activité. Ces avis sont donnés dans les plus brefs délais.

Artikel 191

Gutachten

Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten gibt auf Antrag der Versammlung oder des Rates Gutachten zu Rechtsfragen ab, die sich aus dem Tätigkeitsbereich dieser Organe ergeben. Diese Gutachten werden so schnell wie möglich abgegeben.

Part XII

Protection and preservation of the marine environment

Section 1

General provisions

Article 192

General obligation

States have the obligation to protect and preserve the marine environment.

Article 193

Sovereign right of States to exploit their natural resources

States have the sovereign right to exploit their natural resources pursuant to their environmental policies and in accordance with their duty to protect and preserve the marine environment.

Article 194

Measures to prevent, reduce and control pollution of the marine environment

1. States shall take, individually or jointly as appropriate, all measures consistent with this Convention that are necessary to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from any source, using for this purpose the best practicable means

Partie XII

Protection et préservation du milieu marin

Section 1

Dispositions générales

Article 192

Obligation d'ordre général

Les Etats ont l'obligation de protégeret de préserver le milieu marin.

Article 193

Droit souverain des Etats d'exploiter leurs ressources naturelles

Les Etats ont le droit souverain d'exploiter leurs ressources naturelles selon leur politique en matière d'environnement et conformément à leur obligation de protéger et de préserver le milieu marin.

Article 194

Mesures visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin

1. Les Etats prennent, séparément ou conjointement selon qu'il convient, toutes les mesures compatibles avec la Convention qui sont nécessaires pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin, quelle qu'en soit la source; ils mettent

Teil XII

Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 192

Allgemeine Verpflichtung

Die Staaten sind verpflichtet, die Meeresumwelt zu schützen und zu bewahren.

Artikel 193

Souveränes Recht der Staaten auf Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen

Die Staaten haben das souveräne Recht, ihre natürlichen Ressourcen im Rahmen ihrer Umweltpolitik und in Übereinstimmung mit ihrer Pflicht zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt auszubeuten.

Artikel 194

Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt

(1) Die Staaten ergreifen, je nach den Umständen einzeln oder gemeinsam, alle mit diesem Übereinkommen übereinstimmenden Maßnahmen, die notwendig sind, um die Verschmutzung der Meeresumwelt ungeachtet ihrer Ursache zu verhüten, zu

at their disposal and in accordance with their capabilities, and they shall endeavour to harmonize their policies in this connection.

2. States shall take all measures necessary to ensure that activities under their jurisdiction or control are so conducted as not to cause damage by pollution to other States and their environment, and that pollution arising from incidents or activities under their jurisdiction or control does not spread beyond the areas where they exercise sovereign rights in accordance with this Convention.

3. The measures taken pursuant to this Part shall deal with all sources of pollution of the marine environment. These measures shall include, inter alia, those designed to minimize to the fullest possible extent:

(a) the release of toxic, harmful or noxious substances, especially those which are persistent, from land-based sources, from or through the atmosphere or by dumping;

(b) pollution from vessels, in particular measures for preventing accidents and dealing with emergencies, ensuring the safety of operations at sea, preventing intentional and unintentional discharges, and regulating the design, construction, equipment, operation and manning of vessels;

(c) pollution from installations and devices used in exploration or exploitation of the natural resources of the sea-bed and subsoil, in particular measures for preventing accidents and dealing with emergencies, ensuring the safety of operations at sea, and regulating the design, construction, equipment, operation and manning of such installations or devices;

(d) pollution from other installations and devices operating in the marine environment, in particular measures for preventing accidents and dealing with emergencies, ensuring the safety of operations at sea, and regulating the design, construction, equipment, operation and manning of such installations or devices.

4. In taking measures to prevent, reduce or control pollution of the marine environment, States shall refrain from unjustifiable interference with activities carried out by other States in the exercise of their rights and in pursuance of their duties in conformity with this Convention.

en oeuvre à cette fin les moyens les mieux adaptés dont ils disposent, en fonction de leurs capacités, et ils s'efforcent d'harmoniser leurs politiques à cet égard.

2. Les Etats prennent toutes les mesures nécessaires pour que les activités relevant de leur juridiction ou de leur contrôle le soient de manière à ne pas causer de préjudice par pollution à d'autres Etats et à leur environnement et pour que la pollution résultant d'incidents ou d'activités relevant de leur juridiction ou de leur contrôle ne s'étendre pas au-delà des zones où ils exercent dres droits souverains conformément à la Convention.

3. Les mesures prises en application de la présente partie doivent viser toutes les sources de pollution du milieu marin. Elles comprennent notamment les mesures tendant à limiter autant que possible:

a) l'évacuation de substances toxiques, nuisibles ou nocives, en particulier de substances non dégradables, à partir de sources telluriques, depuis ou à travers l'atmosphère ou par immersion;

b) la pollution par les navires, en particulier les mesures visant à prévenir les accidents et à faire face aux cas d'urgence, à assurer la sécurité des opérations en mer, à prévenir les rejets, qu'ils soient intentionnels ou non, et à réglementer la conception, la construction, l'armement et l'exploitation des navires;

c) la pollution provenant des installations ou engins utilisés pour l'exploration ou l'exploitation des ressources naturelles des fonds marins et de leur sous-sol, en particulier les mesures visant à prévenir les accidents et à faire face aux cas d'urgence, à assurer la sécurité des opérations en mer et à réglementer la conception, la construction, l'équipement, l'exploitation de ces installations ou engins et la composition du personnel qui y est affecté;

d) la pollution provenant des autres installations ou engins qui fonctionnent dans le milieu marin, en particulier les mesures visant à prévenir les accidents et à faire face aux cas d'urgence, à assurer la sécurité des opérations en mer et à réglementer la conception, la construction, l'équipement, l'exploitation de ces installations ou engins et la composition du personnel qui y est affecté.

4. Lorsqu'ils prennent des mesures pour prévenir, réduire ou maîtriser la pollution du milieu marin, les Etats s'abstiennent de toute ingérence injustifiable dans les activités menées par d'autres Etats qui exercent leurs droits ou s'acquittent de leurs obligations conformément à la Convention.

verringern und zu überwachen; sie setzen zu diesem Zweck die geeignetsten ihnen zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend ihren Möglichkeiten ein und bemühen sich, ihre diesbezügliche Politik aufeinander abzustimmen.

(2) Die Staaten ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, damit die ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeiten so durchgeführt werden, daß anderen Staaten und ihrer Umwelt kein Schaden durch Verschmutzung zugefügt wird, und damit eine Verschmutzung als Folge von Ereignissen oder Tätigkeiten, die ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehen, sich nicht über die Gebiete hinaus ausbreitet, in denen sie in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen souveräne Rechte ausüben.

(3) Die nach diesem Teil ergriffenen Maßnahmen haben alle Ursachen der Verschmutzung der Meeresumwelt zu erfassen. Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem solche, die darauf gerichtet sind, soweit wie möglich auf ein Mindestmaß zu beschränken

a) das Freisetzen von giftigen oder schädlichen Stoffen oder von Schadstoffen, insbesondere von solchen, die beständig sind, vom Land aus, aus der Luft oder durch die Luft oder durch Einbringen;

b) die Verschmutzung durch Schiffe, insbesondere Maßnahmen, um Unfälle zu verhüten und Notfällen zu begegnen, die Sicherheit beim Einsatz auf See zu gewährleisten, absichtliches oder unabsichtliches Einleiten zu verhüten und den Entwurf, den Bau, die Ausrüstung, den Betrieb und die Bemannung von Schiffen zu regeln;

c) die Verschmutzung durch Anlagen und Geräte, die bei der Erforschung oder Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Meeresbodens und seines Untergrunds eingesetzt werden, insbesondere Maßnahmen, um Unfälle zu verhüten und Notfällen zu begegnen, die Sicherheit beim Einsatz auf See zu gewährleisten und den Entwurf, den Bau, die Ausrüstung, den Betrieb und die Besetzung solcher Anlagen oder Geräte zu regeln;

d) die Verschmutzung durch andere Anlagen und Geräte, die in der Meeresumwelt betrieben werden, insbesondere Maßnahmen, um Unfälle zu verhüten und Notfällen zu begegnen, die Sicherheit beim Einsatz auf See zu gewährleisten und den Entwurf, den Bau, die Ausrüstung, den Betrieb und die Besetzung solcher Anlagen oder Geräte zu regeln.

(4) Beim Ergreifen von Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung oder Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt enthalten sich die Staaten jedes ungerechtfertigten Eingriffs in Tätigkeiten, die andere Staaten in Ausübung ihrer Rechte und in Erfüllung ihrer Pflichten im Einklang mit diesem Übereinkommen durchführen.

5. The measures taken in accordance with this Part shall include those necessary to protect and preserve rare or fragile ecosystems as well as the habitat of depleted, threatened or endangered species and other forms of marine life.

5. Les mesures prises conformément à la présente partie comprennent les mesures nécessaires pour protéger et préserver les écosystèmes rares ou délicats ainsi que l'habitat des espèces et autres organismes marins en régression, menacés ou en voie d'extinction.

(5) Zu den in Übereinstimmung mit diesem Teil ergriffenen Maßnahmen gehören die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Bewahrung seltener oder empfindlicher Ökosysteme sowie des Lebensraums gefährdeter, bedrohter oder vom Aussterben bedrohter Arten und anderer Formen der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres.

Article 195

Duty not to transfer damage or hazards or transform one type of pollution into another

In taking measures to prevent, reduce and control pollution of the marine environment, States shall act so as not to transfer, directly or indirectly, damage or hazards from one area to another or transform one type of pollution into another.

Article 195

Obligation de ne pas déplacer le préjudice ou les risques et de ne pas remplacer un type de pollution par un autre

Lorsqu'ils prennent des mesures pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin, les Etats agissent de manière à ne pas déplacer, directement ou indirectement, le préjudice ou les risques d'une zone dans une autre et à ne pas remplacer un type de pollution par un autre.

Artikel 195

Verpflichtung, keine Schäden oder Gefahren zu verlagern und keine Art der Verschmutzung in eine andere umzuwandeln

Beim Ergreifen von Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt handeln die Staaten so, daß sie Schäden oder Gefahren weder unmittelbar noch mittelbar von einem Gebiet in ein anderes verlagern oder eine Art der Verschmutzung in eine andere umwandeln.

Article 196

Use of technologies or introduction of alien or new species

1. States shall take all measures necessary to prevent, reduce and control pollution of the marine environment resulting from the use of technologies under their jurisdiction or control, or the intentional or accidental introduction of species, alien or new, to a particular part of the marine environment, which may cause significant and harmful changes thereto.

2. This article does not affect the application of this Convention regarding the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment.

Article 196

Utilisation de techniques ou introduction d'espèces étrangères ou nouvelles

1. Les Etats prennent toutes les mesures nécessaires pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin résultant de l'utilisation de techniques dans le cadre de leur juridiction ou sous leur contrôle, ou l'introduction intentionnelle ou accidentelle en une partie du milieu marin d'espèces étrangères ou nouvelles pouvant y provoquer des changements considérables et nuisibles.

2. Le présent article n'affecte pas l'application des dispositions de la Convention relative aux mesures visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin.

Artikel 196

Anwendung von Technologien oder Zuführung fremder oder neuer Arten

(1) Die Staaten ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt, die sich aus der Anwendung von Technologien im Rahmen ihrer Hoheitsbefugnisse oder unter ihrer Kontrolle oder aus der absichtlichen oder zufälligen Zuführung fremder oder neuer Arten in einen bestimmten Teil der Meeresumwelt, die dort beträchtliche und schädliche Veränderungen hervorrufen können, ergibt.

(2) Dieser Artikel berührt nicht die Anwendung der Bestimmungen dieses Übereinkommens über die Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt.

Section 2

Global and regional co-operation

Article 197

Co-operation on a global or regional basis

States shall co-operate on a global basis and, as appropriate, on a regional basis, directly or through competent international organizations, in formulating and elaborating international rules, standards and recommended practices and procedures consistent with this Convention, for the protection and preservation of the marine environment, taking into account characteristic regional features.

Section 2

Coopération mondiale et régionale

Article 197

Coopération au plan mondial ou régional

Les Etats coopèrent au plan mondial et, le cas échéant, au plan régional, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, à la formulation et à l'élaboration de règles et de normes, ainsi que de pratiques et procédures recommandées de caractère international compatibles avec la Convention, pour protéger et préserver le milieu marin, compte tenu des particularités régionales.

Abschnitt 2

Weltweite und regionale Zusammenarbeit

Artikel 197

Zusammenarbeit auf weltweiter oder regionaler Ebene

Die Staaten arbeiten auf weltweiter und gegebenenfalls auf regionaler Ebene unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen bei der Abfassung und Ausarbeitung von mit diesem Übereinkommen übereinstimmenden internationalen Regeln, Normen und empfohlenen Gebräuchen und Verfahren zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt zusammen, wobei sie charakteristische regionale Eigenheiten berücksichtigen.

Article 198

Notification of imminent or actual damage

When a State becomes aware of cases in which the marine environment is in immin-

Article 198

Notification d'un risque imminent de dommage ou d'un dommage effectif

Tout Etat qui a connaissance de cas où le milieu marin est en danger imminent de

Artikel 198

Benachrichtigung über unmittelbar bevorstehende oder tatsächliche Schäden

Erhält ein Staat von Fällen Kenntnis, in denen die Meeresumwelt von Verschmut-

ent danger of being damaged or has been damaged by pollution, it shall immediately notify other States it deems likely to be affected by such damage, as well as the competent international organizations.

subir des dommages ou a subi des dommages du fait de la pollution, en informe immédiatement les autres Etats qu'il juge exposés à ces dommages ainsi que les organisations internationales compétentes.

zungsschäden unmittelbar bedroht ist oder solche Schäden erlitten hat, so benachrichtigt er sofort die anderen Staaten, die nach seinem Dafürhalten von diesen Schäden betroffen werden können, sowie die zuständigen internationalen Organisationen.

Article 199

Contingency plans against pollution

In the cases referred to in article 198, States in the area affected, in accordance with their capabilities, and the competent international organizations shall co-operate, to the extent possible, in eliminating the effects of pollution and preventing or minimizing the damage. To this end, States shall jointly develop and promote contingency plans for responding to pollution incidents in the marine environment.

Article 199

Plans d'urgence contre la pollution

Dans les cas visés à l'article 198, les Etats situés dans la zone affectée, selon leurs capacités, et les organisations internationales compétentes coopèrent, dans toute la mesure du possible, en vue d'éliminer les effets de la pollution et de prévenir ou réduire à un minimum les dommages. A cette fin, les Etats doivent élaborer et promouvoir conjointement des plans d'urgence pour faire face aux incidents entraînant la pollution du milieu marin.

Artikel 199

Notfallpläne gegen Verschmutzung

In den in Artikel 198 bezeichneten Fällen arbeiten die Staaten des betroffenen Gebiets entsprechend ihren Möglichkeiten und die zuständigen internationalen Organisationen soweit wie möglich zusammen, um die Auswirkungen der Verschmutzung zu beseitigen und Schäden zu verhüten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken. Zu diesem Zweck erarbeiten und fördern die Staaten gemeinsam Notfallpläne, um Verschmutzungsereignissen in der Meeresumwelt zu begegnen.

Article 200

Studies, research programmes and exchange of information and data

States shall co-operate, directly or through competent international organizations, for the purpose of promoting studies, undertaking programmes of scientific research and encouraging the exchange of information and data acquired about pollution of the marine environment. They shall endeavour to participate actively in regional and global programmes to acquire knowledge for the assessment of the nature and extent of pollution, exposure to it, and its pathways, risks and remedies.

Article 200

Etudes, programmes de recherche et échange de renseignements et de données

Les Etats coopèrent, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, en vue de promouvoir des études, entreprendre des programmes de recherche scientifique et encourager l'échange de renseignements et de données sur la pollution du milieu marin. Ils s'efforcent de participer activement aux programmes régionaux et mondiaux visant à l'acquisition des connaissances requises pour déterminer la nature et l'ampleur de la pollution, l'exposition à la pollution, les voies qu'elle emprunte, les risques qu'elle comporte et les remèdes possibles.

Artikel 200

Studien, Forschungsprogramme und Austausch von Informationen und Daten

Die Staaten arbeiten unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen zusammen, um Studien zu fördern, wissenschaftliche Forschungsprogramme durchzuführen und den Austausch der über die Verschmutzung der Meeresumwelt gewonnenen Informationen und Daten anzuregen. Sie bemühen sich, aktiv an regionalen und weltweiten Programmen teilzunehmen, um Kenntnisse zur Beurteilung von Art und Umfang der Verschmutzung, ihrer Angriffsstellen, Wege und Gefahren sowie von Möglichkeiten der Abhilfe zu gewinnen.

Article 201

Scientific criteria for regulations

In the light of the information and data acquired pursuant to article 200, States shall co-operate, directly or through competent international organizations, in establishing appropriate scientific criteria for the formulation and elaboration of rules, standards and recommended practices and procedures for the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment.

Article 201

Critères scientifiques pour l'élaboration de règlements

Compte tenu des renseignements et données recueillis en application de l'article 200, les Etats coopèrent, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, en vue d'établir des critères scientifiques appropriés pour la formulation et l'élaboration de règles et de normes, ainsi que de pratiques et procédures recommandées visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin.

Artikel 201

Wissenschaftliche Kriterien für die Ausarbeitung von Vorschriften

Unter Berücksichtigung der nach Artikel 200 gewonnenen Informationen und Daten arbeiten die Staaten unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen bei der Festlegung geeigneter wissenschaftlicher Kriterien für die Abfassung und Ausarbeitung von Regeln, Normen und empfohlenen Gebräuchen und Verfahren zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt zusammen.

Section 3

Technical assistance

Article 202

Scientific and technical assistance to developing States

States shall, directly or through competent international organizations:

(a) promote programmes of scientific, educational, technical and other as-

Section 3

Assistance technique

Article 202

Assistance aux Etats en développement dans les domaines de la science et de la technique

Les Etats, agissant directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, doivent:

a) promouvoir des programmes d'assistance aux Etats en développement dans les

Abschnitt 3

Technische Hilfe

Artikel 202

Wissenschaftliche und technische Hilfe an Entwicklungsstaaten

Die Staaten werden unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen

a) Programme für Hilfe an die Entwicklungsstaaten im Bereich der Wissen-

sistance to developing States for the protection and preservation of the marine environment and the prevention, reduction and control of marine pollution. Such assistance shall include, *inter alia:*

(i) training of their scientific and technical personnel;

(ii) facilitating their participation in relevant international programmes;

(iii) supplying them with necessary equipment and facilities;

(iv) enhancing their capacity to manufacture such equipment;

(v) advice on and developing facilities for research, monitoring, educational and other programmes;

(b) provide appropriate assistance, especially to developing States, for the minimization of the effects of major incidents which may cause serious pollution of the marine environment;

(c) provide appropriate assistance, especially to developing States, concerning the preparation of environmental assessments.

domaines de la science, de l'éducation, de la technique et dans d'autres domaines, en vue de protéger et de préserver le milieu marin et de prévenir, réduire et maîtriser la pollution marine. Cette assistance consiste notamment à:

i) former le personnel scientifique et technique de ces Etats;

ii) faciliter leur participation aux programmes internationaux pertinents;

iii) fournir à ces Etats le matériel et les facilités nécessaires;

iv) accroître leur capacité de fabriquer eux-mêmes ce matériel;

v) fournir les services consultatifs et développer les moyens matériels concernant les programmes de recherche, de surveillance continue, d'éducation et autres programmes;

b) fournir l'assistance appropriée, spécialement aux Etats en développement, pour aider ceux-ci à réduire à un minimum les effets des accidents majeurs risquant d'entraîner une pollution importante du milieu marin;

c) fournir l'assistance appropriée, spécialement aux Etats en développement, pour l'établissement d'évaluations écologiques.

schaft, des Bildungswesens, der Technik und in anderen Bereichen fördern, um die Meeresumwelt zu schützen und zu bewahren und die Meeresverschmutzung zu verhüten, zu verringern und zu überwachen. Diese Hilfe umfaßt unter anderem

i) die Ausbildung ihres wissenschaftlichen und technischen Personals;

ii) die Erleichterung ihrer Teilnahme an entsprechenden internationalen Programmen;

iii) ihre Belieferung mit den erforderlichen Ausrüstungen und Einrichtungen;

iv) die Verbesserung ihrer Fähigkeit zur Herstellung solcher Ausrüstungen;

v) die Beratung über Einrichtungen für Forschungs-, Überwachungs-, Bildungs- und andere Programme und die Entwicklung solcher Einrichtungen;

b) insbesondere Entwicklungsstaaten geeignete Hilfe leisten, um die Auswirkungen größerer Ereignisse, die eine starke Verschmutzung der Meeresumwelt hervorrufen können, auf ein Mindestmaß zu beschränken;

c) insbesondere Entwicklungsstaaten geeignete Hilfe bei der Ausarbeitung ökologischer Beurteilungen leisten.

Article 203

Preferential treatment for developing States

Developing States shall, for the purposes of prevention, reduction and control of pollution of the marine environment or minimization of its effects, be granted preference by international organizations in:

(a) the allocation of appropriate funds and technical assistance; and

(b) the utilization of their specialized services.

Article 203

Traitement préférentiel à l'intention des Etats en développement

En vue de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin ou de réduire à un minimum ses effets, les organisations internationales accordent un traitement préférentiel aux Etats en développement en ce qui concerne:

a) l'allocation de fonds et de moyens d'assistance technique appropriés; et

b) l'utilisation de leurs services spécialisés.

Artikel 203

Vorrangige Behandlung der Entwicklungsstaaten

Die Entwicklungsstaaten erhalten für die Zwecke der Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt oder der möglichst weitgehenden Einschränkung ihrer Auswirkungen eine vorrangige Behandlung durch internationale Organisationen

a) bei der Zuweisung entsprechender finanzieller Mittel und technischer Hilfe und

b) bei der Inanspruchnahme ihrer Sonderdienste.

Section 4

Monitoring and environmental assessment

Article 204

Monitoring of the risks or effects of pollution

1. States shall, consistent with the rights of other States, endeavour, as far as practicable, directly or through the competent international organizations, to observe, measure, evaluate and analyse, by recognized scientific methods, the risks or effects of pollution of the marine environment.

Section 4

Surveillance continue et évaluation écologique

Article 204

Surveillance continue des risques de pollution et des effets de la pollution

1. Les Etats s'efforcent, dans toute la mesure possible et d'une manière compatible avec les droits des autres Etats, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, d'observer, mesurer, évaluer et analyser, par des méthodes scientifiques reconnues, les risques de pollution du milieu marin ou les effets de cette pollution.

Abschnitt 4

Ständige Überwachung und ökologische Beurteilung

Artikel 204

Ständige Überwachung der Gefahren und der Auswirkungen der Verschmutzung

(1) Die Staaten bemühen sich, soweit möglich und im Einklang mit den Rechten anderer Staaten, unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen die Gefahren und Auswirkungen der Verschmutzung der Meeresumwelt mit anerkannten wissenschaftlichen Methoden zu beobachten, zu messen, zu beurteilen und zu analysieren.

2. In particular, States shall keep under surveillance the effects of any activities which they permit or in which they engage in order to determine whether these activities are likely to pollute the marine environment.

2. En particulier, ils surveillent constamment les effets de toutes les activités qu'ils autorisent ou auxquelles ils se livrent afin de déterminer si ces activités risquent de polluer le milieu marin.

(2) Insbesondere überwachen die Staaten ständig die Auswirkungen aller Tätigkeiten, die sie genehmigen oder selbst durchführen, um festzustellen, ob diese Tätigkeiten die Meeresumwelt verschmutzen können.

Article 205

Publication of reports

States shall publish reports of the results obtained pursuant to article 204 or provide such reports at appropriate intervals to the competent international organizations, which should make them available to all States.

Article 205

Publication de rapports

Les Etats publient des rapports sur les résultats obtenus en application de l'article 204 ou fournissent, à intervalles appropriés, de tels rapports aux organisations internationales compétentes, qui devront les mettre à la disposition de tous les autres Etats.

Artikel 205

Veröffentlichung von Berichten

Die Staaten veröffentlichen Berichte über die in Anwendung des Artikels 204 erzielten Ergebnisse oder stellen solche Berichte in angemessenen Zeitabständen den zuständigen internationalen Organisationen zur Verfügung; diese sollen sie allen Staaten zugänglich machen.

Article 206

Assessment of potential effects of activities

When States have reasonable grounds for believing that planned activities under their jurisdiction or control may cause substantial pollution of or significant and harmful changes to the marine environment, they shall, as far as practicable, assess the potential effects of such activities on the marine environment and shall communicate reports of the results of such assessments in the manner provided in article 205.

Article 206

Evaluation des effets potentiels des activités

Lorsque des Etats ont de sérieuses raisons de penser que des activités envisagées relevant de leur juridiction ou de leur contrôle risquent d'entraîner une pollution importante ou des modifications considérables et nuisibles du milieu marin, ils évaluent, dans la mesure du possible, les effets potentiels de ces activités sur ce milieu et rendent compte des résultats de ces évaluations de la manière prévue à l'article 205.

Artikel 206

Beurteilung möglicher Auswirkungen von Tätigkeiten

Haben Staaten begründeten Anlaß zu der Annahme, daß geplante, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeiten eine wesentliche Verschmutzung oder beträchtliche und schädliche Veränderungen der Meeresumwelt zur Folge haben können, so beurteilen sie soweit durchführbar die möglichen Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Meeresumwelt und berichten über die Ergebnisse dieser Beurteilungen in der in Artikel 205 vorgesehenen Weise.

Section 5

International rules and national legislation to prevent, reduce and control pollution of the marine environment

Section 5

Réglementaion internationale et droit interne visant a prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin

Abschnitt 5

Internationale Regeln und innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt

Article 207

Pollution from land-based sources

1. States shall adopt laws and regulations to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from land-based sources, including rivers, estuaries, pipelines and outfall structures, taking into account internationally agreed rules, standards and recommended practices and procedures.

2. States shall take other measures as may be necessary to prevent, reduce and control such pollution.

3. States shall endeavour to harmonize their policies in this connection at the appropriate regional level.

4. States, acting especially through competent international organizations or diplomatic conference, shall endeavour to establish global and regional rules, standards and recommended practices and procedures to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from land-based sources, taking into account charac-

Article 207

Pollution d'origine tellurique

1. Les Etats adoptent des lois et règlements pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin d'origine tellurique, y compris la pollution provenant des fleuves, rivières, estuaires, pipelines et installations de décharge, en tenant compte des règles et des normes, ainsi que des pratiques et procédures recommandées, internationalement convenues.

2. Les Etats prennent toutes autres mesures qui peuvent être nécessaires pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution.

3. Les Etats s'efforcent d'harmoniser leurs politiques à cet égard au niveau régional approprié.

4. Les Etats, agissant en particulier par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique, s'efforcent d'adopter au plan mondial et régional, des règles et des normes, ainsi que des pratiques et procédures recommandées pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution, en tenant compte

Artikel 207

Verschmutzung vom Land aus

(1) Die Staaten erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt vom Land aus, einschließlich der von Flüssen, Flußmündungen, Rohrleitungen und Ausflußanlagen ausgehenden Verschmutzung; dabei berücksichtigen sie international vereinbarte Regeln, Normen und empfohlene Gebräuche und Verfahren.

(2) Die Staaten ergreifen andere Maßnahmen, die zur Verhütung, Verringerung und Überwachung einer solchen Verschmutzung notwendig sein können.

(3) Die Staaten bemühen sich, ihre diesbezügliche Politik auf geeigneter regionaler Ebene aufeinander abzustimmen.

(4) Die Staaten bemühen sich, insbesondere im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz, weltweite und regionale Regeln, Normen und empfohlene Gebräuche und Verfahren zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt vom Land aus aufzu-

teristic regional features, the economic capacity of developing States and their need for economic development. Such rules, standards and recommended practices and procedures shall be reexamined from time to time as necessary.

5. Laws, regulations, measures, rules, standards and recommended practices and procedures referred to in paragraphs 1, 2 and 4 shall include those designed to minimize, to the fullest extent possible, the release of toxic, harmful or noxious substances, especially those which are persistent, into the marine environment.

des particularités régionales, de la capacité économique des Etats en développement et des exigences de leur développement économique. Ces règles et ces normes, ainsi que ces pratiques et procédures recommandées, sont réexaminées de temps à autre, selon qu'il est nécessaire.

5. Les lois, règlements et mesures, ainsi que les règles et les normes et les pratiques et procédures recommandées, visés aux paragraphes 1, 2 et 4, comprennent des mesures tendant à limiter autant que possible l'évacuation dans le milieu marin de substances toxiques, nuisibles ou nocives, en particulier de substances non dégradables.

stellen, wobei sie charakteristische regionale Eigenheiten, die Wirtschaftskraft der Entwicklungsstaaten und die Notwendigkeit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung berücksichtigen. Diese Regeln, Normen und empfohlenen Gebräuche und Verfahren werden nach Bedarf von Zeit zu Zeit überprüft.

(5) Zu den in den Absätzen 1, 2 und 4 genannten Gesetzen, sonstigen Vorschriften, Maßnahmen, Regeln, Normen und empfohlenen Gebräuchen und Verfahren gehören diejenigen, die darauf gerichtet sind, das Freisetzen von giftigen oder schädlichen Stoffen oder von Schadstoffen, insbesondere von solchen, die beständig sind, in die Meeresumwelt soweit wie möglich auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Article 208

Pollution from sea-bed activities subject to national jurisdiction

1. Coastal States shall adopt laws and regulations to prevent, reduce and control pollution of the marine environment arising from or in connection with sea-bed activities subject to their jurisdiction and from artificial islands, installations and structures under their jurisdiction, pursuant to articles 60 and 80.

2. States shall take other measures as may be necessary to prevent, reduce and control such pollution.

3. Such laws, regulations and measures shall be no less effective than international rules, standards and recommended practices and procedures.

4. States shall endeavour to harmonize their policies in this connection at the appropriate regional level.

5. States, acting especially through competent international organizations or diplomatic conference, shall establish global and regional rules, standards and recommended practices and procedures to prevent, reduce and control pollution of the marine environment referred to in paragraph 1. Such rules, standards and recommended practices and procedures shall be re-examined from time to time as necessary.

Article 208

Pollution résultant des activités relatives aux fonds marins relevant de la juridiction nationale

1. Les Etats côtiers adoptent des lois et règlements afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin qui résulte directement ou indirectement d'activités relatives aux fonds marins et relevant de leur juridiction ou qui provient d'îles artificielles, d'installations et d'ouvrages relevant de leur juridiction en vertu des articles 60 et 80.

2. Les Etats prennent toutes autres mesures qui peuvent être nécessaires pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution.

3. Ces lois, règlements et mesures ne doivent pas être moins efficaces que les règles et les normes internationales ou les pratiques et procédures recommandées de caractère international.

4. Les Etats s'efforcent d'harmoniser leurs politiques à cet égard au niveau régional approprié.

5. Les Etats, agissant en particulier par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique, adoptent au plan mondial et régional, des règles et des normes, ainsi que des pratiques et procédures recommandées, pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin visée au paragraphe 1. Ces règles et ces normes, ainsi que ces pratiques et procédures recommandées, sont réexaminées de temps à autre, selon qu'il est nécessaire.

Artikel 208

Verschmutzung durch Tätigkeiten auf dem Meeresboden, die unter nationale Hoheitsbefugnisse fallen

(1) Die Küstenstaaten erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt, die sich aus oder im Zusammenhang mit unter ihre Hoheitsbefugnisse fallenden Tätigkeiten auf dem Meeresboden ergibt oder von künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerken herrührt, die aufgrund der Artikel 60 und 80 unter ihre Hoheitsbefugnisse fallen.

(2) Die Staaten ergreifen andere Maßnahmen, die zur Verhütung, Verringerung und Überwachung einer solchen Verschmutzung notwendig sein können.

(3) Diese Gesetze, sonstigen Vorschriften und Maßnahmen dürfen nicht weniger wirkungsvoll sein als die internationalen Regeln, Normen und empfohlenen Gebräuche und Verfahren.

(4) Die Staaten bemühen sich, ihre diesbezügliche Politik auf geeigneter regionaler Ebene aufeinander abzustimmen.

(5) Die Staaten stellen, insbesondere im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz, weltweite und regionale Regeln, Normen und empfohlene Gebräuche und Verfahren zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der in Absatz 1 genannten Verschmutzung der Meeresumwelt auf. Diese Regeln, Normen und empfohlenen Gebräuche und Verfahren werden nach Bedarf von Zeit zu Zeit überprüft.

Article 209

Pollution from activities in the Area

1. International rules, regulations and procedures shall be established in accordance with Part XI to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from activities in the Area. Such rules, regulations and procedures shall be re-examined from time to time as necessary.

Article 209

Pollution résultant d'activités menées dans la Zone

1. Les règles, règlements et procédures internationaux sont adoptés conformément à la partie XI pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin résultant d'activités menées dans la Zone. Ces règles, règlements et procédures sont réexaminés de temps à autre, selon qu'il est nécessaire.

Artikel 209

Verschmutzung durch Tätigkeiten im Gebiet

(1) Zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Tätigkeiten im Gebiet werden in Übereinstimmung mit Teil XI internationale Regeln, Vorschriften und Verfahren aufgestellt. Diese Regeln, Vorschriften und Verfahren werden nach Bedarf von Zeit zu Zeit überprüft.

2. Subject to the relevant provisions of this section, States shall adopt laws and regulations to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from activities in the Area undertaken by vessels, installations, structures and other devices flying their flag or of their registry or operating under their authority, as the case may be. The requirements of such laws and regulations shall be no less effective than the international rules, regulations and procedures referred to in paragraph 1.

2. Sous réserve des dispositions pertinentes de la présente section, les Etats adoptent des lois et règlements pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin résultant d'activités menées dans la Zone par des navires ou à partir d'installations, ouvrages où autres engins, battant leur pavillon, immatriculés sur leur territoire ou relevant de leur autorité, selon le cas; ces lois et règlements ne doivent pas être moins efficaces que les règles, règlements et procédures internationaux visés au paragraphe 1.

(2) Vorbehaltlich der einschlägigen Bestimmungen dieses Abschnitts erlassen die Staaten Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Tätigkeiten im Gebiet, die von Schiffen oder mittels Anlagen, Bauwerken und anderen Geräten durchgeführt werden, die ihre Flagge führen, in ihr Register eingetragen sind oder mit ihrer Genehmigung betrieben werden. Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften dürfen nicht weniger wirkungsvoll sein als die in Absatz 1 genannten internationalen Regeln, Vorschriften und Verfahren.

Article 210

Pollution by dumping

1. States shall adopt laws and regulations to prevent, reduce and control pollution of the marine environment by dumping.

2. States shall take other measures as may be necessary to prevent, reduce and control such pollution.

3. Such laws, regulations and measures shall ensure that dumping is not carried out without the permission of the competent authorities of States.

4. States, acting especially through competent international organizations or diplomatic conference, shall endeavour to establish global and regional rules, standards and recommended practices and procedures to prevent, reduce and control such pollution. Such rules, standards and recommended practices and procedures shall be re-examined from time to time as necessary.

5. Dumping within the territorial sea and the exclusive economic zone or onto the continental shelf shall not be carried out without the express prior approval of the coastal State, which has the right to permit, regulate and control such dumping after due consideration of the matter with other States which by reason of their geographical situation may be adversely affected thereby.

6. National laws, regulations and measures shall be no less effective in preventing, reducing and controlling such pollution than the global rules and standards.

Article 210

Pollution par immersion

1. Les Etats adoptent des lois et règlements afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin par immersion.

2. Les Etats prennent toutes autres mesures qui peuvent être nécessaires pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution.

3. Ces lois, règlements et mesures garantissent que nulle immersion ne peut se faire sans l'autorisation des autorités compétentes des Etats.

4. Les Etats, agissant en particulier par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique, s'efforcent d'adopter au plan mondial et régional des règles et des normes, ainsi que des pratiques et procédures recommandées, pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution. Ces règles et ces normes, ainsi que ces pratiques et procédures recommandées, sont réexaminées de temps à autre, selon qu'il est nécessaire.

5. L'immersion dans la mer territoriale et la zone économique exclusive ou sur le plateau continental ne peut avoir lieu sans l'accord préalable exprès de l'Etat côtier; celui-ci a le droit d'autoriser, de réglementer et de contrôler cette immersion, après avoir dûment examiné la question avec les autres Etats pour lesquels, du fait de leur situation géographique, cette immersion peut avoir des effets préjudiciables.

6. Les lois et règlements nationaux ainsi que les mesures nationales ne doivent pas être moins efficaces pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution que les règles et normes de caractère mondial.

Artikel 210

Verschmutzung durch Einbringen

(1) Die Staaten erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Einbringen.

(2) Die Staaten ergreifen andere Maßnahmen, die zur Verhütung, Verringerung und Überwachung einer solchen Verschmutzung notwendig sein können.

(3) Diese Gesetze, sonstigen Vorschriften und Maßnahmen müssen sicherstellen, daß das Einbringen nicht ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden der Staaten erfolgt.

(4) Die Staaten bemühen sich, insbesondere im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz, weltweite und regionale Regeln, Normen und empfohlene Gebräuche und Verfahren zur Verhütung, Verringerung und Überwachung einer solchen Verschmutzung aufzustellen. Diese Regeln, Normen und empfohlenen Gebräuche und Verfahren werden nach Bedarf von Zeit zu Zeit überprüft.

(5) Das Einbringen innerhalb des Küstenmeers und der ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf dem Festlandsockel darf nicht ohne ausdrückliche vorherige Genehmigung des Küstenstaats erfolgen; dieser ist berechtigt, ein solches Einbringen nach angemessener Erörterung mit anderen Staaten, die wegen ihrer geographischen Lage dadurch Nachteile erleiden könnten, zu erlauben, zu regeln und zu überwachen.

(6) Die innerstaatlichen Gesetze, sonstigen Vorschriften und Maßnahmen dürfen bei der Verhütung, Verringerung und Überwachung dieser Verschmutzung nicht weniger wirkungsvoll sein als die weltweiten Regeln und Normen.

Article 211

Pollution from vessels

1. States, acting through the competent international organization or general diplomatic conference, shall establish international rules and standards to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from vessels and promote the adoption, in the same manner, wherever

Article 211

Pollution par les navires

1. Les Etats, agissant par l'intermédiaire de l'organisation internationale compétente ou d'une conférence diplomatique générale, adoptent des règles et normes internationales visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin par les navires et s'attachent à favoriser l'adoption, s'il y a lieu

Artikel 211

Verschmutzung durch Schiffe

(1) Die Staaten stellen im Rahmen der zuständigen internationalen Organisation oder einer allgemeinen diplomatischen Konferenz internationale Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Schiffe auf und fördern, wo es

appropriate, of routeing systems designed to minimize the threat of accidents which might cause pollution of the marine environment, including the coastline, and pollution damage to the related interests of coastal States. Such rules and standards shall, in the same manner, be re-examined from time to time as necessary.

de la même manière, de dispositifs de circulation des navires visant à réduire à un minimum le risque d'accidents susceptibles de polluer le milieu marin, y compris le littoral, et de porter atteinte de ce fait aux intérêts connexes des Etats côtiers. Ces règles et normes sont, de la même façon, réexaminées de temps à autre, selon qu'il est nécessaire.

angebracht ist in derselben Weise, die Annahme von Systemen der Schiffswegeführung, um die Gefahr von Unfällen, die eine Verschmutzung der Meeresumwelt, einschließlich der Küste, und eine Schädigung damit zusammenhängender Interessen der Küstenstaaten durch Verschmutzung verursachen könnten, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Diese Regeln und Normen werden in derselben Weise nach Bedarf von Zeit zu Zeit überprüft.

2. States shall adopt laws and regulations for the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment from vessels flying their flag or of their registry. Such laws and regulations shall at least have the same effect as that of generally accepted international rules and standards established through the competent international organization or general diplomatic conference.

2. Les Etats adoptent des lois et règlements pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin par les navires battant leur pavillon ou immatriculés par eux. Ces lois et règlements ne doivent pas être moins efficaces que les règles et normes internationales généralement acceptées, établies par l'intermédiaire de l'organisation internationale compétente ou d'une conférence diplomatique générale.

(2) Die Staaten erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Schiffe, die ihre Flagge führen oder in ihr Schiffsregister eingetragen sind. Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften dürfen nicht weniger wirkungsvoll sein als die allgemein anerkannten internationalen Regeln und Normen, die im Rahmen der zuständigen internationalen Organisation oder einer allgemeinen diplomatischen Konferenz aufgestellt worden sind.

3. States which establish particular requirements for the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment as a condition for the entry of foreign vessels into their ports or internal waters or for a call at their off-shore terminals shall give due publicity to such requirements and shall communicate them to the competent international organization. Whenever such requirements are established in identical form by two or more coastal States in an endeavour to harmonize policy, the communication shall indicate which States are participating in such co-operative arrangements. Every State shall require the master of a vessel flying its flag or of its registry, when navigating within the territorial sea of a State participating in such co-operative arrangements, to furnish, upon the request of that State, information as to whether it is proceeding to a State of the same region participating in such co-operative arrangements and, if so, to indicate whether it complies with the port entry requirements of that State. This article is without prejudice to the continued exercise by a vessel of its right of innocent passage or to the application of article 25, paragraph 2.

3. Les Etats qui, dans le but de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin, imposent aux navires étrangers des conditions particulières pour l'entrée dans leurs ports ou leurs eaux intérieures ou l'utilisation de leurs installations terminales au large, donnent la publicité voulue à ces conditions et les communiquent à l'organisation internationale compétente. Lorsque, en vue d'harmoniser la politique suivie en la matière, deux ou plusieurs Etats côtiers imposent de telles conditions sous une forme identique, il est indiqué dans la communication quels sont les Etats qui participent à de tels arrangements. Tout Etat exige du capitaine d'un navire battant son pavillon ou immatriculé par lui, lorsque ce navire se trouve dans la mer teiritoriale d'un Etat participant à ces arrangements conjoints, qu'il fournisse à la demande de cet Etat des renseignements indiquant s'il se dirige vers un Etat de la même région qui participe à ces arrangements et, dans l'affirmative, de préciser si le navire satisfait aux conditions imposées par cet Etat concernant l'entrée dans ses ports. Le présent article s'applique sans préjudice de la continuation de l'exercice par un navire de son droit de passage inoffensif ou de l'application de l'article 25, paragraphe 2.

(3) Staaten, die fremden Schiffen für das Einlaufen in ihre Häfen oder inneren Gewässer oder für das Anlegen an ihren vor der Küste liegenden Umschlagplätzen besondere Bedingungen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt auferlegen, machen diese ordnungsgemäß bekannt und teilen sie der zuständigen internationalen Organisation mit. Werden solche Bedingungen in gleichlautender Form von zwei oder mehr Küstenstaaten in dem Bestreben festgesetzt, ihre Politik aufeinander abzustimmen, so wird in der Mitteilung angegeben, welche Staaten an einer solchen gemeinsamen Regelung beteiligt sind. Jeder Staat verlangt von dem Kapitän eines seine Flagge führenden oder in sein Schiffsregister eingetragenen Schiffes, wenn es sich im Küstenmeer eines an der gemeinsamen Regelung beteiligten Staates befindet, daß er auf Ersuchen dieses Staates darüber Auskunft gibt, ob er zu einem Staat derselben Region weiterfährt, der an der gemeinsamen Regelung beteiligt ist, und, sofern dies zutrifft, angibt, ob das Schiff die von diesem Staat für das Einlaufen in seine Häfen festgelegten Bedingungen erfüllt. Dieser Artikel berührt nicht die fortgesetzte Ausübung des Rechts eines Schiffes auf friedliche Durchfahrt oder die Anwendung des Artikels 25 Absatz 2.

4. Coastal States may, in the exercise of their sovereignty within their territorial sea, adopt laws and regulations for the prevention, reduction and control of marine pollution from foreign vessels, including vessels exercising the right of innocent passage. Such laws and regulations shall, in accordance with Part II, section 3, not hamper innocent passage of foreign vessels.

4. Les Etats côtiers peuvent, dans l'exercice de leur souveraineté sur leur mer territoriale, adopter des lois et règlements pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin par les navires étrangers, y compris les navires exerçant le droit de passage inoffensif. Ces lois et règlements, conformément à la section 3 de la partie II, ne doivent pas entraver le passage inoffensif des navires étrangers.

(4) Die Küstenstaaten können in Ausübung ihrer Souveränität innerhalb ihres Küstenmeers Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Meeresverschmutzung durch fremde Schiffe, einschließlich der Schiffe, die das Recht der friedlichen Durchfahrt ausüben, erlassen. Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften dürfen in Übereinstimmung mit Teil II Abschnitt 3 die friedliche Durchfahrt fremder Schiffe nicht behindern.

5. Coastal States, for the purpose of enforcement as provided for in section 6, may in respect of their exclusive economic zones

5. Aux fins de la mise en application visée à la section 6, les Etats côtiers peuvent adopter pour leur zone économique exclu-

(5) Die Küstenstaaten können zum Zweck der Durchsetzung nach Abschnitt 6 für ihre ausschließlichen Wirtschaftszonen

adopt laws and regulations for the prevention, reduction and control of pollution from vessels conforming to and giving effect to generally accepted international rules and standards established through the competent international organization or general diplomatic conference.

6. (a) Where the international rules and standards referred to in paragraph 1 are inadequate to meet special circumstances and coastal States have reasonable grounds for believing that a particular, clearly defined area of their respective exclusive economic zones is an area where the adoption of special mandatory measures for the prevention of pollution from vessels is required for recognized technical reasons in relation to its oceanographical and ecological conditions, as well as its utilization or the protection of its resources and the particular character of its traffic, the coastal States, after appropriate consultations through the competent international organization with any other States concerned, may, for that area, direct a communication to that organization, submitting scientific and technical evidence in support and information on necessary reception facilities. Within 12 months after receiving such a communication, the organization shall determine whether the conditions in that area correspond to the requirements set out above. If the organization so determines, the coastal States may, for that area, adopt laws and regulations for the prevention, reduction and control of pollution from vessels implementing such international rules and standards or navigational practices as are made applicable, through the organization, for special areas. These laws and regulations shall not become applicable to foreign vessels until 15 months after the submission of the communication to the organization.

(b) The coastal States shall publish the limits of any such particular, clearly defined area.

(c) If the coastal States intend to adopt additional laws and regulations for the same area for the prevention, reduction and control of pollution from vessels, they shall, when submitting the aforesaid communication, at the same time notify the organization thereof. Such additional laws and regulations may relate to discharges or navigational practices but shall not require foreign vessels to observe design, construction, manning or equipment standards other than generally accepted international rules and standards; they shall become applicable to foreign vessels 15 months after the submission of the communication to the organization, provided that the organization agrees within 12 months after the submission of the

sive des lois et règlements visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires qui soient conformes et donnent effet aux règles et normes internationales généralement acceptées établies par l'intermédiaire de l'organisation internationale compétente ou d'une conférence diplomatique générale.

6. a) Lorsque les règles et normes internationales visées au paragraphe 1 ne permettent pas de faire face d'une manière adéquate à des situations particulières et qu'un Etat côtier est raisonnablement fondé à considérer qu'une zone particulière et clairement définie de sa zone économique exclusive requiert l'adoption de mesures obligatoires spéciales pour la prévention de la pollution par les navires, pour des raisons techniques reconnues tenant à ses caractéristiques océanographiques et écologiques, à son utilisation ou à la protection de ses ressources et au caractère particulier du trafic, cet Etat peut, après avoir tenu par l'intermédiaire de l'organisation internationale compétente les consultations appropriées avec tout Etat concerné, adresser à cette organisation une communication concernant la zone considérée en fournissant, à l'appui, des justifications scientifiques et techniques ainsi que des renseignements sur les installations de réception nécessaires. Dans un délai de 12 mois après réception de la communication, l'organisation décide si la situation dans la zone considérée répond aux conditions précitées. Si l'organisation décide qu'il en est ainsi, l'Etat côtier peut adopter pour cette zone des lois et règlements visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires qui donnent effet aux règles et normes ou pratiques de navigation internationales que l'organisation a rendues applicables aux zones spéciales. Ces lois et règlements ne deviennent applicables aux navires étrangers qu'à l'expiration d'un délai de 15 mois à compter de la date de la communication à l'organisation.

b) L'Etat côtier publie les limites de ces zones particulières et clairement définies.

c) Lorsqu'il fait la communication précitée, l'Etat côtier indique parallèlement à l'organisation s'il a l'intention d'adopter pour la zone qui en fait l'objet des lois et règlements supplémentaires visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires. Ces lois et règlements supplémentaires peuvent porter sur les rejets ou sur les pratiques de navigation, mais n'obligent pas les navires étrangers à respecter d'autres normes en matière de conception, de construction et d'armement que les règles et les normes internationales généralement acceptées; ils deviennent applicables aux navires étrangers à l'expiration d'un délai de 15 mois à compter de la date de la communication à l'organisation, sous réserve que

Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe erlassen, die den allgemein anerkannten internationalen, im Rahmen der zuständigen internationalen Organisation oder einer allgemeinen diplomatischen Konferenz aufgestellten Regeln und Normen entsprechen und diesen Wirksamkeit verleihen.

(6) a) Reichen die in Absatz 1 genannten internationalen Regeln und Normen nicht aus, um besonderen Umständen gerecht zu werden, und hat ein Küstenstaat begründeten Anlaß zu der Annahme, daß es in einem bestimmten, genau bezeichneten Gebiet seiner ausschließlichen Wirtschaftszone aus anerkannten technischen Gründen im Zusammenhang mit den ozeanographischen und ökologischen Verhältnissen dieses Gebiets, mit seiner Nutzung oder dem Schutz seiner Ressourcen und mit der besonderen Art des Verkehrs in diesem Gebiet erforderlich ist, besondere obligatorische Maßnahmen zur Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe zu ergreifen, so kann der Küstenstaat, nachdem er jeden anderen betroffenen Staat im Rahmen der zuständigen internationalen Organisation angemessen konsultiert hat, an diese Organisation eine Mitteilung über das betreffende Gebiet richten, in der er wissenschaftliche und technische Begründungen sowie Informationen über die notwendigen Auffanganlagen vorlegt. Innerhalb von 12 Monaten nach Empfang dieser Mitteilung entscheidet die Organisation, ob die Verhältnisse in dem Gebiet den obengenannten Erfordernissen entsprechen. Entscheidet die Organisation in diesem Sinne, so kann der Küstenstaat für dieses Gebiet zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe Gesetze und sonstige Vorschriften erlassen, die den von der Organisation für Sondergebiete zugelassenen internationalen Regeln und Normen oder Schiffahrtsgebräuchen Wirksamkeit verleihen. Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften werden auf fremde Schiffe erst nach Ablauf von 15 Monaten nach Vorlage der Mitteilung an die Organisation anwendbar.

b) Der Küstenstaat veröffentlicht die Grenzen jedes solchen bestimmten, genau bezeichneten Gebiets.

c) Beabsichtigt der Küstenstaat, für dasselbe Gebiet zusätzliche Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe zu erlassen, so setzt er die Organisation zugleich mit der obengenannten Mitteilung davon in Kenntnis. Diese zusätzlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften können sich auf das Einleiten oder auf Schiffahrtsgebräuche beziehen, dürfen jedoch fremde Schiffe nicht verpflichten, andere Normen betreffend Entwurf, Bau, Bemannung oder Ausrüstung zu beachten als die allgemein anerkannten internationalen Regeln und Normen; sie werden auf fremde Schiffe nach Ablauf von 15 Monaten nach Vorlage der Mitteilung an die Organisation

communication.

7. The international rules and standards referred to in this article should include inter alia those relating to prompt notification to coastal States, whose coastline or related interests may be affected by incidents, including maritime casualties, which involve discharges or probability of discharges.

Article 212

Pollution from or through the atmosphere

1. States shall adopt laws and regulations to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from or through the atmosphere, applicable to the airspace under their sovereignty and to vessels flying their flag or vessels or aircraft of their registry, taking into account internationally agreed rules, standards and recommended practices and procedures and the safety of air navigation.

2. States shall take other measures as may be necessary to prevent, reduce and control such pollution.

3. States, acting especially through competent international organizations or diplomatic conference, shall endeavour to establish global and regional rules, standards and recommended practices and procedures to prevent, reduce and control such pollution.

Section 6

Enforcement

Article 213

Enforcement with respect to pollution from land-based sources

States shall enforce their laws and regulations adopted in accordance with article 207 and shall adopt laws and regulations and take other measures necessary to implement applicable international rules and standards established through competent international organizations or diplomatic conference to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from land-based sources.

Article 214

Enforcement with respect to pollution from sea-bed activities

States shall enforce their laws and regulations adopted in accordance with article 208

7. Les règles et normes internationales visées dans le présent article devraient prévoir, entre autres, l'obligation de notifier sans délai aux Etats côtiers dont le littoral ou les intérêts connexes risquent d'être affectés les accidents de mer, notamment ceux qui entraînent ou risquent d'entraîner des rejets.

Article 212

Pollution d'origine atmosphérique ou transatmosphérique

1. Les Etats, afin de prévenir, réduire ou maîtriser la pollution du milieu marin d'origine atmosphérique ou transatmosphérique, adoptent des lois et règlements applicables à l'espace aérien où s'exerce leur souveraineté et aux navires battant leur pavillon ou aux navires ou aéronefs immatriculés par eux, en tenant compte des règles et des normes, ainsi que des pratiques et procédures recommandées, internationalement convenues, et de la sécurité de la navigation aérienne.

2. Les Etats prennent toutes autres mesures qui peuvent être nécessaires pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution.

3. Les Etats, agissant en particulier par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique, s'efforcent d'adopter sur le plan mondial et régional des règles et des normes, ainsi que des pratiques et procédures recommandées, pour prévenir, réduire et maîtriser cette pollution.

Section 6

Mise en application

Article 213

Mise en application de la réglementation relative à la pollution d'origine tellurique

Les Etats assurent l'application des lois et règlements adoptés conformément à l'article 207; ils adoptent les lois et règlements et prennent les autres mesures nécessaires pour donner effet aux règles et normes internationales applicables, établies par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique, afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin d'origine tellurique.

Article 214

Mise en application de la réglementation concernant la pollution résultant d'activités relatives aux fonds marins

Les Etats assurent l'application des lois et règlements adoptés conformément à l'arti-

anwendbar, sofern die Organisation ihnen innerhalb von 12 Monaten nach Vorlage der Mitteilung zustimmt.

(7) Die in diesem Artikel genannten internationalen Regeln und Normen sollen unter anderem die Verpflichtung vorsehen, die Küstenstaaten umgehend zu benachrichtigen, deren Küsten oder damit zusammenhängende Interessen möglicherweise durch Ereignisse einschließlich Seeunfälle beeinträchtigt werden, bei denen es zu einem Einleiten kommt oder kommen könnte.

Artikel 212

Verschmutzung aus der Luft oder durch die Luft

(1) Die Staaten erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt aus der Luft oder durch die Luft für den ihrer Souveränität unterstehenden Luftraum und für Schiffe, die ihre Flagge führen, oder für Schiffe oder Luftfahrzeuge, die in ihr Register eingetragen sind; dabei berücksichtigen sie international vereinbarte Regeln, Normen und empfohlene Gebräuche und Verfahren sowie die Sicherheit der Luftfahrt.

(2) Die Staaten ergreifen andere Maßnahmen, die zur Verhütung, Verringerung und Überwachung einer solchen Verschmutzung notwendig sein können.

(3) Die Staaten bemühen sich, insbesondere im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz, weltweite und regionale Regeln, Normen und empfohlene Gebräuche und Verfahren zur Verhütung, Verringerung und Überwachung einer solchen Verschmutzung aufzustellen.

Abschnitt 6

Durchsetzung

Artikel 213

Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung vom Land aus

Die Staaten setzen ihre in Übereinstimmung mit Artikel 207 erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften durch; sie erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften und ergreifen andere Maßnahmen, die zur Durchführung anwendbarer internationaler Regeln und Normen notwendig sind, welche im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt vom Land aus aufgestellt worden sind.

Artikel 214

Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung durch Tätigkeiten auf dem Meeresboden

Die Staaten setzen ihre in Übereinstimmung mit Artikel 208 erlassenen Gesetze

and shall adopt laws and regulations and take other measures necessary to implement applicable international rules and standards established through competent international organizations or diplomatic conference to prevent, reduce and control pollution of the marine environment arising from or in connection with sea-bed activities subject to their jurisdiction and from artificial islands, installations and structures under their jurisdiction, pursuant to articles 60 and 80.

cle 208; ils adoptent les lois et règlements et prennent les autres mesures nécessaires pour donner effet aux règles et normes internationales applicables, établies par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique, afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin qui résulte directement ou indirectement des activités relatives aux fonds marins et relevant de leur juridiction, ou qui provient d'îles artificielles, d'installations et d'ouvrages relevant de leur juridiction en vertu des articles 60 et 80.

und sonstigen Vorschriften durch; sie erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften und ergreifen andere Maßnahmen, die zur Durchführung anwendbarer internationaler Regeln und Normen notwendig sind, die im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt aufgestellt worden sind, welche sich aus oder im Zusammenhang mit unter ihre Hoheitsbefugnisse fallenden Tätigkeiten auf dem Meeresboden ergibt oder von künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerken herrührt, die aufgrund der Artikel 60 und 80 unter ihre Hoheitsbefugnisse fallen.

Article 215

Enforcement with respect to pollution from activities in the Area

Enforcement of international rules, regulations and procedures established in accordance with Part XI to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from activities in the Area shall be governed by that Part.

Article 215

Mise en application de la réglementation internationale relative à la pollution résultant d'activités menées dans la Zone

La mise en application des règles, règlements et procédures internationaux établis conformément à la partie XI pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin résultant d'activités menées dans la Zone est régie par cette partie.

Artikel 215

Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung durch Tätigkeiten im Gebiet

Die Durchsetzung der in Übereinstimmung mit Teil XI aufgestellten internationalen Regeln, Vorschriften und Verfahren zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Tätigkeiten im Gebiet ist in jenem Teil geregelt.

Article 216

Enforcement with respect to pollution by dumping

1. Laws and regulations adopted in accordance with this Convention and applicable international rules and standards established through competent international organizations or diplomatic conference for the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment by dumping shall be enforced:

(a) by the coastal State with regard to dumping within its territorial sea or its exclusive economic zone or onto its continental shelf;

(b) by the flag State with regard to vessels flying its flag or vessels or aircraft of its registry;

(c) by any State with regard to acts of loading of wastes or other matter occurring within its territory or at its off-shore terminals.

2. No State shall be obliged by virtue of this article to institute proceedings when another State has already instituted proceedings in accordance with this article.

Article 216

Mise en application de la réglementation relative à la pollution par immersion

1. Les lois et règlements adoptés en conformité avec la Convention et les règles et normes internationales applicables établies par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin par immersion sont mis en application par

a) l'Etat côtier, pour ce qui est de l'immersion dans les limites de sa mer territoriale ou de sa zone économique exclusive ou sur son plateau continental;

b) l'Etat du pavillon, pour ce qui est des navires battant son pavillon ou des navires ou aéronefs immatriculés par lui;

c) tout Etat, pour ce qui est du chargement de déchets ou autres matières sur son territoire ou à ses installations terminales au large.

2. Aucun Etat n'est tenu, en vertu du présent article, d'intenter une action lorsqu'une action a déjà été engagée par un autre Etat conformément à ce même article.

Artikel 216

Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung durch Einbringen

(1) Die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften und die im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz aufgestellten anwendbaren internationalen Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Einbringen werden durchgesetzt

a) vom Küstenstaat im Hinblick auf das Einbringen in seinem Küstenmeer, in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf seinem Festlandsockel;

b) vom Flaggenstaat im Hinblick auf Schiffe, die seine Flagge führen, oder Schiffe oder Luftfahrzeuge, die in sein Register eingetragen sind;

c) von jedem Staat im Hinblick auf das Laden von Abfällen oder sonstigen Stoffen in seinem Hoheitsgebiet oder auf seinen vor der Küste liegenden Umschlagplätzen.

(2) Kein Staat ist aufgrund dieses Artikels verpflichtet, ein Verfahren einzuleiten, wenn ein anderer Staat ein solches Verfahren in Übereinstimmung mit diesem Artikel bereits eingeleitet hat.

Article 217

Enforcement by flag States

1. States shall ensure compliance by vessels flying their flag or of their registry with applicable international rules and standards, established through the competent international organization or general diplo-

Article 217

Pouvoirs de l'Etat du pavillon

1. Les Etats veillent à ce que les navires battant leur pavillon ou immatriculés par eux respectent les règles et normes internationales applicables établies par l'intermédiaire de l'organisation internationale com-

Artikel 217

Durchsetzung durch Flaggenstaaten

(1) Die Staaten stellen sicher, daß die ihre Flagge führenden oder in ihr Schiffsregister eingetragenen Schiffe die anwendbaren internationalen Regeln und Normen, die im Rahmen der zuständigen internationalen

matic conference, and with their laws and regulations adopted in accordance with this Convention for the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment from vessels and shall accordingly adopt laws and regulations and take other measures necessary for their implementation. Flag States shall provide for the effective enforcement of such rules, standards, laws and regulations, irrespective of where a violation occurs.

pétente ou d'une conférence diplomatique générale, ainsi que les lois et règlements qu'ils ont adoptés conformément à la Convention afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin par les navires et ils adoptent les lois et règlements et prennent les mesures nécessaires pour leur donner effet. L'Etat du pavillon veille à ce que ces règles, normes, lois et règlements soient effectivement appliqués, quel que soit le lieu de l'infraction.

Organisation oder einer allgemeinen diplomatischen Konferenz aufgestellt worden sind, sowie die Gesetze und sonstigen Vorschriften einhalten, die sie in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erlassen haben, um die Verschmutzung der Meeresumwelt durch Schiffe zu verhüten, zu verringern und zu überwachen; demgemäß erlassen die Staaten Gesetze und sonstige Vorschriften und ergreifen die erforderlichen sonstigen Maßnahmen zu ihrer Durchführung. Die Flaggenstaaten sorgen dafür, daß diese Regeln, Normen, Gesetze und sonstigen Vorschriften wirksam durchgesetzt werden, unabhängig davon, wo ein Verstoß erfolgt.

2. States shall, in particular, take appropriate measures in order to ensure that vessels flying their flag or of their registry are prohibited from sailing, until they can proceed to sea in compliance with the requirements of the international rules and standards referred to in paragraph 1, including requirements in respect of design, construction, equipment and manning of vessels.

2. Les Etats prennent en particulier les mesures appropriées pour interdire aux navires battant leur pavillon ou immatriculés par eux d'appareiller tant qu'ils ne se sont pas conformés aux règles et normes internationales visées au paragraphe 1, y compris les dispositions concernant la conception, la construction et l'armement des navires.

(2) Die Staaten ergreifen insbesondere geeignete Maßnahmen, um Schiffen, die ihre Flagge führen oder in ihr Schiffsregister eingetragen sind, das Auslaufen so lange zu verbieten, bis sie unter Einhaltung der in Absatz 1 genannten internationalen Regeln und Normen, einschließlich der Bestimmungen über Entwurf, Bau, Ausrüstung und Bemannung der Schiffe, in See gehen können.

3. States shall ensure that vessels flying their flag or of their registry carry on board certificates required by and issued pursuant to international rules and standards referred to in paragraph 1. States shall ensure that vessels flying their flag are periodically inspected in order to verify that such certificates are in conformity with the actual condition of the vessels. These certificates shall be accepted by other States as evidence of the condition of the vessels and shall be regarded as having the same force as certificates issued by them, unless there are clear grounds for believing that the condition of the vessel does not correspond substantially with the particulars of the certificates.

3. Les Etats veillent à ce que les navires battant leur pavillon ou immatriculés par eux soient munis des certificats requis et délivrés en application des règles et normes internationales visées au paragraphe 1. Les Etats veillent à ce que les navires battant leur pavillon soient inspectés périodiquement pour vérifier que les mentions portées sur les certificats sont conformes à l'état effectif du navire. Les autres Etats acceptent ces certificats comme preuve de l'état du navire et leur reconnaissent la même force qu'à ceux qu'ils délivrent, à moins qu'il n'y ait de sérieuses raisons de penser que l'état du navire ne correspond pas, dans une mesure importante, aux mentions portées sur les certificats.

(3) Die Staaten stellen sicher, daß die ihre Flagge führenden oder in ihr Schiffsregister eingetragenen Schiffe Zeugnisse an Bord mitführen, die nach den in Absatz 1 genannten internationalen Regeln und Normen erforderlich sind und demgemäß ausgestellt wurden. Die Staaten stellen sicher, daß die ihre Flagge führenden Schiffe regelmäßig überprüft werden, um festzustellen, ob die Zeugnisse mit dem tatsächlichen Zustand des Schiffes übereinstimmen. Diese Zeugnisse werden von anderen Staaten als Nachweis für den Zustand des Schiffes anerkannt; sie messen ihnen die gleiche Gültigkeit wie den von ihnen selbst ausgestellten Zeugnissen bei, sofern nicht eindeutige Gründe für die Annahme bestehen, daß der Zustand des Schiffes in wesentlichen Punkten den Angaben der Zeugnisse nicht entspricht.

4. If a vessel commits a violation of rules and standards established through the competent international organization or general diplomatic conference, the flag State, without prejudice to articles 218, 220 and 228, shall provide for immediate investigation and where appropriate institute proceedings in respect of the alleged violation irrespective of where the violation occurred or where the pollution caused by such violation has occurred or has been spotted.

4. Si un navire commet une infraction aux règles et normes établies par l'intermédiaire de l'organisation internationale compétente ou d'une conférence diplomatique générale, l'Etat du pavillon, sans préjudice des articles 218, 220 et 228, fait immédiatement procéder à une enquête et, le cas échéant, intente une action pour l'infraction présumée, quel que soit le lieu de cette infraction ou l'endroit où la pollution en résultant s'est produite ou a été constatée.

(4) Verstößt ein Schiff gegen die im Rahmen der zuständigen internationalen Organisation oder einer allgemeinen diplomatischen Konferenz aufgestellten Regeln und Normen, so sorgt der Flaggenstaat unbeschadet der Artikel 218, 220 und 228 für eine sofortige Untersuchung; gegebenenfalls leitet er ein Verfahren betreffend den angeblichen Verstoß ein, unabhängig davon, wo dieser erfolgte oder wo die durch diesen Verstoß verursachte Verschmutzung eintrat oder festgestellt wurde.

5. Flag States conducting an investigation of the violation may request the assistance of any other State whose co-operation could be useful in clarifying the circumstances of the case. States shall endeavour to meet appropriate requests of flag States.

5. Lorsqu'il enquête sur l'infraction, l'Etat du pavillon peut demander l'assistance de tout autre Etat dont la coopération pourrait être utile pour élucider les circonstances de l'affaire, les Etats s'efforcent de répondre aux demandes appropriées de l'Etat du pavillon.

(5) Die Flaggenstaaten können für die Untersuchung des Verstoßes jeden anderen Staat, dessen Mitarbeit bei der Klärung der Umstände des Falles nützlich sein könnte, um Hilfe ersuchen. Die Staaten bemühen sich, entsprechenden Ersuchen der Flaggenstaaten nachzukommen.

6. States shall, at the written request of any State, investigate any violation alleged to have been committed by vessels flying their flag. If satisfied that sufficient evidence is available to enable proceedings to be brought in respect of the alleged violation,

6. Les Etats, sur demande écrite d'un Etat, enquêtent sur toute infraction qui aurait été commise par les navires battant leur pavillon. L'Etat du pavillon engage sans retard, conformément à son droit interne, des poursuites du chef de l'infraction présu-

(6) Die Staaten untersuchen auf schriftliches Ersuchen eines jeden Staates jeden Verstoß, der angeblich von ihre Flagge führenden Schiffen begangen wurde. Sind die Flaggenstaaten überzeugt, daß genügend Beweise für die Einleitung eines Verfahrens

flag States shall without delay institute such proceedings in accordance with their laws.

7. Flag States shall promptly inform the requesting State and the competent international organization of the action taken and its outcome. Such information shall be available to all States.

8. Penalties provided for by the laws and regulations of States for vessels flying their flag shall be adequate in severity to discourage violations wherever they occur.

Article 218

Enforcement by port States

1. When a vessel is voluntarily within a port or at an off-shore terminal of a State, that State may undertake investigations and, where the evidence so warrants, institute proceedings in respect of any discharge from that vessel outside the internal waters, territorial sea or exclusive economic zone of that State in violation of applicable international rules and standards established through the competent international organization or general diplomatic conference.

2. No proceedings pursuant to paragraph 1 shall be instituted in respect of a discharge violation in the internal waters, territorial sea or exclusive economic zone of another State unless requested by that State, the flag State, or a State damaged or threatened by the discharge violation, or unless the violation has caused or is likely to cause pollution in the internal waters, territorial sea or exclusive economic zone of the State instituting the proceedings.

3. When a vessel is voluntarily within a port or at an off-shore terminal of a State, that State shall, as far as practicable, comply with requests from any State for investigation of a discharge violation referred to in paragraph 1, believed to have occurred in, caused, or threatened damage to the internal waters, territorial sea or exclusive economic zone of the requesting State. It shall likewise, as far as practicable, comply with requests from the flag State for investigation of such a violation, irrespective of where the violation occurred.

4. The records of the investigation carried out by a port State pursuant to this article shall be transmitted upon request to the flag State or to the coastal State. Any proceedings instituted by the port State on the basis of such an investigation may, subject to

mée s'il est convaincu de disposer de preuves suffisantes pour ce faire.

7. L'Etat du pavillon informe sans délai l'Etat demandeur et l'organisation internationale compétente de l'action engagée et de ses résultats. Tous les Etats ont accès aux renseignements ainsi communiqués.

8. Les sanctions prévues par les lois et règlements des Etats à l'encontre des navires battant leur pavillon doivent être suffisamment rigoureuses pour décourager les infractions en quelque lieu que ce soit.

Article 218

Pouvoirs de l'Etat du port

1. Lorsqu'un navire se trouve volontairement dans un port ou à une installation terminale au large, l'Etat du port peut ouvrir une enquête et, lorsque les éléments de preuve le justifient, intenter une action pour tout rejet effectué au-delà de ses eaux intérieures, de sa mer territoriale ou de sa zone économique exclusive par le navire en infraction aux règles et normes internationales applicables établies par l'intermédiaire de l'organisation internationale compétente ou d'une conférence diplomatique générale.

2. L'Etat du port n'intente pas d'action en vertu du paragraphe 1 pour une infraction du fait de rejets effectués dans les eaux intérieures, la mer territoriale ou la zone économique exclusive d'un autre Etat, sauf si ces rejets ont entraîné ou risquent d'entraîner la pollution de ses eaux intérieures, de sa mer territoriale ou de sa zone économique exclusive, ou si l'autre Etat, l'Etat du pavillon ou un Etat qui a subi ou risque de subir des dommages du fait de ces rejets, le demande.

3. Lorsqu'un navire se trouve volontairement dans un port ou à une installation terminale au large, l'Etat du port s'efforce de faire droit aux demandes d'enquête de tout autre Etat au sujet de rejets susceptibles de constituer l'infraction visée au paragraphe 1 qui auraient été effectués dans les eaux intérieures, la mer territoriale ou la zone économique exclusive de l'Etat demandeur, et qui auraient pollué ou risqueraient de polluer ces zones. L'Etat du port s'efforce également de faire droit aux demandes d'enquête de l'Etat du pavillon au sujet de telles infractions, où que celles-ci puissent avoir été commises.

4. Le dossier de l'enquête effectuée par l'Etat du port en application du présent article est transmis, sur leur demande, à l'Etat du pavillon ou à l'Etat côtier. Toute action engagée par l'Etat du port sur la base de cette enquête peut, sous réserve de la sec-

wegen des angeblichen Verstoßes vorliegen, so leiten sie unverzüglich ein solches Verfahren in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen ein.

(7) Die Flaggenstaaten unterrichten den ersuchenden Staat und die zuständige internationale Organisation umgehend über die ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnis. Diese Auskünfte stehen allen Staaten zur Verfügung.

(8) Die Strafen, die in den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der Staaten für die ihre Flagge führenden Schiffe vorgesehen sind, müssen streng genug sein, um von Verstößen abzuschrecken, gleichviel wo diese erfolgen.

Artikel 218

Durchsetzung durch Hafenstaaten

(1) Befindet sich ein Schiff freiwillig in einem Hafen oder an einem vor der Küste liegenden Umschlagplatz eines Staates, so kann dieser Staat Untersuchungen durchführen und, wenn die Beweislage dies rechtfertigt, ein Verfahren wegen jedes Einleitens aus diesem Schiff außerhalb der inneren Gewässer, des Küstenmeers oder der ausschließlichen Wirtschaftszone dieses Staates eröffnen, wenn das Einleiten gegen die anwendbaren internationalen Regeln und Normen verstößt, die im Rahmen der zuständigen internationalen Organisation oder einer allgemeinen diplomatischen Konferenz aufgestellt worden sind.

(2) Ein Verfahren nach Absatz 1 darf nicht wegen eines Verstoßes durch Einleiten in den inneren Gewässern, dem Küstenmeer oder der ausschließlichen Wirtschaftszone eines anderen Staates eröffnet werden, sofern nicht dieser Staat, der Flaggenstaat oder ein durch einen Verstoß durch Einleiten geschädigter oder bedrohter Staat darum ersucht oder der Verstoß eine Verschmutzung in den inneren Gewässern, dem Küstenmeer oder der ausschließlichen Wirtschaftszone des das Verfahren eröffnenden Staates verursacht hat oder wahrscheinlich verursachen wird.

(3) Befindet sich ein Schiff freiwillig in einem Hafen oder an einem vor der Küste liegenden Umschlagplatz eines Staates, so entspricht dieser Staat nach Möglichkeit dem Ersuchen jedes anderen Staates, einen in Absatz 1 genannten Verstoß durch Einleiten zu untersuchen, von dem angenommen wird, daß er in den inneren Gewässern, dem Küstenmeer oder der ausschließlichen Wirtschaftszone des ersuchenden Staates erfolgt ist und diese Zonen schädigte oder zu schädigen drohte. Ebenso entspricht der Staat nach Möglichkeit dem Ersuchen des Flaggenstaats, einen solchen Verstoß unabhängig davon zu untersuchen, wo er erfolgte.

(4) Die Unterlagen über die von einem Hafenstaat nach diesem Artikel durchgeführte Untersuchung werden dem Flaggenstaat oder dem Küstenstaat auf Ersuchen übermittelt. Jedes Verfahren, das der Hafenstaat auf der Grundlage dieser Untersu-

section 7, be suspended at the request of the coastal State when the violation has occurred within its internal waters, territorial sea or exclusive economic zone. The evidence and records of the case, together with any bond or other financial security posted with the authorities of the port State, shall in that event be transmitted to the coastal State. Such transmittal shall preclude the continuation of proceedings in the port State.

tion 7, être suspendue à la demande de l'Etat côtier, lorsque l'infraction a été commise dans les eaux intérieures, la mer territoriale ou la zone économique exclusive de ce dernier. Les éléments de preuve, le dossier de l'affaire, ainsi que toute caution ou autre garantie financière déposée auprès des autorités de l'Etat du port, sont alors transmis à l'Etat côtier. Cette transmission exclut que l'action soit poursuivie dans l'Etat du port.

chung einleitet, kann vorbehaltlich des Abschnitts 7 auf Ersuchen des Küstenstaats ausgesetzt werden, wenn der Verstoß in seinen inneren Gewässern, seinem Küstenmeer oder seiner ausschließlichen Wirtschaftszone erfolgt ist. Das Beweismaterial, die Unterlagen des Falles sowie jede Kaution oder andere finanzielle Sicherheit, die bei den Behörden des Hafenstaats hinterlegt worden ist, werden dann dem Küstenstaat übermittelt. Diese Übermittlung schließt die Fortsetzung des Verfahrens im Hafenstaat aus.

Article 219

Measures relating to seaworthiness of vessels to avoid pollution

Subject to section 7, States which, upon request or on their own initiative, have ascertained that a vessel within one of their ports or at one of their off-shore terminals is in violation of applicable international rules and standards relating to seaworthiness of vessels and thereby threatens damage to the marine environment shall, as far as practicable, take administrative measures to prevent the vessel from sailing. Such States may permit the vessel to proceed only to the nearest appropriate repair yard and, upon removal of the causes of the violation, shall permit the vessel to continue immediately.

Article 219

Mesures de contrôle de la navigabilité visant à éviter la pollution

Sous réserve de la section 7, les Etats, lorsqu'ils ont déterminé, sur demande ou de leur propre initiative, qu'un navire se trouvant dans un de leurs ports ou à une de leurs installations terminales au large a enfreint les règles et normes internationales applicables concernant la navigabilité des navires et risque de ce fait de causer des dommages au milieu marin, prennent, autant que faire se peut, des mesures administratives pour empêcher ce navire d'appareiller. Ils ne l'autorisent qu'à se rendre au chantier de réparation approprié le plus proche et, une fois éliminées les causes de l'infraction, ils lui permettent de poursuivre sa route sans délai.

Artikel 219

Maßnahmen betreffend die Seetüchtigkeit von Schiffen zur Vermeidung von Verschmutzung

Vorbehaltlich des Abschnitts 7 ergreifen Staaten, die auf Ersuchen oder von sich aus festgestellt haben, daß ein Schiff in einem ihrer Häfen oder an einem ihrer vor der Küste liegenden Umschlagplätze gegen anwendbare internationale Regeln und Normen über die Seetüchtigkeit der Schiffe verstößt und dadurch die Meeresumwelt zu schädigen droht, nach Möglichkeit Verwaltungsmaßnahmen, um das Schiff am Auslaufen zu hindern. Diese Staaten können dem Schiff lediglich das Anlaufen der nächstgelegenen geeigneten Reparaturwerft erlauben; sobald die Ursachen des Verstoßes behoben sind, gestatten sie dem Schiff, seine Fahrt sogleich fortzusetzen.

Article 220

Enforcement by coastal States

1. When a vessel is voluntarily within a port or at an off-shore terminal of a State, that State may, subject to section 7, institute proceedings in respect of any violation of its laws and regulations adopted in accordance with this Convention or applicable international rules and standards for the prevention, reduction and control of pollution from vessels when the violation has occurred within the territorial sea or the exclusive economic zone of that State.

Article 220

Pouvoirs de l'Etat côtier

1. Lorsqu'un navire se trouve volontairement dans un port ou à une installation terminale au large, l'Etat du port peut, sous réserve de la section 7, intenter une action pour toute infraction aux lois et règlements qu'il a adoptés conformément à la Convention ou aux règles et normes internationales applicables visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires, si l'infraction a été commise dans sa mer territoriale ou sa zone économique exclusive.

Artikel 220

Durchsetzung durch Küstenstaaten

(1) Befindet sich ein Schiff freiwillig in einem Hafen oder an einem vor der Küste liegenden Umschlagplatz eines Staates, so kann dieser Staat vorbehaltlich des Abschnitts 7 ein Verfahren wegen jedes Verstoßes gegen seine in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften oder anwendbare internationale Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe einleiten, wenn der Verstoß im Küstenmeer oder in der ausschließlichen Wirtschaftszone dieses Staates erfolgt ist.

2. Where there are clear grounds for believing that a vessel navigating in the territorial sea of a State has, during its passage therein, violated laws and regulations of that State adopted in accordance with this Convention or applicable international rules and standards for the prevention, reduction and control of pollution from vessels, that State, without prejudice to the application of the relevant provisions of Part II, section 3, may undertake physical inspection of the vessel relating to the violation and may, where the evidence so warrants, institute proceedings, including detention of the vessel, in accordance with its laws, subject to the provisions of section 7.

2. Lorsqu'un Etat a de sérieuses raisons de penser qu'un navire naviguant dans sa mer territoriale a enfreint, lors de son passage, des lois et règlements qu'il a adoptés en conformité de la Convention ou des règles et normes internationales applicables visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires, il peut procéder, sans préjudice de l'application des dispositions pertinentes de la section 3 de la partie II, à l'inspection matérielle du navire pour établir l'infraction et, lorsque les éléments de preuve le justifient, intenter une action et notamment ordonner l'immobilisation du navire conformément à son droit interne, sous réserve de la section 7.

(2) Bestehen eindeutige Gründe für die Annahme, daß ein im Küstenmeer eines Staates fahrendes Schiff während seiner Durchfahrt durch das Küstenmeer gegen die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften dieses Staates oder gegen anwendbare internationale Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe verstoßen hat, so kann dieser Staat unbeschadet der Anwendung der diesbezüglichen Bestimmungen des Teiles II Abschnitt 3 im Zusammenhang mit dem Verstoß eine Überprüfung an Bord des Schiffes durchführen und, wenn die Beweislage dies rechtfertigt, in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht und vorbehaltlich des Abschnitts 7 ein Verfahren einleiten und insbesondere das Zurückhalten des Schiffes anordnen.

3. Where there are clear grounds for believing that a vessel navigating in the exclusive economic zone or the territorial sea of a State has, in the exclusive economic zone, committed a violation of applicable international rules and standards for the prevention, reduction and control of pollution from vessels or laws and regulations of that State conforming and giving effect to such rules and standards, that State may require the vessel to give information regarding its identity and port of registry, its last and its next port of call and other relevant information required to establish whether a violation has occurred.

3. Lorsqu'un Etat a de sérieuses raisons de penser qu'un navire naviguant dans sa zone économique exclusive ou sa mer territoriale a commis, dans la zone économique exclusive, une infraction aux règles et normes internationales applicables visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires ou aux lois et règlements qu'il a adoptés conformément à ces règles et normes internationales et leur donnant effet, cet Etat peut demander au navire de fournir des renseignements concernant son identité et son port d'immatriculation, son dernier et son prochain port d'escale et autres renseignements pertinents requis pour établir si une infraction a été commise.

(3) Bestehen eindeutige Gründe für die Annahme, daß ein in der ausschließlichen Wirtschaftszone oder im Küstenmeer eines Staates fahrendes Schiff in der ausschließlichen Wirtschaftszone gegen anwendbare internationale Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe oder gegen die solchen Regeln und Normen entsprechenden und ihnen Wirksamkeit verleihenden Gesetze und sonstigen Vorschriften dieses Staates verstoßen hat, so kann dieser Staat das Schiff auffordern, Angaben über seine Identität und seinen Registerhafen, seinen letzten und nächsten Anlaufhafen und andere sachdienliche Angaben zu machen, die erforderlich sind, um festzustellen, ob ein Verstoß erfolgt ist.

4. States shall adopt laws and regulations and take other measures so that vessels flying their flag comply with requests for information pursuant to paragraph 3.

4. Les Etats adoptent les lois et règlements et prennent les mesures nécessaires pour que les navires battant leur pavillon fassent droit aux demandes de renseignements visées au paragraphe 3.

(4) Die Staaten erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften und ergreifen andere Maßnahmen, damit ihre Flagge führende Schiffe den Ersuchen um Angaben nach Absatz 3 entsprechen.

5. Where there are clear grounds for believing that a vessel navigating in the exclusive economic zone or the territorial sea of a State has, in the exclusive economic zone, committed a violation referred to in paragraph 3 resulting in a substantial discharge causing or threatening significant pollution of the marine environment, that State may undertake physical inspection of the vessel for matters relating to the violation if the vessel has refused to give information or if the information supplied by the vessel is manifestly at variance with the evident factual situation and if the circumstances of the case justify such inspection.

5. Lorsqu'un Etat a de sérieuses raisons de penser qu'un navire naviguant dans sa zone économique exclusive ou sa mer territoriale a commis, dans la zone économique exclusive, une infraction visée au paragraphe 3 entraînant des rejets importants dans le milieu marin qui ont causé ou risquent d'y causer une pollution notable, il peut procéder à l'inspection matérielle du navire pour déterminer s'il y a eu infraction, si le navire a refusé de donner des renseignements ou si les renseignements fournis sont en contradiction flagrante avec les faits, et si les circonstances de l'affaire justifient cette inspection.

(5) Bestehen eindeutige Gründe für die Annahme, daß ein in der ausschließlichen Wirtschaftszone oder im Küstenmeer eines Staates fahrendes Schiff in der ausschließlichen Wirtschaftszone einen in Absatz 3 genannten Verstoß begangen hat, der zu einem beträchtlichen Einleiten führt, das eine erhebliche Verschmutzung der Meeresumwelt verursacht oder zu verursachen droht, so kann dieser Staat, um festzustellen, ob ein Verstoß vorliegt, eine Überprüfung an Bord des Schiffes durchführen, wenn sich das Schiff geweigert hat, Angaben zu machen, oder wenn die seitens des Schiffes gemachten Angaben offensichtlich von der tatsächlichen Lage abweichen und die Umstände des Falles eine solche Überprüfung rechtfertigen.

6. Where there is clear objective evidence that a vessel navigating in the exclusive economic zone or the territorial sea of a State has, in the exclusive economic zone, committed a violation referred to in paragraph 3 resulting in a discharge causing major damage or threat of major damage to the coastline or related interests of the coastal State, or to any resources of its territorial sea or exclusive economic zone, that State may, subject to section 7, provided that the evidence so warrants, institute proceedings, including detention of the vessel, in accordance with its laws.

6. Lorsqu'il y a preuve manifeste qu'un navire naviguant dans la zone économique exclusive ou la mer territoriale d'un Etat a commis, dans la zone économique exclusive, une infraction visée au paragraphe 3 ayant entraîné des rejets qui ont causé ou risquent de causer des dommages importants au littoral ou aux intérêts connexes de l'Etat côtier ou à toutes ressources de sa mer territoriale ou de sa zone économique exclusive, cet Etat peut, sous réserve de la section 7, si les éléments de preuve le justifient, intenter une action, notamment ordonner l'immobilisation du navire conformément à son droit interne.

(6) Gibt es einen eindeutigen objektiven Beweis dafür, daß ein in der ausschließlichen Wirtschaftszone oder im Küstenmeer eines Staates fahrendes Schiff in der ausschließlichen Wirtschaftszone einen in Absatz 3 genannten Verstoß begangen hat, der zu einem Einleiten führt, das schwere Schäden für die Küste oder damit zusammenhängende Interessen des Küstenstaats oder für Ressourcen seines Küstenmeers oder seiner ausschließlichen Wirtschaftszone verursacht oder zu verursachen droht, so kann dieser Staat, wenn die Beweislage dies rechtfertigt, in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht und vorbehaltlich des Abschnitts 7 ein Verfahren einleiten und insbesondere das Zurückhalten des Schiffes anordnen.

7. Notwithstanding the provisions of paragraph 6, whenever appropriate procedures have been established, either through the competent international organization or as otherwise agreed, whereby compliance with requirements for bonding or other appropriate financial security has been assured, the coastal State if bound by such procedures shall allow the vessel to proceed.

7. Nonobstant le paragraphe 6, dans tous les cas où des procédures appropriées ont été soit établies par l'intermédiaire de l'organisation internationale compétente, soit convenues de toute autre manière pour garantir le respect des obligations concernant le versement d'une caution ou le dépôt d'une autre garantie financière appropriée, l'Etat côtier, s'il est lié par ces procédures, autorise le navire à poursuivre sa route.

(7) Ungeachtet des Absatzes 6 gestattet der Küstenstaat dem Schiff die Weiterfahrt in allen Fällen, für die geeignete Verfahren durch die zuständige internationale Organisation festgelegt oder anderweitig vereinbart wurden, um die Erfüllung der Verpflichtungen betreffend die Hinterlegung einer Kaution oder eine andere geeignete finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, wenn der Küstenstaat durch diese Verfahren gebunden ist.

8. The provisions of paragraphs 3, 4, 5, 6 and 7 also apply in respect of national laws and regulations adopted pursuant to article 211, paragraph 6.

8. Les paragraphes 3, 4, 5, 6 et 7 s'appliquent également aux lois et règlements nationaux adoptés en vertu de l'article 211, paragraphe 6.

(8) Die Absätze 3, 4, 5, 6 und 7 gelten auch für die nach Artikel 211 Absatz 6 erlassenen innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften.

Article 221

Measures to avoid polluttion arising from maritime casualties

1. Nothing in this Part shall prejudice the right of States, pursuant to international law, both customary and conventional, to take and enforce measures beyond the territorial sea proportionate to the actual or threatened damage to protect their coastline or related interests, including fishing, from pollution or threat of pollution following upon a maritime casualty or acts relating to such a casualty, which may reasonably be expected to result in major harmful consequences.

2. For the purposes of this article, "maritime casualty" means a collision of vessels, stranding or other incident of navigation, or other occurrence on board a vessel or external to it resulting in material damage or imminent threat of material damage to a vessel or cargo.

Article 221

Mesures visant à empêcher la pollution à la suite d'un accident de mer

1. Aucune disposition de la présente partie ne porte atteinte au droit qu'ont les Etats, en vertu du droit international, tant coutumier que conventionnel, de prendre et faire appliquer au-delà de la mer territoriale des mesures proportionnées aux dommages qu'ils ont effectivement subis ou dont ils sont menacés afin de protéger leur littoral ou les intérêts connexes, y compris la pêche, contre la pollution ou une menace de pollution résultant d'un accident de mer, ou d'actes liés à un tel accident, dont on peut raisonnablement attendre des conséquences préjudiciables.

2. Aux fins du présent article, on entend par «accident de mer» un abordage, échouement ou autre incident de navigation ou événement survenu à bord ou à l'extérieur d'un navire entraînant des dommages matériels ou une menace imminente de dommages matériels pour un navire ou sa cargaison.

Artikel 221

Maßnahmen zur Vermeidung von Verschmutzung durch Seeunfälle

(1) Dieser Teil berührt nicht das Recht der Staaten, nach Völkergewohnheitsrecht und aufgrund völkerrechtlicher Verträge außerhalb des Küstenmeers dem tatsächlichen oder drohenden Schaden angepaßte Maßnahmen zu ergreifen und durchzusetzen, um ihre Küste oder damit zusammenhängende Interessen, einschließlich der Fischerei, vor tatsächlicher oder drohender Verschmutzung infolge eines Seeunfalls oder damit zusammenhängender Handlungen zu schützen, welche erwartungsgemäß schädliche Folgen größeren Umfangs haben können.

(2) Im Sinne dieses Artikels bedeutet "Seeunfall" einen Schiffszusammenstoß, das Stranden, ein sonstiges mit der Führung eines Schiffes zusammenhängendes Ereignis oder einen anderen Vorfall an Bord oder außerhalb eines Schiffes, durch die Sachschaden an Schiff oder Ladung entsteht oder unmittelbar zu entstehen droht.

Article 222

Enforcement with respect to pollution from or through the atmosphere

States shall enforce, within the air space under their sovereignty or with regard to vessels flying their flag or vessels or aircraft of their registry, their laws and regulations adopted in accordance with article 212, paragraph 1, and with other provisions of this Convention and shall adopt laws and regulations and take other measures necessary to implement applicable international rules and standards established through competent international organizations or diplomatic conference to prevent, reduce and control pollution of the marine environment from or through the atmosphere, in conformity with all relevant international rules and standards concerning the safety of air navigation.

Article 222

Mise en application de la réglementation relative à la pollution d'origine atmosphérique ou transatmosphérique

Dans les limites de l'espace aérien où s'exerce leur souveraineté ou à l'égard des navires battant leur pavillon ou des navires ou aéronefs immatriculés par eux, les Etats assurent l'application des lois et règlements qu'ils ont adoptés conformément à l'article 212, paragraphe 1, et à d'autres dispositions de la Convention et adoptent des lois et règlements et prennent d'autres mesures pour donner effet aux règles et normes internationales applicables établies par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes ou d'une conférence diplomatique afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin d'origine atmosphérique ou transatmosphérique, conformément à toutes les règles et normes internationales pertinentes relatives à la sécurité de la navigation aérienne.

Artikel 222

Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung aus der Luft oder durch die Luft

Die Staaten setzen in dem ihrer Souveränität unterstehenden Luftraum oder hinsichtlich der Schiffe, die ihre Flagge führen, oder der Schiffe oder Luftfahrzeuge, die in ihr Register eingetragen sind, ihre in Übereinstimmung mit Artikel 212 Absatz 1 und mit anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften durch; sie erlassen Gesetze und sonstige Vorschriften und ergreifen andere Maßnahmen, um die im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen oder einer diplomatischen Konferenz aufgestellten anwendbaren internationalen Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt aus der Luft oder durch die Luft im Einklang mit allen diesbezüglichen internationalen Regeln und Normen betreffend die Sicherheit der Luftfahrt durchzuführen.

Section 7
Safeguards

Article 223

Measures to facilitate proceedings

In proceedings instituted pursuant to this Part, States shall take measures to facilitate the hearing of witnesses and the admission

Section 7
Garanties

Article 223

Mesures visant à faciliter le déroulement d'une action

Lorsqu'une action est intentée en application de la présente partie, les Etats prennent des mesures pour faciliter l'audition de té-

Abschnitt 7
Schutzbestimmungen

Artikel 223

Maßnahmen zur Erleichterung der Verfahren

Ist nach diesem Teil ein Verfahren eingeleitet worden, so ergreifen die Staaten Maßnahmen zur Erleichterung der Anhörung

of evidence submitted by authorities of another State, or by the competent international organization, and shall facilitate the attendance at such proceedings of official representatives of the competent international organization, the flag State and any State affected by pollution arising out of any violation. The official representatives attending such proceedings shall have such rights and duties as may be provided under national laws and regulations or international law.

moins et l'admission des preuves produites par les autorités d'un autre Etat ou par l'organisation internationale compétente et facilitent la participation aux débats de représentants officiels de cette organisation, de l'Etat du pavillon ou de tout Etat touché par la pollution résultant de toute infraction. Les représentants officiels participant à ces débats ont les droits et obligations prévus par le droit interne ou le droit international.

von Zeugen und der Zulassung des Beweismaterials, das von Behörden eines anderen Staates oder von der zuständigen internationalen Organisation vorgelegt wird, und erleichtern die Teilnahme amtlicher Vertreter der zuständigen internationalen Organisation, des Flaggenstaats und jedes Staates, der von einer Verschmutzung aufgrund eines Verstoßes betroffen ist, an diesem Verfahren. Die an einem solchen Verfahren teilnehmenden amtlichen Vertreter haben alle Rechte und Pflichten, die ihnen nach innerstaatlichem Recht oder Völkerrecht zustehen.

Article 224

Exercise of powers of enforcement

The powers of enforcement against foreign vessels under this Part may only be exercised by officials or by warships, military aircraft, or other ships or aircraft clearly marked and identifiable as being on government service and authorized to that effect.

Article 224

Exercice des pouvoirs de police

Seuls les agents officiellement habilités, ainsi que les navires de guerre ou aéronefs militaires ou les autres navires ou aéronefs qui portent des marques extérieures indiquant clairement qu'ils sont affectés à un service public et qui sont autorisés à cet effet, peuvent exercer des pouvoirs de police à l'encontre de navires étrangers en application de la présente partie.

Artikel 224

Ausübung von Durchsetzungsbefugnissen

Die Durchsetzungsbefugnisse gegenüber fremden Schiffen aufgrund dieses Teiles dürfen nur von amtlich beauftragten Personen oder von Kriegsschiffen, Militärluftfahrzeugen oder anderen Schiffen oder Luftfahrzeugen ausgeübt werden, die deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet und als solche erkennbar sind und die hierzu befugt sind.

Article 225

Duty to avoid adverse consequences in the exercise of the powers of enforcement

In the exercise under this Convention of their powers of enforcement against foreign vessels, States shall not endanger the safety of navigation or otherwise create any hazard to a vessel, or bring it to an unsafe port or anchorage, or expose the marine environment to an unreasonable risk.

Article 225

Obligation pour les Etats d'éviter les conséquences néfastes que peut avoir l'exercice de leurs pouvoirs de police

Lorsqu'ils exercent, en vertu de la Convention, leurs pouvoirs de police à l'encontre des navires étrangers, les Etats ne doivent pas mettre en danger la sécurité de la navigation, ni faire courir aucun risque à un navire ou le conduire à un port ou lieu de mouillage dangereux ni non plus faire courir de risque excessif au milieu marin.

Artikel 225

Pflicht zur Vermeidung nachteiliger Folgen bei der Ausübung von Durchsetzungsbefugnissen

Bei der Ausübung ihrer Durchsetzungsbefugnisse gegenüber fremden Schiffen aufgrund dieses Übereinkommens dürfen die Staaten die Sicherheit der Schiffahrt nicht gefährden und ein Schiff nicht auf andere Weise gefährden oder zu einem unsicheren Hafen oder Ankerplatz bringen oder die Meeresumwelt einer unverhältnismäßig großen Gefahr aussetzen.

Article 226

Investigation of foreign vessels

1. (a) States shall not delay a foreign vessel longer than is essential for purposes of the investigations provided for in articles 216, 218 and 220. Any physical inspection of a foreign vessel shall be limited to an examination of such certificates, records or other documents as the vessel is required to carry by generally accepted international rules and standards or of any similar documents which it is carrying; further physical inspection of the vessel may be undertaken only after such an examination and only when:

(i) there are clear grounds for believing that the condition of the vessel or its equipment does not correspond substantially with the particulars of those documents;

(ii) the contents of such documents are not sufficient to confirm or verify a suspected violation; or

(iii) the vessel is not carrying valid certificates and records.

Article 226

Enquêtes dont peuvent faire l'objet les navires étrangers

1. a) Les Etats ne retiennent pas un navire étranger plus longtemps qu'il n'est indispensable aux fins des enquêtes prévues aux articles 216, 218 et 220. L'inspection matérielle d'un navire étranger doit être limitée à l'examen des certificats, registres ou autres documents dont le navire est tenu d'être muni en vertu des règles et normes internationales généralement acceptées, ou de tous documents similaires; il ne peut être entrepris d'inspection matérielle plus poussée du navire qu'à la suite de cet examen et uniquement si:

i) il y a de sérieuses raisons de penser que l'état du navire ou de son équipement ne correspond pas essentiellement aux mentions portées sur les documents;

ii) la teneur de ces documents ne suffit pas pour confirmer ou vérifier l'infraction présumée;

iii) le navire n'est pas muni de certificats et documents valables.

Artikel 226

Untersuchung fremder Schiffe

(1) a) Die Staaten dürfen ein fremdes Schiff nicht länger aufhalten, als es für die Zwecke der in den Artikeln 216, 218 und 220 vorgesehenen Untersuchungen unerläßlich ist. Jede Überprüfung an Bord eines fremden Schiffes hat sich auf eine Prüfung der Zeugnisse, Aufzeichnungen und sonstigen Dokumente zu beschränken, die das Schiff nach allgemein anerkannten internationalen Regeln und Normen mitführen muß, oder auf die Prüfung ähnlicher mitgeführter Dokumente; eine weitergehende Überprüfung an Bord des Schiffes darf nur nach einer solchen Prüfung und nur dann vorgenommen werden, wenn

i) eindeutige Gründe für die Annahme bestehen, daß der Zustand des Schiffes oder seiner Ausrüstung in wesentlichen Punkten den Angaben dieser Dokumente nicht entspricht;

ii) der Inhalt dieser Dokumente nicht ausreicht, um einen mutmaßlichen Verstoß zu bestätigen oder nachzuweisen oder

iii) das Schiff keine gültigen Zeugnisse und Aufzeichnungen mitführt.

(b) If the investigation indicates a violation of applicable laws and regulations or international rules and standards for the protection and preservation of the marine environment, release shall be made promptly subject to reasonable procedures such as bonding or other appropriate financial security.

(c) Without prejudice to applicable international rules and standards relating to the seaworthiness of vessels, the release of a vessel may, whenever it would present an unreasonable threat of damage to the marine environment, be refused or made conditional upon proceeding to the nearest appropriate repair yard. Where release has been refused or made conditional, the flag State of the vessel must be promptly notified, and may seek release of the vessel in accordance with Part XV.

2. States shall co-operate to develop procedures for the avoidance of unnecessary physical inspection of vessels at sea.

b) Lorsqu'il ressort de l'enquête qu'il y a eu infraction aux lois et règlements applicables ou aux règles et normes internationales visant à protéger et préserver le milieu marin, il est procédé sans délai à la mainlevée de l'immobilisation du navire, après l'accomplissement de formalités raisonnables, telles que le dépôt d'une caution ou d'une autre garantie financière.

c) Sans préjudice des règles et normes internationales applicables en matière de navigabilité des navires, si la mainlevée de l'immobilisation d'un navire devait entraîner un risque de dommage inconsidéré pour le milieu marin, le navire en question pourrait ne pas être autorisé à poursuivre sa route ou l'être à la condition de se rendre au chantier approprié de réparation le plus proche. Dans le cas où la mainlevée de l'immobilisation du navire a été refusée ou a été soumise à des conditions, l'Etat du pavillon doit en être informé sans retard et peut demander cette mainlevée conformément à la partie XV.

2. Les Etats coopèrent à l'élaboration de procédures visant à éviter toute inspection matérielle superflue de navires en mer.

b) Ergibt die Untersuchung, daß ein Verstoß gegen die anwendbaren Gesetze und sonstigen Vorschriften oder internationale Regeln und Normen zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt vorliegt, so wird das Schiff in Anwendung angemessener Verfahren, wie der Hinterlegung einer Kaution oder der Leistung einer anderen geeigneten finanziellen Sicherheit, sofort freigegeben.

c) Unbeschadet der anwendbaren internationalen Regeln und Normen über die Seetüchtigkeit von Schiffen kann die Freigabe eines Schiffes, wenn sie eine unverhältnismäßig große Gefahr einer Schädigung der Meeresumwelt darstellen würde, verweigert oder davon abhängig gemacht werden, daß das Schiff die nächstgelegene geeignete Reparaturwerft anläuft. Wird die Freigabe verweigert oder von Bedingungen abhängig gemacht, so muß der Flaggenstaat des Schiffes sofort benachrichtigt werden; er kann in Übereinstimmung mit Teil XV die Freigabe des Schiffes zu erreichen suchen.

(2) Die Staaten arbeiten bei der Entwicklung von Verfahren zur Vermeidung unnötiger Überprüfungen an Bord von Schiffen auf See zusammen.

Article 227

Non-discrimination
with respect to foreign vessels

In exercising their rights and performing their duties under this Part, States shall not discriminate in form or in fact against vessels of any other State.

Article 227

Non-discrimination
à l'encontre des navires étrangers

Lorsqu'ils exercent leurs droits et s'acquittent de leurs obligations, en vertu de la présente partie, les Etats ne soumettent les navires d'aucun autre Etat à aucune discrimination de droit ou de fait.

Artikel 227

Nichtdiskriminierung
in bezug auf fremde Schiffe

Bei der Ausübung ihrer Rechte und der Erfüllung ihrer Pflichten aus diesem Teil dürfen die Staaten die Schiffe eines anderen Staates rechtlich oder tatsächlich nicht diskriminieren.

Article 228

Suspension and restrictions
on institution of proceedings

1. Proceedings to impose penalties in respect of any violation of applicable laws and regulations or international rules and standards relating to the prevention, reduction and control of pollution from vessels committed by a foreign vessel beyond the territorial sea of the State instituting proceedings shall be suspended upon the taking of proceedings to impose penalties in respect of corresponding charges by the flag State within six months of the date on which proceedings were first instituted, unless those proceedings relate to a case of major damage to the coastal State or the flag State in question has repeatedly disregarded its obligation to enforce effectively the applicable international rules and standards in respect of violations committed by its vessels. The flag State shall in due course make available to the State previously instituting proceedings a full dossier of the case and the records of the proceedings, whenever the flag State has requested the suspension of proceedings in accordance with this article. When proceedings instituted by the flag State have been brought to a conclusion, the suspended proceedings

Article 228

Suspension des poursuites et restrictions
à l'institution de poursuites

1. Lorsque des poursuites ont été engagées par un Etat en vue de réprimer une infraction aux lois et règlements applicables ou aux règles et normes internationales visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution par les navires, commise au-delà de sa mer territoriale par un navire étranger, ces poursuites sont suspendues dès lors que l'Etat du pavillon a lui-même engagé des poursuites du chef de la même infraction, dans les six mois suivant l'introduction de la première action, à moins que celle-ci ne porte sur un cas de dommage grave causé à l'Etat côtier ou que l'Etat du pavillon en question ait à plusieurs reprises manqué à son obligation d'assurer l'application effective des règles et normes internationales en vigueur à la suite d'infractions commises par ses navires. L'Etat du pavillon qui a demandé la suspension des poursuites conformément au présent article remet en temps voulu au premier Etat un dossier complet de l'affaire et les minutes du procès. Lorsque les tribunaux de l'Etat du pavillon ont rendu leur jugement, il est mis fin aux poursuites. Après règlement des frais de procédure, toute caution ou autre garan-

Artikel 228

Aussetzung und Beschränkungen
im Fall von Strafverfahren

(1) Ein Verfahren zur Ahndung eines Verstoßes gegen die anwendbaren Gesetze und sonstigen Vorschriften oder internationale Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung durch Schiffe, den ein fremdes Schiff außerhalb des Küstenmeers des das Verfahren einleitenden Staates begangen hat, wird ausgesetzt, wenn der Flaggenstaat innerhalb von sechs Monaten nach Einleitung des ersten Verfahrens selbst ein Verfahren zur Ahndung desselben Verstoßes einleitet, sofern sich das erste Verfahren nicht auf eine schwere Schädigung des Küstenstaats bezieht oder der betreffende Flaggenstaat wiederholt seine Verpflichtung mißachtet hat, die anwendbaren internationalen Regeln und Normen in bezug auf die von seinen Schiffen begangenen Verstöße wirksam durchzusetzen. Hat der Flaggenstaat die Aussetzung des Verfahrens in Übereinstimmung mit diesem Artikel verlangt, so stellt er dem Staat, der zuvor das Verfahren eingeleitet hat, zu gegebener Zeit die vollständigen Unterlagen des Falles und die Verhandlungsprotokolle zur Verfügung. Ist das vom Flaggenstaat eingeleitete Ver-

shall be terminated. Upon payment of costs incurred in respect of such proceedings, any bond posted or other financial security provided in connection with the suspended proceedings shall be released by the coastal State.

2. Proceedings to impose penalties on foreign vessels shall not be instituted after the expiry of three years from the date on which the violaton was committed, and shall not be taken by any State in the event of proceedings having been instituted by another State subject to the provisions set out in paragraph 1.

3. The provisions of this article are without prejudice to the right of the flag State to take any measures, including proceedings to impose penalties, according to its laws irrespective of prior proceedings by another State.

tie financière déposée à l'occasion de ces poursuites est restituée par l'Etat côtier.

2. Il ne peut être engagé de poursuites à l'encontre des navires étrangers après l'expiration d'un délai de trois ans à compter de la date de l'infraction, et aucun Etat ne peut engager de telles poursuites si un autre Etat en a déjà engagé, sous réserve du paragraphe 1.

3. Le présent article n'affecte pas le droit qu'a l'Etat du pavillon de prendre toutes mesures, y compris le droit d'engager des poursuites, conformément à son droit interne, indépendamment de celles précédemment engagées par un autre Etat.

fahren zum Abschluß gebracht worden, so wird das ausgesetzte Verfahren eingestellt. Nach Zahlung der Verfahrenskosten wird jede im Zusammenhang mit dem ausgesetzten Verfahren hinterlegte Kaution oder andere finanzielle Sicherheit vom Küstenstaat freigegeben.

(2) Ein Verfahren gegen ein fremdes Schiff zur Ahndung von Verstößen darf nicht mehr eingeleitet werden, wenn seit dem Tag, an dem der Verstoß begangen wurde, drei Jahre vergangen sind; ein Verfahren darf auch dann nicht von einem Staat eingeleitet werden, wenn ein anderer Staat unter Beachtung des Absatzes 1 ein Verfahren eingeleitet hat.

(3) Dieser Artikel berührt nicht das Recht des Flaggenstaats, ungeachtet früherer Verfahren seitens eines anderen Staates nach seinen eigenen Gesetzen Maßnahmen einschließlich eines Verfahrens zur Ahndung von Verstößen zu ergreifen.

Article 229

Institution of civil proceedings

Nothing in this Convention affects the institution of civil proceedings in respect of any claim for loss or damage resulting from pollution of the marine environment.

Article 229

Action en responsabilité civile

Aucune disposition de la Convention ne porte atteinte au droit d'introduire une action en responsabilité civile en cas de pertes ou de dommages résultant de la pollution du milieu marin.

Artikel 229

Einleitung zivilgerichtlicher Verfahren

Dieses Übereinkommen berührt nicht das Recht auf Einleitung eines zivilgerichtlichen Verfahrens wegen einer Forderung aus Verlusten oder Schäden, die durch Verschmutzung der Meeresumwelt entstanden sind.

Article 230

Monetary penalties and the observance of recognized rights of the accused

1. Monetary penalties only may be imposed with respect to violations of national laws and regulations or applicable international rules and standards for the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment, committed by foreign vessels beyond the territorial sea.

2. Monetary penalties only may be imposed with respect to violations of national laws and regulations or applicable international rules and standards for the prevention, reduction and control of pollution of the marine environment, committed by foreign vessels in the territorial sea, except in the case of a wilful and serious act of pollution in the territorial sea.

3. In the conduct of proceedings in respect of such violations committed by a foreign vessel which may result in the imposition of penalties, recognized rights of the accused shall be observed.

Article 230

Peines pécuniaires et respect des droits reconnus de l'accusé

1. Seules des peines pécuniaires peuvent être infligées en cas d'infraction aux lois et règlements nationaux ou aux règles et normes internationales applicables visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin, qui ont été commises par des navires étrangers au-delà de la mer territoriale.

2. Seules des peines pécuniaires peuvent être infligées en cas d'infraction aux lois et règlements nationaux ou aux règles et normes internationales applicables visant à prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin, qui ont été commises par des navires étrangers dans la mer territoriale, sauf s'il s'agit d'un acte délibéré et grave de pollution.

3. Dans le déroulement des poursuites engagées en vue de réprimer des infractions de ce type commises par un navire étranger pour lesquelles des peines peuvent être infligées, les droits reconnus de l'accusé sont respectés.

Artikel 230

Geldstrafen und Wahrung der anerkannten Rechte des Angeklagten

(1) Bei Verstößen von fremden Schiffen außerhalb des Küstenmeers gegen innerstaatliche Gesetze und sonstige Vorschriften oder anwendbare internationale Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt dürfen nur Geldstrafen verhängt werden.

(2) Bei Verstößen von fremden Schiffen im Küstenmeer gegen innerstaatliche Gesetze und sonstige Vorschriften oder anwendbare internationale Regeln und Normen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt dürfen nur Geldstrafen verhängt werden, ausgenommen im Fall einer vorsätzlichen schweren Verschmutzungshandlung im Küstenmeer.

(3) Bei der Durchführung eines Verfahrens wegen solcher von einem fremden Schiff begangener Verstöße, die zur Verhängung von Strafen führen können, sind die anerkannten Rechte des Angeklagten zu wahren.

Article 231

Notification to the flag State and other States concerned

States shall promptly notify the flag State and any other State concerned of any measures taken pursuant to section 6 against foreign vessels, and shall submit to the flag State all official reports concerning

Article 231

Notification à l'Etat du pavillon et aux autres Etats concernés

Les Etats notifient sans retard à l'Etat du pavillon et à tout autre Etat concerné toutes les mesures prises à l'encontre de navires étrangers en application de la section 6, et soumettent à l'Etat du pavillon tous les rap-

Artikel 231

Benachrichtigung des Flaggenstaats und anderer betroffener Staaten

Die Staaten benachrichtigen den Flaggenstaat und jeden anderen betroffenen Staat umgehend von allen nach Abschnitt 6 gegen fremde Schiffe ergriffenen Maßnahmen und legen dem Flaggenstaat alle amtli-

such measures. However, with respect to violations committed in the territorial sea, the foregoing obligations of the coastal State apply only to such measures as are taken in proceedings. The diplomatic agents or consular officers and where possible the maritime authority of the flag State, shall be immediately informed of any such measures taken pursuant to section 6 against foreign vessels.

ports officiels concernant ces mesures. Toutefois, dans le cas d'infractions commises dans la mer territoriale, l'Etat côtier n'est tenu de ces obligations qu'en ce qui concerne les mesures prises dans le cadre de poursuites. Les agents diplomatiques ou les fonctionnaires consulaires et, dans la mesure du possible, l'autorité maritime de l'Etat du pavillon sont immédiatement informés de toutes mesures de cet ordre.

chen Berichte über diese Maßnahmen vor. Bei Verstößen, die im Küstenmeer begangen wurden, ist der Küstenstaat an diese Verpflichtungen nur in bezug auf Maßnahmen gebunden, die im Verlauf eines Verfahrens ergriffen wurden. Die Diplomaten oder Konsularbeamten und, soweit möglich, die Schiffahrtsbehörde des Flaggenstaats werden sofort von allen nach Abschnitt 6 gegen ein fremdes Schiff ergriffenen Maßnahmen unterrichtet.

Article 232

Liability of States arising from enforcement measures

States shall be liable for damage or loss attributable to them arising from measures taken pursuant to section 6 when such measures are unlawful or exceed those reasonably required in the light of available information. States shall provide for recourse in their courts for actions in respect of such damage or loss.

Article 232

Responsabilité des Etats du fait des mesures de mise en application

Les Etats sont responsables des pertes ou dommages qui leur sont imputables à la suite de mesures prises en application de la section 6, lorsque ces mesures sont illicites ou vont au-delà de celles qui sont raisonnablement nécessaires, eu égard aux renseignements disponibles. Les Etats prévoient des voies de recours devant leurs tribunaux pour les actions en réparation de ces pertes ou dommages.

Artikel 232

Haftung der Staaten aufgrund von Durchsetzungsmaßnahmen

Die Staaten haften für ihnen zuzurechnende Schäden oder Verluste, die sich aus den nach Abschnitt 6 ergriffenen Maßnahmen ergeben, wenn diese Maßnahmen unrechtmäßig sind oder über die in Anbetracht der verfügbaren Informationen vernünftigerweise erforderlichen Maßnahmen hinausgehen. Die Staaten sehen den Rechtsweg zu ihren Gerichten für Klagen wegen solcher Schäden oder Verluste vor.

Article 233

Safeguards with respect to straits used for international navigation

Nothing in sections 5, 6 and 7 affects the legal régime of straits used for international navigation. However, if a foreign ship other than those referred to in section 10 has committed a violation of the laws and regulations referred to in article 42, paragraph 1(a) and (b), causing or threatening major damage to the marine environment of the straits, the States bordering the straits may take appropriate enforcement measures and if so shall respect mutatis mutandis the provisions of this section.

Article 233

Garanties concernant les détroits servant à la navigation internationale

Aucune disposition des sections 5, 6 et 7 ne porte atteinte au régime juridique des détroits servant à la navigation internationale. Toutefois, si un navire étranger autre que ceux visés à la section 10 a enfreint les lois et règlements visés à l'article 42, paragraphe 1, lettres a) et b), causant ou menaçant de causer des dommages importants au milieu marin des détroits, les Etats riverains des détroits peuvent prendre les mesures de police appropriées tout en respectant *mutatis mutandis* la présente section.

Artikel 233

Schutzbestimmungen in bezug auf Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen

Die Abschnitte 5, 6 und 7 berühren nicht die Rechtsordnung von Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen. Hat jedoch ein fremdes Schiff, das nicht in Abschnitt 10 genannt ist, einen Verstoß gegen die in Artikel 42 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Gesetze und sonstigen Vorschriften begangen, durch den ein schwerer Schaden für die Meeresumwelt der Meerengen entstanden ist oder zu entstehen droht, so können die Meerengenanliegerstaaten geeignete Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen, wobei sie diesen Abschnitt sinngemäß beachten.

Section 8

Ice-covered areas

Article 234

Ice-covered areas

Coastal States have the right to adopt and enforce non-discriminatory laws and regulations for the prevention, reduction and control of marine pollution from vessels in ice-covered areas within the limits of the exclusive economic zone, where particularly severe climatic conditions and the presence of ice covering such areas for most of the year create obstructions or exceptional hazards to navigation, and pollution of the marine environment could cause major harm to or irreversible disturbance of the ecological balance. Such laws and regulations shall have due regard to navigation and the protection and preservation of the

Section 8

Zones recouvertes par les glaces

Article 234

Zones recouvertes par les glaces

Les Etats côtiers ont le droit d'adopter et de faire appliquer des lois et règlements non discriminatoires afin de prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin par les navires dans les zones recouvertes par les glaces et comprises dans les limites de la zone économique exclusive, lorsque des conditions climatiques particulièrement rigoureuses et le fait que ces zones sont recouvertes par les glaces pendant la majeure partie de l'année font obstacle à la navigation ou la rendent exceptionnellement dangereuse, et que la pollution du milieu marin risque de porter gravement atteinte à l'équilibre écologique ou de le

Abschnitt 8

Eisbedeckte Gebiete

Artikel 234

Eisbedeckte Gebiete

Die Küstenstaaten haben das Recht, nichtdiskriminierende Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in eisbedeckten Gebieten innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone zu erlassen und durchzusetzen, wenn dort besonders strenge klimatische Bedingungen und das diese Gebiete während des größten Teiles des Jahres bedeckende Eis Hindernisse oder außergewöhnliche Gefahren für die Schiffahrt schaffen und die Verschmutzung der Meeresumwelt das ökologische Gleichgewicht ernstlich schädigen oder endgültig zerstö-

marine environment based on the best available scientific evidence.

perturber de façon irréversible. Ces lois et règlements tiennent dûment compte de la navigation, ainsi que de la protection et de la préservation du milieu marin sur la base des données scientifiques les plus sûres dont on puisse disposer.

ren könnte. Diese Gesetze und sonstigen Vorschriften müssen die Schiffahrt sowie den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Angaben gebührend berücksichtigen.

Section 9
Responsibility and liability

Article 235
Responsibility and liability

1. States are responsible for the fulfilment of their international obligations concerning the protection and preservation of the marine environment. They shall be liable in accordance with international law.

2. States shall ensure that recourse is available in accordance with their legal systems for prompt and adequate compensation or other relief in respect of damage caused by pollution of the marine environment by natural or juridical persons under their jurisdiction.

3. With the objective of assuring prompt and adequate compensation in respect of all damage caused by pollution of the marine environment, States shall co-operate in the implementation of existing international law and the further development of international law relating to responsibility and liability for the assessment of and compensation for damage and the settlement of related disputes, as well as, where appropriate, development of criteria and procedures for payment of adequate compensation, such as compulsory insurance or compensation funds.

Section 9
Responsabilité

Article 235
Responsabilité

1. Il incombe aux Etats de veiller à l'accomplissement de leurs obligations internationales en ce qui concerne la protection et la préservation du milieu marin. Ils sont responsables conformément au droit international.

2. Les Etats veillent à ce que leur droit interne offre des voies de recours permettant d'obtenir une indemnisation rapide et adéquate ou autre réparation des dommages résultant de la pollution du milieu marin par des personnes physiques ou morales relevant de leur juridiction.

3. En vue d'assurer une indemnisation rapide et adéquate de tous dommages résultant de la pollution du milieu marin, les Etats coopèrent pour assurer l'application et le développement du droit international de la responsabilité en ce qui concerne l'évaluation et l'indemnisation des dommages et le règlement des différends en la matière, ainsi que, le cas échéant, l'élaboration de critères et de procédures pour le paiement d'indemnités adéquates, prévoyant, par exemple, une assurance obligatoire ou des fonds d'indemnisation.

Abschnitt 9
Verantwortlichkeit und Haftung

Artikel 235
Verantwortlichkeit und Haftung

(1) Die Staaten sind für die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen betreffend den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt verantwortlich. Sie haften in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

(2) Die Staaten stellen sicher, daß in Übereinstimmung mit ihrem Rechtssystem der Rechtsweg für umgehende und angemessene Entschädigung oder sonstigen Ersatz für Schäden gegeben ist, die durch Verschmutzung der Meeresumwelt seitens ihrer Gerichtsbarkeit unterstehender natürlicher oder juristischer Personen verursacht wurden.

(3) Um eine umgehende und angemessene Entschädigung für alle durch Verschmutzung der Meeresumwelt verursachten Schäden zu gewährleisten, arbeiten die Staaten bei der Anwendung des geltenden Völkerrechts und der Weiterentwicklung des Völkerrechts betreffend die Verantwortlichkeit und Haftung bezüglich der Bewertung von Schäden, der Entschädigung und der Beilegung damit zusammenhängender Streitigkeiten sowie gegebenenfalls bei der Entwicklung von Kriterien und Verfahren für die Leistung einer angemessenen Entschädigung, wie etwa Pflichtversicherung oder Entschädigungsfonds, zusammen.

Section 10
Sovereign immunity

Article 236
Sovereign immunity

The provisions of this Convention regarding the protection and preservation of the marine environment do not apply to any warship, naval auxiliary, other vessels or aircraft owned or operated by a State and used, for the time being, only on government non-commercial service. However, each State shall ensure, by the adoption of appropriate measures not impairing operations or operational capabilities of such vessels or aircraft owned or operated by it, that such vessels or aircraft act in a manner consistent, so far as is reasonable and practicable, with this Convention.

Section 10
Immunité souveraine

Article 236
Immunité souveraine

Les dispositions de la Convention relatives à la protection et à la préservation du milieu marin ne s'appliquent ni aux navires de guerre ou navires auxiliaires, ni aux autres navires ou aux aéronefs appartenant à un Etat ou exploités par lui lorsque celui-ci les utilise, au moment considéré, exclusivement à des fins de service public non commerciales. Cependant, chaque Etat prend des mesures appropriées n'affectant pas les opérations ou la capacité opérationnelle des navires ou aéronefs lui appartenant ou exploités par lui de façon à ce que ceux-ci agissent, autant que faire se peut, d'une manière compatible avec la Convention.

Abschnitt 10
Staatenimmunität

Artikel 236
Staatenimmunität

Die Bestimmungen dieses Übereinkommens über den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt finden keine Anwendung auf Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstige Schiffe oder Luftfahrzeuge, die einem Staat gehören oder von ihm eingesetzt sind und die zum gegebenen Zeitpunkt im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden. Jedoch stellt jeder Staat durch geeignete Maßnahmen, die den Einsatz oder die Einsatzfähigkeit solcher ihm gehörender oder von ihm eingesetzter Schiffe oder Luftfahrzeuge nicht beeinträchtigen, sicher, daß diese, soweit zumutbar und durchführbar, in einer Weise betrieben werden, die mit dem Übereinkommen vereinbar ist.

Section 11

Obligations under other conventions on the protection and preservation of the marine environment

Article 237

Obligations under other conventions on the protection and preservation of the marine environment

1. The provisions of this Part are without prejudice to the specific obligations assumed by States under special conventions and agreements concluded previously which relate to the protection and preservation of the marine environment and to agreements which may be concluded in furtherance of the general principles set forth in this Convention.

2. Specific obligations assumed by States under special conventions, with respect to the protection and preservation of the marine environment, should be carried out in a manner consistent with the general principles and objectives of this Convention.

Section 11

Obligations découlant d'autres conventions sur la protection et la préservation du milieu marin

Article 237

Obligations découlant d'autres conventions sur la protection et la préservation du milieu marin

1. La présente partie n'affecte pas les obligations particulières qui incombent aux Etats en vertu de conventions et d'accords spécifiques conclus antérieurement en matière de protection et de préservation du milieu marin, ni les accords qui peuvent être conclus en application des principes généraux énoncés dans la Convention.

2. Les Etats s'acquittent des obligations particulières qui leur incombent en ce qui concerne la protection et la préservation du milieu marin en vertu de conventions spéciales d'une manière compatible avec les principes et objectifs généraux de la Convention.

Abschnitt 11

Verpflichtung aufgrund anderer Übereinkünfte über den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt

Artikel 237

Verpflichtungen aufgrund anderer Übereinkünfte über den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt

(1) Dieser Teil berührt weder die bestimmten Verpflichtungen, die Staaten aufgrund früher geschlossener besonderer Übereinkommen und Abkommen über den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt übernommen haben, noch Übereinkünfte, die zur Ausgestaltung der in diesem Übereinkommen enthaltenen allgemeinen Grundsätze geschlossen werden können.

(2) Die von den Staaten aufgrund besonderer Übereinkünfte übernommenen bestimmten Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes und der Bewahrung der Meeresumwelt sollen in einer Weise erfüllt werden, die mit den allgemeinen Grundsätzen und Zielen dieses Übereinkommens vereinbar ist.

Part XIII

Marine scientific research

Section 1

General provisions

Article 238

Right to conduct marine scientific research

All States, irrespective of their geographical location, and competent international organizations have the right to conduct marine scientific research subject to the rights and duties of other States as provided for in this Convention.

Article 239

Promotion of marine scientific research

States and competent international organizations shall promote and facilitate the development and conduct of marine scientific research in accordance with this Convention.

Article 240

General principles for the conduct of marine scientific research

In the conduct of marine scientific research the following principles shall apply:

(a) marine scientific research shall be conducted exclusively for peaceful purposes;

Partie XIII

Recherche scientifique marine

Section 1

Dispositions générales

Article 238

Droit d'effectuer des recherches scientifiques marines

Tous les Etats, quelle que soit leur situation géographique, ainsi que les organisations internationales compétentes ont le droit d'effectuer des recherches scientifiques marines, sous réserve des droits et obligations des autres Etats tels qu'ils sont définis dans la Convention.

Article 239

Obligation de favoriser la recherche scientifique marine

Les Etats et les organisations internationales compétentes encouragent et facilitent le développement et la conduite de la recherche scientifique marine conformément à la Convention.

Article 240

Principes généraux régissant la conduite de la recherche scientifique marine

La recherche scientifique marine obéit aux principes suivants:

a) elle est menée à des fins exclusivement pacifiques;

Teil XIII

Wissenschaftliche Meeresforschung

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 238

Recht auf wissenschaftliche Meeresforschung

Alle Staaten – ungeachtet ihrer geographischen Lage – und die zuständigen internationalen Organisationen haben das Recht, wissenschaftliche Meeresforschung zu betreiben, vorbehaltlich der in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte und Pflichten anderer Staaten.

Artikel 239

Förderung der wissenschaftlichen Meeresforschung

Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen fördern und erleichtern die Entwicklung und Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen.

Artikel 240

Allgemeine Grundsätze für die Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung

Für die Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung gelten folgende Grundsätze:

a) Die wissenschaftliche Meeresforschung darf nur für friedliche Zwecke betrieben werden;

(b) marine scientific research shall be conducted with appropriate scientific methods and means compatible with this Convention;

(c) marine scientific research shall not unjustifiably interfere with other legitimate uses of the sea compatible with this Convention and shall be duly respected in the course of such uses;

(d) marine scientific research shall be conducted in compliance with all relevant regulations adopted in conformity with this Convention including those for the protection and preservation of the marine environment.

Article 241

Non-recognition of marine scientific research activities as the legal basis for claims

Marine scientific research activities shall not constitute the legal basis for any claim to any part of the marine environment or its resources.

b) elle est menée en utilisant des méthodes et moyens scientifiques appropriés compatibles avec la Convention;

c) elle ne gêne pas de façon injustifiable les autres utilisations légitimes de la mer compatibles avec la Convention et elle est dûment prise en considération lors de ces utilisations;

d) elle est menée conformément à tous les règlements pertinents adoptés en application de la Convention, y compris ceux visant à protéger et à préserver le milieu marin.

Article 241

Non-reconnaissance de la recherche scientifique marine en tant que fondement juridique d'une revendication quelconque

La recherche scientifique marine ne constitue le fondement juridique d'aucune revendication sur une partie quelconque du milieu marin ou de ses ressources.

b) die wissenschaftliche Meeresforschung wird mit den geeigneten wissenschaftlichen Methoden und Mitteln betrieben, die mit diesem Übereinkommen vereinbar sind;

c) die wissenschaftliche Meeresforschung darf die sonstige rechtmäßige, mit diesem Übereinkommen zu vereinbarende Nutzung des Meeres nicht ungerechtfertigt beeinträchtigen; sie wird bei dieser Nutzung gebührend berücksichtigt;

d) die wissenschaftliche Meeresforschung wird in Übereinstimmung mit allen diesbezüglichen, im Einklang mit diesem Übereinkommen erlassenen Vorschriften, einschließlich derjenigen zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt, betrieben.

Artikel 241

Nichtanerkennung von Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung als Rechtsgrundlage für Ansprüche

Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung bilden keine Rechtsgrundlage für einen Anspruch auf irgendeinen Teil der Meeresumwelt oder ihrer Ressourcen.

Section 2

International co-operation

Article 242

Promotion of international co-operation

1. States and competent international organizations shall, in accordance with the principle of respect for sovereignty and jurisdiction and on the basis of mutual benefit, promote international co-operation in marine scientific research for peaceful purposes.

2. In this context, without prejudice to the rights and duties of States under this Convention, a State, in the application of this Part, shall provide, as appropriate, other States with a reasonable opportunity to obtain from it, or with its co-operation, information necessary to prevent and control damage to the health and safety of persons and to the marine environment.

Section 2

Coopération internationale

Article 242

Obligation de favoriser la coopération internationale

1. En se conformant au principe du respect de la souveraineté et de la juridiction, et sur la base de la réciprocité des avantages, les Etats et les organisations internationales compétentes favorisent la coopération internationale en matière de recherche scientifique marine à des fins pacifiques.

2. Dans ce contexte et sans préjudice des droits et obligations des Etats en vertu de la Convention, un Etat, agissant en application de la présente partie, offre aux autres Etats, selon qu'il convient, des possibilités raisonnables d'obtenir de lui ou avec sa coopération les informations nécessaires pour prévenir et maîtriser les effets dommageables à la santé et à la sécurité des personnes et au milieu marin.

Abschnitt 2

Internationale Zusammenarbeit

Artikel 242

Förderung der internationalen Zusammenarbeit

(1) Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen fördern in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Achtung der Souveränität und der Hoheitsbefugnisse sowie auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens die internationale Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Meeresforschung für friedliche Zwecke.

(2) In diesem Zusammenhang und unbeschadet der Rechte und Pflichten der Staaten aus diesem Übereinkommen gibt ein Staat bei der Anwendung dieses Teiles gegebenenfalls anderen Staaten ausreichend Gelegenheit, von ihm oder unter seiner Mitwirkung die notwendigen Informationen zu erhalten, um Schäden an der Gesundheit und Sicherheit der Menschen sowie an der Meeresumwelt zu verhüten und einzudämmen.

Article 243

Creation of favourable conditions

States and competent international organizations shall co-operate, through the conclusion of bilateral and multilateral agreements, to create favourable conditions for the conduct of marine scientific research in the marine environment and to integrate the efforts of scientists in studying the essence of phenomena and processes occurring in the marine environment and the interrelations between them.

Article 243

Instauration de conditions favorables

Les Etats et les organisations internationales compétentes coopèrent, par la conclusion d'accords bilatéraux et multilatéraux, pour créer des conditions favorables à la conduite de la recherche scientifique marine dans le milieu marin et unir les efforts des chercheurs qui étudient la nature des phénomènes et processus dont il est le lieu et leurs interactions.

Artikel 243

Schaffung günstiger Bedingungen

Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen arbeiten durch den Abschluß zweiseitiger und mehrseitiger Übereinkünfte zusammen, um günstige Bedingungen für die Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung in der Meeresumwelt zu schaffen und um die Bemühungen der Wissenschaftler bei der Untersuchung des Wesens der in der Meeresumwelt vorkommenden Erscheinungen und Vorgänge und ihrer Wechselbeziehungen zu vereinen.

Article 244

Publication and dissemination of information and knowledge

1. States and competent international organizations shall, in accordance with this Convention, make available by publication and dissemination through appropriate channels information on proposed major programmes and their objectives as well as knowledge resulting from marine scientific research.

2. For this purpose, States, both individually and in co-operation with other States and with competent international organizations, shall actively promote the flow of scientific data and information and the transfer of knowledge resulting from marine scientific research, especially to developing States, as well as the strengthening of the autonomous marine scientific research capabilities of developing States through, inter alia, programmes to provide adequate education and training of their technical and scientific personnel.

Article 244

Publication et diffusion d'informations et de connaissances

1. Les Etats et les organisations internationales compétentes publient et diffusent, par les voies appropriées et conformément à la Convention, des renseignements concernant les principaux programmes envisagés et leurs objectifs, ainsi que les connaissances tirées de la recherche scientifique marine.

2. A cette fin, les Etats, tant individuellement qu'en coopération avec d'autres Etats et avec les organisations internationales compétentes, favorisent activement la communication de données et d'informations scientifiques, et le transfert, en particulier aux Etats en développement, des connaissances tirées de la recherche scientifique marine, ainsi que le renforcement de la capacité propre de ces Etats de mener des recherches scientifiques marines, notamment au moyen de programmes visant à dispenser un enseignement et une formation appropriés à leur personnel technique et scientifique.

Artikel 244

Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen und Kenntnissen

(1) Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen stellen in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen durch Veröffentlichung und Verbreitung auf geeigneten Wegen Informationen über die geplanten größeren Programme und ihre Ziele sowie die aus der wissenschaftlichen Meeresforschung gewonnenen Kenntnisse zur Verfügung.

(2) Zu diesem Zweck fördern die Staaten sowohl einzeln als auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und mit den zuständigen internationalen Organisationen aktiv den Fluß wissenschaftlicher Daten und Informationen, die Weitergabe der aus der wissenschaftlichen Meeresforschung gewonnenen Kenntnisse vor allem an Entwicklungsstaaten sowie die Stärkung der Fähigkeit dieser Staaten, selbständig wissenschaftliche Meeresforschung zu betreiben, unter anderem durch Programme zur angemessenen Ausbildung und Schulung ihres technischen und wissenschaftlichen Personals.

Section 3

Conduct and promotion of marine scientific research

Article 245

Marine scientific research in the territorial sea

Coastal States, in the exercise of their sovereignty, have the exclusive right to regulate, authorize and conduct marine scientific research in their territorial sea. Marine scientific research therein shall be conducted only with the express consent of and under the conditions set forth by the coastal State.

Article 246

Marine scientific research in the exclusive economic zone and on the continental shelf

1. Coastal States, in the exercise of their jurisdiction, have the right to regulate, authorize and conduct marine scientific research in their exclusive economic zone and on their continental shelf in accordance with the relevant provisions of this Convention.

2. Marine scientific research in the exclusive economic zone and on the continental shelf shall be conducted with the consent of the coastal State.

3. Coastal States shall, in normal circumstances, grant their consent for marine scientific research projects by other States or competent international organizations in their exclusive economic zone or on their continental shelf to be carried out in accord-

Section 3

Conduite de la recherche scientifique marine et action visant à la favoriser

Article 245

Recherche scientifique marine dans la mer territoriale

Les Etats côtiers, dans l'exercice de leur souveraineté, ont le droit exclusif de réglementer, d'autoriser et de mener des recherches scientifiques marines dans leur mer territoriale. La recherche scientifique marine dans la mer territoriale n'est menée qu'avec le consentement exprès de l'Etat côtier et dans les conditions fixées par lui.

Article 246

Recherche scientifique marine dans la zone économique exclusive et sur le plateau continental

1. Les Etats côtiers, dans l'exercice de leur juridiction, ont le droit de réglementer, d'autoriser et de mener des recherches scientifiques marines dans leur zone économique exclusive et sur leur plateau continental conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.

2. La recherche scientifique marine dans la zone économique exclusive et sur le plateau continental est menée avec le consentement de l'Etat côtier.

3. Dans des circonstances normales, les Etats côtiers consentent à la réalisation des projets de recherche scientifique marine que d'autres Etats ou les organisations internationales compétentes se proposent d'entreprendre dans leur zone économique

Abschnitt 3

Durchführung und Förderung der wissenschaftlichen Meeresforschung

Artikel 245

Wissenschaftliche Meeresforschung im Küstenmeer

Die Küstenstaaten haben in Ausübung ihrer Souveränität das ausschließliche Recht, die wissenschaftliche Meeresforschung in ihrem Küstenmeer zu regeln, zu genehmigen und zu betreiben. Die wissenschaftliche Meeresforschung darf dort nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Küstenstaats und zu den von ihm festgelegten Bedingungen betrieben werden.

Artikel 246

Wissenschaftliche Meeresforschung in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel

(1) Die Küstenstaaten haben in Ausübung ihrer Hoheitsbefugnisse das Recht, die wissenschaftliche Meeresforschung in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone und auf ihrem Festlandsockel in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Bestimmungen dieses Übereinkommens zu regeln, zu genehmigen und zu betreiben.

(2) Die wissenschaftliche Meeresforschung in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel wird mit Zustimmung des Küstenstaats betrieben.

(3) Unter normalen Umständen erteilen die Küstenstaaten ihre Zustimmung zu Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung anderer Staaten oder zuständiger internationaler Organisationen in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf ih-

ance with this Convention exclusively for peaceful purposes and in order to increase scientific knowledge of the marine environment for the benefit of all mankind. To this end, coastal States shall establish rules and procedures ensuring that such consent will not be delayed or denied unreasonably.

exclusive ou sur leur plateau continental conformément à la Convention, à des fins exclusivement pacifiques et en vue d'accroître les connaissances scientifiques sur le milieu marin dans l'intérêt de l'humanité tout entière. A cette fin, les Etats côtiers adoptent des règles et des procédures garantissant que leur consentement sera accordé dans des délais raisonnables et ne sera pas refusé abusivement.

rem Festlandsockel, die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen für ausschließlich friedliche Zwecke und zur Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnisse über die Meeresumwelt zum Nutzen der gesamten Menschheit durchzuführen sind. Zu diesem Zweck stellen die Küstenstaaten Regeln und Verfahren auf, durch die sichergestellt wird, daß diese Zustimmung nicht unangemessen verzögert oder mißbräuchlich verweigert wird.

4. For the purposes of applying paragraph 3, normal circumstances may exist in spite of the absence of diplomatic relations between the coastal State and the researching State.

4. Aux fins de l'application du paragraphe 3, les circonstances peuvent être considérées comme normales même en l'absence de relations diplomatiques entre l'Etat côtier et l'Etat qui se propose d'effectuer des recherches.

(4) Für die Anwendung des Absatzes 3 können normale Umstände auch dann gegeben sein, wenn zwischen dem Küstenstaat und dem Forschungsstaat diplomatische Beziehungen fehlen.

5. Coastal States may however in their discretion withhold their consent to the conduct of a marine scientific research project of another State or competent international organization in the exclusive economic zone or on the continental shelf of the coastal State if that project:

5. Les Etats côtiers peuvent cependant, à leur discrétion, refuser leur consentement à l'exécution d'un projet de recherche scientifique marine par un autre Etat ou par une organisation internationale compétente dans leur zone économique exclusive ou sur leur plateau continental dans les cas suivants:

(5) Die Küstenstaaten können jedoch nach eigenem Ermessen ihre Zustimmung zur Durchführung eines Vorhabens der wissenschaftlichen Meeresforschung durch einen anderen Staat oder eine zuständige internationale Organisation in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf ihrem Festlandsockel versagen, wenn das Vorhaben

(a) is of direct significance for the exploration and exploitation of natural resources, whether living or non-living;

a) si le projet a une incidence directe sur l'exploration et l'exploitation des ressources naturelles, biologiques ou non biologiques;

a) von unmittelbarer Bedeutung für die Erforschung und Ausbeutung der lebenden oder nichtlebenden Ressourcen ist;

(b) involves drilling into the continental shelf, the use of explosives or the introduction of harmful substances into the marine environment;

b) si le projet prévoit des forages dans le plateau continental, l'utilisation d'explosifs ou l'introduction de substances nocives dans le milieu marin;

b) Bohrungen im Festlandsockel, die Verwendung von Sprengstoffen oder die Zuführung von Schadstoffen in die Meeresumwelt vorsieht;

(c) involves the construction, operation or use of artificial islands, installations and structures referred to in articles 60 and 80;

c) si le projet prévoit la construction, l'exploitation ou l'utilisation des îles artificielles, installations et ouvrages visés aux articles 60 et 80;

c) die Errichtung, den Betrieb oder die Nutzung der in den Artikeln 60 und 80 genannten künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerke vorsieht;

(d) contains information communicated pursuant to article 248 regarding the nature and objectives of the project which is inaccurate or if the researching State or competent international organization has outstanding obligations to the coastal State from a prior research project.

d) si les renseignements communiqués quant à la nature et aux objectifs du projet en vertu de l'article 248 sont inexacts ou si l'Etat ou l'organisation internationale compétente auteur du projet ne s'est pas acquitté d'obligations contractées vis-à-vis de l'Etat côtier concerné au titre d'un projet de recherche antérieur.

d) nach Artikel 248 übermittelte Informationen über Art und Ziele des Vorhabens enthält, die unzutreffend sind, oder wenn der Staat oder die zuständige internationale Organisation, welche die Forschung betreiben, aus einem früheren Forschungsvorhaben herrührende Verpflichtungen gegenüber dem Küstenstaat nicht erfüllt hat.

6. Notwithstanding the provisions of paragraph 5, coastal States may not exercise their discretion to withhold consent under subparagraph (a) of that paragraph in respect of marine scientific research projects to be undertaken in accordance with the provisions of this Part on the continental shelf, beyond 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured, outside those specific areas which coastal States may at any time publicly designate as areas in which exploitation or detailed exploratory operations focused on those areas are occurring or will occur within a reasonable period of time. Coastal States shall give reasonable notice of the designation of such areas, as well as any modifications thereto, but shall not be obliged to give details of the operations therein.

6. Nonobstant le paragraphe 5, les Etats côtiers ne peuvent pas exercer leur pouvoir discrétionnaire de refuser leur consentement en vertu de la lettre a) de ce paragraphe, en ce qui concerne les projets de recherche scientifique marine devant être entrepris, conformément à la présente partie, sur le plateau continental, à plus de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale, en dehors de zones spécifiques qu'ils peuvent à tout moment, désigner officiellement comme faisant l'objet, ou devant faire l'objet dans un délai raisonnable, de travaux d'exploitation ou de travaux d'exploration poussée. Les Etats côtiers notifient dans des délais raisonnables les zones qu'ils désignent ainsi que toutes modifications s'y rapportant, mais ne sont pas tenus de fournir des détails sur les travaux dont elles font l'objet.

(6) Ungeachtet des Absatzes 5 dürfen die Küstenstaaten ihr Ermessen nicht so ausüben, daß sie ihre Zustimmung nach Buchstabe a jenes Absatzes für Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung versagen, die in Übereinstimmung mit diesem Teil auf dem Festlandsockel jenseits von 200 Seemeilen von den Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, außerhalb der bestimmten Gebiete durchgeführt werden sollen, welche die Küstenstaaten jederzeit öffentlich als Gebiete bezeichnen können, in denen auf diese Gebiete bezogene Ausbeutung oder eingehende Aufsuchungsarbeiten erfolgen oder innerhalb einer angemessenen Frist erfolgen werden. Die Küstenstaaten geben die von ihnen bezeichneten Gebiete und alle sich auf sie beziehenden Änderungen innerhalb einer angemessenen Frist bekannt; sie sind jedoch nicht verpflichtet, Einzelheiten der dort durchgeführten Arbeiten bekanntzugeben.

7. The provisions of paragraph 6 are without prejudice to the rights of coastal States over the continental shelf as established in article 77.

8. Marine scientific research activities referred to in this article shall not unjustifiably interfere with activities undertaken by coastal States in the exercise of their sovereign rights and jurisdiction provided for in this Convention.

7. Le paragraphe 6 s'applique sans préjudice des droits sur le plateau continental reconnus aux Etats côtiers à l'article 77.

8. Les recherches scientifiques marines visées au présent article ne doivent pas gêner de façon injustifiable les activités entreprises par les Etats côtiers dans l'exercice des droits souverains et de la juridiction que prévoit la Convention.

(7) Absatz 6 berührt nicht die Rechte der Küstenstaaten am Festlandsockel nach Artikel 77.

(8) Die in diesem Artikel genannten Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung dürfen die Tätigkeiten, die von den Küstenstaaten in Ausübung ihrer in diesem Übereinkommen vorgesehenen souveränen Rechte und Hoheitsbefugnisse durchgeführt werden, nicht ungerechtfertigt behindern.

Article 247

Marine scientific research projects undertaken by or under the auspices of international organizations

A coastal State which is a member of or has a bilateral agreement with an international organization, and in whose exclusive economic zone or on whose continental shelf that organization wants to carry out a marine scientific research project, directly or under its auspices, shall be deemed to have authorized the project to be carried out in conformity with the agreed specifications if that State approved the detailed project when the decision was made by the organization for the undertaking of the project, or is willing to participate in it, and has not expressed any objection within four months of notification of the project by the organization to the coastal State.

Article 247

Projets de recherche réalisés par des organisations internationales ou sous leurs auspices

Un Etat côtier qui est membre d'une organisation internationale ou lié à une telle organisation par un accord bilatéral et dans la zone économique exclusive ou sur le plateau continental duquel cette organisation veut exécuter directement ou faire exécuter sous ses auspices un projet de recherche scientifique marine, est réputé avoir autorisé l'exécution du projet conformément aux spécifications convenues s'il a approuvé le projet détaillé lorsque l'organisation a pris la décision de l'entreprendre ou s'il est disposé à y participer et n'a émis aucune objection à l'expiration d'un délai de quatre mois à compter du moment où notification du projet lui a été faite par l'organisation.

Artikel 247

Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung, die von internationalen Organisationen oder unter ihrer Schirmherrschaft durchgeführt werden

Die Genehmigung eines Küstenstaats, der Mitglied einer internationalen Organisation ist oder eine zweiseitige Übereinkunft mit einer solchen Organisation geschlossen hat und in dessen ausschließlicher Wirtschaftszone oder auf dessen Festlandsockel diese Organisation beabsichtigt, ein Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung selbst durchzuführen oder unter ihrer Schirmherrschaft durchführen zu lassen, gilt bezüglich des Vorhabens als erteilt, das entsprechend den vereinbarten Einzelheiten durchgeführt werden soll, sofern der Küstenstaat das Vorhaben in allen Einzelheiten billigte, als die Organisation die Durchführung des Vorhabens beschloß, oder sofern er zur Teilnahme daran bereit ist und nicht binnen vier Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem die Organisation ihn von dem Vorhaben unterrichtet hat, dagegen Einspruch erhebt.

Article 248

Duty to provide information to the coastal State

States and competent international organizations which intend to undertake marine scientific research in the exclusive economic zone or on the continental shelf of a coastal State shall, not less than six months in advance of the expected starting date of the marine scientific research project, provide that State with a full description of:

(a) the nature and objectives of the project;

(b) the method and means to be used, including name, tonnage, type and class of vessels and a description of scientific equipment;

(c) the precise geographical areas in which the project is to be conducted;

(d) the expected date of first appearance and final departure of the research vessels, or deployment of the equipment and its removal, as appropriate;

Article 248

Obligation de fournir des renseignements à l'Etat côtier

Les Etats et les organisations internationales compétentes qui ont l'intention d'entreprendre des recherches scientifiques marines dans la zone économique exclusive ou sur le plateau continental d'un Etat côtier fournissent à ce dernier, six mois au plus tard avant la date prévue pour le début du projet de recherche scientifique marine, un descriptif complet indiquant:

a) la nature et les objectifs du projet;

b) la méthode et les moyens qui seront utilisés, en précisant le nom, le tonnage, le type et la catégorie des navires, et un descriptif du matériel scientifique;

c) les zones géographiques précises où le projet sera exécuté;

d) les dates prévues de la première arrivée et du dernier départ des navires de recherche ou celles de l'installation et du retrait du matériel de recherche, selon le cas;

Artikel 248

Informationspflicht gegenüber dem Küstenstaat

Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen, die wissenschaftliche Meeresforschung in der ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf dem Festlandsockel eines Küstenstaats zu betreiben beabsichtigen, unterbreiten diesem Staat mindestens sechs Monate vor dem vorgesehenen Beginn des Vorhabens der wissenschaftlichen Meeresforschung vollständige Angaben über

a) die Art und die Ziele des Vorhabens;

b) die Methode und die Mittel, die angewendet werden sollen, einschließlich des Namens, des Raumgehalts, des Typs und der Klasse der Schiffe und eine Beschreibung der wissenschaftlichen Ausrüstung;

c) die genauen geographischen Gebiete, in denen das Vorhaben durchgeführt werden soll;

d) das vorgesehene Datum des ersten Eintreffens und der endgültigen Abfahrt der Forschungsschiffe beziehungsweise des Aufstellens und der Entfernung der Ausrüstung;

(e) the name of the sponsoring institution, its director, and the person in charge of the project; and

(f) the extent to which it is considered that the coastal State should be able to participate or to be represented in the project.

Article 249

Duty to comply with certain conditions

1. States and competent international organizations when undertaking marine scientific research in the exclusive economic zone or on the continental shelf of a coastal State shall comply with the following conditions:

(a) ensure the right of the coastal State, if it so desires, to participate or be represented in the marine scientific research project, especially on board research vessels and other craft or scientific research installations, when practicable, without payment of any remuneration to the scientists of the coastal State and without obligation to contribute towards the costs of the project;

(b) provide the coastal State, at its request, with preliminary reports, as soon as practicable, and with the final results and conclusions after the completion of the research;

(c) undertake to provide access for the coastal State, at its request, to all data and samples derived from the marine scientific research project and likewise to furnish it with data which may be copied and samples which may be divided without detriment to their scientific value;

(d) if requested, provide the coastal State with an assessment of such data, samples and research results or provide assistance in their assessment or interpretation;

(e) ensure, subject to paragraph 2, that the research results are made internationally available through appropriate national or international channels, as soon as practicable;

(f) inform the coastal State immediately of any major change in the research programme;

(g) unless otherwise agreed, remove the scientific research installations or equipment once the research is completed.

2. This article is without prejudice to the conditions established by the laws and regulations of the coastal State for the exercise

e) le nom de l'institution qui patronne le projet de recherche, du Directeur de cette institution et du responsable du projet;

f) la mesure dans laquelle on estime que l'Etat côtier peut participer au projet ou se faire représenter.

Article 249

Obligation de satisfaire à certaines conditions

1. Les Etats et les organisations internationales compétentes qui effectuent des recherches scientifiques marines dans la zone économique exclusive ou sur le plateau continental d'un Etat côtier doivent satisfaire aux conditions suivantes:

a) garantir à l'Etat côtier, si celui-ci le désire, le droit de participer au projet de recherche scientifique marine ou de se faire représenter, en particulier, lorsque cela est possible, à bord des navires et autres embarcations de recherche ou sur les installations de recherche scientifique, mais sans qu'il y ait paiement d'aucune rémunération aux chercheurs de cet Etat et sans que ce dernier soit obligé de participer aux frais du projet;

b) fournir à l'Etat côtier, sur sa demande, des rapports préliminaires, aussitôt que possible, ainsi que les résultats et conclusions finales, une fois les recherches terminées;

c) s'engager à donner à l'Etat côtier, sur sa demande, accès à tous les échantillons et données obtenus dans le cadre du projet de recherche scientifique marine, ainsi qu'à lui fournir des données pouvant être reproduites et des échantillons pouvant être fractionnés sans que cela nuise à leur valeur scientifique;

d) fournir à l'Etat côtier, sur sa demande, une évaluation de ces données, échantillons et résultats de recherche, ou l'aider à les évaluer ou à les interpréter;

e) faire en sorte, sous réserve du paragraphe 2, que les résultats des recherches soient rendus disponibles aussitôt que possible sur le plan international par les voies nationales ou internationales appropriées;

f) informer immédiatement l'Etat côtier de toute modification majeure apportée au projet de recherche;

g) enlever les installations ou le matériel de recherche scientifique, une fois les recherches terminées, à moins qu'il n'en soit convenu autrement.

2. Le présent article s'applique sans préjudice des conditions fixées par les lois et règlements de l'Etat côtier en ce qui concer-

e) den Namen der das Vorhaben befürwortenden Institution, ihres Leiters und der für das Vorhaben verantwortlichen Person und

f) das Ausmaß, in dem sich der Küstenstaat voraussichtlich an dem Vorhaben beteiligen oder dabei vertreten lassen kann.

Artikel 249

Pflicht zur Erfüllung bestimmter Auflagen

(1) Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen erfüllen bei der Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung in der ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf dem Festlandsockel eines Küstenstaats folgende Auflagen:

a) Sie stellen das Recht des Küstenstaats sicher, auf Wunsch an dem Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung teilzunehmen oder dabei vertreten zu sein, insbesondere, soweit dies möglich ist, an Bord von Forschungsschiffen und sonstigen Fahrzeugen oder auf wissenschaftlichen Forschungsanlagen, und zwar ohne Zahlung einer Vergütung an die Wissenschaftler des Küstenstaats und ohne Verpflichtung für diesen, sich an den Kosten des Vorhabens zu beteiligen;

b) sie stellen dem Küstenstaat auf dessen Ersuchen so bald wie möglich vorläufige Berichte und nach Abschluß der Forschungsarbeiten die endgültigen Ergebnisse und Schlußfolgerungen zur Verfügung;

c) sie verpflichten sich, dem Küstenstaat auf dessen Ersuchen Zugang zu allen aus dem Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung gewonnenen Daten und Proben zu gewähren sowie ihm Daten, die vervielfältigt werden können, und Proben, die ohne Beeinträchtigung ihres wissenschaftlichen Wertes geteilt werden können, zur Verfügung zu stellen;

d) sie stellen dem Küstenstaat auf dessen Ersuchen eine Beurteilung dieser Daten, Proben und Forschungsergebnisse zur Verfügung oder unterstützen ihn bei ihrer Beurteilung oder Auslegung;

e) sie stellen vorbehaltlich des Absatzes 2 sicher, daß die Forschungsergebnisse so bald wie möglich auf geeigneten nationalen oder internationalen Wegen international zugänglich gemacht werden;

f) sie teilen dem Küstenstaat sofort jede größere Änderung im Forschungsprogramm mit;

g) sie entfernen, wenn nichts anderes vereinbart ist, die Anlagen oder Ausrüstungen für die wissenschaftliche Forschung, sobald die Forschungsarbeiten abgeschlossen sind.

(2) Dieser Artikel berührt nicht die durch Gesetze und sonstige Vorschriften des Küstenstaats festgelegten Bedingungen für

of its discretion to grant or withhold consent pursuant to article 246, paragraph 5, including requiring prior agreement for making internationally available the research results of a project of direct significance for the exploration and exploitation of natural resources.

ne l'exercice de son pouvoir discrétionnaire d'accorder ou de refuser son consentement en application de l'article 246, paragraphe 5, y compris l'obligation d'obtenir son accord préalable pour diffuser sur le plan international les résultats des recherches relevant d'un projet intéressant directement l'exploration et l'exploitation de ressources naturelles.

die Ausübung seines Ermessens, nach Artikel 246 Absatz 5 die Zustimmung zu erteilen oder zu versagen, einschließlich der Verpflichtung, sein vorheriges Einverständnis einzuholen, um die Forschungsergebnisse eines Vorhabens, das von unmittelbarer Bedeutung für die Erforschung und Ausbeutung von Ressourcen ist, international zugänglich zu machen.

Article 250

Communications concerning marine scientific research projects

Communications concerning the marine scientific research projects shall be made through appropriate official channels, unless otherwise agreed.

Article 250

Communications concernant les projets de recherche scientifique marine

Les communications concernant les projets de recherche scientifique marine sont faites par les voies officielles appropriées, à moins qu'il n'en soit convenu autrement.

Artikel 250

Mitteilungen über Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung

Mitteilungen über Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung erfolgen auf geeigneten amtlichen Wegen, sofern nichts anderes vereinbart ist.

Article 251

General criteria and guidelines

States shall seek to promote through competent international organizations the establishment of general criteria and guidelines to assist States in ascertaining the nature and implications of marine scientific research.

Article 251

Critères généraux et principes directeurs

Les Etats s'efforcent de promouvoir, par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, l'établissement de critères généraux et de principes directeurs propres à les aider à déterminer la nature et les implications des travaux de recherche scientifique marine.

Artikel 251

Allgemeine Kriterien und Richtlinien

Die Staaten bemühen sich, durch die zuständigen internationalen Organisationen die Aufstellung allgemeiner Kriterien und Richtlinien zu fördern, um den Staaten bei der Bestimmung der Art und der Folgen der wissenschaftlichen Meeresforschung zu helfen.

Article 252

Implied consent

States or competent international organizations may proceed with a marine scientific research project six months after the date upon which the information required pursuant to article 248 was provided to the coastal State unless within four months of the receipt of the communication containing such information the coastal State has informed the State or organization conducting the research that:

(a) it has withheld its consent under the provisions of article 246; or

(b) the information given by that State or competent international organization regarding the nature or objectives of the project does not conform to the manifestly evident facts; or

(c) it requires supplementary information relevant to conditions and the information provided for under articles 248 and 249; or

(d) outstanding obligations exist with respect to a previous marine scientific research project carried out by that State or organization, with regard to conditions established in article 249.

Article 252

Consentement tacite

Les Etats ou les organisations internationales compétentes peuvent mettre à exécution un projet de recherche scientifique marine à l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date à laquelle les renseignements requis en vertu de l'article 248 ont été communiqués à l'Etat côtier, à moins que, dans un délai de quatre mois à compter de la réception de ces renseignements, celui-ci n'ait fait savoir à l'Etat ou à l'organisation qui se propose d'effectuer les recherches:

a) qu'il refuse son contentement, en vertu de l'article 246; ou

b) que les renseignements fournis par cet Etat ou cette organisation internationale compétente quant à la nature ou aux objectifs du projet ne correspondent pas aux faits patents; ou

c) qu'il a besoin d'un complément d'information à propos des renseignements ou des conditions visés aux articles 248 et 249; ou

d) que des obligations découlant des conditions fixées à l'article 249 pour un projet de recherche scientifique marine précédemment exécuté par cet Etat ou cette organisation n'ont pas été remplies.

Artikel 252

Stillschweigende Zustimmung

Die Staaten oder die zuständigen internationalen Organisationen können mit einem Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung sechs Monate nach dem Tag beginnen, an dem die nach Artikel 248 erforderlichen Informationen dem Küstenstaat zur Verfügung gestellt wurden, sofern dieser Staat nicht innerhalb von vier Monaten nach Eingang der Informationen dem Staat oder der Organisation, welche die Forschung betreiben, mitgeteilt hat,

a) daß er seine Zustimmung nach Artikel 246 versagt;

b) daß die von dem betreffenden Staat oder der betreffenden zuständigen internationalen Organisation übermittelten Informationen über die Art oder die Ziele des Vorhabens nicht den offensichtlichen Tatsachen entsprechen;

c) daß er zusätzliche Informationen bezüglich der in den Artikeln 248 und 249 vorgesehenen Auflagen und Informationen benötigt oder

d) daß Verpflichtungen hinsichtlich der Auflagen des Artikels 249 in bezug auf ein von diesem Staat oder dieser Organisation durchgeführtes früheres Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung noch nicht erfüllt sind.

Article 253

Suspension or cessation of marine scientific research activities

1. A coastal State shall have the right to require the suspension of any marine scientific research activities in progress within its

Article 253

Suspension ou cessation des travaux de recherche scientifique marine

1. L'Etat côtier a le droit d'exiger la suspension des travaux de recherche scientifique marine en cours dans sa zone écono-

Artikel 253

Unterbrechung oder Einstellung von Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung

(1) Der Küstenstaat hat das Recht, die Unterbrechung jeder in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone oder auf seinem Fest-

exclusive economic zone or on its continental shelf if:

(a) the research activities are not being conducted in accordance with the information communicated as provided under article 248 upon which the consent of the coastal State was based; or

(b) the State or competent international organization conducting the research activities fails to comply with the provisions of article 249 concerning the rights of the coastal State with respect to the marine scientific research project.

2. A coastal State shall have the right to require the cessation of any marine scientific research activities in case of any non-compliance with the provisions of article 248 which amounts to a major change in the research project or the research activities.

3. A coastal State may also require cessation of marine scientific research activities if any of the situations contemplated in paragraph 1 are not rectified within a reasonable period of time.

4. Following notification by the coastal State of its decision to order suspension or cessation, States or competent international organizations authorized to conduct marine scientific research activities shall terminate the research activities that are the subject of such a notification.

5. An order of suspension under paragraph 1 shall be lifted by the coastal State and the marine scientific research activities allowed to continue once the researching State or competent international organization has complied with the conditions required under articles 248 and 249.

Article 254

Rights of neighbouring land-locked and geographically disadvantaged States

1. States and competent international organizations which have submitted to a coastal State a project to undertake marine scientific research referred to in article 246, paragraph 3, shall give notice to the neighbouring land-locked and geographically disadvantaged States of the proposed research project, and shall notify the coastal State thereof.

2. After the consent has been given for the proposed marine scientific research project by the coastal State concerned, in accordance with article 246 and other relevant provisions of this Convention, States and competent international organizations undertaking such a project shall provide to the neighbouring land-locked and geographically disadvantaged States, at their request

mique exclusive ou sur son plateau continental:

a) si ces travaux ne sont pas menés conformément aux renseignements communiqués en vertu de l'article 248, sur lesquels l'Etat côtier s'est fondé pour donner son consentement; ou

b) si l'Etat ou l'organisation internationale compétente qui les mènent ne respecte pas les dispositions de l'article 249 relatives aux droits de l'Etat côtier en ce qui concerne le projet de recherche scientifique marine.

2. L'Etat côtier a le droit d'exiger la cessation de tous travaux de recherche scientifique marine dans tous les cas où l'inobservation de l'article 248 équivaut à modifier de façon importante le projet ou les travaux de recherche.

3. L'Etat côtier peut également exiger la cessation des travaux de recherche scientifique marine s'il n'est pas remédié dans un délai raisonnable à l'une quelconque des situations visées au paragraphe 1.

4. Après avoir reçu notification par l'Etat côtier de sa décision d'exiger la suspension ou la cessation de travaux de recherche scientifique marine, les Etats ou les organisations internationales compétentes autorisés à mener ces travaux mettent fin à ceux qui font l'objet de la notification.

5. L'ordre de suspension donné en vertu du paragraphe 1 est levé par l'Etat côtier et le projet de recherche scientifique marine peut se poursuivre dès que l'Etat ou l'organisation internationale compétente qui effectue ces travaux de recherche scientifique marine s'est conformé aux conditions prévues aux articles 248 et 249.

Article 254

Droits des Etats voisins sans littoral et des Etats voisins géographiquement désavantagés

1. Les Etats et les organisations internationales compétentes qui ont présenté à un Etat côtier un projet de recherche scientifique marine visé à l'article 246, paragraphe 3, en avisent les Etats voisins sans littoral et les Etats voisins géographiquement désavantagés et notifient à l'Etat côtier l'envoi de ces avis.

2. Une fois que l'Etat côtier concerné a donné son consentement au projet, conformément à l'article 246 et aux autres dispositions pertinentes de la Convention, les Etats et les organisations internationales compétentes qui entreprennent le projet fournissent aux Etats voisins sans littoral et aux Etats voisins géographiquement désavantagés, sur leur demande et selon qu'il

landsockel bereits aufgenommenen Tätigkeit der wissenschaftlichen Meeresforschung zu verlangen,

a) wenn die Forschungstätigkeit nicht in Übereinstimmung mit den nach Artikel 248 übermittelten Informationen durchgeführt wird, auf die sich die Zustimmung des Küstenstaats stützte, oder

b) wenn der Staat oder die zuständige internationale Organisation, welche die Forschungstätigkeit durchführen, die Bestimmungen des Artikels 249 über die Rechte des Küstenstaats in bezug auf das Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung nicht einhält.

(2) Der Küstenstaat hat das Recht, bei Nichteinhaltung der Bestimmungen des Artikels 248, die zu einer größeren Änderung des Forschungsvorhabens oder der Forschungstätigkeit führt, die Einstellung aller Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung zu verlangen.

(3) Der Küstenstaat kann auch die Einstellung von Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung verlangen, wenn einer der in Absatz 1 genannten Umstände nicht innerhalb einer angemessenen Frist behoben ist.

(4) Nach Eingang der Notifikation des Küstenstaats über seinen Beschluß, die Unterbrechung oder Einstellung von Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung anzuordnen, beenden die zur Durchführung dieser Tätigkeiten befugten Staaten oder zuständigen internationalen Organisationen die Forschungstätigkeiten, die Gegenstand dieser Notifikation sind.

(5) Eine Anordnung auf Unterbrechung nach Absatz 1 wird vom Küstenstaat aufgehoben, und die Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung dürfen fortgeführt werden, sobald der Staat oder die zuständige internationale Organisation, welche die Forschung betreiben, die Auflagen nach den Artikeln 248 und 249 erfüllt hat.

Artikel 254

Rechte benachbarter Binnenstaaten und geographisch benachteiligter Staaten

(1) Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen, die einem Küstenstaat ein Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung nach Artikel 246 Absatz 3 unterbreitet haben, unterrichten die benachbarten Binnenstaaten und geographisch benachteiligten Staaten von dem geplanten Forschungsvorhaben und teilen dies dem Küstenstaat mit.

(2) Nachdem der betreffende Küstenstaat in Übereinstimmung mit Artikel 246 und anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens die Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung erteilt hat, stellen die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen, die das Vorhaben durchführen, den benachbarten Binnen-

and when appropriate, relevant information as specified in article 248 and article 249, paragraph 1(f).

3. The neighbouring land-locked and geographically disadvantaged States referred to above shall, at their request, be given the opportunity to participate, whenever feasible, in the proposed marine scientific research project through qualified experts appointed by them and not objected to by the coastal State, in accordance with the conditions agreed for the project, in conformity with the provisions of this Convention, between the coastal State concerned and the State or competent international organizations conducting the marine scientific research.

4. States and competent international organizations referred to in paragraph 1 shall provide to the above-mentioned land-locked and geographically disadvantaged States, at their request, the information and assistance specified in article 249, paragraph 1(d), subject to the provisions of article 249, paragraph 2.

convient, les renseignements spécifiés à l'article 248 et à l'article 249, paragraphe 1, lettre f).

3. Les Etats sans littoral et les Etats géographiquement désavantagés susvisés se voient accorder, sur leur demande, la possibilité de participer autant que faire se peut au projet de recherche scientifique marine envisagé par l'intermédiaire d'experts qualifiés désignés par eux et non récusés par l'Etat côtier, selon les conditions dont l'Etat côtier et l'Etat ou les organisations internationales compétentes qui mènent les travaux de recherche scientifique marine sont convenus pour l'exécution du projet, en conformité de la Convention.

4. Les Etats et les organisations internationales compétentes visés au paragraphe 1 fournissent, sur leur demande, aux Etats sans littoral et aux Etats géographiquement désavantagés susvisés les renseignements et l'assistance spécifiés à l'article 249, paragraphe 1, lettre d), sous réserve du paragraphe 2 du même article.

staaten und geographisch benachteiligten Staaten auf deren Ersuchen gegebenenfalls sachdienliche Informationen nach Maßgabe des Artikels 248 und des Artikels 249 Absatz 1 Buchstabe f zur Verfügung.

(3) Die obengenannten benachbarten Binnenstaaten und geographisch benachteiligten Staaten erhalten auf ihr Ersuchen Gelegenheit, soweit es durchführbar ist, durch von ihnen benannte und vom Küstenstaat nicht abgelehnte befähigte Fachleute an dem geplanten Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung in Übereinstimmung mit den Auflagen teilzunehmen, die zwischen dem betreffenden Küstenstaat und dem Staat oder den zuständigen internationalen Organisationen, welche die wissenschaftliche Meeresforschung betreiben, im Einklang mit diesem Übereinkommen für das Vorhaben vereinbart worden sind.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Staaten und zuständigen internationalen Organisationen stellen den obengenannten Binnenstaaten und geographisch benachteiligten Staaten auf ihr Ersuchen die Informationen und die Unterstützung nach Artikel 249 Absatz 1 Buchstabe d vorbehaltlich des Artikels 249 Absatz 2 zur Verfügung.

Article 255

Measures to facilitate marine scientific research and assist research vessels

States shall endeavour to adopt reasonable rules, regulations and procedures to promote and facilitate marine scientific research conducted in accordance with this Convention beyond their territorial sea and, as appropriate, to facilitate, subject to the provisions of their laws and regulations, access to their harbours and promote assistance for marine scientific research vessels which comply with the relevant provisions of this Part.

Article 255

Mesures visant à faciliter la recherche scientifique marine et l'assistance aux navires de recherche

Les Etats s'efforcent d'adopter des règles, règlements et procédures raisonnables en vue d'encourager et de faciliter la recherche scientifique marine menée conformément à la Convention au-delà de leur mer territoriale et, si besoin est, de faciliter aux navires de recherche scientifique marine qui se conforment aux dispositions pertinentes de la présente partie l'accès à leurs ports, sous réserve de leurs lois et règlements, et de promouvoir l'assistance à ces navires.

Artikel 255

Maßnahmen zur Erleichterung der wissenschaftlichen Meeresforschung und zur Unterstützung von Forschungsschiffen

Die Staaten bemühen sich, geeignete Regeln, Vorschriften und Verfahren zu erlassen, um die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen außerhalb ihres Küstenmeers betriebene wissenschaftliche Meeresforschung zu fördern und zu erleichtern und um gegebenenfalls, vorbehaltlich ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften, den der wissenschaftlichen Meeresforschung dienenden Schiffen, welche die einschlägigen Bestimmungen dieses Teiles einhalten, den Zugang zu ihren Häfen zu erleichtern und die Unterstützung dieser Schiffe zu fördern.

Article 256

Marine scientific research in the Area

All States, irrespective of their geographical location, and competent international organizations have the right, in conformity with the provisions of Part XI, to conduct marine scientific research in the Area.

Article 256

Recherche scientifique marine dans la Zone

Tous les Etats, quelle que soit leur situation géographique, ainsi que les organisations internationales compétentes, ont le droit d'effectuer des recherches scientifiques marines dans la Zone, conformément à la partie XI.

Artikel 256

Wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet

Alle Staaten – ungeachtet ihrer geographischen Lage – und die zuständigen internationalen Organisationen haben das Recht, im Einklang mit Teil XI wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet zu betreiben.

Article 257

Marine scientific research in the water column beyond the exclusive economic zone

All States, irrespective of their geographical location, and competent international organizations have the right, in conformity with this Convention, to conduct marine scientific research in the water col-

Article 257

Recherche scientifique marine dans la colonne d'eau au-delà des limites de la zone économique exclusive

Tous les Etats, quelle que soit leur situation géographique, ainsi que les organisations internationales compétentes, ont le droit, conformément à la Convention, d'effectuer des recherches scientifiques ma-

Artikel 257

Wissenschaftliche Meeresforschung in der Wassersäule jenseits der Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszone

Alle Staaten – ungeachtet ihrer geographischen Lage – und die zuständigen internationalen Organisationen haben das Recht, im Einklang mit diesem Übereinkommen wissenschaftliche Meeresforschung in

umn beyond the limits of the exclusive economic zone.

rines dans la colonne d'eau au-delà des limites de la zone économique exclusive.

der Wassersäule jenseits der Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszone zu betreiben.

Section 4
Scientific research installations or equipment in the marine environment

Section 4
Installations et matériel de recherche scientifique dans le milieu marin

Abschnitt 4
Anlagen und Ausrüstungen für die wissenschaftliche Forschung in der Meeresumwelt

Article 258
Deployment and use

The deployment and use of any type of scientific research installations or equipment in any area of the marine environment shall be subject to the same conditions as are prescribed in this Convention for the conduct of marine scientific research in any such area.

Article 258
Mise en place et utilisation

La mise en place et l'utilisation d'installations ou de matériel de recherche scientifique de tout type dans une zone quelconque du milieu marin sont subordonnées aux mêmes conditions que celles prévues par la Convention pour la conduite de la recherche scientifique marine dans la zone considérée.

Artikel 258
Aufstellung und Nutzung

Die Aufstellung und Nutzung von Anlagen oder Ausrüstungen jeder Art für die wissenschaftliche Forschung in irgendeinem Gebiet der Meeresumwelt unterliegen denselben Auflagen, die in diesem Übereinkommen für die Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung in einem solchen Gebiet vorgeschrieben sind.

Article 259
Legal status

The installations or equipment referred to in this section do not possess the status of islands. They have no territorial sea of their own, and their presence does not affect the delimitation of the territorial sea, the exclusive economic zone or the continental shelf.

Article 259
Régime juridique

Les installations ou le matériel visés dans la présente section n'ont pas le statut d'îles. Elles n'ont pas de mer territoriale qui leur soit propre, et leur présence n'influe pas sur la délimitation de la mer territoriale, de la zone économique exclusive ou du plateau continental.

Artikel 259
Rechtsstatus

Die in diesem Abschnitt bezeichneten Anlagen oder Ausrüstungen haben nicht den Status von Inseln. Sie haben kein eigenes Küstenmeer, und ihr Vorhandensein berührt nicht die Abgrenzung des Küstenmeers, der ausschließlichen Wirtschaftszone oder des Festlandsockels.

Article 260
Safety zones

Safety zones of a reasonable breadth not exceeding a distance of 500 metres may be created around scientific research installations in accordance with the relevant provisions of this Convention. All States shall ensure that such safety zones are respected by their vessels.

Article 260
Zones de sécurité

Des zones de sécurité d'une largeur raisonnable ne dépassant pas 500 mètres peuvent être établies autour des installations de recherche scientifique, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention. Tous les Etats veillent à ce que leurs navires respectent ces zones de sécurité.

Artikel 260
Sicherheitszonen

Um die wissenschaftlichen Forschungsanlagen herum können in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Bestimmungen dieses Übereinkommens Sicherheitszonen mit einer angemessenen Breite von höchstens 500 Metern festgelegt werden. Alle Staaten stellen sicher, daß ihre Schiffe diese Sicherheitszonen beachten.

Article 261
Non-interference with shipping routes

The deployment and use of any type of scientific research installations or equipment shall not constitute an obstacle to established international shipping routes.

Article 261
Obligation de ne pas créer d'obstacle à la navigation internationale

La mise en place et l'utilisation d'installations ou de matériel de recherche scientifique de tout type ne doivent pas entraver la navigation par les routes internationalement pratiquées.

Artikel 261
Nichtbehinderung auf Schiffahrtswegen

Die Aufstellung und Nutzung von Anlagen oder Ausrüstungen jeder Art für die wissenschaftliche Forschung dürfen die Schiffahrt auf den international genutzten Schiffahrtswegen nicht behindern.

Article 262
Identification markings and warning signals

Installations or equipment referred to in this section shall bear identification markings indicating the State of registry or the international organization to which they belong and shall have adequate internationally agreed warning signals to ensure safety at sea and the safety of air navigation, taking into account rules and standards establ-

Article 262
Marques d'identification et moyens de signalisation

Les installations ou le matériel visés dans la présente section sont munis de marques d'identification indiquant l'Etat d'immatriculation ou l'organisation internationale à laquelle ils appartiennent, ainsi que de moyens appropriés de signalisation internationalement convenus pour assurer la sécurité de la navigation maritime et aérienne,

Artikel 262
Kennzeichnungen und Warnsignale

Die in diesem Abschnitt genannten Anlagen oder Ausrüstungen müssen Kennzeichnungen tragen, die angeben, in welchem Staat sie registriert sind oder welcher internationalen Organisation sie gehören; sie müssen mit geeigneten international vereinbarten Warnsignalen versehen sein, um die Sicherheit auf See und die Sicherheit der

ished by competent international organizations.

compte tenu des règles et normes établies par les organisations internationales compétentes.

Luftfahrt zu gewährleisten, wobei die von den zuständigen internationalen Organisationen aufgestellten Regeln und Normen berücksichtigt werden.

Section 5
Responsibility and liability

Article 263
Responsibility and liability

1. States and competent international organizations shall be responsible for ensuring that marine scientific research, whether undertaken by them or on their behalf, is conducted in accordance with this Convention.

2. States and competent international organizations shall be responsible and liable for the measures they take in contravention of this Convention in respect of marine scientific research conducted by other States, their natural or juridical persons or by competent international organizations, and shall provide compensation for damage resulting from such measures.

3. States and competent international organizations shall be responsible and liable pursuant to article 235 for damage caused by pollution of the marine environment arising out of marine scientific research undertaken by them or on their behalf.

Section 5
Responsabilité

Article 263
Responsabilité

1. Il incombe aux Etats et aux organisations internationales compétentes de veiller à ce que les recherches scientifiques marines, qu'elles soient entreprises par eux ou pour leur compte, soient menées conformément à la Convention.

2. Les Etats et les organisations internationales compétentes sont responsables des mesures qu'ils prennent en violation de la Convention en ce qui concerne les travaux de recherche scientifique marine menés par d'autres Etats, par des personnes physiques ou morales ayant la nationalité de ces Etats ou par les organisations internationales compétentes, et ils réparent les dommages découlant de telles mesures.

3. Les Etats et les organisations internationales compétentes sont responsables, en vertu de l'article 235, des dommages causés par la pollution du milieu marin résultant de recherches scientifiques marines effectuées par eux ou pour leur compte.

Abschnitt 5
Verantwortlichkeit und Haftung

Artikel 263
Verantwortlichkeit und Haftung

(1) Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen sind verpflichtet sicherzustellen, daß die von ihnen oder in ihrem Namen betriebene wissenschaftliche Meeresforschung in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen durchgeführt wird.

(2) Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen sind für Maßnahmen verantwortlich und haftbar, die sie unter Verletzung dieses Übereinkommens hinsichtlich der von anderen Staaten, ihren natürlichen oder juristischen Personen oder von zuständigen internationalen Organisationen betriebenen wissenschaftlichen Meeresforschung ergreifen, und leisten Schadenersatz für die sich aus diesen Maßnahmen ergebenden Schäden.

(3) Die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen sind nach Artikel 235 für Schäden verantwortlich und haftbar, die durch Verschmutzung der Meeresumwelt infolge der von ihnen oder in ihrem Namen durchgeführten wissenschaftlichen Meeresforschung verursacht wurden.

Section 6
Settlement of disputes and interim measures

Article 264
Settlement of disputes

Disputes concerning the interpretation or application of the provisions of this Convention with regard to marine scientific research shall be settled in accordance with Part XV, sections 2 and 3.

Article 265
Interim measures

Pending settlement of a dispute in accordance with Part XV, sections 2 and 3, the State or competent international organization authorized to conduct a marine scientific research project shall not allow research activities to commence or continue without the express consent of the coastal State concerned.

Section 6
Règlement des différends et mesures conservatoires

Article 264
Règlement des différends

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application des dispositions de la Convention visant la recherche scientifique marine sont réglés conformément aux sections 2 et 3 de la partie XV.

Article 265
Mesures conservatoires

Tant qu'un différend n'est pas réglé conformément aux sections 2 et 3 de la partie XV, l'Etat ou l'organisation internationale compétente autorisé à exécuter le projet de recherche scientifique marine ne permet pas d'entreprendre ou de poursuivre les recherches sans le consentement exprès de l'Etat côtier concerné.

Abschnitt 6
Beilegung von Streitigkeiten und einstweilige Maßnahmen

Artikel 264
Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der Bestimmungen dieses Übereinkommens über die wissenschaftliche Meeresforschung werden in Übereinstimmung mit Teil XV Abschnitte 2 und 3 beigelegt.

Artikel 265
Einstweilige Maßnahmen

Solange eine Streitigkeit nicht in Übereinstimmung mit Teil XV Abschnitte 2 und 3 beigelegt ist, gestattet der Staat oder die zuständige internationale Organisation, die zur Durchführung eines Vorhabens der wissenschaftlichen Meeresforschung befugt sind, nicht, daß Forschungstätigkeiten ohne ausdrückliche Zustimmung des betreffenden Küstenstaats begonnen oder fortgeführt werden.

Part XIV

Development and transfer of marine technology

Section 1

General provisions

Article 266

Promotion of the development and transfer of marine technology

1. States, directly or through competent international organizations, shall co-operate in accordance with their capabilities to promote actively the development and transfer of marine science and marine technology on fair and reasonable terms and conditions.

2. States shall promote the development of the marine scientific and technological capacity of States which may need and request technical assistance in this field, particularly developing States, including land-locked and geographically disadvantaged States, with regard to the exploration, exploitation, conservation and management of marine resources, the protection and preservation of the marine environment, marine scientific research and other activities in the marine environment compatible with this Convention, with a view to accelerating the social and economic development of the developing States.

3. States shall endeavour to foster favourable economic and legal conditions for the transfer of marine technology for the benefit of all parties concerned on an equitable basis.

Article 267

Protection of legitimate interests

States, in promoting co-operation pursuant to article 266, shall have due regard for all legitimate interests including, inter alia, the rights and duties of holders, suppliers and recipients of marine technology.

Article 268

Basic objectives

States, directly or through competent international organizations, shall promote:

(a) the acquisition, evaluation and dissemination of marine technological knowledge and facilitate access to such information and data;

(b) the development of appropriate marine technology;

(c) the development of the necessary technological infrastructure to facilitate the transfer of marine technology;

Partie XIV

Développement et transfert des techniques marines

Section 1

Dispositions générales

Article 266

Promotion du développement et du transfert des techniques marines

1. Les Etats, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, coopèrent, dans la mesure de leurs capacités, en vue de favoriser activement le développement et le transfert des sciences et techniques de la mer selon des modalités et à des conditions justes et raisonnables.

2. Les Etats favorisent le développement de la capacité, dans le domaine des sciences et techniques marines, de ceux d'entre eux qui ont besoin et demandent à bénéficier d'une assistance technique dans ce domaine, notamment les Etats en développement, y compris les Etats sans littoral ou géographiquement désavantagés, en ce qui concerne l'exploration, l'exploitation, la conservation et la gestion des ressources de la mer, la protection et la préservation du milieu marin, la recherche scientifique marine et autres activités s'exerçant dans le milieu marin qui sont compatibles avec la Convention, en vue d'accélérer le progrès social et économique des Etats en développement.

3. Les Etats s'efforcent de favoriser l'instauration de conditions économiques et juridiques propices au transfert des techniques marines, sur une base équitable, au profit de toutes les parties concernées.

Article 267

Protection des intérêts légitimes

Les Etats, en favorisant la coopération en application de l'article 266, tiennent dûment compte de tous les intérêts légitimes, ainsi que des droits et obligations des détenteurs, des fournisseurs et des acquéreurs de techniques marines.

Article 268

Objectifs fondamentaux

Les Etats, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, doivent promouvoir:

a) l'acquisition, l'évaluation et la diffusion de connaissances dans le domaine des techniques marines; ils facilitent l'accès à l'information et aux données pertinentes;

b) le développement de techniques marines appropriées;

c) le développement de l'infrastructure technique nécessaire pour faciliter le transfert des techniques marines;

Teil XIV

Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 266

Förderung der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie

(1) Die Staaten arbeiten, soweit es ihnen möglich ist, unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen zusammen, um die Entwicklung und Weitergabe von meereswissenschaftlichen Kenntnissen und von Meerestechnologie zu angemessenen und annehmbaren Bedingungen aktiv zu fördern.

(2) Die Staaten fördern die Entwicklung der meereswissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit der Staaten, die technische Hilfe auf diesem Gebiet benötigen und um diese ersuchen, insbesondere der Entwicklungsstaaten einschließlich der Binnenstaaten und der geographisch benachteiligten Staaten, im Hinblick auf die Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der Meeresressourcen, den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt, die wissenschaftliche Meeresforschung und sonstige Tätigkeiten in der Meeresumwelt, die mit diesem Übereinkommen vereinbar sind, um den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsstaaten zu beschleunigen.

(3) Die Staaten bemühen sich, günstige wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen für die Weitergabe von Meerestechnologie zum Nutzen aller Beteiligten auf gerechter Grundlage zu fördern.

Artikel 267

Schutz berechtigter Interessen

Die Staaten nehmen bei der Förderung der Zusammenarbeit nach Artikel 266 gebührend Rücksicht auf alle berechtigten Interessen, insbesondere auf die Rechte und Pflichten der Inhaber, Lieferer und Empfänger von Meerestechnologie.

Artikel 268

Grundlegende Ziele

Die Staaten fördern unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen

a) den Erwerb, die Auswertung und die Verbreitung meerestechnologischer Kenntnisse und erleichtern den Zugang zu den entsprechenden Informationen und Daten;

b) die Entwicklung geeigneter Meerestechnologie;

c) die Entwicklung der notwendigen technologischen Infrastruktur zur Erleichterung der Weitergabe von Meerestechnologie;

(d) the development of human resources through training and education of nationals of developing States and countries and especially the nationals of the least developed among them;

(e) international co-operation at all levels, particularly at the regional, subregional and bilateral levels.

d) la mise en valeur des ressources humaines par la formation et l'enseignement dispensés aux ressortissants des Etats et pays en développement, en particulier de ceux d'entre eux qui sont les moins avancés;

e) la coopération internationale à tous les niveaux, notamment la coopération régionale, sous-régionale et bilatérale.

d) die Erschließung des Arbeitskräftepotentials durch Schulung und Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungsstaaten und -länder, insbesondere von Staatsangehörigen der am wenigsten entwickelten unter ihnen;

e) die internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen, insbesondere im regionalen, subregionalen und zweiseitigen Rahmen.

Article 269

Measures to achieve the basic objectives

In order to achieve the objectives referred to in article 268, States, directly or through competent international organizations, shall endeavour, inter alia, to:

(a) establish programmes of technical co-operation for the effective transfer of all kinds of marine technology to States which may need and request technical assistance in this field, particularly the developing land-locked and geographically disadvantaged States, as well as other developing States which have not been able either to establish or develop their own technological capacity in marine science and in the exploration and exploitation of marine resources or to develop the infrastructure of such technology;

(b) promote favourable conditions for the conclusion of agreements, contracts and other similar arrangements, under equitable and reasonable conditions;

(c) hold conferences, seminars and symposia on scientific and technological subjects, in particular on policies and methods for the transfer of marine technology;

(d) promote the exchange of scientists and of technological and other experts;

(e) undertake projects and promote joint ventures and other forms of bilateral and multilateral co-operation.

Article 269

Mesures à prendre en vue d'atteindre les objectifs fondamentaux

En vue d'atteindre les objectifs visés à l'article 268, les Etats s'emploient, entre autres, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes à

a) établir des programmes de coopération technique en vue du transfert effectif de techniques marines de tous ordres aux Etats qui ont besoin et demandent à bénéficier d'une assistance technique dans ce domaine, notamment aux Etats en développement sans littoral ou géographiquement désavantagés, ainsi qu'à d'autres Etats en développement qui n'ont pas été en mesure soit de créer, soit de développer leur propre capacité technique dans le domaine des sciences de la mer et dans celui de l'exploration et l'exploitation des ressources marines, ni de développer l'infrastructure qu'impliquent ces techniques;

b) favoriser l'instauration de conditions propices à la conclusion d'accords, de contrats ou d'autres arrangements similaires, dans des conditions équitables et raisonnables;

c) tenir des conférences, des séminaires et des colloques sur des sujets scientifiques et techniques, notamment sur les politiques et les méthodes à adopter pour le transfert des techniques marines;

d) favoriser l'échange de scientifiques, techniciens et autres experts;

e) entreprendre des projets et promouvoir les entreprises conjointes et autres formes de coopération bilatérale et multilatérale.

Artikel 269

Maßnahmen zur Erreichung der grundlegenden Ziele

Um die in Artikel 268 genannten Ziele zu erreichen, bemühen sich die Staaten unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen unter anderem,

a) Programme der technischen Zusammenarbeit bei der wirksamen Weitergabe aller Arten von Meerestechnologie an Staaten aufzustellen, die technische Hilfe auf diesem Gebiet benötigen und um diese ersuchen, insbesondere an Binnenstaaten und geographisch benachteiligte Staaten, die Entwicklungsstaaten sind, sowie an andere Entwicklungsstaaten, die nicht in der Lage waren, ihre eigene technologische Kapazität im Bereich der Meereswissenschaft und der Erforschung und Ausbeutung der Meeresressourcen entweder zu schaffen oder auszubauen oder die Infrastruktur für eine solche Technologie zu entwickeln;

b) günstige Bedingungen für den Abschluß von Übereinkünften, Verträgen und anderen ähnlichen Vereinbarungen zu gerechten und annehmbaren Bedingungen zu fördern;

c) Konferenzen, Seminare und Symposien über wissenschaftliche und technologische Themen abzuhalten, insbesondere über Leitsätze und Methoden zur Weitergabe von Meerestechnologie;

d) den Austausch von Wissenschaftlern, Technologen und anderen Fachleuten zu fördern;

e) Vorhaben durchzuführen sowie gemeinschaftliche Unternehmungen und andere Formen der zweiseitigen und mehrseitigen Zusammenarbeit zu fördern.

Section 2

International co-operation

Article 270

Ways and means of international co-operation

International co-operation for the development and transfer of marine technology shall be carried out, where feasible and appropriate, through existing bilateral, re-

Section 2

Coopération internationale

Article 270

Cadre de la coopération internationale

La coopération internationale pour le développement et le transfert des techniques marines s'exerce, lorsque cela est possible et approprié, aussi bien dans le cadre des

Abschnitt 2

Internationale Zusammenarbeit

Artikel 270

Formen der internationalen Zusammenarbeit

Die internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie wird, soweit durchführbar und angebracht, im Rahmen bestehender

gional or multilateral programmes, and also through expanded and new programmes in order to facilitate marine scientific research, the transfer of marine technology, particularly in new fields, and appropriate international funding for ocean research and development.

programmes bilatéraux, régionaux et multilatéraux existants que dans le cadre de programmes élargis et de nouveaux programmes visant à faciliter la recherche scientifique marine et le transfert des techniques marines, en particulier dans de nouveaux domaines, et le financement international approprié de la recherche océanique et de la mise en valeur des océans.

zweiseitiger, regionaler oder mehrseitiger und auch erweiterter und neuer Programme durchgeführt, um die wissenschaftliche Meeresforschung, die Weitergabe von Meerestechnologie insbesondere in neuen Bereichen sowie eine angemessene internationale Finanzierung der Erforschung und Erschließung der Meere zu erleichtern.

Article 271

Guidelines, criteria and standards

States, directly or through competent international organizations, shall promote the establishment of generally accepted guidelines, criteria and standards for the transfer of marine technology on a bilateral basis or within the framework of international organizations and other fora, taking into account, in particular, the interests and needs of developing States.

Article 271

Principes directeurs, critères et normes

Les Etats, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes, s'emploient à promouvoir l'élaboration de principes directeurs, critères et normes généralement acceptés pour le transfert des techniques marines dans le cadre d'arrangements bilatéraux ou dans le cadre d'organisations internationales et d'autres organismes, compte tenu en particulier des intérêts et besoins des Etats en développement.

Artikel 271

Richtlinien, Kriterien und Normen

Die Staaten fördern unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen die Festlegung allgemein anerkannter Richtlinien, Kriterien und Normen für die Weitergabe von Meerestechnologie auf zweiseitiger Grundlage oder im Rahmen internationaler Organisationen und anderer Gremien, wobei insbesondere den Interessen und Bedürfnissen der Entwicklungsstaaten Rechnung getragen wird.

Article 272

Co-ordination of international programmes

In the field of transfer of marine technology, States shall endeavour to ensure that competent international organizations coordinate their activities, including any regional or global programmes, taking into account the interests and needs of developing States, particularly land-locked and geographically disadvantaged States.

Article 272

Coordination des programmes internationaux

Dans le domaine du transfert des techniques marines, les Etats s'efforcent de faire en sorte que les organisations internationales compétentes coordonnent leurs activités, y compris tous programmes régionaux ou mondiaux, en tenant compte des intérêts et besoins des Etats en développement, en particulier des Etats sans littoral ou géographiquement désavantagés.

Artikel 272

Koordinierung internationaler Programme

Im Bereich der Weitergabe von Meerestechnologie bemühen sich die Staaten sicherzustellen, daß die zuständigen internationalen Organisationen ihre Tätigkeiten einschließlich regionaler oder weltweiter Programme koordinieren, wobei den Interessen und Bedürfnissen der Entwicklungsstaaten, insbesondere der Binnenstaaten und der geographisch benachteiligten Staaten, Rechnung getragen wird.

Article 273

Co-operation with international organizations and the Authority

States shall co-operate actively with competent international organizations and the Authority to encourage and facilitate the transfer to developing States, their nationals and the Enterprise of skills and marine technology with regard to activities in the Area.

Article 273

Coopération avec les organisations internationales et l'Autorité

Les Etats coopèrent activement avec les organisations internationales compétentes et avec l'Autorité en vue d'encourager et de faciliter le transfert aux Etats en développement, à leurs ressortissants et à l'Entreprise de connaissances pratiques et de techniques marines se rapportant aux activités menées dans la Zone.

Artikel 273

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und der Behörde

Die Staaten arbeiten mit den zuständigen internationalen Organisationen und der Behörde aktiv zusammen, um die Weitergabe der sich auf Tätigkeiten im Gebiet beziehenden Fertigkeiten und Meerestechnologie an Entwicklungsstaaten und ihre Angehörigen und an das Unternehmen zu fördern und zu erleichtern.

Article 274

Objectives of the Authority

Subject to all legitimate interests including, inter alia, the rights and duties of holders, suppliers and recipients of technology, the Authority, with regard to activities in the Area, shall ensure that:

(a) on the basis of the principle of equitable geographical distribution, nationals of developing States, whether coastal, land-locked or geographically disadvantaged, shall be taken on for the purposes of training as members of the managerial, research and technical staff constituted for its undertakings;

Article 274

Objectifs de l'Autorité

Compte tenu de tous les intérêts légitimes, ainsi que des droits et obligations des détenteurs, des fournisseurs et des acquéreurs de techniques, l'Autorité, en ce qui concerne les activités menées dans la Zone, fait en sorte que:

a) conformément au principe d'une répartition géographique équitable, des ressortissants d'Etats en développement, qu'il s'agisse d'Etats côtiers, sans littoral ou géographiquement désavantagés, soient engagés comme stagiaires parmi les membres du personnel technique, de gestion et de recherche recruté pour les besoins de ses activités;

Artikel 274

Ziele der Behörde

Vorbehaltlich aller berechtigten Interessen, unter anderem der Rechte und Pflichten der Inhaber, Lieferer und Empfänger von Technologie, stellt die Behörde im Hinblick auf Tätigkeiten im Gebiet sicher,

a) daß Angehörige von Entwicklungsstaaten, ob Küsten- oder Binnenstaaten oder geographisch benachteiligte Staaten, nach dem Grundsatz einer gerechten geographischen Verteilung als Mitglieder des für ihre Unternehmungen eingestellten Führungs-, Forschungs- und Fachpersonals ausgebildet werden;

(b) the technical documentation on the relevant equipment, machinery, devices and processes is made available to all States, in particular developing States which may need and request technical assistance in this field;

(c) adequate provision is made by the Authority to facilitate the acquisition of technical assistance in the field of marine technology by States which may need and request it, in particular developing States, and the acquisition by their nationals of the necessary skills and know-how, including professional training;

(d) States which may need and request technical assistance in this field, in particular developing States, are assisted in the acquisition of necessary equipment, processes, plant and other technical know-how through any financial arrangements provided for in this Convention.

b) la documentation technique sur le matériel, les machines, les dispositifs et les procédés employés soit mise à la disposition de tous les Etats, notamment des Etats en développement qui ont besoin et demandent à bénéficier d'une assistance technique dans ce domaine;

c) des dispositions appropriées soient prises en son sein pour faciliter l'acquisition par les Etats qui ont besoin et demandent à bénéficier d'une assistance technique dans le domaine des techniques marines, notamment les Etats en développement, et par leurs ressortissants, des connaissances et du savoir-faire nécessaires, y compris l'acquisition d'une formation professionnelle;

d) les Etats qui ont besoin et demandent à bénéficier d'une assistance technique dans ce domaine, notamment les Etats en développement, reçoivent une assistance pour l'acquisition de l'équipement, des procédés, du matériel et du savoir-faire technique nécessaires, dans le cadre des arrangements financiers prévus dans la Convention.

b) daß die Fachdokumentation über verwendete Ausrüstungen, Maschinen, Geräte und Verfahren allen Staaten, insbesondere Entwicklungsstaaten, die technische Hilfe in diesem Bereich benötigen und darum ersuchen, zur Verfügung gestellt wird;

c) daß sie angemessene Vorkehrungen trifft, um den Erwerb technischer Hilfe im Bereich der Meerestechnologie durch Staaten, die sie benötigen und darum ersuchen, insbesondere Entwicklungsstaaten, und den Erwerb der erforderlichen Fertigkeiten und Fachkenntnisse einschließlich einer Berufsausbildung durch ihre Angehörigen zu erleichtern;

d) daß den Staaten, die technische Hilfe in diesem Bereich benötigen und darum ersuchen, insbesondere Entwicklungsstaaten, im Rahmen der in diesem Übereinkommen vorgesehenen finanziellen Regelungen geholfen wird, die erforderlichen Ausrüstungen, Verfahren, Anlagen und technischen Fachkenntnisse zu erwerben.

Section 3

National and regional marine scientific and technological centres

Article 275

Establishment of national centres

1. States, directly or through competent international organizations and the Authority, shall promote the establishment, particularly in developing coastal States, of national marine scientific and technological research centres and the strengthening of existing national centres, in order to stimulate and advance the conduct of marine scientific research by developing coastal States and to enhance their national capabilities to utilize and preserve their marine resources for their economic benefit.

2. States, through competent international organizations and the Authority, shall give adequate support to facilitate the establishment and strengthening of such national centres so as to provide for advanced training facilities and necessary equipment, skills and know-how as well as technical experts to such States which may need and request such assistance.

Article 276

Establishment of regional centres

1. States, in co-ordination with the competent international organizations, the Authority and national marine scientific and technological research institutions, shall promote the establishment of regional marine scientific and technological research centres, particularly in developing States, in order to stimulate and advance the conduct

Section 3

Centres nationaux et régionaux de recherche scientifique et technique marine

Article 275

Création de centres nationaux

1. Les Etats, directement ou par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes et de l'Autorité, favorisent la création, notamment dans les Etats côtiers en développement, de centres nationaux de recherche scientifique et technique marine, et le renforcement des centres nationaux existants, afin de stimuler et faire progresser la recherche scientifique marine dans ces Etats et d'accroître leurs capacités respectives d'utiliser et de préserver leurs ressources marines à des fins économiques.

2. Les Etats, par l'intermédiaire des organisations internationales compétentes et de l'Autorité, apportent un appui adéquat pour faciliter la création et le renforcement de centres nationaux afin de mettre des moyens de formation poussée, l'équipement, les connaissances pratiques et le savoir-faire nécessaires ainsi que des experts techniques à la disposition des Etats qui ont besoin et demandent à bénéficier d'une telle assistance.

Article 276

Création de centres régionaux

1. Les Etats facilitent, en coordination avec les organisations internationales compétentes, l'Autorité et les instituts nationaux de recherche scientifique et technique marine, la création, notamment dans les Etats en développement, de centres régionaux de recherche scientifique et technique marine, afin de stimuler et faire progresser

Abschnitt 3

Nationale und regionale Zentren für Meereswissenschaft und -technologie

Artikel 275

Errichtung nationaler Zentren

(1) Die Staaten fördern unmittelbar oder im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen und der Behörde die Errichtung nationaler meereswissenschaftlicher und technologischer Forschungszentren und die Stärkung bestehender nationaler Zentren, insbesondere in Küstenstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, um die Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung durch diese Staaten anzuregen und voranzutreiben und ihre nationalen Fähigkeiten zur Nutzung und Bewahrung ihrer Meeresressourcen zu ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu erhöhen.

(2) Die Staaten leisten im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen und der Behörde angemessene Unterstützung, um die Errichtung und Stärkung dieser nationalen Zentren zu erleichtern, damit den Staaten, die solche Hilfe benötigen und darum ersuchen, die Möglichkeiten zur weiteren Ausbildung, die erforderlichen Ausrüstungen, Fertigkeiten und Fachkenntnisse sowie technische Fachleute zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 276

Errichtung regionaler Zentren

(1) Die Staaten erleichtern in Koordination mit den zuständigen internationalen Organisationen, der Behörde und nationalen meereswissenschaftlichen und -technologischen Forschungseinrichtungen die Errichtung regionaler Forschungszentren für Meereswissenschaft und -technologie, insbesondere in Entwicklungsstaaten, um die

of marine scientific research by developing States and foster the transfer of marine technology.

2. All States of a region shall co-operate with the regional centres therein to ensure the more effective achievement of their objectives.

Article 277

Functions of regional centres

The functions of such regional centres shall include, inter alia:

(a) training and educational programmes at all levels on various aspects of marine scientific and technological research, particularly marine biology, including conservation and management of living resources, oceanography, hydrography, engineering, geological exploration of the sea-bed, mining and desalination technologies;

(b) management studies;

(c) study programmes related to the protection and preservation of the marine environment and the prevention, reduction and control of pollution;

(d) organization of regional conferences, seminars and symposia;

(e) acquisition and processing of marine scientific and technological data and information;

(f) prompt dissemination of results of marine scientific and technological research in readily available publications;

(g) publicizing national policies with regard to the transfer of marine technology and systematic comparative study of those policies;

(h) compilation and systematization of information on the marketing of technology and on contracts and other arrangements concerning patents;

(i) technical co-operation with other States of the region.

la recherche scientifique marine dans ces Etats et de favoriser le transfert des techniques marines.

2. Tous les Etats d'une même région coopèrent avec les centres régionaux pour mieux assurer la réalisation de leurs objectifs.

Article 277

Fonctions des centres régionaux

Les centres régionaux, entre autres fonctions, sont chargés d'assurer

a) des programmes de formation et d'enseignement à tous les niveaux dans divers domaines de la recherche scientifique et technique marine, en particulier la biologie marine, portant notamment sur la conservation et la gestion des ressources biologiques, l'océanographie, l'hydrographie, l'ingéniérie l'exploration géologique des fonds marins, l'extraction minière et les techniques de dessalement de l'eau;

b) des études de gestion;

c) des programmes d'études ayant trait à la protection et à la préservation du milieu marin et à la prévention, la réduction et la maîtrise de la pollution;

d) l'organisation de conférences, séminaires et colloques régionaux;

e) le rassemblement et le traitement de données et d'informations dans le domaine des sciences et techniques marines;

f) la diffusion rapide des résultats de la recherche scientifique et technique marine dans des publications facilement accessibles;

g) la diffusion d'informations sur les politiques nationales concernant le transfert des techniques marines, et l'étude comparative systématique de ces politiques;

h) la compilation et la systématisation des informations relatives à la commercialisation des techniques ainsi qu'aux contrats et aux autres arrangements relatifs aux brevets;

i) la coopération technique avec d'autres Etats de la région.

Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung durch Entwicklungsstaaten anzuregen und voranzutreiben und die Weitergabe von Meerestechnologie zu fördern.

(2) Alle Staaten derselben Region arbeiten mit den regionalen Zentren zusammen, um eine möglichst wirksame Erfüllung ihrer Ziele sicherzustellen.

Artikel 277

Aufgaben der regionalen Zentren

Zu den Aufgaben solcher regionalen Zentren gehören unter anderem

a) Schulungs- und Ausbildungsprogramme auf allen Ebenen über verschiedene Aspekte der meereswissenschaftlichen und -technologischen Forschung, insbesondere der Meeresbiologie, einschließlich der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen, der Ozeanographie, der Hydrographie, des Ingenieurwesens, der geologischen Erforschung des Meeresbodens, der Bergbau- und Entsalzungstechnologien;

b) Untersuchungen über die Bewirtschaftung;

c) Studienprogramme betreffend den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt sowie die Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung;

d) Veranstaltung regionaler Konferenzen, Seminare und Symposien;

e) Sammlung und Verarbeitung meereswissenschaftlicher und -technologischer Daten und Informationen;

f) umgehende Verbreitung der Ergebnisse meereswissenschaftlicher und -technologischer Forschung in leicht zugänglichen Veröffentlichungen;

g) Verbreitung von Informationen über nationale Leitsätze hinsichtlich der Weitergabe von Meerestechnologie und systematische vergleichende Untersuchungen dieser Leitsätze;

h) Zusammenstellung und Systematisierung von Informationen über die Vermarktung von Technologie und über Verträge und sonstige Regelungen betreffend Patente;

i) technische Zusammenarbeit mit anderen Staaten der Region.

Section 4

Co-operation among international organizations

Article 278

Co-operation among international organizations

The competent international organizations referred to in this Part and in Part XIII shall take all appropriate measures to ensure, either directly or in close cooperation

Section 4

Coopération entre organisations internationales

Article 278

Coopération entre organisations internationales

Les organisations internationales compétentes visées dans la présente partie et la partie XIII prennent toutes les mesures voulues pour s'acquitter directement ou en

Abschnitt 4

Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen

Artikel 278

Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen

Die in diesem Teil und in Teil XIII genannten zuständigen internationalen Organisationen ergreifen alle geeigneten Maßnahmen, um entweder unmittelbar oder in en-

among themselves, the effective discharge of their functions and responsibilities under this Part.

étroite coopération, des fonctions et des responsabilités dont elles sont chargées en vertu de la présente partie.

ger Zusammenarbeit untereinander die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten nach diesem Teil sicherzustellen.

Part XV
Settlement of disputes

Section 1
General provisions

Article 279
Obligation to settle disputes by peaceful means

States Parties shall settle any dispute between them concerning the interpretation or application of this Convention by peaceful means in accordance with Article 2, paragraph 3, of the Charter of the United Nations and, to this end, shall seek a solution by the means indicated in Article 33, paragraph 1, of the Charter.

Article 280
Settlement of disputes by any peaceful means chosen by the parties

Nothing in this Part impairs the right of any States Parties to agree at any time to settle a dispute between them concerning the interpretation or application of this Convention by any peaceful means of their own choice.

Article 281
Procedure where no settlement has been reached by the parties

1. If the States Parties which are parties to a dispute concerning the interpretation or application of this Convention have agreed to seek settlement of the dispute by a peaceful means of their own choice, the procedures provided for in this Part apply only where no settlement has been reached by recourse to such means and the agreement between the parties does not exclude any further procedure.

2. If the parties have also agreed on a time-limit, paragraph 1 applies only upon the expiration of that time-limit.

Article 282
Obligations under general, regional or bilateral agreements

If the States Parties which are parties to a dispute concerning the interpretation or application of this Convention have agreed, through a general, regional or bilateral agreement or otherwise, that such dispute

Partie XV
Règlement des différends

Section 1
Dispositions générales

Article 279
Obligation de régler les différends par des moyens pacifiques

Les Etats Parties règlent tout différend surgissant entre eux à propos de l'interprétation ou de l'application de la Convention par des moyens pacifiques conformément à l'Article 2, paragraphe 3, de la Charte des Nations Unies et, à cette fin, doivent en rechercher la solution par les moyens indiqués à l'Article 33, paragraphe 1, de la Charte.

Article 280
Règlement des différends par tout moyen pacifique choisi par les parties

Aucune disposition de la présente partie n'affecte le droit des Etats Parties de convenir à tout moment de régler par tout moyen pacifique de leur choix un différend surgissant entre eux à propos de l'interprétation ou de l'application de la Convention.

Article 281
Procédure à suivre lorsque les parties ne sont pas parvenues à un règlement

1. Lorsque les Etats Parties qui sont parties à un différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la Convention sont convenues de chercher à le régler par un moyen pacifique de leur choix, les procédures prévues dans la présente partie ne s'appliquent que si l'on n'est pas parvenu à un règlement par ce moyen et si l'accord entre les parties n'exclut pas la possibilité d'engager une autre procédure.

2. Si les parties sont également convenues d'un délai, le paragraphe 1 ne s'applique qu'à compter de l'expiration de ce délai.

Article 282
Obligations résultant d'accords généraux, régionaux ou bilatéraux

Lorsque les Etats Parties qui sont parties à un différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la Convention sont convenus, dans le cadre d'un accord général, régional ou bilatéral ou de toute autre ma-

Teil XV
Beilegung von Streitigkeiten

Abschnitt 1
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 279
Verpflichtung zur Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel

Die Vertragsstaaten legen alle zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch friedliche Mittel in Übereinstimmung mit Artikel 2 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen bei und bemühen sich zu diesem Zweck um eine Lösung durch die in Artikel 33 Absatz 1 der Charta genannten Mittel.

Artikel 280
Beilegung von Streitigkeiten durch die von den Parteien gewählten friedlichen Mittel

Dieser Teil beeinträchtigt nicht das Recht der Vertragsstaaten, jederzeit zu vereinbaren, eine zwischen ihnen entstehende Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch friedliche Mittel eigener Wahl beizulegen.

Artikel 281
Verfahren für den Fall, daß keine Beilegung durch die Parteien erzielt worden ist

(1) Haben Vertragsstaaten, die Parteien einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens sind, vereinbart, deren Beilegung durch ein friedliches Mittel eigener Wahl anzustreben, so finden die in diesem Teil vorgesehenen Verfahren nur Anwendung, wenn eine Beilegung durch dieses Mittel nicht erzielt worden ist und wenn die Vereinbarung zwischen den Parteien ein weiteres Verfahren nicht ausschließt.

(2) Haben die Parteien auch eine Frist vereinbart, so gilt Absatz 1 erst nach Ablauf dieser Frist.

Artikel 282
Verpflichtungen aus allgemeinen, regionalen oder zweiseitigen Übereinkünften

Haben Vertragsstaaten, die Parteien einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens sind, im Rahmen einer allgemeinen, regionalen oder zweiseitigen Übereinkunft oder auf andere

shall, at the request of any party to the dispute, be submitted to a procedure that entails a binding decision, that procedure shall apply in lieu of the procedures provided for in this Part, unless the parties to the dispute otherwise agree.

nière, qu'un tel différend sera soumis, à la demande d'une des parties, à une procédure aboutissant à une décision obligatoire, cette procédure s'applique au lieu de celles prévues dans la présente partie, à moins que les parties en litige n'en conviennent autrement.

Weise vereinbart, eine solche Streitigkeit auf Antrag einer der Streitparteien einem Verfahren zu unterwerfen, das zu einer bindenden Entscheidung führt, so findet dieses Verfahren anstelle der in diesem Teil vorgesehenen Verfahren Anwendung, sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren.

Article 283

Obligation to exchange views

1. When a dispute arises between States Parties concerning the interpretation or application of this Convention, the parties to the dispute shall proceed expeditiously to an exchange of views regarding its settlement by negotiation or other peaceful means.

2. The parties shall also proceed expeditiously to an exchange of views where a procedure for the settlement of such a dispute has been terminated without a settlement or where a settlement has been reached and the circumstances require consultation regarding the manner of implementing the settlement.

Article 283

Obligation de procéder à des échanges de vues

1. Lorsqu'un différend surgit entre des Etats Parties à propos de l'interprétation ou de l'application de la Convention, les parties en litige procèdent promptement à un échange de vues concernant le règlement du différend par la négociation ou par d'autres moyens pacifiques.

2. De même, les parties procèdent promptement à un échange de vues chaque fois qu'il a été mis fin à une procédure de règlement d'un tel différend sans que celui-ci ait été réglé ou chaque fois qu'un règlement est intervenu et que les circonstances exigent des consultations concernant la manière de le mettre en œuvre.

Artikel 283

Verpflichtung zum Meinungsaustausch

(1) Entsteht zwischen Vertragsstaaten eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, so nehmen die Streitparteien umgehend einen Meinungsaustausch über die Beilegung der Streitigkeit durch Verhandlung oder andere friedliche Mittel auf.

(2) Die Parteien nehmen auch dann umgehend einen Meinungsaustausch auf, wenn ein Verfahren zur Beilegung einer solchen Streitigkeit ohne Beilegung beendet worden ist oder wenn eine Beilegung zwar erzielt worden ist, aber die Umstände Konsultationen über die Art ihrer Durchführung erforderlich machen.

Article 284

Conciliation

1. A State Party which is a party to a dispute concerning the interpretation or application of this Convention may invite the other party or parties to submit the dispute to conciliation in accordance with the procedure under Annex V, section 1, or another conciliation procedure.

2. If the invitation is accepted and if the parties agree upon the conciliation procedure to be applied, any party may submit the dispute to that procedure.

3. If the invitation is not accepted or the parties do not agree upon the procedure, the conciliation proceedings shall be deemed to be terminated.

4. Unless the parties otherwise agree, when a dispute has been submitted to conciliation, the proceedings may be terminated only in accordance with the agreed conciliation procedure.

Article 284

Conciliation

1. Tout Etat Partie qui est partie à un différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la Convention peut inviter l'autre ou les autres parties à soumettre le différend à la conciliation selon la procédure prévue à la section 1 de l'annexe V ou selon une autre procédure de conciliation.

2. Lorsque l'invitation est acceptée et que les parties s'accordent sur la procédure de conciliation qui sera appliquée, toute partie peut soumettre le différend à la conciliation selon cette procédure.

3. Lorsque l'invitation n'est pas acceptée ou que les parties ne s'accordent pas sur la procédure de conciliation, il est réputé avoir été mis fin à la conciliation.

4. Lorsqu'un différend a été soumis à la conciliation, il ne peut être mis fin à celle-ci que conformément à la procédure de conciliation convenue, sauf accord contraire entre les parties.

Artikel 284

Vergleich

(1) Jeder Vertragsstaat, der Partei einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens ist, kann die andere Partei oder die anderen Parteien auffordern, die Streitigkeit einem Vergleichsverfahren in Übereinstimmung mit Anlage V Abschnitt 1 oder einem anderen Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

(2) Wird der Aufforderung entsprochen und einigen sich die Parteien über das anzuwendende Vergleichsverfahren, so kann jede Partei die Streitigkeit diesem Verfahren unterwerfen.

(3) Wird der Aufforderung nicht entsprochen oder einigen sich die Parteien nicht über das Verfahren, so gilt das Vergleichsverfahren als beendet.

(4) Ist eine Streitigkeit einem Vergleichsverfahren unterworfen worden, so kann dieses nur in Übereinstimmung mit dem vereinbarten Vergleichsverfahren beendet werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

Article 285

Application of this section to disputes submitted pursuant to Part XI

This section applies to any dispute which pursuant to Part XI, section 5, is to be settled in accordance with procedures provided for in this Part. If an entity other than a State Party is a party to such a dispute, this section applies mutatis mutandis.

Article 285

Application de la présente section aux différends soumis en vertu de la partie XI

La présente section s'applique à tout différend qui, en vertu de la section 5 de la partie XI, doit être réglé conformément aux procédures prévues dans la présente partie. Si une entité autre qu'un Etat Partie est partie à un tel différend, la présente section s'applique *mutatis mutandis*.

Artikel 285

Anwendung dieses Abschnitts auf nach Teil XI unterbreitete Streitigkeiten

Dieser Abschnitt findet auf jede Streitigkeit Anwendung, die aufgrund des Teiles XI Abschnitt 5 in Übereinstimmung mit den im vorliegenden Teil vorgesehenen Verfahren beizulegen ist. Ist ein Rechtsträger, der nicht Vertragsstaat ist, Partei einer solchen Streitigkeit, so findet der vorliegende Abschnitt sinngemäß Anwendung.

Section 2

Compulsory procedures entailing binding decisions

Article 286

Application of procedures under this section

Subject to section 3, any dispute concerning the interpretation or application of this Convention shall, where no settlement has been reached by recourse to section 1, be submitted at the request of any party to the dispute to the court or tribunal having jurisdiction under this section.

Article 287

Choice of procedure

1. When signing, ratifying or acceding to this Convention or at any time thereafter, a State shall be free to choose, by means of a written declaration, one or more of the following means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of this Convention:

(a) the International Tribunal for the Law of the Sea established in accordance with Annex VI;

(b) the International Court of Justice;

(c) an arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VII;

(d) a special arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VIII for one or more of the categories of disputes specified therein.

2. A declaration made under paragraph 1 shall not affect or be affected by the obligation of a State Party to accept the jurisdiction of the Sea-Bed Disputes Chamber of the International Tribunal for the Law of the Sea to the extent and in the manner provided for in Part XI, section 5.

3. A State Party, which is a party to a dispute not covered by a declaration in force, shall be deemed to have accepted arbitration in accordance with Annex VII.

4. If the parties to a dispute have accepted the same procedure for the settlement of the dispute, it may be submitted only to that procedure, unless the parties otherwise agree.

5. If the parties to a dispute have not accepted the same procedure for the settlement of the dispute, it may be submitted only to arbitration in accordance wih Annex VII, unless the parties otherwise agree.

6. A declaration made under paragraph 1 shall remain in force until three months after notice of revocation has been deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Section 2

Procédures obligatoires aboutissant à des décisions obligatoires

Article 286

Champ d'application de la présente section

Sous réserve de la section 3, tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la Convention qui n'a pas été réglé par l'application de la section 1 est soumis, à la demande d'une partie au différend, à la cour ou au tribunal ayant compétence en vertu de la présente section.

Article 287

Choix de la procédure

1. Lorsqu'il signe ou ratifie la Convention ou y adhère, ou à n'importe quel moment par la suite, un Etat est libre de choisir, par voie de déclaration écrite, un ou plusieurs des moyens suivants pour le règlement des différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la Convention:

a) le Tribunal international du droit de la mer constitué conformément à l'annexe VI;

b) la Cour internationale de Justice;

c) un tribunal arbitral constitué conformément à l'annexe VII;

d) un tribunal arbitral spécial, constitué conformément à l'annexe VIII, pour une ou plusieurs des catégories de différends qui y sont spécifiés.

2. Une déclaration faite en vertu du paragraphe 1 n'affecte pas l'obligation d'un Etat Partie d'accepter, dans la mesure et selon les modalités prévues à la section 5 de la partie XI, la compétence de la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins du Tribunal international du droit de la mer, et n'est pas affectée par cette obligation.

3. Un Etat Partie qui est partie à un différend non couvert par une déclaration en vigueur est réputé avoir accepté la procédure d'arbitrage prévue à l'annexe VII.

4. Si les parties en litige ont accepté la même procédure pour le règlement du différend, celui-ci ne peut être soumis qu'à cette procédure, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

5. Si les parties en litige n'ont pas accepté la même procédure pour le règlement du différend, celui-ci ne peut être soumis qu'à la procédure d'arbitrage prévue à l'annexe VII, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

6. Une déclaration faite conformément au paragraphe 1 reste en vigueur pendant trois mois après le dépôt d'une notification de révocation auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Abschnitt 2

Obligatorische Verfahren die zu bindenden Entscheidungen führen

Artikel 286

Anwendung der Verfahren nach diesem Abschnitt

Vorbehaltlich des Abschnitts 3 wird jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht in Anwendung des Abschnitts 1 beigelegt worden ist, auf Antrag einer Streitpartei dem aufgrund des vorliegenden Abschnitts zuständigen Gerichtshof oder Gericht unterbreitet.

Artikel 287

Wahl des Verfahrens

(1) Einem Staat steht es frei, wenn er dieses Übereinkommen unterzeichnet, ratifiziert oder ihm beitritt, oder zu jedem späteren Zeitpunkt, durch eine schriftliche Erklärung eines oder mehrere der folgenden Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens zu wählen:

a) den in Übereinstimmung mit Anlage VI errichteten Internationalen Seegerichtshof;

b) den Internationalen Gerichtshof;

c) ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht;

d) ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII für eine oder mehrere der dort aufgeführten Arten von Streitigkeiten gebildetes besonderes Schiedsgericht.

(2) Eine nach Absatz 1 abgegebene Erklärung berührt nicht die Verpflichtung eines Vertragsstaats, die Zuständigkeit der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten des Internationalen Seegerichtshofs in dem Umfang und in der Art anzuerkennen, wie in Teil XI Abschnitt 5 vorgesehen, noch wird sie durch eine solche Verpflichtung berührt.

(3) Ist ein Vertragsstaat Partei einer nicht von einer gültigen Erklärung erfaßten Streitigkeit, so wird angenommen, daß er dem Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit Anlage VII zugestimmt hat.

(4) Haben die Streitparteien demselben Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit zugestimmt, so kann sie nur diesem Verfahren unterworfen werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

(5) Haben die Streitparteien nicht demselben Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit zugestimmt, so kann sie nur einem Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit Anlage VII unterworfen werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

(6) Eine nach Absatz 1 abgegebene Erklärung bleibt noch drei Monate in Kraft, nachdem eine Mitteilung des Widerrufs beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden ist.

7. A new declaration, a notice of revocation or the expiry of a declaration does not in any way affect proceedings pending before a court or tribunal having jurisdiction under this article, unless the parties otherwise agree.

8. Declarations and notices referred to in this article shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit copies thereof to the States Parties.

Article 288

Jurisdiction

1. A court or tribunal referred to in article 287 shall have jurisdiction over any dispute concerning the interpretation or application of this Convention which is submitted to it in accordance with this Part.

2. A court or tribunal referred to in article 287 shall also have jurisdiction over any dispute concerning the interpretation or application of an international agreement related to the purposes of this Convention, which is submitted to it in accordance with the agreement.

3. The Sea-Bed Disputes Chamber of the International Tribunal for the Law of the Sea established in accordance with Annex VI, and any other chamber or arbitral tribunal referred to in Part XI, section 5, shall have jurisdiction in any matter which is submitted to it in accordance therewith.

4. In the event of a dispute as to whether a court or tribunal has jurisdiction, the matter shall be settled by decision of that court or tribunal.

Article 289

Experts

In any dispute involving scientific or technical matters, a court or tribunal exercising jurisdiction under this section may, at the request of a party or proprio motu, select in consultation with the parties no fewer than two scientific or technical experts chosen preferably from the relevant list prepared in accordance with Annex VIII, article 2, to sit with the court or tribunal but without the right to vote.

Article 290

Provisional measures

1. If a dispute has been duly submitted to a court or tribunal which considers that prima facie it has jurisdiction under this Part or Part XI, section 5, the court or tribunal may prescribe any provisional measures which it considers appropriate under the circumstances to preserve the respective rights of the parties to the dispute or to prevent serious harm to the marine en-

7. Une nouvelle déclaration, une notification de révocation ou l'expiration d'une déclaration n'affecte en rien la procédure en cours devant une cour ou un tribunal ayant compétence en vertu du présent article, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

8. Les déclarations et notifications visées au présent article sont déposées auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en transmet copie aux Etats Parties.

Article 288

Compétence

1. Une cour ou un tribunal visé à l'article 287 a compétence pour connaître de tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la Convention qui lui est soumis conformément à la présente partie.

2. Une cour ou un tribunal visé à l'article 287 a aussi compétence pour connaître de tout différend qui est relatif à l'interprétation ou à l'application d'un accord international se rapportant aux buts de la Convention et qui lui est soumis conformément à cet accord.

3. La Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins constituée conformément à l'annexe VI et toute autre chambre ou tout autre tribunal arbitral visé à la section 5 de la partie XI ont compétence pour connaître de toute question qui leur est soumise conformément à celle-ci.

4. En cas de contestation sur le point de savoir si une cour ou un tribunal est compétent, la cour ou le tribunal décide.

Article 289

Experts

Pour tout différend portant sur des questions scientifiques ou techniques, une cour ou un tribunal exerçant sa compétence en vertu de la présente section peut, à la demande d'une partie ou d'office, et en consultation avec les parties, choisir, de préférence sur la liste appropriée établie conformément à l'article 2 de l'annexe VIII, au moins deux experts scientifiques ou techniques qui siègent à la cour ou au tribunal sans droit de vote.

Article 290

Mesures conservatoires

1. Si une cour ou un tribunal dûment saisi d'un différend considère, *prima facie,* avoir compétence en vertu de la présente partie ou de la section 5 de la partie XI, cette cour ou ce tribunal peut prescrire toutes mesures conservatoires qu'il juge appropriées en la circonstance pour préserver les droits respectifs des parties en litige ou pour empêcher que le milieu marin ne subisse de

(7) Eine neue Erklärung, eine Mitteilung des Widerrufs oder das Außerkrafttreten einer Erklärung berührt nicht das anhängige Verfahren vor einem Gerichtshof oder einem Gericht, die aufgrund dieses Artikels zuständig sind, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

(8) Die in diesem Artikel genannten Erklärungen und Mitteilungen werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt den Vertragsstaaten Abschriften davon.

Artikel 288

Zuständigkeit

(1) Ein Gerichtshof oder Gericht nach Artikel 287 ist für jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens zuständig, die ihm in Übereinstimmung mit diesem Teil unterbreitet wird.

(2) Ein Gerichtshof oder Gericht nach Artikel 287 ist auch für jede Streitigkeit zuständig, welche die Auslegung oder Anwendung einer mit den Zielen dieses Übereinkommens zusammenhängenden internationalen Übereinkunft betrifft und ihm in Übereinstimmung mit der Übereinkunft unterbreitet wird.

(3) Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten des in Übereinstimmung mit Anlage VI errichteten Internationalen Seegerichtshofs und jede andere Kammer oder jedes andere Schiedsgericht nach Teil XI Abschnitt 5 sind für jede Angelegenheit zuständig, die ihnen in Übereinstimmung damit unterbreitet wird.

(4) Wird die Zuständigkeit eines Gerichtshofs oder Gerichts bestritten, so entscheidet der Gerichtshof oder das Gericht darüber.

Artikel 289

Sachverständige

Bei einer Streitigkeit über wissenschaftliche oder technische Angelegenheiten kann ein Gerichtshof oder Gericht in Ausübung seiner Zuständigkeit nach diesem Abschnitt auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen – in Konsultation mit den Parteien mindestens zwei wissenschaftliche oder technische Sachverständige vorzugsweise aus der maßgeblichen in Übereinstimmung mit Anlage VIII Artikel 2 aufgestellten Liste auswählen, die an der Verhandlung vor dem Gerichtshof oder Gericht ohne Stimmrecht teilnehmen.

Artikel 290

Vorläufige Maßnahmen

(1) Ist ein Gerichtshof oder Gericht, dem eine Streitigkeit ordnungsgemäß unterbreitet worden ist, der Auffassung, aufgrund dieses Teiles oder des Teiles XI Abschnitt 5 prima facie (nach dem ersten Anschein) zuständig zu sein, so kann der Gerichtshof oder das Gericht die vorläufigen Maßnahmen anordnen, die sie unter den gegebenen Umständen für erforderlich halten, um

vironment, pending the final decision.

2. Provisional measures may be modified or revoked as soon as the circumstances justifying them have changed or ceased to exist.

3. Provisional measures may be prescribed, modified or revoked under this article only at the request of a party to the dispute and after the parties have been given an opportunity to be heard.

4. The court or tribunal shall forthwith give notice to the parties to the dispute, and to such other States Parties as it considers appropriate, of the prescription, modification or revocation of provisional measures.

5. Pending the constitution of an arbitral tribunal to which a dispute is being submitted under this section, any court or tribunal agreed upon by the parties or, failing such agreement within two weeks from the date of the request for provisional measures, the International Tribunal for the Law of the Sea or, with respect to activities in the Area, the Sea-Bed Disputes Chamber, may prescribe, modify or revoke provisional measures in accordance with this article if it considers that prima facie the tribunal which is to be constituted would have jurisdiction and that the urgency of the situation so requires. Once constituted, the tribunal to which the dispute has been submitted may modify, revoke or affirm those provisional measures, acting in conformity with paragraphs 1 to 4.

6. The parties to the dispute shall comply promptly with any provisional measures prescribed under this article.

Article 291

Access

1. All the dispute settlement procedures specified in this Part shall be open to States Parties.

2. The dispute settlement procedures specified in this Part shall be open to entities other than States Parties only as specifically provided for in this Convention.

Article 292

Prompt release of vessels and crews

1. Where the authorities of a State Party have detained a vessel flying the flag of another State Party and it is alleged that the detaining State has not complied with the provisions of this Convention for the prompt release of the vessel or its crew upon the posting of a reasonable bond or other finan-

dommages graves en attendant la décision définitive.

2. Les mesures conservatoires peuvent être modifiées ou rapportées dès que les circonstances les justifiant ont changé ou cessé d'exister.

3. Des mesures conservatoires ne peuvent être prescrites, modifiées ou rapportées en vertu du présent article qu'à la demande d'une partie au différend et après que la possibilité de se faire entendre a été donnée aux parties.

4. La cour ou le tribunal notifie immédiatement toute mesure conservatoire ou toute décision la modifiant ou la rapportant aux parties au différend et, s'il le juge approprié, à d'autres Etats Parties.

5. En attendant la constitution d'un tribunal arbitral saisi d'un différend en vertu de la présente section, toute cour ou tout tribunal désigné d'un commun accord par les parties ou, à défaut d'accord dans un délai de deux semaines à compter de la date de la demande de mesures conservatoires, le Tribunal international du droit de la mer ou, dans le cas d'activités menées dans la Zone, la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins, peut prescrire, modifier ou rapporter des mesures conservatoires conformément au présent article s'il considère, *prima facie,* que le tribunal devant être constitué aurait compétence et s'il estime que l'urgence de la situation l'exige. Une fois constitué, le tribunal saisi du différend, agissant conformément aux paragraphes 1 à 4, peut modifier, rapporter ou confirmer ces mesures conservatoires.

6. Les parties au différend se conforment sans retard à toutes mesures conservatoires prescrites en vertu du présent article.

Article 291

Accès aux procédures de règlement des différends

1. Toutes les procédures de règlement des différends prévues dans la présente partie sont ouvertes aux Etats Parties.

2. Les procédures de règlement des différends prévues dans la présente partie ne sont ouvertes à des entités autres que les Etats Parties que dans la mesure où la Convention le prévoit expressément.

Article 292

Prompte mainlevée de l'immobilisation du navire ou prompte libération de son équipage

1. Lorsque les autorités d'un Etat Partie ont immobilisé un navire battant pavillon d'un autre Etat Partie et qu'il est allégué que l'Etat qui a immobilisé le navire n'a pas observé les dispositions de la Convention prévoyant la prompte mainlevée de l'immobilisation du navire ou la mise en liberté de

bis zur endgültigen Entscheidung die Rechte jeder Streitpartei zu sichern oder schwere Schäden für die Meeresumwelt zu verhindern.

(2) Vorläufige Maßnahmen können geändert oder widerrufen werden, sobald die Umstände, die sie rechtfertigen, sich geändert haben oder nicht mehr bestehen.

(3) Vorläufige Maßnahmen können aufgrund dieses Artikels nur auf Antrag einer Streitpartei und nur, nachdem die Parteien Gelegenheit zur Anhörung erhalten haben, angeordnet, geändert oder widerrufen werden.

(4) Der Gerichtshof oder das Gericht teilt den Streitparteien und, wenn der Gerichtshof oder das Gericht dies für angebracht hält, anderen Vertragsstaaten umgehend die Anordnung, die Änderung oder den Widerruf vorläufiger Maßnahmen mit.

(5) Bis zur Bildung eines aufgrund dieses Abschnitts mit einer Streitigkeit befaßten Schiedsgerichts kann ein von den Parteien einvernehmlich bestimmter Gerichtshof oder ein so bestimmtes Gericht oder, falls ein solches Einvernehmen nicht binnen zwei Wochen nach dem Tag der Beantragung vorläufiger Maßnahmen zustande kommt, der Internationale Seegerichtshof oder – bei Tätigkeiten im Gebiet – die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten vorläufige Maßnahmen in Übereinstimmung mit diesem Artikel anordnen, ändern oder widerrufen, sofern sie der Auffassung sind, daß das zu bildende Gericht prima facie (nach dem ersten Anschein) zuständig wäre und die Dringlichkeit der Lage dies erfordert. Das Gericht, dem die Streitigkeit unterbreitet worden ist, kann nach seiner Bildung diese vorläufigen Maßnahmen im Einklang mit den Absätzen 1 bis 4 ändern, widerrufen oder bestätigen.

(6) Die Streitparteien befolgen umgehend die aufgrund dieses Artikels angeordneten vorläufigen Maßnahmen.

Artikel 291

Zugang

(1) Den Vertragsstaaten stehen alle in diesem Teil aufgeführten Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten offen.

(2) Die in diesem Teil aufgeführten Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten stehen Rechtsträgern, die nicht Vertragsstaaten sind, nur so weit offen, wie in diesem Übereinkommen ausdrücklich vorgesehen.

Artikel 292

Sofortige Freigabe von Schiffen und Besatzungen

(1) Haben die Behörden eines Vertragsstaats ein Schiff zurückgehalten, das die Flagge eines anderen Vertragsstaats führt, und wird behauptet, daß der zurückhaltende Staat die Bestimmungen dieses Übereinkommens über die sofortige Freigabe des Schiffes oder seiner Besatzung nach Hinter-

cial security, the question of release from detention may be submitted to any court or tribunal agreed upon by the parties or, failing such agreement within 10 days from the time of detention, to a court or tribunal accepted by the detaining State under article 287 or to the International Tribunal for the Law of the Sea, unless the parties otherwise agree.

son équipage dès le dépôt d'une caution raisonnable ou d'une autre garantie financière, la question de la mainlevée ou de la mise en liberté peut être portée devant une cour ou un tribunal désigné d'un commun accord par les parties; à défaut d'accord dans un délai de 10 jours à compter du moment de l'immobilisation du navire ou de l'arrestation de l'équipage, cette question peut être portée devant une cour ou un tribunal accepté conformément à l'article 287 par l'Etat qui a procédé à l'immobilisation ou à l'arrestation, ou devant le Tribunal international du droit de la mer, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

legung einer angemessenen Kaution oder anderen finanziellen Sicherheit nicht eingehalten hat, so kann die Frage der Freigabe einem von den Parteien einvernehmlich bestimmten Gerichtshof oder Gericht unterbreitet werden; kommt binnen 10 Tagen nach dem Zeitpunkt des Zurückhaltens kein Einvernehmen zustande, so kann die Frage einem Gerichtshof oder einem Gericht, dem der zurückhaltende Staat nach Artikel 287 zugestimmt hat, oder dem Internationalen Seegerichtshof unterbreitet werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

2. The application for release may be made only by or on behalf of the flag State of the vessel.

2. La demande de mainlevée ou de mise en liberté ne peut être faite que par l'Etat du pavillon ou en son nom.

(2) Der Antrag auf Freigabe kann nur vom Flaggenstaat des Schiffes oder im Namen dieses Staates gestellt werden.

3. The court or tribunal shall deal without delay with the application for release and shall deal only with the question of release, without prejudice to the merits of any case before the appropriate domestic forum against the vessel, its owner or its crew. The authorities of the detaining State remain competent to release the vessel or its crew at any time.

3. La cour ou le tribunal examine promptement cette demande et n'a à connaître que de la question de la mainlevée ou de la mise en liberté, sans préjudice de la suite qui sera donnée à toute action dont le navire, son propriétaire ou son équipage peuvent être l'objet devant la juridiction nationale appropriée. Les autorités de l'Etat qui a procédé à l'immobilisation ou à l'arrestation demeurent habilitées à ordonner à tout moment la mainlevée de l'immobilisation du navire ou la mise en liberté de son équipage.

(3) Der Antrag auf Freigabe wird von dem Gerichtshof oder Gericht unverzüglich behandelt, wobei nur die Frage der Freigabe behandelt wird; die Sache selbst, deren Gegenstand das Schiff, sein Eigentümer oder seine Besatzung ist, wird dadurch bezüglich des Verfahrens vor der zuständigen innerstaatlichen Instanz nicht berührt. Die Behörden des zurückhaltenden Staates bleiben befugt, das Schiff oder seine Besatzung jederzeit freizugeben.

4. Upon the posting of the bond or other financial security determined by the court or tribunal, the authorities of the detaining State shall comply promptly with the decision of the court or tribunal concerning the release of the vessel or its crew.

4. Dès le dépôt de la caution ou de l'autre garantie financière déterminée par la cour ou le tribunal, les autorités de l'Etat qui a immobilisé le navire se conforment à la décision de la cour ou du tribunal concernant la mainlevée de l'immobilisation du navire ou la mise en liberté de son équipage.

(4) Nach Hinterlegung der von dem Gerichtshof oder Gericht bestimmten Kaution oder anderen finanziellen Sicherheit führen die Behörden des zurückhaltenden Staates sofort die Entscheidung des Gerichtshofs oder Gerichts über die Freigabe des Schiffes oder seiner Besatzung aus.

Article 293

Applicable law

1. A court or tribunal having jurisdiction under this section shall apply this Convention and other rules of international law not incompatible with this Convention.

2. Paragraph 1 does not prejudice the power of the court or tribunal having jurisdiction under this section to decide a case ex aequo et bono, if the parties so agree.

Article 293

Droit applicable

1. Une cour ou un tribunal ayant compétence en vertu de la présente section applique les dispositions de la Convention et les autres règles du droit international qui ne sont pas incompatibles avec celle-ci.

2. Le paragraphe 1 ne porte pas atteinte à la faculté qu'a la cour ou le tribunal ayant compétence en vertu de la présente section de statuer *ex aequo et bono* si les parties sont d'accord.

Artikel 293

Anwendbares Recht

(1) Ein nach diesem Abschnitt zuständiger Gerichtshof oder ein so zuständiges Gericht wendet dieses Übereinkommen und sonstige mit dem Übereinkommen nicht unvereinbare Regeln des Völkerrechts an.

(2) Absatz 1 berührt nicht die Befugnis des aufgrund dieses Abschnitts zuständigen Gerichtshofs oder Gerichts, einen Fall ex aequo et bono zu entscheiden, sofern die Parteien dies vereinbaren.

Article 294

Preliminary proceedings

1. A court or tribunal provided for in article 287 to which an application is made in respect of a dispute referred to in article 297 shall determine at the request of a party, or may determine proprio motu, whether the claim constitutes an abuse of legal process or whether prima facie it is well founded. If the court or tribunal determines that the claim constitutes an abuse of legal process or is prima facie unfounded, it shall take no further action in the case.

Article 294

Procédures préliminaires

1. La cour ou le tribunal prévu à l'article 287 saisi d'une demande au sujet d'un différend visé à l'article 297 décide, à la requête d'une partie, ou peut décider d'office, si cette demande constitue un abus des voies de droit ou s'il est établi *prima facie* qu'elle est fondée. Si la cour ou le tribunal décide que la demande constitue un abus des voies de droit ou qu'elle est *prima facie* dénuée de fondement, il cesse d'examiner la demande.

Artikel 294

Vorverfahren

(1) Ein Gerichtshof oder Gericht nach Artikel 287, bei dem wegen einer in Artikel 297 genannten Streitigkeit eine Klageschrift eingereicht wird, entscheidet auf Ersuchen einer Partei oder kann von Amts wegen entscheiden, ob das Begehren eine mißbräuchliche Inanspruchnahme des Rechtswegs darstellt oder ob es prima facie (nach dem ersten Anschein)begründet ist. Entscheidet der Gerichtshof oder das Gericht, daß das Begehren eine mißbräuchliche Inanspruchnahme des Rechtswegs darstellt oder prima facie (nach dem ersten Anschein) unbegründet ist, so wird der Fall von ihm nicht weiter behandelt.

2. Upon receipt of the application, the court or tribunal shall immediately notify the other party or parties of the application, and shall fix a reasonable time-limit within which they may request it to make a determination in accordance with paragraph 1.

3. Nothing in this article affects the right of any party to a dispute to make preliminary objections in accordance with the applicable rules of procedure.

Article 295

Exhaustion of local remedies

Any dispute between States Parties concerning the interpretation or application of this Convention may be submitted to the procedures provided for in this section only after local remedies have been exhausted where this is required by international law.

Article 296

Finality and binding force of decisions

1. Any decision rendered by a court or tribunal having jurisdiction under this section shall be final and shall be complied with by all the parties to the dispute.

2. Any such decision shall have no binding force except between the parties and in respect of that particular dispute.

Section 3

Limitations and exceptions to applicability of section 2

Article 297

Limitations on applicability of section 2

1. Disputes concerning the interpretation or application of this Convention with regard to the exercise by a coastal State of its sovereign rights or jurisdiction provided for in this Convention shall be subject to the procedures provided for in section 2 in the following cases:

(a) when it is alleged that a coastal State has acted in contravention of the provisions of this Convention in regard to the freedoms and rights of navigation, overflight or the laying of submarine cables and pipelines, or in regard to other internationally lawful uses of the sea specified in article 58;

(b) when it is alleged that a State in exercising the aforementioned freedoms, rights

2. A la réception de la demande, la cour ou le tribunal la notifie immédiatement à l'autre ou aux autres parties et fixe un délai raisonnable dans lequel elles peuvent lui demander de statuer sur les points visés au paragraphe1.

3. Le présent article ne porte en rien atteinte au droit d'une partie à un différend de soulever des exceptions préliminaires conformément aux règles de procédure applicables.

Article 295

Epuisement des recours internes

Un différend entre Etats Parties relatif à l'interprétation ou à l'application de la Convention peut être soumis aux procédures prévues à la présente section seulement après que les recours internes ont été épuisés selon ce que requiert le droit international.

Article 296

Caractère définitif et force obligatoire des décisions

1. Les décisions rendues par une cour ou un tribunal ayant compétence en vertu de la présente section sont définitives, et toutes les parties au différend doivent s'y conformer.

2. Ces décisions n'ont force obligatoire que pour les parties et dans le cas d'espèce considéré.

Section 3

Limitations et exceptions à l'application de la section 2

Article 297

Limitations à l'application de la section 2

1. Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la Convention quant à l'exercice par un Etat côtier de ses droits souverains ou de sa juridiction tels que prévus dans la Convention sont soumis aux procédures de règlement prévues à la section 2 dans les cas où:

a) il est allégué que l'Etat côtier a contrevenu à la Convention en ce qui concerne la liberté et le droit de navigation ou de survol ou la liberté et le droit de poser des câbles et des pipelines sous-marins, ainsi qu'en ce qui concerne les utilisations de la mer aux autres fins internationalement licites visées à l'article 58;

b) il est allégué que, dans l'exercice de ces libertés et droits ou dans ces utilisations,

(2) Nach Eingang der Klageschrift unterrichtet der Gerichtshof oder das Gericht die andere Partei oder die anderen Parteien sofort von der Klageschrift und setzt eine angemessene Frist, innerhalb deren sie den Gerichtshof oder das Gericht ersuchen können, eine Entscheidung in Übereinstimmung mit Absatz 1 zu treffen.

(3) Dieser Artikel berührt nicht das Recht einer Streitpartei, in Übereinstimmung mit den anwendbaren Verfahrensregeln prozeßhindernde Einreden geltend zu machen.

Artikel 295

Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmittel

Eine Streitigkeit zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens kann den in diesem Abschnitt vorgesehenen Verfahren nur dann unterworfen werden, wenn die innerstaatlichen Rechtsmittel entsprechend den Erfordernissen des Völkerrechts erschöpft sind.

Artikel 296

Endgültigkeit und Verbindlichkeit der Entscheidungen

(1) Jede Entscheidung, die von einem nach diesem Abschnitt zuständigen Gerichtshof oder Gericht getroffen wird, ist endgültig und wird von allen Streitparteien befolgt.

(2) Die Entscheidung ist nur für die Parteien und nur in bezug auf die betreffende Streitigkeit bindend.

Abschnitt 3

Grenzen und Ausnahmen der Anwendbarkeit des Abschnitts 2

Artikel 297

Grenzen der Anwendbarkeit des Abschnitts 2

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens hinsichtlich der Ausübung der in dem Übereinkommen vorgesehenen souveränen Rechte oder Hoheitsbefugnisse durch einen Küstenstaat werden in folgenden Fällen den in Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren unterworfen:

a) wenn behauptet wird, daß ein Küstenstaat gegen die Bestimmungen dieses Übereinkommens hinsichtlich der Freiheiten und der Rechte der Schiffahrt, des Überflugs oder der Verlegung unterseeischer Kabel und Rohrleitungen oder hinsichtlich anderer völkerrechtlich zulässiger Nutzungen des Meeres nach Artikel 58 verstoßen hat;

b) wenn behauptet wird, daß ein Staat in Ausübung der genannten Freiheiten,

or uses has acted in contravention of this Convention or of laws or regulations adopted by the coastal State in conformity with this Convention and other rules of international law not incompatible with this Convention; or

un Etat a contrevenu à la Convention ou aux lois ou règlements adoptés par l'Etat côtier en conformité avec les dispositions de la Convention et les autres règles du droit international qui ne sont pas incompatibles avec celle-ci; ou

Rechte oder Nutzungen gegen dieses Übereinkommen oder gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften des Küstenstaats verstoßen hat, die dieser im Einklang mit dem Übereinkommen und sonstigen mit dem Übereinkommen nicht unvereinbaren Regeln des Völkerrechts erlassen hat, oder

(c) when it is alleged that a coastal State has acted in contravention of specified international rules and standards for the protection and preservation of the marine environment which are applicable to the coastal State and which have been established by this Convention or through a competent international organization or diplomatic conference in accordance with this Convention.

c) il est allégué que l'Etat côtier a contrevenu à des règles ou normes internationales déterminées visant à protéger et à préserver le milieu marin qui lui sont applicables et qui ont été établies par la Convention, ou par l'intermédiaire d'une organisation internationale compétente ou d'une conférence diplomatique agissant en conformité avec la Convention.

c) wenn behauptet wird, daß ein Küstenstaat gegen bestimmte auf ihn anwendbare internationale Regeln und Normen zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt verstoßen hat, die durch dieses Übereinkommen oder durch eine zuständige internationale Organisation oder eine diplomatische Konferenz in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen festgelegt worden sind.

2. (a) Disputes concerning the interpretation or application of the provisions of this Convention with regard to marine scientific research shall be settled in accordance with section 2, except that the coastal State shall not be obliged to accept the submission to such settlement of any dispute arising out of:

2. a) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application des dispositions de la Convention concernant la recherche scientifique marine sont réglés conformément à la section 2, sauf que l'Etat côtier n'est pas tenu d'accepter que soit soumis à un tel règlement un différend découlant:

(2) a) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens hinsichtlich der wissenschaftlichen Meeresforschung werden in Übereinstimmung mit Abschnitt 2 beigelegt; der Küstenstaat ist jedoch nicht verpflichtet, zuzustimmen, daß einer solchen Beilegung eine Streitigkeit unterworfen wird, die sich ergibt

(i) the exercise by the coastal State of a right or discretion in accordance with article 246; or

i) de l'exercice par cet Etat d'un droit ou d'un pouvoir discrétionnaire conformément à l'article 246; ou

i) aus der Ausübung eines Rechts oder des Ermessens in Übereinstimmung mit Artikel 246 durch den Küstenstaat oder

(ii) a decision by the coastal State to order suspension or cessation of a research project in accordance with article 253.

ii) de la décision de cet Etat d'ordonner la suspension ou la cessation d'un projet de recherche conformément à l'article 253.

ii) aus einem Beschluß des Küstenstaats, die Unterbrechung oder Einstellung eines Forschungsvorhabens in Übereinstimmung mit Artikel 253 anzuordnen.

(b) A dispute arising from an allegation by the researching State that with respect to a specific project the coastal State is not exercising its rights under articles 246 and 253 in a manner compatible with this Convention shall be submitted, at the request of either party, to conciliation under Annex V, section 2, provided that the conciliation commission shall not call in question the exercise by the coastal State of its discretion to designate specific areas as referred to in article 246, paragraph 6, or of its discretion to withhold consent in accordance with article 246, paragraph 5.

b) Les différends découlant d'une allégation de l'Etat chercheur que l'Etat côtier n'exerce pas, dans le cas d'un projet particulier, les droits que lui confèrent les articles 246 et 253 d'une manière compatible avec la Convention sont soumis, à la demande de l'une ou l'autre partie, à la conciliation selon la procédure prévue à la section 2 de l'annexe V, étant entendu que la commission de conciliation ne doit mettre en cause ni l'exercice par l'Etat côtier de son pouvoir discrétionnaire de désigner des zones spécifiques, tel qu'il est prévu à l'article 246, paragraphe 6, ni l'exercice de son pouvoir discrétionnaire de refuser son consentement conformément au paragraphe 5 du même article.

b) Eine Streitigkeit, die sich aus einer Behauptung des Forschungsstaats ergibt, daß der Küstenstaat bei einem bestimmten Vorhaben die ihm nach den Artikeln 246 und 253 zustehenden Rechte nicht in einer Weise ausübt, die mit diesem Übereinkommen vereinbar ist, wird auf Antrag einer Partei dem Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 2 unterworfen; jedoch darf die Vergleichskommission die Ausübung des Ermessens des Küstenstaats, nach Artikel 246 Absatz 6 bestimmte Gebiete zu bezeichnen oder in Übereinstimmung mit Artikel 246 Absatz 5 die Zustimmung zu versagen, nicht in Frage stellen.

3. (a) Disputes concerning the interpretation or application of the provisions of this Convention with regard to fisheries shall be settled in accordance with section 2, except that the coastal State shall not be obliged to accept the submission to such settlement of any dispute relating to its sovereign rights with respect to the living resources in the exclusive economic zone or their exercise, including its discretionary powers for determining the allowable catch, its harvesting capacity, the allocation of surpluses to other States and the terms and conditions established in its conservation and management laws and regulations.

3. a) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application des dispositions de la Convention concernant la pêche sont réglés conformément à la section 2, sauf que l'Etat côtier n'est pas tenu d'accepter que soit soumis à un tel règlement un différend relatif à ses droits souverains sur les ressources biologiques de sa zone économique exclusive ou à l'exercice de ces droits, y compris son pouvoir discrétionnaire de fixer le volume admissible des captures et sa capacité de pêche, de répartir le reliquat entre d'autres Etats et d'arrêter les modalités et conditions établies dans ses lois et règlements en matière de conservation et de gestion.

(3) a) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens hin sichtlich der Fischerei werden in Übereinstimmung mit Abschnitt 2 beigelegt; der Küstenstaat ist jedoch nicht verpflichtet, zuzustimmen, daß einer solchen Beilegung eine Streitigkeit unterworfen wird, die seine souveränen Rechte oder deren Ausübung in bezug auf die lebenden Ressourcen seiner ausschließlichen Wirtschaftszone betrifft, einschließlich seiner Ermessensbefugnis, die zulässige Fangmenge, seine Fangkapazität, die Zuweisung von Überschüssen an andere Staaten sowie die in seinen Gesetzen und sonstigen Vorschriften über Erhaltung und Bewirtschaftung festgelegten Bedingungen zu bestimmen.

(b) Where no settlement has been reached by recourse to section 1 of this Part, a dispute shall be submitted to conci-

b) Si le recours à la section 1 n'a pas permis d'aboutir à un règlement, le différend est soumis, à la demande de l'une quelcon-

b) Falls eine Beilegung aufgrund des Abschnitts 1 nicht erzielt worden ist, wird eine Streitigkeit auf Antrag einer Streitpartei

ation under Annex V, section 2, at the request of any party to the dispute, when it is alleged that:

(i) a coastal State has manifestly failed to comply with its obligations to ensure through proper conservation and management measures that the maintenance of the living resources in the exclusive economic zone is not seriously endangered;

(ii) a coastal State has arbitrarily refused to determine, at the request of another State, the allowable catch and its capacity to harvest living resources with respect to stocks which that other State is interested in fishing; or

(iii) a coastal State has arbitrarily refused to allocate to any State, under articles 62, 69 and 70 and under the terms and conditions established by the coastal State consistent with this Convention, the whole or part of the surplus it has declared to exist.

(c) In no case shall the conciliation commission substitute its discretion for that of the coastal State.

(d) The report of the conciliation commission shall be communicated to the appropriate international organizations.

(e) In negotiating agreements pursuant to articles 69 and 70, States Parties, unless they otherwise agree, shall include a clause on measures which they shall take in order to minimize the possibility of a disagreement concerning the interpretation or application of the agreement, and on how they should proceed if a disagreement nevertheless arises.

que des parties en litige, à la conciliation selon la procédure prévue à la section 2 de l'annexe V, lorsqu'il est allégué que l'Etat côtier:

i) a manifestement failli à son obligation d'assurer, par des mesures appropriées de conservation et de gestion, que le maintien des ressources biologiques de la zone économique exclusive ne soit pas sérieusement compromis;

ii) a refusé arbitrairement de fixer, à la demande d'un autre Etat, le volume admissible des captures et sa capacité d'exploiter les ressources biologiques pour ce qui est des stocks dont l'exploitation intéresse cet autre Etat; ou

iii) a refusé arbitrairement à un Etat quelconque de lui attribuer, comme le prévoient les articles 62, 69 et 70 et selon les modalités et conditions qu'il a lui-même arrêtées et qui sont compatibles avec la Convention, tout ou partie du reliquat qu'il a déclaré exister.

c) En aucun cas la commission de conciliation ne substitue son pouvoir discrétionnaire à celui de l'Etat côtier.

d) Le rapport de la commission de conciliation doit être communiqué aux organisations internationales appropriées.

e) Lorsqu'ils négocient les accords prévus aux articles 69 et 70, les Etats Parties, à moins qu'ils n'en conviennent autrement, y incluent une clause prévoyant les mesures qu'ils doivent prendre pour réduire à un minimum les possibilités de divergence quant à l'interprétation ou à l'application de l'accord, ainsi que la procédure à suivre au cas où il y aurait néanmoins divergence.

dem in Anlage V Abschnitt 2 vorgesehenen Vergleichsverfahren unterworfen, wenn behauptet wird,

i) daß ein Küstenstaat seine Verpflichtungen in offenkundiger Weise nicht eingehalten hat, durch geeignete Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sicherzustellen, daß der Fortbestand der lebenden Ressourcen in der ausschließlichen Wirtschaftszone nicht ernsthaft gefährdet wird,

ii) daß es ein Küstenstaat willkürlich abgelehnt hat, auf Ersuchen eines anderen Staates die zulässige Fangmenge und seine Kapazität zum Fang lebender Ressourcen in bezug auf Bestände festzulegen, an deren Fang dieser andere Staat interessiert ist, oder

iii) daß es ein Küstenstaat willkürlich abgelehnt hat, nach den Artikeln 62, 69 und 70 und den von ihm im Einklang mit diesem Übereinkommen festgelegten Bedingungen einem anderen Staat den Überschuß, der nach seiner Erklärung vorhanden ist, ganz oder zum Teil zuzuweisen.

c) In keinem Fall ersetzt die Vergleichskommission das Ermessen des Küstenstaats durch ihr eigenes.

d) Der Bericht der Vergleichskommission wird den geeigneten internationalen Organisationen übermittelt.

e) Beim Aushandeln der in den Artikeln 69 und 70 vorgesehenen Übereinkünfte nehmen die Vertragsstaaten, sofern sie nichts anderes vereinbaren, eine Bestimmung über die von ihnen zu ergreifenden Maßnahmen auf, um die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung der Übereinkunft auf ein Mindestmaß zu beschränken, sowie über das von ihnen einzuschlagende Verfahren, falls dennoch Meinungsverschiedenheiten entstehen.

Article 298

Optional exceptions to applicability of section 2

1. When signing, ratifying or acceding to this Convention or at any time thereafter, a State may, without prejudice to the obligations arising under section 1, declare in writing that it does not accept any one or more of the procedures provided for in section 2 with respect to one or more of the following categories of disputes:

(a) (i) disputes concerning the interpretation or application of articles 15, 74 and 83 relating to sea boundary delimitations, or those involving historic bays or titles, provided that a State having made such a declaration shall, when such a dispute arises subsequent to the entry into force of this Convention and where no agreement within a reasonable period of time is reached in negoti-

Article 298

Exceptions facultatives à l'application de la section 2

1. Lorsqu'il signe ou ratifie la Convention ou y adhère, ou à n'importe quel moment par la suite, un Etat peut, sans préjudice des obligations découlant de la section 1, déclarer par écrit qu'il n'accepte pas une ou plusieurs des procédures de règlement des différends prévues à la section 2 en ce qui concerne une ou plusieurs des catégories suivantes de différends:

a) i) les différends concernant l'interprétation ou l'application des articles 15, 74 et 83 relatifs à la délimitation de zones maritimes ou les différends qui portent sur des baies ou titres historiques, pourvu que l'Etat qui a fait la déclaration accepte, lorsqu'un tel différend surgit après l'entrée en vigueur de la Convention et si les parties ne parviennent à aucun accord par voie de négociations dans

Artikel 298

Fakultative Ausnahmen der Anwendbarkeit des Abschnitts 2

(1) Ein Staat kann unbeschadet der Verpflichtungen aus Abschnitt 1, wenn er dieses Übereinkommen unterzeichnet, ratifiziert oder ihm beitritt, oder zu jedem späteren Zeitpunkt schriftlich erklären, daß er einem oder mehreren der in Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren in bezug auf eine oder mehrere der folgenden Arten von Streitigkeiten nicht zustimmt:

a) i) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der Artikel 15, 74 und 3 betreffend die Abgrenzung von Meeresgebieten oder über historische Buchten oder historische Rechtstitel; jedoch stimmt ein Staat, der die Erklärung abgegeben hat, beim Entstehen einer solchen Streitigkeit nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und wenn innerhalb einer angemessenen Frist in

ations between the parties, at the request of any party to the dispute, accept submission of the matter to conciliation under Annex V, section 2; and provided further that any dispute that necessarily involves the concurrent consideration of any unsettled dispute concerning sovereignty or other rights over continental or insular land territory shall be excluded from such submission;

un délai raisonnable, de le soumettre, à la demande de l'une d'entre elles, à la conciliation selon la procédure prévue à la section 2 de l'annexe V, et étant entendu que ne peut être soumis à cette procédure aucun différend impliquant nécessairement l'examen simultané d'un différend non réglé relatif à la souveraineté ou à d'autres droits sur un territoire continental ou insulaire;

Verhandlungen zwischen den Parteien keine Einigung erzielt wird, auf Antrag einer Streitpartei der Unterwerfung der Angelegenheit unter ein Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 2 zu; jede Streitigkeit, die notwendigerweise die gleichzeitige Prüfung einer nicht beigelegten Streitigkeit betreffend die Souveränität oder andere Rechte über ein Festland- oder Inselgebiet umfaßt, ist von dieser Unterwerfung ausgenommen;

(ii) after the conciliation commission has presented its report, which shall state the reasons on which it is based, the parties shall negotiate an agreement on the basis of that report; if these negotiations do not result in an agreement, the parties shall, by mutual consent, submit the question to one of the procedures provided for in section 2, unless the parties otherwise agree;

ii) une fois que la commission de conciliation a présenté son rapport, qui doit être motivé, les parties négocient un accord sur la base de ce rapport; si les négociations n'aboutissent pas, les parties soumettent la question, par consentement mutuel, aux procédures prévues à la section 2, à moins qu'elles n'en conviennent autrement;

ii) nachdem die Vergleichskommission ihren Bericht vorgelegt hat, der mit Gründen zu versehen ist, handeln die Parteien auf seiner Grundlage eine Übereinkunft aus; führen diese Verhandlungen nicht zu einer Übereinkunft, so unterwerfen die Parteien die Frage im gegenseitigen Einvernehmen einem der in Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren, sofern sie nichts anderes vereinbaren;

(iii) this subparagraph does not apply to any sea boundary dispute finally settled by an arrangement between the parties, or to any such dispute which is to be settled in accordance with a bilateral or multilateral agreement binding upon those parties;

iii) le présent alinéa ne s'applique ni aux différends relatifs à la délimitation de zones maritimes qui ont été définitivement réglés par un arrangement entre les parties, ni aux différends qui doivent être réglés conformément à un accord bilatéral ou multilatéral liant les parties;

iii) der vorliegende Buchstabe bezieht sich nicht auf Streitigkeiten über die Abgrenzung von Meeresgebieten, die zwischen den Parteien durch eine Vereinbarung endgültig beigelegt worden sind, noch auf Streitigkeiten, die in Übereinstimmung mit einer zweiseitigen oder mehrseitigen, diese Parteien bindenden Übereinkunft beizulegen sind;

(b) disputes concerning military activities, including military activities by government vessels and aircraft engaged in non-commercial service, and disputes concerning law enforcement activities in regard to the exercise of sovereign rights or jurisdiction excluded from the jurisdiction of a court or tribunal under article 297, paragraph 2 or 3;

b) les différends relatifs à des activités militaires, y compris les activités militaires des navires et aéronefs d'Etat utilisés pour un service non commercial, et les différends qui concernent les actes d'exécution forcée accomplis dans l'exercice de droits souverains ou de la juridiction et que l'article 297, paragraphe 2 ou 3, exclut de la compétence d'une cour ou d'un tribunal;

b) Streitigkeiten über militärische Handlungen, einschließlich militärischer Handlungen von Staatsschiffen und staatlichen Luftfahrzeugen, die anderen als Handelszwecken dienen, und Streitigkeiten über Vollstreckungshandlungen in Ausübung souveräner Rechte oder von Hoheitsbefugnissen, die nach Artikel 297 Absatz 2 oder 3 von der Gerichtsbarkeit eines Gerichtshofs oder Gerichts ausgenommen sind;

(c) disputes in respect of which the Security Council of the United Nations is exercising the functions assigned to it by the Charter of the United Nations, unless the Security Council decides to remove the matter from its agenda or calls upon the parties to settle it by the means provided for in this Convention.

c) les différends pour lesquels le Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations Unies exerce les fonctions qui lui sont conférées par la Charte des Nations Unies, à moins que le Conseil de sécurité ne décide de rayer la question de son ordre du jour ou n'invite les parties à régler leur différend par les moyens prévus dans la Convention.

c) Streitigkeiten, bei denen der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die ihm durch die Charta der Vereinten Nationen übertragenen Aufgaben wahrnimmt, sofern der Sicherheitsrat nicht beschließt, den Gegenstand von seiner Tagesordnung abzusetzen, oder die Parteien auffordert, die Streitigkeit mit den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Mitteln beizulegen.

2. A State Party which has made a declaration under paragraph 1 may at any time withdraw it, or agree to submit a dispute excluded by such declaration to any procedure specified in this Convention.

2. Un Etat Partie qui a fait une déclaration en vertu du paragraphe 1 peut à tout moment la retirer ou convenir de soumettre un différend exclu par cette déclaration à toute procédure de règlement prévue dans la Convention.

(2) Ein Vertragsstaat, der eine Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat, kann diese jederzeit zurücknehmen oder sich damit einverstanden erklären, eine durch die Erklärung ausgenommene Streitigkeit einem Verfahren nach diesem Übereinkommen zu unterwerfen.

3. A State Party which has made a declaration under paragraph 1 shall not be entitled to submit any dispute falling within the excepted category of disputes to any procedure in this Convention as against another State Party, without the consent of that party.

3. Un Etat Partie qui a fait une déclaration en vertu du paragraphe 1 ne peut soumettre un différend entrant dans une catégorie de différends exclus à l'une quelconque des procédures prévues dans la Convention sans le consentement de l'Etat Partie avec lequel il est en litige.

(3) Ein Vertragsstaat, der eine Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat, ist nicht berechtigt, eine Streitigkeit, die zu der Art der ausgenommenen Streitigkeiten gehört, im Verhältnis zu einem anderen Vertragsstaat ohne dessen Zustimmung einem Verfahren nach diesem Übereinkommen zu unterwerfen.

4. If one of the States Parties has made a declaration under paragraph 1 (a) any other State Party may submit any dispute falling within an excepted category against the declarant party to the procedure specified in such declaration.

5. A new declaration, or the withdrawal of a declaration, does not in any way affect proceedings pending before a court or tribunal in accordance with this article, unless the parties otherwise agree.

6. Declarations and notices of withdrawal of declarations under this article shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit copies thereof to the States Parties.

Article 299

Right of the parties to agree upon a procedure

1. A dispute excluded under article 297 or excepted by a declaration made under article 298 from the dispute settlement procedures provided for in section 2 may be submitted to such procedures only by agreement of the parties to the dispute.

2. Nothing in this section impairs the right of the parties to the dispute to agree to some other procedure for the settlement of such dispute or to reach an amicable settlement.

4. Si un Etat Partie a fait une déclaration en vertu du paragraphe 1, lettre a), tout autre Etat Partie peut soumettre à la procédure spécifiée dans cette déclaration tout différend qui l'oppose à l'Etat auteur de la déclaration et qui entre dans une catégorie de différends exclus.

5. Une nouvelle déclaration ou une notification de retrait d'une déclaration n'affecte en rien la procédure en cours devant une cour ou un tribunal saisi conformément au présent article, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

6. Les déclarations ou les notifications de leur retrait visées au présent article sont déposées auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en transmet copie aux Etats Parties.

Article 299

Droit des parties de convenir de la procédure

1. Tout différend qui a été exclu des procédures de règlement des différends prévues à la section 2 en vertu de l'article 297 ou par une déclaration faite conformément à l'article 298 ne peut être soumis à ces procédures que par accord des parties au différend.

2. Aucune disposition de la présente section ne porte atteinte au droit des parties à un différend de convenir d'une autre procédure de règlement de ce différend ou de le régler à l'amiable.

(4) Hat ein Vertragsstaat eine Erklärung nach Absatz 1 Buchstabe a abgegeben, so kann ein anderer Vertragsstaat eine Streitigkeit, die zu einer der ausgenommenen Arten gehört, im Verhältnis zu dem Vertragsstaat, der die Erklärung abgegeben hat, dem in der Erklärung angegebenen Verfahren unterwerfen.

(5) Eine neue Erklärung oder die Rücknahme einer Erklärung berührt nicht das vor einem Gerichtshof oder Gericht in Übereinstimmung mit diesem Artikel anhängige Verfahren, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

(6) Die in diesem Artikel vorgesehenen Erklärungen und Mitteilungen ihrer Rücknahme werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt den Vertragsstaaten Abschriften davon.

Artikel 299

Recht der Parteien auf Vereinbarung eines Verfahrens

(1) Eine Streitigkeit, die nach Artikel 97 oder durch eine Erklärung nach Artikel 298 von den in Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten ausgenommen ist, kann diesen Verfahren nur durch Vereinbarung der Streitparteien unterworfen werden.

(2) Dieser Abschnitt beeinträchtigt nicht das Recht der Streitparteien, ein anderes Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit zu vereinbaren oder diese gütlich beizulegen.

Part XVI
General provisions

Article 300

Good faith and abuse of rights

States Parties shall fulfil in good faith the obligations assumed under this Convention and shall exercise the rights, jurisdiction and freedoms recognized in this Convention in a manner which would not constitute an abuse of right.

Article 301

Peaceful uses of the seas

In exercising their rights and performing their duties under this Convention, States Parties shall refrain from any threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any State, or in any other manner inconsistent with the principles of international law embodied in the Charter of the United Nations.

Article 302

Disclosure of information

Without prejudice to the right of a State Party to resort to the procedures for the

Partie XVI
Dispositions générales

Article 300

Bonne foi et abus de droit

Les Etats Parties doivent remplir de bonne foi les obligations qu'ils ont assumées aux termes de la Convention et exercer les droits, les compétences et les libertés reconnus dans la Convention d'une manière qui ne constitue pas un abus de droit.

Article 301

Utilisation des mers à des fins pacifiques

Dans l'exercice de leurs droits et l'exécution de leurs obligations en vertu de la Convention, les Etats Parties s'abstiennent de recourir à la menace ou à l'emploi de la force contre l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique de tout Etat, ou de toute autre manière incompatible avec les principes du droit international énoncés dans la Charte des Nations Unies.

Article 302

Divulgation de renseignements

Sans préjudice du droit de tout Etat Partie de recourir aux procédures de règlement

Teil VI
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 300

Treu und Glauben und Rechtsmißbrauch

Die Vertragsstaaten erfüllen die aufgrund dieses Übereinkommens übernommenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben und üben die in dem Übereinkommen anerkannten Rechte, Hoheitsbefugnisse und Freiheiten in einer Weise aus, die keinen Rechtsmißbrauch darstellt.

Artikel 301

Friedliche Nutzung der Meere

Bei der Ausübung ihrer Rechte und in Erfüllung ihrer Pflichten aufgrund dieses Übereinkommens enthalten sich die Vertragsstaaten jeder Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet oder sonst mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar ist.

Artikel 302

Preisgabe von Informationen

Unbeschadet des Rechts eines Vertragsstaats, die in diesem Übereinkommen

settlement of disputes provided for in this Convention, nothing in this Convention shall be deemed to require a State Party, in the fulfilment of its obligations under this Convention, to supply information the disclosure of which is contrary to the essential interests of its security.

Article 303

Archaeological and historical objects found at sea

1. States have the duty to protect objects of an archaeological and historical nature found at sea and shall co-operate for this purpose.

2. In order to control traffic in such objects, the coastal State may, in applying article 33, presume that their removal from the sea-bed in the zone referred to in that article without its approval would result in an infringement within its territory or territorial sea of the laws and regulations referred to in that article.

3. Nothing in this article affects the rights of identifiable owners, the law of salvage or other rules of admiralty, or laws and practices with respect to cultural exchanges.

4. This article is without prejudice to other international agreements and rules of international law regarding the protection of objects of an archaeological and historical nature.

Article 304

Responsibility and liability for damage

The provisions of this Convention regarding responsibility and liability for damage are without prejudice to the application of existing rules and the development of further rules regarding responsibility and liability under international law.

des différends prévues dans la Convention, aucune disposition de celle-ci ne peut être interprétée comme obligeant un Etat Partie, dans l'exécution des obligations qui lui incombent en vertu de la Convention, à fournir des renseignements dont la divulgation serait contraire à ses intérêts essentiels en matière de sécurité.

Article 303

Objets archéologiques et historiques découverts en mer

1. Les Etats ont l'obligation de protéger les objets de caractère archéologique ou historique découverts en mer et coopèrent à cette fin.

2. Pour contrôler le commerce de ces objets, l'Etat côtier peut, en faisant application de l'article 33, considérer que leur enlèvement du fond de la mer dans la zone visée à cet article, sans son approbation, serait cause d'une infraction sur son territoire ou dans sa mer territoriale, aux lois et règlements de l'Etat côtier visés à ce même article.

3. Le présent article ne porte atteinte ni aux droits des propriétaires identifiables, au droit de récupérer des épaves et aux autres règles du droit maritime, ni aux lois et pratiques en matière d'échanges culturels.

4. Le présent article est sans préjudice des autres accords internationaux et règles du droit international concernant la protection des objets de caractère archéologique ou historique.

Article 304

Responsabilité en cas de dommages

Les dispositions de la Convention relatives à la responsabilité encourue en cas de dommages sont sans préjudice de l'application des règles existantes et de l'établissement de nouvelles règles concernant la responsabilité en vertu du droit international.

vorgesehenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten anzuwenden, ist das Übereinkommen nicht so auszulegen, als habe ein Vertragsstaat in Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Übereinkommen Informationen zu erteilen, deren Preisgabe seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen entgegensteht.

Artikel 303

Im Meer gefundene archäologische und historische Gegenstände

(1) Die Staaten haben die Pflicht, im Meer gefundene Gegenstände archäologischer oder historischer Art zu schützen, und arbeiten zu diesem Zweck zusammen.

(2) Um den Verkehr mit diesen Gegenständen zu kontrollieren, kann der Küstenstaat in Anwendung des Artikels 33 davon ausgehen, daß ihre ohne seine Einwilligung erfolgende Entfernung vom Meeresboden innerhalb der in jenem Artikel bezeichneten Zone zu einem Verstoß gegen die in jenem Artikel genannten Gesetze und sonstigen Vorschriften in seinem Hoheitsgebiet oder in seinem Küstenmeer führen würde.

(3) Dieser Artikel berührt nicht die Rechte feststellbarer Eigentümer, das Bergungsrecht oder sonstige seerechtliche Vorschriften sowie Gesetze und Verhaltensweisen auf dem Gebiet des Kulturaustausches.

(4) Dieser Artikel berührt nicht andere internationale Übereinkünfte und Regeln des Völkerrechts über den Schutz von Gegenständen archäologischer oder historischer Art.

Artikel 304

Verantwortlichkeit und Haftung für Schäden

Die Bestimmungen dieses Übereinkommens über die Verantwortlichkeit und Haftung für Schäden berühren nicht die Anwendung geltender Regeln und die Entwicklung weiterer Regeln über die völkerrechtliche Verantwortlichkeit und Haftung.

Part XVII
Final provisions

Article 305

Signature

1. This Convention shall be open for signature by:

(a) all States;

(b) Namibia, represented by the United Nations Council for Namibia;

(c) all self-governing associated States which have chosen that status in an act of self-determination supervised and approved by the United Nations in accordance with General Assembly resolution 1514 (XV) and which have competence

Partie XVII
Dispositions finales

Article 305

Signature

1. La Convention est ouverte à la signature:

a) de tous les Etats;

b) de la Namibie, représentée par le Conseil des Nations Unies pour la Namibie;

c) de tous les Etats associés autonomes qui ont choisi ce régime par un acte d'autodétermination supervisé et approuvé par l'Organisation des Nations Unies, conformément à la résolution 1514 (XV) de l'Assemblée générale et

Teil XVII
Schlußbestimmungen

Artikel 305

Unterzeichnung

(1) Dieses Übereinkommen liegt zur Unterzeichnung auf

a) für alle Staaten;

b) für Namibia, vertreten durch den Rat der Vereinten Nationen für Namibia;

c) für alle assoziierten Staaten mit Selbstregierung, die diesen Status in einem von den Vereinten Nationen entsprechend der Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung überwachten und gebilligten Akt der Selbstbestimmung

over the matters governed by this Convention, including the competence to enter into treaties in respect of those matters;

(d) all self-governing associated States which, in accordance with their respective instruments of association, have competence over the matters governed by this Convention, including the competence to enter into treaties in respect of those matters;

(e) all territories which enjoy full internal self-government, recognized as such by the United Nations, but have not attained full independence in accordance with General Assembly resolution 1514 (XV) and which have competence over the matters governed by this Convention, including the competence to enter into treaties in respect of those matters;

(f) international organizations, in accordance with Annex IX.

2. This Convention shall remain open for signature until 9 December 1984 at the Ministry of Foreign Affairs of Jamaica and also, from 1 July 1983 until 9 December 1984, at United Nations Headquarters in New York.

qui ont compétence pour les matières dont traite la Convention, y compris la compétence pour conclure des traités sur ces matières;

d) de tous les Etats associés autonomes qui, en vertu de leurs instruments d'association, ont compétence pour les matières dont traite la Convention, y compris la compétence pour conclure des traités sur ces matières;

e) de tous les territoires qui jouissent d'une complète autonomie interne, reconnue comme telle par l'Organisation des Nations Unies, mais qui n'ont pas accédé à la pleine indépendance conformément à la résolution 1514 (XV) de l'Assemblée générale, et qui ont compétence pour les matières dont traite la Convention, y compris la compétence pour conclure des traités sur ces matières;

f) des organisations internationales, conformément à l'annexe IX.

2. La Convention est ouverte à la signature, au Ministère des affaires étrangères de la Jamaïque jusqu'au 9 décembre 1984, ainsi qu'au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York, du 1er juillet 1983 au 9 décembre 1984.

gewählt haben und für die in diesem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten zuständig sind, einschließlich der Zuständigkeit, Verträge über diese Angelegenheiten zu schließen;

d) für alle assoziierten Staaten mit Selbstregierung, die entsprechend ihren jeweiligen Assoziierungsurkunden für die in diesem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten zuständig sind, einschließlich der Zuständigkeit, Verträge über diese Angelegenheiten zu schließen;

e) für alle Gebiete mit voller innerer Selbstregierung, die als solche von den Vereinten Nationen anerkannt sind, jedoch noch nicht die volle Unabhängigkeit im Einklang mit der Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung erlangt haben, und die für die in diesem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten zuständig sind, einschließlich der Zuständigkeit, Verträge über diese Angelegenheiten zu schließen;

f) für internationale Organisationen in Übereinstimmung mit Anlage IX.

(2) Dieses Übereinkommen liegt bis zum 9. Dezember 1984 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten von Jamaika sowie vom 1. Juli 1983 bis zum 9. Dezember 1984 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Article 306

Ratification and formal confirmation

This Convention is subject to ratification by States and the other entities referred to in article 305, paragraph 1(b), (c), (d) and (e), and to formal confirmation, in accordance with Annex IX, by the entities referred to in article 305, paragraph 1(f). The instruments of ratification and of formal confirmation shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 306

Ratification et confirmation formelle

La Convention est soumise à ratification par les Etats et les autres entités visées à l'article 305, paragraphe 1, lettres b), c), d) et e), et à confirmation formelle, conformément à l'annexe IX, par les entités visées au paragraphe 1, lettre f), de cet article. Les instruments de ratification et de confirmation formelle sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 306

Ratifikation und förmliche Bestätigung

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation durch die Staaten und die anderen in Artikel 305 Absatz 1 Buchstaben b, c, d und e bezeichneten Rechtsträger und der förmlichen Bestätigung in Übereinstimmung mit Anlage IX durch die in Artikel 305 Absatz 1 Buchstabe f bezeichneten Rechtsträger. Die Ratifikationsurkunden und die Urkunden der förmlichen Bestätigung werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Article 307

Accession

This Convention shall remain open for accession by States and the other entities referred to in article 305. Accession by the entities referred to in article 305, paragraph 1(f), shall be in accordance with Annex IX. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 307

Adhésion

La Convention reste ouverte à l'adhésion des Etats et des autres entités visées à l'article 305. L'adhésion des entités visées à l'article 305, paragraphe 1, lettre f), est régie par l'annexe IX. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 307

Beitritt

Dieses Übereinkommen steht den Staaten und den anderen in Artikel 305 bezeichneten Rechtsträgern zum Beitritt offen. Der Beitritt durch die in Artikel 305 Absatz 1 Buchstabe f bezeichneten Rechtsträger erfolgt in Übereinstimmung mit Anlage IX. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Article 308

Entry into force

1. This Convention shall enter into force 12 months after the date of deposit of the sixtieth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to this Convention after the deposit of the six-

Article 308

Entrée en vigueur

1. La Convention entre en vigueur douze mois après la date de dépôt du soixantième instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chaque Etat qui ratifie la Convention ou y adhère après le dépôt du soixan-

Artikel 308

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt 12 Monate nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der sechzigsten

tieth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day following the deposit of its instrument of ratification or accession, subject to paragraph 1.

3. The Assembly of the Authority shall meet on the date of entry into force of this Convention and shall elect the Council of the Authority. The first Council shall be constituted in a manner consistent with the purpose of article 161 if the provisions of that article cannot be strictly applied.

4. The rules, regulations and procedures drafted by the Preparatory Commission shall apply provisionally pending their formal adoption by the Authority in accordance with Part XI.

5. The Authority and its organs shall act in accordance with resolution II of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea relating to preparatory investment and with decisions of the Preparatory Commission taken pursuant to that resolution.

tième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention entre en vigueur le trentième jour qui suit la date de dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, sous réserve du paragraphe 1.

3. L'Assemblée de l'Autorité se réunit à la date d'entrée en vigueur de la Convention et élit le Conseil de l'Autorité. Au cas où l'article 161 ne pourrait être strictement appliqué, le premier Conseil est constitué de manière compatible avec les fins visées à cet article.

4. Les règles, règlements et procédures élaborés par la Commission préparatoire s'appliquent provisoirement en attendant qu'ils soient officiellement adoptés par l'Autorité conformément à la partie XI.

5. L'Autorité et ses organes agissent conformément à la résolution II de la troisième Conférence des Nations Unies sur le droit de la mer, relative aux investissements préparatoires, et aux décisions prises par la Commission préparatoire en application de cette résolution.

Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitritt, tritt das Übereinkommen vorbehaltlich des Absatzes 1 am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(3) Die Versammlung der Behörde tritt am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens zusammen und wählt den Rat der Behörde. Der erste Rat setzt sich in einer Weise zusammen, die dem Zweck des Artikels 161 entspricht, sofern jener Artikel nicht genau angewendet werden kann.

(4) Die von der Vorbereitungskommission ausgearbeiteten Regeln, Vorschriften und Verfahren werden bis zu ihrer förmlichen Annahme durch die Behörde in Übereinstimmung mit Teil XI vorläufig angewendet.

(5) Die Behörde und ihre Organe handeln in Übereinstimmung mit der Resolution II der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in bezug auf vorbereitende Investitionen und mit den von der Vorbereitungskommission entsprechend dieser Resolution gefaßten Beschlüssen.

Article 309

Reservations and exceptions

No reservations or exceptions may be made to this Convention unless expressly permitted by other articles of this Convention.

Article 309

Réserves et exceptions

La Convention n'admet ni réserves ni exceptions autres que celles qu'elle autorise expressément dans d'autres articles.

Artikel 309

Vorbehalte und Ausnahmen

Vorbehalte oder Ausnahmen zu diesem Übereinkommen sind nur zulässig, wenn sie ausdrücklich in anderen Artikeln des Übereinkommens vorgesehen sind.

Article 310

Declarations and statements

Article 309 does not preclude a State, when signing, ratifying or acceding to this Convention, from making declarations or statements, however phrased or named, with a view, inter alia, to the harmonization of its laws and regulations with the provisions of this Convention, provided that such declarations or statements do not purport to exclude or to modify the legal effect of the provisions of this Convention in their application to that State.

Article 310

Déclarations

L'article 309 n'interdit pas à un Etat, au moment ou il signe ou ratifie la Convention, ou adhère à celle-ci, de faire des déclarations, quels qu'en soient le libellé ou la dénomination, notamment en vue d'harmoniser ses lois et règlements avec la Convention, à condition que ces déclarations ne visent pas à exclure ou à modifier l'effet juridique des dispositions de la Convention dans leur application à cet Etat.

Artikel 310

Erklärungen

Artikel 309 schließt nicht aus, daß ein Staat bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation dieses Übereinkommens oder bei seinem Beitritt Erklärungen gleich welchen Wortlauts oder welcher Bezeichnung abgibt, um unter anderem seine Gesetze und sonstigen Vorschriften mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen, vorausgesetzt, daß diese Erklärungen nicht darauf abzielen, die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diesen Staat auszuschließen oder zu ändern.

Article 311

Relation to other conventions and international agreements

1. This Convention shall prevail, as between States Parties, over the Geneva Conventions on the Law of the Sea of 29 April 1958.

2. This Convention shall not alter the rights and obligations of States Parties which arise from other agreements compatible with this Convention and which do not affect the enjoyment by other States Parties of their rights or the performance of their obligations under this Convention.

3. Two or more States Parties may conclude agreements modifying or suspending the operation of provisions of this Convention, applicable solely to the relations be-

Article 311

Relation avec d'autres conventions et accords internationaux

1. La Convention l'emporte, entre les Etats Parties, sur les Conventions de Genève du 29 avril 1958 sur le droit de la mer.

2. La Convention ne modifie en rien les droits et obligations des Etats Parties qui découlent d'autres traités compatibles avec elle, et qui ne portent atteinte ni à la jouissance par les autres Etats Parties des droits qu'ils tiennent de la Convention, ni à l'exécution de leurs obligations découlant de celle-ci.

3. Deux ou plus de deux Etats Parties peuvent conclure des accords qui modifient ou suspendent l'application des dispositions de la Convention et qui s'appliquent unique-

Artikel 311

Verhältnis zu anderen Übereinkommen und internationalen Übereinkünften

(1) Dieses Übereinkommen hat zwischen den Vertragsstaaten Vorrang vor den Genfer Übereinkommen vom 29. April 1958 über das Seerecht.

(2) Dieses Übereinkommen ändert nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten aus anderen Übereinkünften, die mit dem Übereinkommen vereinbar sind und andere Vertragsstaaten in dem Genuß ihrer Rechte oder in der Erfüllung ihrer Pflichten aus dem Übereinkommen nicht beeinträchtigen.

(3) Zwei oder mehr Vertragsstaaten können Übereinkünfte schließen, welche die Anwendung von Bestimmungen dieses Übereinkommens modifizieren oder sus-

tween them, provided that such agreements do not relate to a provision derogation from which is incompatible with the effective execution of the object and purpose of this Convention, and provided further that such agreements shall not affect the application of the basic principles embodied herein, and that the provisions of such agreements do not affect the enjoyment by other States Parties of their rights or the performance of their obligations under this Convention.

4. States Parties intending to conclude an agreement referred to in paragraph 3 shall notify the other States Parties through the depositary of this Convention of their intention to conclude the agreement and of the modification or suspension for which it provides.

5. This article does not affect international agreements expressly permitted or preserved by other articles of this Convention.

6. States Parties agree that there shall be no amendments to the basic principle relating to the common heritage of mankind set forth in article 136 and that they shall not be party to any agreement in derogation thereof.

Article 312

Amendment

1. After the expiry of a period of 10 years from the date of entry into force of this Convention, a State Party may, by written communication addressed to the Secretary-General of the United Nations, propose specific amendments to this Convention, other than those relating to activities in the Area, and request the convening of a conference to consider such proposed amendments. The Secretary-General shall circulate such communication to all States Parties. If, within 12 months from the date of the circulation of the communication, not less than one half of the States Parties reply favourably to the request, the Secretary-General shall convene the conference.

2. The decision-making procedure appli cable at the amendment conference shall be the same as that applicable at the Third United Nations Conference on the Law of the Sea unless otherwise decided by the conference. The conference should make every effort to reach agreement on any amendments by way of consensus and there should be no voting on them until all efforts at consensus have been exhausted.

Article 313

Amendment by simplified procedure

1. A State Party may, by written communication addressed to the Secretary Gener-

ment à leurs relations mutuelles, à condition que ces accords ne portent pas sur une des dispositions de la Convention dont le non-respect serait incompatible avec la réalisation de son objet et de son but, et à condition également que ces accords n'affectent pas l'application des principes fondamentaux énoncés dans la Convention et ne portent atteinte ni à la jouissance par les autres Etats Parties des droits qu'ils tiennent de la Convention, ni à l'exécution de leurs obligations découlant de celle-ci.

4. Les Etats Parties qui se proposent de conclure un accord visé au paragraphe 3 notifient aux autres Parties, par l'entremise du dépositaire de la Convention, leur intention de conclure l'accord ainsi que les modifications ou la suspension de l'application des dispositions de la Convention qu'il prévoirait.

5. Le présent article ne porte pas atteinte aux accords internationaux expressément autorisés ou maintenus par d'autres articles de la Convention.

6. Les Etats Parties conviennent qu'aucune modification ne peut être apportée au principe fondamental concernant le patrimoine commun de l'humanité énoncé à l'article 136 et qu'ils ne seront parties à aucun accord dérogeant à ce principe.

Article 312

Amendement

1. A l'expiration d'une période de 10 ans à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention, tout Etat Partie peut proposer, par voie de communication écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, des amendements à la Convention sur des points précis, pour autant qu'ils ne portent pas sur les activités menées dans la Zone, et demander la convocation d'une conférence chargée d'examiner les amendements ainsi proposés. Le Secrétaire général transmet cette communication à tous les Etats Parties. Il convoque la conférence si, dans les 12 mois qui suivent la date de transmission de la communication, la moitié au moins des Etats Parties répondent favorablement à cette demande.

2. A moins qu'elle n'en décide autrement, la conférence d'amendement applique la procédure de prise de décisions suivie par la troisième Conférence des Nations Unies sur le droit de la mer. Elle ne devrait ménager aucun effort pour aboutir à un accord sur les amendements par voie de consensus et il ne devrait pas y avoir de vote sur ces amendements tant que tous les efforts en vue d'aboutir à un consensus n'auront pas été épuisés.

Article 313

Amendement par procédure simplifiée

1. Tout Etat Partie peut proposer, par voie de communication écrite adressée au Se-

pendieren und nur auf die Beziehungen zwischen ihnen Anwendung finden; diese Übereinkünfte dürfen sich jedoch nicht auf eine Bestimmung beziehen, von der abzuweichen mit der Verwirklichung von Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist; die Übereinkünfte dürfen ferner die Anwendung der in dem Übereinkommen enthaltenen wesentlichen Grundsätze nicht beeinträchtigen; die Bestimmungen der Übereinkünfte dürfen die anderen Vertragsstaaten in dem Genuß ihrer Rechte oder in der Erfüllung ihrer Pflichten aus dem Übereinkommen nicht beeinträchtigen.

(4) Vertragsstaaten, die eine Übereinkunft nach Absatz 3 schließen wollen, notifizieren den anderen Vertragsstaaten über den Verwahrer dieses Übereinkommens ihre Absicht, die Übereinkunft zu schließen, sowie die darin vorgesehene Modifikation oder Suspendierung.

(5) Dieser Artikel berührt nicht internationale Übereinkünfte, die durch andere Artikel dieses Übereinkommens ausdrücklich zugelassen oder gewahrt sind.

(6) Die Vertragsstaaten kommen überein, daß der in Artikel 136 niedergelegte wesentliche Grundsatz über das gemeinsame Erbe der Menschheit nicht geändert werden darf und daß sie nicht Vertragspartei einer Übereinkunft werden, die von diesem Grundsatz abweicht.

Artikel 312

Änderung

(1) Nach Ablauf von 10 Jahren nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt, kann ein Vertragsstaat durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Mitteilung bestimmte Änderungen des Übereinkommens vorschlagen, die sich nicht auf Tätigkeiten im Gebiet beziehen, und um die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung der vorgeschlagenen Änderungen ersuchen. Der Generalsekretär leitet diese Mitteilung an alle Vertragsstaaten weiter. Befürwortet innerhalb von 12 Monaten nach Weiterleitung der Mitteilung mindestens die Hälfte der Vertragsstaaten das Ersuchen, so beruft der Generalsekretär die Konferenz ein.

(2) Auf der Änderungskonferenz wird das gleiche Verfahren zur Beschlußfassung angewendet wie auf der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, sofern die Konferenz nichts anderes beschließt. Die Konferenz soll sich nach Kräften bemühen, Änderungen durch Konsens zu vereinbaren; es soll so lange nicht über Änderungen abgestimmt werden, bis alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft sind.

Artikel 313

Änderung durch vereinfachtes Verfahren

(1) Ein Vertragsstaat kann durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Natio-

al of the United Nations, propose an amendment to this Convention, other than an amendment relating to activities in the Area, to be adopted by the simplified procedure set forth in this article without convening a conference. The Secretary-General shall circulate the communication to all States Parties.

2. If, within a period of 12 months from the date of the circulation of the communication, a State Party objects to the proposed amendment or to the proposal for its adoption by the simplified procedure, the amendment shall be considered rejected. The Secretary-General shall immediately notify all States Parties accordingly.

3. If, 12 months from the date of the circulation of the communication, no State Party has objected to the proposed amendment or to the proposal for its adoption by the simplified procedure, the proposed amendment shall be considered adopted. The Secretary-General shall notify all States Parties that the proposed amendment has been adopted.

crétaire général de l'Organisation des Nations Unies, un amendement à la Convention, autre qu'un amendement portant sur les activités menées dans la Zone, et demander qu'il soit adopté selon la procédure simplifiée prévue au présent article, sans convocation d'une conférence. Le Secrétaire général transmet la communication à tous les Etats Parties.

2. Si, dans les 12 mois qui suivent la date de transmission de la communication, un Etat Partie fait une objection à l'amendement proposé ou à la proposition tendant à le faire adopter selon la procédure simplifiée, l'amendement proposé est considéré comme rejeté. Le Secrétaire général en adresse notification à tous les Etats Parties.

3. Si, 12 mois après la date de transmission de la communication, aucun Etat Partie n'a fait d'objection à l'amendement proposé ou à la proposition tendant à le faire adopter selon la procédure simplifiée, l'amendement proposé est considéré comme adopté. Le Secrétaire général en adresse notification à tous les Etats Parties.

nen gerichtete schriftliche Mitteilung eine Änderung dieses Übereinkommens vorschlagen, die sich nicht auf Tätigkeiten im Gebiet bezieht und ohne Einberufung einer Konferenz durch das in diesem Artikel festgelegte vereinfachte Verfahren angenommen werden soll. Der Generalsekretär leitet die Mitteilung an alle Vertragsstaaten weiter.

(2) Erhebt ein Vertragsstaat innerhalb von 12 Monaten nach dem Tag der Weiterleitung der Mitteilung Einspruch gegen die vorgeschlagene Änderung oder gegen den Vorschlag, sie durch vereinfachtes Verfahren anzunehmen, so gilt die Änderung als abgelehnt. Der Generalsekretär notifiziert dies umgehend allen Vertragsstaaten.

(3) Hat 12 Monate nach dem Tag der Weiterleitung der Mitteilung kein Vertragsstaat gegen die vorgeschlagene Änderung oder gegen den Vorschlag, sie durch vereinfachtes Verfahren anzunehmen, Einspruch erhoben, so gilt die vorgeschlagene Änderung als angenommen. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsstaaten, daß die vorgeschlagene Änderung angenommen worden ist.

Article 314

Amendments to the provisions of this Convention relating exclusively to activities in the Area

1. A State Party may, by written communication addressed to the Secretary-General of the Authority, propose an amendment to the provisions of this Convention relating exclusively to activities in the Area, including Annex VI, section 4. The Secretary-General shall circulate such communication to all States Parties. The proposed amendment shall be subject to approval by the Assembly following its approval by the Council. Representatives of States Parties in those organs shall have full powers to consider and approve the proposed amendment. The proposed amendment as approved by the Council and the Assembly shall be considered adopted.

2. Before approving any amendment under paragraph 1, the Council and the Assembly shall ensure that it does not prejudice the system of exploration for and exploitation of the resources of the Area, pending the Review Conference in accordance with article 155.

Article 314

Amendements aux dispositions de la Convention portant exclusivement sur les activités menées dans la Zone

1. Tout Etat Partie peut présenter, par voie de communication écrite adressée au Secrétaire général de l'Autorité, une proposition d'amendement aux dispositions de la Convention portant exclusivement sur les activités menées dans la Zone, y compris les dispositions de la section 4 de l'annexe VI. Le Secrétaire général transmet cette communication à tous les Etats Parties. Une fois approuvé par le Conseil, l'amendement proposé doit être approuvé par l'Assemblée. Les représentants des Etats Parties sont munis des pleins pouvoirs pour examiner et approuver l'amendement proposé. La proposition d'amendement, telle qu'elle a été approuvée par le Conseil et l'Assemblée, est considérée comme adoptée.

2. Avant d'approuver un amendement conformément au paragraphe 1, le Conseil et l'Assemblée s'assurent qu'il ne porte pas atteinte au système d'exploration et d'exploitation des ressources de la Zone, en attendant la convocation de la Conférence de révision conformément à l'article 155.

Artikel 314

Änderungen der Bestimmungen dieses Übereinkommens, die sich ausschließlich auf Tätigkeiten im Gebiet beziehen

(1) Ein Vertragsstaat kann durch eine an den Generalsekretär der Behörde gerichtete schriftliche Mitteilung eine Änderung der Bestimmungen dieses Übereinkommens vorschlagen, die sich ausschließlich auf Tätigkeiten im Gebiet beziehen, darunter der Bestimmungen der Anlage VI Abschnitt 4. Der Generalsekretär leitet diese Mitteilung an alle Vertragsstaaten weiter. Ist die vorgeschlagene Änderung vom Rat genehmigt worden, so bedarf sie der Genehmigung durch die Versammlung. Die Vertreter der Vertragsstaaten in diesen Organen sind bevollmächtigt, die vorgeschlagene Änderung zu prüfen und zu genehmigen. Die vorgeschlagene Änderung gilt als angenommen, so wie sie von dem Rat und der Versammlung genehmigt wurde.

(2) Vor der Genehmigung einer Änderung nach Absatz 1 tragen der Rat und die Versammlung dafür Sorge, daß die Änderung das System der Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets bis zur Überprüfungskonferenz in Übereinstimmung mit Artikel 155 nicht beeinträchtigt.

Article 315

Signature, ratification of, accession to and authentic texts of amendments

1. Once adopted, amendments to this Convention shall be open for signature by States Parties for 12 months from the date of adoption, at United Nations Headquarters in New York, unless otherwise provided in the amendment itself.

Article 315

Amendements: signature, ratification, adhésion et textes faisant foi

1. Les amendements à la Convention, une fois adoptés, sont ouverts à la signature des Etats Parties au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York, pendant une période de 12 mois à compter de la date de leur adoption, à moins que ces amendements n'en disposent autrement.

Artikel 315

Änderungen: Unterzeichnung, Ratifikation, Beitritt und verbindliche Wortlaute

(1) Die angenommenen Änderungen dieses Übereinkommens liegen für die Vertragsstaaten 12 Monate nach der Annahme am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf, sofern in der Änderung selbst nichts anderes vorgesehen ist.

2. Articles 306, 307 and 320 apply to all amendments to this Convention.

Article 316

Entry into force of amendments

1. Amendments to this Convention, other than those referred to in paragraph 5, shall enter into force for the States Parties ratifying or acceding to them on the thirtieth day following the deposit of instruments of ratification or accession by two thirds of the States Parties or by 60 States Parties, whichever is greater. Such amendments shall not affect the enjoyment by other States Parties of their rights or the performance of their obligations under this Convention.

2. An amendment may provide that a larger number of ratifications or accessions shall be required for its entry into force than are required by this article.

3. For each State Party ratifying or acceding to an amendment referred to in paragraph 1 after the deposit of the required number of instruments of ratification or accession, the amendment shall enter into force on the thirtieth day following the deposit of its instrument of ratification or accession.

4. A State which becomes a Party to this Convention after the entry into force of an amendment in accordance with paragraph 1 shall, failing an expression of a different intention by that State:

(a) be considered as a Party to this Convention as so amended; and

(b) be considered as a Party to the unamended Convention in relation to any State Party not bound by the amendment.

5. Any amendment relating exclusively to activities in the Area and any amendment to Annex VI shall enter into force for all States Parties one year following the deposit of instruments of ratification or accession by three fourths of the States Parties.

6. A State which becomes a Party to this Convention after the entry into force of amendments in accordance with paragraph 5 shall be considered as a Party to this Convention as so amended.

Article 317

Denunciation

1. A State Party may, by written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations, denounce this Convention and may indicate its reasons. Failure to indicate reasons shall not affect the validity of the denunciation. The denunciation shall take effect one year after the date of receipt of the notification, unless the notification specifies a later date.

2. Les articles 306, 307 et 320 s'appliquent à tous les amendements à la Convention.

Article 316

Entrée en vigueur des amendements

1. Pour les Etats Parties qui les ont ratifiés ou y ont adhéré, les amendements à la Convention, autres que ceux qui sont visés au paragraphe 5, entrent en vigueur le trentième jour qui suit la date de dépôt des instruments de ratification ou d'adhésion des deux tiers des Etats Parties ou de 60 Etats Parties, le plus élevé de ces deux nombres étant retenu. Les amendements ne portent atteinte ni à la jouissance par les autres Etats Parties des droits qu'ils tiennent de la Convention, ni à l'exécution de leurs obligations découlant de celle-ci.

2. Un amendement peut prévoir que son entrée en vigueur requiert un nombre de ratifications ou d'adhésions plus élevé que celui exigé par le présent article.

3. Pour chaque Etat Partie qui a ratifié un amendement visé au paragraphe 1 ou y a adhéré après la date de dépôt du nombre requis d'instruments de ratification ou d'adhésion, cet amendement entre en vigueur le trentième jour qui suit la date de dépôt par l'Etat Partie de son instrument de ratification ou d'adhésion.

4. Tout Etat qui devient Partie à la Convention après l'entrée en vigueur d'un amendement conformément au paragraphe 1 est, faute d'avoir exprimé une intention différente, considéré comme étant:

a) Partie à la Convention telle qu'elle est amendée; et

b) Partie à la Convention non amendée au regard de tout Etat Partie qui n'est pas lié par cet amendement.

5. Les amendements portant exclusivement sur les activités menées dans la Zone et les amendements à l'annexe VI entrent en vigueur pour tous les Etats Parties un an après la date de dépôt des instruments de ratification ou d'adhésion des trois quarts des Etats Parties.

6. Tout Etat qui devient Partie à la Convention après l'entrée en vigueur d'amendements visés au paragraphe 5 est considéré comme étant Partie à la Convention telle qu'elle est amendée.

Article 317

Dénonciation

1. Un Etat Partie peut dénoncer la Convention, par voie de notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, et indiquer les motifs de la dénonciation. Le fait de ne pas indiquer de motifs n'affecte pas la validité de la dénonciation. Celle-ci prend effet un an après la date de réception de la notification, à moins qu'elle ne prévoie une date ultérieure.

(2) Die Artikel 306, 307 und 320 finden auf alle Änderungen dieses Übereinkommens Anwendung.

Artikel 316

Inkrafttreten von Änderungen

(1) Änderungen dieses Übereinkommens, mit Ausnahme der in Absatz 5 bezeichneten, treten für die Vertragsstaaten, die sie ratifizieren oder ihnen beitreten, am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von zwei Dritteln der Vertragsstaaten oder von 60 Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl größer ist, in Kraft. Solche Änderungen beeinträchtigen andere Vertragsstaaten nicht in dem Genuß ihrer Rechte oder in der Erfüllung ihrer Pflichten aus dem Übereinkommen.

(2) Eine Änderung kann für ihr Inkrafttreten eine größere als die nach diesem Artikel erforderliche Anzahl von Ratifikationen oder Beitritten vorsehen.

(3) Für jeden Vertragsstaat, der eine in Absatz 1 genannte Änderung nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden ratifiziert oder ihr beitritt, tritt die Änderung am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(4) Ein Staat, der nach dem Inkrafttreten einer Änderung in Übereinstimmung mit Absatz 1 Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, gilt, sofern er keine abweichende Absicht äußert,

a) als Vertragspartei des so geänderten Übereinkommens und

b) als Vertragspartei des nicht geänderten Übereinkommens gegenüber jedem Vertragsstaat, der durch die Änderung nicht gebunden ist.

(5) Eine Änderung, die sich ausschließlich auf Tätigkeiten im Gebiet bezieht, sowie eine Änderung der Anlage VI tritt für alle Vertragsstaaten ein Jahr nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von drei Vierteln der Vertragsstaaten in Kraft.

(6) Ein Staat, der nach dem Inkrafttreten von Änderungen in Übereinstimmung mit Absatz 5 Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, gilt als Vertragspartei des so geänderten Übereinkommens.

Artikel 317

Kündigung

(1) Ein Vertragsstaat kann durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation dieses Übereinkommen kündigen; er kann die Kündigung begründen. Das Fehlen einer Begründung berührt nicht die Gültigkeit der Kündigung. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam, sofern in der Notifikation nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist.

2. A State shall not be discharged by reason of the denunciation from the financial and contractual obligations which accrued while it was a Party to this Convention, nor shall the denunciation affect any right, obligation or legal situation of that State created through the execution of this Convention prior to its termination for that State.

3. The denunciation shall not in any way affect the duty of any State Party to fulfil any obligation embodied in this Convention to which it would be subject under international law independently of this Convention.

2. La dénonciation ne dégage pas un Etat des obligations financières et contractuelles encourues par lui alors qu'il était Partie à la Convention, et la dénonciation n'affecte pas non plus les droits, obligations ou situations juridiques découlant pour cet Etat de l'application de la Convention avant que celle-ci ne cesse d'être en vigueur à son égard.

3. La dénonciation n'affecte en rien le devoir de tout Etat Partie de remplir toute obligation énoncée dans la Convention à laquelle il serait soumis en vertu du droit international indépendamment de celle-ci.

(2) Die Kündigung entbindet einen Staat nicht von den finanziellen und vertraglichen Verpflichtungen, die ihm als Vertragspartei dieses Übereinkommens erwachsen sind, noch berührt die Kündigung Rechte, Pflichten oder die Rechtslage, die sich für den betreffenden Staat aus der Durchführung des Übereinkommens ergeben, bevor es für ihn außer Kraft tritt.

(3) Die Kündigung berührt nicht die Pflicht eines Vertragsstaats, eine in diesem Übereinkommen enthaltene Verpflichtung zu erfüllen, der er nach dem Völkerrecht unabhängig von dem Übereinkommen unterworfen ist.

Article 318

Status of Annexes

The Annexes form an integral part of this Convention and, unless expressly provided otherwise, a reference to this Convention or to one of its Parts includes a reference to the Annexes relating thereto.

Article 318

Statut des annexes

Les annexes font partie intégrante de la Convention et, sauf disposition contraire expresse, une référence à la Convention renvoie également à ses annexes, et une référence à une partie de la Convention renvoie aussi aux annexes qui s'y rapportent.

Artikel 318

Status der Anlagen

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Übereinkommens; sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, schließt eine Bezugnahme auf das Übereinkommen oder auf einen seiner Teile auch eine Bezugnahme auf die betreffenden Anlagen ein.

Article 319

Depositary

1. The Secretary-General of the United Nations shall be the depositary of this Convention and amendments thereto.

2. In addition to his functions as depositary, the Secretary-General shall:

(a) report to all States Parties, the Authority and competent international organizations on issues of a general nature that have arisen with respect to this Convention;

(b) notify the Authority of ratifications and formal confirmations of and accessions to this Convention and amendments thereto, as well as of denunciations of this Convention;

(c) notify States Parties of agreements in accordance with article 311, paragraph 4;

(d) circulate amendments adopted in accordance with this Convention to States Parties for ratification or accession;

(e) convene necessary meetings of States Parties in accordance with this Convention.

3. (a) The Secretary-General shall also transmit to the observers referred to in article 156:

(i) reports referred to in paragraph 2 (a);

(ii) notifications referred to in paragraph 2 (b) and (c); and

(iii) texts of amendments referred to in paragraph 2 (d), for their information.

Article 319

Dépositaire

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire de la Convention et des amendements qui s'y rapportent.

2. Outre ses fonctions de dépositaire, le Secrétaire général:

a) fait rapport à tous les Etats Parties, à l'Autorité et aux organisations internationales compétentes sur les questions de caractère général qui ont surgi à propos de la Convention;

b) notifie à l'Autorité les ratifications, confirmations formelles et adhésions dont la Convention et les amendements qui s'y rapportent font l'objet, ainsi que les dénonciations de la Convention;

c) notifie aux Etats Parties les accords conclus conformément à l'article 311, paragraphe 4;

d) transmet aux Etats Parties, pour ratification ou adhésion, les amendements adoptés conformément à la Convention;

e) convoque les réunions nécessaires des Etats Parties conformément à la Convention.

3. a) Le Secrétaire général transmet également aux observateurs visés à l'article 156:

i) les rapports visés au paragraphe 2, lettre a);

ii) les notifications visées au paragraphe 2, lettres b) et c);

iii) à titre d'information, le texte des amendements visés au paragraphe 2, lettre

Artikel 319

Verwahrer

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Übereinkommens und seiner Änderungen.

(2) Neben seinen Aufgaben als Verwahrer wird der Generalsekretär wie folgt tätig:

a) Er berichtet allen Vertragsstaaten, der Behörde und den zuständigen internationalen Organisationen über Fragen allgemeiner Art, die in bezug auf dieses Übereinkommen entstanden sind;

b) er notifiziert der Behörde die Ratifikationen, förmlichen Bestätigungen und Beitritte betreffend dieses Übereinkommen und seine Änderungen sowie die Kündigungen des Übereinkommens;

c) er notifiziert den Vertragsstaaten die in Übereinstimmung mit Artikel 311 Absatz 4 geschlossenen Übereinkünfte;

d) er leitet die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen angenommenen Änderungen an die Vertragsstaaten zur Ratifikation oder zum Beitritt weiter;

e) er beruft die notwendigen Tagungen der Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen ein.

(3) a) Der Generalsekretär übermittelt ferner den in Artikel 156 genannten Beobachtern

i) die in Absatz 2 Buchstabe a genannten Berichte;

ii) die in Absatz 2 Buchstaben b und c genannten Notifikationen und

iii) den Wortlaut der in Absatz 2 Buchstabe d genannten Änderungen zur Kenntnisnahme.

(b) The Secretary-General shall also invite those observers to participate as observers at meetings of States Parties referred to in paragraph 2 (e).

b) Le Secrétaire général invite également ces observateurs à participer en qualité d'observateurs aux réunions des Etats Parties visées au paragraphe 2, lettre e).

b) Der Generalsekretär lädt ferner diese Beobachter ein, an den in Absatz 2 Buchstabe e genannten Tagungen der Vertragsstaaten als Beobachter teilzunehmen.

Article 320

Authentic texts

The original of this Convention, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall, subject to article 305, paragraph 2, be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 320

Textes faisant foi

L'original de la Convention, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, est déposé, compte tenu de l'article 305, paragraphe 2, auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 320

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Einklang mit Artikel 305 Absatz 2 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la Convention.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Done at Montego Bay, this tenth day of December, one thousand nine hundred and eighty-two.

Fait à Montego Bay, le dix décembre mil neuf cent quatre-vingt-deux.

Geschehen zu Montego Bay am 10. Dezember 1982.

Annex I
Highly migratory species

1. Albacore tuna: *Thunnus alalunga.*
2. Bluefin tuna: *Thunnus thynnus.*
3. Bigeye tuna: *Thunnus obesus.*
4. Skipjack tuna: *Katsuwonuspelamis.*
5. Yellowfin tuna: *Thunnus albacares.*
6. Blackfin tuna: *Thunnus atlanticus.*
7. Little tuna: *Euthynnus alletteratus; Euthynnus affinis.*
8. Southern bluefin tuna: *Thunnus maccoyii.*
9. Frigate mackerel: *Auxis thazard; Auxis rochei.*
10. Pomfrets: Family *Bramidae.*
11. Marlins: *Tetrapturus angustirostris; Tetrapturus belone; Tetrapturus pfluegeri; Tetrapturus albidus; Tetrapturus audax; Tetrapturus georgei; Makaira mazara; Makaira indica; Makaira nigricans.*
12. Sail-fishes: *Istiophorus platypterus; Istiophorus albicans.*
13. Swordfish: *Xiphias gladius.*
14. Sauries: *Scomberesox saurus; Cololabis saira; Cololabis adocetus; Scomberesox saurus scombroides.*
15. Dolphin: *Coryphaena hippurus; Coryphaena equisels.*
16. Oceanic sharks: *Hexanchus griseus; Cetorhinus maximus,* Family *Alopiidae; Rhincodon typus;* Family *Carcharhinidae,* Family *Sphyrnidae;* Famil *Isurida.*
17. Cetaceans: Family *Physeteridae;* Family *Balaenopteridae;* Family *Balaenidae; Family Eschrichtiidae;* Family Monodontidae; Family *Ziphiidae;* Family *Delphinidae.*

Annexe I
Grands migrateurs

1. Thon blanc germon: *Thunnus alalunga.*
2. Thon rouge: *Thunnus thynnus.*
3. Thon obèse à gros oeil: *Thunnus obesus.*
4. Bonite à ventre rayé: *Katsuwonus pelamis.*
5. Thon à nageoire jaune: *Thunnus albacares.*
6. Thon noir: *Thunnus atlanticus.*
7. Thonine: *Euthynnus alletteratus; Euthynnus affinis.*
8. Thon à nageoire bleue: *Thunnus Maccoyii.*
9. Auxide: *Auxis thazard; Auxis rochei.*
10. Brème de mer: *Bramidae.*
11. Martin: *Tetrapturus angustirostris; Tetrapturus belone; Tetrapturus pfluegeri; Tetrapturus albidus; Tetrapturus audax; Tetrapturus georgei; Makaira mazara; Makaira indica; Makaira nigricans.*
12. Voilier: *Istriophorus platypterus; Istiophorus albicans.*
13. Espadon: *Xiphias gladius.*
14. Sauri ou balaou: *Scomberesox saurus; Cololabis saira; Cololabis adocetus; Scomberesox saurus scombroides.*
15. Coryphène ou dorade tropicale: *coryphaena hippurus; Coryphaena equiselis.*
16. Requin: *Hexanchus grseus; Cetorhinus maximus; Alopiidae; Rhincodon typus; Carchahinidae; Sphyrnidae; Isuridae.*
17. *Cétacés (baleines et marsouins): Physeteridae; Belaenopteridae; Balaenidae Eschrichtiidae; Monodontidae; Ziphiidae; Delphinidae.*

Anlage I
Weit wandernde Arten

1. Weißer Thunfisch: Thunnus alalunga
2. Roter Thunfisch: Thunnus thynnus
3. Großaugenthunfisch: Thunnus obesus
4. Echter Bonito: Katsuwonus pelamis
5. Gelbflossenthunfisch: Thunnus albacares
6. Schwarzflossenthunfisch: Thunnus atlanticus
7. Kleiner Thunfisch: Euthynnus alletteratus; Euthynnus affinis
8. Südlicher Roter Thunfisch: Thunnus maccoyii
9. Fregattmakrele: Auxis thazard; Auxis rochei
10. Brachsenmakrelen: Familie Bramidae
11. Speerfische: Tetrapturus angustirostris; Tetrapturus belone; Tetrapturus pfluegeri; Tetrapturus albidus; Tetrapturus audax; Tetrapturus georgei; Makaira mazara; Makaira indica; Makaira nigricans
12. Segelfische: Istiophorus platypterus; Istiophorus albicans
13. Schwertfisch: Xiphias gladius
14. Makrelenhechte: Scomberesox saurus; Cololabis saira; Cololabis adocetus; Scomberesox saurus scombroides
15. Goldmakrele: Coryphaena hippurus; Coryphaena equiselis
16. Meereshaie: Hexanchus griseus; Cetorhinus maximus; Familie Alopiidae; Rhincodon typus; Familie Carcharhinidae; Familie Sphyrnidae; Familie Isurida
17. Wale: Familie Physeteridae; Familie Balaenopteridae; Familie Balaenidae; Familie Eschrichtiidae; Familie Monodontidae; Familie Ziphiidae; Familie Delphinidae

Annex II

Commission on the Limits of the Continental Shelf

Article 1

In accordance with the provisions of article 76, a Commission on the Limits of the Continental Shelf beyond 200 nautical miles shall be established in conformity with the following articles.

Article 2

1. The Commission shall consist of 21 members who shall be experts in the field of geology, geophysics or hydrography, elected by States Parties to this Convention from among their nationals, having due regard to the need to ensure equitable geographical representation, who shall serve in their personal capacities.

2. The initial election shall be held as soon as possible but in any case within 18 months after the date of entry into force of this Convention. At least three months before the date of each election, the Secretary-General of the United Nations shall address a letter to the States Parties, inviting the submission of nominations, after appropriate regional consultations, within three months. The Secretary-General shall prepare a list in alphabetical order of all persons thus nominated and shall submit it to all the States Parties.

3. Elections of the members of the Commission shall be held at a meeting of States Parties convened by the Secretary-General at United Nations Headquarters. At that meeting, for which two thirds of the States Parties shall constitute a quorum, the persons elected to the Commission shall be those nominees who obtain a two-thirds majority of the votes of the representatives of States Parties present and voting. Not less than three members shall be elected from each geographical region.

4. The members of the Commission shall be elected for a term of five years. They shall be eligible for re-election.

5. The State Party which submitted the nomination of a member of the Commission shall defray the expenses of that member while in performance of Commission duties. The coastal State concerned shall defray the expenses incurred in respect of the advice referred to in article 3, paragraph 1 (b), of this Annex. The secretariat of the Commission shall be provided by the Secretary-General of the United Nations.

Annexe II

Commission des limites du plateau continental

Article premier

En application de l'article 76, une Commission des limites du plateau continental au-delà de 200 milles marins est créée conformément aux articles suivants.

Article 2

1. La Commission comprend 21 membres, experts en matière de géologie, de géophysique ou d'hydrographie, élus par les Etats Parties à la Convention parmi leurs ressortissants, compte dûment tenu de la nécessité d'assurer une représentation géographique équitable, ces membres exerçant leurs fonctions à titre individuel.

2. La première élection aura lieu dès que possible et, en tout état de cause, dans un délai de 18 mois à compter de l'entrée en vigueur de la Convention. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies adresse, trois mois au moins avant la date de chaque élection, une lettre aux Etats Parties pour les inviter à soumettre des candidatures après les consultations régionales appropriées, et ce dans un délai de trois mois. Le Secrétaire général établit dans l'ordre alphabétique une liste de tous les candidats ainsi désignés et soumet cette liste à tous les Etats Parties.

3. L'élection des membres de la Commission a lieu lors d'une réunion des Etats Parties convoquée par le Secrétaire général au Siège de l'Organisation des Nations Unies. Le quorum est constitué par les deux tiers des Etats Parties. Sont élus membres de la Commission les candidats qui recueillent les suffrages des deux tiers des membres présents et votants. Trois membres au moins de chaque région géographique sont élus.

4. Les membres de la Commission sont élus pour un mandat de cinq ans. Ils sont rééligibles.

5. L'Etat Partie qui a soumis la candidature d'un membre de la Commission prend à sa charge les dépenses qu'encourt celui-ci lorsqu'il s'acquitte de ses fonctions pour le compte de la Commission. L'Etat côtier concerné prend à sa charge les dépenses encourues en ce qui concerne les avis visés à l'article 3, paragraphe 1, lettre b) de la présente annexe. Le secrétariat de la Commission est assuré par les soins du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Anlage II

Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels

Artikel 1

In Übereinstimmung mit Artikel 76 wird im Einklang mit den folgenden Artikeln eine Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels jenseits von 200 Seemeilen gebildet.

Artikel 2

(1) Die Kommission besteht aus 21 Mitgliedern, die Fachleute auf dem Gebiet der Geologie, Geophysik oder Hydrographie sind und unter gebührender Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine gerechte geographische Vertretung zu gewährleisten, von den Vertragsstaaten dieses Übereinkommens unter ihren Staatsangehörigen ausgewählt werden; sie nehmen ihre Aufgaben in persönlicher Eigenschaft wahr.

(2) Die erste Wahl findet so bald wie möglich statt, in jedem Fall jedoch innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens. Spätestens drei Monate vor jeder Wahl richtet der Generalsekretär der Vereinten Nationen eine schriftliche Aufforderung an die Vertragsstaaten, nach entsprechenden regionalen Konsultationen innerhalb von drei Monaten Benennungen einzureichen. Der Generalsekretär stellt eine alphabetische Liste aller so benannten Personen auf, die er allen Vertragsstaaten unterbreitet.

(3) Die Wahl der Mitglieder der Kommission findet auf einer Tagung der Vertragsstaaten statt, die vom Generalsekretär am Sitz der Vereinten Nationen einberufen wird. Bei Teilnahme von zwei Dritteln der Vertragsstaaten ist die Tagung beschlußfähig; es sind diejenigen benannten Personen in die Kommission gewählt, die zwei Drittel der Stimmen der anwesenden und abstimmenden Vertreter der Vertragsstaaten erhalten. Aus jeder geographischen Region werden mindestens drei Mitglieder gewählt.

(4) Die Mitglieder der Kommission werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Sie können wiedergewählt werden.

(5) Der Vertragsstaat, der ein Mitglied der Kommission benannt hat, trägt die Kosten, die diesem Mitglied während der Erfüllung seiner Pflichten im Rahmen der Kommission entstehen. Der betreffende Küstenstaat trägt die Kosten für die Gutachten nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b dieser Anlage. Das Sekretariat der Kommission wird vom Generalsekretär der Vereinten Nationen gestellt.

Article 3

1. The functions of the Commission shall be:

(a) to consider the data and other material submitted by coastal States concerning the outer limits of the continental shelf in areas where those limits extend beyond 200 nautical miles, and to make recommendations in accordance with article 76 and the Statement of Understanding adopted on 29 August 1980 by the Third United Nations Conference on the Law of the Sea;

(b) to provide scientific and technical advice, if requested by the coastal State concerned during the preparation of the data referred to in subparagraph (a).

2. The Commission may co-operate, to the extent considered necessary and useful, with the Intergovernmental Oceanographic Commission of UNESCO, the International Hydrographic Organization and other competent international organizations with a view to exchanging scientific and technical information which might be of assistance in discharging the Commission's responsibilities.

Article 4

Where a coastal State intends to establish, in accordance with article 76, the outer limits of its continental shelf beyond 200 nautical miles, it shall submit particulars of such limits to the Commission along with supporting scientific and technical data as soon as possible but in any case within 10 years of the entry into force of this Convention for that State. The coastal State shall at the same time give the names of any Commission members who have provided it with scientific and technical advice.

Article 5

Unless the Commission decides otherwise, the Commission shall function by way of sub-commissions composed of seven members, appointed in a balanced manner taking into account the specific elements of each submission by a coastal State. Nationals of the coastal State making the submission who are members of the Commission and any Commission member who has assisted a coastal State by providing scientific and technical advice with respect to the delineation shall not be a member of the sub-commission dealing with that submission but has the right to participate as a member in the proceedings of the Commission concerning the said submission. The coastal State which has made a submission to the Commission may send its representatives to participate in the relevant proceedings without the right to vote.

Article 3

1. Les fonctions de la Commission sont les suivantes:

a) examiner les données et autres renseignements présentés par les Etats côtiers en ce qui concerne la limite extérieure du plateau continental lorsque ce plateau s'étend au-delà de 200 milles marins et soumettre des recommandations conformément à l'article 76, et au Mémorandum d'accord adopté le 29 août 1980 par la troisième Conférence des Nations Unies sur le droit de la mer;

b) émettre, à la demande de l'Etat côtier concerné, des avis scientifiques et techniques en vue de l'établissement des données visées à la lettre précédente.

2. La Commission peut coopérer, dans la mesure jugée nécessaire ou utile, avec la Commission océanographique intergouvernementale de l'Unesco, l'Organisation hydrographique internationale et d'autres organisations internationales compétentes en vue de se procurer des données scientifiques et techniques susceptibles de l'aider à s'acquitter de ses responsabilités.

Article 4

L'Etat côtier qui se propose de fixer, en application de l'article 76, la limite extérieure de son plateau continental au-delà de 200 milles marins, soumet à la Commission les caractéristiques de cette limite, avec données scientifiques et techniques à l'appui dès-que possible et, en tout état de cause, dans un délai de 10 ans à compter de l'entrée en vigueur de la Convention pour cet Etat. L'Etat côtier communique en même temps les noms de tous membres de la Commission qui lui ont fourni des avis scientifiques et techniques.

Article 5

A moins qu'elle n'en décide autrement, la Commission fonctionne par l'intermédiaire de deux sous-commissions composées de sept membres désignés d'une manière équilibrée compte tenu des éléments spécifiques de chaque demande soumise par un Etat côtier. Les membres de la Commission qui sont ressortissants de l'Etat côtier qui a soumis une demande, non plus qu'un membre de la Commission qui a aidé l'Etat côtier en lui fournissant des avis scientifiques et techniques au sujet du tracé, ne peuvent faire partie de la Sous-Commission chargée d'examiner la demande, mais ils ont le droit de participer en tant que membres aux travaux de la Commission concernant celle-ci. L'Etat côtier qui a soumis une demande à la Commission peut y envoyer des représentants qui participeront aux travaux pertinents sans droit de vote.

Artikel 3

(1) Die Kommission hat folgende Aufgaben:

a) die Daten und die sonstigen von Küstenstaaten vorgelegten Unterlagen über die äußeren Grenzen des Festlandsockels in Gebieten zu prüfen, in denen sich diese Grenzen jenseits von 200 Seemeilen erstrecken, und Empfehlungen in Übereinstimmung mit Artikel 76 und der von der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen am 29. August 1980 angenommenen Verständniserklärung abzugeben;

b) auf Ersuchen des betreffenden Küstenstaats während der Ausarbeitung der unter Buchstabe a bezeichneten Daten wissenschaftliche und technische Gutachten zu erstellen.

(2) Die Kommission kann in dem für notwendig und nützlich erachteten Umfang mit der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission der UNESCO, der Internationalen Hydrographischen Organisation und anderen zuständigen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, um wissenschaftliche und technische Informationen auszutauschen, die für die Erfüllung der Verantwortlichkeiten der Kommission hilfreich sein könnten.

Artikel 4

Beabsichtigt ein Küstenstaat, in Übereinstimmung mit Artikel 76 die äußeren Grenzen seines Festlandsockels jenseits von 200 Seemeilen festzulegen, so unterbreitet er der Kommission so bald wie möglich, in jedem Fall jedoch innerhalb von 10 Jahren nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen für diesen Staat in Kraft getreten ist, Einzelheiten über diese Grenzen mit erläuternden wissenschaftlichen und technischen Daten. Der Küstenstaat teilt gleichzeitig die Namen der Kommissionsmitglieder mit, die ihm wissenschaftliche und technische Gutachten erstellt haben.

Artikel 5

Sofern die Kommission nichts anderes beschließt, arbeitet sie mit Hilfe von Unterkommissionen, die aus je sieben Mitgliedern bestehen; diese werden in ausgewogener Weise und unter Berücksichtigung der besonderen Probleme jedes von einem Küstenstaat unterbreiteten Antrags ernannt. Kommissionsmitglieder, die Angehörige des Küstenstaats sind, der den Antrag unterbreitet hat, und Kommissionsmitglieder, die einen Küstenstaat durch wissenschaftliche und technische Gutachten über die Grenzziehung unterstützt haben, dürfen nicht Mitglieder der Unterkommission sein, die diesen Antrag behandelt; sie haben jedoch das Recht, als Mitglieder an dem Verfahren der Kommission über den betreffenden Antrag teilzunehmen. Der Küstenstaat, der den Antrag bei der Kommission eingebracht hat, kann seine Vertreter zur Teilnahme an dem betreffenden Verfahren ohne Stimmrecht entsenden.

Article 6

1. The sub-commission shall submit its recommendations to the Commission.

2. Approval by the Commission of the recommendations of the sub-commission shall be by a majority of two thirds of Commission members present and voting.

3. The recommendations of the Commission shall be submitted in writing to the coastal State which made the submission and to the Secretary-General of the United Nations.

Article 7

Coastal States shall establish the outer limits of the continental shelf in conformity with the provisions of article 76, paragraph 8, and in accordance with the appropriate national procedures.

Article 8

In the case of disagreement by the coastal State with the recommendations of the Commission, the coastal State shall, within a reasonable time, make a revised or new submission to the Commission.

Article 9

The actions of the Commission shall not prejudice matters relating to delimitation of boundaries between States with opposite or adjacent coasts.

Article 6

1. La Sous-Commission soumet ses recommandations à la Commission.

2. La Commission approuve les recommandations de la Sous-Commission à la majorité des deux tiers des membres présents et votants.

3. Les recommandations de la Commission sont soumises par écrit à l'Etat côtier qui a présenté la demande ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 7

Les Etats côtiers fixent la limite extérieure de leur plateau continental conformément à l'article 76, paragraphe 8 et aux procédures nationales appropriées.

Article 8

S'il est en désaccord avec les recommandations de la Commission, l'Etat côtier lui soumet, dans un délai raisonnable, une demande révisée ou une nouvelle demande.

Article 9

Les actes de la Commission ne préjugent pas les questions relatives à l'établissement des limites entre Etats dont les côtes sont adjacentes ou se font face.

Artikel 6

(1) Die Unterkommission legt ihre Empfehlungen der Kommission vor.

(2) Die Billigung der Empfehlungen der Unterkommission durch die Kommission erfolgt mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Kommissionsmitglieder.

(3) Die Empfehlungen der Kommission werden dem Küstenstaat, der den Antrag unterbreitet hat, und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen schriftlich übermittelt.

Artikel 7

Die Küstenstaaten legen die äußeren Grenzen des Festlandsockels im Einklang mit Artikel 76 Absatz 8 und in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen innerstaatlichen Verfahren fest.

Artikel 8

Ist der Küstenstaat mit den Empfehlungen der Kommission nicht einverstanden, so bringt er innerhalb einer angemessenen Frist einen überarbeiteten oder einen neuen Antrag bei der Kommission ein.

Artikel 9

Die Handlungen der Kommission lassen Fragen der Festlegung der Grenzen zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten unberührt.

Annex III

Basic conditions of prospecting, exploration and exploitation

Article 1

Title to minerals

Title to minerals shall pass upon recovery in accordance with this Convention.

Article 2

Prospecting

1. (a) The Authority shall encourage prospecting in the Area.

(b) Prospecting shall be conducted only after the Authority has received a satisfactory written undertaking that the proposed prospector will comply with this Convention and the relevant rules, regulations and procedures of the Authority concerning co-operation in the training programmes referred to in articles 143 and 144 and the protection of the marine environment, and will accept verification by the Authority of compliance therewith. The proposed prospector shall, at the same time, notify the Authority of the approximate area or areas in which prospecting is to be conducted.

(c) Prospecting may be conducted simultaneously by more than one prospector in the same area or areas.

2. Prospecting shall not confer on the prospector any rights with respect to resources. A prospector may, however, recover a reasonable quantity of minerals to be used for testing.

Article 3

Exploration and exploitation

1. The Enterprise, States Parties, and the other entities referred to in article 153, paragraph 2 (b), may apply to the Authority for approval of plans of work for activities in the Area.

2. The Enterprise may apply with respect to any part of the Area, but applications by others with respect to reserved areas are subject to the additional requirements of article 9 of this Annex.

3. Exploration and exploitation shall be carried out only in areas specified in plans of work referred to in article 153, paragraph 3, and approved by the Authority in accordance with this Convention and the relevant rules, regulations and procedures of the Authority.

Annexe III

Dispositions de base régissant la prospection, l'exploration et l'exploitation

Article premier

Droits sur les minéraux

Le transfert des droits sur les minéraux intervient au moment de l'extraction de ceux-ci conformément à la Convention.

Article 2

Prospection

1. a) L'Autorité encourage la prospection dans la Zone.

b) La prospection ne peut être entreprise que lorsque l'Autorité a reçu du futur prospecteur un engagement écrit satisfaisant indiquant qu'il respectera la Convention et les règles, règlements et procédures de l'Autorité concernant la coopération aux programmes de formation visés aux articles 143 et 144, et la protection du milieu marin et qu'il accepte que l'Autorité en vérifie le respect. Le futur prospecteur notifie à l'Autorité, en même temps que cet engagement, les limites approximatives de la zone ou des zones devant être prospectées.

c) La prospection peut être réalisée simultanément par plusieurs prospecteurs dans la même zone ou les mêmes zones.

2. La prospection ne confère au prospecteur aucun droit sur les ressources. Le prospecteur peut toutefois extraire une quantité raisonnable de minéraux à titre d'échantillons.

Article 3

Exploration et exploitation

1. L'Entreprise, les Etats Parties et les autres entités ou personnes visées à l'article 153, paragraphe 2, lettre b), peuvent demander à l'Autorité d'approuver des plans de travail portant sur les activités à mener dans la Zone.

2. L'Entreprise peut faire une demande portant sur n'importe quelle partie de la Zone, mais les demandes présentées par d'autres entités ou personnes pour des secteurs réservés doivent satisfaire en outre aux conditions énoncées à l'article 9 de la présente annexe.

3. L'exploration et l'exploitation ne sont menées que dans les secteurs spécifiés par les plans de travail visés à l'article 153, paragraphe 3, et approuvés par l'Autorité conformément à la Convention et aux règles, règlements et procédures pertinents de l'Autorité.

Anlage III

Grundbedingungen für die Prospektion, Erforschung und Ausbeutung

Artikel 1

Eigentumsrechte an Mineralien

Die Eigentumsrechte an den Mineralien gehen mit der Gewinnung der Mineralien in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen über.

Artikel 2

Prospektion

(1) a) Die Behörde fördert die Prospektion im Gebiet.

b) Die Prospektion darf erst erfolgen, wenn die Behörde vom künftigen Prospektor eine ausreichende schriftliche Verpflichtung erhalten hat, daß er dieses Übereinkommen sowie die einschlägigen Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde über die Zusammenarbeit in Ausbildungsprogrammen nach den Artikeln 143 und 144 und über den Schutz der Meeresumwelt einhalten wird und einer Überprüfung dieser Einhaltung seitens der Behörde zustimmt. Der künftige Prospektor teilt der Behörde gleichzeitig die ungefähren Grenzen des Feldes oder der Felder mit, in denen die Prospektion durchgeführt werden soll.

c) Die Prospektion kann gleichzeitig von mehr als einem Prospektor in demselben Feld oder in denselben Feldern durchgeführt werden.

(2) Durch die Prospektion erhält der Prospektor keine Rechte an den Ressourcen. Ein Prospektor darf jedoch eine angemessene Menge an Mineralien zu Versuchszwecken gewinnen.

Artikel 3

Erforschung und Ausbeutung

(1) Das Unternehmen, die Vertragsstaaten und die anderen in Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b bezeichneten Rechtsträger können bei der Behörde die Bestätigung von Arbeitsplänen für Tätigkeiten im Gebiet beantragen.

(2) Das Unternehmen kann einen Antrag in bezug auf jeden Teil des Gebiets stellen; Anträge anderer Rechtsträger in bezug auf reservierte Felder unterliegen jedoch den zusätzlichen Anforderungen nach Artikel 9 dieser Anlage.

(3) Erforschung und Ausbeutung dürfen nur in den Feldern durchgeführt werden, die in den in Artikel 153 Absatz 3 bezeichneten und von der Behörde in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen und den einschlägigen Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde bestätigten Arbeitsplänen festgelegt worden sind.

4. Every approved plan of work shall:

(a) be in conformity with this Convention and the rules, regulations and procedures of the Authority;

(b) provide for control by the Authority of activities in the Area in accordance with article 153, paragraph 4;

(c) confer on the operator, in accordance with the rules, regulations and procedures of the Authority, the exclusive right to explore for and exploit the specified categories of resources in the area covered by the plan of work. If, however, the applicant presents for approval a plan of work covering only the stage of exploration or the stage of exploitation, the approved plan of work shall confer such exclusive right with respect to that stage only.

5. Upon its approval by the Authority, every plan of work, except those presented by the Enterprise, shall be in the form of a contract concluded between the Authority and the applicant or applicants.

4. Tout plan de travail approuvé doit:

a) être conforme à la Convention et aux règles, règlements et procédures de l'Autorité;

b) prévoir le contrôle de l'Autorité sur les activités menées dans la Zone, conformément à l'article 153, paragraphe 4;

c) conférer à l'exploitant, conformément aux règles, règlements et procédures de l'Autorité, des droits exclusifs pour l'exploration et l'exploitation dans le secteur visé par le plan de travail, des catégories de ressources qui y sont spécifiées. Si un demandeur soumet un plan de travail ne portant que sur la phase d'exploration ou celle d'exploitation, des droits exclusifs lui sont conférés pour cette seule phase.

5. Une fois approuvé par l'Autorité, tout plan de travail, à moins qu'il n'ait été soumis par l'Entreprise, revêt la forme d'un contrat conclu entre l'Autorité et le ou les demandeurs.

(4) Jeder bestätigte Arbeitsplan

a) muß mit diesem Übereinkommen und den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde im Einklang stehen;

b) muß die Kontrolle der Behörde über die Tätigkeiten im Gebiet in Übereinstimmung mit Artikel 153 Absatz 4 vorsehen;

c) muß dem Unternehmer in Übereinstimmung mit den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde das ausschließliche Recht zur Erforschung und Ausbeutung bestimmter Kategorien von Ressourcen in dem vom Arbeitsplan erfaßten Feld übertragen. Legt der Antragsteller jedoch einen Arbeitsplan zur Bestätigung vor, der sich nur auf das Erforschungsstadium oder nur auf das Ausbeutungsstadium erstreckt, so überträgt der bestätigte Arbeitsplan das ausschließliche Recht nur für das betreffende Stadium.

(5) Mit seiner Bestätigung durch die Behörde wird jeder Arbeitsplan, mit Ausnahme der vom Unternehmen eingereichten Arbeitspläne, zu einem zwischen der Behörde und dem Antragsteller oder den Antragstellern geschlossenen Vertrag.

Article 4

Qualifications of applicants

1. Applicants, other than the Enterprise, shall be qualified if they have the nationality or control and sponsorship required by article 153, paragraph 2 (b), and if they follow the procedures and meet the qualification standards set forth in the rules, regulations and procedures of the Authority.

2. Except as provided in paragraph 6, such qualification standards shall relate to the financial and technical capabilities of the applicant and his performance under any previous contracts with the Authority.

3. Each applicant shall be sponsored by the State Party of which it is a national unless the applicant has more than one nationality, as in the case of a partnership or consortium of entities from several States, in which event all States Parties involved shall sponsor the application, or unless the applicant is effectively controlled by another State Party or its nationals, in which event both States Parties shall sponsor the application. The criteria and procedures for implementation of the sponsorship requirements shall be set forth in the rules, regulations and procedures of the Authority.

4. The sponsoring State or States shall, pursuant to article 139, have the responsibility to ensure, within their legal systems, that a contractor so sponsored shall carry out activities in the Area in conformity with the terms of its contract and its obligations

Article 4

Conditions de qualification des demandeurs

1. Sont qualifiés les demandeurs, autres que l'Entreprise, qui remplissent les conditions énoncées à l'article 153, paragraphe 2, lettre b), en matière de nationalité ou de contrôle et de patronage et doivent suivre les procédures et répondre aux critères de qualification énoncés dans les règles, règlements et procédures de l'Autorité.

2. Sous réserve du paragraphe 6, ces critères de qualification se rapportent à la capacité financière et technique du demandeur ainsi qu'à la façon dont celui-ci a exécuté les contrats conclus antérieurement avec l'Autorité.

3. Tout demandeur est patronné par l'Etat Partie dont il est ressortissant, sauf si le demandeur a plus d'une nationalité, comme c'est le cas pour une association ou un consortium composé d'entités ou personnes relevant de différents Etats, auquel cas tous les Etats Parties concernés doivent patronner la demande, ou si le demandeur est effectivement contrôlé par un autre Etat Partie ou par ses ressortissants, auquel cas les deux Etats Parties doivent patronner la demande. Les critères et procédures d'application des conditions de patronage sont énoncés dans les règles, règlements et procédures de l'Autorité.

4. Il incombe à l'Etat Partie ou aux Etats Parties qui patronnent une demande de veiller, en application de l'article 139 et au regard de leurs systèmes juridiques, à ce que les activités menées dans la Zone par un contractant que cet Etat ou ces Etats

Artikel 4

Vom Antragsteller zu erfüllende Voraussetzungen

(1) Die Antragsteller, mit Ausnahme des Unternehmens, erfüllen die Voraussetzungen, wenn sie in bezug auf Staatsangehörigkeit oder Kontrolle und Befürwortung den Vorschriften des Artikels 153 Absatz 2 Buchstabe b entsprechen, die Verfahren einhalten und den Eignungsanforderungen entsprechen, die in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde festgelegt sind.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 6 beziehen sich die Eignungsanforderungen auf die finanzielle und technische Leistungsfähigkeit des Antragstellers und seine Leistung aus früheren Verträgen mit der Behörde.

(3) Jeder Antragsteller wird von dem Vertragsstaat, dessen Angehöriger er ist, befürwortet, sofern der Antragsteller nicht mehr als eine Staatsangehörigkeit besitzt; im Fall einer Partnerschaft oder eines Konsortiums von Rechtsträgern aus mehreren Staaten befürworten alle betroffenen Vertragsstaaten den Antrag; wird der Antragsteller durch einen anderen Vertragsstaat oder seine Angehörigen tatsächlich kontrolliert, so befürworten beide Vertragsstaaten den Antrag. Die Kriterien und Verfahren der Anwendung der Bedingungen für die Befürwortung werden in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde festgelegt.

(4) Die befürwortenden Staaten sind nach Artikel 139 verpflichtet, im Rahmen ihrer Rechtssysteme dafür zu sorgen, daß ein von ihnen befürworteter Vertragsnehmer die Tätigkeiten im Gebiet im Einklang mit den Bedingungen seines Vertrags sowie

under this Convention. A sponsoring State shall not, however, be liable for damage caused by any failure of a contractor sponsored by it to comply with its obligations if that State Party has adopted laws and regulations and taken administrative measures which are, within the framework of its legal system, reasonably appropriate for securing compliance by persons under its jurisdiction.

patronnent le soient conformément aux obligations qui lui incombent en vertu du contrat et à la Convention. Toutefois, un Etat Partie n'est pas responsable des dommages résultant du manquement de la part d'un contractant patronné par lui à ses obligations s'il a adopté les lois et règlements et pris les mesures administratives qui, au regard de son système juridique, sont raisonnablement appropriées pour assurer le respect effectif de ces obligations par les personnes relevant de sa juridiction.

seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen ausübt. Ein befürwortender Staat haftet jedoch nicht für Schäden, die entstehen, wenn der von ihm befürwortete Vertragsnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sofern der betreffende Vertragsstaat Gesetze und sonstige Vorschriften erlassen und Verwaltungsmaßnahmen ergriffen hat, die im Rahmen seines Rechtssystems in angemessener Weise geeignet sind, die Einhaltung der Verpflichtungen von Personen unter seiner Hoheitsgewalt sicherzustellen.

5. The procedures for assessing the qualifications of States Parties which are applicants shall take into account their character as States.

5. Les procédures pour apprécier les demandes présentées par des Etats Parties doivent tenir compte de leur qualité d'Etats.

(5) Bei den Verfahren zur Feststellung der Voraussetzungen von Vertragsstaaten, die Antragsteller sind, ist ihre Eigenschaft als Staat zu berücksichtigen.

6. The qualification standards shall require that every applicant, without exception, shall as part of his application undertake:

6. Les critères de qalification exigent que tout demandeur, sans exception, s'engage dans sa demande à:

(6) Die Eignungsanforderungen schreiben vor, daß sich jeder Antragsteller ohne Ausnahme in seinem Antrag verpflichtet,

(a) to accept as enforceable and comply with the applicable obligations created by the provisions of Part XI, the rules, regulations and procedures of the Authority, the decisions of the organs of the Authority and terms of his contracts with the Authority;

a) accepter comme exécutoires et à respecter les obligations qui lui incombent en vertu de la partie XI, des règles, règlements et procédures de l'Autorité, des décisions des organes de celle-ci et des clauses des contrats qu'il a conclus avec l'Autorité;

a) die ihm aus Teil XI erwachsenden anwendbaren Verpflichtungen, die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde, die Beschlüsse der Organe der Behörde sowie die Bedingungen seiner Verträge mit der Behörde als durchsetzbar anzuerkennen und einzuhalten;

(b) to accept control by the Authority of activities in the Area, as authorized by this Convention;

b) accepter que l'Autorité exerce sur les activités menées dans la Zone le contrôle autorisé par la Convention;

b) eine Kontrolle der Tätigkeiten im Gebiet durch die Behörde anzuerkennen, wie sie nach diesem Übereinkommen zulässig ist;

(c) to provide the Authority with a written assurance that his obligations under the contract will be fulfilled in good faith;

c) fournir à l'Autorité l'assurance écrite qu'il remplira de bonne foi les obligations qui lui incombent en vertu du contrat;

c) der Behörde die schriftliche Zusicherung zu geben, daß er seine Verpflichtungen aus dem Vertrag nach Treu und Glauben erfüllen wird;

(d) to comply with the provisions on the transfer of technology set forth in article 5 of this Annex.

d) respecter les dispositions relatives au transfert des techniques énoncées à l'article 5 de la présente annexe.

d) die Bestimmungen des Artikels 5 dieser Anlage über die Weitergabe von Technologie einzuhalten.

Article 5

Transfer of technology

Article 5

Transfert des techniques

Artikel 5

Weitergabe von Technologie

1. When submitting a plan of work, every applicant shall make available to the Authority a general description of the equipment and methods to be used in carrying out activities in the Area, and other relevant non-proprietary information about the characteristics of such technology and information as to where such technology is available.

1. Lorsqu'il soumet un plan de travail, tout demandeur met à la disposition de l'Autorité une description générale de l'équipement et des méthodes qui seront utilisées pour les activités menées dans la Zone et autres informations pertinentes qui ne sont pas propriété industrielle et qui portent sur les caractéristiques des techniques envisagées, ainsi que des informations indiquant où ces techniques sont disponibles.

(1) Bei der Vorlage eines Arbeitsplans stellt jeder Antragsteller der Behörde eine allgemeine Beschreibung der bei der Durchführung der Tätigkeiten im Gebiet zu verwendenden Ausrüstung und Methoden sowie sonstige einschlägige, rechtlich nicht geschützte Informationen über die Merkmale der Technologie zur Verfügung und erteilt darüber Auskunft, wo diese Technologie erhältlich ist.

2. Every operator shall inform the Authority of revisions in the description and information made available pursuant to paragraph 1 whenever a substantial technological change or innovation is introduced.

2. Tout exploitant communique à l'Autorité les changements apportés à la description, aux données et aux informations mises à la disposition de l'Autorité en vertu du paragraphe 1 chaque fois qu'une modification ou une innovation technique importante est introduite.

(2) Jeder Unternehmer teilt der Behörde Änderungen der nach Absatz 1 zur Verfügung gestellten Beschreibungen und Informationen mit, sobald eine wichtige technologische Änderung oder Neuerung eingeführt wird.

3. Every contract for carrying out activities in the Area shall contain the following undertakings by the contractor:

3. Tout contrat portant sur des activités à mener dans la Zone contient des clauses par lesquelles le contractant s'engage à:

(3) Jeder Vertrag über die Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet muß folgende Verpflichtungen des Vertragsnehmers enthalten:

(a) to make available to the Enterprise on fair and reasonable commercial terms and conditions, whenever the Authority so requests, the technology which he uses in carrying out activities in the Area

a) mettre à la disposition de l'Entreprise, à la demande de l'Autorité et selon des modalités et à des conditions commerciales justes et raisonnables, les techniques qu'il utilise pour mener des acti-

a) Er stellt dem Unternehmen auf Ersuchen der Behörde zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen die Technologie zur Verfügung, die er bei der Durchführung der

under the contract, which the contractor is legally entitled to transfer. This shall be done by means of licences or other appropriate arrangements which the contractor shall negotiate with the Enterprise and which shall be set forth in a specific agreement supplementary to the contract. This undertaking may be invoked only if the Enterprise finds that it is unable to obtain the same or equally efficient and useful technology on the open market on fair and reasonable commercial terms and conditions;

vités dans la Zone au titre du contrat et qu'il est en droit de transférer. Le transfert s'effectue par voie d'accords de licence ou d'autres arrangements appropriés que le contractant négocie avec l'Entreprise et qui sont consignés dans un accord spécial complétant le contrat. Cet engagement ne peut être évoqué que si l'Entreprise constate qu'elle n'est pas en mesure d'obtenir sur le marché libre, selon des modalités et à des conditions commerciales justes et raisonnables, les mêmes techniques ou des techniques aussi efficaces et appropriées;

Tätigkeiten im Gebiet im Rahmen des Vertrags anwendet und zu deren Weitergabe er rechtlich befugt ist. Diese Weitergabe erfolgt durch Lizenzverträge oder sonstige geeignete Vereinbarungen, die der Vertragsnehmer mit dem Unternehmen aushandelt und die in einer besonderen Zusatzvereinbarung zu dem Vertrag niedergelegt sind. Diese Verpflichtung darf nur in Anspruch genommen werden, wenn das Unternehmen feststellt, daß es dieselbe oder eine gleichermaßen wirksame und geeignete Technologie auf dem freien Markt zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen nicht erhalten kann;

(b) to obtain a written assurance from the owner of any technology used in carrying out activities in the Area under the contract, which is not generally available on the open market and which is not covered by subparagraph (a), that the owner will, whenever the Authority so requests, make that technology available to the Enterprise under licence or other appropriate arrangements and on fair and reasonable commercial terms and conditions, to the same extent as made available to the contractor. If this assurance is not obtained, the technology in question shall not be used by the contractor in carrying out activities in the Area;

b) obtenir du propriétaire de toute technique à utiliser pour mener des activités dans la Zone au titre du contrat, et qui n'est ni visée à la lettre a), ni généralement disponible sur le marché libre, l'assurance écrite qu'à la demande de l'Autorité, il autorisera l'Entreprise, par voie d'accords de licence ou d'autres arrangements appropriés, à utiliser cette technique dans la même mesure que le contractant, et selon des modalités et à des conditions commerciales justes et raisonnables. En l'absence d'une telle assurance, ces techniques ne peuvent être utilisées par le contractant pour mener des activités dans la Zone;

b) er erwirkt vom Eigentümer einer Technologie, die bei der Durchführung der Tätigkeiten im Gebiet im Rahmen des Vertrags angewendet wird, die im allgemeinen auf dem freien Markt nicht erhältlich ist und die nicht unter Buchstabe a fällt, die schriftliche Zusicherung, daß der Eigentümer auf Ersuchen der Behörde dem Unternehmen diese Technologie aufgrund von Lizenzverträgen oder sonstigen geeigneten Vereinbarungen zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen in demselben Umfang wie dem Vertragsnehmer zur Verfügung stellen wird. Wird diese Zusicherung nicht erteilt, so darf die betreffende Technologie von dem Vertragsnehmer bei der Durchführung der Tätigkeiten im Gebiet nicht angewendet werden;

(c) to acquire from the owner by means of an enforceable contract, upon the request of the Enterprise and if it is possible to do so without substantial cost to the contractor, the legal right to transfer to the Enterprise any technology used by the contractor, in carrying out activities in the Area under the contract, which the contractor is otherwise not legally entitled to transfer and which is not generally available on the open market. In cases where there is a substantial corporate relationship between the contractor and the owner of the technology, the closeness of this relationship and the degree of control or influence shall be relevant to the determination whether all feasible measures have been taken to acquire such a right. In cases where the contractor exercises effective control over the owner, failure to acquire from the owner the legal right shall be considered relevant to the contractor's qualification for any subsequent application for approval of a plan of work;

c) acquérir, par un contrat exécutoire, à la demande de l'Entreprise et s'il peut le faire sans que cela entraîne pour lui des frais importants, le droit de transférer à l'Entreprise toute technique qu'il utilise pour mener des activités dans la Zone au titre du contrat, qu'il n'est pas déjà en droit de transférer et qui n'est pas généralement disponible sur le marché libre. Si, dans le cadre d'une société, il existe un lien substantiel entre le contractant et le propriétaire de la technique, l'étroitesse de ce lien et le degré de contrôle ou d'influence sont pris en considération lorsqu'il s'agit de déterminer si toutes les dispositions possibles ont été prises pour l'acquisition d'un tel droit. Si le contractant exerce un contrôle effectif sur le propriétaire et n'acquiert pas ce droit auprès de lui, il en est tenu compte pour déterminer si le contractant est qualifié lorsqu'il soumet une nouvelle demande d'approbation d'un plan de travail;

c) er erwirbt auf Ersuchen des Unternehmens und wenn es ohne erhebliche Kosten für ihn möglich ist, vom Eigentümer durch durchsetzbaren Vertrag das Recht, an das Unternehmen die vom Vertragsnehmer zur Durchführung der Tätigkeiten im Gebiet im Rahmen des Vertrags angewendete Technologie weiterzugeben, zu deren Weitergabe er anderenfalls rechtlich nicht befugt ist und die im allgemeinen auf dem freien Markt nicht erhältlich ist. Im Fall einer wesentlichen unternehmerischen Verbindung zwischen dem Vertragsnehmer und dem Eigentümer der Technologie sind die Enge dieser Verbindung und das Ausmaß der Kontrolle oder des Einflusses für die Feststellung ausschlaggebend, ob alle durchführbaren Maßnahmen ergriffen worden sind, um dieses Recht zu erwerben. Übt der Vertragsnehmer tatsächlich die Kontrolle über den Eigentümer aus, so wird die Unterlassung, das Recht vom Eigentümer zu erwerben, bei der Entscheidung darüber berücksichtigt, ob der Vertragsnehmer bei einem späteren Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplans die Voraussetzungen erfüllt;

(d) to facilitate, upon the request of the Enterprise, the acquisition by the Enterprise of any technology covered by subparagraph (b), under licence or other appropriate arrangements and on fair and reasonable commercial terms and

d) faciliter à l'Entreprise, à sa demande, l'acquisition de toute technique visée à la lettre b), par voie d'accords de licence ou d'autres arrangements appropriés, selon des modalités et à des conditions commerciales justes et raisonnables, au

d) er erleichtert auf Ersuchen des Unternehmens den Erwerb einer Technologie nach Buchstabe b durch das Unternehmen aufgrund von Lizenzverträgen oder sonstigen geeigneten Vereinbarungen zu angemessenen und annehmbaren

conditions, if the Enterprise decides to negotiate directly with the owner of the technology;

(e) to take the same measures as are prescribed in subparagraphs (a), (b), (c) and (d) for the benefit of a developing State or group of developing States which has applied for a contract under article 9 of this Annex, provided that these measures shall be limited to the exploitation of the part of the area proposed by the contractor which has been reserved pursuant to article 8 of this Annex and provided that activities under the contract sought by the developing State or group of developing States would not involve transfer of technology to a third State or the nationals of a third State. The obligation under this provision shall only apply with respect to any given contractor where technology has not been requested by the Enterprise or transferred by that contractor to the Enterprise.

4. Disputes concerning undertakings required by paragraph 3, like other provisions of the contracts, shall be subject to compulsory settlement in accordance with Part XI and, in cases of violation of these undertakings, suspension or termination of the contract or monetary penalties may be ordered in accordance with article 18 of this Annex. Disputes as to whether offers made by the contractor are within the range of fair and reasonable commercial terms and conditions may be submitted by either party to binding commercial arbitration in accordance with the UNCITRAL Arbitration Rules or such other arbitration rules as may be prescribed in the rules, regulations and procedures of the Authority. If the finding is that the offer made by the contractor is not within the range of fair and reasonable commercial terms and conditions, the contractor shall be given 45 days to revise his offer to bring it within that range before the Authority takes any action in accordance with article 18 of this Annex.

5. If the Enterprise is unable to obtain on fair and reasonable commercial terms and conditions appropriate technology to enable it to commence in a timely manner the recovery and processing of minerals from the Area, either the Council or the Assembly may convene a group of States Parties composed of those which are engaged in activities in the Area, those which have sponsored entities which are engaged in activities in the Area and other States Parties having access to such technology. This group shall consult together and shall take effective measures to ensure that such technology is made available to the Enter-

cas où elle déciderait de négocier directement avec le propriétaire;

e) prendre à l'égard d'un Etat ou groupe d'Etats en développement qui a sollicité un contrat en vertu de l'article 9 de la présente annexe, les mêmes dispositions que celles prescrites aux lettres a), b), c) et d), à condition qu'elles se limitent à l'exploitation de la partie de la zone proposée par le contractant qui a été réservée en application de l'article 8 de la présente annexe et que les activités, prévues dans le contrat sollicité par l'Etat ou groupe d'Etats en développement, n'impliquent pas de transfert de techniques au profit d'un Etat tiers ou de ressortissants d'un Etat tiers. L'obligation prévue par la présente disposition ne s'applique qu'aux contractants dont les techniques n'ont pas fait l'objet d'une demande de transfert à l'Entreprise ou n'ont pas déjà été transférées à celle-ci.

4. Les différends qui concernent les engagements requis au paragraphe 3, tout comme ceux qui concernent les autres clauses des contrats, sont soumis à la procédure de règlement obligatoire des différends prévue à la partie XI, et le non-respect de ces engagements peut entraîner des peines d'amende et la suspension ou la résiliation du contrat conformément à l'article 18 de la présente annexe. Les différends portant sur le point de savoir si les offres faites par le contractant comportent des modalités et conditions commerciales justes et raisonnables peuvent être soumis par l'une quelconque des parties à la procédure d'arbitrage commercial obligatoire prévue dans le Règlement d'arbitrage de la CNUDCI ou à toute autre procédure d'arbitrage prescrite dans les règles, règlements et procédures de l'Autorité. Si l'arbitrage aboutit à une décision négative sur ce point, le contractant dispose de 45 jours pour modifier son offre afin qu'elle comporte des modalités et conditions commerciales justes et raisonnables avant que l'Autorité ne prenne une décision en application de l'article 18 de la présente annexe.

5. Si l'Entreprise n'est pas en mesure d'obtenir, selon des modalités et à des conditions commerciales justes et raisonnables, des techniques appropriées pour entreprendre, en temps opportun, l'extraction et le traitement des minéraux de la Zone, le Conseil ou l'Assemblée peut convoquer un groupe d'Etats Parties composé des Etats qui mènent des activités dans la Zone, de ceux qui patronnent des entités ou personnes menant de telles activités et d'autres Etats Parties qui ont accès à ces techniques. Ce groupe prend, après consultations, des mesures efficaces pour faire en sorte que ces techniques soient

kommerziellen Bedingungen, sofern das Unternehmen beschließt, unmittelbar mit dem Eigentümer der Technologie zu verhandeln;

e) er ergreift dieselben Maßnahmen, wie sie unter den Buchstaben a, b, c und d vorgeschrieben sind, zum Nutzen eines Entwicklungsstaats oder einer Gruppe von Entwicklungsstaaten, die einen Vertrag nach Artikel 9 dieser Anlage beantragt haben; diese Maßnahmen sind jedoch auf die Ausbeutung des von dem Vertragsnehmer vorgeschlagenen und nach Artikel 8 dieser Anlage reservierten Teiles des Feldes beschränkt, und die Tätigkeiten im Rahmen des von dem Entwicklungsstaat oder der Gruppe von Entwicklungsstaaten angestrebten Vertrags dürfen nicht die Weitergabe der Technologie an Drittstaaten oder Angehörige von Drittstaaten zur Folge haben. Die Verpflichtung aus dieser Bestimmung gilt nur für Vertragsnehmer, um deren Technologie noch nicht vom Unternehmen ersucht wurde oder deren Technologie noch nicht an dieses weitergegeben worden ist.

(4) Streitigkeiten über die Verpflichtungen nach Absatz 3 wie über andere Bestimmungen der Verträge unterliegen dem Verfahren der obligatorischen Beilegung von Streitigkeiten in Übereinstimmung mit Teil XI; bei Verstößen gegen diese Verpflichtungen können die Suspendierung oder Beendigung des Vertrags oder Geldstrafen in Übereinstimmung mit Artikel 18 dieser Anlage angeordnet werden. Streitigkeiten darüber, ob ein Angebot des Vertragsnehmers angemessene und annehmbare kommerzielle Bedingungen enthält, können von jeder Partei in Übereinstimmung mit der UNCITRAL-Schiedsordnung oder einer anderen in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde möglicherweise vorgeschriebenen Schiedsordnung einem bindenden Handelsschiedsverfahren unterworfen werden. Wird in dem Schiedsverfahren festgestellt, daß das Angebot des Vertragsnehmers keine angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen enthält, so wird dem Vertragsnehmer eine Frist von 45 Tagen eingeräumt, in der er sein Angebot überprüfen und mit den genannten Bedingungen in Einklang bringen kann, bevor die Behörde Maßnahmen in Übereinstimmung mit Artikel 18 dieser Anlage ergreift.

(5) Kann das Unternehmen die geeignete Technologie zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen nicht erhalten, um rechtzeitig mit der Gewinnung und Verarbeitung von Mineralien aus dem Gebiet zu beginnen, so kann der Rat oder die Versammlung eine Gruppe von Vertragsstaaten einberufen, die sich aus den Staaten zusammensetzt, die Tätigkeiten im Gebiet durchführen, aus denjenigen, die Rechtsträger befürworten, die Tätigkeiten im Gebiet durchführen, sowie aus anderen Vertragsstaaten, die Zugang zu der betreffenden Technologie haben. Diese Gruppe berät miteinander und ergreift wirksame

prise on fair and reasonable commercial terms and conditions. Each such State Party shall take all feasible measures to this end within its own legal system.

6. In the case of joint ventures with the Enterprise, transfer of technology will be in accordance with the terms of the joint venture agreement.

7. The undertakings required by paragraph 3 shall be included in each contract for the carrying out of activities in the Area until 10 years after the commencement of commercial production by the Enterprise, and may be invoked during that period.

8. For the purposes of this article, «technology» means the specialized equipment and technical know-how, including manuals, designs, operating instructions, training and technical advice and assistance, necessary to assemble, maintain and operate a viable system and the legal right to use these items for that purpose on a non-exclusive basis.

mises à la disposition de l'Entreprise selon des modalités et à des conditions commerciales justes et raisonnables. Chacun de ces Etats Parties prend, à cette fin, toutes les mesures possibles dans la pratique au regard de son système juridique.

6. Dans le cas d'entreprises conjointes avec l'Entreprise, le transfert des techniques s'effectue conformément à l'accord régissant ces entreprises.

7. Les engagements requis au paragraphe 3 sont inclus dans chaque contrat portant sur des activités à mener dans la Zone jusqu'à expiration d'une période de 10 ans après le démarrage de la production commerciale par l'Entreprise et peuvent être invoqués au cours de cette période.

8. Aux fins du présent article, on entend par «techniques» l'équipement spécialisé et le savoir-faire technique, y compris les descriptifs, les manuels, les notices explicatives, la formation, les conseils et l'assistance techniques nécessaires au montage, à l'entretien et au fonctionnement d'un système viable ainsi que le droit d'utiliser ces éléments à cette fin sur une base non exclusive.

Maßnahmen um sicherzustellen, daß die Technologie dem Unternehmen zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen zur Verfügung gestellt wird. Jeder dieser Vertragsstaaten ergreift zu diesem Zweck alle Maßnahmen, die im Rahmen seines Rechtssystems durchführbar sind.

(6) Im Fall gemeinschaftlicher Unternehmungen mit dem Unternehmen erfolgt die Weitergabe von Technologie in Übereinstimmung mit der Vereinbarung über die gemeinschaftliche Unternehmung.

(7) Die Verpflichtungen nach Absatz 3 werden bis zum Ablauf von 10 Jahren nach Beginn der kommerziellen Produktion durch das Unternehmen in jeden Vertrag über die Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet aufgenommen und können während dieser Zeitspanne in Anspruch genommen werden.

(8) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Technologie" die besondere Ausrüstung und die technischen Fachkenntnisse, darunter Handbücher, Konstruktionsbeschreibungen, Betriebsanleitungen, Ausbildung sowie technische Beratung und Hilfe, die zur Errichtung, zur Unterhaltung und zum Einsatz eines funktionsfähigen Systems notwendig sind, sowie das Recht, all dies auf nicht ausschließlicher Grundlage für den genannten Zweck zu benutzen.

Article 6

Approval of plans of work

1. Six months after the entry into force of this Convention, and thereafter each fourth month, the Authority shall take up for consideration proposed plans of work.

2. When considering an application for approval of a plan of work in the form of a contract, the Authority shall first ascertain whether:

(a) the applicant has complied with the procedures established for applications in accordance with article 4 of this Annex and has given the Authority the undertakings and assurances required by that article. In cases of non-compliance with these procedures or in the absence of any of these undertakings and assurances, the applicant shall be given 45 days to remedy these defects;

(b) the applicant possesses the requisite qualifications provided for in article 4 of this Annex.

3. All proposed plans of work shall be taken up in the order in which they are received. The proposed plans of work shall comply with and be governed by the relevant provisions of this Convention and the rules, regulations and procedures of the Authority, including those on operational requirements, financial contributions and the undertakings concerning the transfer of technology. If the proposed plans of work

Article 6

Approbation des plans de travail

1. L'Autorité entreprendra l'examen des plans de travail proposés six mois après l'entrée en vigueur de la Convention, puis tous les quatre mois.

2. Lors de l'examen d'une demande d'approbation d'un plan de travail revêtant la forme d'un contrat, l'Autorité s'assure tout d'abord que:

a) le demandeur a suivi les procédures de présentation des demandes visées à l'article 4 de la présente annexe et qu'il a pris envers l'Autorité les engagements et lui a donné les assurances que requiert cet article. Si ces procédures n'ont pas été suivies, ou si l'un quelconque de ces engagements et assurances fait défaut, le demandeur dispose d'un délai de 45 jours pour remédier à ces carences;

b) le demandeur est qualifié au sens de l'article 4 de la présente annexe.

3. Tous les plans de travail proposés sont examinés dans l'ordre de leur réception. Les plans de travail proposés doivent être conformes et sont soumis aux dispositions pertinentes de la Convention ainsi qu'aux règles, règlements et procédures de l'Autorité, y compris les conditions relatives aux opérations, les contributions financières et les engagements en matière de transfert de techniques. Si les plans de travail proposés

Artikel 6

Bestätigung der Arbeitspläne

(1) Sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach alle vier Monate beginnt die Behörde mit der Prüfung der vorgeschlagenen Arbeitspläne.

(2) Bei der Prüfung eines Antrags auf Bestätigung eines Arbeitsplans in Form eines Vertrags stellt die Behörde zunächst fest,

a) ob der Antragsteller die für die Antragstellung in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieser Anlage festgelegten Verfahren eingehalten hat und gegenüber der Behörde die nach jenem Artikel erforderlichen Verpflichtungen eingegangen ist und die entsprechenden Zusicherungen abgegeben hat. Werden diese Verfahren nicht eingehalten oder fehlt eine dieser Verpflichtungen und Zusicherungen, so wird dem Antragsteller eine Frist von 45 Tagen eingeräumt, um dies nachzuholen;

b) ob der Antragsteller die erforderlichen Voraussetzungen nach Artikel 4 dieser Anlage erfüllt.

(3) Alle vorgeschlagenen Arbeitspläne werden in der Reihenfolge ihres Eingangs geprüft. Die vorgeschlagenen Arbeitspläne müssen den diesbezüglichen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde entsprechen, die für sie maßgebend sind, darunter denjenigen über die betriebstechnischen Anforderungen, die finanziellen Beiträge und die Verpflichtungen über die

conform to these requirements, the Authority shall approve them provided that they are in accordance with the uniform and non-discriminatory requirements set forth in the rules, regulations and procedures of the Authority, unless:

(a) part or all of the area covered by the proposed plan of work is included in an approved plan of work or a previously submitted proposed plan of work which has not yet been finally acted on by the Authority;

(b) part or all of the area covered by the proposed plan of work is disapproved by the Authority pursuant to article 162, paragraph 2 (x); or

(c) the proposed plan of work has been submitted or sponsored by a State Party which already holds:

(i) plans of work for exploration and exploitation of polymetallic nodules in non-reserved areas that, together with either part of the area covered by the application for a plan of work, exceed in size 30 per cent of a circular area of 400,000 square kilometres surrounding the centre of either part of the area covered by the proposed plan of work;

(ii) plans of work for the exploration and exploitation of polymetallic nodules in non-reserved areas which, taken together, constitute 2 per cent of the total sea-bed area which is not reserved or disapproved for exploitation pursuant to article 162, paragraph (2) (x).

4. For the purpose of the standard set forth in paragraph 3 (c), a plan of work submitted by a partnership or consortium shall be counted on a pro rata basis among the sponsoring States Parties involved in accordance with article 4, paragraph 3, of this Annex. The Authority may approve plans of work covered by paragraph 3 (c) if it determines that such approval would not permit a State Party or entities sponsored by it to monopolize the conduct of activities in the Area or to preclude other States Parties from activities in the Area.

5. Notwithstanding paragraph 3 (a), after the end of the interim period specified in article 151, paragraph 3, the Authority may adopt by means of rules, regulations and procedures other procedures and criteria consistent with this Convention for deciding which applicants shall have plans of work approved in cases of selection among ap-

sont conformes à ces dispositions, l'Autorité les approuve, à condition qu'ils soient également conformes aux conditions uniformes et non discriminatoires énoncées dans les règles, règlements et procédures de l'Autorité, à moins:

a) qu'une partie ou la totalité de la zone visée par le plan de travail proposé ne soit comprise dans un plan de travail déjà approuvé ou dans un plan de travail précédemment proposé sur lequel l'Autorité n'a pas encore statué définitivement;

b) que la mise en exploitation d'une partie ou de la totalité de la zone visée par le plan de travail proposé n'ait été exclue par l'Autorité en application de l'article 162, paragraphe 2, lettre x); ou

c) que le plan de travail proposé ne soit soumis ou patronné par un Etat Partie qui a déjà fait approuver:

i) des plans de travail relatifs à l'exploration et à l'exploitation de gisements de nodules polymétalliques dans des secteurs non réservés dont la superficie, ajoutée à celle de l'une ou l'autre partie de la zone visée par le plan de travail proposé, dépasserait 30 p. 100 de la superficie d'une zone circulaire de 400 000 km² déterminée à partir du centre de l'une ou l'autre partie de la zone visée par le plan de travail proposé;

ii) des plans de travail relatifs à l'exploration et à l'exploitation de gisements de nodules polymétalliques dans des secteurs non réservés représentant ensemble 2 p. 100 de la superficie totale de la Zone qui n'a pas été réservée et dont la mise en exploitation n'a pas été exclue en application de l'article 162, paragraphe 2, lettre x).

4. Aux fins de l'application de la règle énoncée au paragraphe 3, lettre c), un plan de travail soumis par une association ou un consortium est imputé sur une base proportionnelle aux Etats Parties qui patronnent l'association ou le consortium conformément à l'article 4, paragraphe 3, de la présente annexe. L'Autorité peut approuver des plans de travail régis par le paragraphe 3, lettre c), si elle établit que cette approbation ne donne pas à un Etat Partie ou à des entités ou personnes qu'il patronne la possibilité de monopoliser des activités menées dans la Zone ou d'empêcher d'autres Etats Parties d'y mener des activités.

5. Nonobstant le paragraphe 3, lettre a), l'Autorité peut, après la fin de la période intérimaire visée à l'article 151, paragraphe 3, adopter, au moyen de règles, règlements et procédures, d'autres procédures et critères compatibles avec la Convention pour déterminer, en cas de choix entre les demandeurs pour une zone donnée, ceux

Weitergabe von Technologie. Wenn die vorgeschlagenen Arbeitspläne diesen Anforderungen genügen, werden sie von der Behörde bestätigt, sofern sie den in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde enthaltenen einheitlichen und nichtdiskriminierenden Anforderungen entsprechen, es sei denn,

a) das in dem vorgeschlagenen Arbeitsplan genannte Feld gehört zum Teil oder in seiner Gesamtheit zu einem bestätigten Arbeitsplan oder zu einem bereits eingereichten vorgeschlagenen Arbeitsplan, über den die Behörde noch nicht endgültig entschieden hat;

b) das in dem vorgeschlagenen Arbeitsplan genannte Feld ist von der Behörde zum Teil oder in seiner Gesamtheit nach Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe x ausgeschlossen worden oder

c) der vorgeschlagene Arbeitsplan ist von einem Vertragsstaat eingereicht oder befürwortet worden, der bereits folgendes hat bestätigen lassen:

i) Arbeitspläne für die Erforschung und Ausbeutung polymetallischer Knollen in nichtreservierten Feldern, deren Größe zusammen mit irgendeinem Teil des in dem Antrag auf einen Arbeitsplan genannten Feldes 30 Prozent eines kreisförmigen Feldes von 400 000 Quadratkilometern um die Mitte eines Teiles des von dem vorgeschlagenen Arbeitsplan erfaßten Feldes übersteigen würde;

ii) Arbeitspläne für die Erforschung und Ausbeutung polymetallischer Knollen in nichtreservierten Feldern, deren Gesamtgröße 2 Prozent des gesamten Gebiets darstellt, soweit es nicht reserviert oder soweit seine Ausbeutung nach Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe x nicht ausgeschlossen worden ist.

(4) Zur Anwendung der Vorschrift des Absatzes 3 Buchstabe c wird ein von einer Partnerschaft oder einem Konsortium eingereichter Arbeitsplan den in Übereinstimmung mit Artikel 4 Absatz 3 dieser Anlage befürwortenden Vertragsstaaten anteilmäßig zugerechnet. Die Behörde kann unter Absatz 3 Buchstabe c fallende Arbeitspläne bestätigen, wenn sie feststellt, daß diese Bestätigung nicht dazu führt, daß ein Vertragsstaat oder von ihm befürwortete Rechtsträger die Durchführung der Tätigkeiten im Gebiet monopolisieren oder andere Vertragsstaaten von Tätigkeiten im Gebiet ausschließen.

(5) Ungeachtet des Absatzes 3 Buchstabe a kann die Behörde nach Ablauf der in Artikel 151 Absatz 3 genannten Übergangszeit durch Regeln, Vorschriften und Verfahren andere mit dem Übereinkommen im Einklang stehende Verfahren und Kriterien für die Entscheidung darüber festsetzen, welchen Antragstellern die Bestätigung der

plicants for a proposed area. These procedures and criteria shall ensure approval of plans of work on an equitable and non-discriminatory basis.

dont les plans de travail seront approuvés. Ces procédures et critères doivent assurer l'approbation des plans de travail sur une base équitable et non discriminatoire.

Arbeitspläne in Fällen erteilt werden soll, in denen eine Auswahl zwischen mehreren Antragstellern für ein vorgeschlagenes Feld getroffen werden muß. Diese Verfahren und Kriterien müssen gewährleisten, daß die Arbeitspläne auf gerechter und nichtdiskriminierender Grundlage bestätigt werden.

Article 7

Selection among applicants for production authorizations

1. Six months after the entry into force of this Convention, and thereafter each fourth month, the Authority shall take up for consideration applications for production authorizations submitted during the immediately preceding period. The Authority shall issue the authorizations applied for if all such applications can be approved without exceeding the production limitation or contravening the obligations of the Authority under a commodity agreement or arrangement to which it has become a party, as provided in article 151.

2. When a selection must be made among applicants for production authorizations because of the production limitation set forth in article 151, paragraphs 2 to 7, or because of the obligations of the Authority under a commodity agreement or arrangement to which it has become a party, as provided for in article 151, paragraph 1, the Authority shall make the selection on the basis of objective and non-discriminatory standards set forth in its rules, regulations and procedures.

3. In the application of paragraph 2, the Authority shall give priority to those applicants which:

(a) give better assurance of performance, taking into account their financial and technical qualifications and their performance, if any, under previously approved plans of work;

(b) provide earlier prospective financial benefits to the Authority, taking into account when commercial production is scheduled to begin;

(c) have already invested the most resources and effort in prospecting or exploration.

4. Applicants which are not selected in any period shall have priority in subsequent periods until they receive a production authorization.

5. Selection shall be made taking into account the need to enhance opportunities for all States Parties, irrespective of their social and economic systems or geographical locations so as to avoid discrimination against any State or system, to participate in activities in the Area and to prev-

Article 7

Choix entre les demandeurs d'autorisations de production

1. Au terme d'une période de six mois après l'entrée en vigueur de la Convention, puis tous les quatre mois, l'Autorité examine les demandes d'autorisations de production présentées au cours de la période précédente. Si toutes ces demandes peuvent être approuvées sans que les limites de production soient dépassées et sans que l'Autorité contrevienne aux obligations qu'elle a assumées au titre d'un accord ou arrangement de produit auquel elle est devenue partie, comme le prévoit l'article 151, l'Autorité délivre les autorisations demandées.

2. Lorsqu'un choix doit être fait entre les demandeurs d'autorisations de production en raison de la limitation de production prévue à l'article 151, paragraphes 2 à 7, ou des obligations qui lui incombent en vertu d'un accord ou arrangement de produit auquel elle est devenue partie comme le prévoit l'article 151, paragraphe 1, l'Autorité procède à ce choix sur la base de critères objectifs et non discriminatoires fixés dans ses règles, règlements et procédures.

3. Dans l'application du paragraphe 2, l'Autorité donne la priorité aux demandeurs qui:

a) offrent les meilleures garanties d'efficacité, compte tenu de leur capacité financière et technique et de la façon dont ils ont exécuté, le cas échéant, des plans de travail précédemment approuvés;

b) offrent à l'Autorité la perspective de gains financiers plus rapides, compte tenu de la date prévue pour le démarrage de la production commerciale;

c) ont déjà investi le plus de moyens et d'efforts dans la prospection ou l'exploration.

4. Les demandeurs qui n'ont pas été choisis au cours d'une période quelconque ont priorité lors des périodes ultérieures jusqu'à ce qu'ils reçoivent une autorisation de production.

5. Le choix est fait compte tenu de la nécessité d'offrir à tous les Etats Parties une meilleure possibilité de participer aux activités menées dans la Zone et de la nécessité d'éviter la monopolisation de ces activités, indépendamment du système économique et social de ces Etats ou de leur

Artikel 7

Auswahl zwischen Antragstellern auf Erteilung von Produktionsgenehmigungen

(1) Sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach alle vier Monate beginnt die Behörde mit der Prüfung der Anträge auf Erteilung von Produktionsgenehmigungen, die während der unmittelbar vorausgegangenen Periode eingereicht worden sind. Die Behörde erteilt die beantragten Genehmigungen, falls alle Anträge genehmigt werden können, ohne daß die Produktionsgrenze überschritten wird oder die Behörde gegen ihre Verpflichtungen aus einem Rohstoffübereinkommen oder einer entsprechenden Vereinbarung verstößt, deren Vertragspartei sie nach Artikel 151 geworden ist.

(2) Muß wegen der in Artikel 151 Absätze 2 bis 7 vorgesehenen Produktionsgrenze oder wegen der Verpflichtungen der Behörde aus einem Rohstoffübereinkommen oder einer entsprechenden Vereinbarung, deren Vertragspartei sie nach Artikel 151 Absatz 1 geworden ist, eine Auswahl zwischen den Antragstellern auf Produktionsgenehmigungen getroffen werden, so trifft die Behörde die Auswahl auf der Grundlage der in ihren Regeln, Vorschriften und Verfahren festgelegten objektiven und nichtdiskriminierenden Maßstäbe.

(3) Bei Anwendung des Absatzes 2 räumt die Behörde den Antragstellern Vorrang ein,

a) die unter Berücksichtigung ihrer finanziellen und technischen Leistungsfähigkeit und gegebenenfalls der Art und Weise, wie sie früher bestätigte Arbeitspläne ausgeführt haben, die Gewähr für bessere Leistung bieten;

b) die unter Berücksichtigung des geplanten Beginns der Produktionsaufnahme der Behörde voraussichtlich zu einem früheren Zeitpunkt finanzielle Gewinne erwarten lassen;

c) die bereits die meisten Mittel und Anstrengungen in die Prospektion oder Erforschung investiert haben.

(4) Antragsteller, die in einer Periode nicht ausgewählt worden sind, genießen in späteren Perioden Vorrang, bis sie eine Produktionsgenehmigung erhalten.

(5) Die Auswahl erfolgt unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, für alle Vertragsstaaten ungeachtet ihres sozialen und wirtschaftlichen Systems oder ihrer geographischen Lage ohne Diskriminierung eines Staates oder Systems die Möglichkeiten zu erweitern, an Tätigkeiten im Gebiet teilzu-

ent monopolization of those activities.

6. Whenever fewer reserved areas than non-reserved areas are under exploitation, applications for production authorizations with respect to reserved areas shall have priority.

7. The decisions referred to in this article shall be taken as soon as possible after the close of each period.

situation géographique, de manière qu'il n'y ait de discrimination à l'encontre d'aucun Etat ou système.

6. Chaque fois qu'il y a en exploitation moins de secteurs réservés que de secteurs non réservés, les demandes d'autorisations de production concernant les secteurs réservés ont priorité.

7. Les décisions visées au présent article sont prises aussitôt que possible après l'expiration de chaque période.

nehmen und eine Monopolisierung dieser Tätigkeiten zu verhindern.

(6) Werden weniger reservierte als nichtreservierte Felder ausgebeutet, so erhalten Anträge auf Produktionsgenehmigungen für reservierte Felder Vorrang.

(7) Die in diesem Artikel genannten Entscheidungen werden so bald wie möglich nach Ablauf jeder Periode getroffen.

Article 8

Reservation of areas

Each application, other than those submitted by the Enterprise or by any other entities for reserved areas, shall cover a total area, which need not be a single continuous area, sufficiently large and of sufficient estimated commercial value to allow two mining operations. The applicant shall indicate the coordinates dividing the area into two parts of equal estimated commercial value and submit all the data obtained by him with respect to both parts. Without prejudice to the powers of the Authority pursuant to article 17 of this Annex, the data to be submitted concerning polymetallic nodules shall relate to mapping, sampling, the abundance of nodules, and their metal content. Within 45 days of receiving such data, the Authority shall designate which part is to be reserved solely for the conduct of activities by the Authority through the Enterprise or in association with developing States. This designation may be deferred for a further period of 45 days if the Authority requests an independent expert to assess whether all data required by this article has been submitted. The area designated shall become a reserved area as soon as the plan of work for the non-reserved area is approved and the contract is signed.

Article 8

Réservation de secteurs

Chaque demande, autre que celles présentées par l'Entreprise ou par toutes autres entités ou personnes et portant sur des secteurs réservés, doit couvrir une zone, pas nécessairement d'un seul tenant, ayant une superficie totale et une valeur commerciale estimative suffisantes pour permettre deux opérations d'extraction minière. Le demandeur indique les coordonnées permettant de diviser la zone en deux parties de valeur commerciale estimative égale et communique toutes les données qu'il a recueillies pour les deux parties de la zone. Sans préjudice des pouvoirs que détient l'Autorité en application de l'article 17 de la présente annexe, les données qui doivent lui être communiquées en ce qui concerne les nodules polymétalliques portent sur les levés, les échantillons, la concentration de nodules et les métaux qu'ils contiennent. Dans les 45 jours suivant la réception de ces données, l'Autorité désigne la partie qui sera réservée exclusivement à des activités qu'elle mènera par l'intermédiaire de l'Entreprise ou en association avec des Etats en développement. Cette désignation peut être différée de 45 jours supplémentaires si l'Autorité charge un expert indépendant de déterminer si toutes les données requises par le présent article lui ont été communiquées. Le secteur désigné devient un secteur réservé dès que le plan de travail concernant le secteur non réservé est approuvé et le contrat signé.

Artikel 8

Reservierung von Feldern

Mit Ausnahme der Anträge des Unternehmens oder anderer Rechtsträger auf reservierte Felder muß sich jeder Antrag auf ein Gesamtfeld beziehen, das nicht ein einziges zusammenhängendes Feld zu sein braucht, jedoch so groß und seinem geschätzten kommerziellen Wert nach so beschaffen sein muß, daß zwei Abbauvorgänge möglich sind. Der Antragsteller gibt die Koordinaten an, die das Feld in zwei Hälften von gleichem geschätztem kommerziellem Wert teilen, und legt alle von ihm für die beiden Teile gesammelten Daten vor. Unbeschadet der Befugnisse der Behörde nach Artikel 17 dieser Anlage müssen sich die vorzulegenden Daten über polymetallische Knollen auf die Kartierung, die Probenahme, die Häufigkeit der Knollen sowie auf ihre Metallgehalte beziehen. Innerhalb von 45 Tagen nach Eingang dieser Daten bestimmt die Behörde den Teil, der nur für Tätigkeiten zu reservieren ist, die sie selbst durch das Unternehmen oder unter Einbeziehung von Entwicklungsstaaten durchführt. Diese Bestimmung kann um weitere 45 Tage hinausgeschoben werden, falls die Behörde einen unabhängigen Sachverständigen um die Feststellung ersucht, ob ihr alle nach diesem Artikel erforderlichen Daten vorgelegt worden sind. Das bestimmte Feld wird zum reservierten Feld, sobald der Arbeitsplan für das nichtreservierte Feld bestätigt und der Vertrag unterzeichnet ist.

Article 9

Activities
in reserved areas

1. The Enterprise shall be given an opportunity to decide whether it intends to carry out activities in each reserved area. This decision may be taken at any time, unless a notification pursuant to paragraph 4 is received by the Authority, in which event the Enterprise shall take its decision within a reasonable time. The Enterprise may decide to exploit such areas in joint ventures with the interested State or entity.

2. The Enterprise may conclude contracts for the execution of part of its activities in accordance with Annex IV, article 12. It may also enter into joint ventures for the conduct of such activities with any entities which are eligible to carry out activities in the Area

Article 9

Activités menées
dans les secteurs réservés

1. Il appartient à l'Entreprise de décider si elle désire mener elle-même les activités dans chaque secteur réservé. Cette décision peut être prise à n'importe quel moment, à moins que l'Autorité ne reçoive une notification conformément au paragraphe 4, auquel cas l'Entreprise prend sa décision dans un délai raisonnable. L'Entreprise peut décider d'exploiter ces secteurs, au titre d'entreprises conjointes avec l'Etat ou l'entité ou personne intéressé.

2. L'Entreprise peut conclure des contrats pour l'exécution d'une partie de ses activités conformément à l'article 12 de l'annexe IV. Elle peut également, pour mener ces activités, s'associer dans des entreprises conjointes avec toute entité ou personne qui

Artikel 9

Tätigkeiten
in reservierten Feldern

(1) Das Unternehmen kann entscheiden, ob es selbst die Tätigkeiten in jedem reservierten Feld durchführen will. Diese Entscheidung kann jederzeit getroffen werden; erhält die Behörde eine Mitteilung nach Absatz 4, so trifft das Unternehmen seine Entscheidung innerhalb einer angemessenen Frist. Das Unternehmen kann beschließen, diese Felder in gemeinschaftlichen Unternehmungen mit dem interessierten Staat oder Rechtsträger auszubeuten.

(2) Das Unternehmen kann zur Durchführung eines Teiles seiner Tätigkeiten in Übereinstimmung mit Anlage IV Artikel 12 Verträge schließen. Es kann sich auch zur Durchführung dieser Tätigkeiten zu gemeinschaftlichen Unternehmungen mit Rechts-

pursuant to article 153, paragraph 2 (b). When considering such joint ventures, the Enterprise shall offer to States Parties which are developing States and their nationals the opportunity of effective participation.

3. The Authority may prescribe, in its rules, regulations and procedures, substantive and procedural requirements and conditions with respect to such contracts and joint ventures.

4. Any State Party which is a developing State or any natural or juridical person sponsored by it and effectively controlled by it or by other developing State which is a qualified applicant, or any group of the foregoing, may notify the Authority that it wishes to submit a plan of work pursuant to article 6 of this Annex with respect to a reserved area. The plan of work shall be considered if the Enterprise decides, pursuant to paragraph 1, that it does not intend to carry out activities in that area.

est habilitée à mener des activités dans la Zone en application de l'article 153, paragraphe 2, lettre b). Lorsqu'elle envisage de telles entreprises conjointes, l'Entreprise offre la possibilité d'une participation effective aux Etats Parties qui sont des Etats en développement ainsi qu'à leurs ressortissants.

3. L'Autorité peut prescrire, dans ses règles, règlements et procédures, des conditions de fond et de procédure régissant de tels contrats et entreprises conjointes.

4. Tout Etat Partie qui est un Etat en développement, ou toute personne physique ou morale patronnée par lui et effectivement contrôlée par lui ou par un autre Etat en développement, qui est un demandeur qualifié, ou tout groupe des catégories précitées, peut notifier a' l'Autorité son désir de soumettre un plan de travail pour un secteur réservé en application de l'article 6 de la présente annexe. Le plan de travail est examiné si l'Entreprise décide, en application du paragraphe 1, de ne pas mener d'activités dans ce secteur.

trägern zusammenschließen, die für die Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b in Betracht kommen. Bei der Erwägung solcher gemeinschaftlicher Unternehmungen bietet das Unternehmen Vertragsstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, sowie deren Angehörigen Gelegenheit zu wirksamer Beteiligung.

(3) Die Behörde kann in ihren Regeln, Vorschriften und Verfahren materielle und verfahrensrechtliche Voraussetzungen und Bedingungen für diese Verträge und gemeinschaftlichen Unternehmungen vorschreiben.

(4) Jeder Vertragsstaat, der ein Entwicklungsstaat ist, oder jede natürliche oder juristische Person, die von ihm befürwortet und von ihm oder einem anderen Entwicklungsstaat, der ein geeigneter Antragsteller ist, tatsächlich kontrolliert wird, oder eine Gruppe von diesen kann der Behörde den Wunsch mitteilen, nach Artikel 6 dieser Anlage für ein reserviertes Feld einen Arbeitsplan vorzulegen. Der Arbeitsplan wird geprüft, wenn das Unternehmen nach Absatz 1 beschließt, die Tätigkeiten in dem betreffenden Feld nicht selbst durchzuführen.

Article 10

Preference and priority among applicants

An operator who has an approved plan of work for exploration only, as provided in article 3, paragraph 4 (c), of this Annex shall have a preference and a priority among applicants for a plan of work covering exploitation of the same area and resources. However, such preference or priority may be withdrawn if the operator's performance has not been satisfactory.

Article 10

Préférence et priorité accordées à certains demandeurs

Lorsque, en application de l'article 3, paragraphe 4, lettre c) de la présente annexe, un plan de travail a été approuvé uniquement pour l'exploration, son détenteur a préférence et priorité sur les autres demandeurs s'il soumet un plan de travail portant sur l'exploitation du même secteur et des mêmes ressources. Cette préférence et ce rang de priorité peuvent toutefois lui être retirés au cas où il n'aurait pas exécuté le plan de travail de façon satisfaisante.

Artikel 10

Bevorzugung und Vorrang von Antragstellern

Hat ein Unternehmer nach Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe c dieser Anlage einen bestätigten Arbeitsplan nur für die Erforschung, so genießt er gegenüber den Antragstellern für einen Arbeitsplan zur Ausbeutung desselben Feldes und derselben Ressourcen Bevorzugung und Vorrang. Die Bevorzugung oder der Vorrang kann dem Unternehmer jedoch entzogen werden, wenn er den Arbeitsplan nicht zufriedenstellend ausgeführt hat.

Article 11

Joint arrangements

1. Contracts may provide for joint arrangements between the contractor and the Authority through the Enterprise, in the form of joint ventures or production sharing, as well as any other form of joint arrangement, which shall have the same protection against revision, suspension or termination as contracts with the Authority.

2. Contractors entering into such joint arrangements with the Enterprise may receive financial incentives as provided for in article 13 of this Annex.

3. Partners in joint ventures with the Enterprise shall be liable for the payments required by article 13 of this Annex to the extent of their share in the joint ventures, subject to financial incentives as provided for in that article.

Article 11

Accords de coentreprise

1. Les contrats peuvent prévoir des accords de coentreprise entre le contractant et l'Autorité, agissant par l'intermédiaire de l'Entreprise, sous la forme d'entreprises conjointes ou de partage de production, ainsi que toute autre forme d'accords de coentreprise, qui jouissent de la même protection en matière de révision, de suspension ou de résiliation que les contrats passés avec l'Autorité.

2. Les contractants qui concluent avec l'Entreprise de tels accords de coentreprise peuvent bénéficier des incitations financières prévues à l'article 13 de la présente annexe.

3. Les partenaires de l'Entreprise dans une entreprise conjointe sont tenus aux paiements prescrits à l'article 13 de la présente annexe, au prorata de leur participation à l'entreprise conjointe, sous réserve des incitations financières prévues à cet article.

Artikel 11

Gemeinschaftliche Vereinbarungen

(1) Verträge können gemeinschaftliche Vereinbarungen zwischen dem Vertragsnehmer und der durch das Unternehmen handelnden Behörde in Form gemeinschaftlicher Unternehmungen oder der Produktionsteilung sowie andere Formen gemeinschaftlicher Vereinbarungen vorsehen, die gegen Änderung, Suspendierung oder Beendigung ebenso geschützt sind wie Verträge mit der Behörde.

(2) Vertragsnehmer, die mit dem Unternehmen gemeinschaftliche Vereinbarungen schließen, können einen finanziellen Anreiz erhalten, wie in Artikel 13 dieser Anlage vorgesehen.

(3) Partner des Unternehmens in einer gemeinschaftlichen Unternehmung sind verpflichtet, die in Artikel 13 dieser Anlage vorgeschriebenen Zahlungen entsprechend ihrem Anteil an der gemeinschaftlichen Unternehmung vorbehaltlich des finanziellen Anreizes nach jenem Artikel zu leisten.

Article 12

Activities carried out by the Enterprise

1. Activities in the Area carried out by the Enterprise pursuant to article 153, paragraph 2 (a), shall be governed by Part XI, the rules, regulations and procedures of the Authority and its relevant decisions.

2. Any plan of work submitted by the Enterprise shall be accompanied by evidence supporting its financial and technical capabilities.

Article 13

Financial terms of contracts

1. In adopting rules, regulations and procedures concerning the financial terms of a contract between the Authority and the entities referred to in article 153, paragraph 2 (b), and in negotiating those financial terms in accordance with Part XI and those rules, regulations and procedures, the Authority shall be guided by the following objectives:

(a) to ensure optimum revenues for the Authority from the proceeds of commercial production;

(b) to attract investments and technology to the exploration and exploitation of the Area;

(c) to ensure equality of financial treatment and comparable financial obligations for contractors;

(d) to provide incentives on a uniform and non-discriminatory basis for contractors to undertake joint arrangements with the Enterprise and developing States or their nationals, to stimulate the transfer of technology thereto, and to train the personnel of the Authority and of developing States;

(e) to enable the Enterprise to engage in sea-bed mining effectively at the same time as the entities referred to in article 153, paragraph 2 (b); and

(f) to ensure that, as a result of the financial incentives provided to contractors under paragraph 14, under the terms of contracts reviewed in accordance with article 19 of this Annex or under the provisions of article 11 of this Annex with respect to joint ventures, contractors are not subsidized so as to be given an artificial competitive advantage with respect to land-based miners.

2. A fee shall be levied for the administrative cost of processing an application for

Article 12

Activités menées par l'Entreprise

1. Les activités menées dans la Zone par l'Entreprise en application de l'article 153, paragraphe 2, lettre a), sont régies par la partie XI, les règles, règlements et procédures de l'Autorité et les décisions pertinentes de celle-ci.

2. Tout plan de travail soumis par l'Entreprise doit être accompagné des preuves de sa capacité financière et technique.

Article 13

Clauses financières des contrats

1. Lorsqu'elle adopte des règles, règlements et procédures relatifs aux clauses financières des contrats entre l'Autorité et les entités ou personnes visées à l'article 153, paragraphe 2, lettre b), et lorsqu'elle négocie les clauses financières d'un tel contrat conformément à la partie XI et à ces règles, règlements et procédures, l'Autorité vise les objectifs suivants:

a) s'assurer le maximum de recettes provenant de la production commerciale;

b) faire en sorte que des investissements et des techniques appropriés soient consacrés à l'exploration et à l'exploitation des ressources de la Zone;

c) faire en sorte que les contractants soient traités sur un pied d'égalité du point de vue financier et que leurs obligations financières soient comparables;

d) fournir des incitations sur une base uniforme et non discriminatoire pour encourager les contractants à conclure des accords de coentreprise avec l'Entreprise et avec les Etats en développement ou leurs ressortissants, stimuler le transfert de techniques à l'Entreprise, aux Etats en développement ou à leurs ressortissants et former le personnel de l'Autorité et des Etats en développement;

e) permettre à l'Entreprise d'entreprendre l'extraction des ressources en même temps que les entités ou personnes visées à l'article 153, paragraphe 2, lettre b); et

f) éviter que, par le jeu des incitations financières qui leur sont fournies en vertu du paragraphe 14 ou des clauses des contrats révisés conformément à l'article 19 de la présente annexe, ou encore en application de l'article 11 de cette même annexe relatif aux entreprises conjointes, les contractants ne soient subventionnés de manière telle qu'ils se trouvent artificiellement avantagés dans la concurrence avec les exploitants de gisements terrestres.

2. Il est perçu, au titre des dépenses administratives relatives à l'étude des de-

Artikel 12

Vom Unternehmen durchgeführte Tätigkeiten

(1) Tätigkeiten im Gebiet, die vom Unternehmen nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe a durchgeführt werden, sind durch Teil XI, die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde und deren diesbezügliche Beschlüsse geregelt.

(2) Jedem vom Unternehmen eingereichten Arbeitsplan muß der Nachweis über seine finanzielle und technische Leistungsfähigkeit beigefügt sein.

Artikel 13

Finanzielle Bestimmungen der Verträge

(1) Bei der Annahme von Regeln, Vorschriften und Verfahren betreffend die finanziellen Bestimmungen eines Vertrags zwischen der Behörde und den in Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b genannten Rechtsträgern und beim Aushandeln jener finanziellen Bestimmungen in Übereinstimmung mit Teil XI und jenen Regeln, Vorschriften und Verfahren läßt sich die Behörde von folgenden Zielen leiten:

a) der Behörde möglichst hohe Einnahmen aus den Erträgen der kommerziellen Produktion zu sichern;

b) Investitionen und Technologie zur Erforschung und Ausbeutung des Gebiets heranzuziehen;

c) für eine gleiche finanzielle Behandlung und für vergleichbare finanzielle Verpflichtungen der Vertragsnehmer zu sorgen;

d) für die Vertragsnehmer Anreize auf einheitlicher und nichtdiskriminierender Grundlage zu schaffen, mit dem Unternehmen und den Entwicklungsstaaten oder deren Angehörigen gemeinschaftliche Vereinbarungen zu treffen, die Weitergabe von Technologie an die Genannten anzuregen und das Personal der Behörde und der Entwicklungsstaaten auszubilden;

e) dem Unternehmen zu ermöglichen, zur gleichen Zeit wie die in Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b bezeichneten Rechtsträger tatsächlich Meeresbodenbergbau zu betreiben, und

f) dafür zu sorgen, daß die Vertragsnehmer infolge der ihnen nach Absatz 14 gewährten finanziellen Anreize, aufgrund der in Übereinstimmung mit Artikel 19 dieser Anlage überprüften Verträge oder nach den Bestimmungen des Artikels 11 dieser Anlage betreffend gemeinschaftliche Unternehmungen nicht in einer Weise subventioniert werden, daß sie gegenüber den auf dem Land Bergbau betreibenden Unternehmern einen künstlichen Wettbewerbsvorteil erhalten.

(2) Für die Verwaltungskosten, die bei der Bearbeitung eines Antrags auf Bestätigung

approval of a plan of work in the form of a contract and shall be fixed at an amount of $US 500,000 per application. The amount of the fee shall be reviewed from time to time by the Council in order to ensure that it covers the administrative cost incurred. If such administrative cost incurred by the Authority in processing an application is less than the fixed amount, the Authority shall refund the difference to the applicant.

3. A contractor shall pay an annual fixed fee of $US 1 million from the date of entry into force of the contract. If the approved date of commencement of commercial production is postponed because of a delay in issuing the production authorization, in accordance with article 151, the annual fixed fee shall be waived for the period of postponement. From the date of commencement of commercial production, the contractor shall pay either the production charge or the annual fixed fee, whichever is greater.

4. Within a year of the date of commencement of commercial production, in conformity with paragraph 3, a contractor shall choose to make his financial contribution to the Authority by either:

(a) paying a production charge only; or

(b) paying a combination of a production charge and a share of net proceeds.

5. (a) If a contractor chooses to make his financial contribution to the Authority by paying a production charge only, it shall be fixed at a percentage of the market value of the processed metals produced from the polymetallic nodules recovered from the area covered by the contract. This percentage shall be fixed as follows:

(i) years 1-10 of commercial production 5 per cent

(ii) years 11 to the end of commercial production 12 per cent

(b) The said market value shall be the product of the quantity of the processed metals produced from the polymetallic nodules extracted from the area covered by the contract and the average price for those metals during the relevant accounting year, as defined in paragraphs 7 and 8.

6. If a contractor chooses to make his financial contribution to the Authority by paying a combination of a production charge and a share of net proceeds, such payments shall be determined as follows:

(a) The production charge shall be fixed at a percentage of the market value, determined in accordance with subparagraph (b), of the processed metals pro-

mandes d'approbation de plans de travail revêtant la forme de contrats, un droit dont le montant est fixé à 500 000 dollars des Etats-Unis par demande. Le montant de ce droit est révisé de temps à autre par le Conseil afin qu'il couvre les dépenses administratives encourues. Si les dépenses engagées par elle pour l'étude d'une demande sont inférieures au montant fixé, l'Autorité rembourse la différence au demandeur.

3. Le contractant acquitte un droit annuel fixe d'un million de dollars des Etats-Unis à compter de la date de prise d'effet du contrat. Si la date approuvée pour le démarrage de la production commerciale est reportée par suite d'un retard dans la délivrance de l'autorisation de production, conformément à l'article 151, le contractant est exonéré de la fraction du droit annuel fixe correspondant à la durée du report. Dès le démarrage de la production commerciale, le contractant acquitte soit la redevance sur la production, soit le droit annuel fixe, si celui-ci est plus élevé.

4. Dans un délai d'un an à compter du démarrage de la production commerciale, conformément au paragraphe 3, le contractant choisit de verser sa contribution financière à l'Autorité:

a) soit en acquittant seulement une redevance sur la production;

b) soit en acquittant une redevance sur la production et en versant une part de ses recettes nettes.

5. a) Si le contractant choisit de verser sa contribution financière à l'Autorité en acquittant seulement une redevance sur la production, le montant de cette redevance est égal à un certain pourcentage de la valeur marchande des métaux traités qui proviennent des nodules polymétalliques extraits du secteur visé par le contrat; ce pourcentage est fixé à:

i) 5 p. 100 de la première à la dixième année de production commerciale

ii) 12 p. 100 de la 11ème année à la fin de la production commerciale

b) La valeur marchande des métaux traités est calculée en multipliant la quantité de métaux traités qui proviennent des nodules polymétalliques extraits du secteur visé par le contrat par le prix moyen de ces métaux, déterminé conformément aux paragraphes 7 et 8, pendant l'exercice comptable considéré.

6. Si le contractant choisit de verser sa contribution financière à l'Autorité en acquittant une redevance sur la production et en versant une part de ses recettes nettes, le montant de ces paiements est déterminé comme suit:

a) le montant de la redevance sur la production est égal à un certain pourcentage de la valeur marchande, déterminée conformément à la lettre b), des métaux

eines Arbeitsplans in Form eines Vertrags entstehen, wird eine Gebühr in Höhe von 500 000 US-Dollar je Antrag festgesetzt. Die Höhe der Gebühr wird von Zeit zu Zeit vom Rat überprüft, um zu gewährleisten, daß die entstehenden Verwaltungskosten gedeckt sind. Belaufen sich die Kosten der Behörde für die Bearbeitung eines Antrags auf einen geringeren als den festgesetzten Betrag, so erstattet sie dem Antragsteller die Differenz.

(3) Mit Inkrafttreten des Vertrags zahlt der Vertragsnehmer eine feste Jahresgebühr von 1 Million US-Dollar. Wird der genehmigte Zeitpunkt für die Aufnahme der kommerziellen Produktion wegen einer verzögerten Erteilung der Produktionsgenehmigung in Übereinstimmung mit Artikel 151 aufgeschoben, so wird die feste Jahresgebühr für die Dauer des Aufschubs erlassen. Nach dem Zeitpunkt der Aufnahme der kommerziellen Produktion zahlt der Vertragsnehmer entweder die Produktionsabgabe oder die feste Jahresgebühr, je nachdem welcher Betrag höher ist.

(4) Innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt der Aufnahme der kommerziellen Produktion im Einklang mit Absatz 3 wählt der Vertragsnehmer die Art der Zahlung seines finanziellen Beitrags an die Behörde, indem er

a) entweder nur eine Produktionsabgabe entrichtet

b) oder eine Produktionsabgabe in Verbindung mit einem Anteil des Nettoertrags entrichtet.

(5) a) Entscheidet sich ein Vertragsnehmer dafür, seinen finanziellen Beitrag an die Behörde nur in Form einer Produktionsabgabe zu entrichten, so wird diese nach einem Prozentsatz des Marktwerts der ausgebrachten Metalle festgesetzt, die aus den polymetallischen Knollen erzeugt werden, welche aus dem vom Vertrag erfaßten Feld gewonnen worden sind. Der Prozentsatz wird wie folgt festgesetzt:

i) vom 1. bis 10. Jahr der kommerziellen Produktion 5 Prozent

ii) vom 11. Jahr bis zum Ende der kommerziellen Produktion 12 Prozent.

b) Der genannte Marktwert ergibt sich durch Multiplikation der Menge der ausgebrachten Metalle, die aus den polymetallischen Knollen erzeugt werden, welche aus dem vom Vertrag erfaßten Feld gewonnen worden sind, mit dem Durchschnittspreis für diese Metalle während des betreffenden Rechnungsjahrs entsprechend den Absätzen 7 und 8.

(6) Entscheidet sich ein Vertragsnehmer dafür, seinen finanziellen Beitrag an die Behörde in Form einer Produktionsabgabe in Verbindung mit einem Anteil des Nettoertrags zu entrichten, so errechnen sich die Zahlungen wie folgt:

a) Die Produktionsabgabe wird nach einem Prozentsatz des in Übereinstimmung mit Buchstabe b errechneten Marktwerts der ausgebrachten Metalle

duced from the polymetallic nodules recovered from the area covered by the contract. This percentage shall be fixed as follows:

(i) first period of commercial production 2 per cent

(ii) second period of commercial production 4 per cent

If, in the second period of commercial production, as defined in subparagraph (d), the return on investment in any accounting year as defined in subparagraph (m) falls below 15 per cent as a result of the payment of the production charge at 4 per cent, the production charge shall be 2 per cent instead of 4 per cent in that accounting year.

(b) The said market value shall be the product of the quantity of the processed metals produced from the polymetallic nodules recovered from the area covered by the contract and the average price for those metals during the relevant accounting year as defined in paragraphs 7 and 8.

(c) (i) The Authority's share of net proceeds shall be taken out of that portion of the contractor's net proceeds which is attributable to the mining of the resources of the area covered by the contract, referred to hereinafter as attributable net proceeds.

(ii) The Authority's share of attributable net proceeds shall be determined in accordance with the following incremental schedule:

Portion of attributable net proceeds	Share of the Authority	
	First period of commercial production	Second period of commercial production
That portion representing a return on investment which is greater than 0 per cent, but less than 10 per cent	35 per cent	40 per cent
That portion representing a return on investment which is 10 per cent or greater, but less than 20 per cent	42,5 per cent	50 per cent
That portion representing a return on investment which is 20 per cent or greater	50 per cent	70 per cent

(d) (i) The first period of commercial production referred to in subparagraphs (a) and (c) shall commence in the first accounting year of commercial production and terminate in the accounting year in which the contractor's develop-

traités qui proviennent des nodules polymétalliques extraits du secteur visé par le contrat; ce pourcentage est fixé à:

i) 2 p. 100 pour la première période de production commerciale

ii) 4 p. 100 pour la deuxième période de production commerciale

Si, pendant la deuxième période de production commerciale, telle qu'elle est définie à la lettre d), le rendement de l'investissement pour un exercice comptable donné, selon la définition figurant à la lettre m), est, par suite du paiement de la redevance sur la production au taux de 4 p. 100, inférieur à 15 p. 100, le taux de la redevance sur la production est fixé à 2 p. 100 au lieu de 4 p. 100 pour cet exercice;

b) la valeur marchande des métaux traités est calculée en multipliant la quantité de métaux traités qui proviennent des nodules polymétalliques extraits du secteur visé par le contrat par le prix moyen de ces métaux déterminé conformément aux paragraphes 7 et 8, pendant l'exercice comptable considéré;

c) i) la part des recettes revenant à l'Autorité est prélevée sur la part des recettes nettes du contractant imputables aux activités d'extraction des ressources du secteur visé par le contrat, ci-après dénommées recettes nettes imputables;

ii) la part des recettes nettes imputables revenant à l'Autorité est déterminée conformément au barème progressif suivant:

Recettes nettes imputables	Part de recettes nettes imputables revenant à l'Autorité	
	Première période de production commerciale	Deuxième période de production commerciale
Tranche représentant un rendement de l'investissement supérieur à 0 p. 100 mais inférieur à 10 p. 100	35 p. 100	40 p. 100
Tranche représentant un rendement de l'investissement égal ou supérieur à 10 p. 100 mais inférieur à 20 p. 100	42,5 p. 100	50 p. 100
Tranche représentant un rendement de l'investissement égal ou supérieur à 20 p. 100	50 p. 100	70 p. 100

d) i) la première période de production commerciale visée aux lettres a) et c), commence au premier exercice comptable de la période de production commerciale et se termine avec l'exercice comptable pour lequel les dépenses de mise en valeur du

festgesetzt, die aus den polymetallischen Knollen erzeugt werden, welche aus dem vom Vertrag erfaßten Feld gewonnen worden sind. Der Prozentsatz wird wie folgt festgesetzt:

i) für die erste Periode der kommerziellen Produktion 2 Prozent

ii) für die zweite Periode der kommerziellen Produktion 4 Prozent.

Beläuft sich in der unter Buchstabe d bestimmten zweiten Periode der kommerziellen Produktion die Investitionsrendite in einem Rechnungsjahr nach Buchstabe m auf weniger als 15 Prozent infolge der Entrichtung der Produktionsabgabe von 4 Prozent, so beträgt die Produktionsabgabe in dem betreffenden Rechnungsjahr 2 Prozent anstatt 4 Prozent.

b) Der genannte Marktwert ergibt sich durch Multiplikation der Menge der ausgebrachten Metalle, die aus den polymetallischen Knollen erzeugt werden, welche aus dem vom Vertrag erfaßten Feld gewonnen worden sind, mit dem Durchschnittspreis für diese Metalle während des betreffenden Rechnungsjahrs entsprechend den Absätzen 7 und 8.

c) i) Der Anteil der Behörde am Nettoertrag wird dem Teil des Nettoertrags des Vertragsnehmers entnommen, der dem Abbau der Ressourcen des vom Vertrag erfaßten Feldes zurechenbar ist; er wird im folgenden als zurechenbarer Nettoertrag bezeichnet.

ii) Der Anteil der Behörde am zurechenbaren Nettoertrag errechnet sich in Übereinstimmung mit folgender Progressionstabelle:

Zurechenbarer Nettobetrag	Anteil der Behörde	
	Erste Periode der kommerziellen Produktion	Zweite Periode der kommerziellen Produktion
Der Teil, der eine Investitionsrendite von mehr als 0 Prozent, aber weniger als 10 Prozent darstellt	35 Prozent	40 Prozent
Der Teil, der eine Investitionsrendite von mindestens 10 Prozent, aber weniger als 20 Prozent darstellt	42,5 Prozent	50 Prozent
Der Teil, der eine Investitionsrendite von 20 Prozent oder mehr darstellt	50 Prozent	70 Prozent

d) i) Die erste Periode der kommerziellen Produktion nach den Buchstaben a und c beginnt im ersten Rechnungsjahr dieser Produktion und endet in dem Rechnungsjahr, in dem die Entwicklungskosten des Vertragsnehmers zusammen mit den Zinsen auf

ment costs with interest on the unrecovered portion thereof are fully recovered by his cash surplus, as follows:

In the first accounting year during which development costs are incurred, unrecovered development costs shall equal the development costs less cash surplus in that year. In each subsequent accounting year, unrecovered development costs shall equal the unrecovered development costs at the end of the preceding accounting year, plus interest thereon at the rate of 10 per cent per annum, plus development costs incurred in the current accounting year and less contractor's cash surplus in the current accounting year. The accounting year in which unrecovered development costs become zero for the first time shall be the accounting year in which the contractor's development costs with interest on the unrecovered portion thereof are fully recovered by his cash surplus. The contractor's cash surplus in any accounting year shall be his gross proceeds less his operating costs and less his payments to the Authority under subparagraph (c).

(ii) The second period of commercial production shall commence in the accounting year following the termination of the first period of commercial production and shall continue until the end of the contract.

(e) "Attributable net proceeds" means the product of the contractor's net proceeds and the ratio of the development costs in the mining sector to the contractor's development costs. If the contractor engages in mining, transporting polymetallic nodules and production primarily of three processed metals, namely, cobalt, copper and nickel, the amount of attributable net proceeds shall not be less than 25 per cent of the contractor's net proceeds. Subject to subparagraph (n), in all other cases, including those where the contractor engages in mining, transporting polymetallic nodules, and production primarily of four processed metals, namely, cobalt, copper, manganese and nickel, the Authority may, in its rules, regulations and procedures, prescribe appropriate floors which shall bear the same relationship to each case as the 25 per cent floor does to the three-metal case.

contractant ajustées, compte tenu de l'intérêt afférent à la part de ces dépenses non amortie précédemment, sont entièrement amorties au moyen de l'excédent réel, comme indiqué ci-après:

pour le premier exercice comptable donnant lieu à des dépenses de mise en valeur, les dépenses de mise en valeur non amorties sont les dépenses de mise en valeur diminuées du montant des excédents réels pour l'exercice comptable considéré. Pour chacun des exercices suivants, on calcule les dépenses de mise en valeur non amorties en ajoutant aux dépenses de mise en valeur non amorties à l'issue de l'exercice précédent, majorées d'un intérêt annuel de 10 p. 100, les dépenses de mise en valeur engagées pendant l'exercice comptable en cours et en déduisant de ce total l'excédent réel du contractant pour cet exercice. L'exercice comptable pour lequel les dépenses de mise en valeur majorées de l'intérêt afférent à la part de ces dépenses non amortie sont entièrement amorties, est le premier exercice pour lequel les dépenses de mise en valeur sont nulles; l'excédent réel du contractant pour tout exercice comptable s'entend de ses recettes brutes diminuées de ses charges d'exploitation et des paiements faits par lui à l'Autorité conformément à la lettre c);

ii) la deuxième période de production commerciale commence à l'exercice comptable entamé à l'expiration de la première période et dure jusqu'à la fin du contrat;

e) par «recettes nettes imputables», on entend les recettes nettes du contractant multipliées par le rapport entre les dépenses de mise en valeur liées à l'extraction et le total des dépenses de mise en valeur du contractant. Lorsque les activités du contractant portent sur l'extraction et le transport de nodules polymétalliques ainsi que sur la production commerciale, à titre principal, de trois métaux traités, à savoir le cobalt, le cuivre et le nickel, le montant des recettes nettes imputables du contractant ne peut être inférieur à 25 p. 100 de ses recettes nettes. Sous réserve des modalités visées à la lettre n), dans tous les autres cas, y compris celui où les activités du contractant portent sur l'extraction et le transport de nodules polymétalliques et sur la production commerciale de quatre métaux traités, à savoir le cobalt, le cuivre, le manganèse et le nickel, l'Autorité peut, dans ses règles, règlements et procédures, prescrire des taux planchers appropriés en appliquant la même formule de proportionnalité que pour la fixation du taux plancher de 25 p. 100 dans le cas des trois métaux;

den nicht amortisierten Teil durch seinen Barüberschuß wie folgt völlig amortisiert werden:

Im ersten Rechnungsjahr, in dem Entwicklungskosten entstehen, entsprechen die nicht amortisierten Entwicklungskosten den Entwicklungskosten abzüglich der Barüberschüsse in dem betreffenden Jahr. In jedem folgenden Rechnungsjahr entsprechen die nicht amortisierten Entwicklungskosten den nicht amortisierten Entwicklungskosten am Ende des vorangegangenen Rechnungsjahrs zuzüglich der darauf zu entrichtenden Zinsen in Höhe von 10 Prozent pro Jahr, zuzüglich der Entwicklungskosten im laufenden Rechnungsjahr und abzüglich der Barüberschüsse des Vertragsnehmers im laufenden Rechnungsjahr. Das Rechnungsjahr, in dem die nicht amortisierten Entwicklungskosten zum ersten Mal auf Null zurückgehen, ist das Rechnungsjahr, in dem die Entwicklungskosten des Vertragsnehmers zusammen mit den Zinsen auf den nicht amortisierten Teil durch seine Barüberschüsse völlig amortisiert werden. Die Barüberschüsse des Vertragsnehmers in einem Rechnungsjahr sind sein Bruttoertrag abzüglich seiner Betriebskosten und abzüglich seiner Zahlungen an die Behörde nach Buchstabe c.

ii) Die zweite Periode der kommerziellen Produktion beginnt in dem Rechnungsjahr, das dem Ablauf der ersten Periode der kommerziellen Produktion folgt, und dauert bis zum Ablauf des Vertrags.

e) „Zurechenbarer Nettoertrag" bedeutet das Produkt aus dem Nettoertrag des Vertragsnehmers und dem Verhältnis der Entwicklungskosten im Abbaubereich zu den Entwicklungskosten des Vertragsnehmers. Befaßt sich der Vertragsnehmer mit Abbau und Beförderung polymetallischer Knollen sowie mit der Produktion von hauptsächlich drei auszubringenden Metallen, nämlich Kobalt, Kupfer und Nickel, so muß die Höhe des zurechenbaren Nettoertrags mindestens 25 Prozent seines Nettoertrags betragen. Vorbehaltlich des Buchstabens n kann die Behörde in allen anderen Fällen einschließlich derjenigen, in denen der Vertragsnehmer sich mit Abbau und Beförderung polymetallischer Knollen sowie mit der Produktion von hauptsächlich vier auszubringenden Metallen befaßt, nämlich Kobalt, Kupfer, Mangan und Nickel, in ihren Regeln, Vorschriften und Verfahren angemessene Mindestsätze festsetzen, wobei in jedem Fall dieselbe Verhältnisformel wie beim Mindestsatz von 25 Prozent im Fall der drei Metalle Anwendung findet.

(f) "Contractor's net proceeds" means the contractor's gross proceeds less his operating costs and less the recovery of his development costs as set out in subparagraph (j).

f) par «recettes nettes du contractant», on entend les recettes brutes du contractant, diminuées de ses charges d'exploitation et de l'amortissement de ses dépenses de mise en valeur selon les modalités prévues à la lettre j);

f) „Nettoertrag des Vertragsnehmers" bedeutet den Bruttoertrag des Vertragsnehmers abzüglich seiner Betriebskosten und abzüglich der Amortisation seiner Entwicklungskosten entsprechend Buchstabe j.

(g) (i) If the contractor engages in mining, transporting polymetallic nodules and production of processed metals, "contractor's gross proceeds" means the gross revenues from the sale of the processed metals and any other monies deemed reasonably attributable to operations under the contract in accordance with the financial rules, regulations and procedures of the Authority.

g) i) si les activités du contractant portent sur l'extraction, le transport de nodules polymétalliques et la production commerciale de métaux traités, on entend par «recettes brutes du contractant» le produit brut de la vente des métaux traités et toutes autres recettes considérées comme étant raisonnablement imputables aux opérations effectuées au titre du contrat conformément aux règles, règlements et procédures financiers de l'Autorité;

g) i) Befaßt sich der Vertragsnehmer mit Abbau und Beförderung polymetallischer Knollen sowie mit der Produktion auszubringender Metalle, so bedeutet „Bruttoertrag des Vertragsnehmers" die Bruttoeinnahmen aus dem Verkauf der ausgebrachten Metalle sowie sonstige Beträge, von denen sinnvollerweise angenommen wird, daß sie Arbeiten aufgrund des Vertrags in Übereinstimmung mit den Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren der Behörde zuzurechnen sind.

(ii) In all cases other than those specified in subparagraphs (g) (i) and (n) (iii), "contractor's gross proceeds" means the gross revenues from the sale of the semi-processed metals from the polymetallic nodules recovered from the area covered by the contract, and any other monies deemed reasonably attributable to operations under the contract in accordance with the financial rules, regulations and procedures of the Authority.

ii) dans tous les cas autres que ceux spécifiés à la lettre g), i), et à la lettre n), iii), on entend par «recettes brutes du contractant» le produit brut de la vente des métaux semi-traités provenant des nodules polymétalliques extraits du secteur visé par le contrat et toutes autres recettes considérées comme étant raisonnablement imputables aux opérations effectuées au titre du contrat conformément aux règles, règlements et procédures financiers de l'Autorité;

ii) In allen anderen als den unter Buchstabe g Ziffer i und Buchstabe n Ziffer iii bezeichneten Fällen bedeutet „Bruttoertrag des Vertragsnehmers" die Bruttoeinnahmen aus dem Verkauf der vorangereicherten Metalle aus den polymetallischen Knollen, die aus dem vom Vertrag erfaßten Feld gewonnen worden sind, sowie sonstige Beträge, von denen sinnvollerweise angenommen wird, daß sie Arbeiten aufgrund des Vertrags in Übereinstimmung mit den Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren der Behörde zuzurechnen sind.

(h) "Contractor's development costs" means:

h) par «dépenses de mise en valeur du contractant», on entend:

h) „Entwicklungskosten des Vertragsnehmers" bedeutet

(i) all expenditures incurred prior to the commencement of commercial production which are directly related to the development of the productive capacity of the area covered by the contract and the activities related thereto for operations under the contract in all cases other than that specified in subparagraph (n), in conformity with generally recognized accounting principles, including, inter alia, costs of machinery, equipment, ships, processing plant, construction, buildings, land, roads, prospecting and exploration of the area covered by the contract, research and development, interest, required leases, licences and fees; and

i) toutes les dépenses engagées avant le démarrage de la production commerciale qui sont directement liées au développement de la capacité de production du secteur visé par le contrat et aux activités connexes au titre des opérations prévues par le contrat, dans tous les cas autres que ceux spécifiés à la lettre n), conformement aux principes comptables généralement admis, y compris, entre autres, les dépenses d'équipement, les achats de matériel, de navires, d'installations de traitement, les dépenses relatives aux travaux de construction, les achats de bâtiments, de terrains, les dépenses relatives à la construction de routes, à la prospection et à l'exploration du secteur visé par le contrat, à la recherche-développement, aux intérêts, aux baux éventuels, aux licences, aux droits; et

i) alle Ausgaben, die vor Aufnahme der kommerziellen Produktion entstehen und unmittelbar mit der Entwicklung der Produktionskapazität des vom Vertrag erfaßten Feldes und damit zusammenhängenden Tätigkeiten für Arbeiten aufgrund des Vertrags in allen mit Ausnahme der unter Buchstabe n bezeichneten Fällen im Einklang mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen zusammenhängen, wie z. B. Kosten für Maschinen, Ausrüstung, Schiffe, Verarbeitungsanlagen, Bauarbeiten, Gebäude, Land, Straßen, Prospektion und Erforschung des vom Vertrag erfaßten Feldes, Forschung und Entwicklung, Zinsen, etwaige Pachtverträge, Lizenzen und Gebühren;

(ii) expenditures similar to those set forth in (i) above incurred subsequent to the commencement of commercial production and necessary to carry out the plan of work, except those chargeable to operating costs.

ii) les dépenses semblables à celles visées à la lettre n), i), engagées après le démarrage de la production commerciale, pour pouvoir mettre à exécution le plan de travail, à l'exception de celles relevant des charges d'exploitation;

ii) ähnliche Ausgaben wie die unter Ziffer i aufgeführten, die nach Aufnahme der kommerziellen Produktion entstehen und für die Durchführung des Arbeitsplans notwendig sind, mit Ausnahme der den Betriebskosten zuzurechnenden Ausgaben.

(i) The proceeds from the disposal of capital assets and the market value of those capital assets which are no long-

i) les recettes provenant de l'aliénation de biens d'équipement et la valeur marchande des biens d'équipement qui ne

i) Die Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen und der Marktwert des Anlagevermögens, das für die Ar-

er required for operations under the contract and which are not sold shall be deducted from the contractor's development costs during the relevant accounting year. When these deductions exceed the contractor's development costs the excess shall be added to the contractor's gross proceeds.

sont plus nécessaires au titre des opérations prévues par le contrat et qui ne sont pas vendus sont déduites des dépenses de mise en valeur du contractant pour l'exercice comptable considéré. Lorsque le montant de ces déductions dépasse celui des dépenses de mise en valeur, l'excédent est ajouté aux recettes brutes;

beiten aufgrund des Vertrags nicht mehr benötigt und nicht veräußert wird, werden in dem betreffenden Rechnungsjahr von den Entwicklungskosten des Vertragsnehmers abgezogen. Übersteigen diese Abzüge die Entwicklungskosten des Vertragsnehmers, so wird der Mehrbetrag seinen Bruttoerträgen hinzugerechnet.

(j) The contractor's development costs incurred prior to the commencement of commercial production referred to in subparagraphs (h) (i) and (n) (iv) shall be recovered in 10 equal annual instalments from the date of commencement of commercial production. The contractor's development costs incurred subsequent to the commencement of commercial production referred to in subparagraphs (h) (ii) and (n) (iv) shall be recovered in 10 or fewer equal annual instalments so as to ensure their complete recovery by the end of the contract.

j) les dépenses de mise en valeur du contractant engagées avant le démarrage de la production commerciale qui sont visées à la lettre h), i), et à la lettre n), iv), sont amorties en dix annuités égales à compter de la date du démarrage de la production commerciale. Les dépenses de mise en valeur du contractant visées à la lettre h), ii), et à la lettre n), iv), engagées après le démarrage de la production commerciale, sont amorties en dix annuités égales ou en un nombre inférieur d'annuités égales de manière qu'elles soient entièrement amorties à l'expiration du contrat;

j) Die vor der Aufnahme der kommerziellen Produktion entstehenden Entwicklungskosten des Vertragsnehmers nach Buchstabe h Ziffer i und Buchstabe n Ziffer iv werden in 10 gleichen Jahresraten von der Aufnahme der kommerziellen Produktion an amortisiert. Die nach Aufnahme der kommerziellen Produktion entstehenden Entwicklungskosten des Vertragsnehmers nach Buchstabe h Ziffer ii und Buchstabe n Ziffer iv werden in 10 oder weniger gleichen Jahresraten amortisiert, damit sie bis zum Ablauf des Vertrags vollständig amortisiert sind.

(k) "Contractor's operating costs" means all expenditures incurred after the commencement of commercial production in the operation of the productive capacity of the area covered by the contract and the activities related thereto for operations under the contract, in conformity with generally recognized accounting principles, including, inter alia, the annual fixed fee or the production charge, whichever is greater, expenditures for wages, salaries, employee benefits, materials, services, transporting, processing and marketing costs, interest, utilities, preservation of the marine environment, overhead and administrative costs specifically related to operations under the contract, and any net operating losses carried forward or backward as specified herein. Net operating losses may be carried forward for two consecutive years except in the last two years of the contract in which case they may be carried backward to the two preceding years.

k) par «charges d'exploitation du contractant», on entend toutes les dépenses engagées après le démarrage de la production commerciale pour exploiter la capacité de production du secteur visé par le contrat et pour les activités connexes au titre des opérations prévues par le contrat, conformément aux principes comptables généralement admis, y compris, notamment, la redevance sur la production ou le droit fixe annuel, si celui-ci est plus élevé, les dépenses relatives aux traitements, aux salaires et prestations connexes, aux matériels, aux services, aux transports, au traitement et à la commercialisation, aux intérêts, aux services publics, à la préservation du milieu marin, aux frais généraux et aux frais d'administration directement liés aux opérations prévues par le contrat, ainsi que tout déficit d'exploitation reporté dans un sens ou dans l'autre comme indiqué ci-après. Le déficit d'exploitation peut être reporté deux fois consécutivement, d'un exercice sur l'autre, à l'exception des deux dernières années du contrat, où il peut être imputé rétroactivement sur les deux exercices précédents;

k) „Betriebskosten des Vertragsnehmers" bedeutet alle Kosten, die nach Aufnahme der kommerziellen Produktion durch die Nutzung der Produktionskapazität des vom Vertrag erfaßten Feldes und damit zusammenhängenden Tätigkeiten für Arbeiten aufgrund des Vertrags im Einklang mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen entstehen, wie z. B. die feste Jahresgebühr oder die Produktionsabgabe, je nachdem welcher Betrag höher ist, Ausgaben für Löhne, Gehälter und damit zusammenhängende Leistungen, Material, Dienstleistungen, Beförderung, Verarbeitung und Absatz, Zinsen, öffentliche Versorgung und Bewahrung der Meeresumwelt, Gemeinkosten und Verwaltungskosten, die unmittelbar mit Arbeiten aufgrund des Vertrags zusammenhängen, sowie Nettobetriebsverluste, die wie folgt vorgetragen oder rückübertragen werden. Nettobetriebsverluste können auf zwei aufeinanderfolgende Jahre vorgetragen werden, außer in den beiden letzten Jahren des Vertrags, in denen sie auf die beiden vorangegangenen Jahre rückübertragen werden können.

(l) If the contractor engages in mining, transporting of polymetallic nodules, and production of processed and semi-processed metals, "development costs of the mining sector" means the portion of the contractor's development costs which is directly related to the mining of the resources of the area covered by the contract, in conformity with generally recognized accounting principles, and the financial rules, regulations and procedures of the Authority, including, inter alia, application fee, annual fixed fee and, where applicable, costs of prospecting and exploration of the area covered by the contract, and a portion of research and development

l) si le contractant assure principalement l'extraction, le transport de nodules polymétalliques et la production commerciale de métaux traités et semi-traités, l'expression «dépenses de mise en valeur liées à l'extraction» s'entend de la part des dépenses de mise en valeur engagées par le contractant qui est directement liée à l'extraction des ressources du secteur visé par le contrat, conformément aux principes comptables généralement admis et aux règles de gestion financière ainsi qu'aux règles, règlements et procédures financiers de l'Autorité, y compris le droit perçu pour l'étude de la demande de contrat, le droit annuel fixe et, le cas

l) Befaßt sich der Vertragsnehmer mit Abbau und Beförderung polymetallischer Knollen sowie mit der Produktion von ausgebrachten und vorangereicherten Metallen, so bedeutet „Entwicklungskosten des Abbaubereichs" den Teil der Entwicklungskosten des Vertragsnehmers, der sich unmittelbar auf den Abbau der Ressourcen des vom Vertrag erfaßten Feldes im Einklang mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen und den Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren der Behörde bezieht, einschließlich Antragsgebühr, feste Jahresgebühr und gegebenenfalls die Kosten für Prospektion und Erforschung des vom Vertrag erfaßten Feldes und

costs.

(m) "Return on investment" in any accounting year means the ratio of attributable net proceeds in that year to the development costs of the mining sector. For the purpose of computing this ratio the development costs of the mining sector shall include expenditures on new or replacement equipment in the mining sector less the original cost of the equipment replaced.

(n) If the contractor engages in mining only:

(i) "attributable net proceeds" means the whole of the contractor's net proceeds;

(ii) "contractor's net proceeds" shall be as defined in subparagraph (f);

(iii) "contractor's gross proceeds" means the gross revenues from the sale of the polymetallic nodules, and any other monies deemed reasonably attributable to operations under the contract in accordance with the financial rules, regulations and procedures of the Authority;

(iv) "contractor's development costs" means all expenditures incurred prior to the commencement of commercial production as set forth in subparagraph (h) (i), and all expenditures incurred subsequent to the commencement of commercial production as set forth in subparagraph (h) (ii), which are directly related to the mining of the resources of the area covered by the contract, in conformity with generally recognized accounting principles;

(v) "contractor's operating costs" means the contractor's operating costs as in subparagraph (k) which are directly related to the mining of the resources of the area covered by the contract in conformity with generally recognized accounting principles;

(vi) "return on investment" in any accounting year means the ratio of the contractor's net proceeds in that year to the contractor's development costs. For the purpose of computing this ratio, the contractor's development costs shall include expenditures on new or replacement equipment less the original cost of the equipment re-

échéant, les dépenses engagées pour la prospection et l'exploration du secteur visé par le contrat et une fraction des dépenses de recherche-développement;

m) par «rendement de l'investissement», on entend, pour un exercice comptable donné, le rapport entre les recettes nettes imputables de cet exercice et les dépenses de mise en valeur liées à l'extraction. Aux fins du calcul de ce rapport, les dépenses de mise en valeur liées à l'extraction comprennent les dépenses engagées pour l'achat de matériel nouveau ou pour le remplacement de matériel dont l'utilisation est liée aux activités d'extraction, déduction faite du coût initial du matériel remplacé;

n) si le contractant assure uniquement l'extraction:

i) par «recettes nettes imputables», on entend la totalité des recettes nettes du contractant;

ii) l'expression «recettes nettes du contractant» s'entend telle qu'elle est définie à la lettre f);

iii) par «recettes brutes du contractant», on entend le produit brut de la vente des nodules polymétalliques et toutes autres recettes considérées comme étant raisonnablement imputables aux opérations effectuées au titre du contrat conformément aux règles, règlements et procédures financiers de l'Autorité;

iv) par «dépenses de mise en valeur du contractant», on entend toutes les dépenses engagées avant le démarrage de la production commerciale comme indiqué à la lettre h), i), et toutes les dépenses engagées après le démarrage de la production commerciale, comme indiqué à la lettre h), ii), qui sont directement liées à l'extraction des ressources du secteur visé par le contrat, calculées conformément aux principes comptables généralement admis;

v) par «charges d'exploitation du contractant», on entend celles des charges d'exploitation du contractant visées à la lettre k), qui sont directement liées à l'extraction des ressources du secteur visé par le contrat, calculées conformément aux principes comptables généralement admis;

vi) par «rendement de l'investissement», on entend, pour un exercice comptable donné, le rapport entre les recettes nettes de cet exercice et les dépenses de mise en valeur engagées par le contractant. Aux fins du calcul de ce rapport, les dépenses de mise en valeur comprennent les dépenses engagées pour l'achat de matériel nouveau ou pour le rem-

ein Teil der Forschungs- und Entwicklungskosten.

m) „Investitionsrendite" in einem Rechnungsjahr bedeutet das Verhältnis des zurechenbaren Nettoertrags in dem betreffenden Jahr zu den Entwicklungskosten des Abbaubereichs. Zur Errechnung dieses Verhältnisses umfassen die Entwicklungskosten des Abbaubereichs die Ausgaben für neue Ausrüstung oder den Ersatz von Ausrüstung im Abbaubereich abzüglich der ursprünglichen Kosten der ersetzten Ausrüstung.

n) Befaßt sich der Vertragsnehmer nur mit Abbau,

i) so bedeutet „zurechenbarer Nettoertrag" den gesamten Nettoertrag des Vertragsnehmers;

ii) so entspricht der Ausdruck „Nettoertrag des Vertragsnehmers" der Definition unter Buchstabe f;

iii) so bedeutet „Bruttoertrag des Vertragsnehmers" die Bruttoeinnahmen aus dem Verkauf der polymetallischen Knollen sowie sonstige Erträge, von denen sinnvollerweise angenommen wird, daß sie Arbeiten aufgrund des Vertrags in Übereinstimmung mit den Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren der Behörde zuzurechnen sind;

iv) so bedeutet „Entwicklungskosten des Vertragsnehmers" alle Kosten, die vor Aufnahme der kommerziellen Produktion entsprechend Buchstabe h Ziffer i entstehen, sowie alle Kosten, die nach Aufnahme der kommerziellen Produktion entsprechend Buchstabe h Ziffer ii entstehen und unmittelbar mit dem Abbau der Ressourcen des vom Vertrag erfaßten Feldes im Einklang mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen zusammenhängen;

v) so bedeutet „Betriebskosten des Vertragsnehmers" die Betriebskosten des Vertragsnehmers nach Buchstabe k, die unmittelbar mit dem Abbau der Ressourcen des vom Vertrag erfaßten Feldes im Einklang mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen zusammenhängen;

vi) so bedeutet „Investitionsrendite" in einem Rechnungsjahr das Verhältnis des Nettoertrags des Vertragsnehmers in dem betreffenden Jahr zu seinen Entwicklungskosten. Zur Errechnung dieses Verhältnisses umfassen die Entwicklungskosten des Vertragsnehmers die Ausgaben für neue Ausrüstung oder den Ersatz von Ausrüstung abzüglich der ur-

placed.

(o) The costs referred to in subparagraphs (h), (k), (l) and (n) in respect of interest paid by the contractor shall be allowed to the extent that, in all the circumstances, the Authority approves, pursuant to article 4, paragraph 1, of this Annex, the debt-equity ratio and the rates of interest as reasonable, having regard to existing commercial practice.

(p) The costs referred to in this paragraph shall not be interpreted as including payments of corporate income taxes or similar charges levied by States in respect of the operations of the contractor.

7. (a) "Processed metals", referred to in paragraphs 5 and 6, means the metals in the most basic form in which they are customarily traded on international terminal markets. For this purpose, the Authority shall specify, in its financial rules, regulations and procedures, the relevant international terminal market. For the metals which are not traded on such markets, "processed metals" means the metals in the most basic form in which they are customarily traded in representative arm's length transactions.

(b) If the Authority cannot otherwise determine the quantity of the processed metals produced from the polymetallic nodules recovered from the area covered by the contract referred to in paragraphs 5 (b) and 6 (b), the quantity shall be determined on the basis of the metal content of the nodules, processing recovery efficiency and other relevant factors, in accordance with the rules, regulations and procedures of the Authority and in conformity with generally recognized accounting principles.

8. If an international terminal market provides a representative pricing mechanism for processed metals, polymetallic nodules and semi-processed metals from the nodules, the average price on that market shall be used. In all other cases, the Authority shall, after consulting the contractor, determine a fair price for the said products in accordance with paragraph 9.

9. (a) All costs, expenditures, proceeds and revenues and all determinations of price and value referred to in this article shall be the result of free market or arm's length transactions. In the absence thereof, they shall be determined by the Authority, after consulting the contractor, as though they were the result of free market or arm's

placement de matériel, déduction faite du coût initial du matériel remplacé;

o) la prise en compte des charges relatives au service d'intérêts par le contractant qui sont visées aux lettres h), k), l) et n) est autorisée dans la mesure où, dans tous les cas, l'Autorité, conformément à l'article 4, paragraphe 1, de la présente annexe, admet que le rapport entre capital social et endettement ainsi que les taux d'intérêt sont raisonnables, compte tenu des pratiques commerciales en vigueur;

p) les dépenses visées au présent paragraphe ne comprennent pas les sommes payées au titre de l'impôt sur les sociétés ou de taxes analogues perçues par des Etats à raison des opérations du contractant.

7. a) L'expression «métaux traités» utilisée aux paragraphes 5 et 6 s'entend des métaux sous la forme la plus courante sous laquelle ils sont habituellement échangés sur les marchés finals internationaux. Aux fins de la présente lettre, l'Autorité spécifie dans les règles, règlements et procédures financiers, les marchés finals internationaux pertinents. Pour les métaux qui ne sont pas échangés sur ces marchés, l'expression «métaux traités» s'entend des métaux sous la forme la plus courante sous laquelle ils sont habituellement échangés dans le cadre de transactions normales conformes aux principes de l'entreprise indépendante.

b) Si l'Autorité n'est pas en mesure de déterminer d'une autre manière la quantité de métaux traités produite à partir des nodules polymétalliques extraits du secteur visé par le contrat mentionnée au paragraphe 5, lettre b), et au paragraphe 6, lettre b), cette quantité est déterminée d'après la teneur en métal de ces nodules, le coefficient de récupération après traitement et les autres facteurs pertinents, conformément aux règles, règlements et procédures de l'Autorité et aux principes comptables généralement admis.

8. Si un marché final international offre un mécanisme adéquat de fixation des prix des métaux traités, des nodules polymétalliques et des métaux semitraités provenant de nodules, l'Autorité utilise le cours moyen pratiqué sur ce marché. Dans tous les autres cas, elle fixe, après avoir consulté le contractant, un juste prix pour ces produits, conformément au paragraphe 9.

9. a) Toutes les charges, dépenses et recettes ainsi que tous les prix et valeurs visés au présent article, procèdent de transactions conformes aux principes du marché libre ou de l'entreprise indépendante. Si tel n'est pas le cas, ils sont déterminés par l'Autorité après consultation du contractant, comme s'ils procédaient de transactions

sprünglichen Kosten der ersetzten Ausrüstung.

o) Die unter den Buchstaben h, k, l und n genannten Kosten für vom Vertragsnehmer gezahlte Zinsen werden in dem Umfang berücksichtigt, in dem die Behörde unter allen Umständen nach Artikel 4 Absatz 1 dieser Anlage den Verschuldungsgrad und die Zinssätze im Hinblick auf die geltende Handelspraxis für angemessen hält.

p) Unter den in diesem Absatz genannten Kosten sind keine Zahlungen von Körperschaftsteuern oder ähnlichen Lasten zu verstehen, die von Staaten im Zusammenhang mit Arbeiten des Vertragsnehmers erhoben werden.

(7) a) Der in den Absätzen 5 und 6 verwendete Ausdruck „ausgebrachte Metalle" bezeichnet die Metalle in dem Reinheitsgrad, in dem sie gewöhnlich an den internationalen Terminmärkten gehandelt werden. Zu diesem Zweck nennt die Behörde in ihren Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren die einschlägigen internationalen Terminmärkte. Bei Metallen, die an diesen Märkten nicht gehandelt werden, bezeichnet der Ausdruck „ausgebrachte Metalle" die Metalle in dem Reinheitsgrad, in dem sie gewöhnlich im Rahmen üblicher Handelsgeschäfte gehandelt werden, wie sie den Grundsätzen eines unabhängigen Unternehmens (arm's length transactions) entsprechen.

b) Kann die Behörde die in Absatz 5 Buchstabe b und Absatz 6 Buchstabe b genannte Menge der ausgebrachten Metalle, die aus den polymetallischen Knollen erzeugt werden, welche aus dem vom Vertrag erfaßten Feld gewonnen worden sind, nicht anders bestimmen, so wird die Menge auf der Grundlage des Metallgehalts der Knollen, des Ausbringungskoeffizienten und anderer einschlägiger Faktoren in Übereinstimmung mit den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde und im Einklang mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen festgelegt.

(8) Verfügt ein internationaler Terminmarkt über einen repräsentativen Preismechanismus für ausgebrachte Metalle, polymetallische Knollen und vorangereicherte Metalle aus Knollen, so kommt der an diesem Markt notierte Durchschnittspreis zur Anwendung. In allen anderen Fällen setzt die Behörde nach Rücksprache mit dem Vertragsnehmer einen angemessenen Preis für die genannten Erzeugnisse in Übereinstimmung mit Absatz 9 fest.

(9) a) Alle in diesem Artikel genannten Kosten, Ausgaben, Erträge und Einnahmen sowie Preis- und Wertfestsetzungen ergeben sich aus Geschäften, die den Grundsätzen des freien Marktes oder des unabhängigen Unternehmens (arm's length transactions) entsprechen. Sie werden, falls solche Geschäfte fehlen, von der Behörde nach

length transactions, taking into account relevant transactions in other markets.

(b) In order to ensure compliance with and enforcement of the provisions of this paragraph, the Authority shall be guided by the principles adopted for, and the interpretation given to, arm's length transactions by the Commission on Transnational Corporations of the United Nations, the Group of Experts on Tax Treaties between Developing and Developed Countries and other international organizations, and shall, in its rules, regulations and procedures, specify uniform and internationally acceptable accounting rules and procedures, and the means of selection by the contractor of certified independent accountants acceptable to the Authority for the purpose of carrying out auditing in compliance with those rules, regulations and procedures.

10. The contractor shall make available to the accountants, in accordance with the financial rules, regulations and procedures of the Authority, such financial data as are required to determine compliance with this article.

11. All costs, expenditures, proceeds and revenues, and all prices and values referred to in this article, shall be determined in accordance with generally recognized accounting principles and the financial rules, regulations and procedures of the Authority.

12. Payments to the Authority under paragraphs 5 and 6 shall be made in freely usable currencies or currencies which are freely available and effectively usable on the major foreign exchange markets or, at the contractor's option, in the equivalents of processed metals at market value. The market value shall be determined in accordance with paragraph 5 (b). The freely usable currencies and currencies which are freely available and effectively usable on the major foreign exchange markets shall be defined in the rules, regulations and procedures of the Authority in accordance with prevailing international monetary practice.

13. All financial obligations of the contractor to the Authority, as well as all his fees, costs, expenditures, proceeds and revenues referred to in this article, shall be adjusted by expressing them in constant terms relative to a base year.

14. The Authority may, taking into account any recommendations of the Economic Planning Commission and the Legal and Technical Commission, adopt rules, regulations and procedures that provide for

conformes aux principes du marché libre ou de l'entreprise indépendante, compte tenu des transactions pertinentes sur d'autres marchés.

b) Pour assurer le respect du présent paragraphe et sa mise en application, l'Autorité s'inspire des principes adoptés et de l'interprétation donnée pour les transactions conformes aux principes de l'entreprise indépendante par la Commission des sociétés transnationales des Nations Unies, par le Groupe d'experts des conventions fiscales entre pays développés et pays en développement et d'autres organismes internationaux, et elle détermine dans ses règles, règlements et procédures, des règles et procédures comptables uniformes et acceptables sur le plan international, ainsi que les méthodes que devra suivre le contractant pour choisir des experts comptables indépendants qui soient acceptables pour l'Autorité aux fins de vérification des comptes conformément à ces règles, règlements et procédures.

10. Le contractant fournit aux experts comptables, conformément aux règles, règlements et procédures financiers de l'Autorité, les données financières nécessaires pour permettre d'établir si le présent article a été respecté.

11. Toutes les charges, dépenses et recettes ainsi que tous les prix et valeurs visés au présent article sont déterminés conformément aux principes comptables généralement admis et aux règles, règlements et procédures financiers de l'Autorité.

12. Les sommes versées à l'Autorité en application des paragraphes 5 et 6 le sont en monnaies librement utilisables ou en monnaies librement disponibles et effectivement utilisables sur les principaux marchés des changes ou, au choix du contractant, sous forme de l'équivalent en métaux traités, calculé sur la base de la valeur marchande. La valeur marchande est déterminée conformément au paragraphe 5, lettre b). Les monnaies librement utilisables et les monnaies librement disponibles et effectivement utilisables sur les principaux marchés des changes sont définies dans les règles, règlements et procédures de l'Autorité conformément aux pratiques monétaires internationales dominantes.

13. Toutes les obligations financières du contractant envers l'Autorité, ainsi que tous les droits, charges, dépenses et recettes visés au présent article, sont ajustés en étant exprimés en valeur constante par rapport à une année de référence.

14. Afin de servir les objectifs énoncés au paragraphe 1, l'Autorité peut, comme suite à des recommandations de la Commission de planification économique et de la Commission juridique et technique, adopter des

Rücksprache mit dem Vertragsnehmer so festgesetzt, als ergäben sie sich aus Geschäften, die den Grundsätzen des freien Marktes oder des unabhängigen Unternehmens (arm's length transactions) entsprechen, wobei einschlägige Geschäfte auf anderen Märkten berücksichtigt werden.

b) Um die Einhaltung und Durchsetzung dieses Absatzes zu gewährleisten, läßt sich die Behörde von den Grundsätzen und der Auslegung leiten, die für Geschäfte, die den Grundsätzen eines unabhängigen Unternehmens (arm's length transactions) entsprechen, von der Kommission der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen, der Sachverständigengruppe für Steuerabkommen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern sowie anderen internationalen Organisationen angenommen worden sind; die Behörde nennt in ihren Regeln, Vorschriften und Verfahren die einheitlichen und international annehmbaren Buchführungsregeln und -verfahren sowie die Methoden zur Auswahl von beglaubigten unabhängigen Rechnungsprüfern durch den Vertragsnehmer, die zur Prüfung der Bilanz im Einklang mit diesen Regeln, Vorschriften und Verfahren für die Behörde annehmbar sind.

(10) Der Vertragsnehmer stellt den Rechnungsprüfern in Übereinstimmung mit den Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren der Behörde die Finanzdaten zur Verfügung, die für die Feststellung notwendig sind, daß dieser Artikel eingehalten wird.

(11) Alle in diesem Artikel genannten Kosten, Ausgaben, Erträge und Einnahmen sowie Preise und Werte werden in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen sowie den Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren der Behörde festgesetzt.

(12) Die Zahlungen an die Behörde nach den Absätzen 5 und 6 werden in frei verwendbaren Währungen oder in Währungen geleistet, die an den bedeutenden Devisenmärkten frei verfügbar und tatsächlich verwendbar sind, oder nach Wahl des Vertragsnehmers im Gegenwert der ausgebrachten Metalle zum Marktwert. Der Marktwert wird in Übereinstimmung mit Absatz 5 Buchstabe b festgesetzt. Die frei verwendbaren Währungen und die Währungen, die an den bedeutenden Devisenmärkten frei verfügbar und tatsächlich verwendbar sind, werden in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde in Übereinstimmung mit der vorherrschenden internationalen Währungspraxis bestimmt.

(13) Alle finanziellen Verpflichtungen des Vertragsnehmers gegenüber der Behörde sowie alle seine in diesem Artikel genannten Abgaben, Kosten, Ausgaben, Erträge und Einnahmen werden angepaßt, indem sie als konstante Größen in bezug auf ein Vergleichsjahr ausgedrückt werden.

(14) Die Behörde kann unter Berücksichtigung von Empfehlungen der Kommission für wirtschaftliche Planung und der Rechts- und Fachkommission Regeln, Vorschriften und Verfahren erlassen, die auf einheitlicher

incentives, on a uniform and non-discriminatory basis, to contractors to further the objectives set out in paragraph 1.

15. In the event of a dispute between the Authority and a contractor over the interpretation or application of the financial terms of a contract, either party may submit the dispute to binding commercial arbitration, unless both parties agree to settle the dispute by other means, in accordance with article 188, paragraph 2.

règles, règlements et procédures prévoyant des incitations à accorder aux contractants sur une base uniforme et non discriminatoire.

15. Lorsqu'un différend surgit entre l'Autorité et un contractant à propos de l'interprétation ou de l'application des clauses financières d'un contrat, l'une ou l'autre partie peut le soumettre à un arbitrage commercial ayant force obligatoire, à moins que les deux parties ne conviennent de le régler par d'autres moyens, conformément à l'article 188, paragraphe 2.

und nichtdiskriminierender Grundlage Anreize für Vertragsnehmer vorsehen, um die in Absatz 1 genannten Ziele zu fördern.

(15) Bei einer Streitigkeit zwischen der Behörde und einem Vertragsnehmer über die Auslegung oder Anwendung der finanziellen Bestimmungen eines Vertrags kann jede Partei die Streitigkeit einem bindenden Handelsschiedsverfahren unterwerfen, sofern nicht beide Parteien vereinbaren, die Streitigkeit durch andere Verfahren in Übereinstimmung mit Artikel 188 Absatz 2 beizulegen.

Article 14

Transfer of data

1. The operator shall transfer to the Authority, in accordance with its rules, regulations and procedures and the terms and conditions of the plan of work, at time intervals determined by the Authority all data which are both necessary for and relevant to the effective exercise of the powers and functions of the principal organs of the Authority in respect of the area covered by the plan of work.

2. Transferred data in respect of the area covered by the plan of work, deemed proprietary, may only be used for the purposes set forth in this article. Data necessary for the formulation by the Authority of rules, regulations and procedures concerning protection of the marine environment and safety, other than equipment design data, shall not be deemed proprietary.

3. Data transferred to the Authority by prospectors, applicants for contracts or contractors, deemed proprietary, shall not be disclosed by the Authority to the Enterprise or to anyone external to the Authority, but data on the reserved areas may be disclosed to the Enterprise. Such data transferred by such persons to the Enterprise shall not be disclosed by the Enterprise to the Authority or to anyone external to the Authority.

Article 14

Communication de données

1. Conformément aux règles, règlements et procédures de l'Autorité et selon les conditions et modalités du plan de travail, l'exploitant communique à l'Autorité, à des intervalles fixés par elle, toutes les données qui sont à la fois nécessaires et pertinentes en vue de l'exercice effectif par les principaux organes de l'Autorité de leurs pouvoirs et fonctions en ce qui concerne le secteur visé par le plan de travail.

2. Les données communiquées au sujet du secteur visé par le plan de travail et réputées être propriété industrielle ne peuvent être utilisées qu'aux fins énoncées au présent article. Les données qui sont nécessaires à l'élaboration par l'Autorité des règles, règlements et procédures relatifs à la protection du milieu marin et à la sécurité, autres que les données relatives à la conception de l'équipement, ne sont pas réputées être propriété industrielle.

3. L'Autorité s'abstient de communiquer à l'Entreprise ou à quiconque est étranger à l'Autorité les données qui lui sont fournies par des prospecteurs, des demandeurs de contrat et des contractants et qui sont réputées être propriété industrielle, mais les données concernant le secteur réservé peuvent être communiquées à l'Entreprise. L'Entreprise s'abstient de communiquer à l'Autorité ou à quiconque est étranger à l'Autorité les données de ce type qui lui sont fournies de la même façon.

Artikel 14

Weitergabe von Daten

(1) In Übereinstimmung mit den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde und den Bedingungen des Arbeitsplans übermittelt der Unternehmer der Behörde in den von ihr festgesetzten zeitlichen Abständen alle Daten, die zur wirksamen Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Hauptorgane der Behörde in bezug auf das vom Arbeitsplan erfaßte Feld sowohl notwendig als auch maßgeblich sind.

(2) Die in bezug auf das vom Arbeitsplan erfaßte Feld übermittelten Daten, die als rechtlich geschützt gelten, dürfen nur zu den in diesem Artikel genannten Zwecken verwendet werden. Daten, die von der Behörde zur Abfassung der Regeln, Vorschriften und Verfahren zum Schutz der Meeresumwelt und zur Sicherheit benötigt werden, ausgenommen Gerätekonstruktionsdaten, gelten nicht als rechtlich geschützt.

(3) Daten, die der Behörde von Prospektoren, Antragstellern auf Verträge oder Vertragsnehmern übermittelt werden und die als rechtlich geschützt gelten, dürfen von der Behörde nicht dem Unternehmen oder irgend jemandem außerhalb der Behörde preisgegeben werden; Daten über reservierte Felder dürfen jedoch dem Unternehmen preisgegeben werden. Die von diesen Personen dem Unternehmen übermittelten Daten dürfen von dem Unternehmen nicht der Behörde oder irgend jemandem außerhalb der Behörde preisgegeben werden.

Article 15

Training programmes

The contractor shall draw up practical programmes for the training of personnel of the Authority and developing States, including the participation of such personnel in all activities in the Area which are covered by the contract, in accordance with article 144, paragraph 2.

Article 15

Programmes de formation

Le contractant établit des programmes pratiques de formation du personnel de l'Autorité et des Etats en développement, prévoyant notamment la participation de celui-ci à toutes les activités menées dans la Zone qui font l'objet du contrat, conformément à l'article 144, paragraphe 2.

Artikel 15

Ausbildungsprogramme

Der Vertragsnehmer erstellt praktische Ausbildungsprogramme für das Personal der Behörde und der Entwicklungsstaaten einschließlich einer Beteiligung dieses Personals an allen im Vertrag geregelten Tätigkeiten im Gebiet in Übereinstimmung mit Artikel 144 Absatz 2.

Article 16

Exclusive right
to explore and exploit

The Authority shall, pursuant to Part XI and its rules, regulations and procedures, accord the operator the exclusive right to explore and exploit the area covered by the

Article 16

Droit exclusif d'exploration
et d'exploitation

L'Autorité accorde à l'exploitant, en application de la partie XI et de ses règles, règlements et procédures, le droit exclusif d'explorer et d'exploiter une catégorie détermi-

Artikel 16

Ausschließliches Recht
zur Erforschung und Ausbeutung

Entsprechend Teil XI und ihren Regeln, Vorschriften und Verfahren gewährt die Behörde dem Unternehmer das ausschließliche Recht, das vom Arbeitsplan erfaßte

plan of work in respect of a specified category of resources and shall ensure that no other entity operates in the same area for a different category of resources in a manner which might interfere with the operations of the operator. The operator shall have security of tenure in accordance with article 153, paragraph 6.

Article 17

Rules, regulations and procedures of the Authority

1. The Authority shall adopt and uniformly apply rules, regulations and procedures in accordance with article 160, paragraph 2 (f) (ii) and article 162, paragraph 2 (o) (ii), for the exercise of its functions as set forth in Part XI on, inter alia, the following matters:

(a) administrative procedures relating to prospecting, exploration and exploitation in the Area;

(b) operations:

(i) size of area;

(ii) duration of operations;

(iii) performance requirements including assurances pursuant to article 4, paragraph 6 (c), of this Annex;

(iv) categories of resources;

(v) renunciation of areas;

(vi) progress reports;

(vii) submission of data;

(viii) inspection and supervision of operations;

(ix) prevention of interference with other activities in the marine environment;

(x) transfer of rights and obligations by a contractor;

(xi) procedures for transfer of technology to developing States in accordance with article 144 and for their direct participation;

(xii) mining standards and practices, including those relating to operational safety, conservation of the resources and the protection of the marine environment;

(xiii) definition of commercial production;

(xiv) qualification standards for applicants;

(c) financial matters:

(i) establishment of uniform and non-discriminatory costing and accounting rules and the method of selection of auditors;

née de ressources dans le secteur visé par le plan de travail; elle veille à ce qu'aucune autre entité ou personne n'exerce dans le même secteur des activités portant sur une catégorie différente de ressources d'une façon qui puisse gêner les activités de l'exploitant. Celui-ci a la garantie du titre conformément à l'article 153, paragraphe 6.

Article 17

Règles, règlements et procédures de l'Autorité

1. L'Autorité adopte, et applique d'une manière uniforme, des règles, règlements et procédures en vertu de l'article 160, paragraphe 2, lettre f), ii), et de l'article 162, paragraphe 2, lettre o), ii), pour l'exercice de ses fonctions telles qu'elles sont énoncées à la partie XI, notamment en ce qui concerne les questions ci-après:

a) Procédures administratives relatives à la prospection de la Zone, son exploration et son exploitation;

b) Opérations:

i) superficie des secteurs;

ii) durée des opérations;

iii) normes d'efficacité, y compris les assurances prévues à l'article 4, paragraphe 6, lettre c), de la présente annexe;

iv) catégories de ressources;

v) renonciation à des secteurs;

vi) rapports sur l'état d'avancement des travaux;

vii) communication de données;

viii) inspection et surveillance des opérations;

ix) mesures à prendre pour ne pas gêner les autres activités s'exerçant dans le milieu marin;

x) transfert de ses droits et obligations par un contractant;

xi) procédures relatives au transfert de techniques aux Etats en développement conformément à l'article 144, ainsi qu'à la participation directe de ces derniers;

xii) normes et pratiques d'exploitation minière, y compris celles qui ont trait à la sécurité des opérations, à la conservation des ressources et à la protection du milieu marin;

xiii) définition de la production commerciale;

xiv) critères de qualification des demandeurs;

c) Questions financières

i) élaboration de règles uniformes et non discriminatoires de calcul des coûts et de comptabilité et mode de sélection des contrôleurs;

Feld in bezug auf eine bestimmte Kategorie von Ressourcen zu erforschen und auszubeuten; sie trägt dafür Sorge, daß kein anderer Rechtsträger in demselben Feld hinsichtlich einer anderen Kategorie von Ressourcen in einer Weise tätig wird, welche die Arbeiten des Unternehmers behindern könnte. Die Rechte des Unternehmers bleiben in Übereinstimmung mit Artikel 153 Absatz 6 gewährleistet.

Artikel 17

Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde

(1) In Übereinstimmung mit Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe f Ziffer ii und Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe o Ziffer ii erläßt die Behörde Regeln, Vorschriften und Verfahren zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Teil XI und wendet sie unter anderem in bezug auf folgende Angelegenheiten einheitlich an:

a) Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Prospektion, Erforschung und Ausbeutung im Gebiet;

b) Arbeiten:

i) Größe der Felder;

ii) Dauer der Arbeiten;

iii) Leistungsanforderungen einschließlich der Zusicherungen nach Artikel 4 Absatz 6 Buchstabe c dieser Anlage;

iv) Kategorien von Ressourcen;

v) Verzicht auf Felder;

vi) Berichte über den Fortschritt der Arbeiten;

vii) Vorlage von Daten;

viii) Überprüfung und Überwachung der Arbeiten;

ix) Verhinderung einer Störung anderer Tätigkeiten in der Meeresumwelt;

x) Übertragung von Rechten und Pflichten durch einen Vertragsnehmer;

xi) Verfahren zur Weitergabe von Technologie an Entwicklungsstaaten in Übereinstimmung mit Artikel 144 sowie zu deren unmittelbarer Beteiligung;

xii) Abbaunormen und -praktiken einschließlich solcher, die sich auf die Betriebssicherheit, die Erhaltung der Ressourcen und den Schutz der Meeresumwelt beziehen;

xiii) Definition der kommerziellen Produktion;

xiv) Eignungsanforderungen für Antragsteller;

c) Finanzfragen:

i) Festlegung einheitlicher und nichtdiskriminierender Kostenberechnungs- und Buchführungsvorschriften sowie Methode zur Auswahl der Rechnungsprüfer;

(ii) apportionment of proceeds of operations;

(iii) the incentives referred to in article 13 of this Annex;

(d) implementation of decisions taken pursuant to article 151, paragraph 10, and article 164, paragraph 2 (d).

2. Rules, regulations and procedures on the following items shall fully reflect the objective criteria set out below:

(a) Size of areas:

The Authority shall determine the appropriate size of areas for exploration which may be up to twice as large as those for exploitation in order to permit intensive exploration operations. The size of area shall be calculated to satisfy the requirements of article 8 of this Annex on reservation of areas as well as stated production requirements consistent with article 151 in accordance with the terms of the contract taking into account the state of the art of technology then available for sea-bed mining and the relevant physical characteristics of the areas. Areas shall be neither smaller nor larger than are necessary to satisfy this objective.

(b) Duration of operations:

(i) Prospecting shall be without time-limit;

(ii) Exploration should be of sufficient duration to permit a thorough survey of the specific area, the design and construction of mining equipment for the area and the design and construction of small and medium-size processing plants for the purpose of testing mining and processing systems;

(iii) The duration of exploitation should be related to the economic life of the mining project, taking into consideration such factors as the depletion of the ore, the useful life of mining equipment and processing facilities and commercial viability. Exploitation should be of sufficient duration to permit commercial extraction of minerals of the area and should include a reasonable time period for construction of commercial-scale mining and processing systems, during which period commercial production should not be required. The total duration of exploitation, however, should also be short enough to give the Authority an opportunity to amend the terms and conditions of the plan of work at the time it considers renewal in accordance with rules, regulations and procedures which it has adopted subsequent to

ii) répartition des recettes tirées des opérations;

iii) incitations visées à l'article 13 de la présente annexe;

d) Application des décisions prises en vertu de l'article 151, paragraphe 10, et de l'article 164, paragraphe 2, lettre d).

2. Les règles, règlements et procédures relatifs aux questions suivantes doivent satisfaire pleinement aux critères objectifs énoncés ci-dessous:

a) Superficie des secteurs:

L'Autorité fixe la superficie des secteurs d'exploration, qui peut aller jusqu'au double de celle des secteurs d'exploitation, de manière à permettre une exploration intensive. La superficie des secteurs d'exploitation est calculée de façon à répondre aux exigences de l'article 8 de la présente annexe concernant la réservation des secteurs ainsi qu'aux exigences de production prévues, qui devront être compatibles avec l'article 151 et les clauses du contrat, compte tenu de l'état des techniques disponibles dans le domaine de l'exploitation minière des fonds marins et des caractéristiques physiques pertinentes du secteur. La superficie des secteurs ne peut être ni inférieure ni supérieure à ce qui est nécessaire pour répondre à cet objectif.

b) Durée des opérations

i) la durée de la prospection n'est pas limitée;

ii) la durée de la phase d'exploration devrait être suffisante pour permettre l'étude approfondie du secteur visé, l'étude et la construction de matériel d'extraction minière pour ce secteur et l'établissement des plans et la construction d'usines de transformation de petite et moyenne capacité pour procéder à des essais des systèmes d'extraction minière et de traitement des minéraux;

iii) la durée de l'exploitation devrait être fonction de la durée de vie économique du projet d'extraction minière, compte tenu de facteurs tels que l'épuisement de gisement, la longévité du matériel d'exploitation et des installations de traitement et la viabilité commerciale. La durée de la phase d'exploitation devrait être suffisante pour permettre l'extraction commerciale des minéraux du secteur et devrait comprendre un délai raisonnable pour la construction d'installations d'extraction minière et de traitement à l'échelle commerciale, délai pendant lequel aucune production commerciale ne devrait être exigée. Toutefois, la durée totale de l'exploitation devrait également être suffisamment brève pour que l'Autorité puisse modifier les conditions et modalités du plan de travail au moment où elle étudie son renouvel-

ii) Aufteilung der Erträge aus den Arbeiten;

iii) Anreize nach Artikel 13 dieser Anlage;

d) Durchführung der nach Artikel 151 Absatz 10 und Artikel 164 Absatz 2 Buchstabe d gefaßten Beschlüsse.

(2) Die Regeln, Vorschriften und Verfahren über folgende Angelegenheiten müssen den nachfolgenden objektiven Kriterien voll entsprechen:

a) Größe der Felder:

Die Behörde legt eine angemessene Größe der Felder für die Erforschung bis zur doppelten Größe der Felder für die Ausbeutung fest, um eine intensive Erforschung zu ermöglichen. Die Größe eines Feldes für die Erforschung wird nach den Erfordernissen des Artikels 8 dieser Anlage über die Reservierung von Feldern sowie nach den vorgesehenen Produktionserfordernissen berechnet, die mit Artikel 151 und mit den Vertragsbestimmungen im Einklang stehen; dabei werden der Stand der dann für den Meeresbodenbergbau verfügbaren Technologie und die jeweiligen physischen Eigenschaften der Felder berücksichtigt. Die Felder dürfen weder kleiner noch größer sein, als zur Erreichung dieses Zieles notwendig ist.

b) Dauer der Arbeiten:

i) Die Dauer der Prospektion ist unbefristet;

ii) die Dauer der Erforschung soll ausreichend sein, um eine gründliche Untersuchung des bestimmten Feldes, Planung und Herstellung von Abbauausrüstungen für das Feld sowie Planung und Errichtung kleiner und mittlerer Verarbeitungsanlagen zur Erprobung von Abbau- und Verarbeitungssystemen zu ermöglichen;

iii) die Dauer der Ausbeutung soll der wirtschaftlichen Lebensdauer des Abbauvorhabens entsprechen, wobei Faktoren wie Erschöpfung der Erzvorkommen, Nutzungsdauer der Abbauausrüstungen und Verarbeitungseinrichtungen sowie kommerzielle Lebensfähigkeit zu berücksichtigen sind. Die Dauer der Ausbeutung soll ausreichend sein, um eine kommerzielle Gewinnung der Mineralien des Feldes zu ermöglichen, und soll eine angemessene Frist für die Errichtung von Abbau- und Verarbeitungssystemen im kommerziellen Umfang einschließen, während der eine kommerzielle Produktion nicht verlangt werden soll. Die Gesamtdauer der Ausbeutung soll jedoch auch kurz genug sein, um der Behörde Gelegenheit zu geben, die Bedingungen des Arbeitsplans in dem Zeitpunkt zu än-

approving the plan of work.

(c) Performance requirements:

The Authority shall require that during the exploration stage periodic expenditures be made by the operator which are reasonably related to the size of the area covered by the plan of work and the expenditures which would be expected of a bona fide operator who intended to bring the area into commercial production within the time-limits established by the Authority. The required expenditures should not be established at a level which would discourage prospective operators with less costly technology than is prevalently in use. The Authority shall establish a maximum time interval, after the exploration stage is completed and the exploitation stage begins, to achieve commercial production. To determine this interval, the Authority should take into consideration that construction of large-scale mining and processing systems cannot be initiated until after the termination of the exploration stage and the commencement of the exploitation stage. Accordingly, the interval to bring an area into commercial production should take into account the time necessary for this construction after the completion of the exploration stage and reasonable allowance should be made for unavoidable delays in the construction schedule. Once commercial production is achieved, the Authority shall within reasonable limits and taking into consideration all relevant factors require the operator to maintain commercial production throughout the period of the plan of work.

(d) Categories of resources:

In determining the category of resources in respect of which a plan of work may be approved, the Authority shall give emphasis inter alia to the following characteristics:

(i) that certain resources require the use of similar mining methods; and

(ii) that some resources can be developed simultaneously without undue interference between operators developing different resources in the same area.

Nothing in this subparagraph shall preclude the Authority from approving a plan of work with respect to more than one category of resources in the same area to the same applicant.

lement, conformément aux règles, règlements et procédures qu'elle a adoptés après l'approbation du plan de travail.

c) Normes d'efficacité:

L'Autorité exige que, pendant la phase d'exploration, l'exploitant procède périodiquement aux dépenses qui correspondent raisonnablement à la superficie du secteur visé par le plan de travail et des dépenses qu'engagerait un exploitant de bonne foi se proposant de lancer la production commerciale dans ce secteur dans les délais fixés par l'Autorité. Les dépenses jugées nécessaires ne devraient pas être fixées à un niveau qui soit de nature à décourager d'éventuels exploitants disposant de techniques moins coûteuses que les techniques couramment utilisées. L'Autorité fixe un délai maximum pour le démarrage de la production commerciale, qui commence à courir après la fin de la phase d'exploration et les premières opérations d'exploitation. Pour déterminer ce délai, l'Autorité devrait tenir compte du fait que la construction d'importantes installations d'exploitation et de traitement ne peut être entreprise que lorsque la phase d'exploration est terminée et que la phase d'exploitation a commencé. En conséquence, le délai mparti pour faire démarrer la production commerciale d'un secteur devrait être fixé compte tenu du temps nécessaire à la construction de ces installations après la phase d'exploration; il conviendrait en outre de prévoir des délais raisonnables pour les retards inévitables intervenant dans le programme de construction. Une fois le stade de la production commerciale atteint, l'Autorité demande à l'exploitant, en restant dans des limites raisonnables et en prenant en considération tous les facteurs pertinents, de poursuivre cette production commerciale pendant toute la durée du plan de travail.

d) Catégories de ressources:

Pour déterminer les catégories de ressources pour lesquelles des plans de travail peuvent être approuvés, l'Autorité se fonde, entre autres, sur les éléments suivants:

i) le fait que des ressources différentes nécessitent le recours à des méthodes d'extraction semblables; et

ii) le fait que des ressources différentes peuvent être mises en valeur simultanément par plusieurs exploitants dans un même secteur sans qu'ils se gênent de façon excessive.

La présente disposition n'empêche pas l'Autorité d'approuver un plan de travail portant sur plusieurs catégories de ressources se trouvant dans le même secteur.

dern, in dem sie eine Erneuerung des Planes in Übereinstimmung mit den nach seiner Bestätigung erlassenen Regeln, Vorschriften und Verfahren in Betracht zieht.

c) Leistungsanforderungen:

Die Behörde verlangt, daß der Unternehmer während des Erforschungsstadiums regelmäßige Ausgaben tätigt, die in angemessener Weise der Größe des vom Arbeitsplan erfaßten Feldes und jenen Ausgaben entsprechen, die von einem gutgläubigen Unternehmer erwartet werden können, der die Absicht hat, innerhalb der von der Behörde gesetzten Fristen eine kommerzielle Produktion in diesem Feld in Gang zu bringen. Die erforderlichen Ausgaben sollen jedoch nicht so hoch angesetzt werden, daß Unternehmer, die über weniger kostspielige Technologie als die allgemein angewendete verfügen, dadurch entmutigt werden. Die Behörde setzt einen maximalen Zeitabschnitt für die Aufnahme der kommerziellen Produktion fest, der nach dem Erforschungsstadium und nach den ersten Ausbeutungsarbeiten beginnt. Bei der Festlegung dieses Zeitabschnitts soll die Behörde berücksichtigen, daß die Errichtung von Abbau- und Verarbeitungssystemen größeren Umfangs erst nach Abschluß des Erforschungsstadiums und nach Beginn des Ausbeutungsstadiums eingeleitet werden kann. Demgemäß sollen bei dem Zeitabschnitt, der für die Aufnahme der kommerziellen Produktion in dem Feld bestimmt ist, die für die Errichtung notwendige Zeit nach Abschluß des Erforschungsstadiums sowie unvermeidliche Verzögerungen im Bauablaufplan berücksichtigt werden. Sobald die kommerzielle Produktion angelaufen ist, verlangt die Behörde vom Unternehmer in angemessenem Umfang und unter Berücksichtigung aller einschlägigen Faktoren, die kommerzielle Produktion während der gesamten Geltungsdauer des Arbeitsplans aufrechtzuhalten.

d) Kategorien von Ressourcen:

Bei der Festlegung der Kategorie von Ressourcen, für die ein Arbeitsplan bestätigt werden kann, stützt sich die Behörde unter anderem darauf,

i) daß verschiedene Ressourcen ähnliche Abbaumethoden erfordern und

ii) daß einige Ressourcen gleichzeitig erschlossen werden können, ohne daß Unternehmer, die unterschiedliche Ressourcen in demselben Feld erschließen, sich übermäßig behindern.

Dieser Buchstabe schließt nicht aus, daß die Behörde demselben Antragsteller einen Arbeitsplan für mehrere Kategorien von Ressourcen in demselben Feld bestätigt.

(e) Renunciation of areas:

The operator shall have the right at any time to renounce without penalty the whole or part of his rights in the area covered by a plan of work.

(f) Protection of the marine environment:

Rules, regulations and procedures shall be drawn up in order to secure effective protection of the marine environment from harmful effects directly resulting from activities in the Area or from shipboard processing immediately above a mine site of minerals derived from that mine site, taking into account the extent to which such harmful effects may directly result from drilling, dredging, coring and excavation and from disposal, dumping and discharge into the marine environment of sediment, wastes or other effluents.

(g) Commercial production:

Commercial production shall be deemed to have begun if an operator engages in sustained large-scale recovery operations which yield a quantity of materials sufficient to indicate clearly that the principal purpose is large-scale production rather than production intended for information gathering, analysis or the testing of equipment or plant.

e) Renonciation à des secteurs:

L'exploitant peut à tout moment renoncer à tout ou partie de ses droits sur le secteur visé par le plan de travail sans encourir de sanctions.

f) Protection du milieu marin:

Il est établi des règles; règlements et procédures afin de protéger efficacement le milieu marin des effets nocifs résultant directement d'activités menées dans la Zone ou du traitement de minéraux extraits d'un site minier à bord d'un navire se trouvant juste au-dessus de celui ci, en tenant compte de la mesure dans laquelle de tels effets nocifs peuvent résulter directement d'activités de forage, de dragage, de carottage et d'excavation ainsi que du déversement, de l'immersion et du rejet dans le milieu marin de sédiments, de déchets ou d'autres effluents.

g) Production commerciale:

La production commerciale est réputée avoir démarré lorsqu'un exploitant a entrepris des opérations d'extraction suivies et à grande échelle qui produisent une quantité de matériaux suffisante pour indiquer clairement que le principal objet de ces opérations est une production à grande échelle et non pas une production ayant pour but la collecte d'informations, l'exécution de travaux d'analyse ou l'essai de matériel ou d'installations.

e) Verzicht auf Felder:

Der Unternehmer ist berechtigt, jederzeit seine Rechte an einem von einem Arbeitsplan erfaßten Feld ganz oder teilweise aufzugeben, ohne einer Strafe zu unterliegen.

f) Schutz der Meeresumwelt:

Es werden Regeln, Vorschriften und Verfahren erlassen, um einen wirksamen Schutz der Meeresumwelt vor schädlichen Auswirkungen zu gewährleisten, die sich unmittelbar aus Tätigkeiten im Gebiet oder aus der an Bord eines Schiffes unmittelbar über einer Abbaustätte stattfindenden Verarbeitung von aus der Abbaustätte stammenden Mineralien ergeben; dabei ist zu berücksichtigen, in welchem Ausmaß diese schädlichen Auswirkungen unmittelbar durch Bohr- und Dredscharbeiten, Kernbohrungen und Baggerarbeiten sowie durch Beseitigung, Einbringen und Einleiten von Sedimenten, Abfällen oder sonstigen Ausflüssen in die Meeresumwelt entstehen können.

g) Kommerzielle Produktion:

Eine kommerzielle Produktion gilt als begonnen, wenn ein Unternehmer ununterbrochene Gewinnungsarbeiten größeren Umfangs durchführt, durch die eine ausreichende Materialmenge erzeugt wird, die klar zu erkennen gibt, daß das Hauptziel eine Produktion größeren Umfangs und nicht eine Produktion ist, die auf die Sammlung von Informationen, auf Analysen oder auf die Erprobung von Ausrüstungen oder Anlagen gerichtet ist.

Article 18

Penalties

1. A contractor's rights under the contract may be suspended or terminated only in the following cases:

(a) if, in spite of warnings by the Authority, the contractor has conducted his activities in such a way as to result in serious, persistent and wilful violations of the fundamental terms of the contract, Part XI and the rules, regulations and procedures of the Authority; or

(b) if the contractor has failed to comply with a final binding decision of the dispute settlement body applicable to him.

2. In the case of any violation of the contract not covered by paragraph 1 (a), or in lieu of suspension or termination under paragraph 1 (a) the Authority may impose upon the contractor monetary penalties proportionate to the seriousness of the violation.

3. Except for emergency orders under article 162, paragraph 2 (w), the Authority may not execute a decision involving

Article 18

Sanctions

1. Les droits du contractant en vertu du contrat ne peuvent être suspendus ou il ne peut y être mis fin que dans les cas suivants:

a) lorsque, malgré les avertissements de l'Autorité, le contractant a mené ses activités de telle manière qu'elles entraînent des infractions graves, réitérées et délibérées, aux clauses fondamentales du contrat, aux règles, règlements et procédures de l'Autorité et à la partie XI; ou

b) lorsque le contractant ne s'est pas conformé à une décision définitive et obligatoire prise à son égard par l'organe de règlement des différends.

2. L'Autorité peut, dans les cas d'infraction aux clauses du contrat autres que ceux visés au paragraphe 1, lettre a), ou au lieu de prononcer la suspension ou la résiliation du contrat dans les cas visés au paragraphe 1, lettre a), infliger au contractant des peines d'amende proportionnelles à la gravité de l'infraction.

3. Sauf s'il s'agit des ordres émis en cas d'urgence en vertu de l'article 162, paragraphe 2, lettre w), l'Autorité ne peut faire exé-

Artikel 18

Strafen

(1) Die Rechte eines Vertragsnehmers aus dem Vertrag können nur in folgenden Fällen suspendiert oder aufgehoben werden:

a) wenn der Vertragsnehmer trotz Warnung durch die Behörde seine Tätigkeiten derart durchgeführt hat, daß sie zu schweren, anhaltenden und vorsätzlichen Verstößen gegen grundlegende Bestimmungen des Vertrags, des Teiles XI und der Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde führen, oder

b) wenn der Vertragsnehmer einer endgültigen, für ihn bindenden Entscheidung des Streitbeilegungsorgans nicht nachgekommen ist.

(2) Im Fall eines nicht unter Absatz 1 Buchstabe a fallenden Verstoßes gegen den Vertrag oder anstelle einer Suspendierung oder Aufhebung nach Absatz 1 Buchstabe a kann die Behörde dem Vertragsnehmer Geldstrafen auferlegen, die der Schwere des Verstoßes entsprechen.

(3) Außer bei Anordnungen für Notfälle aufgrund des Artikels 162 Absatz 2 Buchstabe w darf die Behörde eine Entschei-

monetary penalties, suspension or termination until the contractor has been accorded a reasonable opportunity to exhaust the judicial remedies available to him pursuant to Part XI, section 5.

cuter une décision relative à des peines pécuniaires ou à la suspension ou à la résiliation du contrat tant que le contractant n'a pas eu raisonnablement la possibilité d'épuiser les recours judiciaires dont il dispose conformément à la section 5 de la partie XI.

dung über Geldstrafen oder über eine Suspendierung oder Aufhebung erst dann durchführen, wenn dem Vertragsnehmer ausreichend Gelegenheit gegeben wurde, die ihm nach Teil XI Abschnitt 5 zustehenden Rechtsmittel auszuschöpfen.

Article 19

Revision of contract

1. When circumstances have arisen or are likely to arise which, in the opinion of either party, would render the contract inequitable or make it impracticable or impossible to achieve the objectives set out in the contract or in Part XI, the parties shall enter into negotiations to revise it accordingly.

2. Any contract entered into in accordance with article 153, paragraph 3, may be revised only with the consent of the parties.

Article 19

Révision du contrat

1. Lorsqu'il se présente ou qu'il pourrait se présenter des circonstances qui, de l'avis de l'une ou l'autre des parties, auraient pour effet de rendre un contrat inéquitable ou de compromettre ou d'empêcher la réalisation des objectifs prévus par celui-ci ou par la partie XI, les parties engagent des négociations en vue de réviser le contrat en conséquence.

2. Un contrat conclu conformément à l'article 153, paragraphe 3, ne peut être révisé qu'avec le consentement des parties.

Artikel 19

Vertragsänderung

(1) Haben oder könnten sich Umstände ergeben, die nach Auffassung einer der beiden Parteien den Vertrag unbillig werden lassen oder die eine Erreichung der im Vertrag oder in Teil XI gesetzten Ziele behindern oder unmöglich machen, so nehmen die Vertragsparteien Verhandlungen auf, um den Vertrag entsprechend zu ändern.

(2) Ein in Übereinstimmung mit Artikel 153 Absatz 3 geschlossener Vertrag kann nur mit Zustimmung der Parteien geändert werden.

Article 20

Transfer of rights and obligations

The rights and obligations arising under a contract may be transferred only with the consent of the Authority, and in accordance with its rules, regulations and procedures. The Authority shall not unreasonably withhold consent to the transfer if the proposed transferee is in all respects a qualified applicant and assumes all of the obligations of the transferor and if the transfer does not confer to the transferee a plan of work, the approval of which would be forbidden by article 6, paragraph 3 (c), of this Annex.

Article 20

Transfert des droits et obligations

Les droits et obligations découlant d'un contrat ne peuvent être transférés qu'avec le consentement de l'Autorité et conformément à ses règles, règlements et procédures. L'Autorité ne refuse pas sans motifs suffisants son consentement au transfert si le cessionnaire éventuel est, à tous égards, un demandeur qualifié et assume toutes les obligations du cédant et si le transfert n'attribue pas au cessionnaire un plan de travail dont l'approbation est interdite par l'article 6, paragraphe 3, lettre c), de la présente annexe.

Artikel 20

Übertragung von Rechten und Pflichten

Rechte und Pflichten aus einem Vertrag können nur mit Zustimmung der Behörde und in Übereinstimmung mit ihren Regeln, Vorschriften und Verfahren übertragen werden. Die Behörde versagt ihre Zustimmung zur Übertragung nicht ohne ausreichenden Grund, wenn der Erwerber in jeder Hinsicht als Antragsteller geeignet ist und auch alle Pflichten des Veräußerers übernimmt und wenn die Übertragung nicht dem Erwerber einen Arbeitsplan überträgt, dessen Bestätigung nach Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe c dieser Anlage verboten wäre.

Article 21

Applicable law

1. The contract shall be governed by the terms of the contract, the rules, regulations and procedures of the Authority, Part XI and other rules of international law not incompatible with this Convention.

2. Any final decision rendered by a court or tribunal having jurisdiction under this Convention relating to the rights and obligations of the Authority and of the contractor shall be enforceable in the territory of each State Party.

3. No State Party may impose conditions on a contractor that are inconsistent with Part XI. However, the application by a State Party to contractors sponsored by it, or to ships flying its flag, of environmental or other laws and regulations more stringent than those in the rules, regulations and procedures of the Authority adopted pursuant to article 17, paragraph 2 (f), of this Annex shall not be deemed inconsistent with Part XI.

Article 21

Droit applicable

1. Le contrat est régi par les clauses du contrat, les règles, règlements et procédures de l'Autorité, la partie XI ainsi que les autres règles de droit international qui ne sont pas incompatibles avec la Convention.

2. Toute décision définitive rendue par une cour ou un tribunal ayant compétence en vertu de la Convention au sujet des droits et obligations de l'Autorité et du contractant est exécutoire sur le territoire de tout Etat Partie.

3. Un Etat Partie ne peut imposer à un contractant des conditions incompatibles avec la partie XI. Toutefois, l'application par un Etat Partie aux contractants patronnés par lui ou aux navires battant son pavillon des lois et règlements relatifs à la protection du milieu marin ou d'autres, plus strictes que les règles, règlements et procédures adoptés par l'Autorité en application de l'article 17, paragraphe 2, lettre f), de la présente annexe, n'est pas considérée comme incompatible avec la partie XI.

Artikel 21

Anwendbares Recht

(1) Für den Vertrag gelten die Vertragsbestimmungen, die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde, Teil XI sowie sonstige Regeln des Völkerrechts, die mit diesem Übereinkommen nicht unvereinbar sind.

(2) Jede endgültige Entscheidung eines aufgrund dieses Übereinkommens zuständigen Gerichts oder Gerichtshofs betreffend die Rechte und Pflichten der Behörde und des Vertragsnehmers ist im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats vollstreckbar.

(3) Ein Vertragsstaat darf einem Vertragsnehmer keine Bedingungen auferlegen, die mit Teil XI unvereinbar sind. Jedoch gilt die Anwendung von Umwelt- oder anderen Gesetzen und sonstigen diesbezüglichen Vorschriften, die strenger als die in den von der Behörde nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe f dieser Anlage erlassenen Regeln, Vorschriften und Verfahren sind, durch einen Vertragsstaat auf von ihm befürwortete Vertragsnehmer oder auf seine Flagge führende Schiffe nicht als mit Teil XI unvereinbar.

Article 22

Responsibility

The contractor shall have responsibility or liability for any damage arising out of wrongful acts in the conduct of its operations, account being taken of contributory acts or omissions by the Authority. Similarly, the Authority shall have responsibility or liability for any damage arising out of wrongful acts in the exercise of its powers and functions, including violations under article 168, paragraph 2, account being taken of contributory acts or omissions by the contractor. Liability in every case shall be for the actual amount of damage.

Article 22

Responsabilité

Tout dommage causé par un acte illicite du contractant dans la conduite des opérations engage sa responsabilité, compte tenu de la part de responsabilité imputable à l'Autorité à raison de ses actes ou omissions. Celle-ci est de même responsable des dommages causés par les actes illicites qu'elle commet dans l'exercice de ses pouvoirs et fonctions, y compris les violations de l'article 168, paragraphe 2, compte tenu de la part de responsabilité imputable au contractant à raison de ses actes ou omissions. Dans tous les cas, la réparation doit correspondre au dommage effectif.

Artikel 22

Verantwortlichkeit

Der Vertragsnehmer ist für jeden Schaden verantwortlich oder haftbar, der durch rechtswidrige Handlungen im Verlauf seiner Arbeiten verursacht worden ist; dabei wird die Verantwortlichkeit oder Haftung berücksichtigt, die der Behörde durch ihre Handlungen oder Unterlassungen zuzurechnen ist. Desgleichen ist die Behörde für jeden Schaden verantwortlich oder haftbar, der durch rechtswidrige Handlungen bei der Wahrnehmung ihrer Befugnisse und Aufgaben verursacht wird, einschließlich der Verstöße nach Artikel 168 Absatz 2; dabei wird die Verantwortlichkeit oder Haftung berücksichtigt, die dem Vertragsnehmer durch seine Handlungen oder Unterlassungen zuzurechnen ist. Der Schadenersatz entspricht in jedem Fall dem tatsächlichen Schaden.

Annex IV
Statute of the Enterprise

Article 1
Purposes

1. The Enterprise is the organ of the Authority which shall carry out activities in the Area directly, pursuant to article 153, paragraph 2 (a), as well as the transporting, processing and marketing of minerals recovered from the Area.

2. In carrying out its purposes and in the exercise of its functions, the Enterprise shall act in accordance with this Convention and the rules, regulations and procedures of the Authority.

3. In developing the resources of the Area pursuant to paragraph 1, the Enterprise shall, subject to this Convention, operate in accordance with sound commercial principles.

Article 2
Relationship to the Authority

1. Pursuant to article 170, the Enterprise shall act in accordance with the general policies of the Assembly and the directives of the Council.

2. Subject to paragraph 1, the Enterprise shall enjoy autonomy in the conduct of its operations.

3. Nothing in this Convention shall make the Enterprise liable for the acts or obligations of the Authority, or make the Authority liable for the acts or obligations of the Enterprise.

Article 3
Limitation of liability

Without prejudice to article 11, paragraph 3, of this Annex, no member of the Authority shall be liable by reason only of its membership for the acts or obligations of the Enterprise.

Article 4
Structure

The Enterprise shall have a Governing Board, a Director-General and the staff necessary for the exercise of its functions.

Article 5
Governing Board

1. The Governing Board shall be composed of 15 members elected by the Assembly in accordance with article 160, paragraph 2 (c). In the election of the members

Annexe IV
Statut de l'entreprise

Article premier
Buts

1. L'Entreprise est l'organe de l'Autorité qui mène des activités dans la Zone directement en application de l'article 153, paragraphe 2, lettre a), ainsi que des activités de transport, de traitement et de commercialisation des minéraux tirés de la Zone.

2. Pour réaliser ses buts et exercer ses fonctions, l'Entreprise agit conformément à la Convention et aux règles, règlements et procédures de l'Autorité.

3. Pour mettre en valeur les ressources de la Zone en application du paragraphe 1 l'Entreprise, sous réserve de la Convention, mène ses opérations conformément aux principes d'une saine gestion commerciale.

Article 2
Rapports avec l'Autorité

1. En application de l'article 170, l'Entreprise agit conformément à la politique générale arrêtée par l'Assemblée et aux directives du Conseil.

2. Sous réserve du paragraphe 1 l'Entreprise agit de façon autonome.

3. Aucune disposition de la Convention ne rend l'Entreprise responsable des actes ou obligations de l'Autorité, ni l'Autorité responsable des actes ou obligations de l'Entreprise.

Article 3
Limitation de responsabilité

Sans préjudice de l'article 11, paragraphe 3, de la présente annexe, aucun membre de l'Autorité n'est responsable des actes ou obligations de l'Entreprise du seul fait de sa qualité de membre.

Article 4
Structure

L'Entreprise a un Conseil d'administration, un Directeur général et le personnel nécessaire à l'exercice de ses fonctions.

Article 5
Le Conseil d'administration

1. Le Conseil d'administration se compose de 15 membres élus par l'Assemblée conformément à l'article 160, paragraphe 2, lettre c). Pour l'élection des membres du

Anlage IV
Satzung des Unternehmens

Artikel 1
Ziele

(1) Das Unternehmen ist das Organ der Behörde, das Tätigkeiten im Gebiet nach Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe a sowie die Beförderung, die Verarbeitung und den Absatz der aus dem Gebiet gewonnenen Mineralien unmittelbar durchführt.

(2) Bei der Verwirklichung seiner Ziele und der Wahrnehmung seiner Aufgaben handelt das Unternehmen in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen und den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde.

(3) Bei der Erschließung der Ressourcen des Gebiets nach Absatz 1 handelt das Unternehmen, vorbehaltlich dieses Übereinkommens, in Übereinstimmung mit vernünftigen kommerziellen Grundsätzen.

Artikel 2
Beziehungen zur Behörde

(1) Das Unternehmen handelt entsprechend Artikel 170 in Übereinstimmung mit den allgemeinen Leitsätzen der Versammlung und den Richtlinien des Rates.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 führt das Unternehmen seine Arbeiten selbständig durch.

(3) Aus diesem Übereinkommen kann keine Haftung des Unternehmens für Handlungen oder Verpflichtungen der Behörde beziehungsweise der Behörde für Handlungen oder Verpflichtungen des Unternehmens abgeleitet werden.

Artikel 3
Haftungsbeschränkung

Unbeschadet des Artikels 11 Absatz 3 dieser Anlage haftet ein Mitglied der Behörde allein aufgrund seiner Mitgliedschaft nicht für Handlungen oder Verpflichtungen des Unternehmens.

Artikel 4
Aufbau

Das Unternehmen hat einen Verwaltungsrat, einen Generaldirektor und das sonstige zur Wahrnehmung seiner Aufgaben notwendige Personal.

Artikel 5
Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus 15 von der Versammlung in Übereinstimmung mit Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe c gewählten Mitgliedern. Bei der Wahl der Mit-

of the Board, due regard shall be paid to the principle of equitable geographical distribution. In submitting nominations of candidates for election to the Board, members of the Authority shall bear in mind the need to nominate candidates of the highest standard of competence, with qualifications in relevant fields, so as to ensure the viability and success of the Enterprise.

2. Members of the Board shall be elected for four years and may be reelected; and due regard shall be paid to the principle of rotation of membership.

3. Members of the Board shall continue in office until their successors are elected. If the office of a member of the Board becomes vacant, the Assembly shall, in accordance with article 160, paragraph 2 (c), elect a new member for the remainder of his predecessor's term.

4. Members of the Board shall act in their personal capacity. In the performance of their duties they shall not seek or receive instructions from any government or from any other source. Each member of the Authority shall respect the independent character of the members of the Board and shall refrain from all attempts to influence any of them in the discharge of their duties.

5. Each member of the Board shall receive remuneration to be paid out of the funds of the Enterprise. The amount of remuneration shall be fixed by the Assembly, upon the recommendation of the Council.

6. The Board shall normally function at the principal office of the Enterprise and shall meet as often as the business of the Enterprise may require.

7. Two thirds of the members of the Board shall constitute a quorum.

8. Each member of the Board shall have one vote. All matters before the Board shall be decided by a majority of its members. If a member has a conflict of interest on a matter before the Board he shall refrain from voting on that matter.

9. Any member of the Authority may ask the Board for information in respect of its operations which particularly affect that member. The Board shall endeavour to provide such information.

Article 6

Powers and functions of the Governing Board

The Governing Board shall direct the operations of the Enterprise. Subject to this

Conseil d'administration, il est dûment tenu compte du principe de la répartition géographique équitable. En proposant des candidatures au Conseil, les membres de l'Autorité tiennent compte de la nécessité de désigner des candidats ayant les plus hautes compétences et les qualifications requises dans les domaines voulus pour assurer la viabilité et le succès de l'Entreprise.

2. Les membres du Conseil d'administration sont élus pour quatre ans et sont rééligibles. Lors des élections et des réélections, il est dûment tenu compte du principe de la rotation des sièges.

3. Les membres du Conseil d'administration demeurent en fonction jusqu'à l'élection de leurs successeurs. Si le siège d'un membre du Conseil d'administration devient vacant, l'Assemblée, conformément à l'article 160, paragraphe 2, lettre c), élit un nouveau membre pour la durée du mandat restant à courir.

4. Les membres du Conseil d'administration agissent à titre personnel. Dans l'exercice de leurs fonctions, ils ne sollicitent ni n'acceptent d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autre source. Les membres de l'Autorité respectent l'indépendance des membres du Conseil d'administration et s'abstiennent de toute tentative de les influencer dans l'exercice de leurs fonctions.

5. Chaque membre du Conseil d'administration reçoit une rémunération imputée sur les ressources financières de l'Entreprise. Le montant de cette rémunération est fixé par l'Assemblée sur recommandation du Conseil.

6. Le Conseil d'administration exerce normalement ses fonctions au siège de l'établissement principal de l'Entreprise; il se réunit aussi souvent que l'exigent les affaires de celle-ci.

7. Le quorum est constitué par les deux tiers des membres du Conseil d'administration.

8. Chaque membre du Conseil d'administration a une voix. Les décisions du Conseil d'administration sur toutes les questions dont il est saisi sont prises à la majorité de ses membres. Si une question suscite un conflit d'intérêts pour l'un de ses membres, celui-ci ne participe pas au vote.

9. Tout membre de l'Autorité peut demander au Conseil d'administration des renseigements au sujet des opérations qui le concernent particulièrement. Le Conseil s'efforce de fournir ces renseignements.

Article 6

Pouvoirs et fonctions du Conseil d'administration

Le Conseil d'administration dirige l'Entreprise. Sous réserve de la Convention, il exerce les

glieder des Verwaltungsrats wird der Grundsatz einer gerechten geographischen Verteilung gebührend berücksichtigt. Bei der Benennung von Kandidaten für die Wahl in den Verwaltungsrat tragen die Mitglieder der Behörde der Notwendigkeit Rechnung, Kandidaten mit einem Höchstmaß an fachlicher Eignung und mit Fähigkeiten auf den einschlägigen Gebieten zu benennen, um die Lebensfähigkeit und den Erfolg des Unternehmens zu gewährleisten.

(2) Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden für vier Jahre gewählt; sie können wiedergewählt werden; der Grundsatz der Rotation ist gebührend zu berücksichtigen.

(3) Die Mitglieder des Verwaltungsrats bleiben so lange im Amt, bis ihre Nachfolger gewählt sind. Wird das Amt eines Mitglieds des Verwaltungsrats frei, so wählt die Versammlung in Übereinstimmung mit Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe c für die restliche Amtszeit des Vorgängers ein neues Mitglied.

(4) Die Mitglieder des Verwaltungsrats handeln in persönlicher Eigenschaft. Sie dürfen in Erfüllung ihrer Pflichten von einer Regierung oder von einer anderen Stelle Weisungen weder einholen noch entgegennehmen. Jedes Mitglied der Behörde achtet die Unabhängigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrats und unterläßt jeden Versuch, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

(5) Jedes Mitglied des Verwaltungsrats erhält eine Vergütung aus den Mitteln des Unternehmens. Die Höhe der Vergütung wird auf Empfehlung des Rates von der Versammlung festgesetzt.

(6) Der Verwaltungsrat ist in der Regel am Hauptsitz des Unternehmens tätig und tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte des Unternehmens erfordern.

(7) Der Verwaltungsrat ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind.

(8) Jedes Mitglied des Verwaltungsrats hat eine Stimme. Beschlüsse über alle Angelegenheiten, mit denen sich der Verwaltungsrat befaßt, bedürfen der Mehrheit seiner Mitglieder. Gerät ein Mitglied bei einer Angelegenheit, mit der sich der Verwaltungsrat befaßt, in einen Interessenkonflikt, so nimmt es an der Abstimmung über diese Angelegenheit nicht teil.

(9) Jedes Mitglied der Behörde kann den Verwaltungsrat um Auskunft über Arbeiten ersuchen, die dieses Mitglied besonders betreffen. Der Verwaltungsrat bemüht sich um Erteilung dieser Auskunft.

Artikel 6

Befugnisse und Aufgaben des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat leitet das Unternehmen. Vorbehaltlich dieses Übereinkom-

Convention, the Governing Board shall exercise the powers necessary to fulfil the purposes of the Enterprise, including powers:

(a) to elect a Chairman from among its members;

(b) to adopt its rules of procedure;

(c) to draw up and submit formal written plans of work to the Council in accordance with article 153, paragraph 3, and article 162, paragraph 2 (j);

(d) to develop plans of work and programmes for carrying out the activities specified in article 170;

(e) to prepare and submit to the Council applications for production authorizations in accordance with article 151, paragraphs 2 to 7;

(f) to authorize negotiations concerning the acquisition of technology, including those provided for in Annex III, article 5, paragraph 3 (a), (c) and (d), and to approve the results of those negotiations;

(g) to establish terms and conditions, and to authorize negotiations, concerning joint ventures and other forms of joint arrangements referred to in Annex III, articles 9 and 11, and to approve the results of such negotiations;

(h) to recommend to the Assembly what portion of the net income of the Enterprise should be retained as its reserves in accordance with article 160, paragraph 2 (f), and article 10 of this Annex;

(i) to approve the annual budget of the Enterprise;

(j) to authorize the procurement of goods and services in accordance with article 12, paragraph 3, of this Annex;

(k) to submit an annual report to the Council in accordance with article 9 of this Annex;

(l) to submit to the Council for the approval of the Assembly draft rules in respect of the organization, management, appointment and dismissal of the staff of the Enterprise and to adopt regulations to give effect to such rules;

(m) to borrow funds and to furnish such collateral or other security as it may determine in accordance with article 11, paragraph 2, of this Annex;

(n) to enter into any legal proceedings, agreements and transactions and to take any other actions in accordance with article 13 of this Annex;

(o) to delegate, subject to the approval of the Council, any non-discretionary

pouvoirs nécessaires à la réalisation des buts de l'Entreprise, y compris le pouvoir:

a) d'élire son Président parmi ses membres;

b) d'adopter son règlement intérieur;

c) d'établir et de soumettre au Conseil des plans de travail formels et écrits conformément à l'article 153, paragraphe 3, et à l'article 162, paragraphe 2, lettre j);

d) d'élaborer des plans de travail et des programmes afin de réaliser les activités visées à l'article 170;

e) d'établir et de présenter au Conseil des demandes d'autorisations de production, conformément à l'article 151, paragraphes 2 à 7;

f) d'autoriser les négociations relatives à l'acquisition des techniques, notamment celles prévues à l'article 5, paragraphe 3, lettres a), c) et d), de l'annexe III, et d'approuver les résultats de ces négociations;

g) de fixer les conditions et modalités et d'autoriser les négociations concernant des entreprises conjointes et d'autres formes d'accords de coentreprise visés aux articles 9 et 11 de l'annexe III et d'approuver les résultats de ces négociations;

h) de faire à l'Assemblée des recommandations quant à la part du revenu net de l'Entreprise qui doit être conservée pour la constitution de réserves conformément à l'article 160, paragraphe 2, lettre f), et à l'article 10 de la présente annexe;

i) d'approuver le budget annuel de l'Entreprise;

j) d'autoriser l'achat de biens et l'emploi de services, conformément à l'article 12, paragraphe 3, de la présente annexe;

k) de présenter un rapport annuel au Conseil conformément à l'article 9 de la présente annexe;

l) de présenter au Conseil, pour approbation par l'Assemblée, des projets de règles concernant l'organisation, l'administration, la nomination et le licenciement du personnel de l'Entreprise, et d'adopter des règlements donnant effet à ces règles;

m) de contracter des emprunts et de fournir les garanties et autres sûretés qu'il détermine conformément à l'article 11, paragraphe 2, de la présente annexe;

n) de décider des actions en justice, de conclure des accords, d'effectuer des transactions et de prendre toutes autres mesures, comme le prévoit l'article 13 de la présente annexe;

o) de déléguer, sous réserve de l'approbation du Conseil, tout pouvoir non discré-

mens nimmt der Verwaltungsrat die Befugnisse wahr, die zur Verwirklichung der Ziele des Unternehmens notwendig sind; dazu gehören folgende Befugnisse:

a) Er wählt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden;

b) er gibt sich eine Geschäftsordnung;

c) er stellt förmliche schriftliche Arbeitspläne auf und legt sie dem Rat in Übereinstimmung mit Artikel 153 Absatz 3 und Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe j vor;

d) er arbeitet Arbeitspläne und Programme zur Durchführung der in Artikel 170 bezeichneten Tätigkeiten aus;

e) er bereitet Anträge auf Produktionsgenehmigungen vor und legt sie dem Rat in Übereinstimmung mit Artikel 151 Absätze 2 bis 7 vor;

f) er gestattet Verhandlungen über den Erwerb von Technologie, einschließlich derjenigen nach Anlage III Artikel 5 Absatz 3 Buchstaben a, c und d, und genehmigt die Ergebnisse dieser Verhandlungen;

g) er legt Bedingungen fest und gestattet Verhandlungen über gemeinschaftliche Unternehmungen und andere Formen gemeinschaftlicher Vereinbarungen nach Anlage III Artikel 9 und 11 und genehmigt die Ergebnisse dieser Verhandlungen;

h) er empfiehlt der Versammlung, welcher Teil der Nettoeinnahmen des Unternehmens in Übereinstimmung mit Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe f und Artikel 10 dieser Anlage als seine Rücklage zurückbehalten werden soll;

i) er genehmigt den jährlichen Haushalt des Unternehmens;

j) er gestattet die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen in Übereinstimmung mit Artikel 12 Absatz 3 dieser Anlage;

k) er legt dem Rat in Übereinstimmung mit Artikel 9 dieser Anlage einen Jahresbericht vor;

l) er legt dem Rat zur Genehmigung durch die Versammlung den Entwurf von Regeln über den Einsatz, die Leitung, die Einstellung und die Entlassung des Personals des Unternehmens vor und erläßt Vorschriften, welche diesen Regeln Wirksamkeit verleihen;

m) er nimmt Kredite auf und leistet die von ihm in Übereinstimmung mit Artikel 11 Absatz 2 dieser Anlage bestimmten Garantien oder sonstigen Sicherheiten;

n) er tritt in gerichtliche Verfahren ein, schließt Vereinbarungen, tätigt Geschäfte und ergreift sonstige Maßnahmen in Übereinstimmung mit Artikel 13 dieser Anlage;

o) vorbehaltlich der Genehmigung durch den Rat überträgt er Befugnisse, die

powers to the Director-General and to its committees.

tionnaire à ses comités ou au Directeur général.

keine Ermessensbefugnisse sind, auf seine Ausschüsse oder auf den Generaldirektor.

Article 7

Director-General and staff of the Enterprise

1. The Assembly shall, upon the recommendation of the Council and the nomination of the Governing Board, elect the Director-General of the Enterprise who shall not be a member of the Board. The Director-General shall hold office for a fixed term, not exceeding five years, and may be re-elected for further terms.

2. The Director-General shall be the legal representative and chief executive of the Enterprise and shall be directly responsible to the Board for the conduct of the operations of the Enterprise. He shall be responsible for the organization, management, appointment and dismissal of the staff of the Enterprise in accordance with the rules and regulations referred to in article 6, subparagraph (1), of this Annex. He shall participate, without the right to vote, in the meetings of the Board and may participate, without the right to vote, in the meetings of the Assembly and the Council when these organs are dealing with matters concerning the Enterprise.

3. The paramount consideration in the recruitment and employment of the staff and in the determination of their conditions of service shall be the necessity of securing the highest standards of efficiency and of technical competence. Subject to this consideration, due regard shall be paid to the importance of recruiting the staff on an equitable geographical basis.

4. In the performance of their duties the Director-General and the staff shall not seek or receive instructions from any government or from any other source external to the Enterprise. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials of the Enterprise responsible only to the Enterprise. Each State Party undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Director-General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

5. The responsibilities set forth in article 168, paragraph 2, are equally applicable to the staff of the Enterprise.

Article 7

Le Directeur général et personnel

1. L'Assemblée élit, sur recommandation du Conseil, parmi les candidats proposés par le Conseil d'administration, le Directeur général de l'Entreprise; celui-ci ne doit pas être membre du Conseil d'administration. Le Directeur général est élu pour un mandat de durée déterminée, ne dépassant pas cinq ans, et il est rééligible pour de nouveaux mandats.

2. Le Directeur général est le représentant légal de l'Entreprise et en est l'administrateur en chef; il est directement responsable devant le Conseil d'administration de la conduite des opérations de l'Entreprise. Il est chargé de l'organisation, de l'administration, de la nomination et du licenciement du personnel de l'Entreprise, conformément aux règles et règlements visés à l'article 6, lettre i), de la présente annexe. Il participe aux réunions du Conseil d'administration sans droit de vote. Il peut participer, sans droit de vote, aux réunions de l'Assemblée et du Conseil lorsque ces organes examinent des questions intéressant l'Entreprise.

3. La considération dominante dans le recrutement et la fixation des conditions d'emploi du personnel est d'assurer à l'Entreprise les services de personnes possédant les plus hautes qualités de travail et de compétence technique. Sous cette réserve, il est dûment tenu compte de l'importance d'un recrutement effectué sur une base géographique équitable.

4. Dans l'exercice de leurs fonctions, le Directeur général et le personnel ne sollicitent ni n'acceptent d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autre source étrangère à l'Entreprise. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec leur qualité de fonctionnaires internationaux de l'Entreprise et ne sont responsables qu'envers celle-ci. Chaque Etat Partie s'engage à respecter le caractère exclusivement international des fonctions du Directeur général et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche.

5. Les obligations énoncées à l'article 168, paragraphe 2, incombent également au personnel de l'Entreprise.

Artikel 7

Generaldirektor und sonstiges Personal des Unternehmens

(1) Die Versammlung wählt auf Empfehlung des Rates und nach Benennung durch den Verwaltungsrat den Generaldirektor des Unternehmens, der kein Mitglied des Verwaltungsrats sein darf. Der Generaldirektor bleibt für eine bestimmte Zeit im Amt, die fünf Jahre nicht überschreiten darf; er kann für weitere Amtszeiten wiedergewählt werden.

(2) Der Generaldirektor ist der rechtliche Vertreter und der leitende Verwaltungsbeamte des Unternehmens; er ist dem Verwaltungsrat für die Geschäftsführung des Unternehmens unmittelbar verantwortlich. Er ist für den Einsatz, die Leitung, die Einstellung und die Entlassung des Personals des Unternehmens in Übereinstimmung mit den Regeln und Vorschriften nach Artikel 6 Buchstabe i dieser Anlage verantwortlich. Er nimmt ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil und kann ohne Stimmrecht an den Sitzungen der Versammlung und des Rates teilnehmen, wenn diese Organe das Unternehmen betreffende Angelegenheiten behandeln.

(3) Bei der Auswahl und Einstellung des Personals und der Festsetzung der Dienstverhältnisse ist vorrangig der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit und fachlicher Eignung zu gewährleisten. Unter Beachtung dieses Erfordernisses ist die Wichtigkeit der Auswahl des Personals auf gerechter geographischer Grundlage gebührend zu berücksichtigen.

(4) Der Generaldirektor und das sonstige Personal des Unternehmens dürfen in Erfüllung ihrer Pflichten von einer Regierung oder von einer anderen Stelle außerhalb des Unternehmens Weisungen weder einholen noch entgegennehmen. Sie haben sich jeder Handlung zu enthalten, die ihrer Stellung als internationale, nur dem Unternehmen verantwortliche Beamte abträglich sein könnte. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Aufgaben des Generaldirektors und des sonstigen Personals des Unternehmens zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

(5) Die in Artikel 168 Absatz 2 bezeichneten Verpflichtungen gelten gleichermaßen für das Personal des Unternehmens.

Article 8

Location

The Enterprise shall have its principal office at the seat of the Authority. The Enterprise may establish other offices and facilities in the territory of any State Party with the consent of that State Party.

Article 8

Emplacement

L'Entreprise a son bureau principal au siège de l'Autorité. Elle peut établir d'autres bureaux et des installations sur le territoire de tout Etat Partie avec le consentement de celui-ci.

Artikel 8

Sitz

Das Unternehmen hat seinen Hauptsitz am Sitz der Behörde. Das Unternehmen kann weitere Büros und Einrichtungen im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats mit dessen Zustimmung errichten.

Article 9

Reports and financial statements

1. The Enterprise shall, not later than three months after the end of each financial year, submit to the Council for its consideration an annual report containing an audited statement of its accounts and shall transmit to the Council at appropriate intervals a summary statement of its financial position and a profit and loss statement showing the results of its operations.

2. The Enterprise shall publish its annual report and such other reports as it finds appropriate.

3. All reports and financial statements referred to in this article shall be distributed to the members of the Authority.

Article 9

Rapports et états financiers

1. L'Entreprise soumet à l'examen du Conseil, dans les trois mois qui suivent la fin de chaque exercice, un rapport annuel contenant un état vérifié de ses comptes, et lui communique, à des intervalles appropriés, un état récapitulatif de sa situation financière et un état des pertes et profits faisant apparaître ses résultats d'exploitation.

2. L'Entreprise publie son rapport annuel et tous autres rapports qu'elle juge appropriés.

3. Tous les rapports et états financiers visés au présent article sont communiqués aux membres de l'Autorité.

Artikel 9

Berichte und Finanzabschlüsse

(1) Spätestens drei Monate nach Ablauf jedes Rechnungsjahrs legt das Unternehmen dem Rat einen Jahresbericht mit einem geprüften Jahresabschluß zur Prüfung vor und übermittelt dem Rat in geeigneten zeitlichen Abständen eine Übersicht über seine Finanzlage und eine Gewinn- und Verlustrechnung über die Ergebnisse seiner Arbeiten.

(2) Das Unternehmen veröffentlicht seinen Jahresbericht und weitere Berichte, die es für angebracht hält.

(3) Alle Berichte und Finanzabschlüsse nach diesem Artikel werden an die Mitglieder der Behörde verteilt.

Article 10

Allocation of net income

1. Subject to paragraph 3, the Enterprise shall make payments to the Authority under Annex III, article 13, or their equivalent.

2. The Assembly shall, upon the recommendation of the Governing Board, determine what portion of the net income of the Enterprise shall be retained as reserves of the Enterprise. The remainder shall be transferred to the Authority.

3. During an initial period required for the Enterprise to become self-supporting, which shall not exceed 10 years from the commencement of commercial production by it, the Assembly shall exempt the Enterprise from the payments referred to in paragraph 1, and shall leave all of the net income of the Enterprise in its reserves.

Article 10

Répartition du revenu net

1. Sous réserve du paragraphe 3, l'Entreprise verse à l'Autorité les sommes prévues à l'article 13 de l'annexe III ou leur équivalent.

2. L'Assemblée, sur recommandation du Conseil d'administration, fixe la proportion du revenu net de l'Entreprise qui sera conservée pour la constitution de réserves, le solde étant viré à l'Autorité.

3. Pendant la période initiale requise pour que l'Entreprise parvienne à se suffire à elle-même, dont la durée ne peut dépasser 10 ans à compter du démarrage de la production commerciale, l'Assemblée exempte l'Entreprise des versements visés au paragraphe 1 et laisse la totalité du revenu net de l'Entreprise dans les réserves de celle-ci.

Artikel 10

Zuweisung der Nettoeinnahmen

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 3 leistet das Unternehmen an die Behörde Zahlungen nach Anlage III Artikel 13 oder deren Gegenwert.

(2) Die Versammlung bestimmt auf Empfehlung des Verwaltungsrats, welcher Teil der Nettoeinnahmen des Unternehmens als seine Rücklage zurückbehalten wird. Der Rest wird der Behörde überwiesen.

(3) Während einer Anfangszeit, die für das Unternehmen erforderlich ist, um wirtschaftlich unabhängig zu werden, und die 10 Jahre nach Aufnahme seiner kommerziellen Produktion nicht überschreiten darf, befreit die Versammlung das Unternehmen von den Zahlungen nach Absatz 1 und beläßt alle Nettoeinnahmen des Unternehmens in seinen Rücklagen.

Article 11

Finances

1. The funds of the Enterprise shall include:

(a) amounts received from the Authority in accordance with article 173, paragraph 2 (b);

(b) voluntary contributions made by States Parties for the purpose of financing activities of the Enterprise;

(c) amounts borrowed by the Enterprise in accordance with paragraphs 2 and 3;

(d) income of the Enterprise from its operations;

(e) other funds made available to the Enterprise to enable it to commence operations as soon as possible and to carry out its functions.

2.

(a) The Enterprise shall have the power to borrow funds and to furnish such collateral or other security as it may determine. Before making a public sale of its

Article 11

Finances

1. Les ressources financières de l'Entreprise comprennent:

a) les sommes reçues de l'Autorité conformément à l'article 173, paragraphe 2, lettre b);

b) les contributions volontaires versées par les Etats Parties aux fins du financement des activités de l'Entreprise;

c) le montant des emprunts contractés par l'Entreprise conformément aux paragraphes 2 et 3;

d) le revenu que l'Entreprise tire de ces opérations;

e) les autres ressources financières mises à la disposition de l'Entreprise pour lui permettre de commencer ses opérations le plus tôt possible et d'exercer ses fonctions.

2.

a) L'Entreprise a la capacité de contracter des emprunts et de fournir telle garantie ou autre sûreté qu'elle peut déterminer. Avant de procéder à une vente publique

Artikel 11

Finanzen

(1) Die finanziellen Mittel des Unternehmens umfassen

a) die von der Behörde in Übereinstimmung mit Artikel 173 Absatz 2 Buchstabe b eingenommenen Beträge;

b) die von Vertragsstaaten zur Finanzierung der Tätigkeiten des Unternehmens geleisteten freiwilligen Beiträge;

c) die vom Unternehmen in Übereinstimmung mit den Absätzen 2 und 3 aufgenommenen Kredite;

d) die Einnahmen des Unternehmens aus seinen Arbeiten;

e) die sonstigen dem Unternehmen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel, die ihm den frühestmöglichen Beginn seiner Arbeiten und die Wahrnehmung seiner Aufgaben ermöglichen sollen.

(2)

a) Das Unternehmen ist befugt, Kredite aufzunehmen und die von ihm bestimmten Garantien oder sonstigen Sicherheiten zu leisten. Bevor das Unternehmen

obligations in the financial markets or currency of a State Party, the Enterprise shall obtain the approval of that State Party. The total amount of borrowings shall be approved by the Council upon the recommendation of the Governing Board.

(b) States Parties shall make every reasonable effort to support applications by the Enterprise for loans on capital markets and from international financial institutions.

3.

(a) The Enterprise shall be provided with the funds necessary to explore and exploit one mine site, and to transport, process and market the minerals recovered therefrom and the nickel, copper, cobalt and manganese obtained, and to meet its initial administrative expenses. The amount of the said funds, and the criteria and factors for its adjustment, shall be included by the Preparatory Commission in the draft rules, regulations and procedures of the Authority.

(b) All States Parties shall make available to the Enterprise an amount equivalent to one half of the funds referred to in subparagraph (a) by way of long-term interest-free loans in accordance with the scale of assessments for the United Nations regular budget in force at the time when the assessments are made, adjusted to take into account the States which are not members of the United Nations. Debts incurred by the Enterprise in raising the other half of the funds shall be guaranteed by all States Parties in accordance with the same scale.

(c) If the sum of the financial contributions of States Parties is less than the funds to be provided to the Enterprise under subparagraph (a), the Assembly shall, at its first session, consider the extent of the shortfall and adopt by consensus measures for dealing with this shortfall, taking into account the obligation of States Parties under subparagraphs (a) and (b) and any recommendations of the Preparatory Commission.

(d) (i) Each State Party shall, within 60 days after the entry into force of this Convention, or within 30 days after the deposit of its instrument of ratification or accession, whichever is later, deposit with the Enterprise irrevocable, non-negotiable, non-interest-bearing promissory notes in the amount of the share of such State Party of interest-free loans pursuant to subparagraph (b).

de ses obligations sur les marchés financiers ou dans la monnaie d'un Etat Partie, l'Entreprise obtient l'assentiment de cet Etat. Le montant total des emprunts est approuvé par le Conseil sur recommandation du Conseil d'administration.

b) Les Etats Parties s'efforcent, dans toute la mesure du raisonnable, d'appuyer les demandes de prêts de l'Entreprise sur les marchés financiers et auprès d'institutions financières internationales.

3.

a) L'Entreprise est dotée des ressources financières qui lui sont nécessaires pour explorer et exploiter un site minier, pour assurer le transport, le traitement et la commercialisation des minéraux qu'elle en extrait, et du nickel, du cuivre, du cobalt et du manganèse qu'elle tire de ces minéraux et pour couvrir ses dépenses d'administration initiales. La Commission préparatoire indique, dans le projet de règles, règlements et procédures de l'Autorité, le montant de ces ressources ainsi que les critères et facteurs retenus pour opérer les ajustements nécessaires.

b) Tous les Etats Parties fournissent à l'Entreprise une somme équivalente à la moitié des ressources financières visées à la lettre a), sous la forme de prêts à long terme ne portant pas intérêt, conformément au barème des contributions au budget ordinaire de l'Organisation des Nations Unies en vigueur au moment du versement de ces contributions, des ajustements étant opérés pour tenir compte des Etats qui ne sont pas membres de l'Organisation des Nations Unies. L'autre moitié des ressources financières est obtenue, au moyen d'emprunts garantis par les Etats Parties selon ce barème.

c) Si le montant des contributions des Etats Parties est inférieur à celui des ressources financières devant être fournies à l'Entreprise en vertu de la lettre a), l'Assemblée examine à sa première session le manque à recevoir et, tenant compte des obligations incombant aux Etats Parties en vertu des lettres a) et b), et des recommandations de la Commission préparatoire, adopte, par consensus, des mesures au sujet de ce manque.

d) i) Dans les 60 jours qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention ou dans les 30 jours qui suivent la date de dépôt de ses instruments de ratification ou d'adhésion, la date la plus éloignée étant retenue, chaque Etat Partie dépose auprès de l'Entreprise des billets à ordre irrévocables, non négociables et ne portant pas intérêt à concurrence du montant de sa part en ce qui concerne les prêts ne portant pas intérêt prévus à la lettre b).

seine Schuldverschreibungen auf dem Kapitalmarkt oder in der Währung eines Vertragsstaats öffentlich verkauft, muß es die Genehmigung dieses Staates einholen. Der Gesamtbetrag der Kredite muß vom Rat auf Empfehlung des Verwaltungsrats genehmigt werden.

b) Die Vertragsstaaten bemühen sich in jeder zumutbaren Weise, Anträge des Unternehmens zur Aufnahme von Anleihen auf den Kapitalmärkten und bei internationalen Finanzinstitutionen zu unterstützen.

(3)

a) Das Unternehmen erhält die finanziellen Mittel, die zur Erforschung und Ausbeutung einer Abbaustätte, zur Beförderung, zur Verarbeitung und zum Absatz von daraus gewonnenen Mineralien und aus ihnen erhaltenem Nickel, Kupfer, Kobalt und Mangan sowie zur Deckung seiner anfänglichen Verwaltungskosten notwendig sind. Die Höhe dieser finanziellen Mittel sowie die Kriterien und Voraussetzungen für die erforderlichen Anpassungen werden von der Vorbereitungskommission in den Entwurf der Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde aufgenommen.

b) Alle Vertragsstaaten stellen dem Unternehmen durch langfristige zinslose Kredite in Übereinstimmung mit dem für den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen im Zeitpunkt der Berechnung geltenden Berechnungsschlüssel einen Betrag entsprechend der Hälfte der unter Buchstabe a bezeichneten finanziellen Mittel zur Verfügung, wobei Anpassungen vorgenommen werden, um Staaten zu berücksichtigen, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind. Für Schulden, die das Unternehmen zur Deckung der anderen Hälfte der finanziellen Mittel eingeht, garantieren alle Vertragsstaaten entsprechend diesem Schlüssel.

c) Ist die Summe der finanziellen Beiträge der Vertragsstaaten geringer als die finanziellen Mittel, die das Unternehmen nach Buchstabe a erhalten muß, so prüft die Versammlung auf ihrer ersten Tagung die Höhe dieses Fehlbetrags und beschließt durch Konsens Maßnahmen zum Ausgleich des Fehlbetrags, wobei sie die Verpflichtungen der Vertragsstaaten nach den Buchstaben a und b und etwaige Empfehlungen der Vorbereitungskommission berücksichtigt.

d) i) Jeder Vertragsstaat hinterlegt bei dem Unternehmen innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder innerhalb von 30 Tagen nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, je nachdem welches der spätere Zeitpunkt ist, unwiderrufliche, nicht begebbare, unverzinsliche Eigenwechsel in Höhe des Anteils des betreffenden Vertragsstaats an den zinslosen Krediten nach Buchstabe b.

(ii) The Board shall prepare, at the earliest practicable date after this Convention enters into force, and thereafter at annual or other appropriate intervals, a schedule of the magnitude and timing of its requirements for the funding of its administrative expenses and for activities carried out by the Enterprise in accordance with article 170 and article 12 of this Annex.

(iii) The States Parties shall, thereupon, be notified by the Enterprise, through the Authority, of their respective shares of the funds in accordance with subparagraph (b), required for such expenses. The Enterprise shall encash such amounts of the promissory notes as may be required to meet the expenditure referred to in the schedule with respect to interest-free loans.

(iv) States Parties shall, upon receipt of the notification, make available their respective shares of debt guarantees for the Enterprise in accordance with subparagraph (b).

(e) (i) If the Enterprise so requests, States Parties may provide debt guarantees in addition to those provided in accordance with the scale referred to in subparagraph (b).

(ii) In lieu of debt guarantees, a State Party may make a voluntary contribution to the Enterprise in an amount equivalent to that portion of the debts which it would otherwise be liable to guarantee.

(f) Repayment of the interest-bearing loans shall have priority over the repayment of the interest-free loans. Repayment of interest-free loans shall be in accordance with a schedule adopted by the Assembly, upon the recommendation of the Council and the advice of the Board. In the exercise of this function the Board shall be guided by the relevant provisions of the rules, regulations and procedures of the Authority, which shall take into account the paramount importance of ensuring the effective functioning of the Enterprise and, in particular, ensuring its financial independence.

(g) Funds made available to the Enterprise shall be in freely usable currencies or currencies which are freely available and effectively usable in the major foreign exchange markets. These currencies shall be defined in the rules, regulations and procedures of the Authority in accordance with prevailing international monetary practice. Except as provided in paragraph 2, no State Party shall maintain or impose restrictions on the

ii) Aussitôt que possible après l'entrée en vigueur de la Convention, puis annuellement ou à d'autres intervalles appropriés, le Conseil d'administration établit un état quantitatif des besoins de l'Entreprise assorti d'un échéancier pour le financement des dépenses administratives de celle-ci et des activités qu'elle réalise conformément à l'article 170 et à l'article 12 de la présente annexe.

iii) L'Entreprise notifie aux Etats Parties, par l'intermédiaire de l'Autorité, le montant de leurs participations respectives à ces dépenses, déterminé conformément à la lettre b). L'Entreprise encaisse les billets à ordre à concurrence des montants nécessaires pour financer les dépenses mentionnées dans l'échéancier eu égard aux prêts ne portant pas intérêt.

iv) Dès réception de la notification, les Etats Parties mettent à la disposition de l'Entreprise leurs parts respectives des garanties de dette conformément à la lettre b).

e) i) Si l'Entreprise le demande, les Etats Parties peuvent fournir des garanties de dette venant s'ajouter à celles qu'ils fournissent selon le barème visé à la lettre b).

ii) En lieu et place d'une garantie de dette, un Etat Partie peut verser à l'Entreprise une contribution volontaire d'un montant équivalent à la fraction des dettes qu'il aurait été tenu de garantir.

f) Le remboursement des prêts portant intérêt a priorité sur celui des prêts qui ne portent pas intérêt. Les prêts ne portant pas intérêt sont remboursés selon un calendrier adopté par l'Assemblée sur recommandation du Conseil et après avis du Conseil d'administration. Le Conseil d'administration exerce cette fonction conformément aux dispositions pertinentes des règles, règlements et procédures de l'Autorité qui tiennent compte de la nécessité fondamentale d'assurer le bon fonctionnement de l'Entreprise et, en particulier, d'assurer son indépendance financière.

g) Les sommes versées à l'Entreprise le sont en monnaies librement utilisables ou en monnaies librement disponibles et effectivement utilisables sur les principaux marchés des changes. Ces monnaies sont définies dans les règles, règlements et procédures de l'Autorité conformément aux pratiques monétaires internationales dominantes. Sous réserve du paragraphe 2, aucun Etat Partie n'applique ou n'impose de restric-

ii) Zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach in jährlichen oder anderen geeigneten zeitlichen Abständen erstellt der Verwaltungsrat einen Plan über die Höhe und den jeweiligen Zeitpunkt seines Bedarfs zur Deckung seiner Verwaltungskosten und zur Durchführung der Tätigkeiten des Unternehmens in Übereinstimmung mit Artikel 170 und mit Artikel 12 dieser Anlage.

iii) Den Vertragsstaaten wird danach vom Unternehmen über die Behörde ihr jeweiliger Anteil an den finanziellen Mitteln in Übereinstimmung mit Buchstabe b mitgeteilt, die für diese Kosten benötigt werden. Das Unternehmen löst diejenigen Beträge der Eigenwechsel ein, die zur Deckung der in dem Plan in bezug auf zinslose Kredite bezeichneten Ausgaben benötigt werden.

iv) Nach Empfang der Mitteilung stellen die Vertragsstaaten dem Unternehmen ihren jeweiligen Anteil an den Garantien für Schulden in Übereinstimmung mit Buchstabe b zur Verfügung.

e) i) Wenn das Unternehmen darum ersucht, können die Vertragsstaaten Garantien für Schulden zusätzlich zu denjenigen übernehmen, die in Übereinstimmung mit dem Schlüssel unter Buchstabe b übernommen worden sind.

ii) Anstelle der Garantien für Schulden kann ein Vertragsstaat dem Unternehmen einen freiwilligen Beitrag in der Höhe leisten, die dem Teil der Schulden entspricht, für den er sonst hätte garantieren müssen.

f) Die Rückzahlung der verzinslichen Kredite hat Vorrang vor der Rückzahlung der zinslosen Kredite. Die Rückzahlung der zinslosen Kredite erfolgt in Übereinstimmung mit einem von der Versammlung auf Empfehlung des Rates und aufgrund eines Gutachtens des Verwaltungsrats angenommenen Zeitplan. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe läßt sich der Verwaltungsrat von den einschlägigen Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde leiten, in denen vorrangig der Notwendigkeit Rechnung getragen wird, die wirksame Tätigkeit des Unternehmens und insbesondere seine finanzielle Unabhängigkeit sicherzustellen.

g) Die dem Unternehmen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel lauten auf frei verwendbare Währungen oder auf Währungen, die an den bedeutenden Devisenmärkten frei verfügbar und tatsächlich verwendbar sind. Diese Währungen werden in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde in Übereinstimmung mit der vorherrschenden internationalen Währungspraxis be-

holding, use or exchange by the Enterprise of these funds.

(h) "Debt guarantee" means a promise of a State Party to creditors of the Enterprise to pay, pro rata in accordance with the appropriate scale, the financial obligations of the Enterprise covered by the guarantee following notice by the creditors to the State Party of a default by the Enterprise. Procedures for the payment of those obligations shall be in conformity with the rules, regulations and procedures of the Authority.

4. The funds, assets and expenses of the Enterprise shall be kept separate from those of the Authority. This article shall not prevent the Enterprise from making arrangements with the Authority regarding facilities, personnel and services and arrangements for reimbursement of administrative expenses paid by either on behalf of the other.

5. The records, books and accounts of the Enterprise, including its annual financial statements, shall be audited annually by an independent auditor appointed by the Council.

Article 12

Operations

1. The Enterprise shall propose to the Council projects for carrying out activities in accordance with article 170. Such proposals shall include a formal written plan of work for activities in the Area in accordance with article 153, paragraph 3, and all such other information and data as may be required from time to time for its appraisal by the Legal and Technical Commission and approval by the Council.

2. Upon approval by the Council, the Enterprise shall execute the project on the basis of the formal written plan of work referred to in paragraph 1.

3. (a) If the Enterprise does not possess the goods and services required for its operations it may procure them. For that purpose, it shall issue invitations to tender and award contracts to bidders offering the best combination of quality, price and delivery time.

(b) If there is more than one bid offering such a combination, the contract shall be awarded in accordance with:

(i) the principle of non-discrimination on the basis of political or other considerations not relevant to the carrying out of operations en ce qui concerne la possibilité pour l'Entreprise de détenir, d'utiliser ou d'échanger ces sommes.

h) Par „garantie de dette", on entend la promesse faite par un Etat Partie aux créanciers de l'Entreprise d'honorer, dans la mesure prévue par le barème approprié, les obligations financières de l'Entreprise couvertes par la garantie, après notification par les créanciers du manquement de l'Entreprise à ces obligations. Les procédures d'exécution de ces obligations doivent être conformes aux règles, règlements et procédures de l'Autorité.

4. Les ressources financières, avoirs et dépenses de l'Entreprise doivent être séparés de ceux de l'Autorité. L'Entreprise peut néanmoins conclure avec l'Autorité des accords concernant les installations, le personnel et les services ou des accords portant sur le remboursement des dépenses d'administration réglées par l'une pour le compte de l'autre.

5. Les documents, livres et comptes de l'Entreprise, y compris ses états financiers annuels, sont vérifiés chaque année par un contrôleur indépendant, nommé par le Conseil.

Article 12

Opérations

1. L'Entreprise soumet au Conseil des projets relatifs aux activités visées à l'article 170. Ces projets comprennent un plan de travail formel et écrit pour les activités à mener dans la Zone, conformément à l'article 153, paragraphe 3, ainsi que tous autres renseignements ou données qui peuvent être nécessaires pour leur évaluation par la Commission juridique et technique et leur approbation par le Conseil.

2. Une fois que le projet a été approuvé par le Conseil, l'Entreprise l'exécute selon le plan de travail formel et écrit visé au paragraphe 1.

3. a) Si l'Entreprise ne dispose pas de biens et services qui lui sont nécessaires pour ses opérations, elle peut se procurer de tels biens ou services. A cette fin, elle lance des appels d'offre et passe des marchés avec les soumissionnaires dont l'offre est la plus avantageuse à la fois du point de vue de la qualité, du prix et de la date de livraison.

b) Si plusieurs offres répondent à ces conditions, le marché est adjugé conformément:

i) au principe de l'interdiction de toute discrimination fondée sur des considérations politiques ou autres qui sont sans

stimmt. Vorbehaltlich des Absatzes 2 darf kein Vertragsstaat dem Besitz, der Verwendung oder dem Austausch dieser finanziellen Mittel durch das Unternehmen Beschränkungen auferlegen.

h) Eine „Garantie für Schulden" bedeutet das Versprechen eines Vertragsstaats an die Gläubiger des Unternehmens, die von der Garantie er faßten finanziellen Verpflichtungen des Unternehmens entsprechend dem betreffenden Schlüssel anteilig zu übernehmen, wenn die Gläubiger dem Vertragsstaat mitgeteilt haben, daß das Unternehmen seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllt. Die Verfahren zur Einlösung dieser Verpflichtungen entsprechen den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde.

(4) Die finanziellen Mittel, Guthaben und Ausgaben des Unternehmens sind von denjenigen der Behörde getrennt zu halten. Dieser Artikel hindert das Unternehmen jedoch nicht daran, mit der Behörde Vereinbarungen über Einrichtungen, Personal und Dienstleistungen sowie Vereinbarungen über die Erstattung von Verwaltungskosten zu treffen, die einer für den anderen bestritten hat.

(5) Die Unterlagen, Bücher und Konten des Unternehmens, einschließlich seiner Jahresabschlüsse, werden jedes Jahr von einem vom Rat bestellten unabhängigen Rechnungsprüfer geprüft.

Artikel 12

Arbeiten

(1) Das Unternehmen schlägt dem Rat Vorhaben zur Durchführung von Tätigkeiten in Übereinstimmung mit Artikel 170 vor. Die Vorschläge müssen einen förmlichen schriftlichen Arbeitsplan für Tätigkeiten im Gebiet in Übereinstimmung mit Artikel 153 Absatz 3 enthalten sowie alle sonstigen Informationen und Daten, die von Zeit zu Zeit für seine Bewertung durch die Rechts- und Fachkommission und seine Bestätigung durch den Rat erforderlich sind.

(2) Nach Bestätigung durch den Rat führt das Unternehmen das Vorhaben auf der Grundlage des in Absatz 1 genannten förmlichen schriftlichen Arbeitsplans durch.

(3) a) Verfügt das Unternehmen nicht über die für seine Arbeiten erforderlichen Güter und Dienstleistungen, so kann es sich diese beschaffen. Zu diesem Zweck führt es Ausschreibungen durch und schließt Verträge mit Bewerbern, die im Hinblick auf Qualität, Preise und Lieferfristen das beste Gesamtangebot unterbreiten.

b) Entsprechen mehrere Angebote diesen Bedingungen, so erfolgt die Vertragsvergabe in Übereinstimmung mit

i) dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung aus politischen oder anderen Erwägungen, die für die sorgfältige und wirk-

tions with due diligence and efficiency; and

(ii) guidelines approved by the Council with regard to the preferences to be accorded to goods and services originating in developing States, including the landlocked and geographically disadvantaged among them.

(c) The Governing Board may adopt rules determining the special circumstances in which the requirement of invitations to bid may, in the best interests of the Enterprise, be dispensed with.

4. The Enterprise shall have title to all minerals and processed substances produced by it.

5. The Enterprise shall sell its products on a non-discriminatory basis. It shall not give non-commercial discounts.

6. Without prejudice to any general or special power conferred on the Enterprise under any other provision of this Convention, the Enterprise shall exercise such powers incidental to its business as shall be necessary.

7. The Enterprise shall not interfere in the political affairs of any State Party; nor shall it be influenced in its decisions by the political character of the State Party concerned. Only commercial considerations shall be relevant to its decisions, and these considerations shall be weighed impartially in order to carry out the purposes specified in article 1 of this Annex.

rapport avec l'exécution diligente et efficace des opérations;

ii) aux directives arrêtées par le Conseil en ce qui concerne la préférence à accorder aux biens et services provenant d'Etats en développement, particulièrement de ceux d'entre eux qui sont sans littoral ou géographiquement désavantagés.

c) Le Conseil d'administration peut adopter des règles définissant les circonstances particulières dans lesquelles il peut être dérogé, dans l'intérêt de l'Entreprise, à l'obligation de lancer des appels d'offres.

4. L'Entreprise a la propriété de tous les minéraux et de toutes les substances traitées qu'elle produit.

5. L'Entreprise vend ses produits sur une base non discriminatoire. Elle n'accorde pas de remises de caractère non commercial.

6. Sans préjudice des pouvoirs généraux ou spéciaux que lui confèrent d'autres dispositions de la Convention, l'Entreprise exerce les pouvoirs nécessaires pour la conduite de ses affaires.

7. L'Entreprise ne s'ingère pas dans les affaires politiques des Etats Parties et ne se laisse pas influencer dans ses décisions par l'orientation politique des Etats à qui elle a affaire. Ses décisions sont fondées exclusivement sur des considérations d'ordre commercial, qu'elle prend en compte impartialement en vue d'atteindre les buts indiqués à l'article premier de la présente annexe.

same Durchführung der Arbeiten unerheblich sind, und

ii) vom Rat angenommenen Richtlinien über eine Vorzugsbehandlung von Gütern und Dienstleistungen aus Entwicklungsstaaten, einschließlich der Binnenstaaten und geographisch benachteiligten Staaten.

c) Der Verwaltungsrat kann Regeln darüber annehmen, unter welchen besonderen Umständen im Interesse des Unternehmens auf das Erfordernis der Ausschreibung verzichtet werden kann.

(4) Das Unternehmen hat das Eigentumsrecht an allen von ihm erzeugten Mineralien und bearbeiteten Stoffen.

(5) Das Unternehmen verkauft seine Erzeugnisse auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung. Es gewährt keine nichtkommerziellen Rabatte.

(6) Unbeschadet der dem Unternehmen durch andere Bestimmungen dieses Übereinkommens übertragenen allgemeinen oder besonderen Befugnisse übt das Unternehmen die Befugnisse aus, die mit seiner Geschäftstätigkeit zusammenhängen und dafür erforderlich sind.

(7) Das Unternehmen mischt sich nicht in die politischen Angelegenheiten eines Vertragsstaats ein; es läßt sich in seinen Entscheidungen nicht durch die politische Ausrichtung des betreffenden Vertragsstaats beeinflussen. Für seine Entscheidungen sind nur kommerzielle Erwägungen maßgebend, die unparteiisch abgewogen werden, um die in Artikel 1 dieser Anlage bezeichneten Ziele zu verwirklichen.

Article 13

Legal status, privileges and immunities

1. To enable the Enterprise to exercise its functions, the status, privileges and immunities set forth in this article shall be accorded to the Enterprise in the territories of States Parties. To give effect to this principle the Enterprise and States Parties may, where necessary, enter into special agreements.

2. The Enterprise shall have such legal capacity as is necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes and, in particular, the capacity:

(a) to enter into contracts, joint arrangements or other arrangements, including agreements with States and international organizations;

(b) to acquire, lease, hold and dispose of immovable and movable property;

(c) to be a party to legal proceedings.

Article 13

Statut juridique, privilèges et immunités

1. Pour permettre à l'Entreprise d'exercer ses fonctions, le statut juridique, les privilèges et les immunités définis au présent article lui sont reconnus sur le territoire des Etats Parties. Pour donner effet à ce principe, l'Entreprise et les Etats Parties peuvent conclure les accords spéciaux qu'ils jugent nécessaires.

2. L'Entreprise a la capacité juridique qui lui est nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses buts, et notamment celle:

a) de conclure des contrats et des accords de coentreprise ou autres, y compris des accords avec des Etats ou des organisations internationales;

b) d'acquérir, louer, détenir et aliéner des biens mobiliers et immobiliers;

c) d'ester en justice.

Artikel 13

Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten

(1) Um dem Unternehmen die Wahrnehmung seiner Aufgaben zu ermöglichen, werden ihm im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten die Rechtsstellung sowie die Vorrechte und Immunitäten gewährt, die in diesem Artikel vorgesehen sind. Zur Verwirklichung dieses Grundsatzes können das Unternehmen und die Vertragsstaaten erforderlichenfalls besondere Übereinkünfte schließen.

(2) Das Unternehmen besitzt die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben und zur Verwirklichung seiner Ziele erforderlich ist, und insbesondere die Fähigkeit,

a) Verträge, gemeinschaftliche Vereinbarungen oder sonstige Vereinbarungen zu schließen, darunter Übereinkünfte mit Staaten und internationalen Organisationen;

b) unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben, zu mieten oder zu pachten, zu besitzen und zu veräußern;

c) Partei in einem Gerichtsverfahren zu sein.

3. (a) Actions may be brought against the Enterprise only in a court of competent jurisdiction in the territory of a State Party in which the Enterprise:

(i) has an office or facility;

(ii) has appointed an agent for the purpose of accepting service or notice of process;

(iii) has entered into a contract for goods or services;

(iv) has issued securities; or

(v) is otherwise engaged in commercial activity.

(b) The property and assets of the Enterprise, wherever located and by whomsoever held, shall he immune from all forms of seizure, attachment or execution before the delivery of final judgment against the Enterprise.

4. (a) The property and assets of the Enterprise, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from requisition, confiscation, expropriation or any other form of seizure by executive or legislative action.

(b) The property and assets of the Enterprise, wherever located and by whomsoever held, shall be free from discriminatory restrictions, regulations, controls and moratoria of any nature.

(c) The Enterprise and its employees shall respect local laws and regulations in any State or territory in which the Enterprise or its employees may do business or otherwise act.

(d) States Parties shall ensure that the Enterprise enjoys all rights, privileges and immunities accorded by them to entities conducting commercial activities in their territories. These rights, privileges and immunities shall be accorded to the Enterprise on no less favourable a basis than that on which they are accorded to entities engaged in similar commercial activities. If special privileges are provided by States Parties for developing States or their commercial entities, the Enterprise shall enjoy those privileges on a similarly preferential basis.

(e) States Parties may provide special incentives, rights, privileges and immunities to the Enterprise without the obligation to provide such incentives, rights, privileges and immunities to other commercial entities.

5. The Enterprise shall negotiate with the host countries in which its offices and facilities are located for exemption from direct and indirect taxation.

6. Each State Party shall take such action as is necessary for giving effect in terms of its own law to the principles set forth in this

3. a) L'Entreprise ne peut être poursuivie que devant les tribunaux compétents dans un Etat Partie sur le territoire duquel elle:

i) a un bureau ou des installations;

ii) a nommé un agent aux fins de recevoir signification d'exploits de justice;

iii) a passé un marché de biens ou de services;

iv) a émis des titres; ou

v) exerce une activité commerciale sous toute autre forme.

b) Les biens et les avoirs de l'Entreprise, où qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, sont exempts de toute forme de saisie ou autres voies d'exécution tant qu'un jugement définitif contre l'Entreprise n'a pas été rendu.

4. a) Les biens et avoirs de l'Entreprise, où qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, sont exempts de réquisition, confiscation, expropriation, ou toute autre forme de contrainte procédant d'une mesure du pouvoir exécutif ou du pouvoir législatif.

b) Les biens et avoirs de l'Entreprise, où qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, ne sont astreints à aucun contrôle, restriction, réglementation ou moratoire de caractère discriminatoire, de quelque nature que ce soit.

c) L'Entreprise et son personnel respectent les lois et règlements de tout Etat ou territoire dans lequel ils exercent des activités industrielles et commerciales ou autres.

d) Les Etats Parties font en sorte que l'Entreprise jouisse de tous les droits, privilèges et immunités qu'ils accordent à des entités exerçant des activités commerciales sur leur territoire. Ces droits, privilèges et immunités sont accordés à l'Entreprise selon des modalités non moins favorables que celles appliquées aux entités exerçant des activités commerciales similaires. Lorsque des Etats accordent des privilèges spéciaux à des Etats en développement ou à leurs entités commerciales, l'Entreprise bénéficie de ces privilèges sur une base préférentielle analogue.

e) Les Etats Parties peuvent accorder à l'Entreprise des incitations, droits, privilèges et immunités spéciaux sans être tenus de les accorder à d'autres entités commerciales.

5. L'Entreprise négocie avec les Etats sur le territoire desquels elle a des bureaux et installations pour obtenir l'exemption d'impôts directs et indirects.

6. Chaque Etat Partie prend les dispositions voulues pour donner effet, dans sa législation, aux principes énoncés dans la

(3) a) Klagen gegen das Unternehmen können nur vor einem zuständigen Gericht eines Vertragsstaats erhoben werden, in dessen Hoheitsgebiet es

i) ein Büro oder eine Einrichtung hat;

ii) einen Bevollmächtigten zur Entgegennahme von Klagezustellungen oder -mitteilungen ernannt hat;

iii) einen Vertrag für Güter oder Dienstleistungen geschlossen hat;

iv) Wertpapiere ausgegeben hat oder

v) in anderer Weise eine kommerzielle Tätigkeit ausübt.

b) Solange ein rechtskräftiges Urteil gegen das Unternehmen nicht ergangen ist, sind sein Vermögen und seine Guthaben, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, jeder Form des Zugriffs, der Pfändung oder der Vollstreckung entzogen.

(4) a) Das Vermögen und die Guthaben des Unternehmens, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form des Zugriffs durch vollziehende oder gesetzgeberische Maßnahmen entzogen.

b) Das Vermögen und die Guthaben des Unternehmens, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind von diskriminierenden Beschränkungen, Vorschriften, Kontrollen und Moratorien jeder Art befreit.

c) Das Unternehmen und seine Beschäftigten beachten die Gesetze und sonstigen Vorschriften jedes Staates oder Hoheitsgebiets, in dem das Unternehmen oder seine Beschäftigten Geschäfte betreiben oder in anderer Weise tätig sind.

d) Die Vertragsstaaten gewährleisten, daß das Unternehmen alle Rechte, Vorrechte und Immunitäten genießt, welche sie Rechtsträgern gewähren, die in ihren Hoheitsgebieten kommerzielle Tätigkeiten ausüben. Diese dem Unternehmen zu gewährenden Rechte, Vorrechte und Immunitäten dürfen nicht weniger günstig sein als diejenigen, die den in ähnlicher Weise kommerziell tätigen Rechtsträgern gewährt werden. Gewähren Vertragsstaaten Entwicklungsstaaten oder ihren kommerziellen Rechtsträgern besondere Vorrechte, so genießt das Unternehmen diese Vorrechte auf ähnlich bevorzugte Weise.

e) Die Vertragsstaaten können für das Unternehmen besondere Anreize, Rechte, Vorrechte und Immunitäten vorsehen, ohne verpflichtet zu sein, sie anderen kommerziellen Rechtsträgern zu gewähren.

(5) Das Unternehmen verhandelt mit den Gastländern, in denen sich seine Büros und Einrichtungen befinden, um die Befreiung von direkten und indirekten Steuern zu erwirken.

(6) Jeder Vertragsstaat ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um in seinen eigenen Rechtsvorschriften den in dieser Anla-

Annex and shall inform the Enterprise of the specific action which it has taken.

7. The Enterprise may waive any of the privileges and immunities conferred under this article or in the special agreements referred to in paragraph 1 to such extent and upon such conditions as it may determine.

présente annexe, et informe l'Entreprise des dispositions concrètes qu'il a prises.

7. L'Entreprise peut renoncer, dans la mesure et selon les conditions décidées par elle, à tout privilège ou à toute immunité que lui confèrent le présent article ou les accords spéciaux visés au paragraphe 1.

ge niedergelegten Grundsätzen Wirksamkeit zu verleihen; er setzt das Unternehmen über die einzelnen von ihm ergriffenen Maßnahmen in Kenntnis.

(7) Das Unternehmen kann auf Vorrechte und Immunitäten, die nach diesem Artikel oder in den in Absatz 1 genannten besonderen Übereinkünften gewährt werden, in dem Umfang und zu den Bedingungen verzichten, die es festlegt.

Annex V
Conciliation

Section 1
Conciliation procedure pursuant to section 1 of Part XV

Article 1
Institution of proceedings

If the parties to a dispute have agreed, in accordance with article 284, to submit it to conciliation under this section, any such party may institute the proceedings by written notification addressed to the other party or parties to the dispute.

Article 2
List of conciliators

A list of conciliators shall be drawn up and maintained by the Secretary-General of the United Nations. Every State Party shall be entitled to nominate four conciliators each of whom shall be a person enjoying the highest reputation for fairness, competence and integrity. The names of the persons so nominated shall constitute the list. If at any time the conciliators nominated by a State Party in the list so constituted shall be fewer than four, that State Party shall be entitled to make further nominations as necessary. The name of a conciliator shall remain on the list until withdrawn by the State Party which made the nomination, provided that such conciliator shall continue to serve on any conciliation commission to which that conciliator has been appointed until the completion of the proceedings before that commission.

Article 3
Constitution of conciliation commission

The conciliation commission shall, unless the parties otherwise agree, be constituted as follows:

(a) Subject to subparagraph (g), the conciliation commission shall consist of five members.

(b) The party instituting the proceedings shall appoint two conciliators to be chosen preferably from the list referred to in article 2 of this Annex, one of whom may be its national, unless the parties otherwise agree. Such appointments shall be included in the notification referred to in article 1 of this Annex.

(c) The other party to the dispute shall appoint two conciliators in the manner set forth in subparagraph (b) within 21 days of receipt of the notification referred to in article 1 of this Annex. If the appointments are not made within that period, the party instituting the proceedings

Annexe V
Conciliation

Section 1
Conciliation conformément à la section 1 de la partie XV

Article premier
Ouverture de la procédure

Si les parties à un différend sont convenues, conformément à l'article 284, de le soumettre à la conciliation selon la procédure prévue à la présente section, toute partie à ce différend peut engager la procédure par une notification écrite adressée à l'autre ou aux autres parties au différend.

Article 2
Liste de conciliateurs

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies dresse et tient une liste de conciliateurs. Chaque Etat Partie est habilité à désigner quatre conciliateurs jouissant de la plus haute réputation d'impartialité, de compétence et d'intégrité. Le nom des personnes ainsi désignées est inscrit sur la liste. 2. Si, à un moment quelconque, le nombre des conciliateurs désignés par un Etat Partie et figurant sur la liste est inférieur à quatre, cet Etat peut procéder aux désignations supplémentaires auxquelles il a droit. 3. Le nom d'un conciliateur reste sur la liste jusqu'à ce qu'il en soit retiré par l'Etat partie qui l'a désigné, étant entendu que ce conciliateur continue de siéger à toute commission de conciliation à laquelle il a été nommé jusqu'à ce que la procédure devant cette commission soit achevée.

Article 3
Constitution de la commission de conciliation

A moins que les parties n'en conviennent autrement, la commission de conciliation est constituée de la façon suivante:

a) sous réserve de la lettre g), la commission de conciliation se compose de cinq membres;

b) la partie qui engage la procédure nomme deux conciliateurs qui sont choisis de préférence sur la liste visée à l'article 2 de la présente annexe et dont l'un peut être de ses ressortissants, à moins que les parties n'en conviennent autrement. Ces nominations sont indiquées dans la notification prévue à l'article premier;

c) l'autre partie au différend, dans un délai de 21 jours à compter de la réception de la notification visée à l'article premier, nomme deux conciliateurs de la manière prévue à la lettre b). Si les nominations n'interviennent pas dans le délai prescrit, la partie qui a engagé la procédure

Anlage V
Vergleich

Abschnitt 1
Vergleichsverfahren nach Teil XV Abschnitt 1

Artikel 1
Einleitung des Verfahrens

Haben die Streitparteien in Übereinstimmung mit Artikel 284 vereinbart, die Streitigkeit dem in diesem Abschnitt vorgesehenen Vergleichsverfahren zu unterwerfen, so kann jede Streitpartei das Verfahren durch eine an die andere Streitpartei oder die anderen Streitparteien gerichtete schriftliche Notifikation einleiten.

Artikel 2
Liste der Schlichter

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen erstellt und führt eine Liste der Schlichter. Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, vier Schlichter zu ernennen, die wegen ihrer Unparteilichkeit, fachlichen Eignung und Ehrenhaftigkeit höchstes Ansehen genießen. Die Namen der so ernannten Personen bilden die Liste. Beträgt die Zahl der von einem Vertragsstaat ernannten Schlichter zu irgendeinem Zeitpunkt weniger als vier, so ist der Vertragsstaat berechtigt, die weiteren notwendigen Ernennungen vorzunehmen. Der Name eines Schlichters bleibt so lange auf der Liste, bis er von dem Vertragsstaat, der ihn ernannt hat, zurückgezogen wird; jedoch bleibt der Schlichter so lange in der Vergleichskommission tätig, in die er berufen worden ist, bis das Verfahren vor dieser Kommission beendet ist.

Artikel 3
Bildung der Vergleichskommission

Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, wird die Vergleichskommission wie folgt gebildet:

a) Vorbehaltlich des Buchstabens g besteht die Vergleichskommission aus fünf Mitgliedern.

b) Die das Verfahren einleitende Partei bestellt zwei Schlichter, die vorzugsweise aus der in Artikel 2 dieser Anlage genannten Liste ausgewählt werden und von denen einer ihr eigener Staatsangehöriger sein kann, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren. Die Bestellungen werden in der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation angegeben.

c) Die andere Streitpartei bestellt zwei Schlichter in der unter Buchstabe b festgelegten Weise innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation. Werden die Bestellungen nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so kann die das Verfah-

may, within one week of the expiration of that period, either terminale the proceedings by notification addressed to the other party or request the Secretary-General of the United Nations to make the appointments in accordance with subparagraph (e).

(d) Within 30 days after all four conciliators have been appointed, they shall appoint a fifth conciliator chosen from the list referred to in article 2 of this Annex, who shall be chairman. If the appointment is not made within that period, either party may, within one week of the expiration of that period, request the Secretary-General of the United Nations to make the appointment in accordance with subparagraph (e).

(e) Within 30 days of the receipt of a request under subparagraph (c) or (d), the Secretary-General of the United Nations shall make the necessary appointments from the list referred to in article 2 of this Annex in consultation with the parties to the dispute.

(f) Any vacancy shall be filled in the manner prescribed for the initial appointment.

(g) Two or more parties which determine by agreement that they are in the same interest shall appoint two conciliators jointly. Where two or more parties have separate interests or there is a disagreement as to whether they are of the same interest, they shall appoint conciliators separately.

(h) In disputes involving more than two parties having separate interests, or where there is disagreement as to whether they are of the same interest, the parties shall apply subparagraphs (a) to (f) in so far as possible.

peut, dans la semaine qui suit l'expiration de ce délai, soit mettre fin à la procédure par notification adressée à l'autre partie, soit demander au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies de procéder à ces nominations conformément à la lettre e);

d) dans un délai de 30 jours à compter de la date de la dernière nomination, les quatre conciliateurs en nomment un cinquième, choisi sur la liste visée à l'article 2 de la présente annexe, qui sera président. Si la nomination n'intervient pas dans le délai prescrit, chaque partie peut, dans la semaine qui suit l'expiration de ce délai, demander au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies de procéder à cette nomination conformément à la lettre e);

e) dans un délai de 30 jours à compter de la réception d'une demande faite en vertu des lettres c) ou d), le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies procède aux nominations nécessaires en choisissant, en consultation avec les parties au différend, des personnes figurant sur la liste visée à l'article 2 de la présente annexe;

f) il est pourvu à tout siège vacant de la manière prévue pour la nomination initiale;

g) lorsque deux parties ou plus s'entendent pour faire cause commune, elles nomment conjointement deux conciliateurs. Lorsque deux parties ou plus font cause séparée ou ne peuvent s'entendre sur le point de savoir si elles doivent faire cause commune, elles nomment des conciliateurs séparément;

h) lorsque plus de deux parties font cause séparée ou ne peuvent s'entendre sur le point de savoir si elles doivent faire cause commune, les parties au différend appliquent les lettres a) à f) dans toute la mesure du possible.

ren einleitende Partei binnen einer Woche nach Ablauf der Frist entweder durch eine an die andere Partei gerichtete Notifikation das Verfahren beenden oder den Generalsekretär der Vereinten Nationen ersuchen, die Bestellungen in Übereinstimmung mit Buchstabe e vorzunehmen.

d) Die vier Schlichter bestellen innerhalb von 30 Tagen, nachdem sie alle bestellt worden sind, einen fünften Schlichter zum Vorsitzenden, der aus der in Artikel 2 dieser Anlage genannten Liste auszuwählen ist. Erfolgt die Bestellung nicht innerhalb dieser Frist, so kann jede der beiden Parteien binnen einer Woche nach Ablauf der Frist den Generalsekretär der Vereinten Nationen ersuchen, die Bestellung in Übereinstimmung mit Buchstabe e vorzunehmen.

e) Innerhalb von 30 Tagen nach Eingang eines Ersuchens nach Buchstabe c oder d nimmt der Generalsekretär der Vereinten Nationen in Konsultation mit den Streitparteien die notwendigen Bestellungen anhand der in Artikel 2 dieser Anlage genannten Liste vor.

f) Freigewordene Sitze werden in der für die ursprüngliche Bestellung vorgeschriebenen Weise besetzt.

g) Beschließen zwei oder mehr Parteien einvernehmlich, eine Streitgenossenschaft zu bilden, so bestellen sie gemeinsam zwei Schlichter. Sind zwei oder mehr Parteien mit unterschiedlichen Interessen vorhanden oder besteht Unstimmigkeit darüber, ob sie eine Streitgenossenschaft bilden, so bestellen sie die Schlichter getrennt.

h) Bei Streitigkeiten zwischen mehr als zwei Parteien mit unterschiedlichen Interessen oder bei Unstimmigkeit darüber, ob sie eine Streitgenossenschaft bilden, wenden die Parteien die Buchstaben a bis f soweit wie möglich an.

Article 4

Procedure

The conciliation commission shall, unless the parties otherwise agree, determine its own procedure. The commission may, with the consent of the parties to the dispute, invite any State Party to submit to it its views orally or in writing. Decisions of the commission regarding procedural matters, the report and recommendations shall be made by a majority vote of its members.

Article 4

Procédure

A moins que les parties en cause n'en conviennent autrement, la commission de conciliation arrête elle-même sa procédure. Elle peut, avec le consentement des parties au différend, inviter tout Etat Partie à lui soumettre ses vues oralement ou par écrit. Les décisions de procédure, les recommandations et le rapport de la commission sont adoptés à la majorité de ses membres.

Artikel 4

Verfahren

Die Vergleichskommission bestimmt ihr Verfahren, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren. Mit Zustimmung der Streitparteien kann die Kommission jeden Vertragsstaat einladen, ihr seine Ansichten mündlich oder schriftlich darzulegen. Entscheidungen der Kommission über Verfahrensfragen, ihr Bericht und ihre Empfehlungen werden mit Stimmenmehrheit ihrer Mitglieder angenommen.

Article 5

Amicable settlement

The commission may draw the attention of the parties to any measures which might facilitate an amicable settlement of the dispute.

Article 5

Règlement amiable

La commission peut signaler à l'attention des parties toute mesure susceptible de faciliter le règlement amiable du différend.

Artikel 5

Gütliche Beilegung

Die Kommission kann den Parteien Maßnahmen aufzeigen, die eine gütliche Beilegung der Streitigkeit erleichtern könnten.

Article 6

Functions of the commission

The commission shall hear the parties, examine their claims and objections, and make proposals to the parties with a view to reaching an amicable settlement.

Article 6

Fonctions de la commission

La commission entend les parties, examine leurs prétentions et objections et leur fait des propositions en vue de les aider à parvenir à un règlement amiable du différend.

Artikel 6

Aufgaben der Kommission

Die Kommission hört die Parteien, prüft ihre Ansprüche und Einwendungen und macht den Parteien Vorschläge mit dem Ziel einer gütlichen Beilegung.

Article 7

Report

1. The commission shall report within 12 months of its constitution. Its report shall record any agreements reached and, failing agreement, its conclusions on all questions of fact or law relevant to the matter in dispute and such recommendations as the commission may deem appropriate for an amicable settlement. The report shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations and shall immediately be transmitted by him to the parties to the dispute.

2. The report of the commission, including its conclusions or recommendations, shall not be binding upon the parties.

Article 7

Rapport

1. La commission fait rapport dans les 12 mois qui suivent sa constitution. Son rapport contient tout accord intervenu et, à défaut d'accord, ses conclusions sur tous les points de fait ou de droit se rapportant à l'objet du différend, ainsi que les recommandations qu'elle juge appropriées aux fins d'un règlement amiable. Le rapport est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies et transmis aux parties au différend.

2. Le rapport de la commission, y compris toutes conclusions ou recommandations y figurant, ne lie pas les parties.

Artikel 7

Bericht

(1) Die Kommission erstattet innerhalb von 12 Monaten nach ihrer Bildung Bericht. Ihr Bericht enthält alle erzielten Übereinkünfte und, falls keine Einigung erzielt wurde, ihre Schlußfolgerungen über die Tatsachen oder Rechtsfragen in bezug auf die Streitigkeit sowie Empfehlungen, welche die Kommission für eine gütliche Beilegung für angebracht hält. Der Bericht wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt und von diesem sofort an die Streitparteien weitergeleitet.

(2) Der Bericht der Kommission, einschließlich der darin enthaltenen Schlußfolgerungen oder Empfehlungen, bindet die Parteien nicht.

Article 8

Termination

The conciliation proceedings are terminated when a settlement has been reached, when the parties have accepted or one party has rejected the recommendations of the report by written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations, or when a period of three months has expired from the date of transmission of the report to the parties.

Article 8

Fin de la procédure

La procédure de conciliation est terminée lorsque le différend a été réglé, que les parties ont accepté ou qu'une partie a rejeté les recommandations figurant dans le rapport par voie de notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies ou qu'une période de trois mois s'est écoulée depuis la date de la communication du rapport aux parties.

Artikel 8

Beendigung

Das Vergleichsverfahren ist beendet, wenn eine Beilegung erzielt worden ist, wenn die Parteien die Empfehlungen des Berichts durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation angenommen haben oder eine Partei sie abgelehnt hat oder wenn eine Frist von drei Monaten nach Zustellung des Berichts an die Parteien verstrichen ist.

Article 9

Fees and expenses

The fees and expenses of the commission shall be borne by the parties to the dispute.

Article 9

Honoraires et frais

Les honoraires et les frais de la commission sont à la charge des parties au différend.

Artikel 9

Vergütungen und Kosten

Die Vergütungen für die Kommission und ihre Kosten werden von den Streitparteien getragen.

Article 10

Right of parties
to modify procedure

The parties to the dispute may by agreement applicable solely to that dispute modify any provision of this Annex.

Article 10

Droit des parties
de déroger à la procédure

Les parties au différend, par un accord applicable à ce seul différend, peuvent convenir de déroger à toute disposition de la présente annexe.

Artikel 10

Recht der Parteien
auf Modifikation des Verfahrens

Die Streitparteien können durch eine nur für die einzelne Streitigkeit geltende Übereinkunft jede Bestimmung dieser Anlage modifizieren.

Section 2

Compulsory submission to conciliation procedure pursuant to section 3 of Part XV

Section 2

Soumission obligatoire à la procédure de conciliation conformément à la section 3 de la partie XV

Abschnitt 2

Obligatorische Unterwerfung unter ein Vergleichsverfahren nach Teil XV Abschnitt 3

Article 11

Institution of proceedings

1. Any party to a dispute which, in accordance with Part XV, section 3, may be submitted to conciliation under this section, may

Article 11

Ouverture de la procédure

1. Toute partie à un différend qui, conformément à la section 3 de la partie XV, peut être soumis à la conciliation selon la procé-

Artikel 11

Einleitung des Verfahrens

(1) Jede Partei einer Streitigkeit, die in Übereinstimmung mit Teil XV Abschnitt 3 dem im vorliegenden Abschnitt vorgesehe-

institute the proceedings by written notification addressed to the other party or parties to the dispute.

2. Any party to the dispute, notified under paragraph 1, shall be obliged to submit to such proceedings.

Article 12

Failure to reply or to submit to conciliation

The failure of a party or parties to the dispute to reply to notification of institution of proceedings or to submit to such proceedings shall not constitute a bar to the proceedings.

Article 13

Competence

A disagreement as to whether a conciliation commission acting under this section has competence shall be decided by the commission.

Article 14

Application of section 1

Articles 2 to 10 of section 1 of this Annex apply subject to this section

dure prévue à la présente section, peut engager la procédure par une notification écrite adressée à l'autre ou aux autres parties au différend.

2. Toute partie au différend qui a reçu la notification prévue au paragraphe 1 est obligée de se soumettre à la procédure de conciliation.

Article 12

Absence de réponse ou refus de se soumettre à la procédure

Le fait pour une ou plusieurs parties au différend de ne pas répondre à la notification d'engagement d'une procédure de conciliation ou de ne pas se soumettre à une telle procédure ne constitue pas un obstacle à la procédure.

Article 13

Compétence

En cas de contestation sur le point de savoir si une commission de conciliation constituée en vertu de la présente section est compétente, cette commission décide.

Article 14

Application de la section 1

Les articles 2 à 10 de la section 1 de la présente annexe s'appliquent sous réserve des dispositions de la présente section.

nen Vergleichsverfahren unterworfen werden kann, kann das Verfahren durch eine an die andere Streitpartei oder die anderen Streitparteien gerichtete schriftliche Notifikation einleiten.

(2) Jede Streitpartei, welche die in Absatz 1 vorgesehene Notifikation erhalten hat, ist verpflichtet, sich diesem Verfahren zu unterwerfen.

Artikel 12

Nichtbeantwortung oder Weigerung, sich dem Vergleichsverfahren zu unterwerfen

Die Nichtbeantwortung der Notifikation über die Einleitung des Verfahrens durch eine Streitpartei oder die Streitparteien oder ihre Weigerung, sich dem Verfahren zu unterwerfen, stellt kein Hindernis für das Verfahren dar.

Artikel 13

Zuständigkeit

Jede Unstimmigkeit über die Frage, ob eine nach diesem Abschnitt handelnde Vergleichskommission zuständig ist, wird von der Kommission entschieden.

Artikel 14

Anwendung des Abschnitts 1

Abschnitt 1 Artikel 2 bis 10 dieser Anlage wird vorbehaltlich des vorliegenden Abschnitts angewendet.

Annex VI

Statute of the International Tribunal for the Law of the Sea

Article 1

General provisions

1. The International Tribunal for the Law of the Sea is constituted and shall function in accordance with the provisions of this Convention and this Statute.

2. The seat of the Tribunal shall be in the Free and Hanseatic City of Hamburg in the Federal Republic of Germany.

3. The Tribunal may sit and exercise its functions elsewhere whenever it considers this desirable.

4. A reference of a dispute to the Tribunal shall be governed by the provisions of Parts XI and XV.

Annexe VI

Statut du Tribunal international du droit de la mer

Article premier

Dispositions générales

1. Le Tribunal international du droit de la mer est créé et fonctionne conformément aux dispositions de la Convention et du présent Statut.

2. Le Tribunal a son siège dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg, en République fédérale d'Allemagne.

3. Il peut toutefois siéger et exercer ses fonctions ailleurs lorsqu'il le juge souhaitable.

4. La soumission d'un différend au Tribunal est régie par les parties XI et XV.

Anlage VI

Statut des Internationalen Seegerichtshofs

Artikel 1

Allgemeine Bestimmungen

(1) Der Internationale Seegerichtshof wird in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen und diesem Statut errichtet und nimmt seine Aufgaben nach deren Bestimmungen wahr.

(2) Der Gerichtshof hat seinen Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg in der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Der Gerichtshof kann an einem anderen Ort tagen und seine Aufgaben wahrnehmen, wenn er es für wünschenswert hält.

(4) Wird eine Streitigkeit dem Gerichtshof unterbreitet, so gelten hierfür die Bestimmungen der Teile XI und XV.

Section 1

Organization of the Tribunal

Article 2

Composition

1. The Tribunal shall be composed of a body of 21 independent members, elected from among persons enjoying the highest reputation for fairness and integrity and of recognized competence in the field of the law of the sea.

2. In the Tribunal as a whole the representation of the principal legal systems of the world and equitable geographical distribution shall be assured.

Article 3

Membership

1. No two members of the Tribunal may be nationals of the same State. A person who for the purposes of membership in the Tribunal could be regarded as a national of more than one State shall be deemed to be a national of the one in which he ordinarily exercises civil and political rights.

2. There shall be no fewer than three members from each geographical group as established by the General Assembly of the United Nations.

Article 4

Nominations and elections

1. Each State Party may nominate not more than two persons having the qualifications prescribed in article 2 of this Annex. The members of the Tribunal shall be elected from the list of persons thus nominated.

Section 1

Organisation du tribunal

Article 2

Composition

1. Le Tribunal est un corps de 21 membres indépendants, élus parmi les personnes jouissant de la plus haute réputation d'impartialité et d'intégrité et possédant une compétence notoire dans le domaine du droit de la mer.

2. La représentation des principaux systèmes juridiques du monde et une répartition géographique équitable sont assurées dans la composition du Tribunal.

Article 3

Membres du Tribunal

1. Le Tribunal ne peut comprendre plus d'un ressortissant du même Etat. A cet égard, celui qui pourrait être considéré comme le ressortissant de plus d'un Etat est censé être ressortissant de l'Etat où il exerce habituellement ses droits civils et politiques.

2. Il ne peut y avoir moins de trois membres pour chaque groupe géographique défini par l'Assemblée générale des Nations Unies.

Article 4

Candidatures et élections

1. Chaque Etat Partie peut désigner deux personnes au plus réunissant les conditions prévues à l'article 2 de la présente annexe. Les membres du Tribunal sont élus sur la liste des personnes ainsi désignées.

Abschnitt 1

Organisation des Gerichtshofs

Artikel 2

Zusammensetzung

(1) Der Gerichtshof besteht aus 21 unabhängigen Mitgliedern; sie werden unter Personen ausgewählt, die wegen ihrer Unparteilichkeit und Ehrenhaftigkeit höchstes Ansehen genießen und anerkannte fachliche Eignung auf dem Gebiet des Seerechts besitzen.

(2) Bei der Zusammensetzung des Gerichtshofs sind eine Vertretung der hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt und eine gerechte geographische Verteilung zu gewährleisten.

Artikel 3

Mitglieder

(1) Nicht mehr als ein Mitglied des Gerichtshofs darf Angehöriger desselben Staates sein. Wer im Hinblick auf die Mitgliedschaft beim Gerichtshof als Angehöriger mehr als eines Staates angesehen werden kann, gilt als Angehöriger des Staates, in dem er gewöhnlich seine bürgerlichen und politischen Rechte ausübt.

(2) Jede von der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgelegte geographische Gruppe muß durch mindestens drei Mitglieder vertreten sein.

Artikel 4

Benennungen und Wahlen

(1) Jeder Vertragsstaat darf höchstens zwei Personen benennen, welche die in Artikel 2 dieser Anlage vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllen. Die Mitglieder des Gerichtshofs werden aus der Liste der so benannten Personen gewählt.

2. At least three months before the date of the election, the Secretary-General of the United Nations in the case of the first election and the Registrar of the Tribunal in the case of subsequent elections shall address a written invitation to the States Parties to submit their nominations for members of the Tribunal within two months. He shall prepare a list in alphabetical order of all the persons thus nominated, with an indication of the States Parties which have nominated them, and shall submit it to the States Parties before the seventh day of the last month before the date of each election.

3. The first election shall be held within six months of the date of entry into force of this Convention.

4. The members of the Tribunal shall be elected by secret ballot. Elections shall be held at a meeting of the States Parties convened by the Secretary-General of the United Nations in the case of the first election and by a procedure agreed to by the States Parties in the case of subsequent elections. Two thirds of the States Parties shall constitute a quorum at that meeting. The persons elected to the Tribunal shall be those nominees who obtain the largest number of votes and a two-thirds majority of the States Parties present and voting, provided that such majority includes a majority of the States Parties.

2. Trois mois au moins avant la date de l'élection, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies s'il s'agit de la première élection, ou le Greffier du Tribunal s'il s'agit d'une élection ultérieure, invite par écrit les Etats Parties à lui communiquer le nom de leurs candidats dans un délai de deux mois. Le Secrétaire général ou le Greffier dresse une liste alphabétique des candidats ainsi désignés, en indiquant les Etats Parties qui les ont désignés, et communique cette liste aux Etats Parties avant le septième jour du dernier mois précédant la date de l'élection.

3. La première élection a lieu dans les six mois qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention.

4. Les membres du Tribunal sont élus au scrutin secret. Les élections ont lieu lors d'une réunion des Etats Parties convoquée par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies dans le cas de la première élection et selon la procédure fixée par les Etats Parties dans le cas des élections ultérieures. Les deux tiers des Etats Parties constituent le quorum à chaque réunion. Sont élus membres du Tribunal les candidats qui ont obtenu le plus grand nombre de voix et la majorité des deux tiers des voix des Etats Parties présents et votants, étant entendu que cette majorité doit comprendre la majorité des Etats Parties.

(2) Mindestens drei Monate vor dem Tag der Wahl fordert im Fall der ersten Wahl der Generalsekretär der Vereinten Nationen und im Fall nachfolgender Wahlen der Kanzler des Gerichtshofs die Vertragsstaaten schriftlich auf, innerhalb von zwei Monaten die Kandidaten für den Gerichtshof zu benennen. Er stellt eine alphabetische Liste aller so benannten Personen unter Angabe der Vertragsstaaten auf, die sie benannt haben; er übermittelt die Liste den Vertragsstaaten vor dem siebenten Tag des letzten Monats vor dem Tag jeder Wahl.

(3) Die erste Wahl findet innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt.

(4) Die Mitglieder des Gerichtshofs werden in geheimer Abstimmung gewählt. Im Fall der ersten Wahl erfolgt die Wahl auf einer Sitzung der Vertragsstaaten, die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen einberufen wird; im Fall nachfolgender Wahlen erfolgt sie nach einem von den Vertragsstaaten vereinbarten Verfahren. Auf der Sitzung ist Beschlußfähigkeit gegeben, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind. Es werden diejenigen Kandidaten zu Mitgliedern des Gerichtshofs gewählt, welche die meisten Stimmen und eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten auf sich vereinen, wobei diese Mehrheit die Mehrheit der Vertragsstaaten einschließen muß.

Article 5

Term of office

1. The members of the Tribunal shall be elected for nine years and may be re-elected; provided, however, that of the members elected at the first election, the terms of seven members shall expire at the end of three years and the terms of seven more members shall expire at the end of six years.

2. The members of the Tribunal whose terms are to expire at the end of the above-mentioned initial periods of three and six years shall be chosen by lot to be drawn by the Secretary-General of the United Nations immediately after the first election.

3. The members of the Tribunal shall continue to discharge their duties until their places have been filled. Though replaced, they shall finish any proceedings which they may have begun before the date of their replacement.

4. In the case of the resignation of a member of the Tribunal the letter of resignation shall be addressed to the President of the Tribunal. The place becomes vacant on the receipt of that letter.

Article 5

Durée des fonctions

1. Les membres du Tribunal sont élus pour neuf ans et sont rééligibles; toutefois, en ce qui concerne les membres élus à la première élection, les fonctions de sept d'entre eux prennent fin au bout de trois ans et celles de sept autres au bout de six ans.

2. Les membres du Tribunal dont les fonctions prennent fin au terme des périodes initiales de trois et six ans mentionnées ci-dessus sont désignés par tirage au sort effectué par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies immédiatement après la première élection.

3. Les membres du Tribunal restent en fonction jusqu'à leur remplacement. Une fois remplacés, ils continuent de connaître des affaires dont ils étaient auparavant saisis.

4. Si un membre du Tribunal démissionne, il en fait part par écrit au Président du Tribunal. Le siège devient vacant à la date de réception de la lettre de démission.

Artikel 5

Amtszeit

(1) Die Mitglieder des Gerichtshofs werden für die Dauer von neun Jahren gewählt und sind wiederwählbar; jedoch endet für die bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder die Amtszeit von sieben Mitgliedern nach drei Jahren und von weiteren sieben nach sechs Jahren.

(2) Die Mitglieder des Gerichtshofs, deren Amtszeit nach Ablauf der genannten Anfangszeit von drei und sechs Jahren endet, werden vom Generalsekretär der Vereinten Nationen unmittelbar nach der ersten Wahl durch das Los bestimmt.

(3) Die Mitglieder des Gerichtshofs bleiben im Amt, bis ihre Sitze neu besetzt sind. Auch nachdem sie ersetzt sind, erledigen sie alle Fälle, mit denen sie vorher befaßt waren.

(4) Bei Rücktritt eines Mitglieds des Gerichtshofs ist das Rücktrittsschreiben an den Präsidenten des Gerichtshofs zu richten. Mit Eingang des Rücktrittsschreibens wird der Sitz frei.

Article 6

Vacancies

1. Vacancies shall be filled by the same method as that laid down for the first elec-

Article 6

Sièges vacants

1. Il est pourvu aux sièges devenus vacants selon la méthode suivie pour la pre-

Artikel 6

Freigewordene Sitze

(1) Freigewordene Sitze werden nach dem für die erste Wahl vorgesehenen Ver-

tion, subject to the following provision: the Registrar shall, within one month of the occurrence of the vacancy, proceed to issue the invitations provided for in article 4 of this Annex, and the date of the election shall be fixed by the President of the Tribunal after consultation with the States Parties.

2. A member of the Tribunal elected to replace a member whose term of office has not expired shall hold office for the remainder of his predecessor's term.

mière élection, sous réserve de la disposition suivante : le Greffier procède à l'invitation prescrite à l'article 4 de la présente annexe dans le mois qui suit la date à laquelle le siège est devenu vacant et le Président du Tribunal fixe la date de l'élection après consultation des Etats Parties.

2. Le membre du Tribunal élu en remplacement d'un membre dont le mandat n'est pas expiré achève le mandat de son prédécesseur.

fahren besetzt, vorbehaltlich folgender Bestimmung: Der Kanzler läßt binnen einem Monat nach Freiwerden des Sitzes die in Artikel 4 dieser Anlage vorgesehenen Aufforderungen ergehen, und der Zeitpunkt der Wahl wird vom Präsidenten des Gerichtshofs nach Konsultation mit den Vertragsstaaten festgesetzt.

(2) Ein Mitglied des Gerichtshofs, das an Stelle eines Mitglieds gewählt wird, dessen Amtszeit noch nicht abgelaufen ist, übt sein Amt für die restliche Amtszeit seines Vorgängers aus.

Article 7

Incompatible activities

1. No member of the Tribunal may exercise any political or administrative function, or associate actively with or be financially interested in any of the operations of any enterprise concerned with the exploration for or exploitation of the resources of the sea or the sea-bed or other commercial use of the sea or the sea-bed.

2. No member of the Tribunal may act as agent, counsel or advocate in any case.

3. Any doubt on these points shall be resolved by decision of the majority of the other members of the Tribunal present.

Article 7

Incompatibilités

1. Un membre du Tribunal ne peut exercer aucune fonction politique ou administrative, ni être associé activement ou intéressé financièrement à aucune opération d'une entreprise s'occupant de l'exploration ou de l'exploitation des ressources de la mer ou des fonds marins ou d'une autre utilisation commerciale de la mer ou des fonds marins.

2. Un membre du Tribunal ne peut exercer les fonctions d'agent, de conseil ou d'avocat dans aucune affaire.

3. En cas de doute sur ces points, le Tribunal décide à la majorité des autres membres présents.

Artikel 7

Unvereinbare Tätigkeiten

(1) Ein Mitglied des Gerichtshofs darf weder ein politisches Amt noch ein Amt in der Verwaltung ausüben noch sich aktiv an den Arbeiten eines Unternehmens im Zusammenhang mit der Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Meeres oder Meeresbodens oder einer sonstigen kommerziellen Nutzung des Meeres oder Meeresbodens beteiligen oder ein finanzielles Interesse daran haben.

(2) Ein Mitglied des Gerichtshofs darf nicht als Bevollmächtigter, Rechtsbeistand oder Anwalt in irgendeiner Sache tätig werden.

(3) Bestehen Zweifel in diesen Fragen, so entscheidet der Gerichtshof mit der Mehrheit der übrigen anwesenden Mitglieder.

Article 8

Conditions relating to participation of members in a particular case

1. No member of the Tribunal may participate in the decision of any case in which he has previously taken part as agent, counsel or advocate for one of the parties, or as a member of a national or international court or tribunal, or in any other capacity.

2. If, for some special reason, a member of the Tribunal considers that he should not take part in the decision of a particular case, he shall so inform the President of the Tribunal.

3. If the President considers that for some special reason one of the members of the Tribunal should not sit in a particular case, he shall give him notice accordingly.

4. Any doubt on these points shall be resolved by decision of the majority of the other members of the Tribunal present.

Article 8

Conditions relatives à la participation des membres au règlement d'une affaire déterminée

1. Un membre du Tribunal ne peut participer au règlement d'aucune affaire dans laquelle il est antérieurement intervenu comme agent, conseil ou avocat de l'une des parties, comme membre d'une cour ou d'un tribunal national ou international ou à tout autre titre.

2. Si, pour une raison spéciale, un membre du Tribunal estime devoir ne pas participer au règlement d'une affaire déterminée, il en informe le Président du Tribunal.

3. Si le Président estime qu'un membre du Tribunal ne doit pas, pour une raison spéciale, siéger dans une affaire déterminée, il l'en avertit.

4. En cas de doute sur ces points, le Tribunal décide à la majorité des autres membres présents.

Artikel 8

Voraussetzungen für die Teilnahme der Mitglieder an einer bestimmten Sache

(1) Ein Mitglied des Gerichtshofs darf nicht an der Entscheidung einer Sache teilnehmen, an der es vorher als Bevollmächtigter, Rechtsbeistand oder Anwalt einer der Parteien, als Mitglied eines nationalen oder internationalen Gerichts oder Gerichtshofs oder in anderer Eigenschaft beteiligt war.

(2) Ist ein Mitglied des Gerichtshofs der Auffassung, aus einem besonderen Grund an der Entscheidung einer bestimmten Sache nicht teilnehmen zu sollen, so macht es dem Präsidenten des Gerichtshofs davon Mitteilung.

(3) Ist der Präsident der Auffassung, daß ein Mitglied des Gerichtshofs aus einem besonderen Grund an der Verhandlung einer bestimmten Sache nicht mitwirken sollte, so setzt er es davon in Kenntnis.

(4) Bestehen Zweifel in diesen Fragen, so entscheidet der Gerichtshof mit der Mehrheit der übrigen anwesenden Mitglieder.

Article 9

Consequence of ceasing to fulfil required conditions

If, in the unanimous opinion of the other members of the Tribunal, a member has

Article 9

Conséquence du fait qu'un membre cesse de répondre aux conditions requises

Si, de l'avis unanime des autres membres, un membre du Tribunal a cessé de

Artikel 9

Folge des Wegfalls der erforderlichen Voraussetzungen

Erfüllt ein Mitglied nach einhelliger Meinung der übrigen Mitglieder des Gerichts-

ceased to fulfil the required conditions, the President of the Tribunal shall declare the seat vacant.

Article 10

Privileges and immunities

The members of the Tribunal, when engaged on the business of the Tribunal, shall enjoy diplomatic privileges and immunities.

Article 11

Solemn declaration by members

Every member of the Tribunal shall, before taking up his duties, make a solemn declaration in open session that he will exercise his powers impartially and conscientiously.

Article 12

President, Vice-President and Registrar

1. The Tribunal shall elect its President and Vice-President for three years; they may be re-elected.

2. The Tribunal shall appoint its Registrar and may provide for the appointment of such other officers as may be necessary.

3. The President and the Registrar shall reside at the seat of the Tribunal.

Article 13

Quorum

1. All available members of the Tribunal shall sit; a quorum of 11 elected members shall be required to constitute the Tribunal.

2. Subject to article 17 of this Annex, the Tribunal shall determine which members are available to constitute the Tribunal for the consideration of a particular dispute, having regard to the effective functioning of the chambers as provided for in articles 14 and 15 of this Annex.

3. All disputes and applications submitted to the Tribunal shall be heard and determined by the Tribunal, unless article 14 of this Annex applies, or the parties request that it shall be dealt with in accordance with article 15 of this Annex.

Article 14

Sea-Bed Disputes Chamber

A Sea-Bed Disputes Chamber shall be established in accordance with the provisions of section 4 of this Annex. Its jurisdiction, powers and functions shall be as provided for in Part XI, section 5.

Article 15

Special chambers

1. The Tribunal may form such chambers, composed of three or more of its elected

répondre aux conditions requises, le Président du Tribunal déclare son siège vacant.

Article 10

Privilèges et immunités

Dans l'exercice de leurs fonctions, les membres du Tribunal jouissent des privilèges et immunités diplomatiques.

Article 11

Engagement solennel

Tout membre du Tribunal doit, avant d'entrer en fonction, prendre en séance publique l'engagement solennel d'exercer ses attributions en pleine impartialité et en toute conscience.

Article 12

Président, Vice-Président et Greffier

1. Le Tribunal élit, pour trois ans, son Président et son Vice-Président, qui sont rééligibles.

2. Le Tribunal nomme son Greffier et peut pourvoir à la nomination de tels autres fonctionnaires qui seraient nécessaires.

3. Le Président et le Greffier résident au siège du Tribunal.

Article 13

Quorum

1. Tous les membres disponibles du Tribunal siègent, un quorum de 11 membres élus étant requis pour constituer le Tribunal.

2. Le Tribunal décide lesquels de ses membres sont disponibles pour connaître d'un différend donné, compte tenu de l'article 17 de la présente annexe et de la nécessité d'assurer le bon fonctionnement des chambres prévues aux articles 14 et 15 de cette même annexe.

3. Le Tribunal statue sur tous les différends et toutes les demandes qui lui sont soumis, à moins que l'article 14 de la présente annexe ne s'applique ou que les parties ne demandent l'application de l'article 15 de cette même annexe.

Article 14

Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins

Une Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins est créée conformément à la section 4 de la présente annexe. Sa compétence, ses pouvoirs et ses fonctions sont définis à la section 5 de la partie XI.

Article 15

Chambres spéciales

1. Le Tribunal peut, selon qu'il l'estime nécessaire, constituer des chambres, com-

hofs nicht mehr die erforderlichen Voraussetzungen, so erklärt der Präsident des Gerichtshofs den Sitz für frei.

Artikel 10

Vorrechte und Immunitäten

Die Mitglieder des Gerichtshofs genießen bei der Ausübung ihres Amtes diplomatische Vorrechte und Immunitäten.

Artikel 11

Feierliche Erklärung der Mitglieder

Jedes Mitglied des Gerichtshofs gibt vor Antritt seines Amtes in öffentlicher Sitzung die feierliche Erklärung ab, daß es seine Befugnisse unparteiisch und gewissenhaft ausüben wird.

Artikel 12

Präsident, Vizepräsident und Kanzler

(1) Der Gerichtshof wählt seinen Präsidenten und seinen Vizepräsidenten für die Dauer von drei Jahren; sie können wiedergewählt werden.

(2) Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und kann für die Ernennung der erforderlichen sonstigen Beamten sorgen.

(3) Der Präsident und der Kanzler wohnen am Sitz des Gerichtshofs.

Artikel 13

Beschlußfähigkeit

(1) Alle verfügbaren Mitglieder des Gerichtshofs wirken an den Verhandlungen mit; der Gerichtshof ist beschlußfähig, wenn 11 gewählte Mitglieder anwesend sind.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 17 dieser Anlage bestimmt der Gerichtshof, welche Mitglieder für die Bildung des Gerichtshofs zur Prüfung einer bestimmten Streitigkeit verfügbar sind, wobei die reibungslose Tätigkeit der Kammern nach den Artikeln 14 und 15 dieser Anlage zu berücksichtigen ist.

(3) Alle dem Gerichtshof unterbreiteten Streitigkeiten und Anträge werden vom Gerichtshof behandelt und entschieden, sofern nicht Artikel 14 dieser Anlage Anwendung findet oder die Parteien beantragen, daß in Übereinstimmung mit Artikel 15 dieser Anlage zu verfahren ist.

Artikel 14

Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten

In Übereinstimmung mit Abschnitt 4 dieser Anlage wird eine Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten gebildet. Ihre Zuständigkeit, Befugnisse und Aufgaben sind in Teil XI Abschnitt 5 festgelegt.

Artikel 15

Sonderkammern

(1) Der Gerichtshof kann aus drei oder mehr seiner gewählten Mitglieder bestehen-

members, as it considers necessary for dealing with particular categories of disputes.

2. The Tribunal shall form a chamber for dealing with a particular dispute submitted to it if the parties so request. The composition of such a chamber shall be determined by the Tribunal with the approval of the parties.

3. With a view to the speedy dispatch of business, the Tribunal shall form annually a chamber composed of five of its elected members which may hear and determine disputes by summary procedure. Two alternative members shall be selected for the purpose of replacing members who are unable to participate in a particular proceeding.

4. Disputes shall be heard and determined by the chambers provided for in this article if the parties so request.

5. A judgment given by any of the chambers provided for in this article and in article 14 of this Annex shall be considered as rendered by the Tribunal.

Article 16

Rules of the Tribunal

The Tribunal shall frame rules for carrying out its functions. In particular it shall lay down rules of procedure.

Article 17

Nationality of members

1. Members of the Tribunal of the nationality of any of the parties to a dispute shall retain their right to participate as members of the Tribunal.

2. If the Tribunal, when hearing a dispute, includes upon the bench a member of the nationality of one of the parties, any other party may choose a person to participate as a member of the Tribunal.

3. If the Tribunal, when hearing a dispute, does not include upon the bench a member of the nationality of the parties, each of those parties may choose a person to participate as a member of the Tribunal.

4. This article applies to the chambers referred to in articles 14 and 15 of this Annex. In such cases, the President, in consultation with the parties, shall request specified members of the Tribunal forming the chamber, as many as necessary, to give place to the members of the Tribunal of the nationality of the parties concerned, and, failing such, or if they are unable to be present, to the members specially chosen by the parties.

5. Should there be several parties in the same interest, they shall, for the purpose of the preceding provisions, be considered as one party only. Any doubt on this point shall be settled by the decision of the Tribunal.

posées de trois au moins de ses membres élus, pour connaître de catégories déterminées d'affaires.

2. Le Tribunal constitue une chambre pour connaître d'un différend déterminé qui lui est soumis si les parties le demandent. La composition de cette chambre est fixée par le Tribunal avec l'assentiment des parties.

3. En vue de la prompte expédition des affaires, le Tribunal constitue annuellement une chambre, composée de cinq de ses membres élus, appelée à statuer en procédure sommaire. Deux membres sont en outre désignés pour remplacer les membres qui se trouveraient dans l'impossibilité de siéger dans une affaire déterminée.

4. Les chambres prévues au présent article statuent si les parties le demandent.

5. Tout jugement rendu par l'une des chambres prévues au présent article et à l'article 14 de la présente annexe est considéré comme rendu par le Tribunal.

Article 16

Règlement du Tribunal

Le Tribunal détermine par un règlement le mode suivant lequel il exerce ses fonctions. Il règle notamment sa procédure.

Article 17

Membres ayant la nationalité des parties

1. Les membres du Tribunal ayant la nationalité de l'une quelconque des parties à un différend conservent le droit de siéger.

2. Si le Tribunal, lorsqu'il connaît d'un différend, comprend un membre de la nationalité d'une des parties, toute autre partie peut désigner une personne de son choix pour siéger en qualité de membre du Tribunal.

3. Si le Tribunal, lorsqu'il connaît d'un différend, ne comprend aucun membre de la nationalité des parties, chacune de ces parties peut désigner une personne de son choix pour siéger en qualité de membre du Tribunal.

4. Le présent article s'applique aux chambres visées aux articles 14 et 15 de la présente annexe. En pareil cas, le Président, en consultation avec les parties, invite autant de membres de la chambre qu'il est nécessaire à céder leur place aux membres du Tribunal de la nationalité des parties intéressées et, à défaut ou en cas d'empêchement, aux membres spécialement désignés par ces parties.

5. Lorsque plusieurs parties font cause commune, elles ne comptent, pour l'application des dispositions qui précèdent, que pour une seule. En cas de doute, le Tribunal décide.

de Kammern bilden, wenn er dies zur Behandlung bestimmter Arten von Streitigkeiten für erforderlich hält.

(2) Der Gerichtshof bildet eine Kammer zur Behandlung einer bestimmten ihm unterbreiteten Streitigkeit, wenn die Parteien dies beantragen. Die Zusammensetzung einer solchen Kammer wird vom Gerichtshof mit Zustimmung der Parteien festgelegt.

(3) Zur raschen Erledigung der Geschäfte bildet der Gerichtshof jährlich eine Kammer aus fünf seiner gewählten Mitglieder, die im abgekürzten Verfahren Streitigkeiten behandeln und entscheiden kann. Zwei weitere Mitglieder werden ausgewählt, um diejenigen Mitglieder zu ersetzen, die an einem bestimmten Verfahren nicht teilnehmen können.

(4) Die in diesem Artikel vorgesehenen Kammern behandeln und entscheiden Streitigkeiten, wenn die Parteien dies beantragen.

(5) Jedes Urteil einer der in diesem Artikel und in Artikel 14 dieser Anlage vorgesehenen Kammern gilt als Urteil des Gerichtshofs.

Artikel 16

Regeln des Gerichtshofs

Der Gerichtshof erläßt Regeln für die Wahrnehmung seiner Aufgaben. Er legt insbesondere seine Verfahrensordnung fest.

Artikel 17

Staatsangehörigkeit der Mitglieder

(1) Mitglieder des Gerichtshofs, die Staatsangehörige einer der Streitparteien sind, behalten das Recht auf Mitwirkung als Mitglieder des Gerichtshofs.

(2) Gehört dem Gerichtshof, der eine Streitigkeit behandelt, ein Mitglied an, das Staatsangehöriger einer der Parteien ist, so kann jede andere Partei eine Person ihrer Wahl bestimmen, die als Mitglied des Gerichtshofs mitwirkt.

(3) Gehört dem Gerichtshof, der eine Streitigkeit behandelt, kein Mitglied an, das Staatsangehöriger einer der Parteien ist, so kann jede der Parteien eine Person ihrer Wahl bestimmen, die als Mitglied des Gerichtshofs mitwirkt.

(4) Dieser Artikel findet auf die in den Artikeln 14 und 15 dieser Anlage bezeichneten Kammern Anwendung. In diesen Fällen ersucht der Präsident in Konsultation mit den Parteien so viele der die Kammer bildenden Mitglieder des Gerichtshofs wie nötig, ihren Platz an diejenigen Mitglieder des Gerichtshofs, die Staatsangehörige der beteiligten Parteien sind, oder, in Ermangelung oder bei Verhinderung solcher Mitglieder, an die von den Parteien besonders bestimmten Mitglieder abzutreten.

(5) Bilden mehrere Parteien eine Streitgenossenschaft, so gelten sie für die Zwekke der vorstehenden Bestimmungen als nur eine Partei. Im Zweifelsfall entscheidet der Gerichtshof.

6. Members chosen in accordance with paragraphs 2, 3 and 4 shall fulfil the conditions required by articles 2, 8 and 11 of this Annex. They shall participate in the decision on terms of complete equality with their colleagues.

Article 18

Remuneration of members

1. Each elected member of the Tribunal shall receive an annual allowance and, for each day on which he exercises his functions, a special allowance, provided that in any year the total sum payable to any member as special allowance shall not exceed the amount of the annual allowance.

2. The President shall receive a special annual allowance.

3. The Vice-President shall receive a special allowance for each day on which he acts as President.

4. The members chosen under article 17 of this Annex, other than elected members of the Tribunal, shall receive compensation for each day on which they exercise their functions.

5. The salaries, allowances and compensation shall be determined from time to time at meetings of the States Parties, taking into account the work load of the Tribunal. They may not be decreased during the term of office.

6. The salary of the Registrar shall be determined at meetings of the States Parties, on the proposal of the Tribunal.

7. Regulations adopted at meetings of the States Parties shall determine the conditions under which retirement pensions may be given to members of the Tribunal and to the Registrar, and the conditions under which members of the Tribunal and Registrar shall have their travelling expenses refunded.

8. The salaries, allowances, and compensation shall be free of all taxation.

Article 19

Expenses of the Tribunal

1. The expenses of the Tribunal shall be borne by the States Parties and by the Authority on such terms and in such a manner as shall be decided at meetings of the States Parties.

2. When an entity other than a State Party or the Authority is a party to a case submitted to it, the Tribunal shall fix the amount which that party is to contribute towards the expenses of the Tribunal.

Section 2

Competence

Article 20

Access to the Tribunal

1. The Tribunal shall be open to States Parties.

6. Les membres désignés conformément aux paragraphes 2, 3 et 4 doivent satisfaire aux prescriptions des articles 2, 8 et 11 de la présente annexe. Ils participent à la décision dans des conditions de complète égalité avec leurs collègues.

Article 18

Rémunération

1. Chaque membre élu du Tribunal reçoit un traitement annuel ainsi qu'une allocation spéciale pour chaque jour où il exerce ses fonctions, pourvu que, pour chaque année, le montant total de son allocation spéciale ne dépasse pas le montant de son traitement annuel.

2. Le Président reçoit une allocation annuelle spéciale.

3. Le Vice-Président reçoit une allocation spéciale pour chaque jour où il exerce les fonctions de Président.

4. Les membres désignés en application de l'article 17 de la présente annexe, autres que les membres élus du Tribunal, reçoivent une indemnité pour chaque jour où ils exercent leurs fonctions.

5. Ces traitements, allocations et indemnités sont fixés de temps à autre lors de réunions des Etats Parties compte tenu du volume de travail du Tribunal. Ils ne peuvent être diminués pendant la durée des fonctions.

6. Le traitement du Greffier est fixé lors de réunions des Etats Parties sur proposition du Tribunal.

7. Des règlements adoptés lors de réunions des Etats Parties fixent les conditions dans lesquelles des pensions de retraite sont allouées aux membres du Tribunal et au Greffier, ainsi que les conditions de remboursement de leurs frais de voyage.

8. Ces traitements, allocations et indemnités sont exempts de tout impôt.

Article 19

Frais du Tribunal

1. Les frais du Tribunal sont supportés par les Etats Parties et par l'Autorité dans les conditions et de la manière arrêtées lors de réunions des Etats Parties.

2. Si une entité autre qu'un Etat Partie ou l'Autorité est partie à un différend dont le Tribunal est saisi, celui-ci fixe la contribution de cette partie aux frais du Tribunal.

Section 2

Compétence du Tribunal

Article 20

Accès au Tribunal

1. Le Tribunal est ouvert aux Etats Parties.

(6) Die in Übereinstimmung mit den Absätzen 2, 3 und 4 bestimmten Mitglieder müssen die Voraussetzungen der Artikel 2, 8 und 11 dieser Anlage erfüllen. Sie wirken völlig gleichberechtigt mit ihren Kollegen an der Entscheidung mit.

Artikel 18

Vergütung der Mitglieder

(1) Jedes gewählte Mitglied des Gerichtshofs erhält ein Jahresgehalt und eine Sonderzulage für jeden Tag, an dem es seine Aufgaben wahrnimmt; jedoch darf die dem Mitglied als Sonderzulage ausgezahlte Gesamtsumme in einem Jahr nicht den Betrag des Jahresgehalts übersteigen.

(2) Der Präsident erhält eine besondere Jahreszulage.

(3) Der Vizepräsident erhält eine Sonderzulage für jeden Tag, an dem er das Amt des Präsidenten ausübt.

(4) Die nach Artikel 17 dieser Anlage bestimmten Mitglieder, die nicht gewählte Mitglieder des Gerichtshofs sind, erhalten eine Entschädigung für jeden Tag, an dem sie ihre Aufgaben wahrnehmen.

(5) Die Gehälter, Zulagen und Entschädigungen werden von Zeit zu Zeit auf Sitzungen der Vertragsstaaten unter Berücksichtigung des Arbeitsanfalls des Gerichtshofs festgesetzt. Sie dürfen während der Amtszeit nicht herabgesetzt werden.

(6) Das Gehalt des Kanzlers wird auf Vorschlag des Gerichtshofs auf Sitzungen der Vertragsstaaten festgesetzt.

(7) Auf Sitzungen der Vertragsstaaten beschlossene Regelungen bestimmen, unter welchen Voraussetzungen den Mitgliedern des Gerichtshofs und dem Kanzler ein Ruhegehalt gewährt wird und ihnen Reisekosten erstattet werden.

(8) Die Gehälter, Zulagen und Entschädigungen sind von jeder Steuer befreit.

Artikel 19

Kosten des Gerichtshofs

(1) Die Kosten des Gerichtshofs werden zu den auf Sitzungen der Vertragsstaaten festgelegten Bedingungen und in der dort bestimmten Weise von den Vertragsstaaten und von der Behörde getragen.

(2) Ist ein Rechtsträger, der weder ein Vertragsstaat noch die Behörde ist, Partei einer beim Gerichtshof anhängigen Sache, so setzt der Gerichtshof den Beitrag dieser Partei zu den Kosten des Gerichtshofs fest.

Abschnitt 2

Zuständigkeit

Artikel 20

Zugang zum Gerichtshof

(1) Der Gerichtshof steht den Vertragsstaaten offen.

2. The Tribunal shall be open to entities other than States Parties in any case expressly provided for in Part XI or in any case submitted pursuant to any other agreement conferring jurisdiction on the Tribunal which is accepted by all the parties to that case.

2. Le Tribunal est ouvert à des entités autres que les Etats Parties dans tous les cas expressément prévus à la partie XI ou pour tout différend soumis en vertu de tout autre accord conférant au Tribunal une compétence acceptée par toutes les parties au différend.

(2) Der Gerichtshof steht Rechtsträgern, die nicht Vertragsstaaten sind, in allen Fällen offen, die in Teil XI ausdrücklich vorgesehen sind, oder für jede Streitigkeit, die aufgrund einer sonstigen Übereinkunft unterbreitet wird, die dem Gerichtshof die von allen Parteien dieser Streitigkeit angenommene Zuständigkeit überträgt.

Article 21

Jurisdiction

The jurisdiction of the Tribunal comprises all disputes and all applications submitted to it in accordance with this Convention and all matters specifically provided for in any other agreement which confers jurisdiction on the Tribunal.

Article 21

Compétence

Le Tribunal est compétent pour tous les différends et toutes les demandes qui lui sont soumis conformément à la Convention et toutes les fois que cela est expressément prévu dans tout autre accord conférant compétence au Tribunal.

Artikel 21

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Gerichtshofs erstreckt sich auf alle ihm in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen unterbreiteten Streitigkeiten und Anträge sowie auf alle in einer sonstigen Übereinkunft, die dem Gerichtshof die Zuständigkeit überträgt, besonders vorgesehenen Angelegenheiten.

Article 22

Reference of disputes subject to other agreements

If all the parties to a treaty or convention already in force and concerning the subject-matter covered by this Convention so agree, any disputes concerning the interpretation or application of such treaty or convention may, in accordance with such agreement, be submitted to the Tribunal.

Article 22

Soumission au Tribunal de différends relatifs à d'autres accords

Si toutes les parties à un traité ou à une convention déjà en vigueur qui a trait à une question visée par la présente Convention en conviennent, tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application de ce traité ou de cette convention peut être soumis au Tribunal conformément à ce qui a été convenu.

Artikel 22

Unterbreitung von Streitigkeiten aufgrund sonstiger Übereinkünfte

Mit Zustimmung aller Parteien eines Vertrags oder einer sonstigen Übereinkunft, die bereits in Kraft sind und von dem vorliegenden Übereinkommen erfaßte Gegenstände behandeln, können Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags oder der sonstigen Übereinkunft in Übereinstimmung mit einer solchen Übereinkunft dem Gerichtshof unterbreitet werden.

Article 23

Applicable law

The Tribunal shall decide all disputes and applications in accordance with article 293.

Article 23

Droit applicable

Le Tribunal statue sur tous les différends et sur toutes les demandes conformément à l'article 293.

Artikel 23

Anwendbares Recht

Der Gerichtshof entscheidet alle Streitigkeiten und Anträge in Übereinstimmung mit Artikel 293.

Section 3

Procedure

Section 3

Procédure

Abschnitt 3

Verfahren

Article 24

Institution of proceedings

1. Disputes are submitted to the Tribunal, as the case may be, either by notification of a special agreement or by written application, addressed to the Registrar. In either case, the subject of the dispute and the parties shall be indicated.

2. The Registrar shall forthwith notify the special agreement or the application to all concerned.

3. The Registrar shall also notify all States Parties.

Article 24

Introduction de l'instance

1. Les différends sont portés devant le Tribunal, selon le cas, par notification d'un compromis ou par requête, adressées au Greffier. Dans les deux cas, l'objet du différend et les parties doivent être indiqués.

2. Le Greffier notifie immédiatement le compromis ou la requête à tous les intéressés.

3. Le Greffier notifie également le compromis ou la requête à tous les Etats Parties.

Artikel 24

Einleitung des Verfahrens

(1) Streitigkeiten werden dem Gerichtshof je nach Art des Falles entweder durch Notifikation einer besonderen Übereinkunft oder durch eine Klageschrift unterbreitet, die an den Kanzler zu richten sind. In beiden Fällen sind der Streitgegenstand und die Parteien anzugeben.

(2) Der Kanzler übermittelt die besondere Übereinkunft oder die Klageschrift umgehend allen Betroffenen.

(3) Der Kanzler unterrichtet auch alle Vertragsstaaten.

Article 25

Provisional measures

1. In accordance with article 290, the Tribunal and its Sea-Bed Disputes Chamber shall have the power to prescribe provisional measures.

2. If the Tribunal is not in session or a sufficient number of members is not avail-

Article 25

Mesures conservatoires

1. Conformément à l'article 290, le Tribunal et la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins ont le pouvoir de prescrire des mesures conservatoires.

2. Si le Tribunal ne siège pas ou si le nombre des membres disponibles est infé-

Artikel 25

Vorläufige Maßnahmen

(1) Der Gerichtshof und seine Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten sind in Übereinstimmung mit Artikel 290 befugt, vorläufige Maßnahmen anzuordnen.

(2) Tagt der Gerichtshof nicht oder sind nicht genügend Mitglieder für die Beschluß-

able to constitute a quorum, the provisional measures shall be prescribed by the chamber of summary procedure formed under article 15, paragraph 3, of this Annex. Notwithstanding article 15, paragraph 4, of this Annex, such provisional measures may be adopted at the request of any party to the dispute. They shall be subject to review and revision by the Tribunal.

rieur au quorum, les mesures conservatoires sont prescrites par la chambre de procédure sommaire constituée conformément à l'article 15, paragraphe 3, de la présente annexe. Nonobstant l'article 15, paragraphe 4, de cette même annexe, ces mesures conservatoires peuvent être prescrites à la demande de toute partie au différend. Elles sont sujettes à appréciation et à révision par le Tribunal.

fähigkeit verfügbar, so werden die vorläufigen Maßnahmen von der Kammer für abgekürzte Verfahren angeordnet, die nach Artikel 15 Absatz 3 dieser Anlage gebildet wird. Ungeachtet des Absatzes 4 jenes Artikels können solche vorläufigen Maßnahmen auf Antrag einer Streitpartei beschlossen werden. Sie können vom Gerichtshof überprüft und geändert werden.

Article 26

Hearing

1. The hearing shall be under the control of the President or, if he is unable to preside, of the Vice-President. If neither is able to preside, the senior judge present of the Tribunal shall preside.

2. The hearing shall be public, unless the Tribunal decides otherwise or unless the parties demand that the public be not admitted.

Article 26

Débats

1. Les débats sont dirigés par le Président ou, s'il est empêché, par le Vice-Président; si l'un et l'autre sont empêchés, les débats sont dirigés par le plus ancien des juges présents du Tribunal.

2. L'audience est publique, à moins que le Tribunal n'en décide autrement ou que les parties ne demandent le huis-clos.

Artikel 26

Verhandlungen

(1) Die Verhandlungen werden vom Präsidenten oder, wenn dieser verhindert ist, vom Vizepräsidenten geleitet. Sind beide verhindert, so übernimmt der dienstälteste anwesende Richter des Gerichtshofs den Vorsitz.

(2) Die mündliche Verhandlung ist öffentlich, sofern nicht der Gerichtshof etwas anderes beschließt oder die Parteien den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen.

Article 27

Conduct of case

The Tribunal shall make orders for the conduct of the case, decide the form and time in which each party must conclude its arguments, and make all arrangements connected with the taking of evidence.

Article 27

Conduite du procès

Le Tribunal rend des ordonnances pour la conduite du procès et la détermination des formes et délais dans lesquels chaque partie doit finalement conclure; il prend toutes les mesures que comporte l'administration des preuves.

Artikel 27

Prozeßführung

Der Gerichtshof erläßt Verfügungen für die Führung des Prozesses, bestimmt die Form und die Fristen für die Einbringung der Schlußanträge durch jede Partei und trifft alle Maßnahmen, die sich auf die Beweisaufnahme beziehen.

Article 28

Default

When one of the parties does not appear before the Tribunal or fails to defend its case, the other party may request the Tribunal to continue the proceedings and make its decision. Absence of a party or failure of a party to defend its case shall not constitute a bar to the proceedings. Before making its decision, the Tribunal must satisfy itself not only that it has jurisdiction over the dispute, but also that the claim is well founded in fact and law.

Article 28

Défaut

Lorsqu'une des parties au différend ne se présente pas ou ne fait pas valoir ses moyens, l'autre partie peut demander au Tribunal de continuer la procédure et de rendre sa décision. L'absence d'une partie ou le fait, pour une partie, de ne pas faire valoir ses moyens ne fait pas obstacle au déroulement de la procédure. Avant de rendre sa décision, le Tribunal doit s'assurer non seulement qu'il a compétence pour connaître du différend, mais que la demande est fondée en fait et en droit.

Artikel 28

Nichterscheinen

Erscheint eine der Parteien nicht vor dem Gerichtshof oder unterläßt sie es, sich zur Sache zu äußern, so kann die andere Partei den Gerichtshof ersuchen, das Verfahren fortzuführen und seine Entscheidung zu fällen. Abwesenheit oder Versäumnis einer Partei, sich zur Sache zu äußern, stellt kein Hindernis für das Verfahren dar. Bevor der Gerichtshof seine Entscheidung fällt, muß er sich nicht nur vergewissern, daß er für die Streitigkeit zuständig ist, sondern auch, daß das Begehren in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht begründet ist.

Article 29

Majority for decision

1. All questions shall be decided by a majority of the members of the Tribunal who are present.

2. In the event of an equality of votes, the President or the member of the Tribunal who acts in his place shall have a casting vote.

Article 29

Majorité requise pour la prise de décisions

1. Les décisions du Tribunal sont prises à la majorité des membres présents.

2. En cas de partage égal des voix, la voix du Président ou de son remplaçant est prépondérante.

Artikel 29

Mehrheit für die Entscheidung

(1) Die Entscheidungen des Gerichtshofs werden mit Stimmenmehrheit seiner anwesenden Mitglieder gefaßt.

(2) Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten oder des ihn vertretenden Mitglieds des Gerichtshofs den Ausschlag.

Article 30

Judgment

1. The judgment shall state the reasons on which it is based.

2. It shall contain the names of the members of the Tribunal who have taken part in the decision.

Article 30

Jugement

1. Le jugement est motivé.

2. Il mentionne le nom des membres du Tribunal qui y ont pris part.

Artikel 30

Urteil

(1) Das Urteil ist zu begründen.

(2) Es enthält die Namen der Mitglieder des Gerichtshofs, die an der Entscheidung teilgenommen haben.

3. If the judgment does not represent in whole or in part the unanimous opinion of the members of the Tribunal, any member shall be entitled to deliver a separate opinion.

4. The judgment shall be signed by the President and by the Registrar. It shall be read in open court, due notice having been given to the parties to the dispute.

3. Si le jugement n'exprime pas, en tout ou en partie, l'opinion unanime des membres du Tribunal, tout membre a le droit d'y joindre l'exposé de son opinion individuelle ou dissidente.

4. Le jugement est signé par le Président et par le Greffier. Il est lu en séance publique, les parties ayant été dûment prévenues.

(3) Bringt das Urteil im ganzen oder zum Teil nicht die übereinstimmende Meinung der Mitglieder des Gerichtshofs zum Ausdruck, so ist jedes Mitglied berechtigt, ihm eine Darlegung seiner persönlichen oder abweichenden Meinung beizufügen.

(4) Das Urteil wird vom Präsidenten und vom Kanzler unterzeichnet. Nach ordnungsgemäßer Benachrichtigung der Streitparteien wird es in öffentlicher Sitzung verlesen.

Article 31

Request to intervene

1. Should a State Party consider that it has an interest of a legal nature which may be affected by the decision in any dispute, it may submit a request to the Tribunal to be permitted to intervene.

2. It shall be for the Tribunal to decide upon this request.

3. If a request to intervene is granted, the decision of the Tribunal in respect of the dispute shall be binding upon the intervening State Party in so far as it relates to matters in respect of which that State Party intervened.

Article 31

Demande d'intervention

1. Lorsqu'un Etat Partie estime que, dans un différend, un intérêt d'ordre juridique est pour lui en cause, il peut adresser au Tribunal une requête aux fins d'intervention.

2. Le Tribunal se prononce sur la requête.

3. Si le Tribunal fait droit à la requête, sa décision concernant le différend est obligatoire pour l'Etat intervenant dans la mesure où elle se rapporte aux points faisant l'objet de l'intervention.

Artikel 31

Antrag auf Beitritt

(1) Ist ein Vertragsstaat der Auffassung, ein rechtliches Interesse zu haben, das durch die Entscheidung einer Streitigkeit berührt werden könnte, so kann er beim Gerichtshof einen Antrag auf Beitritt zu dem Verfahren stellen.

(2) Der Gerichtshof entscheidet über diesen Antrag.

(3) Wird einem Antrag auf Beitritt stattgegeben, so ist die Entscheidung des Gerichtshofs über die Streitigkeit für den beitretenden Vertragsstaat nur in bezug auf die Sache bindend, derentwegen der Vertragsstaat dem Verfahren beigetreten ist.

Article 32

Right to intervene in cases of interpretation or application

1. Whenever the interpretation or application of this Convention is in question, the Registrar shall notify all States Parties forthwith.

2. Whenever pursuant to article 21 or 22 of this Annex the interpretation or application of an international agreement is in question, the Registrar shall notify all the parties to the agreement.

3. Every party referred to in paragraphs 1 and 2 has the right to intervene in the proceedings; if it uses this right, the interpretation given by the judgment will be equally binding upon it.

Article 32

Droit d'intervention à propos de questions d'interprétation ou d'application

1. Lorsqu'une question d'interprétation ou d'application de la Convention se pose, le Greffier en avertit sans délai tous les Etats Parties.

2. Lorsque, dans le cadre des articles 21 et 22 de la présente annexe, une question d'interprétation ou d'application d'un accord international se pose, le Greffier en avertit toutes les parties à cet accord.

3. Chaque partie visée aux paragraphes 1 et 2 a le droit d'intervenir au procès; si elle exerce cette faculté, l'interprétation contenue dans le jugement est également obligatoire à son égard.

Artikel 32

Recht auf Beitritt in Fällen der Auslegung oder Anwendung

(1) Handelt es sich um die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, so unterrichtet der Kanzler unverzüglich alle Vertragsstaaten.

(2) Handelt es sich nach Artikel 21 oder 22 dieser Anlage um die Auslegung oder Anwendung einer internationalen Übereinkunft, so unterrichtet der Kanzler alle Vertragsparteien der Übereinkunft.

(3) Jede der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Vertragsparteien ist berechtigt, dem Verfahren beizutreten; macht sie von diesem Recht Gebrauch, so ist die in dem Urteil enthaltene Auslegung auch für sie bindend.

Article 33

Finality and binding force of decisions

1. The decision of the Tribunal is final and shall be complied with by all the parties to the dispute.

2. The decision shall have no binding force except between the parties in respect of that particular dispute.

3. In the event of dispute as to the meaning or scope of the decision, the Tribunal shall construe it upon the request of any party.

Article 33

Caractère définitif et force obligatoire des décisions

1. La décision du Tribunal est définitive et toutes les parties au différend doivent s'y conformer.

2. La décision du Tribunal n'est obligatoire que pour les parties et dans le cas qui a été décidé.

3. En cas de contestation sur le sens et la portée de la décision, il appartient au Tribunal de l'interpréter, à la demande de toute partie.

Artikel 33

Endgültigkeit und Verbindlichkeit der Entscheidungen

(1) Die Entscheidung des Gerichtshofs ist endgültig und muß von allen Streitparteien befolgt werden.

(2) Die Entscheidung ist nur für die Parteien in bezug auf die Streitigkeit bindend, über die entschieden wurde.

(3) Bestehen Meinungsverschiedenheiten über Sinn oder Tragweite der Entscheidung, so obliegt es dem Gerichtshof, sie auf Antrag einer Partei auszulegen.

Article 34

Costs

Unless otherwise decided by the Tribunal, each party shall bear its own costs.

Article 34

Frais de procédure

A moins que le Tribunal n'en décide autrement, chaque partie supporte ses frais de procédure.

Artikel 34

Kosten

Sofern der Gerichtshof nicht anders entscheidet, trägt jede Partei ihre eigenen Kosten.

Section 4

Sea-Bed Disputes Chamber

Article 35

Composition

1. The Sea-Bed Disputes Chamber referred to in article 14 of this Annex shall be composed of 11 members, selected by a majority of the elected members of the Tribunal from among them.

2. In the selection of the members of the Chamber, the representation of the principal legal systems of the world and equitable geographical distribution shall he assured. The Assembly of the Authority may adopt recommendations of a general nature relating to such representation and distribution.

3. The members of the Chamber shall be selected every three years and may be selected for a second term.

4. The Chamber shall elect its President from among its members, who shall serve for the term for which the Chamber has been selected.

5. If any proceedings are still pending at the end of any three-year period for which the Chamber has been selected, the Chamber shall complete the proceedings in its original composition.

6. If a vacancy occurs in the Chamber, the Tribunal shall select a successor from among its elected members, who shall hold office for the remainder of his predecessor's term.

7. A quorum of seven of the members selected by the Tribunal shall be required to constitute the Chamber.

Article 36

Ad hoc chambers

1. The Sea-Bed Disputes Chamber shall form an ad hoc chamber, composed of three of its members, for dealing with a particular dispute submitted to it in accordance with article 188, paragraph 1(b). The composition of such a chamber shall be determined by the Sea-Bed Disputes Chamber with the approval of the parties.

2. If the parties do not agree on the composition of an ad hoc chamber, each party to the dispute shall appoint one member, and the third member shall be appointed by them in agreement. If they disagree, or if any party fails to make an appointment, the President of the Sea-Bed Disputes Chamber shall promptly make the appointment or appointments from among its members, after consultation with the parties.

3. Members of the ad hoc chamber must not be in the service of, or nationals of, any

Section 4

Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins

Article 35

Composition

1. La Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins visée à l'article 14 de la présente annexe se compose de 11 membres choisis par le Tribunal parmi ses membres élus, à la majorité de ceux-ci.

2. Dans le choix des membres de la Chambre, la représentation des principaux systèmes juridiques du monde et une répartition géographique équitable sont assurées. L'Assemblée de l'Autorité peut adopter des recommandations d'ordre général concernant cette représentation et cette répartition.

3. Les membres de la Chambre sont choisis tous les trois ans et leur mandat ne peut être renouvelé qu'une fois.

4. La Chambre élit son Président parmi ses membres; le Président reste en fonction pendant la durée du mandat de la Chambre.

5. Si des affaires étaient en instance à la fin de toute période de trois ans pour laquelle la Chambre a été choisie, celle-ci achève d'en connaître dans sa composition initiale.

6. Lorsqu'un siège devient vacant à la Chambre, le Tribunal choisit parmi ses membres élus un successeur qui achève le mandat de son prédécesseur.

7. Un quorum de sept des membres choisis par le Tribunal est requis pour constituer la Chambre.

Article 36

Chambres ad hoc

1. La Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins constitue une chambre *ad hoc,* composée de trois de ses membres, pour connaître d'un différend déterminé dont elle est saisie conformément à l'article 188, paragraphe 1, lettre b). La composition de cette chambre est arrêtée par la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins avec l'assentiment des parties.

2. Si les parties ne s'entendent pas sur la composition d'une chambre *ad hoc,* chaque partie au différend nomme un membre et le troisième membre est nommé d'un commun accord entre elles. Si les parties ne peuvent s'entendre ou si une partie ne nomme pas de membre, le Président de la Chambre pour le règlement des différends relatifs aux fonds marins nomme sans délai le ou les membres manquants, qui sont choisis parmi les membres de cette Chambre, après consultation des parties.

3. Les membres d'une chambre *ad hoc* ne doivent être au service d'aucune des

Abschnitt 4

Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten

Artikel 35

Zusammensetzung

(1) Die in Artikel 14 dieser Anlage genannte Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten besteht aus 11 Mitgliedern; sie werden von der Mehrheit der gewählten Mitglieder des Gerichtshofs aus deren Mitte ausgewählt.

(2) Bei der Auswahl der Mitglieder der Kammer sind eine Vertretung der hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt und eine gerechte geographische Verteilung zu gewährleisten. Die Versammlung der Behörde kann Empfehlungen allgemeiner Art im Hinblick auf diese Vertretung und Verteilung annehmen.

(3) Die Mitglieder der Kammer werden alle drei Jahre ausgewählt; sie können für eine zweite Amtszeit ausgewählt werden.

(4) Die Kammer wählt aus ihren Mitgliedern ihren Präsidenten; er übt sein Amt für den Zeitraum aus, für den die Kammer ausgewählt wurde.

(5) Sind am Ende einer Drei-Jahre-Frist, für welche die Kammer ausgewählt wurde, noch Verfahren anhängig, so bringt sie die Kammer in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung zum Abschluß.

(6) Wird ein Sitz in der Kammer frei, so wählt der Gerichtshof aus seinen gewählten Mitgliedern einen Nachfolger aus, der sein Amt für die restliche Amtszeit seines Vorgängers ausübt.

(7) Die Kammer ist beschlußfähig, wenn sieben der vom Gerichtshof ausgewählten Mitglieder anwesend sind.

Artikel 36

Ad-hoc-Kammern

(1) Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten bildet eine aus drei ihrer Mitglieder bestehende Ad-hoc-Kammer zur Behandlung einer bestimmten Streitigkeit, die ihr in Übereinstimmung mit Artikel 188 Absatz 1 Buchstabe b unterbreitet wurde. Die Zusammensetzung einer solchen Kammer wird von der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten mit Zustimmung der Parteien festgelegt.

(2) Stimmen die Parteien der Zusammensetzung einer Ad-hoc-Kammer nicht zu, so bestellt jede Streitpartei ein Mitglied, und das dritte Mitglied wird von den Parteien einvernehmlich bestellt. Können sich die Parteien nicht einigen oder unterläßt eine Partei die Bestellung, so nimmt der Präsident der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten nach Konsultation mit den Parteien unverzüglich die Bestellung oder Bestellungen unter den Mitgliedern dieser Kammer vor.

(3) Die Mitglieder der Ad-hoc-Kammer dürfen weder im Dienst einer Streitpartei

of the parties to the dispute.

Article 37

Access

The Chamber shall be open to the States Parties, the Authority and the other entities referred to in Part XI, section 5.

Article 38

Applicable law

In addition to the provisions of article 293, the Chamber shall apply:

(a) the rules, regulations and procedures of the Authority adopted in accordance with this Convention; and

(b) the terms of contracts concerning activities in the Area in matters relating to those contracts.

Article 39

Enforcement of decisions of the Chamber

The decisions of the Chamber shall be enforceable in the territories of the States Parties in the same manner as judgments or orders of the highest court of the State Party in whose territory the enforcement is sought.

Article 40

Applicability of other sections of this Annex

1. The other sections of this Annex which are not incompatible with this section apply to the Chamber.

2. In the exercise of its functions relating to advisory opinions, the Chamber shall be guided by the provisions of this Annex relating to procedure before the Tribunal to the extent to which it recognizes them to be applicable.

parties au différend, ni être ressortissants d'aucune d'entre elles.

Article 37

Accès à la Chambre

La Chambre est ouverte aux Etats Parties, à l'Autorité et aux autres entités ou personnes visées à la section 5 de la partie XI.

Article 38

Droit applicable

Outre l'article 293, la Chambre applique:

a) les règles, règlements et procédures de l'Autorité adoptés conformément à la Convention; et

b) les clauses de tout contrat relatif à des activités menées dans la Zone, à propos de toutes questions se rapportant à ce contrat.

Article 39

Exécution des décisions de la Chambre

Les décisions de la Chambre sont exécutoires sur le territoire des Etats Parties au même titre que les arrêts ou ordonnances de la plus haute instance judiciaire de l'Etat Partie sur le territoire duquel l'exécution est demandée.

Article 40

Application des autres sections de la présente annexe

1. Les dispositions des autres sections de la présente annexe qui ne sont pas incompatibles avec la présente section s'appliquent à la Chambre.

2. Dans l'exercice de ses attributions consultatives, la Chambre s'inspire des dispositions de la présente annexe relatives à la procédure suivie devant le Tribunal, dans la mesure où elle les reconnaît applicables.

stehen noch deren Staatsangehörige sein.

Artikel 37

Zugang zur Kammer

Die Kammer steht den Vertragsstaaten, der Behörde und den sonstigen in Teil XI Abschnitt 5 bezeichneten Rechtsträgern offen.

Artikel 38

Anwendbares Recht

Zusätzlich zu den Bestimmungen des Artikels 293 wendet die Kammer folgendes an:

a) die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen angenommenen Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde und

b) in den einen Vertrag betreffenden Fragen die Bestimmungen dieses Vertrags über Tätigkeiten im Gebiet.

Artikel 39

Vollstreckung der Entscheidungen der Kammer

Die Entscheidungen der Kammer sind in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten ebenso vollstreckbar wie Urteile oder Verfügungen des höchsten Gerichts des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung angestrebt wird.

Artikel 40

Anwendbarkeit anderer Abschnitte dieser Anlage

(1) Die anderen Abschnitte dieser Anlage, die mit diesem Abschnitt nicht unvereinbar sind, finden auf die Kammer Anwendung.

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit Gutachten läßt sich die Kammer von den Bestimmungen dieser Anlage betreffend Verfahren vor dem Gerichtshof leiten, soweit sie deren Anwendbarkeit anerkennt.

Section 5

Amendments

Article 41

Amendments

1. Amendments to this Annex, other than amendments to section 4, may be adopted only in accordance with article 313 or by consensus at a conference convened in accordance with this Convention.

2. Amendments to section 4 may be adopted only in accordance with article 314.

Section 5

Amendements

Article 41

Amendements

1. Les amendements à la présente annexe autres que ceux relatifs à la section 4 ne peuvent être adoptés que conformément à l'article 313 ou par consensus au sein d'une conférence convoquée conformément à la Convention.

2. Les amendements à la section 4 ne peuvent être adoptés que conformément à l'article 314.

Abschnitt 5

Änderungen

Artikel 41

Änderungen

(1) Änderungen dieser Anlage mit Ausnahme von Änderungen des Abschnitts 4 dürfen nur in Übereinstimmung mit Artikel 313 oder durch Konsens auf einer in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen einberufenen Konferenz angenommen werden.

(2) Änderungen des Abschnitts 4 dürfen nur in Übereinstimmung mit Artikel 314 angenommen werden.

3. The Tribunal may propose such amendments to this Statute as it may consider necessary, by written communications to the States Parties for their consideration in conformity with paragraphs 1 and 2.

3. Le Tribunal peut, par voie de communications écrites soumettre à l'examen des Etats Parties les propositions d'amendements à la présente annexe qu'il juge nécessaires conformément aux paragraphes 1 et 2.

(3) Der Gerichtshof kann Änderungen dieses Statuts, die er für notwendig erachtet, durch schriftliche Mitteilung an die Vertragsstaaten zur Prüfung nach den Absätzen 1 und 2 vorschlagen.

Annex VII
Arbitration

Article 1
Institution of proceedings

Subject to the provisions of Part XV, any party to a dispute may submit the dispute to the arbitral procedure provided for in this Annex by written notification addressed to the other party or parties to the dispute. The notification shall be accompanied by a statement of the claim and the grounds on which it is based.

Article 2
List of arbitrators

1. A list of arbitrators shall be drawn up and maintained by the Secretary-General of the United Nations. Every State Party shall be entitled to nominate four arbitrators, each of whom shall be a person experienced in maritime affairs and enjoying the highest reputation for fairness, competence and integrity. The names of the persons so nominated shall constitute the list.

2. If at any time the arbitrators nominated by a State Party in the list so constituted shall be fewer than four, that State Party shall be entitled to make further nominations as necessary.

3. The name of an arbitrator shall remain on the list until withdrawn by the State Party which made the nomination, provided that such arbitrator shall continue to serve on any arbitral tribunal to which that arbitrator has been appointed until the completion of the proceedings before that arbitral tribunal.

Article 3
Constitution of arbitral tribunal

For the purpose of proceedings under this Annex, the arbitral tribunal shall, unless the parties otherwise agree, be constituted as follows:

(a) Subject to subparagraph (g), the arbitral tribunal shall consist of five members.

(b) The party instituting the proceedings shall appoint one member to be chosen preferably from the list referred to in article 2 of this Annex, who may be its national. The appointment shall be included in the notification referred to in article 1 of this Annex.

(c) The other party to the dispute shall, within 30 days of receipt of the notification referred to in article 1 of this Annex, appoint one member to be chosen preferably from the list, who may be its national. If the appointment is not made within that period, the party instituting the proceedings may, within two weeks

Annexe VII
Arbitrage

Article premier
Ouverture de la procédure

Sous réserve de la partie XV, toute partie à un différend peut soumettre celui-ci à la procédure d'arbitrage prévue dans la présente annexe par notification écrite adressée à l'autre ou aux autres parties au différend. La notification est accompagnée de l'exposé des conclusions et des motifs sur lesquels elles se fondent.

Article 2
Liste d'arbitres

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies dresse et tient une liste d'arbitres. Chaque Etat Partie peut désigner quatre arbitres ayant l'expérience des questions maritimes et jouissant de la plus haute réputation d'impartialité, de compétence et d'intégrité. Le nom des personnes ainsi désignées est inscrit sur la liste.

2. Si, à un moment quelconque le nombre des arbitres désignés par un Etat Partie et figurant sur la liste est inférieur à quatre, cet Etat peut procéder aux désignations supplémentaires auxquelles il a droit.

3. Le nom d'un arbitre reste sur la liste jusqu'à ce qu'il en soit retiré par l'Etat Partie qui l'a désigné, étant entendu que cet arbitre continue de siéger au sein de tout tribunal arbitral auquel il a été nommé jusqu'à ce que la procédure devant ce tribunal soit achevée.

Article 3
Constitution du tribunal arbitral

Aux fins de la procédure prévue dans la présente annexe, le tribunal arbitral, à moins que les parties n'en conviennent autrement, est constitué de la façon suivante:

a) sous réserve de la lettre g), le tribunal arbitral se compose de cinq membres;

b) la partie qui ouvre la procédure nomme un membre qui est choisi de préférence sur la liste visée à l'article 2 de la présente annexe et qui peut être de ses ressortissants. Le nom du membre ainsi nommé figure dans la notification visée à l'article premier de la présente annexe;

c) l'autre partie au différend nomme, dans un délai de 30 jours à compter de la réception de la notification visée à l'article premier de la présente annexe, un membre qui est choisi de préférence sur la liste et qui peut être de ses ressortissants. Si la nomination n'intervient pas dans ce délai, la partie qui a ouvert la

Anlage VII
Schiedsverfahren

Artikel 1
Einleitung des Verfahrens

Vorbehaltlich des Teiles XV kann jede Streitpartei durch eine an die andere Streitpartei oder die anderen Streitparteien gerichtete schriftliche Notifikation die Streitigkeit dem in dieser Anlage vorgesehenen Schiedsverfahren unterwerfen. Der Notifikation sind das Klagebegehren sowie die Gründe beizufügen, auf die sich dieses stützt.

Artikel 2
Liste der Schiedsrichter

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen erstellt und führt eine Liste der Schiedsrichter. Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, vier Schiedsrichter zu ernennen, die Erfahrung in Meeresfragen besitzen und wegen ihrer Unparteilichkeit, fachlichen Eignung und Ehrenhaftigkeit höchstes Ansehen genießen. Die Namen der so ernannten Personen bilden die Liste.

(2) Beträgt die Zahl der von einem Vertragsstaat ernannten Schiedsrichter zu irgendeinem Zeitpunkt weniger als vier, so ist der Vertragsstaat berechtigt, die weiteren notwendigen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Der Name eines Schiedsrichters bleibt so lange auf der Liste, bis er von dem Vertragsstaat, der ihn ernannt hat, zurückgezogen wird; jedoch bleibt der Schiedsrichter so lange in dem Schiedsgericht tätig, in das er berufen worden ist, bis das Verfahren vor diesem Gericht beendet ist.

Artikel 3
Bildung des Schiedsgerichts

Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, wird für die Zwecke des in dieser Anlage vorgesehenen Verfahrens das Schiedsgericht wie folgt gebildet:

a) Vorbehaltlich des Buchstabens g besteht das Schiedsgericht aus fünf Mitgliedern.

b) Die das Verfahren einleitende Partei bestellt ein Mitglied, das vorzugsweise aus der in Artikel 2 dieser Anlage genannten Liste ausgewählt wird und ihr eigener Staatsangehöriger sein kann. Die Bestellung wird in der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation angegeben.

c) Die andere Streitpartei bestellt innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation ein Mitglied, das vorzugsweise aus der Liste ausgewählt wird und ihr eigener Staatsangehöriger sein kann. Wird die Bestellung nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so kann die das

of the expiration of that period, request that the appointment be made in accordance with subparagraph (e).

(d) The other three members shall be appointed by agreement between the parties. They shall be chosen preferably from the list and shall be nationals of third States unless the parties otherwise agree. The parties to the dispute shall appoint the President of the arbitral tribunal from among those three members. If, within 60 days of receipt of the notification referred to in article 1 of this Annex, the parties are unable to reach agreement on the appointment of one or more of the members of the tribunal to be appointed by agreement, or on the appointment of the President, the remaining appointment or appointments shall be made in accordance with subparagraph (e), at the request of a party to the dispute. Such request shall be made within two weeks of the expiration of the aforementioned 60-day period.

(e) Unless the parties agree that any appointment under subparagraphs (c) and (d) be made by a person or a third State chosen by the parties, the President of the International Tribunal for the Law of the Sea shall make the necessary appointments. If the President is unable to act under this subparagraph or is a national of one of the parties to the dispute, the appointment shall be made by the next senior member of the International Tribunal for the Law of the Sea who is available and is not a national of one of the parties. The appointments referred to in this subparagraph shall be made from the list referred to in article 2 of this Annex within a period of 30 days of the receipt of the request and in consultation with the parties. The members so appointed shall be of different nationalities and may not be in the service of, ordinarily resident in the territory of, or nationals of, any of the parties to the dispute.

(f) Any vacancy shall be filled in the manner prescribed for the initial appointment.

(g) Parties in the same interest shall appoint one member of the tribunal jointly by agreement. Where there are several parties having separate interests or where there is disagreement as to whether they are of the same interest, each of them shall appoint one member of the tribunal. The number of members of the tribunal appointed separately by the parties shall always be smaller by one than the number of members of the tribunal to be appointed jointly by the parties.

procédure peut, dans les deux semaines qui suivent l'expiration du délai, demander qu'il soit procédé à cette nomination conformément à la lettre e);

d) les trois autres membres sont nommés d'un commun accord par les parties. Ils sont choisis de préférence sur la liste et sont ressortissants d'Etats tiers, à moins que les parties n'en conviennent autrement. Les parties nomment le président du tribunal arbitral parmi ces trois membres. Si, dans un délai de 60 jours à compter de la réception de la notification visée à l'article premier de la présente annexe, les parties n'ont pu s'entendre sur la nomination d'un ou de plusieurs des membres du tribunal à désigner d'un commun accord, ou sur celle du président, il est procédé à cette nomination ou à ces nominations conformément à la lettre e), à la demande de toute partie au différend. Cette demande est présentée dans les deux semaines qui suivent l'expiration du délai précité;

e) à moins que les parties ne conviennent de charger une personne ou un Etat tiers choisi par elles de procéder aux nominations nécessaires en application des lettres c) et d), le Président du Tribunal international du droit de la mer y procède. Si celui-ci est empêché ou est ressortissant de l'une des parties, les nominations sont effectuées par le membre le plus ancien du Tribunal qui est disponible et qui n'est ressortissant d'aucune des parties. Il est procédé à ces nominations en choisissant sur la liste visée à l'article 2 de la présente annexe dans un délai de 30 jours à compter de la réception de la demande et en consultation avec les parties. Les membres ainsi nommés doivent être de nationalités différentes et n'être au service d'aucune des parties au différend; ils ne doivent pas résider habituellement sur le territoire de l'une des parties, ni être ressortissants d'aucune d'elles;

f) il est pourvu à tout siège vacant de la manière prévue pour la nomination initiale;

g) les parties qui font cause commune nomment conjointement un membre du tribunal d'un commun accord. Lorsqu'il y a en présence plusieurs parties qui font cause séparée, ou en cas de désaccord sur le point de savoir si elles font cause commune, chacune d'entre elles nomme un membre du tribunal. Le nombre des membres du tribunal nommés séparément par les parties doit toujours être inférieur d'un au nombre des membres du tribunal nommés conjointement par les parties;

Verfahren einleitende Partei binnen zwei Wochen nach Ablauf der Frist beantragen, daß die Bestellung in Übereinstimmung mit Buchstabe e vorgenommen wird.

d) Die drei anderen Mitglieder werden von den Parteien einvernehmlich bestellt. Sie werden vorzugsweise aus der Liste ausgewählt und müssen Angehörige dritter Staaten sein, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren. Die Streitparteien bestellen eines dieser drei Mitglieder zum Präsidenten des Schiedsgerichts. Können sich die Parteien innerhalb von 60 Tagen nach Eingang der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation nicht über die Bestellung eines oder mehrerer der einvernehmlich zu bestellenden Mitglieder des Gerichts oder über die Bestellung des Präsidenten einigen, so werden diese Bestellungen auf Antrag einer Streitpartei in Übereinstimmung mit Buchstabe e vorgenommen. Dieser Antrag ist innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der genannten Frist von 60 Tagen zu stellen.

e) Sofern die Parteien nicht vereinbaren, daß eine Bestellung nach den Buchstaben c und d von einer Person oder einem dritten Staat vorzunehmen ist, die von den Parteien ausgewählt werden, nimmt der Präsident des Internationalen Seegerichtshofs die notwendigen Bestellungen vor. Ist der Präsident nicht imstande, nach diesem Buchstaben tätig zu werden, oder ist er Staatsangehöriger einer der Streitparteien, so wird die Bestellung vom dienstältesten verfügbaren Mitglied des Internationalen Seegerichtshofs vorgenommen, das nicht Staatsangehöriger einer Streitpartei ist. Die Bestellungen nach diesem Buchstaben werden innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Antrags und in Konsultation mit den Streitparteien aus der in Artikel 2 dieser Anlage genannten Liste vorgenommen. Die bestellten Mitglieder müssen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit sein, dürfen nicht im Dienst einer Streitpartei stehen, nicht ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Streitpartei haben und nicht Staatsangehörige einer der Streitparteien sein.

f) Freigewordene Sitze werden in der für die erste Bestellung vorgeschriebenen Weise besetzt.

g) Parteien, die eine Streitgenossenschaft bilden, bestellen gemeinsam und einvernehmlich ein Mitglied des Gerichts. Bestehen mehrere Parteien mit unterschiedlichen Interessen oder besteht Unstimmigkeit darüber, ob sie eine Streitgenossenschaft bilden, so bestellt jede von ihnen ein Mitglied des Gerichts. Die Anzahl der von den Parteien getrennt bestellten Mitglieder des Gerichts muß immer um eins niedriger sein als die Anzahl der Mitglieder des Gerichts, die von den Parteien gemeinsam zu bestellen sind.

(h) In disputes involving more than two parties, the provisions of subparagraphs (a) to (f) shall apply to the maximum extent possible.

Article 4

Functions of arbitral tribunal

An arbitral tribunal constituted under article 3 of this Annex shall function in accordance with this Annex and the other provisions of this Convention.

Article 5

Procedure

Unless the parties to the dispute otherwise agree, the arbitral tribunal shall determine its own procedure, assuring to each party a full opportunity to be heard and to present its case.

Article 6

Duties of parties to a dispute

The parties to the dispute shall facilitate the work of the arbitral tribunal and, in particular, in accordance with their law and using all means at their disposal, shall:

(a) provide it with all relevant documents, facilities and information; and

(b) enable it when necessary to call witnesses or experts and receive their evidence and to visit the localities to which the case relates.

Article 7

Expenses

Unless the arbitral tribunal decides otherwise because of the particular circumstances of the case, the expenses of the tribunal, including the remuneration of its members, shall be borne by the parties to the dispute in equal shares.

Article 8

Required majority for decisions

Decisions of the arbitral tribunal shall be taken by a majority vote of its members. The absence or abstention of less than half of the members shall not constitute a bar to the tribunal reaching a decision. In the event of an equality of votes, the President shall have a casting vote.

Article 9

Default of appearance

If one of the parties to the dispute does not appear before the arbitral tribunal or fails to defend its case, the other party may request the tribunal to continue the proceedings and to make its award. Absence of a party or failure of a party to defend its case

h) les lettres a) à f) s'appliquent dans toute la mesure du possible aux différends opposant plus de deux parties.

Article 4

Fonctions du tribunal arbitral

Un tribunal arbitral constitué selon l'article 3 de la présente annexe exerce ses fonctions conformément à la présente annexe et aux autres dispositions de la Convention.

Article 5

Procédure

A moins que les parties n'en conviennent autrement, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure en donnant à chaque partie la possibilité d'être entendue et d'exposer sa cause.

Article 6

Obligations des parties

Les parties au différend facilitent la tâche du tribunal arbitral et, en particulier, conformément à leur législation et par tous les moyens à leur disposition:

a) lui fournissent tous les documents, facilités et renseignements pertinents; et

b) lui donnent la possibilité, lorsque cela est nécessaire, de citer et d'entendre des témoins ou experts et de se rendre sur les lieux.

Article 7

Frais

A moins que le tribunal arbitral n'en décide autrement en raison des circonstances particulières de l'espèce, les frais du tribunal, y compris la rémunération de ses membres, sont supportés à parts égales par les parties au différend.

Article 8

Majorité requise pour la prise de décisions

Les décisions du tribunal arbitral sont prises à la majorité de ses membres. L'absence ou l'abstention de moins de la moitié de ses membres n'empêche pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du président est prépondérante.

Article 9

Défaut

Lorsqu'une des parties au différend ne se présente pas ou ne fait pas valoir ses moyens, l'autre partie peut demander au tribunal de poursuivre la procédure et de rendre sa sentence. L'absence d'une partie ou le fait pour une partie de ne pas faire

h) Bei Streitigkeiten zwischen mehr als zwei Parteien finden die Buchstaben a bis f soweit wie möglich Anwendung.

Artikel 4

Aufgaben des Schiedsgerichts

Ein nach Artikel 3 dieser Anlage gebildetes Schiedsgericht nimmt seine Aufgaben in Übereinstimmung mit dieser Anlage und den anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens wahr.

Artikel 5

Verfahren

Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, bestimmt das Schiedsgericht sein Verfahren; dabei muß jeder Partei vollständige Gelegenheit gegeben werden, gehört zu werden und ihren Fall darzulegen.

Artikel 6

Pflichten der Streitparteien

Die Streitparteien erleichtern die Arbeit des Schiedsgerichts und werden insbesondere in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln

a) ihm alle sachdienlichen Schriftstücke vorlegen, Erleichterungen einräumen und Auskünfte erteilen und

b) ihm die Möglichkeit geben, soweit nötig Zeugen oder Sachverständige zu laden und ihre Aussagen einzuholen und die Örtlichkeiten zu besichtigen, auf die sich der Fall bezieht.

Artikel 7

Kosten

Sofern das Schiedsgericht nicht wegen der besonderen Umstände des Einzelfalls etwas anderes beschließt, werden die Kosten des Gerichts, einschließlich der Vergütung seiner Mitglieder, von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen.

Artikel 8

Erforderliche Mehrheit für die Entscheidungen

Das Schiedsgericht entscheidet mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Die Abwesenheit oder Stimmenthaltung von weniger als der Hälfte der Mitglieder hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

Artikel 9

Nichterscheinen

Erscheint eine der Streitparteien nicht vor dem Schiedsgericht oder unterläßt sie es, sich zur Sache zu äußern, so kann die andere Partei das Gericht ersuchen, das Verfahren fortzuführen und seinen Schiedsspruch zu fällen. Abwesenheit oder Ver-

shall not constitute a bar to the proceedings. Before making its award, the arbitral tribunal must satisfy itself not only that it has jurisdiction over the dispute but also that the claim is well founded in fact and law.

valoir ses moyens ne fait pas obstacle au déroulement de la procédure. Avant de rendre sa sentence, le tribunal arbitral doit s'assurer non seulement qu'il a compétence pour connaître du différend, mais que la demande est fondée en fait et en droit.

säumnis einer Partei, sich zur Sache zu äußern, stellt kein Hindernis für das Verfahren dar. Bevor das Schiedsgericht seinen Spruch fällt, muß es sich nicht nur vergewissern, daß es für die Streitigkeit zuständig ist, sondern auch, daß das Begehren in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht begründet ist.

Article 10

Award

The award of the arbitral tribunal shall be confined to the subject-matter of the dispute and state the reasons on which it is based. It shall contain the names of the members who have participated and the date of the award. Any member of the tribunal may attach a separate or dissenting opinion to the award.

Article 10

Sentence

La sentence du tribunal arbitral est limitée à l'objet du différend; elle est motivée. Elle mentionne les noms des membres du tribunal arbitral qui y ont pris part et la date à laquelle elle est rendue. Tout membre du tribunal peut joindre à la sentence l'exposé de son opinion individuelle ou dissidente.

Artikel 10

Schiedsspruch

Der Spruch des Schiedsgerichts hat sich auf den Streitgegenstand zu beschränken und ist zu begründen. Er enthält die Namen der Mitglieder, die teilgenommen haben, sowie das Datum des Schiedsspruchs. Jedes Mitglied des Gerichts kann dem Schiedsspruch eine Darlegung seiner persönlichen oder abweichenden Meinung beifügen.

Article 11

Finality of award

The award shall be final and without appeal, unless the parties to the dispute have agreed in advance to an appellate procedure. It shall be complied with by the parties to the dispute.

Article 11

Caractère définitif de la sentence

La sentence est définitive et sans appel, à moins que les parties au différend ne soient convenues à l'avance d'une procédure d'appel. Toutes les parties au différend doivent s'y conformer.

Artikel 11

Endgültigkeit des Schiedsspruchs

Der Schiedsspruch ist endgültig und unterliegt keinem Rechtsmittel, sofern nicht die Streitparteien vorher ein Rechtsmittelverfahren vereinbart haben. Er muß von den Streitparteien befolgt werden.

Article 12

Interpretation or implementation of award

1. Any controversy which may arise between the parties to the dispute as regards the interpretation or manner of implementation of the award may be submitted by either party for decision to the arbitral tribunal which made the award. For this purpose, any vacancy in the tribunal shall be filled in the manner provided for in the original appointments of the members of the tribunal.

2. Any such controversy may be submitted to another court or tribunal under article 287 by agreement of all the parties to the dispute.

Article 12

Interprétation ou exécution de la sentence

1. Toute contestation pouvant surgir entre les parties au différend en ce qui concerne l'interprétation ou la manière d'exécuter la sentence peut être soumise par l'une ou l'autre des parties à la décision du tribunal arbitral qui a prononcé la sentence. A cet effet, il est pourvu aux sièges devenus vacants selon la méthode prévue pour la nomination initiale des membres du tribunal.

2. Si toutes les parties au différend en conviennent, toute contestation de ce genre peut être soumise à une autre cour ou à un autre tribunal, conformément à l'article 287.

Artikel 12

Auslegung oder Durchführung des Schiedsspruchs

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien über die Auslegung oder die Art der Durchführung des Schiedsspruchs können von jeder Partei dem Schiedsgericht, das den Spruch gefällt hat, zur Entscheidung vorgelegt werden. Zu diesem Zweck werden freigewordene Sitze im Gericht in der für die ursprünglichen Bestellungen der Mitglieder des Gerichts vorgesehenen Weise besetzt.

(2) Eine solche Meinungsverschiedenheit kann einem anderen Gerichtshof oder Gericht nach Artikel 287 unterbreitet werden, wenn alle Streitparteien dies vereinbaren.

Article 13

Application to entities other than States Parties

The provisions of this Annex shall apply mutatis mutandis to any dispute involving entities other than States Parties.

Article 13

Application à des entités autres que les Etats Parties

La présente annexe s'applique mutatis mutandis à tout différend mettant en cause des entités autres que les Etats Parties.

Artikel 13

Anwendung auf andere Rechtsträger als Vertragsstaaten

Diese Anlage findet sinngemäß auf jede Streitigkeit Anwendung, an der Rechtsträger beteiligt sind, die keine Vertragsstaaten sind.

Annex VIII
Special arbitration

Article 1
Institution of proceedings

Subject to Part XV, any party to a dispute concerning the interpretation or application of the articles of this Convention relating to (1) fisheries, (2) protection and preservation of the marine environment, (3) marine scientific research, or (4) navigation, including pollution from vessels and by dumping, may submit the dispute to the special arbitral procedure provided for in this Annex by written notification addressed to the other party or parties to the dispute. The notification shall be accompanied by a statement of the claim and the grounds on which it is based.

Article 2
Lists of experts

1. A list of experts shall be established and maintained in respect of each of the fields of (1) fisheries, (2) protection and preservation of the marine environment, (3) marine scientific research, and (4) navigation, including pollution from vessels and by dumping.

2. The lists of experts shall be drawn up and maintained, in the field of fisheries by the Food and Agriculture Organization of the United Nations, in the field of protection and preservation of the marine environment by the United Nations Environment Programme, in the field of marine scientific research by the Inter-Governmental Oceanographic Commission, in the field of navigation, including pollution from vessels and by dumping, by the International Maritime Organization, or in each case by the appropriate subsidiary body concerned to which such organization, programme or commission has delegated this function.

3. Every State Party shall be entitled to nominate two experts in each field whose competence in the legal, scientific or technical aspects of such field is established and generally recognized and who enjoy the highest reputation for fairness and integrity. The names of the persons so nominated in each field shall constitute the appropriate list.

4. If at any time the experts nominated by a State Party in the list so constituted shall be fewer than two, that State Party shall be entitled to make further nominations as necessary.

5. The name of an expert shall remain on the list until withdrawn by the State Party which made the nomination, provided that such expert shall continue to serve on any special arbitral tribunal to which that expert

Annexe VIII
Arbitrage spécial

Article premier
Ouverture de la procédure

Sous réserve de la partie XV, toute partie à un différend relatif à l'interprétation ou à l'application des articles de la Convention concernant: 1) la pêche, 2) la protection et la préservation du milieu marin, 3) la recherche scientifique marine ou 4) la navigation, y compris la pollution par les navires ou par immersion, peut soumettre ce différend à la procédure d'arbitrage spécial prévue dans la présente annexe par notification écrite adressée à l'autre ou aux autres parties au différend. La notification est accompagnée de l'exposé des conclusions et des motifs sur lesquels elles se fondent.

Article 2
Listes d'experts

1. Une liste d'experts est dressée et tenue pour chacun des domaines suivants: 1) la pêche, 2) la protection et la préservation du milieu marin, 3) la recherche scientifique marine, 4) la navigation, y compris la pollution par les navires ou par immersion.

2. En matière de pêche, la liste d'experts est dressée et tenue par l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture, en matière de protection et de préservation du milieu marin par le Programme des Nations Unies pour l'environnement, en matière de recherche scientifique marine par la Commission océanographique intergouvernementale, en matière de navigation, y compris la pollution par les navires ou par immersion, par l'Organisation maritime internationale, ou, dans chaque cas, par l'organe subsidiaire approprié auquel l'organisation, le programme ou la commission en question a délégué cette fonction.

3. Chaque Etat Partie peut désigner, dans chacun de ces domaines, deux experts qui ont une compétence juridique, scientifique ou technique établie et généralement reconnue en la matière et qui jouissent de la plus haute réputation d'impartialité et d'intégrité. Dans chaque domaine, la liste est composée des noms des personnes ainsi désignées.

4. Si, à un moment quelconque, le nombre des experts désignés par un Etat Partie et figurant sur une liste est inférieur à deux, cet Etat peut procéder aux désignations supplémentaires auxquelles il a droit.

5. Le nom d'un expert reste sur la liste jusqu'à ce qu'il soit retiré par l'Etat Partie qui l'a désigné, étant entendu que cet expert continue de siéger au sein de tout tribunal arbitral spécial auquel il a été nommé jus-

Anlage VIII
Besondere Schiedsverfahren

Artikel 1
Einleitung des Verfahrens

Vorbehaltlich des Teiles XV kann jede Streitpartei durch eine an die andere Streitpartei oder die anderen Streitparteien gerichtete schriftliche Notifikation eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung von Artikeln dieses Übereinkommens betreffend 1. Fischerei, 2. Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, 3. wissenschaftliche Meeresforschung oder 4. Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen, dem in dieser Anlage vorgesehenen besonderen Schiedsverfahren unterwerfen. Der Notifikation sind das Klagebegehren sowie die Gründe beizufügen, auf die sich dieses stützt.

Artikel 2
Sachverständigenlisten

(1) Eine Sachverständigenliste wird für jeden der folgenden Bereiche aufgestellt und geführt: 1. Fischerei, 2. Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, 3. wissenschaftliche Meeresforschung und 4. Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen.

(2) Die Sachverständigenlisten werden für die Fischerei von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, für den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen, für die wissenschaftliche Meeresforschung von der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission und für die Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen, von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation erstellt und geführt beziehungsweise von dem jeweils zuständigen Nebenorgan, dem die Organisation, das Programm oder die Kommission diese Aufgabe übertragen hat.

(3) Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, zwei Sachverständige für jeden Bereich zu ernennen, deren rechtliche, wissenschaftliche oder technische Fachkenntnisse auf dem jeweiligen Gebiet feststehen und allgemein anerkannt sind und die wegen ihrer Unparteilichkeit und Ehrenhaftigkeit höchstes Ansehen genießen. Die Namen der für jeden Bereich so ernannten Personen bilden die entsprechende Liste.

(4) Beträgt die Zahl der von einem Vertragsstaat ernannten Sachverständigen in der Liste zu irgendeinem Zeitpunkt weniger als zwei, so ist der Vertragsstaat berechtigt, die weiteren notwendigen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Der Name eines Sachverständigen bleibt so lange auf der Liste, bis er von dem Vertragsstaat, der ihn ernannt hat, zurückgezogen wird; jedoch bleibt der Sachverständige so lange in dem besonderen

has been appointed until the completion of the proceedings before that special arbitral tribunal.

Article 3

Constitution of special arbitral tribunal

For the purpose of proceedings under this Annex, the special arbitral tribunal shall, unless the parties otherwise agree, be constituted as follows:

(a) Subject to subparagraph (g), the special arbitral tribunal shall consist of five members.

(b) The party instituting the proceedings shall appoint two members to be chosen preferably from the appropriate list or lists referred to in article 2 of this Annex relating to the matters in dispute, one of whom may be its national. The appointments shall be included in the notification referred to in article 1 of this Annex.

(c) The other party to the dispute shall, within 30 days of receipt of the notification referred to in article 1 of this Annex, appoint two members to be chosen preferably from the appropriate list or lists relating to the matters in dispute, one of whom may be its national. If the appointments are not made within that period, the party instituting the proceedings may, within two weeks of the expiration of that period, request that the appointments be made in accordance with subparagraph (e).

(d) The parties to the dispute shall by agreement appoint the President of the special arbitral tribunal, chosen preferably from the appropriate list, who shall be a national of a third State, unless the parties otherwise agree. If, within 30 days of receipt of the notification referred to in article 1 of this Annex, the parties are unable to reach agreement on the appointment of the President, the appointment shall be made in accordance with subparagraph (e), at the request of a party to the dispute. Such request shall be made within two weeks of the expiration of the aforementioned 30-day period.

(e) Unless the parties agree that the appointment be made by a person or a third State chosen by the parties, the Secretary-General of the United Nations shall make the necessary appointments within 30 days of receipt of a request under subparagraphs (c) and (d). The appointments referred to in this subparagraph shall be made from the appropriate list or lists of experts referred to in article 2 of this Annex and in consultation with the parties to the dispute and the appropriate international organization. The members so appointed

qu'à ce que la procédure devant ce tribunal soit achevée.

Article 3

Constitution du tribunal arbitral spécial

Aux fins de la procédure prévue dans la présente annexe, le tribunal arbitral spécial, à moins que les parties n'en conviennent autrement, est constitué de la façon suivante:

a) sous réserve de la lettre g), le tribunal arbitral spécial se compose de cinq membres;

b) la partie qui ouvre la procédure nomme deux membres, qui sont choisis de préférence sur la ou les listes visées à l'article 2 de la présente annexe se rapportant à l'objet du différend, et dont l'un peut être de ses ressortissants. Le nom des membres ainsi nommés figure dans la notification visée à l'article premier de la présente annexe;

c) l'autre partie au différend nomme, dans un délai de 30 jours à compter de la réception de la notification visée à l'article premier de la présente annexe, deux membres qui sont choisis de préférence sur la liste ou les listes se rapportant à l'objet du différend, et dont l'un peut être de ses ressortissants. Si la nomination n'intervient pas dans ce délai, la partie qui a ouvert la procédure peut, dans les deux semaines qui suivent l'expiration du délai, demander qu'il soit procédé à cette nomination conformément à la lettre e);

d) les parties nomment d'un commun accord le président du tribunal arbitral spécial, qui est choisi de préférence sur la liste appropriée et est ressortissant d'un Etat tiers, à moins que les parties n'en conviennent autrement. Si, dans un délai de 30 jours à compter de la réception de la notification visée à l'article premier de la présente annexe, les parties n'ont pu s'entendre sur la nomination du président, il est procédé à cette nomination conformément à la lettre e), à la demande de toute partie au différend. Cette demande est présentée dans les deux semaines qui suivent l'expiration du délai précité;

e) à moins que les parties ne conviennent d'en charger une personne ou un Etat tiers choisi par elles, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies procède aux nominations nécessaires dans un délai de 30 jours à compter de la réception d'une demande faite en application des lettres c) ou d). Il est procédé à ces nominations en choisissant sur la ou les listes d'experts visées à l'article 2 de la présente annexe qui sont appropriées, en consultation avec les parties au différend et avec l'organisation internationale appropriée. Les membres

Schiedsgericht tätig, in das er berufen worden ist, bis das Verfahren vor diesem Gericht beendet ist.

Artikel 3

Bildung des besonderen Schiedsgerichts

Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, wird für die Zwecke des in dieser Anlage vorgesehenen Verfahrens das besondere Schiedsgericht wie folgt gebildet:

a) Vorbehaltlich des Buchstabens g besteht das besondere Schiedsgericht aus fünf Mitgliedern.

b) Die das Verfahren einleitende Partei bestellt zwei Mitglieder, die vorzugsweise aus der oder den in Artikel 2 dieser Anlage genannten entsprechenden Listen, die sich auf den Streitgegenstand beziehen, ausgewählt werden und von denen eines ihr Staatsangehöriger sein kann. Die Bestellungen werden in der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation angegeben.

c) Die andere Streitpartei bestellt innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation zwei Mitglieder, die vorzugsweise aus der oder den entsprechenden Listen, die sich auf den Streitgegenstand beziehen, ausgewählt werden und von denen eines ihr Staatsangehöriger sein kann. Werden die Bestellungen nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so kann die das Verfahren einleitende Partei binnen zwei Wochen nach Ablauf der Frist beantragen, daß die Bestellungen in Übereinstimmung mit Buchstabe e vorgenommen werden.

d) Die Streitparteien bestellen einvernehmlich den Präsidenten des besonderen Schiedsgerichts, der vorzugsweise aus der entsprechenden Liste ausgewählt wird und Angehöriger eines dritten Staates sein muß, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren. Können sich die Parteien innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der in Artikel 1 dieser Anlage genannten Notifikation nicht über die Bestellung des Präsidenten einigen, so wird die Bestellung auf Antrag einer Streitpartei in Übereinstimmung mit Buchstabe e vorgenommen. Dieser Antrag ist innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der genannten Frist von 30 Tagen zu stellen.

e) Sofern die Parteien nicht vereinbaren, daß die Bestellung von einer Person oder einem dritten Staat vorzunehmen ist, die von den Parteien ausgewählt werden, nimmt der Generalsekretär der Vereinten Nationen innerhalb von 30 Tagen nach Eingang eines Antrags gemäß den Buchstaben c und d die notwendigen Bestellungen vor. Die Bestellungen nach diesem Buchstaben werden aus der oder den in Artikel 2 dieser Anlage genannten entsprechenden Sachverständigenlisten in Konsultation mit den Streitparteien und der zuständi-

shall be of different nationalities and may not be in the service of, ordinarily resident in the territory of, or nationals of, any of the parties to the dispute.

ainsi nommés doivent être de nationalités différentes et n'être au service d'aucune des parties au différend; ils ne doivent pas résider habituellement sur le territoire de l'une des parties, ni être ressortissants d'aucune d'elles;

gen internationalen Organisation vorgenommen. Die bestellten Mitglieder müssen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit sein, dürfen nicht im Dienst einer Streitpartei stehen, nicht ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Streitpartei haben und nicht Staatsangehörige einer der Streitparteien sein.

(f) Any vacancy shall be filled in the manner prescribed for the initial appointment.

f) il est pourvu à tout siège vacant de la manière prévue pour la nomination initiale;

f) Freigewordene Sitze werden in der für die erste Bestellung vorgeschriebenen Weise besetzt.

(g) Parties in the same interest shall appoint two members of the tribunal jointly by agreement. Where there are several parties having separate interests or where there is disagreement as to whether they are of the same interest, each of them shall appoint one member of the tribunal.

g) les parties qui font cause commune nomment conjointement deux membres du tribunal d'un commun accord. Lorsqu'il y a en présence plusieurs parties qui font cause séparée, ou en cas de désaccord sur le point de savoir si elles font cause commune, chacune d'entre elles nomme un membre du tribunal;

g) Parteien, die eine Streitgenossenschaft bilden, bestellen gemeinsam und einvernehmlich zwei Mitglieder des Gerichts. Bestehen mehrere Parteien mit unterschiedlichen Interessen oder besteht Unstimmigkeit darüber, ob sie eine Streitgenossenschaft bilden, so bestellt jede von ihnen ein Mitglied des Gerichts.

(h) In disputes involving more than two parties, the provisions of subparagraphs (a) to (f) shall apply to the maximum extent possible.

h) les lettres a) à f) s'appliquent dans toute la mesure du possible aux différends opposant plus de deux parties.

h) Bei Streitigkeiten zwischen mehr als zwei Parteien finden die Buchstaben a bis f soweit wie möglich Anwendung.

Article 4

General provisions

Annex VII, articles 4 to 13, apply mutatis mutandis to the special arbitration proceedings in accordance with this Annex.

Article 4

Dispositions générales

Les articles 4 à 13 de l'annexe VII s'appliquent mutatis mutandis à la procédure d'arbitrage spécial prévue dans la présente annexe.

Artikel 4

Allgemeine Bestimmungen

Die Artikel 4 bis 13 der Anlage VII finden sinngemäß Anwendung auf das besondere Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit dieser Anlage.

Article 5

Fact finding

1. The parties to a dispute concerning the interpretation or application of the provisions of this Convention relating to (1) fisheries, (2) protection and preservation of the marine environment, (3) marine scientific research, or (4) navigation, including pollution from vessels and by dumping, may at any time agree to request a special arbitral tribunal constituted in accordance with article 3 of this Annex to carry out an inquiry and establish the facts giving rise to the dispute.

2. Unless the parties otherwise agree, the findings of fact of the special arbitral tribunal acting in accordance with paragraph 1, shall be considered as conclusive as between the parties.

3. If all the parties to the dispute so request, the special arbitral tribunal may formulate recommendations which, without having the force of a decision, shall only constitute the basis for a review by the parties of the questions giving rise to the dispute.

4. Subject to paragraph 2, the special arbitral tribunal shall act in accordance with the provisions of this Annex, unless the parties otherwise agree.

Article 5

Etablissement des faits

1. Les parties à un différend relatif à l'interprétation ou à l'application des dispositions de la Convention qui concernent 1) la pêche, 2) la protection et la préservation du milieu marin, 3) la recherche scientifique marine ou 4) la navigation, y compris la pollution par les navires ou par immersion, peuvent à tout moment convenir de demander à un tribunal arbitral spécial constitué conformément à l'article 3 de la présente annexe de procéder à une enquête et à l'établissement des faits à l'origine du différend.

2. A moins que les parties n'en conviennent autrement, les faits constatés par le tribunal arbitral spécial en application du paragraphe 1 sont considérés comme établis entre les parties.

3. Si toutes les parties au différend le demandent, le tribunal arbitral spécial peut formuler des recommandations qui n'ont pas valeur de décision et constituent seulement la base d'un réexamen par les parties des questions à l'origine du différend.

4. Sous réserve du paragraphe 2, le tribunal arbitral spécial se conforme à la présente annexe, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

Artikel 5

Feststellung des Sachverhalts

(1) Die Parteien einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung von Bestimmungen dieses Übereinkommens über 1. Fischerei, 2. Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, 3. wissenschaftliche Meeresforschung oder 4. Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen, können jederzeit vereinbaren, ein in Übereinstimmung mit Artikel 3 dieser Anlage gebildetes besonderes Schiedsgericht zu ersuchen, eine Untersuchung durchzuführen und den Sachverhalt festzustellen, welcher der Streitigkeit zugrunde liegt.

(2) Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, gilt die Feststellung des Sachverhalts durch das in Übereinstimmung mit Absatz 1 tätig werdende besondere Schiedsgericht für die Parteien als endgültig.

(3) Auf Antrag aller Streitparteien kann das besondere Schiedsgericht Empfehlungen ausarbeiten, die, ohne die Rechtskraft einer Entscheidung zu haben, nur die Grundlage für eine Überprüfung der Ursachen, die der Streitigkeit zugrunde liegen, durch die Parteien darstellen.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 2 wird das besondere Schiedsgericht in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Anlage tätig, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

Annex IX

Participation by international organizations

Article 1

Use of terms

For the purposes of article 305 and of this Annex, „international organization" means an intergovernmental organization constituted by States to which its member States have transferred competence over matters governed by this Convention, including the competence to enter into treaties in respect of those matters.

Article 2

Signature

An international organization may sign this Convention if a majority of its member States are signatories of this Convention. At the time of signature an international organization shall make a declaration specifying the matters governed by this Convention in respect of which competence has been transferred to that organization by its member States which are signatories, and the nature and extent of that competence.

Article 3

Formal confirmation and accession

1. An international organization may deposit its instrument of formal confirmation or of accession if a majority of its member States deposit or have deposited their instruments of ratification or accession.

2. The instruments deposited by the international organization shall contain the undertakings and declarations required by articles 4 and 5 of this Annex.

Article 4

Extent of participation and rights and obligations

1. The instrument of formal confirmation or of accession of an international organization shall contain an undertaking to accept the rights and obligations of States under this Convention in respect of matters relating to which competence has been transferred to it by its member States which are Parties to this Convention.

2. An international organization shall be a Party to this Convention to the extent that it has competence in accordance with the declarations, communications of information or notifications referred to in article 5 of this Annex.

3. Such an international organization shall exercise the rights and perform the obligations which its member States which are Parties would otherwise have under this

Annexe IX

Participation d'organisations internationales

Article premier

Emploi du terme «organisation internationale»

Aux fins de l'article 305 et de la présente annexe, on entend par »organisation internationale« une organisation intergouvernementale constituée d'Etats qui lui ont transféré compétence pour des matières dont traite la Convention, y compris la compétence pour conclure des traités sur ces matières.

Article 2

Signature

Une organisation internationale peut signer la Convention si la majorité de ses Etats membres en sont signataires. Au moment où elle signe la Convention, une organisation internationale fait une déclaration spécifiant les matières dont traite la Convention pour lesquelles ses Etats membres signataires lui ont transféré compétence, ainsi que la nature et l'étendue de cette compétence.

Article 3

Confirmation formelle et adhésion

1. Une organisation internationale peut déposer son instrument de confirmation formelle ou d'adhésion si la majorité de ses Etats membres déposent ou ont déposé leurs instruments de ratification ou d'adhésion.

2. L'instrument déposé par l'organisation internationale doit contenir les engagements et déclarations prescrits aux articles 4 et 5 de la présente annexe.

Article 4

Etendue de la participation, droits et obligations

1. L'instrument de confirmation formelle ou d'adhésion déposé par une organisation internationale doit contenir l'engagement d'accepter, en ce qui concerne les matières pour lesquelles compétence lui a été transférée par ses Etats membres Parties à la Convention, les droits et obligations prévus par la Convention pour les Etats.

2. Une organisation internationale est Partie à la Convention dans les limites de la compétence définie dans les déclarations, communications ou notifications visées à l'article 5 de la présente annexe.

3. En ce qui concerne les matières pour lesquelles ses Etats membres Parties à la Convention lui ont transféré compétence, une organisation internationale exerce les

Anlage IX

Teilnahme internationaler Organisationen

Artikel 1

Bestimmung des Begriffs „internationale Organisation"

Im Sinne des Artikels 305 und dieser Anlage bedeutet „internationale Organisation" eine zwischenstaatliche Organisation, die von Staaten gegründet ist und der die Mitgliedstaaten Zuständigkeit für die durch dieses Übereinkommen geregelten Angelegenheiten übertragen haben, einschließlich der Zuständigkeit, Verträge über diese Angelegenheiten zu schließen.

Artikel 2

Unterzeichnung

Eine internationale Organisation kann dieses Übereinkommen unterzeichnen, wenn die Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten Unterzeichner des Übereinkommens ist. Bei der Unterzeichnung gibt eine internationale Organisation eine Erklärung ab, in der sie die durch das Übereinkommen geregelten Angelegenheiten, für die ihre Mitgliedstaaten, die Unterzeichner sind, ihr Zuständigkeit übertragen haben, sowie Art und Umfang der Zuständigkeit im einzelnen aufführt.

Artikel 3

Förmliche Bestätigung und Beitritt

(1) Eine internationale Organisation kann ihre Urkunde der förmlichen Bestätigung oder ihre Beitrittsurkunde hinterlegen, wenn die Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt oder hinterlegt hat.

(2) Die von der internationalen Organisation hinterlegte Urkunde enthält die in den Artikeln 4 und 5 dieser Anlage vorgeschriebenen Verpflichtungen und Erklärungen.

Artikel 4

Umfang der Teilnahme sowie Rechte und Pflichten

(1) Die Urkunde der förmlichen Bestätigung oder die Beitrittsurkunde einer internationalen Organisation enthält die Verpflichtung, die Rechte und Pflichten der Staaten aus diesem Übereinkommen hinsichtlich der Angelegenheiten zu übernehmen, für die ihre Mitgliedstaaten, die Vertragsstaaten sind, ihr Zuständigkeit übertragen haben.

(2) Eine internationale Organisation ist in dem Umfang Vertragspartei dieses Übereinkommens, in dem sie in Übereinstimmung mit den in Artikel 5 dieser Anlage genannten Erklärungen, Mitteilungen oder Notifikationen zuständig ist.

(3) Eine solche internationale Organisation übt in Angelegenheiten, für die ihre Mitgliedstaaten ihr Zuständigkeit übertragen haben, die Rechte aus und erfüllt die Pflich-

Convention, on matters relating to which competence has been transferred to it by those member States. The member States of that international organization shall not exercise competence which they have transferred to it.

4. Participation of such an international organization shall in no case entail an increase of the representation to which its member States which are States Parties would otherwise be entitled, including rights in decision-making.

5. Participation of such an international organization shall in no case confer any rights under this Convention on member States of the organization which are not States Parties to this Convention.

6. In the event of a conflict between the obligations of an international organization under this Convention and its obligations under the agreement establishing the organization or any acts relating to it the obligations under this Convention shall prevail.

droits et s'acquitte des obligations qui autrement seraient ceux de ces Etats en vertu de la Convention. Les Etats membres d'une organisation internationale n'exercent pas la compétence qu'ils lui ont transférée.

4. La participation d'une organisation internationale n'entraîne en aucun cas une représentation supérieure à celle à laquelle ses Etats membres Parties à la Convention pourraient autrement prétendre; cette disposition s'applique notamment aux droits en matière de prise de décisions.

5. La participation d'une organisation internationale ne confère à ses Etats membres qui ne sont pas Parties à la Convention aucun des droits prévus par celle-ci.

6. En cas de conflit entre les obligations qui incombent à une organisation internationale en vertu de la Convention et celles qui lui incombent en vertu de l'accord instituant cette organisation ou de tout acte connexe, les obligations découlant de la Convention l'emportent.

ten, die sonst ihren Mitgliedstaaten, die Vertragsstaaten sind, zukommen würden. Die Mitgliedstaaten dieser internationalen Organisation üben keine Zuständigkeit aus, die sie ihr übertragen haben.

(4) Die Teilnahme einer solchen internationalen Organisation bewirkt in keinem Fall eine Vergrößerung der Vertretung, zu der ihre Mitgliedstaaten, die Vertragsstaaten sind, sonst berechtigt wären, einschließlich der Rechte bei der Beschlußfassung.

(5) Die Teilnahme einer solchen internationalen Organisation verleiht ihren Mitgliedstaaten, die nicht Vertragsstaaten sind, keine Rechte aus diesem Übereinkommen.

(6) Im Fall eines Konflikts zwischen den Verpflichtungen einer internationalen Organisation aus diesem Übereinkommen und ihren Verpflichtungen aus der Übereinkunft, durch welche die Organisation errichtet wurde, oder aus sich darauf beziehenden Akten haben die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen Vorrang.

Article 5

Declarations, notifications and communications

1. The instrument of formal confirmation or of accession of an international organization shall contain a declaration specifying the matters governed by this Convention in respect of which competence has been transferred to the organization by its member States which are Parties to this Convention.

2. A member State of an international organization shall, at the time it ratifies or accedes to this Convention or at the time when the organization deposits its instrument of formal confirmation or of accession, whichever is later, make a declaration specifying the matters governed by this Convention in respect of which it has transferred competence to the organization.

3. States Parties which are member States of an international organization which is a Party to this Convention shall be presumed to have competence over all matters governed by this Convention in respect of which transfers of competence to the organization have not been specifically declared, notified or communicated by those States under this article.

4. The international organization and its member States which are States Parties shall promptly notify the depositary of this Convention of any changes to the distribution of competence, including new transfers of competence, specified in the declarations under paragraphs 1 and 2.

Article 5

Déclarations, notifications et communications

1. L'instrument de confirmation formelle ou d'adhésion d'une organisation internationale doit contenir une déclaration spécifiant les matières dont traite la Convention pour lesquelles compétence lui a été transférée par ses Etats membres Parties à la Convention.

2. Un Etat membre d'une organisation internationale, au moment où il ratifie la Convention ou y adhère, ou au moment où l'organisation dépose son instrument de confirmation formelle ou d'adhésion, la date la plus tardive étant retenue, fait une déclaration spécifiant les matières dont traite la Convention pour lesquelles il a transféré compétence à l'organisation.

3. Les Etats Parties membres d'une organisation internationale qui est Partie à la Convention sont présumés avoir compétence en ce qui concerne toutes les matières traitées par la Convention pour lesquelles ils n'ont pas expressément indiqué, par une déclaration, communication ou notification faite conformément au présent article, qu'ils transféraient compétence à l'organisation.

4. L'organisation internationale et ses Etats membres Parties à la Convention notifient promptement au dépositaire toute modification de la répartition des compétences spécifiée dans les déclarations visées aux paragraphes 1 et 2, y compris les nouveaux transferts de compétence.

Artikel 5

Erklärungen, Notifikationen und Mitteilungen

(1) Die Urkunde der förmlichen Bestätigung oder die Beitrittsurkunde einer internationalen Organisation muß eine Erklärung enthalten, in der die durch dieses Übereinkommen geregelten Angelegenheiten im einzelnen aufgeführt sind, für die der Organisation von ihren Mitgliedstaaten, die Vertragsstaaten sind, Zuständigkeit übertragen worden ist.

(2) Ein Mitgliedstaat einer internationalen Organisation gibt zu dem Zeitpunkt, in dem er dieses Übereinkommen ratifiziert oder ihm beitritt oder in dem die Organisation ihre Urkunde der förmlichen Bestätigung oder ihre Beitrittsurkunde hinterlegt, je nachdem, welches der spätere Zeitpunkt ist, eine Erklärung ab, in der er die durch das Übereinkommen geregelten Angelegenheiten im einzelnen aufführt, für die er der Organisation Zuständigkeit übertragen hat.

(3) Von Vertragsstaaten, die Mitgliedstaaten einer internationalen Organisation sind, die Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, wird angenommen, daß sie Zuständigkeit für alle durch das Übereinkommen geregelten Angelegenheiten besitzen, für die sie die Übertragung von Zuständigkeit auf die Organisation nach diesem Artikel nicht ausdrücklich erklärt, notifiziert oder mitgeteilt haben.

(4) Die internationale Organisation und ihre Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, notifizieren dem Verwahrer des Übereinkommens umgehend alle Änderungen in der Verteilung der Zuständigkeit, die in den Erklärungen nach den Absätzen 1 und 2 im einzelnen aufgeführt ist, einschließlich neuer Übertragungen von Zuständigkeit.

5. Any State Party may request an international organization and its member States which are States Parties to provide information as to which, as between the organization and its member States, has competence in respect of any specific question which has arisen. The organization and the member States concerned shall provide this information within a reasonable time. The international organization and the member States may also, on their own initiative, provide this information.

6. Declarations, notifications and communications of information under this article shall specify the nature and extent of the competence transferred.

Article 6

Responsibility and liability

1. Parties which have competence under article 5 of this Annex shall have responsibility for failure to comply with obligations or for any other violation of this Convention.

2. Any State Party may request an international organization or its member States which are States Parties for information as to who has responsibility in respect of any specific matter. The organization and the member States concerned shall provide this information. Failure to provide this information within a reasonable time or the provision of contradictory information shall result in joint and several liability.

Article 7

Settlement of disputes

1. At the time of deposit of its instrument of formal confirmation or of accession, or at any time thereafter, an international organization shall be free to choose, by means of a written declaration, one or more of the means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of this Convention referred to in article 287, paragraph 1 (a), (c) or (d).

2. Part XV applies mutatis mutandis to any dispute between Parties to this Convention, one or more of which are international organizations.

3. When an international organization and one or more of its member States are joint parties to a dispute, or parties in the same interest, the organization shall be deemed to have accepted the same procedures for the settlement of disputes as the member States; when, however, a member State has chosen only the International Court of Justice under article 287, the organization and the member State concerned shall be deemed to have accepted arbitration in accordance with Annex VII, unless the parties to the dispute otherwise agree.

5. Tout Etat Partie peut demander à une organisation internationale et aux Etats membres de celle-ci qui sont Parties à la Convention d'indiquer qui, de l'organisation ou de ces Etats membres, a compétence pour une question précise qui s'est posée. L'organisation et les Etats membres concernés communiquent ce renseignement dans un délai raisonnable. Ils peuvent également communiquer un tel renseignement de leur propre initiative.

6. La nature et l'étendue des compétences transférées doivent être précisées dans les déclarations, notifications et communications faites en application du présent article.

Article 6

Responsabilité

1. Les Parties ayant compétence en vertu de l'article 5 de la présente annexe sont responsables de tous manquements aux obligations découlant de la Convention et de toutes autres violations de celle-ci.

2. Tout Etat Partie peut demander à une organisation internationale ou à ses Etats membres Parties à la Convention d'indiquer à qui incombe la responsabilité dans un cas particulier. L'organisation et les Etats membres concernés doivent communiquer ce renseignement. S'ils ne le font pas dans un délai raisonnable ou s'ils communiquent des renseignements contradictoires, ils sont tenus pour conjointement et solidairement responsables.

Article 7

Règlement de différends

1. Lorsqu'elle dépose son instrument de confirmation formelle ou d'adhésion, ou à n'importe quel moment par la suite, une organisation internationale est libre de choisir, par voie de déclaration écrite, un ou plusieurs des moyens visés à l'article 287, paragraphe 1, lettres a), c) et d), pour le règlement des différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la Convention.

2. La partie XV s'applique mutatis mutandis à tout différend entre des Parties à la Convention dont une ou plusieurs sont des organisations internationales.

3. Lorsqu'une organisation internationale et un ou plusieurs de ses Etats membres font cause commune, l'organisation est réputée avoir accepté les mêmes procédures de règlement des différends que ces Etats; au cas où un de ces Etats a choisi uniquement la Cour internationale de Justice en application de l'article 287, l'organisation et cet Etat membre sont réputés avoir accepté l'arbitrage selon la procédure prévue à l'annexe VII, à moins que les parties au différend ne conviennent de choisir un autre moyen.

(5) Jeder Vertragsstaat kann eine internationale Organisation und ihre Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, um Auskunft ersuchen, wer – die Organisation oder ihre Mitgliedstaaten – Zuständigkeit für eine bestimmte Frage besitzt, die aufgetreten ist. Die Organisation und die betreffenden Mitgliedstaaten erteilen die Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist. Die internationale Organisation und die Mitgliedstaaten können diese Auskunft auch von sich aus erteilen.

(6) In den Erklärungen, Notifikationen und Mitteilungen nach diesem Artikel werden Art und Umfang der übertragenen Zuständigkeit im einzelnen aufgeführt.

Artikel 6

Verantwortlichkeit und Haftung

(1) Vertragsparteien, die nach Artikel 5 dieser Anlage Zuständigkeit besitzen, sind für die Nichterfüllung von Verpflichtungen und für alle sonstigen Verstöße gegen dieses Übereinkommen verantwortlich.

(2) Jeder Vertragsstaat kann eine internationale Organisation oder ihre Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, um Auskunft ersuchen, wem für eine bestimmte Angelegenheit die Verantwortlichkeit zukommt. Die Organisation und die betreffenden Mitgliedstaaten müssen diese Auskunft erteilen. Das Nichterteilen der Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist oder das Erteilen widersprüchlicher Auskünfte hat gesamtschuldnerische Haftung zur Folge.

Artikel 7

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Bei Hinterlegung ihrer Urkunde der förmlichen Bestätigung oder ihrer Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt steht es einer internationalen Organisation frei, durch schriftliche Erklärung ein oder mehrere der in Artikel 287 Absatz 1 Buchstabe a, c oder d genannten Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens zu wählen.

(2) Teil XV findet sinngemäß auf jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien dieses Übereinkommens Anwendung, von denen eine oder mehrere internationale Organisationen sind.

(3) Bilden eine internationale Organisation und einer oder mehrere ihrer Mitgliedstaaten eine gemeinsame Streitpartei oder eine Streitgenossenschaft, so wird angenommen, daß die Organisation denselben Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten wie die Mitgliedstaaten zugestimmt hat; hat ein Mitgliedstaat jedoch nur den Internationalen Gerichtshof nach Artikel 287 gewählt, so wird angenommen, daß die Organisation und der betreffende Mitgliedstaat dem Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit Anlage VII zugestimmt haben, sofern die Streitparteien sich nicht auf ein anderes Mittel einigen.

Article 8

Applicability of Part XVII

Part XVII applies mutatis mutandis to an international organization, except respect of the following:

(a) the instrument of formal confirmation or of accession of an international organization shall not be taken into account in the application of article 308, paragraph 1;

(b) (i) an international organization shall have exclusive capacity with re spect to the application of articles 312 to 315, to the extent that it has competence under article 5 of this Annex over the entire subject-matter of the amendment;

(ii) the instrument of formal confirmation or of accession of an international organization to an amendment, the entire subject-matter over which the international organization has competence under article 5 of this Annex, shall be considered to be the instrument of ratification or accession of each of the member States which are States Parties, for the purposes of applying article 316, paragraphs 1, 2 and 3;

(iii) the instrument of formal confirmation or of accession of the international organization shall not be taken into account in the application of article 316, paragraphs 1 and 2, with regard to all other amendments;

(c) (i) an international organization may not denounce this Convention in accordance with article 317 if any of its member States is a State Party and if it continues to fulfil the qualifications specified in article 1 of this Annex;

(ii) an international organization shall denounce this Convention when none of its member States is a State Party or if the international organization no longer fulfils the qualifications specified in article 1 of this Annex. Such denunciation shall take effect immediately.

Article 8

Application de la partie XVII

La partie XVII s'applique mutatis mutandis aux organisations internationales, sous réserve des dispositions suivantes:

a) l'instrument de confirmation formelle ou d'adhésion d'une organisation internationale n'entre pas en ligne de compte pour l'application de l'article 308, paragraphe 1;

b) i) une organisation internationale a la capacité exclusive d'agir au titre des articles 312 à 315 si elle a compétence, en vertu de l'article 5 de la présente annexe, pour l'ensemble de la matière visée par l'amendement;

ii) lorsqu'une organisation internationale a compétence en vertu de l'article 5 de la présente annexe pour l'ensemble de la matière visée par l'amendement, son instrument de confirmation formelle ou d'adhésion concernant cet amendement est considéré, pour l'application de l'article 316, paragraphes 1, 2 et 3, comme constituant l'instrument de ratification ou d'adhésion de chacun de ses Etats membres Partie à la Convention;

iii) l'instrument de confirmation formelle ou d'adhésion d'une organisation internationale n'entre pas en ligne de compte pour l'application de l'article 316, paragraphes 1 et 2, dans tous les autres cas;

c) i) aux fins de l'article 317, une organisation internationale qui compte parmi ses membres un Etat Partie à la Convention et qui continue de remplir les conditions prévues à l'article premier de la présente annexe ne peut pas dénoncer la Convention;

ii) une organisation internationale doit dénoncer la Convention si elle ne compte plus parmi ses membres aucun Etat Partie ou si elle a cessé de remplir les conditions prévues à l'article premier de la présente annexe. La dénonciation prend effet immédiatement.

Artikel 8

Anwendbarkeit des Teiles XVII

Teil XVII findet sinngemäß auf internationale Organisationen mit folgenden Ausnahmen Anwendung:

a) Die Urkunde der förmlichen Bestätigung oder die Beitrittsurkunde einer internationalen Organisation bleibt bei der Anwendung des Artikels 308 Absatz 1 außer Betracht;

b) i) eine internationale Organisation hat die ausschließliche Fähigkeit, in Anwendung der Artikel 312 bis 315 zu handeln, soweit sie nach Artikel 5 dieser Anlage für den gesamten Gegenstand der Änderung Zuständigkeit besitzt;

ii) die Urkunde der förmlichen Bestätigung oder die Beitrittsurkunde einer internationalen Organisation betreffend eine Änderung, für deren gesamten Gegenstand sie nach Artikel 5 dieser Anlage Zuständigkeit besitzt, gilt für die Anwendung des Artikels 316 Absätze 1, 2 und 3 als Ratifikations- oder Beitrittsurkunde jedes ihrer Mitgliedstaaten, die Vertragsstaaten sind;

iii) die Urkunde der förmlichen Bestätigung oder die Beitrittsurkunde einer internationalen Organisation bleibt bei der Anwendung des Artikels 316 Absätze 1 und 2 in bezug auf alle anderen Änderungen außer Betracht;

c) i) eine internationale Organisation darf dieses Übereinkommen nicht in Übereinstimmung mit Artikel 317 kündigen, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten Vertragsstaat ist und sie weiterhin die in Artikel 1 dieser Anlage genannten Voraussetzungen erfüllt;

ii) eine internationale Organisation muß dieses Übereinkommen kündigen, wenn keiner ihrer Mitgliedstaaten Vertragsstaat ist oder wenn sie die in Artikel 1 dieser Anlage genannten Voraussetzungen nicht mehr erfüllt. Die Kündigung wird sofort wirksam.

Denkschrift zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 und zum Entwurf eines Übereinkommens in der Fassung vom 8. April 1994 zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982

A. Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982

I. Allgemeiner Teil

1. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) wurde von der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen (1973–1982) am 30. April 1982 in New York verabschiedet und am 10. Dezember 1982 in Montego Bay (Jamaika) zur Unterzeichnung aufgelegt. Das Übereinkommen tritt 12 Monate nach Hinterlegung der 60. Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde am 16. November 1994 in Kraft. 158 Staaten haben das SRÜ unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland hat das SRÜ nicht unterzeichnet. Die DDR hatte das SRÜ am 10. Dezember 1982 unterzeichnet.

Am Tag des Inkrafttretens des SRÜ tritt die Versammlung der Internationalen Meeresbodenbehörde zusammen (Artikel 308 Absatz 3). Innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten beruft der Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Sitzung der Vertragsstaaten ein, auf der die ersten Richter des Internationalen Seegerichtshofs gewählt werden (Anlage VI Artikel 4 Absatz 3 und 4). Innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten findet die Wahl der ersten Mitglieder der Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels statt (Anlage II Artikel 2 Absatz 2).

2. Zu den Aufgaben der Vereinten Nationen gehört auch die Förderung der fortschreitenden Entwicklung und der Kodifikation des Völkerrechts. Die Forderung nach einer vertragsrechtlichen Regelung des allgemeinen Seevölkerrechts griffen die Vereinten Nationen bereits 1947 auf. Sie setzten damit die Bemühungen des Völkerbundes (Haager Kodifikationskonferenz 1930) fort. Zwischen 1949 und 1956 erarbeitete die Völkerrechtskommission einen 73 Artikel umfassenden Entwurf einer Rechtsordnung des Küstenmeers und der Hohen See, der der ersten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen (24. Februar bis 27. April 1958 in Genf) als Beratungsgrundlage diente. Diese Konferenz verabschiedete vier Übereinkommen und ein Protokoll:

(1) Übereinkommen vom 29. April 1958 über das Küstenmeer und die Anschlußzone (in Kraft am 10. September 1964);

(2) Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See (in Kraft am 30. September 1962);

(3) Übereinkommen vom 29. April 1958 über Fischerei und Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See (in Kraft am 20. März 1966);

(4) Übereinkommen vom 29. April 1958 über den Festlandsockel (in Kraft am 10. Juni 1964);

(5) Fakultatives Unterzeichnungsprotokoll vom 29. April 1958 über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten (in Kraft am 30. September 1962).

Die Bundesrepublik Deutschland hat das

Übereinkommen vom 29. April 1958 über das Küstenmeer und die Anschlußzone nicht unterzeichnet;

Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See am 30. Oktober 1958 unterzeichnet und am 26. Juli 1973 ratifiziert (für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft am 25. August 1973; BGBl 1972 II 1089);

Übereinkommen vom 29. April 1958 über Fischerei und Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See nicht unterzeichnet;

Übereinkommen vom 29. April 1958 über den Festlandsockel am 30. Oktober 1958 mit Erklärung zu Artikel 5 Absatz 1 unterzeichnet;

Fakultative Unterzeichnungsprotokoll über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten am 30. Oktober 1958 unterzeichnet und am 26. Juli 1973 ratifiziert (für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft am 25. August 1973; BGBl 1972 II 1089).

3. Die erste Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen konnte eine Reihe von wichtigen Fragen nicht bzw. nicht zur allgemeinen Zufriedenheit lösen: Küstenmeerbreite, Meerengenfrage, Fischereigrenzen (Urteile des Internationalen Gerichtshofs (1973) im deutsch-isländischen und britisch-isländischen Fischereistreit), Fischereierhaltungs- und -bewirtschaftsmaßnahmen, Festlandsockelaußengrenze, Regelung der Abgrenzung des Festlandsockels zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten (Urteile des Internationalen Gerichtshofs (1969) im deutsch-dänischen und deutsch-niederländischen Streit über den Festlandsockel der Nordsee; in der Folgezeit sind weitere Urteile zur Festlandsockelabgrenzung bzw. zum Verlauf von Seegrenzen ergangen), Meeresumweltschutz.

Die 2. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen (17. März bis 26. April 1960 in Genf) unternahm den in der Endabstimmung fehlgeschlagenen Versuch, eine einheitliche Maximalbegrenzung des Küstenmeers auf 6 Seemeilen und eine daran anschließende küstenstaatliche Fischereizone von maximal 6 Seemeilen Breite festzusetzen.

Die Genfer Seerechtsübereinkommen vom 29. April 1958 enthalten gleichlautende Revisionsbestimmungen, wonach fünf Jahre nach Inkrafttreten jede Vertragspartei Antrag auf Revision des betreffenden Übereinkommens stellen kann; die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschließt über die zu treffenden Maßnahmen. Bisher wurde kein Antrag auf Revision gestellt.

Die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen war keine Revisionskonferenz. Die Genfer Seerechtsübereinkommen vom 29. April 1958 gelten auch nach Inkrafttreten des SRÜ fort (Artikel 311 Absatz 1). Die Bundesrepublik Deutschland nahm an den drei Seerechtskonferenzen der Vereinten Nationen teil.

4. Die Initiative zur 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen (3. Dezember 1973 bis 10. Dezember 1982), die an verschiedenen Orten tagte – New York, Caracas (Venezuela), Genf, Montego Bay (Jamaika) –, ging von Malta aus, das 1967 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorschlug, den Meeresboden jenseits nationaler Hoheitsbefugnisse zum gemeinsamen Erbe der Menschheit zu erklären. Damit sollten zum einen künftige Tiefseebergbautätigkeiten und zum anderen auch ungelöste Probleme küstenstaatlicher Souveränität und Hoheitsbefugnisse im Meeresraum (Küstenmeerbreite, Fischereigrenzen, Festlandsockelaußengrenze) allgemein anerkannten Regelungen zugeführt werden.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen setzte zur Behandlung der Malta-Initiative 1967 einen Ad-hoc-Ausschuß und 1968 den Meeresbodenausschuß („Committee on the Peaceful Uses of the Sea-Bed and the Ocean Floor beyond the Limits of National Jurisdiction") ein.

Dem Meeresbodenausschuß gehörten zunächst 35 und seit 1971 bis zu seiner formellen Auflösung 1973 90 Mitglieder der Vereinten Nationen an. Die Bundesrepublik Deutschland war in beiden Ausschüssen nicht vertreten, da sie erst am 18. September 1973 Mitglied der Weltorganisation wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Meeresbodenausschuß bereits seine Tätigkeit beendet; er wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 16. November 1973 formell aufgelöst.

5. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloß 1970, für 1973 eine Seerechtskonferenz einzuberufen, die u. a. Fragen des Tiefseebodens, der Hohen See, des Festlandsockels, des Küstenmeers, der Meerengen, der Anschlußzone, der Fischerei, des Meeresumweltschutzes und der wissenschaftlichen Meeresforschung behandeln sollte.

Der Meeresbodenausschuß (1968–1973) erarbeitete einen mehr als 90 Einzelpositionen umfassenden Themenkatalog und legte 1973 einen über 1000seitigen Bericht vor, der eine große Anzahl von Artikelentwürfen von Staaten oder Staatengruppen zu den von der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen zu beratenden Fragen enthält.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen legte am 16. Dezember 1973 (UN Res. 3067 (XXVIII)) mit 117 Ja-Stimmen, darunter die der Bundesrepublik Deutschland, ohne Gegenstimme und bei 10 Enthaltungen (Brasilien, Deutsche Demokratische Republik, Mongolei, Polen, Portugal, Sowjetunion, Ukraine, Ungarn, Tschechoslowakei, Weißrußland) das Mandat der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen fest:

Annahme eines Übereinkommens, das alle Angelegenheiten des Seerechts behandelt, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Probleme des Meeresraums eng miteinander verbunden sind und als Ganzes betrachtet werden müssen.

6. Die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen errichtete folgende Organe: Plenum, Lenkungsausschuß, drei Hauptausschüsse,Beglaubigungsausschuß und Redaktionsausschuß.

Der Erste Ausschuß war zuständig für das Internationale Regime für den Meeresboden jenseits nationaler Hoheitsbefugnisse (Tiefseebergbau).

Der Zweite Ausschuß befaßte sich mit Fragen des allgemeinen Seerechts (Basislinien, Küstenmeer, Anschlußzone, Meerengen, Archipelstaaten, ausschließliche Wirtschaftszone, Festlandsockel, Hohe See, Inseln, umschlossene oder halbumschlossene Meere, Transitrechte der Binnenstaaten zum Meer).

Der Dritte Ausschuß, in dem die Bundesrepublik Deutschland einen stellvertretenden Vorsitz innehatte, behandelte die Themen Umweltschutz, wissenschaftliche Meeresforschung und Technologietransfer.

In die Zuständigkeit des Plenums fielen u. a. Fragen der Streitbeilegung, einschließlich des Statuts des Internationalen Seegerichtshofs, sowie die allgemeinen Bestimmungen und die Schlußbestimmungen des SRÜ.

7. Die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen benötigte zur Erfüllung ihres Mandats neun Jahre (11 Sitzungsperioden). Die Dauer der Konferenz erklärt sich aus der großen Anzahl ihrer Teilnehmer, ihrer besonderen Verfahrensordnung und ihrem umfassenden Mandat.

An der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen nahmen 160 Staaten, der Rat der Vereinten Nationen für Namibia, 6 assoziierte Staaten und Gebiete mit Selbstverwaltung, acht nationale Befreiungsorganisationen, 12 Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und andere Organisationen (ILO, FAO, UNESCO, IOC, ICAO, WHO, Weltbank, ITU, WMO, IMO, WIPO sowie IAEA), 19 zwischenstaatliche Organisationen, darunter der Europarat und die Europäischen Gemeinschaften und 58 nichtstaatliche Organisationen teil.

Die Verfahrensordnung der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, die auch für die Überprüfungs- und Änderungskonferenzen des SRÜ (Artikel 155 Absatz 3 und 312 Absatz 2) gilt, sieht sowohl ein besonderes Konsensverfahren als auch verschiedene Abstimmungsverfahren vor. Entsprechend einem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen „gentleman's agreement" vom 16. November 1973 sind jegliche Anstrengungen zu unternehmen, Einvernehmen im Konsenswege zu erzielen, und es soll erst dann abgestimmt werden, wenn alle Möglichkeiten der Konsensfindung erschöpft sind.

Die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen wandte dieses Konsensverfahren bis in die letzte Sitzungsperiode an und stimmte nur in Ausnahmefällen, vor allem in Verfahrensfragen, ab. Zu den Ausnahmen zählen auch die Entscheidungen vom 21. August 1981 über den Sitz der Internationalen Meeresbodenbehörde in Jamaika (Artikel 156 Absatz 4) und über den Sitz des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg (Anlage VI Artikel 1 Absatz 2 Anlage).

8. Der vom Konferenzpräsidenten und den Vorsitzenden der drei Hauptausschüsse am 28. August 1981 vorgelegte offizielle Entwurf eines Seerechtsübereinkommens (UN Doc. A/CONF.62/L.78) konnte nicht mit Konsens verabschiedet werden.

Am 23. April 1982 stellte der Konferenzpräsident fest, daß alle Mittel und Wege der Konsensfindung erschöpft seien

und daß über die zum offiziellen Entwurf des Seerechtsübereinkommens vorliegenden Änderungsvorschläge abgestimmt werden würde.

Einige in der letzten Sitzung eingebrachte Änderungsvorschläge wurden von den betreffenden Staaten zurückgenommen. Dazu gehörte auch der Vorschlag zur Änderung der Tiefseebergbauordnung, der gemeinsam von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, vom Vereinigten Königreich und von den Vereinigten Staaten eingebracht worden war (UN Doc. A/CONF. 62/L.121, 13. April 1982). Der Vorschlag der Gruppe „Freunde der Konferenz" (Australien, Dänemark, Finnland, Irland, Island, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden) zur Änderung der Tiefseebergbauordnung (UN Doc. A/CONF.62/L.104, 13. April 1982) wurde ebenfalls zurückgenommen. Im Gegenzug wurde u. a. auf einen Änderungsvorschlag zu Artikel 21 (friedliche Durchfahrt im Küstenmeer) verzichtet, der von Ägypten, Algerien, Bahrain, Benin, China, Demokratische Volksrepublik Korea, Demokratischer Jemen, Djibuti, Guinea-Bissau, Iran, Jemen, Kap Verde, Kongo, Libyen, Marokko, Oman, Pakistan, Papua Neuguinea, Philippinen, Rumänien, São Tomé und Príncipe, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Surinam, Syrien und Uruguay eingebracht worden war (UN Doc. A/CONF.62/L.117, 15. April 1982).

Am 30. April 1982 beantragten die Vereinigten Staaten, über das vom Konferenzpräsidenten vorgelegte Verhandlungspaket, bestehend aus dem offiziellen Entwurf des Seerechtsübereinkommens samt angenommenen Änderungen sowie Empfehlungen des Redaktionsausschusses und vier Resolutionen, abzustimmen (UN Doc. A/CONF. 62/SR.182). Es stimmten 130 Staaten dafür und vier dagegen (Israel, Türkei, Vereinigte Staaten, Venezuela); 18 Staaten übten Stimmenthaltung (Belgien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Italien, Liberia, Luxemburg, Mongolei, Niederlande, Polen, Sowjetunion, Spanien, Thailand, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Weißrußland).

Auf der wiederaufgenommenen 11. Sitzung der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen vom 22. bis 24. September 1982 wurden der Titel des SRÜ in den 6 offiziellen Sprachen der Vereinten Nationen festgelegt (engl. „United Nations Convention on the Law of the Sea") und weitere Empfehlungen des Redaktionsausschusses sowie die Schlußakte der Konferenz angenommen.

Die deutsche Übersetzung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen wurde von amtlichen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgearbeitet.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen umfaßt 17 Teile und 9 Anlagen. Die Konferenzresolutionen I, II, III und IV, die in der Schlußakte enthalten sind, bilden mit den 17 Teilen und 9 Anlagen des SRÜ ein einheitliches Ganzes:

Resolution I – Einsetzung der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof;

Resolution II – Zu vorbereitenden Investitionen in Pioneraktivitäten betreffend polymetallische Knollen;

Resolution III – ohne Titel (betrifft u. a. Gebiete, dessen Bevölkerung die volle Unabhängigkeit oder einen anderen von den Vereinten Nationen anerkannten Status der Selbstregierung noch nicht erlangt hat);

Resolution IV – ohne Titel (betrifft nationale Befreiungsbewegungen).

Die Schlußakte enthält ferner eine Einvernehmenserklärung vom 29. August 1980 („statement of understanding") betreffend eine besondere Methode zur Festlegung des äußeren Kontinentalrandes, die bei Anwendung von Artikel 76 und Anlage II heranzuziehen ist.

Auf weitere Rechtsinstrumente zur Auslegung und Anwendung des SRÜ wird in diesem selbst verwiesen. Dabei handelt es sich teilweise um bereits bestehende Regelungen, z. B. die allgemein anerkannten internationalen Vorschriften für die Sicherheit auf See und Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe sowie die Regeln für die Luftfahrt (Artikel 39 Absatz 2 und 3), und teilweise um Instrumente, die auf der Grundlage des SRÜ erst noch zu erarbeiten sind.

Dazu gehören Empfehlungen zuständiger internationaler Organisationen (FAO,IMO,IOC,UNEP) in den Bereichen Schiffahrt, Überflug, Fischerei, Meeresumweltschutz und wissenschaftliche Meeresforschung sowie Ausführungsbestimmungen, die die Vertragsparteien vereinbaren (z. B. die Bergordnung für den Tiefseeboden), Regeln, die der Internationale Seerechtsgerichtshof beschließt, und bilaterale, regionale oder globale Übereinkünfte.

Die Beschlüsse der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof betreffend die Implementierung der Resolution II binden gem. Artikel 308 Absatz 5 die Internationale Meeresbodenbehörde. Dazu gehören die Absprachen („understandings") zur Lösung von Überlappungskonflikten betreffend Bergbaufelder von Pionierinvestoren, die Beschlüsse zur Registrierung von Abbaufeldern für Frankreich, Indien, Japan, die Russische Föderation, China und für das osteuropäische Konsortium INTEROCEANMETAL, Absprachen über die Verpflichtungen von Pionierinvestoren sowie die Entscheidungen über Ausbildungsprogramme („Training Panel").

10. Die Schlußsitzung der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen fand vom 6. bis 10. Dezember 1982 in Montego Bay (Jamaika) statt. Die Teilnehmerstaaten hatten Gelegenheit, Erklärungen zur Konferenz und zum SRÜ abzugeben (Bundesrepublik Deutschland in: UN Doc. A/CONF.62/SR.190).

Am 10. Dezember 1982 wurden das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und die Schlußakte der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen zur Unterzeichnung aufgelegt.

Die Schlußakte wurde von 140 Staaten (darunter die Bundesrepublik Deutschland), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Rat der Vereinten Nationen für Namibia, den Cook-Inseln und dem Treuhandgebiet Pazifikinseln unterzeichnet.

Das SRÜ wurde am 10. Dezember 1982 von 117 Staaten sowie den Cook-Inseln und dem Rat der Vereinten Nationen für Namibia unterzeichnet. Bis zum Ablauf der Unterzeichnungsfrist am 9. Dezember 1984 folgten noch 38 Staaten sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Niue. Das SRÜ erzielte somit 159 Unterzeichnungen.

Das SRÜ wurde von 15 Staaten nicht unterzeichnet:

Albanien, Bundesrepublik Deutschland, Ecuador, Heiliger Stuhl, Israel, Jordanien, Kiribati, Peru, San Marino, Syrien, Tonga, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Venezuela.

Die Anzahl der Unterzeichnungen hat sich zwischenzeitlich geändert:

(1) Vereinigung der beiden Jemen

(2) Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland

(3) Eintritt der Tschechischen Republik in die Unterzeichnung der Tschechoslowakei

Am 31. März 1994 lagen somit noch 158 Unterzeichnungen vor.

Die Frage, inwieweit nach Auflösung der UdSSR und der Tschechoslowakei Fortführung bzw. Eintritt in deren Unterzeichnung erfolgt, kann letztlich offen bleiben. Bosnien-Herzegowina ist am 12. Januar 1994 in die Ratifikation von Jugoslawien eingetreten. Ob Slowenien, Kroatien und andere neue Staaten in die Ratifikation von Jugoslawien eintreten, ist noch nicht absehbar.

Staaten, die das SRÜ nicht unterzeichnet haben oder erst nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist entstanden sind (z. B. Marschallinseln, Mikronesien) bzw. im Zuge einer Staatennachfolge von der Möglichkeit der Übernahme einer Unterzeichnung keinen Gebrauch machen, können dem SRÜ beitreten (Artikel 307). Für den Beitritt ist ebenso wie für die Ratifikation keine Befristung vorgesehen.

11. Die Bundesrepublik Deutschland kann dem SRÜ, wie alle anderen Staaten, die das SRÜ nicht unterzeichneten, jederzeit beitreten. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Entscheidung der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen vom 21. August 1981, Hamburg zum Sitz des Internationalen Seegerichtshofs zu wählen, in der Erwartung getroffen wurde, daß die Bundesrepublik Deutschland bei Inkrafttreten des SRÜ Vertragspartei ist und es danach bleibt (vgl. Einleitende Note zum offiziellen Entwurf des Seerechtsübereinkommens vom 28. August 1981 sowie Ziff. 38 der Schlußakte).

Bei Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt können bestimmte Erklärungen abgegeben werden: Artikel 287 (Wahl obligatorischer gerichtlicher Verfahren), Artikel 292 (Wahl des gerichtlichen Verfahrens zur sofortigen Freigabe von Schiffen und Besatzungen), Artikel 298 (Fakultative Ausnahmen der Anwendbarkeit der obligatorischen gerichtlichen Verfahren) und Artikel 310 (Erklärungen im Einklang mit dem SRÜ).

Internationale Organisationen (z. B. die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), die nach Anlage IX Vertragspartei werden können, müssen Erklärungen betreffend ihre Zuständigkeiten abgeben (Anlage IX Artikel 5 Absatz 1). Mitgliedstaaten solcher internationaler Organisationen geben bei Ratifikation oder Beitritt eine Erklärung betreffend die Angelegenheiten ab, die sie der Organisation übertragen haben (Anlage IX Artikel 5 Abs 2). Nach Anlage IX Artikel 7 können internationale Organisationen Erklärungen zur Wahl obligatorischer gerichtlicher Verfahren abgeben.

Vorbehalte können nicht erklärt werden (Artikel 309).

Bei Unterzeichnung des SRÜ haben eine Reihe von Staaten und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Erklärungen abgegeben (Anlage 2 unten).

Von den 10 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die das SRÜ unterzeichneten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien), haben Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg und Spanien Erklärungen abgegeben.

12. Das SRÜ stellt eine umfassende Rechtsordnung für den Meeresraum dar und regelt alle üblichen Meeresnutzungen (Schiffahrt und Überflug, Fischerei, Meeresbergbau, wissenschaftliche Meeresforschung). Das SRÜ enthält zudem Bestimmungen betreffend alle bekannten Quellen der Meeresverschmutzung (Verschmutzung von Land aus, Verschmutzung durch Tätigkeiten auf dem Meeresboden im Bereich nationaler Hoheitsbefugnisse sowie durch Tiefseebergbautätigkeiten, Verschmutzung durch Einbringen, Verschmutzung durch Schiffe, Verschmutzung aus der Luft oder durch die Luft) und schafft somit die erste Rahmenordnung für den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt.

Eine umfassende Streitbeilegungsordnung, deren Kernstück der Internationale Seegerichtshof ist, dient der Auslegung und Anwendung des Übereinkommens. Das SRÜ sieht obligatorische Verfahren auf den Gebieten der Schiffahrt, des Überflugs, des Kabel- und Rohrlegens, des Meeresumweltschutzes, der Fischerei, der wissenschaftlichen Meeresforschung und des Tiefseebergbaus vor.

Zahlreiche Bestimmungen des SRÜ wurden aus den Genfer Seerechtsübereinkommen vom 29. April 1958 übernommen und fortentwickelt (z. B. Bestimmungen betreffend das Küstenmeer, Meerengen, die Hohe See, den Festlandsockel). In weiten Bereichen hat das SRÜ jedoch neues Recht geschaffen, wie z. B. die Bestimmungen betreffend internationale Meerengen (Transitdurchfahrt), Archipelstaaten, die ausschließliche Wirtschaftszone, die Definition des Festlandsockels, die Ordnung der Inseln, die umschlossenen oder halbumschlossenen Meere (z. B. Ostsee, Nordsee, Mittelmeer, Schwarzes Meer), Transitrechte der Binnenstaaten zum Meer, den Tiefseebergbau, die wissenschaftliche Meeresforschung in der ausschließlichen Wirtschaftszone, obligatorische Streitbeilegungsverfahren mit bindenden Entscheidungen, ein Verfahren zur sofortigen Freigabe von Schiffen und Besatzungen, die Teilnahme internationaler Organisationen (z. B. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft).

Das Verhältnis des SRÜ zu anderen Übereinkommen und internationalen Übereinkünften ist in Artikel 311 geregelt.

Das SRÜ sieht die Schaffung von vier Einrichtungen vor:

- die Internationale Meeresbodenbehörde mit Sitz in Jamaika;
- den Internationalen Seegerichtshof mit Sitz in Hamburg;
- die Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels mit Sitz in New York;
- die Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und für den Internationalen Seegerichtshof, die in Jamaika, Genf und New York tagte.

13. Die Vorbereitung der Errichtung der Internationalen Meeresbodenbehörde und des Internationalen Seegerichtshofs obliegt nach Resolution I der Vorbereitungskommission, die 1983 ihre Arbeit aufnahm. Die Mitgliedschaft ist Unterzeichnern und Vertragsparteien des SRÜ

vorbehalten. Die Bundesrepublik Deutschland hat als Nichtunterzeichnerstaat lediglich den Status eines Beobachters, der eine Teilnahme an den Beratungen, allerdings ohne Mitwirkung an Entscheidungsfindungen, gestattet. Die Bundesrepublik Deutschland war auf allen Sitzungsperioden durch eine Delegation vertreten, der, wie auf der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages angehörten.

Die Vorbereitungskommission hat folgende Organe: Plenum, Lenkungsausschuß, vier Sonderkommissionen und Beglaubigungsausschuß. Ihre Zuständigkeiten ergeben sich aus den Resolutionen I und II:

- Erarbeitung von Empfehlungen betreffend die Einrichtung des Sitzes der Internationalen Meeresbodenbehörde, die Geschäftsordnung ihrer Organe, den Haushalt;
- Erarbeitung von Entwürfen für Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde (Verordnungen und andere Ausführungsbestimmungen zur Regelung der Prospektion, Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen, die sich auf oder unter dem Meeresboden befinden);
- Wahrnehmung der ihr nach Resolution II übertragenen Befugnisse und Funktionen bezüglich vorbereitender Investitionen von Pionierinvestoren (z. B. Registrierung von Bergbaufeldern);
- Erarbeitung von Empfehlungen betreffend die praktischen Vorkehrungen für die Errichtung des Internationalen Seegerichtshofs (z. B. Entwurf der Verfahrensordnung, des Sitzstaatabkommens, des Protokolls über Vorrechte und Immunitäten der Richter und anderen Beschäftigten sowie der Entwurf des Personal- und Finanzstatuts).

Die Vorbereitungskommission bleibt bis zum Abschluß der ersten Tagung der Internationalen Meeresbodenbehörde bestehen (Resolution I, Ziff. 1), die am 16. November 1994 zusammentritt. Ihre Arbeiten an den organisatorischen Regelungen wurden auf der Frühjahrssitzung 1993 in Kingston mit der Verabschiedung von Zwischenberichten zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Zur Lösung der ordnungspolitisch umstrittenen Kernfragen der Tiefseebergbauordnung hat sich die Vorbereitungskommission als ungeeignet erwiesen.

Im Juli 1990 begann deshalb eine Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, um die strittigen Fragen der Ausgestaltung des künftigen Tiefseebergbauregimes (Teil XI SRÜ) auf dem Wege informeller Konsultationen einer Lösung zuzuführen. In den Konsultationen wurde der Text eines Durchführungsübereinkommens zu Teil XI SRÜ erarbeitet (siehe Denkschrift Teil B), das Ende Juli 1994 als Anlage zu einer Resolution der 48. VN-Generalversammlung angenommen werden soll. Mit ihm wird Teil XI des SRÜ teils durch Änderung, teils durch einvernehmliche Interpretation den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen angepaßt, die seit Abschluß der Verhandlungen über das SRÜ im Jahre 1982 eingetreten sind. SRÜ und Durchführungsübereinkommen bilden zusammen ein einheitliches Vertragsinstrument.

14. Das SRÜ, obwohl noch nicht in Kraft, findet in weiten Bereichen Berücksichtigung in der Staatenpraxis (nationale Gesetze, internationale Verträge) und in Streitbeilegungsverfahren vor dem Internationalen Gerichtshof und vor anderen internationalen Gerichten.

Der Entwicklung von Völkergewohnheitsrecht auf der Grundlage des Übereinkommens sind jedoch Grenzen gesetzt. Das gilt vor allem für detaillierte Regelungen (z. B. Abgrenzung des Festlandsockels, Tiefseebergbau, Befugnisse von Hafenstaaten), für die Streitbeilegungsordnung sowie für die Einrichtung der Internationalen Meeresbodenbehörde, der Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels und des Internationalen Seegerichtshofs.

II. Besonderer Teil

In der Präambel wird festgestellt, daß

- das Übereinkommen als ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung von Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt für alle Völker der Welt zu betrachten ist;
- die Entwicklungen seit den Seerechtskonferenzen der Vereinten Nationen von 1958 und 1960 die Notwendigkeit eines neuen allgemein annehmbaren Seerechtsübereinkommens verstärkt haben;
- die Probleme des Meeresraums eng miteinander verbunden sind und als Ganzes betrachtet werden müssen;
- das Übereinkommen unter Berücksichtigung der Souveränität aller Staaten eine Rechtsordnung für den Meeresraum schafft, die den internationalen Verkehr erleichtern sowie die Nutzung der Meere zu friedlichen Zwekken, die ausgewogene und wirkungsvolle Nutzung seiner Ressourcen, die Erhaltung seiner lebenden Ressourcen und die Untersuchung, den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt fördern wird;
- das Übereinkommen zur Verwirklichung einer gerechten und ausgewogenen internationalen Wirtschaftsordnung beitragen wird, welche die Interessen und Bedürfnisse der gesamten Menschheit und vor allem die besonderen Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer, ob Küsten- oder Binnenländer, berücksichtigt;
- das Gebiet des Meeresbodens und des Meeresuntergrundes jenseits der Grenzen nationaler Hoheitsbefugnisse sowie seine Ressourcen gemeinsames Erbe der Menschheit sind, deren Erforschung und Ausbeutung zum Nutzen der gesamten Menschheit durchgeführt werden;
- die im Übereinkommen verwirklichte Kodifzierung und Entwicklung des Seerechts zur Festigung des Friedens, der Sicherheit, der Zusammenarbeit und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen Nationen beitragen und die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen fördern wird;
- für Fragen, die in dem Übereinkommen nicht geregelt sind, weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten.

Teil I. Einleitung

Artikel 1 (Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich)

Der Artikel enthält einige wenige Begriffsbestimmungen und eine Vorschrift zum Geltungsbereich. Zahlreiche weitere Begriffbestimmungen befinden sich in anderen Teilen und in den Anlagen des Übereinkommens. Es werden ausschließlich Begriffe zu zwei der wichtigsten neuen Regelungsmaterien – Tiefseeboden und Meeresumweltschutz – behandelt, um deren besondere Bedeutung für das SRÜ hervorzuheben.

Absatz 2 definiert den Begriff „Vertragsstaaten" und legt den Geltungsbereich des SRÜ auf die in Artikel 305 Absatz 1 Buchstaben b, c, d, e und f bezeichneten Rechtsträger, darunter auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, fest.

Teil II. Küstenmeer und Anschlußzone

Teil II enthält Bestimmungen zu den Grenzen und zur Ordnung von Küstenmeer und Anschlußzone. Diese beiden Meereszonen sind Bestandteil des traditionellen Seerechts, das im Übereinkommen vom 29. April 1958 über das Küstenmeer und die Anschlußzone eine erste internationale vertragsrechtliche Regelung fand.

Teil II übernimmt Bestimmungen des Übereinkommens von 1958, die teilweise wesentlich geändert und ergänzt werden. Das gilt vor allem für die Bestimmungen über gerade Basislinien, über die friedliche Durchfahrt und über die Meerengen. Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen, sind in Teil III geregelt. Wegen der neueren, allgemeinen Staatenpraxis, Küstenmeere von 12 Seemeilen zu beanspruchen, kommt den Bestimmungen des SRÜ zum Küstenmeer und zu den Meerengen heute und in Zukunft größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit. In diesem Zusammenhang ist auf die gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vom 23. September 1989 hinzuweisen, mit der eine einheitliche Auslegung der Regeln des Völkerrechts betreffend die friedliche Durchfahrt vereinbart worden ist.

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 2 (Rechtstatus des Küstenmeers, des Luftraums über dem Küstenmeer und des Meeresbodens und des Meeresuntergrunds des Küstenmeers)

Artikel 2 legt fest, daß sich die Souveränität eines Küstenstaats jenseits seines Landgebiets und seiner inneren Gewässer (bei Archipelstaaten jenseits der Archipelgewässer) auf einen angrenzenden Meeresstreifen erstreckt, der als Küstenmeer bezeichnet wird. Diese umfassende Souveränität erstreckt sich auf den Luftraum, den Meeresboden und Meeresuntergrund des Küstenmeers. Sie wird nach Maßgabe des SRÜ und der sonstigen Regeln des Völkerrechts ausgeübt (Völkergewohnheits- und Vertragsrecht), sofern sie dem Übereinkommen nicht entgegenstehen.

Abschnitt 2. Grenzen des Küstenmeers

Artikel 3 (Breite des Küstenmeers)

Die Bestimmung der rechtlich zulässigen maximalen Breite des Küstenmeers gehört zu den Kernregelungen des Übereinkommens. Die Festlegung einer Begrenzung auf 12 sm stellt einen Kompromiß dar zwischen der seit Jahrhunderten geltenden und bei den Verhandlungen auch von der Bundesregierung vertretenen Rechtsanschauung, daß der dem Staatsgebiet des Küstenstaats zugeordnete Meeresbereich in einem Abstand von maximal 3 sm von der Küste ende, sowie den weit darüber hinausgehenden Ansprüchen einer wachsenden Staatenmehrheit. 1979/80 beanspruchten von den damals 131 Küstenstaaten 108 ein Küstenmeer von mehr als 3 sm Breite, davon 13 ein Gebiet bis zur Grenze von 200 sm. Heute haben über 120 Staaten ein Küstenmeer von bis zu 12 sm. 16 Staaten beanspruchen ein Küstenmeer von mehr als 12 sm. Der Abstand von 12 sm war erstmals im Genfer Übereinkommen über das Küstenmeer und die Anschlußzone vom 29. April 1958 für die sogenannte Anschlußzone (vgl. unten zu Artikel 33) als äußerste Begrenzung zur Ausübung bestimmter küstenstaatlicher Hoheitsrechte festgelegt worden. Artikel 3 überläßt es dem Küstenstaat, ob er für sein Küstenmeer die Breite von 12 sm ausschöpft. Die Regelung über das Küstenmeer gilt auch für Inseln (Artikel 121 Absatz 2) und steht in engem Zusammenhang insbesondere mit Teil III des Übereinkommens über bestimmte Meerengen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Ausnahme des Gebiets um Helgoland (sogenannte Box) in der Nord- und Ostsee ein Küstenmeer von 3 sm, vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns ein Küstenmeer von bis zu 12 sm. Der Beitritt der DDR am 3. Oktober 1990 erfolgte in ihrem gegebenen territorialen und aquatorialen Bestand, also einschließlich ihres (im Jahre 1984 erweiterten) Küstenmeeres. Die Bundesregierung strebt eine durchgehende Ausdehnung des deutschen Küstenmeeres in Nord- und Ostsee auf bis zu 12 sm an.

Artikel 4 (Seewärtige Grenze des Küstenmeers)

Die in Artikel 3 genannte Begrenzung wird in Artikel 4 in geographischer Hinsicht als Linie definiert, die im Abstand der Küstenmeerbreite parallel zur Basislinie verläuft.

Artikel 5 (Normale Basislinie)

Die Artikel 5 bis 16 entsprechen inhaltlich im wesentlichen den Artikeln 3 bis 13 des Genfer Übereinkommens. Die in Artikel 4 genannte Basislinie ist nach Artikel 5 im Regelfall – vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen des Übereinkommens – die entlang der Küste verlaufende Niedrigwasserlinie („normale Basislinie"). Für die genaue Feststellung kommt es auf die Darstellung in großmaßstäblichen Seekarten an, die der Küstenstaat amtlich anerkannt hat.

Artikel 6 (Riffe)

Abweichend von Artikel 5 richtet sich nach Artikel 6 bei Inseln, die sich auf Atollen befinden oder von Riffen gesäumt sind, die Basislinie nach der in den amtlichen Seekarten vom Küstenstaat ausgewiesenen Niedrigwasserlinie des Riffes.

Artikel 7 (Gerade Basislinien)

Ebenfalls in Abweichung von Artikel 5 läßt Artikel 7 in bestimmten Fällen die Festlegung der Basislinie durch Verbindung „geeigneter" Punkte zu. Die Anwendung dieser Methode ist nur bei tiefen Einbuchtungen und Einschnitten der Küste oder bei einer Inselkette zulässig, die dem Küstenverlauf unmittelbar vorgelagert ist, wie dies etwa bei den Ost- und Nordfriesischen Inseln der deutschen Nordseeküste der Fall ist (Absatz 1). Artikel 7 trägt hierbei ausdrücklich bestimmten zusätzlichen Belangen der Küstenstaaten Rechnung (Rückgang der Niedrigwasserlinie gemäß Absatz 2; wirtschaftliche Gebietsinteressen gemäß Absatz 5). Mit den in den Absätzen 3, 4 und 6 aufgestellten Grundsätzen soll Mißbräuchen entgegengewirkt werden: die geraden Basislinien dürfen nicht von dem generellen Küstenverlauf wesentlich abweichen (Absatz 3). Sie dürfen an temporär trockenfallenden Erhebungen – wie Sandbänken – nur im Rahmen allgemeiner internationaler Anerkennung, wie sie insbesondere bei Leuchttürmen gegeben ist, ausgerichtet (Absatz 4) und

nicht so angewendet werden, daß das Küstenmeer eines anderen Staates von der Hohen See oder einer ausschließlichen Wirtschaftszone abgeschnitten wird (Absatz 6).

Artikel 8 (Innere Gewässer)

Die Bestimmung sieht vor, daß die Gewässer zwischen der Basislinie und dem Land nicht dem Küstenmeer, sondern den inneren Gewässern des Küstenstaats zugerechnet werden (Absatz 1). Gleichwohl werden die inneren Gewässer – soweit sie durch Ziehung gerader Basislinien nach Artikel 7 erstmals entstehen – hinsichtlich des Rechts der Schiffahrt auf friedliche Durchfahrt wie ein Teil des Küstenmeers angesehen.

Artikel 9 (Flußmündungen)

Bei Flußmündungen folgt die Basislinie der Niedrigwasserlinie des Ufers bis zu gegenüberliegenden Punkten, die quer über die Mündung hinweg durch eine Gerade zu verbinden sind.

Artikel 10 (Buchten)

Bei Buchten, deren Küsten zu einem einzigen Staat gehören und deren Wasserfläche zumindestens so groß ist wie die Fläche eines Halbkreises, dessen Durchmesser die quer über die Öffnung gezogene Linie ist, dürfen besondere Basislinien gezogen werden. Diese müssen nicht landnah verlaufen, sondern können durch Verbindung von Punkten der natürlichen Öffnung als gerade Buchtabschlußlinie gebildet werden, sofern die Länge dieser Linie 24 Seemeilen nicht überschreitet. Anderenfalls kann eine gerade Basislinie innerhalb der Bucht dort gezogen werden, wo die maximale Entfernung von 24 sm zwischen zwei Uferpunkten dies ermöglicht. Die Begrenzung der Buchtabschlußlinien auf maximal 24 sm entfällt, wenn es sich um breite Buchten handelt, die von den Anrainerstaaten in ständiger Praxis als innere Gewässer beansprucht werden („historische" Buchten), oder wenn von der Methode der geraden Basislinien nach Artikel 7 Gebrauch gemacht werden kann.

Artikel 11 (Häfen)

Soweit es bei der Abgrenzung des Küstenmeers auf den Verlauf der Küste ankommt, wird für Häfen bestimmt, daß die dem Hafensystem zugehörigen äußersten ständigen Hafenanlagen – zu denen nicht Anlagen vor der Küste, zum Beispiel Off-Shore-Einrichtungen und künstliche Inseln zählen – als Teil der Küste gelten.

Artikel 12 (Reeden)

Für die regelmäßig zum Ankern oder für Umschlagszwekke benutzten Reeden ist vorgesehen, daß sie auch über die Küstenmeerbreite von 12 sm hinaus in das Küstenmeer einbezogen werden können. Von dieser Möglichkeit hat Deutschland hinsichtlich der Tiefwasserreede vor der Insel Langeoog Gebrauch gemacht.

Artikel 13 (Trockenfallende Erhebungen)

Es wird festgelegt, daß trockenfallendes Land – also Land, das allein bei Flut unter Wasser liegt – nur dann ein Küstenmeer haben kann, wenn dieses Berührung mit anderem Küstenmeer hat; die Niedrigwasserlinie kann als Basislinie verwendet werden.

Artikel 14 (Kombination von Methoden zur Festlegung von Basislinien)

Artikel 14 stellt klar, daß der Küstenstaat bei der Festlegung seines Küstenmeers und seiner inneren Gewässer die in dem Übereinkommen genannten Methoden kombinieren kann.

Artikel 15 (Abgrenzung des Küstenmeers zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander abgrenzenden Küsten)

Der allgemeine Rechtsgedanke, daß jede Seegrenzziehung etwaigen besonderen Umständen und den berechtigten Belangen benachbarter Anrainerstaaten Rechnung zu tragen hat (vgl. auch Artikel 300 – Rechtsausübung nach Treu und Glauben), wird durch Grundsätze der Abgrenzung des Küstenmeers zwischen zwei Staaten, deren Küsten einander gegenüberliegen oder aneinander angrenzen, konkretisiert. Prinzipiell stehen keinem Staat Seegebiete jenseits der Mittelinie, gerechnet von den beiderseitigen Küstenmeer-Basislinien, als Küstenmeer zu. Hiervon werden in drei Fällen Ausnahmen zugelassen: bei abweichenden Vereinbarungen der beiden Staaten sowie bei abweichenden Abgrenzungserfordernissen aufgrund historischer Rechtstitel oder aufgrund anderer besonderer Umstände; diese Alternativen sind bei der Abgrenzung auch des deutschen Küstenmeers von Belang. Im Unterschied zur ausschließlichen Wirtschaftszone (Artikel 74) und zum Festlandsockel (Artikel 83) ist das Kriterium der Billigkeit bei der Küstenmeerabgrenzung nicht vorgesehen.

Artikel 16 (Seekarten und Verzeichnisse geographischer Koordinaten)

Die Küstenstaaten werden zur weltweiten Publizität (Veröffentlichung und Hinterlegung beim UN-Generalsekretär) der Seekarten oder Verzeichnisse geographischer Koordinaten verpflichtet, in die die maßgeblichen Basislinien und Begrenzungen genau feststellbar eingetragen sind. Für die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1970 das Deutsche Hydrographische Institut – jetzt Bundesamt für Seeschiffahrt und Hydrographie (BSH) – im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr spezielle Seegrenzkarten für die Nordsee (z. B. Nr. 50 Sk, Nachrichten für Seefahrer – NfS – 70-1184 und 1189) und seit 1978 für die Ostsee (z. B. Nr. 64 Sk, NfS 78 – 3240 und 4495) mit der Küstenmeergrenze, den geraden Basislinien sowie den Koordinaten der Basispunkte herausgegeben. Für die Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns sind die Seegrenzen in den allgemeinen Karten des BSH enthalten.

Abschnitt 3. Friedliche Durchfahrt im Küstenmeer

Unterabschnitt A. Regeln für alle Schiffe

Artikel 17 (Recht der friedlichen Durchfahrt)

Das fundamentale Recht der friedlichen Durchfahrt der Schiffe – auch Kriegs- und Hilfsschiffe – jedes Staates durch das Küstenmeer anderer Staaten, das bereits im Genfer Übereinkommen über das Küstenmeer und die Anschlußzone von 1958 zugrundegelegt worden war, wird bestätigt und in den folgenden Artikeln inhaltlich ausgeformt. Die Artikel 17, 18, 20 und 24 bis 28 entsprechen im wesentlichen den Artikeln 14 bis 20 jenes Übereinkommens. Luftfahrzeuge sind – im Gegensatz zu Artikel 38

und 53 SRÜ – nicht einbezogen. Die in Artikel 17 vorbehaltenen Übereinkommensregelungen betreffen vor allem die Sonderregime der Meerengen (vgl. Artikel 45 ff.) und der Archipelgewässer (vgl. Artikel 52 ff.). Erlaubnisvorbehalte oder Notifizierungspflichten für die friedliche Durchfahrt von Kriegs- und Hilfsschiffen sind hiernach nicht begründet.

Artikel 18 (Bedeutung der Durchfahrt)

Absatz 1 definiert die „Durchfahrt" im Sinne von Artikel 17 als Fahrt durch das Küstenmeer zum Zweck seiner Durchquerung oder zum Zweck des An-, Ein- oder Auslaufens in bezug auf die inneren Gewässer oder Reeden oder Hafenanlagen außerhalb solcher Gewässer. Absatz 2 präzisiert, daß diese Durchfahrt ohne Unterbrechung und zügig erfolgen muß, womit eine Benutzung anderer als der kürzesten Wege sowie nautisch bedingtes Anhalten und Ankern nicht ausgeschlossen ist.

Artikel 19 (Bedeutung der friedlichen Durchfahrt)

Die von den meisten Küstenstaaten vorgenommene Ausweitung des Küstenmeers über 3 sm hinaus führt dazu, daß die international eingesetzten Schiffe in stärkerem Maße als früher fremde Küstenmeere durchfahren müssen. Artikel 19 regelt zum Ausgleich der divergierenden Interessen des Küstenstaats an eingeschränkter und der Staatengemeinschaft an uneingeschränkter Schiffahrt im Küstenmeer ausführlicher als das Genfer Küstenmeer-Übereinkommen die Voraussetzungen für die Anerkennung der Durchfahrt der Schiffe als „friedlich". Sie darf nicht den Frieden, die Ordnung oder die Sicherheit des Küstenstaats beeinträchtigen oder den Regeln des Völkerrechts zuwiderlaufen. Die generellen Rechtsbegriffe Frieden – Ordnung – Sicherheit werden in Absatz 2 bis ins Detail verbindlich, wenn auch nicht abschließend, ausgelegt: unfriedlich sind Tätigkeiten, die nicht unmittelbar mit der Durchfahrt der Schiffe – auch der Kriegs- oder Hilfsschiffe – zusammenhängen, und über das bisherige Recht hinaus insbesondere auch vorsätzliche schwere Meeresverschmutzungen. Artikel 19 ermächtigt den Küstenstaat nicht, jede ihm unerwünschte Durchfahrt eines Kriegs- oder Hilfsschiffes als nicht friedlich auszuschließen.

Artikel 20 (Unterseeboote und andere Unterwasserfahrzeuge)

Die Vorschrift bestätigt die herkömmliche Regel, daß Unterseeboote im Küstenmeer über Wasser fahren und ihre Flagge zeigen müssen, und erstreckt sie auf jegliche Unterwasserfahrzeuge.

Artikel 21 (Gesetze und sonstige Vorschriften des Küstenstaats über die friedliche Durchfahrt)

Der Artikel zählt zu den wichtigsten Neuregelungen im Bereich des Schiffahrtsrechts. Die mit dem Recht auf friedliche Durchfahrt verbundenen Einschränkungen der Souveränität des Küstenstaats finden in einem abschließenden Katalog der diesem zustehenden Regelungsbefugnisse ihre Grenze. Der Küstenstaat darf für sein Küstenmeer auf zahlreichen Gebieten in erforderlichem Umfang Schutzbestimmungen erlassen. Das in Absatz 1 Buchstabe f) genannte Recht zum Erlaß von Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung von Umweltverschmutzung wird in Artikel 211 Absatz 4 für die Meeresumwelt nochmals festgehalten. Ferner gelten unmittelbar alle allgemein anerkannten internationalen Vorschriften über die Verhütung von Zusammenstößen auf See (Absatz 4). Die Rechtsetzungsbefugnisse werden jedoch insoweit eingeschränkt, als der Küstenstaat mit Wirkung für fremde Schiffe (für Staatsschiffe s. insbesondere Artikel 30 und 32) nur solche Regelungen über Konstruktion, Bemannung oder Ausrüstung erlassen darf, die allgemein anerkannten internationalen Regeln oder Normen Wirksamkeit verleihen (Absatz 3).

Die Einschränkung der küstenstaatlichen Jurisdiktion besteht allerdings nur insoweit, als die Küstenmeerdurchfahrt friedlich ist. Die Tätigkeiten, die nicht mehr unter diesen Begriff fallen, sind in Artikel 19 Absatz 2 aufgeführt.

Artikel 22 (Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete im Küstenmeer)

Der Küstenstaat kann nach dieser Vorschrift dort, wo es die Sicherheit der Schiffahrt – auch im Interesse des Umweltschutzes – erfordert, die fremden Schiffe bei der friedlichen Durchfahrt verbindlich auf bestimmte in Seekarten öffentlich bekanntgemachte Schiffahrtswege verweisen und durch Anordnung von Verkehrstrennungsgebieten einschränken, wenn er dabei die Empfehlungen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) sowie die näheren Umstände wie Verkehrsüblichkeit und -dichte und besondere Schiffs- und Fahrwassermerkmale berücksichtigt.

Eine von der übrigen Schiffahrt abweichende Beschränkung der friedlichen Durchfahrt für Kriegs- und Hilfsschiffe auf vorgeschriebene Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete ist unzulässig. Absatz 2 gilt auch für Kriegs- und Hilfsschiffe, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen.

Artikel 23 (Fremde Schiffe mit Kernenergieantrieb und Schiffe, die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder schädliche Stoffe befördern)

Erstmals wird generell klargestellt, daß auch Schiffe, die mit Kernenergie angetrieben werden oder Gefahrgut befördern, das Recht der genehmigungsfreien friedlichen Durchfahrt durch fremdes Küstenmeer genießen. Sie müssen jedoch den für solche Schiffe international vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen und Dokumentationspflichten genügen. Die Vorschrift ist nicht auf Kriegs- und Hilfsschiffe anwendbar, da das Mitführen von Ladungsdokumenten auf Kontrollrechte des Küstenstaates hinweist, die wegen der Immunität von Kriegs- und Hilfsschiffen auf diese nicht anwendbar sind (vgl. Artikel 32).

Artikel 24 (Pflichten des Küstenstaats)

Als wichtiger Grundsatz für die friedliche Durchfahrt fremder Schiffe verbietet Absatz 1 alle küstenstaatlichen Behinderungen, die in dem Übereinkommen nicht ausdrücklich vorgesehen sind, auch solche in Form von Auflagen oder staatenbezogenen Diskriminierungen. Nach Absatz 2 hat der Küstenstaat bei Schiffahrtsgefahren in seinem Küstenmeer geeignete Warnnachrichten zu verbreiten.

Artikel 25 (Schutzrechte des Küstenstaats)

Der Artikel erkennt dem Küstenstaat in seinem Küstenmeer gegenüber fremdflaggigen Schiffen bestimmte Eingriffsrechte zu. Der Küstenstaat kann – vorbehaltlich der Artikel 27 und 28 – die „erforderlichen Maßnahmen" ergreifen, um eine nichtfriedliche Durchfahrt zu verhindern

oder die Einhaltung der von ihm aufgestellten Bedingungen für das Einlaufen in innere Gewässer oder anderweitig gelegene Hafenzonen zu gewährleisten (für Kriegsschiffe siehe zusätzlich Artikel 30). Zum Schutz seiner Sicherheit einschließlich Waffenübungen kann er bei entsprechender Bekanntmachung und unter dem Vorbehalt der Nichtdiskriminierung fremder Schiffe untereinander einzelne Teile der Hohen See vorübergehend für den Verkehr sperren.

Artikel 26 (Gebühren, die von fremden Schiffen erhoben werden können)

Der Küstenstaat darf hiernach von den sein Küstenmeer durchfahrenden fremden Schiffen keine Abgaben erheben außer nichtdiskriminierenden Entgelten für bestimmte von den Schiffen in Anspruch genommene Dienste (wie z. B. Lotsenberatung).

Unterabschnitt B. Regeln für Handelsschiffe und für Staatsschiffe, die Handelszwecken dienen

Artikel 27 (Strafgerichtsbarkeit an Bord eines fremden Schiffes)

Für die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit im Küstenmeerbereich erlegt Artikel 27 den Küstenstaaten Schranken auf. Handelt es sich nicht um den Fall, daß ein Schiff in die inneren Gewässer des Küstenstaates einläuft oder aus diesen Gewässern kommt, soll zur Sicherung des Rechts auf friedliche Durchfahrt durch das Küstenmeer die Strafgerichtsbarkeit des Küstenstaates insoweit nicht ausgeübt werden, als Strafverfolgungsmaßnahmen an Bord des Schiffes betroffen sind (Absätze 1, 2 und 5). Dieser Grundsatz wird allerdings in Absatz 1 in den vier dort genannten Fällen durchbrochen. Die Durchführung von Absatz 3 kann in entsprechender Anwendung von Nr. 135 RiVASt erfolgen. Bei strafrechtlichen Maßnahmen ist dem Ersuchen des Kapitäns nach Beiziehung diplomatischer Behörden und – bei Festnahme von Personen – den Interessen der Schiffahrt Rechnung zu tragen.

Artikel 28 (Zivilgerichtsbarkeit in bezug auf fremde Schiffe)

Vollstreckungs- oder Sicherungsmaßnahmen in Zivilsachen gegen ein fremdes Schiff kommen im Küstenmeer nur in Betracht, wenn die schuld- oder haftungsbegründenden Merkmale zeitlich oder sachlich die Durchfahrt betreffen. Sie sollen nicht zu einem Vorgehen gegen Personen führen, bei dem das Schiff angehalten oder umgeleitet wird. § 20 Abs. 2 GVG eröffnet den deutschen Zivilgerichten die Möglichkeit, diese gegenständlichen Beschränkungen der Zivilgerichtsbarkeit zu beachten.

Unterabschnitt C. Regeln für Kriegsschiffe und sonstige Staatsschiffe, die anderen als Handelszwecken dienen

Artikel 29 (Definition der Kriegsschiffe)

Die Definition des Begriffs „Kriegsschiff" folgt bis auf geringfügige Abweichungen dem Genfer Abkommen über die Hohe See vom 29. April 1958 (Artikel 8 Absatz 2). Die Änderungen sind sachgerecht. Die Zuordnung von Kriegsschiffen zu den Streitkräften entspricht der nicht auf die Marine beschränkten Verantwortlichkeit für staatliches Handeln auf See, läßt aber die bestehenden innerstaatlichen Regelungen unberührt. Der Begriff „Offizier" ist umfassender als der des deutschen Laufbahnrechts; der Kommandant muß nicht notwendigerweise Inhaber von Disziplinargewalt sein.

Die (zivil besetzten) Hilfsschiffe der Bundeswehr sind keine Kriegsschiffe, obwohl es sich um Schiffe der Streitkräfte handelt. Sie sind auch äußerlich von Kriegsschiffen zu unterscheiden, da sie nicht die Dienstflagge der Seestreitkräfte der Bundeswehr, sondern die Bundesdienstflagge führen und auch nicht über einsatzfähige Waffen verfügen (zum Teil befinden sich aber erkennbar versiegelte Rohrwaffen an Oberdeck). Sie sind Staatsschiffe und genießen damit auch Immunität.

Artikel 30 (Nichteinhaltung der Gesetze und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats durch Kriegsschiffe)

Die Vorschrift entspricht im wesentlichen dem Artikel 23 des Genfer Übereinkommens über das Küstenmeer und die Anschlußzone vom 29. April 1958. Die Pflicht zum sofortigen Verlassen ist zügig zu erfüllen.

Artikel 31 (Verantwortlichkeit des Flaggenstaats für Schäden, die ein Kriegsschiff oder ein sonstiges Staatsschiff, das anderen als Handelszwecken dient, verursacht)

Die Regelung entspricht dem allgemein völkerrechtlichen Grundsatz der Staatenverantwortlichkeit. Der Begriff des sonstigen Staatsschiffes, das anderen als Handelszwecken dient, umfaßt auch die Hilfsschiffe der Bundeswehr sowie z. B. die Fischereischutzboote und Fischereiforschungsschiffe des BML.

Artikel 32 (Immunitäten der Kriegsschiffe und der sonstigen Staatsschiffe, die anderen als Handelszwecken dienen)

Die Vorschrift entspricht im wesentlichen Artikel 22 Absatz 2 des Genfer Übereinkommens über das Küstenmeer und die Anschlußzone vom 29. April 1958.

Abschnitt 4. Anschlußzone

Artikel 33 (Anschlußzone)

Die Anschlußzone ist eine an das Küstenmeer angrenzende Meereszone, die Küstenstaaten erklären können und in der sie nur bestimmte Kontrollbefugnisse ausüben dürfen. Die küstenstaatlichen Kontrollbefugnisse werden abschließend genannt: Der Küstenstaat kann Verstöße gegen seine Zoll- und sonstigen Finanzgesetze, Einreise- oder Gesundheitsgesetze, die in seinem Hoheitsgebiet oder in seinem Küstenmeer begangen worden sind, verhindern und ahnden. Nach Artikel 303 kann auch der Verkehr von historischen und archäologischen Gegenständen kontrolliert werden. Die maximale Breite der Anschlußzone ist auf 24 Seemeilen, gemessen von den Basislinien, festgesetzt.

Das Recht der Nachteile besteht auch in der Anschlußzone (Artikel 111, Absatz 1). Der Artikel gibt dem Küstenstaat keine Befugnis, die Schiffahrtsfreiheit von Kriegs- und Hilfsschiffen, wie sie sich für die Anschlußzone aus Artikel 58 und 78 ergibt, einzuschränken.

Teil III. Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 34 (Rechtsstatus der Gewässer von Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen)

Nach Artikel 16 Absatz 4 des Genfer Küstenmeer-Übereinkommens von 1958 durfte im Interesse der Schiffahrt die

friedliche Durchfahrt durch Meerengen, die der internationalen Schiffahrt zwischen einem Teil der Hohen See und einem anderen Teil derselben oder dem Küstenmeer eines anderen Staates dienen, nicht – auch nicht vorübergehend – ausgesetzt werden. Da die Ausweitung der zulässigen Küstenmeerbreite auf 12 sm (vgl. Artikel 3) in engen Gewässern zur Folge hat, daß zahlreiche besonders wichtige internationale Schiffahrtswege erstmals in den Küstenmeerbereich einbezogen worden sind – es entstanden mehr als 120 solcher Meerengen –, ist hierfür nunmehr in Teil III (Artikel 34 bis 45) des Übereinkommens eine besondere Durchfahrtsordnung geschaffen worden.

Artikel 34 stellt klar, daß dieses Sonderregime den Rechtsstatus der solche Meerengen bildenden Gewässer sowie die Ausübung der Souveränität oder der Hoheitsbefugnisse über diese Gewässer und deren Luftraum, Meeresboden und Meeresuntergrund durch die Meerengenanliegerstaaten nicht berührt.

Artikel 35 (Geltungsbereich dieses Teiles)

Die in Artikel 34 genannte Durchfahrtsordnung für Meerengen wird räumlich im Grundsatz auf das Küstenmeer und die in Artikel 8 Absatz 2 genannten inneren Gewässer beschränkt. Unberührt bleibt jedoch die Rechtsordnung in denjenigen Meerengengewässern, für die die Durchfahrt bereits durch ein international vereinbartes und allgemein angewendetes Regime geregelt ist (z. B. Vertrag von Kopenhagen vom 14. März 1857 über die Abschaffung der Sund- und Beltzölle).

Artikel 36 (Durch Hohe See oder ausschließliche Wirtschaftszonen führende Seewege in Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen)

Die besondere Durchfahrtsordnung für Meerengen hat ihren Grund in der Tatsache, daß die internationale Schiffahrt in der Regel auf die Benutzung solcher Gewässer angewiesen ist. Wo dies wegen eines navigatorisch und hydrographisch gleichwertigen Seewegs durch die Meerenge nicht der Fall ist, kommen die Sondervorschriften des Teils III nicht zur Geltung.

Abschnitt 2. Transitdurchfahrt

Artikel 37 (Geltungsbereich dieses Abschnitts)

Die Regelung der Transitdurchfahrt gilt nur für der internationalen Schiffahrt dienende Meerengen, die zwischen Gewässern liegen, die entweder Teile der Hohen See sind oder zu einer ausschließlichen Wirtschaftszone gehören.

Artikel 38 (Recht der Transitdurchfahrt)

Die Vorschrift enthält eine der grundlegenden Neuregelungen des modernen Seevölkerrechts: Zivile und militärische Schiffe und Luftfahrzeuge haben im Bereich der in Artikel 37 genannten Meerengen das Recht auf unbehinderte Transitdurchfahrt. Ausgenommen sind Meerengen zwischen einer Insel und dem Festland, wenn seewärts der Insel ein navigatorisch und hydrographisch gleichwertiger Seeweg durch die Hohe See oder eine ausschließliche Wirtschaftszone vorhanden ist (Absatz 1). Das neue Rechtsinstitut soll einen Ausgleich dafür schaffen, daß in einer großen Anzahl von engen Seegewässern die früher dort bestehende Schiffahrtsfreiheit der Hohen See durch Küstenmeerausweitung beseitigt wurde. Die Definition der Transitdurchfahrt in Absatz 2 als „Ausübung der Freiheit der Schiffahrt und des Überflugs lediglich zum Zwecke des ununterbrochenen und zügigen Transits" schließt auch Tauchfahrten ein. Das Recht der Transitdurchfahrt läßt den Zusammenhang mit der „Freiheit der Hohen See" (vgl. Artikel 87) erkennen, geht aber räumlich insofern weiter, als hier grundsätzlich auch das ursprüngliche 3 sm-Küstenmeer in das zwischen den gegenüberliegenden Basislinien geltende Meerengenregime einbezogen wird.

Artikel 39 (Pflichten der Schiffe und Luftfahrzeuge während der Transitdurchfahrt)

Das Erfordernis des ununterbrochenen und zügigen Transits (Artikel 38 Absatz 2) wird – zum Beispiel durch Merkmale der Gewaltfreiheit – in Absatz 1 weiter konkretisiert. Nach Absatz 2 sind von der Schiffahrt die allgemein anerkannten internationalen Regeln auf dem Gebiet der Sicherheit und – vorbehaltlich Artikel 236 – des Umweltschutzes auf See, nach Absatz 3 von der zivilen Luftfahrt die in der ICAO aufgestellten Regeln, von Staatsluftfahrzeugen in der Regel die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen, einzuhalten. Luftfahrzeuge haben insbesondere die zugewiesene Funk- oder Notfunkfrequenz abzuhören.

Für Unterseeboote ist die Unterwasserfahrt ein normaler Transit im Sinne von Absatz 1 Buchstabe c. Schieß- und Waffenübungen sind während der Transitfahrt unzulässig.

Artikel 40 (Forschungs- und Vermessungsarbeiten)

Forschungs- oder Vermessungsarbeiten fremder Schiffe während der Transitdurchfahrt bedürfen der vorherigen Genehmigung der Meerengenanliegerstaaten.

Artikel 41 (Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete in Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen)

Der Artikel legt einen Rahmen fest, in dem Meerengenanliegerstaaten bei entsprechendem Sicherheitserfordernis für die Meerenge verbindliche und in Seekarten bekanntgemachte Schiffahrtswege und Verkehrstrennungsgebiete bestimmen oder diese Wegeführungen verändern können. Entscheidend ist dabei das Zusammenwirken mit der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO), sei es bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Gewässer von mehreren Meerengenanliegerstaaten, sei es bei der erforderlichen Einholung der vorherigen „Annahme" der Vorschläge durch diese Organisation.

Artikel 42 (Gesetze und andere Vorschriften der Meerengenanliegerstaaten zur Transitdurchfahrt)

Den Meerengenanliegerstaaten wird hinsichtlich der fremden Schiffe in der Transitdurchfahrt lediglich ein eingeschränkter Spielraum für verbindliche Regelungen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung belassen. Der abschließende Katalog zulässiger Bestimmungen umfaßt die Sicherheit der Schiffahrt – einschließlich der Wegeführung nach Maßgabe des Artikel 41 –, die anwendbaren internationalen Einleitensvorschriften des maritimen Umweltschutzes, Fischereiverbote sowie bestimmte Lade- und Entladebeschränkungen. Nach Absatz 5 ist der Flaggenstaat eines Staatenimmunität genießenden Schiffes oder Luftfahrzeugs für jeden Verlust oder Schaden verantwortlich, den der Meerengenanliegerstaat bei Nichteinhaltung

der küstenstaatlichen oder meerengenbezogenen völkerrechtlichen Vorschriften erleidet.

Artikel 43 (Navigationshilfen, Sicherheitsanlagen und andere Einrichtungen sowie Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung)

Nach dieser Vorschrift sollen die Benutzer- und Meerengenanliegerstaaten bei der Einrichtung und Unterhaltung von technischen Einrichtungen zur Erleichterung der internationalen Schiffahrt sowie bei der Verhütung, Bekämpfung und Überwachung der Meeresverschmutzung durch Schiffe einvernehmlich zusammenarbeiten.

Artikel 44 (Pflichten der Meerengenanliegerstaaten)

Die Vorschrift entspricht Artikel 24, schränkt jedoch die Rechte der Meerengenanliegerstaaten noch weiter als beim Regime der friedlichen Durchfahrt ein: Sie betrifft neben der – auch getauchten – Schiffahrt den Luftverkehr, verbietet jegliche Behinderung der Transitdurchfahrt und untersagt dem Küstenstaat die Aussetzung (vgl. Artikel 25 Absatz 3) derselben.

Abschnitt 3. Friedliche Durchfahrt

Artikel 45 (Friedliche Durchfahrt)

Das auf Grund von Artikel 16 Absatz 4 des Genfer Küstenmeer-Übereinkommens für bestimmte Meerengen geläufige „nicht aussetzbare Recht" auf friedliche Durchfahrt gilt nach Artikel 45 zum einen in Meerengen, auf die der Inselvorbehalt nach Artikel 38 Absatz 1 zweiter Halbsatz zutrifft, zum anderen in Meerengen zwischen einem Teil der Hohen See oder der ausschließlichen Wirtschaftszone eines Staates und dem Küstenmeer eines anderen Staates.

Teil IV. Archipelstaaten

Artikel 46 (Begriffsbestimmungen)

Die Artikel 46 bis 54 stellen für die Seegrenzen und -gebiete von Archipelstaaten im Rahmen eines völlig neuen Konzepts erstmals besondere Rechtsregeln auf. Diese wurden im Interesse der Inselstaaten entwickelt und erlauben es ihnen, größere Seebereiche ihrer Jurisdiktion zu unterstellen. Nach den Definitionen des Artikels 46 kommt es für den Begriff des „Archipels" auf die geographische, wirtschaftliche und politische Einheit der Inselgruppe samt den dazwischenliegenden Gewässern und anderen natürlichen Gebilden, für den Begriff des – aus einem oder mehreren Archipelen gebildeten – „Archipelstaats" auf den insularen Charakter mit Fehlen eines kontinentalen Festlandbezuges an (z. B. Philippinen, Indonesien).

Artikel 47 und 48 (Archipelbasislinien sowie Messung der Breite des Küstenmeeres, der Anschlußzone, der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels)

Die hierfür maßgeblichen Archipelbasislinien entstehen durch Verbindung der äußersten Insel- und Riff-Punkte des Archipelstaats. Das in Artikel 7 niedergelegte Verfahren der Festlegung gerader Basislinien wird für den Archipelstaat entsprechend modifiziert.

Artikel 49 (Rechtsstatus des Bereichs der Archipelgewässer, des Luftraums über den Archipelgewässern sowie ihres Meeresbodens und Meeresuntergrunds)

Die landwärts der Basislinien gelegenen Gewässer werden einschließlich des Luftraums und des Meeresbodens und unabhängig von ihrer Tiefe und von ihrer Distanz zur nächsten Küste dem Souveränitätsbereich des Archipelstaats zugerechnet, jedoch als „Archipelgewässer" zugleich spezifischen, die Souveränitätsausübung regelnden Rechtsvorschriften unterworfen.

Artikel 50 (Abgrenzung der inneren Gewässer)

Der Archipelstaat kann aus seinen Archipelgewässern durch Anwendung der in den Artikeln 9, 10 und 11 geregelten Verfahren mit der Festlegung von Abschlußlinien innere Gewässer ausgrenzen.

Artikel 51 (Bestehende Übereinkünfte, herkömmliche Fischereirechte und vorhandene unterseeische Kabel)

Mit dieser Vorschrift werden gegenüber dem Archipelstaat für die Archipelgewässer der Fortbestand internationaler Übereinkünfte, die Anerkennung herkömmlicher Fischereirechte und anderer rechtmäßiger Tätigkeiten angrenzender Nachbarstaaten sowie die Pflicht zur Rücksichtnahme auf vorhandene Unterseekabel sichergestellt.

Artikel 52 (Recht der friedlichen Durchfahrt)

Wie im Küstenmeer, d. h. nach Maßgabe des Teils II Abschnitt 3, genießen in den Archipelgewässern die Schiffe aller Staaten grundsätzlich das Recht auf friedliche Durchfahrt.

Artikel 53 (Recht der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen)

Analog zur Regelung über die Transitdurchfahrt (Artikel 37 ff.) enthält Artikel 53 für den unbehinderten Transit durch Archipelgewässer eine Sonderregelung, wonach zivile und militärische Schiffe und Luftfahrzeuge aller Staaten auf den üblichen Wegen das „Recht der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen" genießen. Durchfahrt in normaler Weise im Sinne des Absatz 3 ist für Unterseeboote auch die Unterwasserfahrt.

Die Archipelstaaten können das Durchfahrtrecht im Einklang mit den allgemein anerkannten internationalen Vorschriften und unter Beachtung der üblichen Schiffahrtsrouten auf bestimmte Schiffahrtswege sowie darüberliegende Flugstrecken begrenzen. Für die sichere Durchfahrt von Schiffen durch enge Fahrwasser innerhalb solcher Schiffahrtswege kann ein Archipelstaat Verkehrstrennungsgebiete vorschreiben, wenn die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) entsprechende Routenvorschläge angenommen hat.

Artikel 54 (Pflichten der Schiffe und Luftfahrzeuge während der Durchfahrt, Forschungs- und Vermessungsarbeiten, Pflichten des Archipelstaats und Gesetze und sonstige Vorschriften des Archipelstaates zur Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen)

Bestimmte Artikel des Teils III Abschnitt 2 (Transitdurchfahrt) finden auch auf die Durchfahrt nach Artikel 53 Anwendung.

Teil V. Ausschließliche Wirtschaftszone

Die ausschließliche Wirtschaftszone ist eine Meereszone der neueren Seerechtsentwicklung. Die in Teil V enthalte-

ne Rechtsordnung der ausschließlichen Wirtschaftszone ist ein auf der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen erzielter Kompromiß, der einen mehr als 30jährigen Streit um die Rechtmäßigkeit von 200 Seemeilenzonen und küstenstaatlichen Hoheitsbefugnissen beendete. Im Jahre 1947 hatten Chile, Ecuador und Peru 200 Seemeilenzonen erklärt, weitere Staaten in Lateinamerika und in anderen Regionen der Welt folgten. Solche durch einseitige Erklärungen beanspruchten Meereszonen jenseits der Küstenmeere und Anschlußzonen bis hin zu 200 Seemeilen Küstenentfernung riefen bis zu Beginn der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen nicht nur internationale Konflikte hervor (z. B. britisch-isländischer und deutsch-isländischer Fischereistreit), sondern förderten auch die Entwicklung einer unterschiedlichen Staatenpraxis hinsichtlich der Nutzung der Meere und seiner Ressourcen jenseits der Küstenmeere. Es wurden Küstenmeere bis auf 200 Seemeilen ausgedehnt oder küstenmeerähnliche Zonen, Fischereizonen, Sicherheitszonen und Umweltschutzzonen von 50 bis 200 Seemeilen Breite erklärt. In solchen Zonen suchten die betreffenden Küstenstaaten, die traditionellen Rechte anderer Staaten – vor allem Fischerei, wissenschaftliche Meeresforschung und Schiffahrt – mehr oder weniger willkürlich zu beschränken und Streitigkeiten nationalen Gerichten zuzuweisen.

Gegenwärtig beanspruchen 90 Staaten ausschließliche Wirtschaftszonen. Das Inkraftreten des SRÜ wird die Herausbildung einer mit Teil V konformen Staatenpraxis fördern, zumal erst dann die obligatorischen Streitbeilegungsverfahren (Teil XV) Anwendung finden können.

22 Staaten beanspruchen Fischereizonen bis zu 200 Seemeilen Breite.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Nordsee mit Wirkung vom 1. Januar 1977 (BGBl. 1976 II 1999) und in der Ostsee mit Wirkung vom 15. Juni 1978 Fischereizonen bis zu 200 Seemeilen eingeführt (BGBl. 1978 II 867).

Mit Wirkung vom 1. Januar 1977 haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in der Nordsee und im Nordatlantik Fischereizonen von 200 Seemeilen Breite eingeführt.

Drei Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Frankreich, Portugal, Spanien) haben eine ausschließliche Wirtschaftszone erklärt.

Die Bundesregierung hat mit Kabinettsbeschluß vom 17. Februar 1993 die Vorbereitung der Errichtung der ausschließlichen Wirtschaftszone vor der deutschen Nord- und Ostseeküste beschlossen. Vorausgegangen waren Erklärungen der Umweltminister der Nordseeanrainerstaaten zur Schaffung ausschließlicher Wirtschaftszonen vom 8. März 1990 und vom 22. September 1992 sowie der Beschluß des Rates der Umwelt- und der Verkehrsminister der Europäischen Gemeinschaft vom 25. Januar 1993.

Für die Bundesrepublik Deutschland wie für alle Mitgliedstaaten der EG gilt die Besonderheit, daß die Zuständigkeit im Fischereibereich auf die Gemeinschaft übergegangen ist. Diese übt die Kompetenz der Mitgliedstaaten in deren jeweiliger 200-Seemeilen-Zone (sog. EG-Meer) hinsichtlich Inhalt und Ausgestaltung des geltenden Fischereirechts aus. Die Durchführung selbst liegt allerdings weiterhin allein bei den Mitgliedstaaten. Eingeschlossen ist in diese EG-Kompetenz die Regelung der Fischereibeziehungen zu Drittstaaten.

Artikel 55 (Besondere Rechtsordnung der ausschließlichen Wirtschaftszone)

In Artikel 55 wird die besondere Rechtsordnung der ausschließlichen Wirtschaftszone beschrieben. Sie ist ein an das Küstenmeer angrenzendes Gebiet, in dem dem Küstenstaat die Möglichkeit der ausschließlichen Ausübung einzelner Hoheitsrechte zuerkannt wird.

Die Rechtsordnung der ausschließlichen Wirtschaftszone ergibt sich aus Teil V und aus anderen Bestimmungen des Übereinkommens (Teil VI, Artikel 88–115, Teil XII, Teil XIII, Anlage I). Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ hinsichtlich der Ausübung von küstenstaatlichen Rechten in bezug auf Schiffahrt, Überflug, Verlegung unterseeischer Kabel und Rohrleitungen, Meeresumweltschutz, wissenschaftliche Meeresforschung und Fischerei unterliegen obligatorischen Gerichtsverfahren mit bindenden Entscheidungen (Teil XV Abschnitt 2 und 3). Für solche Streitigkeiten sind zuständig der Internationale Seegerichtshof, der Internationale Gerichtshof oder die in den Anlagen VII und VIII vorgesehenen Schiedsgerichte.

Artikel 56 (Rechte, Hoheitsbefugnisse und Pflichten des Küstenstaats in der ausschließlichen Wirtschaftszone)

In Artikel 56 werden die Rechte, Hoheitsbefugnisse und Pflichten der Küstenstaaten festgelegt. Küstenstaaten haben souveräne Rechte zum Zweck der Erforschung und Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nichtlebenden natürlichen Ressourcen der Gewässer über dem Meeresboden, des Meeresbodens und seines Untergrundes. Küstenstaaten haben darüber hinaus souveräne Rechte hinsichtlich anderer Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung der Zone (z. B. Energieerzeugung aus Wasser, Strömung und Wind). Außerdem haben Küstenstaaten Hoheitsbefugnisse in bezug auf die Errichtung und Nutzung von künstlichen Inseln, von Anlagen und Bauwerken, die wissenschaftliche Meeresforschung, den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt und andere im SRÜ vorgesehen Rechte und Pflichten.

Die Rechte der Küstenstaaten in bezug auf den Meeresboden und Untergrund der ausschließlichen Wirtschaftszone sind gemäß den Regeln in Teil VI auszuüben, womit eine einheitliche Ordnung für den Meeresboden und den Untergrund der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels gewährleistet wird.

Artikel 57 (Breite der ausschließlichen Wirtschaftszone)

Die Breite der ausschließlichen Wirtschaftszone ist auf maximal 200 Seemeilen festgelegt; sie wird wie bei Küstenmeer und Anschlußzone von den Basislinien gemessen.

Artikel 58 (Rechte und Pflichten anderer Staaten in der ausschließlichen Wirtschaftszone)

Die Rechte und Pflichten anderer Staaten, d.h. alle anderen Staaten als der betreffende Küstenstaat, ergeben sich aus Artikel 58 und anderen Bestimmungen des SRÜ, insbesondere aus Teil VII (Hohe See).

Der Artikel verweist auf die in Artikel 87 (Teil VII) genannten Freiheiten der Schiffahrt, des Überflugs, der Verlegung unterseeischer Kabel und Rohrleitungen und die anderen völkerrechtlich zulässigen, mit diesen Freiheiten zusam-

menhängenden Nutzungen des Meeres. Solche Nutzungen müssen mit den anderen Bestimmungen des SRÜ vereinbar sein. In diesem Zusammenhang ist der Vorbehalt friedlicher Nutzung (Artikel 88) zu nennen. Der Begriff „friedliche Nutzung der Meere" wird in Artikel 301 erklärt und schließt militärische Handlungen und Vollstreckungsmaßnahmen nicht aus, sofern solche Tätigkeiten mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen vereinbar sind.

Der Artikel stellt fest, daß die Ordnung der Hohen See (Artikel 88 bis 155) und sonstige diesbezügliche Regeln des Völkerrechts (Völkergewohnheitsrecht und Völkervertragsrecht) in der ausschließlichen Wirtschaftszone gelten, sofern diese Bestimmungen nicht mit Teil V unvereinbar sind.

Im übrigen gilt die allgemeine Verhaltensregel: Bei der Ausübung ihrer Rechte und Erfüllung ihrer Pflichten haben Staaten die Rechte und Pflichten des betreffenden Küstenstaats ebenso wie die Küstenstaaten die Rechte und Pflichten der anderen Staaten zu berücksichtigen.

Die Bestimmungen über die ausschließliche Wirtschaftszone schränken militärische Aktivitäten nicht ein. Jedoch haben auch Kriegs- und Hilfsschiffe dem Gebot der Rücksichtnahme Rechnung zu tragen.

Artikel 59 (Grundlage für die Lösung von Konflikten über die Zuweisung von Rechten und Hoheitsbefugnissen in der ausschließlichen Wirtschaftszone)

Artikel 59 stellt eine weitere grundsätzliche Regel auf. In Fällen von Konflikten zwischen Küstenstaaten und anderen Staaten über solche Rechte und Pflichten, die im SRÜ nicht ausgewiesen sind, soll der Konflikt auf der Grundlage der Billigkeit und unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Umstände gelöst werden.

Artikel 60 (Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke in der ausschließlichen Wirtschaftszone)

In der ausschließlichen Wirtschaftszone haben Küstenstaaten das ausschließliche Recht zur Errichtung sowie zur Genehmigung und Regelung der Errichtung, des Betriebs und der Nutzung von künstlichen Inseln sowie von bestimmten Anlagen und Bauwerken. Zu letzteren zählen Anlagen und Bauwerke zur Erforschung und Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung von Wasser, Strömung und Wind, zur wissenschaftlichen Meeresforschung, zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt und zu anderen wirtschaftlichen Zwecken. Ein ausschließliches Recht betreffend Anlagen und Bauwerke zu nicht-wirtschaftlichen Zwecken (z. B. zu militärischen Zwecken) besitzen Küstenstaaten bei solchen Anlagen und Bauwerken, deren Vorhandensein die Ausübung ihrer Rechte in der Zone beeinträchtigen können.

Küstenstaaten üben über ihre künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerke ausschließliche Hoheitsbefugnisse aus, auch in bezug auf Zoll- und sonstige Finanzgesetze, Gesundheits-, Sicherheits- und Einreisegesetze. Die Errichtung und Beseitigung von künstlichen Inseln, Anlagen und Bauwerken ist bekanntzumachen. Der Pflicht, ständige Warneinrichtungen zu unterhalten, muß so genügt werden, daß alle Bereiche der zulässigen Nutzung ausschließlicher Wirtschaftszonen und des Festlandsockels erfaßt werden. Sicherheitszonen können bis zu einer Breite von 500 Metern festgelegt werden, die von allen Schiffen zu beachten sind.

Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke samt Sicherheitszonen dürfen dort nicht errichtet werden, wo sie die internationale Schiffahrt auf anerkannten und wichtigen Schiffahrtswegen behindern können.

Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke haben nicht den Status von Inseln (Teil VIII). Sie haben kein Küstenmeer und ihr Vorhandensein berührt nicht die Abgrenzung des Küstenmeers, der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels.

Alle nicht mehr benutzten Anlagen oder Bauwerke sind vom Küstenstaat nach Maßgabe der von der Internationalen Schiffahrtsorganisation als der zuständigen internationalen Organisation festgelegten Normen zu beseitigen.

Artikel 61 (Erhaltung der lebenden Ressourcen)

Artikel 61 präzisiert die Rechte und Pflichten des Küstenstaates zum Erhalt der lebenden Ressourcen, d. h. der befischbaren Arten, in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone.

Hierzu gehört insbesondere die Festlegung der zulässigen Gesamtfangmenge unter Berücksichtigung der Bestandserhaltung zur Sicherung der Grundversorgung, d. h. daß jedem Küstenstaat das Recht zusteht, die zulässige Gesamtfangmenge (total allowable catch – TAC) festzulegen.

Zu diesem Zweck arbeiten die Küstenstaaten mit allen betroffenen Staaten, insbesondere denen, die in der ausschließlichen Wirtschaftszone fischen dürfen, sowie den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Diese Zusammenarbeit besteht vor allem im Austausch der für die Erhaltung der Fischbestände wesentlichen Daten unter Beachtung international empfohlener Mindestnormen.

Die Festlegung der zulässigen Gesamtfangmengen, die Einführung von Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie ein umfassendes Kontrollsystem sind in den Artikeln 61 ff. SRÜ als geeignete Mittel zur Erhaltung und Nutzung der lebenden Ressourcen, d. h. auch der Fischbestände, aufgezählt und entsprechen dem System der EG-Fischereipolitik.

Artikel 62 (Nutzung der lebenden Ressourcen)

Für die Sicherstellung der optimalen Nutzung der lebenden Ressourcen ist jeder Küstenstaat in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone verantwortlich.

Jeder Küstenstaat bestimmt zunächst seine eigenen Kapazitäten zur Ausnutzung der Bestände. Für nicht ausgeschöpfte zulässige Fangmengen sind anderen Staaten durch Abkommen oder andere Vereinbarungen Zugang zu diesem Überschuß („surplus") zu gewähren. Inwieweit der betreffende Küstenstaat in der Vergabe seines Überschusses frei ist oder ob bestimmte Staaten darauf ein Recht haben, ist in Artikel 62 Absatz 3, 69 und 70 näher bestimmt.

Bei der Übertragung dieser Zugangsrechte berücksichtigt der Küstenstaat zunächst die eigenen, insbesondere wirtschaftlichen Interessen. Hinzu kommen die in Artikel 69 und 70 definierten Rechte der Binnenstaaten und der geographisch benachteiligten Staaten am Fang eines Teils des Überschusses der lebenden Ressourcen einer aus-

schließlichen Wirtschaftszone. Außerdem ist darauf zu achten, wirtschaftliche Störungen in Staaten, die gewohnheitsmäßig in dieser Zone gefischt haben oder die wesentliche Bemühungen zur Erforschung und Bestimmung der Bestände unternommen haben, auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Verhaltensregelungen der in der ausschließlichen Wirtschaftszone fischenden Fremdstaaten bestimmen sich nach den Gesetzen und Vorschriften, die jeder Küstenstaat im Rahmen des Seerechtsübereinkommens für seine ausschließliche Wirtschaftszone festlegt.

Solche Vorschriften beinhalten insbesondere Festlegungen bezüglich der Fischereifahrzeuge und der Ausrüstung. Zu nennen sind hier insbesondere die Erteilung einer ausdrücklichen Zugangsgenehmigung, aber auch Regelungen über Art, Größe und Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge und Gerätschaften. Regelungsfähig sind auch die fangbaren Arten, ihre jeweiligen Quoten, Alter und Größe. Zu nennen sind weiterhin Bestimmungen über Angaben, die von Fischereifahrzeugen zu machen sind sowie die Verpflichtung, Beobachter oder Praktikanten durch den Küstenstaat aufzunehmen. Es kann weiterhin die Verpflichtung begründet werden, Fischereiforschungsprogramme mit Genehmigung und unter Kontrolle des Küstenstaates durchzuführen sowie weitere gemeinschaftliche Unternehmungen oder sonstige Formen der Zusammenarbeit festzulegen. Regelbar ist auch die Anlandung des Fangs dieser Schiffe in den Häfen des Küstenstaates.

Die in Artikel 62 vorgeschriebene Beteiligung von Drittstaaten, insbesondere der Binnenstaaten und der geographisch benachteiligten Staaten, am Überschuß der lebenden Ressourcen einer ausschließlichen Wirtschaftszone wird durch zahlreiche Fischereiabkommen dieser Staaten mit der EG geregelt. Nach der Rechtsprechung des EuGH erstreckt sich die sachliche Regelungsbefugnis der Gemeinschaft in dem Maße, in dem den Staaten eine sachliche Befugnis nach Völkerrecht zusteht, auch auf die Fischerei auf Hoher See. Daher wird die Teilnahme an internationalen Organisationen – deren Ziele sich weitgehend an den Forderungen des SRÜ zum Schutz der Bestände in der Hohen See ausrichten – für die EG-Mitgliedstaaten von der EG in Wahrnehmung ihrer Zuständigkeit auf dem Fischereisektor wahrgenommen. Mit dieser Gemeinschaftszuständigkeit ist die Mitgliedschaft eines EG-Staates in einer internationalen Fischereiorganisation unvereinbar. So ist die EG z. B. Mitglied des Übereinkommens über die Nordwestatlantische Fischereiorganisation (NAFO), des Internationalen Walfangübereinkommens (IWC) und des Übereinkommens über die Fischerei im Nordostatlantik (NEAFC).

Artikel 63 (Bestände, die innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftzonen mehrerer Küstenstaaten oder sowohl innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone als auch in einem seewärts an sie angrenzenden Gebiet vorkommen)

Bei sog. überlappenden Beständen bemühen sich die beteiligten Staaten, entweder unmittelbar oder im Rahmen geeigneter subregionaler oder regionaler Organisationen die zur Erhaltung dieser Bestände erforderlichen Maßnahmen zu vereinbaren. Als Folgekonferenz zum UNCED-Gipfel in Rio im Jahre 1992 hat im Juli 1993 eine VN-Konferenz über überlappende und weit wandernde Fischbestände mit der Ausarbeitung diesbezüglicher Regelungen begonnen.

Artikel 64 (Weit wandernde Arten)

In Ergänzung zu den Vorschriften der Artikel 61 bis 63 bestimmt Artikel 64 für die in Anlage I aufgeführten weit wandernden Arten, d. h. daß der Küstenstaat und andere Staaten, deren Angehörige in der ausschließlichen Wirtschaftszone diese Bestände befischen, unmittelbar oder im Rahmen geeigneter internationaler Organisationen zusammenarbeiten, um die Erhaltung dieser Arten zu gewährleisten und ihre optimale Nutzung in der gesamten Region sowohl innerhalb als auch außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone zu fördern. Gegebenenfalls sind in Regionen, für die es keine geeignete internationale Organisation gibt, solche zu errichten.

Artikel 65 (Meeressäugetiere)

Küstenstaaten und internationalen Organisationen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten ist es unbenommen, den Schutz der Meeressäugetiere durch weitergehende Vorschriften zu regeln. Die Küstenstaaten und die internationalen Organisationen arbeiten insbesondere bei der Erhaltung, Bewirtschaftung und Erforschung der Wale mit.

Artikel 66 (Anadrome Bestände)

Anadrome Arten, d. h. Wassertiere, die in Süßwasser laichen und im übrigen in Salzwasser leben (z. B. Lachs, Stör), werden primär von den Ursprungsstaaten innerhalb ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone verwaltet. Zu diesem Zweck kann der Ursprungsstaat die zulässige Gesamtfangmenge für die aus seinen Flüssen stammenden Bestände festlegen.

Hierbei hat er auf die wirtschaftlichen Interessen in anderen Staaten, die diese Bestände befischen, Rücksicht zu nehmen, insbesondere auf die üblichen Fangmengen und die Fangmethoden. Dabei sind insbesondere solche Staaten zu berücksichtigen, die durch Vereinbarung mit dem Ursprungsstaat an Maßnahmen zur Erneuerung anadromer Bestände, insbesondere durch Aufwendungen für diesen Zweck, teilnehmen.

Grundsätzlich ist die Fischerei dieser Bestände nur in den Gewässern landwärts der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen zulässig. Dies gilt ausnahmsweise nicht in Fällen, in denen eine wirtschaftliche Störung anderer Staaten zu befürchten ist. In Fällen der Fischerei außerhalb der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen wird zwischen den beteiligten Staaten Einvernehmen über die Bedingungen dieser Fischerei, insbesondere unter Berücksichtigung des Bestandsschutzes dieser Arten, angestrebt.

In Fällen, in denen anadrome Bestände in die Gewässer landwärts der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszone eines anderen als des Ursprungsstaates wandern oder durch diese Gewässer wandern, arbeitet dieser andere Staat mit dem Ursprungsstaat bei der Bestandserhaltung zusammen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Ursprungsstaat anadromer Bestände und Staaten, die diese Bestände befischen, erfolgt durch Vereinbarungen zur Durchführung dieses Artikels, ggf. im Rahmen regionaler Organisationen.

Artikel 67 (Katadrome Arten)

Katadrome Arten, d. h. Wassertiere, die in Meerwasser laichen und im übrigen in Süßwasser leben (z. B. Aale), werden von dem Küstenstaat bewirtschaftet, in dessen Gewässer sie den größten Teil ihres Lebenszyklus verbringen, d. h. in den Süßwassergewässern, in denen sie sich außer zur Laichzeit hauptsächlich aufhalten. Der jeweilige Küstenstaat gewährleistet auch den Ein- und Austritt der wandernden Fische beim Übergang von Süß- in Salzwasser.

Die Fischerei auf katadrome Arten darf nur in Gewässern landwärts der äußeren Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen ausgeübt werden.

In Fällen, in denen katadrome Fische durch die ausschließliche Wirtschaftszone eines anderen Staates wandern, sei es als Jungfisch oder als heranreifender Fisch, wird die Bewirtschaftung einschließlich des Fanges dieser Fische durch Vereinbarung zwischen den Küstenstaaten, die grundsätzlich für die Bewirtschaftung verantwortlich sind und den anderen beteiligten Staaten geregelt, wobei die grundsätzliche Verantwortung der für die Bewirtschaftung zuständigen Staaten zu berücksichtigen ist.

Artikel 68 (Seßhafte Arten)

Artikel 68 stellt klar, daß Teil V keine Anwendung findet auf seßhafte Arten, d. h. Lebewesen, die im nutzbaren Stadium entweder unbeweglich auf oder unter dem Meeresboden verbleiben oder sich nur in ständigem körperlichen Kontakt mit dem Meeresboden oder seinem Untergrund fortbewegen können (Artikel 77 Absatz 4).

Artikel 69 (Recht der Binnenstaaten)

Artikel 69 sichert den Binnenstaaten einen angemessenen Anteil am Überschuß der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Küstenstaaten derselben Subregion oder Region unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten aller beteiligten Staaten.

Die Einzelheiten werden von den beteiligten Staaten durch zweiseitige, subregionale oder regionale Übereinkünfte festgelegt. Dabei sind insbesondere die Interessen des Küstenstaates gegen die Bedürfnisse des Binnenstaates abzuwägen.

Die Pflicht zur Beteiligung der Binnenstaaten, soweit sie Entwicklungsstaaten sind, an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen besteht für Küstenstaaten auch dann, wenn sich die Fangkapazität eines Küstenstaates dergestalt steigert, daß er in die Lage versetzt wird, die gesamte zulässige Fangmenge der lebenden Ressourcen in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone zu befischen.

Die Regelungen dieses Artikels berühren nicht weitergehende Vereinbarungen zwischen Küstenstaaten und Binnenstaaten derselben Subregion oder Region.

Artikel 70 (Recht der geographisch benachteiligten Staaten)

Geographisch benachteiligte Staaten haben das Recht, an der Ausbeutung eines angemessenen Teils des Überschusses der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Küstenstaaten derselben Subregion oder Region vorbehaltlich der Artikel 61 und 62 teilzunehmen.

Geographisch benachteiligte Staaten sind diejenigen Küstenstaaten, einschließlich Staaten, die an umschlossenen oder halb umschlossenen Meeren liegen, deren geographische Lage die von der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszonen anderer Staaten der Subregion oder Region für die angemessene Versorgung mit Fisch zu Nahrungszwecken für ihre gesamte oder einen Teil ihrer Bevölkerung abhängig macht, sowie jene Küstenstaaten, die keine eigene ausschließliche Wirtschaftszone beanspruchen können.

Auch hier werden Einzelheiten von den beteiligten Staaten durch zweiseitige, subregionale oder regionale Übereinkünfte unter Abwägung der Interessen des Küstenstaates und der beteiligten geographisch benachteiligten Staaten festgelegt.

Soweit geographisch benachteiligte Staaten gleichzeitig Entwicklungsstaaten sind, sind sie auch dann an der Ausbeutung der lebenden Ressourcen der ausschließlichen Wirtschaftszone von Küstenstaaten der Subregion oder Region zu beteiligen, wenn die Fangkapazität eines Küstenstaates es erlauben würde, die gesamte zulässige Fangmenge der lebenden Ressourcen in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone zu befischen.

Weitergehende Vorschriften bleiben unberührt.

Artikel 71 (Nichtanwendbarkeit der Artikel 69 und 70)

Die Artikel 69 und 70 finden keine Anwendung auf einen Küstenstaat, dessen Wirtschaft weitestgehend von der Ausbeutung der lebenden Ressourcen seiner ausschließlichen Wirtschaftszone abhängig ist.

Artikel 72 (Einschränkung der Übertragung von Rechten)

Die in den Artikeln 69 und 70 vorgesehenen Rechte zur Ausbeutung von lebenden Ressourcen für Binnenstaaten und geographisch benachteiligte Staaten dürfen, sofern die beteiligten Staaten nichts anderes vereinbaren, nicht unmittelbar oder mittelbar durch Verpachtung oder Lizenzerteilung, durch Schaffung gemeinschaftlicher Unternehmungen oder auf andere eine solche Übertragung bewirkende Weise auf dritte Staaten oder ihre Angehörigen übertragen werden.

Dem steht nicht entgegen, daß die bevorzugten Staaten von dritten Staaten oder internationalen Organisationen technische oder finanzielle Hilfe erhalten, die ihnen die Ausübung ihrer Rechte nach den Artikeln 69 und 70 erleichtern soll, sofern dies nicht die Wirkung hat, daß die vorbenannten Rechte faktisch übertragen werden.

Artikel 73 (Durchsetzung der Gesetze und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats)

Küstenstaaten sind berechtigt, ihre souveränen Rechte in der ausschließlichen Wirtschaftszone mit den erforderlichen Maßnahmen (z. B. Anhalten, Überprüfen, Festhalten, gerichtliche Verfahren) durchzusetzen. Das sind nach Artikel 73 Absatz 1 souveräne Rechte zur Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen. Für die Durchsetzung der Rechte an den nicht-lebenden Ressourcen ist Teil VI heranzuziehen. Für die Durchsetzung ihrer Hoheitsbefugnisse hinsichtlich der wissenschaftlichen Meeresforschung und des Schutzes

und der Bewahrung der Meeresumwelt gilt Teil XII bzw. Teil XIII. Festgehaltene Schiffe und Besatzungen sind nach Hinterlegung einer angemessenen Kaution oder anderen Sicherheit sofort freizugeben. Im Streitfall kommt das hierfür in Artikel 292 vorgesehene obligatorische Verfahren zum Zuge, das beim Internationalen Seegerichtshof anhängig gemacht werden kann.

Küstenstaaten können Verstöße gegen ihre Fischereigesetze und -vorschriften bestrafen. Haftstrafen, nicht aber die Verhängung von Erzwingungshaft nach § 96 OWiG, sind ausgeschlossen, sofern die beteiligten Staaten nicht Gegenteiliges vereinbart haben. Werden fremde Schiffe fest- oder zurückgehalten, haben Küstenstaaten sofort die betreffenden Flaggenstaaten von den ergriffenen Maßnahmen sowie von allen verhängten Strafen in Kenntnis zu setzen.

Artikel 74 (Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszone zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten)

Die Abgrenzung von ausschließlichen Wirtschaftszonen erfolgt durch Übereinkunft zwischen den betreffenden Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts, um eine der Billigkeit entsprechende Lösung zu erzielen. Kommt innerhalb einer angemessenen Frist keine Übereinkunft zustande, so sind die in Teil XV vorgesehenen Streitbeilegungsverfahren in Anspruch zu nehmen. Bis zum Abschluß einer Übereinkunft sind vorläufige Vereinbarungen praktischer Art zu treffen. Artikel 74 berührt in Kraft befindliche Übereinkünfte nicht.

Artikel 75 (Seekarten und Verzeichnisse geographischer Koordinaten)

An die Publizität der Abgrenzungen der ausschließlichen Wirtschaftszonen in Seekarten oder Koordinatenverzeichnissen werden die gleichen Anforderungen wie beispielsweise an die der Basislinien und daraus abgeleiteten Grenzen des Küstenmeeres (Artikel 16) gestellt.

Teil VI. Festlandsockel

Artikel 76 (Definition des Festlandsockels)

Wie schon die Genfer Festlandsockelkonvention knüpft das SRÜ für die Grenzziehung des Festlandsockelregimes nicht an die natürlichen geologischen und geomorphologischen Erscheinungen des Festlandsockels an. Es definiert zwar zunächst den Festlandsockel eines Küstenstaates als den jenseits seines Küstenmeeres gelegenen Meeresboden und Meeresuntergrund der Unterwassergebiete, die sich über die gesamte natürliche Verlängerung seines Landgebiets bis zur äußeren Kante des Festlandrandes erstrecken (Absatz 1), wobei der Festlandrand aus dem Sockel, Abhang und Anstieg besteht (Absatz 3). Das SRÜ unterwirft jedoch alternativ die gesamte 200-Seemeilen-Zone – insofern identisch mit der ausschließlichen Wirtschaftszone – dem Festlandsockelregime, wenn die äußere Kante des Festlandsockelrandes in einer geringeren Entfernung verläuft. Aber auch jenseits der 200-Seemeilen-Zone folgt die Grenze des Festlandsockelregimes nicht dem natürlichen Verlauf des Festlandsockelanstieges. Vielmehr legt der Küstenstaat die äußere Linie seines Festlandsockelrandes durch die gerade Verbindung von Festpunkten, die nicht weiter als 60 Seemeilen voneinander entfernt liegen dürfen, fest (Absatz 7). Bei der Bestimmung der Festpunkte hat er zwei Möglichkeiten (Irish Formula): entweder die Festpunkte dort zu setzen, wo die Dicke des Sedimentgesteins jeweils mindestens 1% der kürzesten Entfernung von diesem Punkt bis zum Fuß des Festlandabhanges beträgt (Absatz 4 Buchst. a) i)) (d. h. bei einer Entfernung von 200 km muß das Sediment mindestens 2 km dick sein), oder Festpunkte dort zu setzen, wo die Entfernung von 60 Seemeilen zum Fuße des Festlandsockels nicht überschritten wird (Absatz 4 Buchst. a) ii)). Dabei wird der Fuß des Abhangs bis zum Beweis des Gegenteils als der Punkt des stärksten Gefällwechsels an seiner Basis festgelegt (Absatz 4 Buchst. b)). Allerdings sind der seewärtigen Ausdehnung nach diesen beiden Methoden äußerste Grenzen gesetzt, und zwar wiederum in zwei Alternativen: entweder dürfen die Festpunkte nicht weiter als 350 Seemeilen von den Basislinien entfernt sein oder sie dürfen nicht weiter als 100 Seemeilen von der 2 500-m-Wassertiefenlinie entfernt sein (Absatz 5). Da die Konvention keine Aussage darüber enthält, daß sich der Küstenstaat für die Grenzziehung seines gesamten Festlandsockelgebietes der einen oder anderen Alternative bedienen muß, kann der Staat für die Festlegung jedes Festpunktes diejenige Methode anwenden, die zur größten Entfernung von seiner Basislinie führt.

Absatz 3 Satz 2 legt fest, daß der Festlandsockelrand nicht den Tiefseeboden mit seinen unterseeischen Bergrücken noch dessen Untergrund umfaßt. Mit dieser Vorschrift berücksichtigt die Konvention geomorphologische Unterschiede von Gebieten aus kontinentaler und ozeanischer Kruste. Mit unterseeischen Bergrücken sind solche Erhebungen gemeint, die aus ozeanischer Kruste bestehen und deren Zusammensetzung und Erscheinungsbild nicht dem des Kontinentalrandes mit seinen Sedimenten und seinen typischen Erscheinungsformen wie Schelf, Abhang und Anstieg – aber auch solchen Festlandsockelerscheinungen, wie Plateaus, Anstiege, Gipfel, Bänke und Ausläufer (vgl. Absatz 6 Satz 2) – folgt. Absatz 3 Satz 2 nimmt daher ozeanische Bergrücken vom Konzept des Kontinentalrandes und dessen Grenzziehung aus und trifft für das Festlandsockelregime von Inseln oder Landflächen auf unterseeischen Bergrücken in Absatz 6 eine gesonderte Regelung: Auf unterseeischen Bergrücken darf die äußere Grenze des sog. Festlandsockels 350 Seemeilen nicht überschreiten. Die Formulierung „auf" unterseeischen Bergrücken schließt aus, daß der Küstenstaat Teile der Tiefsee-Ebene in einer Entfernung innerhalb von 350 Seemeilen in sein Festlandsockelregime einschließt. Absatz 6 Satz 2 beläßt die unterseeischen Erhebungen, die natürliche Teile des Festlandsockelrandes sind, dem Konzept des Festlandsockelrandes und den Regelungen seiner Grenzziehung.

Für die Begrenzung des Festlandsockels ist neben Artikel 76 auch die „Einvernehmenserklärung betreffend eine besondere Methode, die bei der Festlegung der äußeren Kante des Festlandrandes anzuwenden ist" (Anlage II der Schlußakte), zu beachten, die auf die besonderen geologischen und geomorphologischen Charakteristika vor den Küsten Sri Lankas und Indiens Rücksicht nimmt. Sie erlaubt einem Staate, ungeachtet des Artikel 76 SRÜ und der in ihm enthaltenen sog. Irish Formula, die Festpunkte für den äußeren Rand des Festlandrandes dort zu setzen, wo die Dicke des Sedimentgesteins jeweils mindestens einen Kilometer beträgt, wenn die Dicke des Sedimentgesteins an der nach der irischen Formel festgesetzten Linie durchschnittlich mindestens 3,5 km beträgt. Diese Metho-

de darf ein benachbarter Staat für die Grenzziehung seines Festlandsockels fortsetzen, soweit sich sein Festlandsockel als eine gemeinsame geologische Erscheinung darstellt und ebenfalls 3,5 km Sedimentsdicke an der nach der irischen Formel gezogenen Linie aufweist. Die nach Anlage II des SRÜ gebildete Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels wird dementsprechend ersucht, sich bei Empfehlungen im Zusammenhang mit der Festlegung der Festlandsockelgrenzen von dieser Einvernehmenserklärung leiten zu lassen.

Absatz 8 verlangt, daß der Küstenstaat der gemäß Anlage II des SRÜ gebildeten Festlandsockelkommission die Angaben über die Grenzen seines Festlandsockels jenseits der 200-Seemeilen-Zone übermittelt. Die Festlandsockelkommission ihrerseits gibt gegenüber den Küstenstaaten Empfehlungen in Fragen der Festlandsockelbegrenzung ab. Auf der Grundlage solcher Empfehlungen festgesetzte Grenzen sind endgültig und verbindlich. Ungeregelt bleibt jedoch die Frage der Grenzziehung, wenn Küstenstaat und Kommission auch nach dem in Artikel 8 der Anlage II des SRÜ vorgesehenen Verfahren keine Einigung über die Grenzen erlangen. Einerseits kann der Staat nur auf der Grundlage der Empfehlungen der Kommission festgelegte Grenzen endgültig und verbindlich festlegen, andererseits haben die Empfehlungen der Kommission keinen verbindlichen Charakter.

Absatz 9 verpflichtet den Küstenstaat, beim Generalsekretär die Unterlagen, die die äußeren Grenzen seines Festlandsockels dauerhaft beschreiben, zu hinterlegen; Absatz 10 stellt fest, daß der Artikel nicht die Frage der Abgrenzung des Festlandsockels zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten berührt. Letzteres ist vielmehr in Artikel 83 geregelt.

Artikel 77 (Rechte des Küstenstaates am Festlandsockel)

Artikel 77 stimmt weitgehend mit Artikel 2 der Genfer Konvention überein, indem die souveränen Rechte des Küstenstaates zum Zwecke der Erforschung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Festlandsockels anerkannt werden. Wie auch schon die Genfer Festlandsokkelkonvention zählt das SRÜ die seßhaften Lebewesen zu den natürlichen Ressourcen und läßt damit weiterhin die Frage offen, ob auch solche lebenden Organismen erfaßt werden, die zwar ständig auf dem Meeresboden oder in Berührung mit ihm leben, sich aber gelegentlich von ihm entfernen, wie die wirtschaftlich wertvollen Schalentiere. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Frage offen, ob derartige Lebewesen, soweit sie in der ausschließlichen Wirtschaftszone vorhanden sind, zum Überschuß im Sinne des Artikel 62 gehören können, zu denen der Küstenstaat anderen Staaten Zugang gewähren muß, oder dem ausschließlichen Nutzungsrecht des Küstenstaates unter dem Festlandsockelregime unterliegen.

Nach Absatz 3 bestehen die Rechte am Festlandsockel unabhängig von einer tatsächlichen oder nominellen Besitzergreifung oder einer ausdrücklichen Erklärung des Küstenstaates.

Artikel 78 (Rechtsstatus der Gewässer und des Luftraums über dem Festlandsockel sowie Rechte und Freiheiten anderer Staaten)

Artikel 78 weicht insofern von Artikel 3 der Genfer Konvention ab, als er nicht mehr den Rechtsstatus der über dem Sockel befindlichen Gewässer als Hohe See bezeichnet. Diese Gewässer können nach dem SRÜ Hohe See oder – soweit vom Küstenstaat erklärt – bis maximal zur 200 sm-Linie ausschließliche Wirtschaftszone mit entsprechender Jurisdiktionszuständigkeit sein. Daher wird in Absatz 2 sichergestellt, daß die dort geltenden Rechte und Freiheiten insbesondere der Schiffahrt (vgl. Artikel 58, 87) nicht unter Berufung auf Rechte am Festlandsockel beeinträchtigt oder ungerechtfertigt behindert werden.

Absatz 2 sichert im Hinblick auf die 200-Seemeilen-Zone auch nicht mehr wie Artikel 5 der Genfer Konvention die Hohe See-Freiheiten anderer Staaten im Festlandsockelbereich eines Küstenstaates, sondern beschränkt sie auf die Rechte und Freiheiten, die das SRÜ für dritte Staaten in den der Jurisdiktion des Küstenstaates unterliegenden Meereszonen bereithält (vgl. Artikel 58 Absatz 2 für die ausschließliche Wirtschaftszone).

Artikel 79 (Unterseeische Kabel und Rohrleitungen auf dem Festlandsockel)

Artikel 79 regelt detaillierter als Artikel 4 der Genfer Konvention das Recht anderer Staaten, auf dem Festlandsokkel unterseeische Kabel und Rohrleitungen zu verlegen.

Artikel 80 (Künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke auf dem Festlandsockel)

Artikel 80 verweist für künstliche Inseln, Anlagen und Bauwerke auf eine sinngemäße Anwendung des Artikel 60, so daß der Küstenstaat im Festlandsockel das ausschließliche Recht zur Errichtung, Genehmigung und Regelung der Errichtung, des Betriebes und der Nutzung der dort genannten Anlagen hat. Zu den in Artikel 60 genannten Anlagen gehören u. a. Anlagen und Bauwerke für die in Artikel 56 vorgesehenen Zwecke. Hierzu zählen die Erforschung und Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nichtlebenden Ressourcen der Gewässer über dem Meeresboden und des Meeresbodens sowie andere Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung. Über Artikel 80 erhält der Küstenstaat also auch im Bereich des Festlandsockels jenseits der 200-Seemeilen-Zone das Recht, Einrichtungen für die Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nichtlebenden Ressourcen zu genehmigen und zu kontrollieren.

Artikel 81 (Bohrarbeiten auf dem Festlandsockel)

Artikel 81, der kein Gegenstück in der Genfer Konvention hat, gewährt dem Küstenstaat das ausschließliche Recht, Bohrarbeiten auf dem Festlandsockel für alle Zwecke zu genehmigen und zu regeln. Damit unterfallen auch Bohrungen zu wissenschaftlichen Zwecken der Regelungs- und Genehmigungskompetenz des Küstenstaates.

Artikel 82 (Zahlungen und Leistungen aus der Ausbeutung des Festlandsockels jenseits von 200 Seemeilen)

Artikel 82 ist insofern ein Novum gegenüber dem herkömmlichen Festlandsockelregime, als er den Küstenstaat verpflichtet, für die Ausbeutung des Festlandsockels jenseits der 200-Seemeilen-Zone Zahlungen und Leistungen zu erbringen, die über die Behörde an die Vertragsstaaten unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten gerecht verteilt werden. Dies gilt

aber nur für die Ausbeutung nichtlebender Ressourcen. Damit ist das Regime dieses Bereiches des Festlandsockels dem des Tiefseebodens angenähert, für den das Prinzip des gemeinsamen Erbes der Menschheit gilt. Eine Ausnahme von der Verpflichtung zu Zahlungen und Leistungen besteht für einen Entwicklungsstaat, der Nettoimporteur einer von seinem Festlandsockel gewonnenen mineralischen Ressource ist.

Artikel 83 (Abgrenzung des Festlandsockels zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten)

Die Bestimmungen des SRÜ zur Abgrenzung des Festlandsockels mit gegenüberliegenden oder aneinandergrenzenden Küsten sind außerordentlich vage, insofern als sie allgemein auf Übereinkünfte „auf der Grundlage des Völkerrechts im Sinne des Artikels 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs" verweisen, um eine „der Billigkeit entsprechende Lösung" zu erreichen. Das SRÜ bezieht sich damit auf das Völkergewohnheitsrecht bzw. für die betreffenden Vertragsstaaten auf die Genfer Konvention von 1958 und die Interpretation dieser Normen durch die internationalen Gerichte.

Das bedeutet, daß nach wie vor die in der Genfer Konvention festgeschriebenen Regeln des Äquidistanzprinzips, der „besonderen Umstände" und das vom IGH herangezogene Equity-Prinzip mit allen in ihnen liegenden Unsicherheiten eine Rolle spielen. Die bislang vorliegenden Urteile des IGH zu diesem Komplex lassen keine generelle Regel erkennen, wie Festlandsockelbereiche abzugrenzen sind. Maßgeblich war der Gesichtspunkt der Einzelfallgerechtigkeit.

Artikel 84 (Seekarten und Verzeichnisse geographischer Koordinaten)

Artikel 84 gilt sowohl für die äußeren Festlandsockelgrenzen wie auch für die Grenzen, die von Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten vereinbart werden. Die Vorschrift befaßt sich mit der Publizität der Festlandsockelgrenzen, die entweder als Linien auf Seekarten eingetragen oder in Form von Verzeichnissen der geographischen Koordinaten von Punkten unter genauer Angabe der geodätischen Daten angegeben werden. Nach Absatz 2 hat der Küstenstaat diese Seekarten oder Verzeichnisse ordnungsgemäß zu veröffentlichen und beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen (letzteres ist ihm für die äußeren Grenzen bereits durch Artikel 76 Absatz 9 vorgeschrieben). Wenn die äußeren Festlandsockelgrenzen eingetragen sind, besteht außerdem eine Hinterlegungspflicht beim Generalsekretär der Behörde.

Artikel 85 (Anlage von Tunneln)

Auch Artikel 85, der den Küstenstaat berechtigt, den Meeresuntergrund unabhängig von der Tiefe des darüberliegenden Wassers zu nutzen, hat sein Gegenstück in der Genfer Konvention (Artikel 7). Die Bestimmung macht hier allerdings keinen Sinn mehr, da die Ausbeutung der Ressourcen des Meeresuntergrundes im Festlandsockelbereich unabhängig von der Tiefe des Wassers über ihm gewährt wird und jenseits dessen dem Regime des Teils XI des SRÜ unterliegt.

Teil VII. Hohe See

In Teil VII werden weitgehend die Bestimmungen des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See übernommen, das im wesentlichen bereits vorher geltendes Völkerrecht kodifiziert hatte. Die Rechtsordnung der Hohen See des SRÜ weist jedoch einige wichtige Neuerungen auf. Das gilt vor allem hinsichtlich der Definition der Hohen See bzw. der Anwendung des Teils VII. Während nach Artikel 1 des Übereinkommens von 1958 unter dem Ausdruck „Hohe See" alle Teile des Meeres zu verstehen sind, die nicht zum Küstenmeer oder zu den inneren Gewässern eines Staates gehören, verzichtet das SRÜ auf eine ausdrückliche Definition und beschränkt sich in Artikel 86 auf eine Regelung des räumlichen Anwendungsbereichs des Teils VII. Damit konnte erreicht werden, daß bestimmte Freiheiten der Hohen See in der ausschließlichen Wirtschaftszone fortbestehen (Artikel 58). Beide Übereinkommen enthalten eine nur beispielhafte Aufzählung der Meeresnutzungen der Hohen See.

Im Gegensatz zum Übereinkommen von 1958, das in Artikel 2 vier Freiheiten (Schiffahrt, Fischerei, Kabel und Rohrleitungen, Überflug) ausweist, werden im SRÜ (Artikel 87) noch die Freiheit der Errichtung von künstlichen Inseln und anderen Anlagen sowie die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung genannt. Allerdings werden mit Ausnahme der Freiheit der Schiffahrt und der Freiheit des Überflugs die anderen genannten Freiheiten durch bestimmte Teile und Vorschriften des SRÜ eingeschränkt (Teile VI und XIII, Artikel 116–120).

Die Hohe See, wie auch die ausschließliche Wirtschaftszone und das Gebiet, sind friedlichen Zwecken vorbehalten (Artikel 58 Absatz 2, Artikel 88, Artikel 141). Dieser Vorbehalt der friedlichen Nutzung wird in Artikel 301 näher ausgeführt: Die Vertragstaaten enthalten sich jeder Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Unversehrheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet oder sonst mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar ist.

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 86 (Anwendung dieses Teiles)

Das SRÜ beschränkt sich im Unterschied zum Übereinkommen von 1958, das in Artikel 1 eine Definition der „Hohen See" enthält, auf eine Regelung des räumlichen Anwendungsbereichs des Teils VII. Auch an dieser Stelle wird klargestellt, daß bestimmte Freiheiten der Hohen See in den ausschließlichen Wirtschaftszonen in Übereinstimmung mit Artikel 58 SRÜ fortbestehen.

Artikel 87 (Freiheit der Hohen See)

Über die vier in dem Übereinkommen von 1958 vorgesehenen Erscheinungsformen der Freiheit der Hohen See hinaus (Schiffahrt, Fischerei, Kabel- und Rohrleitungverlegung, Überflug) werden allen Staaten auch die Freiheit der Errichtung von künstlichen Inseln und anderen zulässigen Anlagen sowie die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung zuerkannt, zugleich aber – wie auch das Kabel- und Rohrleitungsrecht – unter den Vorbehalt anderer Teile des SRÜ gestellt (vgl. Teile VI, XIII Artikel 116–120). Für die Fischerei wird auf die Bedingungen des Abschnittes 2 verwiesen. Die Interessen anderer Staaten sind gebührend zu berücksichtigen.

Artikel 88 (Bestimmung der Hohen See für friedliche Zwecke)

Wie für die ausschließliche Wirtschaftszone und das Gebiet ist für die Hohe See ausdrücklich festgelegt, daß sie friedlichen Zwecken vorbehalten ist. Ausgeschlossen ist nicht die Nutzung zu militärischen Zwecken, sondern jede nach der VN-Satzung unzulässige Androhung oder Anwendung von Gewalt (Artikel 301).

Artikel 89 (Ungültigkeit von Souveränitätsansprüchen über die Hohe See)

Das Verbot der Unterstellung von Teilen der Hohen See unter staatliche Souveränität entspricht Artikel 2 Satz 1 des Hohe-See-Übereinkommens von 1958.

Artikel 90 bis 94 (Recht der Schiffahrt; Staatszugehörigkeit und Rechtsstellung der Schiffe; Schiffe, welche die Flagge der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation führen; Pflichten des Flaggenstaats)

Die Vorschriften gehen über die entsprechenden Regelungen des Übereinkommens von 1958 (Artikel 4 bis 7) insofern hinaus, als der Vorbehalt für Dienstschiffe zwischenstaatlicher Organisationen konkret auf die UN-Organisationen und die IAO bezogen wird (Artikel 93) und die Verantwortlichkeit der Flaggenstaaten über ihre Schiffe in einem umfangreichen Katalog von Anforderungen konkretisiert wird (Artikel 94). Dieser umfaßt neben Registrierungs- und Kontrollpflichten die Gewährleistung der Sicherheit auf See, insbesondere in bezug auf Bau, Ausrüstung, Seetüchtigkeit, Bemannung, Ausbildung der Besatzung, Signalwesen, Kommunikation und Kollisionsverhütung einschließlich vorheriger Schiffsbesichtigung sowie Vorhandensein der erforderlichen Seekarten und nautischen Instrumente. Gravierende Vorfälle auf der Hohen See mit Schadensfolgen für andere Staaten oder deren Schiffe oder Staatsangehörige hat der Flaggenstaat zu untersuchen; Beanstandungen seitens anderer Staaten hinsichtlich der flaggenstaatlichen Pflichten hat er nachzugehen.

Artikel 95 bis 98 (Immunität von Kriegsschiffen auf Hoher See und von Schiffen, die im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden; Strafgerichtsbarkeit in bezug auf Zusammenstöße oder andere mit der Führung eines Schiffes zusammenhängende Ereignisse; Pflicht zur Hilfeleistung)

Die Vorschriften entsprechen den wortgleichen Artikeln 8, 9, 11 und 12 des Übereinkommens von 1958. Ergänzend ist zu Artikel 97 darauf hinzuweisen, daß mit dem in Absatz 1 genannten „Ereignis auf Hoher See" nur ein solches gemeint ist, das mit einem fehlerhaften navigatorischen Verhalten zusammenhängt. Diese Regelung entspricht weitestgehend der deutschen Rechtslage; sie schließt die Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit allerdings dann aus, wenn deutsches Strafrecht auf Grund des § 7 Abs. 1 und Abs. 2 StGB anwendbar wäre.

Artikel 99 (Verbot der Beförderung von Sklaven)

Artikel 99 entspricht Artikel 13 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See sowie dem Übereinkommen vom 25. September 1926 über die Sklaverei. Beide Übereinkommen sind für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Die Artikel 100 bis 107 enthalten Vorschriften zur Bekämpfung der Seeräuberei. Sie entsprechen den Artikel 14–21 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See mit Ausnahme des Artikel 107, der zusätzlich verlangt, daß Staatsschiffe und -luftfahrzeuge, die allein zum Aufbringen wegen Seeräuberei berechtigt sind, deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet und als solche erkennbar sind.

Soweit deutsche Stellen im Rahmen der in den Artikeln 105, 107, 110 und 111 SRÜ eingeräumten Möglichkeiten und ihren in den deutschen Vorschriften festgelegten Befugnissen hoheitliche Maßnahmen gegen andere ergreifen, haben sie die einschlägigen deutschen Verfahrensvorschriften zu beachten. Das bedeutet auch, daß die in Artikel 104 GG enthaltenen Rechtsgarantien gewahrt werden. Sollte dies – wie etwa eine persönliche Vorführung vor dem zuständigen Richter in der Artikel 104 Abs. 3 GG genannten Frist – aus tatsächlichen Gründen (insbesondere zu großer Entfernung vom deutschen Hoheitsgebiet) nicht möglich sein, muß eine Verfahrensweise gewählt werden, die dem Regelungsgehalt von Artikel 104 GG möglichst nahekommt (z. B. Einschalten des Richters über Funk; unverzügliche Nachholung der Vorführung).

Artikel 108 (Unerlaubter Verkehr mit Suchtstoffen oder psychotropen Stoffen)

Artikel 108 verpflichtet alle Staaten bei der Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels in zwei Fällen zusammenzuarbeiten. Absatz 1 betrifft die Beteiligung von Schiffen auf Hoher See und Absatz 2 sieht vor, daß jeder Staat, der begründeten Anlaß zur Annahme hat, daß ein seine Flagge führendes Schiff am unerlaubten Verkehr mit derartigen Stoffen beteiligt ist, andere Staaten um Zusammenarbeit zur Unterbindung dieses Drogenhandels ersuchen kann. Weitergehende Regelungen enthält Artikel 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, der die weltweite Zusammenarbeit konkretisiert (Ausführungsvorschriften dazu sind im Ausführungsgesetz Suchtstoffübereinkommen 1988 vom 2. August 1993, BGBl. I S. 1407, enthalten), sowie bilaterale Abkommen, die eine gegenseitige Kontrolle zum Schutz gegen Drogenschmuggel erlauben.

Artikel 109 (Nicht genehmigte Rundfunksendungen von Hoher See aus)

Artikel 109 verpflichtet alle Staaten, bei der Bekämpfung nicht genehmigter Rundfunksendungen von der Hohen See aus zusammenzuarbeiten. Nach Absatz 2 handelt es sich dabei um Hörfunk- oder Fernsehsendungen, die zum Empfang durch die Allgemeinheit von einem Schiff oder einer Anlage auf Hoher See unter Verletzung internationaler Vorschriften übertragen werden, wobei die Übermittlung von Notrufen ausgenommen ist. Absatz 3 regelt, welche Staaten nicht genehmigte Rundfunkanlagen gerichtlich verfolgen dürfen. Absatz 4 regelt das Recht zur Festnahme von Personen, zum Festhalten von Schiffen und zur Beschlagnahme des Sendegerätes. Für Europa ist zusätzlich auf das Europäische Übereinkommen vom 22. Januar 1965 zur Verhütung von Rundfunksendungen, die von Sendestellen außerhalb der staatlichen Hoheitsgebiete gesendet werden (BGBl. 1969 II S. 1939) hinzuweisen.

Artikel 110 (Recht zum Betreten)

Artikel 110 regelt das Eingreifen von Kriegsschiffen und Militärluftfahrzeugen auf Hoher See. Ein fremdes Schiff darf nur bei Verdacht der Seeräuberei, des Sklavenhandels, nicht genehmigter Rundfunksendungen, der fehlenden Staatszugehörigkeit oder des Flaggenmißbrauchs angehalten werden, um seine Berechtigung zur Flaggenführung zu überprüfen. Wenn nach Prüfung der Dokumente ein Verdacht fortbesteht, so können weitere Untersuchungen an Bord vorgenommen werden, die so rücksichtsvoll wie möglich durchzuführen sind. Erweist sich der Verdacht als unbegründet, ist dem angehaltenen Schiff jeder Verlust oder Schaden zu ersetzen; als Grundlage kommt eine Amtshaftung nach § 839 BGB oder eine Haftung nach den Grundsätzen des enteignenden oder enteignungsgleichen Eingriffs in Betracht. Gegen Schiffe, die nach Artikel 95 und 96 vollständige Immunität genießen, dürfen solche Maßnahmen nicht vorgenommen werden. Artikel 110 entspricht im wesentlichen Artikel 22 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See.

Artikel 111 (Recht der Nacheile)

Artikel 111 regelt das Recht der Nacheile nach fremden Schiffen. Das Recht der Nacheile steht einem Küstenstaat zu, gegen dessen Gesetze und sonstigen Vorschriften ein fremdes Schiff verstoßen hat. Nacheile muß beginnen, solange sich ein solches Schiff innerhalb der inneren Gewässer, der Archipelgewässer, des Küstenmeers oder der Anschlußzone des nacheilenden Staates aufhält. Das Recht auf Nacheile findet sinngemäß auch auf Verstöße gegen Gesetze und sonstige Vorschriften statt, die auf die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel anwendbar sind. Das Recht der Nacheile endet, sobald das verfolgte Schiff das Küstenmeer seines eigenen oder eines dritten Staates erreicht hat und darf nur von Kriegsschiffen, Staatsschiffen und Militärluftfahrzeugen ausgeübt werden. Wurde ein Schiff außerhalb des Küstenmeers ohne Rechtfertigungsgründe gestoppt oder festgehalten, ist ihm jeder dadurch erlittene Verlust oder Schaden zu ersetzen. Artikel 111 entspricht Artikel 23 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See. Neu sind die Regelungen betreffend die Archipelgewässer, die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel.

Artikel 112 (Recht zum Legen unterseeischer Kabel und Rohrleitungen)

Artikel 112 bestimmt, daß jeder Staat das Recht hat, auf dem Boden der Hohen See jenseits des Festlandsockels Kabel und Rohrleitungen zu legen. Dabei ist gem. Artikel 79 Absatz 5 auf bereits vorhandene Kabel und Rohrleitungen Rücksicht zu nehmen. Diese Vorschriften entsprechen im wesentlichen Artikel 26 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See.

Artikel 113 (Unterbrechung oder Beschädigung eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung)

Artikel 113 verpflichtet jeden Staat zum Erlaß der erforderlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften, vorsätzliche oder fahrlässige Unterbrechungen oder Beschädigungen von unterseeischen Telegraphen- oder Fernsprechverbindungen unter Strafe zu stellen. Eine strafbare Handlung liegt nicht vor, wenn die Unterbrechung oder Beschädigung durch Personen verursacht wurde, die lediglich das Ziel verfolgten, ihr Leben oder ihr Schiff zu schützen. Im deutschen Recht bestehen mit den §§ 303, 304, 316b und 317 StGB einschlägige Vorschriften. Artikel 113 entspricht im wesentlichen Artikel 27 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See.

Artikel 114 (Unterbrechung oder Beschädigung eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung durch Eigentümer eines anderen unterseeischen Kabels oder einer anderen unterseeischen Rohrleitung)

Artikel 114 verpflichtet jeden Staat zum Erlaß von Gesetzen und Vorschriften, die Verursachern von Unterbrechungen oder Beschädigungen fremder Kabel und Rohrleitungen die Übernahme der dadurch entstandenen Reparaturkosten auferlegen. Artikel 114 entspricht im wesentlichen Artikel 28 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See.

Artikel 115 (Entschädigung für Verluste, die durch die Vermeidung der Beschädigung eines unterseeischen Kabels oder einer unterseeischen Rohrleitung entstanden sind)

Artikel 115 verpflichtet jeden Staat, Gesetze und Vorschriften zur Entschädigung von Schiffseigentümern zu erlassen, die einen Anker, ein Netz oder ein anderes Fischfanggerät geopfert haben, um eine Beschädigung eines Kabels oder einer Rohrleitung zu vermeiden.

Artikel 115 entspricht Artikel 29 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über die Hohe See.

Abschnitt 2. Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen der Hohen See

Artikel 116 (Recht zur Fischerei auf Hoher See)

Artikel 116 schränkt die grundsätzlich durch Artikel 87 formulierte Freiheit der Fischerei auf Hoher See ein. Zwar wird auch hier zunächst der Grundsatz aufgestellt, daß jeder Staat das Recht hat, Fischfang auf Hoher See auszuüben. Dies gilt aber nicht unbeschränkt. Das Recht zum Fischfang auf Hoher See steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt vertraglicher Verpflichtungen des jeweiligen Staates sowie einschränkender Vorschriften des Seerechts im Übereinkommen, dort insbesondere Artikel 63 Absatz 2 und den Artikeln 64 bis 67, also den Vorschriften zugunsten der sogenannten überlappenden Bestände, der weit wandernden Arten, der Meeressäugetiere sowie der anadromen und katadromen Meerestiere.

Artikel 117 (Pflicht der Staaten, in bezug auf ihre Angehörigen Maßnahmen zur Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See zu ergreifen)

Artikel 117 formuliert die allgemeine Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten gegenüber ihren Staatsangehörigen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See zu ergreifen oder mit anderen Staaten zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten.

Artikel 118 (Zusammenarbeit der Staaten bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen)

Artikel 118 formuliert die Verpflichtung der Staaten zur Kooperation bei der Bestandserhaltung der lebenden Ressourcen in den Gebieten der Hohen See. Die Pflicht zur

Zusammenarbeit betrifft die Staaten, deren Angehörige dieselben lebenden Ressourcen oder verschiedene lebende Ressourcen in demselben Gebiet befischen. Zu diesem Zweck nehmen die Staaten Verhandlungen auf bzw. arbeiten an der Errichtung subregionaler oder regionaler Fischereiorganisationen mit.

Artikel 119 (Erhaltung der lebenden Ressourcen der Hohen See)

Artikel 119 konkretisiert den bereits in Artikel 117 niedergelegten allgemeinen Grundsatz der Bestandserhaltungspflicht. Diese wird im einzelnen wie folgt konkretisiert:

Es besteht die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um den größtmöglichen Dauerertrag zu sichern. Bei den Maßnahmen zur Sicherung des größtmöglichen Ertrages sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: Die Maßnahmen müssen auf den besten verfügbaren wissenschaftlichen Angaben basieren. Umwelt- und Wirtschaftsfaktoren, einschließlich der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, Fischereistrukturen, die gegenseitige Anhängigkeit der Bestände sowie alle allgemein empfohlenen internationalen Mindestnormen sind zu berücksichtigen.

Dabei ist zu beachten, daß die mit den befischten Arten vergesellschafteten oder von ihnen abhängigen Arten in ihrem Bestand nicht gefährdet werden.

Es besteht die Verpflichtung zum Austausch von Informationen und Daten zur Bestandserhaltung, ggf. im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen, sei es subregionaler, regionaler oder weltweiter Art.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, daß Bestandserhaltungsmaßnahmen Fischer anderer Staaten nicht beeinträchtigen.

Die Bestandserhaltungsmaßnahmen in Artikel 119 Absatz 1 (a) sind das Ergebnis der in Artikel 118 festgeschriebenen Kooperationspflicht der Staaten.

Artikel 120 (Meeressäugetiere)

Auf die Erhaltung und Bewirtschaftung der Meeressäugetiere der Hohen See findet Artikel 65 Anwendung, d. h. daß auch für den Bereich der Hohen See Küstenstaaten und internationale Organisationen weitergehende Vorschriften zum Schutz dieser Tiere erlassen können (z. B. Internationales Übereinkommen vom 02. Dezember 1946 zur Regelung des Walfangs).

Teil VIII. Ordnung der Inseln

Artikel 121 beinhaltet eine gewisse Weiterentwicklung der Regelungen der Genfer Seerechtsübereinkommen vom 29. April 1958.

Die Definition einer Insel, eine natürlich entstandene Landfläche, die vom Wasser umgeben ist und bei Flut über den Wasserspiegel hinausragt, entspricht Artikel 10 Absatz 1 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über das Küstenmeer und die Anschlußzone.

Die Bestimmungen des SRÜ über das Küstenmeer, die Anschlußzone, die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel finden auch auf Inseln Anwendung. Auch nach Artikel 10 Absatz 2 und Artikel 24 Absatz 1 des Übereinkommens vom 29. April 1958 über das Küstenmeer und die Anschlußzone können für Inseln Küstenmeer und Anschlußzone beansprucht werden. Ob alle Inseln auch einen Festlandsockel haben, war nach Artikel 1 (b) des Übereinkommens vom 29. April 1958 über den Festlandsockel nicht eindeutig.

In Artikel 121 wird der Begriff der Felsen eingeführt, der allerdings nicht definiert ist. Grundsätzlich können auch für Felsen die genannten Meereszonen beansprucht werden. Nur solche Felsen, die für die menschliche Besiedlung nicht geeignet sind oder ein wirtschaftliches Eigenleben nicht zulassen, können keine ausschließliche Wirtschaftszone und keinen Festlandsockel haben.

Teil IX. Umschlossene oder halbumschlossene Meere

Teil IX enthält gegenüber den Genfer Seerechtsübereinkommen vom 29. April 1958 Neuregelungen. Ein Versuch, die auf das 17. Jahrhundert zurückgehende Doktrin der geschlossenen Meere (mare clausum) auf der ersten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen zu kodifizieren, war erfolglos geblieben. Danach sollten Beschränkungen der Freiheiten der Hohen See, insbesondere der Schiffahrtsfreiheit, von den Anliegerstaaten geschlossener Meere gegenüber anderen Staaten festgelegt werden können. Teil IX schränkt hingegen die Freiheit der Schiffahrt wie auch andere Rechte Dritter in umschlossenen oder halbumschlossenen Meeren nicht ein. Artikel 122 und 123 zielen vielmehr auf die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischerei, des Meeresumweltschutzes und der wissenschaftlichen Forschung ab.

Artikel 122 (Definition)

Artikel 122 bestimmt, daß umschlossene oder halbumschlossene Meere solche Meere sind, die von zwei oder mehr Staaten umgeben und mit einem anderen Meer oder Ozean durch einen engen Ausgang verbunden sind, oder ganz oder überwiegend aus den Küstenmeeren und den ausschließlichen Wirtschaftszonen von zwei oder mehr Küstenstaaten bestehen. Danach sind z. B. Nord- und Ostsee, das Schwarze Meer, das Mittelmeer, die Karibik und die Bering See umschlossene oder halbumschlossene Meere.

Artikel 123 (Zusammenarbeit der Anliegerstaaten von umschlossenen oder halbumschlossenen Meeren)

Artikel 123 beinhaltet keine Verpflichtung der Anliegerstaaten zur Zusammenarbeit. Sie werden lediglich angehalten, auf drei Gebieten (Fischerei, Meeresumwelt, wissenschaftliche Forschung) bei der Ausübung ihrer Rechte und Erfüllung ihrer Pflichten aus dem SRÜ entweder unmittelbar oder im Rahmen von regionalen Organisationen zusammenarbeiten. Die Rechte und Pflichten anderer Staaten in den verschiedenen Meereszonen (z. B. im Küstenmeer und in der ausschließlichen Wirtschaftszone) werden davon nicht berührt. Artikel 123 ist als eine Rahmenbestimmung für bestehende und künftige Übereinkommen anzusehen (z. B. Übereinkommen vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee, Übereinkommen vom 9. Juni 1969 zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Nordsee, Konvention vom 13. September 1973 über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten, die Übereinkommen vom 22. März

1974 und vom 9. April 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets).

Teil X. Recht der Binnenstaaten auf Zugang zum und vom Meer und Transitfreiheit

Artikel 124 (Begriffsbestimmungen)

Die im SRÜ vorgesehenen Rechte sollen auch von Binnenstaaten ausgeübt werden können (z. B. Artikel 17: Recht der friedlichen Durchfahrt; Artikel 90: Recht zur Schiffahrt auf der Hohen See unter eigener Flagge). Artikel 124 definiert den Begriff des „Binnenstaats" sowie weitere Begriffe, die rechtlich für die Zulassung des Verkehrs von Personen und Sachen zwischen dem Gebiet des Binnenstaats und dem Meer von Bedeutung sind.

Artikel 125 (Recht auf Zugang zum und vom Meer und Transitfreiheit)

Über Artikel 3 des Übereinkommens über die Hohe See von 1958 hinausgehend, wonach die Binnenstaaten „freien Zugang" zur See und „freien Durchgang" auf der Grundlage der Gegenseitigkeit durch die Gebiete der Transit-(Küsten)Staaten genießen, wird in Artikel 125 zugunsten der Binnenstaaten ein „Recht auf Zugang zum und vom Meer" und „die Freiheit des Transits mit allen Verkehrsmitteln" begründet (Absatz 1). Die rechtlichen Positionen der Binnenstaaten dürfen in keiner Weise die berechtigten Interessen der Durchgangsstaaten, deren volle Souveränität auf den Transitwegen in ihrem Staatsgebiet ungeschmälert bleibt, beeinträchtigen und bedürfen – auch hinsichtlich der Einzelheiten – der Festlegung in einem zwei- oder mehrseitigen Transitabkommen zwischen Binnen- und Durchgangsstaat (Absätze 2 und 3).

Artikel 126 (Ausschluß der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel)

Vorsorglich wird klargestellt, daß sich eine vertraglich vereinbarte Meistbegünstigung nicht auf die mit dem Recht auf Zugang zum und vom Meer verbundenen geographisch bedingten Begünstigungen bezieht.

Artikel 127 (Zölle, Steuern und sonstige Abgaben)

Abgaben für den Transit als solchen sind, wenn ihnen keine Dienstleistung zugrunde liegt, unzulässig. Im übrigen dürfen Abgaben nur im gleichen Umfang wie bei entsprechenden Verkehrsmitteln des Durchgangsstaats erhoben werden.

Artikel 128 und 129 (Freizonen und andere Zollerleichterungen; Zusammenarbeit beim Bau und bei der Verbesserung von Verkehrsmitteln)

Im Interesse der Förderung des Zugangs zum Meer werden beispielhaft Materien einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Transit- und Binnenstaaten (Freizonen, Hafenanlagen, Hafenausausrüstungen) aufgezeigt.

Artikel 130 (Maßnahmen zur Vermeidung oder Beseitigung von Verzögerungen oder sonstigen Schwierigkeiten technischer Art im Transitverkehr)

Der Behinderung des Transitverkehrs durch Schwierigkeiten technischer Art soll von den jeweiligen Staaten in jedem Stadium entgegengewirkt werden.

Artikel 131 (Gleichbehandlung in Seehäfen)

Hinsichtlich der Behandlung in Seehäfen dürfen die Schiffe unter der Flagge eines Binnenstaats gegenüber anderen fremden Schiffen nicht diskriminiert werden.

Artikel 132 (Gewährung größerer Transiterleichterungen)

Die im SRÜ vorgesehenen Transiterleichterungen sind nur als Mindeststandard anzusehen, der weitergehende Erleichterungen unberührt läßt.

Teil XI. Das Gebiet

Einführung

Auf Initiative Maltas begann 1967 die Diskussion um ein Meeresbodenregime in den Vereinten Nationen. Sie setzte insofern einen neuen Akzent bezüglich der Nutzung des Meeresbodens, als über die bereits vorhandenen immanenten Nutzungsschranken hinaus der bislang freie und im wesentlichen unreglementierte Zugang aller Staaten zu den natürlichen Ressourcen des Tiefseebodens stärkeren Einschränkungen unterworfen werden sollte. In ihrem Grundansatz zielte die Initiative darauf ab, die Nutzung der Ressourcen des Meeresbodens zu einem Belang der Staatengemeinschaft – geplant und überwacht von dem Staatengemeinschaftsorgan der Meeresbodenbehörde – zu machen und daraus Beschränkungen für einzelstaatlich zu betreibenden Tiefseebodenbergbau abzuleiten. Darüber hinaus sollte es dem Staatengemeinschaftsorgan obliegen, die mit der Meeresbodennutzung erschlossenen Rohstoffquellen in die internationale Rohstoffwirtschaft zu integrieren und eine Beteiligung aller Staaten an der Ausbeutung sicherzustellen.

Einen ersten Konkretisierungsschritt stellt die Meeresbodenprinzipienerklärung von 1970 dar. Sie ist gekennzeichnet von der Erklärung des Meeresbodens und seines Untergrundes, sowie seiner Ressourcen zum gemeinsamen Erbe der Menschheit (Common Heritage-Konzept), die auch schon Kernpunkt der maltesischen Initiative war. In Abkehr vom Prinzip der Freiheit der See kommt darin der Wunsch nach angemessener und ausgewogener Beteiligung aller Staaten am Tiefseebodenbergbau zum Ausdruck. Darüber hinaus war es insbesondere Anliegen der Entwicklungsländer, allen Staaten ohne Ansehung ihres Entwicklungsstandes faktisch die Möglichkeit zu eröffnen, Tiefseebodenbergbau zu betreiben. Das Common Heritage-Konzept enthält in der Meeresbodenprinzipienerklärung eine spezifische Ausgestaltung, die für die weitere Diskussion von Bedeutung war. Zum einen wird eine einseitige Okkupation des Meeresbodens, sowie eine Aneignung des Gebietes durch Staaten oder Privatpersonen ausgeschlossen (Ziffern 2 und 3 der Meeresbodenprinzipienerklärung). Um darüber hinaus zu verhindern, daß bis zum Abschluß der Verhandlungen um eine Internationalisierung des Meeresbodens die Ausbeutung bereits begonnen haben könnte, wurde die oben erwähnte, allerdings rechtlich unverbindliche, Moratoriumsresolution verabschiedet. Weder sie noch das Common Heritage-Konzept als solches untersagen allerdings den Tiefseebodenbergbau, noch hat ein derartiges Verbot völkerrechtlichen Charakter erlangt. Weitere Ausprägung erhält das Common Heritage-Konzept durch den Grundsatz der ausschließlich friedlichen Nutzung des Meeresbodens (Ziffer 5), welcher im Ergebnis eine Einigung über ein Stationierungsverbot von Atom- und Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und in seinem Untergrund bedeutet. Schließlich legt Ziffer 7 der Meeresbodenprinzipiener-

klärung fest, daß die Erforschung des Gebietes (Tiefseeboden) und die Ausbeutung seiner Ressourcen zum Wohle der Menschheit als Ganzes erfolgen soll, ohne Ansehung der geographischen Lage von Staaten mit oder ohne Küsten und unter besonderer Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer. Die insbesondere durch die Wahl des Bezugsobjektes Menschheit und dessen Interessen zum Ausdruck kommende „Gemeinwohlpflichtigkeit" der Meeresbodentätigkeiten, die über Artikel 2 der Genfer Konvention über die Hohe See von 1958 hinausgeht, ist in gewissem Umfang auf einen Vorschlag der Vereinigten Staaten zurückzuführen, die die ordnungsgemäße Entwicklung der Meeresbodenressourcen in einer das Interesse der Weltgemeinschaft an der Ausbeutung widerspiegelnden Weise forderten. Insbesondere die weltwirtschaftspolitischen Implikationen einer besonderen Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer verschafften der Formel dann allerdings einen anderen Gehalt. Mit der Forderung nach einem an dem Gebot der Gemeinnützigkeit orientierten Tiefseebodenbergbau sind zwei Teilaspekte verknüpft: der der Erlösverteilung und der des Schutzes gegen die wirtschaftlichen Folgen des Tiefseebodenbergbaus. Der entwicklungspolitische Aspekt des Common Heritage-Konzepts kommt zum einen in einem Teilhabegebot der nicht unmittelbar am Tiefseebodenbergbau beteiligten Staaten, also deren Anspruch auf eine Gewinnbeteiligung, und zum anderen im Postulat einer Förderung der nicht Tiefseebodenbergbau betreibenden Staaten, also vor allem der Entwicklungsländer, zum Ausdruck. Letzteres findet etwa in der Forderung nach mandatorischem Technologietransfer von den Industriestaaten zugunsten der Entwicklungsländer, auf die allerdings die Meeresbodenprinzipienerklärung noch keinen deutlichen Hinweis enthält, seinen Ausdruck. Allerdings sind in Ziffer 10 der Meeresbodenprinzipienerklärung bereits das Postulat nach wissenschaftlicher zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, in Ziffer 9 der Aspekt der Förderung der Entwicklungsländer und deren Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen des Tiefseebodenbergbaus sowie in Ziffern 5, 7 und 9 spezifisch die Entwicklungsländer als gesondert zu Begünstigende angesprochen, was deren beabsichtigte Vorzugsbehandlung zum Ausdruck bringt.

Weiteres Element des Common Heritage-Konzepts ist das in Ziffer 11 der Meeresbodenprinzipienerklärung allerdings nur recht undeutlich zum Ausdruck kommende Gebot des marinen Umweltschutzes mit der Konsequenz einer entsprechenden Verantwortlichkeit aller Staaten (Ziffer 14).

Schließlich wird das Konzept institutionell durch den in Absatz 5 der Präambel und unter Ziffer 9 des operativen Teils angesprochenen Aufbau einer Meeresbodenbehörde (international machinery) abgesichert. Wiewohl deren Ausprägung in der Meeresbodenprinzipienerklärung noch recht schwach ist, wurde im Meeresbodenausschuß doch bereits über die Frage des Umfangs der Kompetenzen dieser Behörde, etwa als Organisation mit Registrieraufgaben, Behörde mit Lizenzbefugnissen oder Organisation, die selbständig Tiefseebodenbergbau durchführen sollte, diskutiert. Die endgültige institutionelle Ausgestaltung sollte sich jedoch erst im Verlauf der Dritten Seerechtskonferenz vollziehen.

Die Dritte Seerechtskonferenz baute auf den Beratungen des Meeresbodenausschusses auf. Ihr Ergebnis, die Vorschriften des Teils XI und der Anlagen III und IV, stieß jedoch in weiten Bereichen auf schwerwiegende Bedenken der Industrieländer und sonstiger am Tiefseebodenbergbau interessierten Staaten. Sie lehnten deshalb eine Ratifizierung des bzw. einen Beitritt zum SRÜ ab. Um diese Bedenken auszuräumen und eine universelle Geltung des SRÜ zu ermöglichen, wurde das Übereinkommen zur Durchführung des Teils des SRÜ 1994 angenommen.

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 133 (Begriffsbestimmungen)

Hier wird zwischen „Ressourcen" als allen festen, flüssigen oder gasförmigen mineralischen Ressourcen in situ, die sich im Gebiet (dazu siehe Artikel 134 Abs. 1 Ziff. 1 SRÜ) auf oder unter dem Meeresboden befinden, einschließlich polymetallischer Knollen (Buchst. a), und „Mineralien" als den Ressourcen, die aus dem Gebiet gewonnen worden sind (Buchst. b), begrifflich differenziert. Die Konvention unterscheidet also zwischen den im Naturzustand in situ befindlichen Ressourcen und den gewonnenen „Mineralien". Dies ist insofern von Belang, als nur die im Rohzustand befindlichen Ressourcen nach Artikel 136 SRÜ zum gemeinsamen Erbe der Menschheit gehören.

Die Ressourcen, auf die Teil XI vornehmlich zugeschnitten ist, sind Manganknollen, weil sie während der 3. VN-Seerechtskonferenz die am besten erforschten mineralischen Ressouren waren. Allerdings befinden sich im Gebiet auch Kobaltkrusten und Massivsulfide, die ebenfalls Teil des gemeinsamen Erbes sind.

Wie im Vorgriff auf spätere Erörterungen bereits an dieser Stelle kurz aufzuzeigen ist, ist die Unterscheidung zwischen Ressourcen und Mineralien bezüglich ihrer Aneignungsfähigkeit von Relevanz. Während erstere, als dem gemeinsamen Erbe der Menschheit unterfallend, nach Artikel 136 und 137 Abs. 2 SRÜ der Konvention nicht aneignungsfähig sind, bestimmen andererseits Artikel 137 Abs. 3 und Anlage III Artikel 1 SRÜ, daß mit der in Übereinstimmung mit dem SRÜ sich vollziehenden Gewinnung von Mineralien auch der Übergang des Eigentums an ihnen bewirkt wird.

Artikel 134 (Geltungsbereich dieses Teils)

Absatz 1 legt zunächst den räumlichen Geltungsbereich des Teils XI fest. Wie sich aus der Bezugnahme auf das in Artikel 1 Abs. 1 Ziff. 1 des SRÜ definierte Gebiet ergibt, erstreckt sich dieses auf den Meeresboden und -untergrund jenseits der Grenzen des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse. Vorschlägen, den gesamten nicht-nationalen Meeresraum der Kontrolle einer internationalen Behörde zu unterstellen, war kein Erfolg beschieden. Allerdings ist klar gestellt, daß nicht nur die Resourcen, sondern der gesamte Meeresboden und sein Untergrund dem Regime unterfallen.

Nach Absatz 2 sind als die von Teil XI geregelten „Tätigkeiten" im Gebiet nach der Definition des Artikel 1 Abs. 3 des SRÜ alle Tätigkeiten zur Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Gebietes zu verstehen (Tiefseebergbau).

Absatz 3: Teil XI des SRÜ enthält keine direkte räumliche Umschreibung des internationalen Meeresbodengebietes. Der in Absatz 3 enthaltene indirekte Hinweis verweist auf Teil VI, das Festlandsockelregime, und damit auf Artikel 76 Abs. 9 SRÜ. Somit bemißt sich die Außengrenze des internationalen Meeresbodenregimes nach Artikel 76

Abs. 1–7 SRÜ. Danach beginnt der internationale Meeresbodenbereich entweder 200 sm von der Basislinie der Küstengewässer, wenn der Festlandsockel diese Grenze nicht überschreitet (Artikel 76 Abs. 1 SRÜ), oder bei der Außengrenze des Kontinentalrandes. Der Tiefseeboden mit seinen unterseeischen Bergrücken gehört ebenfalls hierzu (siehe im übrigen die Kommentierung zu Artikel 76 SRÜ). Dabei bleibt nach den Vorschriften des SRÜ die Festlegung der Festlandsockelaußengrenze eine nationale Angelegenheit, auf die die Meeresbodenbehörde keinen Einfluß hat. Dies steht in gewissem Gegensatz zum Mandat der Meeresbodenbehörde in Teil XI als Repräsentantin der Menschheit als „Souverän" des Meeresbodens.

Absatz 4: Diese Vorschrift erstreckt die sich ansonsten nach Teil VI, genauer Artikel 76 SRÜ, vollziehende Abgrenzung des Gebietes auch auf Übereinkünfte zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten betreffend deren Abgrenzung.

Artikel 135 (Rechtsstatus der Gewässer und des Luftraums über dem Gebiet)

Artikel 135 SRÜ unterscheidet im Gebiet die für die See und den Meeresboden geltenden Rechtsordnungen. Diese im Grunde bereits aus der Definition des sachlichen Geltungsbereiches des Teils XI hervorgehende materielle Präzisierung hat ihren Ursprung in verschiedenen Initiativen, die das Konzept des gemeinsamen Erbes der Menschheit auch auf den Rechtsstatus der Gewässer über dem Gebiet auszudehnen beabsichtigten. Dieser Intention wurde mit Artikel 135 SRÜ eine Absage erteilt. Die Vorschrift dient im übrigen der rechtlichen Fundierung der ansonsten in Artikel 147 SRÜ näher spezifizierten Lösung möglicher Nutzungskonflike zwischen Meeresbergbau und traditionellen Nutzungsformen.

Abschnitt 2. Für das Gebiet geltende Grundsätze

Einführung

Teil XI des SRÜ ist geprägt von den bereits in der Meeresbodenprinzipienerklärung zum Ausdruck kommenden Ordnungsvorstellungen, die wiederum weitgehend vom Konzept des gemeinsamen Erbes der Menschheit beeinflußt sind. Dabei ist allerdings – wie die nachfolgende Kommentierung der einzelnen Vorschriften zeigen wird – eine Weiterentwicklung und stärkere Akzentuierung bestimmter Leitvorstellungen des Gedankens des gemeinsamen Erbes der Menschheit ersichtlich.

Grundsätzlich ist das Konzept, welches in Artikel 136 SRÜ gleichsam das Leitmotiv für die zu errichtende Nutzungsordnung angibt, von dem Gedanken getragen, durch die Widmung des Meeresbodens und seiner Ressourcen an die gesamte Menschheit den Abbau der mineralischen Ressouren unbegrenztem einzelstaatlichem Zugriff zu entziehen und so letztlich auch die ökonomisch und technologisch weniger fortgeschrittenen Staaten, namentlich die Entwicklungsländer, am Erlös teilhaben zu lassen bzw. sogar letztere zu aktiver Meersbodennutzung zu befähigen. So finden sich die bereits in der Meeresbodenprinzipienerklärung (und im übrigen auch in der Weltraumgesetzgebung, wie dem Mondvertrag (Artikel 11)) anklingenden Einzelelemente des Konzepts des gemeinsamen Erbes wie Okkupationsverbot, Gebot der friedlichen Nutzung, Nutzung des Meeresbodens und seiner Ressourcen im Interesse der gesamten Menschheit, mariner Umweltschutz auch in der Seerechtskonvention wieder. Diese bestimmt außerdem zur institutionellen Absicherung des Konzepts die Errichtung einer Meeresbodenbehörde als Verwalterin des gemeinsamen Erbes der Menschheit. Der besondere entwicklungspolitische Ansatz des Konzeptes findet einmal seinen Ausdruck in bestimmten Privilegierungen der Enwicklungsländer, die nicht nur an den Bergbauerlösen teilhaben sollen, sondern – namentlich durch eine Verpflichtung technologiebesitzender Staaten zu deren Weitergabe – gefördert werden sollen, um schließlich zu eigenständiger Resourcengewinnung fähig zu werden. Die Internationalisierung des Tiefseebodenbergbaus wird außerdem dadurch deutlich, daß die Meeresbodenbehörde selbst durch ein eigenes Unternehmen neben den Staaten aktiv Tiefseebodenbergbau betreiben soll (sog. Parallelsystem). Schließlich sind dem Tiefseebodenbergbau bestimmte rohstoffpolitische Bindungen auferlegt, die namentlich dem Schutz terrestrischer Rohstoffproduzenten und hier insbesondere den Entwicklungsländern dienen sollen.

Artikel 136 (Gemeinsames Erbe der Menschheit)

Diese Vorschrift legt das Konzept des gemeinsamen Erbes für das Gebiet und seine Ressourcen fest, jedoch ohne es näher zu definieren. Die spezifische Nennung der Resourcen weist dabei darauf hin, daß die Funktion der in Artikel 156 SRÜ vorgesehenen Meeresbodenbehörde nur ressourcenbezogen und damit enger ist als das eigentliche Meeresbodenregime. Dies bedeutet, daß – soweit es sich um nicht-resourenbezogene Tätigkeiten handelt – zwar Teil XI der Seerechtskonvention als Konkretisierung des Common Heritage-Konzepts anwendbar ist, die Meeresbodenbehörde aber nicht zuständig ist. Eine gewisse, allerdings nicht vollständige Ausformulierung der mit dem Konzept des gemeinsamen Erbes verbundenen Einzelforderungen geht aus Artikel 150 SRÜ hervor.

Artikel 137 (Rechtsstatus des Gebiets und seiner Ressourcen)

Die Vorschrift, die den Rechtsstatus des Gebiets und seiner Ressourcen festlegt, bestimmt in ihrem Abs. 1 ein an Staaten gerichtetes Okkupationsverbot und regelt in ihrem Abs. 2 das Verbot der privatrechtlichen Aneignung des Meeresbodens und seiner Ressourcen.

Absatz 1: Das an Staaten gerichtete Okkupationsverbot ist Ausprägung des territorialen Elements des Common Heritage- Konzepts. Sein Satz 2, der die Nichtanerkennung der Ausübung von Souveränität oder souveränen Rechten oder einer privatrechtlichen Aneignung festlegt, richtet sich auch gegen Nichtvertragsstaaten. Bedenken im Sinne einer möglichen Bindung von Nichtvertragsstaaten durch die Konvention (pacta tertiis-Regel) bestehen nicht, da die Vorschrift ausschließlich das Verhalten der Vertragsstaaten gegenüber Drittstaaten regelt.

Absatz 2: Das Aneignungs- und Okkupationsverbot des Abs. 1 wird durch die Zuordnung der Ressourcen an die Menschheit und deren Nichtaneignungsfähigkeit nach dem Privatrecht ergänzt. Damit wird nicht nur eine mögliche staatliche Zuordnung des Meeresbodens ausgeschlossen, sondern auch die Ressourcen und Rechte an ihnen der gesamten Menschheit zugeordnet. Jeder Versuch einer Aneignung oder Okkupation ist als Eingriff in die Rechte der Menschheit anzusehen.

Aus den Sätzen 2 und 3 wird der unterschiedliche Rechtsstatus von Ressourcen und Mineralien, wie bereits bei Artikel 133 SRÜ angedeutet, deutlich. Während erstere unveräußerlich sind, folgt aus der Zuordnung der Ressourcen an die Menschheit mit der Konsequenz ihrer Verwaltung durch die Behörde, daß Eigentum an den Mineralien von Bergbau Betreibenden nur im Rahmen eines Genehmigungsvertrages derivativ von der Behörde möglich ist. Indem ausschließlich die Meeresbodenbehörde als berechtigt benannt wird, im Namen der Menschheit zu handeln, wird einer Inpflichtnahme von Einzelstaaten zwecks Verwaltung des Tiefseebodenbergbaus eine Absage erteilt. Zum anderen wird der Meeresbodenbehörde die Aufgabe gestellt, nicht nur im Interesse der Vertragsstaaten tätig zu werden, sondern die Interessen der gesamten Menschheit bei Ausübung ihrer Funktionen zu vertreten. Der Meeresbodenbehörde wird dabei keine territoriale, sondern lediglich eine ressourcenbezogene, territorial eingeschränkte Kompetenz zugeordnet.

Absatz 3: Diese Vorschrift läßt den zivilrechtlichen Eigentumserwerb natürlicher oder juristischer Personen an Mineralien nur in Übereinstimmung mit Teil XI zu. Anderweitiger Eigentumserwerb wird nach Satz 3 seitens der Vertragsstaaten nicht anerkannt.

Artikel 138 (Allgemeines Verhalten der Staaten in bezug auf das Gebiet)

Durch die Aussage, daß das allgemeine Verhalten der Staaten in bezug auf das Gebiet u. a. den Bedingungen des Teils XI entsprechen müsse, wird klargestellt, daß es unter diesem System keine Freiheit des Tiefseebodenbergbaus gibt. Dies wird besonders dadurch deutlich, daß auf die Kompetenzen der Meeresbodenbehörde zur Genehmigung und Regelung des Tiefseebodenbergbaus Bezug genommen wird. Die Vorschrift soll sich nicht nur an die Vertragsstaaten sondern an alle Staaten richten. Dies geht aus ihrer Entstehungsgeschichte hervor. Dieser zwar vom Common Heritage-Konzept her konsequente Ansatz, der es keinem Staat ermöglichen soll, sich seiner hieraus resultierenden Pflichten zu entziehen, könnte allerdings nur Bindungswirkung für alle Staaten entfalten, wenn es sich im Sinne des Völkerrechts bei diesem Rechtssatz entweder um ein objektives Regime, um Völkergewohnheitsrecht oder um ius cogens handelte.

Artikel 139 (Verantwortlichkeit für die Einhaltung des Übereinkommens und Haftung für Schäden)

Absatz 1 legt die Verpflichtung der Vertragsstaaten fest sicherzustellen, daß die im Gebiet ausgeübten Tätigkeiten in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Teils XI durchgeführt werden. Die Verantwortlichkeit erstreckt sich auf eigene Tätigkeiten der Staaten, auf Staatsunternehmen und auch auf Tätigkeiten natürlicher und juristischer Personen, die die Staatsan- bzw. -zugehörigkeit von Vertragsstaaten besitzen oder von jenen kontrolliert werden. Das gleiche gilt für die Verantwortlichkeit internationaler Organisationen, die Tätigkeiten im Gebiet ausüben. Ausdrückliche Vorschriften über die Haftung des Behördenunternehmens gibt es im SRÜ nicht.

Absatz 2 regelt die Haftung der Vertragsstaaten bzw. der internationalen Organisationen bei Schadenseintritt und regelt das Überwachungsverschulden der Vertragsstaaten, soweit Schaden durch die Tätigkeit einer natürlichen oder juristischen Person verursacht worden ist. Allerdings ist der Vertragsstaat dann nicht haftbar, wenn er seinen Verpflichtungen nach Artikel 153 Abs. 4 SRÜ, nämlich der Unterstützung der Meeresbodenbehörde bei der Gewährleistung der Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen des Teils XI nachgekommen ist. Das ist der Fall, wenn er alle notwendigen Maßnahmen getätigt und insbesondere nach Anlage III Artikel 4 Abs. 4 SRÜ Gesetze und sonstige Vorschriften erlassen, sowie Verwaltungsmaßnahmen ergriffen hat, die im Rahmen seines Rechtssystems in angemessener Weise geeignet sind, die Einhaltung der Verpflichtungen durch Personen unter seiner Hoheitsgewalt sicherzustellen.

Nach Absatz 3 werden im Hinblick auf die in Absatz 1 und 2 festgelegte Verantwortlichkeit und Haftung internationaler Organisationen die Vertragsstaaten, die Mitglied derselben sind, aufgefordert, die Anwendung der ihre Verantwortlichkeit und Haftung begründenden Vorschriften sicherzustellen.

Artikel 140 (Nutzen für die Menschheit)

Absatz 1: Diese Vorschrift ist Ausdruck des Gemeinnützigkeitspostulats: Meeresbodentätigkeiten haben dem Wohle der gesamten Menschheit zu dienen. Sie ist, wie die Bezugnahme auf Tätigkeiten im Gebiet nach der Legaldefinition des Artikels 1 Abs. 1 Nr. 3 SRÜ zeigt, nur auf den Ressourcenabbau betreffende Tätigkeiten, nicht aber auf die nichtressourcenbezogene wissenschaftliche Forschung bezogen, zu verstehen. Damit wird trotz Erstrekkung des Common Heritage-Konzepts auf den Meeresboden insgesamt, seine Nutzung nicht vollständig dem Gebot der Gemeinnützigkeit unterstellt.

Die Bezugnahme auf die Küsten- oder Binnenstaaten ist Resultat des ansonsten erfolglos gebliebenen Versuchs der Binnenstaaten, eine ausdrückliche Garantie gleichberechtigter Teilhabe am Meeresbergbau zu erwirken. Die Vorschrift gibt jedenfalls nichts dafür her, das Common Heritage-Konzept im Sinne von Sonderrechten für Küsten- oder Binnenstaaten hinsichtlich des Meeresbodens auszulegen.

Daneben wird auch auf die besondere Berücksichtigung der Interessen und der Bedürfnisse der Entwicklungsländer hingewiesen. Dies wird eingeschränkt durch den Hinweis darauf, der Schutz gehe nur soweit, wie in Teil XI ausdrücklich niedergelegt. Damit hat die Vorschrift diesbezüglich nur den Charakter eines Querverweises.

Absatz 2 erteilt der Behörde die Aufgabe der gerechten Verteilung der finanziellen und der sonstigen wirtschaftlichen Vorteile aus Tätigkeiten im Gebiet und mediatisiert damit die Staaten in ihrem Anspruch auf Gewinnverteilung. Besonders zu berücksichtigen bei der Gewinnverteilung sind gemäß Artikel 160 Abs. 2 Buchst. f) (i) SRÜ die Entwicklungsstaaten und die Völker, die noch nicht die volle Unabhängigkeit oder einen sonstigen Status der Selbstregierung erlangt haben. Die Verwendung des Begriffs „Entwicklungsstaaten" zeigt, daß eine Beschränkung auf die Vertragsstaaten nicht beabsichtigt ist. Dies ist Konsequenz des Common Heritage-Ansatzes, der die Verwaltung des Meeresbodens ausdrücklich für die gesamte Menschheit vorsieht. Eine besondere Berücksichtigung der Binnenstaaten ist nicht vorgesehen.

Artikel 141 (Nutzung des Gebiets für ausschließlich friedliche Zwecke)

Diese Vorschrift enthält zwei Aspekte, zum einen den Verweis auf die Friedlichkeit der Meeresbodennutzung

und zum anderen den Aspekt der Öffnung des Zugangs zur Meeresbodennutzung.

Der Aspekt ausschließlich friedlicher Nutzung des Meeresbodens findet in dem Seerechtsübereinkommen nur noch in diesem Artikel in allgemeiner Form seinen Niederschlag. Dies ist darauf zurückzuführen, daß mit Abschluß des Vertrages über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund 1970 ein Teilaspekt der Abrüstung zur Verhinderung eines Wettrüstens abschließend geregelt werden konnte. Dieser Vertrag verbietet die Lagerung und Stationierung Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und in seinem Untergrund jenseits der 12-sm-Grenze.

Versuche, während der Seerechtskonferenz eine vollständige Abrüstung auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund zu erreichen, scheiterten am Widerstand der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Artikel 142 (Rechte und berechtigte Interessen der Küstenstaaten)

In dieser Bestimmung ist eine Privilegierung der Küstenstaaten nicht zu sehen; die Vorschrift dient lediglich der Lösung von Nutzungskonflikten, wenn der Standort einer Lagerstätte küstenstaatliche Interessen bzw. Jurisdiktion berührt.

Absatz 1 reguliert die Erforschung und Ausbeutung von Ressourcen, die teilweise im Gebiet und teilweise innerhalb der Grenzen nationaler Hoheitsgewalt liegen. In solchen Fällen müssen die Tätigkeit im Gebiet unter gebührender Berücksichtigung der Rechte und berechtigten Interessen des Küstenstaates ausgeübt werden, in dessen Bereich sich diese Vorkommen befinden.

Absatz 2: Dies mündet in einer Konsultationsverpflichtung bzw. in dem Erfordernis vorheriger Zustimmung des betreffenden Küstenstaates vor Ausbeutung einer die Grenzen zur Wirtschaftszone bzw. zum Festlandsockel überschreitenden Lagerstätte.

Absatz 3 bestätigt das in Teil XII des SRÜ niedergelegte Recht der Küstenstaaten, sich gegen Umweltschäden zu schützen und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen in Übereinstimmung mit Teil XII zu ergreifen.

Artikel 143 (Wissenschaftliche Meeresforschung)

Die besondere Bedeutung der wissenschaftlichen Meeresforschung für das Gebiet wird hier unterstrichen (siehe auch Artikel 256). Um im Gebiet wissenschaftliche Meeresforschung für friedliche Zwecke und zum Nutzen der gesamten Menschheit zu ermöglichen, kann die Behörde Verträge abschließen. Da im Gebiet kein Staat Souveränität oder souveräne Rechte beanspruchen oder ausüben kann, soll die Behörde die Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung fördern und deren verfügbare Ergebnisse verbreiten, wenn sie zugänglich sind.

Die Behörde und die Vertragsstaaten sind zur wissenschaftlichen Meeresforschung im Gebiet berechtigt. Nach Wortlaut und Verhandlungsgeschichte von Artikel 143 Absatz 2 besitzt die Behörde keine Regelungsbefugnis hinsichtlich durchzuführender Forschungstätigkeiten. Sie besitzt keine Kompetenz, die Forschung selbst zu koordinieren.

Es besteht keine Pflicht der Vertragsstaaten, der Behörde die Resultate ihrer Forschungsarbeiten zur Verfügung zu stellen (Artikel 143 Absatz 3 c). Hingegen gibt es allgemeine Pflichten der Forschungsstaaten zur Förderung internationaler Zusammenarbeit (Artikel 143 Absatz 3).

Artikel 144 (Weitergabe von Technologie)

Mit Artikel 144 verfügt der Teil XI des SRÜ über eine eigene, besondere Regelung für den Technologietransfer an die Meeresbodenbehörde und Entwicklungsstaaten, die wissenschaftliche Kenntnisse miteinbezieht. Sie unterscheidet sich von den allgemeinen Regelungen in Teil XIV, die den Transfer mariner Technologie im Ganzen betreffen, dadurch, daß sie sich nur auf Technologie im Hinblick auf die Tätigkeiten im Gebiet bezieht. (Allerdings besteht insoweit wiederum eine Parallele zu den Vorschriften des Artikel 273 und 274 im Teil XIV). Welche Bedeutung demgegenüber dem Begriff der wissenschaftlichen Kenntnisse zukommt, ist unklar. Es dürften darunter nur diejenigen Informationen fallen, die sich unmittelbar auf die Tiefseebodenbergbautechnologie und ihren Einsatz beziehen, aber im engeren Sinne nicht als „Technologie" anzusehen sind.

Absatz 1 weist der Behörde die Aufgabe zu, die entsprechende Technologie und wissenschaftliche Erkenntnisse zu erwerben (Buchst. a)) und ihre Weitergabe an Entwicklungsstaaten zu fördern und zu ermutigen, damit alle Vertragsstaaten daraus Nutzen ziehen können (Buchst. b)).

Absatz 2 postuliert im Hinblick auf die in Absatz 1 ausgeführten Zwecke eine Kooperation der Staaten mit der Behörde und untereinander im Hinblick auf die Weitergabe von Technologie und wissenschaftlichen Erkenntnissen, wobei als Nutznießer neben allen Vertragsstaaten auch das Behördenunternehmen genannt wird.

Die Art dieser Zusammenarbeit ist in Buchstabe a) und b) näher konkretisiert. Danach veranlassen Behörde und die Vertragsstaaten nach Buchstabe a) Programme zur Weitergabe von Technologie, wobei solche eingeschlossen sein sollen, die dem Behördenunternehmen und den Entwicklungsstaaten den Zugang zu der Technologie unter angemessenen und annehmbaren Bedingungen erleichtern.

Nach Buchstabe b) sollen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Technologie des Behördenunternehmens und der einheimischen Technologie der Entwicklungsstaaten ergriffen werden. Dabei ist insbesondere vorgesehen, für das Personal des Behördenunternehmens und der Entwicklungsstaaten Möglichkeiten zu schaffen, sich in der Meereswissenschaft und -technologie auszubilden und an den Tätigkeiten im Gebiet voll teilzunehmen.

Artikel 145 (Schutz der Meeresumwelt)

Diese Vorschrift ist Ausfluß des Konzepts des gemeinsamen Menschheitserbes, welches die Forderung nach einem Schutz der marinen Umwelt vor Schäden beinhaltet. Die Formulierung der Bestimmung lehnt sich eng an Ziffer 11 der Meeresbodenprinzipienerklärung an. Als schädliche Auswirkungen auf die Meeresumwelt werden die Verunreinigung und Verseuchung oder sonstige Gefährdung der marinen Umwelt einschließlich der Küsten bezeichnet. In gleicher Weise geschützt ist das ökologische Gleichgewicht der marinen Umwelt. Als besonders gefahrbringende Aktivitäten werden Bohrungen, Baggern, Dredgearbeiten, Abfallbeseitigung sowie die Errichtung

und Erhaltung fester Stationen und Rohrleitungen genannt. Generell geschützt werden daneben die natürlichen Ressourcen des Meeresbodens und die Flora und Fauna der See.

Die in Artikel 145 enthaltene Verpflichtung richtet sich zunächst an die Einzelstaaten, die nähere Ausgestaltung des marinen Umweltschutzes gegen negative Folgen des Tiefseebodenbergbaus erfolgt durch die Meeresbodenbehörde durch Erlaß von Sekundärrecht.

Artikel 146 (Schutz des menschlichen Lebens)

Die Bestimmung verlangt, daß Maßnahmen zum Schutz menschlichen Lebens bei der Durchführung von Meeresbodentätigkeiten ergriffen werden. Dabei wird gleichzeitig der Behörde die Aufgabe zugewiesen, entsprechende Verordnungen (regulations) zu erlassen, die existierendes Völkerrecht ergänzen sollen. Der Wortlaut der Bestimmung weist ihr allein Rechtsetzungsbefugnisse zu. Welcher Art die von ihr zu erlassenden Regeln sein sollen, wird durch die Bestimmung allerdings nicht näher spezifiziert.

Artikel 147 (Vereinbarkeit der Tätigkeiten im Gebiet mit anderen Tätigkeiten in der Meeresumwelt)

Absatz 1 knüpft an die Nutzungskonfliktregelung des Artikels 135 SRÜ an und bewegt sich auf traditionellen, bereits durch das geltende Seerecht vorgezeichneten Bahnen.

Absatz 2 schafft Sonderregelungen für die Errichtung von Installationen, wobei diese im wesentlichen den entsprechenden Bestimmungen von Artikel 5 des Genfer Übereinkommens über den Festlandsockel entsprechen. Anlagen dürfen nur in Übereinstimmung mit Teil XI vorbehaltlich von der Behörde aufzustellender Regeln, Vorschriften und Verfahren errichtet, aufgestellt und entfernt werden.

Darüber hinaus sieht Artikel 147 die Einrichtung von Sicherheitszonen vor und bestimmt, daß die Anlagen für ausschließlich friedliche Zwecke zu nutzen sind. Er legt außerdem fest, daß Anlagen nicht den Status von Inseln haben und deshalb weder eine Wirtschaftszone noch ein eigenes Küstengewässer beanspruchen können.

Absatz 3 bestimmt die Gleichwertigkeit von Tiefseebodenbergbautätigkeiten gegenüber den übrigen Nutzungsformen und stellt heraus, daß auch bei anderen Tätigkeiten in der Meeresumwelt auf die Tätigkeiten im Gebiet in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen ist.

Artikel 148 (Teilnahme von Entwicklungsstaaten an Tätigkeiten im Gebiet)

Diese Bestimmung muß im Kontext des allgemeinen Prinzips der Vorzugsbehandlung der Entwicklungsländer als ein Ausfluß des Common Heritage-Konzepts gesehen werden. Insbesondere ist sie im Zusammenhang mit dem bereits bei der Kommentierung des Artikel 140 behandelten Streben der Binnenstaaten nach möglichst gleichberechtigter Teilhabe am Tiefseebodenbergbau zu sehen. Artikel 148 sieht nunmehr nur für die Entwicklungsländer der Gruppe der Binnenstaaten und geographisch benachteiligten Staaten eine gewisse Sonderstellung vor, die ihre wirksame Teilnahme an den Meeresbodentätigkeiten gewährleisten soll. Allerdings wird diese Bestimmung nicht operationalisiert und ist deshalb lediglich als Programmsatz zu betrachten, aus dem das SRÜ keine weiteren praktischen Konsequenzen zieht.

Artikel 149 (Archäologische und historische Gegenstände)

Artikel 149 bedeutet eine Abkehr vom bisherigen Grundsatz, wonach archäologische und historische Objekte, soweit sie außerhalb der Jurisdiktion eines Staates geborgen werden, als herrenlos galten und der Finder bei deren Verwertung keinerlei Restriktionen unterlag. Jetzt sollen sie zum Nutzen der gesamten Menschheit bewahrt und die Interessen des (historischen oder kulturellen) Ursprungsstaates besonders berücksichtigt werden. Dabei sind archäologische Funde den betreffenden Staaten zur Verfügung zu stellen. Nach der in der Bestimmung getroffenen Regelung sind alle Vertragsstaaten nach Inkrafttreten des SRÜ verpflichtet, zu seiner Verwirklichung Regelungen zu erlassen.

Dieser Artikel ist im Zusammenhang mit der allgemeinen Regelung des Artikel 303 zu sehen.

Abschnitt 3. Erschließung der Ressourcen im Gebiet

Artikel 150 (Leitsätze für die Tätigkeiten im Gebiet)

Diese Vorschrift ist dergestalt strukturiert, daß zunächst allgemeine wirtschaftspolitische Grundsätze für die Nutzung der Meeresbodenressourcen im Gebiet aufgestellt werden, die dann in zehn, allerdings nicht abschließend zu verstehenden, Einzelforderungen konkretisiert werden. Einzelne dieser Forderungen stehen untereinander in einem Spannungsverhältnis und sind mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht immer vereinbar.

Oberster rohstoffpolitischer Grundsatz für den Tiefseebodenbergbau, aus dem dann konkretere Einzelforderungen abgeleitet werden, ist die Begünstigung einer gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft und des ausgewogenen Wachstums des Welthandels. Obwohl auf die terrestrische Produktion Rücksicht zu nehmen ist, können mögliche negative Auswirkungen auf die terrestrische Rohstoffgewinnung nicht zu einer völligen Einstellung des Tiefseebodenbergbaus führen. Diesem allgemeinen Postulat wird die Forderung nach einer Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Interesse der allgemeinen Entwicklung aller Staaten, insbesondere der Entwicklungsländer, beigefügt. Damit wird der Tiefseebodenbergbau in den Gesamtkontext der weltwirtschaftlichen Entwicklung gestellt und neben der besonderen Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer die Entwicklung aller Staaten als Ziel des Tiefseebodenbergbaus festgelegt. Darauf basieren die folgenden Einzelforderungen:

Buchstabe a): Diese Vorschrift soll ebenso wie Buchstabe i) die Ziele des Artikel 150 im Sinne eines aktiven Tiefseebodenbergbaus akzentuieren, was mit der während der Konferenz längerwährenden einseitigen Ausrichtung auf den Schutz terrestrischer Produzenten zu erklären ist.

Die gemäß Buchstabe b) sicherzustellende ordnungsgemäße, rationelle und sichere Bewirtschaftung der Ressourcen weist auf die rohstoffpolitische Kompetenz der Behörde hinsichtlich des Tiefseebodenbergbaus hin, was einer Forderung der Entwicklungsländer entspricht. Dem setzen die Industriestaaten die zweite Hälfte der Bestimmung entgegen, die im wesentlichen den Sinn hat, Raubbau von Meeresbodenressourcen vorzubeugen. Die Verknüpfung mit dem Common Heritage-Konzept kommt dabei zum einen im Erhaltungsgebot, zum anderen aber

insbesondere durch die Einschaltung der Meeresbodenbehörde zum Ausdruck.

Buchstabe c) und d) akzentuieren die Förderungsverpflichtung, insbesondere durch Maßnahmen des Technologietransfers, wie auch die herausgehobene Stellung der Behörde in dieser Beziehung und schaffen damit eine Verbindung der allgemeinen wirtschaftlichen Grundsätze bei der Erschließung der Ressourcen zu Artikel 144 SRÜ.

Buchstabe e) nimmt ebenso wie Buchstabe b) auf die zu vermeidende Verschwendung der Meeresbodenressourcen Bezug. Meeresbodenressourcen kommen als Reserven in Betracht, die den Zuwachs des Verbrauchs zusammen mit den bestehenden terrestrischen Bezugsquellen decken sollen. Insgesamt ist beiden Vorschriften die Aussage zu entnehmen, daß Tiefseebodenbergbau so zu betreiben ist, daß auch für spätere Generationen, sollten die entsprechenden terrestrischen Vorkommen erschöpft sein, die Versorgung mit diesen Mineralien sichergestellt ist.

Buchstabe f) steht mit dem Gebot der Förderung gerechter und stabiler, für Erzeuger lohnender und für Verbraucher angemessener Preise in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Erhaltungsgebot natürlicher Ressourcen des Meeresbodens. In dieser Vorschrift wird ein Preisrahmen für die Vermarktung der Meeresbodenressourcen gesetzt, der auch für die konkurrierenden terrestrisch gewonnenen Produkte gelten soll.

Buchst. g) wiederholt die Grundforderung des Common Heritage-Konzepts nach erweiterter Ressourcenabbaumöglichkeit für alle Vertragsstaaten ungeachtet ihres Entwicklungsstandes und nach Verhinderung der Monopolisierung der Tätigkeiten durch die dazu derzeit technologisch und wirtschaftlich Befähigten.

Buchstabe h) fordert, daß Vorsorge dagegen getroffen werden muß, daß Tiefseebodenbergbau nicht zu wirtschaftlichen Einbußen bei den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern führt. Es wird ein Handlungsauftrag an die Behörde formuliert, wobei sich deren Auftrag auf den Schutz rohstoffproduzierender Entwicklungsländer bezieht. Als Begünstigte dieser Kompetenz werden ausschließlich die Entwicklungsländer genannt.

Buchstabe j): Diese Vorschrift enthält eine Art Meistbegünstigungsklausel, die nicht nur im Interesse der rohstoffexportierenden Entwicklungsländer, sondern im Interesse aller Rohstoffexporteure liegt. Intention der Vorschrift ist zum einen die Unterbindung besonderer staatlicher Förderung des Tiefseebodenbergbaus und zum anderen Vorsorge gegen eine Diskriminierung der Produkte des terrestrischen Bergbaus zugunsten des Tiefseebodenbergbaus. Allerdings wird nicht der Marktzugang jedes Landproduzenten, sondern nur der Marktzugang der Landproduktion geschützt. So wäre es beispielsweise zulässig, den Import der Meeresbodenprodukte zu fördern, solange zumindest ein terrestrischer Produzent gleichgünstige Bedingungen erhält.

Die Leitsätze für Tätigkeiten im Gebiet lassen sich so als Widerspiegelung des Spannungsverhältnisses zwischen gesunder Entwicklung der Weltwirtschaft und ausgewogenem Wachstum einerseits und spezieller Förderung der Interessen der Entwicklungsländer andererseits bezeichnen. In diesem Zusammenhang werden die Notwendigkeit des Technologietransfers, die Stabilisierung der Erzeugerpreise und insbesondere der Schutz terrestrischer Rohstoffproduzenten – soweit sie Entwicklungsländer sind – ebenso hervorgehoben wie die Bedeutung der Behörde als die die Bewirtschaftung der Ressourcen des Gebietes wahrnehmende Instanz, die auch zur Förderung der Entwicklungsländer durch Technologietransfer tätig wird und der sparsamen Verwendung der Ressourcen Rechnung zu tragen hat.

Artikel 151 (Leitsätze für die Produktion)

Dieser Artikel sieht den Schutz der Landproduzenten gegen negative Folgen des Tiefseebodenbergbaus auf drei Wegen vor:

- Zum einen durch die Teilnahme der Behörde an Rohstoffabkommen für die gesamte Produktion des Tiefseebodenbergbaus;
- zweitens durch Produktionsbegrenzungen für den Tiefseebodenbergbau (Absätze 2–7 und 9) und
- drittens für Landproduzenten unter den Entwicklungsstaaten durch Ausgleichszahlungen oder andere Hilfsmaßnahmen, sofern ihre Exporterlöse oder ihre Wirtschaft infolge des Tiefseebodenbergbaus Schaden erlitten haben.

Die in diesem Artikel vorgesehenen Regelungen, mit Ausnahme des Absatzes 8, begegnen schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Bedenken. Die vorgesehene Produktionsbegrenzung, die die Produktion des Tiefseebodenbergbaus auf 60 % des Verbrauchszuwachses bei Nickel in den 15 der Produktionsaufnahme vorausgehenden Jahren einschränkt, ist eine einseitige Diskriminierung des Tiefseebodenbergbaus und schützt alle Landproduzenten ohne Rücksicht darauf, ob sie in Industrie- oder Entwicklungsländern tätig sind. Da von den 4 in den Manganknollen enthaltenen Metallen nur bei Kobalt der überwiegende Teil der Produktion (74 %) auf Entwicklungsländer entfällt und bei den anderen 3 Metallen Kupfer, Mangan und Nickel nur 45 %, 28 % bzw. 27 %, würden die Ergebnisse der Produktionsbegrenzung beim Tiefseebodenbergbau überwiegend anderen als Entwicklungsländern zugutekommen. Den Preis dafür hätten alle Verbraucher, auch die in den Entwicklungsländern, zu zahlen. Die Berechnung der erlaubten Produktionsmenge des Tiefseebodenbergbaus auf der Basis des Verbrauchszuwachses bei Nickel in den 15 Jahren vor der Produktionsaufnahme einer Tiefseebodenbergbauoperation berücksichtigt keine Faktoren, die den künftigen Verbrauch beeinflussen und führt mit großer Sicherheit zu Ergebnissen, die nicht mit der späteren Marktentwicklung in Einklang stehen. Außerdem werden nur die Interessen der Nickelproduzenten berücksichtigt. Die Interessen der Kobaltproduzenten, deren Markt schon durch eine Tiefseebodenbergbauoperation, die mehr als 20 % der Weltkobaltproduktion erbringt, empfindlich gestört wird, werden überhaupt nicht berücksichtigt. Absatzbegrenzungen durch internationale Rohstoffabkommen wirken wie die Produktionsbegrenzung generell. Solche Instrumente entsprechen nicht unseren Interessen als Importeur und Verbraucher, denn sie führen zu Angebotseinschränkungen und zu höheren Preisen.

Das Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ sieht in Abschnitt 6 vor, daß die Vorschriften des Artikels 151 Abs. 1–7 und 9 über Rohstoffabkommen und die Produktionsbegrenzung nicht angewandt werden sollen. Insoweit ist den deutschen Bedenken voll Rechnung getragen.

Der im Absatz 10 vorgesehene Kompensationsfonds im Rahmen der Internationalen Meeresbodenbehörde ist nicht der richtige Weg, um Landproduzenten unter den Entwicklungsländern, die ernste nachteilige Auswirkungen auf ihre Ausfuhreinnahmen oder ihre Wirtschaft aufgrund des Tiefseebodenbergbaus erleiden, bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten zu helfen. Kompensationszahlungen stellen keinen Anreiz zur Anpassung der überholten Wirtschaftsstrukturen an die veränderten Verhältnisse dar, sondern fördern ihre Beibehaltung. Deshalb sind sie abzulehnen. Außerdem bestehen Bedenken dagegen, im Rahmen der Internationalen Meeresbodenbehörde eine neue kostspielige Bürokratie für diesen Zweck aufzubauen. Es ist rationeller und kostengünstiger, entsprechende Aufgaben durch bestehende Institutionen, wie Weltbank, regionale Entwicklungsbanken oder IWF, wahrnehmen zu lassen, da sie in diesem Bereich bereits tätig sind und über ausgebildetes Personal verfügen.

Das Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ erklärt in Abschnitt 7, daß Absatz 10 durch Hilfe für Maßnahmen zur Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse implementiert werden soll. Dafür ist ein Fonds vorgesehen, der aus Einnahmen der Internationalen Meeresbodenbehörde von Tiefseebodenbergbauunternehmen, die über die Beträge zur Deckung der Verwaltungskosten hinausgehen, gebildet werden soll. Mit seinen Mitteln soll Produzentenländern unter den Entwicklungsländern, die ernste nachteilige Auswirkungen auf ihre Ausfuhreinnahmen oder ihre Wirtschaft aufgrund des Tiefseebodenbergbaus erleiden, Hilfe über bestehende internationale Organisationen für wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen gewährt werden. Damit sind unsere Bedenken voll berücksichtigt.

Zum Ausgleich für die Nichtanwendbarkeit der Vorschriften über Rohstoffabkommen und die Produktionsbegrenzung sieht Abschnitt 6 des Übereinkommens über die Durchführung des Teils XI SRÜ die Anwendung der Antisubventionsvorschriften des GATT vor. Dieser Abschnitt enthält zunächst nur Prinzipien. Detaillierte Vorschriften sollen später von der Internationalen Meeresbodenbehörde ausgearbeitet werden. Dies stellt eine Konkretisierung des Absatzes 8 von Artikel 151 SRÜ dar.

Artikel 152 (Wahrnehmung der Befugnisse und Aufgaben der Behörde)

Diese Bestimmung konkretisiert den in Artikel 137 Abs. 2 festgelegten Grundsatz, daß die Behörde als Sachwalterin der Interessen der gesamten Menschheit hinsichtlich der Rechte an den Ressourcen verfügungsbefugt ist.

Absatz 1: Für die behördliche Gewaltausübung gilt das Diskriminierungsverbot.

Absatz 2: Die besondere Berücksichtigung bestimmter Staatengruppen (Entwicklungsstaaten, Binnenstaaten und geographisch benachteiligte Staaten) wird indes ausdrücklich als zulässig und somit nicht als Diskriminierung im Sinne des Abs. 1 angesehen. Diese Modifikation des Diskriminierungsverbotes ist dem Common Heritage-Konzept immanent.

Artikel 153 (System der Erforschung und Ausbeutung)

Diese Vorschrift gestaltet das bereits in Artikel 141 angesprochene System des Zugangs zu Tiefseebodenbergbauaktivitäten näher aus.

Absatz 1 konkretisiert den in Artikel 137 festgehaltenen Grundgedanken dergestalt, daß der Tiefseebodenbergbau durch die Behörde organisiert, durchgeführt und kontrolliert wird, wobei diese im Namen der Menschheit als Ganzes handelt und ihrerseits an die einschlägigen Vorschriften des Teils XI des SRÜ, die Anlagen sowie das von ihr selbst geschaffene Sekundärrecht gebunden ist.

Absatz 2: Ausführende sind einerseits das Behördenunternehmen sowie andererseits in Verbindung mit der Behörde Vertragsstaaten, Staatsunternehmen und natürliche oder juristische Personen. Die Schaffung des Behördenunternehmens soll es ermöglichen, im Rahmen eines sonst von der herkömmlichen Grundstruktur internationaler Organisationen nicht abweichenden Aufbaus eine Form zu finden, die den wirtschaftlichen Belangen des Tiefseebodenbergbaus strukturell gerecht wird.

Die Nennung der Vertragsstaaten ist als lex specialis zu Artikel 141 zu verstehen. Nichtvertragsstaaten sind vom Tiefseebodenbergbau ausgeschlossen. Die besondere Nennung von Staatsunternehmen bedeutet ein Entgegenkommen gegenüber den damaligen sozialistischen Staaten. Für natürliche oder juristische Personen ist zu ihrer Anerkennung als Bergbauberechtigte zum einen die Nationalität eines der Vertragsstaaten erforderlich bzw. daß sie effektiv von einem Vertragsstaat oder dessen Staatsangehörigen kontrolliert werden und zum anderen dieser Vertragsstaat das betreffende Unternehmen befürwortet und damit eine Art Bürgschaft übernimmt. Durch die effektive Kontrolle der Staatsangehörigen soll erreicht werden, daß die Obliegenheiten nach Artikel 139 SRÜ wirksam durchgeführt werden. Die Notwendigkeit der staatlichen Befürwortung eines Antrags bringt es mit sich, daß der Vertragsstaat Einfluß darauf nehmen kann, welche Personen oder Unternehmen sich bewerben. Bei der Vorauswahl kann er ungeeignete Bewerber aussondern, woran er mit Rücksicht auf seine Haftung gemäß Artikel 139 Abs. 2 ein Interesse hat.

Das System des Seerechtsübereinkommens ist so durch drei Formen des Tiefseebodenbergbaus gekennzeichnet: einmal unmittelbar durch das Behördenunternehmen, zum zweiten durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Behördenunternehmen und anderen Tiefseebergbauunternehmen und drittens durch Vertragsstaaten und Tiefseebergbauunternehmen selbständig, allerdings unter der Kontrolle der Behörde. Damit kann das Zugangssystem des SRÜ als modifiziertes Parallelsystem bezeichnet werden, das neben Tätigkeiten des Behördenunternehmens auch Tätigkeiten von Vertragsstaaten sowie juristischen und natürlichen Personen unter der Kontrolle der Behörde zuläßt.

Absatz 3: Das hier in den Grundzügen dargelegte Antragsverfahren, das der Erteilung einer Bergbaugenehmigung vorgeschaltet ist, ist im einzelnen in Anlage III geregelt, wobei es durch Resolution II (vorbereitender Investitionsschutz) einige Modifikationen erhält. Nach Durchlaufen des Antragsverfahrens erhält der Antragsteller einen Vertrag, der ihm, wie Absatz 6 ausführt, die Rechte des Vertragsnehmers gewährleistet.

Die Einzelheiten des Antragsverfahrens werden in Anlage III bzw. im Bergbaukodex geregelt.

Absätze 4 und 5: Diese Vorschriften verpflichten die Behörde zur Kontrolle der Tätigkeiten im Gebiet und berechtigen sie zur Vornahme der zur Einhaltung der Bestimmungen erforderlichen Kontrollen, wobei diese sich auch auf

Anlagen, die bei Tätigkeiten im Gebiet benutzt werden, erstrecken.

Nach Absatz 6 gewährleistet der gemäß Absatz 3 in Verbindung mit Anlage III Artikel 3 erstellte Vertrag die Rechte des Vertragsnehmers. Dabei kann der Vertrag nach dem in Bezug genommenen Artikel 18 der Anlage III nur bei schwerwiegenden Vertragsverstößen und der Nichtbefolgung von Entscheidungen eines Streitbeilegungsorgans suspendiert oder bei wesentlichen Änderungen der beim Vertragsschluß vorherrschenden Bedingungen geändert werden (Artikel 19 der Anlage III).

Artikel 154 (Regelmäßige Überprüfung)

Namentlich wegen der politischen Differenzen, die während der Verhandlungen über das Regime des Teils XI des SRÜ entstanden und teilweise nur mit Formelkompromissen wie beispielsweise beim Parallelsystem überdeckt werden konnten, bestand Übereinstimmung, das Regime zum Gegenstand einer regelmäßigen Überprüfung zu machen.

Die in dieser Vorschrift vorgesehene regelmäßige Überprüfung durch die Versammlung ist keine formale Überprüfung, so daß die Möglichkeit der Erreichung neuer Übereinkünfte über eine bessere Wirksamkeit des Regimes besteht. Dies ist wegen der komplexen Natur von Teil XI und der Anlagen dazu auch erforderlich.

Artikel 155 (Die Überprüfungskonferenz)

Diese Vorschrift enthält zwei wesentliche Probleme:

- Die Überprüfungskonferenz kann Entscheidungen über eine Änderung des Tiefseebodenbergbauregimes mit ¾-Mehrheit beschließen, wenn 5 Jahre nach ihrem Beginn kein Konsens zustande gekommen ist. Dies bedeutet, daß die Industrieländer überstimmt werden können, selbst wenn ihre fundamentalen Interessen durch solche Änderungen verletzt werden.
- Änderungen treten für alle Mitglieder des SRÜ in Kraft, wenn ¾ der Mitgliedstaaten sie ratifiziert haben. D. h. Entwicklungsländer können sie alleine auch mit Wirkung für die Industrieländer in Kraft setzen. Dagegen bestehen nicht nur sachliche, sondern auch verfassungsrechtliche Bedenken: dieses Verfahren erlaubt es, für Deutschland verbindliches Recht gegen den Willen der Bundesregierung und ohne Mitwirkung der Legislative zu schaffen.

Das Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ sieht in seinem Abschnitt 4 vor, daß die Absätze 1, 3 und 4 des Artikels 155 nicht angewandt werden sollen. Damit sind unsere Bedenken insoweit völlig ausgeräumt. Stattdessen soll das in Artikel 314 und 316 Abs. 5 SRÜ vorgesehene Verfahren angewandt werden. Dieses Verfahren bietet zwar einen größeren Schutz, da Änderungen des SRÜ vom Rat im Konsens beschlossen werden müssen. Hinsichtlich des Inkrafttretens dieser Änderungen gelten aber die gleichen Bedenken wie bei Artikel 155 Abs. 4 SRÜ: sie treten für alle Mitgliedstaaten in Kraft, wenn ¾ von ihnen sie ratifiziert haben. Wegen des größeren Schutzes bei der Annahme der Änderungen sind sie hinnehmbar.

Die Absätze 2 und 5 bleiben erhalten. Sie legen die Grundsätze fest, die bei der Überprüfung des Teils XI zu beachten sind, und daß Rechte aufgrund bestehender Verträge von Änderungen des Teils XI unberührt bleiben.

Abschnitt 4. Die Behörde

Unterabschnitt A. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 156 (Errichtung der Behörde)

Die geplante Internationale Meeresbodenbehörde (International Sea-Bed Authority), kurz: Behörde, ist ein Kernstück, des vom SRÜ in Teil XI, Abschnitt 4, geschaffenen Tiefseebodenregimes. Ihre Errichtung erfolgt mit dem Inkrafttreten des SRÜ, d. h. ein Jahr nach Eingang der 60. Ratifikation (Artikel 308 Abs. 1 SRÜ). Mitglieder der Behörde sind alle Vertragsstaaten des SRÜ im Sinne von Artikel 305 Abs. 1 i.V.m. Artikel 156 Abs. 2; d. h.:

- alle Staaten;
- alle sog. assoziierten Staaten mit Selbstregierung, die diesen Status in einem von den Vereinten Nationen entsprechend der Resolution der Generalversammlung 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 überwachten und gebilligten Akt der Selbstbestimmung gewählt haben und für die im SRÜ geregelten Angelegenheiten zuständig sind;
- alle sog. assoziierten Staaten mit Selbstregierung, die entsprechend ihren jeweiligen Assoziierungsurkunden für die im SRÜ geregelten Angelegenheiten zuständig sind;
- alle Gebiete mit voller innerer Selbstregierung, die als solche von den Vereinten Nationen anerkannt sind, jedoch nicht die volle Unabhängigkeit im Einklang mit Resolution 1514 (XV) haben und
- Internationale Organisationen in Übereinstimmung mit Anlage IX.

Die automatische Mitgliedschaft aller Vertragsstaaten in der Behörde wird dazu führen, daß es keine verschiedenen Mitgliedschaftskategorien geben wird. Gemäß Artikel 156 Abs. 3 haben Beobachter der Dritten Seerechtskonferenz, die die Schlußakte unterzeichnet haben aber nicht in Artikel 305 Abs. 1 Buchst. c)–f) genannt sind, das Recht, an den Arbeiten der Behörde teilzunehmen.

Gemäß Artikel 156 Abs. 4 ist als Sitz der Behörde Jamaika vorgesehen. Sie hat allerdings gemäß Abs. 5 das Recht, regionale Verwaltungseinrichtungen aufzubauen.

Um sicherzustellen, daß die Behörde von Anfang an eine weltweite Mitgliedschaft hat, sieht Artikel 7 des Übereinkommens zur Durchführung von Teil XI SRÜ vor, daß es von allen Staaten, die seiner Annahme zugestimmt haben, ab dem Inkrafttreten des SRÜ am 16. November 1994 vorläufig angewendet werden soll. Außerdem können die Staaten, für die es bei seinem Inkrafttreten noch nicht bindend ist, gemäß Ziffer 11 des Abschnitts 1 des Anhangs zum Übereinkommen vorläufige Mitglieder der Behörde werden. Die vorläufige Mitgliedschaft kann maximal bis zum 16. November 1998 dauern. Bis dahin sollten alle Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsverfahren abgeschlossen haben.

Artikel 157 (Charakter und wesentliche Grundsätze der Behörde)

Die Funktionen der Behörde umschreibt Artikel 157 Abs. 1 allgemein mit Organisation und Kontrolle der Tiefseebodenaktivitäten der Vertragsstaaten im Hinblick auf eine Verwaltung der Meeresbodenressourcen. Dabei scheint Artikel 157 Abs. 1 auf den ersten Blick in einem gewissen Widerspruch zu Artikel 137 Abs. 2 zu stehen. Dieser legt fest, daß die Behörde im Namen der gesamten Mensch-

heit handelt. Während also Artikel 137 die Vertragsstaaten als Handlungseinheiten des Völkerrechtes in den Hintergrund zu drängen scheint, greift Artikel 157 auf die Staaten als einzige im Völkerrecht mit allgemeinen Handlungsbefugnissen ausgestattete Einheiten zurück. Dennoch ist der Widerspruch nur scheinbar. Artikel 137 enthält einen Sollenstatbestand und bezieht sich auf die Funktionserfüllung der Behörde, die Verwaltung der Ressourcen soll im allgemeinen Interesse, also auch für diejenigen Teile der Menschheit, die nicht durch Staaten in der Behörde vertreten sind, erfolgen.

Die mit den Begriffen „organisieren, überwachen, verwalten" umschriebenen Aufgaben der Behörde zerfallen in Einzelkomplexe. So sind zu unterscheiden: Informations-, Registrier- und Kooperationsfunktionen, Regelungs- und Einzelentscheidungskompetenzen, Kontrollaufgaben und der von der Behörde unmittelbar betriebene Meeresbergbau. Das SRÜ enthält dabei keinen geschlossenen Kompetenzkatalog für die Behörde selbst, sondern identifiziert vielmehr die Kompetenzen der einzelnen Organe der Behörde.

Die Informations- und Registrierfunktionen beschränken sich im wesentlichen darauf, die von staatlicher Seite her vorgenommene Abgrenzung der nationalen Meeresbodenzonen gegenüber dem internationalen Bereich zu erfassen und bekanntzugeben (Artikel 134 Abs. 3) sowie Forschungsergebnisse bezüglich des Meeresbodens zu verbreiten (Artikel 143 Abs. 3 Buchst. c).

Kooperationsfunktionen nimmt die Behörde im Bereich der wissenschaftlichen Erforschung des Meeresbodens (Artikel 143 Abs. 2), im Bereich des Technologietransfers (Artikel 144) und unmittelbar für den Meeresbergbau wahr.

Besondere Bedeutung kommt unter den Behördenfunktionen den Regelungskompetenzen zu. Die Behörde hat die Aufgabe, Sekundärrecht (Regeln, Vorschriften und Verfahren) zur Regelung des Tiefseebodenbergbaus und zum Schutze der marinen Umwelt gegen Gefahren aus dem Tiefseebergbau zu erlassen. Schutzobjekt ist damit die marine Umwelt in ihrer Gesamtheit, einschl. der Küsten (vgl. Artikel 145 i.V.m. Artikel 17 Abs. 2 Buchst. f) Anlage III). Ferner ist es Aufgabe der Behörde, Regeln zum Schutz des menschlichen Lebens in bezug auf Meeresbodenaktivitäten zu erlassen und damit die Abkommen zum Schutze der Sicherheit auf See inhaltlich zu ergänzen.

Herausragendes Charakteristikum der Regelungskompetenzen ist die unmittelbare Bindungswirkung der erlassenen Rechtssätze. Dabei verzichtet das SRÜ darauf, die Bindungswirkung der von der Behörde erlassenen Rechtssätze in allgemeiner Form zu statuieren (anders z. B. der EWG-Vertrag, Artikel 189). Vielmehr ergibt sich die Bindungswirkung aus der jeweiligen Kompetenzzuweisung und aus Artikeln 187 und 189. Diese Artikel normieren, daß das von der Behörde gesetzte Recht als Entscheidungsgrundlage der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten in Streitigkeiten zwischen Behörde und Vertragsstaat herangezogen wird.

Das Sekundärrecht entfaltet Rechtswirkungen für eine unbestimmte Anzahl von Sachverhalten, hat somit allgemeine Geltung und gilt unmittelbar, da es einer Mitwirkung der Rechtsetzungsorgane der Mitgliedstaaten nicht bedarf. Die Mitgliedstaaten sind daher nicht ausdrücklich gehalten, die Beachtung des Sekundärrechts innerstaatlich sicherzustellen. Durch die Entbindung von dieser Verpflichtung werden die Staaten weniger in ihrer Stellung als Hoheitsträger, sondern stärker in ihrer Eigenschaft als Befürworter von Tätigkeiten im Gebiet erfaßt. Der Eingriff, den die behördliche Verordnungskompetenz für die einzelstaatliche Souveränität im Interesse der Meeresbodengemeinschaft mit sich bringt, ist damit deutlich geringer, als z. B. bei den Europäischen Gemeinschaften, wo das Sekundärrecht die Mitgliedstaaten zwingt, ihre Rechtsordnung diesem anzupassen. Eine dem Artikel 5 EWG-Vertrag entsprechende Vorschrift, wonach die Mitgliedstaaten alle geeigneten Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus dem EWG-Vertrag ergeben, zu treffen haben, fehlt in dem SRÜ. Dies ist nur eine mittelbare Pflicht, die sich aus der Verantwortung nach Artikel 139 ergibt.

Die gesamte behördliche Verordnungstätigkeit untersteht dem Gebot, dem Interesse der gesamten Menschheit zu dienen (Artikel 137 Abs. 2). Ergänzt wird dieser Grundsatz durch das Diskriminierungsverbot. Allerdings ist eine besondere Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer, soweit sie von der Konvention bereits vorgesehen ist, nicht als Diskriminierung anzusehen (vgl. Artikel 152).

Einzelentscheidungskompetenzen: Die Behörde genehmigt die Arbeitspläne, und sie kann gemäß Artikel 162 Abs. 2 Buchst. w) SRÜ Teile des Meeresbodens von Bergbauaktivitäten ausnehmen oder gar denselben einstellen (Artikel 162 Abs. 2 Buchst. x). Ferner fallen in den Rahmen dieser Einzelentscheidungskompetenzen die Entziehung von Mitgliedschaftsrechten nach Artikel 185 sowie der Entzug des Stimmrechtes in den Organen der Behörde gemäß Artikel 184.

Kontrolle der Meeresbodenaktivitäten: Die Kontrollkompetenzen der Meeresbodenbehörde ähneln denjenigen der IAEO – Internationale Atomenergieorganisation. Die Behörde hat die Aufgabe, Tiefseebergbauaktivitäten durch ein eigenes Inspektionssystem vor Ort zu kontrollieren, um sicherzustellen, daß die Bestimmungen von Teil XI des SRÜ und der Anlagen sowie das von ihr erlassene Sekundärrecht eingehalten werden. Dabei geht das SRÜ genauso wie der IAEO-Vertrag von einem Vorrang der behördlichen Kontrolle aus, dem sich die staatliche Kontrolle unterzuordnen hat. Das heißt, die Vertragsstaaten haben die behördlichen Kontrollen hinsichtlich aller Unternehmen zu unterstützen, allerdings nur soweit dies die Einhaltung des primären Meeresbodenrechtes betrifft. Bezüglich der Kontrolle, ob auch das Sekundärrecht gewahrt bleibt, bleibt die Behörde auf sich angewiesen. Hierin liegt der wesentliche Unterschied der Seerechtskonvention zu der Regelung bei der IAEO, dort sind behördliche und staatliche Kontrollen deckungsgleich. Die gesamte Ausgestaltung des Inspektionssystems bei der Behörde macht deutlich, welch hohes Maß an Internationalisierung durch die Errichtung der Meeresbodenbehörde erreicht werden soll.

Eine besondere von der Behörde wahrzunehmende Kompetenz ist die des behördeneigenen Tiefseebodenbergbaus. Diese Aufgabe stellt eine Besonderheit im Vergleich mit anderen internationalen Organisationen dar.

Artikel 158 (Organe der Behörde)

Gemäß Artikel 158 Abs. 1 verfügt die Behörde über die folgenden Hauptorgane: Versammlung, Rat und Sekretariat. Damit unterscheidet sie sich nicht von dem für interna-

tionale Organisationen üblichen Grundaufbau. Gemäß Absatz 3 können die für notwendig befundenen Nebenorgane gebildet werden. Für einige Nebenorgane des Rates werden vom SRÜ bereits die auszuübenden Funktionen umschrieben. Dazu zählen die Kommission für wirtschaftliche Planung, Artikel 164, und die Rechts- und Fachkommission gemäß Artikel 165.

Als weiteres Organ der Behörde nennt Artikel 158 Abs. 2 das Behördenunternehmen. Es nimmt eine besondere Stellung ein, da es über eine eigene Organisation und Rechtspersönlichkeit verfügt (vgl. Artikel 170 und Anlage IV). Absatz 4 macht deutlich, daß keines der Organe in den Kompetenzbereich des jeweils anderen Organes eingreifen darf, vielmehr nur für den ihm übertragenen Kreis von Aufgaben und Befugnissen verantwortlich ist. Die Kompetenzverteilung innerhalb des SRÜ muß insoweit als abschließend bezeichnet werden.

Unterabschnitt B. Die Versammlung

Artikel 159 (Zusammensetzung, Verfahren und Abstimmung)

Gemäß Absatz 1 ist die Versammlung das Plenarorgan der Behörde, in der alle Vertragsstaaten durch einen Repräsentanten vertreten sind. Die Versammlung tritt jährlich zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Während der Übergangszeit, d. h. zwischen dem Inkrafttreten des SRÜ und dem Eintritt der Wirtschaftlichkeit des Tiefseebodenbergbaus, soll die Versammlung gemäß Ziffer 2 und 3 des Abschnitts 2 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI nur insoweit tagen, als es zur Erledigung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Versammlung kann aufgrund eines eigenen Beschlusses oder auf Ersuchen des Rates oder der Mehrheit der Mitglieder der Behörde auch zu „Sondertagungen" zusammentreten (Artikel 159 Absatz 2). Tagungsort ist, sofern nichts anderes beschlossen ist, der Sitz der Behörde (Absatz 3).

Jeder Staat verfügt in der Versammlung über eine Stimme (Artikel 159 Absatz 6 SRÜ). Beschlußfähigkeit ist gegeben, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist (Artikel 159 Abs. 5). Beschlüsse über Sachfragen bedürfen einer ⅔-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, mindestens aber der Mehrheit der an der Tagung teilnehmenden Mitglieder (Artikel 159 Abs. 8 SRÜ). Gemäß Ziffer 2 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI sollte zunächst versucht werden, zu einem Konsens zu kommen. Bei Entscheidungen über Fragen, für die auch der Rat eine Zuständigkeit hat, sowie über Verwaltungs-, Budget- und Finanzfragen soll gemäß Ziffer 4 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI die Entscheidung der Versammlung auf der Empfehlung des Rates basieren. Will die Versammlung von der Empfehlung des Rates abweichen, hat sie die Sache an den Rat zurückzuverweisen. Der Rat berät die Sache erneut im Lichte der Meinungen der Versammlung. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die Industrieländer, die weniger als ⅔ der Mitglieder der Behörde stellen, einfach überstimmt werden und ihre Interessen nicht angemessen schützen können.

Über die Einberufung einer Sondertagung sowie über andere Verfahrensfragen entscheidet die Versammlung mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder (Absatz 7). Ist strittig, ob es sich um eine Sachfrage handelt, so wird diese Frage als Sachfrage behandelt, sofern nicht die Versammlung mit ⅔-Mehrheit etwas anderes beschließt (Absatz 8 Satz 2).

Ein derartig reguliertes Abstimmungsverfahren hat zwei Konsequenzen. Zum einen wird die Stellung des Versammlungspräsidenten (siehe dazu unter Artikel 160) gestärkt, denn seine Einordnung einer Frage als Verfahrensfrage ist wegen Artikel 159 Abs. 8 kaum noch zu revidieren. Zum anderen resultiert es in einer Schwächung des Minderheitenschutzes. Der jeweils bestehenden Minderheit wird die Möglichkeit genommen, etwas zu einer Sachfrage erklären zu lassen, um damit unter Umständen eine Entscheidung in der Sache selbst zu verhindern.

Gewissermaßen als Möglichkeit für einen Interessenausgleich sieht Absatz 9 des Artikel 159 für den Präsidenten der Versammlung vor, daß die Abstimmung über eine Sachfrage, die erstmalig zur Abstimmung gestellt wird, für fünf Tage verschoben werden kann. Auf Antrag eines Fünftels der Mitglieder der Versammlung ist der Präsident sogar dazu verpflichtet. Die Vertagung ist in derselben Sache nur einmal möglich und darf nicht dazu führen, daß über die Frage in der jeweiligen Tagung nicht mehr abgestimmt werden kann. Den beteiligten Parteien wird damit die Möglichkeit eröffnet, nach einem Kompromiß zu suchen. Kampfabstimmungen sollen vermieden werden. Eine weitere Möglichkeit, eine Entscheidung der Versammlung auszusetzen, sieht Absatz 10 vor. Dafür müssen mindestens ein Viertel der Mitglieder verlangen, daß ein Gutachten der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten zu der Frage eingeholt wird, ob „ein der Versammlung in einer Angelegenheit vorliegender Vorschlag" mit dem SRÜ vereinbar ist. Solange das Gutachten aussteht, wird die Entscheidung der Versammlung vertagt.

Artikel 160 SRÜ (Befugnisse und Aufgaben)

Der in Artikel 160 Abs. 1 genannten Richtlinienkompetenz kommt besondere Bedeutung zu. Durch die Zuordnung dieser Kompetenz wird die Versammlung aus dem Kreis der übrigen Organe der Meeresbodenbehörde herausgehoben. Als „einziges Organ der Behörde, das aus allen Mitgliedern besteht", gilt die Versammlung als „oberstes Organ der Behörde", das die allgemeine Politik der Behörde unter Beachtung der Konvention festlegt und so über die Verwaltung die Arbeit der übrigen Organe zu steuern vermag. Diese herausragende Position der Versammlung als Zentrum innerbehördlicher Willensbildung wurde vor allem von den Entwicklungsländern unter Bezugnahme auf das Common Heritage-Konzept in den Beratungen durchgesetzt. Hintergrund für diese überragende Stellung ist somit: Soll die Entwicklung des Meeresbodenregimes wirklich dazu führen, daß alle Staaten Einfluß auf die Verwaltung des Meeresbodens erhalten, so ist zu gewährleisten, daß wenigstens die Grundzüge der Politik von dem Plenarorgan der Behörde formuliert werden. Die Richtlinienkompetenz wird dabei als selbständige Aufgabe der Versammlung formuliert. Absatz 1 ist nicht als Obersatz für die in Absatz 2 genannten Funktionen der Versammlung zu verstehen. Dabei sollen über Absatz 1 der Versammlung keine neuen Kompetenzen übertragen werden. Ihre Kompetenz hat sich vielmehr in dem ihr von der Konvention gesteckten Rahmen zu bewegen.

Solange das SRÜ nicht selbst Schranken zieht, ist die Versammlung bei der Formulierung der behördlichen Politik eigenverantwortlich. Diese Schranken sind jeweils für

den Einzelfall nachzuweisen. Gelingt der Nachweis nicht, spricht die Vermutung für die Entscheidungsfreiheit. Absatz 1 kommt somit die Funktion einer Auslegungsregel zu.

Zu den als intern zu bezeichnenden Funktionen der Versammlung gehört die Wahl ihres Präsidenten, Artikel 159 Abs. 4, die Wahl der Mitglieder des Rates, Artikel 160 Abs. 2 Buchst. a), sowie die Wahl des Generalsekretärs, dessen Wahl auf der Grundlage einer von dem Rat erstellten Vorschlagsliste erfolgt (Artikel 160 Abs. 2 Buchst. b)). Schließlich wählt sie auf Empfehlung des Rates die Mitglieder des Verwaltungsrates und den Generaldirektor des Behördenunternehmens (Abs. 2 Buchst. c)).

Das behördliche Haushaltsrecht ist ebenfalls bei der Versammlung verankert. Sie setzt gemäß Artikel 160 Abs. 2 Buchst. e) die Beiträge fest, prüft und genehmigt den Haushalt der Behörde, den ihr der Rat empfiehlt (Artikel 160 Abs. 2 Buchst. h). Schließlich erläßt die Versammlung die Haushaltsordnung für die Behörde und regelt das finanzielle Verhältnis zum behördeneigenen Unternehmen (Abs. 2 Buchst. f) ii) Satz 2).

Nach Absatz 2 Buchst. f) (i) hat die Versammlung über die vom Rat vorgeschlagenen Vorschriften, Verfahren und Regeln zu entscheiden („prüft und genehmigt"), die für eine gerechte Verteilung der finanziellen und sonstigen wirtschaftlichen Vorteile, die aus der Tätigkeit im Gebiet stammen, Sorge tragen sollen. Gleiches gilt für Regeln, die Zahlungen und Leistungen nach Artikel 82 SRÜ betreffen. Keine näheren Ausführungen enthält Artikel 160 Abs. 2 Buchst. f) i) zu den Kriterien, nach denen die Verteilung erfolgen soll. Angesprochen werden lediglich die besonderen Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der Völker, die noch keine volle Unabhängigkeit genießen. Ist die Versammlung mit dem Vorschlag des Rates nicht einverstanden, dann muß sie die Sache an den Rat zur erneuten Beratung zurückverweisen.

Die wichtigsten Rechtssetzungskompetenzen der Versammlung umschreibt Artikel 160 Abs. 2 Buchst. f) ii). Danach berät und entscheidet die Versammlung über Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde sowie deren Änderungen. Dieses als „Sekundärrecht" zu bezeichnende Recht bezieht sich auf die Prospektion, Erforforschung und Ausbeutung im Gebiet, und zwar für alle mineralischen Ressourcen, die Finanzordnung und innere Verwaltung der Behörde (s. o. Haushaltskompetenz) und die Weitergabe von Geldmitteln des Behördenunternehmens an die Behörde. Vorbereitet wird dieses Recht durch den Rat gemäß Artikel 162 Abs. 2 Buchst. o) ii) in Zusammenarbeit mit der dafür zuständigen Rechts- und Fachkommission. Sobald die Rechtssätze erarbeitet sind, können sie provisorisch angewandt werden, es obliegt aber der Versammlung, ihnen Rechtskraft zu verleihen. Lehnt die Versammlung eine Bestätigung ab, so bleiben diese gemäß Artikel 162 Abs. 2 Buchst. o) ii) vorläufig in Kraft. Es obliegt sodann dem Rat diese zu ändern, um so eine Zustimmung der Versammlung zu erlangen.

Der Umfang dieser Kompetenz ist durch Ziffer 14 des Abschnitts 1 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ erweitert worden. Danach soll die Behörde Vorschriften zur Umsetzung der Prinzipien, die in den Abschnitten 2 (Behördenunternehmen), 5 (Technologietransfer), 6 (Produktionspolitik), 7 (Hilfe für wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen) und 8 (Abgaben der Tiefseebergbauunternehmen an die Behörde) des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ enthalten sind, nach dem gleichen Verfahren erarbeiten und erlassen.

Gemäß Absatz 2 Buchstabe m) hat die Versammlung über die Suspendierung von Rechten und Vorrechten aus der Mitgliedschaft nach Artikel 185 SRÜ zu entscheiden.

Gemäß Absatz 2 Buchstabe n) steht es der Versammlung frei, alles aus dem Kompetenzbereich der Behörde zu diskutieren, ähnlich wie die Generalversammlung gemäß Artikel 10 VN-Charta. Darüber hinaus wird der Versammlung das Recht zuerkannt, bislang nicht einem bestimmten Organ zugewiesene Funktionen zu verteilen.

Unterabschnitt C. Der Rat

Artikel 161 (Zusammensetzung, Verfahren und Abstimmung)

Der Rat soll aus 36 Mitgliedern bestehen, die von der Versammlung aus dem Kreise der Mitglieder der Behörde gemäß Artikel 161 i.V.m. Ziffer 15 des Abschnitts 3 zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI gewählt werden. Damit handelt es sich bei dem Rat um ein Organ mit beschränktem Mitgliederkreis. Die Zusammensetzung des Rates basiert auf zwei verschiedenen Prinzipien, namentlich dem Prinzip der angemessenen geographischen Verteilung und dem Prinzip der Berücksichtigung von Sonderinteressen. Beide Prinzipien werden bei internationalen Organisationen mit beschränktem Mitgliederkreis angewandt. Die Mitglieder des Rates sollen aus fünf verschiedenen Gruppen rekrutiert werden. Drei der Gruppen können dabei als unmittelbare Interessengruppen hinsichtlich des Tiefseebergbaus bezeichnet werden.

Gemäß Ziffer 15 Buchstabe (a) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ sollen vier Mitglieder den Staaten entstammen, die zu den Hauptverbrauchern bzw. -importeuren von aus dem Tiefseeboden gewonnenen Mineralien zählen. Darunter sollen sich der Staat mit dem größten Sozialprodukt beim Inkrafttreten des SRÜ und der Staat mit dem größten Sozialprodukt in der osteuropäischen Gruppe befinden.

Vier weitere Mitglieder sind aus dem Kreis derjenigen acht Staaten zu wählen, die die umfangreichsten Investitionen zur Vorbereitung und Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet vorgenommen haben (Ziffer 15 Buchstabe (b) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI).

Vier weitere Mitglieder haben aus den Vertragsstaaten zu stammen, die aufgrund ihrer Produktion zu den wichtigsten Nettoexporteuren der aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen gehören. Mindestens zwei dieser Staaten müssen Entwicklungsländer sein, deren Wirtschaft wesentlich von der Ausfuhr dieser Rohstoffe bestimmt ist (Ziffer 15 Buchstabe (c) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI).

Sechs Mitglieder sind der Gruppe der Entwicklungsländer zu entnehmen, soweit diese besondere Interessen repräsentieren. Genannt werden: Staaten mit großer Bevölkerungszahl, Binnenländer und geographisch benachteiligte Staaten, Inselstaaten, Staaten, die Hauptimporteure der von dem Meeresboden gewinnbaren Mineralien sind, mögliche Produzenten und am wenigsten entwickelte Staaten (Ziffer 15 Buchstabe (d) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI).

Die restlichen 18 Mitglieder werden nach dem Gesichtspunkt einer gerechten geographischen Verteilung gewählt. Nicht diese achtzehn Sitze sollen dabei gerecht geographisch verteilt werden, sondern über diese Sitze soll eine gerechte geographische Verteilung im Rat insgesamt erzielt werden. Als Regionalgruppen werden genannt: Afrika, Asien, Osteuropa, Lateinamerika, Westeuropa und andere Staaten. Jeder Regionalgruppe kommt mindestens ein Sitz in der Kategorie zu (Ziffer 15 Buchstabe (e) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI). Die Anwendung eines derartigen Systems hat zur Folge, daß eine Überrepräsentanz einer Regionalgruppe in einer der unter Buchst. (a)–(d) aufgeführten Interessengruppe die Anzahl der Sitze der Regionalgruppe im Rahmen der Ziffer 15 Buchstabe (e) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI verringert.

Schließlich ist bei der Wahl der Ratsmitglieder darauf zu achten, daß die Binnenländer und geographisch benachteiligten Staaten angemessen berücksichtigt werden (Artikel 161 Absatz 2 Buchstabe (a)).

Absatz 2 Buchstabe (b) verlangt, daß die Küstenstaaten, insbesondere die Entwicklungsländer unter ihnen, die sich nicht unter den Kategorien (a)–(d) der Ziffer 15 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI qualifiziert haben, ebenfalls entsprechend berücksichtigt werden.

Von besonderer Bedeutung ist Absatz 2 Buchstabe (c) in Verbindung mit Ziffer 10 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI. Danach ist jede im Rat vertretene Gruppe von Vertragsstaaten durch die Mitglieder vertreten, die gegebenenfalls von der Gruppe nominiert werden. Dabei sollen die in Ziffer 15 (a)–(d) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI genannten Gruppen nur soviele Kandidaten nominieren als Sitze zu besetzen sind. Damit wird die Kompetenz der Versammlung auf die Bestätigung der vorgeschlagenen Kandidaten eingeschränkt. Die Wahl der Ratsmitglieder erfolgt für vier Jahre (Absatz 3). Wiederwahl ist zulässig. Es ist jedoch auf eine entsprechende Rotation der Mitglieder zu achten (Absatz 4). Gemäß Ziffer 10 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI ist es Aufgabe der Gruppen, das Prinzip der Rotation umzusetzen.

Die Vorschriften des Artikels 161 Absatz 8 Buchstaben (b) und (c) über Zweidrittel- bzw. Dreiviertelmehrheiten bei Sachentscheidungen sind gemäß Ziffer 8 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI nicht anwendbar. Stattdessen werden Sachentscheidungen des Rates gemäß Ziffer 4 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI mit Zweidrittelmehrheit getroffen. Diese Zweidrittelmehrheit muß jedoch die Hälfte der Stimmen der Vertreter der Gruppen der Verbraucher und Importeure, der Tiefseebergbaustaaten, der Landproduzenten und Exporteure sowie der Entwicklungsländer umfassen. Auf diese Weise wird sichergestellt, daß die Gruppen der Verbraucher und Importeure, der Tiefseebergbaustaaten sowie der Landproduzenten und Exporteure, die nur 4 Vertreter in den Rat entsenden und damit weniger als ein Drittel der Mitglieder des Rates stellen, bei Abstimmungen im Rat nicht ohne weiteres überstimmt werden und ihre Interessen angemessen schützen können. Damit sind die Bedenken gegen die Vorschriften des SRÜ über die Zusammensetzung des Rates und die Mehrheiten bei Entscheidungen ausgeräumt.

Gemäß Absatz 8 Buchstabe (d) ist über drei Komplexe im Konsens zu entscheiden (zur Bedeutung des Konsenses vgl. Absatz 8 Buchstabe (e)). Hierzu gehören gemäß Artikel 161 Absatz 8 Buchstabe (d) i.V.m. Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe (m) Entscheidungen über Schutzmaßnahmen zugunsten von Entwicklungsländern, die ernste nachteilige Auswirkungen auf ihre Ausfuhreinnahmen oder ihre Wirtschaft aufgrund des Tiefseebodenbergbaus erleiden, die Erarbeitung des Sekundärrechtes gemäß Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe (o), sowie Änderungen von Teil XI des SRÜ.

Die Genehmigung von Arbeitsplänen schließlich unterliegt dem in Ziffer 11 Buchstabe (a) des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI genannten besonderen Verfahren. Die Mehrheiten richten sich dabei nach der Entscheidung der Rechts- und Fachkommission. Empfiehlt diese die Annahme des Arbeitsplanes, gilt dieser nach einer bestimmten Periode als angenommen, es sei denn, der Rat beschließt vorher mit der für Sachentscheidungen notwendigen Mehrheit seine Ablehnung. Falls die Rechts- und Fachkommission Ablehnung empfiehlt oder keine Empfehlung ausspricht, entscheidet der Rat mit der für Sachentscheidungen notwendigen Mehrheit. Die Vorschrift des Artikels 162 Abs. 2 Buchst. (j) SRÜ wird nicht angewandt.

Artikel 162 (Befugnisse und Aufgaben)

Absatz 1 bezeichnet den Rat als das Exekutivorgan der Behörde. Er soll im Rahmen des SRÜ und der von der Versammlung beschlossenen allgemeinen Politik die Politik in den Einzelfragen bestimmen. Die darin festgelegte Unterordnung des Rates unter die Versammlung wird durch Ziffer 4 des Abschnitts 3 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI modifiziert. Danach hat die Versammlung Angelegenheiten an den Rat zurückzuverweisen, wenn er für sie auch eine Zuständigkeit hat und die Versammlung von der Empfehlung des Rates abweichen möchte. Außerdem soll die Versammlung alle Entscheidungen in Verwaltungs-, Haushalts- und Finanzfragen auf der Basis von Empfehlungen des Rates treffen. Da Sachentscheidungen des Rates neben der ⅔-Mehrheit auch die Hälfte der Stimmen in den Kammern der Verbraucher und Importeure, der Tiefseebergbaustaaten sowie der Landproduzenten und Exporteure erfordern, sind auf diese Weise die Gewichte zwischen Versammlung und Rat verschoben und ist es den genannten Kammern ermöglicht worden, auch im Entscheidungsverfahren der Versammlung ihre Interessen schützen zu können.

Zu den Kompetenzen, die gemeinsam vom Rat und der Versammlung wahrzunehmen sind, gehören:

- Verstöße gegen die Vorschriften des Tiefseebergbauteils des SRÜ
- Wahl des Generalsekretärs der Behörde
- Wahl des Verwaltungsrates und des Generaldirektors des Behördenunternehmens
- Abschluß von Verträgen mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen
- Hilfe für wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen von Entwicklungsländern, die von Tiefseebodenbergbau nachteilig betroffen sind

- Erlaß von Sekundärrecht
- Haushaltsfragen
- Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten.

Daneben hat der Rat eine ganze Reihe von Aufgaben, in denen er alleine entscheidet. Zu den wichtigsten dieser Aufgaben gehören:

- Regelung interner Angelegenheit
- Erlaß von Richtlinien für das Behördenunternehmen
- Genehmigung von Arbeitsplänen
- Aufsicht über Tätigkeiten im Gebiet
- Schutzmaßnahmen für Entwicklungsländer, die nachteilig vom Tiefseebergbau betroffen sind
- Überprüfung der Zahlungen an die Behörde
- Einleitung von Verfahren der Behörde vor der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten
- Erlaß von Anordnungen in Notfällen, um Schaden für die marine Umwelt zu vermeiden
- Ausschluß von Feldern für Tätigkeiten
- Einrichtung eines Inspektionssystems.

In Absatz 2 y) wird der Rat zur Einsetzung eines Nebenorgans zur Ausarbeitung von Finanzregeln ermächtigt. Einen Finanzausschuß mit umfassenden Kompetenzen sieht es dagegen nicht ausdrücklich vor. Im Durchführungsübereinkommen wird nunmehr in Abschnitt 9 ein Finanzausschuß geschaffen und als ein Organ bezeichnet, das bereits unmittelbar nach Inkrafttreten des SRÜ seine Funktionen wahrzunehmen hat (Abschnitt 1 Nr. 4).

Die Zusammensetzung, Befugnisse und Entscheidungsfindung ergeben sich aus Abschnitt 9 des Durchführungsübereinkommens. Danach hat der Ausschuß 15 Mitglieder, die grundsätzlich der Zusammensetzung des Rats der Behörde entsprechen sollen. Darüber hinaus ist festgelegt, daß bis zum Zeitpunkt ausreichender Eigenmittel die 5 Hauptbeitragszahler zum Verwaltungshaushalt der Behörde einen ständigen Sitz im Finanzausschuß haben. Diese Bestimmung garantiert der Bundesrepublik Deutschland die Mitgliedschaft.

Die Kompetenzen des Ausschusses sind enumerativ aufgezählt und umfassen praktisch alle Bereiche der Behörde mit finanziellen Auswirkungen. Dazu werden der Versammlung und dem Rat Empfehlungen vorgelegt, die Grundlage ihrer Beschlüsse sind. Die entsprechenden Empfehlungen sind bei Sachfragen im Wege des Konsenses zu fassen. Sollte dieser nicht möglich sein, wird an die Versammlung und den Rat unter Beachtung der verschiedenen Meinungen berichtet. In prozeduralen Fragen kann der Ausschuß mit Mehrheit entscheiden.

Das Nebenorgan gemäß Absatz 2 y) ist mit der Einsetzung des Finanzausschusses gegenstandslos.

Artikel 163 (Organe des Rates)

Diese Artikel sehen die Einrichtung einer Kommission für wirtschaftliche Planung und einer Rechts- und Fachkommission als Unterorgane des Rates vor. Sie sollen aus je 15 Mitgliedern bestehen, die über entsprechende Fachkenntnisse verfügen sollen. Bei der Wahl der Mitglieder soll dem Prinzip der gerechten geographischen Verteilung und der Vertretung besonderer Interessen Rechnung getragen werden. Die Mitglieder dürfen nicht finanziell an Tiefseebergbauoperationen beteiligt sein. Die Kompetenzen der beiden Kommissionen sind in Artikel 164 und 165 festgelegt. Gemäß Ziffer 4 des Abschnitts 1 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI sollen die Aufgaben der Kommission für wirtschaftliche Planung zunächst von der Rechts- und Fachkommission wahrgenommen werden, und zwar solange, bis der Rat anders entscheidet oder längstens bis zur Annahme des ersten Arbeitsplanes für die Gewinnung.

Wichtigste Aufgabe der Rechts- und Fachkommission ist die Prüfung von Anträgen für Arbeitspläne. Mit ihrem Votum entscheidet sie zugleich über das Verfahren im Rat bei der Genehmigung von Arbeitsplänen.

Die beiden Kommissionen haben keine eigene Entscheidungsbefugnis. Sie können nur Empfehlungen an den Rat aussprechen. Trotzdem darf ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden, denn es dürfte in der Praxis kaum möglich sein, ihre Empfehlungen im Rat noch entscheidend zu ändern.

Unterabschnitt D. Das Sekretariat

Das für die Behörde vorgesehene Sekretariat, Artikel 166–169, wie auch die Stellung des Generalsekretärs unterscheidet sich nach der Regelung des SRÜ nicht von dem für andere internationale Organisationen entwickelten Grundmuster.

Artikel 166 (Das Sekretariat)

Das Sekretariat besteht neben dem Generalsekretär aus dem von der Behörde benötigten Personal. Die Auswahl des Personals erfolgt durch den Generalsekretär selbst. Dieser wird von der Versammlung aus dem Kreis der vom Rat vorgeschlagenen Kandidaten für die Dauer von vier Jahren gewählt. Er ist der höchste Verwaltungsbeamte der Behörde.

Artikel 167 (Das Personal der Behörde)

Das Personal des Sekretariats soll aus befähigten wissenschaftlichen, technischen oder sonstigen Mitarbeitern bestehen. Bei der Besetzung des Sekretariats ist vorrangig die Fachqualifikation der Bewerber zu berücksichtigen. Erst in zweiter Linie ist dem Grundsatz einer möglichst breitgestreuten geographischen Verteilung Rechnung zu tragen (Artikel 167 Abs. 2).

Die die Einstellung, Entlassung und andere das Dienstverhältnis regelnden Statuten werden gemäß Artikel 167 Abs. 3 im Rahmen des Sekundärrechts erlassen.

Artikel 168 (Internationaler Charakter des Sekretariats)

Gemäß Artikel 168 Abs. 1 SRÜ sind die Mitglieder des Sekretariats nur der Behörde verpflichtet. Von einer Regierung oder von einer anderen Stelle außerhalb der Behörde dürfen ihnen weder Weisungen erteilt werden, noch dürfen sie um solche nachsuchen.

Gemäß Absatz 2 dürfen weder der Generalsekretär noch das Personal an Meeresbodenaktivitäten finanziell beteiligt sein. „Wirtschaftsgeheimnisse", die sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Sekretariats erworben haben, dürfen selbst nach Beendigung der Tätigkeit nicht weiter-

gegeben werden. Verstöße können gemäß Artikel 168 Abs. 3 die Entlassung zur Folge haben. Einzelheiten sollen in Vorschriften des Sekundärrechts geregelt werden.

Artikel 169 (Konsultation und Zusammenarbeit mit internationalen und nichtstaatlichen Organisationen)

Gemäß Artikel 169 kann der Generalsekretär mit Genehmigung des Rates mit internationalen und nichtstaatlichen Organisationen Vereinbarungen über Konsultationen und Zusammenarbeit in Angelegenheiten schließen, die in die Zuständigkeit der Behörde fallen. Die Teilnahme von Vertretern dieser Organisationen an Tagungen der Organe der Behörde regeln deren Geschäftsordnungen.

Unterabschnitt E. Das Unternehmen

Artikel 170 (Das Behördenunternehmen)

Artikel 170 beschreibt grundsätzlich Aufbau, Organisation und Aufgaben des Behördenunternehmens. Konkretisierungen dazu enthält Anlage IV des Übereinkommens. Das Behördenunternehmen war von der Seerechtskonferenz als das geeignete Mittel zur wirtschaftlichen Umsetzung des Prinzips des gemeinsamen Erbes der Menschheit angesehen worden. Es wurde deshalb mit einem Sonderstatus ausgestattet.

Absatz 1: Das Behördenunternehmen ist organisatorisch ein Organ der Behörde. Über dieses Organ nimmt die Behörde unmittelbar am Tiefseebodenbergbau teil (Artikel 153 Abs. 2 Buchst. a), 158 Abs. 2). Die Bezeichnung „Organ" ist insoweit unzureichend, als das Behördenunternehmen eine eigene Organisation innerhalb der Behörde bildet, aber teilweise deren Einflüssen ausgesetzt ist. Zu den Aufgaben des Behördenunternehmens gehört der Meeresbergbau im Gebiet sowie auch die Beförderung, die Verarbeitung und der Absatz der von ihm aus dem Gebiet gewonnenen Mineralien.

Absatz 2: Zur Erfüllung dieser Aufgaben erhält das Behördenunternehmen Rechts- und Geschäftsfähigkeit im Rahmen der Völkerrechtspersönlichkeit der Behörde. Das Unternehmen untersteht bei der Erfüllung seiner Aufgaben den Richtlinien und der Kontrolle des Rates (Artikel 162 Abs. 2 Buchst. i) SRÜ) und hat die von der Versammlung aufgestellten allgemeinen Leitsätze zu beachten.

Absatz 3: Das Behördenunternehmen hat seine Hauptgeschäftsstelle am Sitz der Behörde. Die Vorschriften über das Behördenunternehmen (Artikel 170 SRÜ und Anlage IV zum SRÜ) war mit ein wesentlicher Grund für viele Staaten, das SRÜ nicht zu ratifizieren bzw. ihm nicht beizutreten. Im Abschnitt 2 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ werden wesentliche Teile dieser Vorschriften für nicht anwendbar erklärt. Das gilt insbesondere für die Verpflichtung der Mitgliedstaaten der Behörde, die Mittel für eine Tiefseebergbauoperation des Behördenunternehmens bereitzustellen (vgl. Ziffer 3 des o. a. Abschnitts).

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich der Zeithorizont für wirtschaftlichen Tiefseebodenbergbau weit in die Zukunft verschoben hat, sollen die Aufgaben des Behördenunternehmens die fast ausschließlich aus Beobachtungs- und Evaluierungsfunktionen bestehen, zunächst vom Sekretariat der Meeresbodenbehörde wahrgenommen werden (vgl. Ziffer 1 des o. a. Abschnitts), bis der Rat über die Selbständigkeit des Behördenunternehmens entschieden hat (vgl. Ziffer 2 des o. a. Abschnitts). Der Rat hat diese Entscheidung zu treffen, wenn der erste Antrag für eine Ausbeutungsgenehmigung gestellt wird und das Behördenunternehmen unter wirtschaftlichen Bedingungen sich an einem Joint Venture beteiligen kann. Weiter ist festgelegt, daß das Behördenunternehmen seine erste Tiefseebodenbergbauoperation im Rahmen eines Joint Venture durchführen soll (vgl. Ziffer 2 des o. a. Abschnitts) und daß das Behördenunternehmen die gleichen Verpflichtungen übernehmen muß wie die übrigen Tiefseebodenbergbauunternehmen (vgl. Ziffer 4 des o. a. Abschnitts). Erhalten geblieben ist die Verpflichtung der Tiefseebodenbergbauunternehmen, ihre Antragsfläche so zu bemessen, daß sie in zwei gleichwertige Hälften für je eine Tiefseebodenbergbauoperation aufgeteilt werden kann, von denen sich die Behörde eine Hälfte aussuchen und für das Behördenunternehmen reservieren kann (vgl. Artikel 8 der Anlage III zum SRÜ). Auch die Verpflichtung zur Ausbildung von Personal für die Behörde ist bestehen geblieben (vgl. Artikel 15 der Anlage III zum SRÜ). Dies sind Verpflichtungen, die nur begrenzte Belastungen darstellen und deshalb hingenommen werden können. Insgesamt stellen die Vorschriften des Abschnitts 2 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung von Teil XI eine entscheidende Verbesserung der Vorschriften über das Behördenunternehmen dar.

Unterabschnitt F. Finanzielle Regelungen der Behörde

Artikel 171 (Finanzielle Mittel der Behörde)

Artikel 171 sieht u. a. vor, daß die Meeresbodenbehörde auf der Basis der VN-Beitragsskala Pflichtbeiträge von allen Vertragsstaaten erhebt. Nach Abschnitt 1 Nr. 14 der Anlage des Durchführungsübereinkommens werden die Verwaltungskosten der Behörde für eine Übergangszeit bis zum Ende des dem Inkrafttreten des Durchführungsübereinkommens folgenden Jahres aus dem regulären VN-Haushalt finanziert. Damit tragen alle Mitgliedstaaten der VN zur Finanzierung der Behörde bei.

Nach Ablauf der Übergangszeit werden die Verwaltungskosten der Behörde von den SRÜ-Vertragsstaaten und den vorläufigen Mitgliedern der Meeresbodenbehörde erhoben, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, ab welchem die Behörde gemäß Artikel 173 über ausreichend eigene Mittel verfügt.

Artikel 172 (Jahreshaushalt der Behörde)

Abschnitt 1 Nr. 14 der Anlage des Durchführungsübereinkommens schränkt die Ermächtigung der Behörde zur Kreditaufnahme gemäß Artikel 174 ein. Danach dürfen keine Kredite zur Finanzierung des Verwaltungshaushalts aufgenommen werden.

Artikel 173 (Ausgaben der Behörde)

Absatz 1 legt fest, daß die Beiträge der Mitgliedstaaten ausschließlich dazu bestimmt sind, die Verwaltungskosten der Behörde solange zu bestreiten, bis die Behörde über ausreichende eigene finanzielle Mittel aus anderen Quellen zur Deckung dieser Kosten verfügt.

Absatz 2 bestimmt, daß auch die weiteren finanziellen Mittel der Behörde primär für die Deckung der Kosten des Verwaltungshaushalts zu verwenden sind. Werden diese Mittel nicht vollständig für diese Finanzierung benötigt, kommen die Mittel für folgende Verwendung in Betracht:

- zur Gewinnausschüttung auf der Grundlage einer gerechten Verteilung und der Nichtdiskriminierung
- zur finanziellen Stärkung des Unternehmens,
- zur Zahlung von Ausgleichsleistungen an Entwicklungsländer, die ernste nachteile Auswirkungen durch den Tiefseebergbau erleiden.

Artikel 174 (Befugnis der Behörde zur Kreditaufnahme)

Die Vorschrift ermächtigt die Behörde generell zur Kreditaufnahme. Den dazu erforderlichen Rahmen und die Grenzen legt die Versammlung fest. Die Befugnis der Behörde zur Kreditaufnahme wird durch den Rat wahrgenommen. Ziffer 14 von Abschnitt 1 der Anlage des Durchführungsübereinkommens zu Teil XI SRÜ schränkt die Ermächtigung der Behörde zur Kreditaufnahme ein. Danach dürfen keine Kredite zur Finanzierung des Verwaltungshaushalts aufgenommen werden.

Absatz 4 legt den Grundsatz fest, daß die Vertragsstaaten des SRÜ nicht für die Schulden der Behörde haften.

Artikel 175 (Jährliche Rechnungsprüfung)

Die Vorschrift bestimmt, daß die jährliche Rechnungsprüfung der Behörde durch von der Versammlung bestellte unabhängige Rechnungsprüfer zu erfolgen hat.

Unterabschnitt G. Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten

Unterabschnitt G regelt die Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten der Behörde sowie bestimmter in ihrem Rahmen tätiger Personen. Weitere Bestimmungen sind in zusätzlichen Übereinkünften vorgesehen, z. B. im Sitzstaatabkommen zwischen der Internationalen Meeresbodenbehörde und Jamaika und im Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde, die von der Vorbereitungskommission ausgearbeitet werden.

Artikel 176 (Rechtsstellung)

Die Behörde besitzt Völkerrechtspersönlichkeit. Ihre Rechts- und Geschäftsfähigkeit ist auf die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Verwirklichung ihrer Ziele beschränkt.

Artikel 177 (Vorrechte und Immunitäten)

Im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats werden der Behörde und ihrem Unternehmen solche Vorrechte und Immunitäten gewährt, die für die Wahrnehmung der betreffenden Aufgaben erforderlich sind. Die Arbeiten der Vorbereitungskommission an einem entsprechenden Protokoll konnten nicht abgeschlossen werden. Bei dessen endgültiger Abfassung wird darauf zu achten sein, daß sie keine wettbewerbsverzerrenden Vergünstigungen des Behördenunternehmens gegenüber anderen Tiefseebergbauunternehmen enthalten.

Artikel 178 (Immunität und Gerichtsbarkeit)

Die Behörde, ihr Vermögen und ihre Guthaben genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit der Vertragsstaaten. Im Einzelfall kann die Behörde darauf verzichten.

Artikel 179 (Immunität von Durchsuchung und jeder sonstigen Form des Zugriffs)

Das Vermögen und die Guthaben der Behörde sind vor Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jedem sonstigen Zugriff der Vertragsstaaten geschützt.

Artikel 180 (Befreiung von Beschränkungen, Vorschriften, Kontrollen und Moratorien)

Das Vermögen und die Guthaben der Behörde sind von Beschränkungen, Vorschriften, Kontrollen und Moratorien jeder Artikel seitens der Vertragsstaaten befreit.

Artikel 181 (Archive und amtlicher Nachrichtenverkehr der Behörde)

Archive und sonstige Wirtschafts- und Personaldaten der Behörde sind unverletzlich und dürfen der Öffentlichkeit nicht zugänglich sein.

Artikel 182 (Vorrechte und Immunitäten bestimmter im Rahmen der Behörde tätiger Personen)

Artikel 182 gewährt den Vertretern der Vertragsstaaten, dem Generalsekretär und dem Personal der Behörde Immunität von der Gerichtsbarkeit für Amtshandlungen und die im Vertragsstaat gegenüber anderen Vertragsstaaten eingeräumten Befreiungen von Einreisebeschränkungen, der Ausländermeldepflicht und nationalen Dienstleistungen sowie Erleichterungen bei Devisenbeschränkungen und Reiseerleichterungen.

Artikel 183 (Befreiung von Steuern und Zöllen)

In Artikel 183 sind die abgabenrechtlichen Privilegien, die die Behörde im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaates des SRÜ genießt, zusammengefaßt. Außerdem wird klargestellt, daß die gewährten Befreiungen nur für amtliche Tätigkeit dieser Behörde gelten und sich nicht auf Vergütungen von Dienstleistungen erstrecken.

Artikel 183 ist zwar angelehnt, wenn auch nicht mehr so eng, an Artikel III §§ 9 und 10 des Abkommens vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen von VN-Sonderorganisationen, er entspricht jedoch bereits weitgehend den neueren Privilegienprotokollen für INMARSAT oder EUTELSAT.

So sind nach Artikel 183 Absatz 1 für den amtlichen Gebrauch der Behörde ein- und ausgeführte Güter von allen Zöllen befreit. Dies gilt auch für die Einfuhrumsatzsteuer, weil nach Artikel 183 Absatz 2 Satz 1 auch eine Entlastung von der Umsatzsteuer für Vorbezüge eingeräumt wird, soweit diese für die amtliche Tätigkeit der Behörde bestimmt und von beträchtlichem Wert sind. Diese Formulierung ist auch in neueren Privilegienprotokollen üblich.

Die Einschränkung der Befreiung in Artikel 183 Absatz 2 Satz 2 bezieht sich sowohl auf eingeführte als auch auf im Inland erworbene und von der Umsatzsteuer entlastete Güter. Auch diese Formulierung liegt im Rahmen der erwähnten neueren Privilegienprotokolle.

Für das Behördenunternehmen, das gemäß Artikel 158 Absatz 2 und Artikel 170 Absatz 1 ein Organ der Meeresbodenbehörde ist, gelten die Sondervorschriften des Artikel 13 des Anhangs IV.

Unterabschnitt H. Suspendierung der Ausübung von Rechten und Vorrechten der Mitglieder

Unterabschnitt H regelt die Suspendierung von Rechten und Vorrechten der Vertragsstaaten in bezug auf die Behörde und Tätigkeiten im Gebiet.

Artikel 184 (Suspendierung der Ausübung des Stimmrechts)

Das Stimmrecht der Vertragsstaaten wird in der Regel suspendiert, wenn die finanziellen Rückstände zwei Jahresbeiträge erreichen oder übersteigen. Die Versammlung der Behörde kann jedoch die Teilnahme an Abstimmungen gestatten, wenn das Zahlungsversäumnis auf Umstände zurückzuführen ist, auf die der betreffende Staat keinen Einfluß hat.

Artikel 185 (Suspendierung der Ausübung von Rechten und Vorrechten aus der Mitgliedschaft)

Bei groben und beharrlichen Verstößen gegen die Bestimmungen des Teils XI kann auf Empfehlung des Rates der Behörde die Versammlung nach Artikel 160 Absatz 2(m) die Rechte und Vorrechte des betreffenden Vertragsstaats suspendieren. Eine solche Empfehlung des Rates bedarf nach Artikel 161 Absatz 8(c) einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, die eine Mehrheit der Mitglieder des Rates einschließen muß.

Abschnitt 5. Beilegung von Streitigkeiten und Gutachten

Abschnitt 5 regelt die Beilegung von Streitigkeiten und das Gutachtenverfahren vor der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten.

Hinsichtlich der in Abschnitt 5 genannten Streitigkeiten besitzt die Kammer eine obligatorische Zuständigkeit, die auch nicht durch

Erklärungen nach Artikel 287 entzogen werden kann.

Artikel 186 (Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten des Internationalen Seegerichtshofs)

Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten ist eine Kammer des Internationalen Seegerichtshofs, die nach Anlage VI Artikel 14 und Artikel 35 bis 40 zu errichten ist.

Artikel 187 (Zuständigkeit der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten)

Die Zuständigkeit der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten umfaßt alle in Artikel 187 genannten Kategorien von Streitigkeiten. Sie betreffen Tätigkeiten im Gebiet, d. h. Tätigkeiten zur Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Tiefseebodens.

Darunter fallen Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Teils XI und der sich darauf beziehenden Anlagen (d. h. vor allem Anlagen III und IV); zwischen Vertragsstaaten und der Behörde über bestimmte Handlungen oder Unterlassungen; zwischen Vertragsstaaten, der Behörde, ihrem Unternehmen, staatlichen Unternehmen und natürlichen oder juristischen Personen über Auslegung oder Anwendung von Verträgen oder eines Arbeitsplans sowie über Handlungen oder Unterlassungen betreffend Tätigkeiten im Gebiet; zwischen der Behörde und einem künftigen Vertragsnehmer; zwischen der Behörde und einem Vertragsstaat, einem staatlichen Unternehmen oder einer natürlichen oder juristischen Person in Haftungsfragen der Behörde nach Anlage III Artikel 22; und sonstige Streitigkeiten, für die das SRÜ eine Zuständigkeit der Kammer ausdrücklich vorsieht.

Besonders hervorzuheben ist, daß mit dieser Regelung natürliche und juristische Personen das Recht erhalten, vor einem internationalen Gericht als Prozeßpartei gegen Staaten, die Behörde, das Behördenunternehmen oder gegen natürliche und juristische Personen aufzutreten.

Artikel 188 (Verweisung von Streitigkeiten an eine Sonderkammer des Internationalen Seegerichtshofs, eine Ad-hoc-Kammer der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten oder Unterwerfung unter ein bindendes Handelsschiedsverfahren)

In Artikel 188 werden Streitigkeiten genannt, die einer Sonderkammer des Internationalen Seegerichtshofs, einer Ad-hoc-Kammer der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten unterbreitet oder einem bindenden Handelsschiedsverfahren unterworfen werden können.

Nach Absatz 1 können Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Teils XI und der sich darauf beziehenden Anlagen einer Sonderkammer oder einer Ad-hoc-Kammer unterbreitet werden.

Nach Absatz 2 können Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung von Verträgen betreffend die Tätigkeiten im Gebiet oder von Arbeitsplänen auch einem bindenden Handelsschiedsverfahren (z. B. UNCITRAL-Schiedsordnung) unterworfen werden. Für Streitigkeiten über die Auslegung des SRÜ sind Handelsschiedsgerichte jedoch nicht zuständig. Ist mit einer Streitigkeit über Verträge oder Arbeitspläne auch eine Frage über die Auslegung des Teils XI und der sich darauf beziehenden Anlagen verbunden, so wird diese Frage an die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten verwiesen, an deren Entscheidung das Handelsschiedgericht gebunden ist.

Artikel 189 (Begrenzung der Zuständigkeit hinsichtlich der Beschlüsse der Behörde)

In Artikel 189 wird die Zuständigkeit der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten begrenzt. Die Kammer ist nicht zuständig in bezug auf die Ausübung der Ermessensbefugnisse der Behörde und darf das Ermessen der Behörde nicht durch ihr eigenes ersetzen. Die Kammer äußert sich weder zu der Frage der Vereinbarkeit von Regeln, Vorschriften oder Verfahren der Behörde und dem SRÜ, noch erklärt sie solche für ungültig. Die Zuständigkeit der Kammer beschränkt sich insoweit auf Verpflichtungen der Streitparteien, auf Zuständigkeitsüberschreitungen, Mißbrauch von Befugnissen, sowie Schadensersatzforderungen und sonstige Ersatzleistungen.

Artikel 190 (Teilnahme und Auftreten der befürwortenden Vertragsstaaten in Verfahren)

Artikel 190 regelt die Fälle, die zu einer Teilnahme oder zu einem Auftreten von befürwortenden Vertragsstaaten in Streitbeilegungsverfahren berechtigen.

Absatz 1 befaßt sich mit Streitigkeiten, an denen nach Artikel 187 eine natürliche oder juristische Person beteiligt ist. In solchen Fällen kann der sie befürwortende Staat an dem Verfahren durch Abgabe schriftlicher oder mündlicher Erklärungen teilnehmen.

Absatz 2 regelt Streitigkeiten, in denen nach Artikel 187(c) eine natürliche oder juristische Person gegen einen Vertragsstaat Klage erhoben hat. In solchen Fällen kann dieser den betreffenden befürwortenden Staat ersuchen, im Namen der natürlichen bzw. juristischen Person im Verfahren aufzutreten. Der beklagte Staat kann sich durch eine juristische Person seiner Staatszugehörigkeit vertreten lassen, wenn der den Kläger befürwortende Staat in dem Verfahren nicht auftritt.

Artikel 191 (Gutachten)

Auf Antrag der Versammlung oder des Rates der Behörde gibt die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten Gutachten zu Rechtsfragen ab, die sich aus deren Tätigkeitsbereich ergeben.

Teil XII. Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt

Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

Artikel 192 (Allgemeine Verpflichtung)

Der räumliche Anwendungsbereich dieses Teils ist die zu schützende und zu bewahrende Meeresumwelt. Erfaßt werden Wasser (einschließlich der Flußmündungen), seine Oberfläche, der Meeresgrund und der Meeresuntergrund. Nicht erfaßt werden dagegen die Strände. Artikel 192 unterscheidet nicht zwischen den einzelnen Meereszonen. Die angesprochene Staatenverpflichtung kann also auch gegenüber einem Küstenstaat in bezug auf dessen innere Gewässer, das Küstenmeer bzw. die ausschließliche Wirtschaftszone geltend gemacht werden. Adressat von Artikel 192 sind gleichermaßen die Flaggenstaaten für Schiffe oder die Registerstaaten für Bohrtürme und Flugzeuge sowie alle Staaten hinsichtlich der Verschmutzung der See über Flüsse und durch die Luft.

Von seiner praktischen Bedeutung her stellt Artikel 192 einen Rahmen dar, der unter anderem durch Regionalabkommen ausgefüllt werden kann. Solche Regionalabkommen sind etwa die beiden Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks und der Ostsee von 1992. In diesen Übereinkommen findet sich eine genauere Ausgestaltung des Vorsorgeprinzips als im SRÜ.

Einschränkungen erfährt Artikel 192 vor allem aus Artikel 193. Änderungen und Modifikationen ergeben sich aus den Artikel 207, 208, 210, 211, 212, 221 und 234.

Artikel 193 (Souveränes Recht der Staaten auf Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen)

Artikel 193 stellt klar, daß die Staaten hinsichtlich der Gewinnung der natürlichen Ressourcen der ihrer Jurisdiktion unterliegenden Meeresgebiete eine Abwägung zwischen Umweltschutz- und Wirtschaftsgesichtspunkten vornehmen dürfen. Er schränkt das Prinzip von Artikel 192 dem Grunde nach ein.

Artikel 194 (Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt)

In Absatz 1 findet sich ansatzweise das Vorsorgeprinzip, da staatliche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Verschmutzung der Meeresumwelt zu verhüten, wobei die inneren Gewässer jedoch nicht ausdrücklich einbezogen sind. Es fehlt der Auftrag, die ökologische Situation von geschädigten Meeresgebieten zu verbessern, wie er jetzt in den Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks und des Ostseegebiets von 1992 niedergelegt ist. Der 2. Halbsatz des Absatz 1 enthält Einschränkungen dieses Auftrags. Mit den „geeignetsten ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln" und „entsprechend ihren Möglichkeiten" wird auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Staaten Rücksicht genommen. Die Maßstäbe des Standes der Technik oder der besten Umweltpraxis, wie in den oben bezeichneten Regionalabkommen, werden noch nicht erwähnt. Die Bemühensklausel schränkt das Kooperationsgebot des 1. Halbsatzes wieder ein.

Absatz 2 beinhaltet ein Verbot grenzüberschreitender Umweltschädigung und entstammt Prinzip 21 der Stockholmer Umweltdeklaration. Die Verpflichtung, anderen Staaten und deren Umwelt keinen Schaden durch Verschmutzung zuzufügen, ist schärfer als die Verpflichtung nach Absatz 1. Adressaten dieser Verpflichtung sind die Küstenstaaten, was sich aus dem letzten Halbsatz von Absatz 2 ergibt. Die Gegenüberstellung von Kontrolle und Hoheitsbefugnissen reflektiert lediglich die unterschiedlichen Kompetenzen der Küstenstaaten in bezug auf die Wirtschaftszone und den Festlandsockelbereich einerseits sowie das Küstenmeer und die inneren Gewässer andererseits. Sofern Maßnahmen notwendig sind, ist kein Rückgriff mehr auf wirtschaftliche oder technische Fähigkeiten möglich.

Absatz 3 listet die einzelnen Ursachen der Meeresverschmutzung auf. Hierdurch ist es möglich, die Staatenverpflichtungen jeweils unterschiedlich zu formulieren. Nach dem Übereinkommen gehen die Pflichten hinsichtlich der Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe wesentlich weiter als bei Verschmutzungsquellen, die sich an Land befinden. Dieser Unterschied stammt aus den Verhandlungen bei der 3. VN-Seerechtskonferenz. Maßnahmen, die der Meeresverschmutzung vom Lande aus entgegenwirken, können stärker in das Wirtschaftsleben eingreifen. Immerhin wird aber besondere Betonung auf sämtliche Eintragspfade von giftigen, schädlichen und persistenten Stoffen gelegt. Maßnahmen, die diese Stoffe freisetzen, sollen soweit wie möglich auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nord-Ost-Atlantiks und des Ostseegebiets differenzieren ebenfalls nach verschiedenen Ursachen der Meeresverschmutzung: Verschmutzung vom Lande aus, durch Einbringung oder Verbrennung, durch Offshore-Quellen, durch Schiffe (nur im Ostsee-Übereinkommen) sowie durch andere Quellen.

Absatz 4 grenzt die Kompetenzen der Staaten bei den Maßnahmen nach Absatz 3 gegeneinander ab. Die der Hoheit der Flaggenstaaten unterstehenden Schiffe werden gegen ungerechtfertigte Eingriffe der Küstenstaaten geschützt. Bedeutung kann dies etwa bei drohenden grenzüberschreitenden Umweltverschmutzungen haben.

Absatz 5 ergänzt Artikel 192 bzw. Artikel 194 Absatz 1. Er eröffnet die Möglichkeit, besondere Schutzgebiete für seltene und empfindliche Ökosysteme sowie den Lebensraum gefährdeter, bedrohter oder vom Aussterben bedrohter Arten und anderer Formen der Tier- und Pflanzenwelt auszuweisen. Gleichzeitig liegt hierin ein mittelbarer Verweis auf das Übereinkommen für Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Wattvögel, von internationaler Bedeutung von 1971 (BGBl. 1976 II S. 1266). Ferner ist Absatz 5 in Zusammenhang mit Artikel 211 Absatz 6 und Artikel 234 zu sehen.

Artikel 195 (Verpflichtung, keine Schäden oder Gefahren zu verlagern und keine Art der Verschmutzung in eine andere umzuwandeln)

Artikel 195 enthält ein umfassendes Verbot der Schadensverlagerung. Bei der Ergreifung von Maßnahmen zur Verhütung oder Verringerung der Meeresverschmutzung darf keine Schadensverlagerung in andere Umweltbereiche eintreten. Bei der Schadensbekämpfung dürfen demnach keine Chemikalien eingesetzt werden, die Fischbestände eines Nachbarstaates gefährden könnten. Entsprechende Verpflichtungen enthalten auch die Übereinkommen zum Schutze des Nordostatlantiks und des Ostseegebiets.

Artikel 196 (Anwendung von Technologien oder Zuführung fremder oder neuer Arten)

Begründet wird eine doppelte Verpflichtung der Staaten. Angesprochen sind zum einen Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Meeresumwelt durch Anwendung von Technologien in den Küstengewässern, der ausschließlichen Wirtschaftszone oder dem Festlandsockel. Zum anderen bestehen Pflichten zum Schutz der Meeresumwelt bei Zuführung neuer Arten (Aquakultur). Hier jedoch besteht keine Pflicht zur Anwendung von (neuen) Technologien, obwohl Störungen des Ökosystems aus der Einführung neuer Arten vielfältiger Natur sein können, mit dem Begriff der „Verschmutzung jedoch nicht erfaßt werden.

Abschnitt 2. Weltweite und regionale Zusammenarbeit

Artikel 197 (Zusammenarbeit auf weltweiter oder regionaler Ebene)

Die weltweite oder regionale Zusammenarbeit bezieht sich auf die Ausarbeitung, nicht auf die Durchführung von Regeln zum Schutz der Meeresumwelt.

Artikel 198 (Benachrichtigung über unmittelbar bevorstehende oder tatsächliche Schäden)

Die Notifikationspflicht für unmittelbar bevorstehende oder tatsächliche Schäden entspricht bereits geltendem Völkergewohnheitsrecht. Eine entsprechende Pflicht findet sich in fast allen Umweltschutzkonventionen, so etwa in Artikel 4 des Bonn-Übereinkommens, Artikel 13 des Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets, sowie in dem von Marokko, Spanien, Portugal, Frankreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichneten Kooperationsübereinkommen zum Schutz des Nordostatlantiks gegen Verschmutzung von 1990 (Lissabon-Übereinkommen).

Artikel 199 (Notfallpläne gegen Verschmutzung)

Die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von Notfallplänen wird nur entsprechend den Möglichkeiten der Staaten verlangt. Artikel 7 des Bonn-Übereinkommens geht insoweit deutlich weiter, ebenso Artikel 14 in Verbindung mit Anlage VII des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets sowie das Lissabon-Übereinkommen.

Artikel 200 (Studien, Forschungsprogramme und Austausch von Informationen und Daten)

Gefordert wird die wissenschaftliche Zusammenarbeit in bezug auf den Meeresumweltschutz. Erforscht werden sollen Art und Umfang der Verschmutzung, ihre Angriffsstellen, Wege und Gefahren sowie Möglichkeiten der Abhilfe. Entsprechende Ergebnisse sollen ausgetauscht werden. Diese Verpflichtungen enthalten auch die Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks und des Ostseegebiets sowie – in schwächerer Form – UNCED Agenda 21 (Kapitel 17 Ziffer 35) vom 14. 06. 1992.

Artikel 201 (Wissenschaftliche Kriterien für die Ausarbeitung von Vorschriften)

Die gemeinsam gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse sollen dazu genutzt werden, das internationale Umweltschutzrecht normativ fortzuentwickeln (Artikel 207 ff). Liest man diese Vorschrift jedoch im Zusammenhang mit Artikel 194 und 207, so ergibt sich, daß die Fortentwicklung des internationalen Umweltrechts nicht nur auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen muß. Die modernen Umweltschutzübereinkommen lassen weitergehend auch vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung der Meeresverschmutzung zu.

Abschnitt 3. Technische Hilfe

Artikel 202 (Wissenschaftliche und technische Hilfe an Entwicklungsstaaten)

Die technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fähigkeiten der Entwicklungsländer sollen gestärkt werden, um einer Meeresverschmutzung begegnen zu können. Vor allem sollen das wissenschaftliche Basiswissen der Entwicklungsländer ausgebaut und ihre Fähigkeit gestärkt werden, großen Umweltkatastrophen zu begegnen.

Artikel 203 (Vorrangige Behandlung der Entwicklungsstaaten)

Dieser Artikel verpflichtet internationale Organisationen, Entwicklungsländer bevorzugt zu behandeln.

Artikel 202 und 203 ergänzen einander. Während Artikel 202 alle Staaten dazu verpflichtet, an der Förderung von Programmen für den Meeresumweltschutz zu Gunsten von Entwicklungsländern mitzuwirken, gewährt Artikel 203 den Entwicklungsländern Sonderrechte in allgemeinen Umweltschutzprogrammen (z. B. von FAO oder UNEP). Wurde den Entwicklungsländern technische oder finanzielle Hilfe bzw. eine Sonderbehandlung im Rahmen von internationalen Organisationen gewährt, kann Berufung auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unter Umständen ausscheiden.

Abschnitt 4. Ständige Überwachung und ökologische Beurteilung

Artikel 204 (Ständige Überwachung der Gefahren und der Auswirkungen der Verschmutzung)

Artikel 205 (Veröffentlichung von Berichten)

Die allgemeine Beobachtung der Meeresumwelt stellt im Gegensatz zu der Kontrolle von Auswirkungen genehmigter Tätigkeiten (Artikel 204 Absatz 2) keine Rechtspflicht dar. Neuere Meeresumweltschutzübereinkommen verankern diese Beobachtungspflicht mittlerweile ausdrücklich (Artikel 6 in Verbindung mit Anlage IV des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks). Das Gleiche gilt für Berichtspflichten (Artikel 205).

Artikel 206 (Beurteilung möglicher Auswirkungen von Tätigkeiten)

Es handelt sich im Ansatz um eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Vergleichbare Pflichten finden sich insoweit in Artikel 7 des Übereinkomens zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets, wo jedoch ebenfalls erst bei der drohenden nachteiligen Auswirkung auf die Meeresumwelt angesetzt wird und ferner andere Rechtsvorschriften eine solche Prüfung vorsehen müssen. UNCED Agenda 21 Kapitel 17 Ziffer 6d) verlangt bei der Bewirtschaftung und Entwicklung von Küsten- und Meeresgebieten die vorherige Prüfung der Umweltverträglichkeit und die systematische Beobachtung und Nachbetreuung größerer Projekte.

Abschnitt 5. Internationale Regeln und innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt.

Artikel 207 (Verschmutzung vom Land aus)

Absätze 1 und 2 enthalten eine Staatenverpflichtung, Absätze 3 und 4 sprechen Kooperationspflichten an, Absatz 5 umschreibt ansatzweise materielles Umweltrecht. Aus der Sicht moderner Umweltschutzübereinkommen ist der Gehalt von Absatz 5 unbefriedigend, da sogar bei nicht abbaubaren Schadstoffen eine Freisetzung nur soweit wie möglich auf ein Mindestmaß zu beschränken ist. Die Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks und der Ostsee verlangen vorbeugende Maßnahmen und vor allem bei giftigen, zur biologischen Anreicherung neigenden und beständigen Stoffen die Entwicklung von Programmen und Maßnahmen zur Verringerung und schrittweisen Einstellung der Verwendung dieser Stoffe (Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a) und b) in Verbindung mit Anlage I Artikel 3 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks, Artikel 6 in Verbindung mit Anlage I des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets). UNCED Agenda 21 Kapitel 17 Ziffer 37 betont die Notwendigkeit der Untersuchung beständiger organischer Halogenverbindungen, die sich in der Meeresumwelt ansammeln, um eine Entscheidungsbasis für deren schrittweise Einstellung zu finden.

Absatz 4 hat mehr Appellcharakter als daß er die Staaten verpflichtet, zur Ausarbeitung internationaler Regeln zusammenzuarbeiten oder sie zu übernehmen. Diese Regeln sind auch nicht als Mindeststandard auf dem Wege, zu einer Harmonisierung von nationalem und internationalem Recht zu gelangen (anders bei Artikel 212 Absatz 1).

Artikel 208 (Verschmutzung durch Tätigkeiten auf dem Meeresboden, die unter nationale Hoheitsbefugnisse fallen)

Die Regelung der Meeresverschmutzung durch Festlandsockelarbeiten in Teil XII des SRÜ ist lediglich rudimentärer Natur. Dies ist darauf zurückzuführen, daß gemäß Artikel 77 der Küstenstaat über den Festlandsockel souveräne Recht zum Zweck der Erforschung und Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen ausübt. Insofern gehört die Entwicklung entsprechenden Umweltrechts primär in die nationale küstenstaatliche Zuständigkeit.

Absätze 1 und 2 enthalten eine Verpflichtung der Küstenstaaten, die maritime Umwelt zu schützen, Absatz 3 geht auf das Verhältnis nationaler zu internationalen Regeln ein, wobei das internationale Recht als Mindeststandard anzusehen ist. Die Absätze 4 und 5 enthalten Vorschriften über die zwischenstaatliche Kooperation. Absatz 5 ist dabei im Gegensatz zu Absatz 4 als Staatenverpflichtung formuliert.

Artikel 209 (Verschmutzung durch Tätigkeiten im Gebiet)

Artikel 209 hat keine eigene Regelungssubstanz, sondern enthält einen Verweis auf entsprechende Kompetenzen der Meeresbodenbehörde in Teil XI. Absatz 1 spricht die entsprechenden Umweltschutzvorschriften an, die von der Meeresbodenbehörde zu erarbeiten sind, Absatz 2 die entsprechenden nationalen Vorschriften der Flaggenstaaten. Schärfere nationale Maßnahmen sind nach Absatz 2 trotz der von der Meeresbodenbehörde aufgestellten unmittelbar geltenden Regeln im Bereich der Tiefsee möglich.

Artikel 210 (Verschmutzung durch Einbringen)

Artikel 210 regelt die von den Staaten in bezug auf die Meeresverschmutzung durch Abfallbeseitigung zu ergreifenden Maßnahmen (Absatz 1 und 2), die Entwicklung entsprechender internationaler Regeln (Absatz 3), das Verhältnis von nationalem und internationalem Recht (Absätze 4 und 6), wobei die internationalen Regeln einen Mindeststandard darstellen, sowie den Schutz der Küstenstaaten (Absatz 5). Die Vorschrift ist ohne große praktische Bedeutung, da die Abfallbeseitigung auf See nach den Regionalübereinkommen für Nordostatlantik und Ostsee im Prinzip verboten ist und auch international, etwa im Rahmen des Übereinkommens über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972, London-Übereinkommen (BGBl. 1977 II. S. 180), nach und nach beendet wird. Bei der 16. Konsultativsitzung zu diesem Übereinkommen im November 1993 wurden ein Verbot der Einbringung von Industrieabfällen für Ende 1995 und ein Verbot der Einbringung von radioaktiven Abfällen und der Seeverbrennung von Industrieabfällen und Klärschlamm beschlossen.

Artikel 211 (Verschmutzung durch Schiffe)

Erfaßt werden die Komplexe der Verhütung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Schiffe, das Verhältnis von internationalem und nationalem Meeresumweltrecht und die Einrichtung von Sonderzonen zur Verhütung der Meeresverschmutzung.

Artikel 211 geht von den zwei Regelungsebenen des internationalen und nationalen Meeresumweltrechts aus. Die Verbindung zwischen diesen Ebenen ist unterschiedlich, je nachdem, ob es sich bei dem nationalen Recht um die flaggenstaatlichen Normen für Schiffe (Absatz 2), das küstenstaatliche Recht für die inneren Gewässer (Absatz 3), das Küstenmeer (Absatz 4) oder die ausschließliche Wirtschaftszone (Absätze 5 und 6) handelt.

Als internationale Organisation nach Absatz 1 kommt die Internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO in Betracht. Auch Artikel 8 in Verbindung mit Anlage IV des Übereinkommes zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets verweist im wesentlichen auf die IMO. Das MARPOL-Übereinkommen im Rahmen der IMO regelt weltweit das Einleiten von Stoffen (Anlagen I, II, IV) sowie bestimm-

te Verhaltenspflichten von Schiffen. Auch Systeme der Schiffwegeführung, z. B. in Verkehrstrennungsgebieten, bedürfen der Abstimmung mit der IMO.

Absatz 2 verpflichtet die Flaggenstaaten zu nationalen Maßnahmen, wobei der internationale Standard nicht unterschritten werden darf.

Absatz 3 enthält Regelungen über umweltschutzbezogene Bedingungen der Küstenstaaten für das Anlaufen fremder Schiffe in ihren inneren Gewässern oder Häfen. Nach Absatz 4 können die Küstenstaaten, soweit sie die friedliche Durchfahrt fremder Schiffe nicht behindern, Umweltschutzvorschriften für fremde Schiffe in ihrem Küstenmeer aufstellen.

Eine noch stärkere Einschränkung der Umweltschutzkompetenzen der Küstensstaaten ergibt sich in bezug auf ihre ausschließlichen Wirtschaftszonen, Absatz 5. Die Küstenstaaten dürfen mit ihren Vorschriften nicht über allgemein anerkannte internationale, im Rahmen der IMO oder einer Staatenkonferenz aufgestellte Regeln hinausgehen.

Absatz 6 Buchstabe a) ermächtigt den Küstenstaat, unter bestimmten Voraussetzungen in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone im Rahmen eines Konsultationsverfahrens bei der IMO ein Sondergebiet zu bestimmen und für dieses Sondergebiet die internationalen Regeln, Normen und Schiffsgebräuche wirksam durchzusetzen.

Absatz 6 Buchstabe c) eröffnet den Küstenstaaten weitergehend die Möglichkeit, innerhalb dieses Sondergebiets bestimmte eigene Umweltschutzvorschriften zu erlassen. Voraussetzung ist auch hier die Zustimmung der IMO im Rahmen eines Konsultationsverfahrens.

Artikel 212 (Verschmutzung aus der Luft oder durch die Luft)

Die wesentlichen Regelungen zu diesem Komplex enthält das Übereinkommen über weiträumige und grenzüberschreitende Luftverunreinigung mit seinen Protokollen zur Verringerung der Schwefel- und Stickstoffoxidemissionen von 1979 (BGBl. 1982 II S. 373). Daneben erfassen auch die Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks und des Ostseegebiets Verschmutzungen der Meeresumwelt über den Luftpfad. MARPOL soll demnächst einen neuen Anhang zur Luftverschmutzung erhalten.

Abschnitt 6. Durchsetzung

Artikel 213 (Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung vom Land aus)

Es wird die selbstverständliche Pflicht festgelegt, nationale und internationale Regelungen durchzusetzen.

Artikel 214 (Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung durch Tätigkeiten auf dem Meeresboden)

Die Vorschrift regelt die Durchsetzung des für die wirtschaftliche Ausbeutung des Festlandsockels geltenden Meeresumweltrechts. Die Staaten können entweder eigenes nationales Umweltrecht für Festlandsockelarbeiten festsetzen, wobei sie in ihren Standards an die Vorgaben durch internationale Organisationen bzw. Konferenzen gebunden sind. Sie können aber andererseits auch die von diesen geschaffenen Regeln transformieren.

Artikel 215 (Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung durch Tätigkeiten im Gebiet)

Die Vorschrift beschränkt sich auf einen reinen Verweis auf Teil XI des SRÜ.

Artikel 216 (Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung durch Einbringen)

Bei der Durchsetzung der nationalen und internationalen Vorschriften besteht eine Kompetenzkonkurrenz zwischen den Staaten, wobei der Küstenstaat hinsichtlich seiner küstennahen Gebiete Priorität genießt. Bestimmungen zur Abfalleinbringung finden sich im London-Übereinkommen von 1972, dem Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks, dem Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets und dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung von 1976 (Barcelona-Übereinkommen).

Artikel 217 (Durchsetzung durch Flaggenstaaten)

Die Kontrolle hinsichtlich der Einhaltung der internationalen und nationalen Umweltschutzvorschriften liegt vorrangig beim Flaggenstaat. Die Flaggenstaaten haben nach Artikel 217 Absatz 2 vor allem sicherzustellen, daß keine Schiffe in See gehen, die nicht den insbesondere im Hinblick auf Bauweise, Konstruktion, Ausrüstung und Bemannung erlassenen internationalen Sicherheitsanforderungen entsprechen. Die Regelungen über Inspektionen und Zeugnisse entsprechen den geltenden internationalen Übereinkommen. Auch die Pflicht zur Aufklärung und Zusammenarbeit bei Verstößen findet sich bereits im MARPOL-Übereinkommen.

Absatz 4 verpflichtet die Flaggenstaaten, Verstöße eines Schiffes gegen die von internationalen Organisationen oder allgemeinen diplomatischen Konferenzen aufgestellen Regeln und Normen (Artikel 211 Absatz 1) sofort zu untersuchen und gegebenenfalls ein entsprechendes Verfahren einzuleiten. Diese Verpflichtung gilt unabhängig davon, wo die durch diesen Verstoß verursachte Verschmutzung eintrat bzw. festgestellt wurde.

Absatz 5 enthält eine prozedurale Ergänzung von Absatz 4. Zusammen mit Absatz 6 wird eine enge Kooperation der Staaten bei Verstößen gegen Vorschriften des Meeresumweltschutzes möglich.

Absatz 6 ist das Gegenstück zu Absatz 5. Danach gelten die in Absatz 4 genannten flaggenstaatlichen Verpflichtungen auch dann, wenn ein anderer Staat den Flaggenstaat schriftlich um Untersuchung ersucht.

Absatz 8 nimmt Einfluß auf die Strafzumessung im innerstaatlichen Straf- bzw. Ordnungswidrigkeitenrecht. Es ist den Staaten ein Strafrecht aufgegeben, das die Schiffe unter ihrer Flagge von Umweltverstößen im eigenen Küstenmeer wie auch in anderen Seegebieten abschreckt.

Artikel 218 (Durchsetzung durch Hafenstaaten)

Bei Absatz 1 handelt es sich um eine der wesentlichen Innovationen des SRÜ im Bereich des maritimen Umweltschutzes. Die Vorschrift gestattet, wegen unerlaubten Einleitens aus einem Schiff Untersuchungen durchzuführen oder sogar ein Verfahren einzuleiten, wenn das betreffende Schiff außerhalb der inneren Gewässer, des Küstenmeeres oder der ausschließlichen Wirtschaftszone die

Meeresumwelt verschmutzt hat. Die Befugnis des Hafenstaates, Strafverfahren auch bei Verstößen außerhalb seiner Hoheitsgewässer durchzuführen, findet allerdings eine Einschränkung darin, daß der Flaggenstaat ein Verfahren an sich ziehen kann (Artikel 228). Außerdem können bei Schiffen unter fremder Flagge grundsätzlich nur Geldstrafen verhängt werden, es sei denn, es liegen vorsätzliche schwere Verschmutzungen im Küstenmeer vor (Artikel 230).

Nach Absatz 2 kann der Hafenstaat wegen verbotenen Einleitens auch tätig werden, wenn ihn der Flaggenstaat oder ein anderer betroffener Küstenstaat darum ersucht. In diesen Fällen kann er dann auch das Einleiten in die inneren Gewässer, das Küstenmeer oder die ausschließliche Wirtschaftszone eines anderen Staates zum Gegenstand seines Verfahrens machen.

Nach Absatz 3 besteht ein engeres Ermessen als nach Absatz 1; im deutschen Recht würde es sich um eine Soll-Vorschrift handeln. Wird der behauptete Umweltverstoß des Schiffes in fremden inneren Gewässern, einem fremden Küstenmeer oder einer fremden ausschließlichen Wirtschaftszone begangen und wurde der Hafenstaat um ein Einschreiten ersucht, muß er nach Möglichkeit tätig werden. Strafrechtliche Untersuchungshandlungen können nach den Vorschriften des Rechtshilferechts erledigt werden.

Nach Absatz 4 kann der betroffene Küstenstaat verlangen, daß ihm das Verfahren von dem Hafenstaat abgetreten wird. Ein derartiges Recht steht auch den Flaggenstaaten unter der Voraussetzung von Artikel 228 zu. Diesem Ersuchen muß allerdings nicht unbedingt nachgekommen werden.

Artikel 219 (Maßnahmen betreffend die Seetüchtigkeit von Schiffen zur Vermeidung von Verschmutzung)

Artikel 219 betrifft nicht wie Artikel 218 Verstöße gegen die internationalen Vorschriften über das Einleiten, sondern solche gegen die für Schiffe anwendbaren internationalen Seetüchtigkeitsanforderungen. Er bildet die Grundlage für die sogenannte Hafenstaatkontrolle (vgl. die Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle von 1982, BGBl. II Seite 585), der eine zunehmend wichtige Rolle bei der Gewährleistung der internationalen Standards für Seeschiffe zukommt.

Artikel 220 (Durchsetzung durch Küstenstaaten)

Die küstenstaatlichen Kompetenzen gehen weiter, wenn der Umweltverstoß im Küstenmeer erfolgte. Dies gilt nicht im gleichen Umfang bei Verstößen in der ausschließlichen Wirtschaftszone.

Verletzt ein Schiff in der ausschließlichen Wirtschaftszone internationale Umweltschutzvorschriften oder nationale Umweltschutzbestimmungen, die den internationalen entsprechen, mit negativen Folgen für den Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone, so kann der Küstenstaat verlangen, daß das betreffende Schiff sich identifiziert, seinen Registrierhafen, seinen nächsten Anlaufhafen sowie seinen letzten Hafen benennt und Informationen in bezug auf die Rechtsverletzung abgibt (Absatz 3). Wenn ein unberechtigtes Einleiten zu einer erheblichen Verschmutzung der marinen Umwelt in der ausschließlichen Wirtschaftszone geführt hat oder zu führen droht und das Schiff die Auskünfte zur Feststellung eines Verstoßes verweigert, kann eine Inspektion des Schiffes selbst durchgeführt werden (Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 226). Das gleiche gilt, wenn die von dem Schiff gegebenen Informationen offensichtlich nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. Zwangsmaßnahmen können seitens des Küstenstaates erst dann getroffen werden, wenn die Rechtsverletzung eindeutig bewiesen ist und schwere Schäden für die Küste eingetreten sind oder einzutreten drohen. Der Küstenstaat muß sein Handeln an einer Würdigung der Beweislage ausrichten (Absatz 6).

Die unterschiedlichen Formulierungen („erhebliche Verschmutzung" im Gegensatz zu „schwere Schäden") dürften darauf zurückzuführen sein, daß es im Küstenbereich einen Geschädigten, nämlich den Küstenstaat oder seine Bürger, gibt, wohingegen Schäden an der Meeresumwelt keinem Staat oder einer Einzelperson zugeordnet werden können.

§ 4 des Seeaufgabengesetzes i.d.F. des Gesetzes zur Ausführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und Psychotrophen Stoffen vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1407) sieht die entsprechende Geltung der Vorschriften der Strafprozeßordnung und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten auch seewärts der Begrenzung des Küstenmeeres vor.

Artikel 221 (Maßnahmen zur Vermeidung von Verschmutzung durch Seeunfälle

Eine Veränderung des geltenden Völkergewohnheitsrechts ergibt sich aus Artikel 221 nicht. Die in bezug genommenen völkerrechtlichen Verträge sind etwa das Internationale Übereinkommen über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungsunfällen von 1969 (Brüssel-Übereinkommen), das Internationale Übereinkommen vom 13. 9. 1983 zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe (BGBl. 1990 II S. 70, sog. Bonn-Übereinkommen), das Protokoll über Maßnahmen auf Hoher See in Fällen von Verschmutzung durch andere Substanzen als Öl von 1974 (BGBl. 1985 II S. 593), das Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets von 1992 sowie das Lissabon-Übereinkommen von 1990. Die Richtlinie 93/75/EWG des Rates vom 13. 9. 1993 über Mindestanforderungen an Schiffe, die Seehäfen der Gemeinschaft anlaufen oder aus ihnen auslaufen oder gefährliche oder umweltschädliche Güter befördern, nennt in ihrem Anhang III beispielhaft Maßnahmen, die die Mitgliederstaaten nach Artikel 221 ergreifen können.

Artikel 222 (Durchsetzung in bezug auf Verschmutzung aus der Luft oder durch die Luft)

Die Regelung verpflichtet die Staaten zur innerstaatlichen Durchsetzung der nationalen und nach Artikel 212 beschlossenen internationalen Regeln zur Verhütung der Meeresverschmutzung aus der Luft oder durch die Luft.

Abschnitt 7. Schutzbestimmungen

Artikel 223 (Maßnahmen zur Erleichterung der Verfahren)

Die nach dem SRÜ – z. B. Artikel 217, 218 oder 220 – einleitbaren Verfahren wegen Verstößen gegen das an-

wendbare Meeresumweltrecht sollen so wirksam ausgestaltet sein, daß auch Stellen anderer betroffener Staaten (Behörden, amtliche Staatenvertreter) sowie einschlägiger internationaler Organisationen daran teilnehmen und Beweismittel einbringen können.

Artikel 224 (Ausübung von Durchsetzungsbefugnissen)

Soweit nach Abschnitt 6 gegenüber fremden Schiffen staatliche Durchsetzungsbefugnisse wahrgenommen werden, müssen die dabei handelnden Amtsträger oder ihre Fahrzeuge erkennbar als im Staatsdienst tätig gekennzeichnet sein (vgl. § 8 Absatz 3 Seeaufgabengesetz).

Artikel 225 (Pflicht zur Vermeidung nachteiliger Folgen bei der Ausübung von Durchsetzungsbefugnissen)

Üben staatliche Stellen gegenüber fremden Schiffen Durchsetzungsbefugnisse aus, so hat dies in jedem Fall für Schiff und Schiffahrt gefahrlos zu geschehen; die Meeresumwelt darf keiner unverhältnismäßig großen Gefahr ausgesetzt werden. Dieser für alle Teile des SRÜ geltende Grundsatz ist inzwischen in anderen internationalen Übereinkommen übernommen und für bestimmte Sachbereiche erweitert worden (vgl. z. B. Artikel 17 Absatz 5 des Suchtstoffübereinkommens von 1988, BGBl. 1993 II S. 1136).

Artikel 226 (Untersuchung fremder Schiffe)

Den Staaten, die auf Grund der Artikel 216, 218 oder 220 ein fremdes Schiff aufhalten, wird hinsichtlich der Dauer des Eingriffs ein Übermaßverbot auferlegt. Über die Kontrollen der Schiffsdokumente darf nur in wenigen bestimmten Fällen hinausgegangen werden, nämlich bei eindeutigen Gründen für den Verdacht der Nichteinhaltung oder Ungültigkeit des Dokumentsinhalts oder bei konkretem Umwelttatverdacht. Dadurch werden weitergehende Duldungspflichten, denen die Schiffe aufgrund von speziellen Übereinkünften der Flaggenstaaten (SOLAS, MARPOL) unterworfen werden, nicht ausgeschlossen. Der festhaltende Staat hat Gelegenheit zur sofortigen Freigabe des Schiffes gegen Kaution in einem vom Seegerichtshof (vgl. Artikel 292 SRÜ) überprüfbaren Verfahren einzuräumen, es sei denn, der technische Zustand erlaubt wie im Fall des Artikel 219 SRÜ lediglich das Anlaufen einer nahegelegenen Reparaturwerft zur Behebung einer durch das Schiff drohenden besonderen Umweltgefährdung (Absatz 1). Absatz 2 konkretisiert den Sicherheitsgedanken des Artikels 225, indem er den Staaten Zusammenarbeit nahelegt, um auf See Überprüfungen an Bord fremder Schiffe auf die unumgänglichen Fälle zu beschränken.

Artikel 227 (Nichtdiskriminierung in bezug auf fremde Schiffe)

Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung fremder Schiffe (vgl. bereits Artikel 24 bis 26, 42 und 52) gilt auch beim Schutz und bei der Bewahrung der Meeresumwelt nach Teil XII.

Artikel 228 (Aussetzung und Beschränkungen im Fall von Strafverfahren)

Bei einem außerhalb des Küstenmeers durch fremde Schiffe begangenen Verstoß gegen anwendbare Meeresumweltvorschriften hat der Flaggenstaat während 6 Monaten das Recht, die Ahndung durch Einleitung eines Verfahrens an sich zu ziehen. Der Küstenstaat, der über dieses Verfahren zu unterrichten ist, hat entsprechende eigene Verfahren auszusetzen und nach Abschluß des flaggenstaatlichen Verfahrens einzustellen, es sei denn, er ist durch den Verstoß schwer geschädigt worden, oder der Flaggenstaat hat die ihm nach Artikel 217 Absatz 1 obliegenden Verpflichtungen bereits wiederholt mißachtet.

Soweit in Absatz 2 erster Halbsatz die Einleitung eines Verfahrens nach Ablauf von 3 Jahren nach der Tat ausgeschlossen wird, geht diese Regelung in ihrem Anwendungsbereich den deutschen Verjährungsvorschriften des Strafgesetzbuchs als Sonderregelung vor.

Artikel 229 (Einleitung zivilgerichtlicher Verfahren)

Zivilrechtliche Forderungen wegen aus Meeresverschmutzungen resultierender Verluste oder Schäden bleiben vom SRÜ unberührt.

Artikel 230 (Geldstrafen und Wahrung der anerkannten Rechte des Angeklagten)

Die Verhängung von Freiheitsstrafen bei Straftaten nach den §§ 324 ff. StGB, die von fremden Schiffen aus begangen werden, wird durch die Absätze 1 und 2 unmittelbar eingeschränkt („lex specialis"). Eine zulässige Ausnahme ist in Absatz 2 für den Fall einer „vorsätzlichen schweren Verschmutzungshandlung im Küstenmeer" vorgesehen. Eine solche liegt vor bei vorsätzlichen Taten im Sinne der §§ 330 und 330 a StGB (auch in der Fassung des im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität).

Die Frage, ob und ggfs. welche Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren zulässig sind, wird durch diesen Artikel nicht berührt.

Artikel 231 (Benachrichtigung des Flaggenstaats und anderer betroffener Staaten)

Durch Berichtspflichten wird dafür Sorge getragen, daß der Flaggenstaat sowie jeder andere betroffene Staat von Durchsetzungsmaßnahmen im Sinne des sechsten Abschnitts umgehend unterrichtet werden.

Artikel 232 (Haftung der Staaten aufgrund von Durchsetzungsmaßnahmen)

Die Vorschrift begründet hinsichtlich Schäden oder Verluste in doppelter Hinsicht eine internationale Staatshaftung, für die der innerstaatliche Rechtsweg gegeben sein muß: zum einen, wenn die im Sinne des 6. Abschnitts getroffenen Durchsetzungsmaßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt unrechtmäßig sind; zum anderen, soweit sie unter einem vernünftigen Maßstab nicht erforderlich erscheinen konnten.

Artikel 233 (Schutzbestimmungen in bezug auf Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen)

Die Umweltschutzvorschriften der Abschnitte 5 bis 7 des Teil XII greifen nicht in das Regime der Transitdurchfahrt durch Meerengen (Artikel 37 ff) ein, jedoch finden die Abschnitte 6 und 7 bei drohender oder eingetretener schwerer Schädigung der Meeresumwelt der Meerengen

aufgrund von Verstößen gegen umweltrelevante Vorschriften der Meerengenanliegerstaaten (Artikel 42 Absatz 1 Buchstaben a und b) entsprechende Anwendung.

Artikel 234 (Eisbedeckte Gebiete)

Artikel 234 normiert Rechtsetzungs- und Durchsetzungskompetenzen der Küstenstaaten in eisbedeckten Gebieten innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszonen, die jedoch unter dem Vorbehalt stehen, daß eine Verschmutzung der Meeresumwelt durch die Schiffahrt das ökologische Gleichgewicht ernstlich schädigen oder endgültig zerstören könnte. Diese Regelung trägt vor allem kanadischen Wünschen Rechnung.

Abschnitt 9. Verantwortlichkeit und Haftung

Artikel 235 (Verantwortlichkeit und Haftung)

Die Haftung nach Absatz 1 Satz 2 stellt einen Verweis auf das Völkergewohnheitsrecht dar. Nach der Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs hat ein Staat, der seine völkerrechtliche Verantwortlichkeit gegenüber einem anderen Staat verletzt, diesem gegenüber Wiedergutmachtung zu leisten (Haftung). Die Einzelheiten des Staatshaftungsrechts im Völkerrecht sind aber umstritten. Vor allem besteht generell Unsicherheit darüber, ob eine Haftung nur dann eintritt, wenn die Verletzung der Verantwortlichkeit schuldhaft erfolgte. Speziell für das Umweltrecht setzt sich der Trend durch, daß an die Stelle des Verschuldens die objektive Verletzung der gehörigen Sorgfalt tritt. Das heißt, daß der Haftungstatbestand dann erfüllt ist, wenn ein Staat seine ihm gemäß Kapitel XII obliegenden Pflichten nicht erfüllt, obwohl er sie hätte erfüllen können, und seine Pflichtverletzung zur Schädigung eines anderen Staates geführt hat.

Ebenso umstritten ist, wann von einem Schaden gesprochen werden kann. Gewohnheitsrechtlich anerkannt sind bislang nur Personen-, Sach- und Vermögensschäden.

Würde die Sorgfaltspflichtverletzung nur in einer Verletzung der Meeresumwelt bestehen, wäre eine völkergewohnheitsrechtliche Haftung (bislang noch) nicht gegeben. Auch hier sind aber weitergehende Entwicklungstendenzen im Völkerrecht festzustellen.

Die Zusammenarbeit der Staaten nach Absatz 3 kann sich sowohl auf die Möglichkeit, eine Pflichtversicherung abzuschließen, beziehen, als auch darauf, einen Entschädigungsfonds einzuführen. Hierin liegt ein Verweis auf das Internationale Übereinkommen über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden vom 18. 12. 1971 (BGBl. 1975 II S. 301). Obwohl es sich um einen zwischenstaatlichen Fonds handelt, erfolgt die Finanzierung zu Lasten jener Personen, die Öl über den Seeweg beziehen. Ob diesem Ansatz gefolgt werden muß, läßt Artikel 235 Absatz 3 offen.

Abschnitt 10. Staatenimmunität

Artikel 236 (Staatenimmunität)

Die Betonung liegt hier nicht auf der Immunität, die in Artikel 95 und 96 geregelt ist, sondern auf der entsprechenden Anwendung des Übereinkommens.

Abschnitt 11. Verpflichtungen aufgrund anderer Übereinkünfte über den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt

Artikel 237 (Verpflichtungen aufgrund anderer Übereinkünfte über den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt)

Artikel 237 läßt andere Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt unberührt, verlangt aber gleichzeitig die Beachtung der Grundsätze dieses Übereinkommens beim Abschluß neuer Übereinkommen und bei der Anwendung anderer Übereinkommen.

Teil XIII. Wissenschaftliche Meeresforschung

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 238 (Recht auf wissenschaftliche Meeresforschung)

Das SRÜ statuiert ein Recht aller Staaten, gleich ob Küstenstaaten oder Binnenstaaten, und der zuständigen internationalen Organisationen, wissenschaftliche Meeresforschung zu betreiben. Dieser Grundsatz als Rechtsanspruch geht insofern über das ältere Seerecht hinaus, als dort die Forschungsfreiheit nur auf der Hohen See anerkannt war. Zwar steht auch das Recht auf Meeresforschung nach dem Wortlaut von Artikel 238 unter dem Vorbehalt der Rechte und Pflichten anderer Staaten aus dem SRÜ, doch ist es von großer Bedeutung, daß die Meeresforschung als Regelanspruch gegenüber dem Küstenstaat geltend gemacht werden kann und nicht nur als Tatbestand für die Gewährung einer Ausnahmeregelung im Rahmen einer prinzipiell uneingeschränkten küstenstaatlichen Souveränität erscheint.

Artikel 239 (Förderung der wissenschaftlichen Meeresforschung)

In den einleitenden Vorschriften des Teils XIII bestimmt die Konvention den Grundsatz der Förderung der Meeresforschung, die alle Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen ihr zuteil werden lassen. In Übereinstimmung mit dem SRÜ soll so die Entwicklung und Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung erleichtert werden.

Artikel 240 (Allgemeine Grundsätze für die Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung)

Teil XIII (Wissenschaftliche Meeresforschung) mit seinem Abschnitt 1 (Allgemeine Bestimmungen) stellt innerhalb des Seerechts ein Novum dar und legt erstmals allgemeinverbindliche Grundsätze für die Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung fest, darunter die Friedlichkeit, die Wissenschaftlichkeit, die Achtung vor der Meeresnutzung anderer sowie die Umweltfreundlichkeit jeglicher Forschungstätigkeit. Militärische Meeresforschung, die mit dem Gewaltverbot und den anderen in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen des Völkerrechts vereinbar ist, dient ebenso friedlichen Zwecken.

Artikel 241 (Nichtanerkennung von Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung als Rechtsgrundlage für Ansprüche

Als Ausfluß der Forschungsfreiheit wie auch des Grundsatzes der Freiheit der Meere können Tätigkeiten der

wissenschaftlichen Meeresforschung keinerlei Ansprüche auf Teile der Meeresumwelt oder ihrer Ressourcen begründen.

Abschnitt 2. Internationale Zusammenarbeit

Artikel 242 (Förderung der internationalen Zusammenarbeit)

Die Grundsätze der weltweiten sowie regionalen Zusammenarbeit sind einem eigenen Abschnitt 2 (Artikel 242 bis Artikel 244) vorbehalten. Auf der Grundlage der Achtung der Souveränität aller Staaten soll die internationale Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Meeresforschung für friedliche Zwecke von allen Staaten und den zuständigen internationalen Organisationen so gefördert werden, daß u. a. Informationen ausgetauscht werden, um Schäden an der Gesundheit und Sicherheit der Menschen sowie an der Meeresumwelt zu verhüten oder einzudämmen.

Artikel 243 (Schaffung günstiger Bedingungen)

Um diese internationale Zusammenarbeit zu fördern und zu erleichtern, sollen die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen auf das Ziel hinarbeiten, durch Verträge bilateraler oder multilateraler Art günstige Bedingungen für die Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung in der Meeresumwelt zu schaffen.

Artikel 244 (Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen und Kenntnissen)

Die internationale Zusammenarbeit wird weiterhin dadurch gefördert, daß die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen Informationen über die geplanten größeren Programme und ihre Ziele sowie die aus der wissenschaftlichen Meeresforschung gewonnenen Erkenntnisse veröffentlichen und verbreiten. Hierbei wird insbesondere Wert auf die Weitergabe von wissenschaftlichen Daten und Informationen aus der wissenschaftlichen Meeresforschung an die Entwicklungsstaaten gelegt. Die Offenlegung von militärischen Forschungsprojekten findet ihre Grenze in der Geheimschutzbedürftigkeit von Daten, Verfahren und Gerät (vgl. Artikel 302).

Abschnitt 3. Durchführung und Förderung der wissenschaftlichen Meeresforschung

Artikel 245 (Wissenschaftliche Meeresforschung im Küstenmeer)

Der in Artikel 238 festgeschriebene Regelanspruch auf wissenschaftliche Meeresforschung wird in Artikel 245 für das Küstenmeer unter den Genehmigungsvorbehalt des Küstenstaates gestellt. Gegenüber dem älteren Seerecht, von dem die Forschungsfreiheit nur auf der Hohen See anerkannt war, ist dies eine deutliche Verbesserung (gerade für Deutschland als Kurzküstenstaat). Der Regelungsvorbehalt des Küstenstaates im Küstenmeer vermag die grundsätzliche Bedeutung dieser Neuerung für Inhalt und Ausmaß des Rechtsanspruchs, für die Qualität der aus ihm abgeleiteten Rechtsfolgen, für die Beweislage wie für das jedem Rechtsanspruch innewohnende politische Gewicht nicht aufzuheben. Dies gilt insbesonders im Hinblick darauf, daß die Erweiterung des Küstenmeeres gemäß SRÜ von 3 auf 12 Seemeilen Breite weltweit von der überwiegenden Anzahl der Staaten bereits vorgenommen worden ist und daß die Meeresforschung zu einem großen Teil innerhalb dieser 12 Seemeilen durchgeführt wird.

Allerdings läßt die Ausprägung des Genehmigungsvorbehaltes für die Zukunft eine restriktive Genehmigungspraxis befürchten, da das SRÜ die stillschweigende Genehmigung in der Form der bloßen Duldung nicht als ausreichende Zustimmung wertet, sondern die geforderte ausdrückliche Zustimmung noch dadurch verschärft, daß sie als regelmäßig an im Ermessen des Küstenstaats liegende Bedingungen geknüpft definiert wird.

Artikel 246 (Wissenschaftliche Meeresforschung in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel)

Dem Artikel 245, der im Küstenmeer den Grundsatz der staatlichen Souveränität in den Vordergrund stellt, stehen für die ausschließliche Wirtschaftszone die Artikel 246 bis 255 gegenüber, die die wechselseitigen Rechte und Pflichten des Küstenstaates und des forschungstreibenden Staaten differenziert festlegen.

Die ausschließliche Wirtschaftszone (bzw. der Festlandsockel) geht in ihrer Breitenausdehnung von 200 Seemeilen (Artikel 57 SRÜ) allerdings über das hinaus, was Forschungsstaaten an geographischen Einschränkungen ihrer Betätigungsfreiheit im Küstenmeer bisher hinnehmen mußten. Aber die küstenstaatlichen Hoheitsrechte erfahren künftig in der ausschließlichen Wirtschaftszone auch eine Reihe von Einschränkungen, die zusammengenommen die aus der Einrichtung einer 200-Seemeilenzone resultierenden negativen Auswirkungen zugunsten der wissenschaftlichen Meeresforschung abmildern. Dies bringt das SRÜ in folgenden Neuerungen gegenüber dem früheren Seerecht zum Ausdruck:

- Gleichstellung der ausschließlichen Wirtschaftszone mit dem Festlandsockel bis zu einer Entfernung von 200 Seemeilen auf die Hohe See hinaus, die besonders daran deutlich wird, daß die verschiedenen Meeresforschungsmethoden in den beiden geographischen Zonen gleichbehandelt und unter gleiche Antragsvoraussetzungen gestellt werden (Artikel 246 Absatz 1 bis Absatz 5 SRÜ). Die juristische Gleichstellung der Forschung auf dem Festlandsockel mit der eigentlichen ozeanischen Forschung kann die technische Durchführung von Forschungsvorhaben erheblich erleichtern und ist eine Neuerung zum bisher gültigen Seerecht (vgl. einerseits Genehmigungspflicht für die Festlandsockelforschung, andererseits Genehmigungsfreiheit für Forschungen in der Wassersäule über dem Festlandsockel; Artikel 5 Absatz 8, Artikel 3 der Konvention über dem Festlandsockel von 1958, Artikel 2 Konvention über das Hohe Meer von 1958).
- Regelgenehmigung (Absatz 3): Nach dem SRÜ erteilen die Küstenstaaten unter normalen Umständen ihre Zustimmung zu Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung anderer Staaten oder zuständiger internationaler Organisationen. Das Ermessen, entsprechende Forschungsanträge negativ zu bescheiden, wird den Küstenstaaten nur für begründete Ausnahmefälle vorbehalten, wobei dieses Ermessen durch die Aufzählung weiterer Kriterien nochmals modifiziert wird (Absatz 3 und 4). Absatz 5 schränkt den Grundsatz der Regelge-

nehmigungen durch weitere Kriterien zugunsten des Küstenstaates in einem Katalog von Versagungsgründen ein, in welchem die unmittelbar auf Ressourcen ausgerichtete Meeresforschung die wichtigste Ausnahme darstellt. Für Deutschland können sich angesichts der Schwierigkeit, zwischen Grundlagen- und Ressourcenforschung im Bereich der Meeresforschungsaktivitäten zu unterscheiden, nicht unbeträchtliche Einschränkungen für das gesamte Spektrum der Meeresforschung im 200-Seemeilenbereich vor den Küsten anderer Staaten ergeben.

- Regeln und Verfahren (Absatz 3 Satz 2): Die wissenschaftliche Meeresforschung ist in hohem Maße darauf angewiesen, daß Planung und Vorbereitung ihrer Vorhaben nicht durch unvorhersehbare Widerstände behindert oder verzögert werden. Von daher stellt es einen Gewinn für sie dar, daß das SRÜ die Küstenstaaten verpflichtet, Regeln und Verfahren festzulegen, welche sicherstellen, daß beantragte Genehmigungen zügig erteilt und nicht unbillig verweigert werden. Die konkrete Ausgestaltung dieser aufzustellenden Regeln und Verfahren wird in Artikel 255 weiter umschrieben.

  Die Bemühungen, im Kreis der EU-Staaten zu einer einheitlichen Handhabung vereinfachter und beschleunigter Genehmigungsverfahren für Forschungsvorhaben zu gelangen, sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

- Ressourcenforschung, die zwar auf dem Festlandsockel aber jenseits der 200-Seemeilengrenze (AWZ) betrieben werden soll, kann der Küstenstaat nach Absatz 6 nur in Gebieten versagen, die er öffentlich speziell ausgewiesen hat.

- In Absatz 8 wird die Rücksichtnahme der wissenschaftlichen Meeresforschung auf die Souveränitätsrechte des Küstenstaates erneut unterstrichen.

Artikel 247 (Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung, die von internationalen Organisationen oder unter ihrer Schirmherrschaft durchgeführt werden)

Die implizit erteilte Genehmigung (streng zu unterscheiden von der stillschweigenden Zustimmung oder Duldung von Artikel 252) in Artikel 247 setzt voraus,

1. daß der Küstenstaat Mitglied einer internationalen Organisation ist oder mit ihr eine Vereinbarung geschlossen hat

   und

2. daß die Genehmigung sich auf ein Forschungsvorhaben dieser Organisation oder einer unter ihrer Schirmherrschaft stehenden Institution bezieht. In diesem Fall gilt die Genehmigung als erteilt, wenn der Küstenstaat schon bei der Beschlußfassung in der Organisation dem Vorhaben zugestimmt hat oder an ihm teilzunehmen bereit ist und nicht innerhalb von 4 Monaten nach der Notifizierung des Vorhabens durch die Organisation seine Ablehnung erklärt.

Diese Zustimmungsform ist insofern von Bedeutung, als sie Meeresforschung noch dort ermöglicht, wo eine ausdrückliche Zustimmung anderenfalls unterbliebe, weil der Küstenstaat seine spezifischen Interessen nur in einem Organisationsvorhaben gewahrt sieht, das den Forschungsstaat und dessen Zielsetzungen innerhalb seines Hoheitsbereichs weitgehend neutralisiert.

Artikel 248 und 249 (Informationspflicht gegenüber dem Küstenstaat; Pflicht zur Erfüllung bestimmter Auflagen)

In den Artikeln 248 und 249 sind die Pflichten kodifiziert, die vor, während und nach Durchführung von Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung zu erfüllen sind: Staaten und zuständige internationale Organisationen, die in der ausschließlichen Wirtschaftszone anderer Staaten oder auf deren Festlandsockel innerhalb des 200-Seemeilenbereiches Meeresforschung betreiben wollen, haben vergleichsweise umfangreiche Pflichten zu übernehmen. Ihnen entsprechen bei Nichterfüllung konkrete Rechte der Küstenstaaten, mit denen Sanktionen verbunden sind, die im Einzelfall bis zur Anordnung der Einstellung von wissenschaftlicher Meeresforschung reichen können (vgl. Artikel 253).

Die Pflichten lassen sich in drei Hauptgruppen gliedern:

(1) Pflichten vor Beginn des Forschungsvorhabens, die rechtstechnisch als Antragsvoraussetzungen erscheinen (Artikel 248):

- Antragstellung – formlos bzw. förmlich, soweit Regeln und Verfahren des Küstenstaates eine förmliche Antragstellung vorschreiben
- Einhaltung einer Antragsfrist von mindestens 6 Monaten und
- die Übermittlung (unter Fristwahrung) einer vollständigen Darstellung des Forschungsvorhabens, welche enthält:
  - o die anzuwendenden Methoden und Mittel (einschließlich einer genauen Beschreibung des Schiffes und der wissenschaftlichen Ausrüstung),
  - o die geographischen Zielgebiete des Vorhabens,
  - o den tatsächlichen Beginn und die Dauer des Vorhabens,
  - o die verantwortlichen Träger des Vorhabens und ihre leitenden Personen sowie
  - o das Ausmaß der möglichen Beteiligung des Küstenstaates an dem Vorhaben.

(2) Pflichten während der Durchführung des Forschungsvorhabens, die das SRÜ als Auflagen bezeichnet (Artikel 249 Absatz 1, lit. a, b, c, d, f):

- die kostenfreie Beteiligung des Küstenstaates am Forschungsvorhaben,
- die Abgabe vorläufiger Berichte,
- die Einsichtnahme in Daten und Proben und ggf. die Möglichkeit, diese zu kopieren,
- die Beurteilung von Daten, Proben und Forschungsergebnissen und die Unterstützung des Küstenstaates bei ihrer Bewertung sowie
- die sofortige Unterrichtung des Küstenstaates über jede größere Änderung im Forschungsprogramm.

(3) Pflichten nach Abschluß des Forschungsvorhabens, die die Konvention ebenfalls unter den Auflagen nennt (Artikel 249 Absatz 1, lit. b, c, d, e, g):

- die Bereitstellung der endgültigen Ergebnisse und Schlußfolgerungen,

- die Möglichkeit der Einsichtnahme und der Beurteilung sowie die Unterstützung des Küstenstaates bei der Auswertung von Daten, Proben und Ergebnissen,
- die Sicherstellung des Zugangs zu den Forschungsergebnissen in einem geeigneten nationalen oder internationalen Rahmen sowie
- die Entfernung aller verwendeten Forschungsanlagen und Ausrüstungen.

Die Auflage, nach Abschluß der Forschungsarbeiten die gewonnenen Ergebnisse allgemein zugänglich zu machen, kann der Küstenstaat allerdings auch durch ein Publikationsverbot ersetzen, sofern ressourcenausgerichtete Forschungsvorhaben in Rede stehen (Artikel 249 Absatz 2 i. V. m. Artikel 246 Absatz 5). Hieraus könnten sich unnötige Einschränkungen für die Meeresforschung ergeben, weil die oktroyierte bzw. die verhinderte internationale Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in die Autonomie des Forschungsstaates weiter hineingreift, als es die Wahrung der Interessen des Küstenstaates oder die Beachtung des Souveränitätsprinzips zu seinen Gunsten zwingend erfordert.

Artikel 250 (Mitteilungen über Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung)

Vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarungen sind Mitteilungen über Vorhaben der wissenschaftlichen Meeresforschung auf geeigneten amtlichen Wegen vorzunehmen.

Artikel 251 (Allgemeine Kriterien und Richtlinien)

Mit Hilfe der zuständigen internationalen Organisationen werden die Staaten die Aufstellung allgemeiner Kriterien und Richtlinien anstreben, um den Staaten bei der Bestimmung der Art und Folgen der wissenschaftlichen Meeresforschung zu helfen.

Artikel 252 (Stillschweigende Zustimmung)

In der 200-Seemeilenzone (ausschließliche Wirtschaftszone, AWZ) kann, anders als im 12-Seemeilenbereich (Küstenmeer), auch auf der Grundlage einer stillschweigenden Zustimmung oder Duldung des Küstenstaates geforscht werden, die vier Monate nach Antragstellung unter bestimmten Voraussetzungen unterstellt wird. Nach weiteren zwei Monaten darf dann mit den Forschungsarbeiten begonnen werden.

Die stillschweigende Zustimmung oder Duldung hat wie die – hiervon streng zu unterscheidende – implizit erteilte Genehmigung (vgl. Artikel 247) insofern erhebliche Bedeutung, als sie Meeresforschung dort noch ermöglicht, wo eine ausdrückliche Zustimmung anderenfalls unterbliebe, weil der Küstenstaat aus organisatorisch-technischen Gründen sich zu einer Entscheidung über den Antrag objektiv nicht in der Lage sieht oder der Antragsentscheidung aus politischen Gründen für unbestimmte Zeit ausweicht.

Artikel 253 (Unterbrechung oder Einstellung von Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meeresforschung)

Den Pflichten der Staaten und zuständigen internationalen Organisationen, die in der ausschließlichen Wirtschaftszone anderer Staaten Meeresforschung betreiben wollen (vgl. Artikel 248, 249 und 254), entsprechen bei Nichterfüllung konkrete Rechte der Küstenstaaten, mit denen Sanktionen verbunden sind, die im Einzelfall bis zur Anordnung der Einstellung der wissenschaftlichen Meeresforschung reichen können.

Die Pflichten, die nach dem SRÜ erfüllt werden müssen, sind, obgleich sie bis auf wenige Ausnahmen von den Meeresforschungsinstitutionen und von den für das Forschungsvorhaben Verantwortlichen selbst zu erfüllen sind, völkerrechtlicher Natur. Deutlich wird das daran, daß in Artikel 253 stets von der Erfüllung bzw. Nichterfüllung von Pflichten durch den Forschungsstaat bzw. die zuständige internationale Organisation gesprochen wird. Dies bedeutet, daß für die Erfüllung der Pflichten der Staat bzw. die internationale Organisation haftet (Näheres hierzu in Artikel 263).

Artikel 254 (Rechte benachbarter Binnenstaaten und geographisch benachteiligte Staaten)

Plant ein Staat oder eine zuständige internationale Organisation ein Forschungsvorhaben in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) bzw. auf dem Festlandsockel eines fremden Küstenstaates, so haben sie auch die Pflicht, benachbarte Binnenstaaten und geographisch benachteiligte Staaten über das geplante Vorhaben zu unterrichten. Auf Ersuchen sind diese wie der Küstenstaat zu informieren (Artikel 254 Absatz 2 i. V. m. Artikel 248 und Artikel 249 Absatz 1, lit. f) und haben in den Grenzen des real Möglichen Anspruch auf Teilnahme am Forschungsvorhaben (Artikel 254 Absatz 3).

Auf diese Weise wird erreicht, daß die Möglichkeiten einer breit angelegten Zusammenarbeit bereits in die Überlegungen zur Planung und Vorbereitung des Forschungsvorhabens einbezogen werden. Damit wird aber auch verhindert, daß unvorhergesehene Konflikte mit betroffenen oder unbeteiligten dritten Staaten entstehen, die das Forschungsvorhaben stören, verzögern oder – im äußersten Fall – gänzlich blockieren.

Artikel 255 (Maßnahmen zur Erleichterung der wissenschaftlichen Meeresforschung und zur Unterstützung von Forschungsschiffen)

Hinsichtlich der innerstaatlichen Implementierung der SRÜ-Vorschriften sieht Artikel 255 eine Bemühensklausel für alle Staaten vor zur Förderung und Unterstützung fremder Meeresforschung außerhalb des Küstenmeeres. Hervorgehoben – aber auch bestimmten Voraussetzungen unterworfen – ist die Erleichterung des Zugangs zu den Häfen (also durch das Küstenmeer) von (der wissenschaftlichen Meeresforschung dienenden) Schiffen und ihrer Unterstützung.

Artikel 256 (Wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet)

Artikel 257 (Wissenschaftliche Meeresforschung in der Wassersäule jenseits der Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszone)

Die Forschung auf der Hohen See, traditionell gewährleistet im Grundsatz der Freiheit der Meere (vgl. Artikel 2 des Genfer Übereinkommens über das Hohe Meer von 1958), wird als seerechtliches Prinzip auch im SRÜ bestätigt (vgl. Artikel 87 Absatz 1 lit. f, Artikel 143 Absatz 1 sowie Artikel 238). Für die wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet und in der Wassersäule außerhalb der ausschließ-

lichen Wirtschaftszone wird dieser Grundsatz noch einmal ausdrücklich klargestellt (Artikel 256 und Artikel 257).

Hinsichtlich der konkurrierenden Meeresforschung (von zwei Staaten) könnte sich eine Streitfrage um die Forschungsberechtigung im Gebiet aus dem Umstand ergeben, daß Artikel 143 Absatz 3 von Vertragsstaaten, die wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet durchführen können, spricht, wohingegen Artikel 256 allen Staaten – ungeachtet ihrer geographischen Lage – das Recht zubilligt, im Gebiet wissenschaftliche Meeresforschung zu betreiben.

Abschnitt 4. Anlagen und Ausrüstungen für die wissenschaftliche Forschung in der Meeresumwelt

Artikel 258 (Aufstellung und Nutzung)

Für die Aufstellung und Verwendung von Anlagen und Ausrüstungen, die der wissenschaftlichen Meeresforschung in irgendeinem Gebiet der Meeresumwelt dienen, gelten dieselben Bedingungen wie für die Durchführung des Forschungsvorhabens.

Artikel 259 (Rechtsstatus)

Der Forschung dienende Anlagen oder Ausrüstungen haben weder den Status von Inseln noch können sie selber eine Verzonung des Meeres herbeiführen oder gar die Zonen anderer Staaten beeinflussen.

Artikel 260 (Sicherheitszonen)

Lediglich zur eigenen Sicherheit der Forschungsanlagen können Zonen mit einer angemessenen Breite von bis zu 500 m eingerichtet werden, die von allen Schiffen zu respektieren sind.

Artikel 261 (Nichtbehinderung auf Schiffahrtswegen)

Die genannten Anlagen und Ausrüstungen unterliegen nur den üblichen Beschränkungen, wie sie für alle Meeresnutzer gelten (vgl. Teil VII), die Schiffahrt auf den internationalen Schiffahrtswegen nicht zu behindern.

Artikel 262 (Kennzeichnungen und Warnsignale)

Anlagen und Ausrüstungen – und unausgesprochen gilt dies auch für die Markierungen von Sicherheitszonen – unterliegen der Kennzeichnungspflicht. Dabei sind hinsichtlich der erforderlichen Warnsignale die geltenden internationalen Sicherheitsvorschriften unter Berücksichtigung der Regeln der IMO und ICAO zu beachten.

Abschnitt 5. Verantwortlichkeit und Haftung

Artikel 263 (Verantwortlichkeit und Haftung)

Wie in Artikel 253 bereits angedeutet, sind die Pflichten, die nach dem SRÜ erfüllt werden müssen, völkerrechtlicher Natur. Dies bedeutet, daß für ihre Erfüllung prinzipiell der Staat haftet, sei es der Flaggenstaat, in dem das verwendete Forschungsschiff registriert ist, sei es der Staat, in dem die verantwortliche Forschungseinrichtung ihren Sitz hat. Eine Ausnahme gilt nur für „zuständige internationale Organisationen", so weit sie eigene Vorhaben durchführen; sie werden im Teil XIII des SRÜ gleichberechtigt mit den Forschungsstaaten genannt. Zuständige internationale Organisationen haften in diesem Fall allein (vgl. Artikel 263 Absatz 2). Insoweit bestätigt das Seerechtsübereinkommen nur die allgemeinen Haftungsgrundsätze des Völkerrechts.

Besonders unterstrichen wird die Haftung der Staaten bzw. der zuständigen internationalen Organisationen für die Verschmutzung der Meeresumwelt infolge der von ihnen oder in ihrem Namen durchgeführten wissenschaftlichen Meeresforschung (Artikel 263 Absatz 3).

Abschnitt 6. Beilegung von Streitigkeiten und einstweilige Maßnahmen

Artikel 264 (Beilegung von Streitigkeiten)

Im Grundsatz gilt für Streitigkeiten im Zusammenhang mit internationaler Meeresforschung und den sie berührenden Seerechtsfragen, daß diese wie im traditionellen Völkerrecht ganz überwiegend auf diplomatischem und politischem Wege, durch Verhandlungen und Konsultationen, seltener durch Inanspruchnahme anderer Verfahren wie des Vergleichsverfahrens, der Schiedsgerichtsbarkeit oder der internationalen Gerichtsbarkeit beigelegt werden. Obwohl in der Vergangenheit von der Möglichkeit der richterlichen Streitbeilegung in einzelnen seerechtlichen Streitfällen Gebrauch gemacht worden ist (vgl. britisch-norwegischer Fischereistreit; Streit um die Abgrenzung des Festlandsockels in der Nordsee zwischen der Bundesrepublik Deutschland auf der einen und den Niederlanden und Dänemark auf der anderen Seite), sind Fragen der wissenschaftlichen Meeresforschung, insbesondere solche der Forschungsberechtigung bisher nicht Gegenstand von richterlicher Streitbeilegung gewesen. Soweit es im Bereich der Meeresforschung überhaupt internationale Konflikte gegeben hat, sind sie meist von den Betroffenen direkt an Ort und Stelle bereinigt oder auf diplomatischem Wege ausgeräumt worden.

Artikel 264 legt auch für die Meeresforschungsfragen den Grundsatz nieder, daß Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ friedlich zu regeln sind (wie in Artikel 279). Insofern werden die Streitigkeiten im Rahmen der wissenschaftlichen Meeresforschung unter den gleichen Prinzipien und mit den gleichen Verfahren beigelegt wie im SRÜ allgemein üblich, also einvernehmlich (daher der Verweis auf Teil XV Abschnitte 2 und 3). Werden sie nicht einvernehmlich beigelegt, findet eine obligatorische Streitregelung Anwendung, jedoch nur so weit, als es von den Parteien vorher vereinbart war.

Die Ausführung dieser Regelung erfolgt durch drei Streitregelungsverfahren, die sich wie folgt unterscheiden:

- obligatorische Streitbeilegung aufgrund Vertrages,
- fakultative Streitbeilegung nach eigener Wahl und
- obligatorisches Regelverfahren bei freier Wahl des Verfahrens, aber mit der Möglichkeit eines obligatorischen Vergleichsverfahrens im Falle von Ermessensentscheidungen nach Artikel 246 und Artikel 253.

(s. hierzu die Erläuterung zu Teil XV)

Artikel 265 (Einstweilige Maßnahmen)

Vor Abschluß eines Streitbeilegungsverfahrens, wie es im SRÜ (Teil XV, Abschnitte 2 und 3) vorgesehen ist, sorgt der Forschungsstaat (bzw. die zuständige internationale Organisation) dafür, daß Forschungstätigkeiten nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des betreffenden Küstenstaates begonnen oder fortgeführt werden.

Teil XIV. Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 266 (Förderung der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie)

Das Technologietransfer-Regime in Teil XIV enthält in der Gesamtheit seiner Bestimmungen die konkretisierte Aufforderung der Entwicklungsländer, die Küstenstaaten sind, an die Industrieländer, in der Meeresforschung mit ihnen zusammenzuarbeiten, um den bestehenden Entwicklungsabstand zwischen beiden Staatengruppen zu vermindern.

Im Zentrum steht zunächst die Weitergabe der aus der Meeresforschung gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse mit dem Ziel, den wissenschaftlichen und technischen Stand der Entwicklungsländer zu heben.

Die Forschungsstaaten sollen entweder bilateral oder im Rahmen internationaler Organisationen zusammenarbeiten, um die Entwicklung und Weitergabe von meereswissenschaftlichen Kenntnissen und Meerestechnologien aktiv zu fördern. Dies soll auch auf der Grundlage von Verträgen mit der Behörde (Artikel 143 Absatz 2) oder von sonstigen internationalen Zusammenarbeitsprogrammen (Artikel 143 Absatz 3, Artikel 144 i. V. m. Artikel 270 - 274) geschehen.

Die Entwicklungsländer haben in den Verhandlungen der Dritten Seerechtskonferenz die Bemühensklausel des Absatz 3 durchgesetzt, wonach günstige wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen für die Weitergabe „auf gerechter Grundlage" zu fördern sind.

Artikel 267 (Schutz berechtigter Interessen)

Bei der Förderung der Zusammenarbeit nach Artikel 266 verlangt Artikel 267 einen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten, unter besonderer Rücksichtnahme auf die Rechte und Pflichten der Inhaber, Lieferer und Empfänger von Meerestechnologie.

Artikel 268 (Grundlegende Ziele)

Die Grundsätze des Artikel 266 erfahren ihre konkrete Ausgestaltung in Artikel 268. Um den Entwicklungsländern, die über weit geringere Forschungskapazitäten als die Industrieländer verfügen, ein Aufholen zu ermöglichen, sollen die Staaten folgende Ziele fördern:

- Verbreitung meerestechnologischer Kenntnisse
- Entwicklung von Meerestechnologie
- Entwicklung der zur Weitergabe von Meerestechnologie notwendigen technologischen Infrastruktur
- Schulung und Ausbildung von Arbeitskräften der Entwicklungsländer.

Artikel 269 (Maßnahmen zur Erreichung der grundlegenden Ziele)

Artikel 269 nennt in einer nicht abschließenden Aufzählung die wichtigsten Maßnahmen, mit denen sich die Staaten bemühen sollen, die aus den Grundsätzen in Artikel 266 entwickelten grundlegenden Ziele des Artikel 268 zu erreichen. Dazu gehören die Aufstellung von Programmen technischer Zusammenarbeit, die Förderung günstiger Bedingungen für den Abschluß von Verträgen, die Veranstaltung von Konferenzen oder Seminaren, der Austausch von Wissenschaftlern und die Durchführung gemeinsamer Vorhaben.

Abschnitt 2. Internationale Zusammenarbeit

Artikel 270 (Formen der internationalen Zusammenarbeit)

Die Meeresforschung bedarf als globale und internationale Wissenschaft auch einer wirksamen Beteiligung von Wissenschaftlern aus allen wichtigen Küstenländern. Auf das Gebot größtmöglicher Kooperation wird im SRÜ in vielfältiger Weise Bezug genommen. Obgleich die Zusammenarbeit in ihrer bi- und multilateralen Form bereits fester Bestandteil der Forschungspraxis ist, werden hier unter Wiederholung des Prinzips mögliche Maßnahmen für eine Umsetzung aufgeführt. Im Rahmen bestehender zweiseitiger, regionaler oder mehrseitiger und auch erweiterter und neuer Programme soll die wissenschaftliche Meeresforschung, die Weitergabe von Meerestechnologie sowie eine angemessene internationale Finanzierung der Erforschung und Erschließung der Meere erleichtert werden.

Artikel 271 (Richtlinien, Kriterien und Normen)

Nach dieser Bestimmung sollen die Staaten die Festlegung allgemein anerkannter Richtlinien, Kriterien und Normen für die Weitergabe von Meerestechnologie fördern. Auch hier haben die Entwicklungsländer eine besondere Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse durchgesetzt.

Artikel 272 (Koordinierung internationaler Programme)

Hiernach sollen sich die Staaten bemühen sicherzustellen, daß die zuständigen internationalen Organisationen ihre Tätigkeiten einschließlich regionaler und weltweiter Programme koordinieren. Den Interessen und Bedürfnissen der Entwicklungsstaaten ist Rechnung zu tragen.

Artikel 273 (Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und der Behörde)

Hinsichtlich der Tätigkeiten im Gebiet sollen die Staaten mit internationalen Organisationen und der Behörde zusammenarbeiten, um die Übertragung von Fertigkeiten und Meerestechnologie an Entwicklungsländer zu fördern und zu erleichtern.

Artikel 274 (Ziele der Behörde)

Unter Berücksichtigung des Interessenausgleiches, wie er in Artikel 267 generell festgeschrieben ist, gewährleistet die Behörde bei Tätigkeiten im Gebiet,

- daß die Ausbildung von Forschern aus Entwicklungsstaaten durchgeführt wird,
- daß Fachinformation über den aktuellen Stand der Meerestechnologie den Entwicklungsstaaten zum Informationsaustausch gegeben wird,
- daß die Entwicklungsstaaten Hilfe im Technologietransfer bekommen,
- daß finanzielle Hilfe für die Entwicklungsstaaten im Bereich der Meeresforschung gewährt wird.

Abschnitt 3. Nationale und regionale Zentren für Meereswissenschaft und -technologie

Artikel 275 (Errichtung nationaler Zentren)

Das SRÜ enthält eine Reihe von Regelungen, die der Nachfrage nach Forschungsleistungen und dem Transfer meereskundlichen Wissens zusätzliche Impulse verleihen sollen. Hierzu gehört auch, daß Staaten durch „angemessene Unterstützung" insbesondere in Entwicklungsländern den Aus- und Aufbau nationaler Meeresforschungszentren fördern sollen.

Artikel 276 (Errichtung regionaler Zentren)

Auch durch die Errichtung regionaler Zentren soll den Entwicklungsstaaten Hilfe zur Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung gewährt werden. Dabei sollen alle Staaten derselben Region mit den regionalen Zentren zusammenarbeiten.

Artikel 277 (Aufgaben der regionalen Zentren)

Um die Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung durch Entwicklungsstaaten anzuregen, voranzutreiben bzw. die Weitergabe von Meerestechnologie zu fördern, werden in den regionalen Zentren u. a. durchgeführt:

- Schulungs- und Ausbildungsprogramme
- Studienprogramme zum Umweltschutz
- regionale Konferenzen und Seminare
- Fachinformationssammlung meereswissenschaftlicher und -technologischer Daten
- Verbreitung von Forschungsergebnissen
- technologische Zusammenarbeit mit anderen Staaten der Region.

Abschnitt 4. Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen

Artikel 278 (Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen)

Eine große Zahl internationaler Organisationen ist in unterschiedlichem Maß mit Aufgaben der wissenschaftlichen Meeresforschung oder der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologien betraut oder wenigstens mit entsprechenden Fragestellungen konfrontiert. Artikel 278 verpflichtet diese Organisationen, die Erfüllung ihrer Aufgaben nach Teil XIV allein oder in Zusammenarbeit untereinander sicherzustellen.

Teil XV. Beilegung von Streitigkeiten

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen enthält im Unterschied zu den Genfer Seerechtsübereinkommen vom 29. April 1958 ein integrales und umfassendes Streitbeilegungssystem, in dem der Internationale Seegerichtshof eine zentrale Rolle einnimmt. Auf der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen bestand weitgehende Übereinstimmung, daß das Genfer Vertragswerk von 1958 hinsichtlich der Beilegung von Streitigkeiten unbefriedigend ist. Nur das Fischerei-Übereinkommen enthält Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten, und nur relativ wenige Staaten sind Vertragspartei des Fakultativen Unterzeichnungsprotokolls vom 29. April 1958 über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten geworden. Es ist kein Fall bekannt, daß die Streitbeilegungsbestimmungen von 1958 je angewendet worden wären.

Auf der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen wurden deshalb besondere Anstrengungen unternommen, auf dem Gebiet der obligatorischen Streitbeilegung Fortschritte zu erreichen. Es wurde zunächst Übereinstimmung darüber erzielt, daß die materiell-rechtlichen Vorschriften mit den Streitbeilegungsbestimmungen zu verbinden sind.

Teil XV sowie Teil XI Abschnitt 5, die Anlagen V, VI, VII und VIII sowie Bestimmungen in anderen Teilen und Anlagen (z. B. Artikel 264, Anlage IX Artikel 7) stellen die Streitbeilegungsordnung des SRÜ dar.

Außerdem wird im SRÜ nicht nur auf alle bekannten und bewährten Streitbeilegungsverfahren verwiesen, sondern sie erfahren auch eine detaillierte Ausgestaltung. Neu sind vor allem obligatorische Verfahren, die zu bindenden Entscheidungen führen (Teil XV Abschnitt 2), einschließlich eines Verfahrens zur sofortigen Freigabe von Schiffen und Besatzungen (Artikel 292), sowie der Zugang zu internationalen gerichtlichen Verfahren für Rechtsträger, die nicht Staaten sind (natürliche und juristische Personen gemäß Teil XI Abschnitt 5, internationale Organisationen gemäß Anlage IX Artikel 7 Absatz 2).

Damit geht das SRÜ über die im Statut des Internationalen Gerichtshofs vorgesehenen Möglichkeiten der Streitbeilegung hinaus, wo es zur Begründung der Zuständigkeit einer Unterwerfungserklärung bedarf und der Zugang auf Staaten beschränkt ist.

In Teil XV Abschnitt 3 sind allerdings Grenzen und fakultative Ausnahmen betreffend die obligatorischen Verfahren, die zu bindenden Entscheidungen führen, vorgesehen (Artikel 297 und 298), die so formuliert wurden, daß ihre Auslegung Schwierigkeiten bereitet. Ob und inwieweit diese Bestimmungen greifen, soll erst im Einzelfall durch das mit der Streitigkeit befaßte Gericht festgestellt werden. Selbst in Fällen, in denen Gerichte Grenzen oder fakultative Ausnahmen bejahen und damit ihre Zuständigkeit verneinen müssen, ist so wenigstens gewährleistet, daß solche Streitigkeiten einer beschränkten gerichtlichen Klärung zugeführt und die Streitparteien zu einem im SRÜ vorgesehenen Verfahren ermutigt werden können.

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Abschnitt 1 verweist in Artikel 279 auf die grundsätzliche Verpflichtung von Staaten, ihre Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen. Artikel 280 bekräftigt den Grundsatz der freien Wahl friedlicher Streitbeilegungsmittel. Artikel 281 bestimmt das Verfahren für Fälle, in denen keine Beilegung von Streitigkeiten durch die Streitparteien erzielt worden ist. Artikel 282 regelt das Verhältnis zwischen den Bestimmungen des SRÜ über die Beilegung von Streitigkeiten und allgemeinen, regionalen oder zweiseitigen Übereinkünften, die Streitbeilegungsvorschriften enthalten. Artikel 283 behandelt die Verpflichtung zum Meinungsaustausch. Artikel 284 betrifft Vergleichsverfahren. Artikel 285 regelt die Anwendung dieses Abschnitts auf die Beilegung von Streitigkeiten betreffend das Gebiet (Teil XI).

Artikel 279 (Verpflichtung zur Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel)

In Artikel 279 wird auf Artikel 2 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen verwiesen. Danach legen alle Mitglieder der Vereinten Nationen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Nach Artikel 279 gilt dieser Grundsatz auch für die Vertragsstaaten des SRÜ bei Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens und sie werden verpflichtet, sich um eine Lösung durch die in Artikel 33 Absatz 1 der Charta genannten Mittel zu bemühen. Solche Mittel sind Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidungen, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen, sowie andere friedliche Mittel eigener Wahl.

Artikel 280 (Beilegung von Streitigkeiten durch die von den Parteien gewählten friedlichen Mittel)

Artikel 280 bestätigt das Recht der Vertragsstaaten, jederzeit zu vereinbaren, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ durch friedliche Mittel eigener Wahl beizulegen.

Artikel 281 (Verfahren für den Fall, daß keine Beilegung durch die Parteien erzielt worden ist)

Artikel 281 regelt den Fall, daß Vertragsstaaten vereinbart haben, eine Streitigkeit durch ein friedliches Mittel eigener Wahl anzustreben und diese so nicht beigelegt werden konnte. Die in Teil XV vorgesehenen Verfahren finden hier nur dann Anwendung, wenn die Vereinbarung ein weiteres Verfahren nicht ausschließt.

Artikel 282 (Verpflichtung aus allgemeinen, regionalen oder zweiseitigen Übereinkünften)

Artikel 282 sieht vor, daß Vereinbarungen zwischen Vertragsstaaten des SRÜ, Streitigkeiten einem Verfahren zu unterwerfen, das zu einer bindenden Entscheidung führt, Vorrang vor den in Teil XV vorgesehenen Verfahren haben.

Artikel 283 (Verpflichtung zum Meinungsaustausch)

Artikel 283 beinhaltet eine Verpflichtung der Streitparteien zum umgehenden Meinungsaustausch, um die Streitigkeit durch Verhandlung oder andere friedliche Mittel beizulegen. Eine derartige Verpflichtung besteht auch in Fällen, wenn ein Streitbeilegungsverfahren ohne Beilegung der Streitigkeit beendet wurde oder nach Beilegung einer Streitigkeit die Artikel der Implementierung weitere Konsultationen erfordern.

Artikel 284 (Vergleich)

Artikel 284 bestimmt, daß bei Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ jeder Vertragsstaat zu einem Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 1 oder zu einem anderen Vergleichsverfahren auffordern kann. Bei Nichteinigung über das Verfahren gilt das Vergleichsverfahren als beendet.

Artikel 285 (Anwendung dieses Abschnitts auf nach Teil XI unterbreitete Streitigkeiten)

Artikel 285 bestimmt, daß die allgemeinen Bestimmungen des Teiles XV (Abschnitt 1) auf alle Streitigkeiten, die nach Teil XI Abschnitt 5 (Tiefseebergbau) unterbreitet werden, Anwendung finden. Sofern ein Rechtsträger, der nicht Vertragsstaat ist, Streitpartei ist (z. B. Bergbauunternehmen), finden die allgemeinen Bestimmungen des Teils XV sinngemäß Anwendung.

Abschnitt 2. Obligatorische Verfahren, die zu bindenden Entscheidungen führen

Abschnitt 2 regelt die obligatorischen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ. Diese Bestimmungen sind nicht nur gegenüber dem Genfer Protokoll vom 29. April 1958, sondern auch auf dem Gebiet der internationalen Streitbeilegung allgemein als ein wichtiger Fortschritt (vgl. insbesondere Artikel 36 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs) anzusehen. Die Vertragsstaaten können Streitigkeiten den in Abschnitt 2 genannten Gerichten unterbreiten, die mit bindender Wirkung für die Streitparteien entscheiden. Die obligatorischen Verfahren in Abschnitt 2 gelten grundsätzlich für alle Streitigkeiten; Grenzen und Ausnahmen ergeben sich aus Abschnitt 3.

Artikel 286 (Anwendung der Verfahren nach diesem Abschnitt)

Artikel 286 stellt die obligatorischen Verfahren unter den Vorbehalt des Abschnitts 3 und regelt das Verhältnis zu Abschnitt 1. Konnte eine Streitigkeit nach den allgemeinen Bestimmungen des Teils XV nicht beigelegt werden, kann jede Streitpartei ein nach Abschnitt 2 zuständiges Gericht anrufen. Nach Artikel 288 Absatz 4 entscheidet das angerufene Gericht auch über seine Zuständigkeit, sofern sie aufgrund des Abschnitts 3 bestritten wird.

Artikel 287 (Wahl des Verfahrens)

In Absatz 1 werden vier Gerichte aufgeführt, die aufgrund des SRÜ für obligatorische Verfahren Zuständigkeiten haben: der Internationale Seegerichtshof (Anlage VI), der Internationale Gerichtshof, Schiedsgerichte (Anlage VII), besondere Schiedsgerichte (Anlage VIII).

Bei Unterzeichnung, Ratifikation oder Beitritt, oder zu jedem späteren Zeitpunkt, können Staaten eines oder mehrere Gerichte wählen. Nach Absatz 2 bleibt davon die obligatorische Zuständigkeit der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten (Teil XI Abschnitt 5) unberührt.

In Absatz 3–5 werden drei Fälle von Zuständigkeitsfragen geregelt, die sich aus Absatz 1 ergeben können. Liegt eine gültige Erklärung nicht vor, so ist ein Schiedsgericht (Anlage VII) zuständig. Haben die Streitparteien demselben Verfahren zugestimmt, so kann die Streitigkeit nur diesem unterworfen werden. Haben die Streitparteien nicht demselben Verfahren zugestimmt, so kann die Streitigkeit nur dem Schiedsgericht (Anlage VII) unterbreitet werden. Im Rahmen der in Absatz 1 vorgesehenen Wahlmöglichkeiten können die Streitparteien jedoch von den Absatz 3–5 abweichende Regelungen treffen.

Eine nach Absatz 1 abgegebene Erklärung kann jederzeit widerrufen werden. Sie bleibt jedoch noch drei Monate in Kraft und berührt anhängige Verfahren nicht, sofern die Streitparteien nicht anderes vereinbaren. Erklärungen und

Mitteilungen werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Folgende Erklärungen liegen vor (Mai 1993):

Belgien schließt das Schiedsgericht nach Anlage VII aus und entscheidet sich für eine Rangfolge: Besondere schiedsgerichtliche Verfahren nach Anlage VIII, ISGH und IGH.

Brasilien, Iran und Nicaragua kündigen Erklärungen zur Wahl nach Artikel 287 zu einem späteren Zeitpunkt an.

Weißrußland, die Sowjetunion und die Ukraine wählen die besonderen Schiedsverfahren nach Anlage VIII und die ausschließliche Zuständigkeit des ISGH für Verfahren zur Freilassung von Schiffen und Besatzungen.

Uruguay wählt den ISGH.

Kap Verde wählt den ISGH und IGH.

Guinea-Bissau und Kuba schließen den IGH aus.

Ägypten schließt den ISGH und IGH aus.

Von 158 Staaten, die das SRÜ unterzeichnet haben und 61 Staaten, die das SRÜ ratifizierten bzw. ihm beigetreten sind, hat also nur ein Staat, nämlich Ägypten, den ISGH und den IGH für obligatorische Verfahren ausgeschlossen. Mit einer größeren Zahl von Erklärungen nach Artikel 287 ist erst nach Inkrafttreten des SRÜ und wenn feststeht, daß der ISGH in Hamburg errichtet wird, zu rechnen. Im übrigen ist auf Artikel 280 hinzuweisen, der den Grundsatz der VN-Charta, Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel eigener Wahl, bekräftigt. Das SRÜ bietet nicht nur eine Reihe von Verfahren an, sondern läßt alle Mittel der friedlichen Streitbeilegung zu, so daß die Wahl eines Streitbeilegungsmittels regelmäßig erst im konkreten Fall getroffen werden dürfte. Auch können die Streitparteien die Mittel während des Verfahrens wechseln.

Artikel 288 (Zuständigkeit)

Artikel 288 regelt die Zuständigkeit der in Artikel 287 aufgeführten vier Gerichte. Sie erstreckt sich auf alle Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ, die in Übereinstimmung mit Teil XV unterbreitet werden sowie auf internationale Übereinkünfte, die mit den Zielen des SRÜ zusammenhängen und in Übereinstimmung mit diesen Übereinkünften unterbreitet werden.

Artikel 289 (Sachverständige)

Bei Streitigkeiten über wissenschaftliche und technische Angelegenheiten können Gerichte Sachverständige hinzuziehen. Sie nehmen an den Gerichtsverhandlungen ohne Stimmrecht teil.

Artikel 290 (Vorläufige Maßnahmen)

Artikel 290 behandelt Zuständigkeit, materielle Voraussetzungen, Änderung, Widerruf und Bestätigung. Vorläufige Maßnahmen kann jedes der vier Gerichte, wie auch die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten, anordnen, sofern es sich für zuständig erklärt. Vorläufige Maßnahmen werden angeordnet, um bis zur endgültigen Entscheidung die Rechte der Streitparteien zu sichern oder schwere Schäden für die Meeresumwelt zu verhindern. Solche Maßnahmen können geändert, widerrufen oder bestätigt werden. Die Streitparteien sind verpflichet, die angeordneten Maßnahmen umgehend zu befolgen.

Artikel 291 (Zugang)

Den Vertragsstaaten des SRÜ stehen alle in Teil XV aufgeführten Verfahren offen. Für andere Rechtsträger, die nicht Vertragspartei sind, gilt dies nur insoweit, wie es im SRÜ ausdrücklich vorgesehen ist. Beispielsweise werden in Verfahren vor der Meeresbodenkammer natürliche und juristische Personen zugelassen (Artikel 187).

Artikel 292 (Sofortige Freigabe von Schiffen und Besatzungen)

Artikel 292 regelt das Verfahren der sofortigen Freigabe von Schiffen und Besatzungen, sofern der zurückhaltende Staat nach Hinterlegung einer angemessenen Kaution oder anderen finanziellen Sicherheit Schiff und Besatzung entgegen den Bestimmungen des SRÜ (Artikel 73 Absatz 2, Artikel 226) nicht freigibt. Die Frage der Freigabe kann zunächst einvernehmlich einem Gericht unterbreitet werden. Kommt binnen 10 Tagen nach Zurückhaltung von Schiff und Besatzung kein Einvernehmen zustande, so kann das Gericht, das der zurückhaltende Staat nach Artikel 287 gewählt hat, oder der Internationale Seegerichtshof befaßt werden. Der von der Vorbereitungskommission ausgearbeitete Entwurf der Regeln des Internationalen Seegerichtshofs sieht weitere Verfahrensregeln betreffend die sofortige Freigabe von Schiffen und Besatzungen vor.

Ein Antrag auf Freigabe kann nur vom Flaggenstaat oder in dessen Namen gestellt werden. Der Antrag ist unverzüglich zu behandeln und berührt die Sache selbst sowie das innerstaatliche Verfahren nicht. Die Entscheidung des zuständigen Gerichts ist für alle deutschen Gerichte und Behörden verbindlich (vgl. Artikel 296 Abs. 1). Dementsprechend werden Schiff und Besatzung nach Hinterlegung der vom Gericht bestimmten Kaution oder anderer finanzieller Sicherheiten sofort freigegeben.

Artikel 293 (Anwendbares Recht)

Artikel 293 bestimmt, daß die nach Teil XV Abschnitt 2 zuständigen Gerichte das SRÜ und sonstige damit nicht unvereinbare Regeln des Völkerrechts anwenden. Die Streitparteien können jedoch vereinbaren, daß der Fall auf der Grundlage der Billigkeit (ex aequo et bono) zu entscheiden ist.

Artikel 294 (Vorverfahren)

Artikel 294 regelt das Verfahren, das in den in Artikel 297 genannten Streitigkeiten von den in Artikel 287 aufgeführten vier Gerichten durchzuführen ist. Es handelt sich hierbei um ein Verfahren, in dem das mit einem obligatorischen Verfahren befaßte Gericht feststellt, ob die Einreichung der Klageschrift eine mißbräuchliche Inspruchnahme des Rechtswegs darstellt oder nach dem ersten Anschein begründet ist. Der Fall wird bei Mißbrauch oder Unbegründetheit nicht weiter behandelt. Prozeßhindernde Einreden können geltend gemacht werden.

Artikel 295 (Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmittel)

Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ können den in Teil XV Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren nur dann unterworfen werden, wenn die innerstaatlichen Rechtsmittel erschöpft sind.

Das besondere Freigabeverfahren nach Artikel 292 stellt eine Ausnahmeregelung zu Artikel 295 dar, so daß dieser insoweit keine Anwendung findet.

Artikel 296 (Endgültigkeit und Verbindlichkeit der Entscheidungen)

Die Entscheidungen der nach Teil XV Abschnitt 2 zuständigen Gerichte sind endgültig und werden von allen Streitparteien befolgt. Diese Entscheidungen sind nur für die Streitparteien und nur in bezug auf die betreffende Streitigkeit bindend.

Abschnitt 3. Grenzen und Ausnahmen der Anwendbarkeit des Abschnitts 2

Die Grenzen und Ausnahmen der in Abschnitt 2 vorgesehenen obligatorischen Verfahren werden in Abschnitt 3 behandelt. Artikel 297 regelt die Grenzen, Artikel 298 die Ausnahmen und Artikel 299 die Rechte der Streitparteien, andere Verfahren zu vereinbaren.

Artikel 297 (Grenzen der Anwendbarkeit des Abschnitts 2)

In Artikel 297 werden die Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des SRÜ aufgeführt, die den in Abschnitt 2 vorgesehenen obligatorischen Verfahren unterworfen werden können.

Absatz 1 betrifft Streitigkeiten über die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen durch Küstenstaaten:

(a) Gegen Küstensstaaten kann wegen eines Verstoßes gegen Bestimmungen betreffend Schiffahrts- und Überflugrechte, Verlegung unterseeischer Kabel und Rohrleitungen und andere völkerrechtlich zulässige Meeresnutzungen Klage erhoben werden;

(b) Küstenstaaten können gegen Staaten wegen eines Verstoßes gegen Gesetze und Vorschriften Klage erheben, die sie im Einklang mit dem SRÜ oder ihm nicht zuwiderlaufenden Regeln des Völkerrechts erlassen haben;

(c) gegen Küstenstaaten kann wegen eines Verstoßes gegen internationale Regeln und Normen zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt Klage erhoben werden.

In Absatz 2 werden Streitigkeiten hinsichtlich der wissenschaftlichen Meeresforschung behandelt. Küstenstaaten können bestimmte Streitigkeiten betreffend Artikel 246 (Wissenschaftliche Meersforschung in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel) und Artikel 253 (Unterbrechung oder Einstellung von Tätigkeiten der wissenschaftlichen Meersforschung) den obligatorischen gerichtlichen Verfahren, nicht aber dem Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 2 entziehen.

In Absatz 3 werden Streitigkeiten hinsichtlich der Fischerei behandelt. Küstenstaaten können bestimmte Streitigkeiten betreffend ihre souveränen Rechte in bezug auf die lebenden Ressourcen in der ausschließlichen Wirtschaftszone den obligatorischen gerichtlichen Verfahren, nicht aber dem Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 2 entziehen. Das obligatorische Vergleichsverfahren beschränkt sich auf (i) offenkundige Verstöße gegen Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen, (ii) willkürliche Ablehnung, Fangmengen und Fangkapazitäten festzulegen, und (iii) willkürliche Ablehnung, andere Staaten (z. B. Binnen- und geographisch benachteiligte Staaten) am Überschuß (Artikel 62, 69, 70) zu beteiligen.

Der Bericht der Vergleichskommission wird den geeigneten internationalen Organisationen übermittelt (z. B. FAO, IOC).

Artikel 298 (Fakultative Ausnahmen der Anwendbarkeit des Abschnitts 2)

Nach Artikel 298 können Staaten erklären, daß sie für bestimmte Arten von Streitigkeiten einem oder mehreren der in Abschnitt II vorgesehenen Verfahren nicht zustimmen. Das gilt für: (a) Abgrenzung von Meeresgebieten (Artikel 15, 74 und 83), historische Buchten und historische Rechtstitel; (b) militärische Handlungen und Vollstrekkungshandlungen; (c) Aufgaben des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Streitigkeiten der Kategorie (a), die nach Inkrafttreten des SRÜ entstehen, können Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 2 nur dann entzogen werden, wenn jene gleichzeitig Streitigkeiten über Festland- oder Inselgebiete betreffen. Auf der Grundlage des Berichts der Vergleichskommission handeln die Streitparteien eine Übereinkunft aus. Kommt diese nicht zustande, so unterwerfen sie sich einem in Teil XV Abschnitt 2 vorgesehenen obligatorischen gerichtlichen Verfahren.

Vereinbarungen über endgültig beigelegte Abgrenzungsstreitigkeiten sowie Übereinkünfte, bestimmte Abgrenzungsstreitigkeiten bindend beizulegen, bleiben unberührt.

Artikel 298 regelt auch Rücknahme von Erklärungen, Unterwerfung von ausgenommenen Streitigkeiten, Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten und anhängige gerichtliche Verfahren. Alle in Artikel 298 vorgesehenen Erklärungen und Mitteilungen werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 299 (Recht der Parteien auf Vereinbarung eines Verfahrens

Streitigkeiten, die nach Artikel 297 oder Artikel 298 von den in Teil XV Abschnitt 2 vorgesehenen obligatorischen Verfahren ausgenommen sind, können nur durch Vereinbarung der Streitparteien diesen Verfahren unterworfen werden. Davon bleibt das Recht der Streitparteien unberührt, ein anderes Streitbeilegungsverfahren zu vereinbaren oder die Streitigkeit gütlich beizulegen.

Teil XVI. Allgemeine Bestimmungen

Teil XVI enthält fünf Bestimmungen von ganz unterschiedlicher Thematik. Sie gelten in bezug auf alle Teile und Anlagen des SRÜ und werden als allgemeine Bestimmungen bezeichnet.

Artikel 300 (Treu und Glauben und Rechtsmißbrauch)

Artikel 300 übernimmt zwei allgemeine Rechtsgrundsätze und konkretisiert ihre Anwendung in bezug auf das SRÜ.

Artikel 301 (Friedliche Nutzung der Meere)

Artikel 301 verweist auf das Gewaltverbot und auf die anderen in der Charta der Vereinten Nationen niederge-

legten Grundsätze des Völkerrechts und konkretisiert ihre Anwendung in bezug auf das SRÜ. Gleichzeitig zielt Artikel 301 darauf ab, den im SRÜ verwendeten Begriff der friedlichen Nutzung der Meere zu definieren und damit die Rechtmäßigkeit von militärischen Handlungen sowie von Vollstreckungshandlungen, die mit dem Gewaltverbot und dem Völkerrecht vereinbar sind, festzustellen.

Artikel 302 (Preisgabe von Informationen)

Artikel 302 bestimmt, daß die wesentlichen Sicherheitsinteressen von Vertragsstaaten den Verpflichtungen vorgehen, in den im SRÜ vorgesehenen Streitbeilegungsverfahren Informationen zu erteilen. Diese Bestimmung zielt vor allem auf die Weitergabe von Technologie ab.

Artikel 303 (Im Meer gefundene archäologische und historische Gegenstände)

Artikel 303 verpflichtet die Staaten, im Meer gefundene archäologische und historische Gegenstände zu schützen und zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten. Um den Verkehr mit diesen Gegenständen zu kontrollieren, können Küstenstaaten innerhalb einer Zone von maximal 24 Seemeilen gewisse Kontrollen ausüben. Davon bleiben die Rechte feststellbarer Eigentümer, das Bergungsrecht oder sonstige seerechtliche Vorschriften sowie Gesetze und Verhaltensweisen auf dem Gebiet des Kulturaustauschs unberührt. Dies gilt auch für andere internationale Übereinkünfte und Regeln des Völkerrechts über den Schutz von Gegenständen archäologischer oder historischer Artikel

Artikel 304 (Verantwortlichkeit und Haftung für Schäden)

Artikel 304 bestimmt das Verhältnis der Bestimmungen des SRÜ über die Veranwortlichkeit und Haftung für Schäden zu den geltenden Regeln und zur Entwicklung weiterer Regeln. Geltende und neue Regeln bleiben von den Bestimmungen des SRÜ unberührt.

Teil XVII. Schlußbestimmungen

Die Schlußbestimmungen des SRÜ weisen im Vergleich zu den allgemein üblichen einige Besonderheiten auf: Vertragspartei des SRÜ können auch andere Rechtsträger als Staaten werden (Artikel 305), z. B. die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft; für das Inkrafttreten ist eine außergewöhnlich hohe Zahl von Ratifikationen bzw. Beitritten erforderlich (Artikel 308); ausdrücklich sind Erklärungen von Staaten zugelassen, ihre Gesetze mit dem SRÜ in Einklang zu bringen (Artikel 310); das Verhältnis des SRÜ zu anderen internationalen Übereinkünften wird detailliert geregelt (Artikel 311); zur Änderung des SRÜ sind verschiedene Verfahren vorgesehen (Artikel 312–314).

Artikel 305 (Unterzeichung)

Das SRÜ kann von allen Staaten, bestimmten assoziierten Staaten und Gebilden mit voller innerer Selbstregierung sowie von bestimmten internationalen Organisationen (z. B. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) unterzeichnet werden. Namibia hat das SRÜ vor Erlangung seiner staatlichen Unabhänigkeit nach Artikel 305 Absatz 1(d) unterzeichnet. Das SRÜ lag bis zum 9. Dezember 1984 zur Unterzeichnung auf. 158 Staaten und andere Rechtsträger haben das SRÜ unterzeichnet. Kein anderes internationales Übereinkommen hat bisher diese Zahl von Unterzeichnungen erreicht.

Artikel 306 (Ratifikation und förmliche Bestätigung)

Artikel 306 enthält das übliche Erfordernis, daß internationale Übereinkommen der Ratifikation durch Staaten und der förmlichen Bestätigung durch internationale Organisationen bedürfen. Die anderen in Artikel 305 aufgeführten Rechtsträger ratifizieren das SRÜ.

Artikel 307 (Beitritt)

Das SRÜ steht Staaten und den anderen in Artikel 305 aufgeführten Rechträgern, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt offen.

Artikel 308 (Inkrafttreten)

Das SRÜ tritt 12 Monate nach Hinterlegung der 60. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft. Ratifikations- und Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Für Staaten, die Urkunden nach Inkrafttreten hinterlegen, tritt das SRÜ jeweils am 30. Tag nach der Hinterlegung in Kraft.

Artikel 308 bestimmt des weiteren, daß die Versammlung der Behörde am Tag des Inkrafttretens des SRÜ zusammmentritt. Die Versammlung wählt den Rat der Behörde, wobei dieser nicht genau, wie in Artikel 161 vorgesehen, zusammengesetzt sein muß. Damit soll sichergestellt werden, daß der Rat auch dann gewählt werden und die Behörde ihre Tätigkeit aufnehmen kann, wenn nicht für alle in Artikel 161 vorgesehenen Kategorien Vertragsstaaten zur Verfügung stehen.

Artikel 308 sieht außerdem vor, daß die von der Vorbereitungskommission ausgearbeiteten Regeln, Vorschriften und Verfahren vorläufig angewendet werden können und daß die Behörde an die Resolution II und die entsprechenden Beschlüsse der Vorbereitungskommission gebunden ist.

Artikel 309 (Vorbehalte und Ausnahmen)

Artikel 309 stellt fest, daß Vorbehalte und Ausnahmen nur zulässig sind, wenn sie in anderen Bestimmungen ausdrücklich vorgesehen sind. Vorbehalte sind im SRÜ nicht vorgesehen, Ausnahmen nur in Artikel 298.

Artikel 310 (Erklärungen)

Artikel 310 läßt Erklärungen ausdrücklich zu. Dazu zählen insbesondere auch solche, die darauf abzielen, Gesetze und sonstige Vorschriften mit dem SRÜ in Einklang zu bringen. Diese Bestimmung soll vor allem solchen Staaten erleichtern, Vertragspartei zu werden, deren Verfassungen vom SRÜ abweichende Normen enthalten (z. B. Küstenmeere von 200 Seemeilen) und die diese nicht ohne weiteres ändern können.

Artikel 311 (Verhältnis zu anderen Übereinkommen und internationalen Übereinkünften)

Artikel 311 regelt das Verhältnis des SRÜ zu anderen Verträgen. Es wird festgestellt, daß das SRÜ die Genfer Seerechtsübereinkommen vom 29. April 1958 nicht ablöst. Zwischen den Vertragstaaten des SRÜ hat dieses allerdings Vorrang. Das gilt auch für andere einschlägige und

in Kraft befindliche Übereinkommen. Übereinkünfte, die die Anwendung von Bestimmungen des SRÜ modifizieren oder suspendieren, sind zulässig, sofern sie mit Ziel und Zweck des SRÜ und seinen wesentlichen Grundsätzen nicht unvereinbar sind. Solche Übereinkünfte sind dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu notifizieren. Artikel 311 berührt nicht solche Übereinkünfte, die durch Bestimmungen des SRÜ ausdrücklich zugelassen oder gewahrt sind.

Artikel 311 bestimmt schließlich, daß der in Artikel 136 niedergelegte Grundsatz – das Gebiet und seine Ressourcen sind das gemeinsame Erbe der Menschheit – nicht geändert werden darf und daß Vertragsstaaten nicht Vertragspartei einer Übereinkunft werden dürfen, die von diesem Grundsatz abweicht.

Artikel 312 (Änderung)

Jeder Vertragsstaat kann 10 Jahre nach Inkrafttreten des SRÜ Änderungen vorschlagen, sofern sie nicht Bestimmungen in bezug auf Tätigkeiten im Gebiet betreffen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen beruft eine Änderungskonferenz ein, wenn mindestens die Hälfte der Vertragsstaaten darum ersucht. Diese Konferenz wendet, sofern sie nichts anderes beschließt, das Verfahren der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen an. In jedem Fall soll über Änderungen nur abgestimmt werden, wenn alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft sind.

Artikel 313 (Änderung durch vereinfachtes Verfahren)

Das SRÜ kann auch ohne Einberufung einer Konferenz geändert werden. Jeder Vertragsstaat kann Änderungen durch schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen vorschlagen, sofern sie nicht Bestimmungen in bezug auf Tätigkeiten im Gebiet betreffen. Ein Vorschlag ist angenommen, wenn kein Vertragsstaat dem vereinfachten Verfahren nach 313 und kein Vertragsstaat der vorgeschlagenen Änderung widerspricht.

Artikel 314 (Änderungen der Bestimmungen dieses Übereinkommens, die sich ausschließlich auf Tätigkeiten im Gebiet beziehen)

Artikel 314 regelt Änderungen der Bestimmungen, die sich ausschließlich auf Tätigkeiten im Gebiet beziehen und die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten (Anlage VI Abschnitt 4) betreffen. Vertragsstaaten können solche Änderungen durch schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Behörde vorschlagen. Eine Änderung gilt als angenommen, sowie sie vom Rat und der Versammlung genehmigt wurde. Das System der Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets soll bis zu der in Artikel 155 vorgesehenen Überprüfungskonferenz nicht beeinträchtigt werden.

Artikel 315 (Änderungen: Unterzeichnung, Ratifikation, Beitritt und verbindliche Wortlaute)

Die Unterzeichnungsfrist für angenommene Änderungen beträgt grundsätzlich 12 Monate. Die Bestimmungen über Ratifikation (Artikel 306), Beitritt (Artikel 307) und verbindliche Wortlaute (Artikel 320) finden auch auf Änderungen Anwendung.

Artikel 316 (Inkrafttreten von Änderungen)

Änderungen treten grundsätzlich am 30. Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von zwei Dritteln oder von 60 Vertragsstaaten in Kraft. Änderungen gelten regelmäßig nur zwischen Vertragstaaten, die diese ratifziert haben oder diesen beigetreten sind. Für Staaten, die nach Änderung des SRÜ Vertragspartei werden, ist vorgesehen, daß für sie das geänderte Übereinkommen gilt, sofern sie keine abweichende Ansicht äußern.

Dagegen treten Änderungen gemäß Absatz 5, die sich ausschließlich auf Tätigkeiten im Gebiet beziehen, sowie Änderungen der Anlage VI (Statut des Internationalen Seegerichtshofs) für alle Vertragsstaaten ein Jahr nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von drei Vierteln der Vertragsstaaten in Kraft.

Die Gefahr, daß Änderungen des SRÜ beschlossen werden, die den Interessen der Bundesrepublik Deutschland zuwider laufen, sind im Bereich der Tiefseebergbauordnung gering einzuschätzen und im Fall des Statuts des Internationalen Seegerichtshofs auszuschließen (Anlage VI Artikel 41), so daß verfassungsrechtliche Bedenken gegen Artikel 316 Absatz 5 hinnehmbar erscheinen.

Für Staaten, die Vertragspartei des SRÜ nach solchen Änderungen werden, gilt das geänderte Übereinkommen.

Artikel 317 (Kündigung)

Das SRÜ kann ohne Angabe von Gründen jederzeit gekündigt werden. Während der Kündigungsfrist von einem Jahr bestehen die bis zur Kündigung erwachsenen finanziellen und vertraglichen Verpflichtungen fort.

Artikel 318 (Status der Anlagen)

Artikel 318 stellt fest, daß die Anlagen des SRÜ Bestandteil des Übereinkommens sind.

Artikel 319 (Verwahrer)

Der Verwahrer des SRÜ und seiner Änderungen ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen. Der Verwahrer übt darüberhinaus weitere Tätigkeiten betreffend Berichte, Notifikationen und Einberufungen von Tagungen aus.

Artikel 320 (Verbindliche Wortlaute)

Das SRÜ liegt in den sechs gleichermaßen verbindlichen Sprachfassungen (VN-Sprachen) Arabisch, Englisch, Chinesisch, Französisch, Russsisch und Spanisch vor.

Anlage I (Weit wandernde Arten)

Anlage I benennt im einzelnen die in Artikel 64 einer Sonderregelung unterliegenden weit wandernden Arten, also der Fische, die zur Nahrungssuche oder zum Laichen längere Strecken zurücklegen und gegebenenfalls dabei von Süßwasser in Salzwasser und umgekehrt wechseln.

Anlage II. Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels

Die Definition des Festlandsockels (Artikel 76) legt für die äußere Begrenzung des Festlandsockelrands jenseits von 200 Seemeilen

verschiedene Kriterien fest, die im Einzelfall den Nachweis bestimmter Daten erfordern. Die nach Anlage II einzurichtende Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels überprüft die von Küstenstaaten vorgelegten Daten und gewährt mit wissenschaftlichen und technischen Gutachten Unterstützung.

Die Kommission besteht aus 21 Mitgliedern, die Fachleute auf dem Gebiet der Geologie, Geophysik oder Hydrographie sind und Staatsangehörige von Vertragsstaaten sein müssen. Die erste Wahl der Kommissionsmitglieder findet auf einer Tagung der Vertragsstaaten innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten des SRÜ in New York, dem Sitz der Kommission, statt. Bei der Zusammensetzung der Kommission ist eine gerechte geographische Vertretung – mindestens drei Mitglieder aus jeder der fünf geographischen Regionen – zu gewährleisten. Die Mitglieder werden auf fünf Jahre gewählt. Es können Unterkommissionen bestehend aus sieben Mitgliedern gebildet werden.

Die Kosten sind wie folgt geregelt: Die Vertragsstaaten kommen für die Kosten ihres jeweiligen Kommissionsmitglieds auf; die Kosten für Gutachten trägt der betreffende Küstenstaat; das Sekretariat der Kommission wird von den Vereinten Nationen gestellt.

Küstenstaaten, die beabsichtigen, die äußeren Grenzen ihrer Festlandsockel jenseits von 200 Seemeilen festzulegen, unterbreiten der Kommission – spätestens innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten des SRÜ – die nach Artikel 76 geforderten Daten. Die Kommission arbeitet Empfehlungen aus, auf deren Grundlage der betreffende Küstenstaat die äußere Grenze seines Festlandsockels nach Artikel 76 Absatz 8 endgültig und verbindlich festlegt. Ist ein Küstenstaat mit den Empfehlungen nicht einverstanden, so hat er einen überarbeiteten oder neuen Antrag einzubringen. Von den Handlungen der Kommission bleiben Fragen der Festlegung anderer Grenzen (Artikel 74 und 83) unberührt.

Anlage III. Grundbedingungen für die Prospektion, Erforschung und Ausbeutung

Die Anlage III des SRÜ enthält Regelungen für die Prospektion, Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen des Tiefseebodens und konkretisiert damit die in allgemeinerer Form in Teil XI des Übereinkommens enthaltenen Grundsätze. Inhaltlich gesehen enthält die Anlage III ein den nationalen Gesetzen über die Tätigkeit im Offshore-Bereich durchaus verwandtes System der Regelung der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen, das seinen Ursprüngen und Eigentümlichkeiten nach als „Bergbaurecht" verstanden werden kann. Zu diesem Regelungskreis gehören in der typischen Gliederung nach zeitlichen Phasen die Regelung der Prospektion (Artikel 2), der Erforschung und nachfolgenden Ausbeutung (Artikel 3). Hierzu gehört auch die zweigestaltige Rechtsstellung des Bergbaubetreibers, der einerseits die Stellung eines Inhabers eines ausschließlichen Nutzungs- und Verwertungsrechts (Artikel 16) einnimmt und im Gegenzug bestimmte finanzielle Verpflichtungen übernimmt (Artikel 13), gleichzeitig im Hinblick auf die konkreten Aktivitäten aber auch einer administrativen Kontrolle unterworfen ist, die es ihm gebietet, Arbeitspläne zu erstellen und bestätigen zu lassen, bevor mit den Aktivitäten begonnen wird (Artikel 6). Aus anderen Bergbauregelungen geläufig ist auch die Aufstellung besonderer Anforderungen an die sich um eine Bergbauaktivität bewerbenden Interessenten (Artikel 4). Schon diese Vorschriften weisen aber in ihrem Inhalt einige, über das Bekannte hinausgehende Eigenarten auf. Daneben aber enthält die Anlage III eine Reihe von Sonderbestimmungen, die für das Tiefseebodenregime typisch sind. Dazu gehört zum einen die sich aus dem Parallelsystem ergebende Regelung über die Reservierung von Feldern (Artikel 8 und 9) für das Behördenunternehmen bzw. Entwicklungsländer und die Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten (Artikel 15).

Artikel 1 (Eigentumsrechte an Mineralien)

Artikel 1 bestimmt in Anlehnung an und in Spezifizierung der in Artikel 137 Abs. 3 SRÜ getroffenen Regelung zum einen den Zeitpunkt des Übergangs der zivilrechtlichen Eigentumsrechte an den Mineralien (Definition siehe Artikel 133 Buchst. b) SRÜ) „mit der Gewinnung der Mineralien", d. h. mit der Ablösung vom Meeresboden. Andererseits wird festgelegt, daß der Eigentumserwerb nur in Übereinstimmung mit den Vorschriften des SRÜ – namentlich Teil XI und Anlage III – erfolgen kann. Basis des Rechtsübergangs ist der in Artikel 153 Abs. 6 S. 1 SRÜ vorgeschriebene Vertrag, der den Arbeitsplan zur Erforschung und Ausbeutung festlegt und ausschließliche Rechte zu ihrer Durchführung gewährt.

Artikel 2 (Prospektion)

Die Prospektion umfaßt die Arbeitsschritte, die der Erforschung und Ausbeutung von Lagerstätten vorausgehen. Die Prospektion wird nicht definiert. Sie umfaßt im wesentlichen das Aufsuchen von Lagerstätten und die Erkundung ihrer Lage und ihres Umfangs. Aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 2, der die Gewinnung von Mineralien lediglich in angemessenen Mengen für Versuchszwecke zuläß t, ist zu schließen, daß die Phase der Prospektion nur solche vorgelagerten Tätigkeiten umfaßt, die ohne einen substantiellen Zugriff auf die Ressourcen auskommen.

Nach Artikel 2 Abs. 1 Buchst. a) fördert die Behörde die Prospektion im Gebiet. Darin liegt eine Aufgabenzuweisung, die ihren Sinn darin findet, daß die Behörde, die das gemeinsame Erbe zugunsten der Berechtigten verwalten soll, ein besonderes Interesse daran hat, über die örtliche Verteilung und Qualität der Rohstoffvorkommen auf dem Tiefseeboden Bescheid zu wissen. Welche Instrumente und Mittel die Behörde in Ausführung ihrer Förderungsaufgabe einsetzen darf, bleibt allerdings offen.

Nach Buchstabe b) muß vor dem Beginn der Prospektion der Prospektor der Behörde eine schriftliche Verpflichtung zukommen lassen, wonach er sich verpflichtet, bestimmte Regelungen einzuhalten, und einer entsprechenden Überprüfung der Behörde zustimmt. Bei den Regelungen handelt es sich um

- das SRÜ im ganzen und
- die einschlägigen Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde über
  - Ausbildungsprogramme nach Artikel 143 und 144

    sowie
  - den Schutz der Meeresumwelt.

Damit muß der Prospektor, um mit der Prospektion beginnen zu können, sich zunächst den Regelungen des SRÜ unterwerfen, um ihre Geltung sicherzustellen. Dabei ist diese Unterwerfungsanforderung selektiv. Sie betrifft zwar das SRÜ im Ganzen, die Achtung des von der Behörde gesetzten Sekundärrechts aber nur insoweit, als es um Ausbildungsverpflichtungen und den Meeresumweltschutz geht.

Daneben bestimmt Buchstabe b), daß der Prospektor der Behörde gleichzeitig die ungefähren Grenzen des Feldes oder der Felder mitteilt, in denen er tätig werden will.

Nach Buchstabe c) des Absatzes 1 von Artikel 2 der Anlage III hat das Recht zur Prospektion keine Ausschlußwirkung, so daß gleichzeitig mehrere Prospektoren auf dem oder den gleichen Feldern tätig werden können. In Abs. 2 findet sich die eingangs schon erwähnte Berechtigung, für Versuchszwecke angemessene Mengen von Mineralien zu gewinnen. Im übrigen erhält der Prospektor keine Rechte an den Ressourcen des prospektierten Gebietes. Ausschließliche Erforschungs- und Ausbeutungsrechte erhält er erst durch den bestätigten Arbeitsplan (vgl. Artikel 3 Abs. 4 Buchst. c) und Artikel 16 der Anlage III).

Artikel 3 (Erforschung und Ausbeutung)

Erforschung und Ausbeutung stellen die weiteren Phasen bei der Nutzung von Ressourcen dar. Dabei ist mit der Ausbeutung der Abbau der Ressourcen im großtechnischen Maßstab und unter Erforschung jede dazu hinführende Tätigkeit, so u. a. eine nähere und genauere Erkundung der Lagerstätten unter substantiellem Zugriff auf die Ressourcen und die Erschließung der Lagerstätten, gemeint. Auf diese beiden Tätigkeiten beziehen sich praktisch alle der nachfolgenden Regelungen der Anlage III. Im Unterschied zur Prospektion wird von den Interessenten keinesfalls nur eine Rechtsunterwerfung verlangt, sondern werden seine beantragten Tätigkeiten umfangreich geprüft und von zahlreichen Voraussetzungen abhängig gemacht. Im Gegenzug sind dafür die ihm gewährten Rechte ausschließlicher Natur (Artikel 16 im Gegensatz zu Artikel 2 Buchst. c)). Artikel 3 steht in verschiedener Hinsicht im Zusammenhang mit Artikel 153 SRÜ, auf den ausdrücklich Bezug genommen und der durch Artikel 3 konkretisiert wird.

Absatz 1 definiert in Anlehnung an Artikel 153 Abs. 2 SRÜ die zum Tiefseebodenbergbau Berechtigten. Absatz 2 bestimmt, welche der Beteiligten für welche Felder Arbeitspläne beantragen dürfen. Danach kann das Behördenunternehmen einen Antrag in bezug auf jeden Teil des Gebietes stellen, während die Anträge anderer Rechtsträger, soweit sie sich auf reservierte Felder beziehen, nur nach den einschränkenden besonderen Voraussetzungen des Artikel 9 und Ziffer 5 des Abschnitts 2 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils IV SRÜ zulässig sind. Absatz 3 stellt grundsätzlich eine Parallele zu Artikel 153 Abs. 3 des Übereinkommens dar, indem er zum Ausdruck bringt, daß die Tätigkeiten im Gebiet einen bestätigten förmlichen und schriftlichen Arbeitsplan voraussetzen. Absatz 4 regelt Anforderungen an einen bestätigten Arbeitsplan. Dazu gehören

- nach Buchstabe a) die Konformität mit dem SRÜ und dem Sekundärrecht der Behörde,
- nach Buchstabe b) die Sicherstellung der behördlichen Kontrolle in Übereinstimmung mit Artikel 153 Abs. 4

  und
- nach Buchstabe c) die Übertragung eines ausschließlichen Rechts an den Unternehmer, das nach bestimmten Kategorien von Ressourcen, der Belegenheit des Feldes und – sofern vorgesehen – nach der Art der Tätigkeiten – Erforschung oder Ausbeutung – differenziert und konkretisiert ist.

Dabei stellt Buchstabe c) eine Vermutung dergestalt auf, daß das übertragene ausschließliche Recht die Erforschung und Ausbeutung betreffe. Soweit aber der vom Antragsteller vorgelegte Arbeitsplan sich nur auf eine der beiden Stadien bezieht, beschränkt sich darauf auch der Umfang des Rechtes.

Nach Absatz 5 wird mit der Bestätigung der Behörde jeder Arbeitsplan als zwischen der Behörde und dem Antragsteller oder den Antragstellern geschlossener Vertrag angesehen. Das Gleiche gilt gemäß Ziffer 4 des Abschnitts 2 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ für einen Arbeitsplan des Behördenunternehmens. Diese Einkleidung der Rechtsverhältnisse in die Form des Vertrages ist bei internationalen Investitionsvorhaben, bei denen sich die Einräumung von Verwertungsrechten mit administrativen Auflagen und Entscheidungsvorgängen mischen, durchaus üblich.

Artikel 4 (Vom Antragsteller zu erfüllende Voraussetzungen)

Artikel 4 beschreibt im Zusammenhang mit Artikel 153 Abs. 2 Buchst. b) SRÜ die subjektiven Voraussetzungen für den Zugang zum Tiefseebodenbergbau. Diese Voraussetzungen unterscheiden sich danach, ob es sich um das Behördenunternehmen selbst, private Interessenten oder Staaten handelt. Das Behördenunternehmen ist von den in Artikel 4 vorgesehenen Voraussetzungen ausgenommen (Absatz 1 Satz 1). Für private Antragsteller und Staaten als Antragsteller gelten hingegen die in Artikel 4 im weiteren bestimmten Voraussetzungen. Sie lassen sich in drei Kategorien unterteilen:

- Erstens geht es um die Sicherstellung einer Befürwortung, d. h. einer Art staatlichen Bürgschaft für die privaten Investoren gemäß Artikel 153 Abs. 2 Buchst. b) SRÜ (Abs. 3),
- zweitens geht es um die Einhaltung der vorgesehenen Verfahren und
- drittens um die Erfüllung von Eignungsanforderungen, die in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde festgelegt sind (Absatz 2 und Absatz 6).

In Absatz 2 werden letztere zunächst dahingehend konkretisiert, daß unter solchen Eignungsanforderungen die finanzielle und technische Leistungsfähigkeit des Antragstellers und seine Leistungen aus früheren Verträgen mit der Behörde zu verstehen sind. Damit handelt es sich um Kriterien, die nach den nationalen Offshore-Gesetzen verschiedenster Länder weithin üblich sind und dem Zweck

dienen sicherzustellen, daß der Antragsteller den finanziellen, logistischen und technischen sowie organisatorischen Anforderungen eines solchen Bergbauprojekts gewachsen ist, um dessen zügigen und störungsfreien Verlauf zu gewährleisten.

Absatz 3 bestimmt die Formen, in denen ein privater Antragsteller sich der gewährleistenden Befürwortung seines Heimatstaates versichern muß. Dies geschieht mittels einer staatlichen Befürwortung, die im englischen Originaltext als „sponsoring" klarer definiert ist. Nach Abs. 3 muß der Staat, dessen Angehöriger Antragsteller ist, diese Befürwortung abgeben. Im Fall einer Partnerschaft oder eines Konsortiums gilt dies für alle Vertragsstaaten, denen die Beteiligten angehören. Schließlich müssen auch solche Staaten eine Befürwortung abgeben, deren Angehörige einen bestimmten Antragsteller oder ein Unternehmen effektiv kontrollieren, wenn dies auch formell einem anderen Vertragsstaat zugehört. Diese Regelung entspricht dem Grundsatz, daß das internationale Unternehmens- und Konzernrecht neben den formalen Anknüpfungspunkten über die sog. Gründungs- und Sitzstaaten gegebenenfalls auch auf die rein faktische gesellschaftsrechtliche Beherrschung abstellt. Im übrigen verweist Absatz 3 hinsichtlich der Einzelheiten auf von der Behörde zu erlassende Regeln, Vorschriften und Verfahren.

Während Absatz 3 die Frage behandelt, welche Staaten eine Befürwortung abgeben müssen, gibt Absatz 4 über die rechtliche Bedeutung einer solchen Befürwortung Auskunft. Ausgangspunkt ist dabei Artikel 139 SRÜ, der den Staaten die Verantwortung für die Einhaltung des Tiefseebodenregimes und seiner Regelungen sowie die Haftung für Schäden zuweist. Diese staatliche Verantwortlichkeit konkretisiert Absatz 4 zunächst in der Weise, daß die Staaten verpflichtet werden, im Rahmen ihrer Rechtssysteme dafür zu sorgen, daß ein von ihnen befürworteter Vertragsnehmer die Bedingungen seines Vertrages sowie die aus dem Übereinkommen folgenden Verpflichtungen einhält. Darin liegt in Konkretisierung der Verantwortlichkeit der Staaten nach Artikel 139 SRÜ nicht nur ein staatlicher Regelungsauftrag, sondern, wie sich mit dem Begriff des „Sorge-Tragens" andeutet, auch eine Verpflichtung, die so geschaffenen Regelungen effektiv durchzusetzen. Die Staaten trifft insofern also eine Regelungs- und Durchsetzungsverantwortlichkeit.

Absatz 4 konkretisiert in seinem zweiten Satz aber auch die in Artikel 139 SRÜ unter Absatz 2 vorgesehene Haftung der Staaten. Danach ist der jeweilige Staat, sofern er dem Regelungs- und Durchsetzungsauftrag des Absatz 4 Satz 1 genügend nachgekommen ist, von einer Haftung für Schäden freigestellt, die dadurch entstehen, daß die von ihm befürworteten Vertragnehmer ihre Verpflichtungen nicht erfüllen.

Zusammengenommen bewirken diese Regelungen des Artikel 4 der Anlage III i.V.m. Artikel 153 Abs. 2 Buchst. b) und Artikel 139 SRÜ eine Verstärkung und Konkretisierung der einzelstaatlichen Zuordnung, die bereits in Form des Staatsangehörigkeits- und des Flaggenstaatsprinzips angelegt, im Hinblick auf den Tiefseebodenbergbau aber konkretisiert und weitergeführt werden soll. Es kommt darin das Bestreben zum Ausdruck, im Hinblick auf den Tiefseebodenbergbau eine umfassende Zurechnung der Tätigkeit von Privaten an die jeweiligen Staaten sicherzustellen und Zurechnungslücken, die sich aufgrund besonderer konzernrechtlicher Gestaltungen oder aufgrund besonderer Aktivitäten ergeben könnten, bei denen im Ausnahmefall das Flaggenstaats- oder Staatsangehörigkeitsprinzip nicht greift, zu verhindern.

Absatz 5 nimmt die Staaten von diesen Regelungen insoweit aus, als sie selbst als Antragsteller auftreten. Dieser Ausschluß bleibt unklar, weil nur ausgesagt wird, daß die Eigenschaft als Staat bei dem Verfahren zur Feststellung der Voraussetzungen berücksichtigt werden soll. Sucht man eine konkretisierende Auslegung, so ist davon auszugehen, daß die Regelungen über die staatliche Befürwortung auf die Staaten selbst keine Anwendung beanspruchen können, weil diese ohnehin als Mitglieder des SRÜ an dessen Regelungen gebunden sind. Fraglich ist aber, ob die Vorschriften über die Eignung in sachlicher Hinsicht nach Abs. 2 auf Staaten anwendbar sind. Diese Voraussetzungen, die sich auf die finanzielle und technische Leistungsfähigkeit und die Leistung in früheren Verträgen beziehen, stellen, wie dargestellt, eine wichtige Voraussetzung für die Gewä hrleistung effektiver und störungsfreier Bergbauaktivitäten dar. Auch bei Staaten wird man nicht in jedem Fall von vornherein annehmen können, daß sie diese Anforderungen erfüllen. Ob dennoch diese Kriterien überprüft werden können, hängt davon ab, wie in diesem Bereich der Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten Berücksichtigung finden muß, der möglicherweise eine solche Prüfung und Unterscheidung verbietet, weil es sich insoweit um innere Angelegenheiten handeln könnte. Es ist jedoch zu beachten, daß die wirtschaftliche Tätigkeit von Staaten immer mehr aus dem Schutzbereich der souveränen Immunität herausgehoben und einer Prüfung und rechtlichen Regelung in internationaler Hinsicht geöffnet wird. Ob hier trotzdem eine Prüfung zulässig ist, muß fraglich erscheinen.

Absatz 6 enthält eine Unterwerfungsklausel, derzufolge sich der Antragsteller verpflichten muß, bestimmte Regelungen einzuhalten. Es handelt sich hier um eine Parallelvorschrift zu der oben bereits angeführten Vorschrift des Artikel 2 Abs. 1 Buchst. b). Im Hinblick auf den Kreis der Antragsteller, für den dieses Unterwerfungserfordernis gilt, spricht Abs. 6 von jedem Antragsteller ohne Ausnahme und bezieht damit neben den privatwirtschaftlichen Unternehmen und Konsortien auch die Staaten ein, die selbst im Tiefseebodenbergbau tätig werden wollen. In Buchstabe a)–d) ist vom Gegenstand her bestimmt, was Inhalt der Unterwerfung sein soll.

Nach Buchstabe a) muß der Antragsteller die ihm aus Teil XI erwachsenen anwendbaren Verpflichtungen einschließlich der Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde sowie zusätzlich die Beschlüsse der Organe der Behörde und darüber hinaus die Bedingungen des mit der Behörde abgeschlossenen Vertrages als durchsetzbar anerkennen und sich zur Einhaltung verpflichten:

- Nach Buchstabe b) muß er sich verpflichten, die Kontrolle der Tätigkeit im Gebiet durch die Behörde anzuerkennen,
- und nach Buchstabe c) der Behörde die schriftliche Zusicherung geben, daß er seine Verpflichtungen aus dem Vertrag nach Treu und Glauben erfüllen wird, sowie schließlich
- sich nach Buchstabe d) verpflichten, die Bestimmungen des Artikels 5 der Anlage III über die Weitergabe von Technologien einzuhalten.

Diese Unterwerfungsklausel geht also nach Gegenstand und Verpflichtungsgrad über diejenige für die Prospektion nach Artikel 2 Abs. 1 Buchst. b) hinaus, indem sie einerseits alle Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde, zusätzlich die Beschlüsse der Organe und daneben die Vertragsbedingungen einbezieht. Sie geht aber auch vom Verpflichtungsgrad her weiter, indem sie nach Buchst. a) die Anerkennung der Durchsetzbarkeit und nach Buchst. c) das Prinzip von Treu und Glauben einbezieht. Darin drückt sich die Problematik aus, daß über die Erstreckung jeweils nationaler Rechtsordnungen über das Flaggenstaats- und Staatsangehörigkeitsprinzip hinaus die Hohe See und der Tiefseeboden keiner einheitlichen Rechtsordnung unterliegen und keiner durchsetzenden Gerichtsbarkeit unterstehen. Es bestand daher das Bestreben, über die Unterwerfung unter konkrete vertragliche Verpflichtungen hinaus auch allgemeine vertragsrechtliche Auslegungsgrundsätze und unter ihnen als grundlegendstes Prinzip auch das vielen Rechtsordnungen geläufige Prinzip des Treu und Glauben über die Unterwerfung verbindlich zu machen.

Artikel 5 (Weitergabe von Technologie)

Dieser Artikel verpflichtet die Tiefseebodenbergbauunternehmen, die von ihnen benutzte Technologie auf Anforderung der Meeresbodenbehörde auf das Behördenunternehmen oder Entwicklungsländer zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen zu übertragen, sofern diese Technologie nicht auf dem Markt erhältlich ist. Gehört die Technologie einem Dritten, muß das Tiefseebodenbergbauunternehmen von ihm eine entsprechende Verpflichtungserklärung beibringen. Streitigkeiten über die Angemessenheit der Bedingungen können in einem bindenden Handelsschiedsverfahren geklärt werden. Übernimmt ein Tiefseebodenbergbauunternehmen die entsprechende Verpflichtung nicht, darf es die entsprechende Technologie nicht einsetzen. Verstößt es gegen die Verpflichtung, können ihm Geldstrafen auferlegt oder der Vertrag ausgesetzt oder aufgehoben werden.

Diese Vorschrift ist ein Eingriff in die Gestaltungsfreiheit der Tiefseebodenbergbauunternehmen. Bei Verhandlungen über die Bedingungen des Technologietransfers sind sie von vornherein in einer nachteiligen Verhandlungsposition. Zwangseingriffe in die Rechte von Technologiebesitzern widersprechen unseren wirtschaftlichen Interessen angesichts unserer Abhängigkeit vom Export technologisch hochwertiger Güter. Deshalb bestanden gegen diesen Artikel schwerwiegende Bedenken. Sie sind durch den Abschnitt 5 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ ausgeräumt worden. Dessen Ziffer 2 erklärt die Vorschriften dieses Artikels für nicht anwendbar und dessen Ziffer 1 legt fest, daß Fragen des Technologietransfers auf der Basis von Artikel 144 SRÜ behandelt werden, der nur allgemeine Grundsätze vorsieht. Das Behördenunternehmen und Entwicklungsländer sollen Technologie auf dem Markt erwerben. Wenn sie sie nicht lokalisieren können, soll die Behörde zusammen mit den Sponsorstaaten und den Vertragsnehmern mit ihnen zusammenarbeiten, um ihnen den Erwerb zu erleichtern.

Artikel 6 (Bestätigung der Arbeitspläne)

Artikel 6 regelt das Verfahren, in dem die Arbeitspläne zur Erforschung und Ausbeutung, wie sie in Artikel 3 der Anlage III näher geregelt sind und die letztlich auf der Vorschrift des Artikel 153 Abs. 3 SRÜ beruhen, von der Behörde bestätigt, d. h. genehmigt, werden.

Absatz 1 bestimmt zunächst, daß die Behörde mit den Prüfungen sechs Monate nach dem Inkrafttreten des SRÜ und danach jeweils alle vier Monate beginnt, und definiert damit einen administrativen Ablauf. Darin liegt die Gewährleistung, daß die Behörde zu einem bestimmten Zeitpunkt mit der Antragsprüfung und Bearbeitung beginnt. Über die Verfahrensdauer und den Zeitpunkt der abschliessenden Entscheidungen ist damit aber nichts besagt. Dafür ist u. a. die Reihenfolge der Bearbeitung maßgebend, die in Absatz 3 geregelt ist.

Absatz 2 verweist im wesentlichen auf die Voraussetzungen des Artikels 4 und legt in Buchstabe a) fest, daß die dort festgelegten Verfahren eingehalten und die Verpflichtungen nach Artikel 4 Abs. 6 übernommen worden sind. Ein Versäumnis dieser beiden Voraussetzungen kann binnen einer Frist von 45 Tagen nachgeholt werden. Nach Buchstabe b) ist außerdem zu prüfen, ob der Antragsteller im ganzen die Voraussetzungen des Artikel 4 erfüllt.

Absatz 3 schreibt zunächst fest, daß die vorgeschlagenen Arbeitspläne in der Reihenfolge ihres Eingangs geprüft werden. Zudem gibt der Absatz 3 Maßstäbe für die Bestätigung eines Arbeitsplans an. Ein Prüfungskriterium liegt darin, ob die Bestimmungen des SRÜ im ganzen als auch die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde insbesondere im Hinblick auf die betriebstechnischen Anforderungen, die finanziellen Beiträge und die Verpflichtungen über die Weitergabe von Technologie eingehalten sind. In Satz 3 des Absatzes 3 des Artikel 6 werden darüber hinaus umgekehrt Kriterien genannt, unter denen ein Arbeitsplan trotz der Einhaltung aller Bestimmungen nicht genehmigt werden kann.

Dazu gehört an erster Stelle die teilweise oder vollständige Zugehörigkeit des in Aussicht genommenen Feldes zu einem bereits bestätigten oder eingereichten und in der Prüfung befindlichen Arbeitsplan (Buchstabe a)).

Daneben sieht Buchstabe b) vor, daß die Bestätigung eines vorgeschlagenen Arbeitsplans verweigert werden kann, wenn er zum Teil oder insgesamt ein Feld betrifft, das die Behörde nach Artikel 162 Abs. 2 Buchst. x) SRÜ vom Tiefseebodenbergbau ausgeschlossen hat, weil mit sicherer Wahrscheinlichkeit das Risiko einer ernst zu nehmenden Beeinträchtigung der Meeresumwelt besteht.

Buchstabe c) sieht als weiteren Ablehnungsgrund für die Bestätigung von Arbeitsplänen vor, daß die Flächen, die vom jeweiligen Staat oder den von ihm befürworteten Unternehmen für den Tiefseebergbau in Anspruch genommen werden, bestimmte Obergrenzen überschreiten. Die Regelung bezieht sich auf die über Arbeitspläne zur Erforschung und Ausbeutung zugewiesenen nichtreservierten Felder. Diese Regelung soll eine zu starke Nutzung der Ressourcen des Tiefseebodens durch einzelne Staaten bzw. ihre Unternehmen verhindern. Die einzelnen Obergrenzen sind in i) und ii) von Buchstabe c) festgelegt.

Buchstabe c) i) dient der Vermeidung einer Zusammenballung von Interessen einzelner Staaten oder ihrer Unternehmen in einzelnen Bereichen des Gebiets. Dies soll mit folgenden Berechnungsverfahren erreicht werden: Um die Mitte des von dem Arbeitsplan in Aussicht genommenen Feldes wird eine kreisförmige Fläche mit einem Inhalt von 400 000 qkm gebildet. Innerhalb dieser Fläche darf unter Einbeziehung des beantragten Feldes die Summe der über Arbeitspläne dem Staat oder seinem Unternehmen mittelbar oder unmittelbar zugerechneten Flächen für den Tiefseebodenbergbau nicht mehr als 30 % der Gesamtflä-

che einnehmen. Dieses auf den ersten Blick einleuchtende Berechnungsverfahren wird dadurch verkompliziert, daß es jeweils auch auf nicht zusammenhängende Teile eines Feldes anzuwenden ist.

Buchstabe c) ii) sieht demgegenüber für die in Anspruch genommenen Felder eine Gesamtobergrenze von 2 % der nichtreservierten Teile abzüglich der wegen einer möglichen Umweltbeeinträchtigung gesperrten Flächen vor.

Absatz 4 konkretisiert die Regelung des Absatz 3 Buchstabe c) in zweifacher Hinsicht. Einerseits bestimmt er, daß bei Anträgen und Arbeitsplänen von Konsortien die auf die jeweiligen befürwortenden Vertragsstaaten entfallenden Anteile zu berücksichtigen sind. Wie in Artikel 4 Abs. 3 werden also auch hier bei Konsortien die verschiedenen dahinterstehenden Staaten differenziert berücksichtigt. Zweitens sieht der Absatz 4 die Möglichkeit vor, daß entgegen der Regelung des Absatz 3 Buchstabe c) Arbeitspläne doch bestätigt werden können, wenn die Behörde feststellt, daß diese Bestätigung nicht dazu führt, daß die Vertragsstaaten bzw. die von ihnen befürworteten Unternehmen im Hinblick auf den Tiefseebodenbergbau eine monopolisierende Stellung einnehmen oder andere Vertragsstaaten von Tätigkeiten im Gebiet ausschließen.

Absatz 5 räumt der Behörde das Recht ein, nach Ablauf der in Art. 151 Abs. 3 SRÜ festgelegten Übergangszeit Regeln, Vorschriften und Verfahren festzulegen, wie im Einzelfall zu verfahren ist, wenn eine Auswahl zwischen mehreren Antragstellern für ein vorgeschlagenes Feld getroffen werden muß. In materieller Hinsicht schreibt er vor, daß diese Verfahren und Kriterien gewährleisten müssen, daß die Arbeitspläne auf gerechter und nichtdiskriminierender Grundlage bestätigt werden.

Artikel 7 (Auswahl zwischen Antragstellern auf Erteilung von Produktionsgenehmigungen)

Da die Vorschriften über die Produktionsbegrenzung beim Tiefseebodenbergbau (vgl. Artikel 151 Abs. 2–7 und 9 SRÜ) gemäß Ziffer 6 des Abschnitts 6 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ nicht angewendet werden sollen, ist die Grundlage für diesen Artikel entfallen. Er wird deshalb in der genannten Ziffer auch für nicht anwendbar erklärt.

Artikel 8 (Reservierung von Feldern)

Die Vorschrift konkretisiert grundlegend den Gedanken des Parallelsystems. Die Regelung wird ergänzt durch den Artikel 9, der den Zugang zur Nutzung der reservierten Felder betrifft.

Die Regelung des Artikels 8 bestimmt, wie allgemein bei der Vorlage von Arbeitsplänen zur Bestätigung (Artikel 3 und 6) die entsprechenden Felder geltend gemacht, bezeichnet und dokumentiert werden müssen. Zugleich wird in Artikel 8 das Verfahren der Ausweisung der sog. reservierten Felder geregelt.

Die im einzelnen in der Vorschrift enthaltenen Maßgaben für die Geltendmachung von Feldern gelten dabei nur für einen beschränkten Bewerberkreis, der sich aus einer Negativauswahl ergibt. Artikel 8 gilt nämlich nicht für das Behördenunternehmen und für die zum Tiefseebodenbergbau in den reservierten Feldern Berechtigten, wie sie in Artikel 9 Abs. 4 bestimmt sind. Daraus ergibt sich, daß die Regelung sich an folgende Bewerber richtet:

- Vertragsstaaten, die nicht Entwicklungsstaaten sind, sofern sie selbst und im eigenen Namen eine Berechtigung zum Tiefseebodenbergbau erstreben, und
- die entsprechenden Unternehmen und Konsortien, die von den soeben genannten Staaten befürwortet werden, es sei denn, daß sich an solchen Konsortien das Behördenunternehmen beteiligt hat (Artikel 9 Abs. 2).

Für diese Interessenten sieht Artikel 8 vor, daß sie bei den jeweiligen Antragstellungen ein Gesamtfeld benennen müssen, das nicht notwendig ein zusammenhängendes Feld zu sein braucht, wobei die Koordinaten anzugeben und alle gesammelten Daten vorzulegen sind. Zu diesen Daten gehören insbesondere diejenigen über die polymetallischen Knollen, wobei insoweit Einzelheiten der Kartierung, der Probenahme, der Häufigkeit der Knollen sowie die Metallgehalte anzugeben sind.

Die im Hinblick auf das Parallelsystem entscheidende Anforderung an das zu benennende Feld nach Artikel 8 ist jedoch, daß es so groß und seinem geschätzten kommerziellen Wert nach so beschaffen sein muß, daß zwei Abbauvorgänge möglich sind. Zudem muß der Antragsteller Koordinaten angeben, die das Feld in zwei Hälften von gleichem geschätzten kommerziellen Wert teilen.

Aufgrund dieser Angaben hat die Behörde innerhalb von 45 Tagen diejenige Hälfte auszuwählen, die sie als reserviertes Feld betrachten will. Die Frist verlängert sich um weitere 45 Tage, soweit die Behörde einen unabhängigen Sachverständigen hinzuzieht, um festzustellen, ob alle erforderlichen Daten vorgelegt worden sind.

Wird der Arbeitsplan für die andere, nicht von der Behörde bestimmte Hälfte bestätigt und daraufhin der Vertrag unterzeichnet, dann erhält die andere von der Behörde bestimmte Hälfte den Charakter eines reservierten Feldes.

Artikel 9 (Tätigkeit in reservierten Feldern)

Artikel 9 bestimmt im einzelnen, in welcher Rangfolge verschiedene Berechtigte Zugang zu Tätigkeiten im Bereich der reservierten Felder haben.

Nach Absatz 1 steht zunächst dem Behördenunternehmen die Entscheidung zu, ob es selbst in einem reservierten Feld tätig werden will. Das Behördenunternehmen kann sich diese Entscheidung grundsätzlich zeitlich unbeschränkt offenhalten. Lediglich in dem Fall, daß ein Vertragsstaat, der Entwicklungsstaat ist, oder ein von diesem befürwortetes Unternehmen der Behörde mitteilt, daß er/es Tätigkeiten in dem reservierten Feld durchzuführen wünscht, muß das Behördenunternehmen binnen angemessener Frist zu einer Entscheidung kommen. In diesem Fall kann das Behördenunternehmen beschließen, das entsprechende Feld in der Form eines Joint-Venture mit einem interessierten Staat oder privatwirtschaftlichen Unternehmen auszubeuten (siehe dazu Artikel 11).

Nach Absatz 2 kann das Behördenunternehmen zur Durchführung seiner Tätigkeiten in Übereinstimmung mit Anlage IV Artikel 12 Verträge schließen. Es kann darüber hinaus Joint-Ventures mit Rechtsträgern nach Artikel 153 Abs. 2 Buchst. b), d. h. staatlichen Unternehmen und natürlichen und juristischen Personen, die von ihrem entsprechenden Staat befürwortet werden, schließen. Bei der unternehmerischen Entscheidung über die Eingehung solcher gemeinschaftlicher Unternehmensformen soll das Behördenunternehmen Vertragsstaaten, die Entwick-

lungsstaaten sind, sowie deren Angehörigen Gelegenheit zu wirksamer Beteiligung geben.

Absatz 3 enthält eine Regelungskompetenz der Behörde für Regeln, Vorschriften und Verfahren sowie allgemeine Voraussetzungen und Bedingungen für das Eingehen und den Inhalt solcher Verträge und Gemeinschaftsunternehmen.

Absatz 4 schreibt vor, unter welchen Umständen Entwicklungsländer, die dem Übereinkommen angehören, bzw. die ihnen zurechenbaren Unternehmen, soweit sie von ihnen befürwortet werden, an den Tiefseebodenbergbauaktivitäten auf reservierten Feldern teilnehmen können. Danach haben diese, d. h. Staaten bzw. Unternehmen, entweder allein oder gemeinschaftlich zunächst der Behörde den Wunsch mitzuteilen, auf einem reservierten Feld Tätigkeiten durchführen zu wollen und zu diesem Zweck einen Arbeitsplan gemäß Artikel 6 der Anlage III vorzulegen. Dieser dann vorzulegende Arbeitsplan wird jedoch nur geprüft und erwogen, wenn das Unternehmen nach Abs. 1 beschließt, die Tätigkeiten in dem betreffenden Feld nicht selbst durchzuführen. Damit ist insgesamt ein Nachrang der Entwicklungsländer bei der Berücksichtigung im Hinblick auf Tätigkeiten auf reservierten Feldern festzustellen. Der Antragsteller muß das Risiko eingehen, daß seine Vorarbeiten durch einen Beschluß des Behördenunternehmens völlig entwertet werden.

Ziffer 5 des Abschnitts 2 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ schreibt zusätzlich vor, daß ein Vertragsnehmer Vorrang für den Abschluß eines Joint Venture mit dem Behördenunternehmen hat, wenn dieses in einem reservierten Feld tätig werden will, das der Vertragsnehmer eingebracht hat. Nimmt es innerhalb von 15 Jahren keine Tätigkeit in diesem Feld auf, dann kann der Vertragsnehmer einen Arbeitsplan dafür beantragen, vorausgesetzt er bietet dem Behördenunternehmen an, es als Joint Venture-Partner zu beteiligen.

Artikel 10 (Bevorzugung und Vorrang von Antragstellern)

Artikel 10 regelt im Anschluß an Artikel 3 und 6 die Frage einer Konkurrenz zwischen zwei Anträgen über die Ausbeutung desselben Feldes und derselben Ressourcen. In diesem Fall erhält derjenige einen Vorrang, der bereits einen bestätigten Arbeitsplan über die Erforschung dieses Feldes hatte. Der Vorrang kann jedoch entzogen werden, wenn der Vertragsnehmer die Erforschung nicht zufriedenstellend ausgeführt hat. Diese Vorschrift ist so weit gefaßt, daß die Sanktion und die unbefriedigende Ausführung der Erforschung in einem krassen Mißverhältnis stehen können. Ziffer 12 des Abschnitts 1 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ legt deshalb fest, daß der Vertragsnehmer zuvor von der Behörde schriftlich aufgefordert sein mußte, seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag nachzukommen.

Artikel 11 (Gemeinschaftliche Vereinbarungen)

Nach Absatz 1 können Vertragsnehmer und das Behördenunternehmen Vereinbarungen über gemeinschaftliche Unternehmungen, Produktionsteilungen sowie andere Gemeinschaftsformen treffen. Als Beteiligte werden einerseits die Vertragsnehmer genannt. Als solche sind nur die anzusehen, die Arbeitspläne eingereicht und diese bestätigt bekommen haben, so daß Artikel 3 Abs. 5 der Anlage III greift, der durch diese Bestätigung einen Vertrag mit der Behörde als zustande gekommen ansieht. Danach wären also mögliche Beteiligte eines gemeinschaftlichen Unternehmens im Sinne des Artikel 11 nur solche „Vertragsnehmer", die bereits im Besitz eines bestätigten Arbeitsplans sind. Ob darüber hinaus auch nur am Tiefseebodenbergbau Interessierte für eine Zusammenarbeit in Frage kommen, die noch nicht für sich selbst über einen entsprechenden genehmigten Arbeitsplan verfügen, ist hier offen geblieben. Auf der anderen Seite einer möglichen Zusammenarbeit steht, wie es in Artikel 11 ausdrücklich heißt, die durch das Behördenunternehmen handelnde Behörde und damit gleichsam der unternehmerische Zweig des im Regime internationalisierter öffentlicher Verwaltung betriebenen Tiefseebodenbergbaus. Was die Formen der Zusammenarbeit anbelangt, so nennt Absatz 1 des Artikel 11

- gemeinschaftliche Unternehmen,
- Produktionsteilung sowie
- andere Formen gemeinschaftlicher Vereinbarungen

und schränkt damit die denkbare Vielfalt der Kooperationsformen kaum ein. Solche Vereinbarungen sind gegen Änderung, Suspendierung und Beendigung ebenso geschützt wie die Verträge mit der Behörde.

Absatz 2 bringt zum Ausdruck, daß die Vertragsnehmer, die mit dem Behördenunternehmen gemeinschaftliche Vereinbarungen schließen, einen finanziellen Anreiz nach Maßgabe des Artikel 13 der Anlage III erhalten können.

Absatz 3 legt jedoch fest, daß abgesehen von diesem besonderen finanziellen Anreiz für die beteiligten Vertragsnehmer im übrigen die Abgabeverpflichtungen des Artikel 13 gelten, wobei die Vertragspartner des Behördenunternehmens den ihrem Anteil an dem gemeinschaftlichen Unternehmen entsprechenden Anteil zu leisten haben.

Artikel 12 (Vom Unternehmen durchgeführte Tätigkeiten)

Nach Absatz 1 unterliegen die Tätigkeiten des Behördenunternehmens im Gebiet grundsätzlich dem Teil XI des Abkommens und den weiteren Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde sowie den diesbezüglichen Beschlüssen.

In weiterer Ausführung des Artikel 3 Abs. 1 der Anlage III, der das Erfordernis bestätigter Arbeitspläne für die Tätigkeiten im Gebiet statuiert, regelt Absatz 2 des Artikel 12, daß die vom Behördenunternehmen einzureichenden Arbeitspläne einen Nachweis über dessen finanzielle und technische Leistungsfähigkeit enthalten müssen.

Artikel 13 (Finanzielle Bestimmungen der Verträge)

Die Vorschrift regelt ausführlich, welche Abgaben an die Behörde im Zusammenhang mit der Erforschung und Ausbeutung der Tiefseebodenressourcen aufgrund der entsprechenden Verträge zu leisten sind. Artikel 13 enthält dazu in Absatz 1 eine Reihe von Grundsatzbestimmungen, in Absatz 14 einen Regelungsvorbehalt der Behörde im Hinblick auf besondere Anreize für Vertragsnehmer sowie in Absatz 15 eine gesonderte Streitschlichtungsklausel. In dem damit vorgegebenen Rahmen sind Verwaltungskosten (Absatz 2), eine feste Jahresgebühr (Absatz 3) und nach Wahl des Vertragsnehmers daneben entweder eine reine Produktionsabgabe (Absätze 4 und 5), die im angloamerikanischen Sprachgebrauch auch als „royalty" bezeichnet wird, oder eine Kombination von Produktions- und Ertragsabgaben (Absatz 6) vorgesehen. Die Absätze

8 und 9 enthalten Definitionen bestimmter Berechnungsgrößen, Absätze 10 und 11 Regelungen über die Rechnungs- und Buchprüfung. Absatz 12 betrifft die Währung, in der die Zahlung geleistet werden soll, und Absatz 13 die Anpassung der Beträge auf der Basis konstanter Größen eines Vergleichsjahres.

Absatz 1 stellt Leitsätze auf, an denen sich die Behörde bei ihrer Regelungstätigkeit im Hinblick auf die finanziellen Bestimmungen in den Verträgen als auch bei der Aushandlung solcher Bestimmungen in jedem einzelnen Fall orientieren soll. Dazu gehört

- nach Buchstabe a) die Sicherstellung eines möglichst hohen Einkommens aus den Erträgen der kommerziellen Produktion,
- nach Buchstabe b) die Schaffung von Bedingungen, die Investitionen und den Einsatz von Technologien zur Erforschung und Ausbeutung des Gebietes anziehen,
- nach Buchstabe c) die gleiche finanzielle Behandlung und vergleichbare finanzielle Bedingungen für die Vertragsnehmer,
- nach Buchstabe d) das Schaffen von Anreizen auf einheitlicher und nichtdiskriminierender Grundlage für die Vertragsnehmer,
  - um mit dem Behördenunternehmen und den Entwicklungsstaaten oder deren Angehörigen gemeinschaftliche Vereinbarungen zu treffen,
  - die Weitergabe von Technologie an die Genannten anzuregen und
  - das Personal der Behörde und der Entwicklungsstaaten auszubilden,
- nach Buchstabe e) dem Behördenunternehmen zu ermöglichen, zur gleichen Zeit wie die anderen potentiellen Beteiligten am Tiefseebodenbergbau diesen zu betreiben und
- nach Buchstabe f) die Sorge dafür, daß den Vertragsnehmern infolge der nach Absatz 14 gewährten finanziellen Anreize die betroffenden Unternehmen nicht in einer Weise subventioniert werden, daß sie gegenüber den auf dem Land Bergbau betreibenden Unternehmern einen künstlichen Wettbewerbsvorteil erhalten.

Absatz 2 regelt die Deckung der Verwaltungskosten, die bei der Bearbeitung eines Antrages auf Bestätigung eines Arbeitsplanes entstehen. Sie werden auf eine Höhe von 500 000 US-$ je Antrag festgesetzt, wobei der Rat von Zeit zu Zeit die Höhe der Gebühr im Hinblick auf die Kostendeckung überprüfen soll. Nach Satz 3 des Absatzes muß die Behörde dem Antragsteller die Differenz erstatten, wenn die Bearbeitung seines Antrages einen geringeren als den festgesetzten Betrag verursacht. Ziffer 3 des Abschnitts 8 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ legt ergänzend fest, daß die Gebühr nur 250 000 US-$ betragen soll, wenn der Antrag auf eine Phase, d. h. entweder Erforschung oder Ausbeutung, begrenzt ist.

Industrieländer und sonstige am Tiefseebodenbergbau interessierte Staaten haben die in den Absätzen 3–9 vorgesehenen Abgaben der Tiefseebodenbergbauunternehmen an die Behörde als zu hoch und einen zu hohen Verwaltungsaufwand erfordernd angesehen. In Ziffer 2 des Abschnitts 8 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ konnte durchgesetzt werden, daß die Vorschriften dieser Absätze nicht angewandt werden sollen. Stattdessen soll die Behörde neue Vorschriften auf der Basis der in Ziffer 1 des Abschnitts 8 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ enthaltenen Prinzipien ausarbeiten und erlassen, wenn die wirtschaftliche Gewinnung der Ressourcen des Tiefseebodens bevorsteht. Die Höhe der Abgaben soll sich innerhalb des Rahmens der Abgabeverpflichtungen von Landproduzenten bewegen und den Tiefseebodenbergbauunternehmen weder Wettbewerbsvorteile gegenüber Landproduzenten gewähren noch ihnen Wettbewerbsnachteile auferlegen. Das Abgabensystem soll keinen großen Verwaltungsaufwand erfordern. Die feste Jahresgebühr soll erst von der Aufnahme der wirtschaftlichen Gewinnung angezahlt werden; sie soll aber mit anderen Abgaben verrechenbar sein. Ihre Höhe soll vom Rat später festgelegt werden.

Absatz 10, der die Überprüfung der Berechnung der Abgaben durch einen Wirtschaftsprüfer festlegt, ist in Ziffer 2 des o. a. Abschnitts auch für nicht anwendbar erklärt worden, da offen ist, ob das neue Abgabensystem eine solche Kontrolle erfordert. Ziffer 1.(a) des o. a. Abschnitts legt jedoch fest, daß das neue System auch angemessene Überprüfungsmöglichkeiten vorsehen soll.

Nach Absatz 11 sollen alle in Artikel 13 genannten Kosten, Ausgaben, Erträge und Einnahmen sowie Preise und Werte in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen sowie den entsprechenden Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde festgesetzt werden.

Absatz 12 betrifft die Frage, in welcher Form die Zahlungen an die Behörde geleistet werden sollen. Sie sind grundsätzlich in frei verwendbaren Währungen oder solchen Währungen zu leisten, die an den bedeutenden Devisenmärkten frei verfügbar und tatsächlich verwendbar sind. Daneben besteht nach Wahl des Vertragsnehmers die Möglichkeit, sie im Gegenwert der gewonnenen Metalle zum Marktwert zu leisten. Der Marktwert wird dann nach Absatz 5 Buchstabe b) festgesetzt. Die oben bestimmten Währungen werden in den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde in Übereinstimmung mit der vorherrschenden internationalen Währungspraxis bestimmt.

Absatz 13 enthält eine Regelung über die Anpassung der einzelnen Beträge an die Geldentwertung. Danach sind alle finanziellen Verpflichtungen des Vertragsnehmers sowie die genannten Abgaben, Kosten, Ausgaben, Erträge und Einnahmen so anzupassen, daß sie als konstante Größen in bezug auf ein Vergleichsjahr ausgedrückt werden.

Absatz 14 bezieht sich auf die in Absatz 1 des Artikel 13 unter den Grundsätzen genannten Ziele, Anreize für Vertragsnehmer vorzusehen, und räumt der Behörde insoweit einen Regelungsvorbehalt ein, wobei Empfehlungen der Kommission für wirtschaftliche Planung und der Rechts- und Fachkommission Berücksichtigung finden müssen.

Die Regelung von Streitigkeiten ist nach Absatz 15 in der Weise geregelt, daß jede Partei die Streitigkeit einem bindenden Handelsschiedsverfahren unterwerfen kann, sofern nicht beide Parteien vereinbaren, die Streitigkeit durch andere Verfahren in Übereinstimmung mit Artikel 188 Abs. 2 des Übereinkommens beizulegen.

Artikel 14 (Weitergabe von Daten)

Artikel 14 betrifft die Weitergabe und den Schutz von Daten (siehe auch Artikel 181 Abs. 2, 3 SRÜ). Nach Abs. 1 muß danach der Unternehmer entsprechend den Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde und den Bedingungen des Arbeitsplans der Behörde zu den von ihr festgesetzten zeitlichen Abständen alle Daten übermitteln, die zur wirksamen Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Behörde im Hinblick auf das vom Arbeitsplan erfaßte Feld notwendig und maßgeblich sind.

Absatz 2 regelt darauf aufbauend eine nach verschiedenen Zwecken differenzierte Verwendungsbeschränkung. Danach dürfen die in bezug auf das vom Arbeitsplan erfaßte Feld übermittelten Daten, die als rechtlich geschützt gelten, nur zu dem soeben genannten Zweck verwendet werden. Kriterien dafür, wann Daten als rechtlich geschützt gelten, enthält Artikel 14 allerdings nicht. Er sieht im zweiten Satz des Absatz 2 eher eine Fiktion des Gegenteils vor, indem die Daten, die von der Behörde zur Abfassung der Regeln, Vorschriften und Verfahren zum Schutz der Meeresumwelt und zur Sicherheit benötigt werden, als nicht rechtlich geschützt gelten. Davon sind lediglich Daten über die Konstruktion von Geräten ausgenommen.

Ist damit die innerbehördliche Verwendung der Daten geregelt, so betrifft Absatz 3 die Frage der Weitergabe der Daten nach außen. Soweit diese der Behörde von Prospektoren, Antragstellern oder Vertragsnehmern übermittelten Daten als rechtlich geschützt gelten, dürfen solche Daten von der Behörde weder dem Behördenunternehmen noch sonst jemandem außerhalb der Behörde preisgegeben werden. Von dieser Grundsatzregelung sind lediglich Daten über reservierte Felder ausgenommen, die dem Behördenunternehmen weitergereicht werden dürfen. Der zweite Satz des Absatz 3 betrifft den ähnlich gelagerten, aber zu unterscheidenden Fall, daß von Prospektoren, Antragstellern oder Vertragsnehmern Daten dem Behördenunternehmen übermittelt werden, und bestimmt dafür, daß diese Daten vom Behördenunternehmen weder der Behörde noch sonst jemand außerhalb der Behörde preisgegeben werden dürfen.

Artikel 15 (Ausbildungsprogramme)

Artikel 15 ist als Parallelnorm zu Artikel 144 Abs. 2 SRÜ zu verstehen. Er bestimmt, daß der Vertragsnehmer praktische Ausbildungsprogramme für das Personal der Behörde oder der Entwicklungsstaaten aufstellen soll, die die Beteiligung dieses Personals an allen Tätigkeiten im Gebiet umfassen sollen.

Artikel 16 (Ausschließliches Recht zur Erforschung und Ausbeutung)

Artikel 16 schreibt im Anschluß an Artikel 3 Abs. 4 Buchst. c) der Anlage III und Artikel 153 Abs. 6 SRÜ wiederholend fest, daß die Behörde dem Unternehmer ein auf ein bestimmtes Feld, eine bestimmte Kategorie von Ressourcen und die Tätigkeit des Erforschens und/oder des Ausbeutens bezogenes ausschließliches Recht gewährt. Darüber hinaus bestimmt Artikel 16, daß die Behörde die Aufgabe hat, die Ausübung des ausschließlichen Rechts vor Beeinträchtigungen durch die Tätigkeit anderer zu schützen, die in demselben Feld im Hinblick auf andere Ressourcen tätig werden. Abschließend stellt der zweite Satz des Artikel 16 klar, daß die Rechte des Unternehmers in Übereinstimmung mit Artikel 153 Abs. 6 SRÜ gewährleistet werden.

Artikel 17 (Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde)

Artikel 17 regelt im einzelnen das Verfahren der Rechtsetzung und Rechtsanwendung durch die Behörde.

Absatz 1 bestimmt, daß die Behörde zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben unter Achtung der Kompetenzen der Versammlung und des Rates nach Artikel 160 Abs. 2 Buchst. f) Ziffer i) bzw. Artikel 162 Abs. 2 Buchst. o) Ziffer ii) SRÜ Regeln, Vorschriften und Verfahren erlassen und einheitlich anwenden soll. Sie ist dabei an einen in dem Abs. 1 ausgeführten, allerdings nicht abschließenden Gegenstandskatalog gebunden.

Während damit Absatz 1 Kompetenzen, Verfahren und Gegenstände der Regelungs- und Verwaltungstätigkeit der Behörde konkretisiert, setzt Absatz 2 inhaltliche Leitlinien für die Regelungstätigkeit, indem an dieser Stelle einige sachliche Regelungsgehalte vorgegeben werden, die mit der Tiefseebodenregelung insgesamt zu tun haben.

Dazu gehört an erster Stelle die in Buchstabe a) näher geregelte Größe der Felder. Diese Regelung verpflichtet die Behörde, die Größe der Felder exakt auf die Zielvorgaben abzustimmen. Diese Zielvorgaben ergeben sich nach der Regelung des Buchstabe a) insbesondere aus der Bestimmung des Artikel 8. Danach orientiert sich der Zuschnitt der Felder insgesamt daran, daß im Sinne des Artikel 8 zwei für sich allein jeweils kommerziell rentabel ausbeutbare Felder benannt werden müssen. Aus dieser Zielvorgabe muß die Bestimmung der Größe der Felder entwickelt werden, wobei der Stand der dann für den Tiefseebodenbergbau verfügbaren Technologie und die jeweiligen physischen Eigenschaften der Felder berücksichtigt werden müssen. Schließlich soll dabei berücksichtigt werden, daß die Ausweisung von Feldern für die Erforschung im Sinne der Ermöglichung einer intensiven Erforschung größer bemessen und bis zur doppelten Größe der Felder für die Ausbeutung festgesetzt werden kann.

Buchstabe b) betrifft die Dauer der Arbeiten, wobei nach i) die Dauer der Prospektion unbefristet ist; nach ii) die Dauer der Erforschung so ausreichend bemessen werden soll, daß eine gründliche Untersuchung des bestimmten Feldes, die Planung und Herstellung von Abbauausrüstungen für das Feld sowie schließlich die Planung und Errichtung kleiner und mittlerer Verarbeitungsanlagen zur Erprobung von Abbau- und Verarbeitungssystemen möglich wird. Hierzu legt Ziffer 9 des Abschnitts 1 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ fest, daß die Genehmigung für die Erforschung eines Feldes 10 Jahre gelten soll und daß sie um jeweils 5 Jahre verlängert wird, wenn der Vertragsnehmer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die Arbeiten nicht abschließen konnte oder die wirtschaftlichen Verhältnisse einen Übergang in die Ausbeutungsphase nicht erlauben.

Nach iii) soll die Dauer der Ausbeutung grundsätzlich der wirtschaftlichen Lebensdauer des Abbauvorhabens entsprechen, wobei die Erschöpfung der Erzvorkommen, die Lebensdauer der Abbauausrüstungen und Verarbeitungseinrichtungen und die kommerzielle Durchführbarkeit Berücksichtigung finden sollen.

Danach soll die Dauer der Ausbeutung so bemessen sein, daß eine ausreichende kommerzielle Gewinnung der Mineralien ermöglicht wird, und dem Unternehmer für die Errichtung von Abbau- und Verarbeitungssystemen eine angemessene Vorlauffrist eingeräumt werden soll, während der eine kommerzielle Produktion nicht verlangt werden soll. Andererseits soll die Gesamtdauer der Ausbeutung kurz genug bemessen sein, um der Behörde Gelegenheit zu geben, im Wege einer Entscheidung über die Verlängerung des Arbeitsplans inzwischen erlassene neue Regeln, Vorschriften und Verfahren zu berücksichtigen.

Buchstabe c) betrifft die Leistungsanforderungen, die die Behörde an den Unternehmer stellen soll. Diese Leistungsanforderungen richten sich hauptsächlich auf das Erforschungs-, daneben aber auch auf das Produktionsstadium.

Im Hinblick auf das Erforschungsstadium soll die Behörde verlangen, daß der Unternehmer regelmäßige Ausgaben tätigt. Die Höhe der Ausgaben soll sich an der Größe des Feldes und dem Betrag orientieren, den ein „gutgläubiger" Unternehmer (im englischen Originaltext ein „bona fide operator") aufwenden würde, um innerhalb der gesetzten Fristen eine kommerzielle Produktion in Gang zu bringen. Mit dieser Regelung, die am Investitionsvolumen ansetzt, soll offenbar sichergestellt werden, daß eine den Ziel- und Zwecksetzungen des Tiefseebodenregimes entsprechende intensive Erforschungstätigkeit sichergestellt wird. Andererseits aber sollen die Ausgaben auch wiederum nicht zu hoch angesetzt werden, um Unternehmer nicht zu entmutigen, die eine Technologie einsetzen, die weniger kostspielig als die allgemein gebräuchliche Technologie ist. Es liegt auf der Hand, daß damit weniger finanzstarke und leistungsfähige Unternehmen, wohl in der Hauptsache aus den Entwicklungsländern, gefördert werden sollen. Allerdings sind die Regelungswirkungen dieser Bestimmung unklar. Naheliegend wäre, daß die Behörde bei der Festlegung der Leistungsanforderungen im Hinblick auf die Erforschung die Technologieausstattung des jeweiligen Unternehmens berücksichtigt und dementsprechend ein höheres oder geringeres Investitionsvolumen festschreibt.

Die zweite, in Buchstabe c) geregelte Form der Leistungsanforderungen betrifft die Festlegung des Beginns der kommerziellen Produktion bzw. die dem einzelnen Unternehmer eingeräumte Vorlauffrist vor Produktionsbeginn. Die Behörde muß dementsprechend einen maximalen Zeitabschnitt für die Aufnahme der kommerziellen Produktion festlegen, der nach dem Erforschungsstadium und nach den ersten Ausbeutungsarbeiten beginnt. Dabei soll berücksichtigt werden, daß die Errichtung von Abbau- und Verarbeitungssystemen größeren Umfangs erst nach Abschluß des Erforschungsstadiums und nach Beginn des Ausbeutungsstadiums eingeleitet werden kann. Dementsprechend soll die für die Errichtung notwendige Zeit nach Abschluß des Erforschungsstadiums und sollen mögliche unvermeidliche Verzögerungen im Bauablaufplan berücksichtigt werden.

Schließlich und als dritte Form der Leistungsanforderungen soll die Behörde vom Unternehmer in angemessenem Umfang und unter Berücksichtigung aller einschlägigen Faktoren verlangen, die kommerzielle Produktion während der gesamten Geltungsdauer des Arbeitsplans aufrechtzuerhalten. Diese Regelung kann zu unzumutbaren Härten führen, da sie es dem Vertragsnehmer u. U. verwehrt, die Gewinnung von Manganknollen den Erfordernissen des Marktes anzupassen. Die Regelung des Buchstabe e) bietet keinen ausreichenden Ausweg, da sie nur die vollständige Aufgabe der Rechte vorsieht, nicht aber eine zeitliche Unterbrechung der Gewinnung.

Ziffer 5 (f) des Abschnitts 1 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ legt zusätzlich fest, daß die Behörde bei der Annahme von Vorschriften im Rahmen der Buchstaben (b) und (c) die zeitliche Verschiebung des Tiefseebodenbergbaus und das voraussichtliche Tempo bei Tätigkeiten im Gebiet berücksichtigen soll.

Buchstabe d) betrifft die verschiedenen Kategorien von Ressourcen, die die Behörde selbständig festlegen kann und auf die sich die Arbeitspläne beziehen. Bei der Festlegung soll die Behörde die Ähnlichkeit im Hinblick auf die Abbaumethoden (i)) und die Möglichkeit einer gleichzeitigen und möglichst behinderungsfreien Erschließung der Ressourcen (ii)) berücksichtigen. Klarstellend und der Sache nach zu Artikel 6 gehörend wird in Buchstabe d) darauf hingewiesen, daß ein Antragsteller einen Arbeitsplan für mehrere Kategorien von Ressourcen bestätigt bekommen kann.

Nach Buchstabe e) ist der Unternehmer jederzeit berechtigt, auf seine Rechte an einem von einem Arbeitsplan erfaßten Feld ganz oder teilweise zu verzichten, ohne daß daran Sanktionen geknüpft werden dürfen. Diese Regelung ist eine angemessene Entsprechung zu den Leistungsanforderungen des Buchstabe c), weil sie dem Unternehmer nur die Wahl läßt, bei Feststellung der fehlenden Rentabilität oder aus sonstigen Gründen die Erforschung oder den Abbau aufzugeben, soweit er dabei gleichzeitig auf die ihm gewährten ausschließlichen Rechte verzichtet.

Buchstabe f) bezieht sich auf den Schutz der Meeresumwelt und schließt damit an Artikel 145 SRÜ an. Diese Regelungen sollen zum einen tätigkeitsbezogen

- die unmittelbare Tätigkeit im Gebiet, und
- die an Bord eines Schiffes über der Abbaustätte stattfindende Verarbeitung

betreffen. Nach dem zweiten Halbsatz des Buchstabe f) sollen dabei besonders die schädlichen Auswirkungen durch

- Bohr- und Dredscharbeiten,
- Kernbohrungen und
- Baggerarbeiten, sowie
- Beseitigung, Einbringen und Einleiten von Sedimenten, Abflüssen oder sonstigen Ausschlüssen

berücksichtigt werden.

Buchstabe g) enthält eine definierende Bestimmung zu dem Begriff der kommerziellen Produktion. Danach gilt eine kommerzielle Produktion als begonnen, wenn ununterbrochene Gewinnungsarbeiten größeren Umfangs durchgeführt werden und eine solche Menge gefördert wird, daß sich klar erkennen läßt, daß das Hauptziel eine Produktion größeren Umfangs ist und nicht in Abgrenzung dazu eine Produktion allein zu dem Zweck des Sammelns von Informationen, der Analyse oder Erprobung von Ausrüstungen oder Anlagen beabsichtigt ist.

Artikel 18 (Strafen)

Artikel 18 betrifft Sanktionen, die die Behörde gegenüber den Vertragsnehmern anordnen kann und die eine Suspendierung oder Aufhebung des Vertrages zum Gegenstand haben (Absatz 1). Eine solche Suspendierung oder Aufhebung ist nach Absatz 1 Buchstabe a) zulässig, wenn trotz einer Warnung durch die Behörde Tätigkeiten derart durchgeführt werden, daß sie zu schweren anhaltenden und vorsätzlichen Verstößen gegen grundlegende Vertragsbestimmungen, gegen die Bestimmungen des Teiles XI sowie die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde führen, oder nach Buchstabe c), wenn der Vertragsnehmer einer endgültigen, für ihn bindenden Entscheidung des Streitbeilegungsorgans nicht nachgekommen ist.

Nach Absatz 2 sind in weniger schwerwiegenden Fällen des Vertragsverstoßes seitens des Vertragsnehmers anstelle einer Suspendierung oder Aufhebung finanzielle Sanktionen möglich, die der Schwere des Verstoßes entsprechen.

Nach Absatz 3 ist dem Vertragsnehmer vor Verhängung von Geldstrafen bzw. der Anordnung der Suspendierung oder Aufhebung des Vertrages Gelegenheit zu geben, seine Rechtsmittel nach Abschnitt 5 des Teil XI des Übereinkommens auszuschöpfen, sofern nicht die Behörde auf der Grundlage des Artikel 162 Abs. 2 Buchst. w) SRÜ eine Eilanordnung („Anordnung für Notfälle") trifft.

Artikel 19 (Vertragsänderung)

Absatz 1 bestimmt, daß die Vertragsparteien Verhandlungen über eine Vertragsänderung aufnehmen, soweit eine oder beide Parteien zu der Auffassung gelangen, daß sich Umstände ergeben haben oder absehbar sind, die den Vertrag unbillig werden lassen oder dazu führen, daß es unpraktisch oder unmöglich wird, die Ziele nach dem Vertrag oder nach Teil XI des Übereinkommens zu erreichen.

Nach Absatz 2 können jedoch Verträge, die in Übereinstimmung mit Artikel 153 Abs. 3 SRÜ geschlossen sind, nur mit der Zustimmung der Parteien geändert werden. Bei Verträgen nach Artikel 153 Abs. 3 SRÜ handelt es sich um solche, die gemäß dem Satz 2 dieser Vorschrift durch Genehmigung des Arbeitsplans seitens der Behörde zwischen dieser und den zulässigen Interessenten nach Artikel 153 Abs. 2 Buchst. b) SRÜ zustande kommen, wobei es sich um alle möglichen Beteiligten mit Ausnahme des in Artikel 153 Abs. 2 Buchst. a) SRÜ genannten behördeneigenen Unternehmens handelt.

Artikel 20 (Übertragung von Rechten und Pflichten)

Ähnlich wie entsprechende nationale Offshore-Gesetze macht auch die Anlage III die Übertragung von Rechten aus einem Vertrag von einer Zustimmung – hier der Behörde – abhängig. Dabei sind die von ihr erlassenen Regeln, Vorschriften und Verfahren zu beachten. In seinem Satz 2 enthält Artikel 20 Kriterien über die Zustimmungsentscheidung. Dies sind:

- erstens, daß der Erwerber in jeder Hinsicht als Antragsteller geeignet ist, womit offenbar auf die Voraussetzungen des Artikels 4 Bezug genommen wird,
- zweitens, daß der Erwerber in alle Pflichten des Veräußerers eintritt, und
- drittens, daß mit der Übertragung nicht ein Zustand eintritt, der nach der Regelung des Artikel 6 Abs. 3 Buchst. c) wegen einer Überschreitung der dort vorgesehenen Obergrenzen für das direkte oder unmittelbare staatliche Engagement im Tiefseebodenbergbau unzulässig ist.

Liegen diese Voraussetzungen vor, so darf die Behörde ihre Zustimmung zur Übertragung nicht ohne ausreichenden Grund versagen.

Artikel 21 (Anwendbares Recht)

Im Bereich des Tiefseebodens und des ihm übergeordneten Raumes der Hohen See gelten das Völkerrecht und über das Staatsangehörigkeits- und das Flaggenstaatsprinzip jeweils und nur beschränkt die Rechtsordnung der einzelnen betroffenen Staaten. Artikel 21 hat daher die Aufgabe festzulegen, welches Recht für den Tiefseebodenbergbau gelten soll und wie es durchzusetzen ist.

Nach Absatz 1 gelten zunächst die in den einzelnen Verträgen vorgesehenen Bestimmungen, die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde, der Teil XI des Übereinkommens im ganzen sowie sämtliche Regeln des Völkerrechts, die mit dem Übereinkommen nicht unvereinbar sind.

Nach Absatz 2 wird die Durchsetzung des so beschriebenen anwendbaren Rechts in der Form geregelt, daß jede endgültige Entscheidung eines aufgrund des Übereinkommens zuständigen Gerichts oder Gerichtshofs im Hinblick auf Rechte und Pflichten der Behörde und der Vertragsnehmer im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaates vollstreckbar ist.

Mögliche Kollisionen mit nationalem Recht und der nationalen Regelungskompetenz regelt Absatz 3 in der Weise, daß ein Vertragsstaat einem Vertragsnehmer keine Bedingungen auferlegen darf, die mit dem Teil XI des Übereinkommens unvereinbar sind. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz enthält Satz 2, nach dem es nicht als unvereinbar mit Teil XI des Übereinkommens gilt, wenn ein einzelner Staat im Hinblick auf von ihm befürwortete Vertragsnehmer oder seine flaggeführenden Schiffe Umwelt- und andere Gesetze sowie Vorschriften anwendet, die strenger als die von der Behörde nach Artikel 17 Abs. 2 Buchst. f) erlassenen Regeln, Vorschriften und Verfahren sind.

Artikel 22 (Verantwortlichkeit)

Artikel 22 regelt die Haftung der Vertragsnehmer sowie der Behörden.

Der Vertragsnehmer ist danach für alle Schäden haftbar, die im Verlauf seiner Arbeit durch rechtswidrige Handlungen verursacht worden sind, während die Behörde für die Schäden aufkommen muß , die durch rechtswidrige Handlungen bei der Wahrnehmung ihrer Befugnisse und Aufgaben verursacht werden, wobei ausdrücklich auch Verstöße nach Artikel 168 Abs. 2 SRÜ – Geheimhaltung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen und Daten bzw. Informationen,an denen Rechte bestehen – einbezogen sind.

Bei der Frage des Umfangs der Haftung ist jeweils ein Mitverschulden der Behörde bzw. der Vertragsnehmer zu berücksichtigen. In jedem Fall soll der Schadensersatz dem tatsächlichen Schaden entsprechen. Mit diesem Begriff des tatsächlichen Schadens sind einerseits über den real entstandenen Schaden hinausgehende Beträge ausgeschlossen, die aus Strafzwecken verhängt werden. Andererseits ist damit eine Haftung ausgeschlossen, die rein fiktiv ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Umstände

den Geschädigten so stellen würde, wie er bei rechtmäßigem Vollzug aller Rechtspflichten des Ersatzpflichtigen stehen würde.

Anlage IV. Satzung des Unternehmens

In den Erläuterungen zu Artikel 170 SRÜ ist bereits dargelegt worden, daß gegen die Vorschriften über das Behördenunternehmen erhebliche Bedenken bestehen und daß der Abschnitt 2 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ eine Anpassung an die veränderten Verhältnisse vorsieht. Dazu gehören, daß

- die Aufgaben des Behördenunternehmens vom Sekretariat der Behörde wahrgenommen werden sollen, bis der Rat über das selbständige Funktionieren des Behördenunternehmens entscheidet,
- der Rat über die Unabhängigkeit des Behördenunternehmens zu entscheiden hat, wenn ein erster Antrag für eine Ausbeutungsgenehmigung vorgelegt und wenn das Behördenunternehmen in der Lage ist, sich auf wirtschaftlicher Basis an einem Joint Venture zu beteiligen,
- das Behördenunternehmen seine erste Tiefseebodenbergbauoperation im Rahmen eines Joint Venture ausführen soll,
- die in Artikel 11 Abs. 3 vorgesehene Verpflichtung der Staaten, eine Tiefseebodenbergbauoperation zu finanzieren nicht angewandt werden soll und
- die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet sind, irgendeine Tiefseebodenbergbauoperation des Behördenunternehmens oder seine Beteiligung an einem Joint Venture zu finanzieren.

Damit ist unseren finanzpolitischen Bedenken vollständig Rechnung getragen. Darüber hinaus haben wir erreicht, daß das Behördenunternehmen in seiner Aktionsfähigkeit so eingeschränkt ist, daß es unter wirtschaftspolitischen Aspekten hinnehmbar ist.

In Ziffer 6 des o. a. Abschnitts wird festgelegt, daß die Anlage IV in Übereinstimmung mit diesem Abschnitt interpretiert und angewendet werden soll. Die unmittelbare Wirkung ist, daß die Vorschriften über die Strukturen des Behördenunternehmens, den Verwaltungsrat und den Generaldirektor ihre Bedeutung verloren haben. Welche Strukturen später einmal zur Durchführung der Aufgaben des Behördenunternehmens erforderlich sind, kann zur Zeit nicht gesagt werden. Entsprechende Entscheidungen sind von der Behörde gemäß Ziffer 14 des Abschnitts 1 des Anhangs zum Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI SRÜ zu treffen, wenn Tiefseebodenbergbau wirtschaftlich möglich wird. Inwieweit dabei die übrigen Vorschriften der Anlage IV übernommen oder abgeändert werden, läßt sich gegenwärtig nicht übersehen. Deshalb erscheint es nicht angebracht, jetzt einzelne Artikel fachlich zu bewerten.

Anlage V. Vergleich

In Anlage V werden zwei Vergleichsverfahren geregelt: in Abschnitt 1 das fakultative Verfahren nach Artikel 284 und in Abschnitt 2 das obligatorische Verfahren nach Artikel 297 und 298. Das fakultative Verfahren setzt eine Vereinbarung der Streitparteien voraus, eine bestimmte Streitigkeit dem in Abschnitt 1 vorgesehenen Vergleichsverfahren zu unterwerfen. Handelt es sich um eine Streitigkeit, für die nach Artikel 297 oder 298 ein obligatorisches Vergleichsfahren vorgesehen ist, kann jede Streitpartei das Verfahren nach Abschnitt 2 einleiten, das auch bei Weigerung der anderen Streitpartei durchgeführt werden kann. Im übrigen sind die Bestimmungen der Anlage V auf beide Verfahren anwendbar.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen führt eine Liste der Schlichter. Jeder Vertragsstaat kann vier Schlichter ernennen. Eine Vergleichskommission besteht aus fünf Mitgliedern, wobei jede Streitpartei zwei Schlichter bestellt. Das fünfte Mitglied wird von den vier bestellten Schlichtern aus der genannten Liste ausgewählt.

Die Kommission bestimmt ihr Verfahren, prüft Ansprüche und Einwendungen und bemüht sich um eine gütliche Beilegung der Streitigkeit. Innerhalb von 12 Monaten nach Bildung der Kommission erstattet sie an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Bericht. Die darin enthaltenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen binden die Streitparteien nicht.

Das Vergleichsverfahren ist beendet, wenn (a) eine gütliche Beilegung erzielt wurde, (b) die Streitparteien die Empfehlungen angenommen haben, (c) eine Streitpartei die Empfehlungen abgelehnt hat oder wenn (d) eine Frist von drei Monaten nach Zustellung des Berichts an die Streitparteien verstrichen ist. Die Kosten tragen die Streitparteien; sie können im Einzelfall jede Bestimmung der Anlage V durch Übereinkunft modifizieren.

Anlage VI. Statut des Internationalen Seegerichtshofs

Anlage VI enthält das Statut des Internationalen Seegerichtshofs (ISGH). Nach dem Internationalen Gerichtshof (IGH) wird der ISGH das zweite internationale Gericht sein, das im Rahmen der Vereinten Nationen errichtet werden soll. Das Statut des ISGH ist hinsichtlich Gliederung und Thematik dem Statut des IGH nachgebildet. Die wesentlichen Unterschiede zwischen ISGH und IGH beziehen sich auf: Anzahl der Richter, Richterwahl, Quorum der Richter, Gerichtskosten, Zuständigkeit, Parteifähigkeit, anzuwendendes Recht. Weitere Unterschiede leiten sich aus Unterschieden im Rechtsstatus und im Verhältnis zu den Vereinten Nationen ab. Während der IGH ein Organ der Vereinten Nationen – das Hauptrechtsprechungsorgan – ist, wird der ISGH eigene Völkerrechtspersönlichkeit besitzen und sein Verhältnis zu den Vereinten Nationen wird in noch zu vereinbarenden Übereinkünften ("relationship agreements") geregelt werden.

Der ISGH wird nach Inkrafttreten des SRÜ errichtet. Nach Ziff. 10 der Resolution I erstellt die „Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und für den Internationalen Seegerichtshof" einen Bericht mit Empfehlungen über praktische Regelungen zu seiner Errichtung, der auf der ersten Sitzung der Vertragsstaaten vorgelegt werden soll. Am Ende der 11. Sitzung der Vorbereitungskommission (April 1993) wurde der Entwuf dieses Berichts in der Sonderkommission 4 verabschiedet.

Sitz des ISGH ist nach Anlage VI Artikel 1 Absatz 2 die „Freie und Hansestadt Hamburg in der Bundesrepublik Deutschland". Diese Entscheidung erfolgte durch Abstimmung der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen am 21. August 1981 und in der Erwartung, daß die Bundesrepublik Deutschland bei Inkrafttreten des SRÜ Ver-

tragsstaat sein soll und es danach bleibt (vgl. Einleitende Note zum offiziellen Entwurf des Seerechtsübereinkommens vom 28. August 1981 sowie Ziff. 38 der Schlußakte).

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch Beschluß der Bundesregierung vom 17. Dezember 1986 bereit erklärt, das Dienstgebäude für den ISGH auf Kosten des Bundes unter substantieller Beteiligung von Hamburg zu errichten und entsprechend der internationalen Praxis, wie sie sich bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten für Einrichtungen der Vereinten Nationen in Industriestaaten entwickelt hat, zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat für das Gebäude ein ihr gehörendes Parkgrundstück (28.369 qm) in Hamburg-Altona (Elbchaussee) bereitgestellt und 1988/90 einen internationalen Architektenwettbewerb durchgeführt. Die Haushaltsunterlage-Bau für das Gebäude des Internationalen Seegerichtshofs ist erstellt.

Artikel 1 (Allgemeine Bestimmungen)

In Artikel 1 werden Errichtung, Aufgaben und Sitz des ISGH bestimmt. Der Gerichtshof wird in Übereinstimmung mit dem SRÜ errichtet, sein Sitz ist in Hamburg, für die ihm unterbreiteten Streitigkeiten gelten Teil XI und XV.

Abschnitt 1. Organisation des Gerichtshofs

Abschnitt 1 behandelt die Organisation des ISGH. Zu seiner Errichtung und zur Wahrnehmung seiner Aufgaben sind weitere Rechtsinstrumente erforderlich: Verfahrensordnung für die Sitzung der Vertragsstaaten, Protokoll über Vorrechte und Immunitäten, Regeln des Gerichtshofs, Personal- und Finanzstatut (Vergütung der Richter, Gehälter der Bediensteten und sonstige Leistungen, Kosten des Gerichtshofs).

Artikel 2 (Zusammensetzung)

Der ISGH besteht aus 21 von den Vertragsstaaten gewählten Richtern. Sie müssen anerkannte fachliche Eignung auf dem Gebiet des Seerechts besitzen. Eine Vertretung der hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt und eine gerechte geographische Verteilung ist bei der Zusammensetzung der Richterbank zu gewährleisten.

Artikel 3 (Mitglieder)

Die Richter des ISGH werden als Mitglieder bezeichnet. Nicht mehr als ein Mitglied darf Angehöriger desselben Staates sein. Jede der fünf geographischen Gruppen (Afrika, Asien, Lateinamerika, Osteuropa, Westeuropa und andere) muß durch mindestens drei Richter vertreten sein.

Artikel 4 (Benennungen und Wahlen)

Jeder Vertragsstaat darf für die Richterwahl höchstens zwei Personen benennen. Zur ersten Richterwahl fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen und zu den nachfolgenden Wahlen der Kanzler des ISGH auf. Die Wahlen finden in geheimer Abstimmung statt.

Artikel 5 (Amtszeit)

Die Amtszeit der Richter beträgt neun Jahre. Bei der ersten Wahl werden sieben Richter für drei und weitere sieben Richter für sechs Jahre gewählt. Die Richter sind wiederwählbar. Bei Rücktritt wird der Sitz frei.

Artikel 6 (Freigewordene Sitze)

Freigewordene Sitze werden für die restliche Amtszeit neu besetzt. Binnen einem Monat werden die Vertragsstaaten zur Wahl aufgefordert. Der Zeitpunkt der Wahl wird vom Präsidenten des ISGH nach Konsultation mit den Vertragsstaaten festgesetzt.

Artikel 7 (Unvereinbare Tätigkeiten)

Richter dürfen verschiedene Ämter und Tätigkeiten nicht ausüben: politische Ämter; Ämter in der Verwaltung; aktive Mitarbeit und finanzielle Beteiligung an Unternehmen, die auf dem Gebiet der Erforschung und Ausbeutung der Meeresressourcen und der sonstigen kommerziellen Nutzung der Meere und des Meeresbodens tätig sind; Tätigkeiten als Bevollmächtigter, Rechtsbeistand oder Anwalt.

Artikel 8 (Voraussetzungen für die Teilnahme der Mitglieder an einer bestimmten Sache)

Richter dürfen nicht an der Entscheidung einer Sache teilnehmen, an der sie in einer anderen Eigenschaft beteiligt waren, z. B. als Bevollmächtiger, Rechtsbeistand, Anwalt oder Richter eines nationalen oder internationalen Gerichts.

Artikel 9 (Folge des Wegfalls der erforderlichen Voraussetzungen)

Erfüllen Richter nach einhelliger Meinung der übrigen Richter nicht mehr die erforderlichen Voraussetzungen (Unparteilichkeit, Ehrenhaftigkeit, höchstes Ansehen, fachliche Eignung), so werden sie vom Präsidenten des ISGH entlassen. Frei werdende Sitze werden neu besetzt.

Artikel 10 (Vorrechte und Immunitäten)

Die Richter des ISGH genießen bei der Ausübung ihres Amtes diplomatische Vorrechte und Immunitäten. Näheres wird in einem Protokoll über Vorrechte und Immunitäten geregelt, das die Vertragsstaaten des SRÜ abschließen.

Artikel 11 (Feierliche Erklärung der Mitglieder)

Die Richter des ISGH geben vor Amtsantritt eine feierliche Erklärung ab, daß sie ihre Befugnisse unparteiisch und gewissenhaft ausüben. Näheres wird in den Regeln des Gerichtshofs bestimmt.

Artikel 12 (Präsident, Vizepräsident und Kanzler)

Die 21 Richter wählen den Präsidenten und den Vizepräsidenten des ISGH auf drei Jahre; sie sind wiederwählbar. Der Gerichtshof ernennt den Kanzler und kann die Ernennung der sonstigen Beamten regeln. Präsident und Kanzler wohnen am Sitz des ISGH.

Artikel 13 (Beschlußfähigkeit)

Der Gerichtshof ist beschlußfähig, wenn 11 seiner 21 Mitglieder anwesend sind. Alle unterbreiteten Streitigkeiten und Anträge werden grundsätzlich in Verhandlungen behandelt und entschieden, an denen alle verfügbaren Richter mitwirken. Ausnahmen ergeben sich aus der Zu-

ständigkeit der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten und der Sonderkammern.

Artikel 14 (Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten)

Der Gerichtshof bildet verschiedene Kammern. Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten wird nach Anlage VI Abschnitt 4 gebildet. Ihre Zuständigkeit, Befugnisse und Aufgaben sind in Teil XI Abschnitt 5 festgelegt.

Artikel 15 (Sonderkammern)

Der Gerichtshof kann Sonderkammern zur Behandlung bestimmter Arten von Streitigkeiten bilden. Sie bestehen aus drei oder mehr Richtern. Der Gerichtshof muß Sonderkammern bilden, wenn die Streitparteien dies beantragen. Für Streitigkeiten, die im abgekürzten Verfahren behandelt werden, wird eine aus fünf Richtern bestehende Sonderkammer gebildet.

Artikel 16 (Regeln des Gerichtshofs)

Der Gerichtshof erläßt Regeln für die Wahrnehmung seiner Aufgaben. Ein Entwurf der Regeln des Gerichtshofs wurde von der Vorbereitungskommission ausgearbeitet.

Artikel 17 (Staatsangehörigkeit der Mitglieder)

Artikel 17 regelt die Mitwirkung von Richtern, die Staatsangehörige einer der Streitparteien sind. In solchen Fällen, kann die andere Streitpartei einen Ad-hoc-Richter ihrer Wahl bestimmen. Gehört dem ISGH kein Richter an, der Staatsangehöriger einer der Streitparteien ist, so kann jede der Streitparteien einen Ad-hoc-Richter bestellen.

Artikel 18 (Vergütung der Mitglieder)

Die 21 Richter erhalten ein Jahresgehalt und eine Sonderzulage für jeden Tag, an dem sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Für den Präsidenten und Vizepräsidenten sind besondere Zulagen vorgesehen. Ad-hoc-Richter erhalten Entschädigungen für jeden Tag, an dem sie ihre Aufgaben wahrnehmen.

Gehälter, Zulagen und Entschädigungen - sie sind von jeder Steuer befreit - werden von den Sitzungen der Vertragsstaaten unter Berücksichtigung des Arbeitsanfalls des ISGH festgesetzt.

Auch das Gehalt des Kanzlers sowie Ruhegehälter und Reisekosten der Richter und des Kanzlers werden von den Vertragsstaaten beschlossen.

Artikel 19 (Kosten des Gerichtshofs)

Die Kosten des ISGH werden von den Vertragsstaaten und der Internationalen Meeresbodenbehörde getragen. Die Modalitäten werden auf den Sitzungen der Vertragsstaaten festgelegt. Der Gerichtshof setzt den Beitrag zu den Kosten des ISGH fest, der von Streitparteien einer anhängigen Sache zu erbringen ist, die nicht Vertragsstaat des SRÜ ist.

Abschnitt 2. Zuständigkeit

Abschnitt 2 enthält Bestimmungen über die Partei- und Prozeßfähigkeit, materielle Zuständigkeiten und das anwendbare Recht.

Artikel 20 (Zugang zum Gerichtshof)

Zugang zum ISGH haben alle Vertragsstaaten des SRÜ; andere Rechtsträger (Behörde, Unternehmen der Behörde, staatliche Unternehmen, natürliche oder juristische Unternehmen) in allen Fällen, die in Teil XI ausdrücklich vorgesehen sind; alle Streitparteien, die dem ISGH Streitigkeiten aufgrund sonstiger Übereinkünfte übertragen.

Artikel 21 (Zuständigkeit)

Die Zuständigkeit des ISGH erstreckt sich auf alle Streitigkeiten und Anträge, die ihm in Übereinstimmung mit dem SRÜ oder aufgrund sonstiger Übereinkünfte unterbreitet werden.

Artikel 22 (Unterbreitung von Streitigkeiten aufgrund sonstiger Übereinkünfte)

In Artikel 22 wird die Zuständigkeit des ISGH für Streitigkeiten aufgrund solcher Verträge oder sonstiger Übereinkünfte behandelt, die bereits in Kraft sind. Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung solcher Rechtsinstrumente können dem Gerichtshof unterbreitet werden, wenn sie vom SRÜ erfaßte Gegenstände behandeln und alle Streitparteien zustimmen.

Artikel 23 (Anwendbares Recht)

Der ISGH entscheidet in Übereinstimmung mit Artikel 293: Er wendet das SRÜ und sonstige damit nicht unvereinbare Regeln des Völkerrechts an; Billigkeitsentsscheidungen (ex aequo et bono) sind zulässig.

Abschnitt 3. Verfahren

In Abschnitt 3 wird das Verfahren vor dem ISGH geregelt. Weitere Bestimmungen enthalten die Regeln des Gerichtshofs, die dieser nach Anlage VI Artikel 16 erläßt.

Artikel 24 (Einleitung des Verfahrens)

Verfahren vor dem ISGH werden durch Notifikation oder Klageschrift, die Streitgegenstand und Streitparteien bezeichnen, eingeleitet. Der Kanzler unterrichtet alle Betroffenen und alle Vertragsstaaten des SRÜ.

Artikel 25 (Vorläufige Maßnahmen)

Der Gerichtshof und die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten können nach Artikel 290 vorläufige Maßnahmen zur Sicherung der Rechte der Streitparteien und zur Verhinderung von schweren Schäden für die Meeresumwelt anordnen. Solche Maßnahmen werden von der nach Artikel 15 Satz 3 gebildeten Kammer für abgekürzte Verfahren angeordnet, wenn der ISGH nicht tagt oder nicht beschlußfähig ist. Vorläufige Maßnahmen können vom Gerichtshof überprüft und geändert werden.

Artikel 26 (Verhandlungen)

Die Verhandlungen vor dem ISGH werden vom Präsidenten, Vizepräsidenten oder dienstältesten anwesenden Richter geleitet. Mündliche Verhandlungen sind öffentlich, sofern nicht der Gerichtshof etwas anderes beschließt oder die Streitparteien den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen.

Artikel 27 (Prozeßführung)

Der Gerichtshof bestimmt die Prozeßführung, bestimmt Form und Fristen für die Einbringung der Schlußanträge und trifft alle Maßnahmen betreffend die Beweisaufnahme.

Artikel 28 (Nichterscheinen)

Verfahren vor dem ISGH können auch in Fällen fortgeführt und entschieden werden, wenn eine Streitpartei nicht erscheint oder sich nicht zur Sache äußert.

Artikel 29 (Mehrheit für die Entscheidung)

Entscheidungen des ISGH werden mit Stimmenmehrheit seiner anwesenden Richter gefaßt; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Artikel 30 (Urteil)

Die Urteile des ISGH sind zu begründen und werden in öffentlicher Sitzung verlesen. Die Richter können persönliche oder abweichende Meinungen hinzufügen.

Artikel 31 (Antrag auf Beitritt)

Vertragsstaaten, deren rechtliche Interessen durch Entscheidungen des ISGH berührt werden können, können solchen Verfahren beitreten. Wird einem Antrag auf Beitritt stattgegeben, so ist die Entscheidung für den beitretenden Staat nur in bezug auf die Sache bindend, deretwegen er dem Verfahren beigetreten ist.

Artikel 32 (Recht auf Beitritt in Fällen der Auslegung oder Anwendung)

Die Vertragsstaaten des SRÜ sowie alle Vertragsparteien einer internationalen Übereinkunft nach Anlage VI Artikel 21 oder 22 haben das Recht auf Beitritt in Fällen der Auslegung oder Anwendung des SRÜ bzw. der Übereinkunft. Die im Urteil enthaltene Auslegung ist für die beigetretenen Rechtsträger bindend.

Artikel 33 (Endgültigkeit und Verbindlichkeit der Entscheidungen)

Entscheidungen des ISGH sind endgültig, gelten nur für die Streitparteien und müssen von diesen befolgt werden. Bei Meinungsverschiedenheiten über Sinn oder Tragweite von Entscheidungen ist der Gerichtshof zur Auslegung verpflichtet.

Artikel 34 (Kosten)

Jede Streitpartei trägt ihre Kosten, sofern der ISGH nicht anderes entscheidet.

Abschnitt 4. Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten

Abschnitt 4 betrifft die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten und enthält Bestimmungen über Zusammensetzung, Bildung von Ad-hoc-Kammern, Zugang zur Kammer, anwendbares Recht, Vollstreckung der Entscheidungen. Weitere Bestimmungen sind in den Regeln des Gerichtshofs vorgesehen.

Artikel 35 (Zusammensetzung)

Die Kammer besteht aus 11 Richtern, die vom ISGH aus den eigenen Reihen für 3 Jahre gewählt werden. Wiederwahl ist einmal möglich.

Die Versammlung der Behörde kann allgemeine Empfehlungen im Hinblick auf ihre Zusammensetzung beschließen. Die Kammer ist beschlußfähig, wenn sieben Richter anwesend sind.

Artikel 36 (Ad-hoc-Kammern)

Meeresbodenstreitigkeiten nach Artikel 188 Absatz 1(b) - Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten - können Ad-hoc-Kammern der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten unterbreitet werden. Solche Kammern bestehen aus drei Richtern, die entweder von der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten oder von den Streitparteien bestimmt werden.

Artikel 37 (Zugang zur Kammer)

Die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten steht den Vertragsstaaten des SRÜ, der Behörde, dem Unternehmen der Behörde, staatlichen Unternehmen, natürlichen und juristischen Personen unter den in Teil XI Abschnitt 5 genannten Voraussetzungen offen.

Artikel 38 (Anwendbares Recht)

Zur Anwendung kommen Artikel 293 (d.h. das SRÜ, sonstige Regeln des Völkerrechts, Billigkeitsgrundsätze) sowie die Regeln, Vorschriften und Verfahren der Behörde und die Bestimmungen der Verträge über Tätigkeiten im Gebiet.

Artikel 39 (Vollstreckung der Entscheidungen der Kammer)

Die Entscheidungen der Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten sind in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten des SRÜ ebenso vollstreckbar wie Urteile oder Verfügungen des höchsten Gerichts des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung erfolgen soll.

Artikel 40 (Anwendbarkeit anderer Abschnitte dieser Anlage)

Artikel 40 bestimmt, daß die anderen Bestimmungen der Anlage VI auf die Kammer für Meeresbodenstreitigkeiten Anwendung finden, sofern sie mit diesem Abschnitt 4 nicht unvereinbar sind.

Abschnitt 5. Änderungen

Abschnitt 5 enthält in Artikel 41 eine Bestimmung und sieht für Anlage VI besondere Änderungsverfahren vor. Abschnitt 4 darf nur in Übereinstimmung mit Artikel 314 (Genehmigung durch Versammlung und Rat der Behörde) geändert werden. Die anderen Bestimmungen der Anlage VI dürfen nur in Übereinstimmung mit Artikel 313 (vereinfachtes Verfahren) oder durch Konsens „einer in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen einzuberufenen Konferenz" geändert werden. Bei dieser Konferenz handelt es sich um die Änderungskonferenz nach Artikel 312 (10 Jahre nach Inkrafttreten des SRÜ). Ob dazu auch die Sitzungen der Vertragsstaaten zählen, die nach Anlage VI Artikel 4 Absatz 4 die Richter des ISGH wählen und nach

Anlage VI Artikel 18 und 19 Vergütungen und Kosten festlegen, ist offen gelassen. Änderungen der Anlage VI kann auch der Gerichtshof vorschlagen.

Anlage VII. Schiedsverfahren

In Anlage VII ist ein Schiedsverfahren vorgesehen, das zu den in Teil XV Abschnitt 2 vorgesehenen obligatorischen Verfahren zählt. Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, vier Schiedsrichter zu ernennen, die Erfahrung in Meeresfragen besitzen und höchstes Ansehen genießen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen erstellt und führt die Liste der Schiedsrichter. Die nach Anlage VII gebildeten Schiedsgerichte haben fünf Mitglieder. Jede Streitpartei bestellt ein Mitglied; die weiteren drei Schiedsrichter werden von den Streitparteien einvernehmlich bestellt. Kommt eine Einigung über die Schiedsrichter innerhalb von 60 Tagen nicht zustande, so nimmt die Bestellung der Schiedsrichter der Präsident oder der dienstälteste verfügbare Richter des ISGH vor.

Das Schiedsgericht bestimmt sein Verfahren, sofern die Streitparteien nicht anderes vereinbaren. Die Streitparteien sind verpflichtet, die Arbeit des Schiedsgerichts zu erleichtern. Die Kosten des Verfahrens werden in der Regel von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht entscheidet mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Erscheint eine Streitpartei nicht oder äußert sie sich nicht zur Sache, so kann das Verfahren auf Ersuchen der anderen Streitpartei fortgeführt und beendet werden.

Der Schiedspruch beschränkt sich auf den Streitgegenstand und ist zu begründen. Der Schiedsspruch ist endgültig, sofern nicht die Streitparteien vorher ein Rechtsmittelverfahren vereinbart haben. Der Schiedsspruch muß von den Streitparteien befolgt werden.

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Artikel der Durchführung des Schiedsspruchs können dem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt werden. Solche Meinungsverschiedenheiten können auch dem ISGH, dem IGH oder den besonderen Schiedsverfahren (Anlage VIII) unterbreitet werden, wenn alle Streitparteien dies vereinbaren.

Die Schiedsverfahren nach Anlage VII finden sinngemäß auf Streitigkeiten Anwendung, an denen Rechtsträger beteiligt sind, die keine Vertragsstaaten sind.

Anlage VIII. Besonderes Schiedsverfahren

In Anlage VIII werden besondere Schiedsverfahren behandelt, die ebenfalls zu den in Teil XV vorgesehenen obligatorischen Verfahren zählen. Die besonderen Schiedsverfahren betreffen Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung von Bestimmungen des SRÜ über (1) Fischerei, (2) Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, (3) wissenschaftliche Meeresforschung oder (4) Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen. Für jeden der genannten Bereiche wird eine Sachverständigenliste bei FAO, UNEP, IOC bzw. IMO erstellt und geführt. Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, jeweils zwei Sachverständige zu ernennen.

Die besonderen Schiedsgerichte bestehen aus fünf Mitgliedern. Jede Streitpartei bestellt zwei. Der Präsident eines besonderen Schiedsgerichts wird von den Steitparteien einvernehmlich bestellt. Können sich die Streitparteien nicht einigen, bestellt der Generalsekretär der Vereinten Nationen den Präsidenten.

Die besonderen Schiedsgerichte können von den Streitparteien ersucht werden, Untersuchungen durchzuführen und den Sachverhalt festzustellen, welcher der Streitigkeit zugrunde liegt. Die Streitparteien können die Ausarbeitung von Empfehlungen beantragen, die keine Rechtskraft haben und nur die Grundlage für eine Überprüfung der Ursachen der Streitigkeit darstellen.

Auf die besonderen Schiedsverfahren finden im übrigen die Bestimmungen des Schiedsverfahrens nach Anlage VII sinngemäß Anwendung.

Anlage IX. Teilnahme internationaler Organisationen

Anlage IX behandelt die Teilnahme internationaler Organisationen am SRÜ. Anlage IX geht ausschließlich auf Initiativen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zurück und wird deshalb auch als „EG-Klausel" bezeichnet. Danach können solche internationale Organisationen das SRÜ unterzeichnen und Vertragspartei werden, auf die die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten übertragen haben, die im SRÜ geregelte Angelegenheiten betreffen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist gegenwärtig die einzige internationale Organisation, auf die Anlage IX Anwendung findet. Sie hat das SRÜ mit Erklärungen unterzeichnet.

Artikel 1 (Bestimmung des Begriffs „internationale Organisation")

In Artikel 1 wird der Begriff „internationale Organisation" in bezug auf Artikel 305 und Anlage IX definiert. Es handelt sich hierbei nur um solche zwischenstaatliche Organisationen, denen die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten für Angelegenheiten übertragen haben, die im SRÜ geregelt sind, einschließlich der Zuständigkeit, darüber Verträge abzuschließen.

Artikel 2 (Unterzeichnung)

Artikel 2 bestimmt, daß internationale Organisationen im Sinne von Artikel 1 das SRÜ unterzeichnen können, wenn die Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten Unterzeichner des SRÜ ist. Die internationale Organisation ist verpflichtet, bei Unterzeichnung eine Erklärung abzugeben, die Artikel und Umfang der ihr in bezug auf das SRÜ übertragenen Zuständigkeiten im einzelnen aufführt.

Artikel 3 (Förmliche Bestätigung und Beitritt)

Internationale Organisationen können Vertragspartei des SRÜ durch förmliche Bestätigung, die der Ratifikation oder dem Beitritt durch Staaten entspricht, werden, wenn die Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt hat.

Artikel 4 (Umfang der Teilnahme sowie Rechte und Pflichten)

Nach Artikel 4 ist eine internationale Organisation verpflichtet, diejenigen Rechte und Pflichten der Staaten aus dem SRÜ zu übernehmen, die ihr die Mitgliedstaaten in eigene Zuständigkeit übertragen haben. Maßgeblich sind hierbei die Erklärungen, die von der internationalen Organisation und ihren Mitgliedstaaten bei Unterzeichnung,

förmlicher Bestätigung, Ratifikation und Beitritt nach Artikel 5 abgegeben werden müssen.

Die Teilnahme internationaler Organisationen bewirkt keine Vergrößerung der Vertretung der Mitgliedstaaten in Gremien und bei der Beschlußfassung und verleiht Mitgliedstaaten, die nicht Vertragsstaat des SRÜ sind, keine Rechte.

Artikel 5 (Erklärungen, Notifikationen und Mitteilungen)

Artikel 5 behandelt weitere Einzelheiten der Erklärungen, die von internationalen Organisationen und ihren Mitgliedstaaten abgegeben werden müssen. Änderungen der Zuständigkeiten müssen umgehend mitgeteilt werden.Vertragsstaaten des SRÜ können internationale Organisationen und ihre Mitgliedstaaten ersuchen, Auskünfte betreffend ihre Zuständigkeiten zu geben.

Artikel 6 (Verantwortlichkeit und Haftung)

Artikel 6 bestimmt, daß internationale Organisationen und ihre Mitgliedstaaten zu Verantwortlichkeit und Haftung aus dem SRÜ entsprechend der erklärten Zuständigkeiten verpflichtet sind.

Gesamtschuldnerische Haftung tritt nur in Fällen ein, wenn ersuchenden Vertragstaaten keine oder widersprüchliche Auskünfte erteilt werden.

Artikel 7 (Beilegung von Streitigkeiten)

Internationale Organisationen können mit Ausnahme des Internationalen Gerichtshofs alle anderen in Artikel 287 Absatz 1 genannten Gerichte für die Beilegung von obligatorischen Streitigkeiten wählen (Internationaler Seegerichtshof, Schiedsgerichte, besondere Schiedsgerichte). In Fällen von Streitgenossenschaften zwischen internationalen Organisationen und ihren Mitgliedstaaten wird angenommen, daß die Streitgenossen denselben Verfahren zugestimmt haben. Hat ein Mitgliedstaat nur den Internationalen Gerichtshof gewählt, wird angenommen, daß dem Schiedsverfahren nach Anlage VII zugestimmt wurde.

Artikel 8 (Anwendbarkeit des Teiles XVII)

In Artikel 8 wird die Anwendbarkeit der Schlußbestimmungen des SRÜ auf internationale Organisationen geregelt. Teil XVII findet mit bestimmten Ausnahmen sinngemäß Anwendung:

- Förmliche Bestätigungen und Beitritte internationaler Organisationen bleiben hinsichtlich des Erfordernisses von 60 Ratifikations- oder Beitrittsurkunden für das Inkraftreten des SRÜ außer Betracht (Artikel 308 Absatz 1);
- Internationale Organisationen besitzen in den Änderungsverfahren nur Handlungsfähigkeit, sofern sie für den gesamten Gegenstand Zuständigkeit besitzen (Artikel 312–315);
- Förmliche Bestätigungen und Beitritte internationaler Organisationen bleiben hinsichtlich der für Änderungen des SRÜ erforderlichen Anzahl von Vertragsstaaten außer Betracht (Artikel 316 Absatz 1–3);
- Internationale Organisationen dürfen das SRÜ nicht kündigen, wenn noch ein Mitgliedstaat Vertragspartei des SRÜ ist; das SRÜ muß gekündigt werden, wenn kein Mitgliedstaat mehr Vertragspartei ist (Artikel 317).

Ratifikationen und Beitritte (Stand Januar 1993)

(Beitritte sind mit * gekennzeichnet.)
(Staatennachfolge ist mit ** gekennzeichnet).

1. Fidschi (10. Dezember 1982)
2. Sambia (7. März 1983)
3. Mexiko (18. März 1983)
4. Jamaika (21. März 1983)
5. Namibia (18. April 1983)
6. Ghana (7. Juni 1983)
7. Bahamas (29. Juli 1983)
8. Belize (13. August 1983)
9. Ägypten (26. August 1983)
10. Côte d'Ivoire (26. März 1984)
11. Philippinen (8. Mai 1984)
12. Gambia (22. Mai 1984)
13. Kuba (15. August 1984)
14. Senegal (25. Oktober 1984)
15. Sudan (23. Januar 1985)
16. St. Lucia (27. März 1985)
17. Togo (16. April 1985)
18. Tunesien (24. April 1985)
19. Bahrain (30. Mai 1985)
20. Island (21. Juni 1985)
21. Mali (16. Juli 1985)
22. Irak (30. Juli 1985)
23. Guinea (6. September 1985)
24. Tansania (30. September 1985)
25. Kamerun (19. November 1985)
26. Indonesien (3. Februar 1986)
27. Trinidad und Tobago (25. April 1986)
28. Kuwait (2. Mai 1986)
29. Jugoslawien (5. Mai 1986)
30. Nigeria (14. August 1986)
31. Guinea-Bissau (25. August 1986)
32. Paraguay (26. September 1986)
33. Jemen (21. Juli 1987)
34. Kap Verde (10. August 1987)
35. São Tomé und Príncipe (3. November 1987)
36. Zypern (12. Dezember 1988)
37. Brasilien (22. Dezember 1988)
38. Antigua und Barbuda (2. Februar 1989)
39. Zaire (17. Februar 1989)
40. Kenia (2. März 1989)
41. Somalia (24. Juli 1989)
42. Oman (17. August 1989)
43. Botswana (2. Mai 1990)
44. Uganda (9. November 1990)
45. Angola (5. Dezember 1990)
46. Grenada (25. April 1991)
47. Mikronesien (29. April 1991)*
48. Marschallinseln (9. August 1991)*
49. Seychellen (16. September 1991)
50. Djibouti (8. Oktober 1991)
51. Dominica (24.Oktober 1991)
52. Costa Rica (21. September 1992)
53. Uruguay (10. Dezember 1992)
54. St. Kitts und Nevis (7. Januar 1993)
55. Zimbabwe (24. Februar 1993)
56. Malta (20. Mai 1993)
57. St. Vincent und die Grenadinen (1. Oktober 1993)
58. Honduras (5. Oktober 1993)
59. Barbados (12. Oktober 1993)
60. Guyana (16. November 1993)
61. Bosnien-Herzegowina (12. Januar 1994)**

Anlage 2

Erklärungen bei Unterzeichnung, Ratifikation oder Beitritt

(Stand: 30. September 1993)

1. Verzeichnis der Staaten und anderer Rechtsträger (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), die bei Unterzeichnung eine Erklärung abgegeben haben:

1. Algerien
2. Angola
3. Argentinien
4. Belgien
5. Bolivien
6. Brasilien
7. Chile
8. Costa Rica
9. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
10. Finnland
11. Frankreich
12. Griechenland
13. Guinea
14. Irak
15. Iran
16. Italien
17. Jemen
18. Kap Verde
19. Katar
20. Kuba
21. Luxemburg
22. Mali
23. Nicaragua
24. Oman
25. Philippinen
26. Rumänien
27. São Tomé und Príncipe
28. Schweden
29. Sowjetunion
30. Spanien
31. Sudan
32. Südafrika
33. Ukraine
34. Uruguay
35. Weißrußland

2. Verzeichnis der Staaten, die bei Ratifikation eine Erklärung abgegeben haben (Stand: 30. September 1993):

1. Ägypten
2. Brasilien
3. Jemen
4. Guinea-Bissau
5. Island
6. Jugoslawien
7. Kap Verde
8. Kuba
9. Kuwait
10. Malta
11. Oman
12. Philippinen
13. Tansania
14. Tunesien
15. Uruguay

3. Verzeichnis der Staaten, die einen Widerspruch erklärt haben (Stand: 31. Mai 1993):

1. Äthiopien
2. Australien
3. Bulgarien
4. China
5. Israel
6. Sowjetunion
7. Tschechoslowakei
8. Ukraine
9. Vietnam
10. Weißrußland

4. Verzeichnis der Staaten, die Erklärungen zu Widersprüchen abgegeben haben (Stand: 31. Mai 1993):

1. Philippinen

5. Verzeichnis der Artikel, Teile, Anlagen des SRÜ und der Resolutionen zum SRÜ, zu denen Erklärungen abgegeben worden sind (Stand: 30. September 1993):

(1) Artikel des SRÜ

Artikel 3	Ägypten, Belgien, Oman

Artikel 15	Jemen
Artikel 17	Ägypten, Jemen, Jugoslawien, Oman, Rumänien, São Tomé und Príncipe, Schweden
Artikel 19	Kap Verde, Iran, Oman, Rumänien, Sudan
Artikel 21	Belgien, Iran, Italien, Sudan
Artikel 23	Ägypten, Belgien, Italien, Jemen, Oman
Artikel 25	Kap Verde, Iran, Oman, Rumänien, Sudan
Artikel 27 Absatz 2	Belgien
Artikel 33	Ägypten, Jugoslawien, Oman
Artikel 33 Absatz 1(a)	Belgien
Artikel 34	Oman, Spanien
Artikel 35(c)	Finnland, Schweden
Artikel 36	Griechenland
Artikel 38	Griechenland, Iran, Oman
Artikel 38 Absatz 1	Jugoslawien
Artikel 39 Absatz 3	Spanien
Artikel 41	Griechenland
Artikel 42	Griechenland
Artikel 42 Absatz 1(b)	Spanien
Artikel 45	Oman
Artikel 45 Absatz 1(a)	Jugoslawien
Artikel 55	Uruguay
Artikel 56	Spanien
Artikel 58	Brasilien, Kap Verde, Uruguay
Artikel 59	Italien, Kap Verde, Uruguay
Artikel 60	Brasilien, Italien, Kap Verde, Uruguay
Artikel 61	Spanien
Artikel 62	Costa Rica, Spanien
Artikel 63	Kap Verde, São Tomé und Príncipe, Uruguay
Artikel 64 Absatz 2	Costa Rica
Artikel 69	Malta, Spanien
Artikel 70	Iran, Rumänien, Spanien
Artikel 70 Absatz 2	Sudan
Artikel 74	Malta, Rumänien
Artikel 76	Brasilien, Uruguay
Artikel 83	Island, Malta, Rumänien
Artikel 121 Absatz 2	Iran
Artikel 125	Iran
Artikel 136	Chile
Artikel 140	Frankreich
Artikel 221	Spanien
Artikel 230 Absatz 2	Frankreich
Artikel 233	Spanien
Artikel 236	Malta
Artikel 287	Ägypten, Belgien, Brasilien, Guinea-Bissau, Iran, Kap Verde, Kuba, Oman, Nicaragua, Ukraine, Uruguay, Tansania, Weißrußland
Artikel 292	Iran, Kuba, Sowjetunion, Ukraine, Weißrußland
Artikel 297	Ägypten, Guinea-Bissau, Kuba, Spanien, Tansania
Artikel 297 Absatz 2 und 3	Kap Verde, Tunesien, Uruguay
Artikel 298	Belgien, Brasilien, Guinea-Bissau, Island, Kap Verde, Kuba, Nicaragua, Philippinen, Sowjetunion, Tunesien, Ukraine, Uruguay, Weißrußland
Artikel 301	Brasilien, Schweden
Artikel 303	Kap Verde
Artikel 305 Absatz 1(a)	Algerien, Irak, Israel, Katar, Kuwait, Sudan, Tunesien, Uruguay
Artikel 306	Luxemburg
Artikel 309	Australien, Sowjetunion, Ukraine, Tschechoslowakei, Weißrußland
Artikel 310	Australien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Irak, Iran, Jugoslawien, Kuba, Mali, Nicaragua, Oman, Philippinen, Sowjetunion, Sudan, Südafrika, Tunesien, Tschechoslowakei, Ukraine
Artikel 311	Tunesien
Artikel 315	Ägypten
Artikel 318	Argentinien
Artikel 319 Absatz 2(a)	Sowjetunion, Weißrußland
Artikel 320	Ägypten

(2) Teile und Anlagen des SRÜ

Teil II	Kap Verde, São Tomé und Príncipe, Uruguay
Teil III	Griechenland, Irak, Jemen, Spanien
Teil IV	Kap Verde, Philippinen, São Tomé und Príncipe
Teil V	Ägypten, Brasilien, Chile, Iran, Kap Verde, Oman, São Tomé und Príncipe, Uruguay
Teil VI	Ägypten, Brasilien, Kap Verde, Oman
Teil IX	Malta
Teil X	Bolivien
Teil XI	Belgien, Europäische Gemeinschaft, Frankreich, Iran, Italien, Luxemburg

Anlage III, Artikel 9	Spanien
Anlagen III und IV	Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg
Anlage V Abschnitt 2	Island
Anlage VII	Ägypten, Sowjetunion, Ukraine, Weißrußland
Anlage VIII	Sowjetunion, Ukraine, Weißrußland
Anlage IX, Artikel 2	Europäische Gemeinschaft
Anlage IX	Belgien, Luxemburg

(3) Resolutionen der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen

Resolution I	Tunesien
Resolution II	Tunesien
Resolution III	Argentinien, Spanien
Resolution IV	—

6. Texte der Erklärungen (Stand: 31. Mai 1993)

a) Erklärungen, die bei der Unterzeichnung abgegeben wurden

1. Algerien

Nach Auffassung der Regierung von Algerien bedeutet ihre Unterzeichnung der Schlußakte und des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen nicht eine Änderung ihrer Haltung über die Nichtanerkennung bestimmter anderer Unterzeichner oder eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit diesen Unterzeichnern in irgendeinem Bereich.

2. Angola

Die Regierung der Volksrepublik Angola behält sich das Recht vor, einzelne oder alle Artikel des Übereinkommens im Rahmen und unter gebührender Berücksichtigung der angolanischen Souveränität und territorialen Unversehrtheit, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft gilt, auszulegen. Einzelheiten dieser Auslegungen werden im Zeitpunkt der Ratifikation des Übereinkommens zu Protokoll gegeben.

Die jetzige Unterzeichnung läßt die Haltung der Regierung von Angola oder ihre künftige Haltung zu dem Übereinkommen im Zeitpunkt der Ratifikation unberührt.

3. Argentinien

Die Unterzeichnung des Übereinkommens durch die argentinische Regierung bedeutet nicht die Annahme der Schlußakte der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen. In dieser Hinsicht gibt die Argentinische Republik, wie schon in ihrer schriftlichen Erklärung vom 8. Dezember 1982 (A/CONF.62/WS/35), ihren Vorbehalt dahin gehend zu Protokoll, daß die Resolution III in Anlage I der Schlußakte die „Frage der Falklandinseln (Malwinen)", die Gegenstand bestimmter Resolutionen der Generalversammlung, nämlich 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9 und 38/12 ist, welche im Rahmen des Entkolonialisierungsprozesses angenommen wurden, nicht berührt.

In diesem Zusammenhang und eingedenk dessen, daß die Malwinen und die Südlichen Sandwichinseln sowie Südgeorgien Bestandteil des argentinischen Hoheitsgebiets sind, erklärt die argentinische Regierung, daß sie den Anspruch eines anderen Staates, einer Gemeinschaft juristischer Personen oder die Ausübung von Hoheitsbefugnissen durch sie auf See, von der behauptet wird, daß sie durch eine Auslegung der Resolution III geschützt ist, welche die Rechte Argentiniens über die Malwinen und die Südlichen Sandwichinseln und Südgeorgien sowie ihre jeweiligen Meereszonen verletzt, nicht anerkennt oder anerkennen wird. Infolgedessen erkennt sie Tätigkeiten oder Maßnahmen, die ohne ihre Zustimmung in bezug auf diese Frage, welche nach Auffassung der argentinischen Regierung von großer Bedeutung ist, durchgeführt oder angenommen werden, nicht an, wird sie nicht anerkennen und betrachtet sie als null und nichtig.

Die argentinische Regierung wird daher Vorkommnisse der genannten Art als Widerspruch zu den von den Vereinten Nationen angenommenen genannten Resolutionen auslegen, deren offenkundiges Ziel die friedliche Beilegung der Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität über die Inseln durch zweiseitige Verhandlungen und die guten Dienste des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ist.

Ferner faßt die argentinische Regierung Nummer 42 der Schlußakte, in der es heißt, daß das Übereinkommen „zusammen mit den Resolutionen I bis IV ein einheitliches Ganzes [bilden]" als eine bloße Beschreibung des Verfahrens auf, das auf der Konferenz angewandt wurde, um eine Reihe getrennter Abstimmungen über das Übereinkommen und die Resolutionen zu vermeiden. Das Übereinkommen selbst legt in Artikel 318 eindeutig fest, daß nur die Anlagen Bestandteile des Übereinkommens sind; jede andere Urkunde und jedes andere Dokument sind demnach, selbst wenn sie von der Konferenz angenommen wurden, nicht Bestandteil des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen.

4. Belgien

Die Regierung des Königreichs Belgien hat entschieden, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen zu unterzeichnen, da das Übereinkommen eine sehr große Anzahl positiver Merkmale aufweist und einen für die meisten Staaten annehmbaren Kompromiß darüber darstellt. Dennoch bedauert sie in bezug auf den Status des Meeresraums, daß der für die Abgrenzung des Festlandsockels und der ausschließlichen Wirtschaftszone gefundene Grundsatz der Billigkeit nicht auch in den Bestimmungen über die Abgrenzung des Küstenmeers Anwendung gefunden hat. Sie begrüßt jedoch die in dem Übereinkommen getroffenen Unterscheidungen zwischen der Art der Rechte, die Anrainerstaaten einerseits über ihr Küstenmeer und andererseits über den Festlandsockel und ihre ausschließliche Wirtschaftszone andererseits ausüben.

Dagegen ist allgemein bekannt, daß die belgische Regierung mit einigen Bestimmungen der internationalen Ordnung des Meeresbodens nicht zufrieden sein kann, wenngleich diese sich auf einen Grundsatz stützt, den sie nie anfechten würde; dennoch scheint diese Ordnung nicht der geeignete Weg zu sein, das gewünschte Ergebnis möglichst rasch und sicher zu erreichen, was die Gefahr in sich birgt, daß eine großzügige Regelung, wie Belgien sie konsequent angeregt und unterstützt hat, nicht zustande kommt. Einige Bestimmungen des Teiles XI und der Anla-

gen III und IV scheinen ihr vielmehr mit schwerwiegenden Fehlern und Mängeln behaftet zu sein, die erklären, warum auf der letzten Sitzung der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in New York im April 1982 kein Konsens über diese Texte erzielt werden konnte. Diese Mängel und Fehler betreffen insbesondere die Beschränkung des Zugangs zu dem Gebiet, die Produktionsbeschränkungen und gewisse Verfahren für die Weitergabe von Technologie, ganz zu schweigen von den ärgerlichen Folgen der Kosten und der Finanzierung der zu errichtenden Internationalen Meeresbodenbehörde und der ersten Abbaustätte des Unternehmens. Die belgische Regierung hofft aufrichtig, daß diese Mängel und Fehler durch die Regeln, Vorschriften und Verfahren korrigiert werden, welche die Vorbereitungskommission in der zweifachen Absicht zu erarbeiten hätte, die Annahme der neuen Ordnung durch die gesamte Völkergemeinschaft zu erleichtern und zu ermöglichen, daß das gemeinsame Erbe der Menschheit in angemessener Weise und zum Nutzen aller, vorzugsweise zum Nutzen der am wenigsten begünstigten Länder, genutzt werden kann.

Nicht nur die Regierung des Königreichs Belgien glaubt, daß der Erfolg dieser neuen Ordnung, die tatsächliche Bildung der Internationalen Meeresbodenbehörde und die wirtschaftliche Rentabilität des Unternehmens in hohem Maße von der Qualität und der Ernsthaftigkeit der Arbeit der Vorbereitungskommission abhängen: Sie vertritt daher die Auffassung, daß alle Beschlüsse der Kommission durch Konsens gefaßt werden sollten, da nur so die rechtmäßigen Interessen aller geschützt werden können.

Wie die Vertreter Frankreichs und der Niederlande bereits vor zwei Jahren hervorhoben, möchte die belgische Regierung unmißverständlich deutlich machen, daß das Königreich Belgien ungeachtet seiner Entscheidung, das Übereinkommen heute zu unterzeichnen, hier und heute noch nicht zur Ratifikation entschlossen ist. Sie wird über diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt einen besonderen Beschluß fassen, der sich darauf stützen wird, was die Vorbereitungskommission erreicht hat, um die internationale Ordnung für den Meeresboden für alle annehmbar zu machen, wobei sich das Hauptaugenmerk auf die Fragen konzentrieren wird, auf die oben bereits hingewiesen wurde.

Die belgische Regierung möchte auch daran erinnern, daß Belgien Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist, der es in bestimmten, von dem Übereinkommen erfaßten Bereichen Befugnisse übertragen hat; ausführliche Erklärungen über Art und Umfang der übertragenen Befugnisse werden zu gegebener Zeit im Einklang mit Anlage IX des Übereinkommens abgegeben.

Sie möchte ferner förmlich auf verschiedene Punkte hinweisen, die sie für besonders wichtig hält. Sie mißt den Bedingungen, denen das Recht der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer durch die Artikel 21 und 23 des Übereinkommens unterworfen wird, große Bedeutung bei, und sie beabsichtigt, dafür Sorge zu tragen, daß die in den einschlägigen internationalen Übereinkünften vorgeschriebenen Kriterien strikt angewendet werden, gleichviel, ob die Flaggenstaaten Vertragsparteien dieser Übereinkünfte sind oder nicht. Die Begrenzung der Breite des Küstenmeers, wie in Artikel 3 des Übereinkommens festgelegt, bestätigt und kodifiziert eine weitverbreitete Gepflogenheit, die jeder Staat achten muß, da sie als einzige vom Völkerrecht zugelassen ist: Die Regierung des Königreichs Belgien wird daher Gewässer, die jenseits von 12 Seemeilen, gemessen von den Basislinien, die der Anrainerstaat in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen festlegt, liegen und als Küstenmeer beansprucht werden oder werden können, nicht als Küstenmeer anerkennen. Die Regierung des Königreichs Belgien unterstreicht den engen Zusammenhang, den sie zwischen Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 27 Absatz 2 des Übereinkommens sieht, und beabsichtigt, sich das Recht vorzubehalten, in dringenden Fällen und insbesondere in Fällen eines eklatanten Verstoßes die dem Anrainerstaat nach Artikel 27 Absatz 2 zustehenden Befugnisse auszuüben, ohne zuvor einen Diplomaten oder Konsularbeamten des Flaggenstaats zu benachrichtigen, mit der Maßgabe, daß eine solche Benachrichtigung erfolgt, sobald sie technisch möglich ist. Schließlich wird jeder verstehen, daß die Regierung des Königreichs Belgien auf diejenigen Bestimmungen des Übereinkommens besonderen Wert legt, die sie berechtigen, sich über die Grenze des Küstenmeers hinaus gegen jede drohende Verschmutzung zu schützen und insbesondere gegen jede bereits vorhandene Verschmutzung infolge eines Unfalls auf See, sowie auf diejenigen Bestimmungen, welche die Gültigkeit von Rechten und Pflichten aus bestimmten Übereinkünften und Vereinbarungen anerkennen, die zur Förderung der allgemeinen Grundsätze des Übereinkommens bereits zuvor geschlossen wurden oder später geschlossen werden.

In Ermangelung eines anderen friedlichen Mittels, dem sie natürlich den Vorzug gäbe, hält es die Regierung des Königreichs Belgien für sinnvoll, eines der folgenden Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens zu wählen, wie es ihr nach Artikel 287 des Übereinkommens freisteht, und zwar in folgender Reihenfolge:

1. ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII gebildetes Schiedsgericht;
2. den in Übereinstimmung mit Anlage VI errichteten Internationalen Seegerichtshof;
3. den Internationalen Gerichtshof.

Wiederum in Ermangelung jedes anderen friedlichen Mittels erkennt die Regierung des Königreichs Belgien hier und heute die Gültigkeit des besonderen Schiedsverfahrens für jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens in bezug auf die Fischerei, den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt, die wissenschaftliche Meeresforschung oder die Schiffahrt einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen an.

Einstweilen wünscht die belgische Regierung nicht, eine Erklärung im Einklang mit Artikel 298 abzugeben, und beschränkt sich auf die vorstehend nach Artikel 287 abgegebene Erklärung. Schließlich betrachtet sich die Regierung des Königreichs Belgien durch die Erklärungen, die andere Staaten bei der Unterzeichnung oder Ratifikation des Übereinkommens abgegeben haben oder abgeben werden, nicht als gebunden und behält sich das Recht vor, erforderlichenfalls ihre Haltung in bezug auf jede von ihnen zu gegebener Zeit neu zu bestimmen.

5. Bolivien

1. Das Seerechtsübereinkommen ist eine verbesserungsfähige Übereinkunft und bedarf nach seinen eigenen Bestimmungen der Änderung. Als Vertragspartei wird

Bolivien zu gegebener Zeit Vorschläge und Änderungen vorbringen, die mit seinen nationalen Interessen im Einklang stehen.

2. Bolivien ist zuversichtlich, daß das Übereinkommen in naher Zukunft die gemeinsame Erschließung der Ressourcen des Meeresbodens auf der Grundlage gleicher Chancen und Rechte für alle Nationen, insbesondere der Entwicklungsländer, gewährleisten wird.
3. Der freie Zugang zum und vom Meer, den das Übereinkommen Binnenstaaten einräumt, ist ein Recht, das Bolivien bereits aufgrund zweiseitiger Verträge ausübt und weiterhin aufgrund der in dem Übereinkommen enthaltenen Normen des positiven Völkerrechts ausüben wird.
4. Bolivien möchte zu Protokoll geben, daß es ein Land ist, das infolge eines Krieges und nicht wegen seiner natürlichen geographischen Lage keine Souveränität auf See hat, und daß es alle Rechte der Küstenstaaten aus dem Übereinkommen in Anspruch nehmen wird, sobald es die fragliche Rechtsstellung als Folge von Verhandlungen über die Rückgabe seines eigenen souveränen Zugangs zum Pazifischen Ozean wiedererlangt.

6. Brasilien

I) Brasilien unterzeichnet ad referendum und behält sich die Ratifikation im Einklang mit den brasilianischen verfassungsrechtlichen Verfahren vor, welche die Zustimmung des Nationalkongresses einschließen.

II) Die brasilianische Regierung geht davon aus, daß die Ordnung, die in dem an die Küste Brasiliens angrenzenden Meeresgebiet praktisch angewandt wird, mit dem Übereinkommen im Einklang steht.

III) Die brasilianische Regierung geht davon aus, daß Artikel 301, der jede „Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet oder sonst mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar ist", insbesondere auf die Meeresgebiete unter der Souveränität oder Hoheitsgewalt des Küstenstaats Anwendung findet.

IV) Die brasilianische Regierung geht davon aus, daß das Übereinkommen andere Staaten nicht ermächtigt, ohne Zustimmung des Küstenstaats in der ausschließlichen Wirtschaftszone militärische Übungen oder Manöver abzuhalten, insbesondere solche, die mit dem Einsatz von Waffen oder Sprengstoffen einhergehen.

V) Die brasilianische Regierung geht davon aus, daß der Küstenstaat im Einklang mit dem Übereinkommen in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel das ausschließliche Recht hat, ausnahmslos jede Art von Anlage oder Bauwerk, ungeachtet ihrer Art oder ihres Zweckes, zu errichten und deren Errichtung, Betrieb und Nutzung zu genehmigen und zu regeln.

VI) Brasilien übt souveräne Rechte über den Festlandsockel über die Entfernung von zweihundert Seemeilen von den Basislinien hinaus bis zur äußeren Kante des Festlandrands aus, wie er in Artikel 76 definiert ist.

VII) Die brasilianische Regierung behält sich das Recht vor, zu gegebener Zeit die in den Artikeln 287 und 298 vorgesehenen Erklärungen betreffend die Beilegung von Streitigkeiten abzugeben.

7. Chile

In Ausübung des durch Artikel 310 des Übereinkommens verliehenen Rechts möchte die Delegation Chiles zunächst in vollem Umfang die Erklärung bekräftigen, die sie auf der Tagung [im April 1982] abgegeben hat, auf der das Übereinkommen angenommen wurde; die Erklärung ist im Dokument A/CONF.62/SR.164 abgedruckt. Insbesondere [möchte sie] auf den zentralen Rechtsgedanken des Übereinkommens [hinweisen], nämlich den der Erstreckung der ausschließlichen Wirtschaftszone auf 200 Meilen, zu dessen Gestaltung [Chile] einen wichtigen Beitrag geleistet hat, war es doch der erste, der vor 35 Jahren im Jahr 1947 diesen Gedanken aussprach und später geholfen hat, ihn näher zu bestimmen und ihm internationale Anerkennung zu verschaffen. Die ausschließliche Wirtschaftszone hat einen Rechtscharakter sui generis, der sich von dem des Küstenmeers und der Hohen See unterscheidet. Sie ist eine Zone, die nationalen Hoheitsbefugnissen untersteht, über die der Küstenstaat wirtschaftliche Souveränität ausübt und in der Drittstaaten die Freiheit der Schiffahrt und des Überflugs sowie die Freiheiten genießen, die der internationalen Nachrichtenübermittlung eigen sind. Das Übereinkommen bestimmt sie als ein Meeresgebiet unter den Hoheitsbefugnissen des Küstenstaats, gebunden an dessen Souveränität und tatsächliches Hoheitsgebiet unter ähnlichen Bedingungen wie diejenigen, die für andere Meeresgebiete, nämlich das Küstenmeer und den Festlandsockel, gelten. In bezug auf Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen, möchte die Delegation Chiles die von ihr im vergangenen April abgegebene Erklärung, die in dem genannten Dokument A/CONF.62/SR.164 abgedruckt ist, sowie den Inhalt der in Dokument A/CONF. 62/SR.164 enthaltenen zusätzlichen schriftlichen Erklärung vom 7. April 1982 in vollem Umfang bekräftigen und wiederholen.

Hinsichtlich der völkerrechtlichen Ordnung für den Meeresboden [möchte die Delegation Chiles] die von der Gruppe der 77 auf ihrer Tagung [vom April 1982] abgegebene Erklärung bezüglich des Rechtsbegriffs des gemeinsamen Erbes der Menschheit wiederholen, dessen Existenz von der Generalversammlung 1970 im Konsens feierlich bekräftigt wurde und den das Übereinkommen als Teil des jus cogens definiert. Jede Handlung, die gegen diesen Grundsatz verstößt und sich außerhalb des Rahmens der Ordnung für den Meeresboden bewegt, wäre, wie die Debatte [im April 1982] zeigte, in jeder Hinsicht ungültig und rechtswidrig.

8. Costa Rica

Die Regierung von Costa Rica erklärt, daß die Bestimmungen costaricanischen Rechts, nach denen fremde Schiffe Lizenzgebühren entrichten müssen, um in der ausschließlichen Wirtschaftszone fischen zu dürfen, auch auf die Befischung weit wandernder Arten entsprechend den Artikeln 62 und 64 Absatz 2 des Übereinkommens Anwendung finden.

9. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Anläßlich der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen erklärt die Europäische

Wirtschaftsgemeinschaft, daß nach ihrer Auffassung das Übereinkommen im Rahmen des Seerechts einen wichtigen Versuch zur Kodifizierung und Weiterentwicklung des Völkerrechts in denjenigen Bereichen darstellt, auf die sich ihre Erklärung nach Anlage IX Artikel 2 des Übereinkommens bezieht. Die Gemeinschaft möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß sich diese Entwicklung als nützliches Mittel zur Förderung der Zusammenarbeit und stabiler Beziehungen zwischen allen Ländern in diesen Bereichen erweisen wird.

Die Gemeinschaft vertritt jedoch die Auffassung, daß wichtige Bestimmungen des Teiles XI des Übereinkommens der Entwicklung der Tätigkeiten, auf die sich dieser Teil bezieht, nicht dienlich sind, angesichts der Tatsache, daß mehrere Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bereits die Ansicht vertreten haben, dieser Teil enthalte beträchtliche Mängel und Fehler, die der Berichtigung bedürfen. Die Gemeinschaft erkennt die Bedeutung der noch zu leistenden Arbeit an und hofft, daß für die Durchführung einer Ordnung für den Meeresbodenbergbau Bedingungen vereinbart werden können, die für alle annehmbar und deshalb geeignet sind, die Tätigkeiten im Bereich des internationalen Meeresbodens zu fördern. Die Gemeinschaft wird im Rahmen ihrer Zuständigkeit ihren vollen Anteil dazu beitragen, zufriedenstellende Lösungen zu finden.

Ein besonderer Beschluß über die förmliche Bestätigung wird zu einem späteren Zeitpunkt zu treffen sein. Er wird im Licht der Ergebnisse der Bemühungen um ein weltweit annehmbares Übereinkommen getroffen werden.

Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaften in bezug auf die durch das Seerechtsübereinkommen geregelten Angelegenheiten (Erklärung nach Anlage IX Artikel 2 des Übereinkommens):

Anlage IX Artikel 2 des Seerechtsübereinkommens schreibt vor, daß die Teilnahme einer internationalen Organisation vorbehaltlich einer Erklärung erfolgt, in der die Organisation die durch das Übereinkommen geregelten Angelegenheiten, für die ihre Mitgliedstaaten ihr Zuständigkeit übertragen haben, aufführt.

Die Europäischen Gemeinschaften wurden durch die Verträge von Paris und Rom gegründet, die am 18. April 1951 beziehungsweise am 25. März 1957 unterzeichnet wurden. Nach der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten traten die Verträge am 25. Juli 1952 beziehungsweise am 1. Januar 1958 in Kraft.

Im Einklang mit der genannten Bestimmung ist in dieser Erklärung die Zuständigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die durch das Übereinkommen geregelten Angelegenheiten angegeben.

Die Gemeinschaft weist darauf hin, daß ihre Mitgliedstaaten ihr Zuständigkeit in bezug auf die Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen der Meeresfischerei übertragen haben. Auf dem Gebiet der Meeresfischerei obliegt es daher der Gemeinschaft, die einschlägigen Regeln und sonstigen Vorschriften zu erlassen (die von den Mitgliedstaaten durchgeführt werden) und externe Verpflichtungen mit Drittstaaten oder zuständigen internationalen Organisationen einzugehen.

Ferner haben die Mitgliedstaaten in bezug auf die Regeln und Vorschriften für den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt der Gemeinschaft Zuständigkeit übertragen, wie sie in den von der Gemeinschaft verabschiedeten Bestimmungen formuliert sind und durch ihre Beteiligung an bestimmten internationalen Übereinkünften zum Ausdruck kommen (siehe Anlage).

Hinsichtlich des Teiles X hat die Gemeinschaft bestimmte Befugnisse, da ihr Zweck darin besteht, auf der Grundlage einer Zollunion eine Wirtschaftsunion herbeizuführen.

Hinsichtlich des Teiles XI hat die Gemeinschaft Zuständigkeit in den Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik einschließlich der Bekämpfung unlauterer Wirtschaftspraktiken.

Die Ausübung der Zuständigkeit, welche die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft aufgrund der Verträge übertragen haben, unterliegt ihrer Natur nach ständiger Fortentwicklung. Demzufolge behält sich die Gemeinschaft das Recht vor, zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Erklärung abzugeben.

Mitglieder der Gemeinschaften sind derzeit das Königreich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, das Königreich Dänemark, die Französische Republik, die Griechische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen findet in bezug auf Angelegenheiten, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft übertragen wurden, auf die Hoheitsgebiete Anwendung, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewendet wird, und unter den Bedingungen, die in jenem Vertrag festgelegt sind.

Gemeinschaftstexte, die im Bereich des Schutzes und der Bewahrung der Meeresumwelt Anwendung finden und sich unmittelbar auf die durch das Übereinkommen geregelten Themen beziehen

Entscheidung des Rates vom 3. Dezember 1981 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Informationssystems zur Überwachung und Verringerung der Ölverschmutzung des Meeres (81/971/EWG) (Amtsblatt Nr. L 355, 10. 12. 1981, S. 52).

Richtlinie des Rates vom 4. Mai 1976 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft (76/464/EWG) (Amtsblatt Nr. L 129, 18. 5. 1976, S. 23).

Richtlinie des Rates vom 16. Juni 1975 über die Altölbeseitigung (75/439/EWG) (Amtsblatt Nr. L 194, 25. 7. 1975, S. 23).

Richtlinie des Rates vom 20. Februar 1978 über Abfälle aus der Titandioxid-Produktion (78/176/EWG) (Amtsblatt Nr. L 54, 25. 2. 1978, S. 19).

Richtlinie des Rates vom 30. Oktober 1979 über die Qualitätsforderungen an Muschelgewässer (79/923/EWG) (Amtsblatt Nr. L 281, 10. 11. 1979, S. 47).

Richtlinie des Rates vom 22. März 1982 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Quecksilberableitungen aus dem Industriezweig Alkalichloridelektrolyse (82/176/EWG) (Amtsblatt Nr. L 81, 27. 3. 1982, S. 29).

Richtlinie des Rates vom 26. September 1983 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Cadmiumableitungen (83/513/EWG) (Amtsblatt Nr. L 291, 24. 10. 1983, S. 1 ff.).

Richtlinie des Rates vom 8. März 1984 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Quecksilberableitungen mit Ausnahme des Industriezweigs Alkalichloridelektrolyse (84/156/EWG) (Amtsblatt Nr. L 74, 17. 3. 1984, S. 49 ff.).

Die Gemeinschaft hat ferner folgende Übereinkommen geschlossen:

Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus (Beschluß des Rates vom 3. März 1975 (75/437/EWG vom 3. März 1975, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. L 194, 25. 7. 1975, S. 5).

Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (Beschluß des Rates vom 11. Juni 1981, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. L 171, 27. 6. 1981, S. 11).

Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung sowie das Protokoll zur Verhütung der Verschmutzung des Mittelmeers durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge (Beschluß des Rates 77/585/EWG vom 25. Juli 1977, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 240, 19. 9. 1977, S. 1).

Protokoll über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen (Beschluß des Rates 81/420/EWG vom 19. Mai 1981, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. L 162, 19. 6. 1981, S. 4).

Protokoll vom 2. und 3. April 1983 über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers (Amtsblatt Nr. L 68/36, 10. 3. 1984).

10. Finnland

Die Regierung von Finnland geht davon aus, daß die in Artikel 35 Buchstabe c des Übereinkommens vorgesehene Ausnahme von der Ordnung für die Transitdurchfahrt durch Meerengen auf die Meerenge zwischen Finnland (Åland-Inseln) und Schweden Anwendung findet. Da die Durchfahrt durch diese Meerenge teilweise durch eine lange bestehende und in Kraft befindliche internationale Übereinkunft geregelt ist, bleibt die gegenwärtige Rechtsordnung in dieser Meerenge nach Inkrafttreten des Übereinkommens unverändert.

In bezug auf die Teile des Übereinkommens, die sich auf die friedliche Durchfahrt durch das Küstenmeer beziehen, beabsichtigt die Regierung von Finnland, die derzeitige Ordnung für die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe und anderer Staatsschiffe, die nicht zu Handelszwecken eingesetzt werden, durch das finnische Küstenmeer weiterhin anzuwenden, da diese Ordnung mit dem Übereinkommen in völligem Einklang steht.

11. Frankreich

1. Die Bestimmungen des Übereinkommens, die sich auf den Status der verschiedenen Meeresgebiete und auf die Rechtsordnung für die Nutzung und den Schutz der Meeresumwelt beziehen, bekräftigen und bestätigen die allgemeinen Regeln des Seerechts und berechtigen daher die Französische Republik, fremde Gesetze oder Vorschriften, die mit diesen allgemeinen Regeln nicht vereinbar sind, als gegen sich nicht durchsetzbar zu betrachten.
2. Die Bestimmungen des Übereinkommens, die sich auf das Gebiet des Meeresbodens jenseits der Grenzen nationaler Hoheitsbefugnisse beziehen, weisen beträchtliche Mängel und Fehler in bezug auf die Erforschung und Ausbeutung des genannten Gebiets auf; sie bedürfen der Berichtigung seitens der Vorbereitungskommission durch die Annahme von Entwürfen für Regeln, Vorschriften und Verfahren, welche die Bildung und die reibungslose Tätigkeit der Internationalen Meeresbodenbehörde gewährleisten.

   Zu diesem Zweck muß innerhalb der Vorbereitungskommission jede erdenkliche Anstrengung unternommen werden, um entsprechend dem in Regel 37 der Geschäftsordnung der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen festgelegten Verfahren in jeder Sachfrage allgemeine Übereinstimmung zu erzielen.
3. In bezug auf Artikel 140 ist die Unterzeichnung des Übereinkommens durch Frankreich nicht so auszulegen, als bedeute sie eine Änderung seiner Haltung in bezug auf die Resolution 1514 (XV).

4. Artikel 230 Absatz 2 des Übereinkommens schließt einstweilige oder vorbeugende Maßnahmen gegen die für den Betrieb fremder Schiffe Verantwortlichen, wie etwa die Außerbetriebnahme des Schiffes, nicht aus. Sie schließen auch die Verhängung anderer Strafen als Geldstrafen für jede vorsätzliche schwere Verschmutzungshandlung nicht aus.

12. Griechenland

Auslegungserklärung zum Thema Meerengen:

Die vorliegende Erklärung betrifft Teil III über „Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen", und insbesondere die praktische Anwendung der Artikel 36, 38, 41 und 42 des Seerechtsübereinkommens. In Gebieten mit zahlreichen verstreuten Inseln, die eine große Anzahl alternativer Meerengen bilden, welche in Wirklichkeit einem und demselben internationalen Schiffahrtsweg dienen, geht Griechenland davon aus, daß der betreffende Küstenstaat für die Festlegung des oder der Seewege in den genannten alternativen Meerengen verantwortlich ist, welche die Schiffe und Luftfahrzeuge von Drittstaaten im Rahmen der Ordnung für die Transitdurchfahrt derart durchfahren beziehungsweise durchfliegen können, daß einerseits die Erfordernisse der internationalen Schiffahrt und des Überflugs und andererseits die Mindestsicherheitsvorschriften sowohl der Schiffe als auch der Luftfahrzeuge im Transitverkehr, sowie des Küstenstaats erfüllt werden.

13. Guinea

Die Regierung der Republik Guinea behält sich das Recht vor, jeden Artikel des Übereinkommens im Zusammenhang und unter gebührender Berücksichtigung der Souveränität Guineas und seiner territorialen Unversehrtheit, wie sie zu Land, zu Wasser und in der Luft gilt, auszulegen.

14. Irak

Nach Artikel 310 des Übereinkommens und im Hinblick auf die Angleichung irakischer Gesetze und sonstiger Vorschriften an die Bestimmungen des Übereinkommens hat die Republik Irak beschlossen, folgende Erklärung abzugeben:

1. Die Unterzeichnung bedeutet nicht die Anerkennung Israels und schließt keine Beziehung zu Israel ein.
2. Irak legt die Bestimmungen über jede Art der in Teil III des Übereinkommens bezeichneten Meerengen so aus, daß sie auch für die Schiffahrt zwischen Inseln in der Nähe solcher Meerengen gelten, wenn die Schiffahrtsstraßen, die in diese Meerengen hinein- oder aus ihnen herausführen und die von der zuständigen internationalen Organisation festgelegt sind, sich in der Nähe solcher Inseln befinden.

15. Iran

Verständniserklärung:

In Übereinstimmung mit Artikel 310 des Seerechtsübereinkommens benutzt die Regierung der Islamischen Republik Iran den feierlichen Anlaß der Unterzeichnung des Übereinkommens, um ihr „Verständnis" in bezug auf einzelne Bestimmungen des Übereinkommens zu Protokoll zu geben. Hauptzweck dieser Erklärungen ist es, zu vermeiden, daß folgende Artikel in Zukunft vielleicht in einer Weise ausgelegt werden, die mit den ursprünglichen Absichten und früheren Haltungen der Islamischen Republik Iran nicht vereinbar ist oder zu ihren innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften im Widerspruch steht.

Nach dem Verständnis der Islamischen Republik Iran gilt folgendes:

1. Ungeachtet der Absicht, das Übereinkommen zu einem allgemein anwendbaren und rechtsetzenden Instrument zu machen, sind einige seiner Bestimmungen lediglich das Ergebnis gegenseitiger Zugeständnisse; sie dienen nicht notwendigerweise dazu, bestehende Gewohnheiten oder althergebrachte Gebräuche (Übungen), die als verbindlich betrachtet werden, zu kodifizieren. Es erscheint daher selbstverständlich und mit Artikel 34 des Wiener Übereinkommens von 1969 über das Recht der Verträge übereinstimmend zu sein, daß nur den Staaten, die Vertragsparteien des Seerechtsübereinkommens sind, die vertraglichen Rechte aus dem Übereinkommen zugute kommen.

   Diese Überlegungen beziehen sich insbesondere (jedoch nicht ausschließlich) auf folgendes:

   - Das Recht der Transitdurchfahrt durch Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen (Teil III Abschnitt 2 Artikel 38);
   - den Begriff der „ausschließlichen Wirtschaftszone" (Teil V);
   - alle Angelegenheiten betreffend den internationalen Meeresboden und den Begriff „Gemeinsames Erbe der Menschheit" (Teil XI).
2. In Anbetracht des Völkergewohnheitsrechts erkennt Artikel 21 in Verbindung mit Artikel 19 (Bedeutung der friedlichen Durchfahrt) und Artikel 25 (Schutzrechte des Küstenstaates) die Rechte der Küstenstaaten (wenn auch nur stillschweigend) an, Maßnahmen zum Schutz ihrer Sicherheitsinteressen zu treffen, darunter die Annahme von Gesetzen und sonstigen Vorschriften, unter anderem im Hinblick auf die vorherige Genehmigung für Kriegsschiffe, die das Recht der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer in Anspruch nehmen wollen.
3. Das in Artikel 125 genannte Recht der Binnenstaaten auf Zugang zum und vom Meer und Transitfreiheit leitet sich von der gegenseitigen Einwilligung der betreffenden Staaten her, gestützt auf den Grundsatz der Gegenseitigkeit.
4. Artikel 70 betreffend das Recht der geographisch benachteiligten Staaten berührt nicht das ausschließliche Recht der Küstenstaaten, die an umschlossenen oder halbumschlossenen Meeren (wie Persischer Golf und Meer von Oman) liegen und eine große Bevölkerung haben, welche im wesentlichen von relativ geringen Beständen lebender Ressourcen in diesen Regionen abhängig ist.
5. Kleine Inseln, die in umschlossenen und halbumschlossenen Meeren liegen und für die menschliche Besiedlung geeignet sind oder ein wirtschaftliches Eigenleben zulassen, jedoch aufgrund klimatischer Bedingungen, mangelnder Ressourcen oder anderer Beschränkungen noch auf den Weg zur Entwicklung zu bringen sind, fallen unter Artikel 121 Absatz 2 betreffend die „Ordnung der Inseln" und werden daher in die Abgrenzung verschiedener Meereszonen der betroffenen Küstenstaaten in vollem Umfang einbezogen.

Des weiteren unterstützt die Regierung der Islamischen Republik Iran zwar in bezug auf obligatorische Verfahren, die zu bindenden Entscheidungen führen, uneingeschränkt den Gedanken der Beilegung sämtlicher internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel und erkennt an, daß es notwendig und wünschenswert ist, strittige Fragen im Zusammenhang mit der Auslegung und Anwendung des Seerechtsübereinkommens in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verstehens und der Zusammenarbeit zu lösen, doch wird sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht hinsichtlich der Wahl eines Verfahrens nach den Artikeln 287 und 298 festlegen und behält es sich vor, zu gegebener Zeit eine Erklärung über ihre Haltung abzugeben.

16. Italien

Bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 erklärt Italien, daß nach seiner Auffassung Teil XI und die Anlagen III und IV beträchtliche Fehler und Mängel enthalten, die der Berichtigung seitens der Vorbereitungskommission der Internationalen Meeresbodenbehörde und des Internationalen Seegerichtshofs durch die Annahme geeigneter Entwürfe für Regeln, Vorschriften und Verfahren bedürfen.

Italien möchte ferner folgende in seiner schriftlichen Erklärung vom 7. März 1983 enthaltenen Punkte bestätigen:

- Entsprechend dem Übereinkommen genießt der Küstenstaat in der ausschließlichen Wirtschaftszone keine Residualrechte. Insbesondere schließen die Rechte und Hoheitsbefugnisse eines Küstenstaats in dieser Zone nicht das Recht ein, über militärische Übungen oder Manöver benachrichtigt zu werden, oder diese zu genehmigen.

  Überdies beschränken sich die Rechte des Küstenstaats zur Errichtung, zum Betrieb und zur Nutzung von Anlagen und Bauwerken in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel auf die Arten von Anlagen und Bauwerken, die in Artikel 60 des Übereinkommens aufgeführt sind.

- Keine Bestimmung des Übereinkommens, das in dieser Frage dem Völkergewohnheitsrecht entspricht, ist so aufzufassen, als berechtige sie den Küstenstaat, die friedliche Durchfahrt bestimmter Arten fremder Schiffe von einer vorherigen Zustimmung oder Benachrichtigung abhängig zu machen.

17. Jemen

1. Die Jemenitische Arabische Republik hält an den Regeln des allgemeinen Völkerrechts fest betreffend die Rechte der nationalen Souveränität über Küstenhoheitsgewässer, auch im Fall der Gewässer einer Meerenge, die zwei Meere verbinden.
2. Die Jemenitische Arabische Republik hält an dem Gedanken des allgemeinen Völkerrechts fest betreffend die freie Durchfahrt, der sich ausschließlich auf Handelsschiffe und -luftfahrzeuge bezieht; Schiffe und Luftfahrzeuge mit Kernenergieantrieb sowie Kriegsschiffe und Militärluftfahrzeuge im allgemeinen müssen im Einklang mit den feststehenden Normen des allgemeinen Völkerrechts in bezug auf die nationale Souveränität die vorherige Zustimmung der Jemenitischen Arabischen Republik einholen, bevor sie deren Hoheitsgewässer durchqueren.
3. Die Jemenitische Arabische Republik bekräftigt ihre nationale Souveränität über alle Inseln im Roten Meer und im Indischen Ozean, die seit der Zeit, da Jemen und die arabischen Staaten unter türkischer Verwaltung standen, ihre Nebengebiete sind.
4. Die Jemenitische Arabische Republik erklärt, daß ihre Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens nach Maßgabe dieser Erklärung und des Abschlusses der geltenden verfassungsrechtlichen Verfahren erfolgt.

Die Tatsache, daß wir das genannte Übereinkommen unterzeichnet haben, bedeutet nicht, daß wir Israel anerkennen oder mit ihm in Beziehungen treten.

18. Kap Verde

Die Regierung der Republik Kap Verde unterzeichnet das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen mit folgender Maßgabe:

I. Dieses Übereinkommen erkennt das Recht der Küstenstaaten an, Maßnahmen zum Schutz ihrer Sicherheitsinteressen zu ergreifen, darunter das Recht, Gesetze und sonstige Vorschriften betreffend die friedliche Durchfahrt fremder Kriegsschiffe durch ihr Küstenmeer oder ihre Archipelgewässer anzunehmen. Dieses Recht steht in völligem Einklang mit den Artikeln 19 und 25 des Übereinkommens, wie der Präsident der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in seiner Erklärung auf der Plenarsitzung der Konferenz vom 26. April 1982 unmißverständlich feststellte.

II. Die Bestimmungen des Übereinkommens, die sich auf die Archipelgewässer, das Küstenmeer, die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel beziehen, stehen mit den grundsätzlichen Zwecken und Zielen im Einklang, die der Gesetzgebung der Republik Kap Verde in bezug auf ihre Souveränität und ihre Hoheitsbefugnisse über die an ihre Küsten angrenzenden und in Küstennähe gelegenen Meere sowie über den Meeresboden und seinen Untergrund bis zu einer Entfernung von 200 Meilen zugrunde liegen.

III. Die in dem Übereinkommen definierte Rechtsnatur der ausschließlichen Wirtschaftszone, und der Umfang der dem Küstenstaat durch das Übereinkommen zuerkannten Rechte lassen keinen Zweifel daran, daß es sich im Unterschied zum Küstenmeer um eine Zone nationaler Hoheitsbefugnisse „sui generis" handelt, die nicht Teil der Hohen See ist.

IV. Die Regelung der Nutzungen oder Tätigkeiten, die in dem Übereinkommen nicht ausdrücklich vorgesehen sind, aber mit den souveränen Rechten und Hoheitsbefugnissen des Küstenstaats in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone im Zusammenhang stehen, fällt in die Zuständigkeit des besagten Staates, sofern die Regelung die Wahrnehmung der anderen Staaten zuerkannten Freiheiten der internationalen Nachrichtenübermittlung nicht behindert.

V. In der ausschließlichen Wirtschaftszone schließt die Wahrnehmung der Freiheiten der internationalen Nachrichtenübermittlung entsprechend der Begriffsbestimmung und anderen einschlägigen Bestimmun-

gen des Übereinkommens jede nichtfriedliche Nutzung ohne Zustimmung des Küstenstaats aus, wie etwa Übungen mit Waffen oder sonstige Tätigkeiten, welche die Rechte oder Interessen des besagten Staates berühren können; sie schließt auch die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit, den Frieden oder die Sicherheit des Küstenstaats aus.

VI. Dieses Übereinkommen berechtigt einen Staat nicht, in der ausschließlichen Wirtschaftszone eines anderen Staates Anlagen oder Bauwerke, wie sie im Übereinkommen vorgesehen sind, oder anderer Art, ohne Zustimmung des Küstenstaats zu errichten, zu betreiben oder zu nutzen.

VII. In Übereinstimmung mit allen einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens sind dort, wo derselbe Bestand oder Bestände miteinander vergesellschafteter Arten sowohl innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone als auch in einem seewärts an sie angrenzenden Gebiet vorkommen, die Staaten, die solche Bestände in dem angrenzenden Gebiet befischen, verpflichtet, mit dem Küstenstaat Absprachen über die Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung dieses Bestands oder dieser Bestände miteinander vergesellschafteter Arten erforderlich sind.

19. Katar

Der Staat Katar erklärt, daß seine Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens nicht die Anerkennung Israels oder eines Verhaltens gegenüber Israel mit sich bringt und auch nicht zur Aufnahme von Beziehungen mit Israel führt, die durch das Übereinkommen geregelt sind oder sich aus der Durchführung seiner Bestimmungen ergeben.

20. Kuba

Bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens erklärt die kubanische Delegation, daß sie, da sie erst vor wenigen Stunden in den Besitz des endgültigen Wortlauts des Übereinkommens gelangt ist, die Abgabe von ihr geeignet erscheinenden Erklärungen zu den folgenden Artikeln bis zum Zeitpunkt der Ratifikation zurückstellt:

287 – Wahl des Verfahrens für die Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchführung des Übereinkommens;

292 – sofortige Freigabe von Schiffen und ihren Besatzungen;

298 – fakultative Ausnahmen der Anwendbarkeit des Abschnitts 2;

sowie jede von ihr als angemessen erachtete Erklärung im Einklang mit Artikel 310 des Übereinkommens.

21. Luxemburg

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg hat beschlossen, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen zu unterzeichnen, weil es im Zusammenhang mit dem Seerecht einen wesentlichen Beitrag zur Kodifizierung und Weiterentwicklung des Völkerrechts darstellt.

Gleichwohl sind nach Auffassung der Regierung von Luxemburg einige Bestimmungen des Teiles XI und der Anlagen III und IV des Übereinkommens mit schwerwiegenden Mängeln und Fehlern behaftet, die im übrigen erklären, weshalb auf der letzten Tagung der Dritten Seerechtskonferenz im April 1982 in New York ein Konsens über den Wortlaut nicht erreicht werden konnte.

Diese Mängel und Fehler betreffen insbesondere die obligatorische Weitergabe von Technologie sowie die Kosten und die Finanzierung der künftigen Meeresbodenbehörde und der ersten Abbaustätte des Unternehmens. Sie werden durch die von der Vorbereitungskommission aufzustellenden Regeln, Vorschriften und Verfahren zu berichtigen sein. Die Regierung von Luxemburg erkennt an, daß die noch zu bewältigende Arbeit von großer Wichtigkeit ist, und hofft, daß Einvernehmen über die Modalitäten für die Durchführung eines allgemein annehmbaren und somit der Förderung der Tätigkeiten des internationalen Gebiets des Meeresbodens dienlichen Meeresbodenbergbaus erzielt werden kann.

Wie die Vertreter Frankreichs und der Niederlande bereits vor zwei Jahren hervorhoben, möchte meine Regierung unmißverständlich deutlich machen, daß das Großherzogtum Luxemburg ungeachtet seiner Entscheidung, das Übereinkommen heute zu unterzeichnen, hier und heute zur Ratifikation noch nicht entschlossen ist.

Es wird über diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt einen besonderen Beschluß fassen, der sich darauf stützen wird, was die Vorbereitungskommission erreicht hat, um die internationale Ordnung für den Meeresboden für alle annehmbar zu machen.

Meine Regierung möchte auch daran erinnern, daß Luxemburg Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist und als solches der Gemeinschaft in bestimmten von dem Übereinkommen erfaßten Bereichen Befugnisse übertragen hat. Ausführliche Erklärungen über Art und Umfang der übertragenen Befugnisse werden zu gegebener Zeit im Einklang mit Anlage IX des Übereinkommens abgegeben.

Wie andere Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft behält sich auch das Großherzogtum Luxemburg seine Stellungnahme zu allen Erklärungen vor, die auf der Schlußtagung der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in Montego Bay abgegeben wurden und möglicherweise Elemente zur Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen enthalten.

22. Mali

Bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen äußert die Republik Mali ihre unveränderte Überzeugung, daß die Interessen aller Völker miteinander verknüpft sind und die internationale Zusammenarbeit insbesondere auf gegenseitiger Achtung, Gleichberechtigung und Solidarität auf internationaler, regionaler und subregionaler Ebene sowie auf positiven gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Staaten beruhen muß.

Sie wiederholt daher ihre Erklärung vom 30. April 1982 und bekräftigt erneut, daß das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, an dessen Aushandlung und Annahme die Regierung von Mali in redlicher Absicht mitgewirkt hat, eine verbesserungsfähige völkerrechtliche Übereinkunft darstellt.

Die Unterzeichnung des Übereinkommens durch Mali läßt jedoch den bereits erfolgten oder künftigen Abschluß an-

derer Übereinkünfte durch die Republik Mali, die eine Verbesserung ihres Status als geographisch benachteiligter Staat und als Binnenstaat zum Ziel haben, unberührt. Sie läßt auch die Einzelheiten einer von der Regierung der Republik Mali gegebenenfalls für notwendig erachteten Haltung zu Fragen des Seerechts nach Artikel 310 unberührt.

In jedem Fall hat die Unterzeichnung keine Auswirkung auf die Ausrichtung der Außenpolitik Malis oder die Rechte, die es aus seiner Souveränität aufgrund seiner Verfassung, der Charta der Vereinten Nationen und jeder anderen einschlägigen Regel des Völkerrechts herleitet.

23. Nicaragua

In Übereinstimmung mit Artikel 310 erklärt Nicaragua, daß die Anpassungen seines innerstaatlichen Rechtes, die erforderlich sein könnten, um es mit dem Übereinkommen in Einklang zu bringen, aus dem Prozeß des Verfassungswandels hervorgehen werden, den der revolutionäre Staat Nicaragua eingeleitet hat, wobei davon ausgegangen wird, daß das am 10. Dezember 1982 angenommene Übereinkommen und die Resolutionen von demselben Tag mit den Anlagen zum Übereinkommen ein unteilbares Ganzes darstellen.

Für die Zwecke der Artikel 287 und 298 sowie anderer Artikel betreffend die Auslegung und Anwendung des Übereinkommens wird die Regierung von Nicaragua, sofern und sobald die Umstände es erfordern, das durch das Übereinkommen eingeräumte Recht in Anspruch nehmen, weitere zusätzliche oder erläuternde Erklärungen abzugeben.

24. Oman

Die Regierung des Sultanats Oman geht davon aus, daß die Anwendung der Artikel 19, 25, 34, 38 und 45 des Übereinkommens einen Küstenstaat nicht daran hindern, geeignete Maßnahmen zu treffen, die zum Schutz seines Interesses an Frieden und Sicherheit erforderlich sind.

25. Philippinen

Bei der Unterzeichnung abgegebene und bei der Ratifikation bestätigte Verständniserklärung:

1. Die Unterzeichnung des Übereinkommens durch die Regierung der Republik der Philippinen beeinträchtigt oder berührt nicht die souveränen Rechte der Republik der Philippinen, die sich aufgrund und aus ihrer Verfassung ergeben.
2. Die Unterzeichnung berührt nicht die souveränen Rechte der Republik der Philippinen als Nachfolgerin der Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund und infolge des Vertrags von Paris vom 10. Dezember 1898 zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie des Vertrags von Washington vom 2. Januar 1930 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien.
3. Die Unterzeichnung mindert oder berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus dem Vertrag vom 30. August 1951 über gegenseitige Verteidigung zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten von Amerika und den dazugehörigen Auslegungsurkunden, noch die Rechte aus einem anderen einschlägigen zweiseitigen oder mehrseitigen Vertrag oder Übereinkommen, dessen Vertragspartei die Philippinen sind.
4. Die Unterzeichnung beeinträchtigt oder berührt nicht die Souveränität der Republik der Philippinen über ein Hoheitsgebiet, über das sie souveräne Gewalt ausübt, wie die Calayan-Inseln und die dazugehörigen Gewässer.
5. Das Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als ändere es einschlägige Gesetze und Präsidialverordnungen oder Proklamationen der Republik der Philippinen; die Regierung der Republik der Philippinen behält sich das Recht und die Befugnis vor, Änderungen dieser Gesetze, Verordnungen oder Proklamationen nach Maßgabe der Verfassung der Philippinen vorzunehmen.
6. Die Bestimmungen des Übereinkommens über die Archipeldurchfahrt auf Schiffahrtswegen heben die Souveränität der Philippinen als Archipelstaat über die Schiffahrtswege nicht auf und beeinträchtigen die Souveränität nicht; sie entziehen den Philippinen auch nicht die Befugnis, Rechtsvorschriften zum Schutz ihrer Souveränität, Unabhängigkeit und Sicherheit zu erlassen.
7. Der Begriff der Archipelgewässer ähnelt dem Begriff der inneren Gewässer nach der Verfassung der Philippinen; er nimmt Meerengen, die diese Gewässer mit der Wirtschaftszone oder der Hohen See verbinden, von dem Recht fremder Schiffe auf Transitdurchfahrt im Zusammenhang mit der internationalen Schiffahrt aus.
8. Das Einverständnis der Republik der Philippinen, sich der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten nach Artikel 298 in Übereinstimmung mit den in dem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren zu unterwerfen, ist nicht als Einschränkung der Souveränität der Philippinen zu betrachten.

26. Rumänien

1. Als geographisch benachteiligtes Land, das Anrainer eines an lebenden Ressourcen armen Meeres ist, bekräftigt Rumänien die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zur Ausbeutung der lebenden Ressourcen der Wirtschaftszonen auf der Grundlage gerechter und ausgewogener Übereinkünfte weiterzuentwickeln, welche den Zugang der Länder dieser Kategorie zu den Fischressourcen in den Wirtschaftszonen anderer Regionen oder Subregionen sicherstellen sollen.
2. Die Sozialistische Republik Rumänien bekräftigt das Recht der Küstenstaaten, Maßnahmen zum Schutz ihrer Sicherheitsinteressen zu treffen, darunter das Recht, innerstaatliche Gesetze und sonstige Vorschriften für die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe durch ihr Küstenmeer zu beschließen.

   Das Recht, solche Maßnahmen zu treffen, steht in vollem Einklang mit den Artikeln 19 und 25 des Übereinkommens; es wurde auch in der Erklärung des Präsidenten der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen auf der Plenarsitzung der Konferenz am 26. April 1982 dargelegt.
3. Die Sozialistische Republik Rumänien erklärt, daß nach den Erfordernissen der Billigkeit, die sich aus den Artikeln 74 und 83 des Seerechtsübereinkommens ergibt,

unbewohnte Inseln und Inseln ohne Wirtschaftsleben die Abgrenzung der Meeresgebiete, welche zur Festlandküste der Küstenstaaten gehören, nicht beeinflussen können.

27. São Tomé und Príncipe

I. Die Unterzeichnung des Übereinkommens durch die Regierung der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe berührt oder beeinträchtigt nicht die souveränen Rechte der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe, die in der Verfassung von São Tomé und Príncipe verankert sind und sich aus ihr ableiten.

II. Die Regierung der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe behält sich das Recht vor, Gesetze und sonstige Vorschriften über die friedliche Durchfahrt fremder Kriegsschiffe durch ihr Küstenmeer oder ihre Archipelgewässer zu erlassen und sonstige Maßnahmen zum Schutz ihrer Sicherheit zu treffen.

III. Die Regierung der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe vertritt die Auffassung, daß die Bestimmungen des Übereinkommens über Archipelgewässer, das Küstenmeer und die ausschließliche Wirtschaftszone mit den Rechtsvorschriften der Republik São Tomé und Príncipe hinsichtlich ihrer Souveränität und ihrer Hoheitsbefugnisse über das an ihre Küsten angrenzende Meeresgebiet vereinbar sind.

IV. Die Regierung der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe vertritt die Auffassung, daß in den Fällen, in denen der gleiche Bestand oder die gleichen Bestände miteinander vergesellschafteter Arten innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone oder in einem an diese angrenzenden Gebiet vorkommen, die Staaten, die solche Bestände in dem angrenzenden Gebiet befischen, aufgrund des Übereinkommens verpflichtet sind, mit dem Küstenstaat die Maßnahmen zu vereinbaren, die zur Erhaltung des Bestands oder der Bestände miteinander vergesellschafteter Arten erforderlich sind.

V. Die Regierung der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe behält sich im Einklang mit den diesbezüglichen Bestimmungen des Übereinkommens das Recht vor, Gesetze und sonstige Vorschriften zu erlassen, um die Erhaltung weit wandernder Arten zu gewährleisten und mit den Staaten zusammenzuarbeiten, deren Angehörige diese Arten befischen, damit die bestmögliche Nutzung dieser Arten gefördert wird.

28. Schweden

Die Regierung von Schweden geht davon aus, daß die in Artikel 35 Buchstabe c des Übereinkommens vorgesehene Ausnahme von der Ordnung für die Transitdurchfahrt durch Meerengen auf die Meerenge zwischen Schweden und Dänemark (Øresund) sowie auf die Meerenge zwischen Schweden und Finnland (Åland-Inseln) Anwendung findet. Da die Durchfahrt durch beide Meerengen ganz oder teilweise durch lange bestehende und in Kraft befindliche internationale Übereinkünfte geregelt ist, bleibt die gegenwärtige Rechtsordnung in den beiden Meerengen nach Inkrafttreten des Übereinkommens unverändert.

In bezug auf die Teile des Übereinkommens, die sich auf die friedliche Durchfahrt durch das Küstenmeer beziehen, beabsichtigt die Regierung von Schweden, die derzeitige Ordnung für die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe und anderer Staatsschiffe, die nicht zu Handelszwecken eingesetzt werden, durch das schwedische Küstenmeer weiterhin anzuwenden, da diese Ordnung mit dem Übereinkommen in völligem Einklang steht.

Die Regierung von Schweden geht ferner davon aus, daß das Übereinkommen nicht die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates berührt, die in dem am 18. Oktober 1907 in Den Haag angenommenen Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekriegs (Abkommen XIII) vorgesehen sind.

29. Sowjetunion

1. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß sie nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht als grundlegendes Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens wählt. Sie entscheidet sich für ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII gebildetes besonderes Schiedsgericht für die Behandlung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Fischerei, dem Schutz und der Bewahrung der Meeresumwelt, der wissenschaftlichen Meeresforschung und der Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und des Einbringens. Sie erkennt die in Artikel 292 vorgesehene Zuständigkeit des Internationalen Seegerichtshofs in Angelegenheiten bezüglich der sofortigen Freigabe zurückgehaltener Schiffe und Besatzungen an.
2. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß sie im Einklang mit Artikel 298 des Übereinkommens die obligatorischen Verfahren, die zu bindenden Entscheidungen führen, für die Behandlung von Streitigkeiten hinsichtlich der Abgrenzung der Meeresgebiete, von Streitigkeiten über militärische Handlungen oder von Streitigkeiten, bei denen der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die ihm durch die Charta der Vereinten Nationen übertragenen Aufgaben wahrnimmt, nicht anerkennt.

30. Spanien

1. Bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens erklärt die spanische Regierung, daß dieser Akt nicht als Anerkennung von Rechten oder Situationen im Zusammenhang mit Meeresgebieten von Gibraltar ausgelegt werden kann, die nicht in Artikel 10 des Vertrags von Utrecht vom 13. Juli 1713 zwischen der spanischen und der britischen Krone enthalten sind. Die spanische Regierung ist ferner der Auffassung, daß die Resolution III der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen im Fall der Kolonie Gibraltar, die gegenwärtig einen Entkolonisierungsprozeß durchläuft, in dem nur die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen gelten, keine Anwendung findet.
2. Die spanische Regierung legt die in Teil III des Übereinkommens festgelegte Ordnung so aus, daß sie mit dem Recht des Küstenstaats vereinbar ist, seine eigenen Luftverkehrsregeln im Luftraum über den Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen, zu erlassen

und anzuwenden, solange dies nicht die Transitdurchfahrt von Luftfahrzeugen behindert.

3. In bezug auf Artikel 39 Absatz 3 faßt sie die Worte „in der Regel" im Sinne von „außer in Fällen höherer Gewalt oder in Notfällen" auf.
4. In bezug auf Artikel 42 vertritt sie die Auffassung, daß Absatz 1 Buchstabe b sie nicht daran hindert, im Einklang mit dem Völkerrecht Gesetze und sonstige Vorschriften zu erlassen, die den allgemein anerkannten internationalen Vorschriften Wirksamkeit verleihen.
5. Die spanische Regierung legt die Artikel 69 und 70 des Übereinkommens dahin gehend aus, daß der Zugang der Flotten entwickelter Binnenstaaten und geographisch benachteiligter Staaten zur Fischerei in den Wirtschaftszonen von Drittstaaten davon abhängt, daß die fraglichen Küstenstaaten den Angehörigen anderer Staaten, die gewohnheitsmäßig in der betreffenden Wirtschaftszone Fischfang betrieben haben, zuvor den Zugang gestattet haben.
6. Sie legt Artikel 221 so aus, daß dem Küstenstaat einer Meerenge, die der internationalen Schiffahrt dient, die völkerrechtlich anerkannten Befugnisse, im Fall der in diesem Artikel bezeichneten Unfälle einzuschreiten, nicht entzogen werden.
7. Nach ihrer Auffassung muß Artikel 233 in jedem Fall in Verbindung mit Artikel 23 ausgelegt werden.
8. Nach ihrer Auffassung schließen unbeschadet des Artikels 297 betreffend die Beilegung von Streitigkeiten die Artikel 56, 61 und 62 des Übereinkommens die Möglichkeit aus, die Befugnisse des Küstenstaats, die zulässige Fangmenge, seine Fangkapazität und die Zuweisung von Überschüssen an andere Staaten zu bestimmen, als Ermessen zu betrachten.
9. Ihre Auslegung der Anlage III Artikel 9 geht dahin, daß diese Bestimmung die Beteiligung von Vertragsstaaten, deren industrielles Potential sie von einer unmittelbaren Beteiligung als Vertragsnehmer an der Ausbeutung der Ressourcen des Gebiets ausschließt, an den in Absatz 2 genannten gemeinschaftlichen Unternehmungen nicht verhindert.

31. Sudan

[1] Nach Artikel 310 des Übereinkommens wird die sudanesische Regierung die von ihr als notwendig erachteten Erklärungen abgeben, um ihre Haltung zu dem Inhalt einzelner Bestimmungen dieses Vertragswerks deutlich zu machen.

[2] [Sudan] möchte [die vom Präsidenten der Konferenz] auf der Plenarsitzung der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen am 26. April 1982 [abgegebene Erklärung] zu Artikel 21, der sich mit den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Küstenstaats über die friedliche Durchfahrt befaßt, bekräftigen, der zufolge die Rücknahme der seinerzeit von einer Reihe von Staaten vorgelegten Änderung das Recht der Küstenstaaten nicht beeinträchtigt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere um im Einklang mit Artikel 19 über die Bedeutung des Begriffs der „friedlichen Durchfahrt" und Artikel 25 über die Schutzrechte des Küstenstaats ihre Sicherheit zu schützen.

[3] Sudan möchte ferner erklären, daß nach seiner Auslegung die in Artikel 70 Absatz 2 enthaltene Bestimmung des Begriffs „geographisch benachteiligte Staaten" für alle Teile des Übereinkommens gilt, in denen dieser Begriff vorkommt.

[4] Die Tatsache, daß [Sudan] dieses Übereinkommen und die Schlußakte der Konferenz unterzeichnet, bedeutet nicht, daß [es] einen Staat anerkennt, den es nicht anerkannt hat oder zu dem es keine Beziehungen unterhält.

32. Südafrika

In Übereinstimmung mit Artikel 310 des Übereinkommens erklärt die südafrikanische Regierung, daß die Unterzeichnung dieses Übereinkommens durch Südafrika nicht bedeutet, daß Südafrika den Rat der Vereinten Nationen für Namibia oder dessen Zuständigkeit anerkennt, im Namen von Südwestafrika/Namibia zu handeln.

33. Ukraine

1. Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik erklärt, daß sie nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen als hauptsächliches Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht wählt. Für die Behandlung von Fragen betreffend Fischerei, Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, wissenschaftliche Meeresforschung und Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen, wählt die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII gebildetes besonderes Schiedsgericht. Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik erkennt die in Artikel 292 vorgesehene Zuständigkeit des Internationalen Seegerichtshofs für Fragen bezüglich der sofortigen Freigabe zurückgehaltener Schiffe oder ihrer Besatzung an.
2. Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik erklärt nach Artikel 298 des Übereinkommens, daß sie die obligatorischen Verfahren, die mit verbindlichen Entscheidungen einhergehen, für die Behandlung von Streitigkeiten über die Abgrenzung von Meeresgebieten, von Streitigkeiten über militärische Handlungen und von Streitigkeiten, bei denen der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die ihm durch die Charta der Vereinten Nationen übertragenen Aufgaben wahrnimmt, nicht anerkennt.

34. Uruguay

Bei der Unterzeichnung abgegebene und bei der Ratifikation bestätigte Erklärungen:

A) Die Bestimmungen des Übereinkommens über das Küstenmeer und die ausschließliche Wirtschaftszone stehen im Einklang mit den hauptsächlichen Zwecken und Grundsätzen, die der uruguayischen Gesetzgebung in bezug auf Uruguays Souveränität und Hoheitsbefugnisse über das an seine Küste angrenzende Meer, über dessen Boden und seinen Untergrund bis zu einer Grenze von 200 Meilen zugrunde liegen.

B) Die in dem Übereinkommen definierte Rechtsnatur der ausschließlichen Wirtschaftszone und der Umfang der dem Küstenstaat durch das Übereinkommen zuerkannten Rechte lassen keinen Zweifel daran, daß es sich im Unterschied zum Küstenmeer um eine Zone nationaler Hoheitsbefugnisse „sui generis" handelt, die nicht Teil der Hohen See ist.

C) Die Regelung der Nutzungen und Tätigkeiten, die in dem Übereinkommen nicht ausdrücklich vorgesehen sind (Residualrechte und -pflichten) im Zusammenhang mit den Souveränitätsrechten und Hoheitsbefugnissen des Küstenstaats in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone fällt in die Zuständigkeit des besagten Staates, sofern die Regelung die Wahrnehmung der anderen Staaten zuerkannten Freiheit der internationalen Nachrichtenübermittlung nicht verhindert.

D) In der ausschließlichen Wirtschaftszone schließt die Wahrnehmung der Freiheit der internationalen Nachrichtenübermittlung entsprechend der definierten Art und anderen einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens jede nichtfriedliche Nutzung ohne Zustimmung des Küstenstaats aus – z. B. militärische Übungen oder sonstige Tätigkeiten, welche die Rechte oder Interessen des besagten Staates berühren können; sie schließt auch die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit, den Frieden oder die Sicherheit des Küstenstaats aus.

E) Dieses Übereinkommen ermächtigt einen Staat nicht, in der ausschließlichen Wirtschaftszone eines anderen Staates Anlagen oder Bauwerke, weder wie sie im Übereinkommen bezeichnet sind noch anderer Art, ohne Zustimmung des Küstenstaats zu errichten, zu betreiben oder zu nutzen.

F) In Übereinstimmung mit allen einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens sind dort, wo derselbe Bestand oder Bestände miteinander vergesellschafteter Arten sowohl innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone als auch in einem seewärts an sie angrenzenden Gebiet vorkommen, die Staaten, die solche Bestände in dem angrenzenden Gebiet befischen, verpflichtet, mit dem Küstenstaat die Maßnahmen zu vereinbaren, die zur Erhaltung dieses Bestands oder dieser Bestände miteinander vergesellschafteter Arten erforderlich sind.

G) Sobald das Übereinkommen in Kraft tritt, wird Uruguay gegenüber anderen Vertragsstaaten die im Übereinkommen festgelegten und in uruguayischen Rechtsvorschriften vorgesehenen Bestimmungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit anwenden.

H) Nach Artikel 287 erklärt Uruguay, daß es den Internationalen Seegerichtshof für die Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens wählt, die nicht anderen Verfahren unterliegen; dies gilt unbeschadet seiner Anerkennung der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs und solcher Übereinkünfte mit anderen Staaten, die andere Mittel für die friedliche Beilegung vorsehen.

I) Nach Artikel 298 erklärt Uruguay, daß es die in Teil XV Abschnitt 2 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in bezug auf Streitigkeiten über Vollstreckungshandlungen in Ausübung souveräner Rechte oder von Hoheitsbefugnissen, die nach Artikel 297 Absätze 2 und 3 von der Gerichtsbarkeit eines Gerichtshofs oder Gerichts ausgenommen sind, nicht anerkennt.

J) Es bekräftigt, daß, wie in Artikel 76 festgestellt, der Festlandsockel die natürliche Verlängerung des Landgebiets des Küstenstaats bis zur äußeren Kante des Festlandrands darstellt.

35. Weißrußland

1. Die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik erklärt, daß sie nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen als grundlegendes Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht wählt. Für die Behandlung von Fragen betreffend Fischerei, Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, wissenschaftliche Meeresforschung und Schiffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen, wählt die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII gebildetes besonderes Schiedsgericht. Die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik erkennt die Zuständigkeit des Internationalen Seegerichtshofs für Fragen bezüglich der sofortigen Freigabe zurückgehaltener Schiffe und ihrer Besatzung an, wie sie in Artikel 292 vorgesehen ist.
2. Die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik erklärt, daß sie nach Artikel 298 des Übereinkommens die obligatorischen Verfahren, die mit verbindlichen Entscheidungen einhergehen, für die Behandlung von Streitigkeiten betreffend die Abgrenzung von Meeresgebieten, von Streitigkeiten über militärische Handlungen und von Streitigkeiten, bei denen der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die ihm durch die Charta der Vereinten Nationen übertragenen Aufgaben wahrnimmt, nicht anerkennt.

b) Erklärungen, die bei der Ratifikation abgegeben wurden

1. Ägypten

A. Erklärung betreffend das Küstenmeer.

1. Die Arabische Republik Ägypten legt die Breite seines Küstenmeers nach Artikel 5 der Verordnung vom 18. Januar 1951, geändert durch den Erlaß vom 17. Februar 1958, im Einklang mit Artikel 3 des Übereinkommens auf 12 Seemeilen fest.
2. Die Arabische Republik Ägypten wird so bald wie möglich nach der üblichen Praxis Seekarten mit den Basislinien, von denen aus die Breite ihres Küstenmeers im Mittelmeer und im Roten Meer gemessen wird, sowie den Linien, welche die seewärtige Grenze des Küstenmeers kennzeichnen, veröffentlichen.

B. Erklärung betreffend die Anschlußzone

Die Arabische Republik Ägypten hat beschlossen, daß ihre Anschlußzone (wie sie in der Verordnung vom 18. Januar 1958, geändert durch den Präsidialerlaß vom 17. Februar 1958 festgelegt wurde) sich, wie in Artikel 33 des Übereinkommens vorgesehen, 24 Seemeilen über die Basislinien hinaus erstreckt, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird.

C. Erklärung betreffend die Durchfahrt von Schiffen mit Kernenergieantrieb und ähnlichen Schiffen durch das Küstenmeer von Ägypten

Aufgrund der Bestimmungen des Übereinkommens über das Recht des Küstenstaats, die Durchfahrt von Schiffen durch sein Küstenmeer zu regeln, und da die Durchfahrt fremder Schiffe mit Kernenergieantrieb und von Schiffen,

die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder schädliche Stoffe befördern, eine Reihe von Gefahren darstellt, da Artikel 23 des Übereinkommens bestimmt, daß die fraglichen Schiffe bei Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer, Dokumente mitzuführen und besondere Vorsichtsmaßnahmen zu beachten haben, die in internationalen Übereinkünften für solche Schiffe vorgeschrieben sind, erklärt die Regierung der Arabischen Republik Ägypten, daß sie von den genannten Schiffen verlangt, vor dem Einlaufen in das Küstenmeer von Ägypten eine Genehmigung einzuholen, bis entsprechende internationale Übereinkünfte geschlossen sind und Ägypten deren Vertragspartei geworden ist.

D. Erklärung betreffend die Durchfahrt von Kriegsschiffen durch das Küstenmeer von Ägypten

Unter Hinweis auf die Bestimmungen des Übereinkommens über das Recht des Küstenstaats, die Durchfahrt von Schiffen durch sein Küstenmeer zu regeln, wird Kriegsschiffen vorbehaltlich vorheriger Benachrichtigung die friedliche Durchfahrt durch das Küstenmeer von Ägypten gewährt.

E. Erklärung betreffend die Durchfahrt durch die Meerenge von Tiran und den Golf von Akaba

Die Bestimmungen des Friedensvertrags von 1979 zwischen Ägypten und Israel über die Durchfahrt durch die Meerenge von Tiran und den Golf von Akaba fallen in den Rahmen der in Teil III bezeichneten allgemeinen Ordnung für Meerengen bildende Gewässer, in der bestimmt wird, daß die allgemeine Ordnung den Rechtsstatus der solche Meerengen bildenden Gewässer nicht berührt und bestimmte Verpflichtungen in bezug auf die Sicherheit und die Einhaltung der Ordnung in dem Meerengenanliegerstaat umfaßt.

F. Erklärung betreffend Ägyptens Ausübung seiner Rechte in der ausschließlichen Wirtschaftszone

Die Arabische Republik Ägypten wird von heute an die ihr durch die Teile V und VI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen zuerkannten Rechte in der ausschließlichen Wirtschaftszone, die jenseits des Küstenmeers im Mittelmeer und im Roten Meer gelegen ist und an dieses angrenzt, nutzen.

Die Arabische Republik Ägypten wird ferner ihre souveränen Rechte zum Zweck der Erforschung und Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nichtlebenden natürlichen Ressourcen, des Meeresbodens und seines Untergrunds und der Gewässer über dem Meeresboden sowie hinsichtlich aller anderen Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung der Zone wie der Energieerzeugung aus Wasser, Strömung und Wind ausüben.

Die Arabische Republik Ägypten wird ihre Hoheitsbefugnisse über die ausschließliche Wirtschaftszone in bezug auf die Errichtung und Nutzung von künstlichen Inseln, von Anlagen und Bauwerken, die wissenschaftliche Meeresforschung, den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt und andere in diesem Übereinkommen vorgesehene Rechte und Pflichten entsprechend den im Übereinkommen festgelegten Modalitäten ausüben.

Die Arabische Republik Ägypten verkündet, daß sie in Ausübung ihrer Rechte und Erfüllung ihrer Pflichten aus dem Übereinkommen in der ausschließlichen Wirtschaftszone die Rechte und Pflichten anderer Staaten gebührend berücksichtigen und in einer Weise handeln wird, die mit dem Übereinkommen vereinbar ist.

Die Arabische Republik Ägypten verpflichtet sich, die seewärtigen Grenzen ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone in Übereinstimmung mit den Regeln, Kriterien und Modalitäten des Übereinkommens festzulegen.

Die Arabische Republik Ägypten erklärt, daß sie die erforderlichen Maßnahmen und Regelungen treffen wird, um alle Angelegenheiten in bezug auf ihre ausschließlichen Wirtschaftszonen zu regeln.

G. Erklärung betreffend die Wahl des Verfahrens zur Beilegung von Streitigkeiten im Einklang mit dem Übereinkommen

In bezug auf Artikel 287 des Übereinkommens erklärt die Arabische Republik Ägypten, daß sie das Schiedsverfahren, dessen Modalitäten in Anlage VII des Übereinkommens festgelegt sind, als Verfahren zur Beilegung jeder Streitigkeit anerkennt, die zwischen Ägypten und einem anderen Staat über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens entstehen könnte.

Die Arabische Republik Ägypten erklärt ferner, daß sie Streitigkeiten aus dem Anwendungsbereich dieses Verfahrens ausschließt, die in Artikel 297 des Übereinkommens genannt sind.

H. Erklärung betreffend den arabischen Wortlaut des Übereinkommens

Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten ist dankbar, daß die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen das neue Übereinkommen in sechs Sprachen, darunter Arabisch, angenommen hat, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und somit die völlige Gleichwertigkeit aller Fassungen hergestellt und verhindert hat, daß ein Wortlaut gegenüber einem anderen maßgebend ist.

Bei dem Vergleich des amtlichen arabischen Wortlauts mit den anderen amtlichen Fassungen wird jedoch deutlich, daß in einigen Fällen der amtliche arabische Wortlaut den anderen Fassungen nicht genau entspricht, indem er den Inhalt einiger Bestimmungen des Übereinkommens, welche die Staaten als annehmbar erachtet und zur Schaffung einer Rechtsordnung für die Meere angenommen haben, nicht im einzelnen genau widerspiegelt.

Aus diesen Gründen benutzt die Regierung der Arabischen Republik Ägypten die Gelegenheit, die sich ihr bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen bietet, um zu erklären, daß sie die Auslegung übernehmen wird, die von den verschiedenen amtlichen Texten des Übereinkommens am meisten bekräftigt wird.

2. Brasilien

Nach Artikel 310 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen gibt die Regierung der Föderativen Republik Brasilien folgende Erklärung ab:

I) Die Brasilianische Regierung geht davon aus, daß Artikel 301, der jede „Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates gerichtet oder sonst mit den in der Charta der

Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar ist", verbietet, insbesondere für die Meeresgebiete gilt, die der Souveränität und den Hoheitsbefugnissen des Küstenstaats unterliegen.

II) Die Brasilianische Regierung geht davon aus, daß das Übereinkommen andere Staaten nicht ermächtigt, militärische Übungen oder Manöver, insbesondere unter Anwendung von Waffen oder Sprengstoff, ohne Zustimmung des Küstenstaats in der ausschließlichen Wirtschaftszone abzuhalten.

III) Die Brasilianische Regierung geht davon aus, daß aufgrund des Übereinkommens der Küstenstaat in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel das ausschließliche Recht hat, ausnahmslos jede Art von Anlagen und Bauwerken zu errichten und deren Bau, Betrieb und Nutzung zu genehmigen und zu regeln, gleich welcher Art sie sind oder welchem Zweck sie dienen.

3. Jemen

1. Die Demokratische Volksrepublik Jemen räumt ihren geltenden innerstaatlichen Gesetzen Vorrang ein, die für die Einfahrt oder Transitdurchfahrt von fremden Kriegsschiffen, Unterseebooten, Schiffen mit Kernenergieantrieb oder von Schiffen, welche nukleare Stoffe befördern, eine vorherige Erlaubnis verlangen.
2. Hinsichtlich der Abgrenzung der Meeresgebiete zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen und einem anderen Staat, dessen Küsten ihr gegenüberliegen oder an sie angrenzen, wird die grundsätzlich angenommene Mittellinie so gezogen, daß jeder Punkt gleich weit von den nächstgelegenen Punkten der Basislinien entfernt ist, von denen aus die Breite des Küstenmeers eines Staates gemessen wird. Diese Regelung ist auf die Meeresgrenzen des Festlands der Demokratischen Volksrepublik Jemen wie auch auf ihre Inseln anzuwenden.

4. Guinea-Bissau

Die Regierung der Republik Guinea-Bissau erklärt, daß sie im Hinblick auf Artikel 287 betreffend die Wahl des Verfahrens zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs und folglich auch dessen Zuständigkeit in bezug auf die Artikel 297 und 298 nicht anerkennt.

5. Island

Bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen erklärt der Ständige Vertreter Islands im Namen der Regierung von Island, daß sich Island nach Artikel 298 des Übereinkommens das Recht vorbehält, jede Auslegung des Artikels 83 einem Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 2 des Übereinkommens zu unterwerfen.

6. Jugoslawien

1. Ausgehend von dem Recht, das die Vertragsstaaten auf der Grundlage des Artikels 310 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen haben, vertritt die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Auffassung, daß ein Küstenstaat aufgrund seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften sowie auf der Grundlage des Völkergewohnheitsrechts und in Übereinstimmung mit dem Recht der friedlichen Durchfahrt (Artikel 17 bis 32 des Übereinkommens) die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe an die Forderung der vorherigen Benachrichtigung des betreffenden Küstenstaats knüpfen und die Anzahl der gleichzeitig durchfahrenden Schiffe begrenzen kann.
2. Die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vertritt ferner die Auffassung, daß sie auf der Grundlage des Artikels 38 Absatz 1 und des Artikels 45 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens durch ihre Gesetze und sonstigen Vorschriften festlegen darf, welche der Meerengen, die im Küstenmeer der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien der internationalen Schiffahrt dienen, gegebenenfalls die Ordnung der friedlichen Durchfahrt beibehalten werden.
3. Aufgrund der Tatsache, daß das Übereinkommen bezüglich der Anschlußzone (Artikel 33) keine Regeln für die Abgrenzung der Anschlußzone zwischen Staaten mit einander gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten vorsieht, vertritt die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Auffassung, daß die Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, die in Artikel 24 Absatz 3 des am 29. April 1958 in Genf unterzeichneten Übereinkommens über das Küstenmeer und die Anschlußzone festgelegt sind, auf die Abgrenzung der Anschlußzone zwischen den Vertragsparteien des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen Anwendung finden.

7. Kap Verde

1. Die Republik Kap Verde bestätigt in vollem Umfang ihre bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen überreichte Erklärung vom 10. Dezember 1982.
2. Die Republik Kap Verde erklärt unbeschadet des Artikels 303 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, daß Gegenstände archäologischer oder historischer Art, die innerhalb der Meeresgebiete gefunden werden, über welche sie Souveränität beziehungsweise Hoheitsbefugnisse ausübt, ohne ihre vorherige Benachrichtigung und ihre Zustimmung nicht entfernt werden dürfen.
3. Die Republik Kap Verde erklärt, daß sie in Ermangelung oder bei Scheitern eines anderen friedlichen Mittels in folgender Reihenfolge und nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen die nachstehenden Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des genannten Übereinkommens wählt:

   a) den Internationalen Seegerichtshof;

   b) den Internationalen Gerichtshof.
4. Die Republik Kap Verde erklärt nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, daß sie die in Teil XV Abschnitt 2 des genannten Übereinkommens vorgesehenen Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten über militärische Handlungen, einschließlich militärischer Handlungen durch vom Staat eingesetzte Schiffe und Luftfahrzeuge, die anderen als Handelszwecken dienen, und Streitigkeiten über Vollstreckungshandlungen in Ausübung souverä-

ner Rechte oder von Hoheitsbefugnissen, die nach Artikel 297 Absatz 2 oder 3 des genannten Übereinkommens von der Zuständigkeit eines Gerichtshofs oder Gerichts ausgenommen sind, nicht anerkennt.

8. Kuba

Im Hinblick auf Artikel 287 über die Wahl der Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens erklärt die Regierung der Republik Kuba, daß sie die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs und folglich auch die Zuständigkeit des Gerichts in bezug auf die Bestimmungen der Artikel 297 und 298 nicht anerkennt.

Zu Artikel 292 vertritt die Regierung der Republik Kuba die Auffassung, daß nach Hinterlegung einer finanziellen Sicherheit der zurückhaltende Staat sofort und unverzüglich das Schiff und seine Besatzung freigeben soll, und erklärt, daß sie in den Fällen, in denen dieses Verfahren bezüglich ihrer Schiffe oder der Mitglieder der Besatzungen nicht eingehalten wird, nicht zustimmen wird, die Angelegenheit dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten.

9. Kuwait

Klarstellung

Die Ratifikation des genannten Übereinkommens durch Kuwait bedeutet nicht die Anerkennung Israels noch die Aufnahme vertraglicher Beziehungen zu Israel.

10. Malta

Die Ratifikation des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen spiegelt Maltas Anerkennung für die vielen positiven Elemente wider, die das Übereinkommen enthält, einschließlich seiner Komplexität und seiner Rolle bei der Anwendung des Gedankens des gemeinsamen Erbes der Menschheit.

Gleichzeitig wird erkannt, daß die Wirksamkeit der durch das Übereinkommen geschaffenen Ordnung weitgehend davon abhängt, inwieweit sie weltweit Anerkennung findet, nicht zuletzt durch die führenden Meeresstaaten und solche mit Technologie, die durch die Ordnung am meisten betroffen sind.

Die Wirksamkeit der Bestimmungen des Teiles IX über „umschlossene oder halbumschlossene Meere", in denen die Zusammenarbeit zwischen den Anliegerstaaten solcher Meere wie das Mittelmeer vorgesehen ist, hängt davon ab, ob das Übereinkommen von den betreffenden Staaten angenommen wird. Zu diesem Zweck ermutigt und unterstützt die Regierung Maltas tatkräftig alle Bemühungen, die dazu dienen, diese allgemeine Zustimmung herbeizuführen.

Die Regierung von Malta legt die Artikel 69 und 70 des Übereinkommens dahin gehend aus, daß der Zugang zum Fischfang in der ausschließlichen Wirtschaftszone von Drittstaaten durch Schiffe entwickelter Binnenstaaten und geographisch benachteiligter Staaten davon abhängig ist, daß die betreffenden Küstenstaaten den Angehörigen anderer Staaten, die gewohnheitsmäßig in der besagten Zone Fischfang betrieben haben, vorher Zugang gewähren.

Die Basislinien, die durch die maltesischen Rechtsvorschriften zur Abgrenzung des Küstenmeers und damit zusammenhängender Gebiete für den Archipel der Inseln Maltas festgelegt wurden, zu denen die Insel Filfla als einer der Punkte gehört, von denen aus die Basislinien gezogen werden, entsprechen voll und ganz den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens.

Die Regierung von Malta legt die Artikel 74 und 83 dahin gehend aus, daß mangels einer Übereinkunft über die Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszone, des Festlandsockels oder anderer Meereszonen, um eine der Billigkeit entsprechende Lösung zu erzielen, die Mittellinie, also eine Linie, auf der jeder Punkt gleich weit von den nächstgelegenen Punkten der Basislinien entfernt ist, von denen aus die Breite der Hoheitsgewässer Maltas und ähnlicher anderer Staaten gemessen wird, die Grenze darstellen soll.

Die Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt von Kriegsschiffen durch das Küstenmeer anderer Staaten soll auch als friedliche Handlung angesehen werden. Wirksame und schnelle Mittel der Nachrichtenübertragung stehen mühelos zur Verfügung; die vorherige Benachrichtigung über die Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt von Kriegsschiffen ist deshalb zumutbar und steht dem Übereinkommen nicht entgegen. Einige Staaten verlangen eine solche Benachrichtigung bereits. Malta behält sich das Recht vor, in dieser Angelegenheit Gesetze zu erlassen.

Malta ist auch der Auffassung, daß die Forderung nach Benachrichtigung bei Schiffen mit Kernenergieantrieb und Schiffen, die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder schädliche Stoffe befördern, notwendig ist. Darüber hinaus sind solche Schiffe in den inneren Gewässern Maltas nicht ohne die erforderliche Genehmigung zugelassen.

Malta vertritt die Ansicht, daß die in Artikel 236 vorgesehene Staatenimmunität einen Staat nicht von seiner moralischen oder sonstigen Verpflichtung entbindet, seine Verantwortlichkeit und Haftung bezüglich der Entschädigung oder eines sonstigen Ersatzes für Schäden zu übernehmen, die durch Verschmutzung der Meeresumwelt durch Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstige Schiffe oder Luftfahrzeuge, die einem Staat gehören oder von ihm eingesetzt sind und im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke benutzt werden, verursacht wurden.

Die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Durchfahrt von Schiffen durch Maltas Küstenmeer stehen im Einklang mit dem Übereinkommen. Gleichzeitig wird das Recht vorbehalten, die diesbezügliche Gesetzgebung im Einklang mit dem Übereinkommen nach den jeweiligen Erfordernissen weiterzuentwickeln.

Malta spricht sich für die Festlegung von Schiffahrtswegen und besonderen Ordnungen für fremde Fischereifahrzeuge aus, die sein Küstenmeer durchfahren.

Die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens von der Europäischen Gemeinschaft abgegebene Erklärung des Inhalts, daß ihre Mitgliedstaaten ihr Zuständigkeit in einzelnen Aspekten des Übereinkommens übertragen haben, wird zur Kenntnis genommen. Angesichts der Bewerbung Maltas um Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wird davon ausgegangen, daß dies auch für Malta zutreffen wird, sobald es die Mitgliedschaft erworben hat.

Die Regierung von Malta betrachtet sich durch Erklärungen nicht als gebunden, die andere Staaten bei der Unterzeichnung oder Ratifikation des Übereinkommens ge-

macht haben oder machen werden; sie behält sich das Recht vor, zu gegebener Zeit erforderlichenfalls seinen Standpunkt zu jeder dieser Erklärungen festzulegen. Insbesondere bedeutet die Ratifikation des Übereinkommens nicht die automatische Anerkennung von Ansprüchen auf Seegewässer oder von Gebietsansprüchen der unterzeichnenden oder ratifizierenden Staaten.

11. Oman

Nach Artikel 310 des Übereinkommens und im Anschluß an die frühere Erklärung des Sultanats Oman vom 1. Juni 1982 über die Festlegung gerader Basislinien an jedem Punkt der Küste des Sultanats Oman und über die Linien, die Gewässer innerhalb von Meeresarmen und Buchten und Gewässer zwischen Inseln und der Küste umschließen, gibt das Sultanat Oman nach Artikel 2 Buchstabe c des Königlichen Erlasses Nr. 15/81 und angesichts seines Wunsches, seine Gesetze mit dem Übereinkommen in Einklang zu bringen, folgende Erklärungen ab:

Erklärung Nr. 1 über das Küstenmeer

1. Das Sultanat Oman bestimmt, daß sein Küstenmeer sich im Einklang mit Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nr. 15/81 vom 10. Februar 1981 12 Seemeilen seewärts erstreckt, gemessen vom nächstgelegenen Punkt der Basislinien.
2. Das Sultanat Oman übt aufgrund der einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften des Sultanats und im Einklang mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens über den Grundsatz der friedlichen Durchfahrt die volle Souveränität über sein Küstenmeer, den Raum über dem Küstenmeer sowie dessen Meeresboden und Meeresuntergrund aus.

Erklärung Nr. 2 über die Durchfahrt von Kriegsschiffen durch das omanische Küstenmeer

Vorbehaltlich der vorherigen Genehmigung wird Kriegsschiffen die friedliche Durchfahrt durch omanische Hoheitsgewässer gewährleistet. Das gleiche gilt für Unterseeboote unter der Voraussetzung, daß sie über Wasser fahren und die Flagge ihres Heimatstaats führen.

Erklärung Nr. 3 über die Durchfahrt von Schiffen mit Kernenergieantrieb und ähnlichen Schiffen durch omanische Hoheitsgewässer

In bezug auf fremde Schiffe mit Kernenergieantrieb und Schiffe, die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder für die Gesundheit oder die Umwelt schädliche Stoffe befördern, wird das Recht der friedlichen Durchfahrt, vorbehaltlich der vorherigen Genehmigung, solchen Schiffstypen gewährt, gleichviel ob Kriegsschiffe oder nicht, auf welche die Beschreibung zutrifft. Dieses Recht wird auch Unterseebooten gewährleistet, auf welche die Beschreibung zutrifft, unter der Voraussetzung, daß sie über Wasser fahren und die Flagge ihres Heimatstaats führen.

Erklärung Nr. 4 über die Anschlußzone

Die Anschlußzone erstreckt sich über eine Entfernung von 12 Seemeilen, von der seewärtigen Grenze der Hoheitsgewässer aus gemessen; das Sultanat Oman übt die durch das Übereinkommen festgelegten Vorrechte darüber aus.

Erklärung Nr. 5 über die ausschließliche Wirtschaftszone

1. Das Sultanat Oman bestimmt, daß sich seine ausschließliche Wirtschaftszone im Einklang mit Artikel 5 des Königlichen Erlasses Nr. 15/81 vom 10. Februar 1981 200 Seemeilen seewärts erstreckt, gemessen von den Basislinien, von denen aus das Küstenmeer gemessen wird.
2. Das Sultanat Oman besitzt souveräne Rechte über seine Wirtschaftszone und übt auch Hoheitsbefugnisse über diese Zone aus, die im Übereinkommen vorgesehen sind. Es erklärt ferner, daß es in Wahrnehmung seiner Rechte und Erfüllung seiner Pflichten in der ausschließlichen Wirtschaftszone aufgrund des Übereinkommens die Rechte und Pflichten anderer Staaten gebührend berücksichtigen und in einer Weise handeln wird, die mit dem Übereinkommen vereinbar ist.

Erklärung Nr. 6 über den Festlandsockel

Das Sultanat Oman übt souveräne Rechte über seinen Festlandsockel aus zum Zweck der Erforschung und Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen, soweit die geographischen Bedingungen dies gestatten und es mit dem Übereinkommen im Einklang steht.

Erklärung Nr. 7 über die Wahl des Verfahrens zur Beilegung von Streitigkeiten aufgrund des Übereinkommens

Zu Artikel 287 des Übereinkommens

erklärt das Sultanat Oman, daß es die Zuständigkeit des Internationalen Seegerichtshofs in Übereinstimmung mit Anlage VI des Übereinkommens und die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs im Hinblick auf die Beilegung von Streitigkeiten, die zwischen ihm und einem anderen Staat über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens entstehen können, anerkennt.

12. Philippinen

Bestätigung der bei Unterzeichnung abgegebenen Erklärung

13. Tansania

Nach mit Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen erklärt die Vereinigte Republik Tansania, daß sie für die Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des Übereinkommens den Internationalen Seegerichtshof wählt.

14. Tunesien

Erklärung 1

Die Tunesische Republik erklärt auf der Grundlage der Entschließung 4262 des Rates der Liga der Arabischen Staaten vom 31. März 1983, daß ihr Beitritt zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen nicht die Anerkennung eines Staates oder die Aufnahme von Beziehungen zu einem Staat bedeutet, den die Tunesische Republik nicht anerkennt oder zu dem sie keine Beziehungen unterhält.

Erklärung 2

Die Tunesische Republik erklärt nach Artikel 311 und insbesondere dessen Absatz 6, daß sie an dem wesentlichen Grundsatz über das gemeinsame Erbe der Mensch-

heit festhält und daß sie nicht Vertragspartei einer Übereinkunft wird, die von diesem Grundsatz abweicht. Die Tunesische Republik ruft alle Staaten auf, einseitige Maßnahmen oder Rechtsvorschriften dieser Art zu unterlassen, die zu einer Mißachtung der Bestimmungen des Übereinkommens oder zur Ausbeutung der Ressourcen des Meeresbodens und des Meeresuntergrunds außerhalb der in dem Übereinkommen und den anderen dazugehörigen Rechtsinstrumenten, insbesondere Resolution I und Resolution II, vorgesehenen Rechtsordnung der Meere und Ozeane führen würden.

Erklärung 3

Die Tunesische Republik erklärt in Übereinstimmung mit Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, daß sie den in Teil XV Abschnitt 2 des genannten Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in bezug auf folgende Arten von Streitigkeiten nicht zustimmt:

a) i) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der Artikel 15, 74 und 83 bezüglich der Abgrenzung von Meeresgebieten oder Streitigkeiten, die historische Buchten oder historische Rechtstitel betreffen, mit der Maßgabe, daß ein Staat, der eine diesbezügliche Erklärung abgegeben hat, auf Antrag einer der Streitparteien der Unterwerfung der Angelegenheit unter ein Vergleichsverfahren nach Anlage V Abschnitt 2 zustimmt, wenn eine solche Streitigkeit nach Inkrafttreten des Übereinkommens entsteht und eine Einigung durch Verhandlung zwischen den Parteien nicht innerhalb einer angemessenen Frist erzielt wird, und ferner mit der Maßgabe, daß jede Streitigkeit, welche die gleichzeitige Prüfung einer nicht beigelegten Streitigkeit über die Souveränität oder sonstige Rechte über Festland- oder insulares Landgebiet betrifft, von der Unterwerfung ausgeschlossen wird;

ii) nachdem die Vergleichskommission ihren Bericht vorgelegt hat, welcher die Gründe, auf denen er beruht, darlegt, handeln die Parteien eine Einigung auf der Grundlage dieses Berichts aus; führen diese Verhandlungen nicht zu einer Einigung, so unterwerfen die Parteien die Frage in gegenseitigem Einvernehmen einem der in Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren;

iii) dieser Buchstabe findet keine Anwendung auf Streitigkeiten über die Abgrenzung von Meeresgebieten, die durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien endgültig beigelegt werden, oder auf Streitigkeiten, die nach einer für die Parteien bindenden zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkunft beizulegen sind;

b) Streitigkeiten über militärische Handlungen, einschließlich militärischer Handlungen von Staatsschiffen und staatlichen Luftfahrzeugen, die anderen als Handelszwecken dienen, und Streitigkeiten über Vollstrekkungshandlungen in Ausübung souveräner Rechte oder von Hoheitsbefugnissen, die nach Artikel 297 Absatz 2 oder 3 von der Gerichtsbarkeit eines Gerichtshofs oder Gerichts ausgenommen sind;

c) Streitigkeiten, bei denen der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die ihm durch die Charta der Vereinten Nationen übertragenen Aufgaben wahrnimmt, sofern der Sicherheitsrat nicht beschließt, den Gegenstand von seiner Tagesordnung abzusetzen, oder die Parteien auffordert, die Streitigkeit mit den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Mitteln beizulegen.

Erklärung 4

Die Tunesische Republik erklärt nach Artikel 310 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, daß ihre derzeit geltenden Rechtsvorschriften dem Übereinkommen nicht entgegenstehen. Es werden jedoch so bald wie möglich Gesetze und sonstige Vorschriften erlassen, um die Bestimmungen des Übereinkommens und die Bedürfnisse nach Vollendung der tunesischen Rechtsvorschriften im seerechtlichen Bereich einander noch enger anzugleichen.

15. Uruguay

Bestätigung der bei der Unterzeichnung abgegebenen Erklärung

c) Einsprüche

1. Äthiopien

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung niedergelegte Erklärung der Jemenitischen Arabischen Republik:

„Nummer 3 der Erklärung bezieht sich auf Souveränitätsansprüche über nicht genau bestimmte Inseln im Roten Meer und im Indischen Ozean, was eindeutig nicht der Absicht des Übereinkommens entspricht. Obwohl die Erklärung, die keinen nach Artikel 309 des Übereinkommens verbotenen Vorbehalt darstellt, aufgrund des Artikels 310 des Übereinkommens abgegeben wurde und als solche nicht unter die Artikel 19 bis 23 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge fällt, die sich auf die Annahme von Vorbehalten und Einsprüchen gegen Vorbehalte beziehen, möchte die militärische Übergangsregierung des sozialistischen Äthiopien gleichwohl zu Protokoll geben, daß Nummer 3 der Erklärung der Jemenitischen Arabischen Republik die Souveränität Äthiopiens über alle Inseln im Roten Meer, die Teil ihres staatlichen Hoheitsgebiets sind, nicht beeinträchtigen kann."

2. Australien

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

Australien vertritt die Auffassung, daß die von der Republik der Philippinen abgegebene Erklärung weder dem Artikel 309 des Seerechtsübereinkommens, der Vorbehalte verbietet, noch dem Artikel 310 entspricht, der Erklärungen zuläßt mit der Maßgabe, daß diese Erklärungen nicht darauf abzielen, die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diesen Staat auszuschließen oder zu ändern.

In der Erklärung der Republik der Philippinen wird geltend gemacht, daß das Übereinkommen die souveränen Rechte der Philippinen nicht beeinträchtigen darf, die sich aus ihrer Verfassung, ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und anderen Verträgen ergeben, deren Vertragspartei die Philippinen sind. Das deutet darauf hin, daß die Philippinen nicht der Auffassung sind, verpflichtet zu sein, ihre Gesetze mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen. Durch das Geltendmachen versu-

chen die Philippinen, die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens zu ändern.

Diese Ansicht wird durch den besonderen Hinweis in der Erklärung auf den Rechtsstatus der Archipelgewässer erhärtet. In der Erklärung heißt es, daß der Begriff der Archipelgewässer im Übereinkommen dem Begriff der inneren Gewässer ähnlich ist, wie er in den früheren Verfassungen der Philippinen verstanden wurde und in Artikel 1 der Neuen Verfassung der Philippinen von 1987 bestätigt wird. Es ist jedoch eindeutig, daß das Übereinkommen zwischen den beiden Begriffen unterscheidet und daß hinsichtlich der Archipelgewässer andere Pflichten und Rechte gelten als bei den inneren Gewässern. Insbesondere sieht das Übereinkommen für fremde Schiffe die Ausübung des Rechts der friedlichen Durchfahrt und der Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen in Archipelgewässern vor.

Australien kann daher nicht anerkennen, daß die Erklärung der Philippinen Rechtswirkung hat oder haben wird, wenn das Übereinkommen in Kraft tritt, und ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Übereinkommens zu befolgen sind, ohne den in der Erklärung der Republik der Philippinen geltend gemachten Einschränkungen unterworfen zu werden.

3. Bulgarien

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

Die Volksrepublik Bulgarien ist ernstlich besorgt über die Maßnahmen einiger Staaten, die bei der Unterzeichnung oder Ratifikation des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen Vorbehalte angebracht haben, die zu dem Übereinkommen selbst im Widerspruch stehen, oder innerstaatliche Rechtsvorschriften erlassen haben, welche die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diese Staaten ausschließen oder ändern. Diese Maßnahmen verstoßen gegen Artikel 310 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und weichen von den Normen des Völkergewohnheitsrechts und von der ausdrücklichen Bestimmung des Artikels 18 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge ab.

Ein derart ausgerichtetes Verhalten untergräbt Sinn und Bedeutung des Seerechtsübereinkommens, das eine allgemeingültige und einheitliche Ordnung für die Nutzung der Ozeane und Meere und ihrer Ressourcen schafft. In der Verbalnote des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Bulgarien an die Botschaft der Philippinen in Belgrad, das in Kopie beiliegt (siehe Anlage), hat die bulgarische Regierung die von den Philippinen bei der Unterzeichnung des Übereinkommens abgegebene und bei der Ratifikation bestätigte Erklärung als nicht rechtsgültig zurückgewiesen.

Die Volksrepublik Bulgarien wird auch in Zukunft jeden Versuch zurückweisen, der auf eine einseitige Änderung der durch das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen geschaffenen Rechtsordnung abzielt.

4. China

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

„Die sogenannten Calayan-Inseln sind Teil der Nansha-Inseln, die von jeher chinesisches Hoheitsgebiet gewesen sind. Die chinesische Regierung hat bei vielen Anlässen erklärt, daß China die unbestreitbare Souveränität über die Nansha-Inseln und die angrenzenden Gewässer und Ressourcen hat."

5. Israel

Einsprüche gegen die bei der Unterzeichnung durch Irak und Jemen niedergelegten Erklärungen:

„Die Regierung des Staates Israel hat zur Kenntnis genommen, daß die von Irak und Jemen bei der Unterzeichnung des Übereinkommens abgegebenen Erklärungen eindeutige Stellungnahmen politischer Art in bezug auf Israel enthalten.

Nach Auffassung der Regierung des Staates Israel ist dieses Übereinkommen nicht der richtige Ort, um derartige politische Äußerungen zu machen.

Die Regierung des Staates Israel erhebt des weiteren Einspruch gegen alle im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Schlußakte des Übereinkommens abgegebenen Vorbehalte und Erklärungen politischer Art in bezug auf Staaten; sie sind mit Ziel und Zweck des Übereinkommens nicht vereinbar.

Derartige Vorbehalte und Erklärungen können Verpflichtungen, die für die genannten Staaten aufgrund des allgemeinen Völkerrechts oder anderer konkreter Übereinkünfte bindend sind, nicht beeinträchtigen.

Die Regierung des Staates Israel wird, soweit wesentliche Fragen berührt werden, gegenüber den Regierungen der betreffenden Staaten die Haltung der uneingeschränkten Gegenseitigkeit einnehmen."

Anschließend legte Israel ähnliche Einsprüche ein gegen

- die Erklärung Katars,
- die Klarstellung durch Kuwait.

Erklärung zu der bei der Ratifikation durch die Arabische Republik Ägypten niedergelegten Klarstellung:

„Das Anliegen der Regierung von Israel hinsichtlich des Seerechtsübereinkommens bezieht sich hauptsächlich darauf, überall die größtmögliche Freiheit der Schiffahrt und des Überflugs, insbesondere durch die für die internationale Schiffahrt benutzten Meerengen sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang erklärt die Regierung von Israel, daß die Ordnung für die Schiffahrt und den Überflug, die durch den Friedensvertrag von 1979 zwischen Israel und Ägypten bestätigt wird, in dem die Meerenge von Tiran und der Golf von Akaba von den Vertragsparteien als internationale Wasserwege betrachtet werden, welche allen Völkern für die ungehinderte und nicht zu suspendierende Ausübung der Freiheit der Schiffahrt und des Überflugs offen stehen, auf die genannten Bereiche Anwendung findet. Die Ordnung des Friedensvertrags, die dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen voll entspricht, wird überdies weiter ausschlaggebend sein und auf die genannten Bereiche Anwendung finden.

Die Regierung von Israel vertritt die Auffassung, daß die diesbezügliche Erklärung der Arabischen Republik Ägypten, die sie bei der Ratifikation des (genannten) Übereinkommens abgegeben hat, mit der oben genannten (von Ägypten abgegebenen) Erklärung im Einklang steht."

6. Sowjetunion

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vertritt die Auffassung, daß die von den Philippinen bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen abgegebene und bei der Ratifikation bestätigte Erklärung im Kern Vorbehalte und Ausnahmen zum Übereinkommen enthält, was nach Artikel 309 des Übereinkommens verboten ist. Desgleichen ist die Erklärung der Philippinen mit Artikel 310 des Übereinkommens unvereinbar, dem zufolge ein Staat bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation des Übereinkommens nur Erklärungen abgeben darf, „vorausgesetzt, daß diese Erklärungen nicht darauf abzielen, die Rechtswirkung oder Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diesen Staat auszuschließen oder zu ändern".

Die Diskrepanz zwischen der philippinischen Erklärung und dem Übereinkommen ist unter anderem an der Beteuerung der Philippinen zu erkennen, die da lautet: „Der Begriff der Archipelgewässer ähnelt dem Begriff der inneren Gewässer nach der Verfassung der Philippinen; er nimmt Meerengen, die diese Gewässer mit der Wirtschaftszone oder der Hohen See verbinden, von dem Recht fremder Schiffe auf Transitdurchfahrt im Zusammenhang mit der internationalen Schiffahrt aus". Darüber hinaus wird in der Erklärung mehr als einmal betont, daß die Philippinen trotz ihrer Ratifikation des Übereinkommens in den das Meer betreffenden Angelegenheiten sich nicht von dem Übereinkommen und den sich daraus ergebenden Pflichten, sondern weiterhin von ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und den von ihr bereits geschlossenen Übereinkünften, die dem Übereinkommen nicht entsprechen, leiten lassen werden. Damit entziehen sich die Philippinen nicht nur der Angleichung ihrer Rechtsvorschriften an das Übereinkommen, sondern sie weigern sich auch, eine ihrer hauptsächlichen Pflichten des Übereinkommens zu erfüllen – nämlich die Ordnung der Archipelgewässer zu achten, die vorsieht, daß fremde Schiffe das Recht der Durchfahrt durch Archipelgewässer und fremde Luftfahrzeuge das Recht des Überflugs über solchen Gewässern genießen.

Angesichts des Vorstehenden kann die UdSSR die Erklärung der Philippinen nicht als rechtmäßig ansehen und vertritt die Auffassung, daß sie in Anbetracht der Bestimmungen des Übereinkommens ohne Rechtswirkung ist.

Die Sowjetunion ist ferner ernstlich besorgt, daß eine Reihe anderer Staaten bei der Unterzeichnung des Übereinkommens ebenfalls Erklärungen ähnlicher Art abgegeben haben, die zu dem Übereinkommen im Widerspruch stehen. Würden derartige Erklärungen noch zu einem späteren Zeitpunkt, in der Ratifikationsphase oder beim Beitritt zu dem Übereinkommen abgegeben, so könnten Sinn und Bedeutung des Übereinkommens, das eine allgemeingültige und einheitliche Ordnung für die Nutzung der Ozeane und Meere und ihrer Ressourcen vorsieht, untergraben werden, und dieses wichtige Instrument des Völkerrechts könnte beeinträchtigt werden.

Unter Berücksichtigung der Erklärung der Philippinen und der Erklärungen, die eine Reihe anderer Staaten bei der Unterzeichnung des Übereinkommens abgegeben haben, sowie der Erklärungen, die möglicherweise später bei der Ratifikation oder beim Beitritt zu dem Übereinkommen abgegeben werden, ist der Ständige Vertreter der UdSSR der Auffassung, daß es angebracht wäre, wenn der Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 319 Absatz 2 Buchstabe a eine Studie allgemeiner Art über das Problem, wie eine allgemeine Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens sicherzustellen ist, durchführen lassen würde, darunter die Frage der Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten an das Übereinkommen. Die Ergebnisse dieser Studie sollten Bestandteil des Berichts des Generalsekretärs sein, den er der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer 40. Tagung unter dem Tagesordnungspunkt „Seerecht" vorlegt.

7. Tschechoslowakei

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

Der Ständige Vertreter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bei den Vereinten Nationen übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Grüße und möchte den Generalsekretär auf die Besorgnis der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik angesichts der Tatsache hinweisen, daß einige Staaten bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen Erklärungen abgegeben haben, die mit dem Übereinkommen unvereinbar sind und die, falls sie bei der Ratifikation des Übereinkommens durch diese Staaten bestätigt würden, eine Verletzung der Pflichten darstellen, welche diese Staaten aufgrund des Übereinkommens übernehmen müssen. Dieses Vorgehen würde zu einer Verletzung der Allgemeingültigkeit der im Übereinkommen verankerten Pflichten, zum Bruch der darin festgelegten Rechtsordnung und langfristig sogar zur Untergrabung des Übereinkommens selbst führen.

Ein konkretes Beispiel für eine derartige Erklärung, wie sie oben genannt wurde, ist die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens abgegebene und bei der Ratifikation bekräftigte Klarstellung durch die Philippinen, die den Mitgliedstaaten mit der Notifikation C.N. 104. 1984 TREATIES-3 des Sekretariats der Vereinten Nationen vom 22. Mai 1984 übermittelt wurde.

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik vertritt die Auffassung, daß diese Klarstellung der Philippinen

- mit Artikel 309 des Seerechtsübereinkommens unvereinbar ist, da sie im Kern Vorbehalte zu den Bestimmungen des Übereinkommens enthält;
- gegen Artikel 310 des Übereinkommens verstößt, der bestimmt, daß die Staaten bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation des Übereinkommens oder beim Beitritt zu dem Übereinkommen Erklärungen abgeben können, vorausgesetzt, daß diese „nicht darauf abzielen, die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens auszuschließen oder zu ändern";
- erkennen läßt, daß die Philippinen trotz Ratifikation des Übereinkommens die Absicht haben, eher ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften und früheren Übereinkünfte als die Pflichten aus dem Übereinkommen zu befolgen, wobei sie nicht nur unberücksichtigt lassen, ob diese Rechtsvorschriften oder Übereinkünfte mit dem Übereinkommen in Einklang stehen, sondern, wie die Nummern 6 und 7 der Klarstellung der Philippinen be-

legen, sogar absichtlich gegen die in dem Übereinkommen enthaltenen Pflichten verstoßen.

Angesichts der genannten Umstände kann die Tschechoslowakische Sozialistische Republik eine Rechtswirkung der oben genannten Klarstellung der Philippinen nicht anerkennen.

Wegen der Bedeutung der Angelegenheit erachtet es die Tschechoslowakische Sozialistische Republik als erforderlich, daß das Problem solcher Erklärungen, die bei der Unterzeichnung oder Ratifikation des Übereinkommens abgegeben werden und die Allgemeingültigkeit des Übereinkommens und die einheitliche Art seiner Durchführung gefährden, vom Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Verwahrer des Übereinkommens aufgegriffen wird und daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen darüber in Kenntnis gesetzt werden.

8. Ukraine

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik glaubt, daß die von der Regierung der Republik der Philippinen bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen abgegebene und bei der Ratifikation des Übereinkommens später bestätigte Erklärung Teile enthält, die mit den Artikeln 309 und 310 des Übereinkommens unvereinbar sind. Nach diesen Artikeln sollen Erklärungen, die ein Staat bei der Unterzeichnung, der Ratifikation oder dem Beitritt abgeben kann, nicht darauf abzielen, „die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diesen Staat auszuschließen oder zu ändern" (Artikel 310). Derartige Ausnahmen oder Vorbehalte sind nur rechtmäßig, wenn sie „ausdrücklich in anderen Artikeln des Übereinkommens vorgesehen sind" (Artikel 309). Artikel 310 hebt auch hervor, daß Erklärungen von einem Staat abgegeben werden dürfen, „um unter anderem seine Gesetze und sonstigen Vorschriften mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen".

Die Erklärung der Regierung der Republik der Philippinen liefert jedoch nicht nur keinen Beweis für die Absicht, die Gesetze jenes Staates mit dem Übereinkommen in Einklang zu bringen, sondern dient im Gegenteil dem Zweck – wie insbesondere aus den Nummern 2, 3 und 5 der Erklärung hervorgeht – den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und internationalen Übereinkünften, deren Vertragspartei die Republik der Philippinen ist, Vorrang vor dem Übereinkommen einzuräumen. Das gilt zum Beispiel unter anderem für den Vertrag über gegenseitige Verteidigung zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 30. August 1951.

Ferner verleiht Nummer 5 der Erklärung nicht nur den derzeit gültigen einschlägigen Gesetzen der Republik der Philippinen Vorrang vor dem Übereinkommen, sondern sie behält außerdem das Recht vor, diese Gesetze in Zukunft ausschließlich entsprechend der Verfassung der Philippinen zu ändern und sie folglich nicht mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen.

Nummer 7 der Erklärung stellt eine Analogie zwischen den inneren Gewässern der Republik der Philippinen und den Archipelgewässern her und enthält einen Vorbehalt, der angesichts des Artikels 309 des Übereinkommens unzulässig ist, wonach fremden Schiffen das Recht der Transitdurchfahrt im Zusammenhang mit der internationalen Schiffahrt durch die Meerengen, welche die Archipelgewässer mit der Wirtschaftszone oder der Hohen See verbinden, verwehrt wird. Dieser Vorbehalt ist der Beweis für die Absicht, der Pflicht der Vertragsparteien aus dem Übereinkommen, die Ordnung der Archipelgewässer und der Durchfahrt einzuhalten und die Rechte anderer Staaten hinsichtlich der internationalen Schiffahrt und des Überflugs von Luftfahrzeugen zu beachten, nicht zu erfüllen. Eine Nichtbeachtung dieser Verpflichtung würde die Wirksamkeit und Bedeutung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen ernstlich untergraben.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß die Erklärung der Regierung der Republik der Philippinen den Zweck verfolgt, für diesen Staat ungerechtfertigte Ausnahmen zu schaffen und die Rechtswirkung wichtiger Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf den Staat zu ändern. Angesichts dessen kann die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eine Rechtskraft der oben genannten Erklärung nicht anerkennen. Solche Erklärungen können nur als schädlich für die durch das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen geschaffene einheitliche internationale Rechtsordnung der Meere und Ozeane beschrieben werden.

Nach Auffassung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik würde die Angleichung der innerstaatlichen Gesetze an das Übereinkommen durch eine im Rahmen des Sekretariats der Vereinten Nationen vorgenommene Untersuchung der einheitlichen und allgemeinen Anwendung des Übereinkommens und die Anfertigung einer geeigneten Studie durch den Generalsekretär erleichtert werden.

9. Vietnam

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung sowie gegen den Einspruch Chinas gegen diese Klarstellung:

. . . Die Republik der Philippinen hat bei ihrer Unterzeichnung und Ratifikation des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 die Souveränität über die Inseln beansprucht, die von den Philippinen als Calayan-Inseln bezeichnet werden (siehe Nummer 4 der Erklärung). Die Volksrepublik China hat ebenfalls behauptet, daß diese von den Philippinen als Calayan-Inseln bezeichneten Inseln Teil der Nansha-Inseln darstellen, welche chinesisches Hoheitsgebiet sind. Die oben angeführten sogenannten „Calayan-Inseln" oder „Nansha-Inseln" gehören tatsächlich zum Truong-Sa-Archipel, der stets unter der Souveränität der Sozialistischen Republik Vietnam gestanden hat. Die Sozialistische Republik Vietnam hat bislang zwei Weißbücher veröffentlicht, in denen die Rechtmäßigkeit ihrer Souveränität über den Hoang-Sa- und den Truong-Sa-Archipel bestätigt wird.

Die Sozialistische Republik Vietnam bekräftigt erneut ihre unbestreitbare Souveränität über den Truong-Sa-Archipel und damit ihre Entschlossenheit, ihre territoriale Unversehrtheit zu verteidigen.

10. Weißrußland

Einspruch gegen die bei der Unterzeichnung von den Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

Die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik vertritt die Auffassung, daß die von der Regierung der Philippinen bei der Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen abgegebene und später bei der Ratifikation des Übereinkommens bestätigte Erklärung im Kern Vorbehalte und Ausnahmen zum Übereinkommen enthält, die dem Artikel 309 entgegenstehen. Die Erklärung der Regierung der Philippinen entspricht außerdem nicht Artikel 310 des Übereinkommens, dem zufolge Erklärungen eines Staates bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation des Übereinkommens oder dem Beitritt zu dem Übereinkommen nur zulässig sind, „vorausgesetzt, daß diese Erklärungen nicht darauf abzielen, die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diesen Staat auszuschließen oder zu ändern".

Die Regierung der Philippinen betont in ihrer Erklärung wiederholt ihre Absicht, sich in Fragen des Meeres nicht von dem Übereinkommen oder den Pflichten aus dem Übereinkommen, sondern von ihren innerstaatlichen Gesetzen und den früher geschlossenen Übereinkünften leiten zu lassen, die mit dem Übereinkommen nicht im Einklang stehen. Die philippinische Seite lehnt es daher ab, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen und erfüllt deshalb nicht eine ihrer grundlegendsten Pflichten aus dem Übereinkommen – die Ordnung für die Archipelgewässer einzuhalten, welche fremden Schiffen und Luftfahrzeugen das Recht der Durchfahrt durch Archipelgewässer beziehungsweise des Überflugs über solchen Gewässern einräumt.

Aus den genannten Gründen kann die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik die Gültigkeit der von der Regierung der Philippinen abgegebenen Erklärung nicht anerkennen und vertritt die Auffassung, daß sie angesichts der Bestimmungen des Übereinkommens keine Rechtskraft besitzt.

Die Weißrussiche Sozialistische Sowjetrepublik glaubt, daß, falls ähnlich lautende Erklärungen, die von bestimmten anderen Staaten ebenfalls bei der Unterzeichnung des Übereinkommens abgegeben wurden und mit dessen Bestimmungen unvereinbar sind, auch in der Phase der Ratifikation oder des Beitritts vorgebracht würden, das dazu führen könnte, Ziel und Bedeutung des Übereinkommens zu untergraben und dieses wichtige Instrument des Völkerrechts zu beeinträchtigen.

Unter Berücksichtigung des Vorstehenden glaubt der Ständige Vertreter der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik bei den Vereinten Nationen, daß es angebracht wäre, wenn der Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 319 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens eine Studie allgemeiner Art über die weltweite Anwendung des Übereinkommens und unter anderem über die Frage der Angleichung der innerstaatlichen Gesetze der Vertragsstaaten an das Übereinkommen durchführen lassen würde. Die Ergebnisse dieser Studie sollten in den Bericht des Generalsekretärs aufgenommen werden, den er der Generalversammlung auf ihrer 40. Tagung unter dem Tagesordnungspunkt „Seerecht" vorlegt.

d) Erklärungen zu Einsprüchen

Philippinen

Erklärungen zu einem Einspruch Australiens gegen die bei der Unterzeichnung durch die Philippinen niedergelegte und bei der Ratifikation bestätigte Klarstellung:

Die Erklärung der Philippinen erfolgte im Einklang mit Artikel 310 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen. Die Erklärung enthält Auslegungserklärungen zu einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens.

Die philippinische Regierung beabsichtigt, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen.

Die notwendigen Schritte zum Erlaß von Rechtsvorschriften über die Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen und die Ausübung souveräner Rechte der Philippinen über Archipelgewässer im Einklang mit dem Übereinkommen werden eingeleitet.

Die philippinische Regierung möchte daher der australischen Regierung und den Vertragsstaaten des Übereinkommens versichern, daß die Philippinen die Bestimmungen des genannten Übereinkommens einhalten werden.

Erklärungen der Bundesregierung

(1) Erklärung gemäß Anlage IX Artikel 5 Absatz 2 zum SRÜ:

Die deutsche Bundesregierung möchte daran erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist, der es in bestimmten, von dem Seerechtsübereinkommen erfaßten Bereichen Befugnisse übertragen hat. Ausführliche Erklärungen über Art und Umfang der übertragenen Befugnisse werden zu gegebener Zeit im Einklang mit Anlage IX des Seerechtsübereinkommens abgegeben.

(2) Erklärung gemäß Artikel 287 SRÜ:

In Ermangelung eines anderen friedlichen Mittels, dem sie den Vorzug gäbe, hält es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für sinnvoll, eines der folgenden Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der beiden Übereinkommen zu wählen, wie es ihr nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens frei steht, und zwar in folgender Reihenfolge:

1. den in Übereinstimmung mit Anlage VI errichteten Internationalen Seegerichtshof;
2. ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII gebildetes besonderes Schiedsgericht;
3. den Internationalen Gerichtshof

Wiederum in Ermangelung jedes anderen friedlichen Mittels erkennt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hier und heute die Gültigkeit des besonderen Schiedsverfahrens für jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des Seerechtsübereinkommens in bezug auf die Fischerei, den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt, die wissenschaftliche Meeresforschung oder die Schiffahrt einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen an.

(3) Allgemeine Erklärung zur Rechtswahrung:

Unter Bezugnahme auf ähnliche Erklärungen, die die deutsche Bundesregierung während der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen abgegeben hat, erklärt die deutsche Bundesregierung im Hinblick auf bereits abgegebene oder künftig abzugebende Erklärungen von Staaten bei Zeichnung, Ratifikation oder Beitritt zum Seerechtsübereinkommen:

Küstenmeer, Archipelgewässer, Meerengen

Die Bestimmungen über das Küstenmeer stellen ganz allgemein eine Regelung dar, die zwischen den berechtigten Wünschen der Küstenstaaten nach Schutz ihrer Souveränität und denen der internationalen Gemeinschaft nach Ausübung des Durchfahrtsrechts einen Ausgleich schafft. Das Recht, das Küstenmeer bis auf 12 Seemeilen auszudehnen, wird die Bedeutung des Rechts der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer für alle Schiffe einschließlich Kriegsschiffe, Handelsschiffe und Fischereifahrzeuge beträchtlich verstärken; das ist ein Grundrecht der Völkergemeinschaft.

Keine Bestimmung des Übereinkommens, das insoweit geltendes Völkerrecht widerspiegelt, kann als Berechtigung für einen Küstenstaat betrachtet werden, die friedliche Durchfahrt für eine bestimmte Kategorie fremder Schiffe von einer vorherigen Genehmigung oder Benachrichtigung abhängig zu machen.

Voraussetzung für die Anerkennung des Rechts der Küstenstaaten auf Ausdehnung des Küstenmeers ist das Rechtssystem der Transitdurchfahrt durch Meerengen, die der internationalen Schiffahrt dienen. Artikel 38 schränkt das Recht der Transitdurchfahrt nur in den Fällen ein, in denen eine Route zur Verfügung steht, die unter navigatorischen und hydrographischen Gesichtspunkten, einschließlich der schiffahrtswirtschaftlichen, ebenso geeignet ist.

Nach dem Übereinkommen ist die Durchfahrt auf Archipelschiffahrtswegen nicht von der Bezeichnung bestimmter Schiffahrtswege oder Flugstrecken durch die Archipelstaaten abhängig, soweit bestehende Strecken durch das Archipel vorhanden sind, die normalerweise für die internationale Schiffahrt genutzt werden.

Ausschließliche Wirtschaftszone

In der ausschließlichen Wirtschaftszone, die ein völkerrechtlich neuer Begriff ist, werden den Küstenstaaten genau umrissene Rechte und Hoheitsbefugnisse über die Ressourcen eingeräumt. Alle übrigen Staaten genießen weiterhin die Freiheit der Hohen See in bezug auf Schiffahrt, Überflug sowie jede sonstige völkerrechtlich zulässige Nutzung des Meeres. Diese Nutzung wird auf friedliche Weise wahrgenommen, d. h. im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.

Die Ausübung dieser Rechte kann daher nicht so ausgelegt werden, als beeinträchtige sie die Sicherheit des Küstenstaats oder seine Rechte und Pflichten aus dem Völkerrecht. Demgemäß kann der Begriff einer 200-Meilen-Zone mit allgemeinen Rechten bezüglich Souveränität und Hoheitsbefugnissen des Küstenstaats weder im allgemeinen Völkerrecht noch aufgrund der einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens als rechtsgültig anerkannt werden.

In den Artikeln 56 und 58 wurde ein sorgsam ausbalanciertes, prekäres Gleichgewicht zwischen den Belangen der Küstenstaaten und den Freiheiten und Rechten aller übrigen Staaten geschaffen. Dieses Gleichgewicht umfaßt den Hinweis in Artikel 58 Absatz 2 auf die Artikel 88 bis 115, die für die ausschließliche Wirtschaftszone gelten, sofern sie nicht mit Teil V unvereinbar sind. Keine Bestimmung des Teils V ist unvereinbar mit Artikel 89, der Souveränitätsansprüche für ungültig erklärt.

Nach dem Übereinkommen hat der Küstenstaat keine übrigen Rechte in der ausschließlichen Wirtschaftszone. Insbesondere schließen die Rechte und Hoheitsbefugnisse des Küstenstaats in dieser Zone nicht das Recht ein, über militärische Übungen oder Manöver benachrichtigt zu werden, oder das Recht, diese zu genehmigen.

Außer im Fall künstlicher Inseln hat der Küstenstaat das Recht, in der ausschließlichen Wirtschaftszone nur solche Anlagen und Bauwerke, die wirtschaftlichen Zwecken

dienen, zu genehmigen, zu bauen, zu betreiben und zu nutzen.

Hohe See

Als ein geographisch benachteiligter Staat mit gleichwohl bedeutenden Interessen an den herkömmlichen Nutzungen des Meeres bleibt die Bundesrepublik Deutschland dem bestehenden Grundsatz der Freiheit der Hohen See verpflichtet. Dieser Grundsatz, der jahrhundertelang für alle Nutzungen des Meeres maßgebend war, ist in den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens erneut bekräftigt und in verschiedenen Bereichen neuen Erfordernissen angepaßt worden; diese Bestimmungen müssen daher soweit irgend möglich im Einklang mit jenem traditionellen Grundsatz ausgelegt werden.

Binnenstaaten

Hinsichtlich der Regelung der Transitfreiheit der Binnenstaaten darf der Transit durch das Hoheitsgebiet der Transitstaaten die Souveränität dieser Staaten nicht beeinträchtigen. Nach Artikel 125 Absatz 3 beeinträchtigen die in Teil X vorgesehenen Rechte und Erleichterungen in keiner Weise die Souveränität und die berechtigten Interessen der Transitstaaten. Die genaue Bedeutung der Transitfreiheit muß in jedem Einzelfall zwischen dem Transitstaat und dem betreffenden Binnenstaat durch Vereinbarung festgelegt werden. Bei fehlender Vereinbarung über die Bedingungen und Einzelheiten der Ausübung des Zugangsrechts wird der Zugang von Personen und Waren für den Transit durch das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nur durch innerstaatliche Rechtsvorschriften geregelt, insbesondere hinsichtlich der Verkehrsmittel und -wege und der Benutzung der Verkehrsinfrastruktur.

Wissenschaftliche Meeresforschung

Obschon die traditionelle Freiheit der Forschung durch das Übereinkommen eine beträchtliche Einengung erfuhr, bleibt diese Freiheit für Staaten, internationale Organisationen und Private Rechtsträger in einigen Meeresgebieten, z. B. dem Meeresboden außerhalb des Festlandsockels und auf der Hohen See, erhalten. Die ausschließliche Wirtschaftszone und der Festlandsockel, die für die wissenschaftliche Meeresforschung von besonderem Interesse sind, unterliegen jedoch einem Zustimmungsverfahren, dessen Grundlage die Verpflichtung des Küstenstaats nach Artikel 246 Absatz 3 ist, unter normalen Umständen seine Zustimmung zu erteilen. In diesem Zusammenhang stellen die Förderung und Schaffung günstiger Bedingungen für die wissenschaftliche Forschung, die in dem Übereinkommen gefordert sind, allgemeine Grundsätze dar, welche die Anwendung und Auslegung aller einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens bestimmen.

Die Regelung der wissenschaftlichen Meeresforschung auf dem Festlandsockel jenseits von 200 Seemeilen spricht dem Küstenstaat die Ermessensfreiheit ab, seine Zustimmung nach Artikel 246 Absatz 5 Buchstabe a außerhalb der Gebiete, die er entsprechend den Voraussetzungen nach Artikel 246 Absatz 6 öffentlich bezeichnet hat, zu versagen. Die Verpflichtung, im Zusammenhang mit der Bezeichnung Informationen über die Ausbeutung oder über Aufsuchungsarbeiten mitzuteilen, wird in Artikel 246 Absatz 6 berücksichtigt, der bei den mitzuteilenden Informationen ausdrücklich Einzelheiten ausschließt.

B. Entwurf eines Übereinkommens in der Fassung vom 8. April 1994 zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 (Text siehe Anhang zu dieser Denkschrift).

I. Allgemeiner Teil

1. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 (SRÜ) begegnete in seinem Tiefseebodenbergbauteil (Teil XI) von Anfang an der Kritik der westlichen Industrieländer. Diese bezog sich insbesondere auf die unzureichende Berücksichtigung ihrer Interessen in den Entscheidungsverfahren der künftigen Internationalen Meeresbodenbehörde sowie den Regelungen zu Abgabelasten, Abbaubeschränkungen, Behördenunternehmen, Technologietransfer und zur Überprüfungskonferenz. Die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie einige Entwicklungsländer haben sich in den letzten Jahren der kritischen Bewertung des SRÜ-Tiefseebergbauteils angeschlossen.

   Die seerechtliche Vorbereitungskommission, die zur Vorbereitung der im SRÜ vorgesehenen Seerechtsinstitutionen (Meeresbodenbehörde und Seegerichtshof) und zur Bearbeitung der Anträge auf Zulassung sog. Pionierinvestoren im Tiefseebergbau geschaffen wurde und 1983 ihre Arbeit aufnahm, erwies sich aus rechtlichen (Mandat) und politischen Gründen (fehlende Teilnahme der USA) zur Lösung der wirtschafts- und finanzpolitisch umstrittenen Kernfragen als ungeeignet.

   Die Bemühungen um Modifikation der SRÜ-Tiefseebodenbergbauregelung (Teil XI) führten zu einem im Juli 1990 begonnenen Konsultationsprozeß unter Leitung des VN-Generalsekretärs (sog. Dialog). Die Bundesregierung hatte sich frühzeitig für diesen Dialog ausgesprochen. Die Schaffung dieses neuen Forums ermöglichte die Einbeziehung der USA, die nach 1982 allen Seerechtsverhandlungen ferngeblieben waren. Ziel war die Erarbeitung von Tiefseebodenbergbauregelungen, die ein Inkrafttreten des SRÜ auf breiter Ebene und unter Einschluß der Industrieländer ermöglichen. Das politische Mandat hierfür konnte nach Überwindung anfänglicher Widerstände eines Teils der Entwicklungsländer in der jährlichen Seerechtsresolution der VN-Generalversammlung verankert werden.

2. In insgesamt 14 Konsultationsrunden zwischen Juli 1990 und April 1994 wurden folgende Problemfelder behandelt: Kosten für die SRÜ-Mitgliedstaaten (d. h. Strukturen der künftigen Internationalen Meeresbodenbehörde); Behördenunternehmen; Entscheidungsverfahren der Organe der Meeresbodenbehörde; Überprüfungskonferenz für den SRÜ-Tiefseebergbauteil; Technologietransfer; Produktionsbeschränkungen beim Tiefseebergbau; Kompensation für Landproduzenten aus Entwicklungsländern; finanzielle Verpflichtungen der Tiefseebergbauunternehmen; Einrichtung eines Finanzausschusses.

   Die Erörterungen führten dazu, daß am 4. August 1993 die Vertreter von 4 Industrie- (Australien, Großbritannien, Italien, USA) und 4 Entwicklungsländern (Brasilien, Fidschi, Indonesien, Jamaika) einen Entwurf für eine Resolution der VN-Generalversammlung und ein Übereinkommen vorlegten, der zur Verhandlungsgrundlage wurde. Die jetzt vorliegende Textfassung

vom 8. April 1994 soll nach einer Anfang Juni 1994 erfolgenden Überprüfung Ende Juli 1994 als Anlage zu einer Resolution der 48. VN-Generalversammlung angenommen werden.

Das Übereinkommen besteht aus 10 Artikeln und einem Anhang, in dem die materiellen Regelungen für die vorgenannten 9 Problemfelder enthalten sind. Durch diese wird Teil XI des SRÜ teils durch Änderung, teils durch einvernehmliche Interpretation den „wichtigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen" angepaßt, die seit Abschluß der Verhandlungen über das SRÜ im Jahre 1982 eingetreten sind und auf die der VN-Generalsekretär bei Eröffnung der ersten Konsultationsrunde im Juli 1990 ausdrücklich hingewiesen hatte.

Folgende Punkte sind für uns besonders bedeutsam:

- Die Organe der Internationalen Meeresbodenbehörde werden nur insoweit eingerichtet und sie tagen nur, soweit das zur Erledigung der reduzierten Aufgaben erforderlich ist. Ihre Kosten werden bis ein Jahr nach Inkrafttreten des Übereinkommens aus dem VN-Haushalt bestritten und danach durch Beiträge der Mitgliedstaaten, bis sich die Meeresbodenbehörde durch eigene Einnahmen aus dem Tiefseebergbau selbst finanzieren kann. Bis dahin sind die 5 größten Beitragszahler (USA, Japan, Deutschland, Rußland, Frankreich) Mitglieder des Finanzausschusses, der über alle finanziellen Fragen im Konsens entscheidet.
- Bei Sachentscheidungen des Rates der Meeresbodenbehörde ist neben einer ⅔-Mehrheit zum einen auch die Hälfte der Stimmen in den aus jeweils 4 Mitgliedern bestehenden 3 Gruppen der Importeure und Verbraucher, der 8 größten Tiefseebergbaustaaten sowie der Landproduzenten und Exporteure, des weiteren auch die Hälfte der Stimmen der außerhalb dieser 3 Gruppen im Rat vertretenen Entwicklungsländer notwendig. Dieses Abstimmungssystem nach Kammern erlaubt es den genannten Gruppen, ihre wichtigen Interessen zu schützen.
- Die Funktionen des Behördenunternehmens werden zunächst vom Sekretariat der Internationalen Meeresbodenbehörde wahrgenommen. Der Rat wird über die Unabhängigkeit des Behördenunternehmens entscheiden, wenn es in der Lage ist, sich auf wirtschaftlicher Basis an einem Joint-Venture zu beteiligen. Es darf seine Operationen nur im Rahmen von Joint-Ventures beginnen, und die Mitgliedstaaten brauchen seine Operationen nicht zu finanzieren.
- Die Vorschriften über die Überprüfungskonferenz und den mandatorischen Technologietransfer werden für unanwendbar erklärt.
- Die Produktionsbegrenzung beim Tiefseebergbau wird aufgegeben und durch eine Antisubventionsregelung auf der Basis des entsprechenden GATT-Kodex bzw. entsprechender Nachfolgeübereinkommen ersetzt.
- Der Kompensationsfonds für negativ vom Tiefseebergbau betroffene Produzentenländer unter den Entwicklungsländern wird durch einen Fonds für wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen ersetzt, der nur aus den Abgaben der Tiefseebergbauunternehmen an die Internationale Meeresbodenbehörde gespeist werden darf soweit sie nicht zur Deckung der Verwaltungskosten gebraucht werden. Entsprechende Anpassungsmaßnahmen sollen von bestehenden Institutionen (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken, IWF) ausgearbeitet werden.
- Das komplizierte Abgabensystem wird aufgegeben. Es soll durch ein später auszuarbeitendes System ersetzt werden. Dafür sind Prinzipien festgelegt.

Damit ist aus der Sicht der Bundesregierung den Bedenken, die von allen Industrieländern an der ursprünglich im SRÜ enthaltenen Tiefseebergbauregelung geäußert wurden, in zufriedenstellender Weise Rechnung getragen.

II. Besonderer Teil

Die Präambel stellt die Bedeutung des SRÜ für die Erhaltung von Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt sowie für den Meeresumweltschutz fest. Sie bestätigt das Konzept des gemeinsamen Menschheitserbes für Meeresboden und Meeresuntergrund jenseits der Grenzen des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse. Sie betont die Bedeutung des Übereinkommens als Ergebnis der vom VN-Generalsekretär zu Teil XI SRÜ geführten informellen Konsultationen für die Erleichterung weltweiter Beteiligung am SRÜ.

Artikel 1 (Durchführung des Teiles XI)

Mit der grundlegenden Regelung des Artikel 1 werden die Vertragsparteien des Übereinkommens verpflichtet, Teil XI SRÜ nur im Einklang mit diesem Übereinkommen anzuwenden. Die Anlage zum Übereinkommen, die dessen eigentlichen materiellen Regelungsgehalt im Sinne von Änderungen oder einvernehmlichen Interpretationen von Teil XI SRÜ enthält, ist integraler Bestandteil des Übereinkommens.

Artikel 2 (Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und Teil XI)

Artikel 2 stellt eine weitere Verbindung zwischen Teil XI SRÜ und diesem Übereinkommen her, indem es Auslegung und Anwendung von beiden als ein einziges Vertragsinstrument vorschreibt. Bei Unvereinbarkeit der Regelungen haben die des Übereinkommens Vorrang.

Von den Schlußbestimmungen des SRÜ finden die Artikel 309 bis 319 auch auf das Übereinkommen Anwendung. Darunter befinden sich die Vorschriften über die Verfahren bei Änderung (Artikel 312 bis 316 SRÜ) und bei Kündigung (Artikel 317). Nach Artikel 316 Abs. 5 tritt eine Änderung von Bestimmungen zum Tiefseebergbau schon dann in Kraft, wenn drei Viertel der Vertragsstaaten die Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine solche Änderung den Interessen der Bundesrepublik Deutschland widerspricht, ist gering, da sie nach Artikel 314 vom Rat durch Konsens (Artikel 161 Abs. 8 d) genehmigt werden muß. Im übrigen stünde der Bundesrepublik Deutschland als äußerste Möglichkeit gemäß Artikel 317 die Kündigung offen.

Artikel 3 (Unterzeichnung)

Das Übereinkommen kann von allen in Artikel 305 SRÜ bezeichneten Staaten und Rechtsträgern (und damit auch

von internationalen Organisationen wie der Europäischen Gemeinschaft) unterzeichnet werden. Die Zeichnung kann binnen 12 Monaten ab Annahme des Übereinkommens (Verabschiedung der Resolution der VN-Generalversammlung voraussichtlich Ende Juli 1994) am Sitz der Vereinten Nationen erfolgen.

Artikel 4 (Zustimmung, gebunden zu sein)

Absätze 1 und 2 bestimmen, daß nach Annahme des Übereinkommens keine Erklärung der Bindung an das SRÜ (Ratifikation, Beitritt, förmliche Bestätigung) ohne gleichzeitige Bindung an das Übereinkommen und keine Erklärung der Bindung an das Übereinkommen ohne gleichzeitige Erklärung der Bindung an das SRÜ möglich ist.

In Absatz 3 wird es den Staaten und internationalen Organisationen (wie der Europäischen Gemeinschaft) freigestellt, ihre Bindung an das Übereinkommen durch Zeichnung, Ratifikation, Beitritt, förmliche Bestätigung oder in einem vereinfachten Verfahren (vgl. Artikel 5) herbeizuführen.

Artikel 5 (Vereinfachtes Verfahren)

Artikel 5 sieht vor, daß ein Staat, der vor Annahme des Übereinkommens Vertragsstaat des SRÜ geworden ist und der das Übereinkommen unterzeichnet hat, nach Ablauf von 12 Monaten nach Annahme des Übereinkommens an dieses gebunden ist, sofern er nicht vor Ablauf diese Frist gegenüber dem Verwahrer ausdrücklich einer solch stillschweigenden Bindung widersprochen hat. Diese Regelung hat den Zweck, den Staaten, die das SRÜ bereits vor Annahme des Übereinkommens ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, die Möglichkeit zu eröffnen, die Bindung an das Übereinkommen ohne erneutes Ratifikations- oder Beitrittsverfahren herbeizuführen.

Artikel 6 (Inkrafttreten)

Als Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Übereinkommens werden ein quantitatives und zwei qualitative Elemente bestimmt. Von 40 Staaten muß die Zustimmung zur Bindung (gemäß Artikel 4 oder 5) vorliegen. Von diesen müssen zumindest 7 Staaten aus der Gruppe der sog. Pionierinvestorstaaten (Frankreich, Indien, Japan, Rußland), der sog. potentiellen Pionierinvestorstaaten (Belgien, Deutschland, Italien, Kanada, Niederlande, USA, Großbritannien) oder der Entwicklungsländer, die als Pionierinvestoren registriert sind – das ist bislang China – kommen. Unter diesen 7 Staaten müssen mindestens 5 Industrieländer sein. Damit ist sichergestellt, daß das Übereinkommen nicht ohne Ratifikation bzw. Beitritt zum SRÜ durch eine gewichtige Zahl von Industrieländern in Kraft tritt.

Das Übereinkommen tritt 30 Tage nach Vorliegen der vorgenannten Vorausetzungen, für später hinzutretende Staaten jeweils 30 Tage nach deren Zustimmung zur Bindung in Kraft.

Artikel 7 (Vorläufige Anwendung)

Falls das Übereinkommen nicht bis zum Tag des Inkrafttretens des SRÜ (16. November 1994) gemäß Artikel 6 in Kraft getreten ist, wird es von allen Staaten im Einklang mit dem jeweiligen nationalen Recht vorläufig angewandt, die durch ihre Zustimmung zur entsprechenden Resolution der VN-Generalversammlung die Annahme des Übereinkommens bekundet und nicht die vorläufige Anwendung vor dem 16. November 1994 ausdrücklich ausgeschlossen haben, oder die das Übereinkommen gezeichnet oder dem Verwahrer ihre Zustimmung zur vorläufigen Anwendung notifiziert haben.

Die vorläufige Anwendung endet, wenn das Übereinkommen in Kraft tritt oder am 16. November 1998, wenn bis dahin nicht das Quorum der in Artikel 6 Abs. 1 genannten 7 Staaten erreicht ist.

Mit der Regelung über die vorläufige Anwendung wird sichergestellt, daß das Übereinkommen mit dem Inkrafttreten des SRÜ am 16. November 1994 wirksam wird und der Teil XI SRÜ nicht in seiner ursprünglichen, sondern nur in der modifizierten Fassung in Kraft tritt. Damit wird der Weg für eine baldige universelle Mitgliedschaft im SRÜ unter Einschluß der Industrieländer und der sonstigen am Tiefseebodenbergbau interessierten Staaten frei gemacht. Andernfalls hätte Teil XI SRÜ nur in dem im SRÜ vorgesehenen Verfahren geändert werden können. Das hätte zur Folge gehabt, daß die Änderungen des Teils XI SRÜ allein von den jetzigen Mitgliedern des SRÜ, die – abgesehen von Island, Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina – nur aus Entwicklungsländern bestehen, abhängig wären und daß Industrieländer und sonstige am Tiefseebodenbergbau interessierte Staaten das SRÜ vorhersehbar für mehrere Jahre noch nicht ratifiziert hätten bzw. ihm nicht beigetreten wären.

Artikel 8 (Vertragsstaaten)

Unter diesem Begriff faßt das Übereinkommen Staaten und Rechtsträger (wie z. B. die Europäische Gemeinschaft) zusammen, für die nach ihrer Zustimmung zur Bindung das Übereinkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 9 (Verwahrer)

Wie beim SRÜ ist der Verwahrer auch hier der VN-Generalsekretär.

Artikel 10 (Verbindliche Wortlaute)

Wie beim SRÜ sind gleichermaßen verbindliche Sprachfassungen die 6 VN-Sprachen Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

Die Anlage zum Übereinkommen ist aufgrund des engen sachlichen Zusammenhangs mit den einschlägigen SRÜ-Regelungen in der Denkschrift zum SRÜ/Teil XI und seiner Anlagen III und IV erläutert.

Anhang
zur Denkschrift

Übereinkommen zur Durchführung des Teiles XI des Seerechts-Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1982

(Übersetzung)

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

in Würdigung des bedeutenden Beitrags, den das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen („Seerechtsübereinkommen") zur Erhaltung von Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt für alle Völker der Welt geleistet hat;

erneut erklärend, daß das Gebiet und seine Ressourcen gemeinsames Erbe der Menschheit sind;

eingedenk der Bedeutung des Seerechtsübereinkommens für den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt sowie der wachsenden Besorgnis um die globale Umwelt;

unter Berücksichtigung des Berichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Ergebnisse der informellen Beratungen, die von 1990 bis 1994 über offene Streitfragen in bezug auf Teil XI und diesbezügliche Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens („Teil XI") stattgefunden haben;

im Hinblick auf die bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die sich auf die Durchführung des Teiles XI auswirken;

in dem Wunsch, die weltweite Teilnahme am Seerechtsübereinkommen zu erleichtern;

in der Erwägung, daß ein Übereinkommen zur Durchführung des Teiles XI diesem Zweck am besten dienen würde –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Durchführung des Teiles XI

(1) Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens verpflichten sich, Teil XI im Einklang mit diesem Übereinkommen durchzuführen.

(2) Die Anlage ist Bestandteil dieses Übereinkommens.

Artikel 2

Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und Teil XI

(1) Dieses Übereinkommen und Teil XI werden zusammen als eine Übereinkunft ausgelegt und angewendet. Im Fall einer Widersprüchlichkeit zwischen dem Übereinkommen und Teil XI ist das Übereinkommen maßgebend.

(2) Die Artikel 309 bis 319 des Seerechtsübereinkommens finden auf dieses Übereinkommen ebenso Anwendung wie auf das Seerechtsübereinkommen.

Artikel 3

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt nach seiner Annahme 12 Monate am Sitz der Vereinten Nationen zur Unterzeichnung durch die in Artikel 305 des Seerechtsübereinkommens genannten Staaten und Rechtsträger aus.

Artikel 4

Zustimmung, gebunden zu sein

(1) Nach der Annahme dieses Übereinkommens stellt jede Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zum Seerechtsübereinkommen oder jede Urkunde der förmlichen Bestätigung des Seerechtsübereinkommens auch die Zustimmung dar, durch das vorliegende Übereinkommen gebunden zu sein.

(2) Ein Staat oder Rechtsträger darf nicht seine Zustimmung bekunden, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, wenn er nicht zuvor seine Zustimmung bekundet hat oder gleichzeitig bekundet, durch das Seerechtsübereinkommen gebunden zu sein.

(3) Ein in Artikel 3 bezeichneter Staat oder Rechtsträger kann seine Zustimmung bekunden, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein,

a) indem er es ohne Vorbehalt der Ratifikation, der förmlichen Bestätigung oder des in Artikel 5 dargelegten Verfahrens unterzeichnet;

b) indem er es vorbehaltlich der Ratifikation oder förmlichen Bestätigung unterzeichnet und später ratifiziert oder förmlich bestätigt;

c) indem er es vorbehaltlich des in Artikel 5 dargelegten Verfahrens unterzeichnet oder

d) indem er ihm beitritt.

(4) Die förmliche Bestätigung durch die in Artikel 305 Absatz 1 Buchstabe f des Seerechtsübereinkommens bezeichneten Rechtsträger erfolgt in Übereinstimmung mit Anlage IX des Seerechtsübereinkommens.

(5) Die Ratifikationsurkunden, die Urkunden der förmlichen Bestätigung und die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 5

Vereinfachtes Verfahren

(1) Hat ein Staat oder Rechtsträger vor dem Zeitpunkt der Annahme dieses Übereinkommens eine Ratifikationsurkunde, eine Urkunde der förmlichen Bestätigung oder eine Beitrittsurkunde in bezug auf das Seerechtsübereinkommen hinterlegt und das vorliegende Übereinkommen im Einklang mit Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c unterzeichnet, so gilt seine Zustimmung, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, als bekundet, sofern dieser Staat oder Rechtsträger dem Verwahrer nicht innerhalb von 12 Monaten nach Annahme des Übereinkommens notifiziert, daß er von dem in diesem Artikel dargelegten vereinfachten Verfahren keinen Gebrauch macht.

(2) Erfolgt eine solche Notifikation, so wird die Zustimmung, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, nach Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b bekundet.

Artikel 6

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt 30 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem 40 Staaten in Übereinstimmung mit den Artikeln 4

und 5 ihre Zustimmung bekundet haben, gebunden zu sein; allerdings müssen mindestens sieben der unter Nummer 1 Buchstabe a der Resolution II der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen („Resolution II") genannten Staaten darunter sein, von denen mindestens fünf entwickelte Staaten sein müssen. Sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten jedoch vor dem 16. November 1994 erfüllt, so tritt das Übereinkommen an diesem Tag in Kraft.

(2) Für jeden Staat oder Rechtsträger, der seine Zustimmung bekundet, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, nachdem die in Absatz 1 dargelegten Erfordernisse erfüllt sind, tritt das Übereinkommen am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem er seine Zustimmung bekundet hat, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

Artikel 7

Vorläufige Anwendung

Ist dieses Übereinkommen am 16. November 1994 noch nicht in Kraft getreten, so wenden die Staaten, die seiner Annahme zugestimmt haben, das Übereinkommen von diesem Zeitpunkt an bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig an, sofern nicht einer dieser Staaten dem Verwahrer vor dem 16. November 1994 schriftlich mitteilt,

a) daß er das Übereinkommen nur nach einer späteren Ratifikation oder Notifikation anwenden wird oder

b) daß er das Übereinkommen nicht vorläufig anwenden wird.

(2) Dieses Übereinkommen wird auch vom 16. November 1994 an von den Staaten und Rechtsträgern vorläufig angewendet, die es unterzeichnet oder ihre Zustimmung zu seiner vorläufigen Anwendung durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer erklärt haben.

(3) Dieses Übereinkommen wird ferner von den Staaten und Rechtsträgern vorläufig angewendet, die es an oder nach diesem Zeitpunkt unterzeichnen oder ihre Zustimmung zu seiner vorläufigen Anwendung durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer erklären; die vorläufige Anwendung wird am Tag der Unterzeichnung oder Notifikation wirksam.

(4) Vor dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens nach Artikel 6 wenden alle diese Staaten und Rechtsträger das Übereinkommen nach ihren innerstaatlichen oder internen Gesetzen und sonstigen Vorschriften vorläufig an.

(5) Die vorläufige Anwendung endet am 16. November 1998, sofern zu diesem Zeitpunkt weniger als die in Artikel 6 Absatz 1 genannten sieben Staaten ihre Zustimmung bekundet haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

Artikel 8

Vertragsstaaten

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens bedeutet „Vertragsstaaten" Staaten, die zugestimmt haben, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, und für die es in Kraft getreten ist.

(2) Dieses Übereinkommen gilt sinngemäß für die in Artikel 305 Absatz 1 Buchstaben c, d, e und f des Seerechtsübereinkommens bezeichneten Rechtsträger, die zu den jeweils für sie geltenden Bedingungen Vertragsparteien des vorliegenden Übereinkommens werden, und insoweit bezieht sich der Begriff „Vertragsstaaten" auf diese Rechtsträger.

Artikel 9

Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Artikel 10

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Anlage

Abschnitt 1

Kosten für die Vertragsstaaten und institutionelle Vereinbarungen

(1) Die Behörde ist die Organisation, durch welche die Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens in Übereinstimmung mit der in Teil XI und diesem Übereinkommen festgelegten Ordnung für das internationale Meeresbodengebiet („Gebiet") die Tätigkeiten im Gebiet gestalten und überwachen, insbesondere im Hinblick auf die Verwaltung der Ressourcen des Gebiets. Die Befugnisse und Aufgaben der Behörde sind diejenigen, die ihr durch das Seerechtsübereinkommen ausdrücklich übertragen sind. Sie hat die mit dem Seerechtsübereinkommen im Einklang stehenden Nebenbefugnisse, die mit der Wahrnehmung dieser Befugnisse und Aufgaben in bezug auf Tätigkeiten im Gebiet zusammenhängen und dafür erforderlich sind.

(2) Um die Kosten für die Vertragsstaaten auf ein Mindestmaß zu beschränken, müssen alle durch das Seerechtsübereinkommen und dieses Übereinkommen zu bildenden Organe und Nebenorgane kostengünstig sein. Dieser Grundsatz gilt auch für die Häufigkeit, die Dauer und die Planung von Sitzungen.

(3) Die Bildung und die Tätigkeit der verschiedenen Organe und Nebenorgane erfolgen schrittweise, wobei die von den betreffenden Organen und Nebenorganen zu erfüllenden Aufgaben in Betracht gezogen werden, so daß sie ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten in den verschiedenen Stadien der Entwicklung der Tätigkeiten im Gebiet reibungslos erfüllen können.

(4) Die der Behörde unmittelbar nach Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens obliegenden Aufgaben werden von der Versammlung, dem Rat, der Rechts- und Fachkommission und dem Finanzausschuß wahrgenommen. Die Aufgaben der Kommission für wirtschaftliche Planung werden von der Rechts- und Fachkommission so lange ausgeübt, bis der Rat etwas anderes beschließt oder bis der erste Arbeitsplan zur Ausbeutung bestätigt ist.

(5) Zwischen dem Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens und der Bestätigung des ersten Arbeitsplans zur Ausbeutung befaßt sich die Behörde in erster Linie

a) mit der Bearbeitung von Anträgen auf Bestätigung der Arbeitspläne zur Ausbeutung nach Teil XI und diesem Übereinkommen;

b) mit der Durchführung der Beschlüsse der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und für den Internationalen Seegerichtshof („Vorbereitungskommission") in bezug auf die eingetragenen Pionierinvestoren und ihre bescheinigenden Staaten einschließlich ihrer Rechte und Pflichten nach Artikel 308 Absatz 5 des Seerechtsübereinkommens und der Resolution II Nummer 13;

c) mit der Überwachung der Einhaltung der Arbeitspläne zur Ausbeutung, die in Form von Verträgen bestätigt worden sind;

d) mit der Überwachung und Überprüfung von Tendenzen und Entwicklungen im Zusammenhang mit Tätigkeiten im Tiefseebergbau einschließlich der regelmäßigen Analyse der Weltmarktbedingungen für Metall sowie der Preise, Tendenzen und Aussichten in bezug auf Metall;

e) mit der Untersuchung der möglichen Auswirkung des Mineralienabbaus im Gebiet auf die Wirtschaft der voraussichtlich am stärksten betroffenen Entwicklungsstaaten, die diese Mineralien an Land abbauen, mit dem Ziel, deren Schwierigkeiten auf ein Mindestmaß zu beschränken und ihnen die wirtschaftliche Anpassung zu erleichtern, wobei die in diesem Zusammenhang von der Vorbereitungskommission geleistete Arbeit berücksichtigt wird;

f) mit der Annahme der für die fortschreitende Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet erforderlichen Regeln, Vorschriften und Verfahren. Ungeachtet der Anlage III Artikel 17 Absatz 2 Buchstaben b und c des Seerechtsübereinkommens berücksichtigen diese Regeln, Vorschriften und Verfahren die Bedingungen dieses Übereinkommens, die lange Verzögerung beim kommerziellen Tiefseebergbau und den mutmaßlichen Fortgang der Tätigkeiten im Gebiet;

g) mit der Annahme der Regeln, Vorschriften und Verfahren, in welche die allgemein anwendbaren Normen für den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt eingearbeitet sind;

h) mit der Förderung und Unterstützung der Durchführung wissenschaftlicher Meeresforschung im Hinblick auf die Tätigkeiten im Gebiet, der Sammlung und Verbreitung etwaiger Ergebnisse dieser Forschung und ihrer Auswertung unter besonderer Berücksichtigung der Forschung im Zusammenhang mit der Umweltbelastung durch Tätigkeiten im Gebiet;

i) mit der Beschaffung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Überwachung der Entwicklung der für Tätigkeiten im Gebiet zweckdienlichen Meerestechnologie, insbesondere der Technologie zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt;

j) mit der Bewertung der verfügbaren Daten über die Prospektion und Erforschung;

k) mit der zu gegebener Zeit erfolgenden Ausarbeitung von Regeln, Vorschriften und Verfahren zur Ausbeutung, einschließlich solcher in bezug auf den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt.

(6) a) Der Rat prüft einen Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplans zur Erforschung, nachdem er von der Rechts- und Fachkommission eine Empfehlung dazu erhalten hat. Die Bearbeitung eines Antrags auf Bestätigung eines Arbeitsplans zur Erforschung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Seerechtsübereinkommen einschließlich seiner Anlage III und mit dem vorliegenden Übereinkommen mit folgender Maßgabe:

i) Ein Arbeitsplan zur Erforschung, der im Namen eines in der Resolution II Nummer 1 Buchstabe a Ziffer ii oder iii bezeichneten Staates oder Rechtsträgers oder einer Unternehmenseinheit eines Rechtsträgers, der kein eingetragener Pionierinvestor ist, vorgelegt wird, welcher bereits vor Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens erhebliche Tätigkeiten im Gebiet durchgeführt hat, erfüllt die für die Bestätigung des Arbeitsplans notwendigen finanziellen und technischen Voraussetzungen, wenn der befürwortende Staat bescheinigt, daß der Antragsteller einen Betrag in Höhe von mindestens 30 Millionen US-Dollar in Forschungs- und Erforschungstätigkeiten investiert hat, von denen mindestens 10 Prozent für die Auswahl, Untersuchung und Bewertung des im Arbeitsplan bezeichneten Feldes ausgegeben wurden. Erfüllt der Arbeitsplan sonst die Anforderungen des Seerechtsübereinkommens und alle diesbezüglich angenommenen Regeln, Vorschriften und Verfahren, so wird er vom Rat in Form eines Vertrags bestätigt. Abschnitt 3 Absatz 11 dieser Anlage wird entsprechend ausgelegt und angewendet.

ii) Ungeachtet der Resolution II Nummer 8 Buchstabe a kann ein eingetragener Pionierinvestor die Bestätigung eines Arbeitsplans zur Erforschung innerhalb von 24 Monaten nach Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens beantragen. Ein solcher Arbeitsplan zur Erforschung, der aus Unterlagen, Berichten und sonstigen Daten besteht, die der Vorbereitungskommission vor und nach der Eintragung vorgelegt wurden und mit

einer von der Vorbereitungskommission in Übereinstimmung mit der Resolution II Nummer 11 Buchstabe a ausgestellten Bescheinigung über die Einhaltung der Bestimmungen versehen ist, welche aus einem Tatsachenbericht über die Lage hinsichtlich der Einhaltung der Verpflichtungen im Rahmen der Ordnung für Pionierinvestoren besteht, wird als bestätigt betrachtet. Ein derartiger bestätigter Arbeitsplan erhält die Form eines zwischen der Behörde und dem eingetragenen Pionierinvestor nach Teil XI und dem vorliegenden Übereinkommen geschlossenen Vertrags. Die aufgrund der Resolution II Nummer 7 Buchstabe a gezahlte Gebühr in Höhe von 250 000 US-Dollar gilt als Gebühr für die Erforschungsphase nach Abschnitt 8 Absatz 3 dieser Anlage. Abschnitt 3 Absatz 11 dieser Anlage wird entsprechend ausgelegt und angewendet.

iii) Nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung enthält ein Vertrag mit einem unter Ziffer i bezeichneten Staat, Rechtsträger oder einer Unternehmenseinheit des Rechtsträgers Vereinbarungen, die den mit einem unter Ziffer ii bezeichneten Staat, Rechtsträger oder einer Unternehmenseinheit des Rechtsträgers getroffenen Vereinbarungen ähnlich und nicht weniger günstig sind als diese. Werden einem dieser unter Ziffer i bezeichneten Staaten, Rechtsträger oder Unternehmenseinheiten des Rechtsträgers günstigere Vereinbarungen gewährt, so trifft der Rat ähnliche und nicht weniger günstige Vereinbarungen hinsichtlich der von den unter Ziffer ii bezeichneten Staaten, Rechtsträgern oder Unternehmenseinheiten der Rechtsträger übernommenen Rechte und Pflichten; jedoch dürfen diese Vereinbarungen die Interessen der Behörde weder berühren noch beeinträchtigen.

iv) Ein Staat, der einen Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplans nach Ziffer i oder ii befürwortet, kann entweder ein Vertragsstaat oder ein Staat sein, der ein Mitglied der Behörde („Behörde") ist, das dieses Übereinkommen vorläufig anwendet.

v) Die Resolution II Nummer 8 Buchstabe c wird in Übereinstimmung mit Ziffer iv ausgelegt und angewendet.

b) Die Bestätigung eines Arbeitsplans zur Erforschung erfolgt nach Artikel 153 Absatz 3 des Seerechtsübereinkommens.

(7) Ein Antrag auf Bestätigung der Arbeitspläne ist mit einer Einschätzung möglicher Umweltfolgen durch die vorgeschlagenen Tätigkeiten und mit einer Beschreibung eines Programms für grundlegende Umweltuntersuchungen entsprechend den von der Behörde beschlossenen Regeln, Vorschriften und Verfahren zu versehen.

(8) Ein Antrag auf Bestätigung der Arbeitspläne zur Erforschung wird vorbehaltlich des Absatzes 6 Buchstabe a Ziffer i oder ii nach den in Abschnitt 3 Absatz 11 dieser Anlage dargelegten Verfahren bearbeitet.

(9) Ein Arbeitsplan zur Erforschung wird für einen Zeitraum von zehn Jahren bestätigt. Nach Ablauf eines Arbeitsplans zur Erforschung beantragt der Vertragsnehmer einen Arbeitsplan zur Ausbeutung, sofern er dies nicht bereits getan oder eine Verlängerung des Arbeitsplans zur Erforschung erhalten hat. Die Vertragsnehmer können solche Verlängerungen um jeweils höchstens fünf Jahre beantragen. Die Verlängerungen werden bestätigt, wenn der Vertragsnehmer sich redlich bemüht hat, die Voraussetzungen des Arbeitsplans zu erfüllen, jedoch aus Gründen, auf die er keinen Einfluß hat, nicht in der Lage war, die erforderliche Vorbereitungsarbeit für den Übergang zum Ausbeutungsstadium zum Abschluß zu bringen, oder wenn die obwaltenden wirtschaftlichen Umstände den Übergang zum Ausbeutungsstadium nicht rechtfertigen.

(10) Die Bezeichnung eines reservierten Feldes für die Behörde nach Anlage III Artikel 8 des Seerechtsübereinkommens erfolgt im Zusammenhang mit der Bestätigung eines Antrags auf einen Arbeitsplan zur Erforschung oder auf einen Arbeitsplan zur Erforschung und Ausbeutung.

(11) Ungeachtet des Absatzes 9 tritt ein bestätigter Arbeitsplan zur Erforschung, der von einem Staat gefördert wird, welcher dieses Übereinkommen vorläufig anwendet, außer Kraft, wenn dieser Staat die vorläufige Anwendung des Übereinkommens beendet und weder vorläufiges Mitglied nach Artikel 12 noch Vertragsstaat geworden ist.

(12) Bei Inkrafttreten dieses Übereinkommens können die in Artikel 3 bezeichneten Staaten und Rechtsträger, die das Übereinkommen nicht nach Artikel 7 vorläufig anwenden und für die es nicht in Kraft getreten ist, weiterhin auf vorläufiger Grundlage nach Maßgabe folgender Buchstaben Mitglieder der Behörde bleiben, bis es für sie in Kraft tritt:

a) Tritt dieses Übereinkommen vor dem 16. November 1996 in Kraft, so sind diese Staaten und Rechtsträger berechtigt, weiterhin auf vorläufiger Grundlage Mitglieder der Behörde zu bleiben, nachdem sie dem Verwahrer des Übereinkommens ihre Absicht der Teilnahme als vorläufiges Mitglied der Behörde notifiziert haben. Diese vorläufige Mitgliedschaft endet am 16. November 1996 oder mit dem früheren Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder des Seerechtsübereinkommens für das vorläufige Mitglied. Der Rat kann auf Ersuchen des betreffenden Staates oder Rechtsträgers die vorläufige Mitgliedschaft über den 16. November 1996 hinaus um einen weiteren Zeitraum von höchstens zwei Jahren verlängern, sofern er davon überzeugt ist, daß der betreffende Staat oder Rechtsträger sich redlich bemüht hat, Vertragspartei des Übereinkommens und des Seerechtsübereinkommens zu werden.

b) Tritt dieses Übereinkommen nach dem 15. November 1996 in Kraft, so können die Staaten und Rechtsträger den Rat ersuchen, ihnen eine weitere Mitgliedschaft auf vorläufiger Grundlage in der Behörde für einen oder mehrere Zeiträume, die nicht über den 16. November 1998 hinausreichen, zu gewähren. Der Rat gewährt diese vorläufige Mitgliedschaft mit Wirkung von dem Zeitpunkt des Ersuchens, wenn er überzeugt ist, daß der Staat oder Rechtsträger sich redlich bemüht hat, Vertragspartei des Übereinkommens und des Seerechtsübereinkommens zu werden.

c) Staaten und Rechtsträger, die Mitglieder nach Buchstabe a oder b sind, („vorläufige Mitglieder") wenden Teil XI und dieses Übereinkommen im Einklang mit ihren innerstaatlichen oder internen Gesetzen, sonstigen Vorschriften und jährlich bereitgestellten Haushaltsmitteln vorläufig an; sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie andere Mitglieder, darunter

i) die Verpflichtung, zum Haushalt der Behörde entsprechend der Beitragsberechnung beizutragen;

ii) das Recht, einen Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplans zur Erforschung zu befürworten. Im Fall von Rechtsträgern, deren Unternehmenseinheiten natürliche oder juristische Personen sind, welche die Staatsangehörigkeit von mehr als einem Staat besitzen, wird der Arbeitsplan zur Erforschung so lange nicht bestätigt, bis alle Staaten, aus deren natürlichen oder juristischen Personen diese Rechtsträger bestehen, vorläufige Mitglieder oder Vertragsstaaten geworden sind.

d) Ungeachtet des Absatzes 9 tritt ein bestätigter Arbeitsplan zur Erforschung, der von einem vorläufigen Mitglied nach Buchstabe c Ziffer ii befürwortet wird, außer Kraft, wenn die vorläufige Mitgliedschaft dieses Mitglieds erlischt und es nicht Vertragsstaat geworden ist.

e) Hat ein vorläufiges Mitglied seine berechneten Beiträge nicht bezahlt oder ist es in anderer Weise seinen Verpflichtungen in Übereinstimmung mit diesem Absatz nicht nachgekommen, so wird seine vorläufige Mitgliedschaft beendet.

(13) Der Hinweis in Anlage III Artikel 10 letzter Satz des Seerechtsübereinkommens auf eine nicht zufriedenstellende Ausführung des Arbeitsplans wird in dem Sinne ausgelegt, daß der Vertragsnehmer die Voraussetzungen eines bestätigten Arbeitsplans trotz ein- oder mehrfacher schriftlicher Ermahnung des Vertragsnehmers durch die Behörde, sie zu erfüllen, nicht erfüllt hat.

(14) Die Behörde hat einen eigenen Haushalt. Bis zum Ende des Jahres, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt, werden die Verwaltungskosten der Behörde aus dem Haushalt der Vereinten Nationen bestritten. Danach werden die Verwaltungskosten der Behörde so lange durch die berechneten Beiträge ihrer Mitglieder einschließlich ihrer vorläufigen Mitglieder nach Artikel 173 des Seerechtsübereinkommens und nach dem vorliegenden Übereinkommen bestritten, bis die Behörde sich selbst finanziert. Die Behörde übt die in Artikel 174 Absatz 1 des Seerechtsübereinkommens bezeichnete Befugnis, zur Finanzierung ihres Verwaltungshaushalts Kredite aufzunehmen, nicht aus.

(15) Die Behörde erarbeitet und beschließt in Übereinstimmung mit Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe o Ziffer ii des Seerechtsübereinkommens Regeln, Vorschriften und Verfahren, die auf den in den Abschnitten 2, 5, 6, 7 und 8 dieser Anlage enthaltenen Grundsätzen beruhen, sowie zusätzliche Regeln, Vorschriften und Verfahren, die gegebenenfalls zur Vereinfachung der Bestätigung von Arbeitsplänen zur Erforschung oder Ausbeutung notwendig sind, wie folgt:

a) Der Rat kann solche Regeln, Vorschriften und Verfahren jederzeit ausarbeiten, wenn er sie ganz oder teilweise für die Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet für erforderlich hält oder wenn er feststellt, daß die kommerzielle Ausbeutung unmittelbar bevorsteht, oder auf Ersuchen eines Staates, dessen Angehöriger in der Lage ist, die Bestätigung eines Arbeitsplans zur Ausbeutung zu beantragen.

b) Wird ein Ersuchen von einem unter Buchstabe a genannten Staat gestellt, so beendet der Rat nach Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe o des Seerechtsübereinkommens die Beschlußfassung über diese Regeln, Vorschriften und Verfahren innerhalb von zwei Jahren nach einem solchen Ersuchen.

c) Hat der Rat die Regeln, Vorschriften und Verfahren in bezug auf die Ausbeutung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit zum Abschluß gebracht und ist über einen Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplans zur Ausbeutung noch nicht entschieden, so prüft der Rat diesen Arbeitsplan dennoch und bestätigt ihn vorläufig auf der Grundlage der Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens und aller Regeln, Vorschriften und Verfahren, die er gegebenenfalls vorläufig beschlossen hat, oder auf der Grundlage der im Seerechtsübereinkommen enthaltenen Normen und der in dieser Anlage enthaltenen Bedingungen und Grundsätze sowie des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung der Vertragsnehmer.

(16) Die Entwürfe der Regeln, Vorschriften und Verfahren sowie etwaige Empfehlungen zu Teil XI, die in den Berichten und Empfehlungen der Vorbereitungskommission enthalten sind, werden von der Behörde bei der Beschlußfassung über Regeln, Vorschriften und Verfahren nach Teil XI und diesem Übereinkommen berücksichtigt.

(17) Die einschlägigen Bestimmungen des Teiles XI Abschnitt 4 werden im Einklang mit diesem Übereinkommen ausgelegt und angewendet.

Abschnitt 2
Das Unternehmen

(1) Das Sekretariat der Behörde nimmt die Aufgaben des Unternehmens so lange wahr, bis dieses unabhängig vom Sekretariat tätig wird. Zu diesem Zweck ernennt der Generalsekretär aus seinem Personal einen Generaldirektor ad interim, der die Wahrnehmung der Aufgaben durch das Personal des Sekretariats überwacht.

Diese Aufgaben sind folgende:

a) Überwachung und Überprüfung von Tendenzen und Entwicklungen in bezug auf Tätigkeiten des Tiefseebergbaus einschließlich der regelmäßigen Analyse der Weltmarktbedingungen für Metall sowie der Preise, Tendenzen und Aussichten in bezug auf Metall;

b) Beurteilung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Meeresforschung hinsichtlich der Tätigkeiten im Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der Forschung im Zusammenhang mit den Umweltfolgen durch die Tätigkeiten im Gebiet;

c) Beurteilung der verfügbaren Daten in bezug auf die Prospektion und Erforschung einschließlich der Kriterien für diese Tätigkeiten;

d) Beurteilung der für die Tätigkeiten im Gebiet ausschlaggebenden technischen Entwicklungen, insbesondere der Technologie im Zusammenhang mit dem Schutz der Meeresumwelt;

e) Auswertung von Informationen und Daten in bezug auf die der Behörde reservierten Felder;

f) Beurteilung der Möglichkeiten für gemeinschaftliche Unternehmungen;

g) Sammlung von Informationen über die Verfügbarkeit ausgebildeter Arbeitskräfte;

h) Untersuchung der Möglichkeiten, die Verwaltung des Unternehmens auf den verschiedenen Ebenen seiner Tätigkeit zu leiten.

(2) Das Unternehmen führt seine anfänglichen Arbeiten im Tiefseebergbau durch gemeinschaftliche Unternehmungen durch. Nachdem ein Arbeitsplan zur Ausbeutung für einen anderen Rechtsträger als das Unternehmen bestätigt wurde oder nachdem ein Antrag auf eine gemeinschaftliche Unternehmung mit dem Unternehmen beim Rat eingegangen ist, befaßt sich der Rat mit der Frage der Tätigkeit des Unternehmens unabhängig vom Sekretariat der Behörde. Sind die Arbeiten im Rahmen der gemeinschaftlichen Unternehmung mit dem Unternehmen mit vernünftigen kommerziellen Grundsätzen vereinbar, so erläßt der Rat eine Richtlinie nach Artikel 170 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens, die diese unabhängige Tätigkeit bestimmt.

(3) Die in Anlage IV Artikel 11 Absatz 3 des Seerechtsübereinkommens vorgesehene Verpflichtung, eine Abbaustätte des Unternehmens zu finanzieren, gilt nicht, und die Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens sind nicht verpflichtet, Arbeiten an einer Abbaustätte des Unternehmens oder aufgrund von Vereinbarungen des Unternehmens über gemeinschaftliche Unternehmungen zu finanzieren.

(4) Die für die Vertragsnehmer geltenden Verpflichtungen gelten auch für das Unternehmen. Ungeachtet des Artikels 153 Absatz 3 des Seerechtsübereinkommens und der Anlage III Artikel 3 Absatz 5 des Seerechtsübereinkommens erhält ein Arbeitsplan für das Unternehmen nach seiner Bestätigung die Form eines zwischen der Behörde und dem Unternehmen geschlossenen Vertrags.

(5) Ein Vertragsnehmer, welcher der Behörde ein bestimmtes Feld als reserviertes Feld überlassen hat, hat das dingliche Vorkaufsrecht, mit dem Unternehmen eine Vereinbarung über eine gemeinschaftliche Unternehmung zur Erforschung und Ausbeutung dieses Feldes zu schließen. Legt das Unternehmen nicht innerhalb von fünfzehn Jahren nach Aufnahme seiner unabhängig vom Sekretariat der Behörde wahrgenommenen Aufgaben oder – sofern dies später ist – nicht innerhalb von fünfzehn Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem das Feld für die Behörde reserviert wurde, einen Antrag auf einen Arbeitsplan für Tätigkeiten in bezug auf dieses reservierte Feld vor, so ist der Vertragsnehmer, der das Feld überlassen hat, berechtigt, einen Arbeitsplan für dieses Feld zu beantragen, falls er in redlicher Absicht anbietet, das Unternehmen als Partner in eine gemeinschaftliche Unternehmung einzubeziehen.

(6) Artikel 170 Absatz 4, Anlage IV und andere Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens in bezug auf das Unternehmen werden in Übereinstimmung mit diesem Abschnitt ausgelegt und angewendet.

Abschnitt 3
Beschlussfassung

(1) Die allgemeinen Leitsätze der Behörde werden von der Versammlung in Zusammenarbeit mit dem Rat festgelegt.

(2) Grundsätzlich soll die Beschlußfassung in den Organen der Behörde durch Konsens erfolgen.

(3) Sind alle Bemühungen, eine Beschlußfassung durch Konsens zu erreichen, erschöpft, so werden die Beschlüsse über Verfahrensfragen durch Abstimmung in der Versammlung mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Staaten und die Beschlüsse über Sachfragen mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Staaten gefaßt, wie in Artikel 159 Absatz 8 des Seerechtsübereinkommens vorgesehen.

(4) Die Beschlüsse der Versammlung über jede Angelegenheit, für die der Rat ebenfalls zuständig ist, oder über jede Verwaltungs-, Haushalts- oder Finanzfrage stützen sich auf die Empfehlungen des Rates. Nimmt die Versammlung die Empfehlung des Rates zu einer Angelegenheit nicht an, so verweist sie diese zur weiteren Prüfung an den Rat zurück. Der Rat prüft die Angelegenheit erneut im Licht der von der Versammlung geäußerten Ansichten.

(5) Sind alle Bemühungen, eine Beschlußfassung durch Konsens zu erreichen, erschöpft, so werden die Beschlüsse über Verfahrensfragen bei Abstimmungen im Rat mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder und die Beschlüsse über Sachfragen, soweit das Seerechtsübereinkommen nicht Beschlüsse durch Konsens vorsieht, mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt, es sei denn, die Mehrheit in einer der nachstehend genannten Kammern lehnt diese Beschlüsse ab. Bei seiner Beschlußfassung bemüht sich der Rat, die Interessen aller Mitglieder der Behörde zu unterstützen.

(6) Der Rat kann eine Beschlußfassung zur Erleichterung weiterer Verhandlungen vertagen, wenn es den Anschein hat, als seien noch nicht alle Bemühungen erschöpft, Konsens über eine Frage zu erreichen.

(7) Die Beschlüsse der Versammlung oder des Rates, die sich auf die Finanzen oder den Haushalt auswirken, stützen sich auf die Empfehlungen des Finanzausschusses.

(8) Artikel 161 Absatz 8 Buchstaben b und c des Seerechtsübereinkommens findet keine Anwendung.

(9) Jede aufgrund des Absatzes 15 Buchstaben a bis c gewählte Staatengruppe wird für die Zwecke der Abstimmung im Rat als eine Kammer behandelt. Die aufgrund des Absatzes 15 Buchstaben d und e gewählten Entwicklungsstaaten werden für die Zwecke der Abstimmung im Rat als eine Einzelkammer behandelt. Vor der Wahl der Mitglieder des Rates erstellt die Versammlung Listen der Länder, welche die Kriterien für eine Mitgliedschaft in den Staatengruppen nach Absatz 15 Buchstaben a bis d erfüllen. Erfüllt ein Land die Kriterien für eine Mitgliedschaft in mehr als einer Staatengruppe, so kann es nur von einer Gruppe zur Wahl in den Rat vorgeschlagen werden und darf bei Abstimmungen im Rat nur diese Gruppe vertreten.

(10) Jede Staatengruppe nach Absatz 15 Buchstaben a bis d wird im Rat durch die von ihr benannten Mitglieder vertreten. Jede Gruppe benennt nur so viele Kandidaten, wie sie Sitze zu besetzen hat. Übersteigt die Anzahl der möglichen Kandidaten in jeder der in Absatz 15 Buchstaben a bis e genannten Gruppen die Anzahl der in jeder dieser Gruppen zur Verfügung stehenden Sitze, so wird grundsätzlich das Rotationsprinzip angewendet. Die Staaten, die Mitglieder jeder dieser Gruppen sind, bestimmen, wie dieses Prinzip in den jeweiligen Gruppen angewendet wird.

(11) a) Der Rat billigt eine Empfehlung der Rechts- und Fachkommission zur Bestätigung eines Arbeitsplans, sofern er nicht mit Zweidrittelmehrheit seiner anwesenden und abstimmenden Mitglieder einschließlich der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder in jeder der Kammern des Rates beschließt, den Arbeitsplan abzulehnen. Faßt der Rat einen Beschluß über eine Empfehlung zur Bestätigung eines Arbeitsplans nicht innerhalb einer vorgeschriebenen Frist, so gilt die Empfehlung nach Ablauf dieser Frist als vom Rat gebilligt. Die vorgeschriebene Frist beträgt üblicherweise 60 Tage, sofern der Rat nicht beschließt, eine längere Frist vorzusehen. Empfiehlt die Kommission die Ablehnung eines Arbeitsplans oder gibt sie keine Empfehlung ab, so kann der Rat nach seiner üblichen Geschäftsordnung betreffend Sachfragen den Arbeitsplan dennoch bestätigen.

b) Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe j des Seerechtsübereinkommens findet keine Anwendung.

(12) Entsteht eine Streitigkeit über die Ablehnung eines Arbeitsplans, so wird sie dem im Seerechtsübereinkommen dargelegten Streitbeilegungsverfahren unterworfen.

(13) Beschlüsse durch Abstimmung in der Rechts- und Fachkommission werden mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt.

(14) Teil XI Abschnitt 4 Unterabschnitte B und C werden in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Abschnitt ausgelegt und angewendet.

(15) Der Rat besteht aus 36 Mitgliedern der Behörde, die von der Versammlung in folgender Reihenfolge gewählt werden:

a) vier Mitglieder aus den Vertragsstaaten, die während der letzten fünf Jahre, für die Statistiken vorliegen, entweder jeweils mehr als 2 Prozent des Wertes des gesamten Weltverbrauchs der Rohstoffe, die aus den aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen erzeugt werden, verbraucht oder Nettoeinfuhren von mehr als 2 Prozent des Wertes der gesamten Welteinfuhr dieser Rohstoffe vorgenommen haben; unter diesen vier Mitgliedern müssen sich jedoch ein Staat der osteuropäischen Region, der gemessen am Bruttosozialprodukt die größte Wirtschaft in der Region aufweist, und der Staat befinden, der gemessen am Bruttosozialprodukt bei Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens die größte Wirtschaft aufweist, sofern diese Staaten in dieser Gruppe vertreten sein wollen;

b) vier Mitglieder aus den acht Vertragsstaaten, die unmittelbar oder durch ihre Staatsangehörigen die umfangreichsten Investitionen zur Vorbereitung und Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet vorgenommen haben;

c) vier Mitglieder aus den Vertragsstaaten, die aufgrund der Produktion im Bereich ihrer Hoheitsbefugnisse die wichtigsten Nettoexporteure der aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen sind; darunter müssen sich mindestens zwei Entwicklungsstaaten befinden, deren Wirtschaft in hohem Maße von der Ausfuhr dieser Mineralien abhängig ist;

d) sechs Mitglieder aus Entwicklungsstaaten, die besondere Interessen vertreten. Zu diesen zu vertretenden besonderen Interessen gehören die von Staaten mit großer Bevölkerung, von Binnenstaaten oder geographisch benachteiligten Staaten, von Inselstaaten, von Staaten, die wichtigste Importeure der aus dem Gebiet gewinnbaren Mineraliengruppen sind, und von am wenigsten entwickelten Staaten;

e) achtzehn Mitglieder, die nach dem Grundsatz der gerechten geographischen Verteilung der Gesamtheit der Sitze im Rat gewählt werden; aus jeder geographischen Region muß mindestens ein Mitglied nach diesem Buchstaben gewählt werden. Zu diesem Zweck gelten als geographische Regionen die folgenden: Afrika, Asien, Osteuropa, Lateinamerika und die Karibik sowie Westeuropa und andere Staaten.

(16) Artikel 161 Absatz 1 des Seerechtsübereinkommens findet keine Anwendung.

Abschnitt 4

Überprüfungskonferenz

Die Bestimmungen über die Überprüfungskonferenz in Artikel 155 Absätze 1, 3 und 4 des Seerechtsübereinkommens finden keine Anwendung. Ungeachtet des Artikels 314 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens kann die Versammlung auf Empfehlung des Rates jederzeit eine Überprüfung der in Artikel 155 Absatz 1 des Seerechtsübereinkommens bezeichneten Angele-

genheiten vornehmen. Änderungen, die sich auf das vorliegende Übereinkommen und Teil XI beziehen, unterliegen den in den Artikeln 314, 315 und 316 des Seerechtsübereinkommens enthaltenen Verfahren, sofern die Grundsätze, die Ordnung und andere Bedingungen des Artikels 155 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens beibehalten werden und die in Absatz 5 jenes Artikels bezeichneten Rechte unberührt bleiben.

Abschnitt 5

Weitergabe von Technologie

(1) Die Weitergabe von Technologie für die Zwecke des Teiles XI wird nicht nur durch Artikel 144 des Seerechtsübereinkommens, sondern auch durch folgende Grundsätze geregelt:

a) Das Unternehmen und die Entwicklungsstaaten, die Tiefseebergbautechnologie zu erhalten wünschen, bemühen sich, solche Technologie zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen auf dem freien Markt oder durch Vereinbarungen über gemeinschaftliche Unternehmungen zu erhalten.

b) Können das Unternehmen und die Entwicklungsstaaten die Tiefseebergbautechnologie nicht erhalten, so kann die Behörde alle oder einzelne Vertragsnehmer und ihre jeweiligen befürwortenden Staaten auffordern, mit ihr zur Erleichterung des Erwerbs der Tiefseebergbautechnologie durch das Unternehmen, seine gemeinschaftliche Unternehmung oder einen oder mehrere Entwicklungsstaaten, die sich um den Erwerb solcher Technologie zu angemessenen und annehmbaren kommerziellen Bedingungen im Einklang mit dem wirksamen Schutz des Rechts auf geistiges Eigentum bemühen, zusammenzuarbeiten.

c) Grundsätzlich fördern die Vertragsstaaten die internationale technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit in bezug auf Tätigkeiten im Gebiet zwischen den jeweils Beteiligten oder durch Ausarbeitung von Programmen zur Ausbildung, technischen Hilfe oder wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Meereswissenschaft und Meerestechnologie sowie der Bewahrung der Meeresumwelt.

(2) Anlage III Artikel 5 des Seerechtsübereinkommens findet keine Anwendung.

Abschnitt 6

Produktionspolitik

(1) Die Produktionspolitik der Behörde beruht auf folgenden Grundsätzen:

a) Die Erschließung der Ressourcen des Gebiets erfolgt nach vernünftigen kommerziellen Grundsätzen.

b) Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, seine einschlägigen Kodizes und Folge- oder Ablöseübereinkünfte gelten für die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens in bezug auf Tätigkeiten im Gebiet.

c) Insbesondere gibt es keine Subventionierung der Tätigkeiten im Gebiet, sofern sie nicht im Rahmen der unter Buchstabe b genannten Übereinkünfte erlaubt ist. Subventionierungen im Sinne dieser Grundsätze werden im Rahmen der unter Buchstabe b genannten Übereinkünfte festgelegt.

d) Die aus dem Gebiet stammenden Mineralien erfahren gegenüber den aus anderen Vorkommen stammenden Mineralien keine Diskriminierung. Diese Mineralien oder die Einfuhren von aus solchen Mineralien erzeugten Rohstoffen erhalten keinen bevorzugten Zugang zu den Märkten, insbesondere

   i) durch Anwendung von Zollschranken oder zollunabhängigen Handelshemmnissen;

   ii) durch Vorzugsbehandlung seitens der Vertragsstaaten für die Mineralien oder Rohstoffe, die von ihren staatlichen Unternehmen oder von natürlichen oder juristischen Personen ihrer Staatsangehörigkeit erzeugt wurden oder von ihnen oder ihren Staatsangehörigen kontrolliert werden.

e) Der von der Behörde für jedes Abbaufeld bestätigte Arbeitsplan zur Ausbeutung muß einen im voraus erarbeiteten Produktionsplan enthalten, in dem die geschätzten Höchstmengen der jährlich im Rahmen dieses Arbeitsplans geförderten Mineralien angegeben sind.

f) Für die Beilegung von Streitigkeiten über die Bestimmungen der unter Buchstabe b genannten Übereinkünfte gilt folgendes:

   i) Sind die Vertragsstaaten Vertragsparteien dieser Übereinkünfte, so nehmen sie die Streitbeilegungsverfahren dieser Übereinkünfte in Anspruch.

   ii) Sind eine oder mehrere Vertragsstaaten nicht Vertragsparteien dieser Übereinkünfte, so nehmen sie die im Seerechtsübereinkommen dargelegten Streitbeilegungsverfahren in Anspruch.

g) In Fällen, in denen aufgrund der unter Buchstabe b bezeichneten Übereinkünfte die Feststellung getroffen wird, daß ein Vertragsstaat eine Subventionierung vorgenommen hat, die verboten ist oder zu einer Schädigung der Interessen eines anderen Vertragsstaats geführt hat, und in denen von dem oder den betreffenden Vertragsstaaten geeignete Schritte nicht unternommen wurden, kann ein Vertragsstaat den Rat ersuchen, angemessene Maßnahmen zu ergreifen.

(2) Die in Absatz 1 enthaltenen Grundsätze lassen die Rechte und Pflichten aus den Bestimmungen der in Absatz 1 Buchstabe b genannten Übereinkünfte sowie aus einschlägigen Freihandels- oder Zollunionsübereinkünften in den Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten, die Vertragsparteien dieser Übereinkünfte sind, unberührt.

(3) Die Entgegennahme anderer Subventionen, als aufgrund der in Artikel 1 Buchstabe b bezeichneten Übereinkünfte erlaubt sind, durch einen Vertragsnehmer stellt eine Verletzung der grundlegenden Bedingungen des Vertrags dar, der den Arbeitsplan zur Ausführung von Tätigkeiten im Gebiet bildet.

(4) Jeder Vertragsstaat, der Grund zu der Annahme hat, daß ein Verstoß gegen die Vorschriften des Absatzes 1 Buchstaben b bis d oder des Absatzes 3 vorliegt, kann im Einklang mit Absatz 1 Buchstabe f oder g Maßnahmen zur Streitbeilegung einleiten.

(5) Ein Vertragsstaat kann den Rat jederzeit auf Tätigkeiten aufmerksam machen, die nach seiner Auffassung mit den Erfordernissen des Absatzes 1 Buchstaben b bis d nicht vereinbar sind.

(6) Die Behörde erarbeitet Regeln, Vorschriften und Verfahren, welche die Durchführung dieses Abschnitts sicherstellen. Dazu gehören entsprechende Regeln, Vorschriften und Verfahren für die Bestätigung von Arbeitsplänen.

(7) Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe q, Artikel 165 Absatz 2 Buchstabe n, Artikel 151 Absätze 1 bis 7 und Absatz 9 sowie Anlage III Artikel 6 Absatz 5 und Anlage III Artikel 7 des Seerechtsübereinkommens finden keine Anwendung.

Abschnitt 7

Wirtschaftshilfe

(1) Der Leitsatz der Behörde, Entwicklungsstaaten zu helfen, die ernste nachteilige Auswirkungen auf ihre Ausfuhreinnahmen oder ihre Wirtschaft aus einem Rückgang des Preises für das betroffene Mineral oder der Ausfuhrmenge dieses Minerals erleiden, soweit ein solcher Rückgang auf Tätigkeiten im Gebiet zurückzuführen ist, beruht auf folgenden Grundsätzen:

a) Die Behörde errichtet mit einem Anteil ihrer finanziellen Mittel, der größer ist als der zur Deckung ihrer Verwaltungskosten erforderliche Betrag, einen Fonds für Wirtschaftshilfe. Der für

diesen Zweck bereitgestellte Betrag wird auf Empfehlung des Finanzausschusses von Zeit zu Zeit vom Rat festgelegt. Für die Errichtung des Fonds für Wirtschaftshilfe werden lediglich finanzielle Mittel aus Zahlungen von Vertragsnehmern einschließlich des Unternehmens und aus freiwilligen Beiträgen verwendet.

b) Entwicklungsstaaten mit Landproduktion, deren Wirtschaft als am stärksten vom Abbau von Mineralien durch den Tiefseebergbau betroffen angesehen wird, erhalten Hilfe aus dem Fonds für Wirtschaftshilfe der Behörde.

c) Die Behörde stellt betroffenen Entwicklungsstaaten mit Landproduktion Hilfe aus dem Fonds zur Verfügung, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit bestehenden weltweiten oder regionalen Entwicklungseinrichtungen, die über die zur Durchführung solcher Hilfsprogramme notwendige Infrastruktur und die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen.

d) Umfang und Dauer der Hilfe werden in jedem Einzelfall festgelegt. Dabei werden Art und Tragweite der Probleme, denen sich die betroffenen Entwicklungsstaaten mit Landproduktion gegenübersehen, angemessen berücksichtigt.

(2) Artikel 151 Absatz 10 des Seerechtsübereinkommens wird mittels der in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen der Wirtschaftshilfe durchgeführt. Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe l, Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe n, Artikel 164 Absatz 2 Buchstabe d, Artikel 171 Buchstabe f und Artikel 173 Absatz 2 Buchstabe c des Seerechtsübereinkommens werden entsprechend ausgelegt.

Abschnitt 8

Finanzielle Bestimmungen des Vertrags

(1) Folgende Grundsätze dienen als Grundlage für die Aufstellung der Regeln, Vorschriften und Verfahren für die finanziellen Bestimmungen des Vertrags:

a) Das System der finanziellen Leistungen an die Behörde muß sowohl für den Vertragsnehmer als auch für die Behörde angemessen sein und ausreichende Mittel für die Feststellung vorsehen, daß der Vertragsnehmer das System beachtet.

b) Die Einzelzahlungen aufgrund dieses Systems erfolgen im Rahmen der Zahlungen, die bei dem auf dem Land betriebenen Abbau gleicher oder ähnlicher Mineralien üblich sind, damit die Unternehmer, die Tiefseebergbau betreiben, keinen künstlichen Wettbewerbsvorteil erhalten oder damit ihnen kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

c) Das System soll nicht schwierig sein und weder für die Behörde noch für den Vertragsnehmer größere Verwaltungskosten verursachen. Die Annahme eines Systems von Förderabgaben oder eines kombinierten Systems aus Förderabgaben und Gewinnbeteiligung soll geprüft werden. Werden alternative Systeme beschlossen, so hat der Vertragsnehmer die Wahl des auf einen bestimmten Vertrag anwendbaren Systems. Jede spätere Änderung in der Wahl des Systems erfolgt einvernehmlich zwischen dem Rat und dem Vertragsnehmer.

d) Mit der Aufnahme der kommerziellen Produktion ist eine feste Jahresgebühr fällig. Diese Gebühr kann gegen andere fällige Zahlungen im Rahmen des nach Buchstabe c angenommenen Systems verrechnet werden. Die Höhe der Gebühr wird vom Rat festgelegt.

e) Das System der finanziellen Leistungen kann regelmäßig im Licht sich verändernder Umstände überprüft werden. Die Zahlungen erfolgen in nicht diskriminierender Weise. Für bestehende Verträge kann es nur nach Wahl des Vertragsnehmers gelten. Jede spätere Änderung in der Wahl des Systems erfolgt jedoch im Einvernehmen zwischen dem Rat und dem Vertragsnehmer.

f) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der auf diesen Grundlagen beruhenden Regeln und Vorschriften unterliegen den im Seerechtsübereinkommen dargelegten Streitbeilegungsverfahren.

(2) Anlage III Artikel 13 Absätze 3 bis 10 des Seerechtsübereinkommens findet keine Anwendung.

(3) Im Hinblick auf die Durchführung der Anlage III Artikel 13 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens beträgt die Gebühr für die Bearbeitung von Anträgen auf Bestätigung von Arbeitsplänen, die sich nur auf eine Phase beschränken, nämlich entweder auf die Erforschungsphase oder die Abbauphase, je Phase 250 000 US-Dollar.

Abschnitt 9

Der Finanzausschuß

(1) Hiermit wird ein Finanzausschuß gebildet. Der Finanzausschuß besteht aus 15 Mitgliedern, die über geeignete Fähigkeiten in finanziellen Angelegenheiten verfügen. Die Vertragsstaaten benennen Kandidaten, die ein Höchstmaß an fachlicher Eignung und Ehrenhaftigkeit besitzen.

(2) Nicht mehr als ein Mitglied des Finanzausschusses darf Staatsangehöriger desselben Vertragsstaats sein.

(3) Die Mitglieder des Finanzausschusses werden von der Versammlung gewählt, wobei die Notwendigkeit einer gerechten geographischen Verteilung und die Vertretung besonderer Interessen gebührend berücksichtigt werden. Jede in Abschnitt 3 Absatz 15 Buchstaben a, b, c und d genannte Staatengruppe ist mit mindestens einem Mitglied im Finanzausschuß vertreten. Bis die Behörde sich selbst finanziert, gehören zu den Mitgliedern des Ausschusses die fünf Staaten, welche die höchsten Beiträge zum Verwaltungshaushalt der Behörde entrichten. Sobald sich die Behörde selbst finanziert, erfolgt die Wahl eines Mitglieds aus jeder Gruppe auf der Grundlage der Benennung durch die Mitglieder der betreffenden Gruppe, unbeschadet der Möglichkeit, weitere Mitglieder aus jeder dieser Gruppen zu wählen.

(4) Die Mitglieder des Ausschusses werden für fünf Jahre gewählt. Ihre einmalige Wiederwahl ist zulässig.

(5) Im Fall des Todes, der Arbeitsunfähigkeit oder des Rücktritts eines Ausschußmitglieds vor Ablauf seiner Amtszeit wählt die Versammlung für den Rest der Amtszeit ein Mitglied aus derselben geographischen Region oder Interessengruppe.

(6) Die Ausschußmitglieder dürfen kein finanzielles Interesse an einer Tätigkeit in bezug auf Angelegenheiten haben, für die der Ausschuß zuständig ist, Empfehlungen abzugeben. Sie dürfen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit vertrauliche Informationen, die ihnen aufgrund ihrer Aufgaben für die Behörde zur Kenntnis gelangen, nicht preisgeben.

(7) Beschlüsse der Versammlung und des Rates über folgende Themen stützen sich auf Empfehlungen des Finanzausschusses:

a) die Entwürfe der Finanzregeln, -vorschriften und -verfahren für die verschiedenen Organe der Behörde sowie die Verwaltung der Finanzen und die innere Finanzverwaltung der Behörde;

b) die Berechnung der Beiträge der Mitglieder zum Verwaltungshaushalt der Behörde nach Artikel 160 Absatz 2 Buchstabe e des Seerechtsübereinkommens;

c) alle einschlägigen Finanzfragen einschließlich des vom Generalsekretär nach Artikel 172 des Seerechtsübereinkommens ausgearbeiteten Entwurfs des jährlichen Haushalts und der finanziellen Aspekte der Durchführung des Arbeitsprogramms des Sekretariats;

d) der Verwaltungshaushalt;

e) die finanziellen Verpflichtungen der Vertragsstaaten aufgrund der Durchführung dieses Übereinkommens und des Teiles XI sowie die Auswirkungen der Vorschläge und Empfehlungen, die mit Ausgaben aus den finanziellen Mitteln der Behörde verbunden sind, auf Verwaltung und Haushalt;

f) die Regeln, Vorschriften und Verfahren über die gerechte Verteilung finanzieller und sonstiger wirtschaftlicher Vorteile und die auf dieser Grundlage zu fassenden Beschlüsse.

(8) Die Beschlüsse des Finanzausschusses über Verfahrensfragen bedürfen der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder. Beschlüsse über Sachfragen werden durch Konsens gefaßt. Kann ein Konsens nicht erreicht werden, so wird dem betreffenden Organ der Behörde eine Zusammenfassung des Meinungsspektrums im Ausschuß über die Frage übermittelt.

(9) Die Forderung des Artikels 162 Absatz 2 Buchstabe y des Seerechtsübereinkommens, ein Nebenorgan zu bilden, das sich mit finanziellen Angelegenheiten befaßt, gilt durch die Bildung des Finanzausschusses in Übereinstimmung mit diesem Abschnitt als erfüllt.

Bundesrat **Drucksache 482/94 (Beschluß)**

10.06.94

Stellungnahme
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982
(Vertragsgesetz Seerechtsübereinkommen)

Der Bundesrat hat in seiner 670. Sitzung am 10. Juni 1994 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax 0228/3820844
ISSN 0720-2946